GERALD REITLINGER

Die Endlösung

HITLERS VERSUCH DER AUSROTTUNG
DER JUDEN EUROPAS 1939-1945

„Die Endlösung der Judenfrage" war der Deckname für Hitlers Plan zur Ausrottung des europäischen Judentums. Wie nahe dieser Plan seiner Vollendung kam, ist allgemein bekannt, eine vollständige und objektive Übersicht über die Geschehnisse, die in ihrer Gesamtheit das dunkelste Kapitel der neueren Geschichte bilden, lag jedoch bisher in deutscher Sprache nicht vor.

Gerald Reitlinger hat es unternommen, aus den Berichten Überlebender, aus den Zeugenaussagen der an den Kriegsverbrecher-Prozessen Beteiligten und aus den zumeist geheimen Dokumenten der Archive des „Dritten Reiches" den tatsächlichen Ablauf der Ereignisse, die Verwaltungsmaschinerie der „Endlösung" sowie das Leben und die Charaktere derjenigen darzustellen, die an der Ermordung von Millionen jüdischer Menschen mitgewirkt haben.

Es gibt kaum ein Land in Europa, auf das sich Hitlers Pläne für die „Endlösung der Judenfrage" nicht ausgewirkt hätten, kaum eine Regierung, die sich nicht mit ihnen auseinanderzusetzen hatte. Inwieweit die zumeist im Verborgenen sich abspielenden Intrigen innerhalb der einzelnen Regierungen und zwischen den deutschen Partei- und Staatsinstanzen Hitlers Absichten zur Ausführung verhalfen, inwieweit sich unerwartete Schwierigkeiten in den einzelnen Ländern der „Endlösung" entgegenstellten und die vollständige Ausführung von Hitlers Plan zu vereiteln vermochten — das aufzudecken, ist dem Verfasser ausgezeichnet gelungen.

Das Buch, das hier im Vergleich mit dem englischen Original in einer erweiterten und ergänzten Ausgabe vorgelegt wird, stützt sich vor allem auf die unzähligen, erhaltengebliebenen Dokumente und Schriftstücke, die eine direkte Mitwirkung der Verantwortlichen des „Dritten Reiches" an der „Endlösung" unwiderleglich beweisen.

Man kann Reitlingers Werk eine Studie der Tyrannei nennen, man kann es als eine systematische Darstellung des vielleicht größten Verbrechens der Menschheitsgeschichte betrachten, man kann es als nüchterne Aufzeichnung des grauenhaften Schicksals auffassen, das über das europäische Judentum hereinbrach. Von welchem Gesichtspunkt immer man es betrachtet — es ist ein aufwühlendes Buch von dokumentarischem Wert, das mehr als ein Jahrzehnt nach Abschluß des grausigen Geschehens nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat.

Gerald Roberts Reitlinger wurde 1900 in London geboren. Nach dem Abschluß seiner Studien an der Universität Oxford war er eine Zeitlang Herausgeber und Redakteur der Zeitschrift „Drawing and Design". Seine Bücher „Ein Turm aus Schädeln" und „Südlich der Wolken" waren neben zahlreichen Aufsätzen über archäologische Probleme das Ergebnis seiner ausgedehnten Reisen durch Westchina, Persien und den mittleren Osten.

Das vorliegende Buch, zu dem ihm der erste Nürnberger Prozeß die Anregung gab und an dem er mehrere Jahre gearbeitet hat, nennt der Verfasser „eine Studie über eine Episode der Geschichte, die als eines der größten Rätsel unserer Zeit betrachtet werden muß".

SEN
665

DIE ENDLÖSUNG

OSR 930

UB GIESSEN
27 017 665

67,—

5280



Gerald Reitlinger

DIE ENDLÖSUNG

Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945

Ins Deutsche übertragen von

J. W. Brügel

COLLOQUIUM VERLAG BERLIN

Heike Duill
Marianne Gross
Breidensteiner Weg 74
60489 Frankfurt
Tel. 069/7893368

27.017.665

Univ.-Bibl.
Giessen

Die englische Originalausgabe erschien 1953 unter dem Titel
The Final Solution — The Attempt to Exterminate the Jews of Europe 1939-1945
bei Vallentine, Mitchell & Co., Ltd., London
Alle Rechte der deutschen Ausgabe beim Colloquium Verlag Otto H. Hess, Berlin-Dahlem

Satz und Druck: H. Heenemann KG, Berlin-Wilmersdorf
Einband: Schöneberger Buchbinderei, Berlin-Schöneberg
Schrift: Linotype-Buchfutura
Buchausstattung: Georg Goedecker
Frühjahr 1956 · Printed in Germany

Für Venetia

damit sie es eines Tages liest und so

von der Tragödie ihres Volkes erfährt

Inhalt

Vorwort von Rudolf Hagelstange XI

Vorbemerkung des Verfassers XV

Zur deutschen Ausgabe XVIII

Teil I **Vorbereitung und Beginn der Endlösung** 1

Erstes Kapitel **Die erzwungene Auswanderung und die Pogrome vor dem September 1939**

1. Die Nürnberger Gesetze und die Auswirkungen von München 3
2. Die Kristallnacht 12
3. Der Schacht-Plan und sein Versagen 21
4. Heydrich und Eichmann 26
5. Auswanderung nach Kriegsausbruch 32

Zweites Kapitel **Die Deportationen · September 1939–Oktober 1941**

1. Die Festigung des deutschen Volkstums 36
2. Die ersten Deportationen nach Polen 45
3. Deportationen innerhalb des Generalgouvernements 54

Drittes Kapitel **Die Ghettos · 1940–1942**

1. Ausschaltung aus der Wirtschaft 59
2. Der „Judenstaat" 65
3. Jüdische Arbeit und Arbeitslager im Generalgouvernement 75

Viertes Kapitel **Die Deportationen nach Lodz und Rußland Juni 1940–Januar 1942**

1. Die Folgen des Sieges im Westen 80
2. Der Führerbefehl 89
3. Die Deportation der Juden aus dem Reich nach Lodz 94
4. Die Deportationen nach Rußland 101

Fünftes Kapitel **Die Wannsee-Besprechung und der Auschwitz-Plan**

1. Die Wannsee-Besprechung 105
2. Der Name Auschwitz taucht auf 110
3. Der Auschwitz-Plan 116
4. Auschwitz in Aktion 127

Sechstes Kapitel	**Die Gaskammern**	
	1. „Die Gemeinnützige Stiftung"	137
	2. Die polnischen Todeslager und ihre Entwicklung	148
	3. Zyklon B gegen Auspuffgase	162
Siebentes Kapitel	**Das Schicksal der Juden aus dem Reich und der Kampf um Ausnahmebehandlung**	
	1. Die Deportationen aus dem Großdeutschen Reich Januar 1942–Mai 1943	173
	2. Theresienstadt, das privilegierte Ghetto	185
	3. Sterilisierung	194
Teil II	**Die Durchführung der Endlösung**	203
Achtes Kapitel	**Die Sowjetunion I: Die Einsatzgruppen**	
	1. Die Befehlshaber	205
	2. Das Labyrinth der Kompetenzen	215
	3. Die Mitschuld der Wehrmacht	220
	4. Die Verantwortung der Zivilisten und die russischen Ghettos	225
	5. Henker und ihre Methoden	230
Neuntes Kapitel	**Die Sowjetunion II: Die Massaker**	
	1. Die baltischen Staaten	239
	2. Weißrußland	248
	3. Die Ukraine	256
	4. Die Küste des Schwarzen Meeres, die Krim und der Kaukasus	269
Zehntes Kapitel	**Aktion Reinhard: Die Ausrottung der Juden in Polen im Jahre 1942**	
	1. Die Aktion beginnt – Chelmno	274
	2. Die Aktion breitet sich aus – Belzec	281
	3. Die Umsiedlung in Warschau	287
	4. Der Plan wird geändert	297
Elftes Kapitel	**Die Liquidierung der russischen und polnischen Ghettos 1943–1944**	
	1. Der Aufstand im Warschauer Ghetto	306
	2. Die Liquidierung der übrigen Ghettos in Polen und Rußland	316
	3. Die Ghettos werden durch Arbeitslager ersetzt	330
	4. Die Russen dringen wieder in Polen ein	337
Zwölftes Kapitel	**Frankreich**	
	1. Das Werben um Vichy	344
	2. Die große Razzia vom Juli 1942	351
	3. Die italienische Intervention	363
	4. Die Endlösung scheitert	368
Dreizehntes Kapitel	**Andere westeuropäische Länder**	
	1. Holland	372
	2. Belgien	388
	3. Dänemark und Norwegen	391
	4. Italien	399

Vierzehntes Kapitel	**Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien**	
	1. Jugoslawien: Das Ghetto von Belgrad	406
	2. Jugoslawien (Kroatien)	413
	3. Griechenland	420
	4. Bulgarien	430
Fünfzehntes Kapitel	**Die Slowakei und Rumänien**	
	1. Die Slowakei	437
	2. Rumänien übernimmt die Endlösung	448
	3. Rumänien verwirft die Endlösung	459
Sechzehntes Kapitel	**Ungarn**	
	1. Vor der deutschen Intervention	467
	2. Die Deportierungen	474
	3. Das Ende der Deportationen nach Auschwitz	487
	4. Schachergeschäfte um Menschenleben	492
	5. Die letzten Deportierungen und der Fall von Budapest	498
Siebzehntes Kapitel	**Das Judentum im Zusammenbruch des Dritten Reiches**	
	1. Das Ende von Auschwitz	509
	2. Die Intervention des Roten Kreuzes	524
	3. Himmler bricht sein Wort	534
	4. Götterdämmerung	541
Epilog		549
Anhang I	Statistische Zusammenfassung der Endlösung	557
Anhang II	Das Schicksal einiger der für die Endlösung Verantwortlichen	574
Zeittafel der Endlösung		595
Bibliographie		610
Quellenverzeichnis		624
Register der Personennamen		678
Register der Ortsnamen		692

Karten

1. Das Gebiet Vorkriegspolens nach der Zerstückelung (1941–1944) 47
2. Sowjetunion und die Grenzen der deutschen Besetzung (1941–1942) 211
3. Groß-Ungarn, die seit 1938–1944 angegliederten Gebiete und deren jüdische Einwohner 471
4. Die wichtigsten Konzentrationslager zu Kriegsende 513

Ein Vorwort

Der Deutsche, der dieses Buch — das Buch eines Engländers — in die Hand nimmt, hat ein gewisses Recht darauf zu argwöhnen: die hier abgehandelte Frage werde erhoben und beantwortet, damit ein Schatten falle auf das, was man gemeinhin und sehr vage den deutschen Namen nennt.

Wer den Mut hat — und jeder, dem das Deutsche mehr als eine unverbindliche Vokabel ist, sollte solchen Mut aufbringen —, dieses Buch zu lesen, wird es bald innewerden, daß es geschrieben wurde, damit ein Licht falle, ein Licht auf Vorgänge, die sich Jahre hindurch im Dunkel oder im Zwielicht abspielten und von denen die Welt früher sprach, als wir selbst hätten von ihnen sprechen können.

Diese Vorgänge waren an sich so ungeheuerlich und im echten Sinn des Wortes unglaublich, daß jeder fühlende Mensch sich über sie entsetzen muß, und ihre Urheber und Akteure waren darum auch mit Fleiß bedacht gewesen, den Kreis der Wissenden so eng wie nur möglich zu ziehen. Einige von ihnen haben, angesichts des Todes oder des Richters, das Furchtbare ihres Handelns eingesehen und sind von Reue gepackt worden. Die meisten von ihnen jedoch — soweit sie überhaupt irdischer Gerechtigkeit zugeführt werden konnten — haben versucht, ihre Verantwortung einzuschränken oder gar zu leugnen. Beide Reaktionen freilich bestätigen ein und dasselbe: daß niemand verantworten kann, was an Millionen von Menschen geschah, deren einziges Vergehen es war, Jude zu sein.

Es ist dem Menschen von der Natur her ein Maß gegeben für das, was er fassen und begreifen kann. Er nennt „unmenschlich", was über dieses Maß hinausgeht, und diese Vokabel wird von ihm schon angewandt, wenn es um das Verbrechen eines

Menschen an einem anderen geht. Welche Vokabel aber soll der Mensch anwenden, wenn es um den bestialischen Mord an Millionen geht? Wie soll er ein Schicksal wägen, dessen Summierung das Gegenständliche schon ins Abstrakte, das Individuelle in die Arithmetik zu verweisen scheint?
Niemand unter allen Zeitgenossen hat das Maß, Leid und Schuld zu messen, die mit der sogenannten Endlösung der Judenfrage verbunden sind. Und niemand kann ein Maß der Sühne für diejenigen setzen, die maßlos Verbrechen auf sich häuften. Niemand kann je „wiedergutmachen" und niemand kann je vergessen machen, was geschehen ist. Es ist in einem tragischen Sinne „Geschichte" geworden, ein überindividuelles, die Gesellschaft angehendes Faktum — und das heißt: es ist in erster Linie ein Komplex, mit dem sich das deutsche Volk zu befassen hätte. Das deutsche Volk aber — das ist die Summe der Individuen, die es in ihrer Gesamtheit ausmachen.
So sehr also diese Begebnisse auch das Maß des einzelnen übertreffen, so unausweichlich kehren sie doch immer wieder zum einzelnen zurück. Eine Regierung, ein Parlament mögen stellvertretend für „das Volk" sprechen oder handeln — in moralischen Bereichen entscheidet der einzelne für sich selbst. Und wenn ihn das auch von der Schuld, die Regierende auf sich häufen, entbinden könnte — es belastet ihn mit der Verantwortung, die der Mensch für sich und seinen Nächsten trägt, wenn er im Besitze seiner Handlungsfreiheit ist.
Wenn wir unterstellen, daß zwar viele Deutsche einem antisemitischen Ressentiment, das ihnen sozusagen behördlich verschrieben wurde, erlegen waren, aber die meisten von diesen die praktischen Folgen dieses Ressentiments nicht billigen, so bestätigt das Verhalten der meisten Deutschen nach dem Kriege den Widerspruch, der hier obwaltet: Dem Ausweichen vor dem Zu-Ende-Denken der Dinge, als sie sich anbahnten, entspricht — bei sehr vielen zumindest — das Ausweichen vor dem Zurück-Denken. Jedermann versichert, daß er „anständig" sei, aber niemand gesteht gern ein, „unlogisch" gewesen zu sein oder gehandelt zu haben. Und so ist denn, wenn wir ohne Schönfärberei und opportunistische Rücksichten dem Sachverhalt ins Auge sehen, das schreckliche Geschehen der Lager, Exekutionen, Gaswagen und Verbrennungsöfen ein Tabu geworden: Weil man

dies nicht gewollt hatte, rührt man es nicht an. Man will „damit nichts zu tun haben".

Es scheint, daß erst das Phänomen des Kommunismus der freien Welt allmählich den Sinn geschärft hat für die „Möglichkeiten", die der Bürger einer totalitären Diktatur hat bzw. nicht hat. Als vor elf Jahren die fürchterliche Hinterlassenschaft Hitlers beseitigt werden mußte, lebten viele unserer Richter und Umerzieher noch in der Vorstellung, es habe nur am „guten Willen" der Deutschen gelegen, daß vieles geschehen konnte und manches unterblieb. Das war der „Aufarbeitung" dieses Komplexes nicht eben zuträglich, um so weniger, als diese Vorstellung zu falschen Schlüssen führen mußte. Aber — die Welt hat hinzugelernt über manches, das die Zwischenzeit lehrte, und die Frage tritt auf: ob auch wir Deutschen zu wachen Sinnen gekommen sind in dieser Zeit, ob wir — ein jeder für sich selbst — das furchtbare Geschehen begriffen haben und ob wir, über die Geste einer rhetorischen Verdammung hinaus, die Unerbittlichkeit der Fakten in unsere Existenz aufzunehmen, sie zu „verarbeiten" bereit sind. Oder: ob wir, indem wir sozusagen geschlossenen Auges blind an diesen Vorgängen vorübergehen, den Verdacht mancher bestätigen, die da meinen, das deutsche Volk „verdränge" das Lästige aus seinem Bewußtsein und gebe dadurch zu erkennen, daß es an dieser Frage versage.

Wissen und Bewußtsein kommen aus der gleichen Wurzel, und wer sich einer Sache bewußt werden will, muß um sie wissen wollen. Der Anspruch eines Volkes, als Kulturvolk zu gelten, wird allein legitimiert durch die Teilnahme aller seiner Glieder an den sittlichen Fragen der Zeit, durch gemeinsame Verantwortung und durch verbindliches Urteil. Der tragische Stoff dieses Buches, seine erschütternden Fakten werfen diese drei genannten Fragen an uns auf: nach unserer Teilnahme, unserer Verantwortung, unserem Urteil. Der Deutsche also, dem es ernst ist um die Würde und Ehre seines Volkes, kann dem in diesem Buche abgehandelten Komplex nicht ausweichen, wird ihm nicht ausweichen. Es sollte die Begierde seines Geistes, seiner Seele sein, sich für einige Stunden dem Soge täglicher Geschäfte zu entziehen und die düstere Fahrt anzutreten zu den toten Seelen von Millionen seinesgleichen, die unschuldig hingemordet wurden, weil ein Tyrann es befahl, der in unserem Namen zu handeln vorgab. So

düster diese Fahrt und so beklemmend auch die Begegnung mit diesen geopferten Seelen sein mag — unsere Seele, die Seele unseres Volkes wird ihren Frieden und die Gewißheit ihrer selbst nicht wiederfinden können ohne diesen Schattengang, der uns das Licht erst kostbar und rein machen wird, in dem wir gehen. Hier gilt das Wort vom Schaden an der Seele, vor dem der Gewinn der ganzen Welt ein Nichts wäre.

Rudolf Hagelstange

Vorbemerkung des Verfassers

Bei meiner Suche nach dokumentarischem Material und nach Belegen für die in diesem Buch aufgestellten Behauptungen habe ich von vielen Seiten wertvollste Hilfe erhalten, und ich fühle mich verpflichtet, hier meiner Dankbarkeit dafür Ausdruck zu geben.

Worte des Dankes muß ich in erster Linie an die Adresse von Herrn Dr. Alfred Wiener richten, der die Londoner „Wiener Library" gegründet hat und leitet. Dieses einzigartige Zentrum für das Studium der zeitgenössischen Geschichte Mitteleuropas hat mich mit einer Riesenfülle von gedruckten Quellen versorgt und meine ungezählten Rückfragen geduldigst beantwortet — ganz abgesehen davon, daß ich ohne die Hilfe von Dr. Wieners persönlicher Erfahrung und ohne seinen Rat die Aufgabe, die ich mir gesetzt hatte, kaum hätte erfüllen können. Von den Mitarbeiterinnen Dr. Wieners in der Bibliothek schulde ich vor allem Frau Dr. Eva G. Reichmann Dank. Sie hat für mich die deutsche Nachkriegspresse genau verfolgt und meine Aufmerksamkeit auf viele Berichte über Gerichtsverhandlungen gelenkt, die Licht auf manche in meinem Buch dargestellten Ereignisse werfen.

Dank schulde ich weiter Mr. E. J. Passant, dem Bibliothekar des britischen Außenministeriums, für die Bewilligung, in den Jahren 1949 und 1950 die einzige, damals in England vorhandene, vollständige Sammlung der Protokolle und Beweisstücke der einzelnen Nürnberger Prozesse studieren zu dürfen. In diesem Zusammenhang muß ich auch dem Abgeordneten F. Elwyn-Jones, der sowohl in Nürnberg als auch im Hamburger Manstein-Prozeß der britischen Anklagebehörde angehörte, meinen Dank aus-

sprechen. Er war so freundlich, mir eine fast vollständige Sammlung der auf die Verfolgung der Juden Bezug habenden Beweisstücke leihweise zur Verfügung zu stellen, die aus den riesigen Aktenbündeln des Wilhelmstraßen-Prozesses ausgewählt waren. Keines dieser Dokumente ist bisher im Druck erschienen.

Während meines Studienaufenthaltes in Paris habe ich von den Mitarbeitern des „Centre de Documentation Juive Contemporaine" sehr ausgiebige Hilfe erhalten. Die ungezählten Originale und Photokopien, die sich im Besitz des Archivs befinden, haben mich in die Lage versetzt, manche Lücken zu füllen. Ganz besonders zu Dank verpflichtet bin ich dem Archivar des „Centre", Léon Poliakov. Mir sind nicht nur seine persönlichen Ratschläge außerordentlich zugute gekommen; die von ihm besorgten dokumentarischen Veröffentlichungen des „Centre" waren für mich von unschätzbarem Wert, da ich mich auf das in den Büchern „L'Etoile Jaune" und „La Condition des Juifs en France sous l'Occupation Italienne" und in der Monatsschrift „Le Monde Juif" enthaltene Material weitgehend stützen konnte. Léon Poliakovs eigenes Buch „Bréviaire de la Haine", der erste systematische Versuch zur Schilderung der „Endlösung", erschien, als etwa drei Viertel meines Werkes zu Papier gebracht waren. Beide Bücher behandeln die gleiche Materie, wenn auch, wie ich glaube, auf verschiedene Weise, so daß sie einander gewissermaßen ergänzen. Léon Poliakov läßt vor allem die Dokumente sprechen, und zwar in sehr wirkungsvoller Weise. Bei mir bilden die Dokumente mehr den Hintergrund der Darstellung des Geschehens.

Zu außerordentlichem Danke bin ich den Mitarbeitern des Amsterdamer „Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie" und vor allem dem Leiter des Instituts, Dr. Louis de Jong, für ihre Unterstützung verpflichtet, weiter der Dänischen Botschaft in London für die Überlassung des Protokolls des Prozesses Best sowie einer Reihe von Einzelpersonen. Dr. Norbert Masur, Stockholm, war so freundlich, mir eine deutsche Übersetzung seines in schwedischer Sprache erschienenen Berichtes „En Jood talar med Himmler" zu überlassen. Fräulein Helga Melchior (Stockholm) stellte mir eine englische Fassung der höchst wertvollen Darstellung zur Verfügung, die Majer Neuman aus Volove (Karpatorußland) über seine Erlebnisse zu Papier gebracht hat.

Mr. Joseph Zigman aus der Informationsabteilung des Amtes des Amerikanischen Hohen Kommissars in Deutschland hat mir die wahrscheinlich einzigen vorhandenen Filmaufnahmen aus einer Gaskammer zugänglich gemacht. Dr. Gaddo Glass, ein Funktionär der Triester Jüdischen Kultusgemeinde, hat mir wichtige Mitteilungen über das Schicksal der Juden aus Triest gemacht.
Dr. H. G. Adler, einem Überlebenden von Theresienstadt und Auschwitz, möchte ich dafür danken, daß er das Theresienstadt gewidmete Kapitel nach Erscheinen der englischen Ausgabe des Buches für die deutsche Ausgabe korrigiert hat.
Schließlich möchte ich für die sachkundige Überprüfung des Manuskripts Mr. Barry Sullivan sowie Mr. Kenneth Duke, Mitherausgeber der offiziellen Publikation „Akten zur deutschen auswärtigen Politik, 1918—1945" danken. Mein Dank gilt auch Mr. H. C. Stevens, der für mich dokumentarisches Material aus dem Polnischen übersetzt hat.

Gerald Reitlinger

Beckley, Sussex

Zur deutschen Ausgabe

Mit der deutschen Ausgabe des vorliegenden Buches liegt eine gegenüber dem englischen Original wesentlich erweiterte und zeitlich sowie sachlich ergänzte Fassung vor. Die Hauptschwierigkeit des Übersetzers war, innerhalb der verhältnismäßig kurzen Zeit, die er zur Verfügung hatte, den ursprünglichen deutschen Wortlaut unzähliger, in dem Buch zitierter Aussagen, Briefe, Befehle und anderer Aktenstücke zu finden. Bei weitem nicht alles liegt gedruckt vor, und auch das ist oft schwer erreichbar.

Wenn es gelungen ist, die Zahl der unvermeidlichen Rückübersetzungen auf ein Mindestmaß herabzudrücken, ist das der freundlichen Mithilfe einer Reihe von Institutionen zu danken. Der Übersetzer möchte sich hier dem Dank anschließen, den der Verfasser der Londoner „Wiener Library" ausgesprochen hat. Sie ist nicht nur eine Fundgrube an Material, sondern auch ein Vorbild an Hilfsbereitschaft. Teils durch ihre Vermittlung, teils direkt war es möglich, Hilfe von anderen Instituten zu erhalten, von denen hier das „Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie" in Amsterdam, das „Centre de Documentation Juive Contemporaine" in Paris und das „YIVO-Institut" in New York dankend erwähnt seien. Der Übersetzer ist der Bibliothek des „Institute for Advanced Legal Studies" der Londoner Universität und der Studienbibliothek des britischen Außenministeriums zu besonderem Dank verpflichtet. In der ersteren konnte er das (gedruckte) deutsche Protokoll und Beweismaterial des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher, in der letzteren die (ungedruckten) deutschen Protokolle und Beweisstücke der ande-

ren Nürnberger Gerichtsverhandlungen studieren. Wo alle anderen Auskunftsmittel versagten, ist das „Institut für Zeitgeschichte" in München hilfreich in die Bresche gesprungen.
Frau Löwenthal aus Dr. Wieners Mitarbeiterstab sei schließlich für ihre Mitarbeit beim Überprüfen des Materials und bei der Durchführung der Korrekturen herzlich gedankt.

J. W. Brügel

Das nunmehr in deutscher Übersetzung vorliegende Werk von Gerald Reitlinger „Die Endlösung" erschien bereits 1953 in England. Es enthält eine umfassende Darstellung der Vorgänge, die vom nationalsozialistischen Regime als „Die Endlösung der Judenfrage" bezeichnet wurden. Das Buch erzielte auch außerhalb Englands, vor allem in der angelsächsischen Welt, starke Wirkungen. In Deutschland war Reitlingers Arbeit bisher kaum bekannt. Ich hielt es daher für eine publizistische und eine moralische Verpflichtung, das Werk in einer ungekürzten Übersetzung herauszubringen, wenn auch manche Schlußfolgerungen des Verfassers, wie zum Beispiel die hinsichtlich der deutschen Ostgrenzen, von der deutschen Öffentlichkeit nicht geteilt werden können.
Einzelne sachliche Richtigstellungen wurden auf Grund neuen Materials im Einvernehmen mit dem Verfasser vorgenommen. Neue Tatsachen wurden als Fußnoten hinzugefügt.

O. H. Hess

Teil I

Vorbereitung und Beginn der Endlösung

Erstes Kapitel

Die erzwungene Auswanderung und die Pogrome vor dem September 1939

1. Die Nürnberger Gesetze und die Auswirkungen von München

„Endlösung der Judenfrage" war ein Deckname für Hitlers Pläne zur Ausrottung der Juden Europas. Er wurde von deutschen Beamten nach dem Sommer des Jahres 1941 gebraucht, um das direkte Aussprechen der Tatsache zu vermeiden, daß solche Pläne bestanden; aber der Ausdruck war auch vorher schon ziemlich lose in verschiedenen Zusammenhängen verwendet worden, wobei man offenkundig immer Auswanderung im Sinne gehabt hatte. Es ist wahrscheinlich, aber keineswegs sicher, daß die Wahl des Ausdrucks von Adolf Hitler selbst getroffen worden war.

Was verstand Hitler unter dem „jüdischen Problem"? Ein Blick in Hitlers Reden und Schriften zeigt, daß es zwei jüdische Probleme gab, die, wiewohl Hitler sie miteinander verknüpfte, ganz selbständige Behandlung verlangten. Da war zunächst die „Verschwörung des Weltjudentums", unter der Hitler die Macht der jüdisch geführten internationalen Finanz verstand, Deutschland Schaden zuzufügen. Sie hätte die Kräfte der Welt gegen den Kaiser* auf die Beine gebracht, sie hätte das Diktat von Versailles auf dem Gewissen, sie hätte Deutschland zwischen den beiden Kriegen den Zugang zu seinen natürlichen Märkten versperrt und es durch eine unheilige Allianz mit dem Bolschewismus um berechtigte territoriale Forderungen geprellt. Dann gäbe es die „jüdische Unterwelt", die jüdischen proletarischen Massen, die aus den Reservoiren Ost-

* Es sei hier vermerkt, daß Wilhelm II., der im allgemeinen nicht als Antisemit galt, diese Entdeckung etwa zur gleichen Zeit wie Adolf Hitler machte. Dr. Friedrich Schmidt-Ott, ein früherer preußischer Kultusminister, hatte den Exkaiser 1921 in Doorn interviewt und berichtete darüber: „Er war davon überzeugt, daß der Weltkrieg durch die jüdischen Freimaurerlogen in Frankreich, England und Italien angezettelt worden sei, und er versah mich mit höchst fragwürdiger Literatur darüber" (Erlebtes und Erstrebtes, 1860—1950, Wiesbaden 1952, S. 195).

europas westwärts drängten, deutsches Blut geschändet hätten und dies immer noch tun würden, wenn man ihnen nicht entgegenträte. Hitler war, wie wir sehen werden, der Meinung (Seite 26), daß der Sieg Deutschlands in einem zweiten Weltkrieg die Austilgung des Weltjudentums als eines politischen Faktors bedeuten würde. Er glaubte auch, daß ein solcher Sieg die physische Ausrottung der jüdischen Massen dort, wo man auf sie stoßen würde, zur Folge hätte. Die erstere Absicht könnte, meinte er, nur nach einem totalen Sieg auch über einen anderen Kontinent ausgeführt werden, weil die Wurzeln des „Weltjudentums" sich in der westlichen Hemisphäre befänden, während die physische Ausrottung auch durch einen teilweisen oder vorübergehenden Sieg ermöglicht werden könnte, da das biologische Zentrum des europäischen Judentums nicht weit von Deutschland entfernt lag. Darum gab Hitler in einem verhältnismäßig frühen Stadium seiner Eroberungen alle seine Pläne, die kapitalistische Macht des Weltjudentums zu brechen, zugunsten eines Massakers jener europäischen Juden auf, die in seine Netze gerieten. Hitler ließ sich von seinem „Gefühl" oder seiner Intuition leiten, der leichteren Beute, dem proletarischen Juden, nachzugehen und weitgehend gerade jene Art von Juden zu schonen, gegen die er seine schärfsten Angriffe richtete. Es war in jedem Stadium sowohl der Deportierung als auch des Massakers für Juden, die über geheime Kapitalien verfügten, möglich, sich ihr Leben zu erkaufen. Vor Hitlers eigenen Augen vollzogen sich die größten Geschäfte um das Entwischen vor dem den Juden bereiteten Los. Je ärmer die Gemeinschaft der östlichen Juden war, um so grausamer und vollständiger erfolgte ihre Ausrottung, aber in Deutschland waren soziale Stellung und akademische Grade unter Umständen selbst im Konzentrationslager der Titel für das Überleben eines Juden. Obwohl Hitler während des ganzen Krieges seine Schimpfkanonaden gegen das „Finanzjudentum" fortsetzte, hat er trotzdem niemals ernstlich versucht, die Gestapo an dem Schacher um das Leben begüterter Juden zu hindern.

Der Grund dafür war nicht nur, daß Hitler den Weg des geringsten Widerstandes gehen wollte. Er ist auch darin zu suchen, daß Hitler, je mehr er in der Führung des „totalen Krieges" aufging, das Interesse an den teuflischen Dingen verlor, die er ins Werk gesetzt hatte. Die Frage, ob es in Südosteuropa Gebiete gab, in denen die Ausrottung der Juden nicht vollständig vor sich gegangen war,

oder ob es selbst in seiner Reichshauptstadt noch Volljuden gab, die sich auf freiem Fuß befanden, beschäftigte ihn kaum noch. Nur in der Zeit vor Kriegsende scheint er sich dessen bewußt geworden zu sein, inwieweit seine Befehle unausgeführt geblieben waren und inwieweit das Judentum Europas die Ausrottungsmaßnahmen überlebt hatte, eine Tatsache, die er in dem politischen Testament anerkannte, das er am 30. April 1945 im Bunker der Reichskanzlei diktierte (Seite 541). Da er nun einmal das Teufelswerk in Gang gesetzt hatte, gab sich Hitler mit der Annahme zufrieden, daß dieses die ihm zugedachte Aufgabe auch wirklich voll erfülle — und nach allen Gesetzen der Logik hätte es das unter den gegebenen Umständen auch wirklich tun müssen. Ein kurzer Rückblick in die Vergangenheit scheint daher notwendig, um zu erklären, warum das nicht der Fall war.

Mitte 1934 waren die zwei Millionen Braunhemden, die Mitglieder der SA („Sturmabteilungen"), der Kampftruppe der Partei, waren, in die Hände einer von Hauptmann Röhm, einem Abenteurer und Landsknecht, geführten radikalen Gruppe geraten. Erschreckt von dem Gespenst einer wahren Revolution innerhalb seiner Revolution, ließ sich Hitler von Göring dazu überreden, Röhm und dessen Gefolgschaft massakrieren zu lassen und die SA zu entwaffnen. Die Kontrolle der Polizeikräfte des Reiches ging nun auf natürlichem Wege auf Hitlers Leibgarde, die „Schutzstaffeln", über, die unter dem Namen „SS" besser bekannt sind. Diese Elitetruppe der Partei stand seit 1929 unter der Führung Heinrich Himmlers. Als „Reichsführer SS" bemächtigte sich Himmler 1934 der Herrschaft über eine Organisation, die nur als „Staat im Staate" bezeichnet werden kann. Ihr war nicht nur Heydrichs politische Geheimpolizei oder Gestapo eingegliedert und damit das ganze weitverzweigte Netz des deutschen Polizeisystems, sondern Himmler baute innerhalb der nächsten fünf Jahre immer neue Abteilungen des SS-Apparates auf, von denen jede einen Aufgabenkreis hatte, der dem eines bestimmten Regierungsamtes entsprach. Das Netz war zum Schluß nahezu lückenlos, so daß es kaum eine Sphäre des Lebens gab, die bewaffnete Macht nicht ausgenommen, die frei von einer Überwachung durch die Polizei war. Dieser „Staat im Staate" war etwas, was Hitler niemals im Sinne gehabt hatte. Er konnte nur mit der russischen NKWD verglichen werden, für die Hitler keine Bewunderung hegte. Hitler war sich der Gefahren bewußt, die dieser

Organismus mit sich bringen konnte, weshalb er einen Mann an dessen Spitze behielt, der kein Mitglied seines engeren Kreises war und dessen Schritte ihm von eifersüchtigen Parteigenossen immer hinterbracht worden wären.

1929, als die SS noch ein Bestandteil der SA war, hatte die Funktion des Reichsführers keine allzu große Bedeutung, und sie fiel an Himmler, weil er der farbloseste aller Parteibonzen war. Willi Höttl, ein Mitarbeiter des ausländischen Nachrichtendienstes der Gestapo, hat die bemerkenswerte Theorie entwickelt, daß die ungeheuere Macht, über die Himmler zu einem späteren Zeitpunkt verfügte, für ihn von Heydrich — seinem Untergebenen — zur Tarnung seiner eigenen Tätigkeit erobert worden war und daß es Hitler beliebte, Himmler auch nach Heydrichs Tod beizubehalten, da er in Himmler eine bloße Puppe sah und ihn für leicht zu behandeln hielt* [1]. Das ist wahrscheinlich eine halbe Wahrheit. Obwohl er keine starke Persönlichkeit und weniger skrupellos war, dürfte Himmler ein tüchtigerer Intrigant und Postenjäger als Heydrich gewesen sein, der sich immer offen als der übelgelaunte und unbeherrschte Gewaltmensch gab, der er war, und kaum je dazu gekommen wäre, Himmler ersetzen zu dürfen.

Der Schlüssel zu der rätselhaften Rolle Heinrich Himmlers ist in seiner körperlichen Erscheinung zu finden. Während Heydrich wie ein Held der Nachtlokale aussah, vermittelte Himmler den Eindruck, als habe man es mit einem untergeordneten Bankbeamten zu tun. Dazu kam, daß Himmler, obwohl er zweifellos beliebt war und über Organisationstalent verfügte, den Eindruck der Schüchternheit hervorrief. Er fühlte sich niemals wohl in der Gruppe der auserwählten nordischen Edelmenschen, die er instinktiv als seine Polizeisatrapen erkoren hatte**. In bezug auf Hitler litt Himmler an pathologischen Angstzuständen, und das allein machte ihn zu dem vollendeten Werkzeug zur Ausführung von Hitlers Plänen für die Behandlung der Juden, denn wenn er zögerte, und das kam

* Quellenangaben finden sich kapitelweise auf den Seiten 624—677.

** Der offizielle kurze Lebenslauf Himmlers, der sich in der Veröffentlichung „Der Großdeutsche Reichstag" (1943) findet, sagt, daß er während des ersten Weltkrieges im Alter von nur 17 Jahren ein Fahnenjunker war, der im 11. Bayrischen Infanterieregiment seine militärische Ausbildung genoß. Himmler selbst sagte Graf Bernadotte und Felix Kersten, daß er als Feldwebel in einer Schlacht mitgekämpft habe, aber Karl Gebhardt, der Leiter der Heilanstalt Hohenlychen, der Himmler seit dessen 12. Lebensjahr genau kannte — Gebhardt war ein Schüler der Schule, an der Himmlers Vater Oberlehrer war —, stellt die Dinge wesentlich anders dar. Im Ärzteprozeß sagte er aus, daß Himmlers Vater, der

mehr als einmal vor, dann brauchte Hitlers Hofstaat — der Propagandaminister Goebbels und Bormann, der Leiter der Parteikanzlei, beide fanatische Judengegner — Hitler bloß einen Wink zu geben[2].

Abgesehen von seiner Bedeutung für den Aufstieg Himmlers und dessen Organisation hatte das Blutbad unter der Gefolgschaft Röhms vom 30. Juni 1934 noch einen anderen und nicht minder starken Einfluß auf die später einsetzende Politik der Ausrottung des europäischen Judentums. Der Machtantritt des Nationalsozialismus war eine politische Revolution ohne Vorhandensein einer enterbten Klasse, und die Juden bildeten nach dem Verschwinden der Kommunisten die einzige Zielscheibe, auf die die Anführer des Mobs, die „alten Kämpfer" der SA, ihre animalischen Instinkte lenken konnten. In dieser Phase gab es jedoch keine Andeutung einer rassischen Ausrottung der Juden. Aber in der zweiten Phase einer Revolution, in der Phase der politischen Geheimpolizei, wird revolutionären Leidenschaften nicht mehr freier Lauf gelassen. Sie werden sozusagen rationiert. Es gibt keinen Krakeel in der Bierhalle mehr und kein willkürliches Paradieren von Uniformen und Bannern. Der Staatsfeind wird jetzt durch Polizeivorschriften definiert, und jedem Mann von echter Rasse und guter Gesinnung muß sein „Untermensch" als Opfer zugeteilt werden.

Das war der Sinn des Sieges von Himmler und Heydrich im Juni 1934: Hermann Göring, der preußische Ministerpräsident, berief sie und gab ihnen den Auftrag, dem Treiben der „alten Kämpfer" Einhalt zu gebieten. Den Juden wurde das erst mehr als ein Jahr später klargemacht, als am 15. September 1935 die Nürnberger Gesetze veröffentlicht wurden, das teuflischste Gesetzeswerk, das die Geschichte Europas kennt. Aber selbst damals, als wohl zum erstenmal seit den Tagen des Feudalismus das Gesetz bestimmte, daß es zwei verschiedene Kategorien von Menschen gibt, waren sich wahrscheinlich die Juden in Deutschland kaum dessen bewußt,

Hauslehrer in der bayrischen Königsfamilie gewesen war, seinen Sohn Heinrich für ein Leben als Landwirt vorbereitete. Ich halte das für sehr typisch für Himmler. Die von Kersten aufgezeichneten „Dschingis-Khan"-Tagträume, die durch Lektüre der Reden Himmlers in Metz und Posen (siehe Seite 334) im Original studiert werden können, stammen von der Manier, sich der Gesellschaft, in der er sich bewegte, hauptsächlich der von Generälen der Polizei, anzupassen. Diejenigen, die Himmler gut kannten, sprachen sich über ihn im gleichen Sinne aus wie Dr. Gebhardt, der ihn „nicht originell, keine gespaltene Persönlichkeit, aber sehr fleißig" nannte (François Bayle, Croix Gammée contre Caducée, Neustadt 1950, S. 219/220).

daß in den neuen Gesetzen von der Polizei veranstaltete Pogrome nach dem Muster des zaristischen Rußland vorgesehen waren.

Die Nürnberger Gesetze hatten einen doppelten Charakter. Da gab es zunächst das Reichsbürgergesetz, das zwischen den „Reichsbürgern", die deutschen „oder artverwandten" Blutes sein mußten, und den „Staatsangehörigen" unterschied, die Untertanen, aber keine Bürger waren. Ergänzt wurde es durch das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre", das sowohl ehelichen als auch außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Angehörigen dieser beiden Menschenkategorien verbot[3]. Das Reichsbürgergesetz war also das Grundgesetz. Die dreizehn Durchführungsverordnungen hierzu erlauben, die ganze Entwicklung von Hitlers judenfeindlichen Maßnahmen zu verfolgen. Die dreizehnte und letzte von ihnen wurde erst am 1. Juli 1943 veröffentlicht, als das Reich theoretisch bereits „judenfrei" war; sie machte die Juden vollkommen vogelfrei, lieferte sie der Gnade der Polizei aus und versagte ihnen ferner jeden Zutritt zu den Gerichten[4].

Kurz vor der Münchener Konferenz des Jahres 1938, nachdem die fünfte Durchführungsverordnung die Juden eben aus den letzten freien Berufen verdrängt hatte, schrieb Wilhelm Stuckart, der Mann, der nicht nur die Nürnberger Gesetze entworfen hatte, sondern in hohem Maße auch für ihre Durchführung verantwortlich war, daß das Ziel der Rassengesetzgebung jetzt erreicht worden sei. Viele der auf den Nürnberger Gesetzen beruhenden Bestimmungen würden „in dem gleichen Maße, in dem sich Deutschland der Erreichung des ‚endgültigen Zieles in der Judenfrage' nähert, an praktischer Bedeutung verlieren"[5]. Die Wendung „endgültiges Ziel in der Judenfrage" wurde zwar noch nicht als Tarnwort für Rassenmord* gebraucht, aber der Satz spricht deutlich aus, daß die Gesetze nicht dazu bestimmt waren, die Lage der Juden für immer zu regeln, sondern jede Notwendigkeit einer solchen Regelung aus der Welt zu schaffen. Die Juden sollten das Reich für immer verlassen. Aber in diesem Augenblick zeichnete

* Ich habe absichtlich das Wort „Genocide" (Völkermord, Gruppenmord) vermieden, das im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46 geprägt worden war und von der Anklagebehörde in den folgenden Nürnberger Prozessen verwendet wurde. Es scheint mir, daß diese Bezeichnung, die teils lateinischen, teils griechischen Ursprungs ist, nichts ausdrückt, was nicht auch in gemeinverständlicher Sprache gesagt werden könnte.

sich noch eine andere Möglichkeit ab. Es konnte zum Kriegsausbruch kommen, ehe der letzte Jude das Reichsgebiet verlassen hatte, und was sollte das Schicksal von Heloten innerhalb einer Nation sein, die einen totalen Krieg führt? Die Antwort darauf wurde in einem Aufsatz erteilt, der im „Schwarzen Korps", dem Organ der SS, am 24. November 1938 erschien und erklärte, daß das Schicksal der in Deutschland verbleibenden Juden bei Kriegsausbruch „restlose Vernichtung" sein müßte[6].

Chamberlains und Daladiers Kapitulation in München am 29. September 1938 hatte also für die Juden des Großdeutschen Reiches eine ganz besondere Bedeutung. Von da ab waren sie nicht mehr bloße Gefangene der Nürnberger Gesetze, die darauf warteten, ausgelöst zu werden, sondern zukünftige Geiseln für politische Forderungen, die Hitler möglicherweise anderen Ländern stellen würde. Hitlers unerwarteter Erfolg muß ihn veranlaßt haben, seine Ansichten über jüdische Auswanderung zu überprüfen. Es hat ihm wohl gedämmert, daß die Kreise, die er „internationales Judentum" nannte, weniger dazu neigen werden, ihren Einfluß zugunsten eines interventionistischen Krieges zur Geltung zu bringen, wenn er einige Hunderttausend Juden als Pfand behält und andeutet, was er gegebenenfalls mit ihnen zu machen bereit ist. Als ob diesem Gedanken Ausdruck gegeben werden sollte, wurde am 5. Oktober, eine Woche nach der Entscheidung von München, eine Verordnung veröffentlicht, durch die alle deutschen Reisepässe von Juden ungültig erklärt wurden. Sie sollten nur wieder gelten, wenn sie mit „einem Merkmal" versehen waren, „das den Inhaber als Juden kennzeichnet"[7]*.

Vielleicht war es die mangelnde Bereitwilligkeit, Geiseln freizugeben, die Hitler dazu veranlaßte, dem Schachtschen Auswanderungsplan vom folgenden Dezember Hindernisse in den Weg zu

* Die Pässe der Juden wurden mit einem „J"-Stempel versehen. In einer namens der Schweiz von Dr. Heinrich Rothmund, Chef der Polizeiabteilung beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (bis Oktober 1954), und namens des Dritten Reiches von Werner Best von der Gestapo unterzeichneten Vereinbarung von Ende September 1938 erklärte sich die Schweiz bereit, Inhaber deutscher Pässe weiter ohne Sichtvermerk einreisen zu lassen, soweit sie nicht mit einem J-Stempel versehen waren. Eine Fußnote in Band V der von den Alliierten erbeuteten deutschen diplomatischen Dokumente führt den Ursprung des J-Stempels auf eine Anregung des schweizerischen Beamten Dr. Rothmund zurück. Eine darauf Bezug habende Interpellation im Schweizer Nationalrat wurde vom Bundesrat am 16. Juni 1954 dahin beantwortet, daß es sich um eine Initiative von deutscher Seite gehandelt habe[8].

legen. Bestimmtes kann darüber kaum gesagt werden, da es selten möglich ist, einander widersprechende Aktionen verschiedener Minister verläßlich mit einer Sinnesänderung Hitlers zu erklären. Diese Verordnung des Innenministeriums war im Interesse einer „geordneten" Auswanderungspolitik erlassen worden. Sie verwirklichte die Wünsche der Wirtschaftsressorts, so viel wie möglich aus den jüdischen Vermögenswerten zugunsten des Regimes nutzbar zu machen, wobei gleichzeitig eine Erleichterung in der Devisensituation erzielt und die Flucht des jüdischen geistigen Kapitals, für das sie immer noch einige Verwendung hatten, eingedämmt werden sollte. Die Verordnung stand in scharfem Gegensatz zum Standpunkt der Gestapo und ihres Chefs Reinhard Heydrich. Die Ironie der Geschichte wollte es, daß gerade jene, die die Aufsätze im „Schwarzen Korps" inspiriert hatten, nämlich die künftigen Ausrotter, es waren, die durch die Erzwingung einer vollständigen Auswanderung ungewollt Tausende jüdische Leben retteten, während die Gemäßigten, wie Hjalmar Schacht, durch ihre langfristigen Projekte und durch ihre Verschleppungstaktik dazu beitrugen, daß den Gaskammern genug Opfer zugeführt wurden.

Die in München bewiesene Unfähigkeit der Westmächte, eine kleine Nation zu unterstützen, brachte Heydrich und die Anwälte einer vollkommenen jüdischen Auswanderung auf die Idee, das Wohngebiet kleiner Nationen als Zwangsablagerungsstätte für in Deutschland lebende Juden zu benützen. Die polnische Regierung hatte bereits vor München erkannt, daß man ihr möglicherweise die 60 000 Juden polnischer Staatsbürgerschaft aufzwingen werde, die in Deutschland ansässig waren. Sie erließ daher am 6. Oktober eine Verordnung, die die Pässe jener Staatsbürger, die außerhalb Polens lebten, für ungültig erklärte, es sei denn, daß diese Pässe mit einem nur in Polen nach Vorlage entsprechender Dokumente erhältlichen Sonderstempel versehen wurden. Wer diese Bedingung bis zum 29. Oktober nicht erfüllte, wurde staatenlos.

Moltke, der deutsche Botschafter in Warschau, verlangte eine Verlängerung der Frist[9], aber Heydrich wachte in Deutschland darüber, daß sie nicht versäumt wurde. Am 28. Oktober erhielten mehr als 17 000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit, die um Mitternacht staatenlos werden sollten, polizeiliche Ausweisungsver-

fügungen. Einige von ihnen wurden in Eisenbahnzügen an die polnische Grenze gebracht, aber wieder nach Hause gelassen, als man die Grenze gesperrt vorfand[10]. Der größere Teil von ihnen wurde jedoch in Lastwagen gepfercht, wobei ihnen nur so viel mitzunehmen erlaubt wurde, wie sie zu tragen imstande waren. Nahe der Grenzstation Benschen wurden sie dann auf die Felder gejagt[11]. Einige der Alten und Kranken überlebten die Strapazen nicht, und nur den Bemühungen des „American Joint Distribution Comittee", das die Juden in einigen polnischen Städten unterzubringen vermochte, ist es zu danken, daß eine Katastrophe verhütet werden konnte[12]. Die Organisation von Heydrichs erster Massendeportation unterschied sich wenig von den späteren Deportationen nach Auschwitz in den Jahren 1942—1944.

Die polnische Regierung griff zu Repressalien, indem sie die Ausweisung deutscher Staatsbürger aus Polen androhte und auch tatsächlich einige deutsche Juden deportierte. Die Drohung war so wirkungsvoll, daß nach einigen Auseinandersetzungen zwischen Heydrich und dem Auswärtigen Amt eine Einigung mit der polnischen Regierung zustande kam, der zufolge die 17 000 Juden nach Deutschland zurückkehren konnten, um ihr Eigentum zu liquidieren. Das wurde vom Auswärtigen Amt als eine vorteilhafte Lösung betrachtet, weil sich die Polen verpflichtet hatten, auch noch 6000 Verwandte der ursprünglich Ausgewiesenen zu übernehmen. Aber neben den 17 000, die zurückkommen durften, befanden sich im Februar 1939 in Deutschland weitere 8000 polnische Juden, die staatenlos geworden waren. Was sollte man mit ihnen machen? Dr. Karl Werner Best schlug Heydrich vor zu versuchen, sie mit Hilfe der Fremdenpolizei aus dem Reichsgebiet wegschaffen zu lassen[13], was nichts anderes als eine Wiederaufnahme der Deportationen über die ostpreußische und schlesische Grenze im Mai und Juni 1939 bedeutete[14]. Ein von Schumberg, einem Beamten des Deutschland-Referates des Auswärtigen Amtes, unterzeichnetes und am 25. Januar 1939 an alle deutschen Gesandtschaften und Konsulate gesandtes Rundschreiben ist diesbezüglich recht aufschlußreich[15]. Ganz unumwunden gibt der Verfasser des Rundschreibens zu, daß Juden nach Polen nach der Veröffentlichung der polnischen Verordnung deportiert wurden. Polen wurde für diese Behandlung mit Rücksicht auf die zahlenmäßig starke jüdische Bevölkerung des Landes und dessen Emp-

fänglichkeit für den Antisemitismus ausgesucht. Dann folgt folgender Satz:

> „Je ärmer und damit belastender für das Einwanderungsland der einwandernde Jude ist, desto stärker wird das Gastland reagieren und desto erwünschter ist die Wirkung im deutschen propagandistischen Interesse."

Dieser Satz umreißt die neue deutsche Politik gegenüber den Juden, die durch das Münchner Übereinkommen ausgelöst wurde, in treffender Weise.

2. Die Kristallnacht

Die Deportationen vom 28. Oktober 1938 hatten eine doppelte Bedeutung. Sie zeigten den Juden, was sie zu erwarten hatten, falls Hitler Gebiete im Osten besetzen sollte, und sie waren der unmittelbare Anlaß des Attentats auf Ernst vom Rath, denn Herschel Grynszpan, der die Schüsse auf Rath abgab, war der Sohn eines Juden, der über die schlesische Grenze bei Benschen getrieben worden war.

Am 7. November wartete dieser 17jährige Junge, der einen Onkel in Paris besuchte, auf der Treppe der Deutschen Botschaft, um den Botschafter Graf Johannes von Welczek zu töten. Hat Herschel Grynszpan gehofft, durch seine Tat die Periode der Beschwichtigungspolitik den Diktatoren gegenüber zu einem Abschluß zu bringen, indem er die französische Regierung in einen Konflikt mit Hitler verwickelte, oder war er selbst bloß ein Werkzeug anderer höherer Kräfte, wie die deutsche Propaganda behauptete? Wenn das letztere der Fall war, dann hatte man ihn für seine Aufgabe höchst mangelhaft geschult, denn nur ein Naivling oder ein Opfer von Halluzinationen konnte annehmen, daß Botschafter ins Treppenhaus zu kommen pflegen, um mit fremden Besuchern Rücksprache zu nehmen, oder daß sie normalerweise so jung sind wie der unglückliche dritte Sekretär, den man ausgesandt hatte, um sich den Besucher anzusehen. Ungleich Wilhelm Gustloff, einem anderen deutschen Funktionär, der von einem Juden erschossen wurde, war vom Rath alles andere als ein begeisterter Nationalsozialist; er wurde sogar von der Gestapo wegen abfälliger Bemerkungen über das nationalsozialistische Regime überwacht. Auch war Ernst vom Rath keineswegs ein Antisemit. Die wahren Motive Herschel Grynszpans wird man wohl

kaum je erfahren. Goebbels konnte jedenfalls am 7. November 1938, da er sicher war, daß die französische Regierung sich mit einer öffentlichen Gerichtsverhandlung nicht beeilen würde, Grynszpans Tat jede Auslegung geben, die ihm paßte, ohne Widerspruch befürchten zu müssen.

Am 9. November feierte Hitler, wie jedes Jahr, den Jahrestag seines sinnlosen Bierhallenputsches vom Jahre 1923 durch den traditionellen Marsch der Parteiführer zur Münchner Feldherrnhalle. Vor einem anschließenden Abendessen im Rathaus wurde Hitler mitgeteilt, daß vom Rath seinen Verletzungen erlegen sei. Göring, der bei dem Abendessen nicht anwesend war, behauptete in seiner Aussage in Nürnberg, daß Hitler den Tisch frühzeitig verlassen hätte, ohne eine Ankündigung zu machen. Es war Goebbels, der der Versammlung die Nachricht überbrachte. Dem Vorsitzenden des Parteigerichtes, Major Walter Buch, zufolge hat Goebbels mitgeteilt, daß „spontane" Repressalien gegen die Juden bereits eingesetzt hätten[16]. Göring befand sich in diesem Augenblick in seinem Schlafwagen auf dem Wege nach Berlin. Er erfuhr von dem Pogrom, das sich in der Nacht ereignet hatte, am Morgen auf dem Anhalter Bahnhof und scheint sofort angenommen zu haben, daß Goebbels hier seine Hand im Spiel gehabt hatte. Der Wirtschaftsminister Walter Funk stand unter dem gleichen Eindruck. Als er am Morgen telephonisch mit Goebbels darüber sprach, antwortete dieser mit dem Gegenvorwurf, daß die Pogrome Funks Schuld seien, weil er es versäumt hätte, die Juden aus dem Wirtschaftsleben auszuschalten, obwohl er zu Beginn des Jahres aufgefordert worden war, entsprechende Schritte vorzubereiten. Hitler hätte nun, sagte Goebbels, neue Verordnungen herausgegeben, die dieses Ziel verwirklichen sollten[17].

Göring sprach Hitler am Nachmittag des gleichen Tages und hielt ihm vor, daß die Pogrome im Ausland einen schlechten Eindruck machen würden, da sie so bald nach dem Übereinkommen von München erfolgten, und daß der Vierjahresplan gefährdet werden könnte, wenn sie weiter anhielten. Hitler schien all dem zuzustimmen. Erst am Abend, nachdem er mit Goebbels gesprochen hatte, beharrte Hitler darauf, daß seine Pläne für eine kollektive Bestrafung der Juden bis in die letzte Einzelheit durchgeführt würden[18]. Diese Version läßt allerdings die unverkennbare Befriedigung außer acht, mit der Göring Hitlers Maßnahmen am

12. November verkündete. Was Goebbels betrifft, berichtet Prinz Schaumburg-Lippe, daß er ihn die Pogrome wütend verurteilen und für sie Ribbentrop „und seinen dämlichen Rathfall" verantwortlich machen hörte[19].

Die Pläne für die gleichzeitigen Pogrome in ganz Deutschland sind offenkundig beim Eintreffen der ersten Nachrichten über die Schüsse auf vom Rath ausgearbeitet worden. Die Vorfälle in der Nacht des 9. konnten nicht in wenigen Stunden ins Werk gesetzt werden. Hitler nützte den Erfolg dieser Nacht aus, um sich des Zornes des deutschen Volkes als eines Vorwandes für Maßnahmen zu bedienen, die zur vollkommenen wirtschaftlichen Beraubung der Juden führen sollten und die er bereits im April des Jahres geplant hatte. Es ist also möglich, daß er die Pogrome auch selbst angeordnet hat. Andererseits hatten die Radikalen in der Partei einen Grund, ihn vorwärtszutreiben. Das Massaker unter Röhms Gefolgschaft am 30. Juni 1934 hatte den Aufstieg der SS zur einzigen bewaffneten Polizeiformation der Partei möglich gemacht. In den folgenden vier Jahren war die SS in alle Bereiche der Regierungstätigkeit eingedrungen, und das war nur auf Grund der immer wiederkehrenden Krisensituationen geduldet worden, die durch Hitlers Herausforderungen an die ausländischen Mächte entstanden. Dann hatte Neville Chamberlain am 29. September 1938 vom „Frieden in unserer Zeit" gesprochen. Wenn das die deutsche Entwaffnung bedeutete, was sollte aus der SS werden?* Wenn, wie Hans Gisevius meint, Hitler die Pogrome in Szene gesetzt hat, um „die mühsam aufgeputschten revolutionären Leidenschaften nicht zum Abflauen kommen zu lassen"[21], so hatte die SS und insbesondere der Reichsführer Heinrich Himmler alles von ihnen zu gewinnen; aber Ulrich von Hassell, der die besten privaten Informationsquellen in Deutschland hatte, erfuhr von Günther Schmitt, dem Kommandeur von Himmlers Leibgarde, daß

* Wenn die Pogrome in Szene gesetzt worden wären, um die westliche öffentliche Meinung herauszufordern und Hitler daran zu hindern, sich dem Münchner Geist des „Appeasement" anzupassen, könnte das Ergebnis nicht besser gewesen sein. Dirksen, der deutsche Botschafter in London, berichtete am 17. November, daß keine weitere Aussicht dafür bestehe, daß Chamberlain in nächster Zeit Besprechungen auf der Grundlage des in München zwischen ihm und Hitler unterzeichneten Protokolls vorschlagen werde, daß Chamberlain an Prestige verloren habe und daß sich der deutschfreundlichen britischen Kreise Niedergeschlagenheit bemächtigt habe. Es muß nicht erst betont werden, wie nahe der Wahrheit dieser Bericht kam, der an Ribbentrop abging, einen Mann, der nichts so sehr haßte wie die Wahrheit[20].

Himmler vor dem Abend des 9. überhaupt nicht informiert war, daß er die Aktion mißbilligte und deshalb der „Verfügungstruppe" seiner Leibgarde für zwei Tage Kasernenarrest befahl[22]. Das hat viel Wahrscheinlichkeit für sich, denn Himmler liebte keine Verschwörungen und hat sich während der Unterdrückung des sogenannten Röhm-Putsches am 30. Juni 1934 — das Ereignis, das ihn an die Macht gebracht hatte — im Hintergrund gehalten. Die Befehle, die erhalten geblieben sind, beweisen nur die Mitwirkung Heydrichs an der Aktion, und von Heydrich konnte man ohne weiteres annehmen, daß er über den Kopf seines Vorgesetzten hinweg handelte.

Obwohl Reinhard Heydrich der wirkliche Architekt der Endlösung war, die die Spuren seines Geistes noch lange nach seinem Tode trug, war sein Name am 19. Oktober 1938 außerhalb des inneren Parteikreises wenig bekannt. Dieser fanatischste aller Rassisten hatte wenig Züge eines nordischen Helden an sich, und das blieb nicht unbemerkt — er war damals 34 Jahre alt, hochgewachsen, hatte lange, scharf geschnittene Gesichtszüge, aber ein merkwürdig feminines Gesicht. 1934 hatte ein Bäcker in Halle behauptet, daß Heydrichs Vater, der Dresdner Musiklehrer Bruno Heydrich, der Sohn einer Jüdin war. Daraufhin wurde erzählt, daß der Chef des Sicherheitsdienstes, um alle Spuren zu verwischen, seiner Großmutter einen neuen Grabstein setzen ließ, auf dem der Name Sarah ausgelassen war[23].

Heydrich begann seine merkwürdige, sich zunächst im Verborgenen abspielende Karriere im Jahre 1931, als er plötzlich die Dienste der Marine und den Posten als Chef des Nachrichtendienstes der Ostseeflotte verließ. Angeblich hat Admiral Raeder ihn zu diesem Schritt wegen einer Affäre mit der Tochter eines Marinebaurates gezwungen. Wenige Monate später gewann er die Gunst von Erich Koch, dem Gauleiter der Partei für Ostpreußen, und wurde von ihm an Himmler empfohlen — als Ergebnis von Heydrichs Beziehungen zu Frau Koch. Zunächst war Heydrich ein bloßer Parteiangestellter in München, aber bald wurde er der Chef der Gestapo in Berlin. Hier fand er seinen Platz und konnte seinen Blutdurst durch die Hinrichtung der angeblichen Führer des Putsches vom Juni 1934 stillen.

Der Stern der SS war im unaufhaltsamen Aufstieg im Vergleich zu den „alten Kämpfern" der SA, und Heydrich leitete jetzt den

Sicherheitsdienst (SD), die Gestapo und die Kriminalpolizei. Der Chef der deutschen Polizei war Himmler, und er war nominell Minister Frick unterstellt, aber soweit Heydrich in Betracht kam, stand die Unterordnung unter Himmler und Frick mindestens bis September 1939, als der SD und die Sicherheitspolizei zum Sicherheitshauptamt (RSHA) verschmolzen wurden, nur auf dem Papier. Überdies konnten Hitler und Goebbels in der Nacht vom 9. November 1938 nichts ohne Heydrich tun, dessen SD-Beamte allein in der Lage waren, mit den Veranstaltern der Pogrome Kontakt zu halten und die örtliche Polizei am Dazwischentreten zu hindern. Einer der Rundbriefe Heydrichs an die Staatspolizeibehörden ist erhalten geblieben. In ihm heißt es:

> „Auf Grund des Attentats gegen den Legationssekretär vom Rath in Paris sind im Laufe der heutigen Nacht — 9. auf 10. November — im ganzen Reich Demonstrationen gegen die Juden zu erwarten ... Die Leiter der Staatspolizeistellen ... haben sofort ... mit den ... zuständigen politischen Leitungen — Gauleitung oder Kreisleitung — ... Verbindung aufzunehmen und eine Besprechung über die Durchführung der Demonstrationen zu vereinbaren ... In dieser Besprechung ist der politischen Leitung mitzuteilen, daß die Deutsche Polizei ... die folgenden Weisungen erhalten hat, denen die Maßnahmen der politischen Leitungen zweckmäßig anzupassen wären[24]."

Heydrich setzt dann auseinander, wie Schäden an deutschem Eigentum zu verhindern sind. Geschäfte und Wohnungen dürfen nur zerstört werden, dürfen aber nicht geplündert werden. Synagogen sollen nicht in Brand gesteckt werden, wenn Brandgefahr für die Umgebung vorhanden ist. Ein weiteres, von Heinrich Müller, Heydrichs Gestapochef, unterzeichnetes Rundschreiben erlegt den Polizeibeamten auf, 20 000 bis 30 000 Juden, vor allem begüterte Personen, zu verhaften. Gegen jene, die sich mit der Waffe wehren, sind die „schärfsten Maßnahmen" zu ergreifen. Die Archive der Synagogen sind sicherzustellen und die der Kölner Synagoge an den SD zu senden[25].

Heydrich bemühte sich sehr sorgfältig darum, sich ein Alibi zu beschaffen, und das deutet darauf hin, daß er mehr als nur ein ausführendes Organ Hitlers oder Goebbels' war. Am Abend des 9. November war er nicht mit Hitler und den Parteiführern in Mün-

chen, sondern in einem Hotel in Nürnberg mit Werner Best, einem seiner Gestapo-Chefs, dem zufolge Heydrich vollkommene Unwissenheit vortäuschte, als eine benachbarte Synagoge in Flammen aufging, und Befehle an die Staatspolizei erst aufgab, nachdem er mit Himmler in Berlin telefonisch gesprochen hatte[26].

Am 11. November schickte Heydrich einen Bericht an Göring, wonach 191 Synagogen und 171 Wohnhäuser in Brand gesteckt und 815 Geschäfte geplündert worden waren[27]. Nur 117 Plünderer waren in Haft genommen worden, aber über 20 000 Juden wurde die „Schutzhaft" verhängt, und die Hälfte von ihnen wurde nach Buchenwald gebracht*[28]. 36 Juden wurden getötet, und 36 wurden schwer verwundet. Am Tage darauf gab Heydrich allerdings schon zu, daß die Schätzungen viel zu niedrig gegriffen waren. In Wirklichkeit waren 7500 Geschäfte geplündert worden. Drei Monate später kam sogar ein Parteigericht nicht um das Geständnis herum, daß die Ausschreitungen von weit höheren Stellen organisiert worden waren als von einfachen Parteimitgliedern, deren Verhalten untersucht wurde. Das Gericht schloß daraufhin fünf Mitglieder aus der Partei wegen Vergewaltigung, Diebstahls und Mordes aus und suspendierte einige andere, aber ersuchte den Führer, die Verfahren vor den staatlichen Strafgerichten niederzuschlagen[29].

Die Pogrome waren nur die inoffizielle Strafe für die Tötung vom Raths. Die offizielle wurde erst am 12. verkündet, als Göring seine interministerielle Besprechung im Luftfahrtministerium abhielt. Obwohl drei der sieben Teile des Protokolls fehlen, enthält das Protokoll der Sitzung, die von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr 40 nachmittags dauerte, 10000 Worte. Trotzdem hatte diese erlauchte Gesellschaft keine richtigen Beschlüsse zu fassen; sie hatte bloß das Recht, sich zu äußern und im übrigen der vollen Stimme des Reichs-

* Eugen Kogon zufolge betrug die genaue Zahl der nach der Kristallnacht nach Buchenwald gebrachten Juden 9815. Das Konzentrationslager Buchenwald war damals kaum ein Jahr alt, doch befanden sich schon 2700 Juden, die im Juni und August hingebracht worden waren, im Lager. Die Neuankommenden wurden nicht in das halbwegs ordentlich eingerichtete Hauptlager gebracht, sondern im „Kleinen Lager" in der primitivsten Weise untergebracht. Dieses Lager wurde am 13. Februar 1939 aufgelöst, nachdem die meisten der „November-Juden" freigekauft worden waren. Eine große Zahl von ihnen war in Buchenwald gestorben. Während des Krieges wurde das „Kleine Lager" wieder in Betrieb genommen, sobald größere Transporte eintrafen, und es hatte eine noch schlimmere Rolle während der Ausrottung der Juden in der Zeit vom Januar bis April 1945 zu erfüllen (siehe Seite 521).

marschalls zu lauschen, der in bester Verfassung gewesen zu sein scheint, nachdem er kurz vorher vom Führer den Auftrag erhalten hatte, „wonach die Judenfrage jetzt einheitlich zusammengefaßt werden soll und so oder so zur Erledigung zu bringen ist“ [30]. In dem angenehmen Gefühl, in einem totalitären Staat zu leben, wo alles über ihre Köpfe hinweg geregelt wird, mußten die Teilnehmer der Konferenz ihre Aufgabe nicht allzu ernst nehmen. Den Ton gaben die Auseinandersetzungen zwischen Goebbels und Göring an. Goebbels verlangte besondere Eisenbahnabteile für Juden, aber nur für den Fall, daß der Zug nicht überfüllt sei, weil es sonst geschehen könnte, daß Juden gesicherte Sitzplätze hätten und Nichtjuden stehen müßten. Im Falle der Überfüllung sollten sie „draußen im Flur“ zu stehen haben. Göring war anderer Meinung: man brauche kein Gesetz für den Fall der Überfüllung eines Zuges. „Da wird er (der Jude) hinausgeschmissen, und wenn er allein auf dem Lokus sitzt während der ganzen Fahrt.“ Die Berufsbeamten Stuckart, Funk, Woermann, von Krosigk und Fischböck waren nicht ganz so leichten Mutes. Aber die landläufige Entschuldigung, daß sie gegen den Strom zu schwimmen versuchten, ist kaum eine zureichende Rechtfertigung. Funk schlug z. B. vor, daß die Juden die Aktien ihrer eigenen Firmen behalten sollten, aber er begründete das mit Befürchtungen, es könnte einen „Run auf dem Kapitalmarkt geben“. Während Heydrich gegen die Schaffung von Ghettos war — aus genau den gleichen Gründen, aus denen er später die Ausrottung ihrer Bewohner vorschlug —, war Funk für Ghettos. Aber der Finanzminister Schwerin von Krosigk, der mit einem Rhodes-Stipendium in Oxford studiert hatte, hielt die „Aussicht, zum Ghetto kommen zu müssen“, für „keine angenehme“. Namens des Auswärtigen Amtes machte Woermann die Notwendigkeit des Schutzes ausländischer Juden geltend. Er fürchtete, daß die Vereinigten Staaten Vergeltungsmaßnahmen gegen deutsches Eigentum treffen würden.

Das schwierigste Problem, das die Verordnungen des Führers aufgeworfen hatten, betraf die Versicherungen. Göring ging von der Ansicht aus, daß die Versicherungsgesellschaften nicht gehalten werden sollten, für die Schäden aufzukommen, aber Reichsgruppenleiter Eduard Hilgard, der eingeladen worden war, namens der Versicherungsanstalten zu sprechen, machte darauf aufmerksam, daß die meisten betroffenen Grundstücke in „arischem“

Eigentum seien, insbesondere das geplünderte Juweliergeschäft Markgraf Unter den Linden, daß die nichtjüdischen Eigentümer nur an zerbrochenen Auslagescheiben einen Verlust von sechs Millionen Mark erlitten hätten und daß die Neuanschaffung dieser Scheiben Devisen kosten würde. Überdies, meinte Hilgard, würde eine Verweigerung der Zahlungen das Vertrauen von Ausländern in das deutsche Versicherungswesen untergraben.

Hier schlug Heydrich eine einfache Lösung vor. Hilgard sollte Entschädigungen auszahlen, aber das Geld sollte an den Finanzminister gehen, und die Opfer sollten von ihren jüdischen Mietern entschädigt werden. Das sei nicht möglich, antwortete Hilgard, weil die Entschädigungsansprüche die doppelte Höhe eines normalen Jahresschadens erreichten. In großer Verzweiflung wendete sich Göring an Heydrich: „Mir wäre lieber gewesen, Ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet!" „35 Tote sind es", erwiderte Heydrich. Aber vor dem Nürnberger Gericht bezeichnete Göring seinen Ausspruch als eine durch Goebbels' Verhalten verschuldete „Äußerung des Unmuts und der momentanen Erregung"[31]. Schließlich wurde ein Kompromißvorschlag von Schwerin von Krosigk angenommen, dem zufolge ein Teil der den Juden aufzuerlegenden Strafe von einer Milliarde Mark zur Entlastung der Versicherungsanstalten verwendet werden sollte. „Herr Hilgard, Sie können schmunzeln!" tönte Göring. Hilgard, der wahrscheinlich in ein Irrenhaus geraten zu sein glaubte, protestierte: „Ich habe gar keinen Grund, wenn das ein Verdienst genannt wird, daß wir einen Schaden nicht zu zahlen brauchen", worauf sich der Reichsmarschall in seiner ganzen Masse vor dem Versicherungsbeamten aufpflanzte: „Erlauben Sie einmal! Wenn Sie juristisch verpflichtet sind, 5 Millionen zu zahlen, und auf einmal kommt Ihnen hier ein Engel in meiner etwas korpulenten Form und sagt Ihnen: ‚1 Million können Sie behalten', zum Donnerwetter noch einmal, ist das kein Verdienst? Ich müßte direkt Kippe mit Euch machen, oder wie nennt man das sonst. Ich merke am besten an Ihnen selbst. Ihr ganzer Körper schmunzelt. Sie haben einen großen Rebbes gemacht."

Hilgard machte dann noch einen Einwand und erhielt die Antwort, er solle selbst aufpassen, daß „nicht so viel Fensterscheiben eingeschmissen werden" — denn die Pogrome waren immer noch im Gange. Dann zog er sich von der Sitzung zurück, und der Vorhang

fiel über sein weiteres Werk. Eine von Woermann ausgearbeitete Denkschrift über die Konferenz zeigt, was Hitlers Auftrag an Göring über „einheitliche, zusammenfassende Erledigung"[32] bedeutete. Alle jüdischen Betriebe waren von Treuhändern zu übernehmen und an Nichtjuden zu verkaufen, wobei die Eigentümer nur eine buchmäßige Gutschrift zu einem festgesetzten Zinsfuß erhalten sollten. Einige wenige Ausnahmen könne man im Interesse der Förderung der Ausfuhr machen, aber Kunstwerte, Grundstücke, Wertpapiere und Juwelen wären alle unter den gleichen Bedingungen zu übernehmen. Die Fragen der Ausdehnung der Verordnung über Zwangsarbeit auf Juden, ihrer Einweisung in Ghettos, ihrer Verbannung von allen Erholungs- und Vergnügungsstätten, über den Ausschluß ihrer Kinder von den deutschen Schulen sollten von besonderen Ausschüssen geprüft werden. Eine sofortige Kollektivstrafe von einer Milliarde Mark war aufzuerlegen. Ein verstärkter Druck in bezug auf die Auswanderung der Juden sollte einsetzen, und der durch die Pogrome zugefügte Schaden sollte von den Juden bezahlt werden, ohne daß sie selbst von Versicherungen schadlos gehalten werden durften.

Drei dieser Anordnungen wurden an dem gleichen Tag als Verordnungen im Reichsgesetzblatt verkündet, die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben, die Verordnung über die Zahlung der Kontribution („Sühneleistung") von einer Milliarde Mark und die Verordnung über die Wiedergutmachung des durch die Ausschreitungen angerichteten Schadens[33]. Der Ausschluß der jüdischen Kinder vom Schulunterricht erfolgte drei Tage später und der Ausschluß der Juden von den Erholungs- und Vergnügungsstätten am 28. November. Erst einige Monate später, am 4. März und 30. April 1939, wurden Bestimmungen über die von Juden zu leistende Zwangsarbeit sowie über das Gesetz veröffentlicht, das jüdische Mietverhältnisse auf Beziehungen zwischen Juden beschränkte — der erste Schritt zu einem Ghetto[34]. Bei der Verkündung der Strafe von einer Milliarde sagte Göring:

> „Das wird hinhauen. Die Schweine werden einen zweiten Mord so schnell nicht machen. Im übrigen möchte ich noch einmal feststellen: Ich möchte kein Jude in Deutschland sein. Das zweite ist folgendes: Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es

selbstverständlich, daß auch wir in Deutschland in allererster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen."

In späteren Jahren kann man Göring ein gewisses Ausmaß von Interventionen zugunsten von Juden zugute halten. Im April 1940 hob er die angeordneten Ausweisungen aus den eingegliederten polnischen Gebieten auf, und im Herbst 1941 erzielte er für die Familien von jüdischen Rüstungsarbeitern im Reich einen Aufschub von mehr als einem Jahr. Görings Freund, der General der Luftwaffe Karl von Bodenschatz, sagte auch aus, daß Göring zugunsten einzelner Juden intervenierte, deren Fälle ihm berichtet worden waren[35]. Von diesen drei Arten von Interventionen war die erste auf Görings Furcht vor Rückwirkungen im Ausland, die zweite auf sein Interesse an der Erfüllung des Programms der Waffenerzeugung und die dritte auf seine persönliche Eitelkeit zurückzuführen. Görings wahre Gefühle in bezug auf die Juden finden sich in seinen durch keine Rücksichtnahme beeinflußten Äußerungen vom 12. November 1938. Zweimal später, im Januar 1939 und im Juli 1941, hat Göring Heydrich den allgemeinen Auftrag zur „Lösung der Judenfrage" gegeben. Göring war sich nicht nur vollkommen im klaren über die Methoden, mit denen Heydrich diesen Auftrag ausführte, er behielt auch als Reichsmarschall die persönliche Gewalt über Heydrich und war gelegentlich auch in der Lage, sie auszuüben. (Siehe Seite 51 und 93.) Göring muß daher als ebenso verantwortlich für die Ausrottungen von 1942 angesehen werden, wie er es für die erzwungene Auswanderung des Jahres 1938 war. Auch darf man nicht vergessen, daß Heydrich, dem Göring im Protokoll vom 12. November 1938 so deutliche Feindschaft bewiesen hat, von ihm selbst in die Höhe gebracht worden war, denn Görings Befürchtung, daß Röhms Pläne für eine revolutionäre Wehrmacht im Jahr 1934 ein bolschewistisches System ins Leben rufen könnten, hatte dem SS-Staat den Weg gebahnt.

3. Der Schacht-Plan und sein Versagen

Der Zusammenstoß zwischen Heydrich und Göring, der das Protokoll vom 12. November 1938 belebt, bezog sich auf die Auswanderung der Juden. Heydrich begnügte sich damit, die Juden über die „grüne Grenze" abzuschieben, nachdem die Gestapo ihnen so viel Lösegeld abgenommen hatte, wie es zu holen gab. Göring sah

ebenso wie Heydrich und das „Schwarze Korps" eine endgültige Abrechnung mit den Juden für den Fall des Kriegsausbruches voraus, zog es aber vor, sie in der Zwischenzeit mehr methodisch und zu einem höheren, in fremder Währung zu entrichtenden Preise zu verkaufen. Diese Meinungsverschiedenheit trat klar hervor, als Heydrich sich dessen rühmte, daß er in den acht Monaten seit dem Anschluß 45 000 Juden zum Verlassen Österreichs gezwungen hatte, während nur 19 000 aus dem Altreich die Bewilligung zur Auswanderung erhalten hatten. Seinen Erfolg führte er auf seine eigene Strategie zurück, die jüdische Gemeinde dazu zu zwingen, ausländische Vermögenswerte von reichen Juden zwecks Finanzierung der Auswanderung der armen einzuziehen. Hier wandte Göring ein: „Aber Kinder, habt Ihr Euch das einmal überlegt? Es nützt Euch auch nichts, daß wir vom jüdischen Mob Hunderttausende herauskriegen. Habt Ihr Euch überlegt, ob dieser Weg nicht letzten Endes so viel Devisen kostet, daß er auf die Dauer nicht gangbar ist?"

Mit zur Schau getragener Fügsamkeit stimmte Heydrich zu, daß man auf diese Weise höchstens 8—10 000 Juden jährlich zur Auswanderung zwingen könne; in Wirklichkeit hatte er aber ganz andere Absichten. Er hatte gerade 20 000 Juden festgenommen, die seine Beauftragten auf Grund ihres Reichtums oder auf Grund ihrer sozialen Stellung für die Konzentrationslager ausgesucht hatten. Indem er diesen „November-Juden" die Daumenschrauben anlegte, glaubte er, das Reisegeld für eine um vieles größere Anzahl von Juden herauspressen zu können — vorausgesetzt, daß ihm niemand ins Handwerk pfuschte. Aber in diesem Augenblick, nämlich am 12. November 1938, bestanden verschiedene Anzeichen dafür, daß Heydrich und die Gestapo ihre unbestrittene Herrschaft über die deutschen Juden verlieren könnten.

Die Bemühungen, internationale Hilfe für deutsche Juden zu organisieren, gipfelten im Juli 1938 in der Konferenz von Evian, aus der ein von Mr. Rublee in New York geleitetes Zwischenstaatliches Komitee für die Erleichterung der Auswanderung hervorging. Am 18. Oktober, nachdem sowohl der britische als auch der amerikanische Botschafter verlangt hatten, daß mit Mr. Rublee in Berlin verhandelt werde, erhielt Ribbentrop den folgenden Bericht seines Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker[36]:

„Das Comité ... wolle ... um seine Lebensfähigkeit darzutun,

mit der Deutschen Regierung reden. In Deutschland würde dann festgestellt, daß wir aus naheliegenden Gründen Juden keine Devisen mitgeben würden, und damit wäre dann der Zweck erreicht, nämlich zu beweisen, daß wiederum deutsche Widerspenstigkeit das Judenelend verschulde. Nur um in Deutschland den Sündenbock zu finden, könnte ich die Reise von Herrn Rublee nicht befürworten."

Nach diesem Bericht des angeblich judenfreundlichen Weizsäcker ist es vielleicht nicht überraschend, daß Mr. Rublee bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Botschafter der Vereinigten Staaten als Zeichen des Protestes gegen die Pogrome Berlin verließ (10. November), keinerlei Einladung nach Berlin erhalten hatte. Aber Göring, dem zwei Tage später Befürchtungen über die wirtschaftlichen Folgen einer weiteren Inanspruchnahme des Devisenschatzes durch Heydrichs 20 000 neue Geiseln aufstiegen, legte einen eigenen Plan auf den Tisch, der in der Entsendung des österreichischen Wirtschaftsministers Fischböck nach London zur Vorlage von Auswanderungsvorschlägen bestand[37]. Görings Vorschläge führten schließlich dazu, daß Hitler der Entsendung des Reichsbankpräsidenten Schacht nach London zustimmte.

Die Vorschläge, die Schacht in London im Dezember mit Lord Bearsted, Lord Winterton und Mr. Rublee erörterte, waren ungefähr die folgenden: Die deutsche Regierung würde das Vermögen der Juden sperren, und dieses würde die Sicherheit für eine in zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren rückzahlbare internationale Anleihe bilden. In der Annahme, daß die jüdischen Vermögenswerte 1500 Millionen Mark erreichten, wäre genug ausländische Währung zur Finanzierung einer geordneten Auswanderung der Juden aus dem Großdeutschen Reich innerhalb eines Zeitraums von drei bis fünf Jahren verfügbar gewesen[38]. Schacht kehrte nach Deutschland zurück und hatte am 2. Januar 1939 eine lange Unterredung mit Hitler über die Aufnahme seiner Vorschläge in London. Hitler war offenkundig beeindruckt, denn drei Tage später ernannte er Schacht zum Sonderbeauftragten für die Förderung der jüdischen Auswanderung.

Hitler ist hier zum erstenmal offen gegen die brutalen Methoden Heydrichs und der Gestapo aufgetreten. Das Auswärtige Amt wurde angewiesen, den Widerstand gegen Rublees Besuch in Berlin aufzugeben[39], und die Verhandlungen mit seinem Komitee

wurden nach Berlin verlegt. Am 20. Januar kam Hitlers berühmter Streit mit Schacht dazwischen, der nach seiner Weigerung, der Erhöhung des Notenumlaufs zuzustimmen, aus dem Amt des Reichsbankpräsidenten entlassen wurde. Dann wurden die Verhandlungen zwischen Helmuth Wohltat, dem Vorstand der Kontrollbehörde für ausländische Kredite, einerseits und Pell und Rublee andererseits abgebrochen. Obwohl sie später auf Ersuchen des amerikanischen Generalkonsuls und des italienischen Botschafters[40] wieder aufgenommen wurden, erwiesen sie sich als ganz zwecklos, weil Hitler jetzt in seinem Zorn über Schacht es ablehnte, das Vermögen der Juden für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Die gleichen Schwierigkeiten ergaben sich im April, als Wohltat gestattet wurde, zwecks Besprechung einer beschränkten jüdischen Auswanderung nach Rhodesien und Britisch-Guayana nach London zu fahren. Schacht behauptete sogar in seiner Schlußrede in Nürnberg, daß die Westmächte im Dezember 1938 eine Gelegenheit versäumt hätten, als seine Absicht noch Hitlers Unterstützung besaß. „Wäre sie durchgeführt worden, so wäre nicht ein einziger deutscher Jude ums Leben gekommen[41]."

Soll man wirklich glauben, daß Hitler die jüdische Auswanderung während des Krieges finanziert hätte, bloß um den Verpflichtungen aus der von Schacht vermittelten Anleihe Genüge zu leisten, oder daß die Alliierten während der Zeit der Kriegsblockade Juden aus dem Reich aufgenommen hätten? Und selbst wenn die Alliierten die etwa 300 000 Juden aufgenommen hätten, die im Januar 1939 unter Hitlers Herrschaft standen, wie hätten sich die Dinge in den später besetzten Gebieten gestaltet, in denen mehr als vier Millionen umkamen?

Hitler hat kaum sechs Wochen lang mit Schachts Plänen geliebäugelt. Am 24. Januar, vier Tage nach Schachts Entlassung, wurde die Allgewalt der Gestapo in Fragen der jüdischen Auswanderung durch die Herausgabe einer Verordnung untermauert. Göring hatte an Frick zu schreiben, daß eine Zentrale für die Auswanderung von Juden innerhalb seines Ministeriums, mit Heydrich als Chef, zu errichten sei. Zwei von Fricks Beamten sollten in diesem Amt Dienst leisten, aber das war nichts anderes als die Aufrechterhaltung des alten Scheins, daß die SS ein Teil des Innenministeriums sei. Görings Auftrag an Frick — der ihm sehr gegen den Strich gegangen

sein muß — ermächtigte Heydrich, „die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen" *[42].

In der Besprechung vom 12. November erwähnte Göring ganz nebenbei, daß Hitler die Möglichkeit einer Ansiedlung der Juden in Madagaskar erwäge, und so wurde das Wort „Evakuierung" mit dem Wort „Auswanderung" zusammengekoppelt. Am 7. Februar war die Auslandspresse in Berlin zu einer wichtigen Pressekonferenz eingeladen, in der Alfred Rosenberg sprach, der damals ein einigermaßen nebelhaftes „Außenpolitisches Amt" leitete. Der „Völkische Beobachter" zitierte ihn folgendermaßen[43]:

> „Da ... Palästina ... nicht in Frage kommt ..., so bleibt eben als einzige Frage zu lösen übrig, ob und welches in sich abgeschlossene große Territorium die Demokratien bereitstellen wollen, um die Juden als Gesamtheit umzusiedeln. Dieses Territorium müßte eine Kapazität von rund 15 Millionen Juden vorsehen. Zu diesem Zweck müßten die jüdischen Millionäre und Milliardäre aus aller Welt etwa dem Büro der Evian-Konferenz in London ihre Mittel zur Verfügung stellen ... Wenn sich Millionen von Juden ansiedeln, so gebietet die primitivste Menschenfreundlichkeit den Juden gegenüber, es nicht sich selbst zu überlassen, sondern jede größere Kolonie unter die Oberaufsicht einer polizeilich gut durchgebildeten Verwaltung zu stellen ... Bei einer solchen Ansiedlung kann nicht von der Errichtung eines Judenstaates die Rede sein, sondern von der Errichtung eines jüdischen Reservats."

Wo beabsichtigte Rosenberg diese Strafkolonie unter fremder Polizeiverwaltung zu errichten? In Madagaskar, wo Hitler keinerlei territoriale Absichten hatte, oder in dem russischen Lebensraum, für dessen Eroberung sich Rosenberg so beharrlich einsetzte? Die Verwirklichung dieses Planes hatte Krieg und die Annexion von Gebiet als Voraussetzung. Aber über diese Eventualität hatte Hitler in ganz unzweideutigen Worten erst kurz vor-

* Es sei darauf hingewiesen, daß das Wort „Endlösung", das in Görings erneutem Auftrag an Heydrich vom 31. Juli 1941 eine so große Rolle spielt, in diesem ersten Schreiben nicht verwendet wird. Nichtsdestoweniger schreibt Heydrich am 6. November 1941 an Generalquartiermeister Wagner (siehe S. 349): „... zumal ich seit Jahren damit beauftragt bin, die Endlösung der Judenfrage in Europa vorzubereiten." Heydrich datierte seinen Auftrag wahrscheinlich vom 24. Januar 1939, war aber nicht immer mit der **gleichen** Lösung beschäftigt.

her, am 30. Januar, in einer Reichstagsrede, die zwei Stunden und zweiundzwanzig Minuten dauerte, folgendes gesagt[44]:

> „Ich will heute wieder ein Prophet sein. Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann würde das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa."

Diese Worte waren in einer endlosen und weitschweifigen Rede enthalten, aber sie waren wohlüberlegt. In späteren Jahren hat Hitler seine Hörer oft an diese prophetischen Worte erinnert, und er hat sie mindestens fünfmal öffentlich wortwörtlich wiederholt[45].

4. Heydrich und Eichmann

Der nächste Akt in dem Drama der Endlösung begann fünf Wochen später, am 15. März 1939, als Hitler in Prag einmarschierte und das „Protektorat Böhmen und Mähren" verkündete. Zum erstenmal herrschte Hitler über ein Land, das ihm vorwiegend feindlich im Gefühl und fremd in der Sprache gegenüberstand. Obwohl die Tschechoslowakei ohne einen Schuß abzugeben kapituliert hatte, bestand in dem Land praktisch für die nächsten sechs Jahre Standrecht. Die Deutschen gaben ihre Aufträge, die Marionettenregierung Dr. Hachas hatte sie auszuführen. Auf diese Weise wurde eine ungeheure Zahl von Juden an die Gestapo auch ohne jenes Mindestmaß von Schutz ausgeliefert, das das Gesetz in Deutschland den Juden immer noch zuerkannte. Daraus folgte eine erzwungene Auswanderung in einem Ausmaße, das nicht einmal in Österreich erreicht wurde. Etwa 35 000 Juden verließen während der nächsten sechs Monate das Land*.

Heydrich kam der historische Status der tschechischen Juden bei der Durchführung seiner Pläne zustatten, denn der von der Prager Kultusgemeinde gewählte Vorstand hatte durch Generationen die Hilfeleistung für bedürftige Juden organisiert. Seine Leute machten daher die Prager Kultusgemeinde, deren Amt zu einer vollen Bürokratie mit 32 Abteilungen ausgebaut wurde, zur einzigen Mit-

* Im März 1939 war die jüdische Bevölkerung in Böhmen und Mähren durch Flüchtlinge aus Österreich und den nach München an Deutschland abgetretenen Gebieten verstärkt und dürfte 122 000 oder gar 129 000 betragen haben. Im Oktober 1939, am Vorabend der ersten Massendeportation nach Polen, war die Zahl auf 90 147 zurückgegangen[46].

telstelle, durch die sich ein Jude an deutsche Ämter wenden konnte. Im Altreich, wo die Schaffung der „Reichsvereinigung der deutschen Juden" erst nach Jahren eines erzwungenen Zusammenschlusses bestehender jüdischer Fürsorgeorganisationen erfolgte, hatte es viel länger gebraucht, ehe dieses Stadium erreicht werden konnte.

Am 22. Juli 1939 wurde eine Zweigstelle des sechs Monate alten Zentralamtes für Jüdische Auswanderung vom SS-Untersturmführer Hans Günther eröffnet, der einem gewissen SS-Hauptsturmführer Eichmann unterstand. Trotz Görings Auftrag vom 24. Januar gehörte Eichmann zu Heydrichs Sicherheitsdienst. Ebenso wie in Wien, arbeitete auch in Prag die Gestapo direkt im Gebäude des Rats der Israelitischen Kultusgemeinde[47], und es war die Aufgabe des Rates, die Tagesquote jüdischer Auswanderer bereitzustellen. Wenn die Anzahl nicht erreicht war oder das Kopfgeld nicht eingezahlt wurde, dann konnten die dafür Verantwortlichen einer Verschickung ins Konzentrationslager gewärtig sein. Unter diesen Umständen kamen die ärmsten Juden zunächst mit der Auswanderung dran, weil jene, von denen bekannt war, daß sie über Vermögen verfügten, selbst mit der Gestapo verhandeln mußten. Die von Eichmann verlangten „Quoten-Juden" wurden mit ihren Ausreisebewilligungen in die Häfen und Grenzstationen abgeschoben. Tausende wurden mit zweifelhaften Sichtvermerken lateinamerikanischer Staaten oder mit britischen Zulassungsscheinen für Palästina auf deutsche Schiffe verfrachtet, und viele mußten wochenlang auf hoher See hin- und herfahren, wie z. B. die jüdischen Passagiere des Hamburg-Amerika-Dampfers „St. Louis", der im Mai 1939 nach Kuba in See stach.

Anfangs verlangte Eichmann die Auswanderung von 70 000 Juden innerhalb eines Jahres. Dr. Kafka, der Vorsitzende des Rates der Prager Kultusgemeinde, machte den Einwand, daß das Eigentum des Rates gesperrt war. Eichmann drohte dann, jeden Tag 300 Juden straßenweise zu verhaften und nach Dachau und Merkelsgrün zu schicken, „wo sie ein großes Interesse für die Auswanderung bekommen werden"[48]. Schließlich wurde das Geld irgendwie aufgebracht. Wäre der Krieg nicht fünf Wochen später ausgebrochen, dann hätten Eichmanns Forderungen volle Erfüllung gefunden. In der Zwischenzeit hatten die Sperre der jüdischen Guthaben, die Wegnahme der jüdischen Geschäfte und die Entlassung jüdischer

Angestellter einen Zustrom nach der Hauptstadt hervorgerufen. Obwohl bis Oktober 1939 35 000 Juden das Land verlassen haben mögen, war die Zahl der Juden in Prag von 35 425 auf 46 170 gestiegen[49]. 8000 wurden auf Grund einer Polizeiverordnung vom 11. August aus den kleineren Städten nach Prag abgeschoben[50].

Auf diese Weise war der vom „Schwarzen Korps" vorausgesehene Zustand von Massenelend in nahe Sicht gebracht worden, und in Prag schien das historische geschlossene Judenviertel wieder zu erstehen. Aber Heydrich war, wie wir bereits gesehen haben, kein besonderer Freund von Ghettos. Man hatte ihm die entsprechenden Hinweise auf Überfüllung und Epidemiegefahr an die Hand gegeben. Der nächste Schritt war Massendeportation, sobald entsprechendes Gebiet dafür verfügbar war, zunächst in Polen und später in der Sowjetunion. Aber wohin immer die Juden gehen sollten, sie mußten zum Werkzeug ihrer eigenen Vertreibung gemacht werden. Der Rat der Prager Kultusgemeinde hatte das Vorbild für die Judenräte zu bilden, die in den polnischen und russischen Städten von 1941 bis 1943 die Namen der dortigen Juden zu verzeichnen, sie zu Sammelplätzen zu bringen und ihnen später zur Hinrichtungsstätte oder ins Todeslager zu folgen hatten.

Dieses System war zweifellos Heydrichs Erfindung, der etwas Ähnliches unmittelbar nach dem Anschluß im März 1938 bei den Wiener Juden in Anwendung gebracht hatte; und mit seinem Erfolge dabei hat er dann auf der von Göring am 12. November abgehaltenen Besprechung geprahlt. Eichmann hat sich zwar sieben Jahre später den in Nürnberg aussagenden Zeugen Willi Höttl und Dieter Wisliceny gegenüber damit gebrüstet, daß er den Tod von fünf Millionen Juden herbeigeführt habe, aber er war nichts als Heydrichs ausführendes Organ, das seine Lehrzeit im Zentralamt für jüdische Auswanderung durchgemacht hatte.

Da Eichmann möglicherweise noch am Leben ist, kann vielleicht noch mehr über die Stellung bekannt werden, die er in der SS-Hierarchie schließlich einnahm, aber die Akten der Abteilung „Deutschland III" des Auswärtigen Amtes haben bereits gezeigt, daß die Tätigkeit des Juden-Inquisitors sich weder autokratisch noch im Geheimen abspielte (s. S. 81 ff. u. 106). Andere Eichmann-Legenden wurden durch die Entdeckung seiner vom SS-Personalamt geführten Personalakten zerstört, so z. B. die, daß er in Palästina in der deutschen Templer-Kolonie Sarona geboren sei[51].

Die simple Wahrheit hat aber die Entstehung neuer Legenden nicht verhindert, so jener, daß Eichmann 1948 in Ägypten aufgetaucht sei, um entkommene deutsche Gefangene für den Kampf gegen die Juden anzuwerben [52], oder daß er nach dem Krieg als Jude nach Palästina zurückgekehrt sei [53].

Eichmann wurde in Wirklichkeit im März 1906 in Solingen als Sohn einer Familie geboren, die früher in Elberfeld gelebt hatte, aber in Eichmanns Kinderjahren nach Linz in Österreich übersiedelte. Sein Vater war Direktor einer elektrotechnischen Firma [54]. Er ist also in einer rein österreichischen Atmosphäre aufgewachsen, wo er sich den österreichischen Dialekt und eine Leidenschaft fürs Reiten aneignete, die in seiner Budapester Blütezeit von 1944 auffiel, als Dr. Kastner Eichmanns krummbeinigen Gang bemerkte [55]. Eichmann wurde ursprünglich dafür erzogen, dem Beruf seines Vaters zu folgen, und in allen seinen Dokumenten bezeichnete er seinen Zivilberuf als „Maschineningenieur". Er mußte aber sein Studium der Technik 1925 aufgeben, da sein Vater als Opfer der Inflation das Studium nicht länger finanzieren konnte.

Im Jahre 1927 wurde Eichmann Agent der Vacuum Oil A.G., und 1931 fand er für sein Mißgeschick ein Ventil im Beitritt zur österreichischen Nationalsozialistischen Partei. Im Juli 1933 überschritt er die deutsche Grenze, und in den nächsten vierzehn Monaten war er im Ausbildungslager der Österreichischen Legion am Lechfeld bei Augsburg. Im September 1934 wurde der Unteroffizier Eichmann in das Hauptamt des SD in Berlin versetzt, wo er zuerst damit beschäftigt war, eine Kartei der Freimaurer zusammenzustellen. Später war er Leiter des Museums des Amtes, wo er sich für zionistische Dokumente zu interessieren begann und einige jüdische und hebräische Brocken erlernte. Léon Poliakov glaubt, daß Eichmann im Jahre 1937 nach Palästina entsandt wurde, um mit den arabischen Aufständischen Fühlung zu nehmen, daß er aber nach 48 Stunden von den britischen Behörden ausgewiesen wurde [56] und daß er von dort nach Kairo ging, wo er sich mit einem Vertreter des Ex-Mufti von Jerusalem, Haji Amin Husseini, anfreundete. Zur Zeit seines angeblichen Palästina-Aufenthalts war Eichmann aber bloß ein Unteroffizier in der SS, der in dem damals noch nicht besetzten Wien als Gestapospitzel arbeitete. Eichmanns Besprechungen mit dem Mufti datierten wahrscheinlich aus den Jahren 1942—44, als der Letztgenannte als akkreditierter

arabischer Bevollmächtigter in Berlin lebte und mit Eichmanns Amt Fühlung aufrechterhielt.

Eichmanns richtige Laufbahn begann am 1. August 1938, einige Monate nach dem Anschluß, als er zum Vorstand des Wiener Amtes für Jüdische Auswanderung gemacht wurde. Die Empfehlung für seine Beförderung zum Hauptsturmführer vom 30. 1. 1939 sagt: „Eichmann leitet die gesamte jüdische Auswanderung[57]." Von Wien wurde Eichmann nach Prag und von Prag nach Berlin versetzt, wo er am 30. Januar 1940 an Heydrichs großer Konferenz über die Umsiedlung der Juden und Polen teilnahm (siehe S. 51 u. 52). Einige Monate später leitete Eichmann die Auswanderungszentrale und die Abteilung der Gestapo für „Judenerhebungen". Die beiden Ämter wurden als „Büro IV A, 4 b" des Reichssicherheitshauptamts miteinander verschmolzen.

„IV A, 4 b", das sein eigenes vierstöckiges Gebäude in der Kurfürstenstraße 116 hatte, wurde in den Jahren 1941—44 die Zentralstelle der Endlösung, der Mittelpunkt des ganzen Spinnennetzes von Deportation und Massaker. In der Theorie war es eine sehr bescheidene Angelegenheit. Amt IV bedeutete Gestapo, Sektion A war die Bezeichnung für deren Abteilung für interne Tätigkeit, Nr. 4 war eine Unterabteilung davon, die sich mit der Erforschung religiöser Kulte beschäftigte, und IV A, 4 b war eine weitere Unterabteilung, die sich mit den Juden zu befassen hatte. So fand es seinen Platz unter hundert anderen obskuren Amtsstellen des RSHA *, und im Rahmen dieser Tarnung war es Eichmann bestimmt, daß er niemals über den Rang eines SS-Obersturmbannführers hinauskommen konnte. Diesen höchsten ihm offenstehenden Rang erreichte er am 29. Oktober 1941, kurz vor der Wiederaufnahme der Deportationen im Reichsgebiet. Während des folgenden Blutbades war es Eichmanns Aufgabe, keinen zu wichtigen Eindruck hervorzurufen. Nur in Budapest gestattete er sich nach dem März 1944 den Luxus des öffentlichen Auftretens als wichtige Persönlichkeit, möglicherweise weil er die Unterstützung Kaltenbrunners gegen Himmler besaß.

Das Bild, das Dr. Kastner von dem Eichmann dieser Periode entwirft, ist das eines zynischen, auftrumpfenden, dem Alkohol er-

* Die Amtsstelle VI F, 4 a, Leitung Sturmbannführer Krüger, beschäftigte sich z. B. mit der Erzeugung gefälschter ausländischer Banknoten im Lager Sachsenhausen für Zwecke der Gegenspionage, Ausland-Abwehr. (Prozeß XI NG 5508, und siehe S. 516.)

gebenen SS-Satrapen, der sich eine elegante Maitresse hielt; aber das von L. Poliakov veröffentlichte Lichtbild, das möglicherweise zehn Jahre früher aufgenommen wurde, als Eichmann gerade in den SD eintrat, macht weniger den Eindruck eines Lebemannes [58]. Von dem ernsten Gesichtsausdruck des Studenten dieser Jahre blieben nur die sonderbar glänzenden Augen in den Photographien erhalten, die Eichmanns Personalakten aus dem Jahre 1944 angeschlossen sind. Man fragt sich, ob Eichmann sich seinen Beruf mit Rücksicht darauf gewählt hat, daß ihn seine Kollegen wegen seines jüdischen Aussehens hänselten. Psychologen wären sicher interessiert an der Erklärung, die Eichmann dafür gibt, daß er keine „Sportabzeichen der Partei" besitzt — eine an sich völlig überflüssige Erklärung —, nämlich „wegen einer Verletzung an meiner Hand" [59].

Eichmanns Werdegang war der eines deutschen Staatsbeamten, der in seiner Arbeit aufgeht, die ihm keinen Ruhm bringt. Er heiratete eine unbedeutende Frau aus kleinbürgerlichem Milieu, die ihm drei Töchter schenkte — die Familie, die seiner Absicht zufolge mit ihm sterben sollte, wenn er Selbstmord beging, was er seinem Freund Wisliceny im Februar 1945 anvertraute. Aber Wisliceny sollte Eichmann ein oder zwei Tage vor der Kapitulation Deutschlands wieder zu Gesicht bekommen. Es war in Alt-Aussee im Salzkammergut, dem letzten Hauptquartier von Kaltenbrunner und des RSHA. Eichmann sagte Wisliceny, daß er seiner Familie falsche Papiere besorgt hätte und daß er selbst sich in den Bergen „bis zum kommenden Konflikt zwischen Ost und West" verstecken werde (siehe S. 545).

Zehn Jahre sind seither vergangen, und Eichmanns Leiche wurde nicht gefunden. Wir wissen nicht, ob er so gestorben ist, wie er es versprach, nämlich daß er „lachend in die Grube springen würde, denn das Gefühl, daß er fünf Millionen Menschen auf dem Gewissen hätte, wäre für ihn außerordentlich befriedigend" [60]. Jedenfalls betrafen die Morde, bei denen Eichmann seine Hand unmittelbar im Spiele hatte, weniger als eine Million Menschen; seine Verbindung mit den Massakern in Polen und Rußland scheint nur sehr lose gewesen zu sein. Er war ein Großinquisitor, dem keinerlei Zauber oder Romantik anhaftete, und ihn charakterisieren voll die Worte seines Freundes Dieter Wisliceny, der ihn für seine erste Aufgabe vorgeschlagen hatte [61]:

„Er war in allen Dingen ein ausgesprochener Bürokrat. Über jede Unterredung, die er mit irgendeinem seiner Vorgesetzten hatte, fertigte er sofort eine Aktennotiz an. Er hat mich immer wieder darauf hingewiesen, daß dies das Wichtigste wäre, damit er jederzeit von oben gedeckt wäre. Er selbst scheute jede eigene Verantwortung und war sehr bemüht, für alle Maßnahmen, die er traf, eine Deckung seiner Verantwortlichkeit seinen Vorgesetzten gegenüber — in diesem Falle von Müller und Kaltenbrunner — zu erreichen."

5. Auswanderung nach Kriegsausbruch

Am 4. Juli 1939 war Heydrichs Todesreich vollständig. Die neueste Zugabe zu den Nürnberger Gesetzen, die „Zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz", hatte die Reichsvereinigung der jüdischen Hilfsorganisation des Altreiches in eine offizielle jüdische Bürokratie unter der Kontrolle des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD verwandelt[62]. Die Juden waren Gefangene des SS-Staates. Sie hatten zwar ihre eigenen Steuern einzuheben und ihre sozialen Einrichtungen zu verwalten, aber sie hatten die meisten der ohnehin schon eingeschränkten Rechte der Berufung auf das für alle geltende Recht des Landes verloren, die ihnen die ursprünglichen Nürnberger Gesetze gelassen hatten. Sie lebten in einem Ghetto ohne Mauern.

Unter dem Deckmantel der „Zehnten Verordnung" wurde die Enteignung jüdischer Firmen ohne Zahlung auch der nominellen Entschädigung in Staatspapieren, die in der Verordnung von 1938 vorgesehen war, durchgeführt, aber der Prozeß ging langsam vor sich, und bei Kriegsausbruch gab es immer noch einige jüdische Privatbanken und einige Firmen, die Pelze und Textilien ausführten. Für die große Mehrheit der 375 000 Juden des Großdeutschen Reiches einschließlich Österreichs und des Protektorates gab es keinen regelrechten Beruf, und vollkommene Verelendung wurde von ihnen nur durch die Anordnung über Zwangsarbeit vom März 1939 abgewendet. Aber auch im Rahmen dieser Maßnahme war die Zahl derjenigen, die Arbeit hatten, unverhältnismäßig gering. So waren nur 20 000 Juden in Berlin beschäftigt, obwohl es bei Ausbruch des Krieges dort 95 000 gegeben hatte[63]. Die Juden waren zur Arbeit im Baugewerbe und in der Landwirtschaft verpflichtet, aber der Rüstungsindustrie war es gestattet, die fachlich

geschulten Juden an sich zu ziehen, die so, besonders in Berlin und Breslau, bis zum Februar 1943 vor der Deportation bewahrt blieben (siehe S. 180).

Der Kriegsausbruch am 1. September 1939 brachte keine Änderung in der Rechtslage der deutschen Juden. Auswanderung war bis zum 1. Oktober 1941 gestattet, also bis zu einem Zeitpunkt, da in den östlichen Ghettos die Ausrottung bereits seit Monaten im Gange war. Einige neutrale Länder standen immer noch offen, der Atlantische Ozean konnte überquert werden, auch Palästina war erreichbar. Bis zum 20. Juni 1940 konnten Flüchtlinge, die über die notwendigen Mittel verfügten, sich von italienischen Häfen aus einschiffen, und zwischen dem 20. Juni 1940 und 11. November 1942 konnten sie, auch wenn die Schwierigkeiten immer größer wurden, den Weg durch das unbesetzte Frankreich nach Lissabon oder Casablanca nehmen. Im Mai 1941 beschwerte sich die Gestapo, daß die französischen Juden diese beschränkten Möglichkeiten zum Nachteil der mit Erlaubnisscheinen versehenen jüdischen Auswanderer aus dem Reich benützten[64]. Auch Juden in Polen konnten im Anfang dem deutschen Terror entkommen. Italien war auf dem Weg durch die Slowakei und Ungarn, die Häfen des Schwarzen Meeres durch Rumänien zu erreichen. Es gab eine stark benützte Route nach China und Japan über Lettland und die Sowjetunion.

Es ist äußerst schwer, die Zahl der Juden zu schätzen, denen es nach Ausbruch des Krieges gelang, ihrem Schicksal zu entkommen. Aber es ist bekannt, daß während der zweieinhalb Jahre, in denen in dem unbesetzten Teil Frankreichs die Organisation HICEM und das „Joint Distribution Committee" bestanden, diese 10000 Juden durch Lissabon und 1200 durch Casablanca durchschleusten[65]. Der Ausbruch des Krieges mit Japan fand an die 20000 europäische jüdische Flüchtlinge in Schanghai und 4000 in Kobe, die meist erst nach Kriegsausbruch dort angekommen waren. Die Auswanderung erreichte ihren Höhepunkt zwischen dem Zusammenbruch Frankreichs und vier bis acht Wochen vor Hitlers Einfall in die Sowjetunion, als die Russen den Durchgangsverkehr einstellten.

Es ist möglich, daß bis zu 13000 Juden vom Altreich allein freiwillig in den ersten zwei Kriegsjahren ausgewandert sind (siehe S. 560 f.), eine Zahl, die angesichts des großen Exodus aus Europa nach Palästina im Jahre 1947 nicht überraschen kann. In anderen

Worten: einer von sechzehn konnte es sich erlauben, sich von der Gestapo loszukaufen*. Hitler mag von diesen Dingen nichts gewußt oder er mag sie stillschweigend geduldet haben, aber solche Zweifel bestehen bezüglich Himmlers und Heydrichs nicht. Der erstere, der während der ersten zwei Kriegsjahre die jüdische Auswanderung als eine Einnahmequelle für die SS betrachtete, machte wiederholt Versuche, Menschenhandel im großen zu betreiben, Jahre, nachdem Hitler die Endlösung angeordnet hatte. Die Haltung Heydrichs ist schwerer zu verstehen. Als er im Sommer 1941 mit dem Programm der erbarmungslosen Deportationen betraut wurde, führte er diese Aufgabe ohne Zögern und ohne das geringste Mitleid durch, aber er scheint in keinem Zeitpunkt die Auswanderung der Juden zwecks Zurückhaltung für spätere Ausrottung behindert zu haben.

Die Tat Herschel Grynszpans, die ihren Zweck als Vorwand für die Strafmaßnahmen des November 1938 erfüllt hatte, nahm nach Ausbruch des Krieges eine neue Bedeutung an. Grynszpan war dann nicht nur der jüdische Verschwörer, der Hitler in einen Konflikt mit Frankreich verwickeln wollte, er war das lebende Symbol des internationalen Juden, der den Krieg angezettelt hatte. Am 20. September 1939 veröffentlichte Goebbels eine Broschüre, die den Titel führte „Anschlag gegen den Frieden. Ein Gelbbuch über Grünspan und seine Helfershelfer", Verfasser war Wolfgang Dierwege, ein Beamter seines Ministeriums[68]. Aber von da an scheint das Hitlerregime die Möglichkeiten der Grynszpan-Legende merkwürdig vernachlässigt zu haben; auch nach dem Zusammenbruch Frankreichs im Juni 1940, als Grynszpan in deutsche Hände fiel. Erst als man im Dezember 1941 die Juden des Reiches in das Massenmorden einbezog, hat man es zunächst für zweckmäßig erachtet, einen öffentlichen Schauprozeß zu inszenieren. Dierwege, der von Goebbels nach Paris geschickt worden war, um Zeugen zu finden, hatte eine Unterredung mit Georges Bonnet, dem Außenminister der Zeit von München. Dierwege zufolge war

* Die Statistik der offiziellen „Reichsvereinigung" für das Altreich weist 215 000 lebende Juden für September 1939 und 163 696 für den 1. Oktober 1941 aus, als das Verbot einer weiteren Auswanderung verlautbart wurde[66]. Von dem Abgang von 51 000 Juden kann man 6500 auf das Konto der Deportationen nach Südfrankreich im Oktober 1940 und 1400 auf das der Deportation von Stettin nach Polen im Februar 1940 rechnen. Ein viel stärkerer Abgang ist in diesen zwei Jahren dem wachsenden Überschuß der Todesfälle über die Geburtsfälle zuzuschreiben, den in Himmlers Statistik Dr. Korherr mit 85 per Tausend[67] für 1942 annimmt (siehe Anhang I).

Bonnet bereit, in dem Prozeß gegen Grynszpan auszusagen. Er war auch bereit, „zu erklären, daß er gegen die Kriegserklärung an Deutschland gewesen sei, daß die französische Regierung aber gewissermaßen vom Judentum so schwer unter Druck gesetzt wurde, daß sie nicht vorbeikam"[69].

In diesem Augenblick begann der ganze Plan für einen großen Schauprozeß, der sich vor den Augen der Welt abspielen sollte, zu zerbröckeln. Goebbels war mit der Bonnet zugedachten Rolle nicht einverstanden, und alle Parteiführer waren sich einig darüber, daß der Prozeß die Heldenverehrung für vom Rath, der die Junker-Opposition personifizierte, wieder aufleben lassen würde. Anfang April wurde Thierack, der zukünftige Justizminister, durch Roland Freisler ersetzt, der Grynszpan im Berliner Volksgericht aburteilen sollte. Thierack beauftragte einen gewissen Weinmann[70] damit, als Grynszpans Verteidiger aufzutreten, und gab Weinmann eine Waffe zur Zerstörung der vom-Rath-Legende in die Hand; das Dokument wurde in der Anklageschrift abgedruckt. Es war ein von einem jüdischen Flüchtling in Frankreich geschriebener anonymer Brief, in dem vom Rath lang andauernder homosexueller Beziehungen zu Grynszpan beschuldigt wurde. Goebbels, der sich hintergangen fühlte und darum wütend war, hatte Ribbentrop und Abetz davon zu überzeugen, daß der Plan mit dem Prozeß aufgegeben werden müsse. Am 11. Mai 1942 wurde er auf unbestimmte Zeit vertagt.

Hier verschwindet die mysteriöse Figur Herschel Grynszpans von der Szene. Wenn es sich nur darum handelte, einen Juden zu beseitigen, war kein Prozeß notwendig. Die Deutschen mußten Grynszpan nur in einen der Züge nach Auschwitz stecken, die bald nach einem regelmäßigen Fahrplan zu verkehren begannen. Merkwürdigerweise war Grynszpan im Mai 1940 in Frankreich auf freiem Fuß. Der Zug, der ihn mit anderen Gefängnisinsassen von Paris nach Toulouse bringen sollte, wurde in der Nähe von Limoges bombardiert. Grynszpan verlangte, ins Gefängnis gebracht zu werden, obwohl ihn der Staatsanwalt in einem Hotel unterbringen wollte[71]. Diese Geste des Fanatismus des jungen Mannes, der über sein Volk so viel Unheil gebracht hatte, scheint irgendwie die Haltung der Ostjuden in dem Inferno, das ihnen bevorstand, zu symbolisieren, eine Haltung, für die es noch keine zureichende Erklärung gibt.

Zweites Kapitel

Die Deportationen · September 1939–Oktober 1941

1. Die Festigung des deutschen Volkstums

Als am 1. September 1939 die ersten deutschen Truppen die polnische Grenze überschritten, gab es auf seiten von Hitlers Gegnern viel unbegründeten Optimismus. Von den Polen nahm man an, daß sie lange genug aushalten würden, um etwas von der langsamen Mobilisierung des Westens zu haben. Wenigen war es bewußt, daß die achtzehn Tage des polnischen Widerstandes für eine Nation, die für einen motorisierten Krieg nicht gerüstet war, eine bemerkenswerte Leistung darstellten. In den damaligen Erörterungen fand das Schicksal der größten kompakten Gruppe von Juden in Europa — 2 732 600 im September 1931, vielleicht 3 250 000 im September 1939 — wenig Aufmerksamkeit. Durch das zwischen Ribbentrop und Molotow am 23. August 1939 abgeschlossene Geheime Zusatzabkommen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt wurden 1 170 000 dieser Juden in russische Hände gegeben. Wenn man in Betracht zieht, daß eine größere Zahl von Juden geflohen sein dürfte, kann man immer noch annehmen, daß am 18. September 1939 fast zwei Millionen Juden in deutsche Hände gefallen sind.

Den deutschen Panzerkolonnen folgten die Lastautos und Motorräder der „Einsatzgruppen" der Sicherheitspolizei und des SD, der Männer Heydrichs, die die Pogrome vom 9. November 1938 organisiert hatten. Pogrome brachen denn auch in fast jeder Stadt mit jüdischen Einwohnern aus, und sie setzten gleich am Tage der Besetzung ein. Diesen erfahrenen „Agents provocateurs" war es nicht schwergefallen, die polnische Bevölkerung zu überreden, sich auf diese Weise über das Unglück der Niederlage zu trösten. Aber der „kleine Terror" der Zeit vom September bis November 1939 war harmlos im Vergleich zu den methodischen Massakern

während des Einfalls nach Rußland im Jahre 1941. Den Ausschreitungen von 1939 fehlte das Element der Koordinierung; sie beschränkten sich auch nicht auf die SS und die Polizei, denn Wehrmachtseinheiten jeder Gattung nahmen an ihnen teil*[1]. Nach Abschluß der Kämpfe scheint sich die Situation noch verschärft zu haben; erst die Errichtung einer Zivilverwaltung Mitte November schaffte da Wandel.

Im Juni 1941 wurde die Unabhängigkeit der Polizeieinheiten in der Etappe der Armee nach langen Konferenzen höchst sorgfältig festgelegt. Im September 1939 hingegen scheint es nichts als eine Andeutung des Führers gegeben zu haben, daß die SS eine privilegierte Stellung genieße und daß die animalischen Instinkte der Leute im Umgang mit den Juden nicht bekämpft werden sollten. Am 14. September zum Beispiel standen zwei SS-Leute, ein Wachtmeister und ein Kanonier, wegen Ermordung von 50 Juden vor dem Standgericht. Sie hatten die Juden, nachdem diese den ganzen Tag bei einer Brückenausbesserung gearbeitet hatten, abends in eine Synagoge gesperrt und dort erschossen. Das Gericht erkannte die Angeklagten nur des Totschlags, nicht des Mordes schuldig und verurteilte den einen zu neun Jahren, den anderen zu drei Jahren Gefängnis. Nach einigem Hin und Her bestätigte der Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, weder das ursprüngliche Urteil noch auch mildere Strafen mit der Begründung, daß die Tat unter die allgemeine Amnestie falle. Zugunsten des Kanoniers Ernst hatte der Offizialverteidiger geltend gemacht, daß er „als SS-Mann in besonderem Maße beim Anblick der Juden die deutschfeindliche Einstellung des Judentums empfunden, daher in jugendlichem Draufgängertum völlig unüberlegt gehandelt habe. Tüchtiger Soldat, unvorbestraft"[3].

Der Fall war öffentlich genug, um Aufmerksamkeit in Deutschland zu erregen. Am 19. Oktober trug der ehemalige Botschafter Ulrich

* Man kann dem Unterhausabgeordneten R. T. Paget nur zustimmen, wenn er sagt, daß die von den polnischen Kommissionen nach dem Krieg durchgeführten Untersuchungen wenig Beweiskraft besitzen. Sie bestehen meist aus isolierten Darstellungen von Einzelpersonen, die kaum je durch andere Beweisquellen bestätigt wurden. Die Tatsache, daß kein vollgültiger Beweis vorhanden ist, berechtigt aber noch nicht zur Aufstellung einer gegenteiligen Theorie. Abgeordneter Paget schreibt: „Die deutsche Armee verhielt sich ordentlich ... Grausamkeiten gab es wenige und sie blieben vereinzelt ... Das Betragen der deutschen Armee war korrekt." Gebildete Menschen, die während dieser Zeitspanne in Polen lebten, bestätigten keineswegs die Richtigkeit dieser Auffassung, die auch im Widerspruch zu den Ansichten deutscher Demokraten steht[2].

von Hassell eine genaue Beschreibung der ganzen Begebenheit in sein Tagebuch ein, wobei er sich besonders über die von Brauchitsch dabei gespielte Rolle entrüstete[4], aber andererseits zugab, daß die Generäle Reichenau* und Blaskowitz gegen andere SS-Bestialitäten protestiert hatten. Wenn es wahr sein sollte, daß alle gegen die Juden in Polen verübten Grausamkeiten auf das Konto der SS gehen, dann müssen die SS-Leute ein ganz besonderes Talent dafür entwickelt haben, allgegenwärtig zu sein. Damals besaß nämlich die SS alles in allem, mit Einschluß der Reservetruppen und der Totenkopfverbände (die meistens mit der Bewachung von Konzentrationslagern in Deutschland beschäftigt waren), eine Stärke von 26 000 Mann; sie war nicht in der Lage, eine einzige Infanteriedivision aufzustellen[5]. Die völlige Ohnmacht der Wehrmachtgeneräle ist angesichts dieser Zahl ganz unverständlich. Im weiteren Verlauf des Krieges, als die Waffen-SS 500 000 Mann zählte und 30 Felddivisionen aufzustellen in der Lage war, hatte ihre Hochachtung vor Himmler eine gewisse sachliche Berechtigung.

Im Falle von Beschwerden raffte sich das Oberkommando der Wehrmacht zu kaum mehr als papierenen Schritten auf. So stürmte zum Beispiel Leni Riefenstahl, die von Hitler favorisierte Filmschauspielerin und Regisseurin — Hitler befand sich gerade im Hauptquartier der Heeresgruppe Süd auf einem alten Schloß in Konskie, zwischen Lodz und Kielce —, am Abend des 10. September 1939 in das Büro des Chefs des Nachrichtendienstes Generalmajor Langhauser. Sie habe, sagte sie, gesehen, wie man zweiundzwanzig Juden abgeschossen habe, und sei nicht in der Lage, die Arbeit ihrer Filmeinheit weiterzuführen. Langhauser arbeitete einen Bericht an den Befehlshaber der Heeresgruppe Süd, von Manstein, aus, der „eine Erhebung und sofortiges Eingreifen in

* Daß Reichenau, der den notorischen Tagesbefehl vom 10. Oktober 1941 über das „jüdische Untermenschentum" unterschrieb, solche Proteste unterstützt haben sollte, ist bemerkenswert, aber Hassell hat dafür eine Erklärung. Reichenau, der Chef des Wehrmachtsbüros während der Weimarer Republik gewesen war, teilte die Hoffnung der nationalsozialistischen Führung auf einen Sieg über die Westmächte nicht, mit denen er Frieden haben wollte. Reichenau sah in den Greuelgeschichten eine Gefahr für eine Einigung (siehe Seite 260). Überdies hatte ihn Admiral Canaris im Oktober besucht und ihm seine Akten über Greueltaten gezeigt. Karl Abshagen zufolge äußerte Reichenaus Stabschef Paulus volle Zustimmung zu Hitlers Maßnahmen. Es sei daran erinnert, daß Paulus, bevor er vor den Russen kapitulierte, von der „Prawda" als „Schlächter von Charkow" gebrandmarkt worden war.

allen Fällen"[6] anordnete, aber Vorfälle dieser Art spielten sich im Gebiet der Heeresgruppe Süd weitere zwei Monate hindurch ab.
Von Brauchitschs zahme und passive Haltung sowie die Machtlosigkeit der Generäle — alles das hat seinen Ursprung in der von Feldmarschall Keitel, dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, verfolgten Politik. Am 12. September, unmittelbar vor dem Fall von Warschau, hatte der Chef der Gegenspionage, Admiral Canaris, während einer Konferenz im „Führerzug" gegen die Maßnahmen protestiert, die gegen die polnische Intelligenz, den Adel und die Geistlichkeit ergriffen werden sollten. Keitel führte zur Verteidigung der Vorschläge an, daß Hitler die Sicherheitspolizei einzusetzen gedächte, wenn die Armee seine Befehle nicht ausführe; dann würde „neben jedem Militärbefehlshaber auch ein entsprechender ziviler Funktionär eingesetzt werden". Die Furcht vor so schrecklichen Dingen war es offenbar, die einen deutschen Feldmarschall dazu bestimmte, die Verübung von Massenmord zu billigen[7]. Von Bock äußerte sich Fabian von Schlabrendorff gegenüber, daß Hitler diese Drohung schon vor dem Krieg ausgestoßen habe[8], wahrscheinlich gelegentlich der Konferenz auf dem Obersalzberg vom 22. August 1939, die Manstein, Rundstedt und selbst Franz Halder, dem es damals nicht gestattet war, Notizen zu machen, nur ganz nebelhaft in Erinnerung haben wollten[9]. Es scheint jedoch, daß Hitler am 22. August die Juden nicht erwähnte, aber am 18. September hat eine weitere Konferenz in Hitlers Sonderzug in Polen stattgefunden, bei welcher Gelegenheit Ribbentrop — General Erwin Lahousen zufolge — einen phantastischen Vorschlag dafür vorlegte, wie man die Ukrainer gegen die „polnischen Landwirte und die Juden" aufwiegeln solle[10].
Eine systematische Ausrottung der Juden scheint damals nicht in Erwägung gestanden zu haben. Hitlers Pläne für eine Annexion eines großen Teiles von Polen, für die Verjagung aller Juden aus dem dem Reich einverleibten Gebiet und für die Anwendung der Nürnberger Gesetze auf die Juden, wo immer er sie finden oder wohin immer er sie treiben möge, waren wahrscheinlich bereits vor dem Krieg fertig. In diesem Zusammenhang scheint eine von Heydrich auf einer am 21. September stattgefundenen Geheimkonferenz gehaltene Rede von großer Bedeutung zu sein, was daraus hervorgeht, daß Heydrich ihren Wortlaut unter den füh-

renden Funktionären der Militärverwaltung in Polen zirkulieren ließ. Als erster Schritt zur **Endlösung der Judenfrage** müßten, erklärte Heydrich, alle auf dem Lande wohnenden Juden in die Städte gebracht werden. In den für die Eingliederung ins Reich reifen Gebieten sollten die Juden leicht erreichbar in einigen wenigen Städten untergebracht werden. Abgesehen von den von Juden dichtbesiedelten Gebieten östlich von Krakau dürfe keine jüdische Gemeinschaft weniger als 500 Seelen zählen. Ihre Existenz sei nur in Orten mit Eisenbahnverbindung gestattet. Jede habe einen „Judenrat" zu wählen, der mindestens 24 Mitglieder zu umfassen habe. Die Hauptaufgabe dieser Judenräte solle die Organisierung des Transportes oder des Empfanges der umzusiedelnden Juden sein. Die Einstufung und Registrierung der Juden oblag den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD[11].

Es handelt sich hier um ein außerordentlich prophetisches Dokument, aber Heydrich war gewöhnt, auf lange Sicht hinaus zu planen. Auch als mehr als zwei Jahre später die Todeslager zu funktionieren begannen, war nur die Hälfte der Juden aus den ins Reich eingegliederten Gebieten vertrieben, und es hatte sich nicht als möglich erwiesen, alle Juden in Städten mit Eisenbahnverbindung zusammenzufassen. Außerdem war es keineswegs vorgesehen, das Judenproblem der Sicherheitspolizei als private Domäne zu belassen: als in dem nicht ins Reich eingegliederten Teil Polens am 12. Oktober die Zivilverwaltung errichtet wurde, erstand für Heydrich in der Person des Generalgouverneurs Hans Frank ein Partner, mit dem er rechnen mußte. Nichtsdestoweniger setzte doch eine weitreichende Umsiedlungsaktion in bezug auf die Juden ein. Es war, wie Hitler in seiner „Friedensrede" im Reichstag am 6. Oktober sagte[12], eines der sechs deutschen Hauptziele im Osten, „eine Ordnung des gesamten Lebensraumes nach Nationalitäten" zu schaffen, „das heißt eine Lösung jener Minderheitenfragen, die nicht nur diesen Raum berühren, sondern darüber hinaus fast alle süd- und südosteuropäischen Staaten". In diesem Zusammenhang werde der „Versuch einer Ordnung und Regelung des jüdischen Problems" unternommen werden.

Im Augenblick war es nicht so sehr Hitlers Ziel, zu erreichen, daß die Juden oder die Polen alle zusammenwohnten, als daß Deutsche nur mit Deutschen lebten. Am Tage der „Friedensrede" erhielt

Himmler einen neuen Titel und eine neue Aufgabe, nämlich die des „Reichskommissars für die Festigung des Deutschen Volkstums" (RKFDV)[13]. Er sollte alle „für die endgültige Heimkehr ins Reich in Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen im Ausland" zurückführen, alle fremden Einflüsse im Reichsgebiet ausschalten und im besetzten Gebiet neue deutsche Siedlungen durch Seßhaftmachung der aus dem Ausland heimkehrenden Volksdeutschen schaffen.

Der nebelhafte, unrealistische und fast sich selbst widersprechende Inhalt des Erlasses vom 6. Oktober schien auf Himmlers ganzen Wesenszug zugeschnitten zu sein. Er bildet den Schlüssel zu all seinen späteren drastischen Aktionen und Äußerungen, und er hat einen großen Teil seiner Energien in den drei Jahren des deutschen Siegeslaufes gefangengenommen. An ihm entzündeten sich die von Himmlers Vertrautem, dem finnischen Medizinalrat Felix Kersten, aufgezeichneten Tagträume, Träume von der Wiedergeburt des burgundischen Königreiches der Karolinger, von der Umsiedlung der Holländer nach Rußland, der Engländer ins Baltikum, von der Ausschaltung der Deutschen mit dunklen Haaren, von der Abschaffung der deutschen Städte und von der Legalisierung der Vielweiberei einer blonden Kriegerkaste, die in feudalen Schlössern im Ural lebte, die Milch wilder Stuten der Steppe trank und Mineralwässer zum Frühstück zu sich nahm[14].

Die Denkschriften, die von Himmler-Schülern im Amt des RKFDV von Zeit zu Zeit verfaßt wurden, blieben an Phantasiereichtum kaum hinter den Hirnprodukten des Meisters zurück. Dr. Wetzel machte zum Beispiel den Vorschlag, die Polen zur Geburtenbeschränkung zu zwingen. Nur eine vierklassige Volksschule sollte den Polen gestattet sein, deren Lehrziel lautete: „Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, daß es ein göttliches Gebot ist, den Deutschen gehorsam sowie ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich[15]." Im März 1940 legte Himmler diese Denkschrift Hitler vor, der sie „sehr gut und richtig" fand, aber der Meinung war, daß sie sich nur zur Verbreitung im kleinen Kreis eigne. Im Mai 1942 arbeitete ein anderer Beamter von Himmlers Amt, ein gewisser Dr. Abel, einen Plan für die „fortschreitende Ausschaltung" der russischen Rasse aus. Abel, ein dem Oberkommando zugeteilter Anthropologe, wollte alle nordischen russischen Typen germani-

sieren und den Rest nach Sibirien abschieben[16]. Wetzel war mit Abel nicht ganz einer Meinung. Sein „Generalplan Ost des Reichsführers SS" vom 27. April 1942 sprach sich für eine selektive Geburtenkontrolle aus.

Auch wenn sich diese beliebte deutsche Form professoralen Theoretisierens in dem Amt des RKFDV breitmachte, verfolgte es doch vor allem praktische Ziele. Am 28. September 1939 hatte Ribbentrop zwei geheime Zusatzprotokolle zu dem berühmten Pakt mit Moskau unterzeichnet; sie sahen den Einschluß Litauens in die sowjetische Einflußsphäre vor. Die Russen hatten zugesagt, bei der Überführung der in den von ihnen besetzten Gebieten lebenden Deutschen ins Reich behilflich zu sein. Es sollten sogar Beauftragte der Reichsregierung zur Organisierung des Auszugs in diese Gebiete zugelassen werden[17]. Man erwartete, daß 40 000 der 110 000 Baltendeutschen und die meisten der 134 267 Deutschen, die in dem russisch besetzten Teil Polens lebten, sofort ins Reich umsiedeln würden. Eines Tages würden ihnen dann die 135 000 „Volksdeutschen" folgen, die in dem bis dahin noch rumänischen Bessarabien angesiedelt waren. Zur Unterbringung dieser Menschen wurden die eingegliederten polnischen Gebiete, Österreich und das Protektorat Böhmen und Mähren[18] bestimmt — die Aussiedlung der Juden aus diesen Gebieten sollte den benötigten Lebensraum schaffen.

Durch einen Erlaß Hitlers vom 8. Oktober 1939[19] wurden die Provinzen, die 1918 an Polen verlorengegangen waren, sowie die Provinz Lodz ins Reich „wiedereingegliedert", das so einen Zuwachs von etwa 650 000 Juden erfuhr[20]. Zwei Tage später kündigte Himmler an, daß 550 000 dieser Juden umgehend zusammen mit allen polnischen Intellektuellen und allen deutschfeindlicher Gesinnung verdächtigen Polen ins „nichteingegliederte Polen" deportiert werden sollten. In Danzig und Posen sollte begonnen werden. Die Juden sollten in das Gebiet zwischen der Weichsel und dem Bug abgeschoben werden; die Zahl der Juden im „Generalgouvernement" — die neue Bezeichnung für das nicht eingegliederte Gebiet — würde dadurch auf etwa zwei Millionen steigen[21]. Eine Rede, die Generalgouverneur Frank in seiner Eigenschaft als Präsident der Akademie für Deutsches Recht im Januar 1940 hielt, zeigt, daß er noch weitergehende Maßnahmen Himmlers fürchtete. Anderthalb Millionen polnischer Bauern und

alle Juden aus dem Großdeutschen Reich und dem Protektorat sollten ins Generalgouvernement umgesiedelt werden[22]. Frank wendete ein, daß nur durch die Verbringung von polnischen Arbeitskräften nach Deutschland und „Ausschaltung der Polen aus dem Fortpflanzungsprozeß" im Generalgouvernement, das normalerweise eine Bevölkerung von 12 Millionen hatte, Raum für den Zustrom geschaffen werden könnte. Sowohl der Protest als auch die von Frank vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen waren für ihn charakteristisch: sie hatten nichts mit Erwägungen der Menschlichkeit zu tun. Was den Zustrom der Juden anbetraf, über den Frank immer wieder Beschwerde führte, entsprach ihm die Lösung, die sich später aus deren physischer Ausrottung ergab, vollständig.

Während des Nürnberger Prozesses war Frank ein ganz anderer. In den Monaten der Haft, die der Verhandlung vorausgingen, hatte er sich zur katholischen Kirche bekehrt, und die Zerknirschtheit, die er vor seinen Richtern zur Schau trug, schien echt. Er bekannte sich schuldig an der Ausrottung der polnischen Juden, indem er einen Anteil an der „kollektiven Verantwortung" für die Gaskammern zugab, von deren Existenz er allerdings nichts gewußt haben wollte. „Ich könnte es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, die Verantwortung dafür allein auf diese kleinen Leute abzuwälzen ... Tausend Jahre werden vergehen und die Schuld von Deutschland nicht wegnehmen[23]."

Die Wirkung dieser mutigen Worte wurde durch die Behauptungen wieder aufgehoben, die Frank und sein Entlastungszeuge Josef Bühler später aufstellten, daß nämlich das Judenmassaker in Polen nur den Polizeikommandeuren Krüger und Globocnik zuzuschreiben sei, die ihm, Frank, einem Mann, den sein ganzer Beruf zur Wahrung des Rechtes verpflichtete, aufgezwungen worden waren. Aber dann ließ Frank wieder das gespaltene Ich spielen, das in Hitlers Umgebung so oft auftrat. In einem Augenblick der Verzückung weigerte er sich im Mai 1945, die 42 Bände umfassende Sammlung seiner Maßnahmen und Reden zu vernichten, die er in seinem Zimmer im Hotel Berghof in Neuhaus (Bay.) aufbewahrt hatte. Später veranlaßte die Kenntnis der Tatsache, daß die Amerikaner im Besitze dieses Dokumentes waren, Frank dazu, durch Aufschneiden der Puls- und Halsschlagadern einen Selbstmordversuch zu begehen[24].

Das Tagebuch Franks ist freilich ein grauenhaftes Dokument, das man angesichts der kalten Unmenschlichkeit, die daraus spricht, kaum für echt halten möchte. Aber es zeigt doch, daß Frank mit der SS und der Polizei im Kampfe lag. Zum erstenmal drohte er am 19. November 1939 mit dem Rücktritt[25], als Himmler Friedrich Krüger, einen früheren Straßburger Buchhändler, zum Polizeichef für das Generalgouvernement ernannte. Krüger hatte Himmlers Umsiedlungspläne in die Tat umzusetzen, was für Frank als dem verantwortlichen Gouverneur die Ankündigung eines wirtschaftlichen Chaos bedeutete. Nur in bezug auf die Absicht, die Juden auszurotten, bestand zwischen Frank einerseits und Krüger und seinen Polizeigewaltigen andererseits keine Meinungsverschiedenheit. Sechs Wochen, bevor Heydrich den Sinn der „Endlösung" auf der Wannsee-Besprechung enthüllte, hat Frank die Dinge ganz offen mit seinem Kabinett besprochen. „Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Liquidiert sie selber!" (Siehe S. 58, 109 u. 277.)

Zum vollkommenen Bruch zwischen Frank und der SS kam es im Sommer 1942, als Himmler vorschlug, im Zuge einer willkürlichen und versuchsweisen Ansiedlung von Volksdeutschen die Polen aus dem rein polnischen Gebiet von Zamosc zu vertreiben — und das in einem Augenblick, als Frank von dieser Gegend sowohl einen Ernteüberschuß als auch die Bereitstellung von Arbeitskräften für Deutschland und für Dienste an der Ostfront erwartete. In diesem Juli 1942 stürmte Frank von einer deutschen Universität zur anderen und predigte den Studenten der Rechte überall die Notwendigkeit einer Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen (s. S. 176)[26]. Fast wäre Frank damals eingesperrt worden. Er wurde der Parteiehren entkleidet, seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Justiz enthoben, und Goebbels drang in Hitler, er möge Frank als Gouverneur den Abschied geben. „Er (Frank) genießt beim Führer gar kein Ansehen mehr", schrieb er[27]. Aber hier irrte Goebbels. Hitler hatte heimlichen Respekt vor einem Mann, der vier Jahre später seine drohende Stirn und seinen Nazischritt im Schatten des Galgens bewahren konnte. Frank blieb lange genug im Amte des Generalgouverneurs, um der Absetzung seiner Feinde Krüger und Globocnik zusehen zu können; lange genug, um die Russen in den Vororten Krakaus zu sehen, seiner Hauptstadt, die er zu einer deutschen Stadt zu machen geplant hatte. Frank hatte zwar

seinen Krieg mit der SS gewonnen, aber die Russen hatten inzwischen den Krieg mit Deutschland gewonnen.

Der merkwürdige Regierungs- und Verwaltungsorganismus, der in dem Land aufgerichtet wurde, das nach Hitlers Absichten der polnische Staat der Zukunft sein sollte, entsprang großenteils dem bürokratischen und unschöpferischen Hirne Franks. Es gab keine polnischen Quisling-Minister. Das sehr entwickelte polnische System der lokalen Verwaltung wurde fast ganz beseitigt. Das Land — ein Drittel Vorkriegspolens — wurde in vier Distrikte und vierzig Kreise eingeteilt. Nur die kleinste Einheit, der Bezirk, konnte unter der Leitung früherer polnischer Bürger sein, und auch die gehörten meist zur deutschen Minderheit. 40 000 deutsche Staatsangestellte stürzten sich auf ein Land, das halb so groß war wie Italien, und Frank äußerte sich in Nürnberg dahin, daß diese Zahl lange nicht ausreichend war[28]. Ein Pole konnte unter dieser Herrschaft nicht glücklich sein, aber dafür wußte Frank Abhilfe. Er machte die Juden noch unglücklicher als die Polen.

2. Die ersten Deportationen nach Polen

Die ersten Verschleppungen von Juden nach Polen fielen in die Zeitspanne zwischen Oktober 1939 und März 1940. Damals wurden die Juden nicht so wie während des zweiten Abschnittes des Deportationsdramas, der im Oktober 1941 einsetzte, in geschlossene Ghettos, Konzentrationslager oder in Gaskammern geschafft. Es wurde ihnen lediglich ein Zwangsaufenthalt in einer der bestehenden jüdischen Gemeinschaften im Gebiet zwischen Weichsel und Bug zugewiesen, wo viele Städte praktisch bereits Ghettos waren. Die damalige Absicht war, eine genügend große Zahl von Juden, Polen und Tschechen aus dem Großdeutschen Reich abzuschieben, um Raum für die ins Reich strömenden Volksdeutschen zu schaffen. Einer Reihe von Ursachen ist es zuzuschreiben, daß dieser Plan niemals voll zur Ausführung gelangen konnte: es gab eine Typhusepidemie, Informationen über das, was vor sich gehen sollte, sickerten durch und gelangten an die ausländische Presse, was im Augenblick höchst unwillkommen war, und schließlich haben sich auch die Volksdeutschen, nachdem sie einmal von den hierzu geschaffenen Stellen RUSHA und VOMI auf Herz und Nieren überprüft worden waren, nicht an der ihnen vorbestimmten Stelle niedergelassen und sich nicht an dem

bereichert, was man die Juden zurückzulassen gezwungen hatte. Was damals vor sich ging, erfährt man aus einem offiziellen deutschen Bericht, der Ende 1941 abgefaßt worden ist, als die „Rückkehr" der Deutschen aus den baltischen Staaten und Großrumänien die Zahl der Zuwanderer auf 497 000 ansteigen ließ [29]. Diese Menschen lebten in Aufnahmegebieten, aus denen man 1 200 000 Polen und 300 000 Juden ins Generalgouvernement abgeschoben hatte. Theoretisch konnte also ein Deutscher so viel Raum übernehmen, wie drei Polen und Juden innegehabt hatten. Aber 120 000 von ihnen lebten noch im Juli 1942 in Lagern. Ein Jahr später, im August 1943, als die Zahl der einströmenden Volksdeutschen 546 000 erreicht hatte, lebten 99 500 von ihnen in Lagern und hatten eine zeitweise Beschäftigung [30], während 22 000 von ihnen in einem Lager bei Lodz im Elend und ohne jede Beschäftigung vegetierten. Man könnte sagen, daß Juden getötet wurden, um diese Menschen am Leben zu erhalten, denn das Winterhilfswerk der Partei hat die blutgetränkten Kleider der Opfer von der benachbarten Todeskammer in Chelmno angefordert [31] (siehe S. 153 u. 280). Dem Rasse- und Siedlungsamt in Lodz wurde gleichfalls von Oswald Pohl im Februar 1943 ein Anteil an den Bergen von Kleidungsstücken aus jüdischem Besitz versprochen, der im Lager Auschwitz und in den Lubliner Depots des „Einsatz Reinhard" zusammengetragen worden war [32].

Bemerkenswerterweise ereignete sich das im Monat der deutschen Katastrophe von Stalingrad, als noch mehr Volksdeutsche nach dem Westen strömten. So hatten zum Beispiel gerade 2000 Deutsche aus dem Kaukasus den Evakuierungshafen Jaisk am Schwarzen Meer erreicht [33]. Die deutsche Wirtschaft hatte damals noch nicht einmal die erste Wanderungsbewegung aus Wolhynien verdaut, die den San und den Bug im Dezember 1939 unter schmetternden Fanfarenklängen überschritten hatte.

Auf diese Weise wurde der Kern der späteren deutschen Flüchtlingsmassen geschaffen. Himmler, der Sohn des Geschichtslehrers eines bayrischen Prinzen, hatte eine neue Völkerwanderung in Einklang mit den Rassentheorien, die ihm eingeimpft worden waren, und in Verletzung der Gesetze der Biologie geplant. Himmlers Opfer, die slawischen Völker, taten nach dem Krieg nichts anderes, als das Werk, das Himmler begonnen hatte, fortzusetzen.



Das Gebiet V



Das Gebiet Vorkriegs-Polens nach der Zerstückelung (1941–1944)

Es war allerdings leichter, Juden herumzustoßen, als Volksdeutsche umzusiedeln, da es den Juden nicht erlaubt war, viel von ihrem Vermögen mitzunehmen. Dazu kam, daß die Deportierung in andere polnische Städte von den Juden im Vergleich zur Eingliederung ins Reich als das kleinere Übel betrachtet wurde. Schon während des „achtzehntägigen Krieges" hatte man etwa 60 000 Juden nach dem Osten geschafft. Arthur Greiser, der Gouverneur des „Warthegaus", d. h. des polnischen, ins Reich eingegliederten Gebietes, berichtete am 12. Februar 1940, daß 87 000 Juden aus Danzig-Westpreußen abgeschoben worden seien[34] und nur 1800 noch in diesem Gebiet lebten. Bromberg wurde am 14. November 1939 für „judenfrei" erklärt[35]. Aus Thorn, Graudenz, Kalisch und Posen wurden die Juden gleichfalls bis zum Februar 1940 entfernt, aber im Gebiet von Lodz blieb eine starke jüdische Bevölkerung weiter bestehen. Allein in der Stadt Lodz lebten 180 000, von denen 20 000, einschließlich eines großen Teiles der Intelligenz, im Dezember und Januar nach Warschau, Krakau und Lublin verschickt wurden. Diese Aktion blieb aber einmalig[36]. Im Augenblick, in dem die Deportationen ins Generalgouvernement eingestellt wurden — März 1940 —, hatte Lodz immer noch 80 % seiner jüdischen Vorkriegsbevölkerung.

Die späteren Ghettos im Generalgouvernement bekamen diese Bevölkerungsbewegungen zu fühlen. Die zahlenmäßigen Lücken der Flucht während des „achtzehntägigen Krieges" waren bald mehr als aufgefüllt. Warschau gewann seine Zahl von 360 000 jüdischen Einwohnern zurück, die Krakauer jüdische Gemeinschaft schwoll von 58 000 auf 68 000 an, Tschenstochau von 28 000 auf 33 000, Kielce von 19 000 auf 25 400 und Lublin von 37 000 auf 42 000[37]. Zahlreiche Juden — die Schätzungen schwanken zwischen 25 000 und 60 000 — wurden zwangsweise in den kleinen jüdischen Städten des Distriktes Lublin angesiedelt, aus denen die Menschen, im ganzen ungehindert von den Deutschen, dauernd nach Lublin strömten.

Der Distrikt Lublin hatte auch Juden aus Böhmen, Wien und Stettin aufzunehmen. Es scheint einen ausgeklügelten Plan gegeben zu haben, in dessen Rahmen 40 000 der Baltendeutschen sich in Böhmen und Mähren niederlassen sollten[38], um einen deutschen Keil zwischen das Siedlungsgebiet der Tschechen und das der Slowaken zu treiben. Nicht weniger als 70 000 tschechische Bau-

ern wollte man von ihrer Scholle vertreiben, abgesehen von 12 000 bis 20 000 Juden aus Teschen, Mährisch-Ostrau, Oderberg und Brünn. Die Zahl der Deutschen, die ihre Plätze einnehmen sollten, war klein und stand in keinem Verhältnis zu dem Aufwand. Es waren meistens Deutsche aus dem Altreich, die den Reihen der Industrieangestellten und Beamten entnommen waren[39].

Den ursprünglichen Absichten zufolge sollten die aus Wien und der Tschechoslowakei vertriebenen Juden in einem polnischen landwirtschaftlichen Reservat angesiedelt werden, das seinen Mittelpunkt in der Nähe der kleinen Stadt Nisko, westlich des San und südlich von Lublin, hatte. Der erste Transport verließ Mährisch-Ostrau am 12. Oktober 1939. Er führte sowohl Baumaterial für Nisko als auch deutsche Bauingenieure sowie Ansiedler. Zunächst wurde der Ansiedlungsplan in der deutschen Presse erwähnt, die aber das Thema bald fallen ließ[40]. Es gibt auch nur ganz wenige Berichte von Überlebenden. Ein Jude, der am 20. Oktober 1939 aus Wien deportiert worden war, machte eine zweieinhalbtägige Eisenbahnfahrt in einem normalen Personenwagen mit. Er berichtet, daß die Deportierten im Zuge des 15 Kilometer langen Marsches von der Eisenbahnstation Nisko nach Zarcze von den sie bewachenden Mitgliedern der SS-Totenkopf-Verbände nahezu völlig ausgeplündert wurden*. Nur einige Fach-

* Zu diesem Zeitpunkt gehörten die Mitglieder der SS entweder zu den Verfügungstruppen oder zu den Totenkopfverbänden, die später den Kern der zahlreichen während des Krieges aufgestellten SS-Felddivisionen bildeten (die alle einen bestimmten Namen hatten). Die Mitgliedschaft in den Totenkopfverbänden bedeutete damals Mitgliedschaft in der Leibgarde der Partei, und der größte Teil der Angehörigen dieser Verbände versah zu dieser Zeit Wachdienst in Konzentrationslagern. Später entwickelte sich eine genaue Unterscheidung zwischen den Totenkopfverbänden und der SS-Totenkopf-Division, die im Anfang aus „altbewährten" PGs bestand, aber im weiteren Verlauf der Dinge eine gewöhnliche, durch Rekruten aufgefüllte Felddivision wurde. Die Anwesenheit der Totenkopfverbände in Nisko im Oktober 1939 scheint ihre Erklärung in der Aussage Seyss-Inquarts in Nürnberg zu finden, der unmittelbar nach Kriegsausbruch Zivilkommissar beim Oberkommando in Polen war: Er hätte erfahren, daß die aus Wien deportierten Juden ohne jede Vorbereitung angekommen seien und sich in „ernsten Schwierigkeiten" befänden. Er hätte sich beschwerdeführend an den Wiener Gauleiter Bürckel gewendet und am 9. November an Himmler geschrieben, daß der SD die Deportierten in seine Obhut nehmen sollte. Er hielte das Ganze für „wilde Deportationen", die von Wiener Nationalsozialisten mit Globocniks Hilfe in Szene gesetzt worden wären. Globocnik war zu diesem Zeitpunkt noch nicht Höherer SS- und Polizei-Führer in Lublin. Die Nennung Globocniks in diesem Zusammenhang — Globocnik war damals noch in Ungnade (siehe S. 275) — nimmt dieser Darstellung viel Glaubwürdigkeit. Sie war offenkundig dazu bestimmt, Seyss-Inquarts Mitangeklagtem Kaltenbrunner, der damals Kommandeur der Sicherheitspolizei in Wien war, zu einem Alibi zu verhelfen[41].

arbeiter wurden für die sogenannte Siedlung ausgesucht, die nicht einmal über eine einzige Baracke mit einem richtigen Dach verfügte. Der Rest wurde an einer über den San führenden Brücke ausgesetzt und erhielt den Rat, sich „zu den Russen, Euren roten Brüdern", durchzuschlagen — die nicht weniger als 75 Kilometer entfernt waren [42].

Dem Verfasser dieses Berichtes gelang es, sich bei einer jüdischen Familie zu verstecken, aber die meisten jener für Nisko bestimmten Juden, die alle Strapazen des Marsches zu überdauern vermochten, fanden ihren Weg in das damals noch nicht eingefriedete Ghetto Lublin, wo sich, wie Max Freiherr Du Prel im März 1942 schrieb [43], „die Juden in den schmutzstarrenden Löchern, Höhlen, Schlupfwinkeln und verborgenen Katakomben heimisch fühlen" und wo man sie als pittoresk ansah, denn Veit Harlan fand sich dort im November 1939 ein, um Ghettoszenen für seinen „Jud-Süß"-Film zu drehen [44].

Diese Deportierungen aus Wien in den Distrikt Lublin zogen etwa ein Sechstel der Wiener Juden in Mitleidenschaft und stellten eine Fortsetzung der Zwangsevakuierung der armen Juden dar, die schon vor Kriegsausbruch eingesetzt hatte und auf Kosten der Kultusgemeinde durchgeführt wurde. Die zwei Aktionen — Oktober 1939 und Februar 1940 — erfaßten insgesamt 11 200 Menschen [45], die entweder in der Stadt Lublin selbst oder in den kleineren und fast ganz jüdischen Städten des Distrikts in der Nähe der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie angesiedelt wurden, die man dann im März 1942 zu Durchgangsstationen für das Vernichtungslager Belzec machte.

Die Juden aus dem Reich paßten sich den Lebensbedingungen in den völlig verarmten jüdischen Gemeinschaften des östlichen Polen nicht leicht an und wurden auch von den dort ansässigen Juden nicht sehr freundlich begrüßt. Der Mangel an ordentlicher Nahrung, Kleidung und Wohnung und die primitiven sanitären Verhältnisse riefen eine Typhusepidemie hervor. Der Oberkommandierende Ost, von Blaskowitz, berichtete, daß Kinder aus den eingegliederten Gebieten in den Deportationszügen erfroren seien und daß die Menschen in den zur Aufnahme bestimmten Dörfern an Hunger stürben [46]. Ein von einem hohen SS-Offizier an Himmler geschickter Bericht, der von einer Sterblichkeit von 30 v. H. unter den nach dem Distrikt Lublin deportierten Juden spricht, kam

der Schweizer Presse in die Hand[47]. Nichtsdestoweniger wurden nach einem außerordentlich kalten Winter von einer von Heydrich für den 30. Januar einberufenen Konferenz des Reichssicherheitshauptamts, an der auch Eichmann teilnahm, Befehle zur Wiederaufnahme der Deportationen erteilt. Das Rasse- und Siedlungshauptamt erbat bei dieser Gelegenheit Himmlers Zustimmung zur Deportierung von 30 000 Zigeunern aus dem Großdeutschen Reich[48]. Dann folgte am 12. Februar in Görings Landhaus „Karinhall" bei Berlin eine Besprechung zwischen diesem und Himmler, die sich um die Aussiedlung von weiteren 30 000 Volksdeutschen aus dem Distrikt Lublin drehte; sie sollten für die Juden Raum schaffen. Himmler ließ sich damals von Göring überzeugen, daß es besser wäre zu warten, bis der Zustrom der Volksdeutschen von jenseits der Demarkationslinie abgeschlossen sein würde[49].

Die unausgeführt gebliebene Drohung, Deutsche auszusiedeln, um Raum für Juden zu schaffen, war die letzte Lebensäußerung des „Judenstaates Nisko". Das Lager wurde erst am 13. April geschlossen, als man die überlebenden Juden nach Mährisch-Ostrau zurücktransportierte. Ein großer Teil der etwa 4000 nach Nisko deportierten tschechischen und Wiener Juden wurde schon im November über die deutsch-sowjetische Demarkationslinie getrieben (siehe S. 56 u. Lederer, „Ghetto Theresienstadt", S. 203). Die Gegend war Teil des Patronats der Grafen von Zamosc, von dem Himmler mit Hilfe seines Freundes Globocnik (siehe S. 177 u. 276) bald einen teutonischen Mythos entdecken sollte. Zamosc, der Mittelpunkt der 30 000 bedrohten Volksdeutschen, wurde von Himmler am 21. Juli 1941 persönlich besucht. Ein „Führerhof" wurde gegründet und die Stadt in „Himmlerstadt" umbenannt. Der Distrikt sollte der Kern eines deutschen Korridors werden, der sich vom Baltikum bis zu den Karpathen erstreckte[50].

Das Wiederaufleben der Judendeportationen inmitten des Winters rief beim Auswärtigen Amt Befürchtungen wegen der Reaktion in der Auslandspresse hervor. Am 15. Februar übersandte Weizsäcker einen in der „Neuen Zürcher Zeitung" erschienenen Bericht, dem zufolge die Vertreibung der Juden aus Stettin angeordnet worden sei, an Heydrichs Amt — in Wirklichkeit war diese Maßnahme in der von Heydrich für den 30. Januar einberufenen Besprechung gebilligt worden[51]. Heydrich schenkte der Sache nicht die geringste Aufmerksamkeit, und Ende Februar erhielt der Re-

gierungspräsident von Stettin vom Reichsinnenministerium den Auftrag, die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten fortzusetzen. Nach der Entdeckung, daß man im Ministerium nichts davon wußte und daß Heydrich seinen Befehl auf Papier mit dem Kopf „Ministerium des Innern" erteilt hatte, stellte der Regierungspräsident die Aktion ein. Es war aber bereits zu spät, um Heydrich in den Arm fallen zu können [52], und in der ersten Märzwoche begannen 1200 Juden den Marterweg von Stettin nach Lublin anzutreten. Von der Eisenbahnstation Lublin hatten sie vierzehn Stunden in einem Schneesturm bis Piaski zu marschieren; auf dem Marsch starben 72 Personen den Erfrierungstod. Einem fünfjährigen Kind, das die Strapazen überdauert hatte, mußte man nachher beide Hände und Füße amputieren. Am 12. März erreichte die Zahl der Todesopfer 230. Die Überlebenden lebten in Scheunen und Ställen ohne Gepäck, ohne Geld und ohne Mäntel. Am gleichen Tag sollten außerdem noch 160 Juden aus Schneidemühl in Pommern in der Nachbarschaft eintreffen*. Die örtlichen jüdischen Gemeinden weigerten sich, die Neuankömmlinge aus dem Reich zu unterstützen, und der Gouverneur des Distrikts Lublin, Zörner, versuchte, die Verantwortung auf die Sicherheitspolizei abzuwälzen, die die Aktion begonnen hatte.

Der von Franks Amt an den Chef der Reichskanzlei Lammers und von diesem dann an Himmler geschickte Bericht über den Marsch nach Piaski behauptete, daß die Deportationen am 14. noch andauerten [53], aber am 23. März untersagte Göring alle weiteren Evakuierungen [54]. Nichtsdestoweniger mußte Helmuth Wohltat, Görings Vertreter in Heydrichs Auswanderungsamt, am 29. März das Auswärtige Amt darum ersuchen, ein aus der Botschaft der Vereinigten Staaten kommendes Gerücht zu dementieren, dem zufolge Berlin in die Deportationsaktion einbezogen werden sollte [55]. Andererseits protestierte Arthur Greiser dagegen, daß sich Görings Anordnung nur auf Stettin bezog, wobei er sich darauf berief, daß Göring Himmler gelegentlich der Zusammenkunft in Karinhall die Wiederaufnahme der Deportationen aus Lodz nach

* Die Abfahrt der Juden aus Schneidemühl wurde hinausgezögert. Sechs Wochen später wurden sie nach Glowno bei Lodz geschickt, aber auf Grund der von Göring angeordneten Unterbrechung aller Deportationsmaßnahmen beinahe umgehend wieder nach Deutschland zurückgebracht. Hier wurden sie nicht freigelassen, sondern bis zur Wiederaufnahme der Deportationen im Jahre 1942 in einem Lager 60 km östlich von Berlin interniert. (B. Brilling in „Mitteilungsblatt", Tel Aviv, 10. 2. 1950.)

dem Generalgouvernement versprochen habe; selbst Frank habe die Übernahme der Juden ausdrücklich zugesagt[56]. Aber Greiser, der sich vergebens bemüht hatte, von Göring eine neue Anordnung zu erhalten, mußte am 8. Mai berichten, daß die ganze Aktion bis zum Eintreffen aller umzusiedelnden Volksdeutschen aus Wolhynien zurückgestellt worden sei. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Hälfte der Juden und 10 v. H. der Polen aus den eingegliederten Gebieten vertrieben worden[57].

Zwei Tage später begann die große Offensive im Westen, und die Lage änderte sich damit von Grund auf. Während der kommenden sechzehn Monate waren die Deportationen nach dem Generalgouvernement durch den offiziellen Vorwand beeinflußt, daß in Madagaskar ein Reservat für europäische Juden errichtet werden würde (s. S. 86 u. 89). Am 12. Juli teilte Frank seinen Regierungschefs mit, daß er Hitler überredet habe, die Juden des Generalgouvernements in die Pläne für Madagaskar einzubeziehen, und daß auf alle Fälle weitere Judentransporte aus dem Reich ins Generalgouvernement unterbleiben würden[58]. Aber Hitler hatte zur gleichen Zeit Baldur von Schirach gerade das Gegenteil gesagt, nämlich, daß die 50 000 Juden, die es in Wien noch gab, in eine „geschlossene Ansiedlung" im Generalgouvernement gebracht werden müßten[59].

Am 2. Oktober 1940 erinnerte Schirach Frank an dieses Versprechen, während er dessen Tischnachbar im Führerhauptquartier war. Der ostpreußische Gauleiter, Erich Koch, schärfte Frank gleichzeitig ein, daß er auch die Juden des in das Reich eingegliederten Bezirks Ciechanow (Zichenau) übernehmen müsse*. Frank kochte vor Wut, aber Hitler machte der Diskussion durch eine lange Rede ein Ende[60]. Zwei Monate später machte der Chef der Reichskanzlei, Lammers, Frank darauf aufmerksam, daß die Wiener Juden vor Kriegsende umgesiedelt werden müßten[61] — doch gelang es Frank irgendwie, im Oktober 1941 durchzusetzen, daß sie nicht weiter östlich als nach Lodz gebracht wurden, das zu den ins Reich eingegliederten polnischen Gebieten gehörte.

Frank war weniger erfolgreich mit Deportationen aus den besetzten Gebieten als mit solchen aus dem Altreich. Himmler hatte im Januar 1941 ursprünglich die Deportation von weiteren 831 000

* Die Juden von Ciechanow wurden erst im Dezember 1942 deportiert, und zwar nach Auschwitz.

Polen und Juden nach dem Generalgouvernement geplant[62]; diese Zahl mußte später auf 200 000 Juden herabgesetzt werden. In der Zeitspanne zwischen Februar und Mai scheint man aber nicht mehr als 72 000 dieser Unglücklichen verschleppt zu haben. Sie wurden aus den Städten westlich der Weichsel ins Warschauer Ghetto gezwängt, dessen Bevölkerung dadurch auf 430 000 oder noch mehr stieg. Kein anderes städtisches Gebiet der Welt hatte eine Sterblichkeit, die der im Warschauer Ghetto auch nur nahekam (siehe S. 67, Fußnote).

3. Deportationen innerhalb des Generalgouvernements

Heydrichs Pläne vom 21. September 1939 lassen darauf schließen, daß er von der Ansicht ausging, die bodenständige jüdische Bevölkerung Polens könne man ununterbrochen hin- und herstoßen. Es gab denn auch dauernd Umsiedlungsaktionen bis zum Augenblick der ersten großen Massenausrottungen im März 1942.

Man wollte so viele Juden wie möglich in die großen Ghettos schaffen. Wen man in den kleineren Gemeinden zurückzulassen gezwungen war, schleppte man von einem Ort zum anderen, um zu verhindern, daß diese Menschen irgendwo wieder Wurzel faßten. Die diesbezüglichen Pläne wurden aber immer wieder geändert. Am 14. April 1940 kündigte Frank seine Absicht an, seine Hauptstadt Krakau „judenfrei" zu machen, und ein Jahr darauf vertrieb man etwa 35 000 Juden aus dieser Stadt. Aber im September 1941 schaffte man wieder etwa 7000 Juden aus den kleineren Orten nach Krakau ins Ghetto[63]. In Lublin, wo man 1940 40 000 bis 50 000 Menschen ins Ghetto trieb, dessen Gebiet früher nur einen Teil der 37 000 in der Stadt vor dem Krieg lebenden Juden beherbergt hatte, kamen zwischen dem 10. und 13. März 1941 unerwartet weitere 12 000 Juden hinzu, die meist aus Krakau stammten. Gleichzeitig wurden aber 14 000 Juden aus Lublin einschließlich einer zahlenmäßig starken illegalen Gemeinde in die „Judenreservate" Chodel, Lubartow und Belzyce[64] evakuiert. Doch am 17. Oktober 1941 mußte Frank zu seinem Ärger feststellen, daß es im Lubliner Ghetto wieder mehr als 40 000 Insassen[65] gab. 1100 Juden wollte er daraufhin unmittelbar über den Bug abschieben. Später, und zwar bis zur Eröffnung des Ausrottungslagers Belzec im März 1942, sind Judentransporte vollkommen

plan- und zwecklos nach Lublin und von Lublin weggeschafft worden (siehe S. 281 u. 286, Fußnote).

Die offiziellen Vorwände für die Umsiedlungsaktionen wechselten, und manche entbehrten nicht der Originalität. Am 28. Januar 1942 beschwerte sich der Judenrat der kleinen Stadt Wisznice im Distrikt Lublin, daß man ihm 150 Juden „nackt und barfuß" aufgebürdet hatte. Die Erklärung des deutschen Landkommissars dafür lautete einfach, daß er vier Judengemeinden zusammengelegt hätte, um die Betätigung ihrer Mitglieder auf dem schwarzen Markt besser überwachen zu können. „Todesfälle sind infolge der Umsiedlung nicht eingetreten[66]." Eine besonders groteske Begründung für die Aussiedlung wurde in Kazimierz an der Weichsel, östlich von Warschau, gebraucht. Der Ort sei ein „romantischer Malersitz", und man habe die Juden im Zuge einer „Verschönerungsaktion" entfernt[67].

Der Widersinn der meisten dieser von Heydrich oder Krüger angeordneten Umsiedlungsaktionen fand in den Experimenten, die Frank aus eigenen Stücken nach dieser Richtung anstellte, sein würdiges Gegenstück, aber manchmal hat sich Frank doch zu sachlichen Einwänden aufgerafft, die seinen Befürchtungen entsprangen, daß die überfüllten Ghettos trotz Umfriedung und Bewachung eine Epidemiegefahr für ihre nichtjüdische Nachbarschaft werden könnten. Darauf ist die gelegentliche bessere Versorgung der Ghettos mit Lebensmitteln und Medikamenten und die gelegentlich erfolgte Entlastung von stark übervölkerten Ghettos zurückzuführen. Das erklärt wohl auch die bemerkenswerte Tatsache des Überlebens einer zum Aussterben bestimmten Menschengruppe in den Ghettos, die auch nach zwei Jahren der Blokkade noch nicht alle Annehmlichkeiten des Lebens eingebüßt hatte.

Eine andere von den Deutschen in Polen praktizierte Form der Deportation muß in diesem Zusammenhang noch untersucht werden, nämlich der mehr oder weniger erzwungene Marsch der Juden über die neue deutsch-sowjetische Demarkationslinie. Das ist insofern ein unaufgeklärtes Kapitel, als die genaue Zahl sowohl der Juden, die in Vorkriegspolen wohnten, als auch jener, die nach dem 1. September 1939 sowie nach dem 22. Juni 1941 in deutsche Hände fielen, unbekannt ist. Die Entscheidung, Polen zu einer Art Ablagerungsstätte für Juden aus den westlichen Gebie-

ten zu machen, hatte wohl ihre logische Ergänzung in der erzwungenen Marschbewegung ostwärts. Das erklärt jedenfalls die Unlust der deutschen Behörden, Juden, die in der ersten Panik über die Demarkationslinie geflohen waren, wieder in das von ihnen verwaltete Gebiet zurückzulassen.

Ein Befehl des Oberkommandos der Wehrmacht vom 20. September 1939 erlegte den Kommandeuren der militärischen Einheiten auf, die Rückkehr von flüchtigen Juden über den San und den Bug zu verhindern [68]. Am 25. wurden Hunderte von Juden, die versucht hatten, nach Hause zurückzukehren, gezwungen, die Stadt Jaroslaw eine halbe Stunde nach der erhaltenen Aufforderung zu verlassen. Man setzte sie am Ufer des San auf Flöße, auf denen sie dann von der Sicherheitspolizei beschossen wurden, die seelenruhig zusah, wie sie in den Fluten versanken. Manstein verkündete im Hauptquartier der Heeresgruppe Süd, daß die Juden „nach Oberschlesien zurückströmen", aber die Russen hatten noch nicht damit begonnen, die Juden mit Gewalt in die Hände der Deutschen zurückzuführen. Als man am 14. Oktober den Russen einige Juden bei Sokal zugeschoben hatte, gab es keine Gegenaktion. Aber als ein jüdischer Arzt an dieser Stelle am 5. November über den Bug setzte, wurde er verhaftet und mit einer Gruppe von Juden über die Grenze zurückgeschafft; nur mit knapper Not rettete sich die Gruppe vor der wilden Schießerei der deutschen Wachmannschaften [69].

Ein förmlicher Protest, den die Russen am 15. November eingelegt hatten, zwang die Deutschen dazu, an einigen Stellen die Demarkationslinie für die Rückkehr von Juden zu öffnen; aber die Abschiebung der Juden nach der Sowjetseite hin hörte damit nicht auf. Am 5. Dezember wendete sich Keitel an Weizsäcker, um die an den Deportationen Verantwortlichen unter den Druck des Auswärtigen Amtes zu setzen [70]. Am 8. Dezember verzeichnete Frank in seinem Tagebuch, daß zahlreiche Juden in die Richtung der Demarkationslinie marschierten [71]. An diesem Tag wurden 700 Juden aus Hrubieszow und 1200 aus Chelm über den Bug geschafft. Die Russen zwangen sie zur Umkehr, und während des Marsches wurde eine Anzahl von ihnen von deutschen Wachen erschossen [72]. Das Schießen der SS auf zurückkehrende Juden war offenbar eine tagtägliche Erscheinung, und Ulrich von Hassell vermerkte am 11. Januar 1940, daß der Stellvertretende Außenkommissar der Sowjet-

union, Potemkin, den deutschen Botschafter in Moskau, Graf Schulenburg, darauf aufmerksam gemacht habe[73]. Um diese Zeit hatte sich aber das Auswärtige Amt ins Mittel gelegt, und die Judenjagden über die Demarkationslinie hörten auf.

Die nach Rußland deportierten Juden stammten meist aus Städten in der Nähe der neugeschaffenen Grenzlinie, wie Chelm, Hrubieszow, Jaroslaw, Lancut und der deutschen Seite von Przemysl. Die Zahl der freiwilligen Emigranten, die aus allen Teilen Polens kamen, war zweifellos um ein Vielfaches größer. Die in der Nachkriegszeit tätig gewesene polnische Untersuchungskommission hat sie mit 300 000 beziffert*[74].

Ein Teil von ihnen mag durch Hitlers Einfall in Rußland nach dem 22. Juni 1941 überrascht und dann getötet worden sein. Die Sowjetbehörden hatten nach 1939 nur jenen jüdischen Flüchtlingen, die durch die politischen Veränderungen die Sowjetbürgerschaft erlangt hatten, bewilligt, in den der Sowjetunion neu zugefallenen Gebieten zu bleiben; die anderen wurden meist nach dem Ural und Südsibirien deportiert. Im Januar 1943 hat man diese Flüchtlinge aufgefordert, zwischen Sowjetbürgerschaft und polnischer Staatszugehörigkeit zu wählen, um im letzteren Falle nach Polen repatriiert zu werden. Dieses Angebot galt bis Juni 1946 und wurde bis zu diesem Zeitpunkt von 157 400 jüdischen Flüchtlingen in Anspruch genommen, die nach Polen zurückkehrten[76]. Aber das war natürlich nur ein Bruchteil jener, die seinerzeit über die sowjetische Demarkationslinie geflohen waren und zu denen nicht nur die 300 000 Juden aus dem von Deutschland besetzten Teil von Polen, sondern auch jene Juden gehörten, die von den Sowjetbehörden aus dem von ihnen besetzten Gebiet deportiert wurden, oder die von dort nach dem 22. Juni 1941 ostwärts geflohen waren. Wenn man bedenkt, daß mindestens 1 170 000 Juden im September 1939 in diesem Gebiet gelebt hatten und daß, abgesehen von den Deportationen, die Flucht eines Drittels dieser Zahl als möglich angenommen werden kann, dann beträgt die Zahl der jüdischen Flüchtlinge, die die Sowjet-

* Ende 1942 berichtete Dr. Korherr an Himmler, daß das Generalgouvernement, abgesehen von den „nach Osten evakuierten" Juden, seit September 1939 infolge eines Überschusses der Sterblichkeit über die Natalität und freiwilliger Auswanderung 427 920 Juden verloren habe[75]. Wenn wir für die Todesfälle 250 000 einsetzen (s. S. 274, Fußnote), gelangen wir zu einer Zahl, die bei entsprechender Berücksichtigung der „eingegliederten Gebiete" 300 000 erreichen kann (siehe Anhang I).

union aus Vorkriegspolen übernommen hatte, nicht 300 000, sondern mindestens 700 000. (Anhang I.)

Abgesehen von den 157 400, die nach Polen zurückkehrten, ist das Schicksal dieser Flüchtlinge völlig im Dunkel. Die Bevölkerung der neu annektierten Gebiete, die man ins Landesinnere überführen zu sollen glaubte, wurde nicht gerade sehr rücksichtsvoll behandelt. Das beste, was man darüber sagen kann, ist, daß die Juden keiner rassischen Diskriminierung unterworfen worden sind, sondern zusammen mit Polen, Litauern, Rumänen und anderen gezwungen waren, sich gegen ein hartes Klima, primitive Lager und eine chaotische Organisation zu behaupten. Solange sich die Sowjetinstanzen nicht bereitfinden, eine neue Zählung der Juden anzuordnen, muß die Frage nach dem Schicksal der Überlebenden aus dem früher polnischen Gebiet unbeantwortet bleiben.

Die Geschichte des ersten Kapitels der Judendeportation, nämlich des Kapitels, das im Oktober 1941 abgeschlossen war, zeigt, daß die Deutschen auf die amerikanische öffentliche Meinung und bis zum 22. Juni 1941 auch auf den russischen Standpunkt bis zu einem gewissen Maße Rücksicht nahmen. Obwohl die Verhältnisse überall fürchterlich waren, gab es doch keinen planmäßig vorbereiteten Massenmord. Es ist kein Zufall, daß Frank die Worte: „Liquidiert sie selber!" neun Tage nach Pearl Harbour aussprach und daß die ersten Vergasungen in Polen Ende 1941 vorgenommen wurden. Man kann auch daran zweifeln, ob der „Führerbefehl" zur Ausrottung der russischen Juden westwärts der früheren Demarkationslinie Wirksamkeit erlangt hätte, wenn die Vereinigten Staaten nicht am 7. Dezember 1941 in den Krieg eingetreten wären.

Drittes Kapitel

Die Ghettos · 1940–1942

1. Ausschaltung aus der Wirtschaft

Die Deutschen kamen im Jahre 1939 nach Osteuropa, besessen von der Idee, daß kein Land durch den Verlust seiner Juden Schaden leiden würde. Nach ihrer Meinung arbeiteten die Juden entweder überhaupt nicht, oder ihre Arbeit war nutzlos oder sogar schädlich. Außerdem waren sie nicht zahlreich genug, um ins Gewicht zu fallen. Im Jahre 1933 hat der Anteil der Juden an der Bevölkerung Deutschlands weniger als 1 v. H., in Österreich und der Tschechoslowakei etwa 2 v. H. betragen. Die Schlüsse jedoch, die aus diesen Zahlen gezogen werden konnten, waren unanwendbar für das Polen des Jahres 1939, wo die Juden 10 Prozent der Bevölkerung ausmachten; in allen großen Städten war der jüdische Anteil mindestens 25 v. H. und in einigen kleinen Städten sogar 100 Prozent. Nach Ansicht der nationalsozialistischen Volkswirtschaftler waren alle Juden Kaufleute und Zwischenhändler, Parasiten am Produktionssystem. In Wirklichkeit war kaum die Hälfte der polnischen Kaufleute Juden, während die jüdische Bevölkerung 20 v. H. der Handwerker und Fabrikarbeiter stellte, 12 ½ v. H. der freien Berufe und 11 ½ v. H. der Transportunternehmer[1]. In den Textilstädten Bialystok und Lodz wurden fast alle Fabriken von Juden geleitet.

Die Volkswirtschaftler der Partei wurden in Polen vom Schein getäuscht. Obwohl es scheinbar keine jüdische Arbeiterklasse gab, war der jüdische Mittelstand deklassiert und zum Proletariat geworden. Ein gewerbliches Unternehmen in Ostgalizien bestand oft aus einer einzigen Familie oder sogar einem einzigen Arbeiter, der an einer Maschine am Fenster seines weiß getünchten Häuschens saß. Oft mußten diese Arbeiter in Wettbewerb mit großen organisierten Konzernen treten, die keine Juden beschäftigten. Außerdem stellte die große Anzahl Personen, die von einem einzigen

Arbeiter abhängig waren, eine Form versteckter Arbeitslosigkeit dar. Diese Arbeitslosen, die von den Deutschen als „arbeitsscheu" und „asozial" klassifiziert wurden, gingen verschiedenen, für die Struktur östlicher Länder typischen Beschäftigungen nach — sie bettelten, studierten, beteten, sie betrieben Schwarzhandel oder lebten einfach von der Hoffnung. Selbst in der Sowjetunion hatten sich alte Stammessitten nach einem Vierteljahrhundert Revolution kaum geändert.

Das deutsche Programm war einfach: Die Juden müssen aus Handel und Industrie ausgeschlossen und mit Handarbeit beschäftigt werden. Diejenigen, die für solche Arbeit untauglich sind, haben keine Lebensberechtigung. Wie wir gesehen haben, stimmte in diesem Punkt Gouverneur Frank mit den SS-Polizeigewaltigen völlig überein. Andere deutsche Organe jedoch, die direkt mit der Kriegsproduktion zu tun hatten, wendeten ein, daß selbst aus einem ungelernten Arbeiter nicht viel herauszuholen sei, wenn man seine Familie umbringe und ihn aller Vorteile beraube, die anderen offenständen. Diese Einwände hatten wenig Erfolg. Die Deutschen, die mit der Verwaltung zu tun hatten, folgten einfach dem Beispiel des geizigen Bauern im Märchen, der die Gans schlachtete, die die goldenen Eier legte. Max Frauendorfer, der Leiter des Arbeitsamtes in Franks Regierung in Krakau, erließ zum Beispiel am 21. Dezember 1940 eine Verordnung, die es untersagte, Juden Krankengeld, Urlaubsgeld, Überstunden oder Prämien zu bezahlen, und gleichzeitig alle Bestimmungen über Arbeitszeit widerrief, soweit es sich um jüdische Arbeiter handelte[2]. Und dies war der gleiche Frauendorfer, der Ulrich von Hassell über SS-Greueltaten auf dem laufenden hielt und schließlich angewidert sein Amt in Polen niederlegte und als Soldat an die Front ging[3]!

Ein systematisches Vorgehen in der Judenfrage nach der Invasion, zum Unterschied von bloßen Plünderungen und Pogromen, begann erst nach der Einführung des Judensterns. Dieser wurde am 24. Oktober 1939 in Wloclawek im einverleibten Gebiet in Ausführung eines Einfalls eines deutschen Stadtkommissars versuchsweise zur Pflicht gemacht. Am 18. November ordnete Gouverneur Wächter in Krakau das Tragen des Kennzeichens an, aber die allgemeine Verordnung für das ganze Gebiet des Generalgouvernements wurde erst am 23. November von Frank erlassen. Der sechszackige Stern war auf einer weißen, zehn Zentimeter breiten

Armbinde zu tragen. In ähnlicher Weise mußten alle jüdischen Geschäfte, Kanzleien und Wohnungen gekennzeichnet werden[4]. Dies war die erste Verordnung, die von der Praxis im Reich abwich; und es vergingen fast zwei Jahre, ehe die Gestapo daranging, die Juden in Deutschland und Westeuropa in dieser mittelalterlichen Weise zu entwürdigen.

Ebenso wie das mittelalterliche Vorbild, das die Juden zum Eigentum des Königs machte, garantierte der Judenstern seinem Träger nur das Leben, sonst nichts. Ohne besondere Bewilligung durfte er weder die Eisenbahn noch andere öffentliche Verkehrsmittel benützen, er durfte den Ort, in dem er registriert war, nicht verlassen, er durfte gewisse Straßen und Parks nicht betreten; er konnte ohne Haftbefehl verhaftet und zu jeder beliebigen Arbeit geschleppt werden. Im November 1939 sehnten sich tatsächlich schon viele Träger des Judensterns nach dem, was als weiterer Schritt geplant war, nämlich nach dem isolierten, von Mauern umgebenen Ghetto und der autonomen Verwaltung in den Händen des Judenrates.

Geschlossene und bewachte Ghettos waren zweifellos schon zur Zeit Heydrichs geheimer Empfehlungen vom 21. September 1939 geplant (siehe S. 39). Die Durchführung dieses Planes mußte jedoch verschoben werden, bis die Arisierung der jüdischen Geschäfte und Unternehmen so gut wie abgeschlossen war. Selbst nach der völligen Abschließung der Ghettos wurde es den jüdischen Altwarenhändlern in Lodz gestattet, ihre Geschäfte in der Stadt weiterzubetreiben[5]. In Wilna mußte man den jüdischen Schornsteinfegern erlauben, ihrem Handwerk außerhalb der Ghettos zu einer Zeit nachzugehen, da die jüdische Bevölkerung bereits durch Massaker dezimiert worden war[6]. Eine ganze Reihe unerwarteter Probleme verzögerte die Gründung des Ghettos in Lodz bis April und in Warschau bis November 1940. In Lublin, Radom, Krakau, Tarnow und Kielce, wo die jüdische Bevölkerung 25 000 Seelen überstieg, wurden die Ghettos erst im März und April 1941 umfriedet[7]. In den halbjüdischen Städten Ostgaliziens, die die Deutschen erst im Juni 1941 besetzten, kam es bis 1943 nicht dazu. Es gab daher die Möglichkeit einer Flucht aus den gefängnisartigen Ghettos in die theoretisch freien jüdischen Gemeinden. Als zum Beispiel das Ghetto in Lodz gegründet wurde, flohen die wohlhabenderen Familien nach Warschau[8].

Die Deutschen hatten kaum Ursache, beunruhigt zu sein. Die Juden von Warschau begannen bereits, ein freiwilliges Ghetto zu ihrem eigenen Schutz zu gründen. Die Deutschen konnten sich auf diesen Herdeninstinkt selbst noch zu einer Zeit verlassen, da die Todeslager schon zwei Jahre in Tätigkeit waren. Eine Stadt wurde zum Beispiel durch ein Massaker aller jüdischen Einwohner beraubt, dann „judenfrei" erklärt und später wieder für Juden geöffnet — und die geflüchteten Juden kehrten trotz all dem zurück (siehe Seite 303).

Die Geschichte der Ghettos zerfällt in vier Phasen. In der ersten war nur beabsichtigt, die Juden vom Handel auszuschließen, da bloße Enteignung nicht genug war, denn ein Jude, der Freizügigkeit genoß, konnte ja wieder ein Geschäft eröffnen. In der zweiten Phase sollten die Juden zum Hungertod verurteilt werden. Die führenden Nationalsozialisten machten daraus gar kein Hehl. Im Oktober 1942 verordnete Frank zum Beispiel eine Kürzung der Zuteilungen für die Juden Warschaus und gebrauchte dabei folgende Worte: „Während der Wintermonate wird die Sterblichkeit zweifellos steigen, aber dieser Krieg bringt die völlige Vernichtung der Juden mit sich[9]." Die dritte Phase begann im März 1942. Juden, die nicht direkt in kriegswichtigen Industrien arbeiteten, traten den Weg zu den Hinrichtungsgruben oder in die Gaskammern an. Die letzte Phase begann mit dem Warschauer Aufstand im April 1943. Außer in Lodz, wo die Lösung um 16 Monate verschoben wurde, hat man die Ghettos entvölkert und sogar niedergerissen. Im Jahre 1944 waren, abgesehen von Lodz, Arbeitslager die einzigen Stätten, wo die Juden noch das Recht hatten, am Leben zu bleiben.

Daß der Plan für die zweite Phase, nämlich die Juden Polens durch Verhungern auszurotten, nicht in ein paar Monaten seinem erfolgreichen Ende zugeführt werden konnte, ist menschlicher Fehlbarkeit zu verdanken. Eine jüdische Ärztekommission, die diese Frage während der Deportierungen studierte, kam zu dem Schluß, daß die Ausrottung des Ghettos durch Hunger bis zu fünf Jahre dauern würde[10]; aber diese Schlußfolgerung rechnete mit gewissen Gegebenheiten, die teilweise mit der Angst der Deutschen vor Epidemien, teilweise mit deren Bestechlichkeit zusammenhingen*.

* Der Bericht dieser Kommission kam nach dem Krieg zum Vorschein und wurde als „Choroba glodowa; badania kliniczne nad glodom wykonane w getto Warszawskim z roku 1942" (Die Hungerkrankheit. Klinische Studien über den Hunger im Warschauer Ghetto 1942) veröffentlicht.

Denn die Ghettos verloren niemals vollkommen die Möglichkeit, Bestechungsgelder zu zahlen, und die Bewachung der Ghettos war nicht nur Deutschen, sondern auch Polen und Polizisten aus benachbarten Ländern übertragen. Selbst der sogenannte Fanatismus der SS war kein Hindernis für Bestechlichkeit.

Theoretisch war es für die Ghettos unmöglich, irgendwelche direkten Verbindungen mit der Außenwelt zu haben, außer durch bestimmte deutsche Ämter, wie die „Transferstelle" in Warschau [11] und die „Ernährungs- und Wirtschaftsstelle" in Lodz [12]. Durch diese Stellen wurden die Erzeugnisse der Fabriken und genossenschaftlichen Handwerksbetriebe in den Ghettos sowie der Arbeitskommandos gegen Zuteilungen eingetauscht, aber die Größe dieser Zuteilungen hing einzig von der Willkür der Polizei ab. Innerhalb der Ghettos wurden die zugeteilten Güter vom „Judenrat" verteilt, einem bürokratischen Apparat, der, wie zum Beispiel in Warschau, bis zu 5000 Personen beschäftigte.

Der Judenrat hatte also über Leben und Tod zu entscheiden, aber in der Praxis war ihm diese Entscheidung wenigstens teilweise entzogen, da ein großer Teil der Produktion im Ghetto und des Handels mit der Außenwelt schwarz betrieben wurde. Es erwies sich zu beiden Seiten der Ghettomauern als unmöglich, Schmuggel zu verhindern. Manchmal wurden Kinder durch Abzugskanäle oder Mauerlöcher geschickt, oft aber ging der Schmuggel ganz offen vor sich, mit Lastkraftwagen und anderen Fahrzeugen, sogar zu einer Zeit, da die Massenausrottung in vollem Gange war.

Praktisch denkende Deutsche hatten diese Situation von Anfang an vorhergesehen. Das ganze Ghettosystem wurde auf Rosenbergs Konferenz über die Judenfrage im April 1941 in Frankfurt heftig angegriffen. Der Angriff kam von Professor Peter Heinz Seraphim von der Universität Göttingen, Autor eines 1938 verfaßten antisemitischen Nachschlagewerkes über Osteuropa, der im Jahre 1943 für das Rüstungsministerium in der Ukraine arbeitete und im Jahre 1949 die Rückgabe der verlorenen deutschen Gebiete verlangte [13]. Seraphim erklärte in Frankfurt, daß Zwangsarbeit wirtschaftlich unzweckmäßig sei und daß eine Ringmauer nicht ein geschlossenes Wirtschaftssystem herstellen könne, besonders, wenn sich Regierungsstellen mitten im Ghetto befänden oder wenn wichtige Durchgangsstraßen hindurchführten. All dies

wurde sechs Monate später von Gouverneur Frank bestätigt, als er zugab, daß das Warschauer Ghetto von Anfang an illegal mit Lebensmitteln versorgt worden war[14].

Das Verlassen des Ghettos in Lodz ohne Bewilligung wurde schon am 30. April 1940 untersagt. Am 10. Mai wurde verfügt, daß Deutsche und Polen Bewilligungen für den Besuch des Ghettos haben müssten. Wie unwirksam dieses System war, ist aus einer Beschwerde ersichtlich, daß am 24. August ein Pole verhaftet wurde, der innerhalb des Ghettos Ausweise, die zum Verlassen des Ghettos berechtigten, verkaufte. Er behauptete, daß ihn die deutsche Kriminalpolizei angestellt hätte, um auf diese Weise Wertgegenstände aus den Juden herauszupressen[15]. Fast ein Jahr nach der Gründung des Ghettos in Lodz war der Ghettoverwalter, Hans Biebow, der Ansicht, daß so viele Juden im Ghetto ein- und ausgingen, daß die Gefahr der Einschleppung von Seuchen nach Deutschland bestehe[16].

Die grausamsten Strafen wurden für das „Verbrechen" des illegalen Verlassens des Ghettos angedroht. Eine Anordnung der Schutzpolizei in Lodz vom 14. April 1941 bestimmte, daß nicht nur Juden, die ohne Bewilligung das Ghetto verließen oder betraten, ohne Warnung zu erschießen seien, sondern auch Juden innerhalb des Ghettos, die sich zu nahe an den Stacheldraht heranwagten. Ein Wachtposten der Kriminalpolizei meldete am 1. Dezember 1941, daß er eine alte Frau erschossen habe, die ihre Hand durch den Stacheldrahtverhau gesteckt hätte, um eine Rübe von einem Wagen zu stehlen[17]. Da ein genaues Befolgen der Vorschriften den langsamen Hungertod zur Folge haben mußte, konnte die Todesstrafe kein wirksames Abschreckungsmittel darstellen. Zu einer gewissen Zeit wurden 170 000 Personen im Ghetto von Lodz von nur 600 Polizisten bewacht. Der Stacheldrahtverhau, der einen Umfang von rund 17 Kilometern haben sollte, war nicht fertiggestellt. Noch am 3. Februar 1942 beschwerte sich der Polizeipräsident, daß das Ghetto im Südosten nur mit einem Zaun aus Brettern und einfachem Draht abgeschlossen sei[18].

In Warschau war das Problem noch schwieriger. In Lodz waren 40 000 der 160 000 Juden im Juli 1941 mit der Erzeugung von Textilien und Ausrüstungsgegenständen für die Deutschen beschäftigt[19]. In Warschau, wo zu dieser Zeit wahrscheinlich über 430 000 Juden lebten, war viel weniger Arbeit verfügbar. Schwarz-

handel mit der nichtjüdischen Bevölkerung war daher weiter verbreitet. Auch war die Polizei hier lange nicht so erfolgreich wie in Lodz, das im November 1939 unter dem Namen Litzmannstadt zur „Reichsstadt" erhoben worden ist und dessen Bürgermeister und 36 Stadträte ausschließlich von den 90 000 „einwandfrei" deutschen Bewohnern gestellt worden sind. Die 370 000 „arischen" Polen wurden sogar ihrer Schulen und Zeitungen in ihrer eigenen Sprache beraubt[20]. Warschau mit seinen 1 200 000 Einwohnern konnte nicht so behandelt werden. Die Stadt hatte sich nicht kampflos ergeben, und die Deutschen fühlten sich hier niemals wirklich zu Hause. Außerdem hatten sich die 360 000 Juden Warschaus im Jahre 1939 weit über das Gebiet des alten Ghettos verbreitet. Sie lebten weniger zurückgezogen als irgendeine andere jüdische Gruppe in Polen, und die Gründung des Ghettos verursachte daher viel Elend unter der nichtjüdischen Bevölkerung. Die Deutschen konnten sich deshalb nicht mehr völlig auf den Antisemitismus der Polen verlassen.

2. Der „Judenstaat"

Der Bau einer Mauer um einen Teil Warschaus begann im Spätsommer des Jahres 1940. Es handelte sich um ein Rechteck, etwa 4 Kilometer lang und 2½ Kilometer breit, das außer dem mittelalterlichen Ghetto die langen, geraden Straßen des Industriebezirkes nördlich der Eisenbahnstation umfaßte. Im nordöstlichen Winkel reichte es fast bis zur Weichsel, und die Hauptstraße nach Posen und Berlin lief durch seine Mitte.

Diese Maßnahme, die ein Stück aus dem Herzen Warschaus herausschnitt, wurde zuerst als eine Quarantäne getarnt. Jeder, ob Jude oder Nichtjude, der sich in Warschau niederlassen wollte, mußte zuerst im ummauerten Teil leben[21]. Im September 1940 lebten hier außer 240 000 Juden noch 80 000 nichtjüdische Polen. Ein großer Teil der zu dieser Zeit fertiggestellten Umzäunung bestand aus Stacheldraht oder Zaun; die Ziegelmauer rund um das Ghetto wurde erst im Sommer 1941 fertiggestellt. Niemand zweifelte jedoch daran, daß das umzäunte Gebiet in ein Ghetto umgewandelt werden sollte.

Am 16. Oktober 1940 wurde eine Anordnung erlassen, der zufolge die 80 000 Polen binnen zwei Wochen den „infizierten Teil" verlassen und 160 000 Juden, die noch außerhalb lebten, in der glei-

chen Zeit in das Gebiet umziehen mußten. Das führte dazu, daß 360 000 Menschen in einem Gebiet zusammengezogen waren, in dem normalerweise nur 160 000 Menschen lebten.

Die meisten der jüdischen Geschäfte und Unternehmungen außerhalb des Ghettos waren zu dieser Zeit schon arisiert, aber es wurde gestattet, gewisse Werkstätten in das Ghetto zu verlegen. Wohnungstausch zwischen einzelnen Polen und Juden blieb Privatverhandlungen überlassen, aber die Bevölkerungsdichte innerhalb der Mauern stieg auf 5,5 je Raum. Wie nicht anders zu erwarten war, konnten Personen mit marktfähigen Wertgegenständen selbst hier, in ihrem zukünftigen Gefängnis, bessere Wohnungen erwerben.

Am 15. November wurden, ohne vorherige Warnung und von einem Tag auf den anderen, bewachte Schranken über den 14 offenen Zugängen errichtet. Der Schrecken und das Chaos waren unvorstellbar, denn über 100 000 normal beschäftigte Personen mußten auf einmal Arbeit in dem beschränkten Gebiet finden. Zu einem Zwangsarbeitskommando zu gehören, selbst zu einem der Kommandos, die in Arbeitslager an der russischen Grenze geschickt wurden, wurde plötzlich ein sehr erstrebtes Vorrecht[22]. Die übergroße, durch Deportierungen aus Krakau und Lodz noch verstärkte Anzahl von Angestellten und Bürokräften drängte sich, um Anstellung beim Judenrat zu finden oder im Polizei- oder Ordnungsdienst sowie als Hausbesorger in einer der Mietskasernen unterzukommen[23]. Die von den Deutschen bewilligten Fabriken, die geduldeten genossenschaftlichen Werkstätten und die wenigen zugelassenen Einzelhandelsgeschäfte genügten bei weitem nicht, um den übrigen Beschäftigung zu geben.

Die Deutschen waren jedoch in den ersten Monaten des Ghettos bereit, einige Zugeständnisse zu machen. Am 18. Februar 1941 erhielt der Judenrat die Bewilligung, eine durch die blockierten jüdischen Guthaben gesicherte Anleihe bei deutschen Banken aufzunehmen[24]. Drei Synagogen, darunter die Hauptsynagoge in der Tlomackie-Straße, wurden wiedereröffnet, und im April wurden Schulen für 5000 der 50 000 Ghettokinder zugelassen. Einigen internationalen Hilfsorganisationen, darunter dem „American Jewish Joint Distribution Committee", wurde gestattet, Zweigstellen im Ghetto zu eröffnen. Geschenkpakete durften wieder durch die Post befördert werden, und Schweizer medizinische Instrumente

konnten wenigstens teilweise den Verlust des größten jüdischen Krankenhauses Czyste, außerhalb des Ghettos, wettmachen[25].

Die Deportierungen aus Städten westlich der Weichsel in das Warschauer Ghetto im Zeitabschnitt zwischen Februar und Mai 1941 brachten eine deutliche Verschlechterung der Lage mit sich*. Die Flüchtlinge, die vom Judenrat in bombenzerstörten Gebäuden und in Kellern untergebracht wurden, verursachten Seuchen. Im Juli 1941 wurden nicht weniger als 17 800 von ihnen, darunter 3300 Kinder, als völlig verelendet bezeichnet[28]. Von dieser ganzen Gruppe waren ein Jahr später nur noch 6000 bis 7000 am Leben, als sie, da sie keine Ausweise besaßen, die ersten waren, die in die Gaskammern von Treblinka geschickt wurden. Dr. Michal Mazor, ein ehemaliger Fürsorgebeamter im Ghetto, erwähnt aus eigener Wahrnehmung Fälle von Einwohnern dieser Keller, die sich freiwillig Transporten nach Treblinka anschlossen, nur um ihrer fürchterlichen Lage zu entgehen[29].

Der Judenrat scheint dem Problem dieses Elends völlig passiv gegenübergestanden zu haben. Die Jüdische Soziale Selbsthilfe (JSS), die Vereinigung der Hilfsorganisationen, gab diesen Allerärmsten einmal täglich Suppe. Ende 1941 lebten 100 000 Personen von dieser Suppe, die manchmal aus Heu gemacht werden mußte[30].

Selbst zu dieser Zeit gab es noch Luxus im Ghetto. Die nüchterne, sachliche Darstellung Dr. Michal Mazors erkennt diese Tatsache ebenso an wie Mary Bergs kindliches, naives Geplauder. Es gab „schwarze" Restaurants in der Lesno-Straße, der Sienna-Straße und der Galianca-Straße, es gab Kaffeehäuser, Bars und Bordelle. Bis zum Zeitpunkt der „Umsiedlungsaktion" waren für die, die genügend Geld hatten, die meisten Dinge erhältlich. Ein Kabarett in der Lesno-Straße konnte durch Bestechung die Durchführung eines Befehls, das Gebäude niederzureißen, umgehen. Der Befehl war erlassen worden, als Auerswald, der Ghettokommissar, ein Lied in englischer Sprache singen gehört hatte[31]. Und zur gleichen

* Nach einer Zählung des Judenrates am 1. Januar 1941 lebten im Ghetto zu diesem Zeitpunkt 378 979 Personen. Du Prel zufolge wurden 72 000 Juden in das Ghetto geschafft, so daß, selbst wenn man die phantastisch hohe Sterblichkeit in Rechnung zieht, das Ghetto im Mai wenigstens 430 000 Einwohner hatte[26]. Trotzdem war die Einwohnerzahl am 22. Juli 1942, als die Umsiedlungsaktion begann, wieder auf 380 000 zurückgegangen. Daraus ergibt sich eine übernormale Sterblichkeit von 50 000 innerhalb von 14 Monaten[27].

Zeit wurden Leichen nackt auf die Straße geworfen, damit die Mitbewohner ihre Lumpen behalten konnten!

Gouverneur Frank sagte Curzio Malaparte, daß die Juden schmutzig und krank seien und stürben, weil sie diese Art Existenz vorzögen[32]. Andere waren der Meinung, daß der Judenrat durch Anwendung der Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit die vorhandenen Mittel zu besserem Nutzen hätte verwenden können. Aber entscheidender war die Tatsache der üppig blühenden Korruption bei den deutschen Verwaltungsstellen und der deutschen Polizei. Ohne Schmuggel und illegale Profite hätte das Ghetto einfach nicht bestehen können. Außerdem mußte das Ghetto von den Deutschen den Grundsatz übernehmen, daß nur die allernützlichsten Personen wert waren, am Leben erhalten zu werden. Das Dilemma wurde von Emanuel Ringelblum, dem Direktor des Hilfskomitees ZTOS, in seinem Tagebuch, das er im Ghetto vergrub, folgendermaßen geschildert[33]: „Suppenküchen lösen das Problem nicht. Sie verlängern das Leben, aber das Ende ist unabwendbar . . . Die Leute, die, auf Suppe und trockenes Brot angewiesen, sich in den Suppenküchen ernähren, sterben eines langsamen Todes . . . Die tragische Frage bleibt unbeantwortet: Soll das Wenige, das nicht genug ist, um das Leben zu erhalten, mit Tropfenzählern verteilt werden, oder soll man einer kleinen, ausgesuchten Gruppe bis zum Äußersten helfen?" *

Wie wir gesehen haben (S. 54), bestand im Januar 1941 die Absicht, noch mehr Juden nach Warschau zu senden. Es taucht die Frage auf, ob Hitler, der schon den Plan für die Invasion Rußlands gefaßt hatte, nicht die endgültige Vernichtung der Juden Polens schon zu dieser Zeit vorbereitete, ein Jahr bevor sie wirklich begann. Dr. Marder, der Regierungspräsident des Lodzer Bezirkes, wußte schon am 4. Juli 1941, daß die Auflösung des Lodzer Ghettos zur Diskussion stand, und dieses Wort **Auflösung** hat in der nationalsozialistischen Terminologie oft eine persönliche, physische Bedeutung gehabt. Aber wenige Wochen früher, am 3. Juni, hatte der Ghettoverwalter, Hans Biebow, gegen den Plan prote-

* Offizielle statistische Angaben, die der Judenrat den Deutschen unterbreitete, sprechen von 44 630 Todesfällen in Warschau im Jahre 1941, über 10 v. H. der Bevölkerung. Davon waren nur 15 780 Todesfälle auf die Typhusepidemie zurückzuführen[34]. Gazeta Zydowska, die von den Deutschen bewilligte jüdische Zeitung in Krakau, berichtet folgendes Ansteigen der Sterblichkeit nach der Ankunft der Flüchtlinge: im April 1941 2041, im Mai 3881, im Juni 4280 und im September 5700[35].

stiert, die restlichen 100 000 Juden des Warthegaus nach Lodz zu transportieren, da „die hier herrschende Hungersnot sich versiebenfachen würde". Beide Pläne wurden aber vor September fallengelassen (siehe S. 95)[36].

Aus diesen Befehlen und Gegenbefehlen kann man nicht viel ersehen, außer, daß die deutschen Behörden die Ghettos schon im Frühsommer 1941 als Sammelstellen für weitere Massendeportierungen betrachtet haben, obwohl die Verschickungen aus Lodz erst im Januar 1942 und aus Warschau sogar erst am 22. Juli 1942 begannen. Den rund 400 000 Juden in Warschau wurde es also gestattet, noch ein ganzes Jahr am Leben zu bleiben, ein Jahr, in dem die russischen Juden in Massen umgebracht wurden. Noch im Mai 1942 wurde das Warschauer Ghetto, im Vergleich zu Lodz, als ein Paradies angesehen, und bis zu 20 000 Zloty wurden für das Privileg gezahlt, von der Kohn-Heller-Transport-Organisation in das Warschauer Ghetto geschmuggelt zu werden[37].

Aber die Lebensverhältnisse im Warschauer Ghetto verschlechterten sich im Herbst 1941 rapid, als eine verschärfte Blockade zeitlich mit den ersten großen Massakern in den russischen Ghettos zusammenfiel. Wie üblich, wurden „Seuchen" vorgeschützt. Am 16. Dezember 1941 erklärte Frank seiner Regierung[38], daß es im Ghetto 2405 Typhusfälle gebe. Die Todesstrafe für Verlassen des Ghettos müsse daher fürderhin schnellstens vollstreckt werden. In der unmittelbar vorhergegangenen Periode wären nur acht von 45 Angeklagten verurteilt worden, und 600 Fälle seien anhängig. „Dankbar" habe man daher einen Schießbefehl begrüßt, der das Erschießen von Juden auf der Straße gestatte.

Einige Wochen später bestimmte Frank vom Palais Brühl aus eine Kürzung der Ghetto-Zuteilungen[39]. Während die polnische Bevölkerung die sehr kleine Zuteilung von 1250 g Brot pro Woche erhielt, wurden die Juden auf eine Ration von nur 1000 g gesetzt. Die Zuteilung von Zucker wurde auf 250 g, von Marmelade auf 100 g und von Fett auf 50 g pro Monat herabgesetzt. Sonderzuteilungen würden erfolgen, wenn sich die Möglichkeit dazu biete, aber der Zuteilungssatz selbst könne nicht erhöht werden. Mary Berg beschrieb in ihrem Tagebuch Gouverneur Franks vermutlich erste „Sonderzuteilung". Am 1. Dezember traf im Ghetto eine Ladung erfrorener Kartoffeln ein, die ursprünglich für die Ostfront bestimmt gewesen, aber als ungenießbar abgelehnt worden waren[40].

Im September wurde es dem Ghetto-Postamt verboten, ausländische Postsendungen zu übernehmen. Das bedeutete das Ende der Pakete aus neutralen Ländern[41]. Schließlich weigerte sich das deutsche Postamt am 17. Dezember unter dem üblichen Vorwand der Seuchen, Postsendungen aus dem Ghetto zu übernehmen. Auf diese Weise wurde das Ghetto für die nächsten 7 Monate praktisch isoliert und jeder Beobachtung von außen entzogen. Im Juli 1942 wurde die polnische Exilregierung in London durch die „Umsiedlungsaktionen" wachgerüttelt, und ihr ausgezeichneter Kurierdienst erinnerte das Weltgewissen wieder an das Warschauer Ghetto. Nach dem Angriff auf Pearl Harbour waren die amerikanischen Hilfsorganisationen zurückgezogen worden.

Auch der Lebensraum wurde verkleinert. Am 23. Oktober 1941 verlor das Ghetto seinen nordöstlichen Bezirk, wo auch die Tlomackie-Synagoge war. Im Dezember wurde der jüdische Friedhof am nordöstlichen Ende des Ghettos mit einer Mauer umgeben, mit der Begründung, daß Särge zum Schmuggeln verwendet würden. Diese Art des Schmuggels wurde jedoch vor den Augen der auf dem Friedhof aufgestellten Wachtposten fortgesetzt, und ein jüdischer Arzt, der im Jahre 1943 in die Schweiz geflohen war, berichtete, daß viele der Waffen, die im Ghettoaufstand verwendet wurden, in leeren Särgen ins Ghetto gebracht worden waren[42]. Franz Blättler, ein Kraftwagenfahrer des Schweizer Roten Kreuzes, der den Friedhof am 30. Januar 1942 in Begleitung eines jüdischen Polizisten besuchte, sah ein ungeheures Massengrab. Er berichtete, daß 90 v. H. der Toten an Hunger gestorben seien. Sein Bericht konnte aber wegen der Zensur der neutralen Schweiz erst im Jahre 1945 veröffentlicht werden[43].

Blättler sah auch, wie ein Schmuggler gefangen wurde, während er durch ein Loch in der Mauer kroch. Aber obwohl Hinrichtungen im Ghetto täglich stattfanden, scheint es, daß dieser Schmuggler nur verprügelt wurde. Erwiesenermaßen war die Gestapo selbst am Schmuggel interessiert. Da der Judenrat als unfähig erachtet wurde, Schmuggeln zu verhindern, ernannte die Gestapo eine vom Rat unabhängige Kommission, um den Schwarzhandel zu bekämpfen. Diese Kommission, die nach ihrer Adresse in der Lesno-Straße „Trzynastja" oder „Dreizehn" genannt wurde, hatte ihre eigene Polizei mit grünen Armbinden. Einige Überlebende des Ghettos haben sie als eine organisierte Schieber-

bande angeprangert, die durch ihren Leiter, Abraham Gancwajch, und seine Mitarbeiter den Schutz der Deutschen genoß. Diese Zeugen weichen allerdings in einer Frage voneinander ab, und zwar in der, ob die „Dreizehn" von den Deutschen schon im Jahre 1942 abgebaut oder von den Kräften des Ghettoaufstands liquidiert wurde [44].

Beschuldigungen der Korruption dieser Art wurden, wenn auch in geringerem Ausmaß, gegen die Judenräte aller polnischen Ghettos erhoben. Wir stehen hier vor einem überaus schwierigen Problem. Die Theorien, denen zufolge die Deutschen die Mitglieder der Räte entweder aufs Geratewohl bestimmten oder bewußt Schurken ernannten, können außer acht gelassen werden. Ebenso wie im Westen bedienten sich Heydrichs Schergen auch hier der Hilfsorganisationen, die in den Gemeinden, in denen es immer viel Elend gab, über starken Einfluß verfügten. Diese Organisationen, denen es unter Todesandrohung befohlen wurde, im Interesse der Deutschen zu handeln, wurden nun gleichzeitig Almosenverteiler und Polizeiorgane. Es ist symbolisch für die Situation, daß der Warschauer Judenrat seinen Sitz in der „Kehillah", der Gemeindehilfsorganisation, hatte. Die Bevölkerung auf das Niveau der Suppenküchen herabzudrücken und die Suppenküchen in einer von der Gestapo kontrollierten Bürokratie zusammenzuschließen, war unter den Bedingungen der völligen Isolierung der Juden Polens im allgemeinen nicht schwer, außer in so ungeheuer komplizierten Gemeinden wie Warschau. Die Situation hier hatte eine gewisse Ähnlichkeit mit der in Frankreich, wo es den jüdischen Organisationen gelang, sich dem Aufgehen in eine „Reichsvereinigung" nach deutschem Muster zu widersetzen (siehe S. 345).

Aus diesem Grunde hatte der Obmann des Judenrates oder der Judenälteste in Wahrheit niemals auch nur annähernd die Rolle eines Ghettodiktators, obwohl solche Diktatoren gar nichts Seltenes waren; schließlich beruhte das ganze nationalsozialistische System auf Diktatoren aller Grade. Die Deutschen fanden es leichter, ihren Anteil an Arbeit oder Menschenleben zu bekommen, wenn sie die Verantwortlichkeit dafür einem einzigen Mann übertrugen. Die Judenältesten hatten allerdings nie viel Zeit, ihren Ehrgeiz zu befriedigen. Ihr Leben endete durch Selbstmord oder durch Hinrichtung. Dr. Adam Czerniakow vom Warschauer Juden-

rat hatte die Bewilligung, einen Kraftwagen zu besitzen. Sein geradezu fürstlicher Aufwand war die Zielscheibe der Ghetto-Kabarettisten. Dennoch beging er im Juli 1942 Selbstmord, um nichts mit der deutschen „Umsiedlung" zu tun haben zu müssen! Czerniakows Nachfolger, Dr. Lichtenbaum, wurde von den Deutschen am Vorabend des Ghettoaufstandes entfernt; er hatte aber niemals viel Einfluß[45]. Dr. Bieberstein in Krakau wurde schon im Sommer 1940 nach Auschwitz verschickt[46]. Dr. Landsberger aus Lemberg wurde mit zehn seiner Kollegen auf einem Balkon hingerichtet[47]. In Kolomea beging der Judenälteste Dr. Horowitz in Anwesenheit der deutschen Polizei während der Schlußaktion Selbstmord[48]. Dutzende solcher Schicksale könnten hier als Beispiele angeführt werden.

In Lodz hingegen ernannten die Deutschen im Oktober 1939 einen Obmann, den sie fast fünf Jahre lang für ihre Zwecke benutzten. Mordechai Chaim Rumkowski, der Leiter eines jüdischen Waisenhauses, war durch seine Geschicklichkeit im Sammeln von Beiträgen bekannt[49]. Außer über dieses Talent, das auf die Deutschen eine offensichtliche Anziehung ausübte, verfügte Rumkowski noch über eine große Wendigkeit. Es wurde ihm befohlen, einen Judenrat zu ernennen, dessen Mitglieder dann als Geiseln verhaftet wurden. Er versuchte, ihre Freilassung zu erreichen, und wurde bei dieser Gelegenheit zusammengeschlagen und gezwungen, einen neuen Rat zu ernennen[50]. Nachher wurde er nie wieder geschlagen. Außerhalb des Ghettos wurde er wie ein Hund behandelt, aber innerhalb des Stacheldrahtzaunes durfte er ein König sein. Er gab Banknoten mit seiner Unterschrift und Briefmarken mit seinem Porträt heraus — ein ältlicher, gemütlich aussehender Menschenfreund, mit einer fliegenden, weißen Mähne, der im Ghetto in einer uralten Kutsche umherfuhr. So marschierte er im September 1942 mit den Kindern, die die Gestapo verlangt hatte, zum Bahnhof — warum auch nicht, hatte die Gestapo denn nicht auch sein eigenes Waisenhaus verschont[51]? Selbst im August 1944 noch, nachdem fast 100 000 Lodzer Juden „umgesiedelt" worden waren, unterstützte er den hinterhältigen „Aufruf" des Ghettoverwalters Hans Biebow[52]. Als er jedoch erkannte, daß er mitgeholfen hatte, eine fürchterliche Falle zu stellen, bestieg er freiwillig den Zug nach Auschwitz und wurde zum letzten Mal gesehen, als er die Gaskammer betrat (siehe S. 341).

Die Verteilung von Nahrungsmitteln und von Arbeit war im Ghetto von Lodz Rumkowskis persönliches Monopol. Seine Tüchtigkeit steht außer Zweifel. Durch ihn wurde das Ghetto für die deutschen Wirtschaftsministerien so wichtig, daß es um mindestens ein Jahr länger bestehen blieb als Warschau und Bialystok. Aber diese Form von Ghettodiktatur war ungewöhnlich. Die normale Form der Ghettoverwaltung war die eines Polizeistaates, gestützt auf den Ordnungsdienst, der in einigen Fällen völlig unabhängig vom Judenrat war und Befehle direkt von der Gestapo erhielt. Die Gestapo machte ihn dafür verantwortlich, daß die festgelegte Anzahl von Personen lebend abgeliefert wurde, anfangs für Arbeit oder wirkliche Umsiedlung, später für Hinrichtungen. Aber noch lange, nachdem die Männer vom Ordnungsdienst die Wahrheit herausgefunden hatten, „verdienten" sie sich ihre privilegierte Stellung und trugen ihre blauen Uniformen nach dem Schnitt der deutschen Uniform. Dr. Michal Mazor, der objektivste aller Augenzeugen, erzählt, daß während der großen „Umsiedlungsaktion" in Warschau ein jüdischer Polizist ebensoviel Furcht erregte wie ein deutscher und daß der Ordnungsdienst sogar das Versteck von Kindern verriet[53]. Manchmal trieben sie Handel mit jüdischen Leben. In Wilna wurden sie durch den Verkauf von „Beschäftigungsscheinen" reich[54]. In Kowno jedoch waren nach Aussage von Dr. Gringauz nur ganz wenige Mitglieder des Ordnungsdienstes wirklich willfährige Werkzeuge der Gestapo. Was immer seine Rolle, der Ordnungsdienst nahm stets das gleiche Ende. Im Augenblick, in dem die Deutschen dessen Mitglieder nicht mehr brauchten, erschossen sie sie alle zusammen, oft unter Anwendung von Tricks, wie zum Beispiel in Minsk, wo der Ordnungsdienst unter dem Vorwand, daß ein Feuer zu löschen sei, weggelockt wurde (siehe S. 324)[55].

Der Kommandeur des Ordnungsdienstes war oft ein getaufter Jude oder ein Offizier der polnischen Armee, wie zum Beispiel Oberst Szerynski, der bis zu 1650 Mann im Ghetto von Warschau befehligte. Das Bild seines Stellvertreters Lejkin, der Anfang 1942 das Kommando innehatte, während Szerynski im Gefängnis saß, erschien im „Völkischen Beobachter" unter der Überschrift „Der jüdische Napoleon". Diese Männer hatten in manchen Fällen eine wirkliche Macht[56]. Ein anderer jüdischer Berufssoldat zum Beispiel, Jakob Genns, der Kommandeur des Ordnungsdienstes in

Wilna, machte sich vom Judenrat unabhängig. Im Herbst 1942 ernannten die Deutschen ihn zum Aufseher über alle Ghettos, die es noch in Litauen und Weißrußland gab, und die litauische Miliz hatte ihm die Ehrenbezeigung zu leisten[57]. Ebenso wie Rumkowski gab sich Genns der Selbsttäuschung hin, daß seine Nützlichkeit für die Deutschen der Rettung von jüdischen Leben dienen könne — eine echte Selbsttäuschung, denn zum Schluß stellte er sich freiwillig der Hinrichtung, anstatt zu entfliehen und dadurch Massenrepressalien hervorzurufen.

Während der „Umsiedlungsaktion" wurde die Macht des Ordnungsdienstes untragbar, denn oft war es diese Organisation allein, die bestimmte, wer den Deutschen, die nur die Gesamtzahl festlegten, ausgeliefert werden sollte. Leutnant Rosenblatt aus Lodz erzählte Dr. Friedrich Hielscher, einem Mitglied des deutschen Widerstandskreises, daß es ihm gelungen sei, solche Personen auszusuchen, die das Leben im Ghetto nicht länger ertragen konnten und daß er alte Ehepaare gemeinsam auf den Weg in die Gaskammer geschickt hätte; aber er habe trotzdem schreckliche Gewissensbisse[58]. Jakob Genns hingegen war in bezug auf seine Tätigkeit ganz unverschämt offen. Im Oktober 1941 erklärte er, daß er ein paar Wilnaer Juden den Deutschen übergeben hätte und dadurch Tausende vor den Totengruben in Paneriai gerettet habe. Die Rabbiner von Wilna antworteten ihm mit folgendem Zitat aus Maimonides:

> „Und wenn die Götzendiener Dir sagen: ‚Gib uns einen aus Deinem Volke, so daß wir ihn töten können, wenn Du Dich aber weigerst, dann werden wir Euch alle töten', dann sollen alle zum Sterben bereit sein, aber keine einzige jüdische Seele soll freiwillig dem Götzendiener ausgeliefert werden[59]."

Vielleicht wäre es die beste Antwort gewesen, den Rabbinern zu sagen, daß es im 12. Jahrhundert noch keine Maschinengewehre gegeben hat. Der jüdische Polizist, der sich eine Gnadenfrist von ein paar Wochen oder Tagen dadurch erkaufte, daß er einen Landsmann zum „Umschlagplatz" brachte, war nicht schuldiger als die Juden in den Todeslagern, die gezwungen waren, die Leichen der Vergasten nach allen nur möglichen Verstecken von Wertgegenständen zu durchsuchen, und deren Gnadenfrist nur in Stunden gemessen werden konnte. Ein brennender Haß verfolgt jedoch heute die Judenräte und den Ordnungsdienst über ihre

namenlosen Gräber hinaus. Im November 1949 verkündete das „Bulletin des Jüdischen Historischen Instituts Polens", daß von nun an nach „streng marxistischen Gesichtspunkten" studiert werden solle. Besondere Untersuchungen würden über die Mitglieder der Judenräte, ihre politische Gesinnung, Vermögen und Beziehungen zu den Deutschen angestellt werden[60]. Bedauernswerterweise haben die ersten Nachkriegsforschungen der Jüdischen Geschichtlichen Zentralkommission Polens meist an dem anderen Extrem gelitten, das den Mantel des Vergessens über diese Dinge breiten wollte.

Die Jüdische Soziale Selbsthilfe (JSS), die Vereinigung der Hilfsorganisationen, genoß einen besseren Ruf als die Judenräte, besonders in den größeren Ghettos, wo sie fast unabhängig war. Mitgliedschaft war freiwillig, und da die Gestapo sich kaum um sie gekümmert hatte, wurde sie auch nach dem Krieg von den überlebenden Juden nicht in Acht und Bann getan. In Wilna war ihr Ausschuß das Symbol der Unabhängigkeit und war als „Nationalversammlung" bekannt, ein Zeichen der hohen Achtung, deren er sich erfreute[61]. Trotzdem waren die Deutschen gezwungen, die Ausschüsse anzuerkennen. Am 10. Februar 1942 zum Beispiel mußte eine Beschwerde des Hilfskomitees der kleinen Stadt Wisznice offiziell vom Amt des Generalgouverneurs in Krakau erledigt werden[62]. Im Laufe der Zeit konzentrierten sich die Judenräte mehr und mehr darauf, die Deutschen versöhnlich zu stimmen, während die interne Verwaltung immer mehr die Aufgabe der JSS wurde, insbesondere das Hauptproblem der Finanzierung der Suppenküchen. In Wilna zum Beispiel gaben die Arbeitskommandos monatlich zwei Tageslöhne oder zwei Mark den Suppenküchen, mit dem Erfolg, daß hier niemand an Hunger starb[63]. Allerdings gab es selten mehr als 20 000 Juden im Ghetto von Wilna, und das Problem kann nicht mit dem Warschauer verglichen werden, wo die Suppenküchen täglich 100 000 Mahlzeiten ausgaben.

3. Jüdische Arbeit und Arbeitslager im Generalgouvernement

Der mysteriöseste Teil des Ghettoapparates war die Finanzgebarung, denn die Zivilverwaltung der polnischen Städte konnte von den Ghettos weder Steuern noch Abgaben erheben, da diese offiziell kein Einkommen hatten. Die legal erzeugten Produkte des

Ghettos mußten durch die Transferstelle gehen, die unter der Aufsicht der SS stand. Als Gegenleistung für die Güter gab die Transferstelle Zuteilungen und Material an das Ghetto aus, allerdings erst, nachdem ihre Agenten ungeheure Profite eingesteckt hatten — Profite, die sie mit gewissen jüdischen Unternehmern, wie zum Beispiel den Autobesitzern Kohn und Heller, teilten. Der Erfolg dieser Schieberei war, daß die Ghettos ein Verlustposten für die Zivilverwaltung blieben. So beschwerte sich Regierungspräsident Dr. Marder im Juli 1941, daß die Stadt Lodz die Kosten der besonderen Polizeiüberwachung und Verkehrsregelung im Ghetto zu tragen hätte. Im September erklärte Dr. Marders Nachfolger, ein farbloser, unbedeutender Reichstagsabgeordneter namens Dr. Uebelhör, daß diese Ausgaben durch die geplante Zuwanderung der Juden von Wloclawek noch erhöht würden. In der Geschichte der Gemeindeverwaltung dürfte es noch nicht vorgekommen sein, daß ein Drittel der Bewohner einer Stadt von der Größe Essens durch die Tätigkeit der Polizei wirtschaftlich völlig ruiniert wurde[64].

Es wäre zu erwarten gewesen, daß bei einem festgelegten Tageslohn von zwei Mark das Ghetto wenigstens laufende Ausgaben hätte tragen können, aber in Lodz scheint das nicht der Fall gewesen zu sein. Im gleichen Monat beschwerte sich Oberbürgermeister Ventski, daß nur 80 v. H. der Ausgaben für das Ghetto, das damals 140 000 Bewohner hatte, durch Arbeit abgezahlt werde[65]. Und dennoch rühmten sich die SS-Führer, daß sie die Juden Polens zu produktiver Arbeit eingespannt hätten. So schrieb im Mai 1940 Brigadeführer Friedrich Krüger, Franks Höherer SS- und Polizeiführer, der früher ein Buchhändler in Straßburg war und wie ein fetter Dorfpolizist aussah, folgende Sätze für Du Prels Werk „Das Generalgouvernement":

> „Eine nicht minder große, wenn auch weniger dankbare Arbeit der Menschenbetreuung mußte und muß auch jetzt noch von den Männern der SS und Polizei durchgeführt werden. Das arbeitsscheue jüdische Gesindel mußte an die vorgesehenen Arbeitsstellen gebracht werden. Wenn dabei auf dem Weg über polizeiliche Zwangsmaßnahmen so mancher Jude zum ersten Mal in seinem Leben einer fruchtbringenden und der Allgemeinheit dienenden Arbeit zugeführt werden konnte, so darf dabei vor allen Dingen nicht vergessen werden, daß

eine solche Anleitung zur Arbeit für alle Juden indirekt auch eine wesentliche Entlastung auf einem Hauptaufgabengebiet der Polizei gebracht hat[66]."

Wie war es um diese allgemeine Arbeitsverpflichtung bestellt? In Lodz starben 8 v. H. der Juden an Hunger in einem Jahr, und doch deckte ihre Arbeit nur 80 v. H. der Ghettokosten. So sah also die „wesentliche Entlastung" aus. Die Polizei unterstand Heydrich, für den die Ghettos keine dauernde Lösung der Judenfrage darstellten und der kein Interesse an jüdischer Arbeit, das heißt am Weiterleben der Juden, hatte.

Nur einem kleinen Teil der jüdischen Bevölkerung wurde Gelegenheit zur Arbeit gegeben. Die deutsche Verwaltung erkannte nur zwei Sorten jüdischer Arbeit an: Arbeit in den Textil- und Ausrüstungsfabriken in den Ghettos und Arbeit in den Arbeitslagern und Kommandos außerhalb der Ghettos Die Verordnung vom 26. Oktober 1939 bestimmte, daß alle männlichen Juden zwei Jahre Dienst bei öffentlichen Arbeiten zu tun hätten. Das dienstpflichtige Alter wurde später auf 16 bis 60 ausgedehnt, und den Judenräten oblag die Stellung der Kontingente[67]. Auf diese Weise waren fast 500 000 Juden zur schwersten Arbeit verpflichtet, und doch waren nur 80 000 im Sommer 1941 und wahrscheinlich nie mehr als 100 000 beschäftigt[68]. Es war nicht schwer, Freiwillige zu finden. Mehr als die Hälfte arbeitete in täglichen Kommandos oder in Lagern in der Nähe von Warschau und Lublin. Außerdem arbeiteten bis zum Oktober 1940 etwa 30 000 Juden in Lagern am Bug und am San, wo die sogenannte „Ottolinie" als Verteidigung gegen Rußland errichtet wurde. Dies wurde als der ärgste Arbeitsplatz erachtet, und die Sterblichkeit war hier besonders hoch. Ganz anders war die Lage der 8000 Juden in den Warschauer Arbeitskommandos, die für deutsche Privatunternehmer arbeiteten, vier Zloty oder zwei Mark Tageslohn erhielten und zu Hause wohnten. Im Juli 1942 wurden jedoch etwa 1580 Mann dieser Kommandos in das Ghetto zurückgeschickt, weil sich die Unternehmer weigerten, sie zu ernähren[69].

Die Juden in den Arbeitslagern wurden von der Sicherheitspolizei, der Zivilverwaltung oder den städtischen Verwaltungen an Privatunternehmer verdungen. Überall kamen große Unterschlagungen vor. Zu Beginn waren die Höheren SS- und Polizeiführer nicht dem SS-Wirtschaftsamt unterstellt. Odilo Globocnik — später Lei-

ter des Vernichtungsprogrammes — gründete in der Provinz Lublin genossenschaftliche Werkstätten und verwandelte sie dann in Arbeitslager — zu seinem eigenen Profit. Im Juli 1941 besuchte Himmler Globocnik, und seines Freundes Profite beunruhigten ihn derart, daß er den ersten Plan für ein zentral verwaltetes Konzentrationslager in Lublin aufstellte, das alle diese Werkstätten übernehmen sollte[70]. Aber das Konzentrationslager Lublin oder Majdanek war erst im Jahre 1942 fertiggestellt, und selbst dann gelang es dem SS-Wirtschaftsamt nicht, die jüdische Arbeit in Polen wirksam zu überwachen, bevor Globocnik entfernt und 1 500 000 Juden im Generalgouvernement ermordet worden waren.

Die Deutschen waren mit ihren miteinander konkurrierenden Kontrollsystemen bis Herbst 1943 außerstande, die gesamte jüdische Bevölkerung des Generalgouvernements als Zwangsarbeiter einzusetzen. Sie vermochten das also erst zu einer Zeit, als neun Zehntel der Ghettobevölkerung umgebracht und alle Ghettos ausgeschaltet waren. Denn solange es Ghettos gab, gab es doch zu einem gewissen Grad freie, miteinander im Wettbewerb stehende jüdische Produktion. So arbeiteten im August 1941 3000 Juden in den genossenschaftlichen Werkstätten in Warschau. Sie verdienten bis zu 100 Zloty oder 50 Mark je Woche und erhielten eine freie Mahlzeit täglich[71]. In den Genossenschaften in Krakau konnten Schneidermeister bis zu 180 Zloty wöchentlich verdienen. In Warschau unterstützte der Ghettoverwalter Auerswald die Gründung jüdischer technischer Schulen und Kurse. Diese Abweichungen von den strengen Judengesetzen hatten höchst unlautere Motive. Eine nicht lizenzierte Werkstatt konnte jederzeit von der Polizei verboten werden. Die Arbeiter konnten dann gezwungen werden, ihre Arbeitskräfte und Maschinen deutschen Unternehmern zur Verfügung zu stellen, die den Schutz der Verwaltung genossen.

Der Aufstand des Warschauer Ghettos hat den Namen eines dieser Unternehmer berüchtigt gemacht. Die Karriere von Walter Többens war wirklich sensationell. 25jährig hatte er 1934 die Bremer Firma der Brüder Leffer verlassen, wo er als Kaffeeröster angestellt war. In den nächsten vier Jahren erwarb Többens zu Spottpreisen sieben Geschäfte, die enteigneten Bremer Juden gehört hatten. Im Oktober 1939 wurde er von der Bremer Handelskammer an Lautz, den neuernannten „Geschäftsführer" für das

Generalgouvernement, empfohlen, dem 40 offiziell anerkannte Bezirks-Großhändler unterstanden. Lautz und Többens wurden Partner. Anfang 1941 zogen sie in das Warschauer Ghetto um und „erwarben" fast ohne Kapital binnen kurzer Zeit 12 000 bis 15 000 jüdische Arbeiter. Nach dem 22. Juli, dem Beginn der „Umsiedlungsaktion", war Többens imstande, seine Schutzscheine zu phantastischen Beträgen zu verkaufen und seine Arbeitskräfte fast umsonst zu bekommen bis zu dem Tage, von dem an er sie durch die SS dingen mußte, und selbst dann war es ihm möglich, seine Gewinne mit Globocnik zu teilen (siehe S. 331).

Többens, den Himmler einmal beschuldigte, daß er durch jüdische Arbeit zum Millionär werde, wurde auch nach dem Krieg vom Glück nicht im Stich gelassen[72]. Er war 37 Jahre alt und noch sehr behende, und es gelang ihm, aus dem Zug, in dem er an Polen ausgeliefert werden sollte, am 22. November 1946 zu entkommen. Irgendwo lebt er wahrscheinlich in Freiheit, vielleicht in Reichtum, trotz der Verurteilung zu zehn Jahren Arbeitslager, die die Bremer Spruchkammer in seiner Abwesenheit im Mai 1949 über ihn verhängt hat[73].

Viertes Kapitel

Die Deportationen nach Lodz und Rußland Juni 1940 – Januar 1942

1. Die Folgen des Sieges im Westen

In den sechs Wochen vom 10. Mai bis zum 25. Juni 1940 gerieten nicht weniger als 350 000 westeuropäische Juden unter deutsche Herrschaft, von denen ein Drittel Flüchtlinge aus dem Großdeutschen Reich waren, und weitere 130 000 Juden, die in Vichy-Frankreich lebten, gerieten indirekt in deutsche Gewalt. Diese 500 000 Juden des Westens bildeten ein schwereres Problem für Hitlers Politik als die 2 000 000 Juden des besetzten Polen. Das Damoklesschwert hatte über den Köpfen der Ostjuden seit dem Beginn der Pogrome am Anfang der achtziger Jahre gehangen. Kompakte Ghettos, besondere Personenstandsregister für Juden und organisierte antisemitische Kräfte standen den Deutschen hier zur Verfügung. Im Westen hingegen waren Juden, die eine andere Sprache als ihre Nachbarn sprachen und sich in leicht einschließbaren Siedlungsplätzen zusammendrängten, in der Minderheit, selbst wenn man den weniger assimilationsfähigen Teil der Flüchtlinge aus dem Reich dazuzählt. Was die bodenständigen Juden betraf, so konnten sie, da es keine getrennten Personenstandsregister gab, oft von den Deutschen gar nicht identifiziert werden. Außerdem lebten sie, da sie ja nur einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung bildeten, weit verstreut. Während Städte wie Warschau, Lodz, Odessa, Minsk und Kiew mindestens ein Drittel Juden hatten, war Amsterdam die einzige Großstadt westlich von Budapest, in der die jüdische Bevölkerung 10 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmachte.

Heydrich zögerte, das Problem der Registrierung der westeuropäischen Juden in Angriff zu nehmen. Obwohl ein „Statut des Juifs" schon am 3. Oktober 1940 der Vichy-Regierung abgezwungen wurde, hat man erst im März 1941 ein besonderes französi-

sches „Kommissariat für jüdische Fragen" geschaffen und den Judenstempel für die Kennkarten von Juden eingeführt. Ein der Gestapo unterstehender Judenrat nach deutschem oder polnischem Muster wurde erst im Sommer gegründet — mit welch kümmerlichem Erfolg, ist aus dem Zwölften Kapitel ersichtlich.

Die Deutschen waren nicht imstande, eine verläßliche Zählung der Juden im Westen durchzuführen. Selbst in Holland, wo die Besetzung aller wichtigen Städte binnen vier Tagen einer Überraschungsinvasion die Flucht unmöglich gemacht hatte, waren die Deutschen außerstande festzustellen, inwieweit die bodenständige jüdische Bevölkerung durch Flüchtlinge angewachsen war. Die Deutschen glaubten, daß 30 000 Juden aus Belgien nach Frankreich geflüchtet waren und daß in Frankreich einer großen Zahl die Flucht in die freie Zone glückte. So erwähnte Heydrich am 20. Januar 1942 eine Gestapoziffer von 700 000, während sich in Wirklichkeit sicherlich weniger als 130 000 Juden in der unbesetzten Zone befanden[1]. Selbst nach dem 11. November 1942, also nach Besetzung der bis dahin freien Zone, gelang es den deutschen Fachleuten in der Avenue Foch 72 nicht, in den Besitz der richtigen Zahlen zu kommen. In den ersten Monaten nach der Kapitulation kümmerten sich die Deutschen nicht darum, wieviel Juden in der freien Zone lebten, da sie diese als eine Ablagerungsstätte und nicht als einen Teil des privilegierten Europa betrachteten, das „judenfrei" gemacht werden sollte. Das Auswärtige Amt stimmte hierin völlig mit der Gestapo überein, besonders Ribbentrops Bevollmächtigter in Frankreich, der frühere Karlsruher Zeichenlehrer Otto Abetz. In Verhören während des Wilhelmstraßen-Prozesses 1948–49 und in seinem eigenen Prozeß in Paris erklärte Abetz, er habe die Enteignung staatenloser Juden und ihre Abschiebung in die freie Zone unterstützt, doch habe es sich um eine Finte gehandelt, da er von der Undurchführbarkeit dieser Maßnahmen überzeugt gewesen wäre[2]. In Wirklichkeit hätte wohl die Aktion gegen die staatenlosen Juden mit einem Erfolg geendet, wenn Heydrich in der Sache nicht zu weit gegangen wäre.

Abetz sandte seinen Vorschlag am 10. September an Heydrich[3]; die ganze Art seines Vorgehens verdient, hier näher dargelegt zu werden, denn es handelt sich um den Beginn einer neuen, sehr engen Verbindung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem

Sicherheitsamt des SS-Staates. Abetz' Vorschlag ging durch die Hände eines gewissen Martin Luther, Leiter des Referates „Deutschland" des Auswärtigen Amtes, das normalerweise die Verbindungsstelle mit dem Ministerium des Innern bildete. Dieser unangenehme Herr war Ribbentrops Kreatur, zugleich aber ein wichtiger Agent von Heydrich und der Gestapo, eine Doppelrolle, die Luther später dazu brachte, gegen Ribbentrop persönlich zu intrigieren; er wurde dafür in das Konzentrationslager Sachsenhausen geschickt, das er nicht mehr lebend verließ.*

Luther, ein Partner Ribbentrops aus der Zeit, da dieser mit Champagner handelte, hatte im Jahre 1936 einen bescheidenen Posten im „Büro Ribbentrop" angetreten. Er machte sich nützlich, als Ribbentrop die Londoner Botschaft umbauen ließ [5]. Als Belohnung wurde er im Mai 1940 befördert und in das Referat „Deutschland" des Auswärtigen Amtes versetzt. Ribbentrop wollte anscheinend vor allem die Diplomaten der alten Schule — wie Ernst von Weizsäcker — ärgern, die von Luther als „alte Weiber und Weihnachtsmänner" bezeichnet und in amtlicher Korrespondenz als „Lieber Parteigenosse" angesprochen wurden. Die entrüsteten Diplomaten mußten sich mit dem Gedanken vertrösten, daß Luthers Stab — er hatte über 200 übelst beleumundete Subjekte unter sich — über eine ganze Reihe von Amtsgebäuden verstreut war, nicht einmal in der Wilhelmstraße, sondern in der Gegend des Tiergartens; in dieses „Feindgebiet" sandten sie dann gelegentlich ihre Spione, wie etwa Hans von Haeften, den Neffen von Frau von Brauchitsch [6].

Drei Jahre lang genoß Luther Ribbentrops uneingeschränkte Unterstützung. Im April 1941 gelang es diesem ehemaligen Spediteur

* Die Umstände von Luthers Sturz im April 1943 sind noch immer nicht völlig geklärt. Die beste Darstellung wurde von Weizsäckers Amtsnachfolger Steengracht von Moyland im Wilhelmstraßen-Prozeß gegeben. Luthers Intrige gegen Ribbentrop wurde von zwei Privatpersonen, denen er mit der Gestapo gedroht hatte, verraten. Luther war gezwungen, Ribbentrop offen anzugreifen, nachdem dieser eine Untersuchung angeordnet hatte. Die SS verriet aber den Mann, der Heydrich zu dessen Lebzeiten so gute Dienste geleistet hatte. Himmlers Adjutant Karl Wolff sandte Ribbentrop eine Abschrift der Anschuldigungen, die Luther gegen ihn erhoben hatte. Hitler wollte Luther daraufhin aufhängen lassen, wurde jedoch von Ribbentrop überredet, ihn nach Sachsenhausen zu schicken. Es wurde niemals bekannt, um was für Anschuldigungen es sich hier handelte. Ulrich von Hassell war der Meinung, daß es Luthers Ziel war, Ribbentrop zu stürzen und den SS-Mann Werner Best zu dessen Nachfolger zu machen[4]. Auf Grund einer Unterredung mit Luthers Witwe sagt Paul Seabury in seinem Buch The Wilhelmstrasse (Los Angeles, 1954, S. 133 und 196), daß Luther bei Kriegsende in einem Berliner Krankenhaus gestorben ist.

aus Dahlem, seinen alten politischen Freunden zu helfen, indem er Ribbentrop überredete, fünf neue Gesandte bei den südosteuropäischen Regierungen aus der diskreditierten Gruppe der SA-Führer zu ernennen, deren einzige Qualifikation ihre Fähigkeit war, zu brüllen und Leute einzuschüchtern. Der Grund war, daß Ribbentrop sich in Luthers Gesellschaft als ein Revolutionär fühlte und seinem Haß gegen die Berufsdiplomaten, dem Haß eines Mannes mit einem sehr fragwürdigen „von" vor dem Namen, freien Lauf lassen konnte. Trotzdem brüstete sich Ribbentrop aber während des Nürnberger Prozesses mit dem kleinen diplomatischen Posten, den er während des ersten Weltkrieges in Konstantinopel bekleidet hatte, sowie mit seiner angeblichen Verwandtschaft mit Botschafter Dieckhoff[7].

Zwischen Ribbentrops gesellschaftlichem Minderwertigkeitskomplex und seinem Antisemitismus bestand ein erkennbarer Zusammenhang, und dies war auch die Ursache für die Anziehung, die Martin Luther, der Antisemitismus als seinen Lebenszweck ansah, auf ihn ausübte. Als Chef der Abteilung „Deutschland III" wurde nun Luther der einzige hohe Beamte des Außenamtes, der für die Judenfrage zuständig war. Außerdem war seine Abteilung in täglicher, fast stündlicher Verbindung mit Eichmanns Amt in der Kurfürstenstraße. Leiter der Abteilung war von deren Gründung im April 1940 bis April 1943 Franz Rademacher. Da wir uns daher mit Rademacher fast ebensoviel beschäftigen werden wie mit Luther, lohnt es sich, dessen Laufbahn hier etwas näher zu betrachten.

Rademacher war erst Rechtsanwalt, dann Diplomat, aber im Jahre 1940, im Alter von 34 Jahren, gab er seinen Posten als Legationssekretär in Montevideo auf, um in der Marine zu dienen. Dies ärgerte — nach Rademachers eigener Darstellung[8] — Ribbentrop so sehr, daß er ihn zur Strafe in das Referat „Deutschland" versetzte. Es gelang ihm bis zum Sturz seines Chefs, Martin Luther, nicht, die Abteilung zu verlassen und seinen ursprünglichen Plan in die Tat umzusetzen.

Während dieser drei Jahre erschien Rademachers Name auf allen möglichen belastenden Dokumenten, die mit der Deportation der Juden und wenigstens in einem Falle mit der Ermordung von Juden (siehe S. 408 u. 413) in Verbindung standen; aber Rademacher hatte nach dem Krieg unglaubliches Glück. Er entging der

Anklage, weil er als Zeuge gebraucht wurde, wurde aber als Zeuge nicht verhört, weil sein Prozeß bevorstand. Anfang 1950 kam zutage, daß Rademacher in der Stellung eines Privatsekretärs des Hamburger Zigarettenfabrikanten Philip Reemtsma auf freiem Fuße war[9]. Rademacher wurde erst im Jahre 1952 vor das Nürnberger Schwurgericht gebracht, das ihn am 17. März zu drei Jahren und sieben Monaten Gefängnis verurteilte.

Die Anweisungen an die diplomatischen Vertretungen in den besetzten Ländern und Satellitenstaaten, gleichgültig, ob sie von Luther oder von Rademacher gezeichnet waren, verraten eine große Geschicklichkeit im Abwälzen der Verantwortung auf die betreffende Regierung. Luther, dessen direkte diplomatische Eingriffe die Finesse eines Dreschflegels zeigten (siehe S. 470), hatte diese Geschicklichkeit nicht. Der Urheber war Heydrich, und den ersten Beweis seiner Geschicklichkeit erbrachte er am 20. September, als Abetz durch Luther die Zustimmung zu seinem Vorschlag betreffend die staatenlosen Juden in Frankreich erhielt. Heydrich bestand darauf, daß die Verhaftungen — man rechnete mit 40 000 in Paris allein — von der deutschen Sicherheitspolizei und nicht von den Franzosen durchgeführt würden. Nichtsdestoweniger wurde Abetz angewiesen, die Vichy-Regierung zu überreden, den ersten Schritt zu unternehmen. Sie würde „dann im Falle eines Mißerfolges die Verantwortung tragen". Es war daher Abetz' Aufgabe, der Vichy-Regierung einen rechtlichen Vorwand zu geben. Er schlug vor, daß die jüdischen Flüchtlinge in Frankreich kollektiv ihrer Staatsbürgerschaft verlustig erklärt werden sollen. Und prompt reagierte am 4. Oktober 1940 die französische Regierung mit ihrem „Statut des Juifs", das die berüchtigte „Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz" (siehe S. 97)[10] um ein ganzes Jahr vorwegnahm.

Vor dem Ende des Jahres 1940 hatte dieses Statut 30 000 Juden in der besetzten Zone und 20 000 Juden in der freien Zone ihrer Freiheit beraubt. Abetz erklärte jedoch in Nürnberg[11], er habe die Deportation in die freie Zone befürwortet, weil die jüdischen Flüchtlinge auf diese Weise unter den Schutz der französischen Gesetze gekommen seien. Tatsächlich verloren die Juden ihre Freiheit, in welcher Zone sie auch waren. Denn in der besetzten Zone wurden sie von den Deutschen in Drancy, Pithiviers oder Beaume la Rolande interniert, während die Vichy-Regierung die

Juden in der freien Zone unter viel ärgeren Bedingungen in Gurs, Les Milles oder Rivesaltes festhielt.

Der Abetz-Plan war nur von kurzer Dauer. Heydrich brachte ihn zu Fall, indem er die Deportationen in die freie Zone Frankreichs auf Juden, die im Deutschen Reich lebten, ausdehnte. Das war die sogenannte „Aktion Bürckel", die in der Nacht zum 22. Oktober vor sich ging; damals wurden 7450 Juden aus Baden und dem Saarland „schlagartig" verschickt. Manchen von ihnen wurden nur 20 Minuten Vorbereitungszeit gegeben. Auf Gestapo-Befehl wurden sie von der örtlichen Polizei aus ihren Wohnungen geholt. Die Mehrzahl — nach amtlichen Angaben handelte es sich um 6504 Juden — wurde in neun Güterzüge gepfercht und quer durch Frankreich in die Lager Les Milles bei Aix en Provence sowie Gurs und Rivesaltes in den Pyrenäen geschleppt[12]. „Der Vorgang der Aktion selbst wurde von der Bevölkerung kaum wahrgenommen", erklärte Eichmann Luther voll Stolz. Die in die „Aktion Bürckel" einbezogenen Juden waren meist ältere Leute sowie Kinder, die von den Deutschen nicht für kriegswichtige Arbeiten verwendet werden konnten. Viele waren krank, und die Zahl der Todesfälle während der Reise war groß. Die französischen Lager hatten zuerst weder Nahrung noch Wohnraum; am 29. Oktober übermittelte der Militärgouverneur von Frankreich, General von Stülpnagel, dem Auswärtigen Amt einen Protest, den er von General Doyen von der französischen Waffenstillstandskommission erhalten hatte[13]. Am 19. November folgte ein Ansuchen von Marschall Pétain um die Rückführung der Juden aus Baden und dem Saarland. Ribbentrop wies Luther an, die Sache hinauszuziehen. Sechs Tage später erhielt von Stülpnagel die Nachricht, daß das Auswärtige Amt in der Angelegenheit nichts unternehmen werde. Die Juden wurden nicht aus den Lagern entlassen. Nach dem November 1942, als die Vichy-Lager den Deutschen in die Hände gefallen waren, wurden die noch Überlebenden nach Auschwitz geschickt*.

Über Pétains Protest ging man hinweg; die Deportationen wurden jedoch nicht wiederholt, und die unbesetzte Zone Frankreichs durfte nicht mehr als Abladeplatz benutzt werden, nicht einmal

* Einen Monat nach der „Aktion Bürckel" wurde Luther aufgefordert, eine Abschrift des Protestes der Vichy-Regierung an Innenminister Frick zu senden, der Schritte gegen die beiden Gauleiter Josef Bürckel von Lothringen-Saarland und Robert Wagner von Elsaß-Baden einleiten wollte. Es scheint daher, daß die beiden Gauleiter geheime Befehle von

für Juden, die in Frankreich lebten. Höhere Stellen, vor denen Heydrich seine Pläne geheimgehalten hatte, hatten eingegriffen. Normalerweise ließ Hitler nicht gern Menschen, die er als Geiseln benutzen konnte, aus seinen Händen; das mag die Erklärung für sein Veto gegen Heydrichs Pläne sein. Eine andere Erklärung ist, daß Heydrichs Aktion mit dem Madagaskar-Plan im Widerspruch stand. Göring hatte schon im November 1938 erklärt, daß Hitler an dieser Idee interessiert sei (siehe S. 25).

Die Ansiedlung von Juden in Madagaskar war ein alter Vorschlag. Die polnische Regierung war eine Zeitlang daran interessiert und entsandte im Jahre 1937 eine Studienkommission nach der Insel. Major Lepecki, eines der Mitglieder der Kommission, hielt dafür, daß man 15 000 jüdische Familien auf der Hochebene von Ankaisina ansiedeln könne, während die beiden anderen Mitglieder — beide Juden — erklärten, daß nur kleine Gruppen dort leben könnten und daß sie tropischen Seuchen ausgesetzt sein würden[14]. Es wurde niemals behauptet, daß Madagaskar für Millionen Menschen Platz habe. Wir müssen daher sorgfältig erwägen, ob Hitler zu irgendeiner Zeit ernstlich an den Madagaskar-Plan glaubte, oder ob er ihn als Tarnung für die „Endlösung", zu der der Plan in seinem Hirn langsam reifte, benutzen wollte. Der Bericht der polnischen Regierung aus dem Jahre 1937 wirkte sich in verschiedene Richtungen aus. Göring sprach am 12. November 1938 von dem Madagaskar-Plan, und am 7. Dezember erzählte der französische Außenminister Bonnet Ribbentrop in Paris, daß die französische Regierung erwäge, 10 000 jüdische Flüchtlinge auf diese Insel zu schicken[15]. Die Wilhelmstraße erfuhr jedoch von der Existenz eines Madagaskar-Planes erst nach dem Fall Frankreichs. Die beiden Rundschreiben, die Luthers Abteilung aussandte, trugen die Daten 2. Juli und 15. August 1940 und waren von Rademacher gezeichnet[16], aber es ist aus dem zweiten Rundschreiben ersichtlich, daß sie in Eichmanns Amt entworfen worden sind, da die Beilagen von Eichmanns Gehilfen Dannecker unterschrie-

Heydrich erhalten und hinter Fricks Rücken gehandelt hatten, obwohl dieser auf dem Papier Heydrichs Vorgesetzter war. Die Akten des Prozesses gegen Wagner — er wurde von den Franzosen 1946 in Straßburg erschossen — könnten diese Angelegenheit vermutlich aufklären. Bürckel, der fast an Stelle seines alten Kameraden aus der Zeit des Anschlusses, Ernst Kaltenbrunner, Heydrichs Nachfolger geworden wäre, beging am 29. September 1944 Selbstmord. Gauleiter Robert Wagner darf weder mit Josef Wagner, dem Gauleiter von Schlesien, der 1940 entlassen wurde, noch mit Adolf Wagner, dem Gauleiter von Bayern, verwechselt werden, der im Jahre 1943 starb.

ben sind und Kurfürstenstraße Nummer 116 als Absender angeben[17]. Es stimmt mit der Aussage Dieter Wislicenys — eines intimen Freundes und Kollegen — überein, daß Eichmann im August beauftragt wurde, einen Madagaskar-Plan auszuarbeiten, daß Dannecker, der später die Deportationszüge nach Auschwitz organisierte, damit beschäftigt war, das Madagaskar-Problem im französischen Kolonialministerium zu studieren[18], und daß diese Frage Eichmann das ganze nächste Jahr beschäftigte.

Die phantastischen Vorschläge vom 15. August bedürfen keines allzu genauen Studiums. Die Kolonie sollte ein autonomes jüdisches Schutzgebiet unter einem deutschen Polizeigouverneur werden. Eine europäische Bank sollte die Umsiedlung von vier Millionen (!) Juden finanzieren, und genügend Schiffe sollten zur Verfügung stehen, um sie alle binnen weniger Jahre nach Madagaskar zu schaffen. All dies wurde ernst genommen, denn eine spätere Denkschrift Luthers[19] sagt, daß Heydrich Himmlers Zustimmung zu diesem Plan noch im gleichen Monat erhielt und ihn auch Göring in dessen Funktion als Reichsmarschall vorlegte. Vermutlich haben diese beiden Eichmann angewiesen, seinen Plan weiterzuverfolgen, und er dürfte sich im folgenden Jahr, zu einer Zeit also, da kaum ein Schiff gegen den Willen der britischen Flotte Europa verließ, mit den „Vorbereitungen" für den Madagaskar-Plan beschäftigt haben. Bestimmt hat Eichmann in keinem Jahr seines Lebens weniger Schaden angerichtet.

Es ist anzunehmen, daß sich diese Lage durch den Angriff auf Rußland gründlich änderte. Es ist jedoch merkwürdig, daß in diesem ereignisreichen Jahr weder Hitler noch Göring noch auch Himmler Madagaskar in ihren Reden erwähnten und daß selbst am 28. März 1941, als Rosenberg von „einem fernen Reservat für die Deportierung der europäischen Juden" sprach, der Name Madagaskar nicht genannt wurde[20]. Welche Beweise gibt es dafür, daß Hitler jemals den Madagaskar-Plan in Erwägung gezogen hat?

Paul Otto Schmidt, der Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes, schreibt, daß Hitler am 17. Juni Mussolini gesagt habe, „man könnte einen israelischen Staat auf Madagaskar errichten"[21]. Luther schrieb im Jahre 1941 an Ribbentrop, daß Hitler ihn im August 1940 durch Abetz von seiner Absicht in Kenntnis gesetzt habe, alle Juden aus Europa zu evakuieren[22]. Abetz selbst erinnerte sich

dieser Unterredung, die nach seiner Angabe am 3. August stattgefunden hat, aber er erklärte, daß Hitler eine Verschickung in die Vereinigten Staaten im Sinn gehabt habe, die — so glaubte er — in der Lage wären, einige Millionen Juden aufzunehmen [23]. Es gibt dagegen genügend Beweise dafür, daß Hitler nach wie vor an die Verschickung der Juden nach Polen gedacht hat und daß der Fall Frankreichs diese Pläne nicht im geringsten beeinflußte. Baldur von Schirach erklärte zum Beispiel, daß Hitler ihn Ende Juni 1940 in sein Feldhauptquartier gerufen und ihm gesagt habe, daß er beabsichtige, die Juden Wiens „im Generalgouvernement" anzusiedeln — mit anderen Worten, daß er die nur wenige Monate vorher unterbrochenen Deportierungen wiederaufnehmen werde [24]*. Felix Kersten behauptet, Himmler habe ihm gesagt, daß er nach der Kapitulation Frankreichs in Hitlers Feldhauptquartier gerufen worden sei, wo ihm mitgeteilt wurde, daß er die systematische Ausrottung der europäischen Juden werde durchführen müssen. Himmler sagte Kersten, er habe den Madagaskar-Plan befürwortet und Hitler gegenüber Protest erhoben, jedoch ohne Erfolg [26].

Dieses zugegebenermaßen aus dritter Hand stammende Bild eines Hitler, der entschlossen ist, die „Endlösung" durchzuführen, und dem man, um ihn zu beruhigen, den Madagaskar-Plan anbietet, wird durch eine weitere Zeugenaussage bestätigt, die aber ebenso fragwürdig ist. Viktor Brack aus der Führerkanzlei sagte 1947 als Angeklagter aus (siehe S. 92 u. 198), daß er und seine Kollegen aus der Führerkanzlei Ende März 1941, „als es in höheren Parteikreisen ein ‚offenes Geheimnis' war, daß die Machthaber beabsichtigten, die gesamte jüdische Bevölkerung in Deutschland und den besetzten Gebieten auszurotten", Hitler die Umsiedlung der Juden nach Madagaskar unter dem Chef der Kanzlei, Philipp Bouhler, als Gouverneur vorgeschlagen hätten [27].

* Nach Dr. Picker bemerkte Hitler während eines Essens in seinem Hauptquartier, er werde sich nach dem Krieg „rigoros auf den Standpunkt stellen, daß er Stadt für Stadt zusammenschlage, wenn nicht die Juden herauskämen und nach Madagaskar oder einem anderen jüdischen Nationalstaat abwanderten". Daß diese Drohung am 24. Juli 1942 — am dritten Tage der großen Warschauer „Umsiedlungsaktion" — ausgesprochen wurde, scheint zu bestätigen, daß Hitlers Anspielungen auf Madagaskar eine Tarnung waren. Nach Dr. Picker — und auch nach einer nicht veröffentlichten Eintragung in Goebbels' Tagebuch — hatte Hitler gesagt, daß es besser wäre, die Juden nach Madagaskar statt nach Sibirien zu senden, in ein Klima, „das jeden Menschen unserer Widerstandsfähigkeit beeinträchtige" [25].

Hätte sich Hitler wirklich während der letzten neun Monate mit einem derartigen Vorhaben beschäftigt, dann müßten die Beamten seiner Geheimkanzlei etwas davon gewußt haben. Die einzig mögliche Schlußfolgerung ist also, daß der Madagaskar-Plan hauptsächlich den Zweck hatte, dem Auswärtigen Amt die Verhinderung der freien Auswanderung von Juden aus den Achsenländern zu erleichtern. Die Fiktion wurde recht lange aufrechterhalten. Erst am 10. Februar 1942 sandte Rademacher den Abteilungen des Auswärtigen Amtes neue Anweisungen[28]:

> „Der Krieg gegen die Sowjetunion hat inzwischen die Möglichkeit gegeben, andere Territorien für die Endlösung zur Verfügung zu stellen. Demgemäß hat der Führer entschieden, daß die Juden nicht nach Madagaskar, sondern nach dem Osten abgeschoben werden sollen. Madagaskar braucht mithin nicht mehr für die Endlösung vorgesehen werden."

Weizsäckers Unterstaatssekretär Woermann fragte nach Erhalt dieses Rundschreibens Rademacher in Anbetracht der Wichtigkeit der Entscheidung, woher er diese Information habe, und erfuhr vierzehn Tage später von Luther, „daß der Madagaskar-Plan durch persönliche Unterredungen mit Heydrich überholt worden sei". Woermanns Anfrage und Luthers Antwort waren jedoch lediglich eine für die Akten bestimmte Tarnung, denn am 20. Januar hatte Luther an der Wannsee-Besprechung teilgenommen und hatte dann Woermann eine Abschrift der Vorschläge für Massenmord, die in den Protokollen enthalten waren, zugehen lassen (siehe S. 109).

2. Der Führerbefehl

Feldmarschall Keitels Angaben zufolge hatte Hitler Anfang Dezember 1940 den Befehl zur Ausarbeitung von Plänen für die Invasion Rußlands erteilt; der Generalstab habe jedoch erst im März 1941 erfahren, daß der Angriff wirklich bevorstand[29]. In diesem Zeitraum erfuhr die Lage der Juden in allen Teilen der von den Deutschen besetzten Gebiete einen deutlich fühlbaren Wandel. Zwischen Februar und Mai wurden die Deportierungen in das Generalgouvernement wiederaufgenommen, und im März wurden die noch verbliebenen großen Ghettos in Polen umfriedet. In Frankreich und den Niederlanden fand die wiederholt verschobene Registrierung statt, im Februar kam es zur Massendepor-

tierung holländischer jüdischer Geiseln in deutsche Konzentrationslager und im Mai zu den ersten Verhaftungen von Juden, die die französische Staatsbürgerschaft erworben hatten [30]. Es besteht kein Zweifel, daß diese auf Himmlers Befehl durchgeführten Maßnahmen mit der Ausführung von Hitlers erstem Ausrottungsbefehl im Zusammenhang standen. Es ist auch bemerkenswert, daß Rosenbergs Anspielung auf „ein fernes Reservat" am 28. März gemacht worden ist, fünf Tage, bevor er als Hitlers Berater für Rußland, als Vorspiel zu seiner Ernennung zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, berufen wurde. Auch der Anlaß ist bemerkenswert! Rosenberg benützte für seine Anspielung die Eröffnung einer Konferenz über die jüdische Frage, bei der die Vasallenstaaten durch Quisling, Mussert und andere von den Deutschen eingesetzte Funktionäre vertreten waren [31].

Der eigentliche Führerbefehl über die Ausrottung von Juden, Zigeunern, rassisch Minderwertigen und asozialen Elementen und schließlich der russischen politischen Kommissare wurde den für seine Durchführung verantwortlichen Stellen stückweise bekanntgegeben. Feldmarschall Keitel erwähnt eine Konferenz in Hitlers Hauptquartier in der ersten Märzhälfte, bei der Himmler weitgehende Vollmachten erhielt, die alle Polizeiaktionen einschlossen, welche sich in den besetzten Gebieten als notwendig erweisen sollten [32]. Ein deutlicher Hinweis auf diese „Polizeiaktionen" wurde von Keitel selbst in einer Weisung des Oberkommandos vom 13. März 1941 gegeben [33]:

> „Im Operationsgebiet des Heeres erhielt der Reichsführer SS zur Vorbereitung der politischen Verwaltung besondere Aufgaben im Auftrage des Führers, die sich aus dem endgültig auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter politischer Systeme ergeben. Im Rahmen dieser Aufgaben handelt der Reichsführer SS selbständig und in eigener Verantwortung."

Auf einer Konferenz am 30. März gab Keitel den Befehlshabern des Heeres bekannt, daß sie die in ihre Hände gefallenen politischen Kommissare hinrichten lassen oder der Gestapo übergeben müßten* [34]. Daraufhin verlangten die Generäle Leeb, Bock und

* Helmuth Greiner, der das Kriegstagebuch der Wehrmacht führte, stellte fest, daß Hitler Keitel schon von seiner Absicht erzählt habe, die russische herrschende Klasse auszurotten. Hitler gebrauchte damals etwas merkwürdige Argumente: die Deutschen könnten den Kapitalismus in Rußland nicht wiederherstellen, besonders aus dem Grunde, daß dies die russischen Nationalgefühle verstärken würde. Statt dessen sollten sie „sozia-

Rundstedt von ihrem Oberbefehlshaber Brauchitsch, daß er Protest erhebe. Brauchitsch gab in Nürnberg zu, daß er dies im Vertrauen auf seine Fähigkeit unterlassen habe, die Durchführung des Führerbefehls durch die Erlassung strenger Verbote von Ausschreitungen an seine Truppen vereiteln zu können.

Wurde den Armeekommandeuren auch der Befehl, die Juden auszurotten, bekanntgegeben? Ohlendorf, ein angeklagter Polizeigeneral, der das Oberkommando haßte, behauptet, sie hätten davon gewußt[36]. Aber General Halder, der als Stabschef die genauesten Protokolle über Keitels Besprechungen führte, machte keine Eintragung darüber[37]. Ohlendorf, der Ende Mai bei den Besprechungen zwischen Generalquartiermeister Wagner und Heydrich zugegen war, sagte außerdem selbst, daß die Hinrichtung von Juden nicht besprochen worden sei[38]. All dies beweist ebensowenig wie von Brauchitschs Argument, daß Wagner unmöglich an Heydrichs wahren Plänen teilhaben konnte, da seine Überzeugung ihn zur Teilnahme an der Juliverschwörung des Jahres 1944 und daraufhin zum Selbstmord getrieben hätte[39]. Wie wir sehen werden, war Wagner mehr als einmal an Heydrichs Plänen beteiligt, und an der Juliverschwörung konnte auch ein Leiter einer Ausrottungsgruppe wie Nebe teilhaben. Darüber hinaus steht fest, daß Schellenberg und Ohlendorf — und vielleicht sogar Himmler selbst — ein freundliches Lächeln für die Verschwörung übrig hatten, solange sie noch Aussicht auf Erfolg hatte.

Der Teil des Führerbefehls, der die Hinrichtung der Juden betraf, wurde jedenfalls nie schriftlich ausgefertigt, und selbst die, denen er mitgeteilt worden ist, wurden über ihn nicht alle zur gleichen Zeit unterrichtet. Ohlendorf erhielt seine Aufträge im Juni von Bruno Streckenbach[40] von Heydrichs Personalamt, während zwei andere Leiter von Ausrottungsgruppen, Erwin Schulz und Walter Blome[41], im gleichen Monat ihre Instruktionen während eines Vortrags, den Heydrich vor einem ausgesuchten Publikum in seinem Amt in der Albrechtstraße hielt, bekamen. Otto Rasch, ein anderer dieser Kumpane, sagte wieder aus, daß er erst im August[42], als er in Rußland diente, von der Rolle erfuhr, die ihm auf Grund des Führerbefehls zugedacht war, zu einer Zeit also,

listische Staatsgebilde mit einem Minimum an militärischen Kräften, die vom Reich abhingen", aufbauen. Aus diesem Grunde müßten die kommunistischen Organisatoren und politischen Kommissare erschossen werden[35].

als das Morden der Juden schon an allen Abschnitten der Front begonnen hatte.

Viktor Bracks Behauptung, daß diese Angelegenheit im März 1941 in höheren Parteikreisen kein Geheimnis war, büßt an Beweiskraft ein, wenn man sich vergegenwärtigt, daß dies seine Verteidigung für sein Schreiben an Himmler war, in dem er Massensterilisierung befürwortet hatte; es besteht jedoch ein starker Verdacht, daß bald nach der Konferenz, die sich mit dem Führerbefehl befaßte, Göring sich über dessen vollen Charakter und alle Folgen im klaren war. Am 20. Mai sandte Eichmanns Amt — die Gestapoabteilung für jüdische Angelegenheiten — ein Rundschreiben aus, in dem allen Konsulaten mitgeteilt wurde, daß Göring die freiwillige Auswanderung von Juden aus Frankreich und Belgien verboten habe, weil diese erstens eine ähnliche Auswanderung aus dem Reich behindere und weil zweitens „die Endlösung der Judenfrage" zweifellos unmittelbar bevorstehe[43]. Dieses Rundschreiben war überdies von Himmlers Nachrichtenchef, Brigadeführer Walter Schellenberg, gezeichnet, der am gleichen Tag Heydrich in den Verhandlungen mit Wagner über den Führerbefehl vertrat — ein vielsagender Umstand.

Wie wir gesehen haben, stand Göring seit Januar 1939 hinter Heydrichs Vollmacht, die Juden aus dem Reich zu evakuieren, eine Vollmacht, die er gelegentlich zurückzuziehen in der Lage war (siehe besonders S. 25). Jede Erweiterung von Heydrichs Machtbefugnissen bedurfte einer neuen Bevollmächtigung durch Göring als Reichsmarschall. Was die geplante Massendeportation aller in deutschen Händen befindlichen Juden nach Rußland betrifft, liegt der volle Wortlaut des Schriftstücks vor. Es wird als Ergänzung zu Heydrichs Anweisung vom 24. Januar 1939 bezeichnet und trägt das merkwürdig späte Datum des 31. Juli 1941, als sich die Ausrottungsgruppen schon seit sechs Wochen in Rußland aufhielten[44]:

> „... beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa.
>
> Sofern hierbei die Zuständigkeiten anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen.
>
> Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf

über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten **Endlösung** der Judenfrage vorzulegen."

Beim Verhör in Nürnberg bestand Richter Jackson erstaunlicherweise nicht darauf, daß Göring die Frage, was das Wort „Endlösung" in diesem Dokument bedeute, eindeutig beantwortete. Göring sagte, es bedeute nicht „endgültige Lösung", sondern „Gesamtlösung", und diese Erklärung wurde für ausreichend erachtet[45]. Jackson bemerkte offenbar nicht, daß beide Wörter — Gesamtlösung und Endlösung — in diesem Schriftstück verwendet worden waren und daß Göring ihm für zwei verschiedene Wörter die gleiche Erklärung zu geben versuchte. Görings Verteidigung war, daß er lediglich Heydrich, die zuständige Stelle für jüdische Auswanderung, um einen Bericht über den erzielten Fortschritt ersucht habe — eine lächerliche Behauptung, denn er mußte unbedingt wissen, daß Heydrich der Leiter des Massenmordens in Rußland war und daß alle dahin deportierten Juden das gleiche Schicksal treffen würde. Es ist kaum vorstellbar, daß Göring, der zu dieser Zeit auf dem Gipfel seiner Macht war und die Ämter eines Reichsmarschalls, Ministerpräsidenten von Preußen, Bevollmächtigten für den Vierjahresplan und Oberkommandierenden der Luftwaffe bekleidete, sich nicht dessen bewußt war, was Hitler von Himmler und Heydrich verlangte. Wir wissen jedenfalls, daß später, am 20. Januar 1942, als Heydrich offen zugab, daß es sich um Mord handle, Görings Staatssekretär Neumann keine Einwände erhob, sondern lediglich darum ersuchte, in der Rüstungsindustrie arbeitende Juden ungeschoren zu lassen.

Wir haben gesehen (siehe S. 52), daß Göring die Deportierungen nach Rußland zwischen März und Mai 1940 aus Furcht vor diplomatischen Verwicklungen einstellen lassen konnte. Wir werden weiter sehen, daß er im Oktober 1941 imstande war, den Umfang der Deportationen aus Berlin im Interesse der Rüstungsindustrie herabzusetzen. Später waren seine Interventionen zugunsten von Juden auf private Protektion beschränkt. Als Ministerpräsident von Preußen tat Göring 1943 also nichts zur Verhinderung der Massendeportierungen aus Berlin. Zu dieser Zeit war Göring allerdings schon so verkommen und Ausschweifungen verfallen, daß er kaum noch aktiv in irgend etwas eingriff, aber es gibt keinerlei Beweise dafür, daß er jemals grundsätzlich gegen

die Endlösung auftrat, und seine einzige Verteidigung in Nürnberg war die dumme Ausrede, er habe nichts davon gewußt.

3. Die Deportation der Juden aus dem Reich nach Lodz

Die Bruchstücke aus Goebbels' Tagebuch, die nach der Veröffentlichung eines Teils dieses Tagebuchs gefunden worden sind, enthalten Aufzeichnungen über zwei Unterredungen mit Hitler im August 1941[46]. In der ersten sprach Hitler von den kommenden Deportierungen. Die Juden Berlins, so sagte er, müßten so bald wie möglich nach dem Osten gehen, sobald Transportmittel zur Verfügung stünden. „Dann werden sie in einem viel härteren Klima leben müssen." Im zweiten Bruchstück macht Hitler eine Anspielung auf seine Prophezeiung vom 30. Januar 1939, daß ein neuer Weltkrieg die Vernichtung der Juden Europas bedeuten würde, und stellt fest, daß sie in den letzten Wochen „mit geradezu unheimlicher Genauigkeit" in Erfüllung gegangen sei. Hitler schloß mit den Worten:

> „Und was die Judenfrage betrifft, so kann man heute feststellen, daß ein Mann wie Antonescu in dieser Frage viel radikaler vorgeht, als wir es bisher getan haben, aber ich will nicht ruhen und rasten, bis die Juden die letzten Folgen erlitten haben."

In dieser Bemerkung, in der Hitler andeutet, daß die Deportierungen und Ermordungen der Juden in Rumänien seinem eigenen Programm voraus waren, liegt eine gewisse Schlauheit. Wir werden bei der Behandlung der Verfolgungen in Rumänien sehen (s. S. 227 u. 453), daß die Befehlshaber der deutschen Sicherheitspolizei zu dieser Zeit in der grotesken Lage waren, die Rumänen von „unkontrollierten" Hinrichtungen und Deportierungen abhalten zu müssen. Und doch führten nicht die Rumänen die Deutschen, sondern folgten ihnen. Antonescu wußte, daß die Sicherheitspolizei im Gefolge der Wehrmacht in Rußland die Juden ermordete, wo immer sie die Juden fand, und daß er die Juden von Bessarabien und der Bukowina nur in die deutsche Etappe abzuschieben brauchte, wo sie den militärischen Führern peinliche Verlegenheiten bereiten und der Sicherheitspolizei auf Grund des Führerbefehls zum Opfer fallen würden.

Im gleichen Monat August schob die ungarische Regierung László Bardossy einen Teil der vor kurzem an Ungarn gefallenen Juden

Karpathorußlands nach Russisch-Podolien ab, wo nach einer Unterredung zwischen Generalquartiermeister Wagner und dem SS-Obergruppenführer Franz Jäckeln etwa 11 000 in der Nähe von Kamenetz-Podolsk umgebracht wurden (s. S. 468). Zur gleichen Zeit vertrieben die Ungarn etwa 16 000 Juden aus der soeben besetzten jugoslawischen Provinz Batschka in das von den Deutschen gegründete Belgrader Ghetto (s. S. 407). In Belgrad regierten die serbische Marionettenregierung und ein Reichsbevollmächtigter, und so fiel das Problem dieses überfüllten Ghettos dem Auswärtigen Amt zu. Ein Vorschlag, den Ribbentrop in Erwägung zog, war, die Juden die Donau abwärts zu schicken und den Rumänen zu übergeben. Es folgte der im Vierzehnten Kapitel beschriebene unglaublich rohe Briefwechsel, aus dem Ribbentrop von Heydrich durch Rademacher erfuhr, daß die Ungarn und Rumänen auf eigene Faust gehandelt hatten und daß „nicht einmal die Juden aus Deutschland in diesem Zeitpunkt im Generalgouvernement oder in Rußland untergebracht werden könnten". Eichmann konnte daher nur vorschlagen, die Juden von Belgrad an Ort und Stelle zu erschießen.

Das ist, wohlgemerkt, am 12. September vorgeschlagen worden, ganze sechs Wochen, nachdem Heydrich seine Vollmacht von Göring erhalten hatte. Tatsächlich gab es vor Mitte Oktober keine Transporte aus dem Reich, und selbst dann gingen die Züge nur bis Lodz, das weder im Generalgouvernement noch in Rußland gelegen war. Der Beschluß, Lodz zu benutzen, wurde aber bestimmt schon im September gefaßt, denn am 24. wußte der deutsche Bürgermeister genau, wie viele Juden er zu erwarten hatte[47]. Die Entscheidung zugunsten von Lodz hatte eine Reihe von Gründen. Die Räumung der russischen Ghettos in Vorbereitung der Transporte aus dem Reich hatte sich verzögert. Das Transportkommando der Wehrmacht hielt am Verbot der Benutzung des russischen Eisenbahnnetzes fest. Und schließlich war Heydrich nach dem Wortlaut seiner Vollmacht verpflichtet, andere Ministerien heranzuziehen, „deren Zuständigkeiten berührt" wurden. Er war tatsächlich gezwungen, am 4. Oktober eine interministerielle Besprechung abzuhalten, bei der er sich darüber beschwerte, daß von allen Seiten die Nichteinbeziehung verschiedener Kategorien von Juden verlangt würde und daß sich niemand anstrenge, die Juden durch andere Arbeiter zu ersetzen. Heydrich

griff dann den Vertreter Rosenbergs, Georg Leibbrandt, an, weil das Ministerium für die Ostgebiete so geringe Neigung zeige, sich mit der Frage der Ansiedlung der Juden zu beschäftigen, und drohte mit einer anderen Konferenz, die den ganzen Fragenkomplex der Sicherheitspolizei übertragen würde[48]. Heydrich war in der scheußlichen Stimmung eines Mannes, dessen Pläne durchkreuzt worden waren.

Das Haupthindernis für Heydrich war Berlin. Goebbels stellte in seinem Tagebuch fest, daß von den 77 000 in Berlin verbleibenden Juden nur 26 000 arbeiteten[49], aber dies war in Wirklichkeit ein recht hoher Prozentsatz, da Goebbels nur Zwangsarbeit als Arbeit anerkannte. Nicht alle jüdischen Zwangsarbeiter waren Straßen- und Feldarbeiter, für die die Verordnung vom 4. März 1939 (siehe S. 20 u. 32) 75 Pfennig als Stundenlohn vorgesehen hatte. Viele waren Facharbeiter auf wichtigen Posten in der Rüstungsindustrie. Heydrich bemühte sich daher, die Opfer erst zu deportieren und die Beschwerden nachher in Empfang zu nehmen. Auf diese Weise wurden Tausende Juden aus dem Reich verschickt, bevor ihre Nichteinbeziehung vom zuständigen Ministerium bewilligt werden konnte. Eine Denkschrift des Justizministeriums zum Beispiel, die Juden in kriegswichtiger Arbeit und solche, die in Mischehen lebten, von der Deportierung ausnahm, wurde den Behörden erst am 21. November zugestellt[50]; ein Rundschreiben des Arbeitsamtes, das die Ausnahmebehandlung von Familienangehörigen von Zwangsarbeitern vorsah, wurde erst einen Monat später verschickt[51]. Erst auf der Wannsee-Besprechung vom 20. Januar erkannte Heydrich die verschiedenen Entscheidungen, auf Grund derer deutsche Juden nicht in die Maßnahmen einbezogen wurden, voll an. Darauf sind die — im Gegensatz zu den sehr vorsichtigen Verschickungen aus dem Reich im Jahre 1942 — chaotischen und wahllosen Deportierungen nach Lodz und Rußland zurückzuführen.

Eine andere Schwierigkeit lag in der rechtlichen Stellung der Deportierten. Obwohl eine große Anzahl von Juden aus dem Großdeutschen Reich in der Zeit von Oktober 1939 bis April 1940 in das Generalgouvernement verschickt worden war, war es nicht klar, ob sie ihre Stellung als Staatsangehörige im Sinne der Nürnberger Gesetze, also als zweitrangige Bürger, beibehielten. Nach dem Reichsbürgergesetz verlor ein Jude, der auswanderte, sowohl

sein Vermögen wie seine Staatsbürgerschaft; aber konnte sich das auf einen Juden beziehen, der gegen seinen Willen deportiert worden war? Am 7. Juli 1941 schlug der Staatssekretär im Innenministerium, Wilhelm Stuckart, vor, den „Willen des Betroffenen" als unwesentlich zu erklären[52]. Dieser Vorschlag wurde erst am 25. November in der „Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz" durchgeführt, als schon Zehntausende Juden nach Lodz und Rußland geschickt worden waren[53]. Es wurde damals gesagt, daß die 20 000 nach Lodz deportierten Juden sich noch im Reichsgebiet befänden und daher selbst im Ghetto Anspruch auf ihre Renten und sonstigen Bezüge hätten. Stuckart umging dies durch Berufung auf eine Verordnung des Finanzministeriums vom 14. Juli 1933, nach der das Vermögen aller Personen, die als „Volks- und Staatsfeinde" zu betrachten seien, zugunsten des Reiches eingezogen wurde[54]. Auf Grund dieser Verordnung — auf die man sich in jedem einzelnen Fall zu berufen hatte — wurden die Wohnungen der Deportierten von der Gestapo versiegelt und ihr Inhalt vom Finanzministerium in Lagerhäusern oder beschlagnahmten Hotelhallen versteigert oder an Lager und Krankenhäuser verteilt[55].

Der Deportationsbefehl vom 14. Oktober ist nicht von Heydrich, sondern vom Chef der regulären deutschen Ordnungspolizei, Gruppenführer Kurt Daluege, gezeichnet[56]. Das ist nicht wirklich überraschend, denn obwohl die Ordnungspolizei theoretisch von Heydrichs Sicherheitsamt unabhängig war, hielt sich Daluege nur dadurch in seinem Amt, daß er sich zu Heydrichs Werkzeug herabwürdigte. Das führte dazu, daß 1941 und 1942 zahlreiche Kompanien der Ordnungspolizei nach Polen und Rußland kommandiert wurden, wo sie ihre Befehle von Höheren SS- und Polizeiführern empfingen und am Ausrotten der Juden teilzunehmen hatten. Nichtsdestoweniger finden sich unter den Nürnberger Dokumenten nur drei, die diesen etwas farblosen Polizeioffizier in der Frage der Endlösung belasten, nämlich zwei Deportationsbefehle vom Oktober 1941 und der Bericht (siehe S. 364) über eine Reise nach Marseille im Jahre 1942. Daluege, der eine Zeitlang Heydrichs Nachfolger als Stellvertretender Protektor von Böhmen und Mähren war, wurde im Oktober 1946 nach einem Prozeß, der ihm ganz anderer Verbrechen wegen gemacht wurde, in Prag durch den Strang hingerichtet. Die Historiker hätten manches erfahren, was sie vielleicht niemals mehr zu erfahren Gelegenheit

haben werden, wenn Daluege in Nürnberg angeklagt worden wäre.

Die 19 287 Juden, die zwischen dem 16. Oktober und 13. November nach Lodz geschickt wurden, kamen nicht nur aus Berlin, sondern auch aus Wien, Prag, Köln und anderen Städten des Großdeutschen Reiches*. Selbst bei einer Verteilung der Massentransporte auf vier Wochen mußten sie den Eisenbahnverkehr in Unordnung bringen. Die Züge kamen mit Verspätungen an, die Nebengleise wurden verstopft, das Auswaggonieren der Tausende hilfloser Menschen und ihrer Bündel wurde durch die Bauart der Durchgangswagen behindert. Später zog die Gestapo daraus die Lehre und bestellte Viehwagen. Drei Wochen lang mußten zusätzliche Wachen nachts durch das Lodzer Ghetto patrouillieren, während die ganz benommenen Menschen auf der Suche nach einem Obdach von einem Platz zum andern geschickt wurden[58].

In Polen zeigten sich die Deutschen selten von ihrer besten Seite. Andererseits ist es eine Tatsache, daß die Aktion am Ausgangspunkt ohne Massenplünderungen vor sich ging, wie sie am Balkan bei solchen Gelegenheiten die Regel bildeten, und selbst ohne Einzelfälle von Raub, die im besetzten Gebiet so häufig waren. Die Opfer durften 50 kg Gepäck, 100 Mark und Nahrungsmittel für drei Tage mitnehmen. Sie erhielten zwei Stunden vor der Abfahrt endgültigen Bescheid von ihrer eigenen „Reichsvereinigung" und mußten in ihren Wohnungen die Öfen auslöschen, die Elektrizität abschalten und die Schlüssel abgeben. Dann bestiegen sie einen Lastkraftwagen, der von einem einzigen Polizisten begleitet war. In kleineren Städten, wie Würzburg, bildeten sie, unter ihrem Gepäck schwankend, bemitleidenswerte Kolonnen, die zum Bahnhof marschierten, wurden aber von den Menschen in den Straßen kaum zur Kenntnis genommen[59].

Eichmann riskierte es noch nicht, die ganze Operation dem jüdischen Ordnungsdienst anzuvertrauen, wie es nach den in Polen gesammelten Erfahrungen während der Deportierungen aus Berlin im Jahre 1943 geschah. Zu dieser Zeit hielt man dies angesichts der großen Zahl der Juden noch für riskant; in Berlin gab es unter

* Einem Bericht der Schutzpolizei in Lodz vom 13. November 1941 zufolge war die Gruppe folgendermaßen zusammengesetzt: 4187 Juden aus Berlin in vier Zügen ab 19. Oktober, 5486 aus Wien in fünf Zügen, 5000 aus Prag, 2007 aus Köln, 1034 aus Hamburg, 1134 aus Frankfurt, 984 aus Düsseldorf und 512 aus Luxemburg, das damals ins Reich eingegliedert war[57].

ihnen eine besonders große Anzahl junger und kräftiger Menschen*. Eichmann unterschätzte jedoch die Verzweiflung der letzten Reste der deutschen Juden. An den Deportationslisten der Gestapo ist bemerkenswert, wie groß der Anteil derer war, die zur „Umsiedlung" nicht abgeholt werden konnten, weil sie Selbstmord begangen hatten. Von 523 Berliner Juden, die am 3. April 1942 von Berlin nach Polen deportiert werden sollten, hatten 57 Selbstmord begangen**. Von 717, die am 3. Oktober nach Estland transportiert werden sollten, hatten sich nicht weniger als 208 durch Selbstmord den Schergen Himmlers entzogen [61].

Dr. Ella Lingens-Reiner, eine Frau, die selbst in der Hölle des Frauenlagers Birkenau nicht ihren Sinn für menschliche Werte verloren hat, konnte nicht übersehen, daß die internierten deutschen Juden weit mehr lebensmüde waren als die anderen. Was sie zur Erklärung dieser Erscheinung sagt, ist so treffend, daß ein Teil dessen hier zitiert sei [62]:

> „Man muß sich daran erinnern, daß die stärksten und aktivsten unter den deutschen Juden in den Jahren zwischen 1933 und 1939 ausgewandert waren. Die Zurückgebliebenen hatten praktisch keine Verbindung mit den antifaschistischen Bewegungen ihres Landes. Man hatte sie länger als alle anderen versklavt und geprügelt, gedemütigt und ausgehungert. Sie hatten keine Energie mehr und waren zu Tode erschöpft. Und in ihrer Hartnäckigkeit, ihrer fanatischen Liebe zur Arbeit und ihrem erschütternden Respekt für Uniformen waren sie sehr ‚deutsch'."

* In Wien war es umgekehrt. Von den 43 700 Juden, die noch im Sommer 1941 in Wien gelebt haben, waren nur 7000 im Alter von 18 bis 45, und davon waren nur 1953 Männer. Neben 2412 Kindern und Jugendlichen gab es 20 000 Personen über 60, und zwei Drittel der gesamten jüdischen Bevölkerung waren Frauen [60]. Nicht weniger als 19 000 dieser bedauernswerten Menschen wurden eine Woche und länger in ungeheizten Zügen nach dem Osten transportiert, wo sie den russischen Winter 1941/42 in dem furchtbaren Elend der Ghettos zu gewärtigen hatten — wenn man sie nicht sofort zur Hinrichtung schleppte.

** Eine Zeitlang bereiteten diese Selbstmorde dem Finanzministerium Kummer. Als die Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz am 25. November 1941 erlassen wurde, beklagte sich der Oberfinanzpräsident von Baden, daß einige Juden, die am 22. Oktober 1940 (siehe Seite 85) deportiert werden sollten, zu früh Selbstmord begangen hätten, so daß ihre Vermögen nicht auf Grund dieser Verordnung eingezogen werden konnten. Nach der Herausgabe der Verordnung bereitete die Frage der Selbstmorde keine Schwierigkeiten mehr. Personen, die sich das Leben genommen hatten, galten als Deportierte. Die Gestapo zog ihr Vermögen als Eigentum von „Volks- und Staatsfeinden" ein, und der Vollzug wurde amtlich im Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger veröffentlicht. (Die Abschrift der Original-Gestapoakten wurde von Dr. H. Tuch, Berlin-Dahlem, freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Siehe auch S. 111 Fußnote.)

Im Jahre 1941 konnten Vertreter der neutralen Presse — und dazu gehörte damals die amerikanische Presse — den Beginn der Deportierungen aus Berlin beobachten. Am 6. Oktober erfuhr die „New York Times" von den Deportationsanweisungen. Zehn Tage später entdeckte die Zeitung, daß die Synagogen in der Levetzowstraße und der Münchener Straße geschlossen und mit Strohsäcken für die Aufnahme der zu Deportierenden gefüllt worden waren. Am 28., nachdem drei Züge innerhalb von zehn Tagen Berlin verlassen hatten, meldete der Berichterstatter der „New York Times" mit einiger Übertreibung, daß die Deportierungen „fast täglich" stattfänden. Es war ihm gelungen, sich einem der Züge auf einem Vorstadtgüterbahnhof bis auf 200 Meter zu nähern; er hatte gesehen, wie die Juden von Lastkraftwagen abgeladen wurden und daß Funktionäre der „Reichsvereinigung" bei der Abfahrt zugegen waren. Überraschenderweise erlaubte ihm der Zensor, zu erwähnen, daß die Wehrmacht eingriff, um ihre Munitionsarbeiter zu retten, und daß die Massen Sympathien für die Juden zeigten [63].

Diese Sympathie blieb meist passiv, obwohl Ulrich von Hassell am 1. November in seinem Tagebuch vermerkte, die Bevölkerung sei so angewidert, daß sich die Parteiführer veranlaßt sahen, Flugblätter zu verteilen: die Juden seien an allem schuld, wer Mitleid habe, begehe Volksverrat [64]. Erst einen Monat vor den Deportationen waren die Juden Berlins gezwungen worden, den Judenstern zu tragen. Einige, die mit ihnen sympathisierten, trugen gleichfalls den Davidstern, aber die Polizei schritt schnell ein. Weitaus eindrucksvoller noch war die Geste des 65jährigen katholischen Geistlichen Propst Lichtenberg, der in einer Predigt in der Berliner St. Hedwigskirche sagte, er wünsche das Schicksal der nach dem Osten deportierten Juden zu teilen, um dort für sie zu beten [65].

Wir haben bereits die Lebensbedingungen geschildert, die die Deportierten in Lodz erwarteten (siehe S. 68), wo 14 000 Juden in 18 Monaten gestorben waren, wo ein Ansteigen der Wohndichte auf sieben Menschen je Raum erwartet wurde, wo die alten Holzhütten zu verseucht waren, um überhaupt benutzt werden zu können, und wo die Menschen in Fabrikhallen leben mußten [66]. Lodz war wahrscheinlich nur als Durchgangsstation auf dem Wege nach Rußland gedacht, solange keine Beförderungsgelegenheiten zur

Verfügung standen, aber es drängt sich die Frage auf: warum gerade Lodz? Die Erklärung dürfte sein, daß Generalgouverneur Frank bei Heydrich protestiert und von diesem die nicht aufrichtig gemeinte Zusicherung erhalten hatte, daß keine Deportierungen in das Generalgouvernement mehr stattfinden würden[67] (siehe S. 109 u. 277).

Einige der Deportierten wurden nach ihrer Ankunft in Lodz mit einem Minimum an Gepäck nach einem unbekannten Bestimmungsort weitertransportiert[68]. Aus einem Brief von Rosenbergs Amt vom 25. Oktober geht hervor, daß die Absicht bestand, die Arbeitsfähigen bei Arbeiten hinter der Ostfront einzusetzen. Später tauchten Gerüchte auf, daß die Juden aus Lodz zur Urbarmachung der Pripet-Sümpfe und in die jüdischen landwirtschaftlichen Kolonien bei Kriwoi Rog in der Ukraine geschickt worden seien[69], aber es steht fest, daß der überwiegende Teil der aus dem Reich deportierten 19 000 Juden und eine kleine Anzahl, die später aus Antwerpen gekommen war (siehe S. 389), 1942 während einer Herabsetzung der Zahl der Insassen des Lodzer Ghettos umkamen*.

An diese Personen gerichtete Briefe wurden einfach mit der Aufschrift „abgereist, Anschrift unbekannt" nach Deutschland zurückgeschickt. Vor Ende 1942 kehrte jedoch eine nichtjüdische Frau, die „illegalerweise" zusammen mit ihrem jüdischen Gatten von Heydrich deportiert worden war, aus dem Lodzer Ghetto nach Berlin zurück. Sie erzählte dem Präsidenten der „Reichsvereinigung", Rabbiner Leo Baeck, die Wahrheit über die fahrbaren Gaskammern von Chelmno und schilderte ihm, welche Rolle diese bei der „Umsiedlung" gespielt hatten[72].

4. Die Deportationen nach Rußland

Dalueges zweiter Befehl vom 24. Oktober[73] bestimmte, daß 50 000 Juden aus dem Großdeutschen Reich und dem Protektorat in die Gegend um Minsk und um Riga zu verschicken seien und daß die gesamte Unternehmung vor Ende November 1941 abge-

* Aus den Statistiken des früheren Lodzer Judenrates ergibt sich, daß 10 527 ausländische Juden von Lodz aus „umgesiedelt" wurden, während 6 247 im Ghetto starben. Dr. Korherrs Bericht an Himmler vom 23. März 1943 deutet an, daß nur mehr 4049 nichtpolnische Juden im Lodzer Ghetto übrig waren[70]. Im Juni 1944, zu Beginn der letzten Deportierungen, gab es noch 1200 aus Prag stammende Überlebende — von 5000; 252 von ihnen erlebten noch das Ende des Krieges[71].

schlossen sein müsse. In Wirklichkeit begannen die Transporte erst am 14. November, und die Gesamtzahl der Deportierten überstieg kaum 30 000. Außerdem wurde ein wichtiger Teil des Plans fallengelassen, nämlich Eichmanns Vorschlag, die ersten Vergasungszentren in der Nähe dieser beiden Städte einzurichten[74]. Ein Telegramm vom Militärkommandanten in Riga, Generalmajor Brämer, an den Reichskommissar für die Ostgebiete, Hinrich Lohse, vom 20. November enthält die Erklärung dafür. Die Heeresgruppe Mitte habe, hieß es da, angeordnet, alle jüdischen Deportationszüge einzustellen, weil die Bahnen für die Versorgung der Front frei gemacht werden müßten. „Ich halte den Antransport von Juden aus dem Reich für völlig unmöglich[75]."

Feldmarschall von Bock, der Befehlshaber der Heeresgruppe Mitte, war offensichtlich nicht imstande, die Deportationszüge zu unterbinden, denn neun Tage später traf ein Zug aus Berlin in Riga ein. Später hatten die Proteste der Wehrmacht Erfolg, und nach dem Januar kamen keine Judentransporte mehr nach dem besetzten Gebiet Rußlands, obwohl Dalueges Programm nur zu zwei Dritteln durchgeführt war.

Das ist ein Rätsel, dessen Antwort wir noch nicht kennen, aber es war von einem noch viel rätselhafteren Umstand begleitet. Der Plan, die geleerten russischen Ghettos mit Juden aus dem Reich aufzufüllen, war nur ganz wenigen Menschen in Deutschland bekannt und wurde nur in sorgfältig getarnten Ausdrücken erwähnt, war aber unter den Bewohnern der besetzten Gebiete eine allgemein bekannte Tatsache, noch bevor Daluege den Deportationsbefehl erlassen hatte. Denn am 20. Oktober erfuhr Generalmajor Erwin Lahousen von Canaris' „Ausland-Abwehr" durch einen Nachrichten-Unteroffizier im Zusammenhang mit dem Blutbad in Borissow, daß „die Leute hier sagen, die Häuser der toten Juden würden bald von Juden aus dem Reich bewohnt werden"[76].

Im zehnten Kapitel wird geschildert, wie die neugeschaffenen Ghettos in Riga, Kowno und Minsk systematisch entvölkert wurden, um Platz für die Juden aus dem Reich zu schaffen, genau so, wie die Einwohner dieser entlegenen weißrussischen Stadt es vorhergesagt hatten. Heydrichs Ausrottungsfachleute müssen schwatzhaft gewesen sein.

Die größte Anzahl von Deportierten kam nach Riga, und zwar einem Einsatzgruppen-Bericht zufolge 20 000, nach Angabe eines

Überlebenden aus dem Ghetto namens Dr. Max Kaufmann 15 000 bis 18 000[77]. Jeanette Wolff, die jetzt Mitglied des Bundestages ist, zählte elf Transporte, den außerordentlich großen eingeschlossen, in dem sie selbst am 25. Januar 1942 mit 1350 anderen von Dortmund nach Riga geschickt wurde[78]. Aber mindestens drei weitere Zugladungen gingen direkt zu den Hinrichtungsplätzen im Wald bei Riga, zum Beispiel ein Zug, der Berlin am 27. November verließ und gerade zum Massaker des „Blutsonntags" zurechtkam (siehe S. 245 f.). Ein zweiter Todeszug traf aus Theresienstadt am 13. Januar, ein dritter aus Wien am 19. ein[79]. Auf dem Schirotawa-Bahnhof in Riga wurde eine kleine Gruppe für Arbeitslager ausgewählt, offenbar nicht mehr als 70 bis 80 junge Leute aus jedem der Todeszüge. Die Behauptung in Gruppenführer Franz Stahleckers langem Bericht an Heydrich, daß die Hälfte der Juden in das Rigaer Ghetto und die andere Hälfte in die beiden Arbeitslager geschickt worden seien, scheint vollkommen irreführend zu sein. Nur im Falle jener Züge, deren Insassen nicht sofort getötet wurden, hat man die Hälfte der Juden ins Ghetto aufgenommen und die andere Hälfte in das Lager Salas-Pils geschafft*.

Es ist schwieriger, Belege für die Transporte nach Kowno zu finden, die mit noch mehr Todesopfern endeten. Nur ein kleiner Teil der Juden aus dem Großdeutschen Reich kam ins Ghetto. Die meisten wurden direkt auf die „Festung Nr. 9" geschickt und einige Tage später auf einer Hinrichtungsstätte in der Nähe erschossen. Ein litauischer Wachsoldat bezeugte vor der sowjetischen Untersuchungskommission des Jahres 1945, daß am 10. und 14. Dezember 1941 zwei Massenhinrichtungen von 3000 bis 4000 Juden aus dem Reich stattfanden[81]. Ein Überlebender aus dem Ghetto sagte aus, daß im Januar oder Februar 1942 die Prager und Wiener Juden vor ihrer Erschießung rebellierten. Dieser Zeuge hat angegeben, daß die Zahl der Juden aus dem Reich, die Ende November aus Berlin, Hamburg und Düsseldorf einzutreffen begannen, etwa 15 000 betrug, aber die wirkliche Zahl war offenbar durch die

* Aus Gestapoakten und anderen Quellen kann die Ankunft folgender Transporte im Rigaer Ghetto festgestellt werden: aus Nürnberg (Abfahrt am 29. November); aus Stuttgart (4. Dezember); aus Hamburg (12. Dezember); aus Köln (13. Dezember) und aus Düsseldorf (14. Dezember). Im Januar: aus Wien (2.), aus Theresienstadt (9.), aus Berlin (13., 19. und 25.) und aus Dortmund (28.). Die Berliner Transporte im Januar umfaßten 2392 Personen. Es scheint daher, daß die Zahl von 15 000 für alle Transporte nach Riga einschließlich der „Todestransporte" vielleicht etwas zu hoch gegriffen ist[80].

Zahl der Kownoer Juden, die erschossen worden waren, bestimmt — anscheinend 10 000 * [82] (siehe S. 244).

Die Deportierungen nach Minsk waren offenbar so angesetzt, daß sie mit den zwei riesigen „Aktionen" in den weißrussischen Ghettos vom 6. und 20. November zusammenfielen. Ein Transport verließ Berlin am 14. November und einer Brünn am 16. Andere kamen aus Hamburg, Bremen und Wien, aber am 16. Dezember schrieb der Generalkommissar Wilhelm Kube, daß anstatt der erwarteten 25 000 nur 6000 bis 7000 Juden eingetroffen seien. Dies scheint die endgültige Zahl gewesen zu sein. Kube beschwerte sich, daß sich unter ihnen zahlreiche Frontkämpfer und andere Juden befänden, die nicht einbezogen werden sollten, erhielt aber von Heydrich keine befriedigende Antwort [83]. Viele der 25 000 Juden, die für Minsk bestimmt waren, wurden statt dessen nach Theresienstadt (s. S. 185 ff.) gebracht. Zumindest einer der Frontsoldaten, ein gewisser Hauptmann Löwenstein, wurde aus Minsk entlassen. Die Deutschen machten ihn für eine gewisse Zeit zum Wachkommandanten in Theresienstadt [84]. Im elften Kapitel soll das besonders tragische Geschick der nach Minsk deportierten Juden dargestellt werden. Nur 2600 überlebten die „Umsiedlung" vom 28. bis 30. Juni 1942 und nur einige Hundert die Ereignisse des September 1943.

Es ist nichtsdestoweniger eine erstaunliche Tatsache, daß die deutschen Ghettos in Rußland noch zwei Jahre bestehen blieben. Das ist auf die ständigen Interventionen der Wehrmacht zurückzuführen, die die Juden aus dem Reich als Arbeiter und Schreiber hoch schätzte, sowie auf die Atempause, die durch Heydrichs Tod im Juni 1942 hervorgerufen worden war. Darauf folgte im Juli und August 1942 eine Wiederaufnahme des Rußlandplanes, in deren Verlauf etwa 25 000 Juden aus dem Großdeutschen Reich nach Riga, Estland und der Umgebung von Minsk deportiert worden sind [85]. Die Ernennung Kaltenbrunners zum Nachfolger Heydrichs im Januar 1943 — nachdem der Posten so lange unbesetzt gewesen war — brachte jedoch das Ende der Ghettos plötzlich viel näher. Kaltenbrunner war der Mann, der Himmler die Vorschläge eingab, die dann als Entscheidungen Himmlers galten. (Siehe Seite 317.)

* Berichten der Gestapo an den Oberfinanzpräsidenten von Berlin-Brandenburg zufolge ist am 17. November ein Transport von Berlin nach Kowno abgegangen.

Fünftes Kapitel

Die Wannsee-Besprechung und der Auschwitz-Plan

1. Die Wannsee-Besprechung

Wir kommen jetzt zu der sehr wichtigen Besprechung, zu der die im letzten Kapitel geschilderten Ereignisse unweigerlich führten. Deportationen aus Ungarn und Rumänien nach Rußland hatten „spontan" begonnen, systematische Verschickungen aus dem Reich folgten später. Nun handelte es sich noch darum, die zwei Aktionen aufeinander abzustimmen, einen allumfassenden Deportationsplan für die Juden aus dem gesamten von der Achse beherrschten Europa zu entwerfen und die hierfür notwendige Mitwirkung der Reichsministerien sicherzustellen. Am 29. November schrieb Heydrich an die Ministerien, indem er sich auf einen ihm von Göring am 31. Juli 1941 erteilten Auftrag berief; eine Abschrift dieses Auftrages war den Einladungen angeschlossen. Die Besprechung wurde für den 8. Dezember einberufen.

Die Einladung scheint das Auswärtige Amt zwei Tage nach einem Empfang erhalten zu haben, bei dem der bulgarische Gesandte, Popoff, Ribbentrop gefragt hatte, ob es nicht möglich sei, „die Behandlung der Juden europäischer Staatsangehörigkeit zwischen den europäischen Ländern gemeinsam zu regeln", worauf Ribbentrop, der diese Anregung „nicht uninteressant" fand, Luther aufforderte, einen Bericht auszuarbeiten[1]. Luther machte sich an die Arbeit und schickte den Bericht an Weizsäcker mit der Bemerkung, daß nur von Spanien, Italien und Ungarn Einwendungen gegen die von Popoff gemachte Anregung zu erwarten wären. Weizsäcker leitete Luthers Bericht an Emil Albrecht von der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes in der Erwartung weiter, daß er so für einige Zeit begraben werden könnte[2] — ein beliebter Ausweg für Verhandlungen mit der „Abteilung Deutschland".

Popoff sprach sicher nicht im Namen seiner eigenen Regierung,

die in der Durchführung judenfeindlicher Maßnahmen äußerste Zurückhaltung bewies. Es fragt sich, ob Luther diesen an sich ziemlich unbedeutenden Vorfall nicht in sein Memorandum vom August 1942 bloß deshalb aufgenommen hat, um Ribbentrop zu überzeugen, daß er keine Befehle von Heydrich entgegennahm. Es ist richtig, daß Heydrich die Einladungen zu der Konferenz zwei Tage nach dem Empfang versandte, den Ribbentrop veranstaltet hatte, aber Josef Bühler hat in Nürnberg ausgesagt, daß das nicht die erste Einladung war, die er erhalten hätte. Seit August hatte Ribbentrop versucht, die Verschickung von Juden aus Serbien nach dem Osten im eigenen Wirkungskreise durchführen zu lassen, und war auf Heydrichs Veto gestoßen. Am 6. Dezember beauftragte er Luther, die Sache bei der von Heydrich einberufenen Konferenz zur Sprache zu bringen[3].

Die Besprechung wurde dann neuerlich von Heydrich vom 8. Dezember auf den 20. Januar verlegt und fand schließlich im Büro der Internationalen Kriminalpolizei-Kommission, Am Großen Wannsee 56/58, statt[4]. Nach westlichen Begriffen war es eine Geheimkonferenz, aber in Deutschland, wo die Chefs der Ministerien zusammenkommen und Entscheidungen treffen konnten, ohne verpflichtet zu sein, im Parlament Anfragen zu beantworten, unterschied sie sich nicht von irgendeiner anderen Regierungsbesprechung. Das Protokoll wurde an dreißig verschiedene Stellen verschickt. Die unvollständige Ausfertigung, die von der Anklagebehörde im Wilhelmstraßen-Prozeß benützt worden ist, trägt die Nr. 16 und die Initialen Weizsäckers[5]*. Es erwähnt vierzehn Konferenzteilnehmer zuzüglich Heydrich. Fünf von ihnen vertraten die SS und die Polizei, der Rest die beteiligten Ministerien sowie das Amt des Generalgouverneurs Frank. Für die SS und die

* Im „Kleinen Wilhelmstraßen-Prozeß", der Verhandlung gegen Franz Rademacher im Februar und März 1952, wurde geltend gemacht, daß Rademacher und der inzwischen verstorbene Weizsäcker nur ihre Unterschrift unter ein „Protokoll" gesetzt hatten, von dessen Inhalt sie keine Kenntnis nahmen. Diese bis zum Überdruß benützte alte Ausrede wurde durch die Aussage des früheren Leiters der Presse- und Nachrichten-Abteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Paul Otto Schmidt, einwandfrei widerlegt, der den Sinn des mit Weizsäckers braunem Bleistift an den Rand geschriebenen geheimnisvollen Satzes „Aber nicht an Presseschmidt" aufklärte. Schmidt behauptete, daß er der einzige Abteilungsleiter gewesen sei, dem man das Protokoll vorenthalten habe, und zwar deswegen, weil Goebbels zu dieser Zeit wegen einer anderen Sache auf die Presse-Abteilung „böse" gewesen sei. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Februar 1952, Das Freie Wort, 8. März 1952.) (Schmidt ist übrigens nicht identisch mit dem gleichnamigen Dolmetscher Hitlers.)

Polizei waren Heinrich Müller und Adolf Eichmann von der Zentrale der Gestapo, Schöngarth und Lange von der Gestapoabteilung für Polen und Lettland und Otto Hoffmann vom Rasse- und Siedlungshauptamt anwesend. Von diesen war Sturmbannführer Lange eine besonders wichtige Persönlichkeit, weil er am 29. November in der Nähe von Riga den ersten Massenmord an eben aus dem Reich — in diesem Falle aus Berlin — angekommenen Juden geleitet hatte. Es war zweifellos Lange, auf den Heydrich am 8. Januar anspielte, als er Hoffmann schrieb, daß es sich als notwendig erwiesen habe, die Konferenz „auf Grund plötzlich bekanntgegebener Ereignisse und der damit verbundenen Inanspruchnahme eines Teiles der geladenen Herren" zu verschieben, obwohl man annehmen kann, daß alle fünf eingeladenen SS-Leute mit der Planung des Massakers befaßt waren. Nur einer von ihnen, Karl Schöngarth, der das Pech hatte, in britische Hände zu fallen, wurde nach dem Krieg aufgehängt. Die Tatsache, daß die fünf SS-Funktionäre, die an der Konferenz teilnahmen, die direkte Verantwortung für mehr als ein Blutbad hatten, berechtigt noch nicht zu der Annahme, daß die neun Zivilisten, die alle später beteuerten, sie hätten in Wannsee nur eine ganz unschuldige Rolle gespielt, durch irgend etwas, was Heydrich sagte, schockiert worden wären. Wilhelm Stuckart zum Beispiel, der das Innenministerium vertrat, war ungefähr einen Monat vorher über das erwähnte Massaker in der Gegend von Riga von seinem Fachmann in jüdischen Angelegenheiten, Bernhard Lösener, informiert worden, und wenn die Mitteilung aus Riga für Lösener eine Neuigkeit gewesen sein mag, so brachte sie sicherlich für Stuckart nichts Neues. Als Lösener darum bat, sein Amt niederlegen zu dürfen (was ihm schließlich auch gelang), sagte ihm Stuckart mit strenger Miene: „Herr Lösener, wissen Sie nicht, daß das alles auf höchsten Befehl geschieht[6]?" Das erklärt die Entschiedenheit, mit der Stuckart Heydrichs Vorschlag unterstützte, Halbjuden die Alternative der Sterilisierung zu gestatten.

Heydrich eröffnete die Konferenz am 20. Januar mit einem langen Rückblick auf die Auswanderung der Juden seit 1933 und die gegenwärtige Lage des Judentums in den Ländern der Achse. Er erklärte, warum durch den Krieg mit Rußland das Madagaskar-Projekt überholt sei, und kam dann zum Kern der Sache:

„In großen Kolonnen (Arbeits-), unter Trennung der Geschlech-

ter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete (in die besetzten Ostgebiete) geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaus anzusprechen ist."

Auch wenn Heydrich die Dinge nicht voll beim Namen nannte, müßte die deutsche Sprache geradezu ihren Sinn verloren haben, wenn das von ihm Gesagte den Teilnehmern der Konferenz und jenen, die später die Niederschrift lasen, nicht klargemacht haben sollte, daß die langsame Ausrottung einer ganzen Rasse geplant war. Man kann auch sagen — aber das konnten die Konferenzteilnehmer nicht wissen —, daß Heydrichs Worte genau das beschrieben, was mit den „arbeitsfähigen Juden" damals bereits gemacht wurde, was aber Heydrich diskreterweise verschwieg. Wenn man die Arbeitslager in Polen und Auschwitz an die Stelle der russischen Straßen setzt (ob es sich hier um eine bewußte Tarnung gehandelt hat, soll später erörtert werden), dann war Heydrichs Voraussage im Einklang mit den Tatsachen einer Zeitspanne, die weit über seinen Tod hinausreichte.

Groteskerweise mußte Heydrich seiner Ankündigung eine lange Liste aller Arten von Ausnahmen folgen lassen, denen vorzubeugen er versucht hatte. Die von der Deportation ausgenommenen Juden, einschließlich jener über 65 Jahre, der schwerkriegsbeschädigten Juden und der Juden mit Kriegsauszeichnungen aus dem ersten Weltkrieg, sollten in ein besonderes Ghetto verschickt werden. Vorgesehen sei Theresienstadt in Böhmen, eine Stadt, die Heydrich in seiner Eigenschaft als Reichsprotektor eben requiriert hatte. Die Halbjuden würde man sterilisieren, aber nicht deportieren. Jene, die nur einen jüdischen Großelternteil hatten (Mischlinge zweiten Grades), würde man ungeschoren lassen, vorausgesetzt, daß sie nicht durch ein „rassisch besonders ungünstiges Erscheinungsbild" schon „äußerlich" zu den Juden zu rechnen seien oder daß nicht „eine besonders schlechte polizeiliche und politische Beurteilung erkennen ließe, daß sie sich wie Juden fühlen und benehmen". Sollte irgend jemand gegen diese fürchterliche Handhabe gegen zahllose Deutsche protestiert haben, die dann wirk-

sam wurde, wenn irgend jemand sie bei der Gestapo anzeigte, dann ist kein solcher Protest im Protokoll vermerkt. Andererseits zeigt es, daß Heydrich sich ohne weiteres der von Görings Staatssekretär Neumann gestellten Forderung fügte, daß die jüdischen Rüstungsarbeiter von den Maßnahmen auszunehmen seien. Heydrich hatte allerdings schon am 4. Oktober eingesehen, daß er hier gezwungen sein werde, nachzugeben (siehe S. 21 u. 96). Die Ausnahmen galten natürlich nicht für Juden im Generalgouvernement, deren Behandlung in einem, von Josef Bühler namens des Gouverneurs Frank erstatteten, besonderen Bericht erörtert wurde. Sie wurden von ihm als Seuchenträger, als in der Mehrzahl der Fälle arbeitsunfähig und als Schleichhändler bezeichnet. Weder „arbeitseinsatzmäßige Gründe" noch auch Transportschwierigkeiten ständen hier ihrer Umsiedlung im Wege.

Bühler war offenkundig beauftragt worden, nicht auf der Protokollierung der Sache zu bestehen. Frank hat seiner Regierung mitgeteilt, daß Bühler an einer Umsiedlungskonferenz teilnehmen werde, und gebrauchte die folgenden Worte[7]:

> „Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: weshalb macht man diese Scherereien? Wir können im Ostland oder im Reichskommissariat auch nichts mit ihnen anfangen; liquidiert sie selber."

Angesichts der Worte Franks kann man Bühlers in Nürnberg im Jahre 1946 gemachte Aussage, daß Heydrich ihn vor der Konferenz überzeugt habe, eine ordentliche Ansiedlung sei beabsichtigt, als völlig lächerliche Ausrede abtun, auch wenn zu dieser Zeit Bühlers eigener Beitrag zur Diskussion in Wannsee noch nicht bekannt war. Niemand, der an dieser Konferenz teilnahm, konnte der Meinung sein, zwei Millionen angebliche Seuchenträger und Arbeitsunfähige würden diese Eigenschaften verlieren, falls man sie von Polen nach Rußland abschob. Daher die Zurückhaltung des Protokolls, das keinerlei Entscheidung bezüglich des Generalgouvernements verzeichnet. Rademacher umschrieb, als er den Bericht Luthers an Weizsäcker sandte, den neunten Punkt der Tagesordnung geheimnisvoll mit den Worten: „eine Angelegenheit für den Generalgouverneur, die im Generalgouvernement eingeleitet werden soll (Seuchenträger, Schleichhändler, Mehrzahl arbeitsunfähig)" [8].

Als „Vorbereitung" zu der Wannsee-Besprechung war von Rademacher eine Liste „Wünsche und Ideen des Auswärtigen Amtes zur vorgesehenen Gesamtlösung der Judenfrage in Europa" ausgearbeitet worden. Danach sollten im deutschbesetzten Gebiet deutsche, kroatische, slowakische und rumänische Juden sowie alle staatenlosen Juden nach „dem Osten" abgeschoben werden. Das würde sich auch auf die von den Ungarn nach Belgrad deportierten Juden beziehen. Die Liste erwähnt die Juden aus Frankreich, Holland und Belgien nicht, sagt aber, daß die deutsche Regierung gegenüber den slowakischen, rumänischen, kroatischen, bulgarischen und ungarischen Regierungen ihre Bereitwilligkeit erklären sollte, „die in diesen Ländern lebenden Juden ebenfalls nach dem Osten abzuschieben". Es wurde allerdings nicht vorgeschlagen, diese Regierungen irgendwie zu drängen. Obwohl das Reich sich jetzt mit den Vereinigten Staaten im Krieg befand und die Wehrmacht noch einen recht weiten Weg bis nach Moskau hatte, hielt man das neue Europa dennoch für eine dauernde Einrichtung[9].

2. Der Name Auschwitz taucht auf

Die Wannsee-Besprechung war nicht mehr als ein kameradschaftliches Mittagessen, das man für zwölf Uhr angesetzt hatte und das am Nachmittag des gleichen Tages zu Ende ging. Aber den dort vertretenen Behörden, nämlich dem Auswärtigen Amt und den Amtsstellen, die Verordnungen auszuarbeiten hatten, bot die Konferenz Arbeit für zwei Jahre sowie die Aussicht auf eine ganze Reihe weiterer Besprechungen mit Heydrichs RSHA (s. S. 194-197). Die Probleme der ausländischen Juden, der Juden in Mischehen und der Halbjuden wurden eigentlich niemals richtig gelöst. Die Diskussionen mit dem Sicherheitshauptamt gingen weiter, während dieses, nahezu ungehindert von der deutschen Bürokratie, sein Mordhandwerk betrieb — durch Heydrichs Tod wurde das Tempo nur beschleunigt. Seit Ende September 1941 hatte Reinhard Heydrich seiner Stelle als Chef der Sicherheitspolizei und des SD — und nebenbei als Haupt des ganzen deutschen Sicherheitssystems — die Funktion des Stellvertretenden Reichsprotektors für Böhmen und Mähren hinzugefügt. (Da Neurath zu diesem Zeitpunkt nur beurlaubt und nicht verabschiedet war, hatten Heydrich und sein Nachfolger Daluege nur den Titel eines „Stellvertretenden Reichsprotektors".) Willi Höttl zufolge hatte Heydrich gehofft,

durch den Nachweis seiner Fähigkeit, gleichzeitig ein tüchtiger Verwalter und ein Polizeichef in einer Person zu sein, die Stelle eines Innenministers zu erhalten und so an Himmler und die ganze SS Befehle erteilen zu können[10]. Aber Heydrich besaß mit seinem unangenehmen und leicht aufbrausenden Temperament nicht die Geschmeidigkeit eines richtigen Intriganten, und es ist zweifelhaft, ob er sein Ziel je erreicht hätte, auch wenn er nicht schon beim ersten Schritt in diese Richtung getötet worden wäre. Am 29. Mai 1942 wurde, als er auf seinen neuen Landsitz nach Panenske Brezany bei Prag fuhr, von einer Gruppe tschechischer Partisanen im Prager Vorort Lieben eine Handgranate britischen Ursprungs in sein Auto geworfen. Es dauerte sechs Tage, ehe er seinen Verletzungen erlag, und während dieser martervollen Zeit soll er, wie es heißt, seiner tiefen Reue für seine Taten Ausdruck gegeben haben. Das aber verhinderte nicht Orgien an Menschenopfern. 1339 Menschen wurden in Prag und in Brünn, 199 in dem Dorf Lidice hingerichtet, welch letzteres dem Erdboden gleichgemacht wurde[11]. Drei mit Juden voll besetzte Züge verließen das Protektorat am 10. und 13. Juni und verschwanden spurlos irgendwo östlich von Lublin. In Berlin wurden 152 jüdische Geiseln, die auf Goebbels' Verlangen am 29. Mai festgenommen worden waren, hingerichtet*, während in Polen die mit der Umsiedlung befaßten

* Ein undatiertes, unveröffentlichtes Bruchstück aus Goebbels' Tagebuch, das eine von Dr. Henry Picker am 29. Mai aufgezeichnete Äußerung von Hitler wiedergibt, enthält die folgende Wendung: „Ich werde mit den von mir geplanten Verhaftungen von 500 Berliner Juden fortfahren, und ich werde die Führer der jüdischen Gemeinschaft warnen, daß für jede jüdische Verschwörung und jeden jüdischen Aufstandsversuch 100 bis 150 Juden, die in unseren Händen sind, erschossen werden" (Dokument im Amsterdamer Rijksinstituut voor Oorlogsdokumentatie). Die Drohung wurde mehr als wörtlich durchgeführt. Am 5. Juni, an Heydrichs Todestag, wurde die folgende Mitteilung von der Staatspolizeileitstelle Berlin der Gestapo, Grunerstraße 12, an den Oberfinanzpräsidenten von Berlin-Brandenburg geschickt (von Dr. H. Tuch, Jewish Restitution Successor Organization, Berlin-Dahlem, freundlicherweise zur Verfügung gestellt):

„Betrifft: Einziehung von Vermögenswerten von Juden. Anliegend übersende ich eine Liste von Juden, die bei einer Sonderaktion am 27. Mai 1942 erfaßt wurden und inzwischen verstorben sind. Gleichzeitig füge ich die dazugehörigen Vermögenserklärungen bei. Soweit Vermögenserklärungen nicht vorhanden sind, konnten diese nicht mehr beschafft werden. Ich habe den Herrn Reichsminister des Innern gebeten, die Volks- und Staatsfeindlichkeit der in Frage stehenden Juden festzustellen und die Einziehung des Vermögens zu veranlassen."

Ich kenne kein besseres Bild für das Arbeiten eines Polizeistaates, als diese zwei Dokumente, von denen eines zufälligerweise in einem Schutthaufen gefunden wurde. Abgesehen von diesen zwei lakonischen Hinweisen gibt es keinen dokumentarischen Nachweis für dieses große Blutbad, das sich in der Verborgenheit eines Gefängnisses vollzog und von dem es keine Überlebenden gibt.

Beamten des SS-Brigadeführers Globocnik sich von nun an den Manen Heydrichs unter der Bezeichnung „Einsatz Reinhard" verschrieben.

Durch mehr als sechs Monate blieb Heydrichs Posten unbesetzt, da Himmler offenkundig niemanden für vertrauenswürdig genug ansah, um ihn auszufüllen. Während dieser sechs Monate begann die große Massendeportation der Juden aus den westlichen Ländern und erreichte ihren Höhepunkt. Wer nicht gleich nach der Ankunft ermordet wurde, fiel binnen weniger Monate durch „natürliche Verminderung" aus, so wie es von Heydrich vorausgesagt worden war. Das trug sich nicht so sehr in Rußland als innerhalb des Reiches selbst zu, namentlich in Auschwitz.

Einige Tage nach der Konferenz von Wannsee wurden die Deportationen nach Rußland eingestellt, und im März, als die Verschikkungen der Juden aus dem Reich wieder aufgenommen wurden, gelangten die Opfer nicht weiter als bis zur russisch-polnischen Demarkationslinie, um in Polen das ihnen unter dem Mordprogramm „Einsatz Reinhard" zugedachte Schicksal zu erleiden. Einige dieser Transporte, hauptsächlich solche aus Frankreich und der Slowakei, die Ende März eingesetzt hatten, wurden allerdings direkt nach Auschwitz geleitet. Es erhebt sich daher die Frage, ob der ungeheuerliche Plan, Auschwitz zu einem Ausrottungszentrum für alle europäischen Juden zu machen, nicht bereits vor der Besprechung von Wannsee gefaßt worden war und ob Hinweise auf die „besetzten Ostgebiete" nicht eine Tarnung gegenüber den von den Ministerien zur Konferenz entsandten Zivilisten waren, bei denen ein „Ausfall durch natürliche Verminderung" im Reichsgebiet selbst doch einige Bedenken hätten erregen können.

Es gibt ein Dokument, das andeutet, daß Himmler zur Zeit der Besprechung versucht hat, einen Plan ins Werk zu setzen, der dem Heydrichs vollkommen entgegengesetzt war. Am 26. Januar drahtete er an SS-Gruppenführer Glücks, seinen Konzentrationslager-Inspekteur[12]:

> „Richten Sie sich darauf ein, in den nächsten vier Wochen 100 000 männliche Juden und bis zu 50 000 Jüdinnen in die KL aufzunehmen. Große wirtschaftliche Aufgaben und Aufträge werden in den nächsten Tagen an die Konzentrationslager herantreten. SS-Gruppenführer Pohl wird Sie im einzelnen unterrichten."

Vor Gericht leugnete Oswald Pohl im Sommer 1947, daß mehr als ein Bruchteil der von Himmler erwähnten Zahl von Juden innerhalb der in Frage kommenden Zeit in die Konzentrationslager eingebracht worden war[13], und das entspricht tatsächlich der Wahrheit. Es mag sein, daß Heydrich Himmlers Plan sabotiert hat, denn Himmler scheint den ersten Transport als den Beginn eines Versuchs in Szene gesetzt zu haben, den jetzt in Prag überbeschäftigten Heydrich aus der Herrschaft über das Konzentrationslagerwesen zu entfernen. Im Sinne einer Regelung, die im Dezember 1939 getroffen worden war, unterstand die Wirtschaftsverwaltung der Lager durch Oswald Pohl Himmler, während die Aufrechterhaltung der Disziplin Sache des Inspekteurs Glücks war, der Heydrich unterstand. Am 1. Februar 1942 jedoch schuf Himmler in Verfolgung des Auftrags, den er Glücks erteilt hatte, eine neue SS-Abteilung unter dem Namen „Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt" (WVHA)[14]. Oswald Pohl wurde jetzt zum Chef aller Arbeitsabteilungen der SS gemacht. Glücks' Konzentrationslager-Inspektorat war von nun an nichts mehr als „Amt D", eine Unterabteilung in Pohls Reich, das vom Amt in Berlin-Lichterfelde, Unter den Eichen, aus gelenkt wurde und welches im Krieg riesige Dimensionen angenommen hat*.

Pohl wurde im Rahmen eines lange von Himmler gehegten Planes, aus den Konzentrationslagern den größtmöglichen Nutzen herauszupressen, befördert. Himmler betrachtete die Konzentrationslager weniger als einen Beitrag zur Kriegsproduktion; sie waren ihm mehr ein Mittel zur Finanzierung der SS für den Fall, daß sie die Unterstützung des Staatsoberhauptes jemals verlieren sollte. So führte die Schaffung des WVHA zu einem der immer wiederkehrenden Versuche Himmlers, das System der Arbeits-

* Es mag Himmler im Februar 1942 Spaß bereitet haben, einige der Aufgaben Heydrichs einem anderen Marineoffizier zu übertragen. Aber Himmler hatte die Fähigkeiten von Oswald Pohl, der damals Marineoffizier war, schon im Jahre 1933 erkannt, als er ihn bei einem Bankett in Kiel traf[15]. In Pohl, der auch während des Prozesses gegen ihn im Jahre 1947 so aussah wie ein Schiffszahlmeister, mußte Himmler einen Mann erkannt haben, der ebenso pedantisch sparsam war wie er selbst. Pohl behauptete in Nürnberg, daß Glücks, obwohl Himmler seine Nachgiebigkeit kritisiert hatte, in der Lage war, die Unabhängigkeit seines Amtes, das in Oranienburg verblieb, in allem, mit Ausnahme der Zuteilung von Arbeitskräften, aufrechtzuerhalten, und daß er bis zu Heydrichs Tod von diesem Befehle erhielt[16]. Das Gericht hat jedoch die volle Verantwortung Pohls für die Verhältnisse in den Konzentrationslagern angenommen. Als einer der sieben „Rotjacken" verbrachte er dreieinhalb Jahre in den Todeszellen in Landsberg und wurde erst am 8. Juni 1951 hingerichtet.

lager zu reformieren. Die Natur dieses Systems selbst verhinderte von vornherein den Erfolg solcher Versuche, aber dieser Tatsache scheint sich Himmler niemals bewußt gewesen zu sein. Er muß sich wieder einmal in einem der Wirklichkeit fernen Zustand befunden haben, als er Heydrich am 5. Dezember 1941 vom Führerhauptquartier aus schrieb, daß Hitler 100 000 m³ Granit aus den Steinbrüchen für seine großen Pläne zum Umbau Berlins nach dem Krieg bestellt habe. Fünftausend Steinmetze und zehntausend Maurer sollten für diesen Einsatz geschult und bereitgehalten werden. Das Los der Insassen der Konzentrationslager müßte daher erleichtert, ihre Lebensmittel- und Kleiderzuteilung müßte verbessert, die Disziplin gemildert und die Prämien für höhere Arbeitsleistungen erhöht werden[17]. Wenn man Himmlers Weisungen vom 5. Dezember und 26. Januar zusammen betrachtet, kann man annehmen, daß er nicht nur im finanziellen Interesse der SS einer weiteren Vergeudung von Arbeitskräften in den Konzentrationslagern vorbeugen, sondern auch die Juden, die zur Beute der SS in den besetzten Gebieten geworden waren, in gleicher Weise verwenden wollte. Das ist der Ursprung des Planes für das riesige Judenlager in Auschwitz.

Hier haben wir uns mit der Aussage eines Mannes auseinanderzusetzen, der in die Sache stark verwickelt war, nämlich des SS-Obersturmbannführers Höss, der dreieinhalb Jahre Kommandant von Auschwitz war und später gegen Ende des Krieges den Platz von Glücks als Konzentrationslager-Inspekteur übernommen hat. Höss sagte, daß er schon im Juni 1941 zu Himmler befohlen wurde, als Auschwitz noch ein sehr kleines Lager war, und daß ihm gesagt worden sei, die Ausrottung der Juden Europas würde in Auschwitz vor sich gehen, „weil es bahntechnisch am günstigsten liegt". Im Juli erhielt Höss weitere Aufträge von Eichmann, der ihn im Lager besuchte, aber inzwischen war Höss bereits im polnischen Todeslager Treblinka gewesen, um die Methoden des Vergasens zu studieren. Er hielt nicht viel von den in Treblinka angewendeten Methoden und beschloß, auf eigene Faust Versuche mit „Zyklon B" (kristallisierter Blausäure) zu machen, die er bald nach Eichmanns Besuch in Anwendung brachte[18]. (Siehe S. 157). Hier sehen wir also, daß Himmler sich für Auschwitz mehr als sechs Monate vor der Konferenz in Wannsee und zu einem Zeitpunkt entschlossen hatte, als Heydrich noch nicht im Besitze des Auftrags

für die Endlösung war, der ihm von Göring erteilt wurde. Höss war zwar in seinen Aussagen sehr offenherzig, pflegte aber in seiner Erinnerung verschiedene Vorfälle miteinander zu verwechseln, denn in einer anderen Aussage[19] hatte er erklärt, daß er in Treblinka zu einem Zeitpunkt war, als dort 80 000 Juden aus dem Warschauer Ghetto ausgerottet wurden. Das wäre im August 1942 gewesen, fast ein Jahr nach der ersten versuchsweisen Anwendung von „Zyklon B" durch ihn. Das würde bestätigen, was auch aus anderem Beweismaterial hervorzugehen scheint, daß Himmler sich im Sommer 1942, also erst nach Heydrichs Tod, und nicht im Sommer 1941 für Auschwitz als das den Juden Osteuropas bestimmte Ausrottungszentrum entschieden hat. Der merkwürdige perverse Größenwahn, der Höss dazu veranlaßt hat, in einer schriftlichen Erklärung die Verantwortung für die Ermordung von zweieinhalb Millionen Menschen auf sich zu nehmen, trieb ihn auch dazu, sich eines ihm von Himmler im Sommer 1941 erteilten geheimen Auftrags zu rühmen. Aber die ersten zwei umgebauten Scheunen in Birkenwald vermochten nur 250 Vergasungsopfer aufzunehmen. Als sie gebrauchsfähig gemacht worden waren, was entweder im März 1942 oder etwas früher der Fall war, waren sie gar nicht besonders für Juden bestimmt, sondern dafür, sich der Kranken im Lager zu entledigen, und erst einige Monate später kam ein Befehl, der ihre Verwendung auf die Juden und Zigeuner beschränkte.

In Wirklichkeit zog Himmler Auschwitz den anderen polnischen Todeslagern nicht wegen des Eisenbahnknotenpunktes vor, der nichts Besonderes war, sondern wegen des Umstandes, daß die früheren Pläne, Auschwitz zum Zentrum einer großen Erzeugung von synthetischem Benzin und Gummi zu machen, der Tarnung des Unternehmens dienlich waren. Diese Pläne waren im Sommer 1941 ziemlich vorgeschritten, und es mag sein, daß Himmler zu diesem Zeitpunkt bereits Auschwitz als eine Alternative zu den Judenlagern in Rußland im Sinne hatte. Es ist auch möglich, daß Himmler zur Zeit der Besprechung von Wannsee den Einwendungen des Transportkommandos der Wehrmacht gegen die Fortdauer der Deportationen nach Rußland beipflichtete. Sei es, wie es sei, er kann Müller, Eichmann und Höss den Auftrag zur Ausführung der Pläne mit Auschwitz erst nach Heydrichs Tod am 4. Juni 1942 erteilt haben.

3. Der Auschwitz-Plan

Die Lager von Auschwitz (Oswiecim) hatten eine lange Geschichte hinter sich. Der Kern des Lagers, einschließlich des berüchtigten Strafblocks 11, war eine österreichische Kavalleriekaserne, denn vor 1918 verlief die Grenze zwischen der Hohenzollern- und der Habsburgermonarchie wenige Hundert Meter von dort; es stand auf morastigem Grund am Zusammenfluß der Sola mit der Weichsel, ein gottverlassener Ort, von dem man bestenfalls, wenn die Winternebel aufstiegen, einen Wald von Fabrikschloten im Osten und die schneebedeckten Tatra-Gipfel 90 km weit im Süden sehen konnte. Von Naturschönheiten war keine Rede, und auch der Baedeker weiß wenig Rühmenswertes über den Ort zu sagen:

> „Die Bahn nach Krakau führt nordöstlich weiter über Auschwitz (348 km von Wien), eine Industriestadt von 12 000 Einwohnern, ehemals Hauptort der Piastenfürstentümer von Auschwitz und Zator (Hotel Zator 20 Betten), von wo eine Nebenlinie über Skawina nach Krakau führt (69 km in drei Stunden)."

Als ein im September 1943 veröffentlichter Reiseführer war Baedekers „Generalgouvernement" vielleicht zu wortkarg. Der in Auschwitz stationiert gewesene SS-Rottenführer Perry Broad (ein Mann amerikanischer Abstammung) sagte aus, daß die Reisenden sich zu den Zugfenstern zu drängen pflegten, um den Anblick der Krematorienschlote zu erhaschen[20]. Im Februar 1940 wurde die frühere österreichische Kaserne von einer Bauabteilung der Wehrmacht besetzt, aber Glücks schrieb an Himmler, daß sie sich zur Einrichtung eines Quarantänelagers eigne[21]. Statt dessen wurde der Platz als Konzentrationslager für polnische politische Häftlinge als Lager nach deutschem Muster eingerichtet, war aber für besonders gefährliche Insassen, wie flüchtige polnische Offiziere und Mitglieder der Widerstandsbewegung bestimmt. Einige der historischen Figuren der Auschwitzer Szenen waren schon vor der offiziellen Eröffnung am 14. Juni gekommen. Höss, damals Obersturmführer, begleitet von seinem Adjutanten Kramer, der im Jahre 1945 als „Bestie von Belsen" bekannt wurde. In ihrer Gesellschaft waren zwei der bestausgebildeten Massenmörder, die die Totenkopf-Verbände der SS hervorzubringen imstande waren, Untersturmführer Grabner, Chef der „politischen Abteilung", und

der Rapportführer Palitsch, den die Häftlinge „Wilhelm Tell" nannten. Außerdem kamen dreißig „Prominente" an, deutsche ehemalige Zuchthäusler, die nach körperlicher Stärke und Brutalität als Aufseher für das Lager ausgesucht worden waren [22].

Höss sagte in Nürnberg aus, daß die Grausamkeiten in Auschwitz das Ergebnis der dauernden Überfüllung und der Unmöglichkeit der Durchführung einer richtigen Aufsicht waren, aber in Wirklichkeit hatte es seinen guten Grund, daß man Höss, den ehemaligen Zuchthäusler, für dieses Amt gewählt hatte. Während der Zeit vor der Errichtung des Lagers Birkenau und dem Eintreffen von Judentransporten, also vor dem März 1942, hatte Auschwitz schon den allerschlechtesten Ruf. Sadistische Ausschreitungen waren an der Tagesordnung. Die deutschen Wachen und „Kapos" fürchteten die polnischen Internierten mehr als ihre deutschen Opfer und glaubten, daß sie sich vor ihnen nur durch einen wüsten Terror schützen konnten. Es gibt wenige Überlebende aus Auschwitz, die zu einem so frühen Zeitpunkt dort festgehalten waren, aber einer von ihnen, der polnische Offizier Zenon Rozanski, wurde bereits zu Beginn des Jahres 1941 ins Lager gebracht und war unter der niedrigen Zahl 8214 registriert. Er hat die Verhältnisse in Auschwitz aus einer Zeit beschrieben, in der es dort nur ein einziges Lager ohne Gaskammern und mit sehr wenigen jüdischen Häftlingen gab. Er hat besonders das Leben in der „Strafkompanie" geschildert, in der die Häftlinge weder Bettzeug noch warme Kleidung im Winter hatten und sich nicht krank melden durften und in der ein Jude höchstens zehn Tage leben konnte [23]. Seine Beschreibung schließt auch die „Schwarze Wand" ein (einen mit gestrichenen Holzfaserplatten ausgelegten Teil der Mauer), die dem Block 11, dem Sitz Grabners und Palitschs, angeschlossen war, wo Gefangene der Gestapo, die man loswerden wollte, polnische Partisanen oder russische politische Kommissare, Tag für Tag umgebracht wurden. Zenon Rozanskis Bericht endet im Juli 1942, als die jüdischen Transporte aus den westlichen Ländern in Auschwitz einzutreffen begannen. Nach dem bisherigen Muster brachte die Inangriffnahme des Programms des Massenmordes eine Erleichterung des Loses der nichtjüdischen Internierten. Das Regime, unter dem Dutzende von Menschen auf den Wink eines bloßen Kapos oder eines Unteroffiziers der SS hingerichtet worden waren, ging plötzlich zu Ende. Die Massaker wa-

ren für die Juden vorbehalten. Als die Warschauer Intellektuellen im August 1944 im Frauenlager Birkenau ankamen, konnte ihnen Kristina Zywulska voller Überzeugung versichern: „Was für ein Einfall, sie verbrennen nur die Juden, habt keine Sorge." Aber die Zigeuner in Auschwitz, die auch dieser Meinung waren, mußten daran glauben (siehe S. 510)[24].

In den meisten Berichten, die Überlebende des Todeslagers Auschwitz gegeben haben, kommt eine Person nicht vor — Rudolf Franz Höss. Es scheint, daß Höss keinen Gefallen an persönlicher Anwesenheit bei Massenexekutionen und bei der Auswahl der Kranken für die Todesspritze fand, die bereits im Herbst 1941 eine allwöchentliche, wenn nicht eine alltägliche Erscheinung des Lebens in Auschwitz war. Höss blieb der ruhige Bürokrat im Hintergrund, der solche Schauspiele dem damaligen Lagerführer, Sturmführer Fritsch, überließ. Seine Rolle war eine besondere. Die Kriminellen waren die Aristokratie der Konzentrationslager. Als Kapos und Vorarbeiter konnten sie die Arbeitsgruppen terrorisieren, als Blockälteste und Blockschreiber konnten sie das Leben in den Schlafstätten zur Hölle machen. Als Lagerälteste wurden sie zur Nachtzeit, wenn sich die SS zurückgezogen hatte, Herrscher in ihrem eigenen Königreich. Aber sie konnten so wie jeder andere Insasse des Lagers mit einem Federstrich liquidiert werden. Die Besonderheit von Höss bestand darin, daß er die Hürde übersprang, die den Eintritt in die SS versperrte. Dieser Mann, der entweder als Häftling oder als Kerkermeister sein ganzes Berufsleben in Gefängnissen verbrachte, wurde nicht nur der Kommandant eines Lagers mit 60 000 Insassen, sondern verhandelte gegen Kriegsende sogar mit Vertretern der neutralen Länder als ein hoher Würdenträger der SS-Verwaltung. Schließlich verschwand Höss, um im März 1946 als Taglöhner in Schleswig aufzutauchen, wo er ohne weiteres seine Schuld an der Ermordung von zweieinhalb Millionen Menschen eingestand.

Höss wurde 1900 in Baden-Baden als Sohn eines kleinen Kaufmanns, eines frommen Katholiken, geboren, der seinen Sohn für die Priesterlaufbahn vorbereitete und ihn mit Gebeten zu strafen pflegte. Das Ergebnis dieser Erziehung war, daß Höss als Zweiundzwanzigjähriger die Kirche verließ und der nationalsozialistischen Partei beitrat, die sich damals in ihren Anfängen befand[25]. Ende 1923 war Höss, der inzwischen Buchhalter geworden war, in den

Fememord an dem Lehrer Walter Kalow verwickelt, der Leo Schlageter, das große Vorbild der nationalsozialistischen Märtyrer, an die Franzosen verraten hatte. Er wurde zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er nur fünf abzubüßen hatte.

Ein Mitverurteilter von Höss war Martin Bormann, der spätere Leiter der Parteikanzlei und Hitlers Vertrauter bis zum Ende des Krieges. Die Gefängnisfreundschaft zwischen Bormann und Höss wirkte sich dahin aus, daß Bormann der Zeugenschaft des SS-Richters Konrad Morgen zufolge sich immer darum bekümmerte, daß Höss „wie ein rohes Ei" behandelt wurde[26]. Es ist höchst wahrscheinlich, daß der Schutz, den Bormann Höss angedeihen ließ, der von Morgen erhobenen Anklage den Erfolg versagte. Möglicherweise hatte der unintelligente Höss es auch Bormann zu verdanken, daß er Anfang 1945 zum Stellvertreter des Chefs des Konzentrationslager-Inspektorats ernannt wurde. 1928 jedoch, als Höss aus dem Gefängnis entlassen wurde, bedeutete die Freundschaft Bormanns so gut wie nichts, und Höss konnte es nicht weiter als bis zum Landarbeiter bringen. Auch die Machtergreifung durch den Nationalsozialismus gab ihm anfangs nur begrenzte Aufstiegsmöglichkeiten. 1934 trat er in Theodor Eickes Totenkopf-Wachkompanie in Dachau ein und wurde Ende des gleichen Jahres Scharführer und Aufseher über einen Block. Erst 1936 wurde dieser „alte Kämpfer" Untersturmführer. Als Obersturmführer in den SS-Totenkopfverbänden übernahm er vier Jahre später das Kommando in Auschwitz. Im Jahre 1944 verzeichnet die SS-Personalakte von Höss, daß er nicht nur ein guter Lagerkommandant, sondern auch „ein wahrer Pionier auf diesem Gebiet dank neuer Ideen und neuer Erziehungsmethoden" war[27]. Es war eine verspätete Anerkennung seiner Verdienste. Das neue Lager am Ende der Welt, zu dessen Leitung Höss im Mai 1940 berufen wurde, bedeutete kein leichtes Leben nach sechs Jahren Aufseherschaft in den größten Lagern Deutschlands, und dabei blieb es auch. Als zum Beispiel im Mai 1944 die „Bestie von Belsen" von Natzweiler nach Auschwitz versetzt wurde, erfuhr Frau Kramer zu ihrem tödlichen Schrecken, daß dies darauf zurückzuführen war, daß ihr Gatte keinen höheren Rang als den eines Hauptsturmführers zu erlangen vermochte[28].

Nach der Lektüre der verwirrten und wortreichen Aussagen von Höss und von Dr. Gilberts Bericht über die endlosen Reden, die er

zu halten pflegte, kann man annehmen, daß die alliierten Untersuchungsbehörden Höss als nützlich, aber unintelligent betrachtet haben müssen. Auf seinen Jugendbildern sieht der politische Enthusiast, der schon im Jahre 1923 zum Mörder geworden war, wie ein Gefreiter aus, mit den ausdruckslosen, weit offenen Augen eines Menschen, der keine Beziehung zum Leben findet*.

Die Karriere von Höss macht es äußerst unwahrscheinlich, daß ihm Himmler wirklich in einem frühen Stadium die Geheimnisse der Endlösung anvertraut hat. Es bestehen im Gegenteil Beweise dafür, daß Höss schrittweise in eine Verschwörung verwickelt wurde, die er nicht verstanden haben kann und für die der Schlüssel erst im Jahre 1948 gefunden wurde, als man die Beweisstücke für den Prozeß gegen die I.G. - Farben - Direktion sammelte.

Anfang 1941, als man 70 000 Polen und 4000 Juden aus der Stadt Auschwitz evakuieren wollte, begann man, das Lager auszubauen, das zu diesem Zeitpunkt 7000 Insassen hatte. Auf Grund einer Entscheidung Görings wurde beschlossen, nur die Juden auszusiedeln, die dann im April in die benachbarte Stadt Sosnowiec geschafft wurden[29]. Der Grund war, daß die I. G.-Farbenindustrie in Frankfurt soeben die Bewilligung zur Errichtung einer Fabrik für synthetisches Benzin und Gummi in Oberschlesien für eine Gegend erhalten hatte, in der Arbeitskräfte aus Konzentrationslagern verfügbar waren. Ende April hörte Höss von Himmler persönlich, daß er die Arbeitskräfte für Schwerarbeit beim Bau bereitzustellen habe, eine Ankündigung, die Höss höchst unangenehm war. Die Direktoren von I. G.-Farben beschwerten sich denn auch gelegentlich einer Baubesprechung im November, daß Höss nur 1300 der verlangten 2700 Arbeitskräfte geschickt und Einwendungen gegen die Beschäftigung polnischer und deutscher politischer Gefangener beim Bau in Neudachs, einige Kilometer vom Lager entfernt, erhoben hatte[30].

Gelegentlich der nächsten Baubesprechung zwischen den Direktoren von I. G.-Farben und der SS-Bauabteilung am 16. November wurde beschlossen, ein neues Häftlingslager in Monowitz in der Nähe der Fabrik zu errichten und 12 000 russische Kriegsgefangene beim Bau zu beschäftigen. Himmler hatte aber inzwischen

* Prinz Schaumburg-Lippe hat Höss im Nürnberger Gefängnis gesehen und sagte: „Ich erkundigte mich . . . wer dieser blumenpflückende Dorfschullehrertyp gewesen sei."

Höss ermächtigt, 5 km südlich der Stadt Auschwitz und keineswegs in der Nähe des Bunawerkes etwas aufzubauen, was als Kriegsgefangenenlager Birkenau gelten sollte; die russischen Kriegsgefangenen wurden dann bei diesem Bau beschäftigt[31]. Mitte April 1942 waren die ersten zwei Steinbauten in Birkenau fertig, und es wurden 1350 Juden aus der Slowakei und aus Frankreich dort untergebracht, während der Großteil der russischen Bauarbeiter, um die sich einfach niemand kümmerte, inzwischen schon zugrunde gegangen war[32]. Nur 450 von ihnen blieben am Leben. Auf diese Weise diente das Projekt des Bunawerkes mit den ministeriellen Genehmigungen und den Konferenzen als eine Tarnung für die Schaffung eines künftigen „Selektions-Lagers" in Birkenau. Auch an zwei nahegelegenen landwirtschaftlichen Gebäuden, die als Gaskammern ausersehen waren, wurde die Arbeit begonnen, aber erst im Januar 1943 war der erste Teil des Bunawerkes mit Hilfe von Zwangsarbeitern aller Nationen, einschließlich britischer Kriegsgefangener, fertig geworden[33]. Als die Fabrik eröffnet wurde, begann Himmler sie wieder als Tarnung für die Endlösung zu benützen, und Aushebungen für das Bunawerk waren im März der Vorwand für das endgültige Auskämmen der Berliner Juden aus der Rüstungsindustrie und die Ausrottung von drei Vierteln von ihnen, während das Bunawerk im Mai wieder den Vorwand für eine Wiederaufnahme der jüdischen Deportationen aus Holland abzugeben hatte (siehe S. 181 u. 381).

Obwohl der Betrieb dort im November 1941 aufgenommen wurde, war Birkenau erst in der zweiten Hälfte des Juli 1942 ein internationales Ausrottungslager, als die täglichen Transporte aus Frankreich, Berlin und den Niederlanden einsetzten. Früher schon, zwischen April und Juni 1942, waren kleine Gruppen von Juden auf Lastautos während der ersten Umsiedlungsaktionen in Krakau, Sosnowiec, Dabrowa-Gornicza und Bielitz in die Gaskammern geschafft worden.

Der sehr glaubwürdige Bericht des Birkenauer Blockschreibers, der im April 1944 nach Ungarn entkam[34], erklärt, daß es eine Selektion für die Gaskammern vom 22. Juni 1942 an gab, nämlich seit dem Eintreffen eines Transports aus Frankreich (Drancy). (Siehe S. 353.) Aber die — zwar unzureichenden — Beweisstücke, die verfügbar sind, deuten darauf hin, daß dies in den ersten Wochen danach noch nicht die Regel war; selbst im August war es noch

eine Ausnahme, wenn mehr als 30 % in die Gaskammern geschickt wurden.

Es dauerte einige Zeit, bevor die Insassen des Lagers die volle Bedeutung des vom Birkenwald aufsteigenden Rauches verstanden. Das Gebäude befand sich außerhalb des Lagergebietes, und der Bau war unabhängig vom Lager vor sich gegangen. Erst im April 1944 brachten die Züge die Opfer zu einer Haltestelle in Sichtweite des Frauenlagers. Ursprünglich wurden sie in der Eisenbahnstation Auschwitz oder in Cosel, 75 km davor, ausgewählt. Das ist der Grund für die merkwürdige Uninformiertheit in bezug auf den Umfang, den Zeitpunkt und den Ursprung der Todestransporte in den Erzählungen von an sich gut informierten Überlebenden. Die Neuankömmlinge, die die Selektion hinter sich hatten, waren zu sehr benommen und erschöpft, um sich an Einzelheiten erinnern zu können. Frau Dr. Lingens-Reiner, die in der Lage war zu beobachten, daß nach ihrer Ankunft im Februar 1943 für einige Zeit keine Selektion aus dem Frauenlager stattfand, wußte offenkundig nichts über die Vergasung der Transporte deutscher Juden im folgenden Monat. Erst im August sah sie die aus dem Schlot aufsteigenden Flammen und den endlosen Strom der Lastautos, die die eingezäunte Zone auf dem Weg zur neuen Kammer passierten, und hörte die Schreie der Internierten: „Es hat wieder begonnen[35]." Selbst dann konnte sie den Ursprung des Transportes nicht feststellen.

Die Zufälle des Krieges haben einiges — sehr wenig — über die bürokratische Seite der Angelegenheit enthüllt, aber es ist wahrscheinlich, daß es niemals gelingen wird, die wahren Zusammenhänge klarzulegen, die es möglich machten, daß gleichzeitig Hunderte von Männern, Frauen und Kindern, später Tausende ergriffen und einem gemeinsamen anonymen Tod überantwortet wurden, ohne daß man sich auch nur die Mühe nahm, die Namen zu notieren oder die Kennkarte abzustempeln — und das noch dazu im Deutschen Reich, das mit einer Bürokratie gesegnet war, von der man wußte, daß sie den größten Papierverbrauch in der ganzen Welt hatte. Höss, der immer äußerst unbestimmt in seinen Aussagen war, behauptete, daß er die Anweisungen für die Massenvergasung direkt vom Reichssicherheitshauptamt erhalten habe. Nach einigem Drängen gab er zu, daß sie eher von Eichmann aus der Judenabteilung der Gestapo als

von Müller oder Kaltenbrunner unterschrieben waren, die die Befehle für die Hinrichtungen in Auschwitz unterzeichnet hatten [36]. Aber Standartenführer Rudolf Mildner (s. S. 191 u. 394) glaubte, daß schriftliche oder mündliche Befehle zur Ausrottung jüdischer Transporte über Pohl und Glücks gegangen waren — und Mildner, der Gestapochef für ganz Oberschlesien war und das Funktionieren der Gaskammern gesehen hatte, mußte wohl genügend informiert gewesen sein [37].

Gewisse über den Fernschreiber geschickte Botschaften, die genaue Zahlen über die Auswahl für die Gaskammer enthalten, bestätigen Mildners Ansicht. Sie wurden von Hauptsturmführer Albert Schwarz, dem Sachbearbeiter für Arbeitsverpflichtung in Auschwitz, an Oberführer Gerhard Maurer in Glücks' „Amt D" in Oranienburg gesandt (s. S. 181 f. u. 189). Schwarz machte vor seiner Auslieferung an Polen im Jahre 1947 eine Aussage [38], in der er alle Schuld an der Auswahlprozedur auf Glücks und Maurer schob. Außerdem erklärte er, daß Glücks immer über sein „Amt D II" volle Aufsicht über den ärztlichen Dienst in Auschwitz hatte und daher für die SS-Ärzte, die die Selektion durchführten, verantwortlich war*.

Pohl widersprach zwar dieser Aussage nicht, leugnete aber, daß Glücks — eine Schattengestalt, die vor Kriegsende verschwand — ihm unterstanden habe, weil Himmler auch nach Heydrichs Tod Glücks die geheimen Aufträge gab, die er früher von ihm erhalten hatte. Es war Himmlers Taktik, sagte Pohl, niemals zwei der Chefs seiner Verwaltungsstellen gleichzeitig anzuhören, und er wollte auch niemals einen Vertreter dieser Ämter in seinem persönlichen Stab haben. Himmler glaubte angeblich, so die Bildung von Cliquen verhindern zu können [40]. Den Nürnberger Gerichtshof scheint diese Aufklärung beeindruckt zu haben, denn er sprach Pohl der direkten Teilhaberschaft an den Gaskammermorden frei — was allerdings mit Rücksicht auf die anderen Anklagepunkte nur von akademischer Bedeutung war —, so daß die ganze Schuld an

* Die Aussage von Sturmbannführer Karl Sommer, der Maurers Stellvertreter war, widerspricht der Aussage von Schwarz, aber keiner dieser Zeugen wußte zur Zeit des Konzentrationslager-Prozesses in Nürnberg, daß die durch Fernschreiben übermittelten Botschaften erhalten geblieben waren — und beide sagten offenkundig die Unwahrheit. Maurer wurde leider erst im Februar 1947 nach Ausarbeitung der Anklageschrift ergriffen. Da beschlossen worden war, ihn an Polen auszuliefern, wurde er nicht als Zeuge gehört. Maurer wurde am 22. Dezember 1947 im Auschwitz-Prozeß in Krakau zum Tode verurteilt [39].

Glücks, Müller und Eichmann, die alle drei verschwunden sind, haften blieb. Meiner Meinung nach gibt es für die Botschaften von Schwarz an Maurer eine andere Erklärung. Das „Amt D II" schickte Instruktionen nach Auschwitz darüber, wie die Juden aus den einzelnen Transporten beschäftigt werden sollten. Aber Schwarz scheint sich um diese Instruktionen überhaupt nicht gekümmert zu haben. Die endgültige Entscheidung fiel keinem dieser Leute zu, sondern den zwei SS-Ärzten, die durch bloße Bewegungen mit ihren Spazierstöcken ihre Entscheidung bekanntgaben und so die Gruppen auf dem Auschwitzer Bahnhof voneinander trennten. Die Ärzte wieder waren in ihrer Entscheidung nur geleitet durch den Anteil an arbeitsfähigen Menschen in den einzelnen Transporten und den von dem Lagerführer gemeldeten Bedarf. In den achtundzwanzig Monaten, in denen diese Selektion in Auschwitz vor sich ging, war sie immer eine Prozedur der Willkür und des Zufalls. Kinder unter 14, Männer über 50 und Frauen über 45 wurden in die Gaskammern geschickt. Um der SS Schwierigkeiten zu ersparen, wurden alle Mütter, die kleine Kinder bei sich hatten, ohne Rücksicht auf ihr Alter den Gaskammern überantwortet.

Zunächst wurde diese Vorschrift nicht allzu streng ausgelegt. Ein Vergleich zwischen den genauen Namenslisten der Züge, die vor dem 8. August 1942 Holland in der Richtung Auschwitz verlassen hatten[41], und der nach dem Appell in Birkenau angelegten Liste zeigt, daß damals ältere Männer und Jungen ins Lager aufgenommen wurden und Registrierungsnummern erhielten. Nach dem 8. August wurde das umgekehrte Verfahren geübt. Nach der Liste der Ankömmlinge aus den französischen Lagern scheint es, daß bereits 70 v. H. sofort in die Gaskammern geschickt wurden. Die Zahlen für Holland vom September bis November 1942 deuten auf die sofortige Vergasung von fast 80 v. H. der Ankömmlinge hin.

Von da an scheint es, daß die deutschen Bürokraten von der Vorstellung ausgingen, daß weniger als ein Drittel der jüdischen Deportierten arbeitsfähig war, aber deswegen wurde die Selektion doch weiter willkürlich ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht oder die Krankenliste getroffen, so daß sich sehr starke Schwankungen ergaben. Das ist besonders auffallend im Falle der Transporte aus Theresienstadt im Januar 1943 und der aus Berlin im März (siehe S. 181 u. 189). Nach dem Grundsatz des Überlebens

der Stärksten brachten die späteren Transporte nach Auschwitz „besseres Menschenmaterial". Genaue Zahlen für die Aufnahmen in das Männerlager von Birkenau gibt es wieder für die Zeit zwischen dem 21. Oktober 1943 und dem 30. Oktober 1944, als der Lagerschreiber, Dr. Otto Wolken, sechsundzwanzig Transporte verzeichnen konnte, die in die Quarantäne-Abteilung „B II a" gebracht wurden. Diese heimlich aufbewahrten Ziffern können als verläßlich gelten, aber Dr. Wolken war nicht in der Lage, die Zahlen für die Frauen-Quarantäne zu bekommen, und er kannte nur die schätzungsweise Zahl der Überlebenden — in einigen Fällen wurde sie durch andere Quellen als überraschend genau bestätigt — im Verhältnis zur vollen Stärke der Transporte. Seine Zahlen deuten — wenn man die Frauen entsprechend in Betracht zieht — darauf hin, daß im letzten Jahr der Gaskammern mehr als 40 v. H. am Leben geblieben sein dürften. Das gilt allerdings nicht für die Transporte aus Ungarn, die in der Quarantäne-Liste nicht erscheinen[42].

Solange bei der Selektion nackte Willkür entschied, bestand kaum eine Notwendigkeit für besondere Instruktionen, die Höss über Eichmann und die politische Abteilung von Auschwitz oder über Glücks, Maurer und Schwarz erreicht hätten. Höss sagte in einer schriftlichen Darstellung für Dr. Gilbert[43], den Psychiater des Nürnberger Gerichtshofes, aus, daß jeder Transport durch eine Botschaft von Eichmann angekündigt wurde, die über den Fernschreiber ging und die stereotype Formel trug „Zu behandeln im Einklang mit den Anweisungen für Sonderbehandlung". Aber von Ausnahmen abgesehen kamen die Züge ohne Namenslisten an, und nur Eichmann hatte von Himmler die Bewilligung, Aufzeichnungen über die Ausrottungsaktion zu führen. Höss, der die Verpflichtung hatte, Aufzeichnungen über Transporte, die er besaß, zu vernichten, konnte die Zahl der vergasten Personen nur schätzen. Die Schätzung, die er Dr. Gilbert und später dem Warschauer Gericht gab und die, nebenbei gesagt, vollkommen im Gegensatz zu seinen ersten wortreichen Geständnissen stand, war 1135 000[44]. Aber Eichmann sagte im April 1945, daß sein eigener Bericht an Himmler die Zahl mit zweieinhalb Millionen angegeben habe. In Wirklichkeit ist es unwahrscheinlich, daß die Gesamtzahl der Opfer der Auschwitzer Gaskammer, zum Unterschied von der Gesamtzahl der Opfer des Lagers, 750 000 erreichte (siehe S. 522).

Eichmann hat einfach gelogen, wie es bei ihm üblich war, um Himmler zu beeindrucken, der wahrscheinlich die Berichte über die Zahlen niemals sah, die sich während der ganzen Zeit im Amt Maurers in Oranienburg aufhäuften und später meistens vernichtet wurden*.

Die Vorgangsweise bei den Transporten nach Auschwitz war für die Endlösung als Ganzes typisch. Ihr Tempo war bestimmt durch die Dynamik, die sie selbst entwickelte. Laufende Aufträge waren nicht notwendig, um die Maschine in Gang zu halten; andererseits aber konnte sie nur ein Auftrag Hitlers zum Stillstand bringen. Die Erklärung des früheren Chefs von Hitlers persönlichem Stab, SS-Obergruppenführer Karl Wolffs, er sei „überzeugt, daß Hitler von der Vernichtung der Juden nichts wußte", ist in dieser Form natürlich falsch[45]. Aber es ist wahrscheinlich, daß Hitler, wenn er nicht eine entscheidende Änderung in seiner Politik im Sinne hatte, nicht daran interessiert war, Berichte über den Fortgang der Aktion zu erhalten.

Die automatische Art des Mordens auf Grund einer Generalermächtigung führte zu Ergebnissen, die auch vom Standpunkt der Mörder vollkommen sinnlos waren. Als im Juli 1944 die Juden aus den Ghettos von Lodz und Kowno und aus den polnischen und baltischen Arbeitslagern nach Deutschland geschafft wurden, hing es nur von der Richtung ab, die der Zug nahm, ob sie durch die Hölle einer Selektion für die Gaskammer in Birkenau zu gehen hatten. Frau Dr. Lingens-Reiner, eine nichtjüdische politische Gefangene, wurde im Februar 1943 zusammen mit elf Jüdinnen nach Birkenau gebracht, die keiner Selektion unterworfen wurden, weil sie Delinquentinnen aus einem Gefängnis waren, die, solange sie Strafgefangene waren, Anspruch auf eine gesetzliche Existenz hatten. Das führte Dr. Lingens-Reiner zu der einzig möglichen Schlußfolgerung[46]:

„Für einen Juden gab es nur zwei Möglichkeiten, der Gaskammer mit Sicherheit zu entgehen. Er mußte entweder sil-

* Als Himmler zu Beginn des Jahres 1943 eine Aufstellung über das Ergebnis der Deportierungen und Umsiedlungen haben wollte, beschäftigte er damit nicht Eichmann, sondern Dr. Korherr, seinen eigenen Statistiker. Das geschah vielleicht, weil der Name Dr. Korherrs dem Bericht ein verläßlicheres Aussehen gab, aber wenn man Eichmanns prahlerische Unbestimmtheit und Höss' nachdrückliche Erklärung in Betracht zieht, daß er über die in Auschwitz ankommenden Züge keine Aufzeichnungen führen durfte, neigt man zu der Annahme, daß Eichmanns Amtsstelle die zahlenmäßigen Unterlagen einfach nicht besaß.

berne Löffel gestohlen oder in einer Untergrundbewegung gearbeitet haben."

Am 1. April 1943, einige Wochen nach Frau Dr. Lingens-Reiners Einlieferung, sandte der Justizminister Otto Thierack ein Rundschreiben an alle Gerichte, das ihnen ins Gedächtnis rief, daß Juden nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis „dem Konzentrationslager Lublin bzw. Auschwitz zuzuführen" seien. Da es sich um ein nicht geheimes Rundschreiben handelte, konnte Thierack die ominösen Worte „zur Sonderbehandlung" nicht hinzufügen. Er sagte an Stelle dessen „zur Schutzhaft auf Lebenszeit". Diese Juden kamen in Auschwitz mit ihren Strafakten als eine vom Gesetz anerkannte Menschenkategorie an und wurden durch die Starrheit der deutschen bürokratischen Etikette vor sofortiger Vergasung bewahrt[47].

4. Auschwitz in Aktion

Mysteriöser noch als der administrative Vorgang, der die sofortige Ausrottung der Neuankömmlinge in Auschwitz einleitete, ist das Motiv für die Entscheidung, zunächst den größten Teil des neuen Zustroms und später einen zwischen einem Drittel und einem Fünftel schwankenden Hundertsatz der Gesamtheit dem Lager zuzuführen. In bestimmten Zeitabschnitten kamen die vollen Transporte ins Lager, und die Gesamtzahl der in den Lagerbüchern zwischen 1940 und 1945 verzeichneten Personen, Juden und Nichtjuden, soll 363 000 betragen haben[48]. Aber diese Menschen wurden nur für den Augenblick am Leben gelassen, um im allgemeinen wenige Wochen oder Monate später an einem viel elenderen Tod zugrunde zu gehen. Junge Männer und Frauen, die kräftig und arbeitsfähig aussahen, wurden nur deshalb nicht gleich in die Gaskammer geschickt, um den Anschein hervorzurufen, daß Auschwitz ein Arbeitslager sei. In Nürnberg drückte die französische Zeugin Frau Vaillant-Couturier das folgendermaßen aus[49]:

„... Um die Leistungsfähigkeit hat man sich nicht gekümmert. Die Häftlinge wurden ohne jeden Grund geschlagen. Man mußte nur den ganzen Tag auf den Beinen bleiben, und es spielte dabei keine Rolle, ob man einen oder zehn Backsteine trug."

Nach der Meinung dieser Zeugin war es nicht beabsichtigt, den nach Auschwitz geschickten Juden während der größtenteils un-

produktiven Wintermonate die volle Lagerration zu geben, weswegen die Ankunft der Transporte meist für das Frühjahr und den Sommer vorgesehen war. Diejenigen, die bis zum Herbst überlebten, wurden dann willkürlich aus der Krankenabteilung für die Gaskammern ausgewählt.

Das scheint im großen und ganzen so gewesen zu sein. Der Zustrom von Massentransporten führte zu einer ständigen Überbelegung im Lager von Birkenau und dessen Nebenlagern, auch wenn der größere Teil der Neuankömmlinge sofort vergast wurde. Die Zahl der Insassen des Männer- und Frauenlagers in Birkenau war selten unter 30 000 und mag während der Deportationen aus Ungarn von Mai bis Juni 1944 70 000 überschritten haben. Wie wir gesehen haben, war Birkenau als Lager für russische Kriegsgefangene vorgesehen, die das nationalsozialistische Regime kaum als menschliche Wesen anerkannte, und Lager dieser Art hatten keine Kanalisierung, keine Grundmauern und waren für einen längeren Aufenthalt nicht geeignet. Solche Baracken hatte die Wehrmacht früher als Ställe benutzt. Sie hatten keine Fenster und die Lüftung erfolgte durch den Lichtschacht. Wenn die Anlage auch für einen russischen Winter nicht allzu ungeeignet schien, hatte sie für den Rest des Jahres nur Nachteile. Die Baracken waren normalerweise für die Aufnahme von 52 Pferden oder dreihundert Mann, in drei Lagen untergebracht, vorgesehen, aber in der Zeit der Transporte gab es oft die doppelte oder dreifache Belegung. Die Wasserversorgung und die Latrinen erwiesen sich dann als hoffnungslos unzureichend, und innerhalb der Baracken wurden die Lehmböden wahre Krankheitsherde [50].

Als Birkenau im März 1942 in Betrieb genommen wurde, sah man eine Überführung aus dem Hauptlager in Auschwitz dorthin allgemein als ein fast sicheres Todesurteil an, und dabei war infolge der Überfüllung auch schon das Hauptlager das ärgste in ganz Deutschland und das erste, das mit der Ausrottung der Kranken begonnen hatte. Die Vergasungsexperimente, die Höss im September 1941 anstellte, wurden an Invaliden vorgenommen. Die allwöchentlichen Selektionen begannen während des folgenden Winters. Von da an brachte die Ankunft jeder Gruppe von Transporten Epidemien mit, vor allem Flecktyphus. Die erste Gruppe von Transporten schuf ein gewisses Muster, dem dann immer gefolgt wurde. Die Zahl der Insassen des Birkenauer Männerlagers

stieg von 16 274 am 15. Juli 1942, als die täglichen Transporte aus dem Westen einsetzten, auf 23 010 am 8. August. Damals hatte es sich schon als notwendig erwiesen, die Arbeit im Bunawerk einzustellen, und das ganze Gebiet von Auschwitz mußte für zwei Monate von der Umwelt abgeschlossen werden[51]. Dann begann, was man „Entlausungsaktion" nannte, eine systematische Auskämmung der Krankenabteilungen für die Gaskammer. Das war sozusagen eine „humane" Neuerung, denn bisher hatten die zwei aus Polen stammenden volksdeutschen Ärzte Entress und Zinkteller die Selektion nach anderen, viel wahlloseren Gesichtspunkten getroffen. Die nackten Invaliden erhielten im offenen Korridor der Krankenabteilungen Phenolinjektionen ins Herz. Der „Professor" (auf Seite 151 wird erklärt, um was für „Professoren und Ärzte" es sich da handelte), nämlich der Krankenwärter Clair, war imstande, viele solcher Operationen innerhalb einer Stunde vorzunehmen, und im März 1942 wurde die Typhussaison mit einer Massenauskämmung dieser Art abgeschlossen[52].

Im Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie in Amsterdam kann man das einzige erhaltene Exemplar des Totenbuches sehen, das aus dem Büro des Auschwitzer Lagers während der Evakuierung hinausgeschmuggelt wurde. Dieser dicke Band enthält die Todesscheine für nur fünf Tage, vom 28. September bis 2. Oktober 1942, aber es sind deren 1500[53]*.

Hier kann man sehen, daß die normalerweise festgestellten Todesursachen Dr. Kremer zu langweilen begannen und daß er neue er-

* Die vorausgegangenen zwanzig Bände des Totenbuchs müssen sich jeder auf längere Zeiträume als fünf Tage bezogen haben, wenn sie die 33 000 Todesfälle, die sich seit der Inbetriebnahme des Lagers im März 1942 ereigneten, festhielten. Auf diese Weise kann man eine tägliche Zahl von 160 Todesfällen für die ersten sechs Monate des Lagerbestehens annehmen. Für die Zeit vom 16. Juli bis 19. August kann die Zahl der Todesfälle von einem erhalten gebliebenen Fragment der täglichen Appelle abgeleitet werden. Die Registrierungszahlen der Neuankömmlinge stiegen von 47 087 auf 60 043, aber die täglichen Appelle zeigten nur einen Aufstieg von 16 346 auf 22 925. Es war also ein Abgang von 6377 oder 177 pro Tag zu verzeichnen. Die Zahlen für die einzelnen Tage zeigen ein Abweichen von dieser Durchschnittszahl von mindestens 16 und höchstens 391. (Niederländisches Rotes Kreuz, Auschwitz, Deel I und II.)
Eine viel einfachere Berechnung wurde von Frau Dr. Ella Lingens-Reiner für das Frauenlager gemacht. Am Tag ihrer Ankunft, dem 20. Februar 1943, waren etwa 13 000 Frauen im Lager, das seit dem März 1942 bestanden hatte. Da ihre eigene Registrierungszahl 36 088 war, mußten sich in 11 Monaten 23 000 Todesfälle, oder etwas mehr als 69 pro Tag, ereignet haben. (Prisoners of Fear, London 1948, Seite 52.)
Als die Registrierungen im Männerlager von Birkenau im März 1944 die Zahl 180 000 überschritten, wurde eine neue Zählungsmethode eingeführt, um den Lagerinsassen die

fand, wie zum Beispiel „Herzmuskelschwäche". Aber diese Absurditäten hatten einen guten Grund. Offiziell gab es keinen Typhus in Auschwitz, obwohl die Sterblichkeit fast so hoch war wie in Belsen in der Zeit vom Februar bis April 1945. Kremer und seinesgleichen, in der Befürchtung, einmal zur Rechenschaft gezogen zu werden, setzten in die Todesscheine die Phantasie-Diagnosen der internierten Ärzte ein, die ihre Patienten vor der „Transportliste" oder der Phenolinjektion bewahren wollten. Unter Kremers Vorgänger, Ferdinand Entress, wurden die Totenscheine schon im voraus ausgestellt[54]. Aber die riesige Zahl dieser Scheine hatte dazu geführt, daß eine Anfrage aus Oranienburg eingelaufen war. Darauf wurden die Phenolinjektionen eingestellt, und Entress wurde nach Monowitz versetzt. Nichtsdestoweniger wurden auch weiter Totenscheine dieser Art ausgestellt, und erst im Juli 1943 begann man für die zum Tode Bestimmten „Entlassungen" auszugeben[55].

Während einer „Entlausungsaktion" wie der im September und Oktober 1942 hatten die Lagerärzte fast täglich bei Vergasungen zu assistieren, und darüber hat Dr. Kremer — ein Professor der Universität Münster, der im Dezember 1947 in Krakau hingerichtet wurde — ein geradezu unfaßbares Tagebuch geführt[56]:

„2. 9. 42. — Zum ersten Male draußen um 3 Uhr früh bei einer Sonderaktion zugegen. Im Vergleich hierzu erscheint mir die Hölle von Dante als eine Komödie . . .

5. 9. 42. — Heute nachmittag bei einer Sonderaktion aus dem Frauen-KZ (Muselmänner) — das Schrecklichste des Schrecklichen. Truppenarzt Dr. Thilo hat recht, wenn er mir heute sagte, wir befänden uns hier im anus mundi. Abends gegen 8 Uhr wieder bei einer Sonderaktion aus Holland. Wegen der dabei anfallenden Sonderverpflegung, bestehend aus 5 Liter Schnaps, 5 Zigaretten, 100 Gramm Wurst und Brot drängen sich die Männer zu solchen Aktionen.

6. u. 7. 9. 42. — Heute hatten wir ein ausgezeichnetes Mittagessen: Tomatensuppe, ein halbes Huhn mit Kartoffeln und

Möglichkeit zu nehmen, unerwünschte Berechnungen anzustellen. Das einzige Ergebnis dessen war der feste Glaube, daß Millionen in dem Lager zugrunde gegangen waren. Erst nach dem Krieg war es möglich, die Zahl der Einlieferungen ins Lager zu überprüfen: 253000 Männer und 110000 Frauen. (Friedman, This was Oswiecim, London 1946, Seite 14.)

Rotkohl, Süßspeise und herrliches Vanille-Eis . . . Abends um 8 Uhr draußen für eine Sonderaktion.

9. 9. 42. — Abends teilgenommen an einer Sonderaktion (4 mal). Wie viele Doppelgänger habe ich in dieser Welt?"

Kremer gelang es am 18. Oktober, nach der Teilnahme an achtzehn Selektionen, woandershin versetzt zu werden, aber die Verfahrensweise wurde durch weitere zwei Jahre beibehalten. Den Deportationen im Frühling 1943 folgten die Typhusepidemie im Herbst und zwei große Selektionen am 3. September und 22. Oktober[57]. Im Dezember wurde die Krankenabteilung für Frauen nach der „dritten Typhusepidemie"[58] vollkommen geleert, und Ende Juli 1944, nach Ankunft der Transporte aus Ungarn, gab es im Frauenlager eine „Scharlach-Selektion". Die Ankunft der Deportierten aus Lodz[59] rief dann wieder eine Typhusepidemie hervor, so daß die Aufeinanderfolge von Epidemien und Selektionen bis zum Ende der Gaskammern nicht unterbrochen wurde.

Nur die Theorie von Frau Vaillant-Couturier erklärt, warum den Epidemien nicht vorgebeugt wurde, was durch Aufteilung von Neuankömmlingen auf die anderen Lager hätte erzielt werden können. Zur Zeit, als es in Birkenau die erste „Entlausungsaktion" gab, brach in Deutschland angesichts der Tatsache, daß ein zweiter Winterfeldzug in Rußland unausweichlich schien, wegen des Mangels an Arbeitskräften eine wahre Panik aus. Justizminister Thierack war bereit, die ganze deutsche Rechtsordnung in Stücke zu schlagen, wenn es ihm dafür gelang, 35 000 Ost-Arbeiter, ohne daß er ihnen auch nur ein Polizeivergehen nachweisen mußte, in Konzentrationslager zu pressen (siehe S. 177). Gerade dieser Zeitpunkt — Anfang Oktober 1942 — wurde dazu ausersehen, alle in den deutschen Konzentrationslagern überlebenden Juden nach Auschwitz und Lublin zu schaffen — und Höss begrüßte das. Er schrieb an Maurer, daß, obwohl der vorgeschlagene Abtransport von polnischen Häftlingen aus Auschwitz den ganzen Bahnbetrieb in Auschwitz lahmlegen würde, kein Bedenken dagegen bestehe, mehr Juden ins Lager zu schaffen. „Im Gegenteil, dieselben werden hier dringendst benötigt[60]."

Dringendst benötigt — wofür? Erst im Sommer 1944, lange nach der Zeit von Rudolf Höss, wurde Birkenau ein Reservoir für die schlesischen Fabriken und für verschiedene andere deutsche Konzentrationslager, in die die Juden wieder zugelassen wurden.

Durch zwei Jahre war nur ein Bruchteil der halbverhungerten und an den verschiedensten Krankheiten leidenden Insassen von Birkenau überhaupt beschäftigt gewesen. Eine Liste der Beschäftigten für den 11. Mai 1944, zu welcher Zeit das Männerlager in Birkenau die nicht abnorm hohe Zahl von 17 589 Insassen hatte[61], zeigt, daß nur 6269 von ihnen arbeiteten, wobei die meisten von ihnen mit schweren Arbeiten im Lager selbst beschäftigt waren. 11 311 arbeiteten überhaupt nicht und waren im Verzeichnis als „arbeitsunfähig", „nicht beschäftigbar" und „nicht zugewiesen" bezeichnet. Sie waren auf eine Reihe von Kranken- und Quarantäne-Blocks aufgeteilt; zu ihnen gehörten die 3027 Juden aus dem „Familienlager" Theresienstadt, deren Vergasung für den 20. Juni anberaumt war (s. S. 191), und die 4500 im Zigeuner-Familienlager, von denen die Hälfte am 2. August vergast wurde (s. S. 210).

Das Wort Quarantäne hatte in Auschwitz eine unheilschwangere Bedeutung. Neuankömmlinge, die der Gaskammer entgangen waren, kamen in Quarantäne und ebenso Lagerinsassen, die in andere Lager geschickt werden sollten. Hössler, der Kommandant des Birkenauer Frauenlagers, sagte im Prozeß in Lüneburg aus, daß er Internierte auch in den Isolierblock geschickt habe, wenn sie andere Arbeit übernehmen sollten. Aber es gibt reichliche Beweise dafür, daß das „Revier" für diese Menschen nur ein Vorraum des Krematoriums war.

Die riesige Literatur, die sich mit Auschwitz beschäftigt, behandelt meist die letzten achtzehn Monate des Bestehens des Lagers, als die Aussichten des Überlebens sich gebessert hatten. Intelligente und gebildete Menschen, die Auschwitz überlebt haben und jetzt in der Lage sind, über ihre Erlebnisse auszusagen, verdanken das den geschützten Beschäftigungen in den Krankenabteilungen, dem Lagerbüro, dem Lager-Orchester und dem Auswahl-Kommando „Kanada". Die erste Gruppe war die größte. Um den Tod von Lagerinsassen für wenige Wochen hinauszuschieben, entwickelte der ärztliche Dienst der Lagerleitung einen oft riesigen Bedarf an Ärzten und Pflegepersonal aus den Reihen der Lagerinsassen. Auch für die Gaskammern wurden Ärzte für die Autopsie benötigt, die Dr. Mengele in die Lage versetzen sollten, die der nationalsozialistischen Doktrin zufolge vorhandenen Eigenschaften der „Untermenschen" für das Institut für Rassenbiologie in Berlin aufzuzeichnen[62]. Diese geschützten Menschen waren immer noch der

Gefahr des Typhus in den verseuchten Schlafbaracken ausgesetzt, aber ihnen drohte es wenigstens nicht, auf einem Handwagen nach des Tages Arbeit ins Lager zurückgeschafft und beim Abendappell als tot verzeichnet zu werden.

Einige geradezu phantastische Fälle des Überlebens von Mitgliedern der deutschen jüdischen Intelligenz seien hier hervorgehoben. Jeanette Wolff, eine frühere Stadtverordnete von Bocholt, wurde im Januar 1942 als Mutter einer zahlreichen Familie, die jenseits des Alters war, bis zu dem weibliche Deportierte in den Tod geschickt wurden, in das Ghetto von Riga gebracht. Sie überlebte zwei Jahre Ghettoleben und weitere achtzehn Monate, die sie in den fürchterlichen Lagern Kaiserswald und Stutthof und unter den ungarischen Jüdinnen der Abteilungen zum Ausheben von Gräben der Organisation Todt verbracht hatte. Jetzt, nach der Ausrottung fast aller ihrer Angehörigen, ist sie eines der für Berlin gewählten Mitglieder des Bonner Bundestages[63].

Philip Auerbach, ein Apotheker, überlebte nicht nur zwei Jahre Auschwitz und das „Kleine Lager" in Buchenwald, sondern mehr als vier Jahre, in denen er unter Todesstrafe wegen Hochverrates stand. Fast die Hälfte dieser Zeit verbrachte er in den Gestapokellern in der Prinz-Albrecht-Straße. Leider hatte er sich an die Künste, die zum Überleben in einer Todeszelle und in einem Konzentrationslager notwendig sind, zu sehr gewöhnt, um sie als Leiter des Wiedergutmachungsamtes in Bayern vergessen zu können. Der gegen ihn im August 1952 geführte und von seinem Selbstmord gefolgte Prozeß war tragischer als das Schicksal, dem er entronnen war.

Das waren Fälle von Menschen, die auf ganz verschiedene Art einen besonders stark entwickelten Selbsterhaltungstrieb besaßen. Das andere Extrem sind die Talmudstudenten aus dem Osten, mittellos, weltabgewandt, sprichwörtlich hilflos und in keiner Weise der in Mitteleuropa üblichen Lebensweise angepaßt. Und doch haben die Launen der SS-Wachen hin und wieder das Leben eines dieser „Melameds" gerettet! Ein so merkwürdiges Schicksal erlebte sowohl Yankiel Wiernik im Todeslager Treblinka 1942 bis 1943 als auch Primo Levi in Auschwitz im Jahre 1944; sie überlebten in der Eigenschaft als „Scheißmeister" oder Aufseher, die darauf zu achten hatten, daß die Juden nicht allzuviel Zeit auf den Latrinen verbrachten. Und sie überlebten, ohne von der traditionel-

len Kleidung der galizischen Orthodoxie abzuweichen, die die nationalsozialistische Jugend immer so überwältigend komisch gefunden hatte [64].

Alle Erzählungen über Auschwitz berichten immer wieder die gleichen Dinge: Hunger, Schmutz, die Tatsache, daß alle Menschen durcheinandergewürfelt waren, die Mißhandlung durch die deutschen Kapos und die SS-Unteroffiziere, die völlig unsinnigen und mörderischen Lagerappelle und die von den deutschen Ärzten durchgeführten Experimente an Menschen. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß Auschwitz, obwohl die Sterblichkeit dort infolge Überfüllung viel größer war, sich in keiner dieser Beziehungen von anderen Konzentrationslagern in dem Augenblick unterschied, in dem die Selektionen an die Stelle willkürlichen Mordes im Lager getreten waren. Daß Gefangene um ihr Brot betrogen und gezwungen wurden, sich irgendwie selbst zu helfen, um zu überleben, daß sie während der Arbeit zu Tode geprügelt wurden, um ihre Aufseher in Übung zu halten, daß sie beim Abendappell infolge der Unfähigkeit dieser Aufseher, die Zählung durchzuführen, erschöpft zusammenbrachen, das alles waren angesichts der Natur ihrer Quäler unvermeidliche Dinge.

Zu Beginn war das Konzentrationslager eine Stätte, an der angebliche „Staatsfeinde" entweder rasch zu dauernder Disziplin erzogen wurden oder ihren Tod fanden. Mit dem „Abschaum der Menschheit" umzugehen, war nur der Abschaum der Menschheit in der Lage, aus welchem Grunde Gewohnheitsverbrecher in deutschen Gefängnissen für diese Arbeit ausgewählt wurden. Damals waren sie sicherlich für diese Zwecke geeignet, aber es scheint unbegreiflich, daß Himmler glaubte, er werde richtige Disziplin und wirkliche Bemühungen im Dienste des deutschen Kriegseinsatzes unter der Herrschaft der gleichen „Prominenten" und ihrer Freunde, der alten Kämpfer aus den SS-Totenkopfverbänden, erzielen.

Im allgemeinen wußte Himmler, was vorging, ohne jedoch die Ursachen zu verstehen, so z. B., als er am 28. Dezember 1942 anordnete, die Zahl der Todesfälle in den Konzentrationslagern um jeden Preis herabzusetzen, oder im Juli 1943, als er Konrad Morgen beauftragte, Fälle von Unterschlagungen unter den Lagerkommandanten zu untersuchen [65]. Aber für gewöhnlich war Himmler in seinem Feldhauptquartier viel zu sehr beschäftigt, um sich

wegen der Konzentrationslager Sorgen zu machen — bis zu dem Augenblick, in dem er daran zu denken hatte, Verbindung mit den Alliierten zu finden.

Manchmal zogen die Lagerinsassen einen gewissen Nutzen aus der Tatsache, daß es keinerlei verantwortliche Aufsicht gab. Die älteren deutschen Konzentrationslager, deren Bestand bis 1933 zurückdatierte, hatten nach und nach unter ihren Insassen ein Gegengift zum Heydrich-System entwickelt. Die Lagerkommandanten mußten bis zu einem gewissen Ausmaß politischen Häftlingen, die lange im Lager gewesen waren, vertrauen, und mit Hilfe dieser Leute bildeten sich geheime, oft von Kommunisten beherrschte Gruppen, die in der Lage waren, einen bestimmten Häftling zu schützen oder auch den Tod oder die Abschiebung eines besonders gewaltsamen deutschen Sträflings herbeizuführen. Im Hauptlager von Auschwitz, das bis zum Schluß ein Lager für polnische und deutsche, nicht-jüdische politische Gefangene war, in dem die Juden in der Minderheit blieben, erlangte die Geheimorganisation ebenso wie in Buchenwald einen großen Einfluß und konnte ihren Schützlingen ein Leben sichern, das man nahezu menschlich zu nennen vermag [66].

Aber in Birkenau gab es angesichts des Umstandes, daß die Insassen ständig wechselten, niemals eine solche Organisation. Sogar die wichtigste Lagersprache war nicht immer die gleiche, einmal war es Slowakisch, dann wieder Holländisch, Griechisch oder Ungarisch. Die jüdischen Kapos konnten nicht organisiert werden, um als Gegengewicht zur Macht der deutschen Sträflinge zu dienen, da die Lagerverwaltung sie den Reihen der deutschen Juden entnahm, die für die Ostjuden wenig Zuneigung besaßen. Außerdem waren die höheren Ränge der Gefängnishierarchie den Juden nicht zugänglich, und nach dem Februar 1944 wurden auch die Stellen der jüdischen Block-Kommandanten und ihrer Adjutanten abgeschafft [67]. Durch längere Zeit bildete Hermann Josef, ein Halbjude und früherer Gemeindebeamter, eine Ausnahme. Im Jahr 1943 wurde er der Verpflichtung zum Tragen des Judensterns entbunden und zum Block-Ältesten gemacht. 1944 war er als Lagerältester der Vorgesetzte der Insassen des großen Arbeitslagers, das den Fürstgraben-Kohlengruben angeschlossen war [68].

Diese Zustände riefen bei den Opfern eine Stimmung vollständiger Resignation hervor. Ein Jude konnte nur in der Krankenabtei-

lung überleben und gleichzeitig seinen Leidensgenossen ein wenig helfen. Die Möglichkeit einer Organisation gab es nicht. In der Lagersprache verstand man unter Organisation nichts anderes als einen Versuch, für sich selbst auf Kosten anderer Vorteile herauszuschlagen. Dr. Marc Dvorjetski beschreibt einen Transport von Juden, die aus dem Ghetto in Wilna auf dem Wege in ein Konzentrationslager waren. Sie freuten sich darüber, daß sie nicht sofort ermordet worden waren. Da wendet sich ein früherer Insasse eines solchen Lagers an sie und sagt: „Der eine nimmt dem anderen nur das Brot vom Munde weg[69]."

Unter diesen Umständen konnte die große Masse von Männern und Frauen, die 1942 und 1943 außerhalb der bevorzugten Arbeitsgruppe beschäftigt waren, nur mit einer ganz kurzen Überlebensdauer rechnen. Die 257 Eintragungen im Totenbuch, das vom Niederländischen Roten Kreuz gefunden werden konnte, bezogen sich auf Menschen, die im Lager zwischen vier und zweiundsiebzig Tagen gewesen waren[70]. Sie waren zwölf bis fünfzehn Stunden am Tag entweder bei der Arbeit oder beim Appell auf den Füßen und bekamen eine wäßrige Rübensuppe zu essen, bis aus ihnen „Muselmänner" wurden, die, in den Zipfel einer Decke gehüllt, auf ihre Todesspritze oder auf das Lastauto warteten, das sie zur Gaskammer bringen sollte.

Sechstes Kapitel

Die Gaskammern

1. „Die Gemeinnützige Stiftung"

Die Todeskammer zum Töten von Verbrechern oder unerwünschten Tieren ist ein alter Gedanke. Für die fast tägliche Vernichtung Tausender von Menschen verwendet, stellt sie eine bedeutsame technische Entwicklung dar — möglicherweise würden ihre Urheber das Wort „Fortschritt" vorziehen. Für diese Entwicklung kann kein einzelner Mensch die Urheberschaft beanspruchen, obwohl einer der in Nürnberg vernommenen Zeugen dies offenbar tun wollte. Die Entwicklung der Gaskammern in Birkenau, die im Juni 1944 täglich 6000 und an einem Tag sogar 10 000 Menschen töteten, war das Ergebnis von zwei voneinander unabhängigen Gruppen von Experimenten. Dies waren erstens die Desinfizierung von großen Lagern mit Zyanwasserstoff oder „Zyklon B" und zweitens die Euthanasie für Geistesgestörte mittels Kohlenoxyd.

Die Euthanasie kam zuerst, denn sie wurde schon Ende 1939 auf Hitlers Befehl angewendet; Hitler zeigte jedoch schon früher Interesse am Vergasen. Schon 1924 hatte er in „Mein Kampf" von der Möglichkeit gesprochen, zu Beginn des ersten Weltkrieges oder während des Krieges „einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber unter Giftgas zu halten" [1]. Es scheint, daß Hitler schon damals von der Vorstellung des Vergasens besessen war, und der Grund dafür liegt auf der Hand: er selbst war 1917 Opfer eines Gasangriffes geworden.

Der erste Hinweis auf den Ursprung der Gaskammern kam im Nürnberger Prozeß erst spät ans Tageslicht. Am 7. und 8. August 1946 wurde SS-Sturmbannführer Georg Konrad Morgen als Zeuge für die SS als eine der angeklagten Organisationen vernommen [2]. Morgen, ein ehemaliger Richter am Stettiner Landgericht, wurde im Juli 1943 auf Himmlers Verlangen vom SS-Militärgericht zur

Kriminalpolizei versetzt, um Unterschlagungen in Konzentrationslagern zu untersuchen. Er erhielt Vollmacht, Verhaftungen vorzunehmen, von der er in den Fällen Koch und Hoven in Buchenwald, Göth in Plaszow und Grabner in Auschwitz Gebrauch machte[3]. Er scheint ein prahlerischer und einigermaßen — wenn auch nicht genügend — redlicher Mann gewesen zu sein*. Obwohl er klug genug war, zu wissen, wann er schweigen sollte, erwarb er sich in SS-Kreisen den Ruf eines Schnüfflers, und diese machten ihm sein Leben sehr unangenehm, als er von den Amerikanern in Dachau festgehalten wurde[5]. Später überwanden Morgens Mitgefangene ihre Abneigung gegen ihn, als sie in ihm einen Mann erkannten, den die Alliierten für achtbar halten könnten. Er wurde daher im Fall der Vernichtungslager von Auschwitz und Polen von der Verteidigung als Entlastungszeuge benannt.

Morgen behauptete, daß die Vernichtungslager überhaupt nicht von der SS geleitet wurden, und erzählte eine merkwürdige Geschichte, um diese Behauptung zu beweisen. Im Spätsommer 1943 hätte er vom Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD im Bezirk Lublin in Polen erfahren, daß in einem jüdischen Arbeitslager eine „Judenhochzeit" mit 1100 Gästen, darunter viele deutsche SS-Männer, stattgefunden habe. Die Untersuchung dieser phantastischen Anschuldigung führte Morgen in ein anderes „undurchsichtiges oder eigenartiges" Lager, das von einem gewissen Kriminalkommissar Wirth geleitet wurde. Wirth sagte Morgen, daß dieses Märchen aus „1001 Nacht" absolut wahr sei. Das jüdische Hochzeitsmahl sei Teil eines Planes gewesen, durch den Wirth die Juden veranlassen wollte, in vier geheimen Lagern zu arbeiten, in denen sie ihre eigenen Brüder auszurotten hätten.

Der Nürnberger Gerichtshof hatte viel früher als im August 1946

* Versuche von deutschen Belastungszeugen, Morgens Redlichkeit anzugreifen, waren mangels dokumentarischer Beweise seiner Sache weniger abträglich als seine eigenen getüftelten Aussagen. Die Aussage seines Kollegen, des SS-Richters und Obersturmbannführers Mittelstedt, zum Beispiel, daß Morgen im Sommer 1944 ein Flugblatt verfaßt habe, das von der SS in den Deportationszügen hätte verteilt werden sollen, läßt sich nicht nachprüfen. Dieses Flugblatt soll angeblich die Juden aufgefordert haben, ihre Wertgegenstände weder wegzuwerfen, noch der ungarischen Gendarmerie auszuliefern, sondern zu verbergen, da sie sie in Deutschland, wo normale Arbeitsplätze auf sie warteten, brauchen würden. (Prozeß IV, NO - 1875, veröffentlicht in Le Monde Juif, April 1952.) (Siehe auch S. 480.) Eine weitere Beschuldigung gegen Morgen ist auch unaufgeklärt. Der Arzt Hoven in Buchenwald war beschuldigt, einen SS-Oberscharführer vergiftet zu haben. Eugen Kogon erklärt, daß Morgen kaltblütig die Wirkung alkalischer Gifte an russischen Kriegsgefangenen studierte, um dieses Geheimnis aufzuklären[4].

von den vier Lagern Treblinka, Belzec, Sobibor und Chelmno gehört, aber Morgen stellte sie in einem neuen Licht dar. Insbesondere versteifte er sich darauf, daß die Leitung nicht in den Händen der SS gewesen sei. Wirths Tagesbefehle, die Morgen gesehen hatte, kamen nicht vom Reichssicherheitshauptamt, sondern aus der Führerkanzlei in der Tiergartenstraße 4, und sie waren mit „Blankenberg" unterzeichnet. Zu diesem Zeitpunkt, zehn Monate nach Beginn des Nürnberger Prozesses, hatte der Gerichtshof schon genug von Konzentrationslagern und Gaskammern gehört. Ein Mann, der von der wunderbaren Fernsicht, dem Rasen und den Blumen in Buchenwald sprach und keine SS-Leute in Auschwitz gesehen haben wollte, konnte vom Gericht nicht ernst genommen werden[6]. Den Verteidigern wurde daher gesagt, keine Zeit zu vergeuden, und der britische Ankläger Sir David Maxwell-Fyffe (jetzt Viscount Kilmuir) nahm Morgen nicht ins Kreuzverhör.

Nichtsdestoweniger bewies der schon wenige Monate später geführte „Ärzteprozeß" die Wichtigkeit von Morgens Aussage. Es bestand weder ein Zweifel an der Existenz von Blankenberg und Wirth, „dem wilden Christian", wie ihn seine unglücklichen Untergebenen nannten[7], noch an der der „alten, geräumten Anstalt" in Brandenburg an der Havel, wo Wirth früher die Ausrottung von Geistesgestörten vorgenommen hatte. Morgen hatte jedoch in seinem an den Haaren herbeigezogenen Versuch, die SS zu entlasten, einen groben Fehler begangen. Er erwähnte, daß Wirths Kommando unter dem Decknamen „Einsatz Reinhard"[8] arbeitete, und es war zu diesem Zeitpunkt natürlich schon längst bewiesen, daß der Leiter des „Einsatzes Reinhard" der Höhere SS- und Polizeiführer der Provinz Lublin, SS-Brigadeführer und Generalleutnant der Polizei Odilo Globocnik, war*.

So kam es also zu Tage, daß die „Töter aus Barmherzigkeit" unter

* Die Verbindung zwischen Wirth und Globocnik wurde dadurch nur noch klarer. Morgen erwähnte einen zweiten Besuch in Lublin Anfang 1944, in dessen Verlauf er erfuhr, daß Wirth und dessen Lagerwache nach Istrien versetzt worden waren. Wirth wurde im Mai in Straßenkämpfen von Titos Partisanen getötet, wie Morgen später erfahren haben wollte. Kaltenbrunners Verteidiger erzählte die gleiche Geschichte von Straßenkämpfen in Istrien, bei denen Globocnik, den Himmler im September 1943 zum Höheren SS- und Polizeiführer von Istrien und der adriatischen Küste ernannt hatte, den Tod gefunden haben sollte. Nach anderen Angaben soll Globocnik im Juni 1945 in Kärnten Selbstmord begangen haben, um nicht einer britischen Patrouille in die Hände zu fallen. (Siehe Seite 405.) Der Fall Wirth wurde nie aufgeklärt.

dem Massenmörder Globocnik gedient hatten. Die gleichen Männer — Ärzte wie Polizeioffiziere —, denen angeblich die Wohlfahrt der Menschen am Herzen lag, hatten eine Organisation geschaffen, die Millionen normaler Menschen folterte und ermordete. Warum das so einfach war, ist teilweise durch die Aussage des Reichskommissars für Gesundheitswesen, Dr. Karl Brandt, der am 28. August 1947 zum Tode verurteilt wurde, erklärt[9]:

> „Im Jahre 1935 sagte Hitler dem Reichsärzteführer Wagner*, daß, wenn ein Krieg sein soll, er diese Euthanasie-Frage aufgreifen und durchführen werde, weil er der Meinung war, daß ein solches Problem im Krieg zunächst glatter und leichter auszuführen ist, da offenbar Widerstände, die von kirchlicher Seite zu erwarten waren, in dem allgemeinen Kriegsgeschehen nicht diese Rolle spielen würden, wie sonst ..."

Die Verteidiger im „Ärzteprozeß" zitierten zur Verteidigung ihrer Klienten alle verfügbaren liberalen Quellen, die Euthanasie befürwortet hatten, sowie Präzedenzfälle für die Gaskammer aus demokratischen Ländern. Töten aus Barmherzigkeit ist zweifellos eines der Probleme, die sich die moderne Gesellschaft dadurch geschaffen hat, daß sie mehr und mehr von öffentlichen Institutionen abhängig wurde — und einer der offenbarsten Fehler der im nationalsozialistischen Staat lebenden Deutschen war ihr blindes Vertrauen in öffentliche Institutionen. Ihnen wurde überlassen zu entscheiden, ob eine Person geistesgestört, unheilbar krank oder einfach ein asozialer Typ war, Definitionen, die die kleinste Welle echter oder künstlich herbeigeführter öffentlicher Panik ausdehnen konnte. Selbst in Friedenszeiten hatte der Nationalsozialismus mit seiner morbiden Betonung von Jugend und Gesundheit Krankheit fast zu einem Verbrechen gestempelt. Die Ausrede auf die „überflüssigen Esser" hatte ihren Ursprung in wirtschaftlichen und sogar sozialen Erwägungen. Auf diese Weise schlich sich die Sprache der Wohlfahrtsbeamten in die Berichte der Sicherheitspolizei, die die jüdischen Siedlungen in Rußland im Herbst 1941 auskämmte[10]:

> „In Janowitschi ... war ... in vielen Fällen eine ansteckende Krankheit mit fieberhaften Zuständen ausgebrochen ... Da

* Gerhard Wagner war ein öffentlicher Verfechter der Euthanasie zur Zeit der Nürnberger Gesetze des Jahres 1935. Er war wie Leonardo Conti ein ehemaliger Freikorpskämpfer und der Typus des nationalsozialistischen Arztes. Seine Stellung verdankte er der Tatsache, daß Hess sein Patient war.

ein Übergreifen auf die Stadt (Minsk) und die Landbevölkerung zu befürchten war, wurden die Insassen des Ghettos in einer Stärke von 1025 Juden sonderbehandelt. Die Aktion wurde lediglich von einem Führer und 12 Männern durchgeführt" (Ereignismeldung Nr. 92 vom 23. September 1941).

„In einer weiteren Aktion wurden noch 812 männliche und weibliche Personen der Sonderbehandlung unterzogen. Es handelte sich durchweg um rassisch und geistig minderwertige Elemente" (Ereignismeldung Nr. 124 vom 25. Oktober 1941).

In Deutschland hatte das systematische Hinschlachten der Geistesgestörten und unheilbar Kranken zur Zeit dieser außerordentlich typischen Berichte von der russischen Front gerade aufgehört. Die öffentliche Meinung hatte Hitler gelehrt, daß eine asoziale Person immer noch deutsch sein kann, wenn sie auch eine Last ist. Wenn die asozialen Personen allerdings zu einer unterworfenen Rasse gehörten, dann war die öffentliche Meinung stumm. Hitlers Minderwertigkeitskomplex war sein größter Aktivposten. Er wußte, daß man Deutschen alles zumuten kann, vorausgesetzt, daß die „minderwertigen Rassen" noch schlechter fahren.

Hitlers gefährliches Hasardspiel mit den Empfindungen der Deutschen hatte genau zu dem Wagner gegenüber vorausgesagten Zeitpunkt stattgefunden. Seine handschriftliche Bemerkung für Philipp Bouhler trägt kein Datum, wurde aber Karl Brandt zufolge Ende Oktober als Geheimerlaß ausgegeben und zum 1. September rückdatiert[11]:

„Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, daß nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann."

Die nationalsozialistische Hierarchie hat keine unklarere Figur als diesen Philipp Bouhler hervorgebracht, der während der letzten Kämpfe um Berlin auf Görings Landsitz Karinhall Selbstmord begangen haben soll. Seit 1934 war er der Leiter der Führerkanzlei, die, getrennt von den Reichs- und Parteikanzleien, keine andere Aufgabe hatte als die Vorbereitung von Führer-Erlassen, die nie veröffentlicht wurden und unsichtbar blieben. Seinem Aussehen nach schien Bouhler nicht gerade der Typ für solche „graue Emi-

nenz". Er war 1939 vierzig Jahre alt und hatte ein merkwürdig weiches und jugendliches Gesicht. Mit seiner breitumrandeten Brille sah er eher wie ein amerikanischer Student als wie ein SS-Obergruppenführer aus. Im Jahre 1922 hatte er das Philosophiestudium in München aufgegeben, um bei der Gründung des „Völkischen Beobachters" mitzuhelfen. Er war Mitglied unzähliger Ausschüsse, die sich mit Fragen der parteipolitischen Erziehung beschäftigten, und war zur Zeit gerade mit der Säuberung der Schulbücher beschäftigt. Später, im März 1942, als andere Früchte seines pedantischen Geistes in Polen reiften, schrieb er „Napoleon — Kometenbahn eines Genies" [12]. Hitler las das Buch im Bett und war fasziniert von der Beschreibung eines europäischen Plans, der fast so gut wie sein eigener war und durch die Machenschaften der Engländer ruiniert wurde [13].

Laut Viktor Brack, der unter Bouhler diente, war es dessen Ruf als „milder" Mann, der Göring, Himmler und Frick dazu veranlaßte, ihn für die Euthanasie-Organisation vorzuschlagen, obwohl die natürlichste Wahl die des Reichsärzteführers und Staatssekretärs für Gesundheitswesen im Reichsministerium des Innern, Dr. Leonardo Conti, gewesen wäre. Aber der blauäugige Schweizer Conti aus Lugano unterstand neben dem Minister des Innern auch Martin Bormann, der sowohl Leiter der Parteikanzlei als auch Hitlers Geheimsekretär war. Bormann war einer der besessensten nationalsozialistischen Rassefanatiker und soll schon damals gesagt haben, daß das Euthanasieprogramm keinesfalls auf unheilbar Geisteskranke beschränkt bleiben würde. Wahrscheinlich sagte er damit die schließliche Hauptverwendung voraus. In diesem Konflikt mit den Größen der Regierung war Hitlers brauner Schatten nicht völlig der Verlierer, denn am Ende waren Bouhler und Conti gemeinsam Leiter der Organisation * [14].

Es ist kaum möglich, sich im Labyrinth der Beziehungen zwischen den drei Kanzleien und Contis Amt zurechtzufinden, da sowohl Philipp Bouhler als auch Herbert Linden und Leonardo Conti

* Hans Lammers, der Chef der Reichskanzlei, gab dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg eine ganz andere Darstellung. Er sagte, daß Hitler Conti zum Leiter des Programms erwählt hatte. Darauf sei Conti zu Lammers, dem einzigen wirklichen Sachverständigen für Rechtsfragen in allen drei Kanzleien Hitlers, gegangen, um seine Stellung rechtlich festlegen zu lassen, was Hitler in solche Wut versetzt habe, daß er auf der Stelle Conti durch Bouhler ersetzte. („Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher" Bd. XI, S. 72.)

nach dem Krieg Selbstmord begangen zu haben scheinen. Dieses Labyrinth war 1947 noch genau so unübersichtlich wie 1939, obwohl Viktor Brack am Leben blieb und vor Gericht gestellt werden konnte. Dieser Mann von bescheidenen Geistesgaben war nicht Arzt, sondern Student der Volkswirtschaft. Sein Vater war 1929 Geburtshelfer bei Frau Himmler gewesen*, und Viktor Brack wurde daraufhin als Vierundzwanzigjähriger Fahrer und intimer Freund des zukünftigen Reichsführers SS[16]. Im Jahre 1936 bot Bouhler Brack die Leitung der Verbindungsstelle mit dem Amt Contis an, ein Büro, das während der „Euthanasieaktion" unter dem Namen T 4 bekannt wurde, worin eine Anspielung auf Tiergartenstraße Nr. 4, die Adresse der Führerkanzlei, liegt. In diesem Amt hatte Brack vier enge Mitarbeiter, Hevelmann, Vorberg, von Hegener und Werner Blankenberg. Der Letztgenannte wurde Bracks Nachfolger, als dieser 1942 nach Polen ging. Die medizinische Seite der Arbeit wurde aber nicht von Bracks Amtsstelle ausgeführt, sondern von Herbert Linden aus dem Stab Contis, dessen vierzehn „Chefärzte" Rundreisen zu den Irrenanstalten machten. Nach diesen Besuchen sandte dann die „Gemeinnützige Krankentransportgesellschaft GmbH" die ausgewählten Patienten zu den entlegenen und geheimen Instituten, die die Euthanasie durchführen sollten[17].

Es gab sicherlich nicht mehr als ein Dutzend dieser Anstalten in ganz Deutschland, aber laut Karl Brandts und Viktor Bracks Aussagen beseitigten sie zwischen Dezember 1939 und August 1941 über 50 000 Menschen[18]. Die Patienten wurden entweder vergast oder bekamen tödliche Injektionen; einem anderen Zweck dienten diese Anstalten nicht. „Bei uns gibt es keine Kranken, sondern nur Tote", sagte Christian Wirth einem neuen Angestellten von Hadamar[19].

* Margarethe Himmler, geboren 1894 und sechs Jahre älter als ihr Gatte, ist eine Person, deren Bedeutung möglicherweise unterschätzt wurde. Nach Himmlers Jugendfreund Karl Gebhardt war Frau Himmler Krankenschwester in einer eleganten Berliner Klinik gewesen, wo sie die Überzeugung gewonnen hatte, daß alle Ärzte schlecht seien. Sie unterstützte daher Himmlers Vertrauen in Hypnotismus, Homöopathie und den Medizinalrat Felix Kersten. Gebhardt gab nicht zu, daß er dank Frau Himmler ihres Mannes Arzt blieb. Ebenso wie Sigmund Rascher war er nicht nur intimer Freund der Familie Himmler, sondern auch in Himmlers Experimente mit „menschlichen Versuchskaninchen" verwikkelt, wofür er 1947 gehängt wurde. Welche Rolle spielte die ehemalige Berliner Krankenschwester in alldem? Als die Münchner Spruchkammer im August 1952 nach langer Internierung endlich ihren Fall erledigte, zögerte sie nicht zuzugeben, daß sie von Himmlers Befehl, die Juden auszurotten, gewußt hatte[15].

Brack war zugegen, als Wirth die erste Vergasung in Brandenburg durchführte, und nach seinen Angaben waren Bouhler und Conti auch anwesend. Es war Bouhlers Einfall, die Gaskammern als Brausebäder mit Duschen und Bänken zu tarnen. Das wurde dann auch in den Gaskammern von Auschwitz 1943 und 1944 verwirklicht. Die Verwendung von Kohlenoxyd in Stahlflaschen für Vergasungszwecke beschränkte die Anzahl der Personen, die auf einmal getötet werden konnten, auf dreißig[20].

Wirths Name erscheint in keinem der noch existierenden amtlichen Schriftstücke über Euthanasie. Der Grund dafür ist, daß das letzte Stadium der Prozedur in der Tiergartenstraße 4 verleugnet und einer fiktiven Stelle, der „Gemeinnützigen Stiftung für Anstaltspflege", zugeschrieben wurde. Es ist besonders auffallend, daß zur Zeit der Todeslager in Polen Wirth und seine Mitarbeiter sich noch immer, wie Kurt Gerstein bemerkte, als „Stiftung" bezeichneten.

Die damals verwendete Vergasungsmethode bestand in der Einführung von Auspuffgasen von Verbrennungsmotoren. Wirth brüstete sich Morgen gegenüber, daß er sie durch persönliche Experimente entwickelt habe. Das dürfte kaum stimmen, denn Brack sagte aus, daß er einen Chemiker namens Kallmeyer als technischen Berater beschäftigt habe. Kallmeyer wird überdies in dem hier so oft erwähnten Brief genannt, den Dr. Wetzel von Rosenbergs Amt am 25. Oktober 1941 an Reichskommissar Lohse in Riga schrieb[21]*:

> „Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 18. Okt. 1941 teile ich Ihnen mit, daß sich Herr Oberdienstleiter Brack von der Kanzlei des Führers bereit erklärt hat, bei der Herstellung der erforderlichen Unterkünfte sowie der Vergasungsapparate mitzuwirken. Zur Zeit sind die in Betracht kommenden Apparate in genügender Anzahl nicht vorhanden, sie müssen erst hergestellt werden. Da nach Auffassung Bracks die Herstellung der Apparate im Reich viel größere Schwierigkeiten

* Es ist aber möglich, daß Wirth bei der Entwicklung der Vergasung durch Motoren eine geringere Rolle gespielt hat. Als Kriminalkommissar war er ein Untergebener von Arthur Nebe, den Himmler während seines Besuches in Minsk im Juli oder August 1941 beauftragt hatte, eine menschliche Methode für Massenhinrichtungen zu finden. (Siehe Seite 234.) Diese Aussage von dem Bach-Zelewskis wurde 1949 durch den Fund eines Amateurfilms in Nebes ehemaliger Berliner Wohnung einigermaßen bestätigt, der eine von den Auspuffgasen eines Personen- und eines Lastkraftwagens betriebene Gaskammer zeigte[22].

bereitet als an Ort und Stelle, hält es Brack für am zweckmäßigsten, wenn er umgehend seine Leute, insbesondere seinen Chemiker Dr. Kallmeyer, nach Riga sendet, der dort alles weitere veranlassen wird. Oberdienstleiter Brack weist darauf hin, daß das ... Verfahren nicht ungefährlich ist, so daß insbesondere Schutzmaßnahmen erforderlich seien. Unter diesen Umständen bitte ich Sie, sich über Ihren Höheren SS- und Polizeiführer an Oberdienstleiter Brack ... zu wenden und um die Entsendung des Chemikers Dr. Kallmeyer sowie weiterer Hilfskräfte zu bitten. Ich darf darauf hinweisen, daß Sturmbannführer Eichmann, der Sachbearbeiter für Judenfragen im RSHA ... einverstanden ist. Nach Mitteilung von ... Eichmann sollen in Riga und in Minsk Lager für Juden geschaffen werden, in die evtl. auch Juden aus dem Altreichgebiet kommen. Es werden zur Zeit aus dem Altreich Juden evakuiert, die nach Litzmannstadt (Lodz), aber auch nach anderen Lagern kommen sollen, um dann später im Osten, soweit arbeitsfähig, in Arbeitseinsatz zu kommen.

Nach Sachlage bestehen keine Bedenken, wenn diejenigen Juden, die nicht arbeitsfähig sind, mit den Brackschen Hilfsmitteln beseitigt werden. Auf diese Weise dürften dann auch die Vorgänge, wie sie sich bei den Erschießungen der Juden in Wilna ... ergeben haben, und die auch im Hinblick darauf, daß die Erschießungen öffentlich vorgenommen wurden, kaum gebilligt werden können, nicht mehr möglich sein. Die Arbeitsfähigen dagegen werden zum Arbeitseinsatz nach Osten abtransportiert. Daß bei den arbeitsfähigen Juden Männer und Frauen getrennt zu halten sind, dürfte selbstverständlich sein."

Dies ist das früheste bisher entdeckte Dokument, das von ständigen Vergasungslagern spricht, und es ist das wichtigste Glied, das die Verbindung zwischen „T 4" und dem Euthanasiedienst herstellt. Es ist bemerkenswert, daß, obwohl Brack gehenkt wurde, der Verfasser des Briefes, Dr. Ernst Wetzel, niemals vor Gericht gestellt werden konnte, weil er nach dem Kriege spurlos verschwunden war, während Lohse, der am 4. Oktober die rätselhafte Anfrage gesandt hatte, auf die dieser Brief die Antwort ist, heute ein freier Mann ist (siehe S. 587).

Es muß hier unterstrichen werden, daß Wetzel nicht vorschlug, die

einigermaßen primitiven Einrichtungen der Todesanstalten einfach nach dem Osten zu senden. Nicht die Anlagen wurden nach Osteuropa geschickt, sondern Wirth und seine Mitarbeiter, die „Krankenschwestern und Pfleger" der „Stiftung für Anstaltspflege", denn die Ausbildung war das Wichtigste. Die grauenhaften polnischen Ausrottungslager waren für diese Leute nichts Neues. Wenn man das an Justizminister Gürtner im Dezember 1939 gesandte Schreiben des Oberlandesgerichtes Frankfurt am Main liest, könnte man glauben, man habe eine Beschreibung von Treblinka oder Auschwitz vor sich. Das Schreiben sagt, daß die Kinder von Hadamar den Omnibussen mit verhängten Fenstern nachriefen: „Da werden wieder welche vergast", daß die Patienten, mit Papierhemden bekleidet, in den Gasraum geschickt wurden, daß die Leichen auf einem laufenden Band in einen Verbrennungsraum befördert wurden und daß der Rauch aus den Schloten des Krematoriums kilometerweit sichtbar war. Abends betranken sich Wirths Fachleute, die von der Gestapo im Columbiahaus ausgesucht wurden, bis zur Bewußtlosigkeit in dem kleinen Gasthof in Hadamar, wo die Stammgäste sie sorgfältig mieden[23]*.
Dieser und andere Proteste von Gerichten wurden durch öffentlichere Proteste der Kirchen ergänzt — eine Möglichkeit, die Hitler unterschätzt hatte. Eine noch grauenhaftere Beschreibung der Vorgänge von Hadamar wurde am 16. August vom Bischof von Limburg an das Ministerium des Innern, das Justizministerium und das Ministerium für Kirchenangelegenheiten gesandt. Dieser Protest blieb ebenso wie frühere Proteste Kardinal Faulhabers und des evangelischen Landesbischofs von Württemberg, Theophil Wurm, zunächst unbeachtet[26], hatte aber doch später eine gewisse Wirkung. Schon im Winter 1940 bat Gürtner Hitler um eine Entscheidung, erfuhr aber von Lammers, daß Hitler die Veröffentlichung des Geheimerlasses nicht gestatten würde[27]. Es ist wahrscheinlich, daß Hitlers persönliche Diktatur in keiner Frage deut-

* Die Angestellten der Anstalten für Euthanasie wurden normalerweise durch Männer in der Uniform der Kriminalpolizei oder des SD ersetzt, aber einige wirkliche Pfleger wurden des Scheines wegen auch angestellt. So sagte die Krankenschwester Pauline Kneissler[24], daß sie am 4. Januar 1940 bei Werner Blankenberg im Gestapo-Büro im Columbiahaus vorsprechen mußte. Im März sei sie in die Anstalt in Grafeneck gesandt worden, von da in die häßliche, im „Jugendstil" erbaute Villa in Hadamar und schließlich nach Kaufbeuren bei Irrsee in Bayern versetzt worden, wo geistesgestörte Kinder selbst nach der Besetzung durch die Amerikaner getötet wurden[25]. Es war die Aufgabe der Kneissler, die Patienten aus normalen Anstalten abzuholen.

licher herausgefordert wurde als in dieser — in der er mit abstoßender Feigheit handelte.

Zum Schluß siegte die öffentliche Meinung, und Hitler mußte sich mit seinen 50 000 bis 60 000 deutschen Opfern begnügen. Aber die öffentliche Meinung blieb stumm, als fast 1 000 000 Juden in Auschwitz vergast oder sonstwie umgebracht wurden — und Auschwitz gehörte damals zu Deutschland. Diese Erscheinung konnte noch während verspäteter Kriegsverbrecherprozesse beobachtet werden. Die deutsche Presse schrieb viel über Prozesse gegen Personen, die angeklagt waren, Deutsche getötet zu haben — Ilse Koch zum Beispiel —, aber von den Tausenden, die an der Ermordung von Juden beteiligt waren, sind, seit die Rechtsprechung in diesen Fällen deutschen Gerichten übertragen wurde, nicht sehr viele vor deutschen Gerichten angeklagt worden. Wenn es um die Ermordung von Deutschen ging, war das öffentliche Gewissen selbst im Jahre 1941 noch imstande, sich zur Geltung zu bringen. Himmler wurde wankend und schließlich auch Hitler. Anständigkeit und Vernunft siegten. Wenn das in einem anderen Bereich nicht der Fall war, lag der Grund darin, daß nicht genug Anständigkeit und Vernunft vorhanden waren.

Dr. Fritz Mennecke berichtete, daß Hitlers Zug im Sommer 1941 in Hof bei Nürnberg aufgehalten worden sei, weil einige Irre einwaggoniert wurden. Die Menge war so entrüstet, daß sie in Hohnrufe auf ihren Führer ausbrach*. Ob das nun wahr ist oder nicht, wir haben die Aussage von Karl Brandt, daß er im August 1941 auf Hitlers Anordnung hin Bouhler anrief, um ihm mitzuteilen, die Euthanasieaktion sei „abzustoppen" [28].

Himmler, der sich nicht immer bemühte, den Eindruck zu vermeiden, daß er ein Dutzendmensch war und der, wie Graf Ciano schrieb, „den Pulsschlag des deutschen Volkes fühlte", war von dem Programm nie sehr begeistert. Im Dezember 1940 empfahl er Brack, die Anstalt in Grafeneck aufzulösen [29], da, wie er schrieb, es besser sei, die Bevölkerung zuerst durch Filme zur Euthanasie zu erziehen. Daraufhin überredete Brack die Filmgesellschaft Tobis im Sommer 1941, den Film „Ich klage an" zu drehen, die sentimentale Geschichte eines Professors, der unter Anklage gestellt

* Mennecke war einer der im Euthanasieplan beschäftigten „Chefärzte" und Direktor der Anstalt in Eichberg. Er starb im Mai 1947 im Gefängnis an Tuberkulose, nachdem die vom Frankfurter Schwurgericht über ihn verhängte Todesstrafe ausgesetzt worden war, um es ihm zu ermöglichen, als Zeuge im „Ärzteprozeß" zu erscheinen.

wird, weil er den Tod seiner jungen, unheilbar kranken Gattin beschleunigt hatte[30].

Es ist nicht klar, ob erwachsene deutsche Geisteskranke noch getötet wurden, nachdem Bouhler die Aktion eingestellt hatte. Viktor Brack zufolge wurden nur noch geistesschwache Kinder in die Todesanstalten geschickt, wohingegen der Direktorstellvertreter von Hadamar, Alfons Klein, 1946 als Angeklagter aussagte, daß nach August 1941 noch 3000 Erwachsene getötet wurden[31].

2. Die polnischen Todeslager und ihre Entwicklung

Wir wissen jetzt, daß die Tätigkeit der „Gemeinnützigen Stiftung für Anstaltspflege" nach dem August 1941 keine Unterbrechung erfuhr. Die Opfer waren nicht mehr Geistesgestörte oder unheilbar Kranke, sondern Juden. Obwohl Brack sich daran erinnerte, daß ihm Bouhler gesagt hatte, die Wohltat der Euthanasie stehe nur Deutschen zu, erscheinen jüdische Namen schon in den ersten Listen, die 1939 bei „T 4" hinterlegt worden sind. Brandt sagte aus, daß sie „für allfällige spätere Maßnahmen" eingesandt worden wären[32]. Tatsächlich wurden Juden — und einzig, weil sie Juden waren — kurz vor Hitlers Widerruf im August 1941 in die Euthanasieanstalten geschickt. Damals sagte der Kommandant von Buchenwald, Koch, dem Lagerarzt Waldemar Hoven, daß alle Juden des Lagers in die benachbarte Anstalt geschickt werden würden. Dr. Mennecke[33] traf die Auswahl, und einige Tage später wurden 300 Juden in die Anstalt in Bernburg geschafft. Hoven benutzte bei dieser Gelegenheit ein besonderes, als „14 F 13" bekanntes Formular für die sachlich unbegründeten Bescheinigungen des Schwachsinns[34].

Der größte Teil der Aktion „14 F 13" vollzog sich im November 1941 vor einer aus Dr. Mennecke, Professor Nitsche und Professor Heyde bestehenden Kommission. Am 25. November schrieb Mennecke seiner Frau aus dem Hotel „Zum Elefant" in Weimar, daß er bei seinem zweiten Besuch in Buchenwald 1200 Juden untersucht habe[35]. Seine ganze Tätigkeit bestand darin, die bei der Festnahme dieser Juden aufgezeichneten Angaben auf die Fragebogen zu übertragen. Die Formblätter, die Photographien und Menneckes Aufzeichnungen kamen beim Prozeß gegen ihn im November 1946 zum Vorschein. Diese Menschen wurden lediglich auf Grund ihrer Personalakten nach Bernburg geschickt, von

der Prostituierten angefangen bis zum politischen Führer der Linken.

Während des Sommers 1941 hatte Himmler nach Bracks Angaben Philipp Bouhler angewiesen, Psychiater und „neutrale Ärzte" (also keine Lagerärzte) zu beschaffen, um das Gefühlsleben von Insassen von Konzentrationslagern zu untersuchen[36]. Daraufhin kam im November eine merkwürdige Kommission nach Dachau. Die „Psychiater" saßen an zwei Tischen im Freien. Den Vorsitz führte Professor Heyde, der nach seiner Verurteilung zum Tode im Jahre 1946 entflohen und seitdem verschollen ist. Auf diese Weise wurden während des Besuches in Dachau Hunderte Gefangene, Juden wie Nichtjuden, lediglich auf Grund ihrer politischen Vergangenheit „untersucht". Im Januar 1942 wurden sie auf Schloß Hartheim vergast[37].

In jener Zeit waren Besuche dieser Art so zahlreich, daß der Kommandant des Lagers Groß-Rosen von der Anstalt Bernburg erfuhr, daß die Anstalt „in der Zwischenzeit von anderen Konzentrationslagern beliefert werde" und daß daher „arbeitstechnisch ein Zwischenraum notwendig" sei. Das früheste Datum, das in Frage komme, sei der 24. bzw. 26. März. Bernburg könne nur 100 Patienten auf einmal aufnehmen, und sie müßten in Omnibussen dorthin gebracht werden[38].

Der nächste Schritt war daher, auf die falschen Bescheinigungen und die Wartelisten der Euthanasieanstalten zu verzichten und Vergasungseinrichtungen in den Lagern selbst zu schaffen. Auf diese Weise bekam schließlich jedes Konzentrationslager eine Gaskammer irgendeiner Art; deren Benutzung stellte sich jedoch als schwierig heraus. Die Dachauer Gaskammer zum Beispiel, die von den amerikanischen Besatzungsbehörden als warnendes Beispiel bestehen gelassen wurde, war schon beim Bau auf große Schwierigkeiten gestoßen, und ihre Verwendung war auf einige Versuchsopfer beschränkt, Juden oder russische Kriegsgefangene, die von der Münchner Gestapo dazu bestimmt worden waren[39].

Es ist wahrscheinlich nur ein Zufall, daß die Schwierigkeiten mit der Anstalt in Bernburg zeitlich mit der ersten Verwendung der permanenten Gaskammer in Birkenau bei Auschwitz zusammenfielen. In Auschwitz gab es nie bürokratische Hemmnisse mit „14 F 13". Unter der Leitung von Höss wurden die Kranken des Lagers zumindest seit dem Herbst 1941 umgebracht (siehe S. 129).

Soweit es sich um Juden handelte, war es nicht nötig, sie als geistesgestört oder unheilbar erklären zu lassen. Sie wurden 1940 und 1941 nach ihrer Ankunft in die Strafkompanie gesteckt, und wenn sie nach zehn Tagen noch am Leben waren, wurden sie in Gruppen von fünfzig in den Stacheldraht getrieben und „auf der Flucht" erschossen.

In anderen Lagern jedoch wurde das Formular „14 F 13" noch für Einzelfälle verwendet. Morgen stellte das im Juli 1943 und vielleicht noch später fest, obwohl Himmler am 27. März angeordnet hatte, daß in Zukunft nur noch geisteskranke Häftlinge für „die Aktion ausgemustert" werden dürften [40]. Morgen fand, daß Heyde noch immer seine „psychiatrischen" Kommissionen in Buchenwald leitete, aber die Spur führte schließlich zu Philipp Bouhler, einer „hochgestellten, mit dem Führer in direkter Verbindung stehenden Quelle", der Morgen auf Anweisung auswich [41].

Wenige Wochen darauf begegnete Morgen wieder Bouhlers Spur, und zwar in Wirths Briefwechsel in Lublin [42]. Es scheint, daß Bouhler noch immer die „Krankenschwestern und Pfleger" in Polen im Auge behielt. Sie blieben seine Angestellten — im Hinblick auf die mögliche Wiederaufnahme des Euthanasieprogramms nach dem Krieg.

Zweimal ist Personal aus den Euthanasieanstalten nach Polen versetzt worden. Die erste Versetzung wurde in einem Brief von Fritz Mennecke an seine Frau am 12. Januar 1942 wie folgt beschrieben:

> „Seit vorgestern ist eine große Abordnung unserer Aktion unter Führung von Herrn Brack im Kampfgebiet des Ostens, um an der Bergung von Verwundeten in Eis und Schnee zu helfen. Es sind Ärzte, Bürokräfte, Hadamar- und Sonnenstein-Pfleger und -Pflegerinnen dabei, ein ganzes Kommando von 20—30 Personen! Das ist streng geheim! Nur diejenigen, die zur Durchführung der dringendsten Arbeiten unserer Aktion nicht entbehrt werden können, sind nicht mitgenommen. Professor Nitsche ... bedauerte ganz besonders, daß uns ... dadurch Aushilfspfleger und -pflegerinnen so schnell wieder weggenommen worden seien [43]."

Die zweite Versetzung wird in einem Brief von Viktor Brack an Himmler vom 23. Juni erwähnt, als er aus Polen auf Urlaub war, um an Heydrichs Begräbnis teilzunehmen [44]:

„Ich habe dem Brigadeführer Globocnik auf Anweisung von Reichsleiter Bouhler für die Durchführung seiner Sonderaufgabe schon vor längerer Zeit einen Teil meiner Männer zur Verfügung gestellt. Auf Grund einer erneuten Bitte von ihm habe ich nun weiteres Personal abgestellt."

Dies also war die Art und Weise, wie die Männer von Hadamar, Sonnenstein und Eichberg „den Verwundeten in Eis und Schnee halfen"! Im deutschen Hadamar-Prozeß im Jahre 1947 in Frankfurt saß ein plumper Mann namens Hubert Gomerski auf der überfüllten Anklagebank. Als einfacher Heizer im Krematorium, der vom Columbiahaus an seinen Posten gestellt worden war, wurde er freigesprochen. Im August 1950 jedoch stand Gomerski wieder vor dem Schwurgericht, wo ihm nachgewiesen wurde, daß er im Januar 1942 von Hadamar nach Lublin gegangen war. Zum Schluß wurde er der Fachmann für Erschießungen im Todeslager Sobibor. Er war wegen seiner Erfahrung mit Kranken als „der Doktor" bekannt, und seine Spezialität war es, den Halbtoten, die aus den Zügen ausgeladen wurden, mit einer eisernen Wasserkanne die Schädel zu zertrümmern[45]. Ein anderer dieser „Ärzte" von Treblinka, der auch von Wirth in Hadamar ausgebildet worden war, war der Gefreite Josef Hirtreiter, dessen Verschulden 1950 vom Frankfurter Schwurgericht nachgewiesen worden ist. Auch er war wegen seiner Euthanasie-Tätigkeit im Jahre 1947 angeklagt gewesen, und das Gericht hatte nicht herausgefunden, daß er mit jenem „Hirtreider" identisch war, der in der polnischen Treblinka-Untersuchung des Jahres 1945 als Spezialist im Töten von Kindern ohne Verschwendung von Munition genannt worden war[46].

Viktor Bracks Erklärung der Funktion seiner verschiedenen Gomerskis und Hirtreiter ist in einer seiner eigenen Prozeßaussagen enthalten[47]:

„Im Jahre 1941 erhielt ich mündlich Befehl, das Euthanasieprogramm einzustellen ... Um das durch die Einstellung frei werdende Personal zu erhalten und um die Möglichkeit zu haben, nach dem Kriege ein neues Euthanasieprogramm in die Wege zu leiten, forderte mich Bouhler nach einer Konferenz mit Himmler — wie ich glaube — auf, dieses Personal nach Lublin abzustellen, zur Verfügung des Brigadeführers Globocnik ... Später jedoch, Ende 1942 oder Anfang 1943, fand ich heraus, daß diese Leute bei der Massenvernichtung

der Juden mitverwendet wurden, die damals bereits in höheren Parteikreisen allgemein bekannt war."

Auf Befragen seines Verteidigers in Nürnberg erklärte Brack[48], daß weder er noch Bouhler eine Ahnung von der eigentlichen Aufgabe Globocniks, „dieses Leiters der gesamten Judenvernichtung im Osten", gehabt hätten. Erst zur Zeit seines zweiten Ersuchens habe Globocnik sich Bouhler anvertraut. Bouhler habe protestiert, daß, wenn seine Leute an einer so „unfaßlichen Aufgabe" arbeiteten, sie in Zukunft für die Durchführung der Euthanasie nicht verwendbar sein würden. Globocnik habe Bouhler mit der Versicherung beruhigt, seine Unschuldsengel würden „ausschließlich als Aufsichtspersonal in den Arbeitslagern" eingesetzt werden*.

Trotzdem hatte Brack Monate vor der Versetzung seines Personals zu Globocnik mit Vorschlägen für die Schaffung von Todeslagern im Osten zu tun. Die Einrichtungen, die er laut Wetzels Brief vom 25. Oktober 1941[50] für Eichmann in Riga und Minsk zu installieren bereit war, waren wahrscheinlich fahrbare Gaskammern. Eine solche war einen Monat früher Blobels Ausrottungskommando in der Ukraine zugeteilt worden. Sie wurden nicht nach Riga und Minsk gesandt, weil sie woanders gebraucht wurden. Es ist nicht sicher, ob die erste ständige Einrichtung dieser Art in der Nähe von Lodz geschaffen worden ist, wo die ersten Deportierten aus dem Reich angesiedelt worden waren, oder beim Lager Semlin, wohin man die Bewohner des Belgrader Ghettos evakuiert hatte (siehe S. 411). Alles deutet darauf hin, daß die fahrbaren Gaskammern sowohl in Chelmno als auch in Semlin vor Ende 1941 in Gebrauch gewesen sind.

Wirth hatte jedenfalls mit der Gründung dieser Einrichtung in Chelmno zu tun, denn er war bereits in Polen. Laut Aussage des Dr. Gorgass, eines alten Kollegen aus Hadamar, war Wirth von der „Stiftung" im Sommer jenes Jahres entsandt worden, um eine Anstalt bei Lublin zu gründen, ein Plan, dessen Ausführung zusammen mit der von Himmlers Plan für das Konzentrationslager Lublin verschoben wurde (siehe S. 330)[51].

* Ein Angestellter von Hadamar, der Heizer Klier, wurde 1950 von der Anklage des Mordes freigesprochen; er war als eine Art Aufseher im Sortierlager in Sobibor angestellt gewesen, wo er nichts mit den Vergasungen zu tun hatte. Eine gewisse Anzahl Euthanasiepersonal wurde zweifellos für diese — nur relativ gesehen — unschuldige Rolle ausgewählt, einfach, weil die Arbeit nicht Leuten anvertraut werden konnte, die nicht auf tägliche Ausrottungen geeicht waren[49].

Es muß bestimmt eine gewisse Ähnlichkeit zwischen Wirths „alter, geräumter Anstalt" in Brandenburg und dem Ort, der für die Entvölkerung des Lodzer Ghettos erwählt worden war, bestanden haben, einem alten, unter dem Namen „Palast" bekannten Schloß, von dem es eine unglaublich schaurige Photographie gibt. Es war in Chelmno unweit der direkten Eisenbahnlinie Warschau–Posen–Berlin und wurde im Dezember 1941 zuerst in Benutzung genommen. Wie die gleichen Anstalten in Deutschland war diese ursprünglich für die Tötung von unheilbar Kranken bestimmt. Am 1. Mai 1942 schlug Gauleiter Arthur Greiser zum Beispiel Himmler vor, 35 000 tuberkulöse polnische Einwohner seines Gaues nach Chelmno zur „Sonderbehandlung" zu schicken [52].

Es gab jedoch in Chelmno eine Neuerung, die man in den alten Euthanasieanstalten nicht fand. Der aus der „Stiftung" ausgewählte, als „Kommando Botmann" bekannte Stab, war ganz klein. Die schwere Arbeit — viel schwerer als in den Euthanasieanstalten — mußte von den Patienten selbst vor ihrem Tod verrichtet werden, denn die stärkeren Juden durften einige Wochen in den Kellern des „Palastes" leben [53]. Wie wir gesehen haben, behauptete Wirth, daß der Gedanke eines jüdischen Sonderkommandos, das, im Besitze der Geheimnisse der Toten — und auch eines Teiles ihres Goldes —, von seinem Nachfolger vergast und eingeäschert wurde, seinem Kopf entsprungen war. Aber der Gestapobeamte Willi Höttl sagte, Heydrich selbst habe damit eine alte Legende aus der Zeit der Pharaonengräber wieder zum Leben erweckt [54]. Heydrich hielt jedenfalls mehr auf Heimlichkeit als seine Untergebenen. Kurz vor seinem Tode schuf er SS-Oberführer Blobels Organisation, die den Auftrag hatte, alle Spuren der Massengräber zu verwischen, und in Chelmno, dem ersten der „Pharaonengräber", hat Blobel seine Arbeit begonnen [55].

Blobel beschrieb im Verhör in Nürnberg diesen Ort voll Takt als einen „aufgelassenen jüdischen Friedhof in der Nähe von Lodz", aber Höss besuchte Blobel in Chelmno am 17. September, um dessen erfolglose Versuche, die Massengräber mit Hilfe von Dynamit verschwinden zu lassen, zu beobachten. Man hatte sich für diese Methode entschieden, weil Himmler Blobel durch die Dienststelle Eichmann den Befehl erteilt hatte, auch die Asche der Toten verschwinden zu lassen. Blobel verwendete außerdem eine Knochenmühle, und auf seinen fachmännischen Rat bestellte Höss für

Auschwitz von der Firma Schriever A.G. in Hannover eine ähnliche Einrichtung[56].

Nach seiner Rückkehr benutzte Höss weiter ein geschlossenes Krematorium in Birkenau, weil die Leichen im Freien nur langsam und unregelmäßig verbrannten und weil er den fürchterlichen Leichengeruch von der nächsten Gruppe von Opfern fernhalten wollte. Inzwischen hatte Blobel die Methode aufgegriffen, die er später im Todeslager Treblinka und für die ungeheuren Massengräber außerhalb der russischen Großstädte einführte, nämlich ungeheure Scheiterhaufen, die aus eisernen Schienen und hölzernen Eisenbahnschwellen bestanden. Höss hingegen verlangte noch größere und besser ausgestattete Krematorien, fand jedoch im Zuge des unbeschreiblichen Sommerprogramms des Jahres 1944, daß mit Benzin gefüllte Gräben die beste Methode seien, um sich Tausender Leichen schnell zu entledigen (s. S. 486). Diese Methode erwies sich als so erfolgreich, daß sie schließlich dazu verwendet wurde, um Hitlers Leiche verschwinden zu lassen.

Blobels Verbindung mit Chelmno, dem ersten Todeslager, muß bis zu dessen Ursprung zurückgehen, denn eine fahrbare Gaskammer der Sorte, wie sie in Chelmno verwendet wurde, wurde laut seinem eigenen Eingeständnis schon im September 1941 seinem Kommando in der Ukraine zugeteilt[57]. Blobel blieb bis zum Ende ein vertrauter Freund Eichmanns und seines Gehilfen Wisliceny, der Dr. Kastner erzählte, daß Eichmann Blobel im Herbst 1941 beauftragt habe, eine Gaskammer zu entwerfen. Diese Geschichte stammt zwar von dritter Hand, stimmt aber mit vielen bekannten Tatsachen überein. Es ist auch bemerkenswert, wie Höss Blobels Anweisungen nach seinem Besuch in Chelmno aufzeichnete. Blobel war ein Architekt aus Düsseldorf, ein Trunkenbold, über den nicht einmal seine Mitangeklagten 1948 etwas Gutes zu sagen wußten. So saß er während des langen „Einsatzgruppen-Prozesses", ein blonder, bärtiger Irrer mit blutunterlaufenen Augen. Er war einer der sieben Landsberger „Rotjacken", die am 8. Juni 1951 hingerichtet wurden — so spät, daß sie für die Neonazis Helden und Märtyrer werden konnten[58].

Diese fahrbaren Gaskammern von Chelmno wurden vom „Palast" zu den Massengräbern in den Wäldern gebracht und töteten ihre Menschenfracht mit den eigenen Auspuffgasen unterwegs. Es war einfach, aber nicht sehr wirksam. SS-Hauptsturmführer Botmann

sagte Höss, daß der Gasdruck unregelmäßig sei und manchmal nicht töte[59], was auch von einem Juden bestätigt worden ist, der im Februar 1942 dem Sonderkommando entflohen war. Und doch wurden die gleichen Wagen nach Botmanns Rückberufung aus Dalmatien im Jahre 1944 noch verwendet[60]. In der Zwischenzeit ging einer dieser „S-Wagen" (Spezialwagen), die den Spitznamen „Ghettoautobusse" trugen, höchst peinlicherweise verloren und wurde nach einem scharfen Briefwechsel in einer Reparaturwerkstätte in Warthebrücken wiedergefunden[61].

Wir besitzen mehr Informationen über diese fahrbaren Gaskammern aus russischen Quellen, aus Otto Ohlendorfs Aussagen und aus den Briefen der Kraftwagenabteilung des Reichssicherheitshauptamtes, da sie in Rußland nach dem Frühjahr 1942 viel benutzt worden sind. Es geht aus dem Bericht von SS-Untersturmführer Dr. Becker aus Kiew vom 16. Mai hervor, daß die von der Firma Saurer in Berlin erzeugten Wagen noch immer sehr fehlerhaft waren[62]:

> „Die Männer (des Sonderkommandos) beklagten sich bei mir über Kopfschmerzen, die nach jeder Ausladung auftreten. Trotzdem will man von der Anwendung nicht abgehen, weil man fürchtet, daß die für die Arbeit herangezogenen Häftlinge einen günstigen Augenblick zur Flucht benützen könnten.
>
> Die Vergasung wird durchweg nicht richtig vorgenommen. Um die Aktion möglichst schnell zu beenden, geben die Fahrer durchweg Vollgas. Durch diese Maßnahme erleiden die zu Exekutierenden den Erstickungstod und nicht, wie vorgesehen, den Einschläferungstod. Meine Anleitungen haben nun ergeben, daß bei richtiger Einstellung der Hebel der Tod schneller eintritt und die Häftlinge friedlich einschlafen. Verzerrte Gesichter und Ausscheidungen, wie sie vorher gesehen wurden, konnten nicht mehr bemerkt werden."

Die Unwirksamkeit der fahrbaren Gaskammern rief genügend Grauen hervor, aber es scheint ein Nichts gewesen zu sein im Vergleich mit dem, was geschah, als der nächste Schritt versucht wurde, nämlich die Zuführung von Motorabgasen in eine Gruppe ständiger Kammern, von denen jede mit Hunderten Menschen vollgestopft war. Die erste von ihnen, die Vergasungseinrichtung in Belzec, die für die Lubliner Umsiedlung am 16. März 1942 (siehe

S. 283) fertig sein sollte, versagte ununterbrochen. Man ließ die Deportierten tagelang in den Transferstellen, wo sie im Freien hockten, nackt, ohne Nahrung und Wasser. Manchmal wurden sie in geschlossenen Güterwagen auf den Seitengleisen stehengelassen, wo sie erstickten. Der Bericht darüber, der im Februar 1943 von einem Kurier der polnischen Auslandsregierung nach London gebracht worden war, kann nicht mit einer Handbewegung abgetan werden[63]. Er muß zumindest mit den Tatsachen, die von einem **deutschen** Gericht im August 1950 als erwiesen erachtet wurden, verglichen werden, daß nämlich in einem Fall der Vergasungsmotor in Sobibor drei Tage lang nicht funktionierte und daß ein ganzer Transport unter diesen Umständen warten mußte, bis die noch Überlebenden vergast werden konnten[64].

Zwischen Mai und Juni 1942 war Belzec sechs Wochen außer Betrieb[65], und im Juli wurden dort nur die Insassen von zwei Transporten wöchentlich umgebracht[66]. Im November — oder ein wenig später — wurde Belzec endgültig außer Betrieb gesetzt[67], aber das jüdische Sonderkommando war bis zum Juni des folgenden Jahres damit beschäftigt, die Spuren der Massengräber zu verwischen.

Merkwürdigerweise geschah all dies wenige Meter entfernt von der Eisenbahnlinie von Lemberg nach Lublin, wo im April 1943 ein jüdischer Arzt, der später nach der Schweiz entfloh, den penetranten Leichengeruch, der durch die Exhumierungen hervorgerufen worden war, bemerkte, als sein Zug an dieser Stelle vorbeifuhr[68]. Trotzdem waren die wildesten Gerüchte über Belzec im Umlauf. Dr. Guérin hörte in einem nur 30 Kilometer entfernten Kriegsgefangenenlager die wenig wahrscheinliche Erklärung, daß die Juden mittels eines durch Wasser geleiteten elektrischen Stromes getötet würden, und dieser Bericht fand im November 1942 seinen Weg nach London[69]. Erst nach dem Krieg beschrieb ein Überlebender den elenden Dieselmotor, der das Kohlenmonoxyd lieferte. Es war Rudolf Reder, ehemaliger Direktor einer Seifenfabrik in Lemberg, der als Sechzigjähriger sein Leben der Tatsache verdankte, daß er den Dampfbagger des Lagers bedienen konnte[70]. Reder sah in einem Falle, wie die Opfer stundenlang in der Gaskammer eingesperrt waren, während Anstrengungen gemacht wurden, den Dieselmotor anzulassen. Die gleiche Szene wurde von dem deutschen Gasfachmann Kurt Gerstein beschrieben, der

Belzec am 20. August, wenige Tage nach Reders Ankunft, besuchte (siehe S. 170, 298). Es dauerte zwei und eine Dreiviertelstunde, ehe der Motor angelassen werden konnte, und während dieser ganzen Zeit konnte man das Stöhnen aus den vier Gaskammern hören, in denen sich je 750 Menschen befanden[71].

In dem 80 Kilometer von Warschau entfernten Todeslager Treblinka ist eine andere Methode angewendet worden. Die kleinen Gaskammern wurden einzeln von Motoren eroberter russischer Panzer und Lastkraftwagen mit Gas gefüllt. Offenkundigerweise sind diese Gaskammern, deren Bau im Juni 1942 begonnen wurde, nicht rechtzeitig für die Liquidierung des Warschauer Ghettos, für die sie bestimmt waren, fertiggeworden*.

Eugen Kogon erfuhr in Buchenwald von einem Mann, der Ende Juli aus dem Ghetto in Kielce nach Treblinka deportiert worden war, daß die Menschen beim Aussteigen aus den Zügen oder beim Warten in dem als Lazarett bekannten Lagerteil von den Wachen mit Maschinengewehren niedergemäht wurden[77]. Die Gaskammern begannen anscheinend erst zu arbeiten, als er schon drei oder vier Wochen in Treblinka war. Es wäre ohnehin unmöglich gewesen, die Mehrzahl der aus Warschau deportierten 310 000 Juden[78] zusammen mit einer unbekannten Zahl aus anderen Ghettos in drei Gaskammern, jede fünf mal fünf Meter groß, in nur 75 Arbeitstagen zu vergasen[79]. An manchen Tagen verließen 10 000 Menschen den Sammelpunkt in Warschau mit dem vermutlichen Bestimmungsort Treblinka. Es muß daher ein

* Dies wird auch durch die Angaben von Yankiel Wiernik und Stanislaw Kon bestätigt, die Ende August nach Treblinka deportiert worden waren, sowie durch Sawek Warszawski, der im Massengrab lag und für tot gehalten wurde, aber am Leben blieb und im März 1951 bei einem Prozeß in Frankfurt Hirtreiter erkannte[72]. Höss aus Auschwitz bestätigte dies, als er sagte, daß der Tank und die Motoren oft nicht in Ordnung waren und daß „es unmöglich war, den Internierten die Behandlung zu geben, die im Plan für die Leerung des Warschauer Ghettos vorgesehen war"[73].
Andererseits liegt auch die Feststellung der polnischen Untersuchungskommission vor, daß es eine „Dampfausrottungskammer" gab, die schon Ende April fertiggestellt war[74]. Es ist schwer vorstellbar, daß Menschen mit Hilfe von Dampf ausgerottet werden konnten, aber es scheint, daß es zu dieser Zeit ein Barackenlager für aus der Slowakei deportierte jüdische Familien in Treblinka gab (siehe Seite 441), daß diese Gruppe ausgerottet wurde und daß Wiernik sah, wie Teile der Baracken 1942—43 für den Bau der neuen Gaskammern verwendet wurden[75]. Am 28. April 1942, also zur Zeit der Dampfkammer, kam auch eine für Warschau bestimmte Zugladung von Juden aus Theresienstadt an. Die 300 jungen Leute aus diesem Transport wurden verschont, um am Bau des zukünftigen Todeslagers Treblinka zu arbeiten, und einige von ihnen wurden im Juli 1944, als die Russen Warschau erreichten, lebend in Rembartov aufgefunden[76].

erheblicher Anteil in den Zügen gestorben sein. Die Zeugen Wiernik und Rajzman verließen Warschau unter gerade noch erträglichen Bedingungen, achtzig Personen in einem geschlossenen Güterwagen. Dies muß die Ausnahme gewesen sein, denn beide sahen Züge aus Orten ankommen, die nicht weiter als 150 Kilometer entfernt waren; achtzig oder neunzig v. H. der Insassen dieser Züge waren tot[80].

Die Geschichten von Transporten nackter Menschen und Leichentransporten scheinen mit dem neuerlichen Einsetzen der Ausrottungen in Treblinka im März 1943 zu enden, als einige Transporte aus Wien und Luxemburg in Personenwagen ankamen. Die Deutschen stellten sogar ärztliche Hilfe für die Reise und — wenn man Baldur von Schirach Glauben schenken kann — Milch für die Kinder zur Verfügung[81]. Der Hof, in dem die Kranken getötet wurden, hatte ein Gebäude, das als Wartezimmer eines Krankenhauses getarnt war, und das Nebengleis beim Lager war mit einem „Potemkinschen" Bahnhof mit Fahrplänen und Reklamen versehen. Da Treblinka zu dieser Zeit dreizehn Gaskammern hatte, dürften die Hinrichtungen etwas weniger unmenschlich vor sich gegangen sein[82].

Diese vier polnischen Lager waren nur als Ausrottungszentren geplant, aber zu Beginn des Jahres 1943 beschäftigten sie schon so viele Juden beim Aussortieren von Beute sowie beim Exhumieren oder Verbrennen von Leichen, daß sie von den anderen jüdischen Arbeitslagern der SS kaum zu unterscheiden waren. Auf diese Weise hörten sie auf, „Pharaonengräber" zu sein, und ihr Geheimnis kam zu Tage. Denn da die Todestransporte abnahmen, mußte die Regel, daß außer den Zugführern Wirths und einigen gelernten Arbeitern, wie dem Tischler Wiernik, die Sonderkommandos nur wenige Wochen am Leben bleiben durften, gemildert werden.

Als die Ausrottungen wieder einsetzten, hörte der Stab des Einsatzes Reinhard auf, sich viel um Geheimhaltung zu kümmern. So begegnete Professor Robert Levy in Auschwitz einem dreizehnjährigen Jungen aus Luxemburg, dem es, nachdem er monatelang die unaussprechlich furchtbarste Arbeit im Begräbniskommando in Treblinka geleistet hatte, gestattet wurde, sich in ein Bergarbeiterlager zu melden[83]. Während des Warschauer Aufstandes und später wurden in Treblinka regelmäßige Selektionen für Arbeits-

lager getroffen[84], und in Sobibor wurde dies für Transporte aus Holland im Sommer 1943 zum normalen Verfahren[85].

In Sobibor entstand eine peinliche Situation. Im Juli schlug Himmler vor, die Nähwerkstätte für Frauen im Außenlager in ein Depot zur Umänderung der Zünder erbeuteter Munition zu verwandeln[86]. Die Tatsache, daß Pohl und Globocnik Himmler überreden mußten, von diesem Plan abzusehen, scheint darauf hinzudeuten, daß trotz Behauptungen, er hätte Vergasungen in Sobibor beobachtet, Himmler vielleicht doch nicht wußte, daß Sobibor ein Todeslager war[87], da es doch so viele andere Lager gab, die genauso aussahen.

Diese Orte waren der deutschen Hierarchie weniger bekannt als der polnischen Bevölkerung, und Heimlichkeit war am wichtigsten, soweit es sich um Deutsche handelte. Von Globocniks Leuten wurde Stillschweigen erwartet. Als Gefreiter Hirtreiter um Versetzung aus Treblinka bat, sagte ihm Hauptsturmführer Stänge, daß „der Kreis der Wissenden nicht vergrößert werden solle", und Hirtreiter verstand die in diesem Satz enthaltene Drohung[88], eine Drohung, die das völlige Verschwinden von Wirth und seinen vier Lagerkommandanten, der Hauptsturmführer Botmann, Stänge, Neubauer und Tomalla, vielleicht eher erklärt als die Notwendigkeit der Diskretion nach dem Kriege. Sie ist vielleicht auch die Erklärung für die Tatsache, daß nur fünf Leute aus Wirths Kommando identifiziert und vor Gericht gestellt werden konnten. In diesem Zusammenhang muß man sich an die Bemerkung erinnern, die einer dieser Verschwundenen, der Leiter des Krematoriums in Auschwitz, Mußfeld, zu Dr. Nyiszli und den anderen Sklaven in dessen Begleitung machte: „Guten Abend, Kinder, Ihr werdet alle sehr bald umgebracht werden, aber dann kommt die Reihe an uns[89]".

Globocnik, Wirth und die Offiziere vom Einsatz Reinhard verließen sich auf die Verschwiegenheit ihrer Leute, und sie wurden in dieser Erwartung nicht enttäuscht. Sie verließen sich auch darauf, daß ihre jüdischen Sklaven nicht entkommen würden — aber hierin irrten sie. Von Anfang an hatte das System Lücken. Die jüdischen „Gruppenführer", von denen Wirth Morgen sagte, er habe ihnen „ein finanzielles Interesse am Leichenraub" gegeben, konnten nicht wie die anderen Sklaven erledigt werden. Sie waren unersetzlich geworden. Wenn auch Morgens Geschichte unwahr-

scheinlich klingt, wird sie doch durch die Aussage von Samuel Gringauz, einem Richter aus Memel und Überlebenden aus dem Kownoer Ghetto, bestätigt. Er sagte aus, daß der jüdische Zugführer Liptzy so viele Juwelen von den Hinrichtungen auf Fort Nr. 9 erbeutete, daß er in der Lage war, die Gestapo zwei Jahre lang zu bestechen [90]. Die Führer des Aufstandes in Treblinka und Sobibor konzentrierten sich darauf, die ukrainische Miliz zu bestechen — ein viel einfacheres Problem, denn die Milizleute waren undiszipliniert, dem Trunk ergeben und bestechlich, eine wahre Achillesferse der Deutschen.

Nach August 1943 gab es einen weiteren Umstand, der die Todeslager für die Deutschen sehr gefährlich machte. Die Vergasungen hörten auf. Die Gruppen arbeitender Juden konnten nicht mehr aus neuen Transporten ergänzt werden, obwohl mehr Arbeitskräfte für das ungeheure Exhumierungsprogramm nötig waren. Exhumierungen hatten in Treblinka schon im März 1943 begonnen, dem Monat der „Katyn"-Enthüllungen, als Goebbels den politischen Wert eines Massengrabes polnischer Offiziere entdeckte. Diese Inspiration — wie die meisten, die Goebbels hatte — kam im falschen Augenblick, da die Russen gerade in ein Gebiet voller Massengräber vorstießen. Am 29. September, zwei Tage, nachdem die Russen Katyn zurückerobert hatten, schrieb Goebbels in sein Tagebuch, er fürchte, die Russen würden „ihr Bestreben darein setzen, möglichst viele solcher Massengräber ausfindig zu machen, um sie uns in die Schuhe zu schieben" [91]. Himmler war gezwungen, eine große Exhumierungs- und Verbrennungsaktion unter Leitung von SS-Oberführer Paul Blobel und „Kommando 1005" von Charkow und Smolensk bis zur deutschen Grenze anzuordnen [92]. Laut Wierniks Angaben mußten die Deutschen die rauchenden Scheiterhaufen in Treblinka vor niedrig fliegenden russischen Flugzeugen tarnen.

Die Führer des Aufstandes in Treblinka am 2. September 1943 waren der ehemalige Hauptmann der polnischen Armee Dr. Leichert und der Bauingenieur Dr. Galewski, dem die Deutschen so vertraut hatten, daß sie ihn über ein Jahr am Leben ließen und zum Judenältesten des Lagers machten. Die Juden drangen in die Waffenkammer ein und kamen in den Besitz von Waffen, aber leider wurde der Alarm im falschen Augenblick gegeben. Es hätte losgehen sollen, als gerade ein Zug mit polnischen Gefangenen

auf der Rückfahrt von den Steinbrüchen — einer von Himmlers geschäftlichen Unternehmungen — nach „Treblinka I" am Lager vorbeifuhr. Die meisten der Rebellen wurden daher abgeschlachtet, und von denen, die entkamen, waren zu Kriegsende nur mehr 40 am Leben. Vierzehn von ihnen wurden 1945 vor einem Warschauer Gericht verhört*. Aber die Deutschen hatten genug[94], und im November wurde das Lager, oder was noch von ihm übrig war, in die Luft gesprengt, die Spuren der Massengräber wurden ausgelöscht, alles wurde dem Erdboden gleichgemacht, und das Gebiet wurde mit Kiefern bepflanzt[95].

In Sobibor brach die Meuterei am 14. Oktober 1943 aus. Einige weißrussische jüdische Partisanen hatten die Vergasungen des August überlebt — hier, in dem Lager, das Himmler in eine Munitionsfabrik umwandeln wollte. Ihr Führer Saszka Pieczerski, hieß es, sei ein „Politruk", ein politischer Kommissar der Roten Armee, gewesen. An jenem Tag brachen etwa 150 der 600 Juden unter Pieczerskis Führung in Sobibor aus — Polen, Russen und Holländer —, aber nur wenige kamen durch das Minenfeld. Nur von dreißig wissen wir, daß sie den Krieg überlebt haben. Pieczerskis Stellvertreter, Leon Feldhandler, wurde von russischen Partisanen beschützt, ist aber im April 1945 von einer Gruppe, die der polnischen „Arma Krajowa" (Heimatarmee) angeschlossen war, getötet worden[96]. Einige wenige der holländischen Juden kehrten in ihre Heimat zurück (siehe S. 382).

Im November 1943, als die letzten Spuren der Todeslager ausgelöscht und Wirths Leute an die adriatische Küste verbannt waren, gab es noch Hunderttausende Juden in Polen, entweder in Arbeitslagern oder in Verstecken, aber die Aufstände bewogen Himmler, diese Hinrichtungsmethode zumindest im Generalgouvernement aufzugeben; Opfer aus Westpolen wurden allerdings noch immer nach Auschwitz geschickt, und im Februar 1944 wurde das Todeslager Chelmno wieder geöffnet. Es ist trotzdem unwahrscheinlich, daß mehr als ein Viertel der Juden Vorkriegspolens in die Todeslager geschickt worden ist. Mindestens ebenso viele wurden in ihren Heimatstädten oder in deren Nähe zusammengeschossen, und viel mehr gingen in den Ghettos und Lagern elend zugrunde (siehe Anhang I).

* Zwei von ihnen waren tschechische Juden, ehemalige Insassen des „privilegierten" Ghettos Theresienstadt, die im Oktober 1942 nach Treblinka geschickt worden waren[93].

3. Zyklon B gegen Auspuffgase

In allen vier polnischen Todeslagern wurden die Auspuffgase von Motoren für Vergasungen verwendet. Nur in Majdanek, das unter der zentralen SS-Verwaltung stand, wurden „Zyklon B"-Kristalle verwendet, anscheinend aber nur in kleinem Maßstab. Obwohl die Kristalle als „menschlicher" angesehen wurden, widersetzte sich Wirth jeder Änderung seiner in den grausigen Irrenanstalten des Dritten Reichs entwickelten Methoden. Wirth verachtete den Apostel des Zyanwasserstoffes oder „Zyklon B", Höss, den er Morgen gegenüber als „seinen unbegabten Schüler" bezeichnete[97]. Höss andererseits verachtete die in Treblinka verwendeten Methoden, aber nicht aus menschlichen Gefühlen, sondern aus dem gekränkten Ordnungssinn des ehemaligen Buchhalters. Höss hatte außerdem eine Art Besitzerstolz auf Vergasung mit „Zyklon B", weil er nach Eichmanns Besuch in Auschwitz 1941 den angeblich ersten Versuch damit gemacht hatte; laut Dr. Filip Friedman soll sich das am 15. September zugetragen haben[98]. Sechshundert verwundete russische Kriegsgefangene wurden zusammen mit 250 Patienten des Auschwitzer Krankenhauses im Keller von Nummer Elf, dem berühmten Strafblock des Hauptlagers, eingesperrt. Die Fenster wurden mit Lehm hermetisch verschlossen, und die Kristalle wurden einfach durch die Türe hineingeworfen. Als jedoch Truppführer Palitsch am folgenden Nachmittag den Keller betrat, waren viele der Gefangenen noch nicht tot, und das Ganze mußte wiederholt werden. Der Schlußakt wurde von Zenon Rozanski, einem polnischen Offizier, der in der Strafkompanie diente, die die Beerdigungskolonne stellte, beschrieben[99]:

> „Diejenigen, welche an der Tür angelehnt waren, neigen sich merkwürdig steif und fallen auf uns zu und schlagen mit ihren Gesichtern dicht vor unseren Füßen auf den Betonboden auf. Leichen . . . Ganz steif stehende Leichen . . . Sie füllen den ganzen Korridor des Bunkers aus. Dabei sind sie so zusammengedrängt, daß sie gar nicht umfallen können."

Drei Tage vor diesem Geschehnis war der Strafblock von der Strafkompanie unter dem Vorwand, daß er desinfiziert werden solle, geräumt worden. Höss erklärte mehr als vier Jahre später in Nürnberg, daß die Ausräucherungen ihm die Eingebung für die

Vergasungen gegeben hätten. Er hätte die Vergasung mit „Zyklon B"-Kristallen, die nach einer von der Firma Tesch und Stabenow durchgeführten Desinfizierung des Lagers übrig waren, durchgeführt. Es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, daß dies der erste Versuch war, denn es sind Briefe von Karl Weinbacher, des im März 1946 zum Tode verurteilten Gesellschafters dieser Firma, erhalten geblieben, in denen er sich um den Auftrag für Lüftungs- und Heizanlagen für zwei kleine „Vertilgungskammern", jede nur zehn Kubikmeter groß, im Konzentrationslager Groß-Rosen bewirbt. Der erste dieser Briefe trägt das Datum 14. Juli 1941 [100].

Wer war es, der diese Versuche parallel zu denen von Kallmeyer, Blobel und Wirth durchführte? Es wäre interessant, mehr über SS-Untersturmführer Ulmer zu wissen, der laut Filip Friedman 1940 einen detaillierten Plan für Gaskammern in Auschwitz vorlegte. SS-Hauptsturmführer Sigmund Rascher, der am 15. Mai 1941 Himmler Vorschläge für die ersten Experimente an menschlichen „Versuchskaninchen" unterbreitete, die er schließlich im Februar 1942 in Dachau ausführte, darf auch nicht vergessen werden. Dieser schwatzhafte Quacksalber und Mörder zugleich war Himmlers intimer Freund geworden. Himmler bewunderte Frau Rascher, weil sie drei Kinder zur Welt gebracht hatte, als sie schon über 48 Jahre alt war — eine Ehre für die deutsche Mutterschaft [101]. Im Frühjahr 1944 wurden die Eheleute Rascher verhaftet, weil sie sich gesetzwidrigerweise der drei Kinder, die sie als ihre eigenen ausgaben, bemächtigt haben sollten. Himmler intervenierte unter dem Hinweis auf die Wichtigkeit von Raschers Versuchen. Aber obwohl er den Prozeß verhinderte, ließ er die Raschers doch nicht frei. Im Dachauer Konzentrationslager prahlte Rascher Hauptmann Payne-Best gegenüber, daß er die Gaskammer erfunden habe. Indiskretionen dieser Art haben wahrscheinlich Himmler dazu bestimmt, Rascher nicht zu entlassen und ihm in den letzten Tagen des Dritten Reichs einen Genickschuß geben zu lassen [102].

Die Versuche konnten natürlich auch von einem Zivilisten ausgeführt worden sein, der für eine Privatfirma arbeitete. Höss zufolge mußten alle Einkäufe von „Zyklon B" durch Dr. Mrugowsky vom SS-Gesundheitsamt gehen [103]. Mrugowsky beschäftigte Kurt Gerstein, der die Rechnungen für „Zyklon B" schrieb, die Beweismaterial im Nürnberger Prozeß waren. Das Gas wurde von zwei Privatfirmen gekauft, die die Erzeugerrechte vor dem Krieg von

der I. G.-Farben erworben hatten. Diese Firmen waren Tesch und Stabenow in Hamburg und „Degesch" in Dessau. Die erstgenannte lieferte Anfang 1944 monatlich zwei Tonnen nach Auschwitz[104], aber Höss erinnerte sich nur der Lieferungen der Degesch, deren in Nürnberg vorgelegte Lieferscheine[105] monatliche Sendungen von je einer Dreiviertelтonne zwischen dem 14. Februar und dem 31. Mai 1944 aufwiesen. Höss erhielt Sonderbewilligungen vom Inspektorat in Oranienburg und holte dann die Kristalle mit Lastkraftwagen aus Dessau*.

Höss erinnerte sich, zehn Tonnen „Zyklon B" von der Degesch allein empfangen zu haben, aber im Prozeß im März 1946 in Hamburg verantworteten sich die Gesellschafter der Firma Tesch und Stabenow, Bruno Tesch und Karl Weinbacher, damit, daß zwei Tonnen per Monat nicht zu viel zur Desinfizierung einer so riesigen Gruppe von Lagern wie Auschwitz gewesen seien. Das britische Militärgericht entschied jedoch, daß solche Mengen nicht ohne Kenntnis ihres wahren Zweckes geliefert werden konnten. Der Einwand der Verteidigung, daß es unmöglich war, die Erfüllung von Befehlen der SS zu verweigern, wurde auch verworfen, und die beiden wurden hingerichtet[107].

Ganz anders war das Schicksal von Dr. Gerhard Peters, dem Direktor der Degesch. Die Direktoren der I. G.-Farben wurden 1948 auf Grund seiner Aussage von der Anklage des Rassenmordes freigesprochen, da er einen Eid geleistet hatte, die Kenntnis, die er im Sommer 1943 von Kurt Gerstein erworben hatte, geheimzuhalten[108]. Peters wurde wieder im März 1949 vom Frankfurter Schwurgericht und ein Jahr später vom Berufungsgericht über sein Verhältnis zu Gerstein verhört. In beiden Fällen sagte er unter Eid aus, daß Gerstein Massenmord nicht erwähnt hätte, aber er hätte Peters von den Qualen der Opfer erzählt, die sie durch die den Kristallen zur leichteren Entdeckung beigefügten „Reizstoffe" erlitten. Peters hätte den Eindruck gewonnen, daß das Gas für verurteilte Verbrecher und unheilbar Kranke bestimmt gewesen sei. Der Frankfurter Staatsanwalt Dr. Kosterlitz erinnerte Peters daran, daß er zugegeben hätte, Gerstein genügend Kristalle verkauft zu haben, um eine halbe Million Menschen umzubringen.

* Es geht aus erhaltenen Briefen hervor, daß Generalinspekteur Glücks — einer der Verschwundenen — „Zyklon B" beim Namen nannte, während sein Adjutant Arthur Liebehenschel, der einige Monate Kommandant in Auschwitz war, den Decknamen „Material für den Transfer von Juden" gebrauchte[106].

Sollten das alles Verbrecher und Wahnsinnige gewesen sein? Trotz der Offenkundigkeit von Peters' Ausflüchten entschloß sich das Berufungsgericht nicht, das auf fünf Jahre lautende Urteil gegen Peters zu ändern, wobei aber die Untersuchungshaft seit 1947 angerechnet worden ist[109]. Peters ist infolgedessen heute ein freier Mann. Da er erst 57 Jahre alt ist und als ausgezeichneter Fachmann gilt, kann er eines Tages, wenn wieder Wissenschaftler zur Arbeit „hinter den Kulissen" gebraucht werden sollten, noch einmal einen entsprechenden Posten finden*.

Vergasung mit „Zyklon B" litt nicht unter den vielen mechanischen Betriebsstörungen, die Kohlenmonoxydvergasungen so unbeschreiblich grauenhaft gemacht hatten. Höss erinnerte sich nicht eines einzigen Falles, daß jemand lebend in der Gaskammer gefunden worden wäre; Dr. Nyiszli hatte jedoch einen solchen Fall mit der pedantischen Sorgfalt des Pathologen aufgezeichnet. Es handelte sich um ein fünfzehnjähriges Mädchen, das durch Berührung mit der Feuchtigkeit des Bodens gerettet wurde. Nur wenige Stunden später wurde sie vom Kommandanten des Krematoriums, Mußfeld, durch Genickschuß getötet[110].

Dieser Fall ist eine vollkommene Bestätigung der Aussage von Höss, daß das Eintreten des Todes, je nach der Witterung und der Anzahl der Opfer in der Kammer, bis zu fünfzehn Minuten dauerte. Rascher sagte Hauptmann Payne-Best, daß es trotz Himmlers „humanen" Absichten (siehe S. 235) nötig gewesen sei, zu viele Menschen gleichzeitig zu vergasen, so daß es nicht möglich war, allen Opfern einen sofortigen Tod zu sichern[111]. Aber wenn Himmler wirklich Qualen vermeiden wollte, dann wäre ihm sicherlich geraten worden, bei Kohlenmonoxyd zu bleiben, jedoch bessere Generatoren zu verwenden. Es scheint, daß Hitler nach dem ersten Versuch in Brandenburg beschlossen hatte, nur Kohlenmonoxyd zu verwenden, und die Tatsache, daß die Einrichtung in Birkenau erst im August 1942 imstande war, eine große Zahl von Opfern zu vergasen, deutet darauf hin, daß die Umstellung auf „Zyklon B" nicht mit Begeisterung aufgenommen worden ist.

Trotzdem war es bestimmt Hitler selbst, der die verbesserte „Zyklon B"-Einrichtung in Birkenau, die 1943 zu arbeiten begann, genehmigte. In diesem Zusammenhang ist Pohls Aussage, er habe

* Im Wiederaufnahmeverfahren wurde das Urteil vom Frankfurter Schwurgericht am 27. Mai 1955 aufgehoben und Peters „mangels an Beweisen" freigesprochen.

gehört, daß die Pläne ursprünglich von „Bouhlers Dienststelle" gekommen seien, von größter Bedeutung[112]. Der endgültige Bauplan wurde jedoch in der technischen Abteilung des WVHA (Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt) entworfen. Der Leiter dieser Abteilung — Amt C genannt — war eine sehr ungewöhnliche Persönlichkeit, Obergruppenführer Heinz Kammler, der im Januar 1945 Bauleiter sowohl der Wehrmacht als auch der Waffen-SS wurde, nachdem er die riesigen Raketenstützpunkte an der französischen Küste und die unterirdischen Flugzeugfabriken in Deutschland entworfen hatte. Kammler war ein Genie des Betonbaus und ist wahrscheinlich am Tod von mehr Sklaven im letzten Kriegsjahr schuld als alle Konzentrationslager während der gesamten Zeit ihres Bestehens zusammengenommen.

Er war einer der ersten, denen die Geheimnisse der Endlösung anvertraut wurden. Als Folge eines Besuches Kammlers in Auschwitz am 27. Februar 1942 wurde ein Auftrag auf zwei dreitorige Krematoriumsöfen auf fünf erhöht[113]. Von dieser Zeit an gab es einen riesigen Briefwechsel über den Bau von Krematorien in Auschwitz, in dem Kammler die wichtigste Rolle spielte. Aber Kammler konnte nicht vernommen werden, denn er verschwand während der letzten Schlacht um Berlin, wo er eine Division befehligte[114].

Die zwei umgebauten Scheunen am Rande des Dorfes Birkenau waren von März bis August 1942 zureichend, denn zu der Zeit wurden nur sehr selten mehr als 300 Personen auf einmal vergast*. Im August jedoch kamen bereits Transporte aus Frankreich mit einem so geringen Anteil von Arbeitsfähigen, daß manchmal 700 Personen an einem Tag vergast wurden. Zu jener Zeit wurden die Pläne für eine Todesfabrik, die Tausende Menschen auf einmal vergasen konnte, vorbereitet. Die ersten Baupläne für die vier großen Krematorien tragen alle das Datum 3. August 1942 und die Bezeichnung: „Badeanstalt für Sonderaktion"[115]. Aber der Bau ging nicht schnell vor sich. Am 29. Januar 1943 schrieb Sturmbann-

* Der wesentliche Unterschied zwischen den Nürnberger Aussagen von Rudolf Höss (D 749) und von Ferdinand Entress (NO 2368), dem schwer belasteten Arzt von Birkenau, deutet darauf hin, daß ursprünglich eine der beiden umgebauten Scheunen als Umkleideraum verwendet wurde und daß während dieser Zeit die Vergasungen auf 200 bis 300 Personen beschränkt waren. Dies war zureichend, solange nur die Kranken vergast wurden. Etwa 500 bis 800 von ihnen wurden wöchentlich aus dem Krankenbau ausgesucht.

führer Bischoff von der Auschwitzer Bauabteilung folgenden Brief an Kammler:

„Krematorium II ... Die Öfen wurden im Beisein des Herrn Oberingenieur Prüfer der ausführenden Firma Töpf und Sohn, Erfurt, angefeuert und funktionierten tadellos. Die Eisenbetondecke des Leichenkellers konnte infolge Frosteinwirkung noch nicht ausgeschalt werden. Dies ist jedoch unbedeutend, da der Vergasungskeller hierfür benützt werden kann. Die Firma ... konnte wegen Waggonsperre die Be- und Entlüftungsanlage nicht ... rechtzeitig anliefern ... Voraussichtlich am 20. Februar 1943 (ist) die Anlage vollständig betriebsfähig[116]."

In Wirklichkeit war das Krematorium Nr. 2 erst am 13. März fertiggestellt. Am 13. Juni war es noch immer das einzige der vier Krematorien, das tatsächlich im Betrieb war, und die Zimmermannsarbeiten waren immer noch nicht beendet. Ein vom 6. November 1943 datierter Auftrag für junge Bäume, die eine grüne Zone zwischen den Krematorien und dem Lager bilden sollten, erwähnt nur Nummer 1 und 2[117]. Erst im Mai des folgenden Jahres waren alle vier Krematorien in Tätigkeit.

Aus einem Brief der Firma Töpf an Bischoff vom 12. Februar 1943 geht hervor, daß jedes Krematorium fünf dreitürige Öfen mit mechanischer Schüranlage, Aschengruben und Leichenaufzügen hatte. Aber in den beiden größeren Krematorien waren die Gaskammern in gleicher Höhe wie die Öfen, in die die Leichen mit einem Schienenwagen befördert wurden, der von Dr. Ada Bimko gesehen und beschrieben wurde*[121]. Die unterirdischen Gaskammern der kleineren Krematorien wurden durch einen unterirdischen Gang mit leichtem Gefälle erreicht, und Dr. Nyiszli sah Familienväter ihre Kinderwagen dort hinunterschieben.

* Aussagen über das Fassungsvermögen dieser Öfen weichen sehr voneinander ab. Die polnische Untersuchungskommission kam zu dem Schluß, daß die vier Krematorien zuammen 12 000 Leichen täglich einäschern konnten, während Dr. Nyiszli von 20 000 spricht und Höss von 2000 per Krematorium in 12 Stunden, also 16 000 täglich[118]. Während der ungarischen Deportierungen im Mai und Juni 1944 jedoch reichte der ganze Mechanismus nicht einmal für 6000 Leichen täglich aus. Die alten Krematorien, Bunker 1 und 2, mußten wieder in Tätigkeit gesetzt und außerdem riesige Verbrennungsgruben ausgehoben werden. (Siehe Seite 485.) Im Lüneburger Prozeß erklärte Dr. Bendel, daß die fünf Öfen des Krematoriums Nr. 4, in dem er monatelang arbeitete, nur 1000 Leichen täglich einäscherten, wohingegen die offenen Gruben die gleiche Anzahl in einer Stunde erledigten[119]. Offenbar wurden die Krematorien nach August 1944 ganz außer Gebrauch gesetzt[120], da man sie im Vergleich zu den Verbrennungsgruben als unwirtschaftlich betrachtete.

Das Äußere der Gebäude war Nyiszli zufolge, der sechs Monate in einem von ihnen lebte, nicht unfreundlich trotz der Rauchfänge, die für eine angebliche Badeanstalt auffallend groß waren. Der Boden über den Gaskellern war in einen wohlgepflegten Rasen verwandelt worden, auf dem sich pilzförmige Zementfiguren in regelmäßigen Abständen befanden[122]. Diese Figuren, von denen der Neuankömmling nicht viel Notiz nahm, enthielten Öffnungen, durch die der Sanitätsunteroffizier nach sorgfältigem Abschrauben der Deckel die amethystblauen Kristalle warf, sobald ein SS-Arzt den Befehl gab: „Na, gib ihnen schon zu fressen[123]."

Das Gas entströmte langsam durch die Löcher in den Blechsäulen. Im allgemeinen waren die Opfer viel zu dicht aneinandergedrängt, um dies gleich zu bemerken, aber in anderen Fällen waren es so wenige, daß sie sich auf den Boden setzten und auf die Brausen, aus denen kein Wasser kam, und auf den Fußboden, der merkwürdigerweise keine Abflußrinnen hatte, blicken konnten[124]. Dann spürten sie das Gas und drängten sich von den todbringenden Säulen weg und stürzten in wilder Panik zu dem riesigen Metalltor mit dem kleinen Fenster, wo sie sich zu einer einzigen, blauen, klebrigen, blutbesudelten Pyramide anhäuften, noch im Tode ineinander verkrallt und verkrampft.

Fünfundzwanzig Minuten später entfernten die elektrischen Saugpumpen die gasgesättigte Luft, das große Metalltor öffnete sich, und die Männer vom jüdischen Sonderkommando traten, mit Gasmasken, Gummistiefeln und Wasserschläuchen ausgerüstet, ein. Ihre erste Aufgabe war es, Blut und Exkremente wegzuspülen und die aneinandergekrallten Leichen mit Schlingen und Haken voneinander zu zerren — als Vorspiel zu der grauenhaften Suche nach Gold und dem Entfernen von künstlichen Gebissen und Haaren, die von den Deutschen als kriegswichtige Stoffe betrachtet wurden. Dann die Reise mit Aufzug oder Schienenwagen zu den Öfen, die Mühle, die den Klinker zu feiner Asche zermahlte, und der Lastkraftwagen, der die Asche in die Sola streute. Dies war der normale und ordnungsgemäße Verlauf im Fall, daß ein Krematorium nur mit zwei- oder dreihundert Opfern zu tun hatte, aber im Sommer 1944 arbeitete die Todesfabrik nicht so ordnungsgemäß. Ich zitiere Dr. Bendels Aussage in Lüneburg[125]:

> „Jetzt beginnt die wahre Hölle. Das Sonderkommando bemüht sich, so schnell wie möglich zu arbeiten. In wahnsinniger

Eile zerren sie die Leichen an den Handgelenken. Sie sehen wie Teufel aus. Männer, die vorher menschliche Gesichter hatten, kann ich nicht mehr erkennen. Ein Rechtsanwalt aus Saloniki, ein Elektroingenieur aus Budapest — sie sind keine Menschen mehr, denn sogar während sie arbeiten, sausen Stöcke und Gummiknüppel auf sie nieder. Und während dieser ganzen Zeit werden Menschen vor den Gräbern erschossen, Menschen, die nicht mehr in die Gaskammern gepfercht werden konnten, weil diese überfüllt waren. Nach einer und einer halben Stunde ist die ganze Arbeit vorüber, und ein neuer Transport ist vom Krematorium Nr. 4 erledigt worden."

Im Laufe dieses Kapitels wurde der Name Kurt Gerstein häufig genannt. Ich möchte es daher mit einer kurzen Schilderung seiner Mission abschließen — vielleicht der erstaunlichsten Mission des ganzen Krieges —, die ihm vom SS-Gesundheitsamt übertragen worden ist, um Globocnik und Wirth zur Einführung des Vergasens mit „Zyklon B" in den polnischen Todeslagern zu überreden [126].

Am 26. April 1945 fand eine amerikanische Fahndungsgruppe einen deutschen Zivilisten in einem Hotel in Rottweil im Schwarzwald. Es war der vierunddreißigjährige Bergassessor und ehemalige Direktor der Düsseldorfer Firma De Limon Fluhme, Kurt Gerstein. Er überreichte den Amerikanern eine französisch abgefaßte Erklärung auf sieben maschinengeschriebenen Seiten und die Gasrechnungen, die später in Nürnberg eine Rolle spielten — und verschwand dann aus der Geschichte*.

Nach seiner eigenen Darstellung war Gerstein ein Missionsstudent gewesen. Wegen Verteilens religiöser Flugblätter wurde

* Im Prozeß gegen Peters wurde behauptet, daß Gerstein von den Franzosen verhaftet worden wäre und sich am 25. Juli 1945 in seiner Zelle im Gefängnis in Fresnes aufgehängt hätte. Aber vier Jahre später erfuhr Gersteins Witwe, daß es sich als unmöglich erwiesen habe, die Umstände seines Todes oder auch nur seinen Begräbnisort festzustellen [127]. Während des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher wurde angenommen, daß er lebte, und die Verteidigung hatte das Recht zu verlangen, daß er dem Gericht vorgeführt werde. Seine unbeeidigte Erklärung konnte daher nicht als Beweismaterial zugelassen werden. Auch in einigen späteren Prozessen wurde sie erfolgreich von der Verteidigung angefochten, aber ein kleiner Teil daraus erschien in der in Washington veröffentlichten amtlichen Auswahl von Dokumenten aus dem Ärzteprozeß [128].

er 1936 von der Gestapo verhaftet und aus der NSDAP ausgeschlossen. Nach einer zweiten Internierung im Jahre 1938 versuchte Gerstein, den Tod einer Verwandten in der Euthanasieanstalt Hadamar zu erforschen, und meldete sich zu diesem Zweck 1941 zum SS-Gesundheitsamt. Und so wurde dieser Mann, den Pastor Niemöller im Prozeß gegen Peters als einen „eingefleischten Saboteur" bezeichnete[129] und der zweimal der Gestapo in die Hände gefallen war, im Januar 1942 von Mrugowsky zum Leiter der Abteilung ernannt, die sich mit „giftigen Desinfektionsgasen" befaßte.

Am 8. Juni 1942 kam Eichmanns Vertreter in Prag, Hans Günther, zu Gerstein und forderte ihn auf, 100 kg Blausäure vom Prager Kalkwerk abzuholen und zusammen mit Professor Pfannenstiel, SS-Sturmbannführer (in Wirklichkeit war er Obersturmbannführer) und „Ordinarius für Gesundheitswesen an der Universität Marburg an der Lahn"*, zu einem geheimen Bestimmungsort zu bringen. Gerstein und Pfannenstiel machten ihre Reise zwei Monate später und wurden am 17. August von Globocnik in Lublin empfangen. Sie erhielten den Befehl, die Berge angesammelter Kleider zu desinfizieren und einen Plan auszuarbeiten, um die vorhandenen Vergasungseinrichtungen durch „Zyklon B" zu ersetzen.

Es wurde ihnen gesagt, daß dies ein Befehl Hitlers sei, der Lublin am 15. besucht und mit Globocnik eine Mahlzeit eingenommen hätte. Dr. Herbert Linden (siehe S. 142) hätte Hitler bei dieser Gelegenheit auf die Gefahr einer zukünftigen Entdeckung der Massengräber aufmerksam gemacht, aber Globocnik habe Hitler sehr erfreut, als er erklärte, er „möchte Bronzetafeln vergraben, auf denen er als Urheber der Tat verkündet werde". Dies war eine Erfindung Globocniks, denn Hitler hatte sein Hauptquartier gar nicht verlassen. Keine Erfindung ist hingegen Gersteins Beschreibung seines eigenen Besuches in Belzec, die völlig mit der Rudolf Reders übereinstimmt, seine Darstellung von Christian Wirth, der mit einer Konservenbüchse voller Goldplomben umherging. Be-

* Diese Person ist keine Erfindung, sondern einer der zahlreichen Verschwundenen. Am 8. Oktober 1942 schrieb Sigmund Rascher an Himmler, er habe von Professor Pfannenstiel die Erlaubnis erhalten, seine Dachauer „Höhenexperimente" an der Universität Marburg fortzusetzen. Ein Jahr später schrieb allerdings Pfannenstiel an Kurt Blome vom Amt des Reichsgesundheitsführers, daß er Rascher nicht aufnehmen könne, weil seine Tätigkeit geheimgehalten werden müsse[130].

merkenswert sind auch die beiden jüdischen „Zugführer" von Wirth, ein Goldprober des Berliner „Kaufhaus des Westens" und ein ehemaliger Hauptmann der österreichischen Armee, Träger des deutschen Eisernen Kreuzes Erster Klasse, der ihm auf dem Cello vorspielen mußte.

Nachdem er wie ein Irrer wegen der Unfähigkeit der Vergasungsgruppe gewütet hatte, bat Wirth Gerstein, keine Änderung zu empfehlen. Gerstein selbst entzog sich der Notwendigkeit, seinen Versuch mit „Zyklon B" auszuführen, indem er behauptete, der Stoff sei beim Transport beschädigt worden. Wirth nahm dann Gerstein in seinem Wagen nach Treblinka mit, wo ausgezeichnete Unterhaltung in Himmlers typischem „altdeutschem" Stil Pfannenstiel dazu veranlaßte, eine Tischrede über „die Schönheit der Arbeit in unserer Anstalt" von sich zu geben*. Darauf fuhren sie nach Warschau.

Gerstein verbrachte die Nacht im Gang des Schlafwagens nach Berlin, wo er zufällig den Attaché der schwedischen Gesandtschaft, Baron von Otter, traf, dem er ein wortreiches und geradezu hysterisches Geständnis machte. Otter erinnerte sich vieler Einzelheiten dieses Zwischenfalles sieben Jahre später und auch der Tatsache, daß Gerstein ihn im Februar 1943 nochmals aufsuchte[132]. Aber die schwedische Regierung unternahm keinerlei Schritte in der Angelegenheit; erst nach dem Krieg sandte sie dem britischen Außenamt eine Denkschrift über den Fall.

Gerstein machte schlechte Erfahrungen mit der Neutralität und ihren Methoden. Fast wäre er verhaftet worden, als er versuchte, durch den Bischof von Berlin mit dem Vatikan in Verbindung zu treten. Er behauptete, noch einmal — im Jahre 1944 — eine große Menge „Zyklon B" an einen falschen Bestimmungsort gesandt zu haben, als Rolf Günther das Ghetto Theresienstadt liquidieren wollte, ein Plan, der von anderen Zeugen bestätigt wurde (siehe S. 537). Selbst nach dem Krieg hatte Gersteins Geschichte keinen Erfolg, da eine unbeeidigte Erklärung einer entflohenen Person keine Beweiskraft besitzt. Und doch gibt es so viele Mittel, Gersteins Aussage nachzuprüfen, daß der Geschichtsschreiber den größten Teil gelten lassen muß. Sie wirft einen Lichtstrahl auf die

* In Gersteins zweiter, nicht französisch, sondern deutsch geschriebener Aussage, die von seiner Frau ein Jahr später entdeckt wurde, ist die Tischrede nicht erwähnt. Sie enthält jedoch eine merkwürdige Stelle, an der Gerstein ernstlich erwägt, selbst in die Gaskammer zu gehen, und zwar in der Uniform eines SS-Offiziers[131].

düstere Welt des Kommandos Eichmann, der „Anstalt", der Leute um Globocnik, Wirth und Bouhler — eine Welt von Männern, die ohne Mitleid und ohne Verantwortung waren, weil ehrenhafte Deutsche in hohen Ämtern es für richtig hielten, sie zu decken und gleichzeitig ihre Existenz zu verleugnen.

Siebentes Kapitel

Das Schicksal der Juden aus dem Reich und der Kampf um Ausnahmebehandlung

1. Die Deportationen aus dem Großdeutschen Reich Januar 1942 bis Mai 1943

Die Besprechung in Wannsee im Januar 1942 hatte keine bestimmte Frist für den Abschluß der „Umsiedlung" der Juden aus dem Großdeutschen Reich gesetzt, aber diese wäre sicher schneller vor sich gegangen und vollständiger gewesen, wenn Heydrich nicht am 4. Juni gestorben wäre. Selbst Ende Mai 1943, als das Großdeutsche Reich offiziell als „judenfrei" betrachtet wurde[1], war die Zahl der Volljuden, die auf freiem Fuße waren, wahrscheinlich größer als 40 000. Von den etwa 180 000 Juden, die nach der Wannsee-Besprechung deportiert wurden, kamen mehr als 100 000 in das privilegierte Ghetto von Theresienstadt in Böhmen, wo 40 000 von ihnen überlebten*.

Nur nach und nach wurde der Heydrich-Plan für Deportationen nach Rußland in der Form, in der er den Teilnehmern der Besprechung in Wannsee am 20. Januar 1942 vorgetragen worden war, aufgegeben. Da das Einschreiten des Transportkommandos der Wehrmacht Heydrich daran hinderte, noch mehr Juden in die russischen Ghettos zu schaffen, leitete Heydrich seine Transporte an die östliche Grenze des Generalgouvernements. Diese Änderung sollte offenkundig mit der Eröffnung des ersten für dauernden Betrieb eingerichteten Vergasungslagers in Belzec zeitlich zusammenfallen. Die Bestimmung dieser Transporte wurde in der

* Die Behauptung, daß das Großdeutsche Reich im Mai 1943 „judenfrei" war, steht mit den Tatsachen noch mehr im Widerspruch, wenn man die Juden in Lagern und Ghettos innerhalb des Reichsgebietes in Betracht zieht. Dann muß man mit mehr als 90 000 Juden in der „Reichsstadt" Lodz und dem Bezirk Lodz rechnen, mit mehr als 50 000 in Auschwitz und anderen oberschlesischen Arbeitslagern und mit 18 000 Juden, die Dr. Korherr zufolge in der Gegend von Königsberg arbeiteten[2]. Ich kann zwar keinen anderen Hinweis auf diese „ausländischen, d. h. fast ausschließlich sowjetrussischen Juden" in der Gegend von Königsberg finden, aber Dr. Korherr teilte mir mit, daß die Zahl vom Statistischen Reichsamt gestammt habe.

Eintragung in Goebbels' Tagebuch vom 27. März einigermaßen getarnt beschrieben. Die Eintragung ist auf Seite 282 ausführlich zitiert, und in diesem Zusammenhang sei nur ein einziger Satz daraus festgehalten[3]:

> „Die in den Städten des Generalgouvernements frei werdenden Ghettos werden jetzt mit den aus dem Reich abgeschobenen Juden gefüllt, und hier soll sich dann nach einer gewissen Zeit der Prozeß erneuern."

Er wurde aber nicht vor dem Juni erneuert. Die Zusammenfassung von inneren und äußeren „Umsiedlungen" im Generalgouvernement und die dauernde Opposition des Generalgouverneurs Frank hatten ein völliges Chaos hervorgerufen und die weitere Durchführung der Pläne verhindert. Die den Juden vorbehaltenen Städte und die Umsiedlungslager waren in den Wochen, in denen die Deportierten, meist ohne zu arbeiten, darauf warteten, daß die Todesfabrik von Belzec zu arbeiten begänne (siehe S. 156 u. 170), völlig überfüllt. Örtliche Beamte beschwerten sich darüber, daß die Juden aus dem Reich im Zustand völliger Verarmung ankamen; ihr Gepäck, die mitgenommene Verpflegung und die Wäsche waren ihnen in Lublin im Zug weggenommen worden[4]. Einige wenige wurden auf Verlangen der Bezirkshauptleute zur Landarbeit bestimmt, aber die überwiegende Mehrheit von ihnen ist aller Wahrscheinlichkeit nach während des Sommers und Herbstes in Belzec vergast worden. Rudolf Reder fand einige tschechische Juden noch im August im Sonderkommando Belzec[5]*.

Eine größere Zahl arbeitsfähiger Männer wurde in Lublin aus dem Zug herausgeholt und nach „Kl. Lublin" gebracht, dem Konzentrationslager, das dann unter dem Namen Majdanek bekannt wurde. Es wurde zunächst, und zwar bis Dezember 1941, als Lager für

* Es ist sehr schwer, die Transporte in das Gebiet von Lublin zu identifizieren. Die von der Berliner Wiedergutmachungszentrale zusammengestellte Liste zeigt, daß sechs Sondertransporte aus Berlin, Potsdam und Frankfurt im März, April und Juni entweder nach dem „Osten" oder nach „Twarnice" (wahrscheinlich das Transitlager Trawniki) abgingen. Es handelte sich um kleine Transporte, die zusammen nur 3420 Personen umfaßten. Einige Transporte aus Wien gingen nach Opole Wlodawa und Izbica[6]. Eine Anzahl von Transporten ging am 4. März und 28. April aus Theresienstadt[7] und im April aus Düsseldorf und Nürnberg[8] nach der „Transferstelle Izbica". Ein Transport, der für Piaski bestimmt war, verließ Kassel am 11. April[9]. Izbica und Piaski sowie Zamosc, Majdanek und einige kleinere Städte in „Lublin-Land" waren auch die Bestimmungsorte von zwölf Transporten, die zwischen dem 13. März und 13. Juni aus Theresienstadt abgefertigt wurden. Mit den französischen und slowakischen Deportierten zusammen müssen weit über 50 000 Menschen nach Lublin-Land gebracht worden sein.

Juden benützt, aber Ende 1942 zeigten die Aufzeichnungen des RSHA, die Dr. Korherr für Himmler bearbeitete, daß von den 26 300 Juden, die im Lager gezählt worden waren, nur 7330 überlebt hatten. Ein wesentlicher Teil dieser heimlich abgeschlachteten Menschen stammte aus dem Großdeutschen Reich, aus der Slowakei und aus Frankreich. Höchst aufschlußreich ist eine vom 6. Juni 1942 datierte Liste beschlagnahmter Uhren [10]. Die 304 Besitzer dieser Uhren gehörten zu den im Lagerverzeichnis unter den Zahlen 8607 bis 9579 Registrierten und stammten mit wenigen Ausnahmen aus Wien, dem Protektorat und der Slowakei.

Am 15. Juni 1942, kurz vor dem Abgang der letzten Transporte aus dem Großdeutschen Reich nach dem Distrikt Lublin, sagte Eichmann seinen Abteilungsleitern, daß 40 000 Juden aus Frankreich und Rumänien nach Auschwitz gebracht werden würden. Aus militärischen Gründen würden deutsche Juden nicht „während des Sommers nach dem östlichen Operationsgebiet" geschafft werden [11]. Aber es zeigte sich bald, daß das nicht Himmlers endgültige Entscheidung war. Zwischen August und Oktober verließen ungefähr 1200 Juden Berlin, um ins Ghetto von Riga gebracht zu werden, und 2000 Berliner Juden kamen zusammen mit weiteren 1000 aus Theresienstadt in estnische Lager in der Nähe der dortigen Petroleumschürfstellen [12]. Nach Auschwitz ging der erste Transport erst im Oktober, obwohl solche aus den besetzten Ländern des Westens bereits seit Juni dort eingetroffen waren. Worauf ist dieses Zögern in bezug auf die Juden aus dem Reich zurückzuführen? Die Erklärung dafür scheint darin zu liegen, daß Himmler noch immer Bedenken hatte, Juden aus dem Reich innerhalb des Reichsgebietes zu vernichten. Am 4. Dezember 1941, bald nach Wiederaufnahme der Deportationen aus dem Reich, war eine Verordnung veröffentlicht worden, die die summarische Hinrichtung von Juden und Polen wegen irgendeines lächerlichen Vergehens vorsah; das wäre ein entsprechender Deckmantel für ein beabsichtigtes Blutbad gewesen, aber die Verordnung bezog sich nur auf das besetzte Gebiet [13]. Infolgedessen hatte Himmler seine Schwierigkeiten dem Führer zur Kenntnis zu bringen, und Hitler berief für den 26. April 1942 den Reichstag ein, damit er von diesem die Legitimation erhielt, von der bestehenden Rechtsordnung während der Dauer des Krieges abzuweichen. Das erfolgte durch einen der berühmten „einmütigen Beschlüsse" [14], von dem

jedoch während der nächsten Wochen kein besonderer Gebrauch gemacht werden sollte. Im Juli 1942 wurde dann in Breslau eine Hinrichtung ohne vorausgegangenes Verfahren vorgenommen; das Opfer war Karl Lasch, der beschuldigt war, als Gouverneur des Distrikts Radom im Generalgouvernement Unterschleife begangen zu haben. Diese vereinzelte Hinrichtung erwies sich als das auslösende Moment für den vollen Gebrauch des jede Gewalttat sanktionierenden Reichstagsbeschlusses, denn Laschs Chef und Freund war Hans Frank, und Frank war nicht nur Generalgouverneur, sondern auch Reichskommissar für Justiz.

Nach der Hinrichtung von Lasch unternahm Frank eine Reise von einer deutschen Universität zur andern und predigte dort die Rückkehr zum Rechtsstaat (s. S. 44). Hitler war aus diesem Grund gezwungen zu handeln. Am 20. August, vier Tage, bevor er Frank vom Amt des Reichskommissars abberief, ersetzte er den einigermaßen passiven geschäftsführenden Justizminister Franz Schlegelberger durch einen brutalen Parteimann, den Richter des Volksgerichtes Dr. Otto Thierack. Der neue Minister hatte das Recht, „vom bestehenden Recht abzuweichen", um eine „starke nationalsozialistische Rechtspflege" aufzubauen [15].

Um den Plan von Auschwitz auf die Juden aus dem Reich ausdehnen zu können, mußte man sie zunächst durch eine allgemeine Verfügung außer Recht stellen. Ein von Thierack unterschriebenes und vom 14. September 1942 datiertes Protokoll zeigt, daß Goebbels ihm vorgeschlagen hatte, die Juden als „bedingungslos ausrottbar" zu erklären. Goebbels war der Ansicht, daß „der Gedanke der Vernichtung durch Arbeit der beste sei" [16]. Es ist sehr bemerkenswert, daß Thierack am 22. Juli, einen Monat vor seiner Beförderung, Goebbels eingeladen hatte, vor den Mitgliedern des Volksgerichtshofs einen Vortrag zu halten. Goebbels wetterte damals gegen das Fortbestehen gewisser Möglichkeiten für Juden, sich an ein Gericht zu wenden, und sagte die Deportierung von 40 000 in Berlin wohnenden jüdischen „Staatsfeinden" voraus [17]. Ebenso bemerkenswert ist, daß Thierack, bevor er sich über die Sache mit Himmler unterhielt, zu Goebbels ging. Dieser Umstand verlieh den Erklärungen, die Himmler im April 1945 dem Grafen Bernadotte und Felix Kersten gegenüber machte, eine gewisse Glaubwürdigkeit [18]; ihnen zufolge wäre ihm die Judenverfolgung durch Goebbels' überragenden Einfluß auf Hitler aufgezwungen

worden. Leider wurde Thierack niemals über das bewußte Protokoll einvernommen. Er beging im Oktober 1946 in einem britischen Internierungslager Selbstmord, als er erfuhr, daß er der Hauptangeklagte im dritten Nürnberger Prozeß, dem Prozeß gegen die deutschen Richter, sein sollte.

Am 18. September 1942 besuchte Thierack Himmler in dessen Hauptquartier, und man kam überein, unter dem Schlagwort „Auslieferung der Asozialen für die Vollstreckung ihrer Urteile" die Grundlage für die Einlieferung aller Juden, Zigeuner, Russen, Ukrainer und nicht germanisierten Polen in ein Konzentrationslager ohne Anklageerhebung zu schaffen. Thierack unterrichtete Martin Bormann am 13. Oktober folgendermaßen[19]:

> „ . . . daß die Justiz nur in kleinem Umfange dazu beitragen kann, Angehörige dieses Volksstamms auszurotten. Es hat keinen Zweck, diese Menschen durch Jahre in deutschen Gefängnissen zu halten, auch wenn sie, wie das heute in großem Maße geschieht, zur Arbeit für Kriegszwecke benützt werden."

Thierack hielt es für besser, solche Personen der Polizei zu übergeben, „die die nötigen Maßnahmen ungehindert durch Vorschriften über das strafrechtliche Beweisverfahren treffen kann".

Als Justizminister hatte Thierack nur sein Desinteressement an den Asozialen zu erklären. Zu ihrer Auslieferung an die Polizei war außer seiner privaten Zustimmung keinerlei Verordnung notwendig. Infolgedessen verständigte das Reichssicherheitshauptamt die Höheren SS- und Polizeiführer und durch sie die Gauleiter, daß die Verordnung vom 4. Dezember 1941 überholt sei und daß das ordentliche Strafverfahren nicht mehr auf Polen, östliche Völker, Juden und Zigeuner angewandt werden dürfe[20].

Diese Instruktionen ermöglichten es Himmler, drei Dinge zu tun. Er hatte zum erstenmal einen „gesetzlichen" Deckmantel für die Ausrottung von Juden aus dem Reich im Reichsgebiet. Er konnte nunmehr „Ostarbeiter" in seine Konzentrationslagerfabriken pressen, und er konnte seine irrsinnigen Pläne einer deutschen Kolonisierung in der Kreishauptmannschaft Zamosc in Polen weiterverfolgen (siehe S. 51 u. 275).

Dem Rundschreiben des Reichssicherheitshauptamtes vom 4. Dezember folgten sofortige Maßnahmen. Am 14. wurde eine Razzia auf Fremdarbeiter „unter Beachtung der notwendigsten Formali-

täten auf dem schnellsten Wege" angeordnet[21]. Das Justizministerium sollte vor dem 31. Januar 1943 die Überführung von 35 000 Personen in die Konzentrationslager durchführen. Am 31. Dezember hatte man etwa 12 000 Menschen gefaßt. Aber Kaltenbrunner informierte Oswald Pohl, daß die Insassen der Lager — es waren ihrer mehr als 400 000 — schneller stürben, als sie ersetzt werden könnten. Himmler schrieb dem Inspektorat, daß die Sterblichkeit um jeden Preis herabgesetzt werden müsse. In den letzten sechs Monaten waren 136 700 Menschen in die Lager geschafft worden, und 80 000 von ihnen waren nicht mehr am Leben[22].

Unter dem Deckmantel des „Reorganisierungsprogramms" begann dann in Auschwitz die Zusammenfassung der Juden aus den Lagern des Altreichs. Am 5. Oktober 1942 ordnete das Inspektorat in Oranienburg an, daß die Juden in den Lagern Buchenwald, Dachau, Sachsenhausen, Ravensbrück, Mauthausen und Groß-Rosen mit den in den Lagern in Auschwitz und Lublin befindlichen Polen und Ukrainern ausgetauscht werden sollten[23].

Diese Anordnung bezog sich auf eine verhältnismäßig kleine Zahl von Menschen. Von 40 600 Juden, die seit der Machtergreifung in die Konzentrationslager eingeliefert worden waren, waren die meisten gestorben oder ausgewandert[24]. Von den wenigen Tausenden übriggebliebenen konnte man nur bei 1600 annehmen, daß sie für die Arbeit in Auschwitz geeignet seien. Außerdem konnte man in Buchenwald die Verschickung nach Auschwitz umgehen, wenn man über entsprechenden „Einfluß" verfügte. Christopher Burney, ein britischer Offizier, der in Buchenwald in Haft war, berichtet, daß mehr als fünfhundert deutsche Juden, die schon seit der Vorkriegszeit in Buchenwald gewesen waren, dort bis 1945 überlebt hätten, während Eugen Kogon sagt, daß zweihundert von ihnen vor der Verschickung dadurch bewahrt worden wären, daß man sie als Maurer ausgebildet hatte[25].

Am 26. November erstreckte eine Anordnung von Fritz Sauckel, dem Reichsbevollmächtigten für Arbeit, den Austausch auf alle Juden in einer anerkannten Beschäftigung innerhalb des Reichsgebietes. Sie sollten durch Polen ersetzt werden, die man aus dem Gebiet von Zamosc zu vertreiben beabsichtigte[26]. Endlich schien es, daß der Widerstand der Wirtschaftsministerien gegen die SS überwunden war und daß auch die seit Oktober 1941 geschützten Juden, die in der Rüstungsindustrie arbeiteten, nunmehr deportiert

werden sollten. Nichtsdestoweniger konnten die jüdischen Rüstungsarbeiter in Berlin und Breslau noch einen weiteren Aufschub von drei Monaten genießen, da man ja durch die bloße Vertreibung polnischer Landwirte aus Zamosc noch keine Facharbeiter bekam.

Im Dezember 1942 kam SS-Sturmbannführer Brunner aus Wien in Berlin an. Seine durch Eichmann vorgenommene Berufung ins Auswanderungsamt war ein unheilvolles Zeichen. Brunner, der im Mai 1946 hingerichtet wurde, war wahrscheinlich der erfolgreichste von Eichmanns Fachleuten für Deportierung, denn er hatte sich vorher schon in Frankreich, Griechenland und der Slowakei betätigt. Er war ein Mann mit einem ziemlich undurchsichtigen Charakter. Dunand sagt, daß er wie ein Jude aussah, und Dr. Georges Wellers bezeichnete ihn als „klein, schlecht gebaut, nicht sonderlich gesund, mit einem ausdruckslosen Gesicht und kleinen Augen mit bösartigem Blick, der mit monotoner Stimme, die er selten erhob, sprach" [27].

Brunner war es, der den jüdischen Ordnungsdienst in Polen einführte, die Polizei mit der Armbinde, die im Auftrag des Judenrates die eigenen Genossen verhaftete [28], eine Einrichtung, von der Brunner auffallenderweise während seines Pariser Aufenthalts im folgenden Juli Gebrauch zu machen unterließ (siehe S. 346 u. 369). In Paris teilten nicht einmal die staatenlosen Juden die Resignation, an der die in Berlin verbliebenen Juden als Folge der zehnjährigen Unterdrückung litten. Diese Stimmung ist nur zu gut in den Worten des Rabbiners Leo Baeck wiedergegeben, der damals Präsident der „Reichsvereinigung" war [29]:

> „Später, als die Frage entstand, ob jüdische Ordonnanzen Juden für die Deportierung aussuchen sollten, habe ich die Ansicht vertreten, daß es besser wäre, wenn sie es tun, da sie wenigstens sanfter mit ihnen umgehen und ihnen eher helfen würden als die Gestapo und ihnen ihr Los leichter machen würden. Es war kaum in unserer Macht, dem Auftrag wirksam Widerstand zu leisten."

Die Eintragungen in Goebbels' Tagebuch ziehen fast diesen letzten Satz in Zweifel. Drei Züge mit Deportierten gingen am 13. Januar sowie 19. und 25. Februar ab, ohne besonderes Aufsehen zu erregen [30]. Aber von der großen Razzia in den Munitionsfabriken in der Nacht des 27. Februar waren viele in der Berliner

Gesellschaft bekannte Juden betroffen. Die Wehrmachtsfabriken wurden von Himmlers Prätorianer-Garde, der „Leibstandarte Adolf Hitler", umzingelt, und die Juden wurden in den Werkstätten so lange gefangengehalten, bis die Transporte bereit waren [31]. In der Zwischenzeit durften ihre Familien die Wohnungen nicht verlassen. Am 2. März notierte Goebbels in seinem Tagebuch, daß die Razzia am Wochenende kein besonderer Erfolg gewesen sei. „Die besseren Kreise, insbesondere die Intellektuellen" hatten die Juden gewarnt. Vier Tage später war Goebbels ebenso wütend auf die Gestapo, die die Razzia während der Nacht eines fürchterlichen Angriffs der britischen Luftwaffe fortgesetzt hatte [32]. Nachdem schließlich eine Menschenmenge gegen die Evakuierung eines jüdischen Altersheims demonstriert hatte, mußte Goebbels den ganzen Plan aufgeben. „Wir wollen uns das lieber noch einige Wochen aufsparen, dann können wir es um so gründlicher durchführen."

Hitler aber wollte keinen Aufschub dulden. Am 9. März beschwerte er sich Goebbels gegenüber darüber, daß es immer noch jüdische Intellektuelle in Berlin gebe. Die Verhaftung von in Mischehen lebenden Juden habe „besonders in Künstlerkreisen stark sensationell gewirkt", so daß eine Anzahl von ihnen entlassen werden mußte [33]. Diese Partner „privilegierter Mischehen" sollten lange nach dem 19. März, als die letzten 306 Berliner Juden nach Auschwitz gebracht wurden, und lange nach dem 19. Mai an Ort und Stelle bleiben, als Berlin nach der Verschickung von 109 Mitgliedern der „Reichsvereinigung" nach Theresienstadt offiziell „judenfrei" wurde [34]. Aber nicht nur die jüdischen Partner von Mischehen blieben von der Verschickung verschont. Am 28. Februar gab es offiziell 27 281 Juden in Berlin, von denen man 6000 später nach Auschwitz und 3000 nach Theresienstadt verschleppt hat*. Von den ungefähr 18 000, die nach dem 19. Mai in Berlin verblieben, gehörten weniger als die Hälfte zu den privilegierten Juden. Die anderen trieben sich während des Tages ohne Lebensmittel- oder Kennkarten auf den Straßen herum und wurden während der Nacht von nichtjüdischen Freunden notdürf-

* Es ist bemerkenswert, wie schlecht informiert Oswald Pohl, der Leiter der gesamten Konzentrationslagerverwaltung, war. Als er sich Himmler gegenüber darüber äußerte, daß man nach Arbeitsschluß keine jüdischen Rüstungsarbeiter die Scheringwerke in Oranienburg verlassen sehe, sagte ihm dieser, daß sie nach Theresienstadt gebracht worden seien [35].

tig beherbergt. Am 11. März hatte Goebbels ihre Zahl mit 4000 unterschätzt, während er sich am 18. April darüber beschwerte, daß Juden, die keinen Ausnahmeschein besaßen, immer noch offen „mit dem Judenstern in der Reichshauptstadt herumlaufen" [36].

Durch Zufall ist ein Bericht über das Schicksal von drei Transporten erhalten geblieben, die Berlin am 4., 5. und 13. März 1943 mit der Bestimmung Auschwitz verließen. Zunächst hatte Höss, der Kerkermeister von Auschwitz, von Glücks' Arbeitsamt D II in Oranienburg (siehe S. 123) die Mitteilung erhalten, daß der erste Transport aus Rüstungsarbeitern bestehen werde, die unter allen Umständen als arbeitsfähig anzuerkennen wären, weil nur auf diese Weise die Leistungsfähigkeit des Bunawerks voll ausgenützt werden könnte (s. S. 120). Der Transport sollte aber nicht an der üblichen Stelle, sondern möglichst in der Nähe der Fabrik ausgeladen werden. Binnen weniger Tage sei eine fühlbare Erweiterung der Einrichtung des Bunawerks zu erwarten.

Am 5. März traf in Oranienburg ein Bericht des Obersturmführers und späteren Hauptsturmführers Albert Schwarz, des Arbeitseinsatzführers für die Auschwitzer Außenlager, ein, der sich darüber aufhielt, daß 1118 der im Transport befindlichen 1750 Personen Frauen und Kinder waren. Alle Männer und 200 Frauen wurden zur Arbeit zugeteilt. Der Rest verfiel der „Sonderbehandlung". Das Durchschnittsalter der am Leben Belassenen war zwischen 50 und 60. „Wenn die Transporte aus Berlin weiter mit so vielen Frauen und Kindern nebst alten Juden anrollen, verspreche ich mir in Punkt Einsatz nicht viel. Buna braucht vor allen Dingen jüngere und kräftige Gestalten [37]."

Die pessimistische Voraussage von Schwarz war begründet. Der nächste Transport aus Berlin brachte 1128 Menschen, von denen nur 485 der Gaskammer entgingen, obwohl auch das ein Rüstungsarbeiter-Transport gewesen war. Aus dem dritten Transport wurden 365 von der Gesamtzahl von 964 nicht vergast. 1682 der 3842 Berliner Juden hat man zur Arbeit ins Bunawerk geschickt. Das war das äußerste, was man in der Zeit der seit Kriegsausbruch größten, durch den Mangel an Arbeitskräften hervorgerufenen Panik tun konnte. Es hatte erst der Katastrophe von Stalingrad bedurft, um das Tempo der Vergasungen auch in so geringfügigem Maße zu verlangsamen. Elf Tage später, am 16. März, trafen die Vertreter von Krupp mit Karl Sommer von der Abteilung D II zusam-

men, um über die in Aussicht genommene Fabrik für Granatzünder in Auschwitz zu verhandeln. Sommer erklärte, daß ungefähr vierzehn Tage vorher alle Berliner Juden nach Auschwitz verschickt worden seien und daß sie „Mitteilungen der SS zufolge" sich zum großen Teil im Lager Auschwitz befänden [38].

Am 5. März kam ein zweiter Transport aus Breslau in Auschwitz an. An diesem Tage wurden 1450 Menschen vergast, was zu diesem Zeitpunkt, als noch keines der vier neuen Krematorien zur Verfügung stand, eine sehr hohe Zahl war. Der Aufschub der Inbetriebnahme des ersten Krematoriums (siehe Seite 166 und 167) bis 13. März trug zu der Verlangsamung der Deportationen bei, die in den Städten des Reichs bis Ende Mai vor sich gingen. Auschwitz wurde mit Transporten aus Frankreich, Belgien, Griechenland, Bulgarien und Polen so überfüllt, daß die holländischen Transporte im März nach dem Todeslager in Sobibor[39] und ein Transport aus Luxemburg nach Treblinka umgeleitet werden mußten. Phantastische Angaben über die Zahl der tschechischen und österreichischen Juden, die im Frühjahr 1943 in Treblinka vergast worden sein sollen, sind von Überlebenden dieses Todeslagers gemacht worden; sie sprachen auch von einer „Potemkinschen" Eisenbahnstation und von Schlafwagenzügen [40]. Aber die Zahl der in Prag und Wien Ende 1942 verbliebenen Juden schließt die Möglichkeit aus, daß mehr als zwei- bis dreitausend von ihnen nach Treblinka geschickt wurden. Der Bericht der Untersuchungskommission, die nach dem Krieg vom Richter Lukazskiewicz aus Siedlice geleitet wurde, nennt nur zwei Transporte aus Wien, die am 23. März und 1. April 1943 in Treblinka ankamen — wahrscheinlich war einer von ihnen der Transport, von dem der in Nürnberg vernommene Zeuge Rajzman annahm, daß eine Schwester von Sigmund Freud in ihm umgekommen war [41].

Es ist möglich, daß in den sechs Monaten der letzten Umsiedlungsaktion bis zu 25 000 Juden aus dem Großdeutschen Reich nach Auschwitz verschickt wurden, während man gleichzeitig 8000 Juden aus Auschwitz nach Theresienstadt brachte. Auch wenn man das in Betracht zieht, ist der Anteil von aus dem Reich in die Todeslager verschickten Juden im Vergleich mit den Zahlen für Griechenland und Holland, zwei besetzten Ländern, klein *.

„Nach dem augenblicklichen Stand der Endlösung der Juden-

* Es ist äußerst schwer, die Zahl der tatsächlich in die Todeslager verschickten Juden

frage", schrieb Eichmann am 8. Juli 1943 an Eberhard von Thadden, seinen neuen Verbindungsmann im Auswärtigen Amt, „befinden sich im Reichsgebiet lediglich noch die in deutsch-jüdischen Mischehen lebenden Juden und einige wenige Juden ausländischer Staatsangehörigkeit[43]." Am 23. April sagte Himmler den Offizieren von drei SS-Divisionen in Charkow: „Wir sind bald entlaust. Wir haben nur noch 20 000 Läuse, dann ist es vorbei damit in ganz Deutschland[44]." Aber Himmler, der durch seinen Statistiker Dr. Korherr verläßliche Zahlen erhalten hatte, konnte nur das Altreich im Sinne gehabt haben, denn mindestens 33 000 überdauerten den Krieg[45], und das waren noch lange nicht alle Juden, die sich auf freiem Fuß befanden, von denen eine große Zahl, wie Dr. Korherr Himmler sagte, „als unauffindbar abgeschrieben werden müssen". Alle drei Hauptstädte des Großdeutschen Reichs hatten ihre unterirdisch lebende jüdische Bevölkerung. In Wien, von welcher Stadt sich Baldur von Schirach bei Heydrichs Begräbnis gebrüstet hatte, sie werde Ende 1942 „judenfrei"[46] sein, waren sie als „U-Boote" bekannt und wurden von den Kultusgemeinden in Budapest und Preßburg, so gut es ging, heimlich unterstützt[47].

Die meisten der Halbjuden und der in Mischehen lebenden Juden überlebten den Krieg, weil Hitler sich nicht durch Bewilligung der Sterilisierung als einer Alternative zur Deportation die Hände binden wollte. Schließlich wurde auch die Deportierung der in Mischehen lebenden Juden angeordnet, aber nur die Verschickung nach Theresienstadt; diese Aktion begann aber erst 1945. In der Zwischenzeit führten die „privilegierten" Juden des Großdeutschen Reichs ein Leben als Geiseln der Gestapo. Heydrichs Entscheidung in der Besprechung in Wannsee und Thieracks Übereinkommen mit Himmler hatte sie des letzten Restes eines gesetzlichen Schutzes beraubt. Jede bei den Haaren herbeigezogene Beschwerde bedeutete Deportierung.

Viel hing von der Zusammenarbeit der Gauleiter mit der Gestapo ab. In Frankfurt wurde das Jahr 1943 mit einem wahren Terror-

zu berechnen. Den Angaben zufolge, die Dr. Korherr Himmler gegenüber machte und die Dr. Simon von der „Reichsvereinigung deutscher Juden" für ihn vorbereitet hatte, gab es Ende 1942 74 979 Juden im Großdeutschen Reich, davon 51 327 im Altreich, 15 530 im Protektorat und 8112 in Österreich. Der zweite Bericht Dr. Korherrs sagt, daß die Zahl der Juden im Altreich im April 31 910 betrug, von denen 16 668 in Mischehen lebten und daher privilegiert waren. Daraus kann man schließen, daß Ende Mai, als das Großdeutsche Reich offiziell „judenfrei" war, sich mehr Juden auf freiem Fuß befanden als die 32 000, die offiziell als in Mischehen lebend bezeichnet wurden[42].

regime eingeleitet, als Gauleiter Jakob Sprenger, ein früherer Postbeamter, die monatliche Festnahme von wenigstens hundert in Mischehen lebenden Juden mit ihrer Nachkommenschaft anordnete[48].

Infolgedessen starben in den Gaskammern von Auschwitz die Frauen von Richtern und hohen Staatsbeamten, die Mütter dienender Soldaten, ein Offizier des ersten Weltkrieges und sogar ein irrtümlich einbezogener Nichtjude. „Gründe" für die Verschikkung waren unter anderem, wenn man es verabsäumt hatte, gelegentlich einer auf dem Postamt abgegebenen Unterschrift seinem Namen ein „Israel" hinzuzufügen, wenn man eine Zigarette auf der Straße rauchte, eine Straßenbahn benützte, ein Lebensmittelpaket erhielt oder an einer Skatpartie teilnahm. Wenn ein Halbjude geltend machte, daß diese Vorschriften ihn nicht beträfen, sagte ihm Kriminalkommissar Heinrich Baab oder seinesgleichen: „Die gehen uns einen Dreck an. Wir machen hier unsere eigenen Gesetze[49]." Aber Baab, der 1950 vor dem Frankfurter Schwurgericht stand, war nur einer aus einem halben Dutzend Frankfurter Gestapobeamter und Frankfurt nur eine unter einem halben Dutzend deutscher Städte, in denen „privilegierte" Juden verblieben waren. Kein Jude oder Halbjude konnte von 1943 an irgendeinen Zweifel an der Bedeutung der Deportierung haben. Baab selbst drohte ihnen mit „durch den Schornstein gehen" und „Dünger aus ihnen machen".

Aber selbst nach 1943 gab es einen kleinen Rest einer Organisation von jüdischen Gemeinden in Berlin und Wien. Als Eichmann im März 1943 die in Wien überlebenden Mitglieder der „Reichsvereinigung" nach Theresienstadt verschicken wollte, stellte sich Sturmbannführer Gregor Ebner, der Bezirkskommandeur der Sicherheitspolizei, dem Befehl entgegen*. So wurden etwa 180 Angestellte verschont, die sich um die etwa 6000 in Mischehen lebenden Juden und deren Kinder kümmern sollten** [50]

Der Beamtenstab schloß ein Hilfskomitee ein. Die meisten Mitglieder dieses Komitees wurden im März 1945 getötet, als eine

* Diese Tatsache und viele private Interventionen zugunsten von Juden und katholischen Geistlichen retteten Ebner 1945 das Leben, aber er büßt gegenwärtig noch eine Strafe von zwanzig Jahren Zuchthaus in Österreich ab.

** Nichtsdestoweniger wurden vierzig Angestellte der „Reichsvereinigung" aus Wien Anfang 1944 nach Auschwitz gebracht, wo dem Registerführer der Quarantäne-Abteilung Dr. Otto Wolken aus St. Pölten zufolge fast alle vergast wurden[51].

sorgfältig gezielte Bombe das Gestapogebäude, in dem sie arbeiteten, vernichtete. Georges Dunand, der Wien bald darauf besuchte, fand dort ein jüdisches Spital vor, aber das Zuströmen von großen Mengen kranker Deportierter aus Ungarn hatte dort Zustände hervorgerufen, die an Belsen erinnerten. In diesem Spital sah Dunand die letzte Synagoge des Großdeutschen Reiches[52] (siehe S. 505).

2. Theresienstadt, das privilegierte Ghetto

Am 20. Januar 1942 teilte Heydrich den in Wannsee versammelten Konferenzteilnehmern mit, daß man erwäge, Theresienstadt zu einem Sonder-Ghetto für Juden im Alter von über 65 Jahren und solche zu machen, die im ersten Weltkrieg schwer verwundet worden waren oder hohe Auszeichnungen erhalten hatten. Hier entschied man sich also für ein geändertes Vorgehen. Bisher hatte man Juden dieser Kategorie, von denen Hitler erklärt hatte, „diese Schweine haben sich die Dekorationen doch erschlichen“[53], nach Polen und Rußland geschickt. Ursprünglich hatte Heydrich allerdings die Absicht gehabt, Theresienstadt als ein Transitlager für die zu deportierenden Juden aus Böhmen zu verwenden. Zdenek Lederers Bericht sagt, daß Heydrich keinen Gefallen an dem ersten Plan für Theresienstadt gefunden hätte, der zwischen dem Prager Vertreter Eichmanns, Hans Günther, und Jakob Edelstein vom Judenrat zur Vermeidung der beabsichtigten Massendeportation nach Minsk vereinbart worden war[54]. Acht Wochen nach seiner Ernennung zum Reichsprotektor im November 1941 hatte Heydrich die Umwandlung dieser aus dem 18. Jahrhundert stammenden Festungsstadt an den steilen Ufern der Eger für die neue Aufgabe angeordnet. Transporte von jüdischen Familien aus Prag und Brünn begannen innerhalb weniger Tage einzutreffen, und im Januar 1942 lebten schon 7000 Neuankömmlinge in Theresienstadt zusammen mit der ortsansässigen Bevölkerung.

Die Wannsee-Besprechung hatte — allerdings nicht vor dem Januar 1942 — den Beginn der Verschickung der privilegierten Juden aus Deutschland und Österreich im Gefolge. Das bezog sich nicht nur auf alte Menschen und Kriegsveteranen, sondern auch auf Juden, die mit Nichtjuden verheiratet waren, aber ihre Bevorzugung verloren hatten, Halbjuden, die dem jüdischen Glauben angehörten, ehemalige höhere Staatsbeamte und Mitglieder der

„Reichsvereinigung" [55]. Dann folgte ein Strom solcher, die sich ihre privilegierte Stellung irgendwie erkauft hatten. Die von der „Reichsvereinigung" zusammengestellten Zahlenangaben sind vielsagend. Während des Jahres 1942 trafen in Theresienstadt 33 200 Juden aus dem Altreich, 14 222 aus Österreich und 39 722 aus dem Protektorat ein. Das dürfte etwa das Vierfache der Zahl der im Frühling und Herbst 1942 direkt nach Polen und Rußland deportierten Menschen gewesen sein [56].

Nicht weniger als 87 093 Menschen wurden also im Jahre 1942 in Theresienstadt zusammengepfercht. Man kann sich schwer vorstellen, wie diese Menschenzahl in einer Stadt, die normalerweise von 7000 Zivilisten und Soldaten bewohnt worden war, untergebracht werden konnte. Bis zum Ende des Jahres 1942 hatten die Deutschen allerdings die Bevölkerung schon auf 49 392 herabgesetzt, was immer noch für diese kleine Stadt eine phantastische Zahl bedeutete. Ein wenig verschämt berichtete Dr. Korherr, der pedantische Rechnungsführer, an Himmler, daß der Verlust von 37 000 Menschen „vor allem durch Sterbefälle eingetreten" sei [57]. Dr. Korherr hat mir geschrieben, daß er diese erschütternde Zahl ruhig hinnahm, weil er der offiziellen Behauptung Glauben schenkte, daß Theresienstadt ein „Altersheim" gewesen sei. Erst eine kürzlich erschienene Veröffentlichung habe das wahre Schicksal der meisten dieser 37 000 Menschen enthüllt. Sie wurden nach dem mysteriösen „Osten" der deutschen Amtskorrespondenz deportiert. Etwa 30 000 Menschen verließen damals Theresienstadt, und nur 250 von ihnen haben den Krieg überlebt. Sie wurden im Januar nach dem Ghetto Riga gebracht, in der Zeit vom März bis Juli in die Sammelbecken für die polnischen Todeslager, in den Monaten August bis September zu den fahrbaren Gaskammern des Waldes von Minsk* und im Oktober nach Treblinka und Auschwitz. Dieses Täuschungsmanöver hatte man Juden gegenüber verwendet, die in der Meinung lebten, sie wären privilegiert und von denen viele von der Gestapo überredet worden waren, sich einen Platz in Theresienstadt zu „kaufen" und sogar ihre Fahrkarten dorthin selbst zu bezahlen [58]. Man nannte es zwar

* Die schrecklichsten waren wohl jene etwa zwölf Transporte, die im August und September durch Minsk gingen. Aus jedem Transport wurden 20 bis 45 junge Männer ausgehoben und ins Arbeitslager Maly Trostinec geschafft. Der Rest kam vom Zug weg in die fahrbare Gaskammer. Nur zehn Menschen haben diese Schrecken überlebt. (Lederer, Theresienstadt, Seite 217—221 sowie Fußnoten S. 323 u. 462 ds. Buches.)

Schutzhaft, aber wer einmal dort war, war in der Falle, aus der es kein Zurück gab, denn Theresienstadt war das Privatreich Hans Günthers, Eichmanns „Referenten" in Prag*.

Das einzige Reichsministerium, das einiges Interesse an Theresienstadt zeigte, war das Auswärtige Amt, das bei drei Gelegenheiten das „Muster-Ghetto" diplomatischen Besuchern vorführte[60]. Himmler war der Meinung, daß die im Ausland zirkulierenden Gerüchte über Gaskammern durch diese Besuche widerlegt würden, und benützte Theresienstadt im April 1945 sogar als einen Passierschein zur Ehrbarkeit, als er Dr. Norbert Masur vom Jüdischen Weltkongreß folgendes sagte:

> „Theresienstadt ist kein Lager im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern eine nur von Juden bewohnte Stadt, die von ihnen verwaltet wird und in der sie alle Arbeit zu verrichten haben. Diese Art von Lager ist von mir und meinem Freund Heydrich geschaffen worden, und so hatten wir alle Lager gewünscht[61]."

Aber wenn sich die Tore von Theresienstadt hinter jemandem geschlossen hatten, gab es für ihn kein Zurück. Verlassen konnte man Theresienstadt nur auf dem Wege zu den polnischen Todeslagern, den fahrbaren Gaskammern Weißrußlands und später den Krematorien von Auschwitz. Auf diese Weise wurde der Bevölkerungsstand bis Oktober 1944 auf 11 000 herabgesetzt. In den letzten drei Wochen des Krieges gab es eine dritte Phase in der Geschichte des Ghettos von Theresienstadt, eine Phase, die von den Schöpfern des Ghettos nicht vorausgesehen worden war. Theresienstadt wurde im wahrsten Sinne des Wortes zu einer Ablagerungsstätte für jüdische Überlebende aus Polen und Ungarn,

* 1942 vollzog sich der „Kauf" eines Platzes in Theresienstadt durch die „Reichsvereinigung deutscher Juden", die unter Aufsicht der Gestapo stand. Zwischen dem Finanzministerium und Regierungsrat Suhr, dem juristischen Sachbearbeiter in Eichmanns Amt, wurde ein Übereinkommen erzielt, dem zufolge ein zum Transport nach Theresienstadt bestimmter Jude sein ganzes Vermögen der Reichsvereinigung überließ, die ihrerseits dem Juden-Ältesten in Theresienstadt eine entsprechende Entschädigung zu zahlen hatte[59].

In wirtschaftlicher Beziehung unterstand Theresienstadt Oswald Pohl und dem WVHA und wurde in der Liste der Konzentrationslager geführt. In administrativer Beziehung unterstand es Eichmann, und die Kommandanten von Theresienstadt wurden dem Stab Eichmanns entnommen. Die drei einander folgenden Kommandanten Siegfried Seidl, Anton Burger und Karl Rahm standen in den Jahren 1946/47 zusammen mit dem stellvertretenden Kommandanten Wilhelm Schmidt vor Gericht und wurden hingerichtet. Mit Ausnahme von Seidl, dessen Prozeß in Wien stattfand, wurden sie vom Gericht in Leitmeritz verurteilt.

die durch den Rückzug der Wehrmacht erst nach dem Westen und dann nach dem Süden getrieben worden waren. In dieser Zeitspanne entging Theresienstadt gerade noch einer Typhusepidemie und einigen Drohungen mit der Liquidierung, und am 11. Mai 1945 wurde es mit 32 000 Insassen den Russen übergeben (siehe S. 536 ff.)[62].

Innerhalb des Achtecks, das von den Mauern von Theresienstadt gebildet wurde, gab es keine SS-Wachen und keine gewalttätigen deutschen Kriminellen, die in der offiziellen Funktion eines Kapos auftraten. Das war das Theresienstädter Privileg, das furchtbar teuer erkauft worden war. Aber als ein „Badeort" hatten die meisten deutschen Konzentrationslager vor dem Musterghetto einiges voraus. 1942 hatten nur 60 v. H. der Insassen, von denen die meisten den älteren Altersgruppen angehörten, eine richtige Schlafstätte[63]. Arbeit war obligatorisch, und die Entschädigung dafür bestand in der notdürftigen Existenz. Junge Landarbeiter und Arbeiter in den Glimmer-Werken bekamen mehr als die normale Zuteilung von 225 Gramm Brot, 60 Gramm Kartoffeln und einer wässrigen Haferschleimsuppe pro Tag, einer Kost, die einen Augenzeugen hungriger ließ als die, die er in Auschwitz bekommen hatte[64]. Aber in dem Altersheim, dem großen Dachgeschoß einer aus dem 18. Jahrhundert stammenden Kaserne, hatten die Insassen keine andere Aufgabe, als zu sterben. Im September 1942 gab es dort 130 Todesfälle am Tag, und die Schlote des Krematoriums rauchten ununterbrochen[65].

Die jüdische Selbstverwaltung in Theresienstadt, mit der sich Himmler brüstete, war eine Diktatur in den Händen dreier erfahrener jüdischer Funktionäre, denen die Deutschen die fürchterliche Aufgabe der Vorbereitung von „Umsiedlungslisten" anvertraut hatten. 1942 hatten Edelstein und Zucker mehr als 30 000 Menschen für den Tod auszuwählen. Aber erst mit dem Beginn der Transporte nach Auschwitz wurde es möglich, das Schicksal der angeblich privilegierten Juden in Theresienstadt in den Einzelheiten zu verfolgen. Am 16. Dezember 1942 verschickte der Gestapo-Chef Heinrich Müller eine Anordnung, der zufolge bis zum 31. Januar 1943 45 000 Juden, darunter 2000 aus Holland, 3000 aus Berlin, 30 000 aus dem Ghetto Bialystok (siehe S. 322 f.) und 10 000 aus Theresienstadt, nach Auschwitz deportiert werden sollten. Man erwartete, daß nur ein Viertel davon arbeitsfähig sein

würde, und sah bei dem von Theresienstadt zu stellenden Kontingent einen noch niedrigeren Anteil von Arbeitsfähigen vor, denn in dem Befehl war davon die Rede, daß die Hälfte des Transports zu leichter Arbeit Fähige und die andere Arbeitsunfähige sein sollten [66].

Die Aktion sollte am 11. Januar 1943 beginnen, sobald die Eisenbahnen den Weihnachtsurlaubs-Ansturm bewältigt hatten. Die ersten drei Züge verließen aber Bauschowitz, die Eisenbahnstation von Theresienstadt, erst am 20., 23. und 26. Januar. Am 17. Februar verlangte Gerhard Maurer von der Abteilung D II einen Bericht von Höss, wobei er, wie üblich, sagte, daß die Juden nun im Bunawerk oder in der Bauabteilung des Auschwitzer Lagers arbeiten würden *.

Wir besitzen in der im Namen von Höss von dem Sachbearbeiter für Arbeitsverpflichtung, SS-Hauptsturmführer Schwarz, erteilten Antwort die vollständigste Todesliste, die aus den Archiven des Krematoriums erhalten geblieben ist. Von den 2000 Insassen des ersten Transportes wurden 418 zur Arbeit ausgewählt, von den 2029 des zweiten 228, von den 993 des dritten 284. Der Rest wurde von den anderen getrennt und liquidiert, wobei die Daten und Zahlen sorgfältig vermerkt wurden. Schwarz versuchte sich dafür zu entschuldigen, daß bei 1400 Männern die „Sonderunterbringung" erfolgte; bei den Männern sei der Grund zu große Sterblichkeit gewesen, bei den Frauen die Tatsache, daß es sich meist um Kinder handelte [67]. Nur 44 Menschen, die sich in diesen drei Zügen befanden, haben den Krieg überlebt.

Zwei weitere Transporte gingen Anfang Februar nach Auschwitz [68]. Diese Juden wurden angeblich zur Arbeit nach dem Osten geschickt, und dabei waren sie die am wenigsten arbeitsfähigen von allen. Die Monate vergingen, und in Theresienstadt hörte man nichts über das Schicksal der Verschickten, so daß die Beunruhigung immer mehr wuchs. Im August gelang es einem Verschleppten, aus Auschwitz zu entkommen und den Weg nach Theresienstadt zurückzufinden. Er erzählte die Geschichte der Selektionen

* Leider wurde Maurer, der Hunderte solcher Berichte bekommen haben muß, nicht in Nürnberg vor Gericht gestellt. Die Anklage im Konzentrationslager-Prozeß war im Februar 1947, als Maurer entdeckt und verhaftet wurde, bereits fertig. Er wurde nicht als Zeuge geführt, sondern zusammen mit Arthur Liebehenschel und vielen anderen, die mit der Verwaltung von Auschwitz zu tun hatten, den Polen ausgeliefert und mit den anderen zusammen am 22. Dezember 1947 zum Tode verurteilt. (Siehe Seite 123.)

für die Gaskammer dem Rabbiner Leo Baeck, dem verehrungswürdigen früheren Präsidenten der „Reichsvereinigung", der im Januar nach Theresienstadt gekommen war. Vorsichtshalber erzählte er das Baeck nur unter vier Augen und ganz geheim, und Baeck hat berichtet, wie er zu dem Entschluß kam, nicht einmal seine Kollegen im Ältestenrat von Theresienstadt zu informieren[69].

Ungefähr um diesen Zeitpunkt, nämlich im August 1943, brachte Eichmann Eberhard von Thadden von der Abteilung „Inland II", seinen Verbindungsmann im Auswärtigen Amt (den Nachfolger Martin Luthers, der damals im Konzentrationslager Sachsenhausen saß), dazu, eine Delegation des Deutschen Roten Kreuzes nach Theresienstadt zu bringen[70]. Die Besucher bemerkten offenbar die Unruhe im Lager. Auf jeden Fall änderte Eichmann am 6. September seine Methode, als 5000 tschechische Juden von Theresienstadt nach Auschwitz geschickt wurden*. Sie wurden familienweise in den Transport eingereiht und konnten ihr Gepäck mitnehmen. In Auschwitz bekamen sie sechs Monate Quarantäne in der Isolierstation des Lagers Birkenau. Sie wurden verhältnismäßig gut behandelt, und es wurde ihnen gesagt, daß sie Briefe schreiben könnten. Freddi Hirsch, einer der Lagerführer, bekam sogar die Bewilligung, für die Kinder eine Schule zu eröffnen.

Die Information über das, was weiter vor sich ging, verdanken wir einem jüdischen Arzt aus der Slowakei, der im April 1944 nach Ungarn entkam. Dieser Mann, der die Aufzeichnungen in der Krankenabteilung von Birkenau leitete, machte Hirsch darauf aufmerksam, daß die Mitglieder seines Transports mit der Bezeichnung „SB" oder „Sonderbehandlung" versehen worden waren. Das sei im ganzen Lager bekannt. Überdies hieß es, daß das jüdische Arbeitskommando des Krematoriums bereit sei, zu meutern, falls die tschechischen Juden ihm Waffen geben könnten. Aber am 7. März 1944, dem Tage, an dem die Quarantäne zu Ende gehen sollte, beging Hirsch Selbstmord mittels Veronal, und 3791 Juden marschierten zu den Krematorien in voller Kenntnis dessen, was ihnen bevorstand. Der Rest wurde den Arbeitskommandos zugeteilt. Nur 37 überlebten den Krieg[72].

* Die Deportationen wurden wegen der Evakuierung von 6000 Menschen aus der Sudetenkaserne in Theresienstadt wieder aufgenommen, die von da ab zur Aufbewahrung des RSHA-Archivs benutzt wurde[71].

Ende 1943 lebten 35 000 Juden in Theresienstadt, denn die Zahl der Neuankömmlinge war immer noch größer als die Zahl der Todesfälle. Um die Überfüllung zu verringern, wurden daher zwei Transporte mit 5007 Insassen nach Auschwitz geschickt, wo sich die Geschichte mit der sechsmonatigen Quarantäne wiederholte. Die Namen der Überlebenden sind in der Beschäftigungsliste des Birkenauer Lagers vom 11. Mai 1944 eingetragen. 1452 Juden aus Theresienstadt befanden sich immer noch in der Quarantäne-Abteilung II b, aber bei 1575 war in der Liste „Vorbereitung zum Transport" eingetragen, und das hatte in der Auschwitzer Amtssprache keine andere Bedeutung als unmittelbar bevorstehende Vergasung (siehe S. 132). Die meisten dieser 3027 Juden dürften in der großen „Selektion", die um den 20. Juni stattfand, umgekommen sein[73].

Es gab einen weiteren Transport nach dem „Familienlager Auschwitz", der mit einem der merkwürdigsten Zwischenfälle in der Geschichte von Theresienstadt zusammenhängt. Am 2. Oktober 1943 beging Hitler den erstaunlichen Irrtum, die Deportation von 6000 Juden aus Dänemark zu versuchen. Dänemark war neutraler und souveräner Staat, der diplomatische Beziehungen mit dem Ausland unterhielt. (Siehe S. 391 ff.) Daraufhin unterrichteten besorgte deutsche Beamte die dänischen Diplomaten, mit denen sie in Verbindung waren, über diese Absichten, was zur Folge hatte, daß nur 360 Juden ins Netz gingen; man hielt es für ratsam, sie nicht nach Auschwitz, sondern nach Theresienstadt zu schicken, damit man dem dänischen König mit mehr Anspruch auf Glaubwürdigkeit versichern könne, daß ihnen nichts geschehen würde.

Im April 1944 wurde der Gestapo-Chef Müller von SS-Standartenführer Mildner, dem früheren Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Dänemark, überredet, den Dänen die Entsendung einer Rote-Kreuz-Delegation nach Theresienstadt zu gestatten[74]. Aber eine Bevölkerung von 34 000 war für ein Potemkinsches Dorf zu zahlreich, so daß zwischen dem 15. und 18. Mai, während Blumenbeete angelegt und die Häuser angestrichen wurden, 2780 Juden von Theresienstadt nach Auschwitz zu gehen hatten. Die jungen und arbeitsfähigen wurden ausgesucht, um den Besuchern vorzugaukeln, daß Theresienstadt ein privilegiertes Altersheim und nicht ein Transitlager „für den Osten" sei. Mehr als die Hälfte waren eben angekommene holländische Juden (s. S. 386), aber

die Anforderungen des „Jägerplans" (s. S. 478 f.) mußten befriedigt werden, was viele dieser Juden vor dem Schicksal ihrer Vorgänger bewahrte. Im Rahmen des „Jägerplans" wurden 938 holländische Juden Anfang Juli aus dem Birkenauer „Familienlager" ausgewählt und in das Verzeichnis des Lagers Sachsenhausen umgeschrieben. Sie wurden zur Arbeit in eine Flugzeugfabrik in Schwarzheide bei Senftenberg in der Lausitz geschickt. Eine womöglich noch größere Zahl von jüdischen Frauen wurde auf dem Wege über das Lager Ravensbrück auf die Fabriken verteilt, und nur einige Hundert erlitten den Gastod zur Feier der Auflösung des „Familienlagers". 385 der im Mai Deportierten überlebten den Krieg.

Die Odyssee eines kleinen Teiles dieser Gruppe aus Theresienstadt kann dank der Forschungsarbeit des Niederländischen Roten Kreuzes jetzt genauer verfolgt werden[75]. Sie verließ das Lager Schwarzheide am 16. April 1945 und marschierte nach Leitmeritz. Dann wurden die Flüchtlinge auf einen Zug aufgeladen, der bombardiert wurde, worauf die SS-Wachen die Flucht ergriffen. Schließlich suchte die Gruppe Schutz in dem Lager, das sie ein Jahr vorher verlassen hatte, in Theresienstadt, das jetzt ein Rotes-Kreuz-Lager geworden war.

Bald nach ihrer Abreise ein Jahr vorher war Potemkin-Theresienstadt fertig und bereit, vom Roten Kreuz besichtigt zu werden. Anläßlich einer vorausgegangenen Überprüfung der Situation hatte Mildner gefunden, daß Theresienstadt zwar überfüllt sei, aber doch einen ordentlichen Eindruck mache. Da man annahm, daß die Delegation nicht in die höheren Stockwerke gehen werde, hielt man es für ausreichend, die Räume im Erdgeschoß der Kasernen freizumachen und herzurichten[76].

Der Besuch am 23. Juni 1944 war ein Erfolg. Es gab Pakete für alle dänischen Juden und eine Botschaft vom dänischen König an den Rabbiner Friediger[77]. Der dänische Botschafter, der erklärte, daß die Delegation vom Spital und dem jüdischen Theater den besten Eindruck erhalten hatte, sprach Steengracht von Moyland, der im April 1943 Weizsäckers Funktion im Auswärtigen Amt übernommen hatte, seinen Dank aus[78]. Jaques Sabile ist der Ansicht, daß Dr. Juel Heningsen, der Führer der Rote-Kreuz-Delegation, sehr wohl wußte, daß es sich hier um ein Potemkinsches Dorf handelte, obwohl der von ihm veröffentlichte Bericht sehr vorsichtig gehal-

ten war[79]. Diese Vorsicht löste Proteste jüdischer Organisationen in der Welt aus, und die deutsche Regierung wurde von Genf aus aufgefordert, eine Delegation des Internationalen Roten Kreuzes nach Theresienstadt zuzulassen. Diesem Ersuchen wurde bis zum 6. April 1945 nicht stattgegeben. Damals hatte Theresienstadt schon einen ganz anderen Charakter. Die Endlösung war abgesagt worden, und Himmler war daran, einen Weg zu den Alliierten zu finden (siehe S. 529).

Für die groteske Episode vom 23. Juni nahmen Müller und Eichmann schreckliche Rache. Zu einem Zeitpunkt, als die deutschen Fronten im Osten und im Westen durchbrochen wurden, als Himmler sogar daran war, den Führerbefehl zu widerrufen (siehe S. 517 f.), ordneten sie eine Deportation in großem Ausmaße an, die nach den Informationen, die Eichmanns Amt Paul Dunand vom Roten Kreuz gab, 10 000 Juden aus Theresienstadt erfaßte; in Wirklichkeit wurden 18 402 deportiert[80]. Der erste Transport, der am 28. September 1944 abging, umfaßte 2300 Freiwillige, die Arbeitselite des Lagers, die der Meinung war, daß sie in deutsche Fabriken gesandt würde. Dorthin gingen sie wirklich, aber der Weg führte über Birkenau, wo 872 Leidensgenossen in den Krematorien blieben, darunter Dr. Zucker, der als Präsident des Judenrates ausersehen war. Es war eine außerordentlich großzügige Selektion, aber es scheint, daß die Ärzte Thilo und Mengele bereit waren, jedem das Leben zu schenken, der die richtigen Antworten gab[81].

Nachdem von einigen der Deportierten Postkarten eingetroffen waren, wurde von der Witwe Dr. Zuckers ein Transport von Frauen und Kindern organisiert. Fünfhundert Frauen meldeten sich freiwillig für den Transport, der am 1. Oktober abging — drei Tage später hatten nur sechzig von ihnen die Selektion überlebt. Dr. Nyiszli fand den Auskleideraum im Krematorium übersät mit den Bewilligungsscheinen, die ihren Inhabern das Recht gaben, mit ihren Gatten und Vätern an deren Arbeitsplatz zusammenzuleben. Das war einer von Eichmanns genialen Einfällen![82]* Und so ging das Täuschungsmanöver weiter. Selbst als die Prominenten

* Die Nachforschungen des Niederländischen Roten Kreuzes haben jetzt einige der Behauptungen über die vollkommene Ausrottung, die so viele der Überlebenden zu erzählen pflegten, richtiggestellt. Es gab 26 ausgesuchte Transporte arbeitsfähiger Männer, die Ende September 1944 Theresienstadt verließen. Fast 90 v. H. der Holländer unter ihnen waren Männer unter 50 Jahren. Die ersten Frauen aus Theresienstadt

des Lagers, darunter der Präsident Dr. Epstein und der österreichische General Friedländer, mitgehen mußten, glaubte man immer noch, daß das Gros der Lagerinsassen ihr Schicksal nicht teilen würde[84].

Der elfte und letzte Transport aus Theresienstadt — sicherlich der letzte aller Transporte nach Auschwitz — kam in Birkenau am 30. Oktober 1944 an. Die von Dr. Wolken, dem Lagersekretär der Quarantäne-Abteilung, verzeichneten Zahlen sagen, daß 216 Männer ins Lager kamen und 732 vergast wurden. Lederer zufolge kamen nur 140 der 1100 im Transport befindlichen Frauen[85] ins Frauenlager.

Das „Altersheim" in Theresienstadt beherbergte immer noch 11 068 Juden, die aber rasch dahinsiechten. Anfang 1945 kamen 7000 tschechische und deutsche Juden, die in Mischehen lebten, neu im Lager an. Sie gaben Theresienstadt einen ganz veränderten Charakter, und als Paul Dunand am 6. April eintraf, fand er, daß sich mehr als ein Drittel der 17 500 Lagerinsassen nicht zur jüdischen Religion bekannte[86] (siehe S. 536).

3. Sterilisierung

Die Lösung, die Heydrich für das Problem der in Mischehen lebenden Juden im Sinne hatte, bestand weder darin, sie ungeschoren zu lassen, noch auch sie unter bevorzugten Bedingungen zu deportieren. Sein Plan lautete darauf, sie unfruchtbar zu machen (siehe S. 108). Der erhalten gebliebene Teil des Wannsee-Protokolls verzeichnet keinen Protest, der der Ankündigung dieser Absicht gefolgt wäre. Aber als die verschiedenen Referenten ihren Ämtern und Ministerien Bericht erstatteten, setzte eine Welle der Obstruktion mit allerdings sehr beschränkten Zielen ein. Der Deportierung der Juden ohne Bekanntgabe des Bestimmungsortes und ohne jede Garantie setzten die Herren Weizsäcker, Lammers, Stuckart und Schlegelberger auch nicht einen Augenblick Wider-

kamen am 4. Oktober im dritten Transport an, in dem 60 v. H. Frauen und Kinder waren. Die Züge, die Auschwitz am 6. und 8. Oktober erreichten, brachten jeder mehr als tausend Menschen. Mit der Ausnahme von ein oder zwei Dutzend alter Männer waren es durchweg Frauen und Kinder; nichtsdestoweniger erfüllten mehr als 20 v. H. die Vorbedingungen zur Aufnahme ins Lagerverzeichnis, und einige Namen der holländischen Frauen dieser beiden Transporte konnten in den Verzeichnissen der „Außenkommandos" gefunden werden, die beweisen, daß eine Selektion tatsächlich stattgefunden hat. Aus den holländischen Namenslisten ergibt sich, daß in den übrigen sechs Transporten der normale Hundertsatz von 20 bis 30 arbeitsfähig war[83].

stand entgegen. Indem sie aber Himmler und dessen Beamte ins Netz der deutschen Gesetze verwickelten, versuchten diese Leute, eine privilegierte Kategorie von Juden aus den Reihen jener zu schaffen, die dem Milieu, in dem sie selbst lebten, am nächsten kamen.

Es ist bemerkenswert, daß Stuckart namens des Innenministeriums den Sterilisierungsplan begrüßte, weil man so „einer unendlichen Verwaltungsarbeit" ledig würde; doch ist die Sterilisierung in den fünf Entschließungen der Wannsee-Besprechung, die das Protokoll vermerkt, nicht enthalten. Die Angelegenheit wurde einer späteren Besprechung in Eichmanns Dienststelle am 6. März 1942 vorbehalten, bei der elf Ministerien und Ämter durch ihre „Judenreferenten" vertreten waren. Es wurde beschlossen, daß die Mischlinge ersten Grades in einem Sonderghetto („Mischlingssiedlung") zusammengefaßt werden sollten. Die Unfruchtbarmachung der rund 70 000 Mischlinge würde einen Krankenhausbettenraum in Anspruch nehmen, der 700 000 Krankenhaustagen entspräche, weshalb der Plan aufgeschoben werden müßte. In dieser Sache gab es keinen ernsteren Konflikt zwischen den Zivilisten und der SS, die gut wußte, was man alles mit einem „Sonderghetto" machen konnte, und wahrscheinlich niemals ernstlich an Sterilisierung dachte [87].

Rademacher, der diesmal das Auswärtige Amt vertrat, berichtete, die Konferenz habe weiter beschlossen, daß „die Judeneigenschaft in diesem Verfahren ausschließlich von der für den betreffenden Juden zuständigen Staatspolizeistelle entschieden" werde [88]. Das scheint jedoch nicht der Beschluß der Besprechung, sondern die Ansicht gewesen zu sein, die im Namen von Heydrich vorgetragen wurde. Tatsächlich hat sich in diesem Allerheiligsten der Endlösung — wo nicht einmal die Gestapo ohne besondere Bewilligung Zutritt hatte — ein Zusammenstoß zwischen den Zivilisten und der SS zugetragen. Gottfried Boley, der Hans Lammers und die Reichskanzlei vertrat, erklärte in Nürnberg, daß einige der Anwesenden dem Machtanspruch der Gestapo entgegentraten, besonders als einer von Eichmanns Bluthunden ausgeplaudert hatte, daß die Gestapo Verzeichnisse der Halbjuden führe, um sie des heimlichen Abhörens von feindlichen Rundfunksendungen und ähnlicher Dinge beschuldigen zu können [89].

Heydrichs Beharren auf der Zuständigkeit der Gestapo in diesen

Fragen griff besonders in den Wirkungskreis von Rosenbergs „Ostministerium" ein, und am 6. März erhielten die Teilnehmer der Besprechung ein Rundschreiben von Georg Leibbrandt, einem Beamten von Rosenbergs politischem Referat, in dem darauf hingewiesen wurde, daß die Sicherheitspolizei in den Ostgebieten zwar ihre Fachleute für die Judenfrage aussuchen könne, daß diese aber nur unter der Vollmacht des Generalkommissars handeln könnten. Am 27. April legte Rosenberg diesen Vorschlag in einer langatmigen Verordnung nieder[90], die Lammers offenkundig zur Zeit von Heydrichs Tod in eine Reichsverordnung einbauen wollte. Das hätte den willkürlichen Methoden, mit deren Hilfe im letzten Jahr jeder Russe, der auch nur entfernt wie ein Jude aussah oder von irgend jemand als solcher bezeichnet worden war, in die Ausrottungsaktion eingereiht werden konnte, ein Ende gesetzt. Aber Himmler, der am 29. Juli in Reval in Estland war, schrieb voll Wut an Gottlob Berger, seinen Verbindungsmann in Rosenbergs Ministerium[91]:

> „Ich lasse dringend bitten, daß keine Verordnung über den Begriff „Jude" herauskommt. Mit all diesen törichten Festlegungen binden wir uns ja nur selbst die Hände. Die besetzten Ostgebiete werden judenfrei werden. Die Durchführung dieses sehr schweren Befehls hat der Führer auf meine Schultern gelegt. Die Verantwortung kann mir ohnedies niemand abnehmen. Also verbitte ich mir alles Mitreden. Aktennotiz Lammers erhalten Sie demnächst*."

Das ist eine Sprache, die sich vielleicht für Reval eignete. Sie war für Deutschland ungeeignet, wo nach Heydrichs Tod Himmler versuchte, den Komplikationen einer Deportierung von in Mischehen lebenden Juden sowie von Halbjuden zu entgehen. Die Sterilisierungspläne wurden nach der Besprechung vom 6. März 1942 still-

* Zu irgendeinem Zeitpunkt — das genaue Datum ist nicht festzustellen — muß Himmler Wasser in seinen Wein geschüttet haben. Denn im Verlaufe der Begebenheiten — allerdings zu einem Zeitpunkt, als im besetzten Rußland nur noch wenige Juden am Leben waren — hat man die privilegierten Kategorien anerkannt. Am 5. März 1943 sandte Kaltenbrunner persönlich ein Rundschreiben an die Polizeibefehlshaber in Rußland, dem zufolge Juden, die von diplomatischen Vertretungen, welche die Interessen von Feindesstaaten wahrnehmen, für Austauschzwecke namhaft gemacht wurden, von der Einreihung in Umsiedlungsaktionen auszunehmen seien. (Prozeß XI, NG 2652 und S. 383 und 444 f. dieses Buches.) Es ist möglich, daß eine gewisse Zahl getaufter oder in Mischehen lebender russischer Juden nach Theresienstadt gebracht wurde. Eva Mosse-Noack berichtet, daß das Lagerverzeichnis im April 1945 die Namen von Juden aus Kiew, Smolensk und der Krim enthalten habe[92].

schweigend auf die lange Bank geschoben. Der amtsführende Justizminister Schlegelberger sandte den Teilnehmern der Wannsee-Besprechung am 6. April[93] ein Rundschreiben, in dem er vorschlug, den Betroffenen die Wahl zwischen Deportierung und Unfruchtbarmachung zu überlassen. Schlegelberger, der am 4. Dezember 1947 in Nürnberg zu lebenslänglichem Kerker verurteilt wurde — eine Strafe, die er krankheitshalber nicht abzubüßen hatte —, versuchte sich später damit zu rechtfertigen, daß er damit den Mischlingen das Schicksal ersparen wollte, das sie möglicherweise in Heydrichs Sonderghettos erwartet hätte[94], wenn der Vorschlag vom 6. März angenommen worden wäre. Schlegelberger wurde dann von Roland Freisler, dem Vorsitzenden des Volksgerichtshofes, aufgesucht, der ihn davor warnte, diesen Vorschlag weiterzuverfolgen. „Der Führer ist im jetzigen Zeitpunkt gegen solche scharfe Maßnahmen der Reichsregierung." In Wirklichkeit lehnte Hitler nur ab, sich die Hände zu binden, weil ja schließlich doch der Augenblick für die Ausdehnung des Massenmordes auf die Mischlinge kommen könnte.

Himmler war es, der versuchte, den Sterilisierungsplan nach Schlegelbergers Mißerfolg wieder aufzunehmen. Sein Interesse an der Sache war schon im März 1941 erwacht, als Viktor Brack die Hilfe seines Euthanasie-Instituts zur Sterilisierung oder, besser gesagt , zur Kastrierung von 3000 bis 4000 Juden am Tag mit der billigen und praktischen Röntgen-Methode angeboten hatte[95]. Im Juni dieses Jahres schickte Himmler Oswald Pohl und Dr. Grawitz von der Konzentrationslager-Verwaltung zu einem gewissen Dr. Madaus, der eine Abhandlung über die unfruchtbarmachenden Eigenschaften der Pflanze Calladium Seguinem (Schweigrohr) geschrieben hatte, um ihm menschliche Versuchskaninchen anzubieten. Dr. Madaus lehnte ab, aber Dr. Adolf Pokorny vom RKFDV-Amt (siehe S. 41, 589) machte Himmler schriftlich den Vorschlag, drei Millionen russischer Kriegsgefangener das Leben zu schenken und sie für die Deutschen arbeiten zu lassen, da Calladium Seguinem verwendet werden könnte, um sie „von der Fortpflanzung auszuschließen"[96]*.

* In Nürnberg verantwortete sich Dr. Pokorny damit, daß er Himmler zum Narren gehalten habe — was keine Schwierigkeiten bereitete —, und das Gericht sprach Dr. Pokorny frei, obwohl es seiner Verantwortung keinen Glauben schenkte. Was Calladium Seguinem betrifft, könnte es in Deutschland nicht einmal in einem Treibhaus gedeihen.

Himmler war an solche briefliche Vorschläge offenbar gewöhnt, denn genau ein Jahr später, am 23. Juni 1942, setzte ihm Viktor Brack auseinander, daß zwei bis drei Millionen Juden durch seinen ursprünglichen Röntgenstrahlen-Plan für die Arbeit zugunsten des Reichs erhalten werden könnten. Brack zufolge hätten sich die Verhältnisse so sehr geändert, daß es „im Augenblick sehr unerheblich geworden ist, ob die Betroffenen dann nach einigen Wochen bzw. Monaten merken, daß sie kastriert sind" [97]. Brack setzte in Nürnberg auseinander, daß er auf diese Weise Himmlers Sparsinn für Zwecke der Menschlichkeit auswerten wollte und daß Himmler als direkte Folge seines Vorschlags Dr. Horst Schumann vom Euthanasie-Institut Grafeneck für Experimente in Auschwitz auslieh. Schumann, einer derjenigen, die nach dem Krieg verschwanden, war durch Mißerfolge nicht abzuschrecken. Erst am 29. April 1944 berichtete Bracks Nachfolger Blankenberg an Himmler, daß die Röntgenmethode sich für die Massensterilisierung als ungeeignet erwiesen habe [98].

Schon am 29. Mai 1941 hatte Professor Clauberg*, der Leiter einer schlesischen Frauenklinik, um die Erlaubnis gebeten, Frauen durch Injektionen zu sterilisieren. Himmler ließ ihn zunächst im Lager Ravensbrück im Juli 1942 arbeiten, um ausfindig zu machen, wie lange es dauern würde, tausend Jüdinnen zu sterilisieren. Nach einjähriger Arbeit berichtete Clauberg, daß er das innerhalb eines Tages machen könne [100]. In Wirklichkeit erzielten weder Schumann noch Clauberg**, die die Tortur der armseligen Opfer im Block 10 des Hauptlagers Auschwitz während des ganzen Jahres 1943 und des Großteils von 1944 fortsetzten, eine zufriedenstellende Methode, obwohl Himmler im Anfang sehr optimistisch war. Darum wurde für den 27. Oktober 1942 neuerlich die Sterilisierungskonferenz in Eichmanns Amt einberufen; die Sach-

* Clauberg hatte in Auschwitz eine große Zahl von internierten Ärzten zur Hand, die für ihn arbeiteten. Einer jener, die von Zeugen während des Ärzte-Prozesses im Jahre 1947 genannt wurden, war Dr. Wladislaw Dering, der damals als Arzt für die polnischen Soldaten im Militärspital Huntingdon in England tätig war. Die Zeugen wurden dann nach England gebracht. Da sie aber nicht in der Lage waren, Dr. Dering im Londoner Brixton-Gefängnis zu identifizieren, wurde seine Auslieferung nach Polen verweigert, und er leitet jetzt ein Spital in Britisch Somaliland. Ich glaube, daß diese Tatsache angesichts einiger absolut irriger Berichte, die veröffentlicht wurden, festgehalten zu werden verdient [99].

** Clauberg war bei Kriegsende verschwunden, kehrte aber im Oktober 1955 aus der Sowjetunion nach Deutschland zurück.

verständigen der SS für die Judenfrage versicherten den Konferenzteilnehmern, daß „neue Erkenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiete der Unfruchtbarmachung es wahrscheinlich ermöglichen werden, die Sterilisation in vereinfachter Form und in einem verkürzten Verfahren schon während des Krieges durchzuführen". Die Konferenz beschloß daraufhin, daß alle Mischehen als aufgehoben erklärt und deren jüdische Partner deportiert werden sollten; den Kindern aus diesen Ehen sollte Sterilisierung als eine gnadenweise Vergünstigung angeboten werden, wobei die Alternative Abschiebung in eine Sondersiedlung wäre, in der durch dauernde Trennung vom anderen Geschlecht jedwede Möglichkeit der Fortpflanzung entfällt[101].

So wie er es im April getan hatte, schob Hitler die Herausgabe einer Verordnung auf diesen Grundlagen hinaus, da sie ihm zu einem späteren Zeitpunkt bei der totalen Deportierung der Mischlinge im Wege gestanden hätte*. Die Angelegenheit blieb bis zum Februar oder März 1943 ruhen, als die Sterilisierungskonferenz zum dritten Mal in Kaltenbrunners Amt zusammentrat. Ein Protokoll dieser Konferenz konnte nicht gefunden werden, aber Gottfried Boley erinnert sich an eine Erklärung Eichmanns, der sagte, daß die Mischlinge entweder sterilisiert oder in Konzentrationslager gebracht werden müßten. Boley berichtete, daß keiner der Anwesenden im Zweifel darüber war, daß die Ausrottung der Mischlinge eine beschlossene Sache war[103]. Aber die Sitzung brachte in keiner der angeführten Richtungen eine weitere Entwicklung. Selbst die in Mischehen lebenden Juden wurden erst im Januar 1945 nach Theresienstadt gebracht. Auf diese Weise überlebten 10 000 Volljuden den Krieg in Deutschland, mit denen im „Großdeutschen Reich" und im Protektorat zusammen etwa 33 000. In dieser Zahl sind jene, die aus der Deportierung zurückkehrten, nicht eingeschlossen[104].

An die tausend mit Nichtjuden verheiratete Juden kamen um die Deportierung auf dem Wege über Sterilisierungsbestätigungen herum, aber das war nur in Holland der Fall. Am 20. März 1943,

* Am 1. Juli 1942 sagte Hitler bei Tisch, das deutsche Volk „schade . . . sich selbst, wenn es Mischlinge zur Wehrmacht zulasse und ihnen auf diese Weise die Möglichkeiten für eine Gleichstellung mit Deutschblütigen eröffne . . . Ausnahmegenehmigungen für Mischlinge seien daher auf ein minimalstes Minimum zu beschränken." Bormann schickte daraufhin eine Botschaft an Dr. Picker und wies ihn an, besonders genau und ausführlich aufzuzeichnen, was Hitler zu dieser Frage sage[102].

also wenige Wochen nach der von Gottfried Boley erwähnten letzten Sterilisierungskonferenz in Berlin, wurde in der Judenabteilung der Gestapo in Den Haag ein Memorandum ausgearbeitet, dem zufolge den 8000 in Mischehen lebenden holländischen Juden die Wahl zwischen Unfruchtbarmachung und Deportierung gelassen werden sollte. Himmler sollte ersucht werden, eine Entscheidung bezüglich der 21 000 holländischen Mischlinge zu fällen, da „keinerlei Maßnahmen dieser Art im Reich getroffen worden waren" [105]. Am 5. Mai erfuhr Dr. Zöpf, Eichmanns Vertreter in Holland, vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei, Brigadeführer Harster, daß man im Lager Vught mit der Zwangssterilisierung beginnen würde. In Westerbork, dem Transitlager für Auschwitz, wurde das bereits durchgeführt. Einigen der Juden mit Ausnahmescheinen wurde gesagt, daß sie, im Falle sie sich der Operation nicht unterzögen, mit dem Deportationszug am nächsten Dienstag weggeschafft werden würden, „und Sie wissen, was das bedeutet" [106]. Zwei Zeugen, die unter diesen Umständen sterilisiert wurden, traten im Jahre 1949 beim Prozeß gegen Ferdinand Aus der Fünten im Haag auf, aber normalerweise wurde die Sterilisierung von den eigenen Ärzten der Opfer vorgenommen. Am 28. Juni 1943 existierte bereits eine ganze Sammlung von Richtlinien, die von dem Reichskommissar für Holland, Seyss-Inquart, genehmigt worden war. Jene, die von einem Gestapo-Arzt als unfruchtbar erklärt worden waren, bekamen eine besondere Kennkarte, brauchten den Judenstern nicht zu tragen und konnten eine beschränkte Zahl normaler Berufe ausüben [107].

Am 9. Juli 1943 gab der niederländische Dienst des britischen Rundfunks „Radio Oranje" den vollen Wortlaut dieser Richtlinien bekannt. Das wirkte wie eine Bombe. Rolf Günther, Eichmanns Stellvertreter, berief sofort Werner, einen Angestellten in Zöpfs Amt, nach Berlin und drückte das Erstaunen des Reichssicherheitshauptamtes darüber aus, daß eine solche Aktion in Holland ohne dessen Kenntnis begonnen worden war. Diese holländischen Juden würde man deportieren, „ob sterilisiert oder nicht." Aber während der Besprechung kam ans Tageslicht, daß Günther von Himmlers geheimen Verfügungen nichts wußte und daß zwischen Himmler und seinem österreichischen Freund Hans Rauter, dem Höheren SS- und Polizeiführer für Holland, in dieser Sache ein Einverständnis bestand.

Noch im Januar des folgenden Jahres bemühte sich das Reichssicherheitshauptamt darum, die sterilisierten holländischen Juden in die Sammellager zu bekommen. Um diese Zeit verzeichnete Zöpfs Amt mehr als tausend Inhaber von Bescheinigungen, die den Judenstern nicht zu tragen brauchten. Am 2. März schrieb Rauter an Himmler persönlich, daß 8610 in Mischehen lebende holländische Juden sich auf freiem Fuß befänden[108]. Rauter stimmte zu, daß die kinderlosen Frauen unter ihnen nach dem Osten verschickt werden sollten, aber die Besitzer von Bescheinigungen wären keine Gefahr für Deutschland und sollten auf freiem Fuß belassen werden.

Während des Prozesses, der gegen ihn im Jahre 1947 geführt wurde, verantwortete sich Rauter damit, daß er keine andere Wahl hatte, als diesen Brief zu schreiben, da Erich Naumann, der neue Befehlshaber der Sicherheitspolizei, nicht bereit war, den von Harster vor dessen Versetzung nach Rom begonnenen Kampf mit dem Reichssicherheitshauptamt weiterzuführen. Die in Mischehen lebenden holländischen Juden wurden daher interniert. Einige wenige wurden deportiert, und einige verschwanden in Auschwitz, aber die Besitzer von Sterilisierungsbescheinigungen wurden nicht weiter belästigt. Rauter, ein alter österreichischer Draufgänger der Freikorps-Tage und ein primitiver Mensch (siehe S. 374 u. 381), hatte offenbar nicht begriffen, daß die Sterilisierungen vielfach ein Schwindel waren. Die gestempelten Bescheinigungen, deren Besitzer von der Pflicht zum Tragen des Judensterns befreit waren, wurden ihnen zum größten Teil von Agenten der Gestapo verkauft.

Diese merkwürdige Geschichte wirft einiges Licht auf das Mißlingen von Hitlers Versuch, das jüdische Blut durch die Ausdehnung der Endlösung auf die Partner von Mischehen und deren Kinder auszumerzen. Selbst am Ende des Krieges, als im Dritten Reich auch jeder Schein eines Bestehens von Bürgerrechten aufgegeben worden war, war es nur möglich, einige wenige Tausend Juden in Mischehen, und diese nur unter bevorzugten Bedingungen, zu deportieren. Hätte Deutschland den Krieg gewonnen, dann wäre die Stimmung in bezug auf die Ausdehnung der „Endlösung" auf die Partner von Mischehen und deren Kinder noch ungünstiger gewesen. Hierin lag, wie beim Euthanasie-Programm für Geisteskranke und Unheilbare, eine von Hitlers Niederlagen.

Teil II

Die Durchführung der Endlösung

Achtes Kapitel

Die Sowjetunion I: Die Einsatzgruppen

1. Die Befehlshaber

Ein merkwürdiger Zeuge erschien im Januar 1946 im Zeugenstand des Nürnberger Gerichtes. Er war damals 38 Jahre alt und von so einnehmender Erscheinung, daß ihm zwei Jahre später, als er als Angeklagter vor Gericht um sein Leben kämpfte, Frauen, die dem Prozeß im Zuhörerraum folgten, Blumensträuße in die Zelle sandten. Aber bei seinem ersten Verhör war es nicht das angenehme Äußere Otto Ohlendorfs, das die Aufmerksamkeit des Gerichtes gefangennahm, sondern sein offenes und unverblümtes Geständnis, daß er die Tötung von 90 000 Menschen angeordnet habe, von denen die meisten nur das Verbrechen begangen hatten, Juden zu sein.

Später zog sich Ohlendorf auf die Erklärung zurück, daß die 90 000 Fälle ihm von Untergebenen gemeldet worden seien. Er habe keinen Grund gehabt, an der Richtigkeit der von ihnen gemachten zahlenmäßigen Angaben zu zweifeln. Es ist in diesem Fall unerheblich, ob sie stimmten oder nicht, da Ohlendorf seine Verteidigung auf Erwägungen sozusagen ethischer Natur stützte. Die Zukunft, sagte er voraus, würde keinen Unterschied zwischen seinen Mordkommandos und jenen machen, die durch einen Druck auf einen Knopf die erste Atombombe ausgelöst hatten[1]. Hatte nicht der gleiche Gott, der die Zehn Gebote gab, den Israeliten auferlegt, ihre Feinde auszurotten? Daraufhin las Ohlendorf dem Gericht zehn Seiten voll mit geschichtlichen Präzedenzfällen bis herunter zu „Schillers und Ricarda Huchs eingehenden Beschreibungen" des Zigeunermassakers während des Dreißigjährigen Krieges vor[2].

Ungleich den anderen sechs „Rotjacken", die zusammen mit ihm am 8. Juni 1951 am Galgen des Landsberger Gefängnisses ende-

ten, war Ohlendorf ein Intellektueller. Nachdem er die Rechte und Volkswirtschaft studiert hatte, wechselte er 1936 vom Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaften zum Sicherheitsdienst über[3]. Seine bürokratische Laufbahn, die ihn bis zur Leitung des „Amtes III" des Sicherheitshauptamtes brachte, unterbrach er plötzlich, um in der Zeitspanne von Juni 1941 bis Juni 1942 die in der Etappe der Ostfront tätige „Ausrottungseinheit" zu kommandieren, welche Funktion ihn dann auf die Nürnberger Angeklagtenbank bringen sollte. Dieses Tätigkeitsfeld vertauschte der 34jährige SS-Brigadeführer seelenruhig mit einem Schreibtisch im Wirtschaftsministerium, wo er Leiter eines Ausschusses für Außenhandel und Vertreter des Ministeriums in der „Zentralen Planung" wurde[4]. Der Wirtschaftsminister Funk wußte überhaupt nicht, daß Ohlendorf Generalmajor der Polizei war oder daß er zwei Jahre vorher als Massenschlächter aufgetreten war, mit dem auch nur zu reden, wenn er ihn nicht zufällig auf dem Gange traf, General Ritter von Schobert von der 11. Armee ablehnte[5]. Im November 1943 hätte man Ohlendorf mit einem jungen, an einer altehrwürdigen Universität wirkenden Wissenschaftler verwechseln können, den man im Krieg ins Wirtschaftsministerium berufen hatte. Noch während seines Prozesses fünf Jahre später machte er oft diesen Eindruck.

Aber in den letzten Monaten des Krieges waren die Schrecken von Nikolajew und Simferopol ein ganz ferner Klang in Ohlendorfs Tagesarbeit. Er war damals eine der „liberalen" Persönlichkeiten in Himmlers Stab, betrachtete die Juliverschwörer mit einem wohlwollenden Auge und wurde von Walter Schellenberg in eine Regierungsliste aufgenommen, die ein Kabinett Himmler den Alliierten respektabel erscheinen lassen sollte[6]. Ohlendorf war immer voll der Kritik an seinen Vorgesetzten und behauptete in Nürnberg, daß seine Entsendung nach Rußland in Wirklichkeit eine Bestrafung gewesen sei. Im August 1943 versicherte er Felix Kersten[7], er habe auf der Krim durch seine Tätigkeit bewiesen, daß es „anders gehe", und sei stolz darauf, die Tataren auf der Krim zu seinen Freunden zählen zu können.

Das Nürnberger Urteil verglich Ohlendorf mit der doppelgesichtigen Romanfigur des „Dr. Jekyll und Mr. Hyde", aber diese Doppelgesichtigkeit[8] war eine alltägliche Angelegenheit im Dritten Reich, das von der Weimarer Republik die Krankheit geerbt hatte, Exe-

kutive und Rechtspflege, Feder und Schwert nicht auseinanderhalten zu können. Ohlendorf war zu dem Mr. Hyde, den er verkörperte, nicht in den südrussischen Steppen, sondern schon in dem „Amt III" in der Prinz-Albrecht-Straße geworden, wo die im Mai 1936 „unter Professor Höhn arbeitenden 20 jungen Menschen" im September 1939 bereits eine furchtgebietende Organisation darstellten[9]. „Amt III" war nicht mehr, wie im Anfang, eine Art von Auskunfts- und Informationsstelle für Staatsbürger, sondern ein das Leben jedes Einwohners des Großdeutschen Reiches überwachender Nachrichtendienst. Gallup - Poll - artige Befragungen, diese kleinen Gesellschaftsspiele im Zeitalter einer leicht verzuckerten Reglementierung des Lebens, hatten sich hier zu einer richtigen Geheimpolizei-Inquisition ausgewachsen. Der SD — bis dahin sozusagen eine Angelegenheit für alte Weiber — war durch Heydrichs Hände hindurchgegangen und zum ausführenden Organ der Gestapo geworden.

Das Nürnberger Gericht war nie in der Lage, die Unterschiede zwischen der Sicherheitspolizei und dem SD einerseits und den verschiedenen Verzweigungen des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) klar herauszuarbeiten. Sie verloren sich alle in dem für diese Zwecke unerläßlichen Labyrinth einer offiziell mit der Ausführung von Massenmord betrauten Organisation. Das Gericht sprach aus, daß der SD ebenso wie die Gestapo eine verbrecherische Organisation sei und daß nur kleine, wenige und unbedeutende Zweige von Heydrichs RSHA nicht unter diese Kategorie fielen[10]. Der sogenannte Nachrichtendienst des SD hatte uneingeschränkte vollziehende Gewalt, und seine sogenannten Forschungsbeamten waren nichts anderes als Agenten der Geheimpolizei.

Heydrich aber war weit mehr an Gegenspionage als an dem ihm erteilten Auftrag zur Ausführung der Endlösung interessiert. Gleich seinem ihm verhaßten Widersacher, dem berühmten Admiral Canaris, war er Marine-Nachrichtenoffizier von Beruf. Heydrichs Ehrgeiz, den dann erst sein Nachfolger Kaltenbrunner erfüllt hat, war es, die Gegenspionageabteilungen der Wehrmacht und des Auswärtigen Amtes mit der entsprechenden Abteilung des RSHA zusammenzulegen. Das entsprang weniger einer Vorliebe für den militärischen Nachrichtendienst als der Eifersucht, mit der die SS seit den Tagen des Röhmputsches die militärische Führung dauernd

verfolgt hatte. Die „Einsatzgruppen" wurden in der doppelten Absicht gebildet, daß sie sowohl das Verhalten der militärischen Führer in Rußland verfolgen als auch die Ausrottung der Juden, Zigeuner und politischen Kommissare in die Hand nehmen sollten. Ein junger Beamter der Gegenspionage vermochte Heydrichs Gunst am ehesten dadurch zu gewinnen, daß er sich freiwillig für seine Einsatzgruppen meldete. Die meisten der etwa 300 Beamten, die den im Mai 1941 beginnenden dreiwöchigen Schulungskurs in Pretzsch an der Elbe in der Nähe von Leipzig mitmachten, stammten denn auch aus den „Informations"-Abteilungen des RSHA. Es war kaum genug Zeit zur Verfügung, um ihnen ein militärisches Aussehen zu verleihen, obwohl 24 von ihnen sofort zu SS-Sturmbannführern oder Standartenführern gemacht wurden. Ein früheres Mitglied einer Einsatzgruppe sagte vor Gericht aus, daß der Kurs in Pretzsch meistens aus „Geländeübungen, offenbarem Versteckspielen" bestand[11].

Es war also ein seltsam zusammengewürfelter Haufen von Halbintellektuellen, der in den kommenden Monaten in der russischen Etappe einherstapfte; obwohl man ihnen hohe Stiefel und den Waffengebrauch nach Gutdünken gestattet hatte, machten sie kaum einen sehr martialischen Eindruck. Keiner der vier Gruppenkommandeure hatte mehr als 600 bis 900 Mann unter sich, aber ihr Betätigungsfeld erstreckte sich über so riesige Gebiete wie die baltischen Staaten, Weißrußland, die Ukraine und die Krim mit dem Kaukasus.

Ohlendorf, der genau ein Jahr in Rußland war, befehligte die Gruppe D am äußersten südlichen Ende der Front. Nördlich davon befand sich die Gruppe C, die im Juni 1941 dem ehemaligen Inspektor der Sicherheitspolizei in Königsberg, Otto Rasch, unterstand. Rasch war ein älterer Mann, und sein Fall ist besonders bemerkenswert. Bevor man 1947 beschloß, ihn wegen seiner Parkinson-Krankheit als vernehmungsunfähig nicht vor Gericht zu stellen, hatte er in einer schriftlichen Aussage[12] erklärt, daß er die volle Bedeutung des Führerbefehls erst im August 1941 erfahren habe, als der Höhere SS- und Polizeiführer SS-Obergruppenführer Franz Jäckeln in Schitomir in der Ukraine eintraf. Er habe sich daraufhin sofort, behauptet Rasch, auf den Weg nach Berlin gemacht, um bei Heydrich persönlich zu protestieren. In Krakau habe er es sich überlegt, daß er lieber telephonieren werde, aber

da er keine Verbindung mit der Prinz-Albrecht-Straße zu erhalten in der Lage gewesen sei, hätte er nach Kiew zurückkehren müssen, wo er gerade noch rechtzeitig für das große Blutbad von Ende September eintraf. Kurz darauf überwarf sich Rasch mit dem Zivilkommissar Erich Koch, und es gelang ihm, einen zeitlich unbegrenzten Deutschland-Urlaub zu erhalten. Im weiteren Verlauf des Krieges lehnte er es ab, den Posten des Höheren SS- und Polizeiführers für Frankreich und Norditalien anzutreten und wählte das friedlichere Leben eines Bürgermeisters von Wittenburg sowie eines Direktors der „Kontinental-Petroleum A.G.". Sein Beispiel hat bewiesen, daß man sich Heydrich widersetzen konnte, ohne dadurch seinen Kopf einbüßen zu müssen[13].

„Einsatzgruppe B", deren Tätigkeitsgebiet sich auf Weißrußland und das Gebiet der Moskauer Front erstreckte, stand zunächst unter dem Kommando von Arthur Nebe, dessen Persönlichkeit noch mehr Widersprüche als die Ohlendorfs aufweist. In der Zeit der Weimarer Republik war Nebe Kriminalbeamter und trat 1933 in die Gestapo ein. Im Zuge der Reorganisierung, die im September 1939 vorgenommen wurde, fiel ihm das Amt des Chefs der fünften Abteilung des RSHA, der Kriminalpolizei (Kripo), zu. Als die „Einsatzgruppe B" gebildet wurde, glaubte man, daß Moskau in ihren Tätigkeitsbereich fallen werde; das erklärt, warum man einen so wichtigen Mann wie Nebe zum Befehlshaber von nur etwa 700 Leuten machte. Als die Aussichten bezüglich Moskaus im November 1941 in eine ungewisse Ferne rückten, kehrte Nebe zu seinem Schreibtisch in Berlin zurück und wurde durch Erich Naumann, einen wesentlich unbedeutenderen Beamten aus Ohlendorfs Abteilung, ersetzt. Die fünf Monate, die Nebe in Rußland verbrachte, werden von seinem Freund Hans Bernd von Gisevius nicht erwähnt, der in seinem Buch „Bis zum bitteren Ende" seinen früheren Chef geradezu als einen Heiligen darstellt. Fabian von Schlabrendorff schrieb, daß die Judenmassaker in Nebes Arbeitsgebiet von anderen Befehlshabern organisiert worden seien, denn Nebe habe die ganze Zeit hindurch mit dem von Oberst Oster geleiteten Widerstandskreis im Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte in Verbindung gestanden. Aber der „Tätigkeitsbericht" der Gruppe für die fünf Monate, da sie unter Nebes Kommando stand — er weist 45 476 Exekutionen aus —, wurde von Dr. Knobloch, einem seiner Kriminalpolizeibeamten, vorbereitet[14]. Überdies stehen die

zugunsten Nebes gemachten Behauptungen in Nürnberg in vollkommenem Widerspruch zu den Nürnberger Aussagen des SS-Obergruppenführers von dem Bach-Zelewski, der Höherer SS- und Polizeiführer für das Gebiet der Heeresgruppe Mitte gewesen war. Diesem zufolge war Nebe als direkter Vertreter Himmlers das Haupthindernis für das Gelingen seiner eigenen Interventionen.

Bach-Zelewski war bei einer Hinrichtungsszene in der Nähe von Minsk anwesend, für die Himmler Nebe aufgetragen hatte, eine neue Methode des Massentötens zu finden[15], und wenn es ein Zufall sein sollte, daß der einzige Film, der das Funktionieren einer Gaskammer festhält, in Nebes früherer Berliner Wohnung gefunden wurde, dann ist es ein recht merkwürdiger Zufall![16] Selbst Gisevius gibt zu, daß Nebe in diese Sache verwickelt war. Die Pläne für die Gaskammern wurden während der täglichen Mittagessen in den Büros des RSHA zwischen Ohlendorf, Müller, Schellenberg und Nebe besprochen[17]. Der grauenhaft zynische Ton, der bei diesen Besprechungen vorherrschte, nahm Nebe so sehr mit, daß er zweimal mit einem Nervenzusammenbruch einen Krankenurlaub antreten mußte. Im Juli 1943 war Nebe ein „menschliches Wrack", das an Verfolgungswahn litt. Angesichts der Schilderung, die Gisevius von Nebes geistiger Verfassung im Juli 1943 gibt, ist es nicht uninteressant, der Tätigkeit des früheren Kommandanten einer Ausrottungsgruppe ein Jahr später nachzugehen, drei Wochen vor der Verschwörung gegen Hitler, an der er teilgenommen haben soll. Am 28. Juni 1944 bot Nebe dem ärztlichen Dienst der SS schriftlich „asoziale Zigeunermischlinge" aus dem Lager Auschwitz für Experimente zur Trinkbarmachung von Meerwasser an[18]*. Der schicksalsschwere 20. Juli ging vorbei, und Nebe tauchte unter, um den Verfolgungen zu entgehen, denen der „Widerstandskreis" ausgesetzt war, doch sein großzügiges Angebot blieb in Kraft. In der Nacht des 2. August wurde fast die Hälfte der Insassen des Auschwitzer „Zigeunerlagers" vergast, aber 915 junge Männer wurden für Buchenwald ausgesucht, und

* Ähnliche Aufträge Nebes hatte Eugen Kogon seinerzeit in dem Serumvorbereitungsblock in Buchenwald gesehen[19]. In der letzten englischen Ausgabe seines Buches zieht Kogon aber seine Behauptung, daß Nebes Verbindungen mit der Widerstandsgruppe nur auf opportunistische Erwägungen zurückzuführen waren, zurück. Ohne die Annahme des Kommandos einer Einsatzgruppe durch Nebe deswegen schon zu entschuldigen, ist Kogon jetzt bereit, anzuerkennen, daß Nebe von Anbeginn gute Absichten hatte.



Sowjetunion und die Grenzen der deutschen Besetzung (1941–1942)

ihren Reihen wurden jene entnommen, denen man das Meerwasser zu trinken geben wollte (siehe S. 132 u. 510).

Auch wenn Nebe die Zahl der Opfer höher angegeben hat, um Himmlers Wohlgefallen zu erregen, und auch wenn er unter Zwang die verschiedenen Methoden des Massenmords ausprobierte, hat er doch sowohl seinen Rang beibehalten als auch das entsprechende Gehalt bezogen — und er hat die ihm gegebene Aufgabe erfüllt. Wenn seine moralischen Skrupel ihn nicht zu mehr veranlaßten, muß er schon ein erbärmlicher Feigling gewesen sein. Dieser Eindruck wird auch von einem anderen deutschen Zeugen, dem SS-Untersuchungsrichter Konrad Morgen, bestätigt, der beschrieb, wie Nebe voll Schrecken aus einem Zimmer ins andere lief, als Nebes Chef Kaltenbrunner das Ergebnis seiner Nachforschungen über die Auschwitzer Massenmorde schilderte[20] (siehe S. 514).

Schließlich kann selbst Nebes Rolle als Held der Widerstandsbewegung nicht mehr als ein Versuch zu einem Alibi sein. Sein Freund Gisevius hat ihn zuletzt im Juli 1944 gesehen, aber er wurde erst im Februar 1945 verhaftet. Die Behauptung, daß Nebe ohne Prozeß hingerichtet wurde, stützt sich nur auf die Aussage seiner Freunde[21]. Die zwei Mächtigsten im RSHA, Schellenberg und Ohlendorf, haben sich selbst als Widerstandskämpfer und als Unterhändler mit den Alliierten angepriesen. Nebes Freunde haben mehr getan: sie haben dessen Märtyrerkrone als Beweisstück benützt*.

Der vierte der Kommandeure einer Einsatzgruppe, Franz Stahlecker, dem die Gruppe A (Baltische Staaten und Leningrader Frontabschnitt) zugeteilt war, bewies weit weniger Zurückhaltung als Nebe: zumindest einer der Berichte über Massaker ist von ihm eigenhändig unterzeichnet worden. Ohlendorf zufolge, der Stahleckers Stil in den oft zitierten Nürnberger Dokumenten „L-180" und „2273-PS" erkannte, pflegte Stahlecker aufzuschneiden. Er dürfte das in diesem Fall schon deshalb getan haben, um sich Heydrichs Gunst wiederzuerwerben, denn an sich war seine Ernennung zum Befehlshaber einer Einsatzgruppe eine Degradierung. Vormals war er Chef des „Amtes VI a", der Abteilung des RSHA für ausländischen Nachrichtendienst, gewesen, eine Stel-

* J. W. Wheeler-Bennet behauptet, ohne die Quelle seiner Information anzugeben, daß Nebe am 16. März 1945 hingerichtet wurde.

lung, die er vielleicht durch seine Intrigen verloren hatte, die darauf abzielten, der Nachfolger Martin Luthers, Heydrichs Verbindungsmannes im Auswärtigen Amt, zu werden[22]. Stahlecker — eine einigermaßen nebelhafte Figur — wurde von Partisanen im März 1942 getötet und kehrte niemals mehr an seinen Schreibtisch im „Amt VI a" zurück, wo ihn der einem Meteor gleich auftretende Walter Schellenberg ersetzte.

Der verbitterte Ohlendorf, der Schellenberg in Nürnberg in der Rolle eines „weißen" Zeugen gesehen hatte, erklärte, als er selbst als Angeklagter vor Gericht stand, daß „Schellenberg sich jede Gelegenheit genommen hätte, wenn er geglaubt hätte, es sei für seinen Vorteil, sich diese Einsatzgruppe auszusuchen, in der er am meisten hätte tun können, um Hitler zu gefallen"[23].

Es ist unwahrscheinlich, daß Schellenberg den Massakern einen Widerstand entgegensetzte. Gegen Kriegsende äußerte er sich dem Finanzminister Schwerin von Krosigk gegenüber, daß die Liquidierung der Juden an sich wünschenswert sei, „aber da nur ein Drittel in unserer Hand war, die übrigen aber außerhalb unseres Machtbereiches lebten, ist die Art der Behandlung der Juden schlimmer als ein Verbrechen, es ist eine Dummheit gewesen"[24]*.

Der Grund dafür, daß Schellenberg, der Held des Entführungsfalles von Venlo, sich nicht um die Leitung einer Ausrottungsgruppe beworben hat, liegt einfach darin, daß er bessere Aufstiegsmöglichkeiten für sich sah. Die Umorganisierung des RSHA zu Beginn des russischen Feldzuges brachte ihm die Leitung zweier Gegenspionageabteilungen — IVa und VI a — ein. Als SS-Brigadeführer im Alter von 30 Jahren wurde er der faktische Chef des gesamten Auslands-Nachrichtendienstes in dem Augenblick, als Himmler und die SS ihn endgültig dem Auswärtigen Amt und der Wehrmacht entrissen. So kam es, daß Schellenberg im Februar 1945 als Himmlers „rechte Hand" auftreten konnte. Damals wirkte er als Gegengewicht gegen Kaltenbrunner und suchte Himmler dazu zu überreden, Frieden mit den Alliierten zu machen. Er war

* Es könnte eingewendet werden, daß diese Wertung der Haltung Schellenbergs auf dem Zeugnis eines einzigen Menschen beruht, aber diese Aussage wird durch eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes vom 14. Mai 1943 voll bestätigt. Schellenberg hatte davon gehört, daß ein britisches Weißbuch über die deutschen Grausamkeiten in Polen veröffentlicht werden sollte und daß man den Vatikan um Material dazu angegangen habe. Er ersuchte daher von Thadden, eine einfache und wirksame Erklärung der Lösung des Judenproblems für den Fall vorzubereiten, daß eine italienische Gruppe Rußland oder Polen besuchen sollte[25].

die einnehmende Erscheinung mit dem blütenweißen Kragen, die Himmlers Unterredungen mit dem Grafen Bernadotte bei Kriegsende[26] in die Wege leitete (siehe S. 525).

Vielleicht wird es nie möglich sein, den Anteil der Schuld an der Ausrottung der russischen Juden verläßlich festzustellen, der diesen geschniegeltsten aller Gestapoleute trifft. Schellenberg, der in Nürnberg unmittelbar nach Ohlendorf vernommen wurde, gab zu, im Mai 1941 an einer Besprechung mit Heydrich und dem Generalquartiermeister Wagner teilgenommen zu haben, die den örtlichen Wirkungskreis der einzelnen Einsatzgruppen festlegte. Später sagte er aus, daß der endgültige Entwurf für das Übereinkommen zwischen dem RSHA und der Wehrmacht sein Werk gewesen sei (siehe S. 91 f.). Selbst damals sei er noch nicht in der Lage gewesen, den wahren Sinn des die Juden und politischen Kommissare betreffenden Führerbefehls zu erkennen, der an die Befehlshaber der Vernichtungseinheiten nur mündlich weitergegeben wurde.

Nach dieser Erklärung vergingen mehr als drei Jahre, ehe Schellenberg bescheinigt wurde, daß er an der Verschwörung zur Ausrottung der Juden keinen Teil hatte[27]. So wie er als Zeuge ausgesagt hatte, verantwortete er sich auch als Angeklagter, daß er nämlich nie ein ausführender Beamter gewesen sei, sondern immer nur mit dem „Nachrichtendienst" zu tun gehabt habe. Nur in einem einzigen Falle war das Gericht in der Lage zu beweisen, daß „Nachrichtendienst" nur ein Deckwort für Mord war. Aus dem die Einsatzgruppen betreffenden Beweismaterial erfuhr man Einzelheiten über ein fürchterliches, unter dem Namen „Aktion Zeppelin" bekanntes Spiel, an dem sich die Beamten von Schellenbergs „Amt VI" des RSHA belustigten[28]. Gewisse gefangene russische Offiziere brachte man dazu, ihre Leidensgenossen zu bespitzeln, um so die Namen von politischen Kommissaren zu erhalten, die auf Grund von Hitlers Befehl ohne Gerichtsurteil hingerichtet werden konnten. Am eifrigsten wurden diese Hinrichtungen nicht von einem SS-Mann betrieben, sondern von dem Chef des Allgemeinen Wehrmachtsamtes, Hermann Reinecke, der als „Oberpolitruk" bekannt war und der heute noch die in Nürnberg über ihn verhängte Strafe lebenslänglichen Kerkers abbüßt. War man der Ansicht, daß die russischen Angeber schon zuviel wußten, wurden sie von den Einsatzgruppen abgeschossen oder

der politischen Abteilung des Hauptlagers Auschwitz übergeben, um vor der dem Block 11 angeschlossenen „Schwarzen Wand" abgeschossen zu werden. Das Nürnberger Gericht kam zu der Überzeugung, daß Schellenberg über diese Dinge vollkommen im Bilde war, und verurteilte ihn darum im April 1949 zu sechs Jahren Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde ihm jedoch angerechnet, und so wurde dieser Mann, der die Pläne für die Gaskammern mitentworfen und täglich mit Kaltenbrunner und Müller während des gemeinsamen Mittagessens besprochen hatte, schon im Dezember 1950 auf freien Fuß gesetzt. Da Schellenberg mit großer Gewissenhaftigkeit sein Tagebuch führte, sollte es eigentlich einen Markt für seine Erinnerungen geben, die sich sicher durch den „Takt" auszeichnen, der, wie Himmler sagte, „eine Gott sei Dank in uns wohnende Selbstverständlichkeit ist" [29]*.

2. Das Labyrinth der Kompetenzen

Im Gegensatz zu den aktiven Ehrgeizlingen, die als Befehlshaber der Einsatzgruppen auftraten, waren die ihnen untergeordneten Beamten meistens Menschen, die es im normalen Leben zu nichts gebracht hatten. Erwin Schulz zum Beispiel hatte, wie sieben andere der zweiundzwanzig Angeklagten im Einsatzgruppen-Prozeß, Jura studiert; statt eine juristische Laufbahn zu ergreifen, war er aber, gleich seinem Vater, Polizist geworden. Ernst Bieberstein, der in die Dienste der Gestapo trat, um den Klerus zu bespitzeln, hatte eine protestantische Pfarre zugunsten eines von ihm gegründeten „Bruderbundes der Liebe" aufgegeben. Wladimir Klingelhöffer, ein Opernsänger aus Kassel, erhielt keinen wichtigeren Auftrag als den, „kulturelle Betätigungen" zu bespitzeln, ehe er auf Grund seiner Sprachkenntnisse als in Rußland geborener Volksdeutscher in einer Einsatzgruppe Aufnahme fand. Lothar Fendler war ein arbeitsloser Militärzahnarzt und Voldemar Radetzky ein Baltendeutscher, der durch die Umsiedlung des Jahres 1940 aus der Bahn geworfen worden war. Strauch, der „Schlächter von Minsk", war trotz seiner Rechtsstudien nur Bankangestellter geworden, und Blobel, der Fachmann für Exhumierungen und Verbrennungen, war ein Architekt, der das Opfer seiner Trunk-

* Schellenberg ist im Sommer 1952 in Italien gestorben. Der äußerst mitteilsame Willi Höttl berichtet, daß Schellenbergs Memoiren bereits an einen Schweizer Verleger verkauft worden waren. Ein Teil daraus ist in einer anonymen und offenkundig „bearbeiteten" Version in dem deutschen illustrierten Wochenblatt „Quick" erschienen.

sucht wurde. Er hatte sich zur Gestapo gemeldet, „als er nur mehr ein Hemd besaß" [30].

Diese verlorene Legion arbeitsloser Intellektueller hatte sich seit 1933 an die Schreibtische des SD gedrängt, mit keinem anderen Erfolg, als daß sie sich im Sommer 1941 in der Uniform der „Schwarzen Krähen" auf den grundlosen Straßen Rußlands fand. Es gab sogar eine Degradierung als Folge ideologischen Übereifers. Professor Franz Six* gab die Auslandswissenschaftliche Fakultät der Berliner Universität, deren Dekan er war, auf, um Berichterstatter des SD in wissenschaftlichen Fragen und Chef eines Kommandos unter Nebe zu werden. Six wurde ausgeschickt, um die Kreml-Archive zu übernehmen und zu sichten, aber da er seinen Bestimmungsort nicht zu erreichen in der Lage war, verbrachte er 25 Tage in Smolensk damit, kriegsgefangene und hinrichtungsreife politische Kommissare aufzuspüren. Seine Verantwortung, daß er „immer ein Wissenschaftler blieb und niemals ein Polizist wurde" [31], bewahrte Professor Six nicht davor, zu 20 Jahren Kerker verurteilt zu werden, die sich in der veränderten Atmosphäre des Jahres 1951 auf zehn Jahre verringerten. Ein Jahr darauf wurde er auf freien Fuß gesetzt ...

Das Merkwürdigste an der Laufbahn dieser Leute war die Leichtigkeit, mit der sie sich von ihr absetzen konnten. Otto Rasch war es, wie wir gesehen haben, gelungen, viel länger auf Urlaub zu bleiben, als ihm ursprünglich bewilligt worden war. Heinz Jost, ein früherer Direktor des „Amtes VI" des RSHA, der im März 1942 den Posten des toten Stahlecker übernahm, verließ diese Stellung nach drei Monaten und wurde Rosenbergs Verbindungsmann zu Feldmarschall Kleist. Die einzige Strafe, die Himmler über Jost für dessen Vernachlässigung seiner Pflichten verhängte, war, daß Jost (der seinen Polizeirang als Generalmajor beibehielt) im Mai 1944 als Oberleutnant an die Front geschickt wurde [32]. Auch SS-Brigadeführer Erwin Schulz, der im September 1941 sein Kommando verließ, als Franz Jäckeln mit Hitlers Befehl eintraf, wurde seiner Stelle ohne irgendwelche unangenehme Folgen für ihn ledig [33]. Dann gab es zum Beispiel den SS-Standartenführer Jäger in Riga, der einen Nervenzusammenbruch erlitt, als er Jäckelns Befehls für das Massaker des „blutigen Sonntags" ansichtig wurde;

* Franz Six entzog sich wie der Befehlshaber seiner Gruppe, Erich Naumann, bis zum Sommer 1946, als Tagelöhner getarnt, seinen Richtern.

er wurde einfach von Stahlecker zu einem anderen Kommando der gleichen Gruppe versetzt[34]*.

Ohlendorfs ursprüngliche Aussage in Nürnberg hatte den Eindruck hervorgerufen, daß das ganze Programm zur Ausrottung der russischen Juden von weniger als 3000 Mann — und einigen Frauen — durchgeführt wurde, die zu den Einsatzgruppen gehörten. Das ist aber keineswegs der Fall. Als Leiter einer ungeheuren, meist auf Grund lokaler Werbungen aufgefüllten Organisation nahmen die Einsatzgruppen alles, was diese Organisation getan hatte, als ihr Verdienst in Anspruch. Aber die zwei Feldmarschälle von Brauchitsch und Manstein betonten in Nürnberg, daß die Einsatzgruppen zu dem Zweck geschaffen worden waren, die politische Verwaltung des besetzten Gebietes zu übernehmen[36]. Sobald dort eine Zivilverwaltung zu funktionieren begann, änderte sich ihre Natur von Grund auf.

Der Großteil des ursprünglichen Stabes wurde in die Nähe der Front geschickt, wo er sich mit der Bekämpfung der Partisanen beschäftigen sollte, aber eine Anzahl von Kommandeuren wurde unter Beibehaltung des notwendigsten Beamtenstabs den verschiedenen Reichskommissaren und Landkommissaren als „Befehlshaber der Sicherheitspolizei" (BdS) oder als „Kommandeur der (örtlichen) Sicherheitspolizei" (KdS) zugeteilt. Theoretisch waren sie ein Bestandteil des Apparates der Zivilverwaltung. Praktisch stützte sich ihre Befehlsgewalt vor allem auf die ihnen von Himmler und Heydrich gegebenen Generalermächtigungen. Das verwickelte sie in endlose Kämpfe mit den von Rosenbergs Ministerium eingesetzten Beamten, die sie niemals zu überspielen oder gar zu beseitigen vermochten.

Die Massaker an den russischen Juden ereigneten sich meistens erst nach der Einrichtung dieser regulären Polizeibehörden. Die ausführenden Organe setzten sich hauptsächlich aus den „Selbstschutz"-Einheiten zusammen, einer von den Einsatzgruppen ge-

* Rudolf Diels, der bis April 1934 Chef der Gestapo war, sagte in Nürnberg als Belastungszeuge aus, daß Artikel 47 des Militärstrafgesetzbuches einen Befehlshaber dazu ermächtigte, die Ausführung einer anbefohlenen Massenexekution zu verweigern. Dann schilderte er seinen eigenen Fall, vielleicht aus Stolz darauf, Heydrichs bösen Absichten aus dem Jahre 1934 entgangen zu sein. 1941 hatte er die Ausführung des Auftrages des Gauleiters, Juden in Hannover zu verhaften, verweigert. Daraufhin wurde er seines Postens als Regierungspräsident enthoben — das war aber auch alles. Er erwähnte auch den Fall eines gewissen Grafen Faber-Castell, der sich geweigert hatte, 500 Juden in Polen abzuschießen, und der nicht einmal von seinem Regiment versetzt wurde[35].

schulten nichtdeutschen Truppe, aber nach den ersten massiven Pogromen gegen die ansässige Bevölkerung hielt man es für geboten, nicht zu sehr aus dem örtlichen Reservoir zu schöpfen. Zahlreiche litauische Freiwillige wurden in das polnische, lettische und weißrussische Gebiet geschickt. Die Litauer eigneten sich für diese Arbeit besonders gut, aber im Sommer 1942 war man gezwungen, in Weißrußland andere Methoden in Anwendung zu bringen, da eine schlagkräftige Partisanenbewegung den überlebenden arbeitsfähigen Juden gelegentlich Möglichkeiten des Entkommens gab. Die betrunkenen und unzuverlässigen Litauer wurden durch ganze Regimenter der deutschen Ordnungspolizei ersetzt, die manchmal, wie in der Aktion gegen das Ghetto Pinsk am 29. Oktober 1942, in starken Feldformationen mit der Unterstützung regulärer Truppen auftraten[37]. Die Kommandeure der Sicherheitspolizei liehen sich solche Truppen von den „Korücks" oder Etappenkommandeuren aus, und einige Berichte von „Korücks" zählen die Juden auf, die dem SD übergeben wurden. Manchmal hat ein „Korück" aus eigenem Antrieb eine Aktion eingeleitet, wie im Falle der Abschlachtung der Juden aus Glebokie in Weißrußland im Juli 1942. Es scheint, daß um diese Zeit die ursprünglichen Einsatzgruppen, deren Zahl man von vier auf zwei herabgesetzt hatte und die weit im Osten als Kampftruppen auftraten[38], mit der Judenausrottung nicht mehr viel zu tun hatten.

Eine Frage, die in den Nürnberger Prozessen bei weitem nicht genügend geklärt wurde, betrifft die Rolle, die die sogenannten „Höheren SS- und Polizeiführer" in dieser Sache spielten. In Deutschland waren sie das Gegenstück der SS zu den Gauleitern. Mit dem Fortschreiten des Krieges wurden mehr von diesen Trägern einer zweifelhaften Würde ernannt — für Krakau, Warschau und Lublin, für Oslo, Paris und Den Haag, für Belgrad und Athen. In Rußland gab es je einen „Höheren SS- und Polizeiführer" bei jeder der drei Heeresgruppen und überdies einen für „Sonderaufgaben". Ihre Stellung war durch einen schon vor dem russischen Feldzug — am 21. Mai 1941 — ausgegebenen Erlaß Himmlers geregelt[39]. Dieser Erlaß gab ihnen volle Macht in Polizeiangelegenheiten unter dem direkten Kommando Himmlers und Heydrichs. Die Kommandeure der Einsatzgruppen, die den Rang von „Befehlshabern der Sicherheitspolizei und des SD" (BdS) hatten, waren ihnen untergeordnet.

Das geht schon aus der Schilderung hervor, die einige Einsatzgruppenkommandeure von der Art und Weise gaben, mit der sie von dem Höheren SS- und Polizeiführer der Heeresgruppe Süd, SS-Obergruppenführer Franz Jäckeln, zur Ausführung der Judenmassaker angetrieben wurden. Jäckeln erteilte im August 1941 den Befehl zur Ermordung der ungarischen Juden in Kamenetz-Podolsk, im Oktober den Befehl für ein Judenmassaker in Dnjepropetrowsk und im November/Dezember für eines in Riga[40] — das macht allein schon mehr als 50 000 Mordfälle aus*.

Mit der Geschichte eines toten Höheren SS- und Polizeiführers könnte man die von dem Betreffenden selbst aufgezeichnete Geschichte eines noch am Leben befindlichen vergleichen. Erich von dem Bach-Zelewski versah dieses Amt bei der Heeresgruppe Mitte bis zum Ende des Jahres 1942, als er Chef aller mit der Bekämpfung der Partisanen befaßten militärischen Einheiten wurde. Er war ein Berufssoldat aus einer militärischen Junkerfamilie, der in Nürnberg bereitwilligst gegen Himmler und seine eigenen Polizeikollegen aussagte Was die Einsatzgruppen betrifft, behauptete Bach-Zelewski, daß er, obwohl die von Nebe befehligte in seinem Wirkungskreis tätig war, Nebe keine Aufträge geben konnte und sich nur „hintenherum" in den Besitz eines der berüchtigten Einsatzgruppenberichte setzen konnte[42]. Er sei persönlich immer gegen die Hinschlachtung der Juden und Slawen gewesen und habe sowohl in Baranowicze als auch in Mogilew sein Quartier demonstrativ im jüdischen Teil der betreffenden Stadt genommen. Wenn die Juden aus Mogilew später ausgerottet wurden, sei das darauf zurückzuführen, daß er inzwischen die Stadt verlassen hatte[43]**.

Rauter und Oberg, die Höheren SS- und Polizeiführer für Holland und Frankreich, verantworteten sich gleichfalls dahin, daß ihnen

* Jäckeln war einer von sechs deutschen Generalen — alle Ortskommandanten —, die von einem Volksgericht in Riga am 3. Februar 1946 abgeurteilt und am Nachmittag des gleichen Tages im früheren Ghetto hingerichtet wurden[41]. Diese Art der Prozeßführung ist der historischen Forschung nicht günstig.

** Der „Verteiler" für die Einsatzgruppenberichte zeigt aber, daß von dem Bach-Zelewski noch am 19. November 1941 sein Hauptquartier in Mogilew hatte, einen vollen Monat nach der Liquidierung des Ghettos. Die Dienste, die Bach als Zeuge in Nürnberg und Warschau geleistet hatte, retteten ihn vor der Auslieferung an Rußland. Er wurde von einem Gericht in Ansbach im März 1951 zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt, was praktisch bedeutet, daß er in seinem eigenen Haus wohnen konnte. Von dem Bach-Zelewski behauptete, daß er es war, der 1946 das Gift in Görings Zelle schmuggelte.

zu einem Eingreifen in antijüdische Maßnahmen die Zuständigkeit gefehlt habe, und in diesem Sinne verteidigte sich sogar Jürgen Stroop, der Mann, der den Aufstand im Warschauer Ghetto blutig unterdrückt hatte! Obwohl Stroop die täglichen Statistiken über die erfolgten Ausrottungsaktionen in einem eleganten Lederalbum gebunden aufbewahrte (siehe S. 309 f.), sagte er in Nürnberg aus, daß die Mordtaten von einem Befehlshaber der Sicherheitspolizei ausgeführt worden wären, der ihm in keiner Weise unterstanden hätte[44]. Die offen zutage liegende Absurdität von Stroops Behauptung hatte die unbeabsichtigte Nebenwirkung, die Glaubwürdigkeit ähnlicher Aussagen zu zerstören, die seine in anderen Gegenden tätig gewesenen Kollegen gemacht hatten.

3. Die Mitschuld der Wehrmacht

Wenn es den von Himmler ausgewählten Polizeigenerälen gelang, ihre Unschuld in bezug auf die Ausrottung der Juden erfolgreich zu beteuern, um wieviel leichter mußte das den Feldmarschällen und Generälen der Wehrmacht fallen, die sich darauf beriefen, daß ihre Hände durch die zwischen dem Oberkommando und dem RSHA im März–Juni 1941 getroffenen Abmachungen gebunden waren! Deutsche Generäle und deutsche Advokaten, die sich mit der Verteidigung des Oberkommandos der Wehrmacht befaßten, haben immer und immer wieder beteuert, daß die Leute mit den SD-Aufschlägen am Ärmel keine Soldaten waren, der Befehlsgewalt der Armee nicht unterstanden und sich so sehr des Schutzes Himmlers erfreuten, daß man sie aus dem von der Armee verwalteten Gebiet nicht entfernen konnte. Im Widerspruch dazu haben Befehlshaber von Einsatzgruppen Fälle beschrieben, in denen sie Befehle der Armee entgegenzunehmen gezwungen waren, während drei hohe SS-Offiziere, die als Entlastungszeugen der SS geführt wurden, die Befehlshaber von Heeresgruppen und Armeen der Feigheit beschuldigten, weil sie den Massenhinrichtungen nicht Einhalt geboten[45].

Diese Kritik hat viel Berechtigung. Einige Kommandeure gaben zwar Befehle aus, die ihren Einheiten verboten, an vom SD ausgeführten Aktionen teilzunehmen, aber die Haltung der Mehrzahl von ihnen war weit weniger entschieden. Als am 5. August 1941 einige Hundert Juden in der Nähe von Rossitten von lettischen Freiwilligen ermordet wurden, ließ General Küchler von der 18. Armee

den nächsten Divisionskommandeur wissen, daß der SD die alleinige Verantwortung hätte. Der Divisionskommandeur beauftragte daraufhin seinen Stab, darauf zu sehen, daß innerhalb des Kommandos keine Meinungsäußerung oder gar Kritik laut werde[46]. Aber den Etappen-Kommandeuren war nicht einmal eine solche negative Haltung gestattet, weil der SD seine Judenmassaker als gegen die Partisanen gerichtete Aktionen tarnte, bei denen mitzumachen die Wehrmacht verpflichtet war[47].

Eines der Massaker vollzog sich so stark im Lichte der Öffentlichkeit, daß es die Aufmerksamkeit des Kommandos der Heeresgruppe Mitte in Smolensk erregte. Es fand am 19. Oktober 1941 in Borissow kurz nach der Verlegung des Hauptquartiers von dort statt. Ein Kommando aus Stahleckers Einsatzgruppe A drang in Borissow ein, das eigentlich in Nebes Wirkungskreis gehörte, und schlachtete die gesamte 7620 Seelen zählende jüdische Bevölkerung ab[48]. Ein Geheimbericht eines Unteroffiziers, der „auf dem Abwehrweg"[49] an Admiral Canaris gelangte, zeigt, daß die Gelegenheit als ein „Festtag der deutschen Polizei" gefeiert wurde, bei dem sich der SD und die von einem wolgadeutschen Lehrer geführten weißrussischen Freiwilligen im Stadtcafé gemeinsam betranken; die Juden waren sich des ihnen bestimmten Schicksals sehr wohl bewußt. Das alte Armeehauptquartier war der Exekutionsplatz, deutsche Soldaten schauten zu, und Wehrmachtseinheiten waren damit beschäftigt, das Ghetto abzusperren.

Als die Nachricht nach Smolensk* kam, wandten sich einige Offiziere seines Stabes an General von Bock und bestürmten ihn mit Tränen der Wut in den Augen, etwas zur Verteidigung der Ehre der Armee zu tun. Bock wendete ein, daß er nicht gegen die SS mit Waffengewalt vorgehen könne. Alles, was er glaubte tun zu können, war ein Auftrag an Fabian von Schlabrendorff, eine Denkschrift an Hitler über dieses „unerhörte Verbrechen" auszuarbeiten[50]. Nichtsdestoweniger hatte Bocks Nachfolger, Günther von Kluge, im Mai des darauffolgenden Jahres keinerlei Schwie-

* Bruchstücke eines Tagebuchs eines hohen Beamten der „Ausland-Abwehr" von Admiral Canaris, der in dessen Gesellschaft reiste, berichten über eine weitere Diskussion (25. Oktober) in Bocks Hauptquartier im Gefolge der Bluttat von Borissow. Die 7000 Juden, heißt es dort, seien wie „Ölsardinen in der Büchse" liquidiert worden, und auch der SD hätte seine Aufgabe nur „dank den Riesenmengen konsumierten Alkohols" zu Ende führen können (NOKW 3146, teilweise abgedruckt in „Le Monde Juif", Nr. 50, Dezember 1951; ein anderer Bezug auf dieses Tagebuch findet sich auf S. 263).

rigkeiten mit der Entfernung des SD aus seinem Frontabschnitt, wo dessen Benehmen eine Gefahr für die Sicherheit gewesen war[51].

Manchmal entschlossen sich die Armeekommandeure dazu, lange Manifeste auszuarbeiten, die ihre Leute mit dem aussöhnen sollten, was sie zu Gesicht bekamen. Einen solchen Tagesbefehl veröffentlichte zum Beispiel Feldmarschall Walter von Reichenau am 10. Oktober 1941 für die Sechste Armee[52]:

> „Der Soldat ist im Ostraum nicht nur ein Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst, sondern auch Träger einer unerbittlich völkischen Idee ... Deshalb muß der Soldat für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum volles Verständnis haben."

Der Sinn dieser Worte konnte kaum mißverstanden werden. Jeder unter Reichenau dienende Soldat wußte, daß Ende September als Sühne für die Unterminierung der Stadt durch die Russen (siehe S. 262 ff.) in Kiew unzählige Juden niedergemetzelt worden waren. Reichenaus Formulierung in seinem Armeebefehl wurde von Küchler, dem Befehlshaber der 18. Armee, von Hoth, dem Befehlshaber der 17. Armee, und von Manstein, dem Befehlshaber der 11. Armee, übernommen[53]. Mansteins Armeebefehl wurde am 20 November in Simferopol ausgegeben — einige Tage vor dem ersten Massaker im Ghetto[54]. Das ist um so bemerkenswerter, als Manstein, der sich viel darauf zugute tat, ein Berufsgeneral zu sein, ungleich Hoth und Küchler für die nationalsozialistischen Ziele und Theorien nichts übrig hatte und bei Himmler reichlich unbeliebt war. Himmler hat sogar nicht wenig Zeit dafür vergeudet, „slawische Versippung" in Mansteins Stammbaum nachzuweisen *[55].

Das britische Militärgericht in Hamburg sprach Manstein im Dezember 1949 von zwei Anklagepunkten, die die Judenmassaker betrafen, frei; gleichzeitig wurde er aber der Vernachlässigung des Schutzes des Lebens von Zivilisten schuldig gesprochen. Die Worte „absichtlich" und „grob fahrlässig" wurden gestrichen[56]. Ohlendorf, der sich zur Verantwortung für die meisten der 90 000 während seiner Zuteilung zur 11. Armee verübten Morde bekannt

* Der Unterhausabgeordnete R. T. Paget (Manstein, His Campaigns and His Trial, London 1951, S. 166) hat zugunsten von Mansteins geltend gemacht, daß dieser Teile aus Reichenaus Armeebefehl ausließ und sie durch Instruktionen für das Verhalten der Truppen ersetzte, gegen die kein Einwand erhoben werden kann. Paget unterließ aber die Feststellung, daß Manstein an dem oben zitierten Satz Reichenaus nichts auszusetzen fand und ihn unverändert übernahm.

hatte, wurde nicht als Zeuge nach Hamburg gerufen. Manstein hatte Ohlendorf bereits im August 1946 in Nürnberg geantwortet, aber Ohlendorf wiederholte seine Beschuldigungen während des gegen ihn geführten Prozesses im Jahre darauf und im Jahre 1948 in dem „Oberkommando"-Prozeß. Natürlich können weder Manstein noch auch Ohlendorf in dieser Frage als glaubwürdige Zeugen betrachtet werden. In diesem Durcheinander von Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen erscheint die General Eisenhower zugeschriebene Erklärung, daß „der deutsche Soldat niemals seine Ehre verloren" habe, vorzeitig und unverantwortlich.

Die Lage war voll von Widersprüchen. Otto Wöhler, Mansteins Chef des Stabes, protestierte zum Beispiel dagegen, daß Offiziere es sich angelegen sein ließen, den Hinrichtungen zuzusehen, und er befahl Ohlendorf, sein Mordhandwerk abseits von der unmittelbaren Umgebung des Hauptquartiers der 11. Armee zu betreiben. Ohlendorf wieder führte Beschwerde darüber, daß Wöhler ihn nicht mit dem ihm zustehenden Rang tituliert hätte [57]. Aber Wöhler war es, der Ohlendorf die Marschbefehle gab und dessen Berichte abzeichnete [58].

Auf einer niedrigeren Ebene war es der Kommandeur von Mansteins XXXstem Korps, von Salmuth, der Ohlendorfs Bluthunde zur Massakrierung der Juden von Kodyma in Transnistrien (Podolien) herbeirief, ihnen für diesen Zweck dreihundert seiner eigenen Leute zur Verfügung stellte und Richtlinien für eine zukünftige Zusammenarbeit in diesen Dingen ausgab [59]. Salmuth legte Manstein über alles das pflichtschuldigst Berichte vor, aber Manstein behauptete, diese Berichte niemals gesehen zu haben. Ihm sei „mit Recht ... nur das Wesentliche ... vorgetragen worden" [60]*.

Es gab auch wieder Fälle, in denen der SD darüber Beschwerde führte, daß die Armee die dem SD vorbehaltenen Aufgaben durch-

* Ich möchte hier — wenn auch nur als Fußnote — Ohlendorfs oft wiederholte Beschuldigung verzeichnen, daß er, als Manstein sein Hauptquartier nach Simferopol auf der Krim verlegte, ersucht wurde, die Liquidierung der Juden zu beschleunigen, „um der Wohnungsnot abzuhelfen" [61], und daß Manstein damals (Weihnachten 1941) zu Ohlendorf in so freundschaftlichen Beziehungen gestanden habe, daß er die ihm von Ritter von Schobert zugefügten Beleidigungen dadurch gutmachen wollte, daß er Ohlendorf zusammen mit dem Höheren SS- und Polizeiführer Udo von Alvensleben einlud, das Wochenende mit ihm auf seinem Schloß zu verbringen. Mansteins Antwort bestand in der strikten Erklärung, daß er Ohlendorf zum erstenmal in seinem Leben im Nürnberger Gefängnis gesehen habe [62]. Die offenkundige Ungehörigkeit, die darin bestand, daß man Ohlendorf, nachdem er im April 1948 zum Tode verurteilt worden war, als Belastungszeugen gegen das Oberkommando der Wehrmacht vernahm, wieder-

führte. So verzeichnet der Einsatzgruppenbericht Nr. 119 eine zweitägige Aktion am 22. September 1941 im Ghetto Uman in der Ukraine. Es gab „nur" 1412 Opfer statt der 8000, die man vorgesehen hatte — die ukrainische Bevölkerung hatte nämlich zusammen mit den deutschen Soldaten den Juden ungewollt durch Plünderung ihrer Häuser bereits eine Warnung gegeben. Infolgedessen war die Durchführung der vom Kommando Nr. 5 vorgenommenen Aktion „ernstlich beeinträchtigt", und der Bericht hält fest, daß Feldmarschall von Rundstedt, der Befehlshaber der Heeresgruppe Süd, von der Mitwirkung von Einheiten des Heeres an den Ausschreitungen in Kenntnis gesetzt wurde [63].

Der Empfang der Beschwerde wurde am Tage darauf von Rundstedt, dessen Hauptquartier sich jetzt direkt in der Stadt Uman* befand, in einem Armeebefehl an seine Truppen folgendermaßen bestätigt [65]:

> „Erforschung und Bekämpfung reichsfeindlicher Bestrebungen und Elemente (Kommunisten, Juden und dgl.) ... ist in den besetzten Gebieten **allein** Aufgabe der Sonderkommandos der Sicherheitspolizei und des SD, die in eigener Verantwortung die notwendigen Maßnahmen treffen und durchführen. Eigenmächtiges Vorgehen einzelner Wehrmachtangehöriger oder Beteiligung von Wehrmachtangehörigen an Exzessen der ukrainischen Bevölkerung gegen die Juden ist verboten, ebenso das Zusehen oder Photographieren bei der Durchführung der Maßnahmen der Sonderkommandos. Dieses Verbot ist den Angehörigen aller Einheiten bekanntzugeben. Verantwortlich für die Beachtung des Verbotes sind die Disziplinarvorgesetzten aller Dienstgrade."

Feldmarschall von Rundstedt, der vor seinem Ableben seinen Glorienschein zurückbekam und in einem amerikanischen Film als

holte sich bei dem absolut fair geführten Prozeß gegen Manstein nicht. Am 31. Januar 1951 wurde die über Salmuth verhängte Strafe von zwanzig Jahren Gefängnis auf zehn herabgesetzt, um sie der über Manstein verhängten Haftdauer anzupassen. Am 23. Juli 1953 wurde er entlassen. Manstein wurde praktisch schon im August 1952 auf freien Fuß gesetzt. Wöhlers Strafe (acht Jahre) gilt längst als abgebüßt.

* Rundstedts Stabschef, General Günther Blumentritt, ist in bezug auf die Ereignisse in Uman von einer begreiflichen Zurückhaltung. Darum ist es um so merkwürdiger, daß er einen langen Absatz aus einer Schilderung zitiert, die Rundstedt selbst von den angeblich freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bewohnern der Stadt und der Wehrmacht gibt. Anlaß zu dieser Erinnerung bot eine romantische Intervention zugunsten eines ukrainischen Mädchens, das mit einem deutschen Unteroffizier davongelaufen war [64].

gütiger, wenn auch etwas mürrischer alter Herr dargestellt wurde, verdankte es seinem Alter und seinem Gesundheitszustand, daß er wegen der schwerwiegenden Anklagen, die gegen ihn erhoben wurden, nicht vor Gericht gestellt worden ist. Im Lichte dieser Beschuldigungen kann man kaum etwas Überraschendes in dem oben zitierten Befehl finden, von dem man wohl sagen kann, daß nicht einmal Pontius Pilatus so sehr darauf bedacht gewesen ist, der öffentlichen Aufmerksamkeit zu entgehen. Was ihn beunruhigte, war nicht nur der Gedanke, daß Urlauber diese höchst geschmackvollen Schnappschüsse ihren Freunden zeigen könnten — eine Möglichkeit, auf die Otto Wöhler in dem Befehl vom 22. Juli 1941 aufmerksam gemacht hat[66] —, sondern vielleicht mehr noch die Vorstellung, daß die Russen Soldaten gefangennehmen könnten, die derlei Dinge in der Tasche führten. Daß die Russen erfuhren, was vorging, konnte freilich nichts und niemand verhindern. Rosenbergs Vertreter in Bocks Hauptquartier führte darüber Beschwerde, daß die Juden die Linien in Schlitten überschreiten und die Russen über die Ereignisse auf dem laufenden halten[67]. SS-Obersturmbannführer Heinisch sagte vor dem Volksgericht in Charkow aus, selbst Hitler habe davon gewußt, daß Beweisstücke für das Vorhandensein von Gaswagen in die Hände der Russen gefallen waren[68].

4. Die Verantwortung der Zivilisten und die russischen Ghettos

Die Berichte der Einsatzgruppen bestehen aus täglichen Meldungen (Tätigkeitsberichte) und Monatsübersichten (Ereignismeldungen). Sie reichen bis Ende März 1942 und wurden dann von Wochenberichten abgelöst, die ganz Europa behandelten; diese waren wesentlich vorsichtiger abgefaßt und boten daher der Nürnberger Anklagebehörde wenig Anhaltspunkte. Von den ursprünglich ausgegebenen Berichten erschienen im ganzen fast 200; die Verteilerliste zeugt für eine Auflage, die zwischen 60 und 100 Stück schwankte. Die Veröffentlichung erfolgte durch ein obskures Büro der Gestapo, das SS-Standartenführer Kurt Lindow leitete und in dem ein gewisser Dr. Knobloch die täglichen chiffrierten Drahtmeldungen aus Rußland entgegennahm und bearbeitete[69].

Es ist nicht leicht zu verstehen, warum die Mörder eigentlich so reichhaltige Beweise für ihre Taten hinterließen, denn trotz des

viele Namen umfassenden „Verteilers" scheinen Knoblochs Berichte vor allem dazu bestimmt gewesen zu sein, Himmler und Heydrich zu beeindrucken*. Hier finden sich neben zahllosen Versuchen, die tägliche Ernte des Todes so zu präsentieren, daß sich höchst eindrucksvolle Gesamtzahlen ergeben, auch ziemlich amateurhafte Bemühungen um eine politisch wertende Berichterstattung. Sie sind für den Geschichtsforscher nicht uninteressant, weil sie die Entwicklung der Gestapomethoden einigermaßen beleuchten.

So hat man fast den Eindruck, als würde man Heydrichs eigene Worte lesen, wenn man den langen Sonderbericht in die Hand nimmt, den ihm Franz Stahlecker im Oktober 1941 zugehen ließ. Er beschreibt das Pogrom, das sich in Kowno drei Tage nach der Besetzung der Stadt abgespielt hat[72]:

> „Es war aber nicht unerwünscht, wenn sie (die Sicherheitspolizei) zumindest nicht sofort bei den doch ungewöhnlich harten Maßnahmen, die auch in deutschen Kreisen Aufsehen erregen mußten, in Erscheinung trat. Es mußte nach außen gezeigt werden, daß die einheimische Bevölkerung selbst als natürliche Reaktion gegen jahrzehntelange Unterdrückung durch die Juden und gegen den Terror in der vergangenen Zeit die Maßnahmen von sich aus getroffen hat."

Es war die Absicht, zu zeigen, daß deutscherseits eine **geordnete** Lösung der Judenfrage vorbereitet werde. Am 25. Oktober 1941 empfahl z. B. Wetzel, der „Judensachbearbeiter" in Rosenbergs Ministerium für die Ostgebiete, die Einrichtung stabiler Gaskammern, da sich das Blutbad in Wilna öffentlich abgespielt hatte (s. S. 145). Die Rumänen gaben den Einsatzgruppen noch bessere Vorwände für ein Eingreifen. So heißt es im „Tätigkeitsbericht" Nr. 25 vom 25. Juli 1941[73]:

* Einer der Empfänger war Freiherr von Weizsäcker im Auswärtigen Amt. Es ist möglich, daß das Auswärtige Amt über die Offenherzigkeit der Berichte Beschwerde führte, denn die in Nürnberg vorgelegte Ausfertigung der elften „Ereignismeldung", die den März 1942 behandelt, ist von einer an Ribbentrop gerichteten Zuschrift Heydrichs begleitet, die die Bemerkung trägt: „Vorgelegt aus Zuständigkeitsgründen"[70]. Lindow, der auch Befehle zur Hinrichtung russischer Kriegsgefangener herausgab, ersparte sich die Auslieferung an die Sowjetunion durch sein Auftreten als Belastungszeuge in Nürnberg. Er wurde vom Frankfurter Schwurgericht im März 1950 unter der Beschuldigung der Ermordung von Kriegsgefangenen verhaftet, als er als Entlastungszeuge für Heinrich Baab auftrat (siehe S. 184). Gegenwärtig (März 1956) sieht er immer noch dem gegen ihn zu führenden Prozeß entgegen[71].

„Gegen die sehr zahlreichen Erschießungen von Juden wäre nichts einzuwenden, wenn die technische Vorbereitung und Durchführung nicht so unzulänglich wären. Die Rumänen lassen die Hingerichteten meist ohne Beerdigung an Ort und Stelle liegen."

Ohlendorf zufolge[74] haben die Rumänen die Juden nicht restlos massakriert und die reichen Juden entkommen lassen. Darin bestand die wahre Einwendung gegen die örtlichen Mordorganisationen. Ohne Disziplin oder „ideologischen" Beweggrund würde die Aussicht darauf, plündern zu können, die Leute nicht dazu veranlassen, genügend viel Menschen zu ermorden. Am 31. Januar 1942 verglich Stahlecker die Zahl von 5000 Juden, die in Litauen von litauischen Freiwilligen getötet wurden, mit den 136 421 Todesopfern, die seine eigenen Leute zur Strecke gebracht hatten. „Der Eifer der einheimischen Bevölkerung ließ alsbald nach", jammerte er Heydrich vor[75].

Eine „Verbesserung" der Ausrottungsmethoden erwies sich im Wege der Schaffung von sich selbst verwaltenden Ghettos und der Registrierung der Bevölkerung durch einen Judenrat als möglich, nachdem Rosenbergs Ministerium in der Etappe eine Zivilverwaltung aufgebaut hatte. In Nürnberg verantwortete sich Rosenberg damit, daß sein Ministerium keinen Anteil an Polizeimaßnahmen im besetzten Rußland gehabt hätte, und die Machtansprüche des RSHA scheinen tatsächlich eine ständige Sorge des Ostministeriums gewesen zu sein. Aber soweit die Juden in Frage kamen, betrafen die Meinungsverschiedenheiten zwischen Ostministerium und RSHA nur Fragen untergeordneter Natur, niemals jedoch die Sache selbst. Rosenberg bewies schon drei Tage nach Amtsantritt, daß seine Judenpolitik sich voll mit Heydrichs Absichten decken würde, wofür die Herausgabe der „Braunen Mappe"[76] ein vollständiger Beweis ist. Pogromen, die die Ortsbevölkerung beginnt, soll man, heißt es dort, ihren Lauf lassen, sofern nicht Fragen der militärischen Sicherheit dadurch berührt werden, denn die Juden, die während der russischen Besetzung in die Grenzprovinzen gekommen seien, müßten durch „drakonische Maßnahmen ausgeschaltet" und der Rest in Ghettos eingewiesen werden.

Für die Ghettos waren Rosenbergs Kommissare zuständig, deren Chef, Hinrich Lohse, Reichskommissar für die baltischen Staaten und Weißrußland war. Lohse kam Ende Juli nach Kowno, ließ sich

aber später in Riga nieder. Dieser ehemalige Gauleiter von Schleswig-Holstein wirkte mit seiner lächerlichen walroßähnlichen Erscheinung wie ein Parteibonze aus einer Kleinstadt, und als solcher trat er auch auf. Peter Kleist, ein Beamter des Auswärtigen Amtes, hat ein erschöpfendes Bild dieses komischen Satrapen entworfen, das ihm nur eine einzige Tugend zuerkennt: Widerstand gegen die Durchführung der Endlösung im Baltikum[77]. Aber in Kowno hielt Lohse am 27. Juli 1941 eine Ansprache an seine Beamtenschaft, die darauf hindeutete, daß man diese angebliche Tugend nicht allzu wörtlich auffassen sollte. Die Ghettos würden nur so viel Lebensmittel erhalten, sagte Lohse damals, wie die übrige Bevölkerung entbehren könne. Zwar seien die Richtlinien des Rosenbergschen Ministeriums in der „Braunen Mappe" niedergelegt, doch sollten sie nur dann zur Anwendung kommen, „wenn weitere Maßnahmen in der Richtung der Endlösung der Judenfrage untunlich sind"; sie dürften der Ausführung seiner der Sicherheitspolizei erteilten mündlichen Aufträge nicht im Wege stehen[78]. Diese Aufträge wurden so gründlich ausgeführt, daß Lohses Beamten in General von Roques' Stab in Kowno als „Kopfjäger" bekannt waren. Später machte Lohse einige Versuche, sich für wirtschaftlich wichtige jüdische Arbeiter einzusetzen, aber das Überleben der Ghettos im „Ostland" für weitere zwei Jahre ist keineswegs ihm zu danken. Diese unerwartete Entwicklung hatte vor allem ihren Grund in den Anforderungen, die das Rüstungsamt unter Generaloberst Thomas in bezug auf jüdische Arbeitskräfte stellte*, und war teilweise auch die Folge des Zustroms der Juden aus dem Reich. Solange Heydrich und Himmler unter amtlichem Druck standen, die Überlebenden aus den Reihen der Juden aus dem Reich zu schonen, wurde den Ghettos eine zeitweilige Atempause auch zur Zeit des grauenhaften Blutbades zuteil, das sich im Sommer 1942 in Weißrußland abspielte.

Ghettos, denen die unausweichliche Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Rüstungsindustrie einen gewissen Aufschub einbrachte, wurden nicht so schablonenmäßig behandelt wie die übri-

* Generaloberst Georg Thomas, der Freund Ulrich von Hassells und ein Mitglied des Widerstandskreises der Wehrmacht, wurde im Juli 1944 verhaftet, aber niemals abgeurteilt. Nach dem Krieg war seine Position sicher, und er lehnte es ab, sich den Alliierten als Belastungszeuge für die Nürnberger Prozesse zur Verfügung zu stellen. Im Dezember 1945 veröffentlichte er in den „Schweizer Monatsheften"[79] seine Memoiren, die aber nichts über seine intime Vertrautheit mit der Endlösung verraten.

gen. Die Absicht, das Leben der arbeitsfähigen Juden für den Augenblick zu schützen, machte Geheimnistuerei notwendig, und überdies empfahl es sich, den Opfern den Schein einer Hoffnung vorzugaukeln. Das galt nicht für die Ukraine und den größten Teil von Weißrußland, wo oft eine einzige Aktion den ganzen Fragenkomplex aus der Welt schaffte. In der Ukraine war es nämlich den meisten arbeitsfähigen Juden gelungen zu entkommen, sofern sie nicht die Russen ohnehin evakuiert hatten; mit den zurückgebliebenen Familienangehörigen wurde kurzer Prozeß gemacht. Als die Russen diese Städte in den Jahren 1943 und 1944 zurückeroberten, fanden sie nicht die geringste Spur einer jüdischen Gemeinschaft mehr vor.

In den meisten ukrainischen Städten wurde ein Judenrat zu dem einzigen Zweck eingesetzt, die geplante Ausrottungsaktion zu erleichtern. Sobald der Judenrat seine Schutzbefohlenen in ein Verzeichnis aufgenommen und versammelt hatte, kam er selbst an die Reihe. So hatte z. B. das Kommando 4 b in Winniza im August 1941 eine „neue Methode angenommen“ [80]. Dem Oberrabbiner wurde gesagt, daß er die gesamte jüdische Intelligenz binnen 24 Stunden zur Stelle zu schaffen hätte. Als die Juden sich einfanden, sagte man, daß ihrer nicht genug seien; sie wurden mit dem Auftrag nach Hause geschickt, weitere mitzubringen. Nach der dritten derartigen Aufforderung hatte man 146 führende Juden aus Winniza zur Abschlachtung bereit in der Hand.

Anders als in diesem Fall war es in Kowno, wo der Judenrat bis zum 25. Juli 1944 überlebte; drei seiner Mitglieder waren bei Kriegsende noch am Leben [81]. Im Grunde war aber die Vorgangsweise bei der „Umsiedlung“ immer die gleiche. Juden, die sich nicht durch „Enthebungsscheine“ ausweisen konnten, wurden auf Marktplätzen oder in großen Gebäuden gesammelt, in Eisenbahnzüge, Omnibusse oder Lastkraftwagen zusammengepfercht oder auf Schlitten aufgeladen, um in die Wälder oder Moore geschafft zu werden, wo die Leichengruben bereits vorbereitet waren. War das einmal nicht der Fall, dann hielt man sie einige Tage lang in irgendeinem der gerade verfügbaren Gefängnisse oder Lager gefangen, wie in dem „Zentralka“- oder dem „Laticheva“-Gefängnis in Riga, dem Lukischi-Gefängnis in Wilna, der Turkczynski-Festung in Minsk, dem Fort Nr. 9 in der Nähe von Kowno oder dem „Traktorwerk Nr. 10“ außerhalb von Charkow. In kleineren Orten

ging man noch weit formloser vor. Oft gab es nicht einmal eine Registrierung oder die „Beschneidungsprobe"; jüdisches Aussehen oder die Denunziation eines Nachbarn genügten. Auf diese Weise wurden zahllose Tataren, Zigeuner und Menschen mit orientalischem Aussehen in die Ausrottungsaktionen einbezogen. Erst am 27. April 1942 unternahm es Rosenberg, die von ihm herausgegebenen Richtlinien entsprechend zu ergänzen, aber auch dann fand sich Himmler nicht bereit, sich die von ihm vorgeschlagene äußerst unbestimmt gefaßte Liste von Überprüfungsmöglichkeiten zu eigen zu machen, und untersagte der Polizei, sie zu veröffentlichen[82]. (Siehe S. 196.)

5. Henker und ihre Methoden

In den größeren Ghettos gab es eine genaue Aufteilung der Pflichten und Verantwortlichkeiten. Örtliche Milizleute hielten das Ghetto namens der deutschen Sicherheitspolizei umzingelt und bewachten den Versammlungsplatz innerhalb des Ghettos. Die Juden, deren Namen vom Judenrat in die Umsiedlungsverzeichnisse aufgenommen worden waren oder die keine Schutzscheine besaßen, wurden vom jüdischen Ordnungsdienst aus ihren Wohnungen geholt. Personen, die zunächst unauffindbar waren, wurden von der deutschen Polizei mit Hilfe von Polizeihunden aus ihren Verstecken unter den Fußböden, den Öfen und den Dachsparren herausgeholt. Wen man auf diese Weise fand, der wurde sofort umgebracht, oft Tausende gleichzeitig. Die „umgesiedelten" Juden wurden dann zu den Leichengruben getrieben, wo die deutschen Polizeitruppen, meist in Einheiten von zwölf auftretend, sie niederknallten. Die beliebtesten Waffen waren Maschinenpistolen, aber oft wurden gewöhnliche Infanteriegewehre benützt, wobei man Kleinkaliberpistolen für den Gnadenschuß bereithielt.

Die Hinrichtungsplätze lagen weit außerhalb der Städte und waren sorgfältig von der Außenwelt abgeschlossen, obwohl man selten volle Geheimhaltung zu erzielen in der Lage war. So bekam z. B. Bernhard Lösener, Referent des Ministeriums des Innern, einen Brief zu Gesicht, in dem das schreckliche Schicksal der im Wald bei Riga abgeknallten Juden aus dem Reich geschildert wurde (siehe S. 107 u. 246). Eugen Kogon berichtet, daß diese Einzelheiten von den in der Nähe des Mordplatzes stationierten Angehörigen der deutschen Luftwaffe ganz offen besprochen wur-

den[83]. Major Rössler vom 58. Infanterieregiment beschwerte sich bei General Schierwind, dem Befehlshaber der Neunten Armee, daß die Massaker von Schitomir im Juli 1941 vor den Augen von Soldaten vor sich gegangen seien, die in einem Urlauberheim untergebracht waren. Diese Leute lungerten in Badehosen herum und starrten in die Massengräber, wo die noch Lebenden mit den Toten kämpften[84]. Rundstedts Armeebefehl bestätigt, daß die Soldaten bei solchen Gelegenheiten von ihren Leicas Gebrauch gemacht hatten. Trotz des von Himmler am 12. November 1941 verhängten Photographierverbotes[85] haben viele dieser Schnappschüsse den Krieg überdauert. Einige von ihnen wurden von Dr. Steiner aus Preßburg veröffentlicht[86]. Sie zeigen alle Stadien einer Massenexekution: die tiefe Grube mit Menschen, die ihre Kleidungsstücke abwerfen, den Zug der nackten Frauen mit Säuglingen in ihren Armen, der sich der Stelle zubewegte, wo sie abgeschossen wurden, die einzelnen Lagen der menschlichen Körper in der Grube, unter denen die Männer vom Sonderkommando herumwühlten, um den noch Lebenden mit ihrer Maschinenpistole den Gnadenschuß zu geben.

Diese Bilder könnten von den Szenen stammen, die der deutsche Zivil-Bauingenieur Hermann Gräbe am 5. Oktober 1942 auf dem nicht mehr in Benutzung befindlichen Flugplatz Dubno in der früheren polnischen Provinz Wolhynien mitangesehen hat. Der Inhalt von Gräbes eidesstattlicher Versicherung, die das Nürnberger Gericht vor Schreck und Grauen erstarren machte, als sie der britische Ankläger Sir Hartley Shawcross am 27. Juli 1946 zur Verlesung brachte, sei an dieser Stelle unverkürzt wiedergegeben[87]:

„... Eine alte Frau mit schneeweißen Haaren hielt das einjährige Kind auf den Armen und sang ihm etwas vor und kitzelte es. Das Kind quietschte vor Vergnügen. Das Ehepaar schaute mit Tränen in den Augen zu. Der Vater hielt an der Hand einen Jungen von etwa zehn Jahren, sprach leise auf ihn ein. Der Junge kämpfte mit den Tränen. Der Vater zeigte mit dem Finger zum Himmel, streichelte ihn über den Kopf und schien ihm etwas zu erklären. Da rief schon der SS-Mann an der Grube seinem Kameraden etwas zu. Dieser teilte ungefähr 20 Personen ab und wies sie an, hinter den Erdhügel zu gehen. Die Familie, von der ich hier sprach, war dabei. Ich entsinne mich noch genau, wie ein Mädchen, schwarzhaarig und

schlank, als sie nahe an mir vorbeiging, mit der Hand an sich herunterzeigte und sagte: ‚23 Jahre'.

Ich ging um den Erdhügel herum und stand vor dem riesigen Grabe. Dicht aneinandergepreßt, lagen die Menschen so aufeinander, daß nur die Köpfe zu sehen waren. Von fast allen Köpfen rann Blut über die Schultern. Ein Teil der Erschossenen bewegte sich noch. Einige hoben ihre Arme und hoben den Kopf, um zu zeigen, daß sie noch lebten*. Die Grube war bereits dreiviertel voll. Nach meiner Schätzung lagen darin bereits ungefähr tausend Menschen. Ich schaute mich nach dem Schützen um. Dieser, ein SS-Mann, saß am Rand der Schmalseite der Grube auf dem Erdboden, ließ die Beine in die Grube herabhängen, hatte auf seinen Knien eine Maschinenpistole liegen und rauchte eine Zigarette. Die vollständig nackten Menschen gingen auf einer Treppe, die in die Lehmwand der Grube gegraben war, hinab, rutschten über die Köpfe der Liegenden hinweg bis zu der Stelle, die der SS-Mann anwies. Sie legten sich vor die toten oder angeschossenen Menschen, einige streichelten die noch Lebenden und sprachen leise auf sie ein. Dann hörte ich eine Reihe Schüsse. Ich schaute in die Grube und sah, wie die Körper zuckten oder die Köpfe schon still auf den vor ihnen liegenden Körpern lagen. Von den Nacken rann Blut.

Ich wunderte mich, daß ich nicht fortgewiesen wurde, aber ich sah, wie auch zwei oder drei Postbeamte in Uniform in der Nähe standen. Schon kam die nächste Gruppe heran, stieg in die Grube herab, reihte sich an die vorherigen Opfer an und wurde erschossen. Als ich nun um den Erdhügel zurückging, bemerkte ich wieder einen soeben angekommenen Transport von Menschen. Dieses Mal Kranke und Gebrechliche dabei. Eine alte, sehr magere Frau mit fürchterlich dünnen Beinen wurde von einigen anderen schon nackten Menschen ausgezogen, während zwei Personen sie stützten. Die Frau war anscheinend gelähmt. Die nackten Menschen trugen die Frau um den Erdhügel herum. Ich entfernte mich mit Moennikes (einem Polier) und fuhr mit dem Auto nach Dubno zurück.

* Sollte diese Geste der Sterbenden nicht etwas ausdrücken, was die Lebenden zu erkennen nicht vermochten? „Tendebantque manus ripae ulterioris amore?" „Sehnlich die Händ' ausstreckend zum jenseits liegenden Ufer." (Vergil, Aeneis, Sechstes Buch, Zeile 314, in der Übersetzung von Wilhelm Binder.)

Am Morgen des nächsten Tages, als ich wiederum die Baustelle besuchte, sah ich etwa 30 nackte Menschen in der Nähe der Grube, 30–50 Meter von dieser entfernt, liegen. Einige lebten noch, sahen mit stierem Blick vor sich hin und schienen weder die Morgenkälte noch die da herumstehenden Arbeiter meiner Firma zu beachten. Ein Mädchen von etwa 20 Jahren sprach mich an und bat um Kleider und um Hilfe zur Flucht. Da vernahmen wir schon das Herannahen eines schnell fahrenden Autos, und ich bemerkte, daß es das SS-Kommando war. Ich entfernte mich zu meiner Baustelle. Zehn Minuten später hörten wir einige Schüsse aus der Nähe der Grube. Man hatte die Leichen durch die noch lebenden Juden in die Grube werfen lassen, sie selbst mußten sich daraufhin in diese legen, um den Genickschuß zu erhalten."

Hermann Gräbe hat darauf hingewiesen, daß niemand weinte, niemand darum flehte, am Leben gelassen zu werden, und niemand einen Fluchtversuch unternahm. SS-Standartenführer Paul Blobel, der das Kommando 4 a in Kiew und Schitomir befehligte, erklärte das damit, daß „bei denen ... eben ein Menschenleben nichts galt gewissermaßen. Entweder hatten die Leute an sich schon irgendwelche Erfahrungen, oder sie erkannten ihren inneren Wert nicht[88]." Eine Erklärung, die viel mehr Wahrscheinlichkeitswert hat, ist der bei den Ostjuden besonders entwickelte Familiensinn. Die Deutschen konnten immer darauf vertrauen, daß Einzelmenschen nicht fliehen würden, denn das bedeutete, daß sie ihre Eltern oder Kinder ihrem Schicksal überließen. Die kräftigen Menschen ohne Familienbindungen versuchten im allgemeinen zu entkommen, was durch viele Berichte von Einsatzgruppen bestätigt wird. Manchmal sind größere Gruppen direkt vom Rand der Mordgrube ausgebrochen und haben sich in den nahen Wäldern versteckt, wo die meisten von ihnen nur eine sehr schwache Hoffnung erwartete, daß sie ihr Leben retten konnten. Viele hat man ins Ghetto zurückgejagt, wo sie das nächste Pogrom abzuwarten hatten. Der merkwürdigste aller dieser Fälle betraf ein Mädchen namens Basia Beker, das der Mordgrube bei Kostopol, 45 Kilometer von Dubno, entkommen war, um dann als „arische Polin" in Deutschland arbeiten zu müssen[89].

Die Geistesverfassung der Opfer, die, ihrer Habe und ihrer Kleider beraubt, eine Sandschicht über die noch zuckenden Körper ihrer

Freunde und Verwandten zu werfen und dann, völlig nackt in einer Temperatur unterhalb des Gefrierpunkts in der Grube liegend, auf den Genickschuß zu warten hatten, war nichts als die normale Resigniertheit Verurteilter. Die Geistesverfassung, in der sich ihre Mörder befanden, wirft mehr Probleme auf. Ohlendorf schien der Auffassung zu sein, daß er die Massaker ihres Schreckens dadurch beraubt hatte, daß er sie weniger interessant gestaltete[90]:

> „Das Ausziehen war verboten. Die Aneignung irgendwelcher Wertgegenstände oder sonstiger Gebrauchsartikel war verboten. Die Öffentlichkeit war ausgeschlossen und im selben Augenblick, wo in einem Kommando gemerkt wurde, daß ein Mann Freude an den Exekutionen empfand, war geboten, daß dieser Mann an keinen Exekutionen mehr teilnehmen dürfte. Die Leute konnten sich nicht freiwillig melden, sondern sie wurden befohlen."

Ohlendorfs Adjutant war Heinz Schubert, ein Abkömmling der Familie Franz Schuberts; er war direkt von der Hitlerjugend in den SD gekommen und im Alter von 25 Jahren nach Rußland geschickt worden. 1948 beschrieb er mit dem Eifer eines geschulten Apportierhundes die Verkehrspatrouillen und Straßenumleitungen, mit denen er das Blutbad von Simferopol getarnt hatte. „Es ist mir bekannt, daß es für Ohlendorf von größter Wichtigkeit war, daß die zu Erschießenden in möglichst humaner und militärischer Weise getötet wurden, im Falle anderer Tötungsarten die seelische Belastung für das Exekutionskommando zu stark gewesen wäre"[91] — und Schubert wiederholte die Worte „seelische Belastung" noch einmal*.

Im Anfang machten solche Dinge ihnen noch Sorgen — sogar Himmler war von solchen Anwandlungen nicht frei. Von dem Bach-Zelewski berichtet, wie Himmler Nebe im August 1941 befohlen hat, in seiner Gegenwart hundert Insassen des Gefängnisses in Minsk hinzurichten[92]. Bach-Zelewski beobachtete Himmler genau während der Aktion; er bemerkte, wie er bei der ersten Salve zu wanken begann und fast wie in einem Ohnmachtsanfall zu Boden fiel. Er sah, wie Himmler, als diese ungeschulten Scharfrichter zwei

* Die über Schubert verhängte Todesstrafe wurde im Februar 1951 in eine Strafe von zehn Jahren Kerker verwandelt. Überdies kamen ihm die vollen Möglichkeiten des Strafnachlasses zugute, und er war einer der zwölf von den Amerikanern im Dezember 1951 aus Landsberg entlassenen Häftlinge (Le Monde Juif, Nr. 53).

jüdische Frauen nicht sofort zu töten vermochten, den Kopf verlor und zu schreien begann[93]. Nach diesem Erlebnis befahl Himmler Nebe, „humanere" Möglichkeiten des Massenmords zu finden. Das dürfte zu dem im folgenden Frühjahr ausgegebenen und von Ohlendorf erwähnten Befehl geführt haben, Frauen und Kinder nur mehr in Gaswagen zu töten[94].

Von dem Bach-Zelewski behauptet, nach dieser Hinrichtungsszene in der Nähe von Minsk Himmler Vorhaltungen gemacht zu haben. Die Mitglieder des Hinrichtungspelotons seien nun, will er Himmler auseinandergesetzt haben, fürs Leben verloren und würden entweder „Nervenkranke oder Rohlinge" werden. Letzteres ist wahrscheinlicher, denn obwohl die „seelische Belastung" einige Angehörige der Sonderkommandos bedrückt haben mag, hat dieser Zustand doch nicht allzu lange angedauert, wie wir der merkwürdigen Geschichte entnehmen können, die Alfred Metzner im Augsburger Gefängnis im Oktober 1947 erzählt hat[95].

Metzner war ein 1895 in Kiew geborener Volksdeutscher, der nach dem ersten Weltkrieg nach Deutschland gekommen war, um dort ein ziemlich buntes Leben zu führen: einige Zeit arbeitete er als Matrose, dann war er einmal Taxichauffeur in Berlin. Eine Zeitlang war er mit einer Halbjüdin verheiratet. Nachdem er 1941 eingezogen worden war, hatte man ihn Rosenbergs Ministerium als Dolmetscher und Arbeitsaufseher zugeteilt. Ende Juli wurde er nach Slonim in Weißrußland geschickt, wo es eine jüdische Bevölkerung von 20 000 gab. Fast seine erste Pflicht war es, einen Lastkraftwagen voll Juden zur Exekutionsstätte zu fahren. Er fand die Mitglieder des Hinrichtungspelotons betrunken vor; einige suchten gerade die nackten Leiber der noch Lebenden in obszönster Weise nach Schmuck ab. Er sah, wie man schwangeren Frauen in den Bauch schoß und wie man viele Menschen lebendig begrub. Am Tage darauf hatte Metzner eine weitere „Ladung" von Juden zu fahren, die, als sie der vom Vortag liegengebliebenen und mit Blut besudelten Leichen ansichtig wurden, zu entfliehen versuchten.

Während der Ausrottungsaktionen des kommenden Jahres diente Metzner direkt in einem Hinrichtungspeloton. Man hatte ihn dem Sonderkommando Amelung zugeteilt, dem 70 Deutsche und 130 Letten angehörten. Es ist unklar, warum man einen „Stabsleiter" wie Metzner, der überdies ein Zivilist war, dazu abordnete oder seine

Teilnahme an Hinrichtungen gestattete, aber die Antwort scheint in seiner eigenen Aussage zu liegen, daß sich Eisenbahner, Soldaten und ein gewisser Herr Muck aus seiner eigenen Dienststelle freiwillig dazu meldeten, „weil hier etwas herauszuholen war".

Die erste „Aktion", an der Metzner teilnahm, bestand in der „Umsiedlung" von 1200 Juden aus der Nachbargemeinde Schirowitz. Einige Tage vorher hatte man ein Versuchsschießen abgehalten, um feststellen zu können, ob die Schießerei im Ghetto zu hören sein würde. Die Hinrichtungsaktion nahm drei bis vier Stunden in Anspruch, und Metzner unterbrach das Mordhandwerk nur, um sein Gewehr zu laden. Angesichts des wilden Schießens konnte er die Zahl der Opfer nicht feststellen, wußte aber, daß 400 oder 500 Juden in sechs Lagen in einer einzigen Grube begraben wurden. „Während dieser Zeit tranken wir eine Menge Schnaps, um uns bei gutem Mute zu erhalten." Die halbtoten Juden in den unteren Lagen wurden vom Gewicht der über ihnen liegenden Körper in ihrem eigenen Blut erstickt. „Niemand konnte das überleben." Später wurden die Gräber von den Dorfleuten aus der Nachbarschaft zugeschüttet.

In der Zeitspanne von September bis November 1943 lebten noch immer viele Juden in den Überresten der Ghettos von Slonim, Baranowicze und Nowogrodek. Angesichts des unaufhaltsamen Vormarsches der Russen ordnete Himmler die Entfernung aller solcher vielsagender Spuren an. Die Stadtbewohner halfen, die Juden aus ihren Verstecken zu vertreiben. Sie wurden dann mit Revolvern niedergeschossen, und Metzner sowie Muck warfen auch noch Handgranaten in die Keller. Die Toten in den Straßen und die Lebenden in den Bunkern hatten im Zuge der Säuberungsaktion aus dem Ghetto von Slonim zu verschwinden. In Baranowicze scharrten Hunde die zu hastig beerdigten Leichen aus. In Nowogrodek arbeitete das Sonderkommando, dem Metzner zugeteilt war, ohne Schnaps zu erhalten, einfach „aus Idealismus" *.

Das Gebiet von Slonim unterstand in den Jahren 1941 bis 1944 dem Gebietskommissar Errer, einem Untergebenen des berühm-

* Es gab allerdings ein oder zwei Überlebende aus Nowogrodek, und wenn wir dem Bericht Josef Tenenbaums glauben können, hatte das ohne Schnapszuteilung und nur „aus Idealismus" arbeitende Sonderkommando Amelung keine leichte Aufgabe. Die 223 überlebenden Juden aus dem damals vollkommen umschlossenen Ghetto fanden am 23. September ihren Weg nach außen durch einen von ihnen gegrabenen Tunnel, und in den umliegenden Wäldern mußte dann auf sie Treibjagd gemacht werden[96].

ten Wilhelm Kube, „Generalkommissar für Weißruthenien" mit dem Sitz in Minsk (siehe S. 104 und 252). Errer hatte einen Zeitvertreib, der ihn sehr ergötzte. Von Zeit zu Zeit lud er Juden vor, die ihre Wertgegenstände auf seinem Schreibtisch abgeben sollten; dann schoß er sie nieder. Metzner wußte alles das. Ende 1943 gelang es Errer, die Versetzung Metzners nach Berlin zu erwirken. Er verließ dann die Dienste von Rosenbergs Ministerium und wurde im Juni 1944 Dolmetscher für eine vom Propagandaministerium errichtete osteuropäische Varietétruppe. Dann kam der Zusammenbruch. Zweieinhalb Jahre lang hat Metzner vom Schwarzen Markt gelebt, ein Mann unter vielen, ein Mann mit einer Vergangenheit, aber ohne legale Gegenwart.

Metzners Geschichte zeigt, wie man Menschen durch die Aussicht auf Beute in die Sonderkommandos locken konnte. Es gab noch andere Vorteile. Die Sonderkommandos wurden nicht an die Front geschickt. Sie hatten alle drei Monate Heimaturlaub, sie bezogen zumindest das Dreifache der Bezahlung eines normalen Soldaten, und sie hatten eine Sonderzuteilung von Schnaps. Trotzdem war es nicht immer leicht, Freiwillige für die Kommandos zu finden; andererseits scheint man es nicht für wünschenswert gehalten zu haben, solche kleinen und isoliert auftretenden Einheiten aus Kriminellen zu bilden, wie man es im Falle von Dirlewangers Sonderbrigade zur „Bandenbekämpfung" getan hatte. Eine andere Möglichkeit ergab sich daher von selbst: der Rückgriff auf die aus irgendeinem Grund in Schwierigkeiten geratenen Soldaten.

Wie man das gemacht hat, hat Gruppenführer Georg Keppler, der Befehlshaber der SS-Division „Das Reich", Medizinalrat Felix Kersten erzählt[97]:

> „Sie verspäten sich oder schlafen im Wachdienst ein. Sie kommen vor das Standgericht, aber man sagt ihnen, sie könnten der Bestrafung entgehen, indem sie sich freiwillig für Sonderkommandos melden. Aus Angst vor Bestrafung und in der Annahme, daß mit der militärischen Laufbahn jetzt ohnehin nichts mehr ist, melden sich diese jungen Leute zum Sonderkommando. Na ja, diese Kommandos, die erst eine besondere Schulung durchmachen, sind Mordkommandos. Sobald diese jungen Leute sehen, was man von ihnen verlangt, und sich weigern, an einem Massenmord teilzuhaben, sagt man ihnen,

daß die ihnen erteilten Befehle eine Form der Bestrafung sind. Entweder sie können gehorchen und diese Art der Bestrafung auf sich nehmen, oder sie können den Gehorsam verweigern und werden erschossen. Auf jeden Fall ist ihre Laufbahn abgeschlossen und vorbei. Auf diese Weise werden anständige junge Leute oft zu Verbrechern gemacht."

Man kann annehmen, daß Georg Keppler nicht nur so daherredete. Schließlich war es das von ihm befehligte Panzergrenadierregiment Nr. 4, das später das Blutbad in Oradour-sur-Glane auf dem Gewissen hatte, während der 92. Tätigkeitsbericht der Einsatzgruppen die am 9. September 1941 bei der Hinschlachtung von 920 Juden in Lachoisk bei Minsk geleistete Hilfe eines Kommandos der SS-Division „Das Reich" mit Dank hervorhebt[98].

Man wird den quälenden Gedanken nicht los, daß der Mann mit der Zigarette im Mund und der Maschinenpistole auf den Knien, der seine Füße über der Todesgrube baumeln ließ, unbehelligt von Behörden und Gerichten vielleicht wieder seinem bürgerlichen Beruf mit der größten Seelenruhe nachgeht.

Neuntes Kapitel

Die Sowjetunion II: Die Massaker

1. Die baltischen Staaten

Als Hitler am 22. Juni 1941 zum Angriff auf Rußland ansetzte, standen die deutschen Armeen vor einer Kette russisch besetzter Gebiete von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Seit dem ersten Weltkrieg waren alle diese Gebiete von bürgerlich-bäuerlichen Koalitionen regiert worden und hatten gerade zwölf bis einundzwanzig Monate Sowjetherrschaft hinter sich.

Für die Bewohner der baltischen Staaten, die nach einundzwanzig Jahren Selbständigkeit in die Sowjetunion eingegliedert wurden, war der Übergang viel heftiger als für die Ukrainer und Weißrussen Ostpolens, von denen viele das Sowjetsystem als eine Befreiung von dem halbfeudalen polnischen System begrüßten. Die Lage in den baltischen Staaten war völlig anders, denn hier konnten nur jene, die sich in die vorher bestandene Ordnung am schlechtesten einzufügen in der Lage gewesen waren, einen Vorteil vom Regimewechsel haben. Aus diesem Grund und wegen der in den baltischen Staaten lebendigen westlichen Traditionen erwartete man deutscherseits, daß die Bevölkerung durch ihre Erfahrung zugunsten der nationalsozialistischen Ideen beeinflußt werden könne. Zumindest während der ersten Monate wurden diese Erwartungen nicht enttäuscht. Die Gewalttätigkeiten der litauischen und lettischen Pogrombanden und die Gleichgültigkeit fast der gesamten Bevölkerung gegenüber den „wissenschaftlicheren" deutschen Ausrottungsmethoden müssen bei Hitler und dessen Kreis außerordentliche Befriedigung hervorgerufen haben. Diejenigen, die vor dem Krieg den baltischen Staaten eine geradezu skandinavische Rechtschaffenheit zugeschrieben hatten, konnten die Nachrichten von den Metzeleien — soweit sie ins Ausland drangen — kaum glauben.

Nach dem hochtrabenden Bericht, den der Ausrottungsleiter, Franz Stahlecker, an Heydrich sandte, hatten die litauischen und lettischen Juden mit den russischen Eindringlingen zusammengearbeitet, „nachdem sie jahrzehntelang das Land wirtschaftlich geknechtet hatten"[1]. In Wahrheit hatten die Russen jedoch in ihrer eigenen Deportationspolitik die Juden völlig mit der bodenständigen Mittelklasse gleichgestellt. Von den während der „Volksabstimmung" vom 14. bis 21. Juli 1940 aus Litauen und Lettland deportierten 70 000 Menschen sollen nicht weniger als 25 000 Juden gewesen sein[2]*.

Der politische Einfluß der Juden hatte sich durch die russische Besetzung nicht verstärkt. Der in der „Volksabstimmung" im Juli 1940 gewählte Seimas Litauens hatte 85 Mitglieder, von denen fünf Juden waren. Nur zwei Juden wurden Kommissare (Regierungsmitglieder). In Lettland gab es nur einen jüdischen Kommissar, den Leiter des Gesundheitswesens[4]. Andererseits erhielten die Russen die Beschränkungen für die jiddische Presse und für eine besondere jüdische Erziehung aufrecht. Juden, die in jüdischen politischen Parteien irgendeine Rolle gespielt hatten — der orthodoxen, der zionistischen, der sozialdemokratischen Partei und auch im „Bund" —, wurden unterschiedslos deportiert[5]. Die Juden wurden von den Russen in einem solchen Maße mit dem vorhergegangenen System identifiziert, daß die Nationalsozialisten ihre Pogromhelden in der Gruppe suchen mußten, der zu vertrauen sie am wenigsten Grund hatten: bei den radikalen Nationalisten. Es dauerte deshalb auch nicht lange, bis Stahlecker die Entwaffnung der Partisanenbanden, die den „Selbstreinigungsaktionen" der ersten Tage ein Ende machte, begründen mußte[6].

Das Ergebnis war trotzdem erschütternd. In der Hauptstadt Litauens, Kowno, wurden 1500 Juden in der Nacht vom 25. zum

* Trotz der geschichtlichen Rolle Litauens in der Entwicklung des osteuropäischen Judentums hatten die baltischen Staaten einen geringeren jüdischen Bevölkerungsanteil als Polen, die Ukraine und Bessarabien, und dieser Anteil war im Sinken begriffen. Die jüdische Bevölkerung von Wilna verringerte sich in den ersten dreißig Jahren dieses Jahrhunderts um 10 000, und in der Zeitspanne von 1928 bis 1938 wanderten 11 795 Juden aus Litauen aus. Die Zahlen der Volkszählungen von 1935 — 153 743 Juden in Litauen und 94 479 in Lettland — waren zur Zeit der russischen Besetzung sicherlich nicht mehr maßgebend. Die Auswanderung war auf wirtschaftlichen Druck als Folge der Entwicklung der eingeborenen Mittelklasse in der Atmosphäre nach dem Ende des Zarismus zurückzuführen. Die Juden verloren ihr Monopol im Handel, und zu Kriegsausbruch waren die jüdischen Geschäftsleute etwa ebenso zahlreich wie die nichtjüdischen, nachdem das Verhältnis früher sechs zu eins gewesen war[3].

26. Juni und weitere 2300 am 26. umgebracht. Stahlecker war besonders über die „verständnisvolle Haltung der Wehrmacht" erfreut, aber das ist nur eine Seite des Bildes. Man kann wohl nicht von einer ordnungsgemäßen Besetzung sprechen, wenn man die Ermordung von 3800 Menschen in einer Stadt zuläßt, in der es normalerweise so friedlich zugeht wie in Stockholm. Der Befehlshaber der Heeresgruppe Nord, Feldmarschall von Leeb, befahl von Küchler von der 18. Armee, die Wiederholung solcher Zwischenfälle nicht zuzulassen. Stahlecker mußte nun die Verantwortung für das Morden selbst übernehmen[7].

Wir hören nichts mehr von dem litauischen Journalisten Klimaitis, dessen vier politische Gruppen sich am 25. und 26. Juni so ausgezeichnet hatten, daß Stahlecker 300 dieser Bürger für seine Einsatzgruppe auswählte. Von jetzt an mußten sich die Litauer mit Arbeiten begnügen, die man ihnen — unter deutscher Leitung — anvertraute, und sieben Monate später konnte Stahlecker berichten, daß in seinen Hinrichtungskommandos achtmal soviel Litauer wie Deutsche dienten[8]. Im Sommer 1942 gab es schon ganze Regimenter der litauischen Polizei und des Selbstschutzes in Polen, Weißrußland und Lettland, wo sie Lager und Ghettos bewachten, in Ausrottungslagern arbeiteten und während der „Aktionen" wimmernde Kinder und Greise in den Straßen niedersäbelten. Daß sie es taten, hatte für sie keine politische Bedeutung. Es ist eine unangenehme Wahrheit, daß sich die litauischen Söldner dieser Art Arbeit anpaßten und daß manche von ihnen nach dem Kriege als Flüchtlinge vor der sowjetischen Unterdrückung im Westen in Ehren aufgenommen wurden.

Wenige Tage nach dem Blutbad von Kowno berief Stahlecker den Ausschuß der jüdischen Gemeinde zu sich, erklärte ihm, daß „die Deutschen keine Ursache hätten, in ihre Streitigkeiten mit den Litauern einzugreifen"[9], und empfahl ihr, in ein Ghetto zu ziehen. Stahlecker hielt den Stadtteil Viliampole für besonders geeignet, weil er nur durch eine einzige Brücke über die Neris mit der Stadt verbunden war. Aber obwohl Flucht und Deportierungen die Zahl der Juden in Kowno von 35 000 auf 24 000 hatten sinken lassen, waren es noch immer zu viele für Viliampole. Am 11. Juli ordnete Stahlecker eine „Reinigungsaktion" an. Alle Juden, die vom Arbeitsamt nicht gebraucht wurden, wurden ins Gefängnis geworfen und täglich in Gruppen von 50 bis 100 hingerichtet[10].

Der erste Schritt in die Richtung auf Ghettos und „Umsiedlungsaktionen" war getan. Am 8. Juli wurde den noch übriggebliebenen 180 000 Juden der baltischen Staaten das Tragen des Judensterns zur Pflicht gemacht. Aber obwohl die Juden vollkommen gefügig waren, waren ihrer doch zu viele, als daß die Einsatzgruppen hätten allein mit ihnen fertig werden können. Stahlecker hatte nur 990 Mann zur Verfügung, von denen über die Hälfte an die Leningrader Front geschickt worden war[11]. Er war daher gezwungen, „die durchgeführten und eingeleiteten verwaltungspolizeilichen Maßnahmen gegen die Juden an die Dienststellen der Zivilverwaltung zu übergeben"[12].

Die Rede des neuen Reichskommissars Hinrich Lohse am 27. Juli in Kowno (siehe S. 227) zeigt, daß dieser ganz genau wußte, daß die Ghettos dazu da waren, um zukünftige, durchgreifendere Maßnahmen der Sicherheitspolizei zu erleichtern[13]. Die „Reinigungsaktion" hatte in seinem Herrschaftsbereich schon zehn Tage früher begonnen. Am 17. Juli hatte ein Sonderkommando 700 aus Wilna stammende jüdische Geiseln aus dem Gefängnis Lukischkis entfernt und zehn Kilometer entlang der Eisenbahnlinie nach Lentvaris gebracht. Hier, bei einer Haltestelle namens Paneriai, hatten die Russen riesige Gruben für Benzintanks ausgehoben. Diese wurden das erste ständige Ausrottungslager[14].

Ende August 1941 gab es schon Ghettos in Libau und Dünaburg (Dwinsk), und die jüdische Bevölkerung nicht nur Kownos, sondern auch Wilnas[15], wo zwei Ghettos in den Bezirken Strachun und Litzka ausgewählt worden waren, war im Begriff umzuziehen. Am 1. September wurde deutscherseits eine ganz offene „Aktion" in Wilna veranstaltet. Der neue, unter Lohse dienende Stadtkommissar Hingst ließ Anschläge anbringen, in denen den Juden befohlen wurde, zu Hause zu bleiben, und zwar wegen einer „großen Provokation", der Erschießung zweier deutscher Soldaten. Ein Gebiet in der Stadtmitte wurde dann abgeriegelt, und einige Tausend Juden wurden zuerst ins Gefängnis und dann nach Paneriai geschleppt[16]. Die Hinrichtungen der verbleibenden Juden wurden beschleunigt vorgenommen, und am 6. September war die eigentliche Stadt Wilna, die früher zu einem Drittel jüdisch gewesen war, „judenfrei".

Die Einrichtung von zwei umfriedeten und voneinander getrennten Ghettos in Wilna wurde später in Riga und Minsk nachgeahmt.

In das kleinere Ghetto Nummer 2 wurden alle Wilnaer Juden ohne Ausweise oder Arbeitsbescheinigungen gepfercht. Der Zweck dieser Ausweise, die ursprünglich von Lohses Stadtkommandanten in allen Gebieten der baltischen Republiken und Weißrußlands ausgestellt wurden, war, jüdische Facharbeiter und Handarbeiter gegen „Umsiedlung" zu schützen, aber die Gestapo zog von Zeit zu Zeit die Ausweise ein, stellte dann neue aus und schuf so einen Vorwand für ständige Quälereien und Erpressungen. Die Ausweise wurden von einem Tag zum anderen für ungültig erklärt und neue in einer anderen Farbe ausgestellt, so daß kein Jude das Gefühl haben konnte, er habe Sicherheit erkauft oder errungen. Auf diese Weise wurde das Ghetto Nummer 2 ein Schlachthof, in dem die Alten und zu Jungen und die, die einfach Pech hatten, warteten, bis die Reihe an sie kam. So gab es zum Beispiel Reinigungsaktionen in Wilna in sieben Nächten zwischen dem 5. September und dem 28. Oktober[17].

Am 12. September, als die Aktionen schon viel Aufsehen erregt hatten, unterzeichnete Feldmarschall Keitel für das Oberkommando der Wehrmacht einen Befehl, der es allen Dienststellen der Wehrmacht verbot, weitere Beschäftigungsscheine für Juden auszustellen. Wie so oft, hatte der willfährige Keitel dem Druck von Himmler und Heydrich nachgegeben[18], denn zu jener Zeit waren das Transportkommando und das Rüstungsamt noch ernste Hindernisse für Heydrichs Pläne. So arbeiteten zum Beispiel viele Juden sowohl aus den Ghettos wie aus den Landgemeinden in „geschlossenen Kolonnen" an der Änderung der Spurweite der Eisenbahn zwischen Riga und Minsk, und in Libau arbeiteten einige Hundert Juden in den Lagerhäusern und Büros des deutschen Marinekommandos[19].

Ende Oktober, als, wie wir schon gesehen haben (siehe S. 102 ff.), der Befehl für die Deportierung der Juden aus dem Reich nach den baltischen Staaten bereits ausgegeben war, machte Heydrich einen Großangriff auf die Opposition der Wehrmachtsstellen; aber Himmler sandte nicht Heydrich, sondern SS-Gruppenführer Franz Jäckeln, den früheren Höheren SS- und Polizeiführer der Ukraine, nach Riga. Kurz vor Jäckelns Ankunft zog die Gestapo in Wilna alle Ausweise ein und ersetzte sie durch einen neuen, gelben Schein, der aber nur an 3000 Familienoberhäupter ausgegeben wurde. Daraufhin wurde zwischen dem 21. und

24. Oktober das bevorzugte Ghetto Nummer 1 ausgekämmt, aber dies erforderte eine neue Methode. Zu den 5000 bis 8000 Juden, die in Paneriai erschossen wurden, gehörten zum erstenmal Menschen, die von Jakob Genns, dem Kommandanten des jüdischen Ordnungsdienstes, persönlich abgeliefert worden waren. (Siehe Seite 73 f.).

Eine Abschlußaktion in der Nacht vom 21. zum 22. Dezember verringerte die Bevölkerung des Wilnaer Ghettos auf 12 000. Es wurden also insgesamt 25 000 bis 30 000 Wilnaer Juden umgebracht. Das Schlachten dauerte einige Monate an und wurde von einem ständigen Hinrichtungskommando an einem ständigen, für das Töten bestimmten Ort ausgeführt. Es bildete auf diese Weise das Vorbild für die polnischen Todeslager und die langen „Umsiedlungsaktionen" von 1942 und 1943. Einer der beiden Kriminalsekretäre des Sicherheitsdienstes, die die Unternehmung befehligten, Martin Weiss, trat nach dem Krieg unter dramatischen Umständen nochmals an die Öffentlichkeit. Nachdem er sich vier Jahre lang als Krankenhausdiener in Ochsenfurt versteckt gehalten hatte, wurde er im Februar 1950 vom Schwurgericht Würzburg wegen Mordes in mindestens 30 000 Fällen zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Martin Weiss, ein gepflegter Mann mit scharfen Gesichtszügen, in einem buntkarierten Anzug, mußte während der Verhandlung durch Polizei geschützt werden. Eine der vierzig Zeuginnen erlitt einen Nervenzusammenbruch acht Jahre nach den Ereignissen, die sie zu beschreiben versuchte. Eine andere Zeugin erzählte, wie Weiss persönlich ihre neunjährige Tochter von ihr weggezerrt hat. Aber die Entlastungszeugen erklärten, daß Weiss „ein Mensch mit Sinn für alles Gute und Schöne" sei, der seiner Familie aus Adalbert Stifters „Nachsommer" vorlas [20].

Am 28. Oktober wurde das Kownoer Ghetto vom Schicksal ereilt. Die Hälfte der Ghettobewohner, etwa 10 000 Menschen, wurde an einem einzigen Tag zur Hinrichtungsstätte auf Fort Nummer 9 geschleppt [21]. Zehn Tage später kam Dünaburg (Dwinsk) an die Reihe, wo etwa die gleiche Anzahl verschleppt wurde. Nur einige Arbeitskommandos mit zusammen weniger als 1000 Menschen wurden verschont. Die Opfer wurden in die hügelige Gegend bei Zolotaya Gorka gebracht und in der üblichen Art erledigt [22].

In Riga ging es nicht so schnell vor sich. Die beiden Ghettos wurden erst Mitte Oktober geschaffen, da — wie Stahlecker Heydrich

berichtete — die lettischen Bewohner der betreffenden Stadtviertel Schwierigkeiten machten. Am 15. Oktober schrieb Stahlecker außerdem, daß gewisse Dienststellen der neuen Zivilverwaltung Massenhinrichtungen stellenweise erheblichen Widerstand entgegensetzten, weshalb er die einsatzunfähigen Juden in kleinen Gruppen werde hinrichten lassen müssen[23]. Das Schicksal der Rigaer Juden wurde tatsächlich um sechs Wochen verzögert*.

Am 30. November 1941 wurde eine Reihe sorgfältig vorbereiteter Maßnahmen in Riga durchgeführt. Die Ghettos wurden umstellt, die jüdischen Arbeitskommandos unter Bewachung abgeführt, und eine lange Reihe von modernen blauen Rigaer Omnibussen stand vor den Ghettotoren. Tief im Wald in der Nähe der Eisenbahnhaltestelle Rumbuli hatten russische Kriegsgefangene Hinrichtungsgruben ausgehoben[27]. (Der zusammenfassende Bericht der Einsatzgruppe für Januar 1942 gibt wieder die Gesamtzahl der Opfer mit 10 600 an[28] — offenbar die Leitzahl für derartige Aktionen.) Ein Tagesbericht, der abgefaßt wurde, als das Gemetzel noch in vollem Gange war, erklärte, daß Jäckeln mit einer „Erschießungsaktion" beschäftigt sei und daß am 30. November 4000 Juden aus dem Rigaer Ghetto und ein ganzer Transport von Juden aus dem Reich erledigt worden seien[29]. Dies war der berüchtigte „Blutsonntag", aber eine zweite Rigaer Aktion von ähnlichem Ausmaß fand am 8. Dezember statt. Ein Zeuge sah die Vorbereitungen im Wald, als er Holz für die Wehrmacht sammelte — zwei Lastkraftwagen voll deutscher Polizeitruppen und eine lange Reihe von Maschinengewehren[30]. Eine dritte Aktion am 8. November fand nicht in Rumbuli, sondern in Bikernieki, dem „Birkenwäldchen", statt, dem späteren ständigen Hinrichtungsplatz für das Rigaer Ghetto. Diese Aktion wurde nicht zu Ende geführt. Um 12 Uhr, als eine Kolonne der Verurteilten gerade aus dem Ghetto

* Es scheint, daß SS-Standartenführer Jäger am 4. November von Stahlecker über die bevorstehende Massenausrottung informiert wurde. Jäger hatte jedoch einen Nervenzusammenbruch und wurde von SS-Obersturmbannführer Eduard Strauch abgelöst[24], den Bach-Zelewski als „den übelsten Menschen, dem ich in meinem Leben begegnet bin", bezeichnete[25]. Strauch, ein Epileptiker mit lichten Momenten, behauptete in Nürnberg, er hätte sich geweigert, Jäckelns Befehle ohne Rückfrage bei Heydrich entgegenzunehmen, und er wäre außerdem am 27. November heimlich von seinem Posten geflohen und nach Königsberg gegangen. Es wurde niemals geklärt, welche Rolle er bei den Metzeleien in Riga gespielt hat. Die Hauptanstifter scheinen Strauchs endgültiger Nachfolger, SS-Sturmbannführer Lange, und dessen lettischer Adjutant, Major Arajs, gewesen zu sein. Beide wurden 1949 deutschen Gerichten in der britischen Zone übergeben, man ließ sie jedoch entkommen[26].

marschierte, zog der Polizeiwachtmeister seine Uhr aus der Tasche und sagte: „Ihr habt Glück, jetzt ist es eine Minute nach 12. Die Aktion ist beendet[31]."

In Riga waren zumindest 24 000 Menschen ermordet worden. Stahlecker schätzte die Zahl sogar auf 27 800[32]. Von der Rigaer jüdischen Gemeinde blieben nur 4500 Männer und 300 Frauen übrig, aber binnen einer Woche nach der letzten Aktion kam ein weiterer Transport von Juden aus dem Reich an — der erste einer langen Reihe —, um die Zimmer im „kleinen Ghetto", in denen noch Leichen herumlagen, zu besetzen.

Wegen der Transporte aus dem Reich und der Anwesenheit von Luftwaffeneinheiten in der Nähe der Hinrichtungsstätte verursachte die Rigaer Aktion viel Gerede. Sie beeindruckte aber auch Heydrich, der ihren Organisator, SS-Sturmbannführer Lange von der Sicherheitspolizei, zur Wannsee-Besprechung einlud (s. S. 103 u. 107). Es ist bemerkenswert, daß Heydrich erklärte, die Verschiebung der Besprechung vom 8. Dezember auf den 20. Januar sei „auf Grund plötzlich bekanntgegebener Ereignisse und der damit verbundenen Inanspruchnahme eines Teiles der geladenen Herren" nötig; es ist ebenfalls bemerkenswert, daß Rosenberg am 14. Dezember Hitler sagte, er werde „mit Rücksicht auf die Ereignisse im Osten" das Wort „Ausrottung" aus seiner bevorstehenden Rede streichen[33]*.

Wir wissen einiges über „den Widerstand einiger Dienststellen der Zivilverwaltung", der den zeitlichen Aufschub der Metzeleien von Riga verursachte und ihre Beendigung verhinderte. Schon im Oktober wurde Lohse bei Rosenbergs Amt denunziert, weil er das Massaker von Libau behindert hätte. Am 15. November bat er um eine Entscheidung, ob alle „Juden im Ostland" ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Interessen liquidiert werden sollten[34]. Die Antwort von Rosenbergs Amt kam erst am 18. Dezember in Riga an. Sie war von Otto Bräutigam von der politischen Abteilung des Ministeriums gezeichnet**. Bräutigam schrieb, daß in der Zwischenzeit

* „Über die Judenfrage sagte ich, daß die Anmerkungen über die New Yorker Juden vielleicht jetzt nach der Entscheidung etwas geändert werden müßten. Ich stände auf dem Standpunkt, von der Ausrottung des Judentums nicht zu sprechen. Der Führer bejahte diese Haltung und sagte, sie hätten uns den Krieg aufgebürdet, und sie hätten die Zerstörungen gebracht, es sei kein Wunder, wenn die Folgen sie zuerst träfen."

** Dieser ehemalige Generalkonsul in Batum wurde 1950 ausfindig gemacht. Er war in einem amerikanischen Kulturinstitut in München beschäftigt[35].

in der Judenfrage „durch mündliche Besprechungen Klarheit geschaffen sein dürfte", daß aber wirtschaftliche Belange grundsätzlich unberücksichtigt bleiben sollten. „Auftauchende Fragen" seien unmittelbar mit dem Höheren SS- und Polizeiführer zu regeln[36].

Lohse zeigte, während er auf die Antwort wartete, ein gewisses Ausmaß von Unabhängigkeit, und diese Tatsache bewahrte ihn vor den alliierten Militärgerichten und vielleicht vor dem Galgen*. Am 7. November telegraphierte er an Stadtkommissar Hingst in Wilna und machte ihn auf die Proteste von General Brämer, dem Intendanten des Armeekommandos Ostland, aufmerksam. Am 1. Dezember schickte Brämer ein Rundschreiben an die Zivilkommissare, in dem er ihnen nahelegte, die Hinrichtungen von unersetzbaren jüdischen Arbeitern aufzugeben. Lohse selbst versandte Brämers Aufforderung am 3. Dezember[38], darunter auch eine Abschrift für Jäckeln**. Brämer war nicht imstande, die Ende November einsetzenden Transporte von Juden aus dem Reich zu verhindern; andere Stellen bewogen Heydrich jedoch, die größeren Ghettos weiterbestehen zu lassen. Sowohl Wilna wie Kowno behielten bodenständige jüdische Gemeinden von 15 000 bis 20 000 Seelen, während die durch die Metzeleien entstandenen Lücken in Riga und Minsk teilweise durch Juden aus dem Reich gefüllt wurden. Juden aus dem Reich, die keine Bedeutung für die Kriegswirtschaft hatten, wurden allerdings direkt zu den Hinrichtungsstätten geschickt. Aktionen dieser Art wurden in Riga und Kowno bis Ende Januar 1942 fortgesetzt. In Wilna jedoch, wo es nach dem 21. Dezember[40] keine Aktionen mehr gegeben hatte, suchten viele Juden, die in Verstecken gelebt hatten, die Sicherheit des Ghettos, dessen Einwohnerzahl im Januar auf 18 000 stieg[41].

* Im Januar 1948 verurteilte die Bielefelder Spruchkammer Lohse zu zehn Jahren Gefängnis, doch wurde ihm 1951 aus Gesundheitsgründen der Rest der Strafe erlassen. Am 10. Oktober wurde bekannt, daß dieser Mann, der im Oktober 1941 die Pläne für die ersten Gaskammern besprochen hatte, von der Landesregierung von Schleswig-Holstein ein Ruhegehalt von DM 263 monatlich erhalten sollte. Die darauffolgenden Interpellationen im Landtag waren bemerkenswert: sie kritisierten diese Zahlungen, aber nicht wegen Lohses Amtsführung in Rußland, sondern nur deshalb, weil er sich als Gauleiter von Schleswig-Holstein als Feind der Demokratie erwiesen habe. Später wurde entschieden, daß Lohse keine Pension zustehe, weil er Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein nicht als Beamter, sondern als Nationalsozialist geworden war[37].

** Der Streit zwischen Brämer und dem Massenmörder Jäckeln war allerdings keine sehr tragische Angelegenheit, denn Bach-Zelewski behauptet, daß Brämer zu Jäckelns Abendgesellschaften zu gehen pflegte und sich mit ihm duzte[39].

Am 31. Januar 1942 beendete Stahlecker seinen zweiten langen Bericht an Heydrich, dem er eine an den entsprechenden Stellen geschmackvoll mit Särgen gekennzeichnete Landkarte beilegte. „Die möglichst restlose Beseitigung des Judentums aus den Ostgebieten ist mit Ausnahme von Weißruthenien im wesentlichen durch die Exekution von bislang 229 052 Juden bis zum heutigen Tage erreicht[42]." Die von Stahlecker angegebene Ziffer schließt 171 661 Juden aus Lettland und Litauen ein und ist vielleicht übertrieben, da es in diesen beiden Ländern zur Zeit, als Stahlecker seinen Bericht abfaßte, zumindest 50 000 Überlebende gab*, und es ist zu bezweifeln, ob 190 000 von den 247 000 Juden der beiden Länder im deutschen Netz gefangen wurden. Die Überlebenden hat man bis zum Sommer 1943 einigermaßen in Frieden gelassen.

2. Weißrußland

Weiter südlich fanden Heydrichs Männer eine weniger günstige geographische Lage und verzeichneten daher auch geringere Erfolge. Bis zum 27. Februar 1942 wurden im Bereich des Zivilkommissariates von Weißruthenien erst 33 210 Juden erschossen, und acht Monate nach der Invasion waren noch 139 000 Juden am Leben[43]. In diesem ärmsten Teil des besetzten Europa waren die Entfernungen groß, und es gab keine bei jedem Wetter befahrbaren Straßen. Nebes Nachfolger, Erich Naumann, zufolge hatte Einsatzgruppe B ein Arbeitsgebiet, das halb so groß wie Westeuropa war. Seine 24 Kommandanten konnten ihm nur alle zwei Wochen Bericht erstatten, und er selbst konnte erst im April 1942, als er ein eigenes Flugzeug erhielt, regelmäßige Inspektionen vornehmen[44].

In dem der Einsatzgruppe B unterstehenden Gebiete hatten rund 850 000 Juden gelebt, fast eine halbe Million von ihnen in den ehemals polnischen Gebieten. Laut den Statistiken der Einsatz-

* Die Anzahl der Überlebenden war zu diesem Zeitpunkt wohl noch wesentlich höher, wenn man die Gebiete mitrechnet, die früher zu Litauen gehörten — das Memelgebiet und das Suwalkigebiet —, die im März bzw. im September 1939 dem Reich eingegliedert wurden, sowie Grodno, das (als Teil des „Reichskommissariates Bialystok") im Juli 1941 eingegliedert wurde. In Grodno wurden etwa 40 000 Juden in den beiden Ghettos zusammengezogen, wo sie bis zum Sommer 1942 von größeren „Umsiedlungsaktionen" verschont blieben. (Siehe Seite 322.) In Memel und Suwalki blieb ebenfalls ein Teil der bodenständigen jüdischen Bevölkerung erhalten. So berichtete Dr. Korherr Ende 1942 von der Anwesenheit von 18 435 „sowjetrussischen Juden" im Bezirk Königsberg. Die Zahl wurde ihm vom Statistischen Reichsamt zur Verfügung gestellt.

gruppe blieb nicht ganz ein Drittel nach der Invasion in diesem Gebiete, aber selbst diese Zahl scheint für ein Land mit so großen Fluchtmöglichkeiten erstaunlich hoch. In den großen ehemals polnischen Städten, wie Pinsk, Slonim, Kobryn und Baranowicze, scheinen die zahlreichen jüdischen Gemeinden während der zwei oder drei Tage unmittelbar vor der deutschen Besetzung völlig passiv geblieben zu sein. Das wird allerdings verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß während der Zeit des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes keinerlei Nachrichten über das Schicksal der Ghettos jenseits der deutschen Demarkationslinie in der weißrussischen Presse gedruckt werden durften. Einer von Rosenbergs Beamten berichtete im Juli 1941, daß die weißrussischen Juden nichts von der deutschen antisemitischen Gesetzgebung gehört hatten und erwarteten, in Ruhe gelassen zu werden, solange sie arbeiteten [45].

Ein anderer Umstand, der die Tatenlosigkeit der weißrussischen Juden zum Teil erklärt, war die wütende Feindschaft gewisser Elemente der Bauernbevölkerung, die mit dem starken Wachstum der jüdischen Siedlungen gegen Ende des 19. Jahrhunderts an Schärfe zugenommen hatte. Auch nach der Revolution hatte weder der bürgerliche Republikanismus des polnischen Gebietes noch die marxistische Ideologie im sowjetischen Bereich diese Feindschaft überwunden, und auch die Welle prosowjetischer Gefühle nach der Besetzung hatte keinen großen Einfluß auf sie. In den Gebieten jenseits der Curzonlinie hatte die Sowjetregierung in der Zeit von 1939 bis 1941 eine gewisse Selbstverwaltung eingeführt und wurde von der Bevölkerung nach zwanzig Jahren des polnischen halbfeudalen Systems verhältnismäßig wohl aufgenommen. Das hatte dazu geführt, daß unter der deutschen Besetzung eine recht starke sowjetfreundliche Widerstandsbewegung aufkam; aber auch dort waren die Juden Weißrußlands keineswegs willkommen [46].

Östlich der Beresina lagen die Verhältnisse anders, denn die Juden hatten Wochen, ja Monate Zeit, ihre Flucht vorzubereiten. Die Juden von Witebsk und Bobruisk wurden geradezu zu dem Zweck deportiert, um die Wolgadeutschen des Gebietes um Saratow zu ersetzen [47]. Die wenigen Zurückgebliebenen wurden von den Einsatzgruppen schnell erledigt, und nur in Smolensk wurde es für nötig befunden, ein ständiges Ghetto einzurichten,

das im Mai 1943, kurz vor der Rückkehr der Roten Armee, aufgelöst wurde[48]*.

Westlich der Beresina bedeutete das vollkommene Fehlen von nichtjüdischen Handwerkern eine Gnadenfrist für die Ghettos, in denen die Juden wie in einer Mausefalle gefangen waren[50]. Gerbereien und Schneiderwerkstätten in den kleineren, ehemals polnischen Städten und Stellmacher in Minsk und Lida wurden von den Wirtschaftsstellen der Wehrmacht geschützt. Auf diese Weise überlebten einige jüdische Gemeinden bis zum Herbst 1943, allerdings durch bis zu fünf „Umsiedlungsaktionen" auf ein paar Hundert Seelen zusammengeschmolzen[51].

Außer diesen sozusagen amtlich genehmigten Überlebenden gab es Juden, die illegal in den von den Partisanen beherrschten Gebieten lebten. Anfangs paßte es den Verfassern der Einsatzgruppenberichte, ihre hilflosen Opfer in bewaffnete Widerstandskämpfer umzulügen, aber eine Eintragung in Goebbels' Tagebuch vom 6. März 1942 zeigt, daß man auf deutscher Seite schon ernstlich über die Teilnahme von Juden an den Aktionen der weißrussischen Partisanen beunruhigt war[52]. Für die Juden, die zu keiner Partisanengruppe gehörten, bedeutete diese Beunruhigung der Deutschen nur, daß man gegen sie mit noch größerer Brutalität vorging. Am ärgsten betroffen waren die „Schtetl", die zahlreichen jüdischen Marktstädtchen, die für die deutsche Wirtschaft ohne Bedeutung waren, sowie die Gruppen, die in den unsicheren Schutz der Partisanengebiete geflohen waren. Nur in jenen

* Das Ausmaß der Flucht der Juden aus dem sowjetischen Teil Weißrußlands kann aus den Berichten der Einsatzgruppen über die Liquidierung der deutscherseits in Witebsk, Bobruisk, Mogilew und Borissow geschaffenen Ghettos ermessen werden. Witebsk hatte 1926 eine jüdische Bevölkerung von 37 013, die, Solomon Schwarz zufolge, bis 1941 auf etwa 45 000 angewachsen gewesen sein dürfte. Wenn man dem Tätigkeitsbericht der Einsatzgruppe vom 19. Dezember 1941 (NO 2824) Glauben schenken kann, dann war die Liquidierung des Ghettos zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen, aber nur 4090 Juden waren erschossen worden. Bobruisk hatte 1926 21 556 Juden und 1941 nach Schwarz etwa 27 000. Als Bobruisk im Dezember 1941 für judenfrei erklärt wurde, waren 6179 Juden erschossen worden. Mogilew hatte zwischen 20 000 und 27 000 jüdische Einwohner, und die Gesamtzahl der Erschießungen betrug nach den Statistiken der Einsatzgruppe 4844. Allerdings ist erwiesen, daß es nach dem 19. Dezember 1941, also nach der offiziellen Liquidierung des Ghettos, ein Arbeitslager im alten Ghetto gab, und das war offenbar das Lager, in dem Himmler schon Anfang 1943 eine Gaskammer einrichten wollte[49]. In Borissow, das viel näher an der alten polnischen Grenze liegt, war die Lage anders. Die Berichte der Einsatzgruppe verzeichnen 8200 Erschießungen, darunter 7620 in einem einzigen Blutbad in der Nacht zum 19. Oktober 1941. Borissow hatte normalerweise nicht mehr als 20 000 jüdische Bewohner.

„Schtetln" gab es eine Aussicht dafür, am Leben zu bleiben, wo die Deutschen Arbeitslager errichtet hatten; in den Wäldern gab es überhaupt keine solche Aussicht, sobald die Nachricht von der geographischen Lage eines „Familienlagers" einmal zu den deutschen Einheiten gedrungen war. Dies ist der Ursprung der Berichte über die große Anzahl von Juden, die vorgeblich in Kämpfen mit Partisanengruppen den Tod gefunden hatten. SS-Obergruppenführer Jäckeln berichtete zum Beispiel, daß während der „Unternehmung Sumpffieber" im Februar 1942 nicht weniger als 8350 Juden in der Gegend von Miczajewice nordöstlich von Minsk hingerichtet worden seien. Ein Jahr später wurde berichtet, daß 2658 Juden im „Banditengebiet" bei Slonim und weitere 3300 Juden in den Pripet-Sümpfen während der „Unternehmung Hornung" getötet worden seien[53].

Ein verhältnismäßig großer Teil der Berichte über Operationen jüdischer Partisanen in Osteuropa betrifft das ehemals polnische Weißrußland, einfach weil hier die wehrfähigen Juden leichter in die Wälder fliehen konnten als in dem dichter bevölkerten und unter strengerer Polizeiaufsicht stehenden Generalgouvernement. Aber selbst ein so sowjetfreundlicher Geschichtsschreiber wie Mosche Kaganowitsch betont die Feindseligkeit, die jüdischen Rekruten unter den mit der Roten Armee zusammenarbeitenden Partisanengruppen begegnete. Nur wenige Tausend Flüchtlinge aus den Ghettos überlebten in den „Familienlagern" bis zur Befreiung, und von dieser geringen Ausnahme abgesehen konnten die Ausrottungsgruppen ihr Mordhandwerk in allen Teilen Weißrußlands beenden. Die Rote Armee fand nicht ein einziges bewohntes Ghetto oder Arbeitslager vor[54].

Die größte jüdische Gemeinde war in Minsk, gerade noch innerhalb der sowjetischen Vorkriegsgrenzen, gelegen. Die Zahl der Juden war hier 1926 53 686[55] und im Jahre 1941 wahrscheinlich zwischen 80 000 und 90 000. Solomon Schwarz (der die Angaben zweier sowjetischer Zeugen mit weniger Skepsis, als er sonst an den Tag legt, für wahr annimmt) ist der Meinung, daß 75 000 in deutsche Hände fielen. Ich halte die Aufzeichnung in General Halders Tagebuch, er habe nach der dreitägigen Beschießung, die ihrer Eroberung am 28. Juni voranging, nur 100 000 der 233 000 Einwohner in der Stadt angetroffen, für glaubwürdiger[56]. Das würde darauf hindeuten, daß weniger als 40 000 Juden dort wa-

ren, aber selbst dies war eine größere Anzahl als in Riga, Kowno oder Wilna und mehr, als kurzerhand erledigt werden konnten. Die beiden Ghettos in Minsk waren erst Ende Juli fertig; zu diesem Zeitpunkt wurden auch zwei der alten Festungen um die Stadt als Aufnahmestationen für die „Umsiedlung" eingerichtet[57].

Ende September fand die erste Razzia statt. Unter dem Vorwand von „Sabotage und Terrorismus" wurden 2278 Juden[58] aus dem Ghetto herausgerissen und von der Einsatzgruppe hingerichtet. Diese Beschuldigung war allerdings nicht völlig aus der Luft gegriffen, denn man glaubte, daß sich ein ehemaliges Mitglied des Minsker Sowjet, ein gewisser Nat Weinhaus, der mit dem Führer der Minsker Widerstandsbewegung, Stolyarewitsch, zusammenarbeitete, im Ghetto versteckt halte. Ohnehin setzten „Aktionen" am 6. und 20. November ein, in denen nach Angaben der russischen Untersuchungskommission 12 000 bzw. 7000 Juden getötet wurden. Weinhaus wurde bei der zweiten Aktion aufgegriffen[59]. Stahlecker, der Minsk von der Einsatzgruppe B im Januar übernahm, fand in Minsk nur 1800 weißrussische Juden mit Ausweisen; die Anzahl der Überlebenden war bestimmt viel größer[60].

Die erste Gruppe von Juden aus dem Reich, aus Berlin, Hamburg, Wien, Prag und Brünn, traf nach dem Pogrom des 6. und die zweite nach dem 20. November in Minsk ein. Sie wurden in Ghetto Nr. 2 gesperrt und von den bodenständigen Juden völlig isoliert, ein Beispiel, das später in Riga nachgeahmt wurde. Die Lebensbedingungen dieser 6500 an westliche Lebensverhältnisse gewöhnten Menschen waren katastrophal, aber niemand dachte ernstlich daran, daß sie den Winter überleben sollten. Aber in Minsk fanden die Juden einen merkwürdigen und unvermuteten Freund. Generalkommissar Wilhelm Kube war einer der Mitgründer der NSDAP und hatte im Januar 1934 die Grabrede für Görings erste Frau in Karinhall gehalten. Im August 1936 war er jedoch seines Postens als Gauleiter von Brandenburg-Grenzmark enthoben worden, weil er die Frau von Major Walter Buch, dem Vorsitzenden des Parteigerichtes, erpreßt hatte. Kube verbrachte einige Zeit in einem Konzentrationslager und wurde erst 1941 durch Himmlers Unterstützung und seine Freundschaft mit Rosenberg und Lohse wieder in Gnaden aufgenommen[61].

Bei seiner ersten Inspektion des deutschen Ghettos in Minsk war Kube, dessen Lüsternheit der Gegenstand von in Einzelheiten ge-

henden Berichten der Gestapo an Himmler war, tief bewegt, als er Mädchen sah, die wie nichtjüdische Deutsche aussahen. Außerdem erzählte ihm der neue Judenälteste, daß es im Ghetto Männer mit Kriegsauszeichnungen gab und andere, deren Brüder an der Front dienten. Daraufhin schrieb Kube folgende Zeilen an seinen Freund Lohse in Riga[62]:

„Die Juden selbst werden in den nächsten Wochen wahrscheinlich verhungern oder erfrieren. Sie bilden für uns eine ungeheure Seuchengefahr, da sie naturgemäß den Ansteckungen der 22 Epidemien, die im gesamten Weißrußland herrschen, genauso ausgesetzt sind wie wir Reichsdeutsche. Impfstoffe stehen für sie nicht zur Verfügung.

Auf eigene Verantwortung gebe ich dem SD eine Anweisung über die Behandlung dieser Menschen nicht, obwohl gewisse Formationen der Wehrmacht und der Polizei schon jetzt scharf auf den Besitz der Juden aus dem Reich sind. Der SD hat bereits — ohne zu fragen — 400 Matratzen den Juden aus dem Reich abgenommen und auch sonst allerhand beschlagnahmt. Ich bin gewiß hart und bereit, die Judenfrage mit lösen zu helfen, aber Menschen, die aus unserem Kulturkreis kommen, sind doch etwas anderes als die bodenständigen vertierten Horden. Soll man die Litauer und Letten, die hier auch von der Bevölkerung abgelehnt werden, mit der Abschlachtung betrauen? Ich könnte es nicht. Ich bitte Dich, mit Rücksicht auf das Ansehen unseres Reiches und unserer Partei hier eindeutige Anweisungen zu geben, die in der menschlichsten Form das Nötige veranlassen.

Mit herzlichem Gruß und Heil Hitler
Dein Wilhelm Kube."

Mit verschiedenen Mitteln gelang es Kube, diese 6500 Juden aus dem Reich bis zum folgenden Juli zu schützen. Zuerst waren sie Nutznießer der gleichen natürlichen Ursache, die den bodenständigen Juden Weißrußlands half: der Boden war viele Monate lang so hart gefroren, daß es unmöglich war, Massengräber zu graben. Im Februar sandte Stahlecker den brutalsten seiner Henker, SS-Obersturmbannführer Dr. jur. Eduard Strauch, aus, um Kube in Minsk zu überwachen, aber es gelang Kube, die Juden aus dem Reich vor der Aktion vom 2. März zu bewahren[63]. Dadurch, daß er die in seinem Amt beschäftigten Juden für einige

Tage vor der Aktion vom deutschen Ghetto fernhielt, warnte er überdies die Juden des russischen Ghettos, so daß nur 3412 statt der geplanten 5000 Menschen umgebracht wurden[64].

Strauchs Beschwerden gegen Kube sind ein faszinierendes Dokument. Strauch erklärt, Kube hätte „die Gefühle eines Polizeioffiziers verletzt", indem er ihn in Gegenwart von Juden beschimpft habe. Strauch hat sogar gehört, daß Kube jüdischen Kindern Bonbons gegeben habe. Kube habe auch den Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Weißrußland, SS-Brigadeführer Zenner, angegriffen, weil dieser Kubes drei jüdische Friseure nicht freigeben wollte. Und dennoch, schreibt Strauch, behaupte Kube ständig, ein großer Feind der Juden zu sein.

Kurz nach dieser Aktion kam Heydrich nach Minsk. Er erteilte Kube einen strengen Verweis, weil er ihm eine Liste mit Namen von „gesetzwidrig" aus Deutschland deportierten Juden gesandt hatte. Von Strauch verlangte er die völlige Liquidierung aller Juden im Minsker Bezirk. Strauch sagte jedoch aus, es sei ihm gelungen, eine Verschiebung bis nach der Ernte zu erwirken[65]. Heydrichs Tod am 4. Juni bedeutete keine Gnadenfrist. Im Gegenteil, die „Aktion Reinhard", die seinen Manen gewidmet war, wurde von Polen auf ganz Weißrußland ausgedehnt. Am 28. und 29. Juli wurde im Zuge dieser Aktion die Bevölkerung der beiden Minsker Ghettos von 19 000 auf 8794 reduziert[66].

Am 31. Juli schrieb ein sehr veränderter Kube seinem Freund Lohse[67]*, daß in Zusammenarbeit mit SS-Brigadeführer Zenner und SS-Obersturmbannführer Strauch, dem „hervorragend tüchtigen Leiter des SD", 55 000 Juden in zehn Wochen in Weißrußland liquidiert worden seien. In Minsk gebe es nur noch 6000 Juden mit Sonderbefreiung im russischen Ghetto und 2600 Juden aus dem Reich**. Im Gebiet von Lida waren 16 000 und in Slonim 8000 Juden ermordet worden. Am 7. August erklärte Lohse bei

* Eduard Strauch erklärte in Nürnberg während eines der „lichten Momente", in denen er nicht Irrsinn simulierte, den ganz verschiedenen Ton des zweiten Briefes. Strauch war der Meinung, daß Kube ihn nur gelobt habe, um Himmler, den der Brief durch Rosenbergs Amt erreichen sollte, irrezuführen. Kube habe diesen Brief zusammen mit Polizeigeneral Gottberg verfaßt, der bei Himmler als „zu weich" denunziert worden war[68].

** Dies waren nicht die einzigen Juden aus dem Reich, die während jenes Sommers in Weißrußland umgebracht wurden. Zumindest zwölf Transporte von Juden aus Theresienstadt und anderen Orten wurden in den Gaswagen im Wald von Blahowstina östlich von Minsk ermordet. (Siehe Seite 186, Fußnote.)

einer unter Görings Vorsitz im Generalrat für den Vierjahresplan abgehaltenen Konferenz in Zusammenhang mit Kubes Bericht ganz offen: „Ich kann das auch beantworten. Es gibt nur noch ein paar Juden, wohingegen wir schon Zehntausende erledigt haben[69]."

Das Gemetzel in den ehemals polnischen Teilen Weißrußlands hielt Schritt mit dem fürchterlichen Blutbad im Generalgouvernement und ließ erst im November 1942 nach. Himmler sandte Hitler einen Bericht des Höheren SS- und Polizeiführers SS-Brigadeführer Prützmann, aus dem hervorging, daß vom August bis Oktober 363 211 Juden in allen Teilen Rußlands getötet worden seien — eine offensichtliche Übertreibung[70], aber es gab nichtsdestoweniger denkwürdige Geschehnisse. So wurden am 29. Oktober 1942 die 16 200 überlebenden Juden von Pinsk von zwei Kompanien der Ordnungspolizei liquidiert. Eine Abteilung SS-Kavallerie bewachte die Hinrichtungsstätte, „eine Vorsichtsmaßnahme, die sich wunderbar bewährte, wenn man bedenkt, daß 15 Juden gefangen wurden, die einige Kilometer weit entflohen waren". Das Tagebuch des 15. Polizeiregimentes zeigt, daß außer einer neuartigen Verwendung von Kavallerie noch andere strategische Schlüsse gezogen worden waren[71]:

> „Erfahrung: 3. Wenn auch keine Keller vorhanden sind, so hält sich doch eine große Anzahl von Personen in dem kleinen Raum zwischen Erde und Fußboden auf. Diese Stellen sind von außen aufzubrechen und entweder durch Diensthunde nachstöbern zu lassen ..., bzw. ist dort eine Handgranate hineinzuwerfen, worauf in allen Fällen die Juden unverzüglich ins Freie kommen ...
>
> 5. Auf die Hinzuziehung von halbwüchsigen Personen zum Verrat dieser Verstecke unter Zusicherung ihres Lebens wird hingewiesen. Diese Methode hat sich bewährt."

Im November 1942 gab es kaum mehr ein Judenproblem in Weißrußland. Am 23. schrieb Kube an Georg Leibbrandt von Rosenbergs Ministerium, daß es im Bereich des Zivil-Kommissariats nur noch 30 000 Juden gebe und daß geplant sei, diese Zahl auf die Hälfte zu vermindern[72]. Trotzdem bestanden etwa 10 Ghettos in Weißrußland — darunter Minsk, Lida, Slonim und Baranowicze — bis zum Herbst 1943 (siehe S. 235 f. u. 317).

3. Die Ukraine

Etwa die Hälfte der drei Millionen Juden Vorkriegs-Rußlands lebte in der Ukrainischen Sowjetrepublik. Dazu kamen noch die 568 000 ostgalizischen Juden, die im September 1939 durch die Besetzung ehemals polnischer Gebiete der Ukraine angegliedert worden waren. Dies waren die wirklichen „Reserven des Ostjudentums", die eine so übertriebene Rolle in der nationalsozialistischen Propaganda spielten. Offenbar glaubte man, die Einsatzgruppen C und D würden für diesen größten aller Mordaufträge ausreichen. Je tiefer sie jedoch nach Rußland vorstießen, desto mehr verringerten sich die Probleme für Heydrichs Männer. In Ostgalizien waren 80 v. H. der jüdischen Bevölkerung am Ort verblieben[73], und in Lemberg war die jüdische Einwohnerschaft seit Kriegsausbruch sogar angewachsen, aber in den historischen Städten der vorindustriellen russischen Ukraine — Winniza, Schitomir, Berditschew, Uman und Cherson — blieb nur ein Viertel oder ein Fünftel der jüdischen Bevölkerung zurück. Das gleiche gilt für die ungeheuren jüdischen Bevölkerungszentren weiter östlich, in den Städten am Dnjepr — Kiew, Charkow und Dnjepropetrowsk. Noch weiter östlich — im Donetzbecken, am Kuban und nördlich des Kaukasus — wartete nur ein kleiner Teil der Juden, bis die Deutschen kamen.

Ins Innere des Landes war nicht nur der größte Teil der drei Millionen Juden der Vorkriegs-Sowjetunion entflohen, sondern auch ein großer Teil der 1 800 000 Juden aus den 1939 an die Sowjetunion gefallenen früheren polnischen Gebieten. Obwohl wir wahrscheinlich nie erfahren werden, wie groß die Zahl derer war, die die Sicherheit von Südsibirien und des Wolga-Uralgebietes erreichten, müssen wir annehmen, daß drei Viertel der heutigen jüdischen Bevölkerung Europas in der Sowjetunion leben, während es vor dem Krieg weniger als ein Drittel war. Dies Ergebnis ist nicht einer besonderen Zuneigung der Sowjetregierung für die Juden zuzuschreiben. Es war einfach so, daß die Russen gleichzeitig mit dem deutschen Vormarsch in das industrielle Gebiet die arbeitende Bevölkerung evakuierten, damit die Städte dem Feind keinen Vorteil brachten. In den meisten der eroberten Städte verblieb weniger als die Hälfte der Bevölkerung. Eine Weigerung, sich evakuieren zu lassen, wurde als eine feind-

liche Handlung angesehen, die oft später die bittersten Folgen nach sich zog*.

Obwohl die Liquidierung von ganzen jüdischen Gemeinden erst nach Himmlers Besuch in der Ukraine im August 1941 begonnen hatte, war der Vormarsch durch Ostgalizien von Pogromen in Lemberg, Tarnopol, Zborow, Zloczow und Drohobycz begleitet. In Lemberg, wo über 100 000 Juden lebten, wurden nach einem Einsatzgruppenbericht über 7000 umgebracht, aber einige Überlebende gaben wesentlich höhere Zahlen an[76]. Die Stadt wurde am 30. Juni erobert, nachdem sie in den acht Tagen seit der Invasion völliger Anarchie anheimgefallen war. Die ukrainischen Nationalisten von Lemberg waren von der Eingliederung des Gebietes in die ukrainische Sowjetrepublik nicht begeistert gewesen, obwohl man sie zu Beginn auf Kosten der Polen bevorzugt hatte. Schon im Mai 1940 waren ukrainische, polnische und jüdische „Nationalisten" aus Lemberg ohne Unterschied nach Südsibirien deportiert worden, und unmittelbar nach dem 22. Juni gab es noch eine große Razzia gegen Ukrainer in Lemberg. Deutschen Berichten zufolge sollen 3—4000 ins Gefängnis geworfen worden sein[77]. Am 25. Juni, als die Russen offen ihren Rückzug aus Lemberg vorbereiteten, wurde ein Versuch unternommen, diese Menschen in den Gefängnissen Kazimierzowka und Lackiego zu retten. Die Russen töteten sie alle, hatten aber bei ihrem schnellen Rückzug keine Zeit mehr, die Leichen wegzuschaffen.

* Solomon M. Schwarz hat in einem wohldokumentierten Werk die Anklage erhoben, daß das Sowjetregime verabsäumt habe, die bedrohte jüdische Bevölkerung zu evakuieren. Er hat auch Fälle von direkter Fluchtbehinderung entdeckt. Als Unterlage für seine These benutzt er Zahlenmaterial, das weder mit den Angaben des deutschen SD noch mit sowjetischen Schätzungen aus der Nachkriegszeit übereinstimmt. Er nimmt an, daß die durch Gebietsgewinne seit Kriegsausbruch vergrößerte Sowjetunion im Juni 1941 knapp unter fünf Millionen Juden hatte und daß nur 1 850 000 davon den Krieg überlebten — ein Verlust von über drei Millionen[74].
Josef Schechtmann schätzte hingegen Ende 1943[75], daß 650 000 bis 850 000 Juden in deutsche Hände gefallen waren. Das schließt auch die ehemals polnischen Gebiete und die baltischen Staaten ein. Diese Schätzung wird überraschenderweise durch die geheimen Zahlen des RSHA bestätigt, die Dr. Korherr Himmler zu Beginn des gleichen Jahres übersandte. Die Zahlen zeigten, daß „ausschließlich der Juden, die sich noch in Lagern und Ghettos befinden", etwa 633 000 Juden aus den besetzten russischen Gebieten „umgesiedelt" worden waren. Er hatte diese Zahlen den oft übertriebenen Einsatzgruppen- und SD-Berichten entnommen (NO-5194). Selbst wenn man Korherrs Zahlen als richtig annimmt, kann die Gesamtzahl bis zur russischen Wiederbesetzung kaum über 750 000 gestiegen sein, und nicht mehr als eine halbe Million davon kann auf die sowjetischen Gebiete der Vorkriegszeit entfallen sein. (Für eine weitere Besprechung von Schwarz' Ziffern siehe Anhang I.)

Das erste, was der SD tat, war, große Photographien dieser „jüdischen Morde" in den Schaufenstern auszustellen[78]. Eine ukrainische Miliz mit blau-gelben Armbinden wurde schnell aufgestellt, und 1000 jüdische Geiseln wurden verhaftet. Am 2. und 3. Juli wurde mit Zustimmung des SD die „Aktion Petljura"[79] organisiert, die symbolische Rache für die Ermordung des ukrainischen Hetman durch einen Juden in Paris im Jahre 1926 nehmen sollte. Juden wurden in den Gefängnissen, in den Straßen und im Stadion umgebracht. Es war ein Racheakt, aber nachher wurde erklärt, daß 73 der Opfer Beamte des NKWD gewesen wären, und die Ukrainer behaupteten, daß weitere 40 Helfer des NKWD gewesen wären[80].

Dieses Gemetzel von 7000 Menschen, das in der Hysterie der Befreiung durchgeführt wurde, hatte eine starke Ähnlichkeit mit den Pogromen in Kowno und Jassy, die sich wenige Tage vorher abgespielt hatten. Es war auch in Lemberg keine völlige Neuerung. Das letzte Lemberger Pogrom hatte 1918 auf Anstiftung der einmarschierenden Polen stattgefunden. Damals hatte sich der Erzbischof der galizischen Unierten Kirche, Szeptinski, als Freund der Juden erwiesen[81]. Der Oberrabbiner Ezekiel Levin wollte ihn daher am 2. Juli 1941 um Hilfe bitten, wurde aber auf dem Weg zum erzbischöflichen Palais verhaftet. Die Verwirrung wurde noch dadurch erhöht, daß auch die Russen Juden umgebracht hatten, und selbst der erste Einsatzgruppenbericht gibt zu, daß einige der in den Gefängnissen von den Russen zurückgelassenen Leichen solche von Juden gewesen waren[82].

SS-Brigadeführer Erwin Schulz, der Führer von Kommando 5 der Einsatzgruppe C, behauptete als Angeklagter, er habe den meisten der Juden, die verhaftet und ins Stadion gebracht worden waren, zur Flucht verholfen[83]. Da Schulz dafür nicht bestraft wurde, muß angenommen werden, daß der SD sich von der „Aktion Petljura" zurückzog, als die ukrainische Miliz völlig außer Rand und Band geriet, obwohl der SD das Ganze selbst organisiert hatte. Dies kam in Ostgalizien sehr häufig vor; in Drohobycz soll es sogar zu Schießereien zwischen Deutschen und Ukrainern gekommen sein. Die Ansichten über den Wert der Ukrainer hatten sich seit dem 12. September 1939 geändert, als Ribbentrop im Führerzug in Ilnau seinen Plan zur Schaffung eines unabhängigen galizischen Staates (mit russischer Zustimmung)

entwickelt hatte. Ribbentrop hatte ferner beabsichtigt, „Melynyks ukrainische Unabhängigkeitsbewegung" dazu aufzuhetzen, die Polen und Juden auszurotten (siehe S. 39). Jetzt, im Juli 1941, brauchte Hitler keinen Plan mehr, der dazu gedient hätte, mit Stalins Großukraine in Wettbewerb zu treten. Er gedachte, Ostgalizien zu einem Teil des Generalgouvernements zu machen, einem für fortschreitende deutsche Kolonisierung vorgesehenen Gebiet, und er bestätigte dies am 1. August, als er General von Roques befahl, die Zivilverwaltung Generalgouverneur Frank zu übergeben. Durch diese Eingliederung gewannen die Juden eine Gnadenfrist, denn die unmittelbaren Greuel der Gemetzel der Einsatzgruppen blieben ihnen erspart; sie hatten die Massaker des „Einsatzes Reinhard" abzuwarten, die in Lemberg im März des folgenden Jahres begannen (siehe S. 285 f.).

Trotzdem muß der Plan für die Eingliederung Lembergs in das Generalgouvernement die Ursache für die erste, großangelegte Deportierung von Juden nach Auschwitz gewesen sein. Zenon Rozanski, ein dort interniert gewesener polnischer Offizier, schreibt, daß 500 Lemberger Juden kurz nach der Besetzung ihrer Stadt im Hauptlager von Auschwitz angekommen seien. Nach den Richtlinien des Lagerführers Fritsch ließ man sie nur wenige Tage leben. Die ersten 37 von ihnen wurden auf dem Appellplatz am Tage ihrer Ankunft umgebracht[84].

Anfang Juli 1941 war Einsatzgruppe C schon weit über die galizische Grenze vorgedrungen. Vier Kommandos waren in Korosten, Schitomir, Berditschew und Winniza — quer durch die Ukraine, fast von den Pripet-Sümpfen bis zum Dnjestr — eingesetzt. In der Mitte der Linie stand das Kommando 4 a, das unter dem Kommando des der Trunksucht verfallenen Düsseldorfer Architekten Paul Blobel später einzig dastehende Höchstleistungen im Massenmorden von Juden vollbrachte. Es war kein Zufall, daß Blobel vom Beginn des Feldzugs an der Sechsten Armee zugeteilt war und daß diese Armee, die später unter Paulus bei Stalingrad kapitulierte, von Hitlers politischstem General befehligt wurde, Walter von Reichenau, dem Verfasser des berüchtigten Befehls über die „jüdischen Untermenschen" (siehe S. 38, Fußnote).

Die erste Begegnung zwischen Blobel und Reichenau fand am 26. Juni in Sokal am Ufer des Bug statt. Reichenau ging im Badeanzug in einem großen Park spazieren[85] und gab Blobel die

genauesten Anweisungen, so zum Beispiel, daß die bei militärischen Hinrichtungen üblichen fünf Gewehre je Opfer bei Juden auf zwei herabzusetzen seien. Obwohl Blobel natürlich ein Interesse an Aussagen dieser Art hatte, erscheinen beide Angaben über Reichenau glaubwürdig. Reichenau hatte im Alter von 55 Jahren im September 1939 im Badeanzug an der Spitze einer ganzen Division die Weichsel durchschwommen. Es war diesem exzentrischen Soldaten nicht bestimmt, im Nürnberger Prozeß gegen das Oberkommando der Wehrmacht zu erscheinen oder auch nur die letzte erfolgreiche Offensive der Wehrmacht zu befehligen, wozu Hitler ihn an Rundstedts Stelle im folgenden Dezember beorderte. Der Befehl über „das jüdische Untermenschentum" brachte ihm den Marschallstab ein, aber am 17. Dezember 1942 starb er infolge einer geheimnisvollen Ansteckung*.

Nichtsdestoweniger ist Blobels Aussage unklar in der Frage, ob er den Befehl für die ersten Massenmorde von Reichenau oder vom Höheren SS- und Polizeiführer Jäckeln erhalten hatte. Das Massaker von 2531 Juden in Schitomir in der letzten Juliwoche, das in Major Rösslers Bericht an Generalleutnant Schierwind beschrieben wurde (siehe S. 231 f.), schrieb Blobel Jäckeln zu. Blobels Vorgesetzter Otto Rasch, der Befehlshaber der Einsatzgruppe C, versuchte sich aus der Affäre zu ziehen, als Jäckeln den Befehl gab, auch Frauen und Kinder nicht zu schonen; Rasch verlegte daraufhin sein Hauptquartier von Schitomir nach Nowo Ukrainka. Diese Geste hatte keinen Einfluß auf die Hinrichtung von weiteren 407 Juden auf Blobels Befehl am 7. August[86]. Zu den Opfern dieser Hinrichtung gehörte auch der jüdische Vorsitzende des Gerichts von Schitomir**. Zu diesem Zeitpunkt erhielt jedoch die Einsatzgruppe den Befehl, daß die Überlebenden der jüdischen Gemeinde von Schitomir (die früher rund 35 000 Seelen gezählt

* Die Einsatzgruppenkommandeure verzeichneten persönlich ihre Dankbarkeit für Reichenaus Tagesbefehl. Der Tätigkeitsbericht vom 3. November 1941 hat zum Beispiel folgenden Wortlaut (NO-3157):

„Als besonders krasses Beispiel ist das Verhalten eines Lagerkommandanten zu erwähnen, der die durch seinen Vertreter erfolgte Überstellung von 362 jüdischen Kriegsgefangenen restlos mißbilligte und sogar gegen diesen sowie gegen zwei weitere Offiziere ein kriegsgerichtliches Verfahren eingeleitet hatte . . . Hinzu kam ein weiterhin erschwerendes Moment, daß durch einen OKH-Erlaß das Betreten des Durchgangslagers dem SD überhaupt versagt war. Erst durch einen neuerlichen Erlaß des OKW dürfte diese Schwierigkeit behoben sein . . . Die Zusammenarbeit mit der Geheimen Feldpolizei brachte keinerlei Schwierigkeiten mit sich."

** Der fünfte vierzehntägliche Bericht der Einsatzgruppen bauschte die Hinrichtung Kie-

hatte) in ein Ghetto einzuschließen seien. Die Metzeleien wurden daher hier für die nächsten sechs Wochen unterbrochen, aber weitere Massaker fanden in einer Reihe wichtiger Städte der Ukraine statt, und zwar in Korosten, Berditschew, Uman und besonders in Winniza, wo sie in öffentlichen Gärten stattfanden. Ein Landesschützenregiment der 36. Division half hier mit, indem es das Gebiet abriegelte[88].

Das von Blobel am 6. September veranstaltete Massaker ist wegen seiner „hochherzigen" Beweggründe besonders bemerkenswert. In Radomysl, auf halbem Weg zwischen Schitomir und Kiew, wurden 1668 Juden gefunden. Sie wohnten in einem Ghetto, fünfzehn je Zimmer, wo es unmöglich war, sie zu ernähren, und „wo ihr Schmutz eine ständige Seuchengefahr darstellte". Sie wurden daher aus reiner Barmherzigkeit umgebracht[89], ein Drittel von ihnen von den zur Mitarbeit so sehr bereiten Ukrainern. In Nürnberg war Blobel in bezug auf die Rolle, die er in Radomysl gespielt hat, weit bescheidener. Die Arbeit, sagte er, sei von Jäckelns Abteilungen geleistet worden, und nur vier seiner eigenen Leute seien dort gewesen; diese seien nach Radomysl gesandt worden, um einige Schweine zu betreuen. Außerdem hätte Jäckeln die Schweine gestohlen, so daß Kommando 4 a auf dem Marsch nach Kiew feststellen mußte, daß ihm die Würste entgangen waren[90].

Die deutscherseits in Schitomir, Uman und Berditschew geschaffenen Ghettos blieben nicht lange bestehen. Sie wurden am 19. und 22. September sowie am 5. Oktober liquidiert. In Schitomir stimmte der Garnisonskommandant mit Blobel darin überein, daß die Errichtung des Ghettos „den Klatsch und die Bosheit der Juden nicht beendet hat". Er gab daher Blobel zwölf Wehrmachtslastkraftwagen und 60 ukrainische Helfer und ließ von 150 russischen Kriegsgefangenen Gräber graben. Am Abend wurde das Ghetto umstellt, und die noch dort lebenden 3145 Juden warteten geduldig, bis sie zur Hinrichtungsstätte geschleppt wurden. Im ganzen wurden im Laufe von zwei Monaten 7000 Juden in Schitomir liquidiert[91].

Am 19. September, dem Tag des letzten Gemetzels von Schitomir, zogen die deutschen Armeen in Kiew ein, dessen Verteidigung

pers, des „jüdischen Richters von Schitomir", auf dem Heumarkt sehr auf. Er war wahrscheinlich nichts anderes als der Präsident der jüdischen Abteilung des sowjetischen Gerichtes. In einer Stadt wie Schitomir, in der die Hälfte der Bewohner jiddisch sprach, war eine solche Abteilung gesetzlich vorgeschrieben[87].

45 Tage gedauert und die Russen eine ganze Armeegruppe gekostet hatte. Hitler hat diese Schlacht „die größte Schlacht der Geschichte" genannt — Kriegshistoriker meinen allerdings, daß Hitler sie nie hätte ausfechten und statt dessen seine Stärke auf die Moskauer Front konzentrieren sollen. Es war den Deutschen nicht vergönnt, sich in dieser mit so viel Blut erkauften Stadt bequem niederzulassen. Am 24. zerstörte eine gewaltige Explosion das Hotel Continental, in dem sich das Etappenkommando der Sechsten Armee befand. Feuer verbreitete sich schnell, und Blobel, der am 21. angekommen war, mußte sein Büro räumen. 25 000 Menschen verloren ihr Obdach, und Hunderte deutscher Soldaten wurden, hauptsächlich bei Versuchen, die Flammen zu löschen, getötet[92]*.

Die Entscheidung, an den Kiewer Juden für die Explosion Rache zu nehmen, wurde offenbar am 26. September gefällt, als die Feuer noch wüteten. Nach Blobels Angaben fand eine Besprechung zwischen Jäckeln, Otto Rasch von der Einsatzgruppe und dem Stadtkommandanten Eberhardt statt[94]. Der Einsatzgruppenbericht rühmt Blobel als den Urheber des Massakers und schreibt Jäckelns zwei Polizeikompanien lediglich die Rolle von Gehilfen zu. Blobel behauptete jedoch in Nürnberg, gar nicht in Kiew gewesen zu sein; er erklärte ferner, daß nur 15 seiner 53 Mann zu den Hinrichtungen kommandiert werden konnten[95]**.

Am 26. September wurden in den Straßen von Kiew Maueranschläge angebracht, denen zufolge sich alle Juden binnen drei Tagen an der Kreuzung der Melnik-Straße und der Doktorewskaja-Straße zwecks „Umsiedlung" einzustellen hatten[97]. „Zuerst erwartete man, daß höchstens 5000 Menschen in diese Falle gehen

* In Nürnberg wurde die Theorie, daß diese und andere Landminen von jüdischen Agenten gelegt worden seien, von Generaloberst Jodl widerlegt, der sich an einen eroberten Plan erinnerte, in dem 50 bis 60 zu demolierende Objekte verzeichnet waren und der lange vor dem russischen Rückzug ausgearbeitet worden war[93]. Es ist trotzdem klar, daß Jodl es zuließ, die Explosion den Juden in die Schuhe zu schieben, denn während seiner Aussage entschlüpfte ihm eine Bemerkung, in der er Reichenaus Befehl über die „jüdischen Untermenschen" mit den „Ereignissen in Kiew" in Verbindung brachte, ein Punkt, den der sowjetische Anklagevertreter merkwürdigerweise völlig übersah.

** Es gibt jedoch eine völlig unabhängige Zeugenaussage, die die von Dr. Knobloch in Berlin ausgearbeitete Darstellung bestätigt. Am 22. Oktober 1944 wurde dem Korrespondenten der „New York Times", W. H. Lawrence, vom Kiewer Stadtarchitekten, M. Aloschin, die Babi-Jar-Schlucht gezeigt. Aloschin erzählte dem amerikanischen Journalisten, daß „ein deutscher Architekt" sich ihm gegenüber der Tat gerühmt habe. Wer anders kann dieser Architekt gewesen sein als die „Rotjacke" Blobel?[96]

würden, aber dank der außerordentlich geschickten Organisation meldeten sich über 30 000, die bis zum letzten Augenblick vor ihrer Hinrichtung wirklich glaubten, daß sie umgesiedelt würden[98]." Der Tätigkeitsbericht Nr. 106 und die Ereignismeldung Nr. 6 enthalten gleichlautend die Zahl von 33 771. Alle diese Menschen wurden an zwei Tagen — am 29. und 30. September — umgebracht, eine Höchstleistung, die nicht einmal von den Todesfabriken Treblinka und Auschwitz in den grauenhaften Sommern 1942 und 1944 erreicht wurde.

An der Kiewer Stadtgrenze, jenseits des jüdischen Friedhofs Lukyanowka, windet sich die Babi-Jar-Schlucht zwischen Sanddünen. Ein Zeuge sagte vor der staatlichen Kommission aus, daß die Opfer in dem Augenblick den Genickschuß erhielten, als sie von einem Brett in die Höhle stiegen. Es scheint, daß man sie in kleinen Gruppen mit ihren „Umsiedler"-Bündeln zur Höhle brachte; es muß jedoch viel Geschicklichkeit erfordert haben, 33 771 Menschen zwei Tage lang auf der Straße hocken zu lassen, wenn man dazu noch bedenkt, daß die Schüsse doch fast in Hörweite abgegeben werden mußten[99]. „Die Bevölkerung", sagt der Bericht, „wußte kaum, daß die Juden liquidiert wurden, aber die jüngsten Erfahrungen deuten darauf hin, daß sie kaum Einwände erhoben hätte." Die unter deutscher Aufsicht erscheinende ukrainische Zeitung „Krakiwiski Visti" berichtete: „Die Juden marschierten in kleinen Gruppen nach einem unbekannten Bestimmungsort", aber es ist zweifelhaft[100], ob irgend jemand durch derartige Berichte hinters Licht geführt wurde. Ein Offizier der Ausland-Abwehr berichtete Admiral Canaris, daß, obwohl Reichskommissar Erich Koch alle Anstrengungen gemacht habe, das Massaker vor den ausländischen Korrespondenten, denen man die Verwüstungen in Kiew zeigte, geheimzuhalten, diese ihm erzählt hätten, sie wüßten darüber genauestens Bescheid. Ende Oktober aber muß jedermann in Kiew die Wahrheit gewußt haben, denn der SD hatte einige der 139 Lastkraftwagenladungen mit Kleidung, die man den Juden abgenommen und für die Volksdeutschen der Ukraine bestimmt hatte, an Arme in der Stadt verteilt[101].

Im März fuhr Albert Hartel, ein Gestapo-Fachmann für Kirchenfragen, mit Blobel zu einem Landhaus außerhalb Kiews, das vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei, SS-Brigadeführer Thomas*,

* Max Thomas, der ehemalige Höhere SS- und Polizeiführer von Nordfrankreich und

bewohnt war. Bei der Babi-Jar-Schlucht sah Hartel kleine Explosionen, die Erdsäulen aufwarfen. Es war das Tauwetter, das die Gase der Tausende von Leichen freiließ, und Blobel erklärte: „Hier liegen meine Juden begraben[102]." Aber Blobel war der Sache noch nicht ledig. Zwei Monate später wurde er von Heydrich, der im Begriffe war, nach Prag — und in seinen Tod — zu gehen, nach Berlin berufen. Nach mehr als fünf Jahren waren die Worte dieses jungen Mannes mit den harten Zügen noch immer unauslöschlich im Gedächtnis des Nürnberger Angeklagten eingeprägt[103]:

> „Na, einen Bauch haben Sie sich noch nicht angefressen. Sie sind ein Weichling und gegebenenfalls noch in der Porzellanmanufaktur zu verwenden ... wenn ich überhaupt noch Rücksicht nehme. Ich werde Sie aber mit der Nase noch tiefer hineinstecken. Sie melden sich sofort bei dem Gruppenführer Müller."

Von diesem Zeitpunkt an hatte Blobel die einzigartige Beschäftigung, die Spuren der Massengräber in Polen und Rußland auszulöschen. Wir sind ihm in Chelmno im September 1942 begegnet (siehe S. 152 ff.). Im darauffolgenden Juni war er wieder bei der Babi-Jar-Schlucht, wo er durch seine Erfahrungen und Kenntnisse in der Lage war, die Arbeit der Exhumierungsgruppen anzuleiten. In Nürnberg gab Blobel zu, den Inhalt eines 60 Meter langen und 2½ Meter tiefen Massengrabes entfernt zu haben[104]*. Offenkundigerweise sind nicht alle Juden, die von Kiews normaler jüdischer Bevölkerung von 180 000 Seelen in der Stadt geblieben waren, Ende September umgebracht worden, denn Ende Oktober wurden 7000 und im Januar 1942 8000 Juden im Gebiet von Kiew getötet. Und selbst dann gab es noch ein Ghetto in Kiew. Im Dezember 1942 beschwerte sich Professor Seraphim, der jetzt dem Rüstungsamt zugeteilt war, daß Juden kein Anrecht auf Zuteilungen hätten[106]. Bis kurz vor dem 6. November 1943, als die Russen Kiew zurückeroberten, gab es ein jüdisches Arbeits-

Belgien, darf nicht mit dem Leiter des Rüstungsamtes der Wehrmacht, Georg Thomas, verwechselt werden. Max Thomas scheint Anfang 1944 ums Leben gekommen zu sein.

* Am 29. September 1943 rebellierten die jüdischen Sklaven des Kommandos 1005, das in der Nähe von Kiew arbeitete, und einige entkamen und wurden später von der russischen Untersuchungskommission vernommen. Am 6. November gab es noch immer einige Massengräber östlich und südlich der Stadt, die zu zerstören Blobel keine Zeit mehr hatte[105].

lager in der Vorstadt Syretzk, und in der Stadt selbst wurden einige Hundert Juden gefunden, die illegal gelebt hatten[107].

Östlich des Dnjepr kam die Einsatzgruppe C in den am dichtesten bevölkerten Teil Rußlands. Am 5. Oktober setzte sich Kommando Nr. 5 in den großen Städten des Dnjepr-Knies fest, und am 13. befahl Jäckeln, der sein Hauptquartier nach Krivoi Rog verlegt hatte, die Liquidierung der Juden von Dnjepropetrowsk. Über sechs Wochen waren seit dem Eindringen der deutschen Soldaten in die Stadt vergangen, und trotzdem gab es noch 30 000 Juden hier — von einer Vorkriegsgemeinde von über 100 000[108]. Jäckelns Polizeikompanien und das Sonderkommando waren imstande, 11 000 Greise und Kinder in einer einzigen Aktion zu erledigen. Zufälligerweise waren am 13. Oktober ungarische Truppen in Dnjepropetrowsk, unter ihnen ein jüdischer Kraftfahrer aus Volove im ehemals tschechoslowakischen Karpatorußland, das die Ungarn im April 1939 besetzt hatten. Dieser Mann — Major Neuman — hat den Krieg überlebt, ein Jude, der als Soldat der Achsentruppen das Abschlachten der Juden mit ansah! Er hat vom Marsch der „umgesiedelten" Dnjepropetrowsker Juden erzählt, wie sie in Achterreihen mit ihren Bündeln auszogen. Es dauerte zwei Tage, und während dieser ganzen Zeit hörte man das Maschinengewehrfeuer von den Panzergräben außerhalb der Stadt[109]. Weitere Massenhinrichtungen fanden auf dem jüdischen Friedhof von Dnjepropetrowsk in unregelmäßigen Abständen bis zum März 1942 statt.

Auf dem Marsch von Kriwoi Rog nach Dnjepropetrowsk fand die Einsatzgruppe C eine große, in der Zarenzeit gegründete, aber jetzt kollektivierte jüdische landwirtschaftliche Siedlung. Diese Juden wurden, mit Ausnahme der Funktionäre, am Leben gelassen. Der amtliche Bericht erklärte diese Tatsache damit, daß diese Juden unintelligent und daher ungefährlich seien[110]. Ihre Zahl hat sich 1942 vermutlich noch vergrößert, als Juden aus der Warschauer und Lubliner „Umsiedlungsaktion" in das Dorf gesandt wurden, um die Ernte einbringen zu helfen; nachher sind sie allerdings verschwunden*.

* Drei der jüdischen Kollektivfarmen zwischen Kriwoi Rog und Cherson waren groß genug, einen „National-Bezirk" der Sowjetunion zu bilden — Stalindorf, Kalinindorf und Nowo Zlatopolje. Laut dem von Solomon M. Schwarz gesammelten Beweismaterial wurde die gesamte noch überlebende jüdische Bevölkerung gegen Ende Mai 1942 liquidiert[110a].

Tschernigow, eine der berühmtesten ostjüdischen Gemeinden, war am 12. September besetzt worden, aber Blobels Kommando traf hier erst am 23. Oktober ein. Hier waren jedoch nur 260 der 10 000 jüdischen Einwohner zurückgeblieben. Es ist bemerkenswert, daß fünf Tage später 43 Juden, die nach Tschernigow zurückgekehrt waren, liquidiert wurden[111]. Offenbar wurde eine Stadt für gefahrlos gehalten, sobald der SD sich einige Wochen in der Gegend nicht sehen ließ. Laut Angaben von dem Bach-Zelewskis kehrten die Juden, alle Warnungen in den Wind schlagend, aus Heimatliebe wieder in die Orte zurück[112]. In Poltawa zum Beispiel, das am 19. September eingenommen worden war, gab es zuerst nur sehr kleine Aktionen. Aber am 23. November machte Blobels Kommando 4 a eine Razzia und fand 1538 Opfer. Es muß allerdings hinzugefügt werden, daß Poltawa vor dem Krieg über 35 000 jüdische Bewohner hatte[113].

Diese Methode einer plötzlichen Rückkehr war in Gebieten, viele Hundert Kilometer hinter der Front, am erfolgreichsten, in denen es keine Gelegenheit zur Massenflucht nach der Invasion gegeben hatte. In Rowno in der ehemals polnischen Ukraine schlug ein neuer Höherer SS- und Polizeiführer, SS-Brigadeführer Korsemann, am 6. November 1941 plötzlich sein Hauptquartier auf, „und die seit langem geplante Judenaktion wurde durchgeführt". Einsatzgruppe C stellte den eben eingetroffenen Polizeikompanien ein Reservekommando zur Verfügung, und 15 000 Menschen wurden in zwei Tagen umgebracht. Etwa 6000 bis 7000 einsatzfähige Arbeiter erhielten jedoch „Ausweise" und wurden bis zum 13. Juli 1942 verschont. An diesem Tag fand eine vom Kommandanten des SD, SS-Sturmbannführer Pütz, und vom Landkommissar Georg Marschall geplante Überraschungsaktion statt, die einen Teil der endgültigen Liquidierung der Juden dieser dichtbevölkerten Provinz darstellte. Hermann Gräbe, Werksingenieur der Firma Jung A.G. und Autor der unvergeßlichen Schilderung der Geschehnisse auf dem Flughafen von Dubno, war auch bei dieser Aktion anwesend. Besonders bemerkenswerte Einzelheiten seiner Darstellung betreffen die Einschaltung von Bogenlampen im Ghetto vor der Aktion und die Leuchtraketen, die das offene Gebiet jenseits des Bahnhofs beleuchteten, als die Juden einwaggoniert wurden, um zur Hinrichtungsstätte in Kostopol gebracht zu werden[114] (siehe S. 231 f.).

Die östlichste ukrainische Stadt mit einer wirklich großen jüdischen Gemeinde war Charkow, das die Deutschen am 24. Oktober 1941 besetzten, aber anscheinend waren nur 20 000 Juden zurückgeblieben*. Der Stadtkommandant beeilte sich nicht besonders mit der Schaffung eines Ghettos; schließlich befahl er den Juden, zwischen dem 14. und 16. Dezember in eine Anzahl von Arbeiterhütten bei der verfallenen Traktorenfabrik Nr. 10, einige Kilometer außerhalb der Stadt, zu ziehen. Dieser Umzug der Juden in ein verhältnismäßig entlegenes Lager als Vorspiel für ihre langsame Ausrottung war eine Verfeinerung der kurz vorher in den baltischen Staaten angewendeten Methode, und es muß angenommen werden, daß Heydrich selbst die Eingebung hatte, da zur gleichen Zeit die Überlebenden des Belgrader Ghettos in die Lager Semlin und Tasmaidan geschickt wurden, wo sie dann nach und nach in Gaswagen umgebracht wurden (siehe S. 410). Die Traktorenfabrik Nr. 10 war jedoch kein Gefängnis, denn anfangs waren die Juden nicht dort eingesperrt, sondern durften während des Tages in den Straßen der Stadt betteln. Sie waren barfuß, und ein großer Teil ihrer Kleidung war ihnen geraubt worden, und da es verboten war, sie in Häuser zu lassen, erfroren viele von ihnen auf der Suche nach Nahrungsmitteln. Aus einem Einsatzgruppenbericht vom 4. Februar 1942 geht hervor, daß schon damals Vorbereitungen getroffen wurden, sie zu erschießen.

Nun folgte die langsame und unbeschreiblich grauenhafte Ausrottung dieser einst blühenden Gemeinde. Die Erschießungen, die in einer Schlucht unweit der Traktorenfabrik stattfanden, zogen sich bis weit in den März hinein und wurden in Gruppen von 200 bis 300 Opfern ausgeführt. Schließlich wurden im April 1942 die verseuchten Hütten, die voll waren mit den Leichen derer, die verhungert oder erfroren waren, niedergebrannt[116]**.

* Wie groß die jüdische Bevölkerung von Charkow war, läßt sich nur schätzen. Bei der letzten Volkszählung, in der die Juden gesondert gezählt wurden, waren ihrer 81 139; das war jedoch 1926, und die gesamte Einwohnerzahl von Charkow betrug damals 407 000.

Laut „Whitaker's Almanak" war diese 1939 auf 833 400 angewachsen. Es ist zweifelhaft, ob dieser ungeheure Zuwachs der industriellen Bevölkerung einen ebenso großen Anteil Juden enthielt, denn eine bemerkenswerte Analyse der Ziffern von 1926 zeigte, daß 17 000 der 40 000 Juden im arbeitsfähigen Alter Büroangestellte und 15 v. H. arbeitslos waren[115].

** Es muß aber doch eine Anzahl von Juden in Charkow übriggeblieben sein, denn Molotows Note an die Alliierten vom 16. April 1942 schätzte die Anzahl der Toten in der

Für die Zeit nach dem Februar 1942 haben wir keine Einsatzgruppenberichte zur Verfügung. Wir sind daher viel mehr auf Mutmaßungen angewiesen, soweit es sich um das endgültige Schicksal der Reste der ukrainischen Juden handelt. Ein Zeuge im Charkower Prozeß, ein russischer Kraftfahrer des SD, sah während der deutschen Offensive im Juni 1942 Massaker in Woronesch und Kursk[118]. Ein deutscher Feldgendarmerie-Kommandeur schrieb ungefähr zur gleichen Zeit aus Kamenetz-Podolsk über die dortige jüdische Gemeinde, die einst 24 000 Seelen stark war: „Hier schlafen wir nicht. Es gibt drei oder vier Aktionen wöchentlich." Dies war allerdings in der westlichen Ukraine, wo es geringere Fluchtmöglichkeiten gab. Das Schicksal der Überlebenden in der großen Stadt Rostow in der Nähe der Mündung des Don während der zwei kurzlebigen deutschen Besetzungen ist völlig unbekannt. Ein Bericht spricht von der Abschlachtung von 18 000 Juden*[120].

Eines der letzten Massaker in der östlichen Ukraine scheint sich am 22. November 1942 abgespielt zu haben, als die Russen schon die Don-Front durchbrochen hatten. Es handelte sich um das zweite und letzte Massaker der jüdischen Gemeinde von Artemowsk am Donez[121]. Einen Monat später unterrichtete Professor Seraphim (siehe S. 264) General Thomas vom Rüstungsamt der Wehrmacht, daß es noch immer Juden in den Großstädten der Ukraine gebe, daß sie aber keine amtlichen Zuteilungen erhielten[122]. Professor Seraphim schätzte die Zahl der Juden im Gebiet des Zivilkommissariats der Ukraine auf 150 000 bis 200 000.

Es gibt noch einen Bericht vom 19. März 1943, das berüchtigte Kommando 4a (jetzt Sondergruppe genannt) betreffend, das

Traktorenfabrik auf 14 000. Im Charkower Prozeß vom Dezember 1943 — nachdem die Stadt viermal ihren Besitzer gewechselt hatte — gab es jüdische Zeugen. Einer der deutschen Zeugen, SS-Obersturmbannführer Georg Heinisch, Zivilkommissar für das Gebiet von Melitopol, sagte aus, daß im Juni 3000 Juden in Charkow erschossen worden seien, weil sie die Russen während der kurzen Wiederbesetzung Charkows im April freudig begrüßt hatten[117].

* Im Jahre 1926 hatte Rostow 26 356 jüdische Einwohner. Professor Seraphims Schätzung für 1938 war 40 000, aber das dürfte etwas zu hoch sein. Unter allen Umständen scheinen 18 000 Zurückgebliebene eine viel zu große Zahl zu sein, wenn man bedenkt, daß sie viele Monate hatten, um ihre Flucht vorzubereiten. Die einzigen Angaben über ein Massaker, die ich entdecken konnte, sind in der Aussage eines gefangenen deutschen Nachrichten-Unteroffiziers enthalten. Er sagte aus, daß er gesehen habe, wie eine bettlägerige Greisin während einer „Großaktion" im August 1942, nach der deutschen Wiederbesetzung, aus dem Haus geholt wurde, in dem er untergebracht war[119].

früher im Zusammenhang mit Blobel und dem Gemetzel von Kiew genannt wurde, aber jetzt beim Rückzug von Stalingrad wieder auftauchte. Die Umstände hatten sich so sehr geändert, daß SS-Sturmbannführer Christensen seine Männer anwies, „grundsätzlich" würden „keine Kinder mehr erschossen", aber Funktionäre von Kollektivfarmen und Juden wurden noch immer als Objekt von Vergeltungsmaßnahmen ergriffen [123].

4. Die Küste des Schwarzen Meeres, die Krim und der Kaukasus

Der rumänische Anteil an der „Endlösung" ist bedeutend; er wird im Fünfzehnten Kapitel eingehend beschrieben. Vielleicht ist es aber besser, sich an dieser Stelle mit einem von den Rumänen verübten, unglaublichen Gemetzel zu beschäftigen. Die Opfer waren nicht rumänische Bürger, sondern russische Juden auf russischem Gebiet. Es handelt sich um die große Stadt Odessa, deren Gemeinde von 175 000 Juden so bedeutend wie die von Berlin, Wien, Lodz oder Kiew war. Die Stadt wurde zwar schon am 5. August 1941 Kampfgebiet, wurde jedoch von der rumänischen Armee erst am 16. Oktober genommen. Bevor die Stadt eingekreist war, wurde die arbeitsfähige Bevölkerung auf Anweisung von Moskau evakuiert, und es ist wahrscheinlich, daß zwei Drittel der Juden mit der Eisenbahn nach Ostrußland gebracht wurden [124].

Am 22. Oktober zerstörte eine Landmine mit Zeitzündung das ehemalige Gebäude des NKWD, das nun als Hauptquartier der Zehnten rumänischen Division und Amtsgebäude des Stadtkommandanten gedient hatte. Einige deutsche Offiziere, darunter der Hafenkommandant, waren unter den 220 Toten [125]. Marschall Antonescu hat nun einfach nachgeahmt, was deutscherseits drei Wochen früher in Kiew getan worden war. Er gab den Befehl, daß für jeden toten Soldaten 100 und für jeden toten Offizier 200 Juden umgebracht werden sollten. Das Ergebnis war, daß zwischen dem 23. und 25. Oktober 26 000 Odessaer Juden abgeschlachtet wurden. Am Tag nach dem Massaker veröffentlichte die deutsche Presse Berichte, denen zufolge der Widerstand der „Banden" gegen die Rumänen noch immer anhalte und von der großen Synagoge aus gelenkt werde. Das deutet darauf hin, daß diese Angelegenheit eigentlich von deutscher Seite organisiert wurde; ein Einsatzgruppenbericht vom 9. Oktober sagt denn auch, daß

zwei von Ohlendorfs Kommandos bereitstanden, um in die Stadt einzuziehen[126]. Dies wurde durch die Eifersucht der Rumänen verhindert, aber die Vorbereitung der Hinrichtungsstätte in der Nähe eines leerstehenden Barackenlagers, das nach der Tat niedergebrannt werden konnte — die später in Charkow angewandte Methode —, verdankt ihre Eingebung sicher dem SD[127]*. Es wurde nicht versucht, die übrigen Juden Odessas auszurotten, die üblichen Vorbereitungen für die Gründung eines Ghettos und eines Arbeitslagers wurden jedoch getroffen. Es scheint aber, daß man die Juden zusammen mit den aus Rumänien deportierten auf die Städte jenseits des Dnjestr aufgeteilt hat. Die Rückkehr wurde ihnen zwar verboten, aber eine Anzahl wurde im Mai 1942 vorsätzlich nach Odessa zurückgeschafft (s. S. 456), und am 10. April 1944 begegnete die Rote Armee zum erstenmal auf ihrem großen Vormarsch, der sechzehn Monate vorher bei Stalingrad begonnen hatte, Juden.

Die Tatsache, daß Ohlendorfs zwei Kommandos nicht an der Lösung der jüdischen Frage in Odessa teilnehmen konnten, trug wesentlich zu den zwischen Deutschland und Rumänien bestehenden bedeutenden politischen Schwierigkeiten bei. Nachdem Ohlendorf erfolgreich gegen den Versuch der Rumänen, die deutschen Verbindungslinien durch die Deportierung von Juden durcheinanderzubringen, eingegriffen hatte, mußte er nach einer Besprechung der beiden Stäbe am 30. August sein Interesse an der Zone zwischen Dnjepr und Bug aufgeben. Er übergab das Gebiet der rumänischen Zivilverwaltung. Ohlendorf war gezwungen, sein Hauptquartier in Ananiew zu räumen, lange bevor die Liquidierung der Juden jenseits des Dnjestrs und in Podolien abgeschlossen war; er beklagte sich über Mangel an Zusammenarbeit von seiten der ungarischen Truppen und der deutschen Siedler, „die die Juden für ganz unschuldige Menschen halten" und in einigen Siedlungen Juden zu politischen Führern gemacht hatten[129].

Nach der Vereinbarung vom 30. August benützten die Rumänen Transnistrien als ein Reservat für ihre eigenen Juden aus Bes-

* Das sowjetische Gericht in Odessa erklärte im Mai 1945, daß Marschall Antonescu direkt verantwortlich sei, aber der Armeekommandant Trestorianu und der Stadtkommandant Dragalina leugneten, Antonescus Befehl an General Gazun und General Maziel, die das Gemetzel ausgeführt hatten, weitergegeben zu haben. Da alle vier aufgehängt wurden, ist die Frage nur mehr von theoretischem Interesse[128].

sarabien und der Bukowina. Auf diese Weise blieb Transnistrien bis zur Rückeroberung durch die Russen ein Teil der russischen Steppe, wo Juden — obwohl die Sterblichkeit sehr hoch war — leben konnten und wo tatsächlich über 50 000 am Leben blieben (siehe S. 456). Dies war die Ursache dafür, daß der Hauptteil der Verbrechen, für die Ohlendorf in Nürnberg verurteilt wurde, von ihm und seiner Einsatzgruppe D erst begangen wurde, nachdem er sein Hauptquartier nach Nikolajew verlegt hatte. Seine erste Großaktion fand im September statt, als die überlebenden jüdischen Einwohner von Nikolajew und Cherson „umgesiedelt" wurden. Die Einwohnerzahl dieser beiden Gemeinden hatte sich offensichtlich durch Flucht von 30 000 auf 5000 verringert[130]. Während dieser Aktion ließ Ohlendorf die jüdischen landwirtschaftlichen Siedlungen in Ruhe, aber am 4. Oktober verbot Himmler während eines Essens in Ohlendorfs Messe alle weiteren Ausnahmen[131] (siehe S. 265, Fußnote).

Nach einer Aktion gegen 2000 Juden in Melitopol[132] verlegte Ohlendorf sein Quartier Anfang November nach Simferopol auf der Krim, wo Mansteins Elfte Armee ihr Hauptquartier hatte. Hier stand er seiner größten Aufgabe gegenüber, denn laut Informationen seiner Nachrichtenabteilung hatten 65 000 Juden und 8000 Krimschaken (eingeborene krimaische Juden) zu Kriegsbeginn auf der Krim gelebt[133]. Eine unbekannte Anzahl davon war zurückgeblieben, darunter 10 000 im Ghetto von Simferopol.

Ohlendorf behauptete, Manstein habe ihm aufgetragen, die Liquidierung des Simferopoler Ghettos bis Weihnachten zu beenden. Die Hauptaktion scheint in Wahrheit früher zu Ende geführt worden zu sein. Am 15. Dezember — an dem Tag, als Heinz Schubert so wohlorganisierte Vorbereitungen für den Empfang von 700 Simferopoler Juden machte — erreichte die Zahl der Toten 9600[134]. Aus diesem Anlaß gab Ohlendorf ein Weihnachtsessen für Kommando 11 b und hielt eine Rede[135]. Am 30. Dezember, als das jüdische Arbeitslager in Jankoi liquidiert war, wurde Simferopol amtlich als „judenfrei" erklärt[136]. Dies war allerdings verfrüht, denn am 17. Februar wurden 300 und im Laufe des März noch einige Tausend Juden in Simferopol umgebracht[137].

Die ganze Krim wurde am 16. April für „judenfrei" erklärt, wobei zugegeben wurde, daß noch einige Hundert Juden in Verstecken lebten[138]. Einer von Mansteins Zeugen sprach in Hamburg 1949

von einem offenen und unbehelligten jüdischen Markt, der noch im Winter 1942 in Simferopol bestanden haben soll[139]. Am 15. Juli 1942 berichtete ein Etappenkommandeur, daß 1099 Juden an der Küste bei Baktschiserai ertrunken seien, obwohl am 13. Dezember von der gleichen Gegend gemeldet worden war, daß der SD alle Juden „umgesiedelt" habe[140]. Irrtümer dieser Art waren im Innern Rußlands sehr häufig.

Die Sekten der Krimschaken und Karaimen auf der Krim waren für den SD ein interessantes Problem. Ohlendorf entschied am 5. Dezember 1941, daß sie zu schonen seien, aber Heydrich beschloß, daß die Krimschaken, die „rassenmäßig Juden" seien, getötet werden sollten, während die Karaimen, die nur der Religion nach Juden seien, zu verschonen wären[141]. Für Heydrich war es von gleicher Wichtigkeit, Tataren vor „Verseuchung" durch jüdisches Blut zu bewahren, wie im Falle von „Ariern". Außerdem entdeckte die Gestapo, daß „die Einbeziehung der Krimschaken und der Zigeuner in das Schicksal der Juden bei der Bevölkerung kein besonderes Aufsehen erregte"[142].

Im Juni 1942 kehrte Ohlendorf nach Deutschland zurück; von diesem Zeitpunkt an wird die Einsatzgruppe D kaum noch in den Berichten erwähnt. In Nürnberg legte der sowjetische Ankläger einen vom Kommando 12 in Kislowodsk im Nordkaukasus — 3000 Kilometer von Deutschland entfernt — angeschlagenen Umsiedlungsbefehl vor. Die Juden hatten sich am 9. September 1942 zwecks „Umsiedlung" an einem bestimmten Platz einzufinden, und es scheint, daß 2000 Juden aus Kislowodsk und einige Tausend aus Essentuki mit der Eisenbahn nach dem unweiten Mineralnye Wody gebracht und dort erschossen wurden[143]. Da die deutsche Besetzung jetzt Asien erreicht hatte, sprach man nicht mehr davon, daß die Opfer nach dem Osten gesandt würden. Den kaukasischen Juden wurde gesagt, daß man sie in die „unentwickelten Gebiete der Ukraine" schicken würde*.

Im Mai 1942 wird die Einsatzgruppe D in einem Bericht über Gaswagen erwähnt, den ein beim RSHA angestellter Techniker einsandte[145]. Die Wagen wurde von Simferopol nach Taganrog,

* Das Massengrab in Mineralnye Wody wurde im Beisein des Journalisten Alexej Tolstoi geöffnet. Am 5. August 1943 veröffentlichte er in der „Prawda" seinen Bericht, dem zufolge 6000 Leichen gefunden wurden. Unter ihnen wurden bekannte Leningrader Intellektuelle, die aus Sicherheitsgründen in den Nordkaukasus evakuiert worden waren, identifiziert. Hier, in diesem von den Deutschen nach Stalingrad eilig geräumten Ge-

Stalino, Mariupol und Gorlowka gesandt. SS-Untersturmführer Becker berichtete, daß die Wagen nicht nur fehlerhaft, sondern auch bei den Mitgliedern des Kommandos sehr unbeliebt seien (s. S. 155). Ohlendorf bestätigte dies in Nürnberg[146]. Die Wagen waren den Einsatzgruppen im Frühjahr 1942 hauptsächlich für die Liquidierung von Frauen und Kindern zugeteilt worden. Sowohl russische wie deutsche Berichte deuten darauf hin, daß ihre hauptsächliche Verwendung in der täglichen Verminderung der Zahl der Insassen von Krankenhäusern, Nervenheilanstalten und Waisenhäusern bestand. Es gab nie genügend dieser Wagen für Massenhinrichtungen; sie wurden zwar zur endgültigen Liquidierung der Ghettos von Minsk und Smolensk verwendet, aber das war 1943, also zu einer Zeit, als die Zahl der in Betracht kommenden Menschen schon sehr gering war (siehe Seite 325). Die Gaswagen waren etwas besonders Grauenhaftes, aber ihre Rolle bei der „Endlösung" in Rußland ist überschätzt worden.

In vier kurzen Monaten des Jahres 1941 haben Himmler, Heydrich, Müller und die „Fachleute" der Gestapo eine der fürchterlichsten Untaten der Geschichte begangen. Die Zahl von 350 000 in einer so kurzen Zeit ermordeten Juden wurde zwar im Sommer 1942 in Polen und 1944 in Auschwitz noch übertroffen; das gilt aber nicht für die unbeschreibliche Brutalität der Durchführung. Diese Verbrechen wurden durch die Eroberungen der Wehrmacht ermöglicht, deren Kommandeure — viele von ihnen heute freie Männer, die ungeduldig auf Beschäftigung in einer neuen Armee warten — sie tatenlos mit ansahen. Ihre Haltung war — wie immer — die einer militärischen Kaste mit einer strengen Berufsetikette. Sie wollten an sich nichts mit diesen Scheußlichkeiten zu tun haben, die sie für etwas außerhalb des Bereiches ihrer Offizierspflichten Liegendes hielten, für das ihnen die Zeit fehlte, aber sie ließen es zu, daß ihre Untergebenen Befehle von Menschen entgegennahmen, die sie nicht als den Soldaten ebenbürtig ansahen.

biet, entdeckten die Russen das erste jüdische Massengrab[144]. Erich Kern, ein Wiener Journalist, der in der SS-Division „Das Reich" diente, begegnete im Winter 1942 einigen dieser Leningrader Intellektuellen. Er muß das Schicksal der Juden gekannt haben, aber die wenigen SS-Leute, die Erinnerungen veröffentlicht haben, wissen, worüber sie schweigen sollen.

Zehntes Kapitel

Aktion Reinhard: Die Ausrottung der Juden in Polen im Jahre 1942

1. Die Aktion beginnt — Chelmno

Es ist nicht klar, wann der Beschluß zur Ausrottung der Juden in Polen gefaßt wurde. In Ostgalizien wurde der Massenmord im Juli 1941, kurz nach Eröffnung des russischen Feldzuges, eingestellt und setzte erst im März 1942 wieder ein. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß Hitler sich in der Zwischenzeit entschlossen hätte, den polnischen Juden das Schicksal ihrer Rassegenossen in Rußland zu ersparen, denn die polnischen Untersuchungsausschüsse sind zu dem Schluß gekommen, daß man mit der Arbeit in den Todeslagern Chelmno und Belzec bereits im Oktober 1941 begonnen hat.

Die Aufgabe, der sich die Mörder Anfang 1942 gegenübersahen, war gigantisch. Die jüdische Bevölkerung, die im ungeteilten Polen im Jahre 1931 2 732 600 betragen hatte, zählte bei Kriegsausbruch nicht weniger als 3 200 000 Köpfe. Bis Januar 1942 hatte sich diese Bevölkerung durch Massenflucht nach dem Osten, das Gemetzel der „Einsatzgruppen" in Polnisch-Weißrußland und eine erschütternd hohe Sterblichkeit wahrscheinlich auf 2 Millionen verringert, von denen noch 1 600 000 im Generalgouvernement* lebten, während man erwartet hatte, daß sie dort Hungers sterben würden.

Die Verschiebung des Massenmordes im Generalgouvernement von Juli 1941 bis März 1942 ergab sich in erster Linie aus Meinungs-

* Dr. Korherr schätzte Ende 1942, daß sich die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement durch freiwillige Auswanderung und erhöhte Sterblichkeit um 427 920 verringert habe, und zwar ohne die „Umsiedlungs-Aktionen". Diese Zahl stimmt überein mit einem Absinken der Bevölkerungszahl um 900 000 für das gesamte Vorkriegspolen, wovon 250 000 sehr wohl auf eine erhöhte Sterblichkeit und der Rest auf Emigration oder Deportierung in den Osten der Sowjetunion zurückgeführt werden können[1]. (Siehe Seite 57 und Anhang I.)

verschiedenheiten zwischen Frank und Himmler. Frank war mit Himmlers Plan zur deutschen Kolonisation Polens nicht einverstanden, von dem die jüdische Umsiedlung ja nur ein Teil war. Der deutsche ethnische „Korridor", am 21. Juli 1941 zum erstenmal erwähnt (siehe S. 51 u. 177), ist Himmler wahrscheinlich von Globocnik, dem Höheren SS- und Polizeiführer für Lublin-Land, vorgeschlagen worden, der „die allmähliche Säuberung des gesamten Generalgouvernements von Juden und auch Polen ... für notwendig" hielt, aber wegen des Widerstandes von Frank und dessen Landkommissaren nichts tun konnte [2]. Nach Angabe von dem Bach-Zelewskis war es ihm nur auf Grund der unheilvollen Auswirkungen von Globocniks Drängen auf eine weitere Durchführung dieses Planes — zu einer Zeit, in der russische Partisanen bereits im Generalgouvernement aufgetaucht waren! — möglich, die Abberufung Globocniks im September 1943 zu erreichen [3].

Die Karriere des Mannes, dem Hitler die Durchführung des gesamten Massenmordplanes im Generalgouvernement anvertraut hatte, sollte man bis in ihre Anfänge zurückverfolgen. Odilo Globocnik wurde 1904 als Sohn einer österreichisch-kroatischen Familie von kleinen Beamten in Triest geboren. Zur Teilnahme am ersten Weltkrieg war er zu jung, war dann aber im Anfang der zwanziger Jahre in die österreichische Freikorpsbewegung in Kärnten verwickelt; von dort aus trieb es diesen halbgebildeten Maurerpolier zur österreichischen Nationalsozialistischen Partei, die auf die Söhne der ihrer Ämter und Würden beraubten kaiserlichen Beamten eine sehr starke Anziehung ausübte. 1933 wurde Globocnik wegen seiner Beteiligung an der Ermordung eines jüdischen Juweliers in Wien zu einer Gefängnisstrafe verurteilt [4], aber im Juli 1936 erschien er dennoch als die für die Führung einer Abordnung der österreichischen Nationalsozialisten nach Berlin geeignete Persönlichkeit. Damals wies Hitler diese Abordnung an, das Versprechen der politischen Nichteinmischung zu halten, das er dem Kanzler Dollfuß gegeben hatte [5]. Von dieser Zeit an war Globocnik eines der Häupter der Anschlußverschwörung. Im März 1938 sandte er das Schwindeltelegramm aus Schuschniggs Büro, in dem die Bitte um den Einmarsch deutschen Militärs nach Österreich zur Verhinderung von Blutvergießen ausgesprochen wurde. Globocnik flog auch nach Berlin, um Hitler eine Abschrift des Ultimatums zu brin-

gen, das die Nationalsozialisten Schuschnigg stellten[6]*. Dienste dieser Art erforderten eine hohe Belohnung, und Globocnik, der Maurerpolier, wurde der zweite Gauleiter von Wien, verlor im Januar 1939 jedoch seinen Posten und seine Ehrenämter in der Partei wegen verbotener Devisenspekulationen. Immerhin war Globocnik zu nützlich, als daß man ihn ganz hätte fallen lassen können, und nach einer kurzen Strafzeit in der Waffen-SS verzieh Himmler seinem alten Freund „Globus" und machte ihn im November 1939 zum Höheren SS- und Polizeiführer von Lublin-Land[7].

Globocnik war auf den ersten Blick eine gute Erscheinung, Augen und Mund waren jedoch unaufrichtig und brutal. Während seiner Amtszeit als Polizeikommandeur führte er ein Leben beständiger Trunkenheit und zügelloser Genußsucht. Er schrieb ein so verworrenes und grammatikalisch falsches Deutsch, daß es manchmal unverständlich war, und nach Aussage seines Mitverschwörers Friedrich Rainer konnte er den österreichischen Dialekt so breit sprechen, daß er diese Mundart am Telefon als Geheimsprache zu benutzen in der Lage war[8]. Sein Talent zum Verschwörertum war Globocniks einziges tatsächliches Verdienst. „Einsatz Reinhard" konnte von anständigen Menschen nicht durchgeführt werden. Dazu waren tatkräftige Verbrecher und Geheimagenten erforderlich, und in Globocnik fand Himmler beides. Wie viele ungebildete Menschen, die ihr ganzes Leben lang einen einzigen Gedanken verfolgen, war dieser deutsche Rassenfanatiker — der wahrscheinlich ebensoviel slawisches wie deutsches Blut hatte — partiell unzurechnungsfähig, obgleich dies seinen Mitarbeitern nicht immer klar wurde. Der bescheidene Beamte, der über Globocniks fehlgeschlagenen Plan zur Deportation sowohl von Polen wie Juden berichtete, fand ihn „sehr weitgehend, aber ausgezeichnet in seiner Tendenz". Himmler scheint im Juli 1941 zum erstenmal die Entfernung der Juden aus Globocniks „Lublin-Land-Reservat" erwogen zu haben. Der erste Schritt hierzu sollte die Schaffung eines

* Zu den Teilnehmern der Anschlußverschwörung im März 1938, die ausnahmslos hohe Stellungen bekamen, gehörten einige der bemerkenswertesten Kriegsverbrecher des Hitler-Reiches. Außer Globocnik und Kaltenbrunner, dem würdigen Nachfolger von Heydrich, ist noch Josef Bürckel zu nennen, der die Deportierungen aus dem Elsaß und Saargebiet durchführte, sowie Gouverneur Wächter (Krakau), Seyss-Inquart, Reichskommissar für die Niederlande, und Friedrich Rainer, Gauleiter von Kärnten und Dalmatien.

riesigen Judenkonzentrationslagers in Lublin sein*. Nach Ansicht eines gewissen Dr. Gorgass wurde Christian Wirth auch nach Lublin beordert, um dort ein neues „Euthanasie-Institut" einzurichten[9]. Tatsächlich wurden diese beiden Pläne zunächst aufgeschoben, um im Oktober wieder aufgenommen zu werden, als die Deportierung der Juden aus dem Reich befohlen und die Evakuierung des Lubliner Ghettos erneut besprochen wurde.

Am 17. Oktober, eine Woche bevor mit den Deportierungen aus dem Reich begonnen wurde, erklärte Frank, daß das bisher offene Ghetto jetzt eingefriedet, die Verbindungsstraße zur Ostfront daran vorbeigeführt und 1100 Juden sofort bis hinter den Bug ausgewiesen werden sollten[10]. Am 16. Dezember hielt Frank vor seinem Kabinett die berüchtigte Rede, die die Worte enthielt: „Liquidiert sie selber"[11](siehe S. 109):

> „Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu deren Vernichtung führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen. Das Generalgouvernement muß genau so judenfrei werden, wie es das Reich ist. Wo und wie das geschieht, ist eine Sache der Instanzen, die wir hier einsetzen und einsetzen müssen und deren Wirksamkeit ich Ihnen rechtzeitig bekanntgeben werde."

Aus diesen Worten geht hervor, daß Frank annahm, er werde die Vernichtung des polnischen Judentums selbst leiten. Außerdem hatte sein Staatssekretär Josef Bühler soeben von Heydrich erfahren, daß keine Juden mehr im Generalgouvernement abgeladen würden. So kam es, daß Heydrichs doppelter Betrug — der einmal die Deportierungen aus dem Reich wieder aufnahm und zum

* Die Pläne scheinen verschiedentlich geändert worden zu sein. In Himmlers Vorschlägen vom 21. Juli 1941 handelt es sich um ein vollständig neues Lager, zusätzlich zu der Erweiterung von Globocniks Arbeitslagern in Lipowo, im alten Flughafen und in Lublin selbst. (Prozeß IV, NO-3031.) Tatsächlich wurde das „KL Lublin" oder „Majdanek" durch Erweiterung eines Kriegsgefangenenlagers für Polen und Russen neu geschaffen, das noch aus dem Jahr 1939 stammte. Das Lager befand sich in dem Vorort Majdan Tatarski, und die geheime Umstellung in der Verwaltung wurde vorgenommen, um den Einwendungen von Franks Zivilkommissar, Gouverneur Zörner, zu begegnen. (IMT XII, S. 80, Zeugenaussage Bühler.) Im Lager Lipowo befanden sich etwa 2000 polnisch-jüdische Soldaten als Gefangene, die Anfang 1941 von Deutschland hierher verlegt worden waren. Gegen Ende des Jahres wurden diese Leute dazu verwendet, jüdische Arbeitskräfte zur Bauarbeit zu pressen. Es scheint, daß die gleiche Gruppe auch die ersten jüdischen Kommandos für die späteren Todeslager zusammenstellte. (Siehe Seite 158.)

anderen Globocnik den Auftrag erteilte, die Vernichtungsaktionen im Generalgouvernement zu leiten — Franks Widerstand wachrief. Wir wissen, daß seine „Hauptabteilung Innere Verwaltung" den Befehl zur Abfahrt von zwei Zügen mit Hamburger Juden aufhob, die am 7. Oktober in Hrubieszow in der Provinz Lublin ankommen sollten[12]. Daraufhin verließen die Züge Hamburg erst am 26. und fuhren nicht weiter als bis Lodz, das dem Reich angegliedert war und außerhalb von Franks Machtbereich lag.

Heydrich und Eichmann paßten sich ohne Schwierigkeiten der veränderten Lage an, die ebensosehr auf Grund von Franks Grausamkeit wie auf Grund des Widerstandes seitens des Transportkommandos der Wehrmacht entstanden war. Sie brauchten lediglich die Vergasungswagen, die für die Dauervernichtungslager in Minsk und Riga bestimmt waren, in die Gegend von Lodz umzuleiten (siehe S. 152). Im Januar wurde ein Umsiedlungsbeauftragter der Gestapo, ein Kriminalkommissar Fuchs, nach Lodz entsandt, dessen erste Aufgabe es sein sollte, 30 000 Ghettobewohner zu beseitigen. Die Deportierten[13] aus dem Reich, von denen ein großer Teil drei Monate nach der Ankunft noch immer ohne Arbeit und völlig mittellos war, waren seine ersten Opfer. Mehrere Monate hindurch wurde jedoch von der „besonderen Einrichtung" so diskret Gebrauch gemacht, daß Flüchtlinge, die von Lodz nach Warschau in das dortige Ghetto kamen, von ihrer Existenz nichts wußten[14], da die ersten Deportierungen, die am 8. Dezember 1941 durchgeführt wurden, nur kleine Gemeinden in der Umgebung trafen[15]. Am 15. Januar 1942 wurden dann schließlich 650 Familien aus dem eigentlichen Ghetto in Lodz in das Durchgangslager in Pabianice und von da in kleinsten Gruppen nach Chelmno (Kulmhof) gebracht. Das Todeslager in Chelmno konnte sich mit Treblinka in der Vernichtung von Tausenden von Menschen je Tag nicht messen. Der Gauleiter für das Wartheland, Arthur Greiser, teilte Himmler am 1. Mai mit, daß man mit der Umsiedlung von 100 000 Lodzer Juden innerhalb von 6 Monaten rechnen könne[16]. Tatsächlich verringerte sich die Bevölkerungszahl im Ghetto in der Zeit von Januar bis September, in der die Aktionen durchgeführt wurden, um weniger als 72 000, und auch dieses Sinken der Bevölkerungszahl war zum Teil auf die verheerende Wirkung von Hunger und Schwerstarbeit zurückzuführen*. Der Ghettoverwalter

* Zahlenmäßige Aufzeichnungen, die angeblich der Lodzer Judenrat gemacht hat, sind

Hans Biebow machte den SD bereits zu Beginn der Aktion darauf aufmerksam, daß die Ansicht, die Ghettobevölkerung sei „besser ernährt als vertretbar", „abwegig und irrig" sei. Die Sterblichkeit hielt sich immer noch auf 14 000 pro Jahr[20], und im Juni war Biebow gezwungen, das Arbeitsamt zu bitten, Juden für schwere Arbeit nur aus den ländlichen Gemeinden zu wählen, weil der Gesundheitszustand im Ghetto zu schlecht war[21].

Am 11. April 1943 verließ das Kommando Botmann Chelmno, um sich nach Dalmatien zu begeben, von wo es im Februar 1944 (siehe S. 341) von Himmler zurückgerufen wurde. Es scheint, daß nach dem 12. September 1942, als die Umsiedlung des Lodzer Ghettos offiziell zum Abschluß gebracht worden war, die Gaswagen nur selten verwendet wurden. Der polnische Untersuchungsausschuß ist zu dem Schluß gekommen, daß die Transporte nach Chelmno in diesem Monat eingestellt worden waren, weil Berichte darüber eingingen, daß die Massengräber eine Typhusepidemie verursachten, und ein Krematorium eingerichtet werden mußte[22]. Es ist bedeutungsvoll, daß am 17. September Höss von Auschwitz herüberkam, um über SS-Standartenführer Blobels Exhumierungsmaßnahmen in Chelmno Bericht zu erstatten und um ihm Lagerinsassen für die Arbeit zur Verfügung zu stellen (siehe S. 154). Ein kleiner Teil der „umgesiedelten" Juden aus Lodz wurde in Arbeitslager und in die geräumten Ghettos des Distrikts Lublin überführt. Dr. Kermisz glaubt jedoch, daß in der Zeit zwischen Januar und September 66 Transporte von Lodz nach Chelmno gegangen sind und 55 000 Opfer dorthin gebracht haben[23]. Deportierungen, die in so großem Rahmen durchgeführt wurden und sich über einen so langen Zeitraum erstreckten, konnten ohne großen Zwang oder Panik organisiert werden, um so mehr, da die Geschichten über Chelmno im Ghetto nicht allgemein Glauben fanden. Selbst ganz zum Schluß der Umsiedlung, im September 1942, begleitete der Präsi-

von Dr. Abraham Melezin veröffentlicht worden[17]. Sie zeigen, daß die Bevölkerungszahl im Ghetto im Januar 1942 162 281 war und in diesem Monat um 12 000 sank. Im Februar verringerte sie sich um weitere 10 000 und im März, dem Rekordmonat, um 25 000. Darauf folgte ein Sinken der Bevölkerungszahl um nur 14 000 insgesamt in 5 Monaten, und im August stieg sie sogar um 4700 Köpfe auf Grund der Einbeziehung von einigen jüdischen ländlichen Gemeinden. Im September fiel die Bevölkerungszahl um 16 500, es hatte aber die Absicht bestanden, 20 000 Juden umzusiedeln, einschließlich aller Kinder im noch nicht arbeitsfähigen Alter[18]. Diese Aktion wurde am 12. September abgeblasen, als die Fabriken wieder aufgemacht und neue „Ausweise" ausgegeben wurden. Dies war die letzte Umsiedlungsaktion, die bis zum März 1944 in Lodz durchgeführt wurde[19].

dent des Lodzer Judenrates, Chaim Rumkowski, die Kinder auf ihrem Marsch zum Bahnhof ohne Befürchtungen, weil sein eigenes Waisenhaus verschont worden war[24]. Und die, die Bescheid wußten, wollten der Verzweiflung keine Nahrung geben. So hat Leutnant Rosenblatt, der Kommandeur des jüdischen Ordnungsdienstes, zugegeben, daß er die Alten und die Kranken ausgewählt hatte, da er sich vollkommen klar darüber war, daß sie vergast werden sollten[25].

Außerhalb des Ghettos gingen die Deutschen nicht mit der im allgemeinen üblichen Vorsicht vor, vielleicht weil es in dieser Gegend eine große Zahl volksdeutscher Einwohner gab, von denen noch weniger als von den Polen irgendein Widerstand zu erwarten war*. Ein Bauer, der nahe am „Palast" wohnte, teilte 1945 dem Untersuchungsausschuß von Richter Bednarz mit, daß Botmanns Kommando im Dorf Chelmno in gutem Einvernehmen mit den Einwohnern gelebt und in der Kantine Mädchen aus dem Dorf selbst beschäftigt hatte. Im Jahre 1944 war es üblich, Mitglieder des jüdischen „Waldkommandos" unter Begleitung ins Dorf zu schicken, um Gemüse einzukaufen[27]. So wußte auch eine gewisse Zahl ziviler Stellen vom Bestehen des Todeslagers Chelmno und kannte seinen Zweck. Im Januar 1943 hat zum Beispiel das Winterhilfswerk der Partei in Posen sich bei der Ghettoverwaltung in Lodz darüber beschwert, daß aus dem Lager Chelmno gelieferte Kleidung nicht mit den zuvor gezeigten Musterstücken übereinstimme. Die Kleidung war von Schmutz und Blut befleckt, vielfach waren die Judensterne nicht entfernt worden. Es bestehe die Gefahr, daß über die in den Lagern arbeitenden polnischen Landarbeiter „die zur Betreuung im WHW vorgesehenen Rückwanderer von der Herkunft der Sachen Kenntnis erhalten und daß das WHW erneut in Mißkredit kommt"[28].

Am 19. Juni 1942 forderten die Sortierer der Beute aus Chelmno, die im Lager Pabianice arbeiteten, dieselbe „Gefahrenzulage" von 15 Mark am Tag, wie sie das Vernichtungskommando wegen der

* Obgleich die Eisenbahnstation von Radogocz innerhalb des Ghettos lag und die Deportationen ausnahmslos nachts stattfanden, konnten die Nichtjuden darüber unmöglich in Unkenntnis bleiben. Pastor Schedler, ein Volksdeutscher aus Lodz, der jetzt in Würzburg lebt, hat in bewegenden Worten geschildert, wie Mitglieder seiner Gemeinde, die am Rande des Ghettos lebten, nachts von Rufen, Schreien und Schluchzen wachgehalten wurden, wenn der jüdische Ordnungsdienst die zur Umsiedlung bestimmten Menschen aus den Häusern zerrte[26].

bestehenden Ansteckungsgefahr bekam. „Gefahrenzulage" verlangten auch die polnischen Chauffeure, die im Zuge der Umsiedlungsaktionen in das Ghetto in Lodz fahren mußten[29]. Es wurde ferner an das Landesernährungsamt in Posen die Aufforderung gerichtet, den im Sortierbetrieb Arbeitenden Trinkbranntweinzuteilung zu gewähren, da ja die Bewachungsmannschaft des Lagers Chelmno schon je Mann und Tag einen Viertelliter Schnaps zugeteilt erhielte. Es wurde dabei angeführt, daß das Sortieren im „äußersten Grade ekelerregend" sei[30]. Im Herbst 1943 beschwerte sich das Ernährungsamt darüber, daß die Ghettoverwaltung immer noch Branntwein fordere, obgleich die Verteilung von Branntwein im Lager Chelmno schon vor Monaten eingestellt worden sei. Die Antwort hierauf war, daß nach wie vor Kontrollen im Ghetto durchzuführen seien und die damit verbundenen Widerwärtigkeiten die Zuteilung von Spirituosen ohne weiteres rechtfertigten[31].

Wieweit sind die Einzelheiten der täglichen Büro- und Verwaltungsarbeit in Deutschland allgemein bekannt geworden? In der ersten Zeit nach seiner Verhaftung im Mai 1946 war Oswald Pohl, der ehemalige Beherrscher des Konzentrationslagersystems, geneigt, diese Frage zu beantworten. In Worten, die von seinen späteren Verteidigungsargumenten weitgehend abwichen, erklärte er Kaltenbrunners Behauptung, daß „nur eine Handvoll Menschen Bescheid gewußt hätte", für Unsinn. „Im Falle der Verwendung der Textilien und der Übergabe von Wertgegenständen, und auch von Glücks und Lörner an bis zum kleinsten Beamten, sie mußten alle gewußt haben, was sich in den KZs abspielte[32]." Ebenso müssen sich auch die untersten Angestellten im Ernährungsministerium gefragt haben, warum bestimmte Lagerwachen so viel Schnapszuteilungen brauchten, um sich jeden Tag betrinken zu können.

2. Die Aktion breitet sich aus — Belzec

In der Zeit zwischen März und Juli 1942 trafen mindestens 50 000 österreichische, deutsche und tschechoslowakische Juden in den kleinen Städten des Distrikts Lublin ein (siehe S. 174 u. 440 ff.). Um Raum für sie zu schaffen, wurden die ortsansässigen Juden nach der alten russischen Grenze abgeschoben, ihr wahrer Bestimmungsort war jedoch das Todeslager Belzec, das am 16. März er-

öffnet wurde. Am 27. März schrieb Goebbels die folgende Eintragung in sein Tagebuch[33]:

> „Aus dem Generalgouvernement werden jetzt, bei Lublin beginnend, die Juden nach dem Osten abgeschoben. Es wird hier ein ziemlich barbarisches und nicht näher zu beschreibendes Verfahren angewandt, und von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig. Im großen kann man wohl feststellen, daß 60 Prozent davon liquidiert werden müssen, während nur 40 Prozent bei der Arbeit eingesetzt werden können. Der ehemalige Gauleiter von Wien (Globocnik), der diese Aktion durchführt, tut das mit ziemlicher Umsicht und auch mit einem Verfahren, das nicht allzu auffällig wirkt... Die in den Städten des Generalgouvernements frei werdenden Ghettos werden jetzt mit den aus dem Reich abgeschobenen Juden gefüllt, und hier soll sich dann nach einer gewissen Zeit der Prozeß erneuern."

Anfangs versuchte Globocnik, das Wesen dieser Maßnahmen der Hauptabteilung Innere Verwaltung des Gouverneurs Frank, mit der er zusammenarbeiten mußte, zu verheimlichen, und es existieren noch Aufzeichnungen, aus denen hervorgeht, welche Verwirrung unter diesen Beamten Platz griff, die ja schon über eine zweijährige Erfahrung mit Globocnik und dessen „Zirkus" verfügten[34]. Die Lubliner Zweigstelle dieses Amtes erhielt am 6. Januar 1942 vom SD die Mitteilung, daß 2000 Juden aus Mielec 240 km weiter nach Osten abgeschoben werden sollten, in Ortschaften entlang der alten russischen Grenze, nahe am Bug. Die deutschen Kreishauptleute in Cholm und Hrubieszow sollten darauf achten, daß diese Juden sich nicht über das Aufnahmegebiet verstreuten („Nicht, daß es so passiert wie in anderen Fällen"). Am 21. erhöhte sich die Zahl der zu Deportierenden durch einen neuen Befehl auf 4500, was ungefähr der Gesamtheit einer so kleinen jüdischen Gemeinde wie Mielec entsprach[35].

Dies war die erste Deportation einer ganzen jüdischen Gemeinde innerhalb des jüdischen Reservats, und diese unheilkündende Nachricht verbreitete sich rasch. Anscheinend hat das Jüdische Hilfskomitee für den Distrikt Lublin schon am 17. Januar davon gewußt. Irgend jemand hatte ein Ferngespräch im Korridor der Hauptabteilung Innere Verwaltung mit angehört[36]. Daraufhin wurde die Aktion auf den 16.–18. März verschoben. Am 7. März

erhielt SS-Hauptsturmführer Türk im Lubliner Amt die Anweisung, mit SS-Hauptsturmführer Höfle, dem Adjutanten Globocniks, in Fühlung zu bleiben. Türk tat sein Möglichstes, aber drei Tage lang war er nicht in der Lage, auch nur Globocniks Offizier vom Tagesdienst zu erreichen, und Höfle selbst zu sprechen, gelang ihm erst am 16. März, dem Tag, an dem die Aktion in Mielec beendet war.

Türk, der ein ziemlich farbloses Mitglied des Reichstages mit blondem Schnurrbart war, hat eine Aktennotiz über diese Besprechung hinterlassen[37]. Höfle teilte ihm mit, daß noch mehr Juden in den Distrikt Lublin gebracht werden würden, darunter auch Juden aus dem Reich, die zur Arbeit in Piaski, Izbica und Trawniki eingestellt werden sollten (siehe S. 111 u. 173 f., Fußnote). Neben diesen Durchgangslagern baute Höfle ein großes Lager in Belzec, „der äußersten Grenzstation im Kreis Zamosc". Die Juden aus Mielec sollten sofort in dieses Lager gebracht werden, später würde Belzec jedoch täglich vier bis fünf Transporte zu tausend Juden aufnehmen können. „Diese Juden kämen über die Grenze und würden nie mehr in das Generalgouvernement zurückkommen."

Türk sollte später erfahren, wie endgültig dieser Satz auszulegen war, denn drei Monate später wurde er von Franks Gesundheitsamt um die Adresse des Mielecer Judenrates gebeten, der noch irgendwelche Gelder schuldete. Am 28. Juli gab die Lubliner Sicherheitspolizei die Auskunft: „Adresse unbekannt" und verwies Türk zurück an das Büro von Globocnik, von wo aus ein Unteroffizier von der „Abteilung Reinhard" schriftlich mitteilte, daß der Judenrat von Mielec nach Rußland umgesiedelt worden sei: „Genaue Angaben über den jetzigen Aufenthaltsort können nicht gemacht werden, da derselbe unbekannt ist[38]."

Am 16. März, am Tag der Zusammenkunft von Türk und Höfle, begann die Aktion in Lublin selbst. Am 24. März 1941 war ein Ghetto eingerichtet worden; es wurde aber erst am 17. Oktober geschlossen und bewacht[39]. Später wurde das Lubliner Ghetto nicht nur eingezäunt, sondern „merklich verkleinert" und in drei Abteilungen gegliedert. Diese unheilkündende Teilung wurde nach dem Muster von Riga, Minsk und Wilna vorgenommen. Entsprechend der bisher vom SD in Rußland geübten Praxis begann die Aktion in dem Teil des Ghettos, der jenen Juden zugewiesen war, die keine Arbeitsbescheinigungen hatten, und Krankenhäuser so-

wie Waisenhäuser wurden als erste einbezogen[40]. Nach zehn Tagen wurde die Aktion für die Dauer fast eines Monats unterbrochen. In dieser Zeit erließ Krüger von Krakau aus einen Polizeibefehl, nach dem alle Juden ohne Arbeitsbescheinigungen in die Ghettos zurückkehren mußten[41]. Die letzte Aktion in Lublin am 20. und 21. April hatte im wesentlichen den Zweck, Juden aufzustöbern, die sich in Bunkern versteckt hatten, und manchen Berichten zufolge sind annähernd 2500 Menschen im Ghetto selbst getötet worden[42]. Schließlich blieben nur 3857 Arbeiter verschont, die bis zum nächsten November in den Zigeunerhütten im Vorort Majdan Tatarski lebten[43].

Mindestens 26 000 Juden wurden in den Monaten März und April 1942 „umgesiedelt". Der polnische Untersuchungsausschuß war der Ansicht, daß 15 000 Menschen nach Belzec gekommen seien, die übrigen in die großen Arbeitslager Majdanek (KZ Lublin) und Trawniki[44]. Die Berichte, nach denen Juden aus dem Lager Belzec in Rußland angesiedelt worden sind, können als Teil der Tarnmaßnahmen betrachtet werden, die Heydrich seit der Wannsee-Besprechung getroffen hatte. Tatsächlich können die Hinweise auf die jüdischen Kolonien in Krivoi Rog und auf die Lager in Pinsk, wo Land urbar gemacht wurde, sehr wohl auf gefälschte Feldpostkarten zurückzuführen sein[45]. Immerhin erscheint die Zahl derer, die in das Vernichtungslager geschickt wurden, gering im Vergleich zu der „Umsiedlung" in Warschau, jedoch muß man sich klar machen, daß die Industrie in Lublin ein Kuchen war, von dem Globocnik sich einige Scheiben abschneiden wollte. Das angegebene Verhältnis entspricht übrigens genau den in Goebbels' Tagebuch am 27. März gemachten Eintragungen. Selbst die abgeschlossenen und bewachten polnischen Ghettos erfuhren bald die Wahrheit. Von Lublin aus wandte man sich an den Präsidenten des Judenrates in Zamosc mit der Bitte, er möge feststellen, was aus den Zügen mit Deportierten geworden sei. Vom Judenrat in Tomaszow-Lubelski wurde ihm ein klares Bild des Lagers Belzec gegeben, das von verschiedenen entflohenen Juden bestätigt wurde[46]. Das Warschauer Ghetto hatte von der am 15. April in Lublin durchgeführten Menschenjagd bereits Kenntnis, als sie noch im Gange war, und die Ankunft der Globocnikschen Mordkommandos wurde bereits erwartet[47]. Tatsächlich war aber Globocnik noch vollauf mit Lemberg und Lublin beschäftigt.

Lemberg war ein viel schwererer Fall als Lublin. Im August 1941, als bereits Massenmorde stattgefunden hatten, waren beim Judenrat in Lemberg 119 000 Juden registriert[48]. Zunächst unterstanden sie noch nicht der Gestapo. Katzmann, der Höhere SS- und Polizeiführer, teilte Krüger mit, daß die Zivilverwaltung an einer Typhusepidemie schuld sei, weil sie es unterlassen hätte, im ersten Winter ein Ghetto einzurichten. Der von Krüger am 28. Februar 1942 erlassene Befehl holte das Versäumte nach, jedoch dauerte es bis zum April, ehe 100 000 Juden in den Stadtteil Kleparow gebracht werden konnten[49]. Im März hatte Katzmann eine Registrierung angeordnet, auf Grund derer 70 000 Menschen, davon 20 000 Frauen, Arbeitsbescheinigungen erhielten[50]. Obgleich Katzmann das Arbeitsamt unter sich hatte, das allen Inhabern von gefälschten Bescheinigungen eine „Sonderbehandlung" zuteil werden ließ, gelang es dem Stadtkommandanten und dem Vertreter des Rüstungsamtes, diese erstaunlich hohe Zahl von Freistellungen für die Gerbereien, Sägemühlen und Schneiderwerkstätten in der galizischen Hauptstadt zu erreichen.

Der Katzmann-Erlaß, mit dem die Umsiedlung der galizischen Juden nach „dem Osten" befohlen wurde, fiel zeitlich mit der Überführung in das Ghetto in Kleparow zusammen. Die nicht freigestellten Juden wurden erfaßt, sobald sie an bestimmten Kontrollpunkten vorbeikamen. In Katzmanns eigener Tarnsprache heißt es, „alle arbeitsscheuen und asozialen Juden wurden in der Zeit der Überprüfung festgenommen und der Sonderbehandlung unterworfen". Diese Worte bedeuten, daß im April 1942 ungefähr 15 000 Menschen in das Lager Janowska eingeliefert und allmählich nach Belzec abgeschoben wurden. Ihr Schicksal wurde erst einige Wochen später bekannt[51].

Weitere Razzien fanden in Lemberg im Mai und Juni statt, wurden jedoch in kleinerem Maßstab durchgeführt, weil das Todeslager Belzec zu diesem Zeitpunkt überlastet war; schließlich konnte es sechs Wochen lang überhaupt keine Neuzugänge aufnehmen, so daß die Deportierungen aus Lemberg bis August ausgesetzt werden mußten[52]. Die am 18. Mai erfolgte Eröffnung eines neuen Vernichtungslagers in Sobibor sorgte jedoch dafür, daß sich noch eine gewisse Anzahl von „Umsiedlungen" bis zur Fertigstellung des Lagers in Treblinka und dem Beginn der großen Aktion in Warschau vollzog.

Die meisten „Umsiedlungen" wurden immer noch aus den Städten des „Jüdischen Reservats" im Distrikt Lublin vorgenommen, in denen man Platz für die aus dem Reich deportierten Juden brauchte, es wurden aber auch Umsiedlungen in Schlesien und Westgalizien durchgeführt. Im Mai und Juni fanden die ersten Aktionen in den großen Ghettos in Sosnowiec, Dabrowa-Gornicza, Krakau, Tarnow und Bielitz statt, Aktionen, die die ersten Opfer für die Gaskammer in Birkenau lieferten (siehe S. 121).

Gegen Ende Juni wurde das Lager Belzec wieder eröffnet, und ungefähr einen Monat später kamen dann die großen Aktionen in Przemysl, Rzeszow und Debica. In Rzeszow (Reichshof), wo es einmal 12 000 Juden gegeben hatte, weihte der deutsche Kreishauptmann einen hölzernen Adler, der die folgende Inschrift trug:

> „Dieser Adler, das deutsche Zeichen der Erhebung und Größe, wurde anläßlich der Befreiung der Stadt Reichshof von allen Juden im Juli des Jahres 1942 hier angebracht. Die Anbringung erfolgte während der Amtszeit des ersten Kreishauptmanns und Kreisstandortführers der NSDAP der Kreishauptmannschaft Reichshof, SS-Sturmbannführers Dr. Heinz Ehaus [53]."

Dieser großsprecherische Ton war typisch für die deutschen Kreishauptleute, die in Wirklichkeit in diesen Angelegenheiten keine Verfügungsgewalt hatten*. Im folgenden November und Dezember sammelte nämlich die Gestapo die überlebenden Juden aus verschiedenen benachbarten Gemeinden und brachte sie in das Ghetto von Rzeszow, um sie dort in einer Werkstatt Sklavenarbeit leisten zu lassen. Sie mußten die Beute aus den Todeslagern und Umsiedlungsaktionen instandsetzen. Es war dies eine von Menschen geschaffene Hölle, wie es deren so viele gab, und sie ist von Frau Hilde Huppert, die sie überlebt hat, und Arnold Zweig,

* Es scheint zur Rolle der Kreishauptleute gehört zu haben, daß sie miteinander um die Wette Briefe an die Landkommissare oder Distriktsgouverneure schrieben, in denen sie die Hilfe der Sicherheitspolizei erbaten, um sich von den Juden zu befreien. So erbat am 19. Mai der Kreishauptmann von Lublin-Nord vom Gouverneur des Distrikts Lublin, Zörner, die Genehmigung, 19 735 Juden aus sechs Gemeinden zu deportieren, von denen zwei, Lubartow und Piaski, durch Aufnahme von Deportierten aus dem Reich noch größer geworden waren. Aus Janow-Lubielski schrieb der Kreishauptmann unmittelbar an Globocniks Dienststelle und bat um Entfernung der Juden aus 8 kleinen Gemeinden. Der Kreishauptmann von Cholm war ehrgeizig; er verlangte die Entfernung von 15 000 Juden, einschließlich der 5690 Juden aus Hrubieszow [54]. Damals konnten die Vernichtungslager von Belzec und Sobibor eine so große Zahl von Menschen noch nicht aufnehmen.

der ihre Angaben redigierte, mit der ehrlichen Einfachheit eines Defoe geschildert worden[55].

3. Die Umsiedlung in Warschau

Aus Angaben über die Umsiedlungen, die Dr. Josef Kermisz im Dokumentenwerk „Dokumenty i Materialy" gesammelt hat, läßt sich der Schluß ziehen, daß am 22. Juli 1942, als die Aktion in Warschau einsetzte, erst 250 000 von den 1 600 000 Juden im Generalgouvernement das „Umsiedlung" genannte Verfahren bereits hatten durchmachen müssen. Aber die Warschauer Umsiedlung war schon gefährlich lange hinausgezögert worden. Der Abtransport von insgesamt 380 000 Ghettoinsassen konnte nicht bis zu dem Augenblick zurückgestellt werden, an dem das polnische Judentum als Ganzes durch die Erkenntnis zur Verzweiflung getrieben werden mußte, daß man deutscherseits die totale Vernichtung beabsichtigte. Anscheinend hat Globocnik Anfang Juni in diesem Sinne mit Viktor Brack gesprochen, und Brack hat Himmler in Berlin am 23.[56] davon Mitteilung gemacht, nachdem er an Heydrichs Beerdigung teilgenommen hatte:

> „... Bei dieser Gelegenheit vertrat Brigadeführer Globocnik die Auffassung, die ganze Judenaktion so schnell wie nur irgend möglich durchzuführen, damit man nicht eines Tages mittendrin steckenbliebe, wenn irgendwelche Schwierigkeiten ein Abstoppen der Aktion notwendig machen. Sie selbst, Reichsführer, haben mir gegenüber seinerzeit die Meinung geäußert, daß man schon aus Gründen der Tarnung so schnell wie möglich arbeiten müsse."

Brack schlug dann als Alternativmöglichkeit die Sterilisierung aller Juden vor, aber es konnte jetzt keine Rede davon sein, daß Himmler das Tempo einer Arbeit verlangsamte, die Heydrich begonnen hatte und die dessen Manen gewidmet war. Am 13. März 1942, als Himmler eine seiner schizophrenen Reden über seine Umsiedlungspläne hielt — von der nur ein kleiner Teil erhalten geblieben ist —, soll er gesagt haben, daß bis zum Ende des Jahres die Hälfte aller Juden im Generalgouvernement umgesiedelt sein müsse[57]. Am 19. Juli drahtete er jedoch aus Lublin an Krüger, daß bis zum Jahresende die gesamte jüdische Bevölkerung umgesiedelt sein müsse. Im Generalgouvernement dürfe es außer in Konzentrationslagern keine Juden mehr geben, und solche Lager soll-

ten nur in der Nähe der wichtigsten Städte errichtet werden, wie z. B. bei Warschau, Krakau, Tschenstochau, Radom und Lublin [58].

Die Tatsache, daß es nicht gelungen war, die Vergasungsanlage in Treblinka im April fertigzustellen (siehe S. 157, Fußnote), hatte den Beginn der Warschauer Umsiedlung verzögert, und außerdem hatten sich auch noch Transportschwierigkeiten ergeben. Die deutsche Sommeroffensive begann an der Front von Charkow am 10. Juni. Am 18. teilte Krüger Josef Bühler mit, daß die Frage der Dezimierung der Ghettos im August geklärt würde. Der gesamte nichtmilitärische Zugverkehr war für vierzehn Tage eingestellt, er hatte jedoch den Reichsbahnpräsidenten Gerteis dazu überredet, „hier und da ein paar Züge für die Juden durchzulassen" [59]. Es scheint jedoch, als habe Himmler auf das Verkehrsministerium* einen stärkeren Einfluß ausgeübt als das Oberkommando der Wehrmacht, denn Unterstaatssekretär Theodor Ganzenmüller aus diesem Ministerium schrieb am 28. Juli [60] an Himmlers Feldadjutanten, SS-Obergruppenführer Karl Wolff:

> „Seit dem 22. 7. fährt täglich ein Zug mit je 5000 Juden von Warschau über Malkinia nach Treblinka, außerdem zweimal wöchentlich ein Zug mit 5000 Juden von Przemysl nach Belzec. Gedob steht in ständiger Fühlung mit dem Sicherheitsdienst in Krakau. Dieser ist damit einverstanden, daß die Transporte von Warschau über Lublin nach Sobibor (bei Lublin) so lange ruhen, wie die Umarbeiten auf dieser Strecke diese Transporte unmöglich machen (ungefähr Oktober 1942)."

Karl Wolff antwortete am 13. August aus Winniza und sandte Durchschläge an Krüger und Globocnik:

> „Mit besonderer Freude habe ich von ihrer Mitteilung Kennt-

* Dies ist ein Beispiel für die Macht, über die Himmler zur Abkürzung der umständlichen Wege der deutschen Bürokratie verfügte. Die übliche Methode zur Erlangung von Zügen zu Deportierungszwecken ist in Nürnberg von Eichmanns Assistenten, Dieter Wisliceny, genau beschrieben worden. Eichmanns Transportreferent, SS-Sturmbannführer Nowak, mußte sich an einen der leitenden Beamten im Verkehrsministerium wenden. Dieser Amtsleiter mußte sich seinerseits mit dem Gebiets-Transportkommando der Wehrmacht auf dem betreffenden Kriegsschauplatz ins Benehmen setzen. Letzteres konnte — wie im Fall der Transportkommandos der Heeresgruppe Nord im Jahre 1941/42 (siehe S. 102) — ein wirksames Veto einlegen. Es scheint aber nur dann möglich gewesen zu sein, derartige Vetos einzulegen, wenn die Wehrmacht im Vormarsch war und daher von Hitler Unterstützung bekam. So wurde es zugelassen, daß 1944 die Judentransporte aus Polen, Ungarn, Griechenland und Italien die Verbindungswege einer verzweifelt einen Rückzug versuchenden Armee verstopften. (Siehe Wislicenys Affidavit C in „Nazi-Conspiracy and Aggression", Band VIII.)

nis genommen, daß nun schon seit 14 Tagen täglich ein Zug mit je 5000 Angehörigen des auserwählten Volkes nach Treblinka fährt ... Ich habe von mir aus mit den beteiligten Stellen Fühlung aufgenommen, so daß eine reibungslose Durchführung der gesamten Maßnahmen gewährleistet erscheint."

Als Entlastungszeuge im Verfahren gegen Oswald Pohl hatte Karl Wolff am 5. Juni 1947 „auch nicht die leiseste Erinnerung" * mehr daran, warum er ein so reges Interesse für die Züge gehabt hatte. Er wurde in dieser Sache nicht übermäßig scharf unter Druck gesetzt. Karl Wolff war ein „guter Deutscher". Er war als Friedensabgesandter von Kesselring im März 1945 nach Bern gegangen und hatte im Mai die Kapitulation der Armee in Italien unterschrieben, was ihm zu der Erlaubnis verhalf, vor dem Gericht in Nürnberg seine Generalsabzeichen zu tragen. Dieser Anblick war anscheinend so eindrucksvoll, daß niemand daran gedacht hat, ihn zu fragen, was seiner Vorstellung nach mit den 70 000 Menschen geschehen war, die im Verlauf von vierzehn Tagen in ein einziges improvisiertes Lager gebracht wurden, von wo aus keine weiteren Transportmöglichkeiten für sie vorgesehen waren. Karl Wolff wurde auch nicht gefragt, unter welchen hygienischen Verhältnissen seiner Ansicht nach 5000 alte Leute und Kinder in einem einzigen Güterzug reisen konnten **. Am 22. Juli wußte das Warschauer Ghetto bereits seit einem Jahr von den Massenmorden in Rußland. Im Februar waren Gerüchte aufgetaucht über das Todeslager in Chelmno, und im April erfuhr man vom Todeslager in Belzec[63]. Und doch bestand an diesem Schicksalstag, an dem die Aktion einsetzte, noch keinerlei Koordinierung zwischen den verschiedenen Widerstandsbewegungen. Das hielt an, bis im Okto-

* Es gelang Richter Philips, Wolffs Behauptung „non mi ricordo" ad absurdum zu führen, eine Behauptung, die die Anklage angenommen hatte. Anscheinend war er jedoch mit der obigen lächerlichen Erklärung zufrieden[61].

** Karl Wolff wurde von den Amerikanern an die Briten für einen Prozeß ausgeliefert, der in Zusammenhang mit dem Massenmord im Ardeatina-Tunnel durchgeführt wurde, jedoch war das ihn belastende Material nicht ausreichend zur Klageerhebung. Er wurde dafür 1946 von einem deutschen Gericht in der britischen Zone auf Grund der Berichte, die er über Raschers „Höhen-Versuche an Menschen", die für die Luftwaffe durchgeführt wurden, an Himmler und Feldmarschall Milch schrieb, zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Milch scheint seine Briefe immer an das „Liebe Wölffchen" gerichtet zu haben. Der „Kleine Wolff" ist noch immer ein nützlicher Mann. Beim Rademacher-Prozeß im Februar-März 1952 hat er erklärt, daß er überzeugt sei, sogar Hitler habe nichts von den Massenmorden an Juden gewußt[62].

ber die ersten zehn Wochen der Qual vorüber waren. Dieses seltsame Versagen der Warschauer Juden ergab sich daraus, daß man einmal auf Führung seitens des Judenrates wartete, und zum anderen daraus, daß man annahm, daß die ungeheure Größe des Warschauer Ghettos es gegen so drastische Maßnahmen gefeit machte. Auf deutscher Seite wurde wiederum übersehen, daß sich Fatalismus ausbreiten und den deutschen Absichten um so mehr in die Hände arbeiten würde, je mehr man das Ghetto in Ruhe ließ. Statt dessen führten sie innerhalb der Ghettomauern schon viele Monate vor der Umsiedlung ein Terrorregime ein.

Die wahllosen Erschießungen durch deutsche Patrouillen setzten bereits im Sommer 1941 ein[64], Massenhinrichtungen, bei denen 50 Opfer gleichzeitig getötet wurden, fingen am 17. April 1942 an, zur Zeit der Lubliner Umsiedlung. Als nächstes kamen Anfang Juli die Razzien auf arbeitsfähige Männer, die mit der Begründung, daß sie keine Arbeitsbescheinigung besäßen, in unbekannte Lager verschickt wurden — ein Zeichen dafür, daß die Deutschen beabsichtigten, die für ihr Vorgehen charakteristischen Methoden auch in Warschau anzuwenden. Von diesem Zeitpunkt an drängten sich die Intelligenz und die Bemittelten dazu, sich in die Listen der für „Kriegszwecke" arbeitenden Fabriken eintragen zu lassen[65]. Zwischen April und Juli 1942 kündigten noch andere Vorzeichen die Entwicklung an. Am 14. April mußten sich alle amerikanischen Staatsbürger im Pawiak-Gefängnis registrieren lassen. Am 10. Juni meldeten sich Juden, die Verwandte in Palästina hatten, da man ihnen gesagt hatte, sie würden gegen deutsche Staatsangehörige in England ausgetauscht werden. Schließlich wurden am 17. Juli ungefähr 700 auf Grund echter oder gefälschter Dokumente als Ausländer anerkannte Juden im Pawiak-Gefängnis interniert*. All dies konnte nur bedeuten, daß für das Ghetto irgendein Vorgehen geplant

* Die Registrierung der USA- und Palästina-Gruppen ging dem im Februar 1943 zum erstenmal erwähnten Plan voraus, durch den 30 000 Juden in besetzten Gebieten auf Grund ihrer ausländischen Staatsangehörigkeit zu Austauschzwecken zurückgestellt werden sollten. Falsche Papiere waren kein Hindernis für die Aufnahme in diese Kategorien. Es genügte, daß die betreffende ausländische Macht bereit war, die Juden aufzunehmen, die dann so lange am Leben gelassen wurden, wie Hoffnung bestand, sie brauchen zu können (siehe S. 384). Daher war auch das Schicksal der einzelnen „Pawiak-Juden" sehr verschieden. Mary Berg reiste am 18. Januar 1943 von dort in das französische Austauschlager Vittel, und bis zum Aufstand im Ghetto scheinen immer noch kleine Gruppen abgereist zu sein. Nach der Revolte wurden weitere 300 Juden aus Deportierungszügen herausgesucht und in Warschau im Hotel Polski untergebracht. Nach Auskunft Stroops

war, das zu diplomatischen Verwicklungen führen konnte, falls ausländische Staatsbürger davon betroffen würden. Es konnte kein deutlicheres Zeichen dafür geben, daß Warschau das gleiche Schicksal erleiden sollte wie Lublin und Lemberg[67].

Am 20. Juli ließ der Ghettoverwalter, Auerswald, Dr. Adam Czerniakow, den Präsidenten des Judenrates, kommen. Am gleichen Tage wurde eine große Zahl prominenter Gemeindemitglieder verhaftet und als Geiseln festgehalten, während die deutschen Polizeikompanien, meist alte Soldaten, die das Ghetto bewachten, von ukrainischer und litauischer Miliz abgelöst wurden[68]. SS-Sturmbannführer Höfle übernahm nun praktisch die deutsche „Transferstelle", die das Ghetto verwaltete. Er hatte Vollmacht von Globocnik, der in einem Zustand fast dauernder Trunkenheit in Lublin verblieb. Mittlerweile verschwand der Wirtschaftsverwalter Auerswald, und SS-Sturmbannführer Franz Konrad, der „König des Ghettos", trat an seine Stelle. Seine Dienststelle „Werterfassung" beschäftigte schließlich nicht weniger als 2000 Juden mit dem Sortieren und Entfernen von Wertgegenständen und trieb nebenbei Schwarzhandel mit Arbeitsbescheinigungen, wofür Konrad erst am 8. September 1951, als er von einem Warschauer Gericht zum Tode verurteilt wurde, die Rechnung zu begleichen hatte[69].

Die Berichte, die im Dezember 1942 über den ausgezeichneten Kurierdienst zur polnischen Exilregierung in London gelangten, ermöglichten es, die Ankündigung Höfles vom 22. Juli zu rekon-

und seines Adjutanten Karl Kaleske wurden sie auf Befehl von Kaltenbrunner vom Kommandeur der Sicherheitspolizei, Dr. Hahn, en masse abgeholt[66]. Sie sind anscheinend im Juli nach Treblinka gebracht worden. (Yankiel Wiernik, Seite 41.)

„Austauschjuden" wurden immer weiter aus der Menge der Deportierten herausgesucht, und manche wurden im Juli aus dem Pawiak-Gefängnis, aus dem Hotel Polski und sogar aus Globocniks Lager in Trawniki in das Austauschlager Bergen-Belsen geschickt. (Mary Berg, Seite 236.) Ende August wurden Kinder aus dem Ghetto in Bialystok in das Austauschlager in der Nähe von Theresienstadt gebracht (siehe S. 323). Es muß jedoch mit Bestimmtheit angenommen werden, daß sie im Oktober in Auschwitz vergast wurden; das gleiche Schicksal erlitten die „Austauschjuden", die in Warschau im Gefängnis geblieben waren, anscheinend am 25. Oktober, als sich einer der dramatischsten Zwischenfälle im Leben dieses Lagers abspielte: die Erschießung eines SS-Rapportführers auf dem Abstellgleis, auf dem sich die Selektionen vollzogen, durch eine Warschauer Jüdin, die anscheinend Schauspielerin und nach ihren Angaben Bürgerin der Vereinigten Staaten war. (Filip Friedman, This was Oswiecim, Seite 75. War Refugee Board, Bericht über Auschwitz, Seite 14.) Dr. Albert Menasche bringt diesen Vorfall jedoch mit dem Eintreffen des Transportes aus Rom am 22. Oktober in Verbindung. (Birkenau, Auschwitz II, New York 1947, Seite 61.)

struieren[70]. Eine Sammelstelle oder ein „Umschlagplatz" sollte an der Stelle eingerichtet werden, an der die Stavki-Straße die Eisenbahnschienen kreuzt. Hier sollte der jüdische Ordnungsdienst, der dem Judenrat unterstellt war, täglich 6000 Juden zur Umsiedlung nach „dem Osten" abliefern.

Es bestand eine sehr umfangreiche Freistellungsliste, die Juden mit gültigen Arbeitsbescheinigungen von der Verwaltung, und zwar nicht nur vom Judenrat, sondern auch von den Wohlfahrtsverbänden beschäftigte Juden, sowie Juden umfaßte, die aus den Krankenhäusern nicht entlassen werden konnten.

Der Umfang der Freistellungen betäubte den Willen zum Widerstand, denn jeder einzelne versuchte, seinen schützenden Fetzen Papier zu behalten oder sich einen solchen zu verschaffen, als hätte er einen dauernden Wert. Man glaubte allgemein, daß derartige Arbeitsbescheinigungen in Rowno, dem nächstgelegenen russischen Ghetto, seit der Zeit der Massenmorde im November sechs- bis siebentausend Juden das Leben gerettet hätten. Niemand wußte, daß auch sie am 14. Juli ermordet worden waren[71].

So verbreitete also die erste Razzia in Warschau nicht das entsprechende Grauen. Tausende von Bewohnern aus Sammelunterkünften wurden zur Deportation bereitgestellt; sie waren so heruntergekommen, so verzweifelt, daß kaum Zwang von seiten des jüdischen Ordnungsdienstes notwendig war, um sie in Marsch zu setzen. (Siehe S. 73 ff.) Viele meldeten sich auf den Sammelstellen freiwillig wegen des großen Brotlaibes und der Dose Marmelade, die das deutsche Umsiedlungsamt als Reiseproviant gewährte.

Es war jedoch auf die Dauer nicht möglich, täglich 6000 Juden zusammenzubringen, ohne auf Inhaber von Bescheinigungen zurückzugreifen, und diese hätten vom 24. Juli an, dem Tag, an dem der Präsident des Judenrates, Czerniakow, Selbstmord beging, ihre Lage klar erkennen müssen. Höfle hatte seine Tagesration an abzuliefernden Leben erhöht, und auf Czerniakows Schreibtisch fand sich, noch in seinen Fingern, ein Zettel, auf dem die Zahl „7000" stand[72]. Czerniakows Leiche wurde auf einem Handwagen fortgebracht, und deutscherseits hat man jegliches Trauergeleit untersagt[73].

Vor Ende Juli hatte man aus den Wagennummern ersehen können, daß die Deportationszüge immer innerhalb von zwölf bis vierzehn Stunden zur Sammelstelle zurückkamen. Bald danach

brachte ein polnischer Eisenbahner, der mit einem der Deportierten verwandt war, eine Beschreibung des Vernichtungslagers Treblinka mit[74]. Viele andere polnische Eisenbahner wußten um die Rangiermanöver, die hinter dem Knotenpunkt Malkinia ausgeführt wurden. Gegen Ende August boten manche bereits Aufnahmen des „Badehauses" in Treblinka zum Kauf an[75]. Außerdem entkam ein Jude aus der Arbeitskolonne in Treblinka während der Vergasung des Transportes aus Radom am 16. August und gelangte später im Lauf des Monats wieder ins Ghetto zurück.

Derartige Tatsachen dienten nur zur Bestätigung eines im Wesen von Anfang an bekannten Tatbestandes. Im Gegensatz zu Höfles Versprechungen wurden Patienten aus Krankenhäusern und sogar Typhuskranke in Handwagen schon in den allerersten Tagen zur „Umsiedlung" abgeholt[76]. Am 28. Juli konnten alle Passanten auf der Straße den Abmarsch der Kinder aus dem Janusz-Korczak-Waisenhaus in der Dzielnastraße sehen, die sich mit den Pflegerinnen und dem gesamten Anstaltspersonal auf den Weg machten. An der Spitze des Zuges ging der weißhaarige Dr. Korczak selbst, zwei Kinder auf seinen Armen tragend, eine malerische, allgemein beliebte Gestalt. Niemand konnte annehmen, daß sich die Deutschen in den Arbeitslagern in Rußland eine derartige Last aufladen wollten[77]. Sobald die Bettler, die Armen und die Kranken erledigt waren, ging es gegen die Inhaber von Bescheinigungen. Von einem Tag zum andern wurden die Bescheinigungen für ungültig erklärt. Während die Inhaber von Bescheinigungen auf Arbeit waren, trieb man ihre Frauen und Kinder zusammen, und sie selber mußten in den Fabriken vor Gestapokommissionen aufmarschieren. Jetzt mußte die SS den schwächer werdenden Ordnungsdienst unterstützen, und die Wohnhäuser in der Nalevki- und der Gesia-Straße mußten von litauischer, mit Äxten ausgerüsteter Miliz aufgebrochen werden[78]. Es war nicht mehr leicht, zu intervenieren. Weder das deutsche Rüstungsamt noch die deutschen Fabrikbesitzer waren in der Lage, ihre Leute zu schützen, es sei denn, deren Bescheinigungen trugen den neuen Stempel: „SS-Polizeiführer, Aktion Reinhard".

Die Geschichte der jüdischen Mitarbeit an der Umsiedlung vom 22. Juli bis zum 3. Oktober ist nicht sehr erfreulich. Die Bürokraten im Judenrat glaubten immer noch, daß sie bis in die Unendlichkeit um ihre eigene Sicherheit feilschen konnten. Und es gab

immer noch keine jüdische Widerstandsbewegung, die ihnen unangenehme Warnungen zustellen konnte. In den ersten Wochen behielten Szerynski und Lejkin die Leitung des jüdischen Ordnungsdienstes, und zwei jüdische Offiziere, Szmerling und Furstenburg, leiteten die grauenhaften Geschehnisse an der Sammelstelle[79]. Ein polnischer nichtjüdischer Betriebsleiter in einer der in deutschem Besitz befindlichen Fabriken, der diese Hölle am 24. und 30. besuchte, hat eine außerordentlich lebendige Beschreibung davon gegeben[80]. Er beobachtete die aus Angst und Schrecken erwachsende Brutalität des Ordnungsdienstes* und den Zustand der Deportierten, die bis zu 48 Stunden auf den Zug nach Treblinka gewartet hatten. Sie kauerten auf dem Stavki-Platz oder drängten hinüber bis in das ausgeräumte Czyste-Krankenhaus, eine neuzeitliche Klinik in einer modernen Großstadt, die in einen Viehstall und einen Menschenschlachthof umgewandelt worden war, voller Kot und erfüllt vom Gestank der Verzweiflung.

Vertreter der Fabriken hatten die Erlaubnis, die Sammelstelle zu besuchen. Plakate tragend, suchten sie nach ihren Leuten, und manchmal gelang es ihnen, den Klauen des SD ein Opfer zu entreißen. Häufig mußte sich das Opfer dann aber von seiner Familie trennen, die, auf den Zug wartend, dort bleiben mußte. Manchmal, wenn der Zug voll war, wurden die übrigen entlassen und nach Hause geschickt. Manchmal wurde an der Sammelstelle nochmals ausgesiebt, und die, die Glück hatten, konnten einen Zug nach dem großen Konzentrationslager Lublin-Majdanek besteigen oder einen nach dem Durchgangslager in Trawniki. Am 31. Juli ging ein Transport mit tausend Menschen nach Minsk ab, die dort unter dem Luftwaffenkommando arbeiten sollten — wenn auch nicht für lange. Nach dem Bericht, den SS-Gruppenführer Stroop Krüger gegeben hat, waren bis zum 3. Oktober 310 332 Warschauer Juden „umgesiedelt" worden. Mindestens zwei Drittel von ihnen waren in das Todeslager Treblinka gekommen, vielleicht waren es sogar drei Viertel der ganzen Anzahl[82]**.

* Es gelang den Deutschen, selbst diesen Umstand so zu verdrehen, daß er ihrer Propaganda diente. So notierte am 29. Mai 1942 Bormanns Sekretär Henry Picker folgendes Tischgespräch im Hauptquartier: „Hitler erwähnte Berichte, nach denen in den Ghettos die jüdische Polizei in einem Maße einschlüge, wie es unsere Polizei selbst in der schwersten Kampfzeit den NSDAP-Parteigenossen gegenüber kaum gewagt habe. Es komme da so richtig die ganze Rohheit des jüdischen Wesens zum Ausdruck[81]."

** SS-Sturmbannführer Hans Höfle, Globocniks Umsiedlungskommissar für Warschau,

Ein Todeszug setzte sich in der Regel aus vierzig bis sechzig Wagen zusammen. Er konnte bis zu 6000 Menschen mit ihren Bündeln und Vorräten aufnehmen, manchmal waren es aber auch nur 3500. An manchen Tagen gingen zwei Züge ab, dann manchmal während mehrerer Tage überhaupt kein Zug. Solch eine Unterbrechung trat vom 20. bis 25. August ein, als Treblinka zahlreiche Transporte aus anderen Ghettos aufzunehmen hatte.* Eine längere Pause trat Ende September ein [84].

Bis zum 15. August war fast die Hälfte der Bevölkerung des Ghettos verschwunden, so daß die Fläche verringert werden konnte. Ein großer Teil des eingezäunten Ghettos lag südlich der Chlodna-Straße, der Hauptverbindungsstraße nach Posen und dem Reich. Er war mit dem anderen Teil des Ghettos durch hölzerne Brücken verbunden, die über die Straße führten. Mit Ausnahme des „kleinen Ghettos", einer Insel, auf der die Fabrik von Többens und noch einige andere Fabriken in der Prosta-Straße lagen, wurde die südliche Hälfte des Ghettos geräumt, und eine ganze Reihe von Straßen wurde der Stadt zurückgegeben. In einigen der leeren Etagenhäuser wurden jedoch jetzt die Beutesortier-Kommandos des Liquidationsamtes von Konrad untergebracht [85].

Am 16. August wurde eine neue Form der Arbeitsbescheinigung eingeführt. Die Bescheinigung wurde nur für 30 000 Arbeiter aus-

entkam Anfang des Jahres 1949 aus einem Internierungslager in Österreich, nachdem er erfahren hatte, daß er an Polen ausgeliefert und mit SS-Gruppenführer Stroop vor Gericht gestellt werden sollte. Man hat Höfle nie gefunden. Nach Angabe von „Le Monde Juif" (August 1949) wirft ihm die Anklage vor, daß er „über 200 000 Juden nach Treblinka deportiert" habe. Da kein Zweifel darüber besteht, daß im Verlauf von 10 Wochen 310 000 Juden deportiert worden sind, scheint aus dieser Zahl hervorzugehen, daß ungefähr 100 000 nach Majdanek, Trawniki und nach anderen Orten verschickt wurden. So viele Menschen konnten aber unmöglich in den Lagern untergebracht werden. Aus dem bereits erwähnten Brief von Ganzenmüller läßt sich der Schluß ziehen, daß die meisten der Transporte nach Lublin lediglich auf später verschobene Todeszüge waren, die auf Freiwerden der Gleise nach Sobibor warteten.

* Die Unterbrechung war wohl darauf zurückzuführen, daß es sich als unmöglich erwies, die Züge zu füllen, ehe nicht ausreichende Polizeitruppen und Milizkräfte zur Verfügung standen, um eine Massenrazzia im ganzen Ghetto durchzuführen. Dr. Michal Mazor, der jetzt Archivar des Centre de Documentation Juive Contemporaine in Paris ist, schreibt, daß es Mitte August bereits kein ständig bewohntes Ghetto mehr gab, sondern nur Inseln bewohnter Häuser im Umkreis der Fabriken. Er selbst war bei einer überraschenden Razzia auf dem jüdischen Friedhof festgenommen und in einen Zug nach Treblinka gebracht worden, der irgendwann während der ruhigen Zeit halb leer abfuhr. Diesem Umstand verdankt er seine ans Wunderbare grenzende Rettung aus dem Todeszug und seinen geglückten Fußmarsch zurück nach Warschau, wo es ihm möglich war, auf der „arischen Seite" zu leben [83].

gegeben und schützte deren Familien nicht. Sie bildete den Auftakt zu der großen Razzia vom 5. bis 12. September, bei der die letzten im Ghetto lebenden 100 000 Juden gruppenweise an einer neuen Sammelstelle in der Mila-Straße, die „der Kessel" genannt wurde, zusammengetrieben wurden. Die Arbeit in den Fabriken, aus denen theoretisch die gesamte Belegschaft herauszumarschieren hatte, wurde eingestellt. Ungefähr die Hälfte der Familienmitglieder, die durch eine Bescheinigung nicht geschützt waren, erhielt anscheinend die Erlaubnis, den „Kessel" wieder zu verlassen; viele von denjenigen, die sich in den Häusern versteckt hatten, wurden jedoch auf der Stelle getötet. Selbst die Angestellten des Judenrates mußten zum „Kessel" gehen, wo ihre Zahl auf 3000 verringert wurde. Von den 3800 Polizisten des Ordnungsdienstes blieben nur noch 380. Die anderen wurden in einem einzigen Wohnhaus zusammengetrieben und am 21. September nach Treblinka geschickt[86].

Am 29. September wurde das Ghetto schließlich auf eine einzige Ecke im Nordosten des alten Ghettos im Ausmaß von ungefähr 950 mal 280 Meter verringert. Die Juden arbeiteten weiter in Fabriken außerhalb dieses Gebietes, und das kleine Ghetto in der Prosta-Straße bestand weiter in seiner Isolierung.

Am 3. Oktober lebten noch 65 000 bis 70 000 Juden. Weniger als die Hälfte hatten eine offizielle Existenzberechtigung, aber fast alle waren fähig, Waffen zu tragen, und nur wenige von ihnen waren durch versteckt lebende Eltern oder Kinder beschwert, die als Geiseln für ihre Taten hätten dienen können.

Im Lichte der von Himmler am 19. Juli ausgesprochenen Absicht, das Warschauer und weitere vier Ghettos in Konzentrationslager umzuwandeln, erscheint das Vorgehen des SD nachlässig. Anscheinend betrachtete man nach der Kessel-Aktion das Warschauer Ghetto schon als Konzentrationslager. Am 12. September übertrugen die Hauptabteilung Innere Verwaltung und das Arbeitsamt in Krakau ihre bisher gemeinsam gehandhabte Aufsicht über das Ghetto an die SS[87]. Offiziell lebten die Juden jetzt in Blocks, die an die Fabriken angeschlossen waren, in denen sie arbeiteten; auf diejenigen, die sich auf der Straße sehen ließen, wurde geschossen. Zusammenkünfte von verschiedenen Arbeitsgruppen konnten nur heimlich stattfinden. Immerhin bestanden noch immer ein Judenrat und ein Ordnungsdienst und einige der äuße-

ren Attribute einer Autonomie. Es gab ganze Blocks, die von „wilden" Juden bewohnt wurden, die überhaupt zu keiner Fabrik gehörten. Hinter den lückenhaften und eilig aufgebauten Mauern des neuen Ghettos wurde mehr denn je geschmuggelt, und es entkamen mehr Menschen als je zuvor; auch hatte Konrads Liquidationsamt nicht alle Werte im Ghetto erfaßt. Anzeichen für diese neue Lage machten sich bald bemerkbar. Am 20. Oktober nahmen fast alle jüdischen politischen Gruppen Befehle von einem Widerstandskomitee entgegen. Es mag sein, daß die Widerstandsbewegung des Ghettos sich an diesem Tage ihr erstes hervorragendes Opfer sicherte: den Kommandeur des jüdischen Ordnungsdienstes, Lejkin [88].

4. Der Plan wird geändert

Mit der Umsiedlung von 310 000 Warschauer Juden in zehn Wochen war die gesamte Kraft des SD und seiner Helfer noch nicht erschöpft. Im ganzen Vorkriegspolen, einschließlich der 1939 von der Sowjetunion annektierten Gebiete, mögen in diesen zehn Wochen ungefähr 500 000 Juden ermordet worden sein. Die Zahl von mehr als 7000 Morden je Tag erscheint weniger unglaublich, wenn man die Einfachheit der Methode kennt. Die besonderen Vernichtungskommandos der Sicherheitspolizei und des SD bestanden vielleicht aus nicht mehr als ein- bis zweitausend Deutschen, die über das ganze Land verteilt waren. Ehe jedoch die Hinrichtungen stattfinden konnten, mußte von einer ungeheuren Vielzahl von Helfern schwierige Vorarbeit geleistet werden. Alte Reservisten — von denen die Mehrzahl Österreicher waren — bildeten die Kompanien der Ordnungspolizei, Schutzpolizei und Feldgendarmerie, die die Ghettos absperrten, während innerhalb der Ghettos die Sicherheitspolizei sich der litauischen, lettischen und ukrainischen Milizsoldaten bediente, die ihr die allerschmutzigste Arbeit abnehmen sollten. In vielen Nebenfragen hatte die örtliche polnische Polizei Aufgaben zu erfüllen, und auf die „Junaks" oder „Blaue Polizei", die sich aus deutschsprechenden Polen zusammensetzte, konnte man sich vollkommen verlassen. Unter der Zivilbevölkerung gab es sogar Mitglieder der polnischen Widerstandsbewegung, die sich durch das Denunzieren ein paar Zlotys beschafften — und sie konnten sogar dazu gebracht werden, noch weiter zu gehen. Am 8. November 1942 beschwerte

sich der Fürsterzbischof, Kardinal Jan Sapieha, bei Gouverneur Frank nach einer Umsiedlungsaktion in Krakau, weil polnische Jugendliche aus dem Zwangsarbeitsdienst durch Alkoholgaben dazu aufgestachelt worden waren, an den Razzien teilzunehmen[89]. Am 24. August 1942 teilte Gouverneur Frank seiner Regierung in Krakau mit, daß noch 1 200 000 Juden im Generalgouvernement lebten. Er hoffe, daß die „Möglichkeit, daß sie nicht Hungers stürben, die antijüdischen Maßnahmen beschleunigen werde" — eine Hoffnung, die gerechtfertigt wurde[90]. Dr. Kermisz' Liste der „Aktionen" des Monats August 1942 umfaßt die Namen von 24 Städten des Generalgouvernements, außerdem von 13 Städten des dem Reich eingegliederten Gebietes und von sechs des Gebietes jenseits der Curzonlinie. Zu diesen Aktionen gehört auch die Umsiedlung von 40 000 Juden aus Lemberg, d. h. von mehr als der Hälfte der noch im Lemberger Ghetto lebenden Juden[91]. In der Zeit vom 10. bis zum 22. August ist von den von Staatssekretär Ganzenmüller vom Verkehrsministerium gestellten Zügen fast täglich einer von Lemberg nach Belzec abgegangen. Selbst für Franks Generalgouvernement war der Zustand, in dem sich diese Züge befanden, besonders empörend (siehe S. 156). Die aus Lemberg stammenden Opfer wurden am Abend in die Züge gepfercht, damit die Vergasungen gleich am nächsten Morgen beginnen konnten. Am 20. sah Kurt Gerstein einen Zug in Belzec ankommen, von dessen 6700 Passagieren 1450 tot waren. In Rawa-Ruska sah Paul Roser[92], ein französischer Kriegsgefangener, jeden Morgen Leichen auf den Gleisen liegen, ein Umstand, der in einem Bericht, den der Vertreter des Propagandaministeriums in Lemberg an Goebbels sandte, bestätigt wird[93]:

> „Die Umsiedlung der Juden, die zum Teil Formen annimmt, die eines Kulturvolkes nicht würdig sind, fordert direkt dazu heraus, die Methoden der Gestapo mit denen der GPU zu vergleichen. Die Transportzüge sollen in einem so schlechten Zustand sein, daß es unmöglich sei, das Ausbrechen der Juden zu vermeiden. Die Folge davon ist, daß sich auf den Durchfahrtsstationen wilde Schießereien und Menschenjagden abspielen. Auch wird berichtet, daß die Leichen erschossener Juden tagelang auf den Straßen herumliegen. Trotzdem die reichsdeutsche und die fremdvölkische Bevölkerung von der Notwendigkeit der Liquidierung aller Juden überzeugt ist,

wäre es doch angebrachter, diese auf eine weniger Aufsehen und Anstoß erregende Art durchzuführen."

Es muß viel Kritik dieser Art geführt worden sein, aber angesichts der passiven Haltung der Mehrzahl der Polen hielt man es nicht für nötig, die Aktion auch nur mit einem Mindestmaß von Umsicht durchzuführen. Im September fanden wieder Aktionen in vierundzwanzig Gemeinden statt, einschließlich der Umsiedlung fast aller Juden aus Tschenstochau. Im Oktober fand die größte Aktion in Piotrkow statt, aber auch in Tarnow, Stryi, Kolomea und Krakau[94] wurden Aktionen in großem Maßstab durchgeführt; gleichzeitig fanden in den als russisch angesehenen Provinzen die großen Aktionen von Pinsk und Dubno statt (siehe S. 231 ff. u. 255 f.).

Der Winter setzte 1942 spät ein, und so war es am 18. November möglich, noch eine Drei-Tage-Aktion in Lemberg durchzuführen. Sie folgte auf die Ausgabe einer neuen Arbeitsbescheinigung, die nur 12 000 Arbeitern gegeben wurde. Diese mußten eine Armbinde tragen, die entweder mit dem Buchstaben „R" für „Rüstungsamt" oder „W" für „Wehrmacht" gekennzeichnet war. Einige Tausend bisher geschützte Juden wurden über das Lager Janowska an den neuen Platz für die Erschießungen, „Sandhügel" (Piaski Gora), gebracht. Dieser Ort ersetzte Belzec, von dem kaum noch Gebrauch gemacht wurde. Im Dezember wurde das Lemberger Ghetto auf einige wenige Straßen im Stadtteil Kleparow beschränkt, in die ungefähr 25 000 „zugelassene" und „nichtzugelassene" Juden zusammengepfercht wurden[95].

Die von Dr. Kermisz für November aufgestellte Liste enthält wieder die Namen Lublin, Tschenstochau, Piotrkow, Rzeszow und Przemysl, dazu noch eine ganze Reihe galizischer Städte, die deutscherseits offiziell bereits als „judenfrei" bezeichnet worden waren. In manchen Fällen hatte man kleine Gruppen von Juden am Leben gelassen, in anderen hatte man die Bildung eines vollkommen neuen Ghettos gestattet. Diese Situation erscheint um so mehr ein Widerspruch in sich selbst zu sein, wenn man den Befehl in Betracht zieht, den Himmler am 8. Oktober Krüger, Globocnik und dem Generalquartiermeister Wagner gab[96]. In diesem Befehl spricht Himmler davon, alle geschützten jüdischen Arbeiter, die er als „sogenannte Rüstungsarbeiter" bezeichnete, in zwei großen Konzentrationslagern in Warschau und Lublin zusammenzufassen. Er erklärt, daß von jetzt an alle Heeresverträge

für jüdische Arbeitskräfte durch die SS abgeschlossen werden sollen. Schließlich werde es notwendig sein, die Juden durch Polen zu ersetzen, damit erstere „tunlichst im Osten des Generalgouvernements" zusammengefaßt werden können. „Jedoch auch dort sollen eines Tages dem Wunsche des Führers entsprechend die Juden verschwinden."

Der ganze Befehl wurde, einschließlich des deutlichen Hinweises auf die Vernichtungslager Treblinka, Sobibor und Belzec, am nächsten Tage an eine Reihe von Etappen-Kommandeuren in Polen und an das Wirtschaftsministerium gesandt[97]. Am 13. Oktober fand in Spala eine Besprechung zwischen Krüger und der Wehrmacht statt, bei der die jüdischen Arbeiter der SS unterstellt wurden, wobei jedoch für gewisse Spezialisten, z. B. Zahnärzte, Ausnahmen gemacht wurden. Von nun an wurden Juden von der SS zum Preise von 4,50 Zloty je Tag und Jude (etwa 1,50 DM) an private Unternehmer vermietet, und von dem obigen Betrag durfte nicht mehr als 1,60 Zloty für den Unterhalt des Arbeiters abgezogen werden. Juden konnten nur von den Arbeitslagern gestellt werden, obwohl für die Ghettos in Warschau, Krakau und Lodz Ausnahmen gemacht wurden. Offiziell hieß es, daß „der gesamte Arbeitseinsatz der Juden vom SS- und Polizeiführer übernommen" worden sei[98].

Die Wirkung von Himmlers ursprünglichem Brief vom 8. Oktober und die Anordnungen vom 17. Oktober für Lemberg und andere Städte wurden durch eine vom 28. Oktober datierte Verordnung von Generalgouverneur Frank sowie durch eine von dem Gouverneur des „Distrikts Galizien", Dr. Wächter, erlassene Verordnung vom 10. November völlig aufgehoben. Diese Verordnungen erlaubten es Juden, außer in den drei offiziellen Ghettos auch noch in fünf Städten im Distrikt Warschau, in acht Städten im Distrikt Lublin, in vier Orten in den Distrikten Krakau und Radom zu wohnen, während es im „Distrikt Galizien" (Ostgalizien) nicht weniger als elf Ghettos und zweiundzwanzig genehmigte Wohnorte gab[99]. So hatte Himmler, anstatt die Zahl der offiziellen Ghettos von fünf auf zwei zu verringern, seine Zustimmung dazu gegeben, daß siebenundfünfzig weit verstreut liegende jüdische Gemeinden von der SS übernommen und bewacht wurden. Himmler, der oft ein sehr realistisch denkender Mensch war, hatte beschlossen, aus den Erfahrungen des SD Nutzen zu ziehen, der wußte, daß

es das beste Mittel zur Auffindung versteckter Juden war, ihnen die Möglichkeit zur Rückkehr nach Hause zu geben. Daher die sehr große Zahl genehmigter „Wohnorte".

Und doch war der Ort, an den die Entflohenen zurückkehrten, häufig schlimmer als jedes deutsche Konzentrationslager, weil er die Qual eines schon vom Tode gezeichneten Lebens verlängerte. In einem kleinen Ghetto, das nach den Verordnungen des Monats Oktober 1942 direkt der SS unterstellt war, konnten ein einfacher Unteroffizier und ein Arbeitsaufseher aus Franks Hauptabteilung Innere Verwaltung gemeinsam ein- oder zweitausend Sklaven bis ins Letzte terrorisieren, Sklaven, die Tag und Nacht in einem Arbeitsschuppen und in wenigen verkommenen Quartieren zusammengepfercht hausten. Menschen, die niemals eine Verantwortung gekannt hatten, waren jetzt niemandem gegenüber Rechenschaft schuldig für das Leben von Juden, aus denen der letzte Rest von Arbeitskraft herausgepreßt werden sollte. So beschreibt Frau Hilde Huppert, was sie im Februar 1943 in Rzeszow sah:

> „Ich stand am Fenster und sah, wie etwa zwanzig jämmerliche Gestalten, in Lumpen gehüllt, aus dem Wagen krochen. Ich verstand nicht, was das bedeutete, und bat einen Rzeszower, es mir zu erklären. Das sei ein Vorgang, sagte er, der sich alle sechs Wochen wiederhole. Diese Leute hatten vor einigen Wochen das Ghetto frisch und munter verlassen. Sie kamen in das Rüstungswerk Stalowa Wola*, nicht weit von Rzeszow, von wo sie als lebende Leichname zurückkehrten. Dort mußten sie unter schweren Mißhandlungen achtzehn Stunden täglich arbeiten, bei einer Kost, von der niemand leben konnte. Als ich fragte, warum man solche kranken Menschen hierher brächte, erklärte er, die Fabrik bekomme gesunde Menschen nur im Austausch gegen das verbrauchte Menschenmaterial. Am Nachmittag spielte sich bei uns eine regelrechte Menschenjagd ab, da niemand freiwillig dorthin mitfahren wollte."

Die zwanzig Leute aus Stalowa Wola wurden in einem Raum im Ghetto ins Bett gelegt, aber zwei Tage später:

* Die zwei Sklavenarbeitslager Stalowa Wola und Rozwadow lagen am San-Fluß, ungefähr 50 km nördlich von Rzeszow, und wurden erst bei dem russischen Vormarsch auf die Weichsel im Juli 1944 evakuiert. Nach Kriegsende befaßte sich die polnische Untersuchungskommission mit ihnen.[100]

„Gegen 7 Uhr waren sechs Gestapoleute angekommen und hatten verlangt, die kranken Arbeiter zu sehen. An ihren finsteren Mienen war zu erkennen, daß sie nichts Gutes im Schilde führten. Im Krankenzimmer befahlen sie den Bettlägerigen, aufzustehen und auf den Platz zu laufen. Wer nicht laufen könnte, müßte sterben. ‚Zeigt, ob Ihr's noch könnt, aber los!' Sie jagten die armen Opfer mit Peitschenhieben aus den Betten und zwangen die Kranken, die sich kaum auf den Beinen hielten, immer wieder zu laufen; die Henker hielten sich den Bauch vor Lachen, so spaßig war das für sie. Dann begannen sie, auf die Laufenden zu schießen ... Als wir das Ghetto West betraten, tappten wir in Blutlachen; unsere Schritte klangen unheimlich in der finsteren Nacht, wir fühlten den Tod in der Nähe. Vor unseren Häusern sahen wir Menschenleichen liegen; Männer mit kleinen Laternen waren damit beschäftigt, sie auf Karren zu laden. Es waren Menschen darunter, die noch nicht tot waren und stöhnten. Die Männer hatten jedoch den Auftrag, alle wegzuschaffen[101]."

Die Zahlen des RSHA, die Dr. Korherr Himmler Ende 1942 übermittelte, zeigten, daß nicht weniger als 1 274 166 Juden aus dem Generalgouvernement „umgesiedelt" worden waren[102]; trotzdem gab es in Ostgalizien noch sehr viele Juden, und hier waren die Bedingungen viel weniger scharf als in Rzeszow*.

So sah Dr. Guérin von „Stalag 323" in Rawa Ruska am Weihnachtstag eine Menschenmenge in den engen, gewundenen Straßen im Ghetto in Stryi. Die jüdischen Mädchen hatten ihre besten Sachen an, und manche von ihnen gingen mit deutschen Soldaten aus[103]. Und doch waren 2000 Juden zwischen dem 13. November und dem 3. Dezember aus Stryi abgeholt worden! Kaum ein Viertel der jüdischen Vorkriegsbevölkerung von 11 000 Seelen war noch am Leben, und auch diese sollten in den Aktionen der Monate Februar und Mai 1943 verschwinden[104].

Ich kann nichts Besseres tun, als Dr. Guérins eigene Erklärung hier wiederzugeben, denn er ist vielleicht der einzige Augenzeuge der Vorgänge in Polen, der weder Verfolger noch Opfer war[105]:

* Offiziell waren Ende des Jahres noch 297 914 Juden nicht umgesiedelt, einschließlich der 161 514 in den galizischen Ghettos. Zu diesen müßte man die 200 000 bis 250 000 Juden hinzuzählen, die in Arbeitslagern und weitere 100 000, die versteckt oder auf der Flucht waren; das macht im ganzen 500 000 bis 600 000. Diese Zahlen gelten nur für das Generalgouvernement, wo noch im März 1 600 000 Juden lebten.

„Was für ein Leben führten die Juden in der Zeit zwischen den Aktionen? Diejenigen unter ihnen, die den Massakern entkommen waren, nahmen ihr gewöhnliches Leben wieder auf, dank einer erstaunlichen Fähigkeit, Wunden heilen zu lassen, einer Fähigkeit, die diese Rasse besaß, die so viele andere Massaker erlebt hatte. Diejenigen, die sich versteckt hatten, kamen nach und nach aus ihren Schlupfwinkeln heraus. Sie bewegten sich frei in der Stadt, öffneten ihre kleinen Geschäfte wieder, befaßten sich mit Geldverleih und begannen, sich wieder ein kleines Vermögen anzulegen. Einige junge jüdische Mädchen zeigten sich in ihren besten Kleidern, wobei sie absichtlich vergaßen, die Armbinde anzulegen. Sie erregten die Eifersucht ihrer polnischen Altersgenossinnen, weil sie oft schöner, graziöser und geschmackvoller gekleidet waren als jene. Der Einfall, in die Wälder zu fliehen und den Städten, in denen so viele Gefahren auf sie lauerten, für immer zu entgehen, kam ihnen nicht. Das war nicht Mangel an Mut, sondern eher ein rassischer Fatalismus, der sie, einem alten Herdeninstinkte folgend, dazu zwang, sich in die Ghettos der Vorväter zu drängen. Da sie nun einmal sterben mußten, zogen sie es vor, ihr bitteres Schicksal gemeinsam zu erleiden, als daß es sie in der Einsamkeit der Felder und Wälder ereilt hätte, wo die im Dienste der Deutschen stehende ukrainische Polizei sie mit erbarmungslosem Haß verfolgt hätte."

Drei weitere Beispiele werden genügen, um den blinden Fatalismus des polnischen Juden zu illustrieren, den Dr. Guérin so ausgezeichnet beobachtet hat. Im Fall Sandomierz war das Ghetto Ende Oktober 1942 vollständig geräumt worden. Im November wurden jedoch wieder Juden aus verschiedenen Arbeitslagern in das Ghetto eingewiesen, und Tausende von Geflohenen kamen zu ihnen ins Ghetto, um so einen gesetzlichen Status zu erlangen. Fast alle wurden am 10. Januar 1943 nach Treblinka gebracht; einige wenige blieben zurück, die den Kern eines neuen Ghettos bildeten, das dann erst im Juni liquidiert wurde[106].

Bochnia bei Krakau war bis zum 25. August 1942 unangetastet geblieben, weil der deutsche Landkommissar aus den jüdischen Werkstätten ungeheuren Gewinn erzielte. Nach der ersten Umsiedlung, die das Ghetto fast ganz entvölkerte, wurden die Werk-

stätten vom SD wieder aufgemacht und mit Juden gefüllt, die sich als Sklaven anboten, und dann vom SD an deutsche Unternehmer vermietet. Nach der Verordnung vom 28. Oktober wurde Bochnia zum genehmigten Wohnort, aber am 11. November wurde durch eine zweite Aktion die Bevölkerung im Ghetto um die Hälfte verringert. Die Überlebenden wurden bis zum 1. September 1943 unter Konzentrationslagerbedingungen gefangengehalten und dann im Zuge einer dritten Aktion auf andere Lager oder Hinrichtungsplätze verteilt; immerhin bestand aber im Januar 1944 in Bochnia noch eine kleine Arbeitsgruppe [107].

Im äußersten Osten von Galizien mußte die jüdische Gemeinde von Zbaraz im gleichen Zeitraum sechs Aktionen durchmachen. Dies war ein typisches galizisches Ghetto, weder bewacht, noch abgesperrt, aber die Grausamkeit der Ukrainer und der von ihnen geübte Verrat waren so arg, daß Hunger und Kälte die einmal Entflohenen immer wieder zwangen zurückzukehren. Selbst in dieser kleinen Gemeinde war der Judenrat, dessen Mitglieder am Leben bleiben wollten, gezwungen, sich Tyrannei und Korruption zu beugen, während der jüdische Ordnungsdienst, dem an Aktionstagen reichliche Mengen von Alkohol zugeteilt wurden, ganz zuverlässig den Deutschen die Arbeit bis zum Augenblick seiner eigenen Vernichtung abnahm. Wir verdanken Jakob Littner, einem Münchner Briefmarkenhändler, der die letzten Ermordungen in Zbaraz überlebt hat, eine außerordentlich sachliche und ungeschminkte Beschreibung dieser Hölle. Er blieb am Leben, nicht durch eine Flucht in die Wälder, sondern dadurch, daß er von Juni 1943 bis März 1944, als die Russen kamen, in einer Erdhöhle unter dem Keller eines polnischen Bauernhauses lebte — eine der wundersamsten Geschichten dieses Krieges [108]. Sein Bericht wirft ein noch schrecklicheres Licht auf den Fatalismus und die Hilflosigkeit der galizischen Juden. Die Warschauer Juden waren sehr viel stärker europäisiert. Als Himmler es unterließ, im Oktober 1942 aus dem Warschauer Ghetto ein wirkliches Konzentrationslager zu machen, hatte er sich verrechnet. Es ist richtig, daß er, um dies zu tun, wahrscheinlich jedes Gebäude einzeln hätte auskämmen müssen, aber das wäre im Oktober leichter gewesen als im darauffolgenden April.

Man kann nicht leicht eine Erklärung dafür finden, warum Himmlers Anordnung vom 8. Oktober nicht durchgeführt wurde. Himm-

ler selbst beschrieb die Situation in Warschau folgendermaßen:

> „In Warschau half ein sehr netter und einen ausgezeichneten Eindruck machender Verwaltungsführer von der Kavalleriebrigade bei der Ordnung der Dinge. Er war aber in keiner Weise rechtmäßig eingesetzt, SS-Oberführer von Sammern (der Höhere SS- und Polizeiführer Ferdinand von Sammern-Frankenegg) hatte ihn sich vernünftig zur Hilfe herangeholt[109]."

Am Vorabend des Aufstandes von Warschau, im April 1943, setzte er jemanden anders an dessen Stelle. Himmler mag sich durch von Sammerns Rat haben irreführen lassen, es kann aber auch sein, daß von Sammern ganz einfach Himmlers Anweisungen aus Mangel an Hilfskräften nicht durchgeführt hat. Man weiß lediglich, daß Globocnik in einer Mitteilung an Himmler, die er Anfang 1944 schrieb, die versteckte Bemerkung machte, daß in Warschau „in Verkennung der Sachlage der Abschluß methodisch falsch durchgeführt wurde"[110]. Es ist tatsächlich so, daß die Situation, die das außerordentliche, unter dem Namen des Aufstandes im Warschauer Ghetto bekannte historische Drama heraufbeschworen hat, in Dunkel gehüllt bleibt.

Elftes Kapitel

Die Liquidierung der russischen und polnischen Ghettos 1943–1944

1. Der Aufstand im Warschauer Ghetto

In den Monaten Dezember 1942 und Januar 1943 war „Einsatz Reinhard" sehr viel weniger aktiv. Das waren die Monate, in denen sich die neuen Kampfgruppen in den Ghettos Waffen verschafften. In Warschau wurden Pistolen und Handgranaten, die außerhalb des Ghettos gekauft wurden, an der polnischen Polizei und den fremden Miliztruppen vorbeigeschmuggelt, die den jüdischen Friedhof zu bewachen hatten, oder durch die Kanalisation hereingebracht[1]. Aber die Waffen mußten trotz gewisser zu den polnischen Gruppen des linken Flügels bestehender Beziehungen bezahlt werden, und erst gegen Ende des Aufstandes im Ghetto wurde die Armia Krajowa oder Heimatarmee durch einen Aufruf von General Sikorski aus London dazu bewogen, einen Beitrag zu leisten. Was die Gruppen angeht, die mit Rußland Kontakt hatten, macht es heute wenig aus, daß Marschall Rola-Zymierski Josef Tenenbaum gesagt hat, er wünschte, er hätte helfen können[2].

Die italienischen Divisionen, die im Februar 1943 aus der Kampflinie gezogen worden waren, aber im Mai noch in Galizien Dienst taten, waren die beste Bezugsquelle. Für einen gewissen Preis lieferten sie Waffen für Widerstandskämpfer und Fahrzeuge für Flüchtige. In Lemberg kosteten italienische Pistolen 2000 Zloty (etwa 600 DM)[3]. Aber Deckung war ebenso wichtig wie Waffen. Die deutschen Besitzer von Fabriken im Ghetto förderten im Oktober 1942 nach der Warschauer Umsiedlung den Bau von unterirdischen Bunkern, offiziell gegen Luftangriffe, aber in Wahrheit, weil sie inzwischen ein echtes Interesse daran hatten, die Liquidierung des Ghettos zu verhindern. Der SD versäumte es, Himmler laufend zu informieren, und es ist leicht zu sehen, warum. Selbst der Haupt-

massenmörder war käuflich. Globocnik verheimlichte seine eigenen, mit Többens und anderen deutschen Unternehmern getätigten Geschäfte.

Am 14. Januar 1943 stattete Himmler jedoch Warschau überraschend einen Besuch ab. „Ich habe nicht gewußt, daß ich fahren würde und habe Sie daher nicht informiert", sagte er Krüger. Himmler hatte von Oberst Fretter aus dem Rüstungsamt erfahren, daß von den 40 000 im Ghetto lebenden Arbeitern 8000 am 18. des Monats „umgesiedelt" werden sollten. Er stellte fest, daß von den verbleibenden Juden 24 000, die als Rüstungsarbeiter getarnt waren, nur als Schneider und Kürschner beschäftigt, und die meisten in den Büchern der Firma Walter C. Többens AG. geführt wurden. Fretter wurde angewiesen, General Schindler im Rüstungsamt von Himmlers Verwunderung Mitteilung zu machen. „Ich setze noch einmal einen endgültigen Termin für die Umsiedlung an, den 15. Februar." Es bestand der Plan, die 16 000 Arbeiter von Többens in das Lager nach Lublin zu schicken und die verbleibenden Fabriken mit Arbeitern aus Gefängnisbaracken im Warschauer Ghetto zu betreiben. Hinsichtlich Többens, der „sich mit von uns gelieferter, billiger jüdischer Arbeitskraft zum Millionär gemacht hat", wurde verfügt, daß das Sicherheitshauptamt seine Bücher prüfen sollte[4].

Über das Handgemenge vom 18. Januar schrieb SS-Brigadeführer Stroop später an Krüger: „Sowohl die Betriebsführer als auch die Juden haben sich dieser Verlagerung in jeder denkbaren Weise widersetzt." Ein Betriebsleiter ist vielleicht sogar von der Gestapo erschossen worden[5]. Ein immer noch unterwürfiger Judenrat machte den Versuch, Umsiedlungslisten aufzustellen, aber von den für die Lager Trawniki und Poniatowo angeforderten 5000 „Freiwilligen" waren nur wenige Hundert aufzutreiben. Die Betriebsleiter machten über ihre Juden falsche Angaben und versteckten einen Teil ihrer Leute in den vorbereiteten Bunkern. Nur Többens machte den Versuch, seine jüdischen Vorarbeiter zu überreden. Er „hatte direkt von Globocnik erfahren", daß dies tatsächlich die letzte Umsiedlungsaktion sei und daß die Juden in Poniatowo unter Überwachung durch die Wehrmacht arbeiten würden, an „einem Kindergarten, Sportplätzen und einem Schwimmbad". Tatsächlich glaubte Többens dadurch, daß er in Poniatowo eine Partnerschaft mit Globocnik einging, seine Ge-

winne auch weiterhin einstreichen zu können*. Többens war jedoch der Arbeitgeber, der am wenigsten Aussicht hatte, die Juden beruhigen zu können. Er war seit langer Zeit als „Umsiedlungskommissar" bekannt, und seine im Kleinen Ghetto gelegene und von seinen Assistenten Bauch und Jahn geleitete Fabrik stand im Ruf, ein „Prügelregiment" zu sein[6].

Am 18. Januar 1943 setzte sich ein trauriger Zug von Deportierten die Niska-Straße entlang in Marsch. An der Kreuzung mit der Zamenhova-Straße zogen jedoch mehrere der Deportierten Schußwaffen heraus und schossen auf die SS und die Miliz. Der jüdischen Kolonne gelang es unterzutauchen, allerdings um den Preis sehr hoher Verluste. Drei Tage lang wurde eine Razzia von Haus zu Haus durchgeführt. Vier von den fünfzig bestehenden jüdischen Kampfgruppen verbarrikadierten sich in der Nord-Ost-Ecke des Ghettos, und nach vier Tagen war von Sammern gezwungen, zwei Feldhaubitzen einzusetzen, um die Gebäude zusammenzuschießen, ohne jedoch der Anführer habhaft zu werden. Oberst Fretters 8000 Juden konnten nicht zusammengebracht werden[7]. Die offiziellen deutschen Zahlen zeigen, daß in der Zeit vom 3. Oktober 1942 bis zum 31. Januar 1943 nur 6490 Juden „umgesiedelt" worden sind[8]. Trotzdem entschloß sich von Sammern, die Aktion abzubrechen.

Die jüdischen Führer ließen sich aber ihrerseits durch diesen relativen Erfolg nicht täuschen. Sie wußten, daß ihnen ein viel verzweifelterer Kampf noch bevorstand. Am 3. Februar befahl Himmler Oswald Pohl, ein Konzentrationslager innerhalb des Ghettos zu errichten, aber nur als eine vorläufige Maßnahme bis zur Verlegung der Juden samt der Arbeitsstätten nach Lublin[9]. Am 16. Februar befahl Himmler Krüger, daß „das Ghetto Warschau nach der Herausverlegung des KZ abzureißen ist"[10]. Der bisher von „500 000 Untermenschen" benützte Wohnraum müsse verschwinden. Die Millionenstadt Warschau, die „immer ein gefährlicher Herd der Zersetzung und des Aufstandes" ist, müsse auf jeden Fall verkleinert werden**.

Krüger und von Sammern zögerten noch, und Globocnik soll ge-

* Ein am 31. Januar 1943 unterzeichneter Vertrag wurde im Mai 1950 beim Prozeß gegen Többens vorgelegt.

** Was Himmler vorhatte, ist leicht zu erkennen. Ende Januar waren 40 000 Menschen aus dem Stadtteil Vieux Port von Marseille ausgewiesen worden, der dann vollkommen zerstört wurde.

sagt haben, daß eine Zusammenziehung aller jüdischen Arbeitskräfte in Lublin vor Juni nicht zu erreichen sein würde[11].

Am 13. März machte sich Krüger zunächst an die leichtere Aufgabe: die Liquidierung des Krakauer Ghettos. Nur 14 000 Juden lebten noch im Stadtteil Podgorze, und die Aktion wurde innerhalb von zwei Tagen von SS-Sturmbannführer Willi von Haas mit Unterstützung der SS-Hauptsturmführer Neumann und Amon Göth durchgeführt. Die Mehrzahl der Krakauer Juden kam in das Lager in der Jerozolimska-Straße und von dort in die Arbeitslager Plaszow, Szebnie und Prokocim, viele wurden jedoch im Ghetto getötet. Ein Transport ging nach Auschwitz und kam dort rechtzeitig zur Eröffnung der ersten neuen Vergasungskammer an. Ein jüdisches Kommando blieb noch im Ghetto zurück, um die Beute zu sortieren. Es war eine vorbildliche Umsiedlungsaktion[12].

Am gleichen Tage, dem 13. März, forderte Krüger 2000 „Freiwillige" aus dem Warschauer Ghetto für das Durchgangslager Trawniki an. Es gelang aber dem Judenrat nur, 200 Menschen aus den „wilden" Wohnhäusern aufzutreiben, während 400 „wilde" Juden von den Kampfgruppen in den Bunkern versteckt wurden. Die Deutschen waren gezwungen, sich die Leute mit Gewalt zu beschaffen, denn der Judenrat teilte ihnen ganz offen mit, daß die Macht jetzt in andere Hände übergegangen sei[13].

Nachdem die jüdischen Beamten, die bei der großen Umsiedlungsaktion Hilfe geleistet hatten, alle entweder von Juden erschossen, oder von Deutschen verschleppt worden waren, war der Judenrat nicht mehr gegen die Widerstandsbewegung. Die Mitglieder des jüdischen Ordnungsdienstes, die gesehen hatten, wie ihre Kameraden nach Treblinka gebracht worden waren, machten keine Razzien mehr auf Juden, da es ihnen gleich war, ob sie darauf warteten, bis sie an der Reihe waren, nach Treblinka zu gehen, oder bis sie als Geiseln erschossen wurden.

Am 17. April traf, vom Balkan kommend, der SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei Jürgen Stroop in Warschau ein, um von Sammern abzulösen. Lichtenbaum, der Präsident des Ghettos, und Wielikowski, der offizielle Vertreter des Ghettos beim Gouverneur Frank, wurden sofort verhaftet, anscheinend im Büro von Többens. Am 19. fuhren Stroops Panzer in das Ghetto ein[14].

Man kann die Ereignisse der nächsten fünf Wochen von drei vollständig verschiedenen Gesichtspunkten aus sehen. Den ersten,

den symbolischen Gesichtspunkt, wird das Urteil der Geschichte festlegen müssen. Unter diesem Blickwinkel war der Aufstand im Ghetto der erste nationale militärische Aufstand der Juden seit dem Aufstand von Bar Kochba unter der Regierung Hadrians. Er war der Vorläufer der Verteidigung der „Altstadt" von Jerusalem und der Eroberung des Sinai. Sogar Goebbels erwähnte die Berichte des „Jüdischen Oberkommandos" in seinem Tagebuch. So ist der Ghetto-Aufstand in sich selbst zu einem Epos des Judentums geworden und wird es immer bleiben[15].

Der zweite Gesichtspunkt ist der Himmlers und seiner Umsiedlungsfachleute. Bei ihnen hat niemals irgendein Zweifel über den Ausgang einer Aktion bestanden, an der höchstens 60 000 Menschen beteiligt waren, und in diesem Licht ist dann auch in Nürnberg der Aufstand des Ghettos geschildert worden. In Stroops ledergebundenem Album wurde dem Gericht ein Bericht in Bildern vorgelegt. Da sah man den schwarzen Rauch, der über den unvorstellbar makabren Wohnhäusern im Viktorianischen Stil hing. Da sah man die von Angst verzerrten, vom Feuerschein erhellten Gesichter der zur Deportation kommenden Menschen und die kraftlosen, kaum noch menschlichen Leiber der aus den Bunkern hervorgezerrten Verteidiger. Hier war statistisch genau niedergelegt, wieviel Juden verbrannt und wieviel andere aus den Kanalisationsschächten herausgeräuchert wurden, um dann hingerichtet zu werden. In Nürnberg war daher der Aufstand nur ein Massenmord[16].

Der dritte Gesichtspunkt, der Gesichtspunkt des deutschen Oberkommandos, wird durch das gekennzeichnet, was Generaloberst Alfred Jodl Dr. G. M. Gilbert darüber sagte:

> „Diese schmutzigen, arroganten SS-Schweine! Man stelle sich vor, daß jemand einen 75 Seiten langen, prahlerischen Bericht über eine kleine Mord-Expedition schreibt, wenn ein großer Feldzug, der von Soldaten gegen eine gut bewaffnete Armee durchgeführt wird, nur ein paar Seiten einnimmt[17]*."

Von diesem Gesichtspunkt aus war die Angelegenheit eine Aktion

* Himmler scheint jedoch, um allen möglichen Vorwürfen von seiten des Oberkommandos vorzubeugen, das Ausmaß des Widerstandes im Ghetto übertrieben zu haben. So erklärte Jodl in Nürnberg: „Ich glaubte nicht recht an diesen heroischen Kampf, aber Hitler legte daraufhin sofort Photographien vor über die Bunker, die dort gebaut waren; er sagte: ‚Ja, das sind auch nicht nur die Juden, da haben sich polnische Nationalisten hineingerettet, es ist ein erbitterter Widerstand'[18]."

gegen Partisanen, die von nur 1100 regulären Soldaten sogar ohne jede Verstärkung durchgeführt wurde. Der Kampf gegen die Partisanen war häufig viel schwieriger. Im Verlauf des Aufstandes im Warschauer Ghetto war man deutscherseits gezwungen, im Gebiet von Minsk gegen die „Partisanen-Republik vom Palik-See" vorzugehen. Deutschen Behauptungen zufolge wurden dort 12 000 Partisanen und Zivilisten liquidiert, zu welchem Zweck man 16 622 Mann einsetzen mußte. 127 Deutsche waren getötet worden[19].

In Warschau brauchten keine Truppen von der Front abgezogen zu werden, und die Verbindung mit der Front war keinen Augenblick gefährdet, da ja der Kampf sich nur innerhalb der Mauern des Ghettos abspielte. Die polnische Bevölkerung, die ein Jahr später fast wie eine Armee kämpfte, ging ruhig ihren Geschäften nach. Es war, wie es der verbitterte Stroop 1948 aus dem Gefängnis in Warschau beschrieb[20]:

> „Da die polnische Bevölkerung sich äußerst passiv verhielt, halte ich eine Hilfe von dieser Seite für bedeutungslos. Sicher bestand eine Verbindung mit der polnischen Widerstands-(Untergrund-)bewegung. Daß diese materiell geholfen hat, glaube ich nicht."

Der Aufstand im Ghetto war für die Deutschen eine psychologische Überraschung, war aber kein strategischer Triumph für die Juden. Unter den Bedingungen, unter denen das Ghetto lebte, war eine militärische Führung unmöglich. Am 9. Mai glaubte Stroop, den stellvertretenden Führer und den Stab des Widerstandskomitees gefangengenommen zu haben. Zwei Tage später teilte ihm ein Gefangener mit, daß alle Führer Selbstmord begangen hätten[21]. Hat es einen solchen Stab überhaupt jemals gegeben? Die jetzt fast sagenhaft gewordene Gestalt von Mordechai Tenenbaum-Tamarov kam wahrscheinlich im Juli 1942 aus Wilna in das Ghetto, wo es ihm gelang, aus dem zionistischen „Hechalutz" und dem sozialistischen „Bund" eine Kampfgruppe zu bilden[22]. Er mag der Gründer der Bewegung gewesen sein, die im Oktober die noch vorhandenen politischen Gruppen im Ghetto geeinigt hat. Ein ganz junger Mann mit Namen Mordechai Anielewicz, ein Hechalutz-Mitglied, soll als Führer im Kampf gewählt worden sein. Es versteht sich von selbst, daß Überlebende, die in der Moskauer Presse schreiben, einen Kommunisten als Führer nennen[23]. Jeden-

falls haben die Deutschen den Hechalutz für alles verantwortlich gemacht. Stroop hat die in den Schlüpfern der weiblichen „Chalutzim" verborgenen Handgranaten beschrieben, und Krüger hat ihre Ausdauer gelobt. Sogar Eichmann bezeichnete sie als „biologisch wertvolles Material" [24].

Es ist anzunehmen, daß die Juden wie in den Tagen von Josephus in unabhängigen Gruppen kämpften. Dreiunddreißig Tage lang konnte Stroop den Angriff nicht einstellen. Zu seinen 2090 Mann gehörten 363 polnische Polizisten und 166 polnische Feuerwehrleute, die keineswegs als Frontkämpfer anzusehen waren. Er verfügte über 335 litauische Milizsoldaten und über 228 deutsche Sicherheitspolizisten — Fachleute auf dem Gebiet der Ausrottung, aber keine für den Kampf ausgebildeten Soldaten. Stroops Truppe bestand nur aus einem in der Ausbildung befindlichen Ersatzbataillon von Panzergrenadieren, das aus 381 Mann bestand, und einem SS-Kavallerie-Ersatzbataillon mit 440 Mann, dazu 78 Pionieren und 24 Mann mit leichten Fliegerabwehrgeschützen. Die beiden in Ausbildung befindlichen Bataillone trugen erst seit drei oder vier Wochen Uniform. Stroop hatte nicht die Absicht, mit einer solchen Truppe irgendein Risiko einzugehen. Seine Verluste beliefen sich auf sechzehn Tote und neunzig Verwundete; diese Zahl kann jedoch, um Himmler eine Freude zu machen, zu niedrig angegeben worden sein.

Am 19. April drangen ein 10-cm-Geschütz, zwei leichte Flakgeschütze, ein eroberter französischer Tank und zwei Panzerwagen in das Ghetto ein. In seinem Bericht äußert Stroop sich über diesen Tag sehr zurückhaltend; es scheint jedoch, als habe diese Auffahrt nicht den Zweck erreicht, Angst und Schrecken zu verbreiten, so daß er am zweiten Tag gezwungen war, jeder Einheit bestimmte Sektoren zuzuweisen. Der Widerstand in den Wohnhäusern war ganz allgemein, und es konnten nur 505 Juden für das Lager in Poniatowo zusammengetrieben werden. Die deutschen Fabrikbesitzer zeigten sich auch jetzt noch nicht hilfsbereit. Nur Többens machte den Versuch, 4000 Arbeiter dazu zu bewegen, sich freiwillig zu versammeln. Viele blieben in dem großen „Betriebs"bunker unter der Fabrik, und Többens' Teilhaber Lautz, der mit einer weißen Fahne in der Hand erschien, wurde eine Unterhandlung verweigert [25].

Am 21. April hatte Stroop mehr Erfolg. Die 5200 Insassen von Wehr-

machtsbetrieben wurden widerstandslos herausgeführt. Stroop bemerkte aber, daß weibliche Chalutzim anwesend waren, und berichtete am nächsten Tage, daß 35 polnische Kommunisten von außerhalb des Ghettos geschossen hätten. Es wurde dann bekannt, daß bewaffnete Juden in Wehrmachtsbetrieben zurückgelassen worden waren. Sie hatten sich mit deutschen Uniformen aus ihren eigenen Werkstätten ausgerüstet. Jetzt begann der Widerstand wahrhaft verzweifelt zu werden. Stroop schrieb in seiner Mitteilung an Krüger:

„Immer wieder konnte man beobachten, daß trotz der großen Feuersnot Juden und Polen es vorzogen, lieber wieder ins Feuer zurückzugehen als in unsere Hände zu fallen."

Am 23. April erhielt Krüger von Himmler den Befehl, das Ghetto „mit größter Härte und unnachsichtiger Hartnäckigkeit" durchzukämmen. So entschloß sich Stroop, das Ghetto Block für Block mit Feuer und Sprengstoffen zu zerstören. Die nichtbewaffneten Juden begannen, sich leichter zu ergeben. Bis zum 25. hatte Stroop 25 500 Juden gefangengenommen, von denen einige Tausend, die auf Grund ihres Alters oder Gesundheitszustandes als nicht arbeitsfähig angesehen wurden, im Ghetto eingeschlossen blieben. Stroop trug den nachstehenden, unvorstellbar kaltblütigen Satz in sein Kriegstagebuch ein:

„Ich werde versuchen, für morgen einen Zug nach T 2 (Treblinka) zu erhalten, andernfalls die Liquidierung morgen durchgeführt wird." (Am nächsten Tage schrieb er, daß der Zug wie vorgesehen abgegangen sei.) „Z. Zt. sind von den erfaßten Juden keine mehr in Warschau*."

Eine Woche war vergangen, und noch immer bestanden große Hindernisse, im besonderen machten die Kanalisationsgänge, durch die Juden entflohen und bewaffnete Partisanen in das Ghetto

* Ich bin leider über den Prozeß gegen Stroop, der am 8. September 1951 in Warschau zum Tode verurteilt wurde, nicht informiert; aber bei dem Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg hatte Stroop eine eidesstattliche Versicherung unterzeichnet, wonach die Deportierungen während der Ghettoaktion von Obersturmbannführer Hahn, dem KdS oder Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau, durchgeführt wurden, der ihm nicht unterstellt war[26]. Die obigen zwei Sätze aus Stroops Bericht an Krüger scheinen diese Behauptung zu widerlegen. In der Regel war Umsiedlungskommissar Hans Höfle, dessen unmittelbarer Vorgesetzter Globocnik war, für die Zusammenstellung der Deportationszüge verantwortlich. Es ist aber ganz deutlich sichtbar, daß im April 1943 die „Abteilung Reinhard" für Warschau nicht mehr zuständig war und daß Himmler Stroop aufgefordert hatte, das Ghetto als Partisanengebiet zu übernehmen.

hineinkamen, Schwierigkeiten. Stroop versuchte, sie zu überfluten, aber die Juden sprengten die Absperrschieber. Ganz zum Ende der Aktion kam Stroop auf den Gedanken, Nebelkerzen zu verwenden, die durch die 183 Einsteigschächte heruntergelassen wurden. So wurden die letzten Menschen, die sich in den Kanälen aufhielten, im Glauben, sie würden vergast, der Mitte des Ghettos zugetrieben.

Am 28. April wurde ein riesiger Bunker genommen, in dem „274 der einflußreichsten und reichsten Juden" seit Oktober 1942 gelebt hatten. Nach Stroops Aussage war dies der Ort, wo Offiziere der Wehrmacht bewirtet und Geschäfte mit Deutschen abgeschlossen wurden. Stroop zögerte, die Fabriken zu zerstören, um an solche Bunker heranzukommen, weil er fürchtete, dabei die Werkzeugmaschinen zu zerstören; Krügers Anwesenheit im Ghetto am 2. Mai kann darin eine Änderung herbeigeführt haben. Am 4. Mai wurden die Fabrik von Schultz und die Hauptfabrik von Többens zerstört. Nur 465 Juden „wurden zur Verlagerung erfaßt". Die zweite Fabrik von Többens im Kleinen Ghetto, in der die Juden Sprengladungen hergestellt hatten, wurde erst am 11. Mai geräumt.

Am 8. Mai glaubte Stroop, daß nur noch etwa 3—4000 Juden versteckt seien, aber trotz der Eroberung des Bunkers, ihres angeblichen Hauptquartiers, hörte der Widerstand nicht auf. Da er erkannt hatte, daß das Durchkämmen bis in die Unendlichkeit weitergehen konnte, beschloß Stroop am 13. Mai, die Aktion in drei Tagen einzustellen und nur die Sicherheitspolizei im Ghetto zurückzulassen. „Die jetzt erfaßten Juden werden nur nach T 2 geleitet."

Stroops Pläne müssen zur anderen Seite durchgesickert sein. Jüdische Gefangene teilten ihm mit, daß sie Anweisung erhalten hätten, ihn nicht zu erschießen. Sie glaubten, daß man ihnen nach dem Abzug von Stroop erlauben werde, weiter im Ghetto zu wohnen.

Am 15. Mai war es Stroop möglich, 87 Juden zu töten und 67 gefangenzunehmen, während er am 16. sogar 160 tötete. Trotzdem blieb er bei seiner ursprünglichen Absicht. Die Synagoge in der Tlomackie-Straße und die Kapelle auf dem jüdischen Friedhof wurden als symbolischer Akt in die Luft gesprengt, obgleich sie beide außerhalb des Ghettos lagen. Unter dieser schwarzen, rauchenden Wildnis lebten viele Hundert Juden. Manche hatten sich

sogar in ihren Bunkern eingemauert, und in der Zeit von Juni bis zum September hat SS-Hauptsturmführer Franz Konrad sie immer weiter ausgegraben. Eine Bunkerbewohnerin, ein fünfzehnjähriges Mädchen, hat man sogar erst am 13. September entdeckt[27]. Immerhin waren am 16. Mai, dem festgesetzten Schlußtag der Aktion, offiziell 7000 Juden im Ghetto getötet und 7000 „nach T 2 geleitet worden". Die Zahl der getöteten und „umgesiedelten" Juden belief sich auf 56 060, aber eine nicht feststellbare Zahl, vielleicht Tausende, war unter den Trümmern begraben oder zu Asche verbrannt.

Himmlers Reaktion läßt sich aus Krügers Bericht an Gouverneur Frank ablesen, dem er am 31. Mai[28] mitteilte, daß der Reichsführer jetzt wünsche, daß die jüdischen Arbeitslager ebenso wie die Ghettos liquidiert würden. General Schindler versuchte, bei Kaltenbrunner zu intervenieren, weil die Juden, die noch in der Industrie beschäftigt waren, „die physisch besten Kräfte, die sogenannten Makkabäer" wären und weil die Warschauer Vorgänge gezeigt hätten, daß die Frauen noch widerstandsfähiger seien als die Männer.

General Schindler hatte Erfolg. Obgleich Himmlers Erlaß vom 11. Juni die noch bestehenden Ghettos zum Tode verurteilte, sollten die Arbeitslager weiter beibehalten werden[29]. Allerdings sollte die Zerstörung des Warschauer Ghettos unverzüglich vorgenommen werden. Das Dzielna-Gefängnis sollte weiter zur Unterbringung der Abriß-Arbeiter verwendet werden, aber sonst sollte das Gelände des Ghettos eingeebnet und nach Zuschüttung aller Kanäle und Kelleröffnungen in einen Park verwandelt werden. Am 9. Oktober konnte SS-Obergruppenführer Kammler, der Baudirektor der SS[30] (s. S. 166, 482), Pohl mitteilen, daß ein Drittel des Ghettogebietes zerstört sei. Die Arbeit wurde zum Teil von Juden ausgeführt, die im Dzielna-Gefängnis unter dem berüchtigten SS-Standartenführer Göcke aus Mauthausen gefangen saßen[31].

Im Februar 1944 waren 2040 Juden an der Arbeit und dazu noch 1304 freie Arbeiter. Eine Zweiglinie der Ostbahn fuhr jetzt mit 19 Lokomotiven in das Ghetto hinein, aber wie bei SS-Unternehmen üblich, wurde der Fortgang der Arbeit durch die entsetzlichen Bedingungen behindert, unter denen die Sklavenarbeiter leben mußten. Pohls Bericht vom 20. April 1944 zeigt, daß von den

4675 beschäftigten Arbeitern 2180 Gefangene waren, daß aber noch weitere 3000 Gefangene sich in Typhus-Quarantäne befanden. Am 10. Juni arbeiteten fast keine Gefangenen mehr. Trotzdem berichtete Kammler am 29. Juni, daß die Zerstörung vollständig durchgeführt sei, jedoch das Einebnen noch nicht. Krüger hatte Befehl gegeben, die Arbeit einzustellen und die jüdischen Gefangenen abzutransportieren. Die Russen waren auf 20 km herangekommen, und zwei Tage später brach der Warschauer Aufstand aus [32].

Die Überlebenden aus der Zahl von fünf- bis sechstausend jüdischen Arbeitern — hauptsächlich holländische und griechische Juden, die aus Auschwitz und Lublin überwiesen worden waren — wurden nach Kutno gebracht, nachdem einige Hundert Kranke an Ort und Stelle liquidiert worden waren. Von Kutno aus kamen sie in das Konzentrationslager Dachau. Was das bedeutet, läßt sich aus dem Fall der 1050 holländischen Juden erkennen, die am 7. Oktober 1943 von Auschwitz in das „KZ Warschau" verlegt worden waren. Nur fünfzehn blieben lange genug am Leben, um im April 1945 in Dachau von den Alliierten befreit werden zu können [33]*.

Das Gebiet des Ghettos ist wieder aufgebaut worden, nur die Straßennamen gehören der Vergangenheit an. Im Januar 1946 gab es in Warschau 9000 Juden, von denen manche außerhalb der Ghettos versteckt gelebt und sogar am zweiten Aufstand teilgenommen hatten. Andere waren aus deutschen Lagern zurückgekehrt. Heute ist die Zahl der in Warschau lebenden Juden bestimmt geringer [35], und Warschau hat jetzt wahrscheinlich weniger jüdische Einwohner als irgendeine andere europäische Hauptstadt.

2. Die Liquidierung der übrigen Ghettos in Polen und Rußland

300 000 Juden mußten nach dem Warschauer Aufstand aus den Ghettos in Lager überführt werden, um die Durchführung von

* Als erste kamen 300 nichtjüdische Lagerinsassen im KZ Warschau an, die am 23. Juli 1943 aus dem Lager Buchenwald abgeschickt worden waren, um Hütten zu bauen. Ende September kamen russische Juden und Juden aus dem Reich aus dem Ghetto in Minsk an. Außer dem am 7. Oktober eintreffenden holländischen Transport kamen noch Transporte von griechischen Juden am 8. und 12. Oktober aus Auschwitz, danach vielleicht auch noch Transporte aus Majdanek. Zwei Zugladungen mit Überlebenden aus Kutno kamen am 6. August und am 12. September 1944 in Dachau an. Anscheinend waren es 3428 Menschen. So waren also mehr als 2000 im KZ Warschau bereits gestorben [34].

Himmlers Plänen zu ermöglichen. Von diesen Juden lebten 220 000 in folgenden acht großen Städten:

Lodz	85 000	Wilna	20 000
Bialystok	30 000	Kowno	20 000
Sosnowiec-Bedzin	25 000	Riga	15 000
Lemberg	20 000	Minsk	8 500

Die vier russischen Ghettos wurden am 21. Juni 1943 in den Plan aufgenommen, als Himmler Glücks und Kaltenbrunner mitteilte, daß der Vorgang im „Ostland" bis zum 1. August erledigt sein müsse. Die Wehrmachtsarbeiter sollten in ein Lager in der Nähe von Riga gebracht werden, die Arbeitsfähigen in die Steinbrüche kommen und die übrigen „nach dem Osten" evakuiert werden, eine euphemistische Redensart, die Himmler noch verwendete, als die deutschen Armeen schnell westwärts zogen[36]! Die Reihenfolge, in der die letzten Aktionen in den Ghettos durchgeführt wurden, beleuchtet die dem Plan Himmlers entgegenstehenden Schwierigkeiten:

Lemberg	vom 21. bis 27. Juni 1943
Sosnowiec	4. bis 12. August 1943
Bialystok	21. August bis 15. September 1943
Minsk	14. September 1943
Wilna	23. September 1943
Riga	3. November 1943
Kowno	25. Juli 1944
Lodz	5. September 1944.

Die Tatsache, daß die Ghettos in Lodz und Kowno fast ein Jahr länger bestanden haben, ist das Seltsamste an der obigen Liste. Dagegen wurden die kleinen offenen Ghettos, meistens im östlichen Teil von Galizien und Weißrußland, und die schon erheblich größeren Ghettos von Tarnow und Przemysl alle noch vor November 1943 aufgelöst[37]. Zu diesem Zeitpunkt gab es offiziell im Generalgouvernement keine Juden mehr außerhalb der Arbeitslager. Am 2. August hatte Frank seiner Regierung mitgeteilt: „Hier haben wir mit dreieinhalb Millionen Juden begonnen; von ihnen sind nur noch wenige Arbeitskompanien vorhanden, alles andere ist — sagen wir einmal — ausgewandert[38]." Trotzdem war Frank im kommenden Jahr gezwungen zuzugeben, daß diese „wenigen Arbeitskompanien" immer noch ungefähr 100 000 Personen zählten.

Die letzte große Umsiedlungsaktion begann im Generalgouvernement am 21. Juni 1943 in Lemberg. Es gab 12 000 Juden mit Arbeitsbescheinigungen, die in ihren Fabriken eingeschlossen lebten, und 8000 „wilde" Juden. Seit dem Warschauer Aufstand waren durch die Nähe der ungarischen und slowakischen Grenze Versuche zur Organisierung einer Massenflucht sehr gefördert worden. Am 15. Mai erfuhr Katzmann durch die Verhaftung von zwanzig Entflohenen, daß der Fluchtweg in Richtung Brody ging, wo eine jüdische Widerstandsgruppe im Wald verborgen lebte. Katzmann behauptete, bei diesem seinem ersten Zusammentreffen mit irgendwelchem Widerstand seitens des galizischen Judentums dreiunddreißig Mitglieder der Gruppe gefangengenommen zu haben. Es besteht aber Grund anzunehmen, daß andere Mitglieder der Gruppe nach Ungarn entkommen sind[39].

Bei der letzten Aktion in Lemberg sahen sich die Deutschen jedoch einer viel gefürchteteren Waffe gegenüber, als es die wenigen jämmerlichen italienischen Pistolen der Ghettoverteidiger gewesen waren. Katzmanns Verluste beliefen sich auf acht Tote und zwölf Verwundete, 120 seiner Leute erkrankten jedoch an Fleckfieber, und einer davon starb. Er bekam jüdische Flugblätter zu lesen, in denen die Juden aufgefordert wurden, infizierte Läuse zu züchten, und man zeigte ihm sogar die Fläschchen, in denen sie enthalten sein sollten. Diese Geschichte kann sogar etwas mehr sein als bloße Gestapo-Propaganda, denn es gab in Lemberg eine Klinik — das Behring-Institut —, die von der Roten Armee als Typhusabwehrzentralstelle benutzt worden war und die später von den Doktoren Eyer und Haas von I.G.-Farben für die Wehrmacht weitergeführt wurde. Nach Angaben von Mary Berg soll Typhus-Schutzserum regelmäßig aus dem Behring-Institut in das Warschauer Ghetto eingeschmuggelt worden sein[40]. Gleichzeitig weiß man auch, daß dieses Institut infizierte Läuse für die Experimente an Menschen in deutschen Konzentrationslagern lieferte*. Vielleicht war das Lemberger Ghetto der einzige Ort, wo die Experimente der SS sich gegen sie selber kehrten.

* Haas hat in Nürnberg ausgesagt, daß er nicht nur Serum in den Typhus-Schutzblock nach Buchenwald gebracht, sondern auch Ampullen mit infizierten Läusen an Waldemar Hoven, den Chefarzt in Buchenwald, geschickt hat. Hoven hat in dem gegen ihn geführten Verfahren zugegeben, daß er Ende 1942 gezwungen war, fünfzig beschädigte Ampullen zu vernichten[41].

Katzmann war recht erstaunt, daß sich die Zahl der in der Zeit vom 21. bis 27. Juni 1943 „umgesiedelten" Juden auf 20 000 belief, da ja beim Lemberger Judenrat nur 12 000 überhaupt registriert waren. Von dieser Zahl sind etwa 3000 nicht auf den „Sandhügel" gebracht worden, sondern es wurde angegeben, daß sie in den Bunkern Selbstmord verübt hätten. Einige weitere Tausende wurden für das Arbeitslager in der Janowska-Straße zurückbehalten, wo bis Januar 1944 Lemberger Juden gelebt haben. Mehrere Juden, die aus diesem Lager entkommen waren, sind nach dem 27. Juli 1944, als Lemberg von der Roten Armee wiedererobert worden war, von einer russischen Kommission vernommen worden. Unter ihnen befanden sich Mitglieder des „Kommandos Nr. 1005", die die Toten vom Sandhügel zu verbrennen hatten und bei der Meuterei am 20. November 1943 entkommen waren. Von ihnen stammen die unvorstellbaren Beschreibungen von „Janow", die die sowjetische Anklage in Nürnberg vorgelegt hat. Man darf aber nicht annehmen, daß „Janow" als Folterkammer schlimmer war als Lublin und Auschwitz. Es war ein „Julag" oder jüdisches Arbeitslager der SS, wie es deren viele gab. Seine Mißstände waren die Mißstände des gesamten Systems von Himmler[42]*.

Am 30. Juni 1943 schätzte Katzmann, daß er im „Distrikt Galizien", das heißt in ganz Galizien östlich des San, 434 329 Juden „umgesiedelt" habe, womit er getötet meinte, denn 21 256 Juden, die noch in Arbeitslagern lebten und deren Zahl „von Zeit zu Zeit verrringert wurde", führt er gesondert auf. Seltsamerweise erschien gerade in diesem Augenblick eine schwache Hoffnung für diesen Rest der dichtesten jüdischen Bevölkerung Europas. Am 9. Juli tauchte die „Partisanen-Armee" des ukrainischen Generalmajors Sidor Kovpak an der galizischen Grenze auf und besetzte das jüdische Arbeitslager in Skalat. Sich durch die deutschen Li-

* Wie z. B. das Arbeitslager in Dorohucza bei Radom, das die Arbeitskräfte für die SS Fabrik OSTI Nr. 2 lieferte, in der Torfbriketts und Teerprodukte hergestellt wurden. Beim Prozeß gegen den SS-Truppführer Konrad Buchmayer vor dem Wiener Volksgericht im Dezember 1950 wurde angenommen, daß 1500 Juden in diesem relativ kleinen Lager bereits gestorben waren, ehe es am 3. November 1943 liquidiert wurde (Wiener Volksblatt, 16. Dezember 1950). Selbst ein kleines Fabrikkommando im Lager Plaszow, in dem nur 150 Juden und 200 politische Häftlinge beschäftigt wurden, hatte seinen eigenen „Todesberg", auf dem ein Mann schon deshalb hingerichtet werden konnte, weil er an der Maschine eingeschlafen war. (Bericht über den Prozeß gegen Bernhard Fuchs in Hohenneuendorf, Der Tagesspiegel, Berlin, 11. Mai 1947.)

nien bei Kursk hindurchschlängelnd, hatte diese Truppe einen phantastischen Marsch von 7000 Kilometern in westlicher Richtung gemacht, um die Ölraffinerien in Boryslaw in den Karpaten zu zerstören, und war so in Gebiete eingedrungen, die die Hauptvortrupps der Roten Armee erst ein Jahr später erreichten.
Nach Angaben von Josef Tenenbaum befreite Kovpak mehrere Hundert Juden aus dem Arbeitslager Skalat, und von dieser Zeit an schlossen sich ihm jüdische Freiwillige „aus jeder Stadt, jedem Lager und aus Unterschlupfen an"[43]; Solomon M. Schwarz, der andere Quellen zitiert, weiß allerdings anderes zu berichten. Den Juden in Skalat wurde gesagt, daß Soldaten und gesunde, kräftige Leute gebraucht würden und keine Konzentrationslagerinsassen, die sich kaum auf den Füßen halten könnten, und den dreißig jungen Leuten, die dennoch Kovpak folgten, wurden zunächst Waffen versagt, und sie selbst wurden fortgetrieben. Es ist noch gewichtiger, daß Kovpak in seinem eigenen Buch eine Judenbefreiung nicht erwähnt. Es wäre ja auch tatsächlich so etwas wie ein historisches Wunder, wenn ein in der Kosakentradition erzogener ukrainischer General zum Judenbefreier geworden sein sollte[44]. Das Schicksal der Juden in galizischen Lagern nach dem Angriff von Kovpak ist in Dunkel gehüllt. Ein Jahr später, als die Rote Armee wiederkam, lebten jedoch in dem gesamten Gebiet nur noch 9000 Juden in Verstecken, einschließlich der 827 in Lemberg lebenden Juden[45]. Nach Lemberg kamen die Zwillingsstädte des schlesischen Industriegürtels Sosnowiec-Bedzin an die Reihe. Mit ihren 185 000 Einwohnern, von denen 45 000 Juden waren, waren sie im Jahre 1939 ins Reich „heimgekehrt" und hatten ihre deutschen Namen Sosnowitz und Bendzin wieder angenommen. In den Monaten Mai, August und Oktober 1942 hatte man schon Aussonderungen vorgenommen, aber wegen der großen Zahl von Juden, die in der Industrie beschäftigt waren, hatten sie sich in kleinem Rahmen gehalten, und die Schätzung der Ärztin Dr. Ada Bimko, der zufolge in der letzten Aktion im August 1943 25 000 Juden in einer Woche nach Auschwitz geschickt wurden, ist wahrscheinlich nicht übertrieben. Dr. Bimko glaubte, daß in ihrem eigenen Transport am 4. August 5000 Juden waren und daß von diesen nur 500 ins Lager aufgenommen wurden[46]. Die ganze Aktion dauerte zehn Tage und ist insofern bemerkenswert, als genaue Berichte über die eingesetzten Kräfte erhalten geblieben

sind. Die ganze Aktion wurde von regulärer Polizei, von in der Nähe stationierten Schutzpolizeiabteilungen, durchgeführt. Die Zahl der aufgebotenen Leute schwankt zwischen 250 und 690, und da anscheinend keine Sicherheitspolizei in militärischen Formationen zu Hilfe gerufen worden ist, kann der von manchen Überlebenden beschriebene Widerstand[47] nicht mehr erreicht haben als ein Verzögern der geplanten Maßnahmen um ein paar Tage*.

Die Auswirkungen dieser Aktion werden aus einer vom Oktober 1944 datierten Aktennotiz ersichtlich, die die Polizei an das Ministerium des Innern gerichtet hat. Darin wird niedergelegt, daß die Bevölkerungszahl der beiden Städte vom Stand des Jahres 1939 mit 184739 auf 127350 gesunken sei. „Das jüdische Element, das den Hauptteil der Verbrecher stellte,... ist ausgesiedelt bzw. beseitigt worden, so daß mit einer außerordentlichen Kriminalität der Bevölkerung nicht mehr zu rechnen ist[49]."

Das nächste große Ghetto auf der Umsiedlungsliste war Bialystok. Diese Textilstadt hatte vor dem Kriege eine Bevölkerung von 110000 Seelen, und die Zahl der jüdischen Einwohner, die 39115 betragen hatte, war sicher durch Flüchtlinge noch erhöht worden, als im September 1939 die Russen die Stadt besetzten[50]. Zu einem Massenmorden verhältnismäßig nicht sehr großen Umfanges kam es nach der deutschen Besetzung am 11. Juli 1941, doch blieb es zunächst bei diesem einen. Ungefähr 12000 Quadratkilometer Sumpf und Wald wurden vom Reich als „Reichskommissariat Bialystok" annektiert, das ein Anhängsel des von Erich Koch regierten Gaues Ostpreußen wurde. In diesem Gebiet, in dem sich die großen jüdischen Gemeinden von Bialystok, Grodno und Lomza sowie viele kleinere Ghettos befanden, lebten mindestens 150000 Juden. Sie blieben seltsamerweise zunächst von dem Schicksal verschont, das ihre Nachbarn in Weißrußland und Litauen erdulden mußten. Selbst die 20000 Juden in Grodno, das litauisch gewesen war, entgingen den von Stahlecker organisierten Massakern. Die jüdischen Gemeinden in Bialystok und Grodno

* Dr. Dvorjetski erwähnt eine Frau, die von den Chalutzim von Wilna nach Bedzin durchgeschmuggelt und dann am 3. August in einem Bunker getötet wurde[48]. Jenny Spritzer sagt, daß der letzte Transport von Bedzin nach Auschwitz aus den Angestellten des Judenrates und anderen besonders bevorrechtigten Juden bestand, von denen einige die Wachen auf dem Abstellgleis in Birkenau mit Schußwaffen angriffen[48a].

wurden durch die Schaffung von Zweigghettos in Jasinowka und Keilbasin für Juden, die aus kleineren Ortschaften dorthin gebracht wurden, vergrößert, vielleicht sogar verdoppelt[51].

Selbst die Fangarme von „Einsatz Reinhard" vermieden es 1942 meist, auf das „Reichskommissariat" hinüberzugreifen, obgleich ein großer Teil des Grodnoer Ghettos nach Majdanek verlegt wurde. Erst im Dezember 1942, als für das gesamte Reichsgebiet die allgemeine Räumung anbefohlen wurde, gab Müller von der Gestapo einen Erlaß heraus, durch den außer den Juden in Berlin und Theresienstadt auch 30 000 Juden im Ghetto Bialystok erfaßt werden sollten. Die Verkleinerung des Hauptghettos in Grodno und die Verringerung der Zahl von „Landjuden" in Bialystok begann in jenem Monat mit Deportierungen nach Treblinka und Auschwitz. Diese Deportierungen umfaßten sehr bald das ganze „Reichskommissariat" ebenso wie Makow, Mlava und Ciechanow, das dem Gau Ostpreußen angeschlossen worden war. Obwohl die Auschwitzer Krematorien im Dezember und Januar Rekordleistungen vollbrachten, wurde Grodno erst am 12. März 1943 „judenfrei" gemacht[52].

Hinsichtlich des Ghettos in Bialystok mit seinen Textilfabriken, die für die deutsche Volkswirtschaft so wertvoll waren, wurde Müllers Erlaß vom 16. Dezember 1942 (siehe S. 188) nur sehr langsam zur Ausführung gebracht. Für die nächsten zwei Monate war die Mordmaschinerie in Auschwitz voll beschäftigt. Zwischen dem 3. und 12. Februar gingen drei Züge mit 13 000 Juden aus Bialystok nach Treblinka. Einige Juden wurden bei der Räumung der Bunker getötet, aber es gab keinen bewaffneten Widerstand, obgleich die lange Zeit der verhältnismäßigen Ruhe dazu geführt hatte, daß Bialystok eines der ersten Ghettos war, das Kampfgruppen organisierte[53].

In seinem Schriftwechsel mit Himmler von März und Juni 1943 besprach Globocnik die Frage der Verlagerung der Textilfabriken von Bialystok nach Lublin[54], aber erst am 21. August kam es zur Absperrung des Ghettos und zur Besetzung der Fabriken durch die SS. Als die Bevölkerung auf den Jurowiecka-Platz getrieben wurde, versuchten 300 Juden, den Stacheldraht zu überklettern, aber diese von langer Hand vorbereitete Aktion Tenenbaum-Tamarovs, auf die sich die letzten Hoffnungen des polnischen Judentums konzentriert hatten, schlug fehl. Die Kämpfenden suchten in

den Bunkern Schutz, von denen sich einige bis über den 15. September hinaus halten konnten, bis die Deutschen begannen, das Ghetto zu sprengen. In einem dieser Bunker fand auch Tenenbaum-Tamarov den Tod [55].

Aus zufällig in der Königsberger Reichsbahndirektion erhalten gebliebenen Begleitpapieren geht hervor, daß in der Zeit zwischen dem 21. und dem 27. August fünf Sonderzüge von Bialystok nach Treblinka gegangen sind [56]. 266 Waggons wurden abgefertigt. Auf einer solchen Fahrt, die im allgemeinen zwei bis zweieinhalb Stunden dauerte, konnten 80 bis 100 Juden in den Viehwagen Platz finden. So war also Raum genug für alle 25 000 Überlebenden *.

Abgesehen von Lodz waren damit alle polnischen Ghettos erledigt. Was nun die russischen Ghettos angeht, so hat Rosenberg bei einer Besprechung in seinem Büro am 13. Juli erklärt, daß 50 000 „Ostland-Juden" in Arbeitslager gebracht und weitere 22 000 „umgesiedelt" werden müßten. Generalkommissar Wilhelm Kube, dessen Bemühungen zugunsten der aus dem Reich Deportierten im Neunten Kapitel erwähnt sind, war bei dieser Besprechung zugegen und legte ein gutes Wort für die Juden in Minsk und Lida ein, die Schlitten für die Wehrmacht bauten. Gottlob Berger, der Chef des SS-Hauptamtes und Verbindungsmann Himmlers zu Rosenberg, machte den Vorschlag, 4000 dieser Juden in ein SS-Lager zu überführen, jedoch erwiderte Gauleiter Meyer darauf, daß auf Befehl Himmlers die Arbeitslager im Gebiet Minsk ebenso geräumt werden müßten wie die Ghettos [58]. Diese Erklärung wurde fünf Wochen später von Himmler bestätigt. Die überlebenden Juden sollten von Weißrußland in das Konzentrationslager Lublin oder „sonst irgendwohin" gebracht werden [59].

Seit April waren von den 6200 russischen und 2600 deutschen Juden, die das Massenmorden in Minsk im Juli 1942 überlebt hat-

* Nach Angaben von Dr. Josef Kermisz wurden die Juden in die Lager Treblinka, Majdanek, Blizyn und Auschwitz gebracht. Aus einem an Oswald Pohl gerichteten Bericht über die Abwicklung von Globocniks Unternehmen OSTI ist ersichtlich, daß drei Bialystoker Fabriken in Blizyn als Werk 6, 7 und 8 wieder aufgebaut wurden. Das Schicksal der großen Masse der Bialystoker Juden ist allerdings in Dunkel gehüllt. Obgleich alle zuerst nach Treblinka kamen, ist es im Licht der Aussagen von Wiernik und Rajzman unwahrscheinlich, daß dort manche wenige Tage vor dem Ausbruch des Aufstandes in Treblinka vergast wurden. Und doch erhielt Zdenek Lederer die Mitteilung, daß einige Kinder, die aus dem Ghetto in Bialystok nach Theresienstadt kamen (siehe Seite 462), gesehen hatten, wie ihre Eltern in ein „Badehaus" geschleppt wurden [57].

ten, nach und nach immer wieder welche in Gaswagen, die vom Gefängnis aus eingesetzt wurden, vergast worden. Wilhelm Kube machte immer noch den Versuch, deutsche Juden zu schützen, geriet aber dabei selbst in Schwierigkeiten. Am 10. Juli wurden Himmler die kritischen Äußerungen zugestellt, die Kube bezüglich des Kampfes gegen die „Partisanen-Republik am Palik-See" gemacht hatte[60]. Kube sprach in seinem Schreiben von angeblichen Partisanen, die in einer Scheune lebendig verbrannt und dann von Schweinen gefressen worden waren. Er sprach von Hingerichteten, die, nachdem man sie als tot hatte liegen lassen, sich im Krankenhaus zur Behandlung einstellten. Er beschwerte sich über die Sicherheitspolizei in Minsk und über den Handel, den sie mit Goldzähnen ermordeter Juden trieb, ein Geschäft, für das ein deutsch-jüdischer Zahnarzt benutzt wurde[61]. Kube hatte Eduard Strauch, dem Kommandeur der Schutzpolizei, gesagt, daß „diese Art unseres Vorgehens eines deutschen Menschen und eines Deutschlands Kants und Goethes unwürdig sei".

Als Kube am 20. Juli aus Berlin wieder nach Minsk zurückgekehrt war, stellte er fest, daß sich Strauch inzwischen an das „deutsche Ghetto" gemacht hatte. Während der Aktion hatte man den Ordnungsdienst der deutschen Juden unter dem Vorwand weggeschickt, in der Stadt sei ein Brand ausgebrochen, und er hätte sich zur Löscharbeit zur Verfügung zu stellen. Die Juden wurden auf Lastkraftwagen verladen und, wie Strauch von dem Bach-Zelewski schrieb, „sonderbehandelt". Die siebzig in Kubes Hauptquartier beschäftigten Juden waren ebenfalls getötet worden, wofür Strauch auch einen Grund angab[62]. Er hatte entdeckt, daß Kube versäumt hatte, zwei weibliche Büroangestellte zu bestrafen, die „Handel mit falschen Pässen getrieben" hätten. Er hatte es ferner unterlassen, den jüdischen Elektrotechniker verhaften zu lassen, der sich eine Abhörvorrichtung gebaut hatte, durch die er sämtliche Gespräche, auch die Kubes, abhören konnte.

Diese Beschwerden veranlaßten Kaltenbrunner zu dem Befehl, daß die in Büros beschäftigten Juden wieder zu körperlicher Arbeit zur Verfügung zu stellen seien, da die eingeborene Bevölkerung angefangen hätte, sich um ihre Gunst zu bemühen, in der Hoffnung, daß sie sich bei der Rückkehr der Roten Armee ihrer erinnern würden[63]. Hinsichtlich Kubes scheint Rosenberg die Absicht gehabt zu haben, Gauleiter Meyer nach Minsk zu schicken, um ihm

energische Vorhaltungen zu machen[64]. Von da an griff Kube nicht mehr ein, und Kaltenbrunners Anweisungen waren schon bald überholt, da am 14. September die letzten Juden aus Minsk wegkamen. Einige von ihnen wurden an Ort und Stelle in den „Dushegubky" oder Gaswagen getötet, und kaum eine Handvoll Juden aus dem Reich, die unter Kubes ganz besonderem Schutz gestanden hatten, überlebten den Krieg[65]*.

Am 22. September wurde dann schließlich Kube selbst von einer Bombe getötet, die sein Zimmermädchen, eine Partisanin, in seine Wohnung hineinwarf. Himmler sagte von dem Bach-Zelewski, daß Kubes Tod „für Deutschland ein Segen sei", denn er hätte ihn sowieso wieder ins KZ stecken müssen, „da seine Judenpolitik an Landesverrat grenzte"[68].

Als nächstes kam Wilna an die Reihe, nach einer viel längeren Ruhepause als diejenige, die dem Minsker Ghetto vergönnt gewesen war. Abgesehen von dem erschreckenden Verrat der „Kowno-Aktion" hatte zwischen dem 21. Dezember 1941 und dem 5. August 1943 keine „Umsiedlung" stattgefunden[69]. Die Führung von Jakob Genns hatte dem Ghetto in der Zeit der schlimmsten Massenmorde in Polen Ruhe und Sicherheit gegeben (siehe S. 73). Die Gruppe „FPO" (Fareinikte Partisanen Organizacie) konnte Boten in andere Ghettos schicken, Itzig Wittenberg, der Kommandant, betrieb einen Radiosender, gab eine Zeitung heraus und stand mit russischen Fallschirmgruppen in Verbindung[70]. In diesem eingeschlossenen Ghetto, aus dem 30 000 Juden im Jahre 1941 in den Tod gegangen waren, bestand eine blühende Erzeugung von kosmetischen Artikeln, Mineralwasser und Vitamin B-Tabletten. Es hatte das Monopol im Schornsteinfegen in Wilna, womit Vermögen verdient wurden; ein Theater, ein Fußballplatz standen zur Verfügung, und im Jahre 1943 wurden „Olympische Spiele" veranstaltet. Die Ghettokinder wurden zur Erholung aufs Land

* Dreizehn dieser Juden waren Deportierte aus Theresienstadt. Sie berichten, daß die Juden aus dem Reich von Minsk in das Lager im Warschauer Ghetto geschickt wurden. Andere kamen in das nahegelegene Lager in Maly Trostinec, wahrscheinlich das von Gottlob Berger erwähnte SS-Lager, das man erst gegen Ende Juni 1944 räumte, als die, die nicht ermordet wurden, in ein Lager bei Posen kamen[66]. Die letzten Juden verließen Lida mit der Bahn nach Lublin-Lager am 19. September. Nach Angaben von Mosche Kaganowitsch[67] wurde einigen, die in der Nähe von Nowogrodek aus dem Zug entkamen, von den Weißrussen ein schlechter Empfang bereitet. Durch die lange Zeit, in der sie unter dem Schutz von Kube und der Wehrmachtsstellen gestanden hatten, hatten sie sich den Vorwurf der Kollaboration mit den Deutschen zugezogen.

geschickt, und Kenner des Hebräischen waren mit Übersetzungen für die „Rosenberg-Stiftung" in Frankfurt a. M. beschäftigt*.

Die Massenmorde des Sommers 1942 brandeten bis an die Mauern des Wilnaer Ghettos, ohne dort Schaden anzurichten, aber im März 1943 brachte man Juden aus weißrussischen Landgemeinden in das Ghetto. Derartige Aktionen seitens des SD waren im allgemeinen das Vorspiel für die Liquidierung von älteren Ghettoinsassen. Trotzdem ließen sich am 15. April mehrere Tausend Wilnaer Juden von dem deutschen Angebot einer Überführung in das Kownoer Ghetto täuschen. Der Zug nach Kowno hielt jedoch an den Todesgruben in Paneriai an. Der Kommandeur des SD wich von der von Heydrich niedergelegten Politik des „Pharaonischen Grabes" ab und ließ den jüdischen Ordnungsdienst aus Wilna kommen, die Opfer zu begraben. Als diese Menschen von ihrer unsagbar grauenhaften Arbeit zu ihren Familien zurückkehrten [72], erkannte jeder einzelne im Ghetto, daß ihr Wissen um die Vorgänge und ihre Angst den Deutschen nichts mehr bedeuteten. Sie waren zum Tode verurteilt.

Einige der jüngeren, bewaffneten Juden entflohen ein paar Tage später in die Wälder. Die meisten von ihnen beschlossen, im Ghetto zu kämpfen, jedoch hat die Tatsache, daß der Partisanenführer Itzig Wittenberg sich im Juli freiwillig ergab, wahrscheinlich das Schicksal des Warschauer Ghettos von Wilna abgewendet. Die Deportierungen begannen am 5. August mit einem leichten Gefecht am Bahnhof, aber die folgenden Transporte gingen in Ruhe vor sich, weil bekanntgeworden war, daß der erste in ein Arbeitslager in Vaivara in Estland gegangen war. Die zwei folgenden Aktionen vom 1. bis 3., 23. und 24. September erfaßten alle noch verbliebenen Juden. In den Bunkern zeigte sich hier und da Widerstand, ein allgemeines Massaker wurde aber dadurch vermieden, daß Jakob Genns sich nun seinerseits freiwillig der Gestapo ergab [73] (siehe S. 244). Dies war noch nicht das völlige Ende des Wilnaer Ghettos. Juden, die in zwei Fabriken, HKP und Vilna Kajlis, beschäftigt waren, in denen Pelzfutter gemacht wurden,

* Man könnte die phantastische Möglichkeit nachprüfen, ob die Tatsache, daß die Ghettos in Wilna und Kowno noch weiterbestanden, Hitler verborgen geblieben sein sollte. Am 24. Juli 1942 bemerkte er — laut Dr. Picker —, daß es bezeichnend sei, „daß heute auch Litauen bereits judenfrei dastünde. Litauen hätte aus eigener Erfahrung gehandelt, es habe die Juden in der kurzen Zeit des Sowjetregimes zur Genüge kennengelernt" [71].

lebten weiter in isolierten Gefängnisblocks neben Juden, die für verschiedene deutsche Behörden arbeiteten. Diese Gefängnisse wurden am 2. Juli 1944 geräumt. Am 13. Juli fanden die Russen etwas mehr als 600 Juden, die in den Kanalisationsschächten versteckt waren[74].

In den beiden Ghettos der Stadt Riga hielt sich in dem Zeitraum zwischen Februar 1941 und August 1943 die Bevölkerungszahl auf ungefähr 15 000, obgleich im Jahre 1942 zwei weitere Transporte mit älteren Leuten durch falsche Versprechungen zum Erschießungsplatz nach Bikernieki gelockt worden waren, wahrscheinlich, um für 1200 Juden Raum zu schaffen, die aus Berlin kommen sollten[75]. Weder Max Kaufmann, der für das lettische Ghetto, noch Jeanette Wolff, die für das deutsche Ghetto spricht, beschreiben ein Leben, das sich mit dem in Wilna vergleichen ließe. Der Widerstand ist über das Stadium des Plänemachens nie hinausgekommen. Die Vergrößerung des Konzentrationslagers in Kaiserswald und die Gerüchte über Himmlers Befehl zur allgemeinen Räumung führten zur Ausarbeitung von Plänen für einen Aufstand des Ghettos, die aber von den Deutschen im Juni 1943 entdeckt wurden. Eine ernstere Verschwörung wurde im Oktober beim Ordnungsdienst aufgedeckt, dessen Mitglieder nun, nachdem die Evakuierungen drei Monate lang durchgeführt worden waren, ihr eigenes Ende nahen sahen. Unter der Anklage des Waffenbesitzes wurden etliche vierzig auf dem Hauptplatz und weitere 350 im Zentralka-Gefängnis erschossen[76].

Die letzten 4000 Juden verließen das Ghetto am 2. und 3. November. Die arbeitsfähigen Überlebenden, meist Frauen, kamen in ein Arbeitslager, 2000 Kinder aber und einige Kranke und Gebrechliche wurden mit sehr wenig Nahrungsmitteln auf offene Güterwagen verladen. Die Kinder unter 12 Jahren sollten angeblich in ein „Heim" nach Deutschland gebracht werden, die Rigaer Juden glaubten aber, man beabsichtige nur, den Zug so lange hin und her zu rangieren, bis die Insassen erfroren und verhungert waren. Ein Überlebender hat jedoch berichtet, daß der Zug nach Auschwitz gegangen ist und daß von den 2216 Insassen 600 auf der zehntägigen Reise gestorben sind[77]*. Daß man Juden aus

* Nach Angaben von Dr. Wolken, der im Quarantäne-Lager die Listen führte, kam der Transport aus Riga am 4. November in Auschwitz-Birkenau an, brachte aber nur 596 Menschen mit[78], von denen 476 vergast wurden.

Riga bis nach Auschwitz transportierte, erscheint mehr als seltsam, aber es gab im Generalgouvernement keine Todeslager mehr, und die Russen waren schon zu nah, als daß man es deutscherseits hätte wagen können, noch Massengräber auf freiem Felde anzulegen. Es ergab sich dann aber, daß die Russen Riga erst am 13. Oktober 1944 besetzten und Kaiserswald erst geräumt wurde, als die Landverbindung mit dem Reich bereits abgeschnitten war, so daß die Juden zu Wasser in das Konzentrationslager Stutthof bei Elbing gebracht wurden.

Über das Schicksal des Ghettos in Kowno sind weniger Unterlagen vorhanden. Es scheint jedoch, daß die Bevölkerung von 13 000 Seelen, die die Aktion vom 28. Oktober 1941 überlebt hatte, sich durch den Zustrom von deutschen und litauischen Deportierten bis auf 20 000 erhöhte. Die Überzeugung, daß in Kowno bessere Lebensbedingungen herrschten, die im April die Wilnaer Juden lockte, wird durch eine trockene Tatsachenschilderung bestätigt, die Dr. Samuel Gringauz, ein ehemaliger Richter aus Memel, gegeben hat. Die Deutschen griffen z. B. nur wenig ein, so daß Dr. Elkes, der nach den Massenmorden des Jahres 1941 Präsident des Judenrates wurde, bis zum 25. Juli 1944 im Amt blieb und den Krieg überlebte [79].

Das verhältnismäßig gute Aussehen der Kownoer Juden fiel während der Deportationen im September 1943 im Lager Kaiserswald tatsächlich auf. Nach diesen Deportationen wurde das Lager sechs Monate lang in Ruhe gelassen. Dann wurden die 140 Mitglieder des Ordnungsdienstes hinterlistig nach Fort 9 gebracht und dort erschossen, worauf das Ghetto auch im Inneren der SS unterstellt wurde [80]. Es bestand jedoch immer noch ein Rest von Autonomie, und am 25. Juli 1944 bat Dr. Elkes den Ghettokommissar Gewecke, der Gemeinschaft von drei- oder viertausend Juden zu erlauben, das Eintreffen der Russen an Ort und Stelle zu erwarten; im letzten Augenblick wurden aber die Frauen in das Lager Stutthof und die Männer nach Dachau gebracht.

Im November 1943 war Himmlers Befehl im großen und ganzen durchgeführt, und ungefähr 50 000 Juden aus den baltischen Staaten waren in Arbeitslagern, entweder in Estland oder in der Gegend von Riga, untergebracht. Die Männer wurden hauptsächlich in Lagern beschäftigt, in denen sie die sehr schwere Arbeit des Holzfällens und Torfstechens zu verrichten hatten oder in denen

Schieferölfabriken betrieben wurden. Die Frauen mußten, soweit sie nicht nach Auschwitz verschickt wurden, in Schneiderwerkstätten arbeiten.

Am 23. Juni 1944 brach die Rote Armee bei Witebsk durch, und gegen Ende des Monats Juli waren die baltischen Staaten vorübergehend vom Reich abgeschnitten. Bereits am 5. Juli hatte man beschlossen, die 4000 Juden, die dicht hinter der Front in den Schieferöl-Lagern von Kivioeli[81] arbeiteten, zu evakuieren, da Himmler strenge Vorschriften darüber erlassen hatte, daß keine Opfer zurückgelassen werden durften, die Aussagen machen konnten. Die deutschen Pläne konnten jedoch mit der Schnelligkeit des russischen Vormarsches nicht Schritt halten. So fiel Reval, die estnische Hauptstadt, am 23. September, und das Arbeitslager in Kloga war schon vier Tage zuvor eingekreist worden.

W. H. Lawrence von der „New York Times", der Kloga am 6. Oktober besucht hat, erfuhr dort, daß außer 800 russischen Kriegsgefangenen und 700 estnischen Partisanen auch 1500 Wilnaer Juden erschossen worden waren. Der Wilnaer Rechtsanwalt Dr. Lasarc Olajski berichtete der russischen Untersuchungskommission, daß er entkommen war, als man alle arbeitsfähigen Männer in die Wälder schaffte. Die übrigen Lagerinsassen waren an Ort und Stelle liquidiert und die Baracken dann in Brand gesteckt worden[82]. Es hat sicher noch andere Vorfälle dieser Art gegeben. Eine Woche vor der am 6. August vorgenommenen Evakuierung der 15 000 Lagerinsassen von Kaiserswald waren die Kranken der jüdischen Abteilung des Lagers herausgezogen worden, worauf sie von Dr. Krebsbach, einem Kinderarzt aus Köln, eine tödliche Injektion erhielten. Dr. Krebsbach war Lagerarzt in Mauthausen gewesen und wurde am 27. Mai 1947 von einem amerikanischen Gericht in Dachau zum Tode verurteilt[83].

Von den 50 000 Juden, die im November 1943 in den baltischen Lagern lebten, hat vielleicht ein Fünftel den Treck von Lager zu Lager in den letzten Monaten des zusammenbrechenden Dritten Reiches überlebt. 60—70 000 der ursprünglich vor dem Kriege in den baltischen Staaten lebenden Juden waren ihren Verfolgern von vornherein entkommen und verbrachten den Krieg hinter den russischen Linien. Es ist nicht bekannt, welcher Prozentsatz von ihnen zurückgekehrt ist.

3. Die Ghettos werden durch Arbeitslager ersetzt

Während die Evakuierung der Ghettos in Riga, Kowno, Wilna und Minsk vor sich ging, hing das Schicksal von mehr als 70 000 Juden, die die „Umsiedlungen" des Warschauer Ghettos sowie anderer polnischer Ghettos überlebt hatten, in der Schwebe. Sie wurden auf das Konzentrationslager Majdanek und auf eine Reihe von Globocnik unterstellten Arbeitslagern verteilt. Die Komplikationen, die sich in Himmlers Beziehungen zu seinem alten Freund „Globus" ergaben — an dessen Unehrlichkeit er wohl keinen Augenblick hatte zweifeln können —, führten zu diesem plötzlichen und verfrühten Verzicht auf diese Quelle von Arbeitskräften. Das Konzentrationslager Majdanek, das Himmler selbst bei seinem Besuch in Lublin im Juli 1941 geplant hatte, war an sich schon das Ergebnis des Mißtrauens, das Himmler gegen Globocnik hegte, denn Himmler hatte gehofft, durch die Einschaltung von Pohls WVHA Globocniks Spekulationen in jüdischer Arbeitskraft einzudämmen [84].

Mit dem Beginn der „Aktion Reinhard" erhielt Globocnik jedoch wieder Verfügungsgewalt über das Konzentrationslager Majdanek und dessen Zweigstellen. Außerdem hortete Globocnik in Majdanek und in dem ehemaligen Gebäude der „Action Catholique" in der Chopin-Straße die Beute aus den liquidierten Ghettos. Er brauchte sich selbst nur Quittungen von der „Garnisonskasse Lublin" [85] auszuschreiben, die nicht einmal SS-Standartenführer Schellin, der Wirtschaftsleiter der SS in Krakau, sehen durfte. SS-Sturmbannführer Wippern, Globocniks Schatzmeister, verteilte freigebig. Am 21. Oktober 1942 bat Himmler selbst um ein „Weihnachtsgeschenk" für 240 000 russische Volksdeutsche aus der in Lublin und Auschwitz aufgestapelten jüdischen Kleidung. Anscheinend ist daraus jedoch nichts geworden. Obgleich bis zum Februar 1943 825 Waggonladungen jüdischen geraubten Besitzes angesammelt worden waren, gab es keine Möglichkeit eines Bahntransportes nach der Ukraine [86].

In Berlin jedoch war Oswald Pohl bemüht, die Hand auf die Goldmünzen, Goldplomben und die zusammengerollten Bündel ausländischer Noten zu legen, die aus jedem todeskalten Berg von Leichen herausgesucht und offiziell als „Besitz" bezeichnet wurden, der aus „Diebstählen oder Hehlerei oder der Hortung von

Waren" stammte. Nach den Anweisungen vom 26. September 1942 hatte er dafür zu sorgen, daß die Beute ordentlich verteilt wurde: Gold zur Reichsbank, Uhren und Füllhalter an die Unterseebootbesatzungen und SS-Divisionen und Brillen an das Reichsgesundheitsamt. Aber irgendeine Kontrolle bestand nicht. Das Gold wurde beispielsweise gelegentlich von einem gewissen SS-Sturmbannführer Melmer in einem Handkoffer zur Reichsbank gebracht, wo es dann als „Konto Max Heiliger" dem Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk gutgeschrieben wurde[87].

Erst im Juni 1943 wurde Pohl dazu gebracht, seinen Wirtschaftsprüfer nach Lublin zu schicken, wo allein das Devisenkonto von Globocnik einen Kreditsaldo von 100 Millionen Mark aufwies. Bis zum Ende des Jahres war es bis auf 178 Millionen angewachsen. Trotzdem erhielt der Rechnungshof einen ungünstigen Bericht, der immer an Globocniks Namen haften blieb[88]. Außerdem war Globocnik von Himmler zum Leiter einer „OSTI" genannten Gesellschaft ernannt worden, die alle jüdischen Arbeitskräfte in der Provinz Lublin zu übernehmen hatte, und es war ungünstig für ihn, daß sein Versagen als Geschäftsmann mit diesem ungünstigen Bericht zeitlich zusammenfiel. Globocnik hatte sich nämlich gerade bei Himmler darüber beschwert, daß OSTI trotz der 45 000 jüdischen Sklaven, die zur Verfügung standen, keine Aufträge erhielt. Zum Beispiel war im Lager Poniatowo, wo Többens seine 18 000 Warschauer Juden hatte, nur Arbeit für 60 v. H. der Belegschaft. Er sagte, daran seien ausschließlich die Wehrmacht und die deutschen Geschäftsleute schuld, die auf ein SS-Unternehmen neidisch wären, das nicht zu Gewinnzwecken geführt wurde, und weil sie es vorzögen, das Lodzer Ghetto mit Aufträgen zu überschütten, in der Hoffnung, dadurch die dortigen 80 000 Juden vor der „Umsiedlung" zu retten[89].

Außer den 45 000 in den OSTI-Lagern beschäftigten Juden befanden sich in Globocniks Konzentrationslager Majdanek vielleicht noch ungefähr 12 000 Juden, meistens die konstitutionell nicht so anpassungsfähigen Deportierten aus Griechenland und Mazedonien. Wahrscheinlich war das die von Oswald Pohl erwähnte Zeit, in der Majdanek[90], das mit all seinen komplizierten Unterabteilungen zur Aufnahme von 15 000 Internierten bestimmt war, tatsächlich 25 000 Insassen hatte. Am 21. Juni teilte Globocnik Himmler[91] mit, daß nur die Hälfte der jüdischen Abteilung Beschäf-

tigung habe und noch dazu nur leichte Arbeit. Globocnik wollte deshalb zehn v. H. der Juden „umsiedeln". Himmlers Reaktion bestand anscheinend in einem Verlangen nach völliger Räumung. Ende des Monats wurden 5000 zur Arbeit untaugliche Juden in einem einzigen Eisenbahnzug in das Vernichtungslager Sobibor abtransportiert. Ein Viertel der Menschen starb auf dem Transport, und die übrigen mußten drei Tage in Sobibor auf den Beginn der Vergasungen warten (siehe S. 156). Die verbleibenden 5000 Juden sollten nach Auschwitz kommen, jedoch erfuhr Höss am 6. Juli, daß Globocnik 1700 Juden für die OSTI-Lager im Distrikt Radom zurückgestellt hatte.

Trotz eines ungünstigen ärztlichen Berichtes erreichten die 2800 verfügbaren Juden Auschwitz am 8. und am 11. Juli. Von den mit dem ersten Zug eintreffenden 1500 Juden wurden mehr als die Hälfte der Männer und vier Fünftel der Frauen auf Grund von hochgradiger Körperschwäche, Phlegmonen, schwersten Leistenbrüchen und Ödemen arbeitsunfähig befunden. Sie erhielten entweder leichte Arbeit zugewiesen oder wurden ins „Revier" oder ins Krankenhaus geschickt, von wo aus sie dann in die Gaskammern kamen. Die Ankömmlinge aus dem zweiten Zug machten einen „besseren Eindruck", so daß von 763 Juden nur 78 und von 568 Jüdinnen nur 49 „Sonderbehandlung" erfuhren[92]*.

Das jüdische Lager in Majdanek war immer noch nicht vollkommen geräumt, und im September wurde es erneut zu einer Durchgangsstelle für Juden aus dem Ghetto von Bialystok, die für Globocniks Fabriken bestimmt waren. Jedoch ging es jetzt rasch auf den letzten Akt des Trauerspiels zu, in dem sowohl die Fabriken wie das Stammlager zum Untergang bestimmt waren, weil Himmler von der Erklärung, mit der Globocnik seine geschäftlichen Mißerfolge begründete, nicht beeindruckt schien. Am 7. Septem-

* Die Begleitumstände beim Transport nach Sobibor und die endgültige Räumungsaktion im November 1943 beweisen, daß die nach Kurt Gersteins Besuch im August 1942 (siehe Seite 170) in Majdanek eingerichteten Gaskammern für die Arbeit in einem Todeslager nicht geeignet gewesen sein können. Ein polnischer Angestellter in der Registratur teilte der von den Russen eingesetzten Untersuchungskommission mit, daß im Juni 1943 3500 Juden vergast worden seien, aber die von der Kommission benutzten Zahlen — nach denen anderthalb Millionen Menschen im Lager ermordet worden sein sollen — sind sehr unglaubwürdig[93]. Das imposante Krematorium in Majdanek, das in der englischen Presse abgebildet worden ist, ist erst im Herbst 1943 fertiggestellt worden und wurde benutzt, um die vielen Massenbeerdigungen in der Umgebung des Lagers zu ersetzen. Es war keine Todesfabrik in der Art von Auschwitz.

ber befahl er Oswald Pohl, die zehn OSTI-Lager zu übernehmen, bei denen General Schindler vom Rüstungsamt gegenüber dem Gewinnlertum der Herren Schultz und Többens und den Machenschaften von Globocnik völlig blind gewesen war[94]. Globocnik mußte vor Pohl und Glücks erscheinen. Es wurde ihm mitgeteilt, daß die OSTI in Zukunft ihre Arbeitskräfte vom Reichsfinanzministerium mieten würde. Am 22. September wurde er aus dem Vorstand entlassen, und Himmler machte ihn darauf aufmerksam, daß seine Versetzung auch eine Regulierung der Konten bedinge. Die Bilanz für „Konto Reinhard I" müsse bis zum Ende des Jahres vorgelegt werden.

Theoretisch blieb Globocnik bis zum 19. Oktober Leiter der „Aktion Reinhard", tatsächlich war er aber Ende September in seine Heimatstadt Triest versetzt worden, wo er zum Höheren SS- und Polizeiführer für das adriatische Küstengebiet ernannt wurde. Das Verdienst hierfür beansprucht von dem Bach-Zelewski, der im September das militärische Kommando des Generalgouvernements als eines „Guerilla-Gebietes" übernommen hatte, weil russische Fallschirmtruppen am Bug aufgetaucht waren. Als Chef der Bandenbekämpfungsverbände hatte er Beispiele für Globocniks idiotische Umsiedlung von Deutschen im Bezirk Zamosc gesehen und hatte Kaltenbrunner dazu überredet, sowohl Globocnik wie Krüger abzuberufen[95].

Aus Triest bombardierte Globocnik Himmler mit Rechtfertigungsschreiben:

> „Das Besondere der Abrechnung ist, daß eine gebundene Einnahmevoraussetzung nicht gegeben war, da die Sammlung der Wertsachen auf Befehl erfolgte und nur durch die Anständigkeit und Sauberkeit sowie die Überwachung der hier eingesetzten SS-Männer eine restlose Ablieferung gewährleisten konnte. Was allerdings dann erfaßt und gesammelt war und von der Abteilung Reinhard vereinnahmt wurde, ist unter größter Genauigkeit und ohne Verfehlung abgerechnet und abgeliefert worden[96]."
>
> „Ich habe mit dem 19. 10. 1943 die Aktion Reinhard, die ich im Generalgouvernement geführt habe, abgeschlossen ... Meine Feststellungen in Lublin haben ergeben, daß es sich im Generalgouvernement und besonders aber im Distrikt Lublin um einen besonderen Ansteckungsherd gehandelt hat, und

versuchte ich daher diese Gefahrenmomente bildlich festzuhalten. Es wird vielleicht für die Zukunft sich zweckmäßig erweisen, auf die Ausschaltung dieser Gefahren hinweisen zu können. Andererseits habe ich versucht, eine Darstellung über den Arbeitseinsatz zu geben, aus dem nicht nur die Arbeitsmenge zu ersehen ist, sondern auch mit wie wenig Deutschen dieser Großeinsatz ermöglicht wurde[97]."

Globocnik bittet dann um einige Eiserne Kreuze für seine Leute „für die besonderen Leistungen dieser harten Aufgabe", von der der „Warschauer Einsatz" (für den Himmler bereits Auszeichnungen verteilt hatte) nur einen kleinen Teil ausgemacht habe. Himmler antwortete darauf, indem er Globocnik bestätigte, daß er „sich für das ganze deutsche Volk große und einmalige Verdienste" erworben habe.

Für die zehn Arbeitslager des OSTI-Konzerns, die Oswald Pohl am 7. September von Globocnik übernommen hatte, rückte der Tag der Katastrophe nun immer näher, an dem die jüdischen Arbeitskräfte nicht nur entlassen, sondern die Mehrzahl von ihnen ermordet werden sollte. Am 4. Oktober 1943 war Pohl mit nicht weniger als zwölf Höheren SS- und Polizeiführern und über hundert anderen SS-Chargen in einer muffigen Hotelhalle in Posen versammelt, wo Himmler eine grauenhaft unheilkündende Rede hielt, von der nicht nur eine lange Niederschrift, sondern teilweise sogar eine Grammophonaufnahme vorhanden ist[98]:

„Ich will hier vor Ihnen in aller Offenheit auch ein ganz schweres Kapitel erwähnen. Unter uns soll es einmal ganz offen ausgesprochen werden, und trotzdem werden wir in der Öffentlichkeit nie darüber reden ... Ich meine jetzt die Judenevakuierung, die **Ausrottung** des jüdischen Volkes. Es gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht: ‚Das jüdische Volk wird ausgerottet', sagt ein jeder Parteigenosse, ‚ganz klar, steht in unserem Programm, Ausschaltung der Juden, Ausrottung, machen wir.' Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist ja klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude. Von allen, die so reden, hat keiner zugesehen, keiner hat es durchgestanden. Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammenliegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 dalie-

gen. Dies durchgehalten zu haben und dabei — abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen — anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Das ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte ..."

Die meisten der illustren Zuhörer Himmlers haben hinsichtlich dieser Stelle vollkommen das Gedächtnis verloren. Nicht aber Oswald Pohl[99]:

„Wir haben uns nach dieser Rede an dem Tisch, an dem ich saß, über die Rede unterhalten, und sie fand bei den Kameraden, wir waren etwa 5 Personen an dem Tisch, durchaus keine Zustimmung ... Ich erinnere mich genau, daß dabei waren die Obergruppenführer Schmidt und von Herff und, ich glaube ... der Obergruppenführer Hildebrandt."

Waren sie überrascht? Himmler wußte ganz genau, zu wem er sprach, als er sagte: „Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt", und er wußte, daß das einzige, was sie überraschen konnte, Offenheit war. Pohl sah ganz deutlich, daß eine neue Phase der Endlösung im Kommen sein mußte, denn er berichtet, daß er hinterher um eine Unterredung mit Himmler gebeten habe, um die Zuteilung von Arbeitskräften zu besprechen und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß er „diesen Vernichtungsplan schon mit Rücksicht auf die Arbeitskräfte, die dadurch dem Reich genommen würden, nicht für richtig hielt". Es wurde ihm jedoch bedeutet, er möge sich um seine eigenen Angelegenheiten kümmern.

Der nächste Schritt wurde im November, einen Monat später, getan, als fünf von den zehn OSTI-Lagern zugemacht werden mußten. In Pohls Korrespondenz finden sich viele versteckte Hinweise auf das, was an diesem Tage geschah[100]. Außerdem haben zahlreiche deutsche und jüdische Überlebende aus den Arbeitslagern einen so genau übereinstimmenden Bericht gegeben, daß man ihm Glauben schenken muß. In allen jüdischen Lagern des Distrikts Lublin fand eine Selektion großen Stils statt. Elftausend Männer und sechstausend Frauen wurden nach Lublin (Majdanek) ins Lager gebracht. Im Zug des größten Massakers des ganzen Krieges wurden sie in Todesgruben, die innerhalb des Lagers von russischen Kriegsgefangenen ausgeschachtet worden waren, mit Maschinengewehren erschossen. Dann wurden die Leichen verbrannt. SS-Untersturmführer Mußfeld, der später eine der Ausch-

witzer Gaskammern befehligte, erzählte Konrad Morgen, daß er 20 000 Leute hingerichtet habe.

„Während der Verbrennung lag ein leichter Staub über der ganzen Stadt Lublin und hing in der Luft wie Rauch[101]." Prinz Christoph Radziwill, einer der ursprünglich hier als Gefangene lebenden Offiziere, der seit 1939 in Majdanek gewesen war, gibt folgende Beschreibung[102]:

> „Ich werde den Tag niemals vergessen, an dem die Nazis 17 000 Juden in Majdanek umgebracht haben, während ich in einem anderen Teil des Konzentrationslagers war. An jenem Abend haben sich viele meiner polnischen Mitgefangenen zur Feier des Tages betrunken. Das ist schrecklich, aber wahr."

Konrad Morgen behauptet, die Befehle zur Liquidierung der jüdischen Arbeitskompanien gesehen zu haben, die die Überschrift „Auf Befehl des Reichsführers SS" trugen. Er war der Meinung, daß Himmler auf Kaltenbrunners Rat hin gehandelt habe*, aber es ist ebensogut möglich, daß Himmler im Zorn über die geringe Leistung der OSTI-Fabriken die Aktion in einem Anfall von schlechter Laune befohlen hat — ohne irgend jemand davon in Kenntnis zu setzen. Globocnik schreibt z. B. am 5. Januar 1944 aus Triest[103]:

> „Am 3. 11. 1943 wurden die Arbeitskräfte den Arbeitslagern entzogen und die Werke stillgelegt. Die Lagerführer waren von dieser Aktion nicht unterrichtet, obwohl bei ihnen die Verantwortung lag. Am Tage vor der Lagerräumung hat General Schindler, Rüstungsinspektion Krakau, auf Grund einer Zusage von SS-Obergruppenführer Krüger mit den Lagerführern vereinbart, daß ... er am 2. 11. die Zusicherung bekom-

* Der Zeitpunkt von Himmlers Rede in Posen (4. Oktober) ist nicht weniger bemerkenswert als die einzigartigen Indiskretionen, die er von sich gab. Er sprach, drei Tage nachdem er gezwungen worden war, den krassen diplomatischen Mißgriff der Deportierungen aus Dänemark zu begehen. Am Tage darauf (5. Oktober) wurden die Kinder des Ghettos Bialystok aus Theresienstadt nach Auschwitz geschafft. Das war das Ende von Himmlers ernstlichem Liebäugeln mit dem englischen Angebot, ostjüdische Kinder in Palästina aufzunehmen (siehe Seite 462). Am 18. Oktober wurden Juden aus Rom unter den Augen des Vatikans verschleppt. Am 25. wurden die letzten der „Austauschjuden" aus Warschau nach Auschwitz gebracht. Im Zusammenhang mit der Liquidierung von OSTI am 3. November zeigen diese Ereignisse deutlich, daß es für die Juden nirgends eine Gnade gab. War Himmler von seinem Meister zur Ordnung gerufen worden? Die Theorie, daß Kaltenbrunner hinter all dem steckte, hat viel für sich. Es war die Zeit von Kaltenbrunners Eindringen in die „Palastclique", die aus Hitlers Freundin Eva Braun, ihrem Schwager Fegelein und dem „Majordomus" Martin Bormann bestand.

men habe, weitere 10 000 Juden für die Rüstungsarbeit abzustellen."

Und SS-Obersturmbannführer Horn schreibt in seinem Bericht über die Abwicklung der OSTI am 13. März 1944[104]:

„Trotz des besten Willens der eingesetzten deutschen Arbeitskräfte war es nicht zu vermeiden, daß ... nach Entzug der jüdischen Arbeitskräfte die Versuche, die Werke II, III und V wieder in Gang zu bringen, aussichtslos waren."

Nach Ansicht von Globocnik hat Többens in Poniatowo durch die Aktion einen Umsatz von dreizehn Millionen Zloty verloren. Er versuchte noch einige Wochen mit bezahlten polnischen Arbeitskräften weiterzuarbeiten[105], aber am 13. Januar 1944 gab Pohl dem WVHA den Befehl, alle Lager in den Distrikten Lublin, Radom, Lemberg und Krakau zu übernehmen. Das war das Ende der geschäftlichen Laufbahn von Walter C. Többens (siehe S. 77)*.

4. Die Russen dringen wieder in Polen ein

Eine weitere starke Verringerung der Zahl von jüdischen Sklaven in Polen vollzog sich bis zum Zeitpunkt des russischen Einmarsches in Polen im Juli 1944 nicht mehr. In der Zwischenzeit befanden sich einige 70 000 Juden in Lagern in den westlichen Provinzen, hauptsächlich in der Nähe von Krakau, Kielce, Radom, Tomaszow, Piotrkow, Tschenstochau und Lodz. Wenn man die Gruppe der Lager um Auschwitz, das Lodzer Ghetto und die versteckt lebenden Juden dazu rechnet, muß es damals in den deutschbesetzten Gebieten Polens noch eine Viertelmillion Juden gegeben haben. Im Gegensatz zu den von Heydrich im September 1939 erteilten Anweisungen waren manche dieser Ansammlungen sehr groß. Die Firma Hans Bauer und Karl Schranz (HASAG) in Tschenstochau beschäftigte 13 000 Juden, von denen 800 am 16. Januar 1945 von den Russen befreit wurden[108]. Skarzysko-Kamienna bei Kielce beschäftigte 8000 Juden und die Lager Blizyn und Starachowice bei Radom jedes ungefähr 5000. Eine Zeitlang beherbergte das Konzentrationslager Plaszow bei Krakau 12 000 Juden. Im Lager Plaszow herrschten die allerschlechtesten Bedingungen von allen

* Gleichzeitig wurden auch die letzten Juden aus dem Lemberger Arbeitslager in der Janowskastraße entfernt[106]. Im Februar wurden die jüdischen Arbeitslager östlich von Tarnow geräumt. Außer der Carpathicus-(Beskiden) Ölraffinerie in Drohobycz und einem Bohrlager in Borislaw, die zusammen noch bis in den April 1944 hinein 2500 Juden beschäftigten, gab es östlich der Weichsel kein Judenlager mehr[107].

Lagern. Hier regierte der berüchtigte SS-Sturmbannführer Amon Göth, der von den Deutschen im September 1944 wegen Unterschlagung ins Gefängnis gesetzt und von den Polen 1946 hingerichtet wurde* [109].

Die Lager, aus denen private Firmen sich von der SS Arbeitskräfte mieteten, waren ein wenig besser. Unterernährung war allerdings grundsätzlich vorgeschrieben, und von hier aus entwickelte sich die Typhusepidemie, die 1945 durch die deutschen Konzentrationslager ging.

Am 16. Juli 1944 machte die Rote Armee einen Angriff in Richtung auf Lemberg, überquerte am 18. den Bug, nahm am 27. Lemberg und erreichte die Weichsel am 3. August. Am 20. Juli hatte der Befehlshaber der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement, SS-Oberführer Schöngarth, den Befehl gegeben, Gefängnisse und Arbeitslager zu sprengen, wenn sie nicht rechtzeitig geräumt werden konnten. Die Zahl der Opfer sollte durch Massenüberweisungen in Konzentrationslager in Deutschland niedrig gehalten werden. „Unter allen Umständen muß vermieden werden, daß Gefängnisinsassen oder Juden vom Gegner, sei es WB (polnischer Untergrund) oder Rote Armee, befreit werden, bzw. ihnen lebend in die Hände fallen [110]."

Für die Juden bedeutete dieser Befehl im allgemeinen Auschwitz oder die Selektion für die Gaskammern. Es hat nicht den Anschein, als seien sie an Ort und Stelle liquidiert worden. Im Dezember 1944 hatte Dr. Rezsö Kastner, ein jüdischer Rechtsanwalt, der mit der SS um das Leben jüdischer Ungarn Verhandlungen führte, eine bedeutsame Unterredung mit Eichmanns Mitarbeiter Dieter Wisliceny in dessen Wohnung in Wien [111]. Wisliceny teilte ihm mit, welche Anweisungen Eichmann den Lagerkommandanten in Polen gegeben hatte; obwohl jüdische Leben grundsätzlich geschont werden sollten, hatten sie den Auftrag, jeden Widerstand gegen die Evakuierung exemplarisch zu bestrafen. Wisliceny war der Ansicht, daß die SS diese Anweisung richtig ausgelegt hatte, als sie so viel Juden wie möglich auf dem Marsch erschoß.

* Amon Leopold Göth, der Liquidator der Ghettos in Krakau und Tarnow, war wie fast alle leitenden Männer in Globocniks „Abteilung Reinhard" Österreicher und Gründungsmitglied der Österreichischen Nationalsozialistischen Partei. Ein Verwandter und Namensvetter, Amon Göth, wurde 1948 in Graz überführt, die Wiederherstellung des nationalsozialistischen Regimes geplant zu haben, und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, jedoch im August 1952 begnadigt (THE TIMES, 23. August 1952).

Gegen Ende Juli 1944 wurden ungefähr 27 000 Juden aus neun Lagern in den Gebieten von Radom und Krakau evakuiert, zusammen mit beinahe 4000 Juden aus dem Lager im ehemaligen Warschauer Ghetto. Das Lager Pustkowa bei Debica wurde am 28. Juli geräumt, und die Insassen kamen nach Auschwitz. Nach Dr. Wolkens Liste[112] entgingen nur 463 von 1600 Männern der Gaskammer. Das Lager Blizyn wurde ebenfalls geräumt und die Insassen auch nach Auschwitz gebracht. Der Arzt David Wajnapel aus Radom hat in Nürnberg erklärt, daß Hunderte der Insassen auf dem Marsch mit Maschinengewehren erschossen wurden[113]. Weitere Transporte gingen aus dem Lager Plaszow und aus dem Krakauer Aussonderungslager nach Auschwitz. In der gleichen Woche wurden auch viele der Hütten in Plaszow abgerissen, um in dem berüchtigten Lager Nr. 2 in Bergen-Belsen wieder aufgebaut zu werden (siehe S. 528 f.). Die letzten Insassen von Plaszow, hauptsächlich Frauen, wurden aber erst im Oktober nach Auschwitz gebracht, wo nach Angaben von Mila Hornik — einer der Überlebenden — 600 nach einer der letzten Selektionen vergast wurden. Dann hat man die Krematorien gesprengt[114].

Mitte August wurde der russische Vormarsch durch Widerstand sowohl im Gebiet um Warschau wie in den Karpaten zum Stillstand gebracht. Die Front blieb bis zum 11. Januar 1945 unverändert, und in dem Dreieck Warschau–Lodz–Krakau blieben mehr als dreißigtausend Juden in ihren Lagern. In diese Zwischenzeit fällt die Liquidierung des letzten Ghettos in Europa, der großen jüdischen Gemeinde von Lodz.

„Umsiedlungen" aus Lodz hatten seit dem Aufstand in Warschau nicht mehr stattgefunden. Tatsächlich war das Ghetto im August 1943 um einige Hundert abgerissene und verhungerte Juden aus den städtischen Arbeitslagern des Posener Gebietes erweitert worden*. Daher befanden sich zu Beginn des Jahres 1944 nicht weniger als 80 062 Juden im Ghetto, von denen die große Zahl von 60 200 als Arbeiter registriert war. Am 22. Januar kam Eich-

* Globocnik hatte sich am 21. Juni 1943 bei Himmler über Lodz beschwert, und am 5. Januar 1944 schrieb er ihm aus Triest, daß er wegen seiner Versetzung die Aktion in Lodz nicht habe durchführen können[115]. Tatsächlich ist dieses Versäumnis auf Himmlers schwankendes Verhalten zurückzuführen, denn er hatte im Juni Gauleiter Greiser versprochen, Lodz in ein Konzentrationslager umzuwandeln. Im September hatte er die Absicht geäußert, die Ghetto-Industrien nach Lublin zu evakuieren, und im Dezember war er wieder auf den Konzentrationslagerplan zurückgekommen[116].

mann nach Lodz, um mit dem Ghettoverwalter Hans Biebow, den örtlichen Behörden und den Vertretern des SS-Wirtschaftsamtes zusammenzukommen, wobei er eine höchst charakteristische Rolle spielte. Im Ghetto lebten 5365 Kinder unter zehn Jahren — dem Alter, in dem sie zur Arbeit gezwungen wurden. Eichmann gab die Anweisung, daß diese Kinder — mit Ausnahme der Kinder von Ordnungsdienstpolizisten und anderen Angestellten in bevorzugten Stellungen — „entlassen" werden sollten[117]. Als drei Monate später das Auswärtige Amt auf der Suche nach 5000 jüdischen Kindern als Tauschobjekte für die Alliierten war, teilte Eichmann dem ehrenwerten Eberhard von Thadden mit, daß der einzige Ort im besetzten Gebiet, wo noch 5000 jüdische Kinder für eine Auswanderung in Betracht kämen, das Ghetto von Lodz sei; doch werde auch dieses in Kürze nach Himmlers Weisungen liquidiert werden[118].

Nach der Zusammenkunft mit Eichmann in Lodz berichtete das SS-Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt Himmler, daß die Umwandlung des Ghettos in ein Konzentrationslager ein zu großes finanzielles Risiko bedeuten würde, und aus den trockenen statistischen Angaben in diesem Bericht ergibt sich ein gespenstisches Bild menschlichen Elends[119]:

> „Unter den Betrieben befinden sich 14 mit 10 921 Beschäftigten, die mit der Herstellung von Teppichen ... beschäftigt sind, keine kriegswichtige Arbeit leisten und sofort geschlossen werden können. Ebenso kann die Arbeit für den inneren Ghettobedarf von der Hälfte der eingesetzten Juden ... geleistet werden ... Die Gesamtleistungen ... sind niedrig. Eine Zusammenfassung der Umsätze Februar/April, September/Oktober 1943 ergibt für die angeblich produktiv eingesetzten Arbeitskräfte Umsatzleistungen von RM 2,— bis 2,50 je Arbeitskraft und Tag. Ein Drittel der eingesetzten Arbeitskraft ... geht ... verloren ... Die Betriebe im Ghetto werden ausschließlich von Juden geführt. Arische Betriebsführer fehlen. Aus Sicherheitsgründen kommen nur 3 oder 4 (Arier) ins Ghetto ... Die Ghettoverwaltung gibt durchschnittlich je Arbeitskraft und Tag RM 0,75 aus."

Trotz dieses Berichtes wurde Greiser am 9. Februar vom SS-Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt mitgeteilt, daß Himmler den Konzentrationslagerplan beibehalten würde, weil es aus „technischen

Gründen nicht möglich sei, das Litzmannstädter Ghetto nach Lublin zu verlagern". Damals besuchte Himmler persönlich Greiser, und am 14. teilte Greiser Pohl mit, daß Himmler eine direkte Liquidierung beabsichtige. „Die Verringerung wird durch das im Gau schon früher tätig gewesene Sonderkommando des SS-Hauptsturmführers Botmann durchgeführt werden. Der Reichsführer wird Befehl erteilen, daß ... Botmann mit seinem Sonderkommando aus ... Kroatien herauszuziehen und dem Gau Wartheland wieder zur Verfügung zu stellen ist." Am 16. Februar schrieb Pohl an Greiser, Kaltenbrunner und (durch Rudi Brandt) an Himmler. Seine Freude darüber, daß sein Amt nicht mit dem Lodzer Ghetto belastet werden und die Lösung so einfach sein sollte, kannte keine Grenzen [120]. Das Botmann-Kommando kehrte nach Chelmno zurück, wo das Krematorium im April 1943 gesprengt worden war. Doch gab es bis zur russischen Juli-Offensive wenig Arbeit; dann aber sank die Bevölkerungszahl im Ghetto plötzlich um 7700 [121]. Anfang August wurde eine Massenevakuierung anbefohlen. Am 4. wurde den Arbeitern der Fabriken Nr. 1 und 2 mitgeteilt, daß die Rationen für sie am Bahnhof bereitgehalten würden. Dieses Manöver war nicht ganz erfolgreich, denn drei Tage später wurde den Arbeitern aus den Fabriken Nr. 3 und 4 mitgeteilt, sie sollten sich ihre Rationen im Zentralgefängnis abholen. Die aus den Werken 1 und 2 könnten das, wenn sie wollten, auch tun. Schließlich mußten alle „wilden", zu keiner Fabrik gehörenden Juden Straße für Straße ausgekämmt werden wie in Warschau; die meisten der arbeitenden Juden folgten jedoch Biebows Aufruf vom 7. August, von dem eine Ausfertigung noch vorhanden ist. Biebow wies darauf hin, daß die deutsche Bevölkerung bereits Lodz verlasse und daß die Beschießung begonnen habe. Er malte dann in leuchtenden Farben die Vorteile aus, die die Juden genossen, die in den HASAG-Fabriken in Tschenstochau beschäftigt waren, und bot ähnlich günstige Bedingungen in Lagern in Deutschland an, fügte aber eine Drohung hinzu: „Ich stehe doch nicht hier wie ein dummer Junge, halte Reden, und keiner kommt. Wenn sie zu Zwangsmaßnahmen zwingen, dann wird es eben Tote und Verwundete geben [122]."

Am 21. August waren 61 174 ausgehungerte, erschöpfte Juden im Ghetto, deren Mut und Willen gebrochen waren. Am Abend des 5. September waren fast alle fort mit Ausnahme des Aufräumungs-

kommandos, das am 15. Januar 1945, als die Rote Armee in die Stadt eindrang, noch immer 870 Juden zählte [123]*. Die Deportationen nach Auschwitz und nach anderen Lagern zogen sich über viele Wochen hin. Typhusfälle, die im Frauenkrankenhaus in Birkenau auftraten, wurden durch einen Transport aus Lodz hervorgerufen, der am 27. Juni eintraf [125], während Chaim Rumkowski, der angeblich im Krematorium gesehen worden war, Lodz erst am 6. September verließ [126]. Mehrere Insassen von Auschwitz, darunter auch Dr. Nyiszli, haben den durch Hunger verursachten Zustand der Lodzer Juden bemerkt [127]. Kristina Zywulska sah viele Lodzer Jüdinnen auf den Feldern [128] im Umkreis des Lagers arbeiten, die meisten „Tauglichen" wurden jedoch in andere Lager weitergeschickt, da ein Bericht vom 1. August zeigt, daß man noch 60 000 Juden aus Lodz erwartete [129].

Es ist ganz klar, daß nicht annähernd eine solche Zahl von Menschen bis nach Deutschland gekommen ist, aber die Schätzungen Überlebender in bezug auf Massenvergasungen von Lodzer Juden müssen mit der üblichen Vorsicht bewertet werden. Dr. Wolkens Liste erwähnt nur einen „Selektions"-Zug vom 21. August** [130]. Immerhin war die Sterblichkeit in den deutschen Lagern ungeheuer, und viele Tausend Lodzer Juden haben in der letzten Tragödie in Belsen ihren Untergang gefunden (siehe S. 530 f.). Einiges läßt sich über das Schicksal der letzten 70 000 Lodzer Juden aus den Zahlen der polnischen Volkszählung entnehmen, da diese zeigen, daß in der ganzen Provinz Lodz im Januar 1946 nur 17 500 Juden lebten [131].

Der ehemalige Ghettoverwalter Hans Biebow ist in Lodz am 27. April 1947 gehängt worden [132]. Dieser ehemalige Versicherungsagent stammte ebenso wie Többens aus Bremen, und seine Lauf-

* Außer dem Aufräumungskommando, das bis zur Eroberung durch die Russen in Lodz blieb, sind noch andere Menschen auf viel sonderbarere Weise am Leben geblieben. Mit Hilfe Biebows und seines Stellvertreters Seifert wurden etwa 500 Juden, meistens Arbeitsaufseher mit ihren Familien — sogar 30 Kinder waren dabei —, in einer Schneiderwerkstatt unter dem Vorwand behalten, daß sie die Hütten auseinandernehmen und nach Deutschland verlagern müßten. Auf diese Weise blieben die 500 bis zum 22. Oktober 1944 in Lodz, dann wurden die Frauen nach Ravensbrück gebracht, und die Männer folgten den Hütten nach Königs Wusterhausen, einem Arbeitskommando des Konzentrationslagers Sachsenhausen [124].

** Die Liste enthält nur Transporte, die in der Quarantäne-Abteilung des Birkenauer Männerlagers registriert worden sind. Zu dieser Zeit war es üblich, Juden, die aus den Selektionen herauskamen, direkt zu Arbeitskommandos zu schicken oder sie, in Erwartung der Überführung, in einer besonderen Abteilung des Lagers zu halten.

bahn hat in vieler Hinsicht Ähnlichkeit mit der von Többens. Es ist zwar wahr, daß der letztere das Ghetto zu seinem persönlichen Vorteil ausbeutete, während Biebow (theoretisch) nur seinen Herren diente, aber beide haben mit derselben Gleichgültigkeit ihre Leute zu Tode geschunden. Biebow war ein Mann, der über alle Tatsachen Bericht erstattet hat und der anscheinend anständig ernährte und voll leistungsfähige Arbeitskräfte vorgezogen hätte, aber immerhin hat er in Kenntnis der Bedeutung von Heydrichs Politik der „natürlichen Verminderung durch Arbeit" bis zum Ende mitgearbeitet und seiner Arbeit durch die fast unglaubliche Verlogenheit seines Aufrufes vom 7. August 1944 die Krone aufgesetzt. Biebows Berichte sind die eines vorbildlichen Verwaltungsbeamten. Die Tatsache, daß ein vorbildlicher Verwaltungsbeamter bereit gewesen ist, diese Rolle zu spielen, ruft die sehr beunruhigende und nicht zu beantwortende Frage nach der wahren Bedeutung der Endlösung auf.

Zwölftes Kapitel

Frankreich

1. Das Werben um Vichy

Hitler, der niemals erwartet hatte, Frankreich, Belgien und die Niederlande in sechs Wochen niederzuwerfen, ging an die Lösung der Probleme, die sich aus der Besetzung ergaben, ohne vorgefaßten Plan erst im Augenblick ihres Auftauchens heran. Es gab keine bevölkerungspolitischen Probleme mit Umsiedlungsgedanken wie für Polen, und eine Zeitlang wurde Frankreich im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Auffassung des Judenproblems kaum in Betracht gezogen. So haben wir im Vierten Kapitel einen Versuch verzeichnet, das bis November 1942 unbesetzte Frankreich nicht als ein judenfrei zu machendes Gebiet zu behandeln, sondern als ein Sammelbecken für in Deutschland unerwünschte Juden. Nachdem Hitler diese Aktion, die wahrscheinlich ein Privatunternehmen Heydrichs war, eingestellt hatte, entschied sich das RSHA für den genau entgegengesetzten Vorgang. Von nun an wurde versucht, die Regierung Pétain auf die Linie der gegen die Juden innerhalb des Reiches ergriffenen Maßnahmen zu bringen. Mit der freudigen Unterstützung des „Botschafters" Abetz und der ihm zugeteilten Beamten des Auswärtigen Amtes, Schleier und Zeitschel, begann Heydrich den Apparat einer „Reichsvereinigung" und eines „Juden-Dezernats" aufzubauen, einer Körperschaft zur Behandlung aller jüdischen Angelegenheiten, die einer besonderen Polizeiabteilung untergeordnet war, durch die allein man sich an die Regierung wenden konnte. Das war das von Heydrich und Eichmann in Wien und Prag aufgebaute klassische Muster. In Frankreich wurde niemals das gleiche Ergebnis erzielt, und infolgedessen wurden weniger als 65 000 von den 300 000 in Betracht kommenden Juden während des Krieges deportiert.
Das war nur die äußere Ursache für das Mißlingen des Planes. Der

Apparat versagte vollkommen, weil er vom psychologischen Gesichtspunkt aus ungeeignet war. Es dauerte lange, bevor die Gestapo verstand, daß selbst jene französischen Beamten, die zur Zusammenarbeit weitestgehend bereit waren, darauf bestanden, einen in Frankreich geborenen Juden und auch einen Juden, dem die französische Staatsbürgerschaft verliehen worden war, als einen Franzosen zu betrachten. Es ist andererseits wahr, daß die Regierung Pétain in dem ihr aufgezwungenen Tauschhandel immer bereit war, die staatenlosen Juden und die Flüchtlinge aus dem Reich zu opfern. So kam es, daß zwar weniger als ein Zehntel der aus Frankreich deportierten Juden die französische Staatsbürgerschaft besaß, daß aber die meisten der Flüchtlinge ausgerottet wurden.

Leider waren die Flüchtlinge ein geeignetes Opfer für diese unterschiedliche Behandlung. Sie hatten sich meist mit Hilfe jüdischer Wohltätigkeitseinrichtungen am Leben erhalten und wurden ihrer Einkommensquelle durch die Flucht der begüterten und einflußreichen französischen Juden im Sommer 1940 vielfach beraubt. Es war der Gestapo leicht, die Überbleibsel der Wohlfahrtsorganisationen zusammenzufassen, um eine neue „Reichsvereinigung" zu schaffen, aber ihre Wirksamkeit konnte sich nur auf staatenlose Juden beschränken. Die französischen Juden hatten noch gewisse Einnahmequellen, sie waren zu Hause, sie hatten nichtjüdische Freunde, und sie waren „Débrouillards". Sie konnten sich sogar der Identifizierung durch die „Physiognomie-Brigade" der Gestapo entziehen. Der Unterschied war so groß, daß die Gestapo, als sie einen gemeinsamen Ausschuß für jüdische Wohlfahrtsorganisationen gründen wollte — traditionsgemäß die erste Stufe zu einem Judenrat —, zwei in Wien geborene Juden zu Leitern bestellen mußte, denn der Ausschuß wurde von den bodenständigen französischen Juden boykottiert[1].

Gegen Ende des Jahres 1941 wurden die entsprechenden Ausschüsse der zwei Zonen unter dem Namen „Union Générale des Israélites de France" (UGIF) zusammengeschlossen. Das bedeutete aber nicht, daß UGIF ein Judenrat im osteuropäischen Sinne war, obwohl die Pariser Zweigstelle im Dezember 1941 bei der Aufbringung einer Kontribution von einer Milliarde Franken mithelfen mußte und zur Zeit der Deportationen Unterstützungen unter Benutzung der deutscherseits beschlagnahmten jüdischen Gut-

haben verteilte. Aber UGIF hat niemals eine jüdische Polizei zur Verhaftung von Juden ins Leben gerufen, nicht einmal im Juli 1943, als Anton Brunner seine jüdischen „Ködergruppen" aus dem Lager Drancy zur Verfügung stellte[2].

Wenn es Himmler und Heydrich nicht gelang, ein wirksames Ghettosystem in Frankreich zu errichten, so waren sie auch nicht in der Lage, eine französische Inquisition einzusetzen, deren Wirken von irgendeiner praktischen Bedeutung war. Das „Commissariat aux Questions Juives" konnte sich nie voll auf die Unterstützung durch die Vichy-Regierung verlassen, und die reguläre Gendarmerie leistete seiner Polizei immer weniger und weniger Hilfe. Aber es war für die Sieger von 1940 wesentlich, daß die Juden den Eindruck haben sollten, von Franzosen verhaftet und deportiert worden zu sein, und im ersten Siegestaumel hatte man auf deutscher Seite wenig Grund, daran zu zweifeln, daß auf diese Gefälligkeit von seiten der Besiegten gerechnet werden könne. Das „Statut des Juifs" vom 4. Oktober 1940, durch das jüdische Flüchtlinge, die ihrer ursprünglichen deutschen Staatsbürgerschaft verlustig gegangen waren, die elementarsten Menschenrechte verloren, wurde leicht durchgesetzt; es ermöglichte immerhin die Festhaltung von 40 000 Juden aus beiden Zonen in Internierungslagern[3]. Außerdem zwang es die französischen Behörden zur Internierung der deutschen Juden, die ihnen von Heydrich achtzehn Tage vorher aufgenötigt worden waren. Aber im folgenden Februar kam ein Warnungssignal. In einer Besprechung vom 3. Februar 1941, an der auch Werner Best, damals Chef des Zivildienstes beim Militärbefehlshaber, teilnahm, sagte der Vertreter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD in Belgien und Frankreich, SS-Sturmbannführer Lischka, daß man die Schaffung einer Zentralstelle für die Judenfrage angesichts der „Reaktion des französischen Volkes gegenüber allem, was aus Deutschland komme", den Franzosen überlassen müsse[4]. Als in diesem Monat vorgeschlagen wurde, daß der Militärbefehlshaber, General Otto von Stülpnagel, die Internierung der verbleibenden Flüchtlinge sanktionieren sollte, setzte Eichmanns Vertreter, Theodor Dannecker, Abetz auseinander, daß „eine juristische Ergänzung seitens Vichys notwendig wäre„ [5].

Am 6. März unterrichtete Abetz Ribbentrop, daß Pétain weit entfernt davon sei, die Begeisterung für die Admiral Darlan zuge-

schriebenen Maßnahmen zu teilen. Nach Rücksprache mit Xavier Vallat, dem früheren Generalsekretär der Légion de Combattants, den die Regierung Pétain zu ihrem ersten Kommissar für jüdische Angelegenheiten gemacht hatte, stellte Abetz fest, daß neue Gesetze, die zur Auswanderung französischer Juden führen sollten, auf starken Widerstand stoßen würden[6]. Später erklärte Dannecker, daß Vallat auch aus seiner Einstellung zugunsten „assimilierter" ausländischer Juden kein Hehl mache und daß die Festnahme von 3600 in Frankreich naturalisierten polnischen Juden am 14. Mai 1941 in den Kreisen der Vichy-Regierung mehr Aufregung verursacht habe als die Festnahme von 30000 unerwünschten Juden aus dem Reich Ende 1940[7].

Hauptsturmführer Theodor Dannecker, der Verfasser des Berichtes vom 1. Juli 1941, war ein Jurist, der sich in kleinlichen Tricks auslebte. Seine Bedeutungslosigkeit geht daraus hervor, daß ihn bis jetzt niemand aufzuspüren in der Lage war. Der größte Teil der Informationen, die er für Heydrich gesammelt hatte, war kindisches Geschwätz. Trotzdem waren Stülpnagel, Rosenberg und Abetz bereit, einmal wöchentlich ihre Vertreter in Danneckers Büro in der Avenue Foch zu senden, um sich mit diesem Niemand zu beraten — ein Beweis für die heilige Scheu, die die höchsten Beamten der Gestapo entgegenbrachten.

Der Soldat Stülpnagel wehrte sich allerdings ein wenig. Erst im Dezember 1941 gab er seine Zustimmung zur Deportation von Juden aus Frankreich, und dann auch nur unter dem Vorwand von Vergeltungsmaßnahmen. Denn Frankreich unterschied sich von der russischen Etappe insofern, als die Wehrmacht ihre Rechte an die Schergen Himmlers und Heydrichs nicht ausgeliefert hatte. Es bedurfte eines offenen Zusammenstoßes zwischen Keitel und Heydrich, bevor „Sipo und SD" ihre volle Zuständigkeit in der Behandlung jüdischer Angelegenheiten in Frankreich zur Geltung bringen konnten.

Dieser Zusammenstoß begann mit einem geradezu lächerlichen Vorfall. In der Nacht des 2. Oktober 1941 wurde von blutigen Anfängern auf diesem Gebiet ein Versuch unternommen, zwei Pariser Synagogen in die Luft zu sprengen. Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im besetzten Teil Frankreichs war SS-Standartenführer (damals Sturmbannführer) Helmuth Knochen, ein früherer Gestapo-Spitzel, der, nachdem er mit der Überwachung

jüdischer Flüchtlinge in Holland beschäftigt gewesen war, bei der Entführung der britischen Offiziere Best und Stephens in Venlo im November 1939 mitgewirkt hatte. Knochen schickte einen Bericht an Stülpnagel, in dem die Sprengungen als das Werk französischer Faschisten beschrieben wurden; die französische Polizei hätte den Journalisten Eugene Deloncle in Verdacht. Aber als Knochen seinen Bericht absandte, war ihm bekannt, daß ein gewisser SS-Obersturmführer Sommer aus seinem Kommando in Haft war. Sommer hatte sich zwei französischen Gestapospitzeln gegenüber bei einem Trinkgelage im „Cabaret Chantilly" mit den Explosionen gebrüstet. Das führte zu einer gerichtlichen Untersuchung, die am 5. Oktober stattfand und bei der Sommer gestand, das Sprengmaterial Deloncle und seinen Helfern — alles Gestapospitzel — geliefert zu haben. Der Fall wurde an das RSHA nach Berlin gemeldet, und ein Bericht ging an Stülpnagel. Aber inoffiziell erfuhr Stülpnagel von einem Beisitzer des Untersuchungsgerichts, daß Sommer sich darauf berufen hatte, entsprechende Befehle von Knochen erhalten zu haben. Am 6. beschwerte sich daher Stülpnagel bei Keitel als dem Oberkommandierenden der Wehrmacht, daß die SS seine Schwierigkeiten mit den Franzosen nur vergrößere, die schon angesichts des Erschießens von Geiseln groß genug waren. Heydrich lud sich Knochen vor, gegen den Stülpnagel abermals den Vorwurf erhob, einen Bericht gefälscht zu haben. Am 22. Oktober verlangte Keitel nicht nur die Abberufung Knochens, sondern auch die des SS-Brigadeführers Thomas, der der Höhere SS- und Polizeiführer für die besetzten westlichen Länder war. Am 6. November antwortete Heydrich Keitel auf dem Umweg über Generalquartiermeister Wagner:

> „Die politische Situation ließ zweckmäßig erscheinen, daß neben den verhängten Strafen der französischen Öffentlichkeit und der Weltöffentlichkeit gezeigt werden muß, es gibt im französischen Volk auch Kräfte, die bereit sind, nicht nur den Bolschewismus zu bekämpfen, sondern auch das früher in Paris so mächtige Judentum offen anzugreifen... Von meiner Dienststelle war in der Arbeit gegen das Internationale Judentum auch Verbindung aufgenommen zu französischen antisemitischen Gruppen. Die Gruppe um Deloncle war dabei schon früher als die aktivste bekannt, wobei Deloncle — bei allem Vorbehalt wegen seiner sonstigen politischen Un-

durchsichtigkeit — am meisten die Gewähr für einen kompromißlosen Kampf gegen das Judentum gab... Wegen der Besonderheit der durchzuführenden Maßnahmen unterrichtete der Leiter meiner Dienststelle Paris nicht den Herrn Militärbefehlshaber, da auf Grund der bisherigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem Herrn Militärbefehlshaber kaum mit dem erforderlichen Verständnis für die Notwendigkeiten der Durchführung dieser Maßnahmen in der Auseinandersetzung mit weltanschaulichen Gegnern gerechnet werden konnte. Der politischen Tragweite der getroffenen Maßnahmen war ich mir voll bewußt, zumal ich seit Jahren damit beauftragt bin, die Endlösung der Judenfrage in Europa vorzubereiten."

Heydrich teilte Wagner dann mit, daß er Sommer nach Berlin versetzt habe, daß aber Knochen weiter die „Aktionsgruppe Frankreich" leiten würde. Brigadeführer Thomas habe er bereits nach Rußland versetzt. Tatsächlich hatte Thomas Otto Rasch in der Leitung der Einsatzgruppe C in Kiew abgelöst (s. S. 263, Fußnote).

Stülpnagel beharrte auf der Abberufung Knochens, und Wagner erinnerte Heydrich an ein Übereinkommen, demzufolge Sonderkommandos des RSHA Befehle des Militärkommandanten in Frankreich entgegenzunehmen hatten. Heydrichs Antwort ist unauffindbar, aber es ist bekannt, daß Stülpnagel am 5. Februar seine Beschwerde gegen Knochen zurückzog, „weil dieser seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekundet hat"[8]. Wenn aber Knochen sein Kommando der Sicherheitspolizei in Frankreich bis zur Wiedereroberung des Landes durch die Alliierten beibehielt, so war es gerade aus dem Grunde, daß er sich Stülpnagel nicht zur Verfügung stellte. Außerdem war der neue „Polizeiführer West", SS-Brigadeführer Kurt Oberg, der am 7. Mai 1942 aus Radom in Polen in Paris eintraf, von Stülpnagel vollkommen unabhängig und erhielt seine Aufträge direkt von Himmler.

Am 28. Februar 1942 wurde Otto von Stülpnagel durch seinen Verwandten Heinrich von Stülpnagel ersetzt, den Knochen gleichfalls als einen Dorn im Auge empfand, zumal er ihm im Juli 1943 die Hilfe der Armee bei seinen Judenrazzien verweigerte. Aber Otto von Stülpnagel war ein schwacher Charakter; am 5. Dezember 1941 sandte er einen Vorschlag an Keitel, der Heydrich besänftigen sollte. Er verlangte die Hinrichtung von 100 Geiseln als Ver-

geltung für drei Angriffe auf deutsche Soldaten. Außerdem sollten die Pariser Juden eine Kollektivstrafe von einer Milliarde Francs zahlen, und 1000 Juden und 500 Kommunisten sollten zur Zwangsarbeit nach dem Osten deportiert werden[9].

Hitler, dem das berichtet wurde, gab schlauerweise den Auftrag, den Plan unter Mitwirkung von Abetz, der mit einer Französin verheiratet war, auszuführen. Abetz telephonierte sofort in großer Aufregung an das Auswärtige Amt, um sich zu vergewissern, daß die Geiseln nicht als Franzosen, sondern als „Sowjet- und Secret-Service-Agenten jüdisch-kommunistischer und gaullistischer Herkunft" bezeichnet würden, welch schöne Formel an den Botschafter der Regierung Pétain, De Brinon, von Otto von Stülpnagel am 21. Dezember[10] mit der Mitteilung weitergeleitet wurde, daß die Deportationen bereits im Gange seien. In Wirklichkeit eilten Stülpnagels Mitteilungen den Tatsachen voraus. Obwohl 753 Juden am 12. in Paris festgenommen und mit 355 anderen Juden aus Drancy nach dem Lager Compiègne gebracht worden waren, traf am 24. eine Mitteilung von Heydrich ein, daß das Transportkommando der Wehrmacht während der Weihnachts-Urlaubszeit keine Sondertransporte durch das Reich zulasse[11]. Infolgedessen wurden die Pariser Juden, die sonst direkt nach Heydrichs Todesgruben in Riga oder Kowno geschafft worden wären, teils auf freien Fuß gesetzt, teils für Auschwitz zurückbehalten.

Dannecker versuchte am 28. Februar, von Eichmann ein bestimmtes Datum für die Deportierung zugesichert zu erhalten, war aber damit nicht erfolgreich. Da der erste für Auschwitz bestimmte Transport erst am 28. März Compiègne verließ, hatte der Beamtenstab der beiden Stülpnagel dreieinhalb Monate Zeit, die am 12. Dezember festgenommenen Juden zu befreien. Während die Gestapo auf reiche ausländische Juden und Intellektuelle aus war, schlug Heinrich von Stülpnagel vor, nur Juden im Alter zwischen 18 und 55 zu deportieren, soweit sie arbeitsfähig waren. Infolgedessen wurde nur die Hälfte der 1098 nach Compiègne gebrachten Juden nach Auschwitz deportiert. Die verbleibenden 550 mußten aus dem Lager Drancy ausgesucht werden. In Compiègne waren aber 97 Opfer der Razzia im Laufe von 15 Wochen infolge der Entbehrungen gestorben, und 15 wurden früher entlassen[12]. Diesmal waren Personenwagen für den Transport der Juden nach Auschwitz zur Verfügung. Dannecker hatte SS-Obersturmführer

Nowak, den in Transportfragen zuständigen Beamten in Eichmanns Amt, ausdrücklich um Bereitstellung von Güterwagen ersucht. Aber alle verfügbaren Güterwagen waren für die russischen Zivilarbeiter vorbehalten. Personenwagen waren bei der Gestapo nicht beliebt, weil sie die Überwachung erschwerten.
Von den ersten 1100 Deportierten aus Frankreich hat man vom 30. März an nichts mehr gehört, dem Tag, an dem sie in Auschwitz eingetroffen waren. Ein jüdischer Arzt aus der Slowakei, dessen sehr genaue Berichte über Auschwitz im Jahre 1944 vom amerikanischen „War Refugee Board" veröffentlicht wurden, sagte, daß nur 700 von ihnen 14 Tage später noch am Leben waren. Die französischen Juden waren in drei von den fünf fertiggestellten Gebäuden im neuen Lager Birkenau untergebracht und arbeiteten in der DAW-Fabrik, 5 km vom Lager entfernt[13]. Invaliden wurden damals bereits für die Gaskammer ausgesucht und Zenon Rozanski sowie andere Zeugen berichteten, daß 500 von ihnen jeden Dienstag den Krankenbau verließen.

2. Die große Razzia vom Juli 1942

Dannecker, der am 3. März 1942 Eichmann in Berlin aufsuchte, brüstete sich damit, der erste gewesen zu sein, der fortlaufende Deportierungen von Juden aus Frankreich vorgeschlagen habe[14]. Am 9. März teilte Eichmann seinem ihm blind ergebenen Verbindungsmann im Auswärtigen Amt, Franz Rademacher (siehe S. 83), mit, daß die sofort zu erwartende Zahl von Deportierten 6000 betragen würde. Rademacher antwortete am 20., daß das Auswärtige Amt und die Deutsche Botschaft in Paris keinen Einwand gegen die Abschiebung von 6000 französischen oder staatenlosen Juden nach dem Konzentrationslager Auschwitz erhöben. Rademachers Antwort wurde von Weizsäcker gegengezeichnet, der an den Rand die Worte „polizeilich näher charakterisierbare" geschrieben hatte, die offenbar zu seiner Deckung dienen sollten[15].
Als Zeuge im Wilhelmstraßen-Prozeß äußerte Abetz im Jahre 1948 seine Überraschung, daß Weizsäcker und Woermann an einer Sache mitgearbeitet haben sollten, die normalerweise „Martin Luther und dessen aus alten Kämpfern der Partei rekrutierte Beamte" beschäftigt hätte[16]. Weizsäcker zitierte zu seiner Verteidigung eine vom 13. September 1941 datierte und die Belgrader Juden betreffende Aufzeichnung Rademachers, die lautet: „Eich-

mann schlägt Erschießen vor". Diese Aufzeichnung, von der er vorher geschworen hatte, sie niemals gesehen zu haben, zeigte Weizsäcker zufolge, daß die Juden in Frankreich als Geiseln in größerer Gefahr gewesen wären als in Auschwitz, „ein Name, der damals nichts bedeutete" [17].

Der Name Auschwitz mag Weizsäcker bis zum 20. März 1942 unbekannt gewesen sein, aber Vorschläge, Juden an Heydrich auszuliefern, waren ihm sicher nichts Neues. Weizsäcker hatte Abschriften der Einsatzgruppenberichte abgezeichnet (s. S. 226), und im Prozeß hat er nicht nur nicht geleugnet, sie gelesen zu haben, sondern sich damit gebrüstet, daß er im Herbst 1941 Ribbentrop „zu einem allgemeinen Vorstoß gegen solche Greuel aufgerufen habe" [18]. Wie konnte unter diesen Umständen Weizsäcker Heydrichs Beschreibung des wahren Charakters der Deportationen unbekannt gewesen sein, die im Wannsee-Protokoll vom 22. Januar 1942 enthalten war!? Die an das Auswärtige Amt geschickte Ausfertigung der Niederschrift trägt Randbemerkungen in Weizsäckers Handschrift*.

Die Zustimmung des Auswärtigen Amtes mit Weizsäckers Randbemerkung machte die Deportationszüge möglich, die am 29. April sowie am 1., 6., 22. und 28. Juni von Drancy nach Auschwitz gingen [21]. In diese Transporte hatte man mehr als 5000 Männer und Frauen gepfercht. Der schon erwähnte slowakische Arzt bemerkte die Ankunft zweier dieser Züge in Auschwitz-Birkenau [22]. Die anderen wurden wahrscheinlich in das Lubliner Konzentrationslager (Majdanek) dirigiert. Die Selektionen waren in Drancy vor sich gegangen, in den vier häßlichen Wolkenkratzern der Cité Ouvrière, die den am Flugplatz Le Bourget ankommenden Passagieren aufzufallen pflegen. Von Danneckers Beamten ausgesuchte

* Das Nürnberger Gericht entschied, daß der diesbezüglichen Verteidigung Weizsäckers kein Glauben zu schenken sei[19], und zum großen Schmerz der Verfechter von Weizsäckers Unschuld in England und Deutschland wurde dieser, der neben den anderen Angeklagten wie ein Bischof aussah, zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Achtzehn Monate später wurde Weizsäcker aus Landsberg entlassen, er starb aber schon am 9. August 1951 im Krankenhaus in Lindau. In seinen Erinnerungen, die er im Gefängnis schrieb, widmete er der Verfolgung der Juden eine einzige Bemerkung, und seine Worte hätten von fast allen Beamten Hitlers gebraucht werden können [20]:

> „Im ganzen ging das Judenproblem für mich in dem größeren allgemeinen Problem auf: wie kommen wir am schnellsten zu einem Frieden ohne Hitler. Anders war dem Judentum so wenig zu helfen wie den Kirchen, den Resten an Rechtssicherheit, an menschlicher Freiheit und Gesittung im Dritten Reich. Man mußte gegen den Bazillus vorgehen, nicht gegen das Krankheitssymptom."

jüdische Lager-Ordonnanzen stellten die Listen zusammen, und Dannecker selbst war bei der Abfahrt zugegen — „mit nervösen Zuckungen und unbeherrschten Bewegungen, die von Ferne denen eines Betrunkenen glichen“ [23]. Zu dieser Zeit gab es in Drancy viele Gruppen Privilegierter, nicht nur französische Juden und solche, die mit französischen Frauen verheiratet waren, sondern auch Juden aus Ländern, auf die sich die Deportierungspläne noch nicht erstreckten; dann gab es dort die Alten, die Arbeitsunfähigen und die Kinder [24], die noch für eine Zeit, wenn auch nicht für lange, vor den Krematorien in Auschwitz geschützt waren. Dem Bericht des slowakischen Arztes zufolge fand die erste direkte Selektion am Bahnhof Auschwitz statt, als der Zug aus Drancy am 20. Juni dort eintraf. Zweihundert Juden wurden für die Gaskammer ausgewählt, achthundert ins Lager geschickt [25]. Inzwischen hatten aber die Deutschen einen Schritt in Richtung einer viel radikaleren Deportierungspolitik gemacht, die bodenständige französische Juden ohne Rücksicht auf ihre politische Einstellung oder ihren Wert als Geiseln einschloß. In einer in Eichmanns Büro am 4. März 1942 abgehaltenen Tagung der „Judenreferenten“ aus verschiedenen Ministerien schlug Eichmann vor, daß der Judenstern, den alle Juden in Polen seit 1939 und im Großdeutschen Reich seit September 1941 tragen mußten, den Juden im ganzen besetzten Europa aufgezwungen werden sollte. Himmler gab daraufhin Sturmbannführer Knochen entsprechende Aufträge, der für den 14. März eine Besprechung einberief, bei der er die Zustimmung der Militärverwaltung in Belgien und des Zivilkommissariats in den Niederlanden erhielt [26]. Mit der Regierung Pétain war es aber hier nicht so einfach. Das Haupthindernis war Xavier Vallat, der gerade den unbedeutenden Dannecker zurechtgewiesen hatte und den De Brinon Abetz gegenüber als den „Kommissar für den Schutz der Juden“ bezeichnete [27].

Vallats Widerstand gegen die Einführung des Judensterns war so kräftig, daß Abetz am Ende des Monats seine Abberufung verlangte. Abetz glaubte, daß der neue Kommissar D'Arquier de Pellepoix innerhalb weniger Wochen die Einführung des Judensterns in der unbesetzten Zone durchsetzen werde, aber Dannecker schrieb an den Rand von Abetz' Denkschrift die Worte: „zu viel Optimismus“ [28] und hatte recht damit. Selbst nach dem 11. November 1942, als die bis dahin unbesetzte Zone gleichfalls

besetzt wurde, konnte der Judenstern in dem von Vichy regierten Gebiet nie eingeführt werden.

Am 17. April berichtete der neue Kommissar, daß die Regierung Pétain ohne ausdrücklichen Auftrag von Heinrich von Stülpnagel wegen der Einführung des Judensterns nichts unternehmen werde, aber Abetz ließ nicht locker, und er versuchte alles, um die Vichy-Regierung dazu zu bringen, eine entsprechende Verordnung herauszugeben, bevor die Deutschen sich gezwungen sähen, es zu tun. Am 4. Mai blieb Abetz nichts anderes übrig, als eine deutsche Verordnung für die besetzte Zone herauszugeben, die sich auf den Anteil berief, „den die Juden in den kommunistischen Unruhen in Argenteuil gespielt hatten". Heydrich blieb hier seinem Grundsatz treu, sobald er eine Sache durchgesetzt hatte, gleich eine zweite zu verlangen. Er berief am 18. Mai Knochen nach Prag und teilte ihm mit, daß auch die französischen Halbjuden den Stern tragen müßten [29]. Aber bevor der neu angekommene Befehlshaber der Sicherheitspolizei, Oberg, sich in seine Aufgabe hineingefunden und die unglaublichen Schwierigkeiten studiert hatte, die die neue Verordnung aufwarf, war Heydrich ein Opfer des Attentats geworden, dem er am 4. Juni erlag.

Am 1. Juni veröffentlichte SS-Gruppenführer Kurt Oberg die Verordnung für das besetzte Frankreich, die das Tragen des Judensterns anordnete, zugleich aber eine lange Reihe von Ausnahmebestimmungen enthielt, darunter auch solche für Briten und Amerikaner. Alle Juden vom sechsten Lebensjahr an hatten den Stern zu tragen, und ein entsprechender Teil der Kleiderkarte mußte dafür abgegeben werden [30]. Anfangs wurde die Verordnung nicht tragisch genommen. Einige junge Franzosen und Französinnen trugen den Stern als Zeichen der Sympathie und in der Absicht, der Sicherheitspolizei Schwierigkeiten zu bereiten. Am 10. Juni beschwerte sich Knochen über Juden, die ihren Stern mit einem gewissen Stolz in Kaffeehäusern und Gaststätten zur Schau trugen, die von deutschen Offizieren besucht wurden, sowie über jüdische Kriegsteilnehmer, die den Stern unterhalb ihrer Kriegsauszeichnungen anbrachten.

Weitere Ansuchen um Ausnahmebehandlung gaben noch mehr Stoff für satirische Betrachtungen. So ersuchte Pétain De Brinon, für eine Marquise und zwei Gräfinnen zu intervenieren, und dieser Liste fügte er später den Namen des Gatten der Schriftstellerin

Colette und den der Witwe von Professor Bergson hinzu. De Brinon selbst mußte die Hilfe der Gestapo für seine eigene Frau in Anspruch nehmen; SS-Sturmbannführer Hagen erteilte ihr persönlich die Bewilligung, den Judenstern nicht tragen zu müssen[31]. Die gleiche Bewilligung wurde sechs Juden erteilt, weil sie für D'Arquiers „Antijüdische Polizei" arbeiteten, und einem, der für Schellenbergs Geheimdienst tätig war.

Der wahre Sinn, der hinter dieser Maßnahme steckte, wurde aber sehr bald erkannt, als sich Dannecker am 19. Juni darüber beschwerte, daß nur 83 000 der im besetzten Gebiet offiziell auf freiem Fuß befindlichen 110000 Juden um Ausfolgung eines Judensterns nachgesucht hatten. Stülpnagels Verordnung vom 8. Juli kam daher nicht ganz unerwartet. Sie ermächtigte die Gestapo, Trägern des Judensterns den Aufenthalt auf öffentlichen Plätzen und in Lokalen zu verbieten, und die am 15. Juli veröffentlichte Verbotsliste war so lang, daß einem Juden wenig andere Möglichkeiten blieben, als auf der Straße spazierenzugehen. Sogar Geschäfte durften die Juden nur am Nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr betreten. Poliakov charakterisierte diesen Zustand folgendermaßen: „Es genügte, irgendwo um 12.05 Uhr eine Schachtel Streichhölzer zu kaufen, um auf dem Wege über Drancy ins Krematorium in Auschwitz gebracht zu werden[32]."

Die wahre Absicht war natürlich, eine allgemeine Deportierung zu erleichtern. Am 11. Juni sagte Dannecker seinen Kollegen aus Brüssel und Den Haag, daß die französische Quote für die nächsten drei Monate 100 000 Juden aus beiden Zonen betragen werde, die alle nach Auschwitz kommen sollten. Eichmann hatte versprochen, nach dem 13. Juli drei Transportzüge wöchentlich zur Verfügung zu stellen[33]. Fünf Tage später erfuhr Dannecker, daß ein Deportationsprogramm, das 120 Viehwagen beanspruchte*, nicht in Frage kommen konnte, weil Fritz Sauckel für die Beförderung von 350 000 französischen Arbeitern nach dem Reich Priori-

* Das volle Programm hätte einen Zug mit zwanzig Viehwagen täglich notwendig gemacht. Die Wagen wären nach sechs Tagen an ihren Ursprungsort zurückgekommen. Die Beschränkung auf 20 Viehwagen oder ungefähr 1000 Insassen pro Zug war durch die Notwendigkeit, Kohle zu ersparen, bedingt. Die Züge aus Malines in Belgien, die 375 km weniger zurückzulegen hatten, waren zeitweise größer, und das gleiche gilt für Züge aus Westerbork in Holland. Deportationszüge aus Ungarn nach Auschwitz hatten gewöhnlich 2500 bis 3000 Insassen. Auf kurzen Strecken zwischen den Todeslagern in Polen wurden Züge verwendet, die — was ganz unglaublich klingt — bis zu sechzig Viehwagen und mehr als 6000 Insassen führten.

tät besaß. Auf jeden Fall sei der Auftrag mißverstanden worden. Eichmann hätte Rademacher mitgeteilt, daß die französische Quote 40 000 Juden betrage[34].

Dannecker erlebte auch andere Enttäuschungen. Am 25. Juni teilte er Leguay, der in Paris das Polizeiministerium von Vichy vertrat, mit, daß für die Aufbringung von 22 000 Juden in Paris und 10 000 in der freien Zone eine Frist gesetzt werden müsse[35]. Leguay suchte nach Ausflüchten. Seine Regierung würde mehr als drei Wochen dazu brauchen, 10 000 „Unerwünschte" zu finden, und man würde hierzu mindestens 2500 Polizisten benötigen. Der Leiter von D'Arquiers privater Polizei sagte Dannecker, daß Pétains Polizeiminister, René Bousquet, mit den Deportationen nichts zu tun haben wolle, aber durch Heinz Röthke erfuhr Dannecker (Röthke sollte gerade über Danneckers Kopf hinweg Karriere machen), daß Bousquets wirkliche Haltung erst zwei Tage später, nach Lavals Besuch bei SS-Gruppenführer Oberg, bekannt werden würde[36]. Laval sollte dann überredet werden, D'Arquier volle Gewalt über Bousquet und die Gendarmerie zu erteilen[37].

Nach der Unterredung beschwerte sich Eichmann, daß Vichy „in zunehmendem Maße Schwierigkeiten bereitet", aber in Wirklichkeit war Laval weit mehr entgegenkommend als sonst, vielleicht weil Abetz seinen Legationsrat Rudolf Rahn* mitgeschickt hatte, der den Eindruck abschwächen sollte, den Obergs „geballte Faust" hervorrufen mußte. Obwohl Laval im Augenblick nur der Deportierung ausländischer und staatenloser Juden zugestimmt hatte, versprach er, die Einbürgerung von Juden seit dem Jahre 1927, und sogar seit 1919, zu überprüfen[38]. Laval war auch bereit, Kinder im Alter von unter 16 Jahren aus der unbesetzten Zone deportieren zu lassen: „Judenkinder" in der besetzten Zone „interessierten ihn nicht". Hier scheint es, daß sich Laval mit einer gewissen Absicht der Redeweise der Gestapo bediente**.

* Rudolf Rahn, der sich in seinem Buch „Ruheloses Leben" rühmte, die Deportierung der Juden aus Tunis verhindert zu haben, schweigt sich über diese Unterredung diskreterweise aus.

** Man kann auch mit Georges Wellers annehmen (Le Monde Juif, Nr. 57, Juli 1952), daß Laval den Deutschen bewußt die „staatenlosen" Kinder angeboten hatte, um die französischen Juden zu retten, und daß sich hierauf der ganze Schutz der französischen Juden, auf den sich Laval vor Gericht berufen hatte, beschränkt hat. Meiner Meinung nach ist die Angelegenheit nicht so einfach. Zugunsten der Kinder in der besetzten Zone konnte Laval auf keinen Fall etwas tun. Außerdem erscheint Lavals Vorschlag, über die Wünsche der Gestapo hinauszugehen und Kinder aus der unbesetzten Zone

Die Gestapo war immer noch der Meinung, daß die französische Polizei Franzosen für sie festnehmen werde. Am 1. Juli kam Eichmann nach Paris und beauftragte Knochen und Dannecker, darauf zu bestehen, daß die „allfällig notwendigen gesetzlichen Untermauerungen" geschaffen würden, die es möglich machten, daß „die den Zielstationen überstellten Juden" mit Betreten des Reichsgebietes „als staatenlos anzusehen sind" (s. S. 377 u. 432). „Bei einem Versagen auf diesem Gebiet" wären größte Unannehmlichkeiten in außenpolitischer Hinsicht zu erwarten, „die in Durchführung des RFSS-Befehls auf jeden Fall vermieden werden müssen[39]." Dieser Satz in der Mitteilung, die sowohl Abetz als auch Stülpnagel von Eichmann und Dannecker erhielten, stammt sicherlich von Eichmann persönlich; er zeigt den vorsichtigen deutschen Bürokraten, den Eichmanns Freund Wisliceny in Nürnberg so treffend beschrieben hat (siehe S. 32).

Während Eichmanns Besuch beim „Kommando" wurden außerordentlich weitreichende Pläne für Deportationszüge aus Bordeaux, Angers, Rouen und Châlons entworfen, und sogar ein Zug aus Marseille war vorgesehen, der die aus Algier herübergeschafften Juden befördern sollte[40]. Aber die Vorsprache von D'Arquier und Bousquet in der Avenue Foch 72 drei Tage später war weniger zufriedenstellend. Pétain und Laval hatten ihrer Regierung die sofortige Deportierung staatenloser Juden aus der unbesetzten Zone vorgeschlagen, aber Bousquet, der sonst den Polizeimann abgab, hatte hier die Verantwortung vollkommen auf den darob nicht wenig entsetzten Amateur D'Arquier abgeschoben. Dannecker wollte sich durch Bousquets Behauptung, daß eine neue Registrierung der Juden notwendig sei, nicht abfertigen lassen. Die für die große, auf den 13. Juli angesetzte Razzia benötigten 10 000 Juden könnten, sagte er, aus den Internierungslagern der unbesetzten Zone genommen werden, ohne daß man sich auf die Schwierigkeiten einer allgemeinen Registrierung einlassen müsse. Bousquet stimmte, wenn auch sehr zögernd, zu, daß Dannecker diese Lager selbst besuchte[41]. Dannecker schloß seinen Bericht an Knochen in triumphalem Ton. Er solle nicht glauben,

deportieren zu lassen, nur in einem aus zweiter Hand stammenden Bericht Danneckers an Eichmann: „Laval hat vorgeschlagen". Tatsächlich wurde die Razzia in der unbesetzten Zone für zwei Monate hinausgeschoben und dann so unsystematisch wie möglich vorgenommen; Kinder wurden nicht einbezogen. Die Gestapo war jedenfalls nicht im Zweifel darüber, daß Laval sie getäuscht hatte.

daß es für Deutschland leicht sei, eine so große Zahl von Juden aufzunehmen, aber „wir seien nun einmal entschlossen, dieses Problem allen Schwierigkeiten zum Trotz zu lösen" [42].

Als Dannecker sich die Dinge in den Lagern ansah, stellte er fest, daß die Berichte über die von der Vichy-Polizei 1940 vorgenommenen Verhaftungen sehr übertrieben gewesen waren. In den drei Hauptlagern von Les Milles, Gurs und Rivesaltes befanden sich weniger als 6000 Juden, die Überlebenden der „Aktion Bürckel" (siehe S. 85) mit eingeschlossen. Anläßlich dieser unerfreulichen Besichtigungsfahrt, die vom 11. bis 19. Juli dauerte, stellte Dannecker fest, daß das Kasino in Monte Carlo voll von Juden sei. Außerdem hatte ihm ein Elsässer in Perigueux „sale Boche" zugerufen; und schließlich wurde während seiner Abwesenheit Heinz Röthke, ein Berliner Rechtsanwalt und Neuankömmling in der Avenue Foch, zum Chef des Judenamtes gemacht [43] *.

Bevor er sich in die unbesetzte Zone begab, hatte Dannecker eine weitere Unterredung mit Bousquet und D'Arquier. Letzterer brachte sieben Polizeibeamte mit, die Dannecker versicherten, daß 28 000 staatenlose Juden noch ihren polizeilich registrierten Wohnsitz in Paris hatten. In der Überzeugung, daß er mit der Festnahme von 22 000 von ihnen rechnen könne, wählte Dannecker das Vélodrome d'Hiver, ein Sportstadion am Boulevard de Grenelle, das er für die Bedürfnisse eines Sammellagers für groß genug hielt [44].

Bei dieser Besprechung stimmten die Funktionäre der Regierung Pétain zu, daß die Deportationszüge bis zur deutschen Grenze von französischer Gendarmerie gemeinsam mit deutscher Polizei bewacht werden sollten. Leider muß gesagt werden, daß die französischen Polizisten die Hauptarbeit bei der Razzia leisteten, die ohne ihre Mithilfe niemals hätte gelingen können. Vom Beginn des Jahres 1943 an änderte sich das allerdings. Das französische Volk begann damals, sich seiner Stärke wieder bewußt zu werden.

* Dannecker wurde, wie Poliakov berichtete, im Oktober wegen der von ihm betriebenen Nachtlokale nach Berlin zurückberufen. Im Januar darauf vertrat er Eichmanns Amt in Bulgarien (siehe S. 431 ff.); im Oktober 1943 wurde er nach Verona versetzt und im Sommer 1944 nach Ungarn. Er scheint bis zum letzten Augenblick in Eichmanns Kommando verblieben zu sein, aber es ist nicht bekannt, ob er mit den übrigen im Mai 1945 in Alt-Aussee auftauchte. Über sein weiteres Schicksal weiß man nichts.

Auch vorher schon ließ die Zusammenarbeit viel zu wünschen übrig, obwohl Röthke, der klüger als Dannecker war, die große Razzia auf den 16. Juli verschob, um Rückwirkungen im Zusammenhang mit dem französischen Nationalfeiertag (14. Juli) zu vermeiden. Röthke beschwerte sich Knochen gegenüber, daß nur die Hälfte der gewünschten Zahl aufgebracht worden war, daß die Bevölkerung ihre Sympathie für die in Haft genommenen Kinder gezeigt habe und daß die französische Polizei die reicheren Juden rechtzeitig gewarnt hatte. Die Zahl der Verhafteten, einschließlich jener, die man dann wieder laufen lassen mußte, betrug nicht 22000, sondern 12 884, von denen nur 3000 Männer in arbeitsfähigem Alter, aber 4051 Kinder waren[45]. Ungefähr 6000 wurden direkt nach Drancy geschickt, während 6900, darunter alle Kinder, ins Vélodrome d'Hiver gebracht wurden.

Fünf Tage dauerte es, bevor das Vélodrome d'Hiver geräumt werden konnte. Menschen wie Vieh tagelang ohne Nahrung oder Wasser zusammenzupferchen, ohne für die elementarsten Notwendigkeiten zu sorgen und oft ohne einen Fetzen Kleidung — das hatte die deutsche Polizei in den letzten vier Monaten in Polen und im letzten Jahr in Rußland betrieben. Die Schrecken der Ghettos in Kiew, Lemberg und Lublin wiederholten sich jetzt in der zivilisiertesten Stadt der Welt. André Bauer, der Präsident der UGIF für die besetzte Zone, berichtete, daß es ihn 24 Stunden Arbeit kostete, Röthke ins Stadion zu bringen, wo es nur zwei Ärzte gab, wo Wasser nur einem einzigen Hydranten auf der Straße entnommen werden konnte und wo 7000 Menschen alles in allem zehn Latrinen zur Verfügung standen. Nach Röthkes Besuch wurden einige schwangere Frauen und Kriegsinvaliden entlassen, aber es gab einige Geburten im Stadion nebst zahlreichen Fällen von plötzlich ausgebrochenem Irrsinn und dreißig Tote. Am letzten Tag wurden die Mütter von ihren Kindern getrennt, die sie nie wiedersehen sollten[46].

Unter all den fürchterlichen Dingen, die der zweite Weltkrieg gebracht hat, ist die Geschichte der 4051 Kinder im Vélodrome d'Hiver eine der ärgsten. Knochen und Röthke verhandelten mit den Beamten der Regierung Pétain über die Kinder am zweiten Tag der Razzia. D'Arquier wollte sie in Waisenanstalten schicken, aber die Gestapo verlangte, daß sie ihre Eltern in die Deportationslager von Pithiviers und Beaume la Rolande begleiten sollten,

bis eine Entscheidung vom RSHA in Berlin käme[47]. Am vierten Tag des Infernos im Vélodrome d'Hiver telephonierte Eichmann, das Vorbild eines deutschen Bürokraten und der Vater von drei kleinen Mädchen, deren ältestes damals fünf Jahre alt war, an Röthke, daß Ende August genug Züge verfügbar sein würden, um die Kinder „nach dem Generalgouvernement" zu bringen. Daraufhin wurden die Kinder ihren Eltern abgenommen und nach Drancy geschafft[48].

Gelegentlich der nächsten Konferenz in der Avenue Foch am 13. August stimmte Leguay zu, daß 300 bis 500 Kinder jedem Transport nach Auschwitz beigegeben werden könnten; die meisten wurden auch tatsächlich vor dem 30. aus Drancy deportiert. Bis dahin hatten die weiblichen Internierten versucht, für die Kinder zu sorgen, soweit sie dies in leeren und von Ungeziefer strotzenden Räumen tun konnten. Keinerlei Begleitpersonal wurde den Kindern in den versiegelten Viehwagen beigegeben, die damals mit Alten, Kranken und Sterbenden angefüllt waren; aber irgendwie mußten sie in die Züge hinein. Dr. Georges Wellers, ein Überlebender von Drancy und Auschwitz, schildert das folgendermaßen[49]:

> „Manchmal kam es vor, daß ein Zimmer voll mit Hunderten von Kindern, die von unbeherrschbarer Panik und Entsetzen gepackt waren, dem Zureden der Erwachsenen nicht länger folgte. Diese waren nicht in der Lage, sie herunterzubringen; dann mußten sie Gendarme rufen, die die schreienden Kinder auf ihren Armen hinuntertrugen."

In Röthkes Deportationsakten wurde eine vom 11. November 1942 datierte Aufzeichnung gefunden. Sie berichtet, daß belgische Eisenbahner in den leeren, aus Auschwitz zurückkehrenden Viehwagen 25 Leichen von Kindern im Alter von zwei bis vier Jahren gefunden hatten[50], die niemals bis zur Gaskammer gelangt waren.

Die Rache beleidigter Menschlichkeit ist selten eindrucksvoll. Eichmann und sein Chef Müller, Dannecker und Röthke wurden überhaupt nicht gefaßt, Oberg und Knochen sind in Paris erst im Oktober 1954 vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt worden.

Nach der großen Razzia gingen die Züge nach Auschwitz fast so regelmäßig wie nach einem Fahrplan ab. Zwischen dem 19. und 31. Juli 1942 gab es acht Züge, im August dreizehn Transporte.

Die Gestapo-Statistiken sind erhalten geblieben; sie weisen eine Durchschnittszahl von tausend Personen für einen Transport aus, wobei es Schwankungen bis zu 149 nach der einen Seite und 1089 nach der anderen gab[51]. Es ist daher möglich, mit Hilfe eines Fragmentes des Birkenauer Tagesappells für das Männerlager dem tragischen Ende der großen Razzia nachzuspüren. Aus dem Transport aus Pithiviers wurden am 20. Juli im Männerlager 769 Juden registriert und nur 115 am 16. August*, als die Kinder aus dem Vélodrome d'Hiver bereits in die Deportierung einbezogen waren. Zu dieser Zeit brachten die Transporte aus Holland immer noch 80 v. H. ihrer Insassen lebend an den Bestimmungsort, während aus den Transporten aus Frankreich gegen 70 v. H. überhaupt nicht mehr ins Lager kamen.

Ende August waren 25 000 Juden aus Frankreich deportiert[53], aber keine aus der unbesetzten Zone und sehr wenige aus der Provinz. Am 14. Juli sagte Röthke den Transport aus Bordeaux ab, weil die französische Polizei, die nur staatenlose Juden festnahm, nicht mehr als 150 aufzubringen in der Lage war. Nach all der Mühe, die er sich mit dem Verkehrsministerium gegeben hatte, war Eichmann über diese Tatsache sehr entrüstet. „So etwas sei ihm bisher noch nicht vorgekommen. Die Angelegenheit sei sehr ‚blamabel'." Er wolle SS-Gruppenführer Müller noch nicht gleich Mitteilung machen, da er „sich sonst selbst blamiere". Er müsse sich daher überlegen, „ob er Frankreich nicht überhaupt als Abschubland fallen lassen müsse"[54].

Im August 1942 wurden die Bemühungen verstärkt, Juden aus der unbesetzten Zone in die Gewalt zu bekommen. Am 13. teilte Leguay Röthke und Knochen mit, daß die Razzia im Gange sei; sie begann aber erst am 26., als Leguay darüber Beschwerde führte, daß der Amateur D'Arquier der Sache durch seine Mitteilungen an die Pariser Presse geschadet habe. Nichtsdestoweniger wurden 7100 staatenlose Juden festgenommen. Am 3. September war die Zahl der aus der unbesetzten Zone nach Drancy gebrach-

* Bei dem Transport, der am 20. Juli anlangte, wurde die Aufnahme von 475, bzw. 412, 599 und 370 Juden aus Frankreich im Birkenauer Männerlager verzeichnet. Jenny Spritzer, die am 21. Juli im Frauenlager ankam, bemerkte nichts von einer Selektion. Zwei Züge, die nach der großen Razzia Frankreich verließen, brachten nur 240, bzw. 270 Personen, aber am 2. und 8. August stieg die Zahl der registrierten Männer auf 693 bzw. 317 an. Zwischen dem 8. und 16. August kann man die Tatsache, daß die Transporte viele Kinder enthielten, daraus entnehmen, daß nur 128, bzw. 140, 152 und 115 Männer im Lager aufgenommen wurden[52].

ten Juden nur 9000, aber Röthke schrieb, daß vom 15. an jeden Tag ein Zug nach Auschwitz abgehen werde. Er hoffe, vor dem 30. Oktober weitere 52 000 Juden aus Frankreich zu deportieren, da später die Reichsbahn die Züge nicht mehr zur Verfügung stellen könne.

Man erwartete, daß die Regierung Pétain, um das zu ermöglichen, die seit 1933 vorgenommenen Einbürgerungen von Juden widerrufen werde[55]. Daß diese Erwartung nicht erfüllt wurde, kommt in den Statistiken zum Ausdruck: es gab 13 Deportationszüge im September und keinen einzigen im Oktober[56]. Für Röthke gab es allerdings einen Trost. Am 23. September telegraphierte er an Eichmann, Glücks und namentlich an Rudolf Höss, den Schlächter von Auschwitz: „Der Bruder des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Léon Blum ist mit dem heutigen Transport mitabgeschoben worden[57]."

Röthke mußte nun energisch vorgehen, um den Widerruf der Einbürgerungen zu erreichen. Im August war er so weit gegangen, zu versprechen, daß er die bodenständigen Juden in der besetzten Zone ungeschoren lassen werde, wenn dafür die nach 1933 vorgenommenen Einbürgerungen widerrufen würden. D'Arquier bereitete den Entwurf einer diesbezüglichen Verordnung vor und legte sie — so wurde Röthke berichtet — Laval vor[58]. Im folgenden Jahr drängte Röthke in regelmäßigen Abständen Knochen, eine Aktion einzuleiten, indem er ihm vorhielt, daß Laval dem Entwurf D'Arquiers seine Zustimmung gegeben hatte. Schließlich gelang es Röthke am 14. August 1943, eine Unterredung mit Laval selbst zu erlangen.

In der Zwischenzeit hatten die deutschen Armeen die bis dahin freie Zone Frankreichs besetzt. Andrerseits waren sie aus Nordafrika, Sizilien und dem größten Teil von Südrußland vertrieben worden. Überdies war Röthke in Lavals Augen kein Mann von irgendeiner Bedeutung. Alles das trug dazu bei, daß Laval weit weniger entgegenkommend war als zur Zeit, da er Rahn und Oberg sein Versprechen gegeben hatte. Er teilte Röthke mit, daß Pétain über Bousquet und D'Arquier wütend sei, weil diese den Entwurf einer Verordnung ausgearbeitet hätten, durch die Frauen und Kinder ihrer Staatsbürgerschaft beraubt werden sollten. So von ungefähr erwähnte Laval dann Röthke gegenüber, daß er seine Ausfertigung des Entwurfs verloren habe. Bevor ein neuer

Entwurf dem Ministerrat vorgelegt werden könnte, müßten drei Monate vergehen, damit die Juden ihre Einwendungen machen könnten, auch wenn nur 30 Juden das Recht dazu haben sollten. Ohne daß alle diese Voraussetzungen erfüllt wären, sagte Laval, könnte die französische Polizei Knochen in keiner Weise unterstützen. Außerdem müßte man die Italiener befragen. Nach dieser sehr peinlichen Unterredung mußte Röthke Knochen berichten, daß er mehr deutsche Polizisten brauchen würde[59].

Welche Schlüsse soll man aus diesem Dokument ziehen, das Léon Poliakov ans Tageslicht gebracht hat? Es muß fünfzig verschiedene Möglichkeiten gegeben haben, um von Laval den Widerruf der Einbürgerungen zu erpressen. Aber keine davon wurde angewendet, und wir sehen die Gestapo plötzlich macht- und hilflos, bar jeder Unterstützung sowohl vom Oberkommando der Wehrmacht als auch vom Auswärtigen Amt. Hitler muß das Interesse an der Ausrottung der Juden in Frankreich verloren haben. Dieser Mann, dem nichts an der Meinung der Welt gelegen und der allen Vernunftgründen gegenüber unzugänglich war, konnte durch eine beharrliche, hinhaltende Obstruktion in seiner Entschlußkraft gelähmt werden.

3. Die italienische Intervention

Der Widerstand hatte aber damit noch lange nicht seinen Höhepunkt erreicht. In der Nacht des 7. November 1942 landeten die Alliierten in Französisch-Nordafrika. Am 11. November forderte Admiral Darlan, der in Algier zu den Alliierten übergegangen war, die in Toulon versammelte Flotte zum Auslaufen auf. Daraufhin besetzten die deutschen Armeen die freie Zone. Aber da dies nur im Einvernehmen mit dem italienischen Alliierten erfolgen konnte, überließ man den Italienern die Besetzung von Nizza, Grenoble und des ganzen Departements Alpes Maritimes. Auf diese Weise wurde der gegen die Juden in der bisher unbesetzten Zone geführte Schlag etwas gemildert. Das Ergebnis der von der Sicherheitspolizei in dieser Zone durchgeführten Razzia war so enttäuschend, daß im November nur sechs Züge von Drancy nach Auschwitz abgehen konnten. Die Gestapo nahm an — und zwar mit Berechtigung —, daß die meisten Juden in das von Italien besetzte Gebiet geflohen waren. Die Italiener hatten sich bereits in Tunis, Griechenland und Kroatien den Ruf menschlichen Beneh-

mens den Juden gegenüber erworben, und es gelang ihnen auch in Frankreich, der Deportierung von italienischen Juden Widerstand entgegenzusetzen[60].

Am 4. Dezember stimmte die italienische Regierung einer deutschen Anordnung zu, die die Juden aus allen französischen Küsten- und Grenzgebieten vertrieb. Die italienischen Militärkommandanten legten diese Anordnung dahin aus, daß sie sich auf französische, aber nicht auf italienische und andere fremde Juden bezog, von denen sie annahmen, daß sie sich unter ihrem Schutz befanden. Infolgedessen erhob die italienische Waffenstillstandskommission am 29. Dezember formellen Protest bei der französischen Regierung bezüglich einer Verordnung des Präfekten des Departements Alpes Maritimes, der alle Juden in das deutschbesetzte Gebiet auswies. Die Antwort Lavals bestand in der Entsendung des Präfekten Ribière zu General Vercelling mit dem Vorschlag, daß die französischen Juden in seinen Schutz einbezogen würden und daß er alle Juden aus der italienisch besetzten Zone nach Italien bringen solle[61]. Vercelling lehnte ab, und Lavals unvorsichtige Korrespondenz fiel in die Hände von Joseph Antignac vom Amt D'Arquiers, der sie an Knochen weiterleitete — gerade in dem Augenblick, als dieser von Müller erfuhr, daß Laval die Hilfe der Gestapo zur Entfernung der Juden aus dem Küstengebiet erbeten habe. Auf Grund dieses Ersuchens hatte Himmler bereits SS-Brigadeführer Kurt Daluege, den Chef der deutschen Polizei, zur Prüfung der Situation nach Marseille entsandt[62].

Knochen, der nun nicht mehr wußte, woran er eigentlich war, gab beide Versionen über Lavals Verhalten an Müller weiter. Himmler war offenbar der Auffassung, daß das ganz Lavals Charakter entsprach und daß man da gar nichts tun könne. Aber das italienische Problem wurde den Diplomaten überantwortet, und D'Ajeta, der Kabinettschef des Grafen Ciano, versicherte dem deutschen Botschafter Mackensen bald darauf, daß die Juden nichtfranzösischer Abkunft im Einklang mit dem Übereinkommen vom 3. Dezember inzwischen interniert worden seien[63]. Am 19. Februar teilte Knochen Abetz mit, daß die Italiener alle Juden in ihrer Zone interniert hätten, aber Röthke, der wußte, daß den italienischen Juden die Abwanderung nach Italien bis zum 31. März bewilligt worden war, schrieb das Wort „Nein" an den Rand[64].

Es sollte noch ärger kommen. Am 22. Februar drahtete Knochen wieder an Müller — die Angelegenheit ging eben über Eichmanns Zuständigkeit hinaus —, daß die italienische Vierte Armee den Präfekten von Lyon daran gehindert habe, 2000—3000 polnische Juden im Gebiet von Grenoble festzunehmen, wodurch ihre Verschickung nach Auschwitz „für den Arbeitsdienst" unmöglich geworden sei. Knochen wurde daraufhin mitgeteilt, daß Mussolini die Angelegenheit am 27. mit Ribbentrop persönlich besprechen werde[65].

Mussolini gab Ribbentrop eine ausweichende Antwort. Er gab ihm nichtsdestoweniger darin recht, daß die Militärbefehlshaber die Judenfrage nicht richtig verstünden, was er in erster Linie ihrer „verschiedenen geistigen Vorbereitung" zuschrieb[66]. Kurz, Mussolini beabsichtigte nicht, seinen Generalen in den Arm zu fallen.

Am 6. März faßte Röthke alle unerfüllten Zusicherungen, die die Italiener Eichmann gemacht hatten, zusammen und fügte hinzu, daß die Vierte Armee neuerlich zwei- oder dreihundert Juden freigelassen hätte, die von der französischen Polizei in der Gegend von Lyon festgenommen worden waren[67].

Am 18. März befahl D'Ajeta den Beamten der italienischen Gesandtschaft in Vichy und Paris, in der Frage der französischen Präfekten weiter festzubleiben. Aber Marazzani, der Verbindungsbeamte zum deutschen Oberkommando, teilte dem Gestapobeamten Hagen mit, daß die Juden in der italienischen Zone, die vorher Hausarrest gehabt hatten, nunmehr interniert würden. Das folgte einer Unterredung zwischen Mussolini und Mackensen, während der Mussolini wegen der „falschen Humanitätsduselei" seiner Generale um Entschuldigung bat. Der Generalstabschef Ambrosio würde darauf sehen, daß sie nicht wieder der französischen Polizei Schwierigkeiten bereiteten[68].

Vier Tage später erhielt Mackensen einen Schock. Ambrosio hatte Mussolini von der Unzuverlässigkeit der französischen Polizei überzeugt. Die Registrierung der Juden in der italienischen Zone würde daher von nun an von der italienischen Polizei durchgeführt werden, die unter dem Kommando eines gewissen Lospinoso stand, der früher Polizeichef in Bari gewesen war, während die französische Polizei weiterhin die Deportationen durchführen werde. Mackensen sagte Bastianini, er fürchte, die italienischen Generale würden immer noch die französische Polizei behindern, aber

Bastianini erwiderte, daß die an Vercelling ergangenen Befehle Ambrosios „eindeutig und scharf" seien[69].

Dieses letzte Manöver setzte Himmler derartig in Aufregung, daß er Heinrich Müller, den hinter den Kulissen arbeitenden Großinquisitor der Gestapo, zu einem Besuch nach Rom schickte. Am 27. März erfuhr Müller, daß Lospinoso einige Tage vorher in die besetzte Zone gefahren sei, aber Knochens Nachfrage in Mentone blieb ergebnislos. Am 6. April war Knochen so verzweifelt, daß er sich telegraphisch nicht nur an Eichmann, sondern auch an Schellenberg vom Nachrichtendienst wandte. Er habe von der Gestapo in Marseille erfahren, daß die Juden in die italienische Zone geradezu strömten. Diese Flucht war offenkundig von dem Direktor der Französisch-Italienischen Bank, Donati, finanziert. Lospinoso tauchte auf und verschwand je nach Bedarf, und Müller verlangte einfach, daß man ihn nach Berlin bringe. Aber Lospinoso konnte erst am 26. Mai aufgefunden werden, als Röthke von der Gestapo in Marseille erfuhr, daß der ehemalige Polizeichef von Bari in der Uniform eines Generals in der Villa Surany in Cimiez lebe. Er war der Vorstand eines „Kommissariats für Jüdische Angelegenheiten", und sein Gehilfe war „Donati, Halbjude, wohnhaft Promenade des Anglais 37"[69a].

Lospinoso hatte tatsächlich mit der Vertreibung der Juden aus Nizza und dem Küstengebiet begonnen. Mit Hilfe von Donatis Komitee hatte er sie in Hotels in Vence und Megève untergebracht, also innerhalb der italienischen Zone. Als Bousquet geltend machte, daß die Hotels evakuierten Kindern vorbehalten seien, erklärte sich Lospinoso bereit, mit einem Vertreter von D'Arquiers Kommissariat zu sprechen. Die erste Frage, die er ihm stellte, war, ob er nicht zufällig ein Jude sei. Am 10. Juli benachrichtigte die Gestapo in Marseille Röthke, daß Lospinoso 22 000 Juden unter diesen durchaus menschlichen Bedingungen umgesiedelt habe. Etwa tausend der ärmsten Juden lebten „in den besten Hotels in Isère und Savoie". Röthke selbst war der Meinung, daß insgesamt 50 000 Juden in der italienischen Zone lebten[70].

Auf die Dauer konnte man natürlich die Gestapo nicht zum besten halten. Mussolini hatte bereits die Zustimmung dazu gegeben, daß die Besetzungszone, mit Ausnahme von Nizza, den Deutschen übergeben werde. Am 22. Juli erfuhr Röthke, daß Donati nach Rom gefahren war, um für die bedrohten Juden zu intervenieren.

Am 25. Juli wurde Mussolini verhaftet und Badoglio bildete eine neue Regierung. Am 19. August erschien Lospinoso bei der Gestapo in Marseille, um dort mitzuteilen, daß er sich nach dem Regimewechsel nicht mehr an das Übereinkommen, ihr sein Amt zu übergeben, gebunden fühle.

Obwohl es gelungen war, eine Gnadenfrist zu erwirken, fehlte es jenen, die zugunsten der Juden tätig waren, an Entschlußkraft. Die sehr liberalen Instruktionen des neuen italienischen Außenministeriums wurden erst am 1. September veröffentlicht, als es schien, daß die italienischen Juden repatriiert und die staatenlosen Juden nach Nizza zurückgebracht würden. In der Zwischenzeit war Donati beim Vatikan gewesen, wo er mit Vertretern der Alliierten Fühlung nahm und ihnen den Vorschlag unterbreitete, die staatenlosen Juden in italienischen Schiffen nach Nordafrika zu bringen. Bis zum 8. September, als Eisenhower die Bedingungen für den italienischen Waffenstillstand verkündete und infolgedessen die deutsche Armee in die italienische Zone einmarschierte, kam es zu keiner Entscheidung[71].

Die Gestapo hatte sich für diesen Augenblick vorbereitet. Anton Brunner war nach Marseille gekommen, um eine große Razzia auf Juden zu leiten. Dabei sollten keinerlei Unterschiede gemacht werden, und die in Haft Genommenen sollten aus Marseille und Lyon zunächst nach Drancy gebracht werden. In Drancy wollte man sie in die einzelnen Kategorien einreihen, da die Italiener keine richtige Juden-Registratur besaßen[72].

Obwohl die deutsche Armee erst am 11. September Nizza besetzte, hatte der Plan, die Juden aus Megève in diese Falle zurückzubringen, keine großen Fortschritte gemacht. Nur 2000 hatte man hingeschafft, und der Rest konnte sich auf die Bergdörfer verteilen. Nichtsdestoweniger schien sich eine Tragödie für viele Tausende der Juden vorzubereiten, die die großen Städte niemals verlassen hatten. Aber Röthkes Erklärungen erwiesen sich doch meist als leere Drohungen. Brunner gelang es nicht, ohne volle Mithilfe der französischen Polizei eine richtige große Razzia in Gang zu bringen. Chaigneau, Ribières Nachfolger, vernichtete in Nizza alle von den Italienern zurückgelassenen Listen. Brunner blieb nichts anderes übrig, als auf der Straße Jagd auf Juden zu machen[73].

Als Eichmann bald darauf mit der deutschen Armee in Nizza ankam, war er über das geringe Ausmaß der Beute sehr enttäuscht,

aber er erkannte bald, wo die Erklärung dafür lag. Irgendwie erfuhr er, daß sich 15 000 Juden in den Bergen des Fürstentums Monako versteckt hielten. Am 23. September erhielt der deutsche Konsul in Monako vom Auswärtigen Amt den Auftrag, der Sicherheitspolizei den Zutritt in das Fürstentum zu erwirken. Aber der Konsul war nur in der Lage, 1000 Juden zu finden, die alle seit langer Zeit dort ansässig gewesen waren. Eichmann gab aber nicht nach und verwies immer wieder darauf, daß es sich um 10 000 bis 15 000 Juden handele. Die Sache wurde von Zeit zu Zeit immer wieder aufgegriffen. Im Juli 1944 teilte der Konsul von Thadden aus dem Auswärtigen Amt mit, daß die meisten der 1000 Juden, nachdem Eichmann auf den Plan getreten war, in die Schweiz, nach Spanien oder zu den Maquis entkommen waren. Nicht mehr als 45 waren zurückgeblieben, die alle unter entsprechendem Schutz standen. Nur einige wenige wurden der Sicherheitspolizei übergeben und nach Drancy gebracht[74].

Das Ausmaß der deutschen Niederlage auf diesem Gebiet läßt sich an Hand der folgenden Zahlen erkennen. Die in Röthkes Büro[75] gefundene Liste weist aus, daß in den drei Monaten nach dem verhängnisvollen 8. September, als das ganze Gebäude des italienischen Schutzes zusammenbrach, nur drei Transporte aus Drancy nach Auschwitz gegangen sind.

4. Die Endlösung scheitert

Ein Leitmotiv findet sich in allen Briefen Röthkes, die man in der Avenue Foche 72 aufgefunden hat: wenn nur Laval die seit 1933 — oder 1927 — erfolgten Einbürgerungen widerrufen hätte, hätten wir jeden Tag Züge fahren lassen und sie auch füllen können! Am 21. Juli 1943 war Röthke der Ansicht, daß der Widerruf der seit 1927 erfolgten Einbürgerungen 50 000 Juden unmittelbar verfügbar machen würde. Was die bodenständigen französischen Juden betraf, waren sie für seine Zwecke nur verwendbar, wenn sie bereits als Geiseln für „jüdische Bolschewisten" oder wegen Vergehens gegen eine der unzähligen neuen Vorschriften hinter Schloß und Riegel saßen. Von den 52 000 Juden, die aus Frankreich deportiert wurden, waren darum nur 6000 französische Staatsbürger, während der Anteil der ursprünglich unbesetzten Zone, die damals nur acht Monate Besetzung hinter sich hatte, nur 13 000 betrug[76].

Wenn wir einige Monate zurückgreifen, und zwar in die Zeit vor dem italienischen Zusammenbruch, so finden wir, daß die Transporte von Drancy nach Auschwitz nach der unerläßlichen Winterpause im Februar 1943 nur mit großen Schwierigkeiten wieder aufgenommen worden waren. Die Razzia vom 11. Februar beschränkte sich nach dem Bericht von Dr. Wellers auf Kinder und sehr alte Leute, die einzigen ausländischen Juden, die man unter ihrer polizeilich gemeldeten Adresse finden konnte[77]. Am nächsten Tag berichtete Knochen an Müller, daß Bousquet die Hilfe der französischen Polizei bei der Deportierung von 1300 französischen Juden, die man verhaftet hatte, weil sie den Judenstern nicht trugen, verweigerte. Bousquet hatte 1300 staatenlose Juden an ihrer Stelle angeboten. „Es ist selbstverständlich, daß beide Gruppen zur Deportierung gelangen werden[78]."

SS-Standartenführer Helmuth Knochen, der unter Professor Franz Six in einem sogenannten „Informationsdienst" der Gestapo für „Fragen der Wissenschaft" gedient hatte, besaß keinen übermäßig entwickelten Sinn für die Wirklichkeit. Er sagte Müller, die Amerikaner hätten Frankreich die italienischen Kolonien und den Rhein angeboten; Laval würde sicherlich mehr Juden an Deutschland ausliefern, wenn die Deutschen ein entsprechend höheres Angebot machten.

Am 6. März schrieb Röthke an Eichmann, daß er hoffe, im April jede Woche 8000 bis 10 000 Juden deportieren zu können; aber im April wurden überhaupt keine Juden deportiert, obwohl im März fünf Züge abgegangen waren[79]. Im Juni mußte Röthke eine vorbereitete Razzia absagen. Am 21. Juli berichtete er, daß Heinrich von Stülpnagel die Hilfe der Armee kategorisch verweigert habe*. Röthke war auf die Miliz Darnands, auf die antijüdische Polizei D'Arquiers und den Nachrichtendienst der Gestapo angewiesen[80]. Zu diesem Zeitpunkt versuchte Sturmbannführer Anton Brunner, der Organisator der Deportationen aus Wien, Berlin und Saloniki, eine Art jüdischen Ordnungsdienst in Frankreich aufzubauen. Eine Anzahl Juden wurde aus Drancy mit dem Auftrag entlassen, durch verschiedene Appelle an das Gefühl oder durch erpresserische Drohungen mit Freunden und Verwandten dorthin

* Genau ein Jahr später nahm Stülpnagel Oberg, Knochen und die ganze Pariser Gestapo in Haft, als er von General Olbricht den Befehl „Walküre" auf Grund der Falschmeldung erhielt, daß Hitler getötet worden war; er mußte sie wieder freilassen und wurde nach einem erfolglosen Selbstmordversuch hingerichtet.

wieder zurückzukehren. Aber „les missionaires" waren kein Erfolg, und die Sache wurde nach einigen Wochen aufgegeben[81].

In dem Jahr bis zur Befreiung von Paris dürften weitere zwanzig Deportationszüge Frankreich verlassen haben. Man brachte die Menschen hauptsächlich dadurch auf, daß man die bestehenden Lager und die der UGIF bewilligten Wohlfahrtseinrichtungen auskämmte. Dr. Wellers sagt, daß die Pariser Waisenhäuser und das Rothschild-Altersheim im Juli 1944 geleert wurden[82]. Röthkes Akten enthalten den Bericht über einen ähnlichen Fall, der sich schon früher zugetragen hatte. Am 6. April 1944 berichtete SS-Obersturmführer Barbie von der Gestapo in Lyon über die Auflösung der jüdischen Kinderkolonie in Izieux (Ain). „Insgesamt wurde 41 Kinder im Alter von 3 bis 13 Jahren festgenommen. Ferner gelang die Festnahme des gesamten jüdischen Personals, bestehend aus zehn Köpfen ... Der Transport nach Drancy erfolgt am 7. April 1944."

In Drancy gab es eine kleine Schwierigkeit. „Dr. von B." sagte, daß Röthke besondere Maßnahmen bezüglich der Unterbringung von Kindern zu treffen pflege. SS-Sturmbannführer Brunner erwiderte, daß ihm derartige Weisungen und Pläne nicht bekannt seien und daß er „grundsätzlich" solche Sondermaßnahmen nicht billige. „Dann wurde auch in diesem Falle mit dem normalen Modus betreffend Abschub verfahren[83]."

Im April 1944 gingen nur zwei Transporte nach Auschwitz, im Mai einer. Aber am 14. April machte Knochen noch einen letzten verzweifelten Versuch einer umfassenden Razzia, in die auch Halbjuden einbezogen werden sollten. Brunner erhielt den Auftrag, die Juden aus allen französischen Lagern und Gefängnissen zu entfernen, um die französischen Behörden daran zu hindern, sie durch Verschickung dem Zugriff der Gestapo zu entziehen[84] — ein deutlicher Hinweis auf die veränderte Haltung der französischen Polizei. Nichtsdestoweniger brachte die Invasion des Kontinents den Juden in Frankreich neue große Gefahren. So gab es zwischen der Landung der Alliierten im Süden Frankreichs und dem Fall von Paris einen Zeitraum von einer Woche, in der die in Lyon konzentrierte Gestapo besinnungslos um sich schlug. Juden wurden wahllos aufgegriffen und ermordet, manchmal in Massenexekutionen; aber Deportierungen waren zu diesem Zeitpunkt, an dem die französischen Bahnen durch die Bombardierungen fast lahmgelegt waren, kaum noch möglich. Darum mußte die für den

13. August 1944, zehn Tage vor der Befreiung von Paris, vorgesehene Evakuierung von Drancy unterbleiben, und 700 Juden waren im Lager zurückgeblieben, als die Alliierten eintrafen[85]. Dr. Wolken verzeichnete aber am 7. September in Auschwitz die Ankunft von 100 Juden aus Lyon, einer Stadt, die am 3. September in die Hände der Alliierten gefallen war; wahrscheinlich waren einige Züge über Norditalien noch durchgekommen[86].

Dr. Wellers, der Zutritt zu den Lagerverzeichnissen in Drancy hatte, schätzt, daß in der letzten Phase der Deportationen, zwischen Juni 1943 und August 1944, nur 17 000 Juden Frankreich verlassen haben. Wenn man diese Zahl zu den ursprünglichen Aufzeichnungen der Gestapo hinzufügt, kommt man zu einer Gesamtzahl von weniger als 65 000, von denen 2800 nach dem Kriege zurückgekehrt sind[87]*.

Fast unmöglich ist abzuschätzen, wieviel Juden das Programm der Gestapo für Frankreich umfaßte; die Gestapo selbst scheint diesbezüglich vollkommen im Dunkeln gewesen zu sein. Wenn man noch diejenigen einbezieht, denen die Flucht gelang, hat es sich wohl nicht um viel weniger als um 300 000 Menschen gehandelt. Abgesehen von Italien und Dänemark ist in keinem andern Land des besetzten Europas die jüdische Gemeinschaft mit einem Verlust von weniger als einem Viertel ihres Bestandes davongekommen. In Frankreich war das in einem großen Ausmaß der Taktik Lavals zu danken, eines Mannes, den seine Landsleute nach dem Krieg als Verräter erschossen haben. Aber es wäre falsch, das Überleben von drei Vierteln der Judenschaft in Frankreich allein auf das kluge Vorgehen eines einzelnen Menschen zurückzuführen. Die Endlösung, die in Mittel- und Osteuropa so erfolgreich zur Anwendung gelangte, mußte in Frankreich versagen angesichts der menschlichen Haltung des einfachen Mannes, der selbst zutiefst erniedrigt worden war und dadurch gelernt hatte, die Furcht zu überwinden.

* Die in Röthkes Büro gefundene Liste vom 1. Juli 1944 sagte aus, daß es bis zu diesem Zeitpunkt 75 Deportationszüge gegeben habe. Gewöhnlich beförderte ein aus zwanzig Eisenbahnwagen bestehender Zug 1000 Juden, aber zahlreiche der späteren Transporte waren viel kleiner. Die oben angegebene Ziffer ist zwar nicht abschließend, dürfte jedoch eher nach unten als nach oben zu korrigieren sein.

Dreizehntes Kapitel

Andere westeuropäische Länder

1. Holland

In Holland vollzog sich nahezu die entgegengesetzte Entwicklung wie in Frankreich. Am 2. August 1941 betrug die jüdische Bevölkerung 140 552 Köpfe[1]. 110 000 wurden deportiert, weniger als 6000 kehrten zurück. Heute zählt die jüdische Gemeinschaft nur ungefähr 35 000 Mitglieder. Etwas weniger als ein Fünftel der Deportierten waren staatenlose Flüchtlinge. Von den Juden niederländischer Staatsbürgerschaft sind fast zwei Drittel zugrunde gegangen. Das Ausmaß des Unglücks kann nicht durch irgendeinen Hinweis auf lokalen Antisemitismus erklärt werden, waren doch die Unruhen vom Februar 1941 wahrhaft würdig der Tradition rassischer und religiöser Toleranz, durch die sich das Land auszeichnet. Die unmittelbare Ursache des großen Aderlasses war die schwächere politische Situation Hollands unter deutscher Herrschaft im Vergleich zu der Frankreichs. Selbst im November 1942 fühlten sich die Sieger von 1940 nicht stark genug, die zivile Verwaltung von Frankreich zu übernehmen, aber Holland war ein kleines, im Laufe von fünf Tagen niedergeworfenes Land, das vom ersten Augenblick an von einem deutschen Zivilkommissar regiert wurde. Die von der Besatzungsmacht im Jahre 1942 bestellte niederländische Regierung wurde von niemandem ernst genommen.

Nirgends befand sich die jüdische Bevölkerung so sehr in der deutschen Umklammerung wie in Holland, da nur sehr wenige Juden außerhalb der drei großen Städte lebten und mehr als 60 v. H. von ihnen in Amsterdam zu Hause waren. Es gab auch keine offene Grenze, die man heimlich überschreiten konnte; erst nach Überschreiten von drei schwerbewachten Grenzen hätte man einen sicheren neutralen Zufluchtsort erreichen können. Darum waren

schon im Jahre 1940 die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Juden in Holland weiter vorgeschritten als in Frankreich. Im Oktober wurden jüdische und halbjüdische Firmen in Treuhandverwaltung übernommen. Im November wurden Juden aus dem Staatsdienst entlassen, und Anfang 1941 bekamen ihre Lebensmittel- und Kennkarten einen Sonderstempel. Im Februar wurde nach dem osteuropäischen Muster ein Judenrat (Joodse Raad) geschaffen, und zu Beginn des Jahres 1942 wurden die Juden aus den Städten entweder in Amsterdam zusammengefaßt oder in die Torfstechlager gebracht[2].

Gleich von Anbeginn riefen diese Grausamkeiten mehr als bloß passive Sympathie von seiten der nichtjüdischen Bevölkerung hervor, deren Verhalten sich bis zu aktivem Widerstand steigerte. Am 9. Februar 1941 unternahm die deutsche Polizei in Begleitung einiger holländischer Polizeibeamten, die mit den Deutschen zusammenarbeiteten, in den Häusern des historischen Judenviertels in Amsterdam eine Razzia unter dem Vorwand, daß auf sie aus den Fenstern geschossen worden sei. Während der zweiten Razzia in diesem Stadtteil am 11. Februar kamen Dockarbeiter von den Inseln Kattenburg, Wittenburg und Oostenburg den Juden zur Hilfe*. Ein gewisser Hendrik Koot, ein holländischer Polizist, wurde verwundet und starb später. Obwohl das jüdische Wohnviertel während der folgenden Tage streng überwacht wurde, hatte das von deutscher Seite mit großem Pomp veranstaltete Begräbnis Koots am 17. weitere Unruhen hervorgerufen, die Himmler zu dem Befehl veranlaßten, vierhundert jüdische Geiseln festzunehmen[4].

Man kann sagen, daß der Zivilkommissar Arthur Seyss-Inquart und der Höhere SS- und Polizeiführer Hans Rauter — beides Österreicher — Himmler vor diesem Schritt warnten. Seyss-Inquart war als Nachfolger Schuschniggs einige Stunden lang österreichischer Bundeskanzler gewesen und hatte als solcher den Anschluß sozusagen per Telephon arrangiert. Er wurde dafür mit dem Posten des Reichsstatthalters von Wien belohnt, den er aber nicht lange innehatte. Die Stellen, die er später bekleidete, entsprachen nicht den

* Die Tatsache, daß nichtjüdische Holländer den Juden geholfen hatten, versuchte das RSHA dadurch zu verheimlichen, daß es vorgab, die Arbeiter seien aus der jüdischen Regenmantelfabrik am Waterlooplein, dem Kattenburg-Hollandia-Konzern, gekommen. Von den Kattenburg-Arbeitern wurden 826 am 30. November 1942 aus dem Lager Westerborg nach Auschwitz deportiert, unter ihnen solche, die als Kommunisten verdächtigt wurden und in Scheveningen verhaftet worden waren[3].

von ihm geleisteten Diensten, da er nur als ein Parteimann zweiter Güte galt. Nichtsdestoweniger war Seyss-Inquarts Anteil an der Verfolgung der holländischen Juden eine für die Nationalsozialisten nützliche, wenn auch passive Mithilfe. Rauter war ein ganz anderer österreichischer Typ. Es ist bezeichnend für die Schicht, aus der Himmler die Polizeichefs auswählte, daß Rauter früher Führer eines Freikorps nach deutschem Muster, nämlich der steirischen Heimwehr, war. 1931 hatte er an dem österreichischen Heimwehrputsch teilgenommen und war 1932 der Nationalsozialistischen Partei beigetreten. Die Unterredungen mit Rauter im Gefängnis, die Dr. De Jong und Professor Postumus veröffentlicht haben, weisen auf einen Mann mit einem stark betonten, aber beruflich beschränkten Ehrbegriff hin, der kein unangenehmes Wesen hatte, aber ausgesprochen dumm und ein Gewaltanbeter war [5].

Rauter, der von seinem Krankenurlaub in Bad Gastein zurückeilen mußte, erfuhr am 19. Februar, daß eine deutsche Polizeipatrouille in der Amsterdamer van-Woustraße mit Vitriol übergossen worden war [6]. Er verhaftete darum 250 Juden am 22. und 140 am 23. Februar. Es handelte sich um junge Menschen, die in den Straßen von der Schutzpolizei aufgegriffen wurden und die man zwang, viele Stunden lang zu knien, ehe man sie in ein Lager brachte.

An allen Straßenecken Amsterdams ließ Rauter am 25. einen Aufruf anschlagen, dem zufolge die Juden zuerst geschossen hatten und die Verhaftungen eine Vergeltungsmaßnahme waren [7]. Aber das verhinderte nicht, daß die Stadt von einem Generalstreik erfaßt wurde. Am Rokin, einer von Amsterdams Hauptstraßen, wo die Streikenden die Fahrgäste zwangen, die Straßenbahn zu verlassen, schoß die deutsche Polizei auf die Menge. Da der Krieg im Februar 1941 wenig militärische Anforderungen an Deutschland stellte, war es möglich, drei Polizeibataillone und ein Bataillon der Totenkopf-Verbände, das normalerweise Wachtdienst in Konzentrationslagern versah, rasch nach Amsterdam zu entsenden. Diese Machtentfaltung brachte die gewünschte Wirkung, und obwohl der Sympathiestreik sich bereits auf Rotterdam ausgedehnt hatte, gab es in Amsterdam am nächsten Tage wieder Gas und Elektrizität [8].

Der Amsterdamer Streik war die kühnste Aktion dieser Art vor den großen Streiks, die der Invasion des Kontinents durch die Alliierten folgten. Sechzig niederländische Arbeiter, die daran teilge-

nommen hatten, wurden daraufhin in deutsche Konzentrationslager verschickt, aber den vollen Zoll für den Verlust an deutschem Prestige mußten die 389 jüdischen Geiseln entrichten. Eine Zeitlang erhielten ihre Angehörigen Feldpostkarten, aber im Sommer begannen Mitteilungen vom „Standesamt II Mauthausen" einzugehen, die besagten, daß der oder jener an Lungenentzündung gestorben sei und daß die Urne von der Gestapo gegen Bezahlung einer Gebühr von 75 Gulden abgeholt werden könne. Als die Zahl der Verständigungen anstieg, wurden sie bündelweise an den Judenrat geschickt. Im Oktober 1941 beschwerte sich dann der schwedische Gesandte in Berlin, daß den Vertretern des Roten Kreuzes der Zutritt zu den Geiseln verweigert worden war und daß der Tod von 400 jungen und gesunden Männern „jeweils an bestimmten Tagen" eingetreten sei[9]. Das einzige Ergebnis dessen war, daß Martin Luther von der Abteilung „Deutschland" den Rat gab, verhaftete holländische Bürger in Holland zu behalten, wo keine Schutzmacht (wie Schweden) eingreifen konnte, und daß „bei der Mitteilung der Todesfälle möglichst nicht der Eindruck entsteht, die Todesfälle ereigneten sich jeweils an bestimmten Tagen"[10].

Die Geiseln wurden buchstäblich zu Tode gemartert. Am 22. Mai 1941, nachdem 59 gestorben waren, wurden die Überlebenden aus Buchenwald nach dem furchtbaren Steinbruchlager in Mauthausen bei Linz in Österreich gebracht. Dort sind dann weitere 230 Juden aus Amsterdam zu ihnen gestoßen, die im Juni deportiert worden waren. Von der Gesamtzahl von 619 befanden sich Anfang 1942 nur mehr acht am Leben[11], und zu Kriegsende nur einer, Max Nebig, der Eugen Kogon in Buchenwald beschrieb, welcher besonderen Mauthausener Tortur sie unterworfen wurden. Sie wurden die 148 Stufen am Steinbruch mit Steinblöcken auf ihren Schultern hinauf- und hinuntergetrieben. Am dritten Tag bildeten die Überlebenden dieser von Menschen geschaffenen Hölle Gruppen, die, sich gegenseitig an den Händen haltend, über die Felsenböschung sprangen. Ihre Verzweiflungstat war von Arbeitern gesehen worden, so daß es sich als notwendig erwies, die letzten Überlebenden in das Lager zurückzunehmen; dort trieb man sie an die Starkstromleitung. Nebig rettete sein Leben, indem er sich für eine Operation als menschliches Versuchskaninchen zur Verfügung stellte; nachher wurde er in der Tuberkulose-Abteilung von Buchenwald bis Kriegsende versteckt gehalten[12].

Dank der brutalen bürokratischen Stupidität, mit der die Verständigungen über Todesfälle erfolgten, und dem Handel mit Urnen wurde der Mord an den holländischen Juden bald allgemein bekannt. Als Himmler 1941 holländische Kommunisten nach Buchenwald verschicken wollte, überredete Harster, der Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Holland, den Gestapochef Müller in Berlin, den Befehl abzuändern, weil „sonst die politischen Auswirkungen solche Maßnahmen allgemein bekannt machen würden". Rauter verantwortete sich während seines Prozesses dahin, daß er gegen die Verschickung von Holländern „in die Steinbruchlager" interveniert habe [13]. Sie wurden statt dessen in das Konzentrationslager Sachsenhausen geschickt, das allerdings auch nicht als Erholungsort gelten konnte.

Der Massenmord an holländischen Juden wiederholte sich erst wieder im Juli 1942. Es scheint sogar, daß die Verfolgung der holländischen Juden verlangsamt wurde, um sie mit den Vorbereitungen für Auschwitz in Übereinstimmung zu bringen. So wurde das Tragen des Judensterns, das für das Großdeutsche Reich und die Slowakei im September 1941 angeordnet worden war, von Rauter erst am 29. April 1942 zur Pflicht gemacht. Andererseits ist eine Zweigstelle der Zentralstelle für jüdische Auswanderung, der später die Vorbereitung der Deportierungen zufiel, in Amsterdam im September 1941 unter der Leitung des berüchtigten Hauptsturmführers Aus der Fünten eingerichtet worden, gerade zu der Zeit, als die ersten Massenverschickungen aus dem Altreich erfolgten [14].

Am 23. Juni 1942 unterrichtete Eichmann Rademacher, seinen Verbindungsmann im Auswärtigen Amt, daß von Mitte Juli an die Deportierten-Züge aus dem Westen täglich verkehren und 40 000 Juden aus den Niederlanden, 40 000 aus dem besetzten Frankreich und 10 000 aus Belgien befördern würden [15]. Es scheint, daß das Auswärtige Amt im Hinblick auf die psychologischen Auswirkungen zunächst die 25 000 staatenlosen Flüchtlinge aus Holland zu deportieren wünschte. Nichtsdestoweniger wurden eingebürgerte und sogar in Holland geborene Juden in die erste, von Zöpf und Aus der Fünten in Szene gesetzte Verhaftungswelle eingeschlossen; wegen dieser Angelegenheit, über die das Auswärtige Amt nicht vorher informiert worden war, gab es eine längere Auseinandersetzung.

Das RSHA wünschte die Herausgabe einer Verordnung, der zufolge die Juden in dem Augenblick, in dem sie die Grenze überschritten, ihre holländische Staatsbürgerschaft verloren, „um Einmischung der Schutzmacht in Deutschland zu vermeiden". Aber der Rechtsberater des Auswärtigen Amtes, Dr. Emil Albrecht, wies darauf hin, daß in diesem Fall Schweden aufhören werde, die Interessen deutscher Bürger in Curaçao und Niederländisch-Guayana wahrzunehmen. Unter Hinweis darauf, daß die Schweden jedesmal, wenn in Holland Totenscheine eintrafen, hartnäckig versucht hatten, Mauthausen zu besichtigen, meinte Albrecht, es würde genügen, wenn die Polizei über den Unterbringungsort keine Mitteilungen nach außen gelangen ließe und die überflüssige Zeremonie der Versendung von Sterbeurkunden einstellte — fürwahr ein weiser Rat eines äußerst vorsichtigen deutschen Beamten, von dem die Gestapo natürlich gern Gebrauch machte. Es wurde keine Verordnung herausgegeben, die den deportierten holländischen Juden die Staatsbürgerschaft absprach, und man wurde durch keinerlei Dazwischentreten von seiten Schwedens weiter behelligt[16]*.

Die Juden, die sich zuerst auf Aufforderung des Judenrats freiwillig am Polderweg meldeten, wurden mit der Bahn nach Hooghelen, ca. 150 km von Amsterdam entfernt, nahe der deutschen Grenze, gebracht. Sie mußten dann nach dem holländischen „Drancy" marschieren, dem weltverlassenen Lager Westerbork inmitten der Torfsümpfe. Westerbork war einmal ein Lager für jüdische Flüchtlinge gewesen, und dorthin hatte man auch die Juden vom deutschen Dampfschiff „St. Louis" im Juni 1939 nach ihrer vergeblichen Reise nach Havanna gebracht. Logischerweise wurde Westerbork jetzt die Sammelstation für die Gaskammern von Auschwitz, wohin in der zweiten Hälfte Juli 1942 der erste, 5742 Menschen umfassende Transport abging. Für die durch Deutschland führende Strecke von 1200 km brauchten die sechs Eisenbahnzüge vierzig Stunden[17]. Eichmann hatte die Wahrheit gesprochen;

* Soweit mir bekannt ist, wurde die Schuld Dr. Emil Albrechts in bezug auf diesen Vorgang niemals zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht. Dr. Conrad Roediger, der Referent für völkerrechtliche Fragen im A. A. war und jetzt ein hoher Richter in Westdeutschland ist, sagte im Rademacher-Prozeß, daß er von diesem Brief Albrechts keine Kenntnis hätte (Frankfurter Rundschau, 22. Februar 1952). Albrecht wurde 1949 aus der Haft entlassen, nachdem er der Anklagebehörde im Wilhelmstraßen-Prozeß seine fachlichen Kenntnisse zur Verfügung gestellt hatte.

jeden Tag ging ein Zug entweder aus Frankreich oder aus Holland ab.

Die direkte Selektion für die Gaskammer beim Eintreffen in der Station Auschwitz war bereits die Regel, doch war die Zahl der so Ausgewählten noch verhältnismäßig gering. Ein Vergleich zwischen einem Bruchstück des Birkenauer Tagesappells und der Liste in Westerbork zeigt, daß höchstens 18 v. H. der männlichen Deportierten nicht bis ins Lager Birkenau kamen, während die Insassen des zweiten Zuges vollzählig dort eingeliefert wurden. Bis zum 7. August wurden auch nicht arbeitsfähige Männer ins Lager aufgenommen. Am 7. August fehlten jedoch schon 35 v. H. der Neuankömmlinge, und von da an wurde weniger als die Zahl der theoretisch Beschäftigungsfähigen ins Lager aufgenommen [18]. Ende August suchte der Joodse Raad immer noch hauptsächlich arbeitsfähige junge Menschen für die Züge aus, aber der Anteil jener, die zur Arbeit bestimmt wurden, war bereits auf 30 v. H. zurückgegangen; er scheint bis zum 2. März 1943 weiter gesunken zu sein, zu welchem Zeitpunkt die Züge nach Sobibor umgeleitet wurden und die Gaskammer 97 v. H. aller Insassen schluckte.

Der Fortschritt der Deportierungen wurde regelmäßig von dem Gesandten Otto Bene, dem früheren Generalkonsul in Mailand, der das Auswärtige Amt im Hofstaat von Seyss-Inquart vertrat, Luthers Abteilung im Auswärtigen Amt berichtet. Am 13. August war Bene höchst unzufrieden. Er hatte erfahren, daß nur 400 von den 2000 vom Judenrat einberufenen Juden sich am Polderweg gemeldet hatten, weil „die Judenschaft dahintergekommen ist und weiß, was bei dem Abtransport bzw. bei dem Arbeitseinsatz im Osten gespielt wird" [19]. Wahrscheinlich hatte die Amsterdamer Jüdische Gemeinde herausgefunden, daß die Züge die Endstation Auschwitz hatten und daß Auschwitz ein Konzentrationslager war. Später sollte sie noch mehr erfahren. Am 9. Oktober schrieb Anne Frank, die mit ihrer Familie in einem Warenlager in Amsterdam versteckt war, in ihr Tagebuch: „Das englische Radio spricht davon, daß sie vergast werden." Unwillkürlich denkt man da an ein anderes Tagebuch, das des Dr. Kremer, des Arztes im Birkenauer Lager, der am 18. schrieb (siehe S. 130) [20]:

> „In feuchtem, kaltem Wetter an 11. Sonderaktion (Holländer) am Sonntagmorgen teilgenommen. Schreckliche Szene mit drei Frauen, die uns um ihr nacktes Leben baten."

Bene hatte seinem Bericht an Luther hinzugefügt: „Es ist nicht bekannt, wie diese Züge gefüllt werden sollen*." Tatsächlich waren vier der Züge, die im August Westerbork verließen, nur halbvoll[21]. Infolgedessen mußte der Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Amsterdam, Sturmbannführer Willi Lages, die gesamten Dispositionen ändern. Eine besonders ausgewählte Abteilung holländischer Polizei wurde in der Tulpkaserne gehalten, und die Juden wurden gewaltsam nach dem Schouwberg, einem früheren jüdischen Theater, gebracht. Aber auch jetzt war, wie sich Rauter am 10. September beschwerte, die Mithilfe der holländischen Polizei gleich null[22]. Etwa 15 000 Juden hatte man deportiert, doch 25 000 waren versteckt, 6000 waren, wie man annahm, über die belgische Grenze entkommen, und nicht weniger als 46 000 unterlagen immer noch nicht den Deportierungsvorschriften; zu ihnen gehörten auch die Familien derjenigen, die im Lager mit Torfstechen befaßt waren[23]. Eine andere Möglichkeit, der Deportation zu entgehen, war Beschäftigung beim Judenrat. Die Zahl der so Beschäftigten stieg von 8886 am 15. Oktober auf 17 492 Anfang Dezember, wurde aber zu Jahresende unter dem Druck der Gestapo auf 14 500 und im März 1943 auf 13 000 herabgesetzt[24].

Am 10. September schrieb Rauter direkt an Himmler, daß „das Zusammenfangen der Juden uns die allergrößten Kopfzerbrechen macht". Er schätzte die Zahl der Familienangehörigen der Torfstecher in den Arbeitslagern auf 30 000 Menschen. Am 24. September sagte Rauter, daß ihre Inhaftierung und Deportierung drei Züge pro Woche notwendig machen würde. Um dieses Ziel zu erreichen, schlug er vor, die Juden für vogelfrei zu erklären. Nach dem 15. Oktober konnten die holländischen Juden nicht nur von der Polizei, sondern auch von Angehörigen der Wehrmacht und von Parteimitgliedern in Haft genommen werden[25].

Diese Maßnahmen, die Himmler durch die Randbemerkung „sehr gut" billigte, hatten nur einen beschränkten Erfolg. Das Auskämmen der Arbeitslager ergab nicht 30 000, sondern nur 17 000 Menschen, und Ende des Jahres betrug die Gesamtzahl der aus den

* Benes Ausdrucksweise deutet darauf hin, daß er selbst einiges über die Deportierungen wußte, von denen er glaubte, daß sie vor den Juden geheimgehalten worden waren. Aber im Rademacher-Prozeß sagte er aus, daß er nur die Berichte der Sicherheitspolizei weitergeleitet habe und nie an Massenmord oder Massentötung dabei gedacht habe (Frankfurter Rundschau, 20. Februar 1952).

Niederlanden deportierten Juden 38 606[26]*. Nichtsdestoweniger rechnete der Reichskommissar Seyss-Inquart damit, daß die Deportationen bei einer wöchentlichen Zahl von 2000 bis 3500 Verschickten am 1. Mai 1943 abgeschlossen sein würden[27]. Aber in Wirklichkeit wurden nur 12 000 in den ersten zwölf Wochen des Jahres 1943 deportiert, und auch um diese Zahl zu erreichen, mußte zu neuen Mitteln gegriffen werden.

Rauter hatte an Himmler geschrieben, daß er es niemals zulassen würde, daß ein Deportationszug ausfiele: „Wer weg ist, ist weg[28]." Aber vor seinen Richtern behauptete Rauter[29], daß ihm nichts von Hauptsturmführer Aus der Füntens Überfall auf das Jüdische Heim für Geisteskranke Appeldoornse Bos am 20. Januar 1943 bekannt war. Aus der Fünten kam dort in der Nacht in Begleitung von hundert jüdischen Ordnungsdienstangehörigen aus dem Lager Westerbork und einigen SS-Leuten an. Neunhundert geisteskranke und zurückgebliebene Kinder wurden sofort mit Lastkraftwagen weggeschafft und auf die Viehwagen aufgeladen, die an der Station Appeldoorn warteten. Die meisten waren in ihren Nachthemden, aber einige waren ganz nackt. Von denen, die auf Tragbahren gelegt werden mußten, wurden 40 in einen Wagen geworfen. Die Zugbegleiter konnten ihnen keinerlei Hilfe gewähren, weil sie selbst in einem Personenwagen eingeschlossen waren. Bevor die

* Davon wurden 27 443 zwischen dem 28. August und dem 12. Dezember aus Westerbork in 29 Zügen deportiert; jede Woche gingen regelmäßig zwei Züge ab. Die jüngsten Nachforschungen des Niederländischen Roten Kreuzes (Auschwitz, Deel III, Oktober 1952) sagen mehr als andere Erhebungen über das Schicksal der Auschwitzer Transporte während der Zeit ihres Höhepunktes aus. Achtzehn der Züge wurden einer besonderen Selektionsmethode unterworfen. Von den 16 311 Deportierten wurden 3540 Männer im Alter zwischen 15 und 50 Jahren bereits in Cosel, 75 km vor Auschwitz, ausgeladen. Von wenigen Hundert Ausnahmen abgesehen, wurde der gesamte Rest nach der Ankunft in Auschwitz vergast. Etwa ein Drittel der in Cosel ausgeladenen Deportierten kam nach dem Lager Blechhammer, dessen Insassen in der dortigen Stahlhütte arbeiteten und wo die Verhältnisse weniger kraß waren als in Birkenau; 126 aus der Gesamtzahl der 181 Überlebenden dieser Züge waren in Blechhammer gewesen.

Das Schicksal der 11 132 Menschen, die in den elf Zügen waren, die bis Auschwitz gingen, war noch erschütternder. Nur über 2539 konnten Eintragungen in den Lagerbüchern gefunden werden, nur 26 überlebten den Krieg. Diese 29 Züge brachten nicht weniger als 20 000 Frauen nach dem Osten, und nicht eine einzige von ihnen hat den Krieg überlebt. In den Aufzeichnungen der Evakuierungslager vom Januar 1943 kann kein einziger Name von ihnen gefunden werden, und nur sehr wenige von ihnen sind in den Auschwitzer Lagerbüchern enthalten. Es scheint, daß zu diesem Zeitpunkt Frauen im allgemeinen durchweg vergast wurden. Im Fall von zwei Doppeltransporten scheint man das Selektionsalter für Männer auf 40 Jahre herabgesetzt zu haben.

deutsche Grenze erreicht war, hatte man bereits Tote in Hengelo und Deventer aus dem Zug entfernt. Dann wurden die Wagen hermetisch verschlossen und rumpelten vier Tage lang durch Deutschland, bis Auschwitz erreicht war. Die Überlebenden, einschließlich des Begleitpersonals, wurden auf Lastkraftwagen geladen und verschwanden spurlos. Die grauenhaften Dinge, die sich hier abgespielt haben, haben höchstens noch in den phantastischen Berichten polnischer Überlebender oder den fürchterlichsten Einzelheiten in den Berichten der Einsatzgruppen ihresgleichen; aber in dem Prozeß Aus der Fünten im Dezember 1949 wurde alles das bis in die letzten Einzelheiten durch die stoischsten Zeugen der Welt, durch schwerfällige, ehrliche niederländische Eisenbahner, bestätigt [30].

Zwei Monate später hielt Rauter eine Ansprache an die Offiziere des Sicherheitsdienstes in seinem Dienstsitz gelegentlich der Rückkehr eines Kameraden aus Rußland, und zu seinem Pech wurde die Rede in einer SS-Zeitschrift abgedruckt:

> „Ich will gerne mit meiner Seele im Himmel dafür büßen für das, was ich hier gegen die Juden verbrochen habe. Wer die Bedeutung des Judentums als Volk und als Rasse erkannt hat, kann nicht anders handeln als wir [31]."

Im April 1943 erhielt Rauter durch die Aktion des Polizei-Generalmajors Stroop im Warschauer Ghetto einen neuen Ansporn. Am 27. berief er Sturmbannführer Zöpf, Eichmanns Vertreter in Den Haag, zu sich und teilte ihm mit, daß ein Viertel von Amsterdam nach dem andern entjudet werden müsse und daß die bisher in die Deportationen nicht einbezogenen Juden in ein neues Lager in Vught und die Halbjuden aufs Land kommen müßten. Das war keine einfache Aufgabe, denn Zöpf hatte gerade einen Bericht unter dem Titel „Die Entjudung der Niederlande" vorbereitet, der zeigte, daß die Hälfte der 71 700 überlebenden Juden legal und offen in Amsterdam lebte und daß mindestens 27 000 von ihnen Bescheinigungen besaßen, denen zufolge die gegen die Juden gerichteten Maßnahmen sich auf sie nicht bezogen [32].

Eine Woche später erhielt Zöpf vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei Harster neue Befehle. Die Mai-Quote wurde von 12 000 auf 8000 Juden herabgesetzt, eine Zahl, die unter allen Umständen erreicht werden müsse, weil „eine Höchstzahl von Juden aus dem Westen" für das neue Bunawerk in Auschwitz

benötigt werde, das sich nun der Vollendung nähere. Zöpf konnte im Anfang nur 5780 deportierbare Juden finden, aber nach der Durchkämmung der Liste der „Freigestellten" stieg die Zahl auf 8150; die Betroffenen wurden in vier Transporten im Mai deportiert[33]. Die für Amsterdam vorgesehene letzte Aktion mußte bis zum 20. Juni verschoben werden. An diesem Tage wurde der Südteil Amsterdams einschließlich des Viertels „Transvaal" mit Hilfe von jüdischer Ordnungspolizei aus Westerbork umzingelt*. Bene berichtete dem Auswärtigen Amt, daß die Juden in Westerbork über die Verhaftung von Mitgliedern des Judenrats „unverhohlene Schadenfreude" gezeigt hätten. Aber in der Tat handelte es sich bei den 5550 Juden, die man bei dieser Gelegenheit festgenommen hatte, meist um solche, die vor Deportierung geschützt waren[34].

Bis Ende Juli 1943 hatten die Deutschen 82 000 Juden aus Holland deportiert. Von Anfang Mai an war die wöchentliche Anzahl der Deportierten wieder auf 2000 gestiegen. Diese Juden waren nicht für das Bunawerk in Auschwitz bestimmt. Sie wurden überhaupt nicht nach Auschwitz gebracht, wo die Krematorien in der Zeit von März bis Mai durch Transporte aus Berlin und Saloniki voll in Anspruch genommen waren, während im Juni und Juli die Typhusepidemie im Lager weitere Aufnahmen unmöglich machte. Vom 2. März an verließ jeden Dienstag ein Zug Westerbork und kam am Freitag in Polen an der abgelegenen Station Sobibor an, 110 km von Lublin und 1750 km von Westerbork entfernt. An manchen Dienstagen gingen zwei Züge ab. Auf diese Weise erreichten insgesamt 34 313 Juden aus Holland das geheime Todeslager am Ufer des Bug (siehe S. 151). Die Transporte nach Sobibor folgten einem furchtbaren Vorbild, nämlich den Transporten aus Theresienstadt nach Weißrußland im Jahre 1942 (siehe S. 186), deren Insassen fast alle umgebracht wurden.

Nur 16 Frauen und 3 Männer kamen nach dem Krieg aus Sobibor zurück, wo die Aussichten, dem unmittelbaren Tod in der Gaskammer zu entgehen, schlechter als eins zu vierzig standen. Aus den meisten Zügen wurden etwa 40 bis 80 junge Männer für Arbeiten im Todeslager ausgesucht, die aber nur wenige Wochen

* Die Berichte von Bene zeigen die jüdische Polizei absichtlich in einem ungünstigen Licht. Seit die erste Ausgabe dieses Buches erschien, hat mehr als ein Überlebender mir geschrieben, um ihre menschliche und hilfreiche Haltung zu beschreiben.

dauerten. Andrerseits hatten die wenigen Mädchen, die für die Schneiderwerkstätten im Außenlager ausgesucht wurden, eine gewisse Aussicht, in andere Arbeitslager zu kommen. Damit erklärt sich der hohe Anteil von Mädchen unter den neunzehn, die von mehr als 800 überlebt haben [35].

Nach dem letzten für Sobibor bestimmten Transport, der am 20. Juli abging, trat eine Pause von einigen Wochen ein. Obwohl noch mehr als 25 000 Juden Holland verlassen sollten, wurde das Tempo durch die anwachsende Zahl der Ausnahmen bestimmt, die von den verschiedenen deutschen Regierungsstellen verlangt wurden, Ausnahmen, die nebst vielen anderen Dingen den Mythus von der Allmacht der SS zerstörten. Am 20. März 1943 stellte Fräulein Slottke, Sturmbannführer Zöpfs intelligente und tüchtige Sekretärin, einen mit der Maschine geschriebenen, einunddreißig Seiten langen „Führer" zusammen unter dem Titel „Abbau der rückstellenden Gruppen". Hier kann man lesen, daß Oberst Veltjens 26 Juden brauchte, um auf dem schwarzen Markt Kriegsmaterial aufzukaufen, daß 13 „alte Parteigenossen" die Erlaubnis erhalten hatten, den Judenstern nicht tragen zu müssen, ebenso wie drei Bildersachverständige, ein deutscher Olympiasieger aus dem Jahre 1896 und der Schwiegersohn eines früheren königlichen Bibliothekars [36].

Einige dieser Kategorien waren zahlenmäßig ziemlich stark. Dr. Kallmeyer vom Deutschen Kommissariat für Justiz verlangte, daß 370 Mitglieder der Amsterdamer Portugiesischen Jüdischen Gemeinschaft, „die keine Berührungspunkte mit Ostjuden hatten", abgesondert interniert würden, und er hatte mit seinem Verlangen Erfolg, was um so überraschender ist, als zum gleichen Zeitpunkt die größte aller früheren spanisch-sephardischen Gemeinschaften, die von Saloniki, in den Auschwitzer Gaskammern vernichtet wurde. Eine weitere große Liste, in der Diamantenschneider und Kürschner enthalten waren, wurde vom Rüstungsamt der Wehrmacht aufgestellt. Die Wilhelmstraße wieder verlangte, daß Juden aus gewissen Ländern, die für Austauschgeschäfte mit den Alliierten Verwendung finden konnten, nicht in die Deportationsmaßnahmen einbezogen werden sollten. Und schließlich gab es noch eine Liste von in Mischehen lebenden Juden, auf die sich keine der judenfeindlichen Maßnahmen bezog, falls sie eine Bescheinigung über erfolgte Unfruchtbarmachung beibringen konnten. Am

15. Juli 1944 besaßen 1146 Personen solche Bescheinigungen[37] (siehe S. 199 ff.).

„Austauschjuden" gab es im Anfang nicht viele. Benes Liste vom 19. Februar 1943 enthält 289 auf britischem Boden geborene Juden, aber Fräulein Slottke stellte fest, daß 96 von ihnen, die die doppelte Staatsbürgerschaft besaßen, bereits nach Auschwitz geschickt worden waren. Das sind vielleicht die einzigen britischen Bürger, von denen es bekannt ist, daß man sie nach Auschwitz deportiert hat, und es muß angenommen werden, daß die meisten dieser 96 in den Gaskammern ihr Leben verloren haben[38]. Im März wurde eine neue Liste angefertigt, die nicht weniger als 499 in Holland lebende Juden aufwies, welche einen gewissen Anspruch auf britischen Schutz besaßen. Diese Liste war ein Teil eines ganz Europa umfassenden Planes. Ein von Rademacher unterzeichnetes Rundschreiben des Auswärtigen Amtes vom 20. Februar stellte die Forderung, es müßten 30 000 Austauschjuden aus alliierten Ländern, die Sowjetunion eingeschlossen, gefunden werden. Dieser Plan wurde eine kurze Zeit lang ganz ernstlich behandelt und war wahrscheinlich das Ergebnis von Himmlers vorsichtiger Fühlungnahme mit dem Weltjudentum über das slowakische Zionistische Hilfskomitee (siehe S. 443 f.). Aber bald darauf gab es in der Sache einen Sturm. Kaltenbrunner war so weit gegangen, den Leitern der Sicherheitspolizei in Rußland zu befehlen, in den Ghettos passende Juden auszusuchen, als der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Reichskommissar Lohse in Riga, Windecker, am 5. April auf eine Kleinigkeit hinwies, die der Aufmerksamkeit der Bürokratie entgangen war[39]:

> „Da bekanntlich viele Tausende der hiesigen und reichsdeutschen Juden im Bereich von Riga im Verlauf der Zeit erschossen wurden, scheint es sehr fraglich, ob irgendwelche Juden für Austauschzwecke in Frage kommen können, ohne daß auf diese Weise die hier erfolgten Exekutionen im Ausland gegen uns verwertet werden[40]."

Einige Tage vor Eintreffen dieses Berichts war der berüchtigte Martin Luther in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert worden. Es war also nicht mehr Martin Luther, sondern der neue Chef der Abteilung Inland II, Eberhard von Thadden, der Windecker eine Rüge erteilte, indem er ihn am 10. Mai wissen ließ, daß das Auswärtige Amt sich „dieser praktischen Schwierigkeit"

durchaus bewußt sei*. Der Zweck der Sache war, „mehr Informationen über die Behandlung der Judenfrage zu erhalten"[41]. So wurde die Angelegenheit auch in Holland betrachtet. Rauter äußerte am 24. Juni die Meinung, daß ein Aufruf für Austauschjuden einige von den 20 000 Juden, die sich versteckt hielten, zum Vorschein bringen könnte[42].

Nichtsdestoweniger fand die Gestapo immer noch andere und wünschenswertere Verwendungsmöglichkeiten für die Austauschjuden-Aktion, nämlich den Verkauf von Privilegien. Ein Handel mit in der Schweiz ausgegebenen Honduras- und Paraguay-Pässen wurde entdeckt. Den glücklichen Besitzern wurde daraufhin mitgeteilt, daß sie Austauschjuden seien, und es wurde ihnen erklärt, was dies bedeute. In den Vereinigten Staaten und Latein-Amerika waren viele Deutsche interniert, aber die Deutschen hatten nur sehr wenige Bürger der Neuen Welt in der Hand. Himmler ordnete daher bei Eichmann an, ein besonderes Lager für diese nützlichen, wenn auch nicht echten „Ausländer" zu finden[43]. Ein neues Konzentrationslager war in Bergen-Belsen seit April im Bau, und 367 Juden mit spanischen Pässen aus Saloniki wurden am 2. August dorthin gebracht[44]; am 15. September folgten ihnen weitere 305 Besitzer ausländischer Pässe, die in Eisenbahnwagen angekommen waren, welche man vom Todeszug Westerbork-Auschwitz abgekoppelt hatte. Dreitausend Juden waren damals bereits in Bergen-Belsen, und in den nächsten zwölf Monaten folgten ihnen aus Holland allein weitere 3750[45].

Von Anbeginn an waren die Absichten, die man mit Bergen-Belsen hatte, verworren und unbestimmt. Am 9. September 1943 schrieb Untersturmführer Nowak aus Eichmanns Amt an Zöpf, daß nur Juden, die auf der „Austauschliste" wären, Juden mit Verwandten in Palästina und „Honduras- und Paraguay-Juden" dorthin gebracht werden sollten. Aber ganz andere Kategorien kamen mit den 1037 Juden ins Lager, die am 11. Januar 1944 aus Westerbork anlangten. Hier waren Diamantenarbeiter, Träger des deutschen Eisernen Kreuzes und deren Familien, Halbjuden, die der holländischen Bekenntniskirche angehörten — und Trotzkis Neffe[46]. Diese Konfusion in den Absichten äußerte sich in der Verschieden-

* Die merkwürdige Geschichte der Kinder aus dem Ghetto Bialystok deutet darauf hin, daß es eher Ribbentrop und nicht Himmler war, der die Gefahr, die durch solche Augenzeugen von Massakern entstehen könnte, realistisch betrachtete. (Siehe besonders Fußnoten auf Seite 186, 323 und 462.)

heit der Bezeichnungen, die offiziell für Bergen-Belsen benutzt wurden. Einmal war es ein „Erholungslager", dann wieder ein „Transitlager" oder ein „Austauschlager". Es wurde in eine Zahl von streng voneinander getrennten Gruppen aufgeteilt, die alle ihre eigene Verwaltung hatten, wie das „Christbaum-Lager" für angeblich amerikanische Bürger*. Alle diese bildeten einen Teil dessen, was später als „Sternlager" oder „Lager Nr. 2" bekannt wurde, in dem die britische Armee im April 1945 verhältnismäßig wenig Grauenhaftes vorfand (s. S. 530). Im September 1944 saßen aber bereits 15 000 Menschen im Sternlager, und man tat einiges, um diesen hohen Bestand herabzusetzen. Die Juden, von denen man annahm, daß sie am wenigsten für Zwecke eines Schachers in Frage kamen, wurden nach Auschwitz abtransportiert. Dieses Schicksal ereilte die Amsterdamer Diamantenschneider und 112 der Juden mit doppelter Staatsbürgerschaft am 9. Oktober 1944. Die Juden in Bergen-Belsen, die im letzten Jahr des Krieges in einem Lager im Herzen Deutschlands festgehalten wurden, wußten alles über die Selektionen in Auschwitz. Das wird durch die Aussage von Höss, dem Schlächter von Auschwitz, bestätigt, der berichtete, daß die Wachen an den Gaskammern verstärkt werden mußten, als diese kleine Gruppe von Deportierten eintraf. Höss schrieb von einem verzweifelten Widerstand im Vorraum des Todes. Einige der SS-Leute wurden sogar entwaffnet, und diejenigen, die Widerstand leisteten — offenkundig die 300, die am 9. Oktober angekommen waren —, wurden nicht vergast, sondern draußen erschossen[47] **.

Es lag eine gewisse Ironie darin, daß Bergen-Belsen nach zweijährigem Bestehen als „bequemes" Lager für die Privilegierten im April 1945 die einzige Gelegenheit bot, bei der britische Soldaten einen unverhüllten Rassenmord zu Gesicht bekamen. Der Name Bergen-Belsen versinnbildlicht seither für das britische Volk mehr als alles andere die Mentalität und Handlungsweise Himmlers und seiner SS.

Im Jahre 1944 wurden 4969 Juden in sechs Zügen aus Holland nach dem „Musterghetto" Theresienstadt gebracht. Das waren die pri-

* Die Bezeichnung sollte nicht andeuten, daß dort ein besonderer Luxus herrschte, sondern war von dem merkwürdigen Namen des ersten jüdischen Lagerältesten abgeleitet.

** Diese Darstellung wird in dem Bericht des Niederländischen Roten Kreuzes (Auschwitz, Deel VI, 1952) als richtig bestätigt.

vilegierten Juden ohne Austauschwert, meistens frühere Angestellte des Judenrats. Aber da 2424 von ihnen im September und Oktober von Theresienstadt nach Auschwitz weiterdeportiert wurden, hatten sie wenig Gewinn von ihren Privilegien im Vergleich zu den übrigen Deportierten, die nach dem 14. September 1943 den Weg nach Auschwitz antreten mußten. Am Vorabend der zweiten Welle von Verschickungen nach Auschwitz, am 27. Januar 1944, berichtete Zöpf über „eine Flut von Interventionen" und sogar über Vorschläge, daß man den Juden gestatten sollte, nach dem Krieg nach Holland zurückzukehren[48]. Aber Dr. Wolkens Birkenauer Quarantäne-Statistiken zeigen, daß den Gaskammern im Jahre 1944 die „normale" Zahl an Opfern zugeführt wurde*.

Am 2. März 1944 schrieb Rauter an Himmler: „In den nächsten zehn Tagen werden die letzten Volljuden aus dem Lager Westerbork nach dem Osten abtransportiert[49]." Von da an gingen vereinzelte Deportationszüge aus Holland nur nach Theresienstadt, Bergen-Belsen und Ravensbrück. 8610 in Mischehen lebende Volljuden verblieben in Holland, von denen einige Tausend noch für die Deutschen arbeiteten, und mindestens 20 000 waren von Nichtjuden versteckt worden — und das trotz der Tatsache, daß das Kopfgeld für jeden entdeckten Juden von 25 auf 40 Gulden erhöht worden war[50].

Die Drohung mit der Deportierung blieb bestehen, aber sonst änderte sich bis Kriegsende an diesem Zustand wenig**. Bald danach wurde bekannt, daß mindestens 104 000 Juden, die früher in Holland gelebt hatten, ermordet worden waren. Heute noch rufen

* 5280 Juden wurden in der Zeitspanne vom September 1943 bis November 1943 von Westerbork nach Auschwitz gebracht, 2396 im Februar und März 1944. Im Zuge einer Razzia wurden am 28. und 29. September 3000 Juden, darunter 130 Angestellte des Judenrats, festgenommen. Das hat man irrtümlich die Liquidierung des Amsterdamer Ghettos genannt. Ein Zug mit 1700 Opfern dieser Razzia ging drei Wochen später nach Auschwitz ab[48a].

** Die letzten Deportierungen von Juden aus Holland fanden am 5. und 6. September 1944 statt, als alliierte Patrouillen bereits die holländische Grenze erreicht hatten. Die 3500 Insassen des Lagers Vught oder Hertogenbosch wurden damals nach Ravensbrück und Sachsenhausen gebracht, kleine Gruppen von privilegierten Juden eingeschlossen. Vorher schon, am 3. Juni, waren 496 Juden, die als Facharbeiter in den Philips-Werken in Eindhoven bisher ungeschoren geblieben waren, aus Vught nach Auschwitz geschickt worden. Fast 400 von ihnen überlebten, da man sie ihre Arbeit in Deutschland für die Telefunkengesellschaft fortsetzen ließ. Kein anderer Transport nach Auschwitz weist einen so hohen Anteil von Überlebenden auf. (Niederländisches Rotes Kreuz, Studienabteilung, „Etude sur le sort des prisonniers du KI Herzogenbosch", Den Haag, Februar 1952.)

manche Straßen im Stadtteil Joedenhoek in Amsterdam den Anschein hervor, als wären sie bombardiert worden. Aber das ist keineswegs der Fall. Es sind die jüdischen Häuser, die während der fürchterlichen Monate des Mangels leer standen und Stück für Stück abgetragen worden waren, um die Reparatur der Nachbarhäuser zu ermöglichen.

SS-Gruppenführer Hans Albin Rauter stand in Den Haag im April und Mai 1948 vor Gericht und wurde zum Tode verurteilt, obwohl das Gericht seiner Darstellung Glauben schenkte, daß er die volle Wahrheit über Auschwitz nicht kannte. Rauters Berufung wurde im Januar 1949 abgewiesen, und er wurde am 25. März hingerichtet.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Amsterdam, SS-Sturmbannführer Lages, wurde im Juni 1949, Hauptsturmführer Aus der Fünten im Dezember des gleichen Jahres zum Tode verurteilt. Erst im Herbst 1952 wurden sie zu lebenslänglichem Kerker begnadigt. Sturmbannführer Zöpf und sein unentbehrliches Fräulein Slottke verschwanden spurlos gleich den meisten anderen Angestellten in Eichmanns Amt.

2. Belgien

Die Geschichte der Deportationen der Juden aus Belgien kann verhältnismäßig kurz dargestellt werden, da sich die Ereignisse in das allgemeine Bild der Deportationen aus dem Westen fügen. Da Belgien vollkommen unter deutscher Militärverwaltung war, gab es fast gar keine politischen Auswirkungen der getroffenen Maßnahmen.

Am 10. Mai 1940 lebten etwa 85 000 Juden in Belgien, mit wenigen Ausnahmen alle in Antwerpen oder Brüssel. Als die Besatzungsbehörden am 28. Oktober 1940 die polizeiliche Registrierung aller Juden anordneten, gelang es ihnen nicht, eine höhere Zahl als 42 000 festzustellen [51]. Teilweise läßt sich das durch eine Massenflucht über die französische Grenze erklären; in der Hauptsache ist es aber darauf zurückzuführen, daß es vielen gelang, sich der Registrierung zu entziehen. Die Deutschen waren niemals in der Lage, die stark assimilierte eingeborene jüdische Bevölkerung zu erfassen, und es war ihnen gar nicht allzuviel daran gelegen. Der Militärgouverneur, General von Falkenhausen, war ein ausgesprochener Gegner des nationalsozialistischen Extremismus

und war bis zu seiner eigenen Verhaftung im Juli 1944 in der Lage, sich erfolgreich gegen Eingriffe der Sicherheitspolizei zu behaupten *. So hat sich z. B. nach der Besprechung, die Knochen in Paris am 14. März 1942 abhielt[52], der Chef der Zivilverwaltung in Belgien, General Eggert Reeder, entschieden geweigert, den Judenstern einzuführen, und ist von seinem Widerstand nicht abgegangen. Falkenhausen und Reeder verfolgten zwar eine Politik, die darauf ausging, die belgische öffentliche Meinung zu gewinnen; sie hatten aber keinerlei Bedenken dagegen, jüdische Ausländer und Flüchtlinge preiszugeben. In der Tat war Belgien das erste der okkupierten westlichen Länder, aus dem jüdische Flüchtlinge deportiert wurden. Am 5. Dezember 1941 wurden 83 polnisch-jüdische Familien aus Antwerpen nach Polen „repatriiert", und eine weit größere Zahl aus Polen stammender Juden folgte ihnen im Februar und März 1942, um in der Textilindustrie im Ghetto von Lodz beschäftigt zu werden[53].

Die Deportierungszüge, die vom 4. August 1942 an aus Malines nach Auschwitz abgingen, waren für eine Massenverschickung von Juden ohne Unterschied der Staatsbürgerschaft bestimmt. In Eichmanns Amt[54], das sich später beim Auswärtigen Amt darüber beschwerte, daß seine Aufträge nicht richtig ausgeführt worden waren, wurde diesbezüglich kein Unterschied gemacht. Infolgedessen paraphierten Luther und Rademacher am 2. Dezember einen scharfen, an Werner von Bargen ** ◪, den Vertreter des Auswärtigen Amtes bei General Falkenhausen in Brüssel, gerichteten

* Erst nach Falkenhausens Abberufung war es möglich, einen Höheren SS- und Polizeiführer mit entsprechenden Vollmachten nach Belgien zu entsenden, aber da war es schon zu spät. Anfang September 1944 war Belgien so gut wie in der Hand der Alliierten.

** Gleich Otto Bene in Den Haag hatte von Bargen die Berichte der Sicherheitspolizei über die Deportationen von Juden aus Belgien an Luthers Abteilung im Auswärtigen Amt weiterzuleiten. Im März 1952 sagte er im Rademacher-Prozeß in seiner damaligen Eigenschaft als Beamter der Rechtsabteilung des neuen Bonner Auswärtigen Amts aus. Von Bargen sagte damals, daß er die Berichte des Judenreferenten der Militärverwaltung in Brüssel nur weitergeleitet habe und daß man ihn, wenn er in seinen Antworten auf die Aufträge aus Luthers Amt nicht sehr vorsichtig gewesen wäre, selbst deportiert hätte (Frankfurter Rundschau, 4. März 1952).

◪ Wie aus der Bundestagsdrucksache Nr. 985 hervorgeht, hat der Bundesdisziplinaranwalt nach einem Schreiben des Auswärtigen Amtes an den Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 23. Oktober 1954 in dem Ermittlungsverfahren gegen von Bargen festgestellt, daß zu einem straf- oder disziplinarrechtlichen Vorgehen keine Veranlassung besteht. Der Bundesdisziplinaranwalt hebt ausdrücklich hervor, Gesandter z. Wv. Dr. von Bargen habe an der Durchführung der Deportationen der Juden aus Belgien

Protest, der sich darauf bezog, daß die bodenständigen belgischen Juden bei den Deportationen nicht mit erfaßt worden waren [55]. Zu diesem Zeitpunkt hatten schon dreizehn Transporte Malines verlassen, und kein einziger Jude meldete sich mehr freiwillig. Die Deportierungen wurden unter Zuhilfenahme von Polizeirazzien vorbereitet.

Der vom „War Refugee Board" in Washington veröffentlichte, sehr glaubwürdige Bericht spricht davon, daß bodenständige belgische Juden im Lager Auschwitz zum ersten Mal nach dem am 3. August 1943 eingetroffenen Transport gesehen wurden [56]. Bis dahin hatte es nur eine einzige Massenrazzia gegeben. Am 3. September wurden einige Hundert bodenständige Juden aus Antwerpen in Möbelwagen aus ihren Heimen nach der Kaserne Dossin in Malines geschafft. Bald darauf ordnete Reeder auf Grund einer Intervention der Königin Elisabeth und des Kardinals Van Roey ihre Freilassung an, und der Versuch wurde nicht wiederholt [57]. Infolgedessen war es unmöglich, genügend staatenlose und ausländische Juden zu finden, um nach dem 20. September einen anderen für Auschwitz bestimmten Transport zu füllen, obwohl etwa 1800 Juden, die verschiedenen privilegierten Gruppen angehörten, im Jahre 1944 nach Theresienstadt, Bergen-Belsen und anderen deutschen Lagern geschafft wurden.

Die Aktion war von dem gleichen Gesichtspunkt beherrscht wie in Frankreich: durch verstärkten Einsatz am Anfang ihre Dauer abzukürzen. Fünf für Auschwitz bestimmte Transporte verließen die Kaserne Dossin im August 1942, fünf im September und drei im Oktober. Im Jahre 1943 ging je ein Transport im Januar, April, Juli und September nach Auschwitz*. Nach dem Oktober 1942 wurden kräftige, junge Leute aus den Zwangsarbeitslagern in die Transporte nach Auschwitz einbezogen; vielen gelang die Flucht.

zweifellos keinen Anteil gehabt und in keiner Weise dabei mitgewirkt, sondern sei im Gegenteil ernstlich bemüht gewesen, sie zu verhindern.

Auf Grund der vorhandenen Unterlagen wurde in der deutschen Ausgabe der Name Dr. von Bargens aus der im Anhang II befindlichen Liste gestrichen.

* Die ersten fünf Transporte nach Auschwitz hatten Personenwagen und beförderten je tausend Menschen. Aber vom September 1942 an wurden die Juden in Viehwagen befördert. Im Durchschnitt transportierten die Züge 1500 Menschen, manchmal jedoch, wie z. B. am 31. Oktober 1942, wurde diese Zahl auf fast 2000 erhöht, indem man 70 Menschen in einen Wagen pferchte. 23000 der 25437 Juden, die aus Belgien deportiert wurden, befanden sich in den 17 für Auschwitz bestimmten Transporten. Von den 1276 Juden, die aus Deutschland nach dem Krieg nach Belgien zurückkehrten, waren nur 615 Überlebende von Auschwitz [58].

Am 15. Januar 1943 konnten sich 30 oder 40 Menschen mit Hilfe von mitgeschmuggelten Sägen aus dem Zuge befreien[59]. Am 22. April gelang es den belgischen Eisenbahnern, als ein Transport von 1586 Juden die Dossin-Kaserne verließ, einige Türen offen zu lassen. Andere Eisenbahner hielten einen Zug zwischen Tirlemont und Visé auf, wo das „Comité de Défense des Juifs" einen Hinterhalt vorbereitet hatte. Das von der SS-Wache eröffnete Feuer wurde erwidert, was 150 Juden die Flucht ermöglichte, wobei allerdings 20 getötet und mehr als 100 verwundet wurden. Die wieder festgenommenen Juden einschließlich der Verwundeten wurden nach Malines zurückgebracht und am 31. Juli in einen neuen Transport gesteckt, von dem es abermals 39 Juden gelang zu entkommen[60].

In dem gegen Falkenhausen und Reeder geführten und erst am 9. März 1951 abgeschlossenen Prozeß nahm das Brüsseler Gericht die Schuld der beiden an den Deportationen von 25 000 Juden als erwiesen an, hielt sie aber für die späteren Torturen und Ermordungen nicht für verantwortlich. Die gegen die beiden Generale verhängte Strafe von je 12 Jahren Gefängnis wurde auf Grund der belgischen Strafprozeßordnung auf ein Drittel gekürzt, und sie wurden drei Wochen später auf freien Fuß gesetzt[61]*. Falkenhausen und Reeder wurden zunächst einmal eingesperrt und nachher erst vor Gericht gestellt. Es war also eine recht merkwürdige Justiz. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß diese beiden Männer die Juden aus ihren Heimen rissen, ihr Vermögen beschlagnahmten und keinen ernsten Versuch machten, das Schicksal in Erfahrung zu bringen, das diesen unschuldigen Menschen drohte, die durch ihre Hände gegangen waren.

3. Dänemark und Norwegen

Anfang 1942 bestürmten Himmler und Heydrich das Auswärtige Amt, die Einführung der Nürnberger Judengesetzgebung in den besetzten westlichen Ländern zu erzwingen. In den Niederlanden,

* Im September 1952 erregte die Umwandlung einer gegen De Bodt, einen belgischen Helfer der Gestapo und „Schlächter" des Breendouck-Lagers, zweimal ausgesprochenen Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe so viel Entrüstung in der Öffentlichkeit, daß der Justizminister Pholien zurücktreten mußte. Nach einer Massendemonstration legte die Regierung am 14. September dem Parlament einen Gesetzentwurf vor, der das Recht verurteilter Kriegsverbrecher auf vorzeitige Entlassung aufhob, aus dem Falkenhausen und Reeder Nutzen gezogen hatten (siehe Anhang II).

einem vollkommen besetzten Lande, konnte diesem Druck kein entsprechender Widerstand geleistet werden. In Frankreich, das nur zur Hälfte besetzt war, gab es einen gewissen Widerstand. Nun wäre der Fall einer Nation zu besprechen, die trotz deutscher Besetzung ihre Neutralität, ihre Monarchie und ihre Verfassung beibehielt. Hier war der Widerstand gegen den Druck Himmlers und der SS zu 90 v. H. erfolgreich. Es ist fast das einzige der hier dargestellten Geschehnisse, das mit einem befriedigenden Abschluß ausklingt.

Im Januar 1942 wurde in der amerikanischen Presse berichtet, daß der König von Dänemark mit seinem Thronverzicht für den Fall gedroht habe, daß deutscherseits auf der Einführung der Nürnberger Gesetze bestanden würde. Infolgedessen gab Rademacher, der der SS als Spitzel für das diplomatische Korps diente, Cecil von Renthe-Fink, dem Reichsbevollmächtigten in Kopenhagen, den Rat, „eine passende Gelegenheit zu finden, um darauf hinzuweisen, daß es klug wäre, wenn Dänemark sich rechtzeitig darauf einstellt, daß spätestens am Kriegsende eine europäische Regelung der Judenfrage erfolgt" [62]. Aber Dänemark war nicht „klug", und es wurde berichtet, daß König Christian im Juni 1942, als deutscherseits auf die Herausgabe einer dänischen Verordnung über den Judenstern nach deutschem Muster gedrängt wurde, geäußert habe, daß er als erster Däne diesen Stern tragen werde [63].

Himmler versuchte nun, gegen die Juden in Dänemark unter der Tarnung von Sicherheitsmaßnahmen vorzugehen. Am 24. September 1942 befahl er dem Gestapochef Heinrich Müller, die Namen von Juden in eine Liste von dänischen Kommunisten und Widerstandsführern aufzunehmen, die er zu verhaften beabsichtigte [64]. Himmler glaubte zweifellos, auf die Mitwirkung von Renthe-Finks Nachfolger, Karl Werner Best, rechnen zu können, da dieser Rechtsberater der Gestapo gewesen war; aber Best, der die Gestapo verlassen hatte, um Heydrichs Fängen zu entgehen, war durch den Tod dieses alten Freundes von den ärgsten Befürchtungen für seine Laufbahn befreit. Außerdem wünschte Best als Reichsbevollmächtigter in einem sozusagen halb neutralen Lande vor allem ein ruhiges Leben zu führen. Darum war der Bericht, den er Ribbentrop am 28. Januar 1943 zugehen ließ, recht tapfer. Best schlug vor, daß man sich, da die vorgesehenen Maßnahmen

sicherlich eine Verfassungskrise in Dänemark hervorrufen würden, darauf beschränken solle, von den Dänen die Entlassung der jüdischen Staatsangestellten zu verlangen [65].

Unter Himmlers Druck drängte Ribbentrop nochmals auf entsprechende Schritte, und Best antwortete am 24. April, daß von den 6500 dänischen Juden nur 31 Staatsangestellte seien und nur 60 in irgendeiner Form mit deutschen Angelegenheiten zu tun hätten. Es gab zwar 1351 Flüchtlinge aus Deutschland in Dänemark, die die dänische Regierung bisher geschützt hatte, aber Best meinte, daß die Dänen dies nicht länger tun könnten, wenn man den Flüchtlingen ihre deutsche Staatsangehörigkeit wieder verleihen würde. Einem solchen Schritt stand aber die Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz entgegen, die nicht für die Flüchtlinge in Dänemark widerrufen werden konnte, ohne daß dadurch die sozusagen gesetzliche Unterlage der Deportationen aus Deutschland untergraben worden wäre [66] (siehe S. 84 ff.).

Himmler bestand immer noch auf der vollen Durchführung der Endlösung in Dänemark, und Ribbentrop gab, wie es bei ihm üblich war, nach. Am 22. Mai teilte er Best mit, daß dieser zwar keine Aufträge von Himmler entgegennehmen könne, daß man aber die nächsten zu ergreifenden Schritte mit Himmler im Auswärtigen Amt, notwendigenfalls in Ribbentrops Gegenwart, besprechen könnte [67]. Bis zum August geschah aber gar nichts, und dann gab ein Vorkommnis in Dänemark Himmler den gewünschten Vorwand. Am 5. August 1943 kündigte Schweden das im Jahre 1940 abgeschlossene Übereinkommen, das den in Norwegen stationierten deutschen Soldaten das Recht zur Benutzung der schwedischen Bahnen gab. Dieser Schritt ermutigte die dänischen Hafenarbeiter in Odense dazu, Reparaturarbeiten an deutschen Schiffen abzulehnen. Es gab Unruhen und Verhaftungen, und am 9. August drohte der dänische Ministerpräsident Scavenius mit dem Rücktritt für den Fall, daß man die dänischen Gerichte zwingen wolle, gegen die Verhafteten ein Strafverfahren zu eröffnen. Infolgedessen wurde in Odense das Standrecht verkündet. Am 24. August, dem Tage, an dem Himmler Minister des Innern wurde, sprengte die dänische Widerstandsbewegung die deutschbesetzte Forum-Halle in Kopenhagen in die Luft, und am folgenden Tage streikten alle dänischen Schiffswerften. Am 28. trat die Regierung Scavenius zurück, am 29. verkündete General von Hannecken das

Standrecht in ganz Dänemark. Die kleine dänische Marine versenkte teils ihre eigenen Schiffe, teils liefen diese schwedische Häfen an.

Aber selbst jetzt waren Best und von Hannecken nicht in der Lage, die dänischen Regierungsgeschäfte zu übernehmen; sie waren auf einen Ausschuß von Ministerialdirektoren angewiesen, die im Namen der nicht bestehenden dänischen Regierung handelten. Nichtsdestoweniger glaubte Best, daß dies eine günstige Gelegenheit für die Deportationen bot, und verlangte am 8. September Polizeiverstärkung und Hilfe von der Wehrmacht, so daß das Judenproblem „noch während des gegenwärtigen Ausnahmezustandes" und nicht erst später behandelt werden könne[68]. Aber als in Nürnberg vernommener Zeuge versuchte Best am 31. Juli 1946, die Dinge auf den Kopf zu stellen. Er habe, behauptete er, dem Standrecht in Dänemark erst zugestimmt, nachdem Himmler den Zeitpunkt für die Deportierungen festgesetzt hatte, von denen er fürchtete, daß sie Unruhen hervorrufen würden[69]. Gleichzeitig will er gewisse dänische Politiker auf Himmlers Pläne aufmerksam gemacht haben. Diese Darstellung steht im offenen Widerspruch zu dem Bericht, den Best am 23. September 1943 an Ribbentrop erstattet hatte. Diesem Bericht zufolge hatte er Ministerialdirektor Svenningsen vom dänischen Auswärtigen Amt mitgeteilt, die Verhaftung von führenden Juden hätte „aber mit der Judenfrage gar nichts zu tun"[70].

Wahrscheinlich lagen die Dinge so, daß Best zusammen mit von Hannecken und vielleicht auch den Befehlshabern der Sicherheitspolizei in Dänemark im letzten Augenblick Angst davor bekam, daß die von Himmler angeordnete Aktion die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich ziehen würde. Am 18. September kam Rolf Günther mit einer Abordnung von Beamten von Eichmanns Amt aus Berlin in Kopenhagen an. Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Kopenhagen, SS-Standartenführer Rudolf Mildner, erkannte sofort, was für Absichten bestanden, die dann ihm zur Last gelegt worden wären; er flog nach Berlin, um Kaltenbrunner zu bewegen, die Leute zurückzurufen, hatte aber damit keinen Erfolg[71]. Best versuchte in der Zwischenzeit, sich nach beiden Seiten zu decken*. So versprach er Svennigsen am Abend, an dem

* Die dänische Regierungs-Untersuchungskommission, die nach dem Krieg eingesetzt wurde, gab sich mit der Erklärung von Georg Duckwitz, Bests Sachbearbeiter für

die Razzia stattfand, den Wunsch des Königs weiterzuleiten, daß die Juden in Dänemark interniert werden sollten[73]. Aber Best hatte bereits versucht, Ribbentrop an einem weit weniger anständigen Vorschlag zu interessieren, der von Helmer Rostig, einem früheren Völkerbundkommissar für Danzig, stammte, der damals an der Spitze des Dänischen Roten Kreuzes stand. Danach sollten die Juden an Stelle der dänischen Soldaten interniert werden, „um zu zeigen, daß Deutschland nicht mit den Dänen, sondern mit den Juden im Krieg ist", und 50 bis 100 Juden sollten von nun an für jeden dänischen Sabotageakt deportiert werden[74]. Schließlich versicherte Best Ribbentrop am 28. September, daß die Deportationen sofort beginnen würden, sobald der Dampfer „Warthe-land" in Kopenhagen einträfe, und er beschwerte sich darüber, daß infolge der mangelnden Hilfe seitens von Hanneckens die Sicherheitspolizei nicht in der Lage sei, die Razzia in Jütland und Fünen durchzuführen[75].

In Wirklichkeit hatte von Hannecken bloß den Versuch gemacht, im Zuge einer Intrige die Verantwortung auf Best abzuwälzen. Er hatte Keitel am 23. gebeten, die Razzia nicht während der Zeit durchzuführen, während der die Aufrechterhaltung der Ordnung Sache der Wehrmacht war, falls es nicht überhaupt möglich sein sollte, so unpopuläre Maßnahmen zu unterlassen, die das „Versagen der Versorgung des Reiches mit Fleisch und Fett" im Gefolge haben müßten. Keitel antwortete, daß Gottlob Berger, Himmlers Personalchef, die Aktion leiten würde. Von Hannecken lehnte es daraufhin ab, der Sicherheitspolizei die Hilfe seiner Feldgendarmerie und Geheimen Feldpolizei zur Verfügung zu stellen — eine direkte Herausforderung an Keitel und das Oberkommando[76].

Am 29. September drahtete Ribbentrop an Best, daß er seine Be-

Schiffahrtsfragen, zufrieden, daß er am 29. September, zwei Tage vor der Razzia, dem früheren Ministerpräsidenten Scavenius und dem Präsidenten der Jüdischen Kultusgemeinde, Henriques, davon Mitteilung gemacht habe, was im Gange war. Aber die Kommission stellte fest, daß Duckwitz sich damals nicht darauf berufen hatte, im Namen von Best zu handeln. In Nürnberg sagte Karl Hoffmann allerdings aus, daß Best die Verhaftung von Juden durch ein Verbot an die Polizei, die Wohnungen von Juden mit Gewalt aufzubrechen, fast unmöglich gemacht habe. Diese Aussage wurde gelegentlich der Verhandlung gegen Best in Kopenhagen durch Vorlage eines Telegramms von Steengracht, Weizsäckers Nachfolger im Auswärtigen Amt, unterstützt, der Best am 4. Oktober benachrichtigte, daß das RSHA über seine Aktion Beschwerde geführt habe, durch die die Verhaftung nur jener Juden möglich geworden war, die „bei Klingeln oder Klopfen die Wohnung freiwillig öffneten"[72].

schwerde in Gegenwart Keitels Hitler vorgelesen habe. Keitel leugnete, daß er die Verwendung der Wehrmachtspolizei verboten habe, und beteuerte, daß er von Hannecken eine Erklärung abverlangen werde. Aber letzterer sagte vor der Dänischen Kommission im Jahre 1945 aus, daß er selbst, nachdem er Keitels Donnerwetter über sich ergehen lassen mußte, nur 50 Mann eines Wachbataillons für Absperrungszwecke bei der Einschiffung auf dem Dampfer „Wartheland" zur Verfügung gestellt habe[77].

In Nürnberg beharrte Generaloberst Alfred Jodl, der Chef der Operationsabteilung des Oberkommandos, darauf, daß diese fünfzig Mann Polizisten gewesen sein müßten; er habe von Hannecken telephoniert, seine Hände von dem Deportationsbefehl zu lassen, der Himmlers Angelegenheit sei[78]. Das wurde Best von Oberst von Engelmann von der „Abwehr" hinterbracht. Best telegraphierte Ribbentrop am Vorabend der Aktion, daß Keitels Befehl, die Wehrmacht müsse mithelfen, widerrufen worden sei[79] und daß „Keitel den Führer falsch unterrichtet habe".

Wenn man das alles hört, müßte man annehmen, daß, abgesehen von Himmler, der zu seinem Glück vor den Nürnberger Prozessen gestorben war, kein einziger Deutscher in Dänemark den Führerbefehl befolgt hat. In Wirklichkeit waren es weniger die Befürchtungen der deutschen Bürokraten, die den Juden das Leben gerettet haben, als die geographische Lage Dänemarks und, wie hinzugefügt werden muß, die unzerstörbare Menschlichkeit des dänischen Volkes. Die Zahlen sprechen für sich selbst: 284 Juden wurden am Abend des 1. Oktober festgenommen, von denen 50 freigelassen und nur 202 auf den Dampfer „Wartheland" gebracht wurden[80]. Es handelte sich meist um Menschen, die zu alt waren, um vor der Polizei versteckt werden zu können. Gelegentliche Festnahmen während der nächsten Tage erhöhten die Zahl auf 477, aber mehr als 6000 Volljuden und 1376 Halbjuden wurden zwischen dem 26. September und 12. Oktober in Fischerbooten nach Schweden geschmuggelt[81]*.

* Etwa ein Fünftel der Juden hielt sich in Jütland versteckt, von wo es angesichts der großen Entfernung von der schwedischen Küste schwer war, zu entkommen. Die Flucht wurde von den Widerstandsgruppen organisiert, die innerhalb des Landes in Lyngby bei Aarhus unter der Leitung von Aage Bertelsen, dem Rektor der Domschule in Aarhus, wirksam waren. Schließlich wurde dieser Fluchtweg an einen Gestapo-Agenten verraten. Bertelsen versteckte sich, aber am 9. November wurde seine Frau als Geisel festgenommen. Zehn Tage später wurde sie freigelassen. Sowohl Bertelsen als auch seine Frau konnten nach Schweden entkommen[82].

Am Tage nach der Razzia schlug Best vor, die internierten dänischen Soldaten sofort freizulassen, damit diese „dänischen Bauernsöhne" sahen, daß sie nicht wie Juden behandelt wurden. Von Hannecken verlangte gleichzeitig, daß das Standrecht aufgehoben werde. Es paßte Himmler zu glauben, daß Dänemark jetzt „entjudet" war, und so wurde beiden Wünschen rasch Rechnung getragen[83]. Weniger erfolgreich war Best in seinen Bemühungen, einige der dänischen Juden den Fängen von Eichmanns Amt zu entreißen. Er glaubte, daß es die dänische öffentliche Meinung beruhigen würde, wenn eine 102 Jahre alte Jüdin zusammen mit einigen anderen alten Menschen aus Theresienstadt zurückgebracht werden könnte. Über diesen Vorschlag berichtete von Thadden, der Nachfolger von Luther und Rademacher, seinem Chef Wagner am 25. Oktober, daß das RSHA ihn absolut mißbillige, „weil es unter den Juden den Eindruck von Schwäche machen müßte, wenn einige von ihnen nach Kopenhagen zurückgebracht würden"[84].

In der Zwischenzeit führte das Auswärtige Amt nicht sehr ernstzunehmende Verhandlungen mit der schwedischen Regierung. Inoffiziell befanden sich die jüdischen Flüchtlinge in Schweden in vollkommener Freiheit. Offiziell waren sie immer noch in Dänemark versteckt, und die schwedische Regierung erbot sich, sie zu internieren, wenn die Deutschen sie aushändigen wollten. Am 4. Oktober ersuchte der schwedische Gesandte in Berlin um die Erlaubnis, daß Schweden wenigstens die Kinder übernehme, ein Ersuchen, das Steengracht in aller Form ablehnte, wobei er dem schwedischen Gesandten in einer Weise die Leviten las, die er selbst folgendermaßen beschrieb[85]:

> „Mit scharfen Worten habe ich sodann die heutige schwedische Morgenpresse kritisiert und ihm gesagt, daß ich mir nicht vorstellen könne, welche weitere Reaktionen in Schweden möglich seien, nachdem die Zeitungen derartige unerhörte Töne angeschlagen hatten. Die Haltung werde uns gegebenenfalls zwingen, auf unmißverständliche Weise zu antworten. Es würde hier nicht verstanden werden, daß Schweden durch seine Presse eindeutig für die bolschewistische Seite Stellung nehme, wohingegen augenblicklich unser Blut ebenso wie das unserer Verbündeten im stärksten Maße eingesetzt werde, um die bolschewistische Gefahr von Eu-

ropa und damit auch von den nordischen Ländern fernzuhalten*."

Anfang September wurde beschlossen, die dänischen Juden nicht mehr nach Auschwitz, sondern nach Theresienstadt zu bringen. Etwa 360 von ihnen wurden über Swinemünde dorthin transportiert, 20 starben während der Reise, 50 im Lager. Über die Tragikomödie des Besuches der dänischen Rote-Kreuz-Delegation im Juni 1944 wurde im Siebenten Kapitel berichtet.

Werner Best wurde im August 1946 in Kopenhagen zum Tode verurteilt, bald nachdem er als Zeuge in Nürnberg aufgetreten war. Seine Berufung beschäftigte den Obersten Gerichtshof erst am 20. Juli 1949, und angesichts neuen Beweismaterials wurde seine Strafe auf fünf Jahre Gefängnis herabgesetzt. Er wurde am 29. August 1951 entlassen[86].

In Norwegen gab es leider keine der diplomatischen Verwicklungen, die die Ausführung der Endlösung in Dänemark so erfolgreich erschwerten. So wie Holland unterstand Norwegen einem deutschen Reichskommissar, und die angeblich „norwegische" Regierung bestand aus diensteifrigen nationalsozialistischen Fanatikern. Unter diesen Umständen ist es um so bemerkenswerter, daß zwei Drittel der zahlenmäßig geringen norwegischen Judenschaft dem Netz entschlüpfen konnten, und dies, obwohl das übliche Programm — Registrierung, Ausschaltung aus der Wirtschaft und schließlich Massenverhaftungen — genau eingehalten wurde. Südnorwegen war Anfang Mai 1940 bereits vollkommen besetzt, aber das Programm der antijüdischen Maßnahmen ging nur langsam vonstatten. Die Abstempelung der Kennkarten der Juden fand im Januar 1942 statt, doch folgten ihr keine Massenverhaftungen der 1700 Juden, die in Oslo lebten und von denen der größte Teil Flüchtlinge aus Deutschland waren. Im folgenden Oktober wurde ein Aufnahmelager für Juden in Berg bei Tons-

* Am 1. Oktober, drei Tage vor dieser Unterredung mit Steengracht, hatte der schwedische Gesandte mit Geheimrat Werner von Grundherr, dem Chef der Skandinavien-Abteilung des Deutschen Auswärtigen Amts, eine Unterredung. Grundherr sagte Steengracht, daß er sich zu den schwedischen Internierungsvorschlägen ausweichend geäußert habe. Gelegentlich des Prozesses gegen Franz Rademacher im Februar 1952 wurde bekannt, daß Grundherr, der diese für Ribbentrops Diplomaten so charakteristische Rolle gespielt hatte, Botschafter der Bundesrepublik in Athen war. Er trat im darauffolgenden Jahr nach Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand. (Wilhelmstraßen-Prozeß, NO-4092, und „The Times", 15. Juli 1952.) Steengracht hat weniger als vier der sieben Jahre Gefängnis abgebüßt, zu denen er verurteilt worden war.

berg eingerichtet, und am 17. November wurde eine allgemeine Registrierung angeordnet. In den wichtigsten Städten fand am 25. eine Razzia statt, bei der aber nur 725 Juden von der Polizei entdeckt wurden, der hierbei die „Hirden", Quislings nationalsozialistische Bürgerwehr, halfen. Dr. Korherrs Bericht an Himmler zufolge wurden nur 691 Juden — durchweg staatenlose — deportiert; 532 fuhren am 26. mit dem Dampfer „Donau" des Norddeutschen Lloyd von Bergen nach einem deutschen Hafen mit der Bestimmungsstation Auschwitz. Eine zweite Gruppe von 158 Juden wurde im März 1943 deportiert. Nur 13 der aus Norwegen nach Auschwitz gebrachten Juden haben den Krieg überlebt[87].
Von den restlichen Juden konnten 900 die schwedische Grenze überschreiten; die übrigen blieben entweder als privilegierte Juden oder im Versteck in Norwegen. Offiziell gab es aber im Oktober 1944 nur 64 Juden, die alle in Mischehen lebten und in Lagern interniert waren[88]. Das Verhalten der schwedischen Regierung verdient ein besonderes Lob. Nach dem ersten Transport aus Norwegen machte der schwedische Gesandte in Berlin, Dr. Richert, den Vorschlag, daß die noch abzutransportierenden Juden von seinem Lande aufgenommen werden sollten. In Übereinstimmung mit seinem sonstigen Verhalten lehnte es Weizsäcker ab, die Frage überhaupt zu besprechen; er berichtete Ribbentrop, daß er Dr. Richert gesagt hätte, der Plan habe keinerlei Aussicht[89]. Trotzdem war das schwedische Konsulat bei der Ausgabe von Naturalisierungspapieren sehr liberal, worüber sich der Reichskommissar Terboven im März 1943 beschwerte[90].

4. Italien

Die außerordentliche Rolle, die die Italiener als Retter der Juden in Südfrankreich spielten, wurde im vorigen Kapitel besprochen, und in den Griechenland und Kroatien gewidmeten Abschnitten werden wir wieder sehen, wie sich die italienischen Soldaten und Beamten auf die findigste Weise in den Dienst der Menschlichkeit und Anständigkeit stellten. Leider waren die Hilfsmöglichkeiten im September 1943 verschüttet, als ein Großteil Italiens selbst unter das Joch der Gestapo kam. Mussolinis Beamte und vielleicht sogar Mussolini selber versuchten immer noch dadurch, daß sie halbe Maßnahmen ergriffen, der Deportation in die Gaskammer vorzubeugen. Aber nach seiner Gefangenschaft auf dem Gran

Sasso war Mussolini ein politisches Wrack, und seine Regierung hatte keine Verhandlungsbasis. Außerdem kamen der Gestapo die Juden-Registrierungen zugute, die in der Zeit vorgenommen worden waren, als Mussolini seine antijüdischen Gesetze herausgab. Unglücklicherweise waren sowohl viele der bodenständigen Juden als auch der jüdischen Flüchtlinge, die nach der Landung der Alliierten in Kalabrien dem Süden zustrebten, in Rom geblieben. Als die Deutschen die Stadt am 10. September besetzten — ein Ereignis, das den meisten unerwartet kam —, fielen 8000 Juden in ihre Hand, das heißt ein Sechstel der jüdischen Bevölkerung Italiens.

Ende des Monats war es den deutschen Botschaftern beim Quirinal und beim Vatikan bekannt, daß Himmler diese 8000 Juden nach Auschwitz zu schicken beabsichtigte. Am 30. machte Bischof Hudal, der Rektor der Deutschen Kirche in Rom, den Stadtkommandanten, General Stahel, darauf aufmerksam, daß sich der Papst möglicherweise gegen die Deportierungen aussprechen werde. Stahel beschloß, die Befehle Himmlers ohne ausdrückliche Zustimmung des Auswärtigen Amtes nicht auszuführen. Obwohl die deutsche Botschaft selbst Internierung in Italien statt Deportierung empfahl, wollte Ribbentrop nichts nach dieser Richtung hin unternehmen[91]. Im Oktober wurden zum ersten Mal Juden festgenommen.

Ernst Freiherr von Weizsäcker war jetzt Botschafter beim Heiligen Stuhl. Im Wilhelmstraßen-Prozeß wurde von der Bedeutung seiner Warnungen viel Wesens gemacht, die er vor der bevorstehenden Aktion dem Vatikan und der Jüdischen Gemeinde gegeben haben will. Sicher ist aber nur die Tatsache, daß er eine Abschrift des Protestes von Bischof Hudal an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei, Obersturmbannführer Hubert Kappler, weitergeleitet hat, und auch das geschah erst am 22. Oktober nach der ersten Razzia[92]. Gerhard Gumpert, Weizsäckers Legationssekretär, sagte aus, daß Kappler überzeugt war, die Warnung komme vom Papst, und daß er Befürchtungen hatte, die Aktionen fortzusetzen[93]. Wenn diese Geschichte wahr ist, dann war es der Triumph eines einfachen Bluffs, denn die Razzia vom 18. Oktober hatte stattgefunden, ohne daß der Vatikan in irgendeiner Weise eingegriffen hätte. Am 28. Oktober schrieb Weizsäcker an Ritter im Auswärtigen Amt:

„Der Papst hat sich, obwohl dem Vernehmen nach von verschiedenen Seiten bestürmt, zu keiner demonstrativen Äußerung gegen den Abtransport der Juden aus Rom hinreißen lassen ... Der ‚Osservatore Romano' hat ... am 25./26. Oktober an hervorragender Stelle ein offiziöses Kommuniqué über die Liebestätigkeit des Papstes veröffentlicht ... Sein Wortlaut (wird) von den wenigsten als spezieller Hinweis auf die Judenfrage verstanden werden[94]."

Weizsäcker war der Meinung, daß der Papst weise gehandelt habe. Ein offener Protest hätte die SS herausgefordert[95]. Poliakov ist der Ansicht, daß diese negative Haltung für Pius XII., der niemals das Konkordat mit Hitler aus dem Jahre 1933 gekündigt und das nationalsozialistische System erst nach der deutschen Kapitulation verurteilt hatte, typisch war[96]. Der Verfasser dieses Buches meint, daß weder übertriebene Zurückhaltung noch prodeutsche Sympathien den Papst dazu veranlaßten, die Augen vor der Tatsache zu schließen, daß Juden fast von der Peterskirche weg zum Tode geschleppt wurden, sondern einfach Angst. Am 10. September flog der Botschafter beim Quirinal, Rudolf Rahn, nach Berlin, um Hitler davon abzuhalten, die Vatikan-Stadt zu besetzen[97]. Viele Monate hindurch hätte Hitler das ohne weiteres tun und damit die gewaltige Kraftquelle der diplomatischen Immunität des Papstes zerstören können.

Die meisten Juden in Rom wurden rechtzeitig gewarnt und suchten Verstecke auf, vorwiegend in Klöstern. Weniger als tausend von ihnen wurden am 18. Oktober verhaftet, von denen 615 am 22. Oktober in Auschwitz ankamen. Wenn wir Dr. Wolken glauben wollen, wurden 468 von ihnen vergast[98]. Von da an bis zum 4. Juni 1944, an welchem Tage die Alliierten die Stadt besetzten, waren die Juden ein gehetztes Wild; täglich und stündlich konnten sie verhaftet werden. Max Vitale zufolge wurden im ganzen 1127 Juden von Rom nach Auschwitz gebracht, und nur 15 kehrten nach dem Krieg zurück. Dazu müssen noch die 57 Juden gerechnet werden, die am 24. März 1944 in Rom im Zusammenhang mit dem Vergeltungsakt im Ardeatina-Tunnel ermordet wurden. Diese Angelegenheit, die den Gegenstand eines heftig umstrittenen Kriegsverbrecherprozesses bildete, soll hier kurz beschrieben werden.

Am 23. März wurde auf eine Kompanie deutscher Sicherheits-

polizei, die durch die Via Rosella marschierte, eine Bombe geworfen. Als Hitler erfuhr, daß diese Bombe 32 Opfer gefordert hatte, ordnete er an, daß für jeden Deutschen zehn Italiener sterben müßten. Der Befehl ging über Feldmarschall Kesselring, General von Mackensen von der 14. Armee und den Stadtkommandanten von Rom, General Mälzer; schließlich wurde er an den Scharfrichter weitergeleitet, den gleichen Obersturmbannführer Kappler von der SS, der die große Razzia im Oktober 1943 durchgeführt hatte. Die 335 Opfer wurden vor den Augen Kapplers im Ardeatina-Tunnel erschossen. Unter ihnen befanden sich Menschen, die die italienische faschistische Polizei ganz willkürlich ausgesucht hatte. Die 57 Juden scheinen von Kappler als eine Selbstverständlichkeit dazugeschlagen worden zu sein[99]*.

Am 10. September 1943, als die deutschen Armeen Rom besetzten, waren die meisten norditalienischen Städte bereits in ihren Händen. Deutsche Einheiten waren seit dem Juli des Jahres über die Pässe ins Land geströmt, was für die Juden ein deutliches Warnungssignal bedeutet hatte. Einige flohen nach dem Süden, wo sich die Alliierten befanden, andere nach der Schweizer Grenze, was alles jedoch der Aufmerksamkeit der Gestapo nicht entgangen war. Sobald der Waffenstillstand verkündet wurde, unternahm eine in Novara stationierte SS-Polizei-Abteilung eine Razzia beim Lago Maggiore und verhaftete zahlreiche Juden in Licino, Stresa, Baveno und Pallanza. Diese Juden verschwanden spurlos, doch heißt es, daß Fischer eine große Zahl von Leichen aus dem See geborgen hätten[100]. Vorkommnisse dieser Art waren häufig, aber nach einigen Wochen wurde das regellose Morden durch eine planmäßige Vernichtung der Opfer ersetzt. Anfang Oktober übernahm Martin Sandberger, ein früherer Befehlshaber einer Einsatzgruppe in Rußland, die Leitung der Gestapo in Verona, das damals die Hauptstadt von Mussolinis faschistischer Republik war, während der offenbar unentbehrliche Theodor Dannecker Judenkommissar für Italien wurde.

Die Aufgabe, vor die diese Fachleute gestellt waren, wurde durch

* Die von den britischen Militärgerichten in Venedig über die drei Generale verhängten Strafen werden bis auf den heutigen Tag scharf kritisiert, aber das Schicksal Kapplers, von dem irregeführt worden zu sein, die Generale behaupteten, ist der Aufmerksamkeit fast entgangen. Er wurde von einem Gericht in Rom 1947 zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Seine Berufung wurde erst im November 1952 verworfen, einige Tage nach der endgültigen Freilassung Kesselrings und von Mackensens.

die Tatsache, daß die jüdische Bevölkerung nicht bloß in einigen wenigen Städten lebte, erschwert, aber sie war andrerseits wieder erleichtert dadurch, daß eine Reihe von leeren Kriegsgefangenenlagern nördlich des Apennin zur Verfügung standen. Es war der Wehrmacht gelungen, die britischen Kriegsgefangenen zu entfernen, die von den Italienern zu einer Zeit festgehalten worden waren, als Badoglios Verhandlungen mit den Alliierten noch keinen sicheren Schluß zuließen. Nach Ausrufung der faschistischen Republik füllte der SD diese Lager mit der italienischen Opposition, mit jugoslawischen Partisanen und mit allen Juden, deren er habhaft werden konnte; sie alle sollten dann nach Deutschland deportiert werden[101].

Etwa ein Fünftel der in Italien lebenden Juden, teilweise Flüchtlinge aus dem Ausland und teilweise Überbleibsel der einheimischen Judengemeinden, wurde, soweit sie sich nicht versteckt hielten oder ausgewandert waren, in den zwanzig Monaten der faschistischen Republik interniert. Insgesamt wurden 10 271 Namen von Deportierten von dem Komitee festgestellt, das sich mit Nachforschungen nach dem Schicksal der Juden befaßte[102]; 2824 von ihnen wurden 1944 aus einem einzigen Sammellager in Fossoli di Carpi bei Modena nach Auschwitz gebracht. Da Fossoli di Carpi nur als Transitlager diente, wurden die Familien dort nicht auseinandergerissen und die Insassen nicht nach Geschlechtern getrennt. Obwohl das Lager nach dem Waffenstillstand dem SD übergeben worden war, blieb die Verwaltung in italienischen Händen und war verhältnismäßig milde. Primo Levi[103] berichtet, daß man sich dort sogar betrinken konnte. Leider wurde dieser Vorteil dadurch wettgemacht, daß italienische Karabinieri die Deportierungen durchzuführen hatten. Die Selektion der Juden für Auschwitz erfolgte, sobald das Lager, das auch andere Gruppen von Internierten umfaßte, zu voll wurde. Ungefähr 600 Juden, einige von ihnen aus Tripolis, wurden am 22. Februar 1944 deportiert*, und von diesen überlebten nur 126 Männer und Frauen die Selektion in Birkenau. Dr. Wolken verzeichnete jedoch am 1. Juli, daß 180 Mann von dem Transport aus Fossoli in Quarantäne genommen worden waren, und das war, wie das oben erwähnte italienische Nachforschungskomitee feststellte, ein ge-

* Dieser Transport wurde möglicherweise von Eichmann selbst organisiert, der Zdenek Lederer zufolge damals in Norditalien war.

mischter Transport mit nur 517 Insassen. Die Quote für die Gaskammer war also im Zunehmen[104].

Im August 1944 verließ noch ein Deportationszug Fossoli di Carpi, und dann wurde das Lager als Sammelplatz aufgegeben. Die Alliierten näherten sich der Goten-Linie, und die Provinz Modena war Operationsgebiet geworden. Das wichtigste Transitlager war jetzt Gries bei Bozen, Wien und Auschwitz 270 km näher. Ein letzter kleiner Transport aus Gries kam am 28. Oktober in Birkenau an, knapp bevor die Gaskammern zu arbeiten aufhörten. Die meisten Transporte aus Gries wurden aber nach Mauthausen geleitet, wo der Prozentsatz der Todesopfer keineswegs geringer war als in Auschwitz. Max Vitale[105] berichtet z. B., daß nur 605 jüdische Deportierte nach Italien zurückgekehrt sind, in welcher Zahl 140 Juden inbegriffen sind, die am 25. Februar 1945 nach dem Lager Gries zurückgeschickt worden waren, als der Zug nach Mauthausen wegen eines Angriffs der alliierten Luftwaffe den Brenner nicht passieren konnte*. Die Zahl schloß auch 146 Überlebende aus den Judentransporten von der Insel Rhodos ein, die am 17. September 1944 in Auschwitz eintrafen (siehe S. 429 f.).

Es ist bemerkenswert, daß die Deportationszüge aus Italien verhältnismäßig wenig Menschen enthielten und daß keiner der Transporte aus Fossoli und Gries mehr als 600 Menschen umfaßte. Diese Züge mußten ebenso über den Engpaß des Brenner wie die große Masse der Verstärkungen und des Nachschubs für Kesselring, und unter diesen Umständen ist es überraschend, daß Eichmanns Amt überhaupt Transportmöglichkeiten zugeteilt bekam. Die Reise nach Auschwitz dauerte vier bis fünf Tage, aber sie war so vielen Zwischenfällen ausgesetzt, daß Primo Levis Reisegefährten gesagt wurde, sie sollten Lebensmittel für vierzehn Tage mitnehmen.

Ungefähr 5000 Juden wurden aus anderen italienischen Städten und Lagern nach Auschwitz und Deutschland deportiert. Ein Sammeltransport aus Rom, Triest und Fiume kam im Dezember 1943 in Auschwitz an, ein anderer, sehr kleiner Transport am 4. April 1944 aus Triest. Im Falle von Triest kam der besondere

* Mussolini konnte erst im Oktober 1944 bei Hitler durchsetzen, daß die deutsche Jagd nach italienischen Arbeitskräften eingestellt wurde; damals wurde die Stellung der italienischen Arbeitskräfte in Deutschland durch eine Verordnung geregelt. Für die italienischen Juden galt diese aber nicht; sie wurden weiterhin nach Mauthausen deportiert.

Umstand dazu, daß es als ehemals österreichische Stadt am 23. September 1943 ins Reich eingegliedert und zur Hauptstadt eines neuen Gaues „Triest-Küstenland" gemacht wurde. Friedrich Rainer wurde Gauleiter, und Odilo Globocnik, sein Freund aus den Tagen des österreichischen Anschlusses, den Himmler gerade aus Polen entfernt hatte, kehrte in seine Vaterstadt als Höherer SS- und Polizeiführer zurück (siehe S. 333 f.).

Vor dem Krieg gab es mehr als 5000 Juden in Triest, aber weniger als die Hälfte war bis zur deutschen Besetzung geblieben. Die erste Razzia fand am 9. Oktober 1943, die zweite am 19. Januar 1944 statt, als Dr. Mopurgo, Sekretär der Jüdischen Gemeinde, verhaftet und das Altersheim „Pia Casa Gentilomo" liquidiert wurde. Die 70 Insassen wurden vor der Deportierung sieben Tage lang im Lagerhaus für Reis „Santa Saba" festgehalten. Am 25. löste Globocnik den Rat der Jüdischen Gemeinde auf und schloß die Synagoge. Von da an lebten die Triester Juden im Versteck, ständig bedroht von der Einlieferung in das Gefängnis von Coroneo oder in das Lagerhaus Santa Saba. Ein weiterer kleiner Transport ging Anfang April nach Auschwitz, während Ende des Monats, nach der Explosion einer Bombe in einer deutschen Offiziersmesse in der Via Gegha, Juden, die bis dahin den Konsularschutz der Schweiz genossen hatten, gleichfalls deportiert wurden. Während der ganzen Zeit der deutschen Besetzung wurden etwa 600 Juden aus Triest deportiert, und nur 400 bis 500, die in größtem Elend vegetiert hatten, wurden am 7. Mai 1945 nach dem Einmarsch der britischen Armee entdeckt. Es war ein in einer britischen Einheit dienender Unteroffizier aus Palästina, der an diesem Tage die Tore der großen Synagoge öffnete[106].

Rainer und Globocnik waren geflohen. Anfang Juni 1945 wurde eine britische Patrouille in den Bergen südlich von Klagenfurt auf ihre Spur gelenkt. Globocnik, der eineinhalb Millionen Morde auf seinem Gewissen hatte, nahm Gift. Rainer ergab sich und sagte ein Jahr später in Nürnberg zugunsten Seyss-Inquarts aus, der später zum Tode verurteilt wurde. Er wurde dann an Jugoslawien ausgeliefert; ein Gericht in Ljubljana verhängte am 20. Juli 1947 über ihn die Todesstrafe[107].

Vierzehntes Kapitel

Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien

1. Jugoslawien: Das Ghetto von Belgrad

In keinem Lande Europas, das von den Achsenmächten besetzt war, ist es schwerer, dem Schicksal der Juden nachzugehen, als in Jugoslawien. In keinem andern Lande ist es schwerer, die Zahl der Opfer und der Überlebenden einigermaßen verläßlich zu schätzen. Vor dem Kriege lebten in Jugoslawien etwa 70 000 Juden in räumlich weit voneinander entfernten Gruppen. Sie waren unter verschiedenen Regimen aufgewachsen, die dann 1918 zu einem einheitlichen Staat zusammengeschmiedet wurden. Auch nach 22 Jahren politischen Zusammenlebens in einem gemeinsamen Staat waren die jugoslawischen Juden keine einheitliche Gemeinschaft geworden, und die Aufspaltung des Landes im April 1941 vergrößerte noch die Kluft zwischen den einzelnen Gruppen: unter der Besetzung der Achsenmächte gab es auf dem Boden Jugoslawiens Regierungen verschiedenen Charakters, denen nur das eine gemeinsam war, daß sie eine leichte Beute von Anarchie und Bürgerkrieg wurden. Das beeinträchtigte die Bemühungen Heydrichs und Himmlers, die Endlösung zu erzwingen, und ermöglichte vielen Juden die Flucht. Obwohl die jugoslawische Volkszählung von 1947 nur 10 460 Juden nachweist, kann man wohl annehmen, daß viele Tausende mehr entweder in Italien oder in Albanien oder dadurch den Krieg überlebten, daß sie vollkommen mit der nichtjüdischen Bevölkerung ihrer Heimat verschmolzen[1].

Nach dem Blitzkrieg vom 6. bis 17. April 1941 war die Lage der jugoslawischen Juden etwa folgende: ungefähr 20 000 Juden gerieten in der Batschka, dem Gebiet östlich des großen Bogens, den die Donau macht, unter ungarische Herrschaft. Im deutschen Besatzungsgebiet, das mit dem alten Serbien aus der Zeit vor dem

Balkankrieg (1913) identisch war, lebten 12 000 Juden, davon 8500 in Belgrad. 21 000 Juden lebten in dem neugeschaffenen Staat Kroatien, 12 315 davon in der Hauptstadt Agram. Bosnien und die Herzegowina mit 12 000 jüdischen Einwohnern (8000 davon in Sarajewo) wurden zwischen Kroatien und Serbien aufgeteilt. Bulgarien hatte mit den früheren serbischen Städten Skoplje (Üsküp), Pirot und Bitolj (Monastir) 7000 bis 8000 Juden dazubekommen. Übrig blieben Montenegro, das die Italiener in Form einer Regentschaft für ein späteres Königreich verwalteten, und Slowenien, das zwischen Deutschland und Italien zu einer als dauernd gemeinten Besetzung aufgeteilt worden war. Dort gab es allerdings nur wenig Juden.

Die Ungarn waren die ersten, die mit Deportationen begannen, und zwar in der Batschka. Die Regierung László Bardossy hatte Staatssekretär Alajos Kovacz zu Rosenbergs großem anti-jüdischem Kongreß im Frankfurter Bürgersaal im März 1941 entsandt, und dort erfuhr man, daß die deutsche Regierung bereit war, die Deportation der Juden aus allen europäischen Staaten zu unterstützen[2]. Einen Monat später waren die Ungarn bereits im Besitz einer neuerworbenen jüdischen Bevölkerungsschicht, und Anfang August wurde entschieden, daß man sie den Deutschen übergeben werde. Etwa 16 000 Juden, zum großen Teil solche aus der Batschka, aber auch ausländische Juden, die im ungarischen Banat lebten, wurden einfach über die Donau geschafft[3]. Deutscherseits wurden die Juden im Ghetto interniert, das für die Juden von Belgrad eingerichtet worden war und das es im Laufe der Zeit auf einen Bevölkerungsstand von 25 000 brachte. Im Einklang mit der deutschen Praxis wurden die Juden in die elendesten Hütten am Rande der Stadt gezwängt, die sonst nur gelegentlich von durchwandernden Zigeunern bewohnt gewesen waren, so daß diese hilflose Menschenmasse vom Hunger- und Erfrierungstod im herannahenden Winter bedroht war. Ihr Schicksal bildete darum den Gegenstand eines langen Berichtes an Ribbentrop, den Felix Benzler, der neuernannte Bevollmächtigte bei der ebenso neuen serbischen Marionetten-Regierung des Generals Milan Nedić, absandte*.

* Benzler war einer der früheren SA-Führer, die seit dem Juni 1934 ein Schattendasein geführt hatten, die aber jetzt, auf Empfehlung von Martin Luther, mit diplomatischen Posten auf dem Balkan betraut wurden. Benzler war im Januar 1941 Leiter der Umsied-

Benzler zufolge war das ernsteste Problem die Tatsache, daß 8000 Juden im Belgrader Ghetto Männer im militärpflichtigen Alter waren, also „potentielle Saboteure", die man nicht in die bestehenden Internierungslager in Serbien schaffen könne. Er wies darauf hin, daß die slowakische Regierung hier ein Beispiel gesetzt habe, dem man folgen sollte: sie habe Juden in Booten donauabwärts auf eine Insel im rumänischen Delta geschafft. Aber diese Information war unrichtig, und Luther beantwortete Benzlers Bericht (offenkundig, ohne Ribbentrop zu befragen) am 8. Dezember dahin, daß eine Deportation nach Rumänien nicht in Frage komme und daß man für die Juden von Belgrad Lager in Serbien finden müsse[4]. Benzler antwortete zwei Tage später, daß das Lager in Schabatz sich bereits in den Händen der Partisanen befinde und daß, falls man die Juden nicht nach Rußland oder Polen schicken wolle, er nicht in der Lage sein würde, Ribbentrops Auftrag zur Ausscheidung der kräftigen und arbeitsfähigen Juden aus dem Ghetto durchzuführen.

Die Bedeutung dieses Hinweises auf Polen und Rußland wurde bereits im Vierten Kapitel erörtert. Franz Rademacher (siehe S. 95) hatte an den Rand von Benzlers Fernschreiben die Bemerkung geschrieben, Eichmann habe entschieden, daß „nicht einmal die Juden aus Deutschland" zu diesem Zeitpunkt im Generalgouvernement oder in Rußland untergebracht werden könnten ... „Eichmann schlägt Erschießen vor". Rademacher hatte das nicht als ein bloßer Postbote des Auswärtigen Amtes geschrieben. In einer Bemerkung für seinen Chef Luther schrieb er, daß die Juden, wenn sie in Serbien eine Gefahr seien, in Rußland eine noch viel größere wären; das Generalgouvernement sei bereits „mit Juden übersättigt". „Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Juden weiter konspirieren, wenn erst eine größere Zahl von Geiseln erschossen ist."

Aber Benzler erinnerte in seinem nächsten Schreiben Luther daran, daß ihm Ribbentrop in Fuschl Ende August versprochen habe, alle Juden, Freimaurer und „englandhörigen" Serben würden aus Belgrad deportiert werden, entweder donauabwärts, oder nach dem Generalgouvernement oder deutschen Konzentrations-

lungs-Kommission für Volksdeutsche in Lettland und Estland und wurde im April darauf Verbindungsmann zum Militärkommando in Belgrad. In dieser Eigenschaft hatte er einen wesentlichen Anteil an der Bildung einer Quisling-Regierung in Griechenland.

lagern. Der Militärgouverneur, General Franz Böhme, schloß sich Benzler nunmehr an und erinnerte Ribbentrop an dieses Versprechen. Luther antwortete am 2. Oktober — und es ist bemerkenswert, daß die Akte am Rande Weizsäckers Zeichen trägt —, daß alles, was Böhme zu tun habe, darin bestehe, selbst „für die sofortige Beseitigung dieser 8000 Juden Sorge zu tragen". Luther fügte dann die folgenden Worte hinzu:

> „In anderen Gebieten sind andere militärische Befehlshaber mit einer wesentlich größeren Zahl von Juden fertiggeworden, ohne überhaupt darüber zu reden. Meiner Ansicht nach können wir dem rumänischen Staatsführer, welcher ohnehin genug Schwierigkeiten mit der Abschiebung seiner eigenen Juden hat, nicht zumuten, weitere 8000 Juden aus fremdem Staatsgebiet zu übernehmen. Im übrigen ist es wohl als sicher anzunehmen, daß diese 8000 Juden wenige Tage nach ihrem Eintreffen auf den Inseln im Donaudelta verschwinden und in Rumänien selbst auftauchen werden. Ich bitte daher um die Ermächtigung, diese Frage mit Obergruppenführer Heydrich, welcher in den nächsten Tagen auf kurze Zeit aus Prag nach Berlin kommen wird, zu besprechen."

In der Zwischenzeit beauftragte Ribbentrop Luther, Heydrich persönlich darum zu ersuchen, daß er die für die Deportierung notwendigen Vorkehrungen treffe, aber Heydrich nahm, wie zu erwarten war, die Partei Luthers und Rademachers. Hans von Haeften, Ulrich von Hassells Informationsquelle im Auswärtigen Amt, zufolge (siehe S. 82), bestand Heydrichs Aktion darin, „einen Spezialisten hinunterzuschicken", um „mit den Ärmsten aufzuräumen"[5].

Dieser „Spezialist" war nicht einer von Eichmanns Bluthunden aus der Kurfürstenstraße, sondern niemand anders als der aalglatte Franz Rademacher, der frühere Legationssekretär in Montevideo. Rademacher kam am 18. Oktober in Belgrad an und teilte Luther nach seiner Rückkehr am 25. mit, daß die männliche jüdische Bevölkerung in Belgrad niemals stärker gewesen sei als 4000. General Böhme hätte aber schon die Hälfte davon als Geiseln für Angriffe auf deutsche Soldaten erschießen lassen[6]. Von den Überlebenden wären 500 privilegiert, weil sie an dem Aufbau des neuen Ghetto-Lagers in Semlin arbeiteten. Die übrigen 1500 würden vor dem Ende der Woche erschossen werden, obwohl Benzler

und der Chef der Militärverwaltung beim Wehrmachtsbefehlshaber, „Staatsrat" Dr. Harald Turner, immer noch die Deportierung vorzögen. Etwa 20 000 ältere Juden, Frauen und Kinder könnte man zusammen mit 1200 Zigeunern über den Winter in Belgrad halten; sie würden später auf die benachbarte Mitrovica-Insel geschafft und dann von dort in die „Auffanglager im Osten" geschickt werden.

Benzler kam am 8. Dezember nach Berlin und klagte darüber, daß die Insel Mitrovica unter Wasser stehe und im Belgrader Ghetto eine verzweifelte Lage herrsche. Rademacher lehnte es ab, ihn zu empfangen, und ließ ihn mit Zustimmung Luthers wissen, daß eine Deportierung der Juden aus Belgrad auch im Frühling nicht in Frage komme. Luther gab Rademacher gegenüber zu, daß Ribbentrop Heydrich ersucht hätte, die Belgrader Juden nach Ostpolen zu deportieren, aber „er glaube nicht, daß sich die beiden Anliegen widersprächen". Die Angelegenheit sei somit abgeschlossen, und es bestehe keine Notwendigkeit, weitere schriftliche Weisungen an Benzler zu senden.

Spätere Ereignisse bestätigen zur Genüge die Existenz von „zwei Anliegen". Auf der Wannsee-Besprechung am 20. Januar stimmte Heydrich zu, daß die aus Ungarn nach Belgrad deportierten Juden nach Ostpolen gebracht werden sollten[7]. Die jugoslawische Untersuchungskommission, die nach dem Krieg am Werk war, kam zu dem Schluß, daß diese Deportierungen im Frühling tatsächlich stattgefunden haben, und ein Bericht spricht von der Wegschaffung von Frauen und Kindern aus dem Lager Zemun (Semlin) noch im Juli 1942[8]. Aber weder in den Lageraufzeichnungen in Auschwitz und Majdanek noch in den Ghettos und Transitlagern des Distrikts Lublin, die zu dieser Zeit mit jüdischen Deportierten überfüllt waren, findet sich irgendein Hinweis auf das Eintreffen von Juden aus Serbien (siehe S. 173). Die serbischen Juden sind tatsächlich niemals bis nach Polen gekommen. Was wirklich geschehen ist, scheint in den lakonischen Worten des Berichtes festgehalten, den das Internationale Rote Kreuz über seine Tätigkeit in der Kriegszeit veröffentlicht hat[9]:

> „Es war bekannt, daß es in Serbien drei Lager gab. Die Insassen, die dort vorübergehend untergebracht waren, wurden später an einen unbekannten Ort gebracht, und man hat nichts weiter von ihnen gehört."

Erst im Oktober 1952 wurde es klar, warum Heydrichs zwei „Anliegen" einander nicht widersprachen. Die gigantische Tarnung, die sie verbergen sollten, wurde zehn Jahre nach dem Zeitpunkt enthüllt, zu dem Serbien „judenfrei" erklärt wurde. Aber es ist immer noch nicht leicht, alle Einzelheiten festzustellen. Am 8. Dezember 1941 teilte Benzler Rademacher mit, daß die Insel Mitrovica immer noch unter Wasser stehe, so daß er die restlichen Juden aus dem verseuchten Zigeunerviertel in Belgrad nach Zemun schaffen mußte. Das war der für die „Weltmesse" vorgesehene Platz, der seit September für die Bedürfnisse eines Ghettos umgebaut wurde, aber unmöglich die 8000 Frauen und Kinder aufnehmen konnte, die nach der Aufteilung auf andere serbische Lager übriggeblieben waren. Die männlichen Juden Serbiens starben rasch in den erfahrenen Händen des SS-Standartenführers Fuchs und seiner Einsatzgruppe. Weizsäcker hatte vorsichtigerweise Benzler am 22. November unterrichtet, daß er sich nur mit der Deportierungsfrage beschäftigen solle. Die „internen Maßnahmen gegen die Juden" gingen ihn nichts an.

Anfang Februar, einige Tage nach Heydrichs Wannsee-Besprechung, wurde Fuchs als „Kds. Belgrad" durch SS-Obersturmbannführer Emanuel Schäfer ersetzt, einen von Heydrichs verläßlichsten Leuten. Als Beamter der Staatspolizei in Oppeln hatte er den angeblichen polnischen Angriff auf die Rundfunkstation vorgetäuscht, der ein Teil des „casus belli" gegen Polen gewesen war. Schäfer wurde durch rasche Beförderung zum Chef der Gestapo in Köln und zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Serbien belohnt. So wie die meisten erst spät vor Gericht gebrachten Gestapobeamten, machte Schäfer im Oktober 1952 den Eindruck eines Bankdirektors, und im Einklang mit diesem Eindruck verteidigte er sich damit, daß die Ausrottungen im Lager Zemun vor seiner Ankunft begonnen hätten, daß er mit den Gaswagen nichts zu tun hatte und daß er ihre Verwendung nicht verbieten konnte. Ihm kam der berufsmäßige Zeuge von dem Bach-Zelewski — der jetzt ein freier Mann ist — noch zu Hilfe und beschrieb Schäfer als „typischen preussischen Nur-Beamten"[10].

Aber es war Schäfer selbst, der das RSHA am 10. Juni 1942 benachrichtigt hatte, daß zwei Gaswagen zur Reparatur nach Berlin geschickt worden waren[11], ein Dokument, das Schäfer, noch sieben Jahre nachdem es in Nürnberg vorgelegt worden

war, als Angeklagten vor das Schwurgericht in Köln bringen sollte.

Schäfer fand im Februar 1942 6280 Juden im Lager von Zemun vor. Im Mai berichtete er einigermaßen voreilig an das RSHA, daß Serbien „judenfrei" sei. Die Juden in Zemun — es waren durchweg Frauen und Kinder — wurden in aller Ruhe Tag für Tag in die Gaswagen geschafft. Nach einiger Zeit wurde die wahre Aufgabe dieser Fahrzeuge im Lager entdeckt, und einigen wenigen Frauen gelang es, die Wachen zu bestechen, die ihnen zur Flucht verhalfen[12]. Aber mehr als 6000 aus diesem Lager allein wurden vergast. Das Auswärtige Amt wurde erst im letzten Augenblick zu Rate gezogen, und Kurt Heinburg, Leiter der Politischen Abteilung VII des Auswärtigen Amts (Balkan), erinnerte sich in Nürnberg daran, daß eine ganze Menge Berichte über die Vergasungen in Belgrad eingegangen waren[13].

Ende Juli 1942 war Belgrad wirklich „judenfrei", und im Oktober darauf wurde die Juden-Abteilung der Belgrader Gestapo geschlossen, „weil im Tätigkeitsbereich keine Juden mehr lebten"[14]. Die „Berliner Börsenzeitung" bezeichnete Alt-Serbien und das ungarische Banat als die ersten Gebiete Europas, die die Bezeichnung „judenfrei" verdienten.

Ein bemerkenswerter Aspekt der Tragödie des Belgrader Ghettos ist das uneinheitliche Schicksal der an ihr Schuldigen. Martin Luther kam 1943 in den politischen Bunker des Lagers Sachsenhausen[15], wo ihn Kapitän Payne-Best im Jahr 1944 zuletzt gesehen hatte, und starb kurz nach Kriegsende in einem Berliner Krankenhaus. General Franz Böhme, der das erste Massaker der serbischen Juden anordnete, hat am Vorabend des Geiselprozesses im Juni 1947 im Nürnberger Gefängnis Selbstmord begangen. SS-Standartenführer Fuchs, der Befehlshaber der Sicherheitspolizei, der das zweite während Rademachers Aufenthalt geplante Massaker durchgeführt hatte, sowie Dr. Harald Turner wurden am 7. März 1947 in Belgrad hingerichtet[16].

Felix Benzler war ein freier Mann, als er im Prozeß Schäfer als Zeuge aussagte; wegen der Massaker von Belgrad ist er niemals angeklagt worden[17]. Schäfer selbst, obwohl nun ein SS-Oberführer, verbarg sich lange nach dem Krieg und kam um die Auslieferung an Jugoslawien herum; er wurde erst im April 1951 ausfindig gemacht und von der Strafkammer in Bielefeld als ehemali-

ger Gestapo-Mann zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt. Es dauerte weitere 18 Monate, ehe das Schwergewicht der Anklage gegen Schäfer bekannt wurde. Das Kölner Schwurgericht vertagte den Fall Schäfer zunächst, um neues Beweismaterial studieren zu können. Am 22. Juni 1953 erhielt er als Sühne für die Mitschuld am Tod von 6000 unschuldigen Menschen die einigermaßen überraschende Strafe von sechseinhalb Jahren Zuchthaus. Am 9. Juli 1954 wurde sie auf 6 Jahre 9 Monate erhöht[18].

Rademachers Nachkriegs-Abenteuer wurde hier bereits beschrieben (siehe S. 83). Während seines unglaublich lange hinausgezogenen Prozesses in Nürnberg im Februar-März 1952 verantwortete er sich dahin, daß sein Besuch in Belgrad auf die Erschießung von 1500 Juden, die bereits von Böhme angeordnet war, keinerlei Einfluß hatte*. Bei der Verhängung eines Urteils, das unter den Umständen die fast unmittelbare Freilassung bedeutete, ließ sich das Gericht von dem Grundsatz „in dubio mitius" leiten und verurteilte ihn zu nicht mehr als drei Jahren und fünf Monaten Gefängnis[19]. Rademacher legte Berufung ein und floh unter Preisgabe der erlegten Kaution vor der Berufungsverhandlung ebenso wie sein Mitangeklagter Klingenfuß. Er ist jetzt in Argentinien.

2. Jugoslawien (Kroatien)

Schon am 10. April 1941 wurde von deutscher Seite die Unabhängigkeit von Kroatien ausgerufen, jedoch die Italiener, die Ante

* Die Erschießung der 1500 Juden wurde von Böhme nach einer Besprechung mit Turner und Fuchs am 19. Oktober angeordnet. Rademacher erklärte der amerikanischen Untersuchungskommission, daß er am 18. von Belgrad abgereist sei, daß er aber seine Reisespesenabrechnung geändert habe, um Entschädigung für einen längeren Aufenthalt verlangen zu können. Während des Rademacher-Prozesses wurde aber nachgewiesen, daß er auf der Deutschen Botschaft in Belgrad noch am 21. Dezember bedeutende Summen behoben hatte. Rademacher gab dann zu, daß er die Amerikaner angelogen habe, um sich vor der Auslieferung an Jugoslawien wegen seines Anteils an dem Befehl vom 19. zu schützen. Nichtsdestoweniger hat Rademacher in seiner Spesenabrechnung die Frage „Zweck der Reise" mit den Worten „Liquidation von serbischen Juden" beantwortet, aber das, sagte er, war nur dazu bestimmt, Weizsäckers Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in Belgrad zu lenken. Da das Gericht weit davon entfernt war, zu glauben, Rademachers Besuch habe keinen Einfluß auf Böhme, Turner und Fuchs gehabt, ist die Strafe von 3 Jahren Gefängnis lächerlich gering. Aber das Gericht war wahrscheinlich durch die Tatsache beeinflußt, daß wenigstens vier Zeugen, die ebenso wie Rademacher als Botenjungen für Eichmanns Massaker-Anordnungen aufgetreten waren, in der Zwischenzeit Stützen des neuen Auswärtigen Amts in Bonn geworden waren. (Siehe besonders „Das Freie Wort", 8. März 1952.)

Pavelić, den Führer der kroatischen nationalistischen Ustascha-Partei seit 1930 geschützt und unterstützt hatten, kamen den Deutschen zuvor. Obwohl deutsche Truppen im Lande blieben, gelang es Pavelić als Staatsoberhaupt, die Italiener gegen sie auszuspielen, indem er den Herzog Aimone von Spoleto, einen Neffen des italienischen Königs, als König von Kroatien anerkannte und italienische Wünsche nach dem Besitz der dalmatinischen Küste ermutigte [20].

Pavelić, der den Mord an König Alexander im Oktober 1934 auf dem Gewissen hatte, war ein rücksichtsloser Mann von großer Energie, den weder Deutsche noch Italiener unterkriegen konnten. Der Antisemitismus, den er predigte, war nicht viel mehr als ein Köder für die Nationalsozialisten, da er selbst mit einer Tochter des Juden Lorencević verheiratet war [21]. Ähnlich war es mit seinem Marschall Kvaternik, der den Ustascha-Terror organisierte. Kvaternik hatte die Tochter eines früheren kroatisch-nationalistischen Führers aus der Habsburgermonarchie, des Juden Josip Frank, geheiratet. Wenn man Willi Höttl glauben kann, den Kaltenbrunner mit der Auskundschaftung solcher Dinge beauftragt hatte, war die ganze Ustascha-Führung „jüdisch versippt". Nichtsdestoweniger ordnete Pavelić am 14. April, vier Tage nach der Bildung seiner Regierung, die Einziehung des gesamten jüdischen Vermögens an [22]. Die Dinge lagen einfach so, daß die schießfreudigen Ustascha-Leute ein wenig plündern wollten und der Reichtum der serbisch-orthodoxen Minderheit zu ihrer Befriedigung nicht ausreichte.

So erreichten die Leidenschaften ihren Höhepunkt nach dem Berliner Schiedsspruch vom 12. Juli 1941. Dieser folgte dem Wiener Schiedsspruch vom 29. April, der die deutschen und italienischen Besatzungszonen durch Ziehung einer Grenze zwischen den Serben und Kroaten in Bosnien festgelegt hatte. Slavko Kvaterniks Ustascha-Leute mordeten und marterten die Serben, während die bosnischen Mohammedaner über die Juden herfielen. Selbst der Vertreter der Wehrmacht am Hofe Pavelićs, der österreichische General und nationalsozialistische Führer Edmund Glaise-Horstenau, konnte nicht umhin zu protestieren [23]. Von der alten jüdisch-sephardischen Gemeinschaft in Sarajewo in Bosnien, die vor dem Krieg 8000 Köpfe umfaßte, waren im Januar 1946 nur noch 1140 am Leben. Was im Juli und August 1941 dort vorgegangen war, ist

unaufgeklärt geblieben. Aber etwa 2000 Juden aus Sarajewo gelang es, nach Cattaro (Kotor) und nach Albanien zu entfliehen. Eine Anzahl von ihnen wurde in Süditalien in einem Flüchtlingslager in Ferramonte-Tarsia interniert und von den Alliierten im September 1943 befreit; einige flohen nach Triest[24]. Die Massaker waren im Jahre 1941 nicht abgeschlossen, denn einige Hundert Juden aus Sarajewo sollen während der zweiten kroatisch-jüdischen Deportation im Mai 1943 nach Auschwitz gebracht worden sein.

Im Oktober 1941, als die ersten Deportationen aus Deutschland nach „dem Osten" organisiert wurden, hatte Pavelić die Versklavung und Enteignung der kroatischen Juden im großen und ganzen erreicht, abgesehen von den Gebieten, die unter italienischer Militärregierung geblieben waren. Etwa ein Drittel der 21 000 registrierten kroatischen Juden wurde in Arbeitslagern in Jasenovać, Laborgrad und auf der Insel Pag, nördlich von Zadar (Zara), interniert[25]. Etwa die gleiche Anzahl hatte bei den Italienern ein Asyl gefunden, entweder in den Städten Laibach (Ljubljana) und Sušak (bei Fiume), die als Teile Italiens behandelt wurden, oder in Split (Spalato), Dubrovnik (Ragusa) und Mostar in der „Militärzone II". 4000 Juden befanden sich noch in Agram (Zagreb) auf freiem Fuß[26].

Rademacher, der für eine Ausdehnung der Deportationen auf Kroatien eintrat, äußerte sich positiv über diese Beweise der Bereitwilligkeit der kroatischen Regierung, „mit den schärfsten Mitteln" gegen die Juden vorzugehen[27]. Aber Pavelić war noch nicht so weit. Erst im August und September 1942 gab er die Zustimmung dazu, daß Franz Abromeit, ein Beamter in Eichmanns Dienststelle, der deutsch-kroatischer Abstammung war, mit dem Auskämmen der drei Arbeitslager für Polen beginnen konnte*.

Gegen diese Deportierungen, die nicht aus dem unter italienischer Militärverwaltung befindlichen Gebiet stammten, gab es keinen Widerspruch von italienischer Seite. Die Regierung Pavelić arbeitete mit Abromeit und dessen Abteilung in Eichmanns Kommando

* Dieter Wisliceny sagte in Nürnberg aus, daß Abromeit bloß zwei Transporte für Auschwitz aufbringen konnte, die 3000 Juden umfaßten, aber die Angaben des RSHA, die Dr. Korherr Himmler sandte, erscheinen glaubwürdiger. Sie beziffern die Zahl der aus Kroatien im Jahre 1942 Deportierten mit 4927[28]. Wahrscheinlich sind die restlichen zweitausend zusammen mit slowakischen Juden in den Distrikt Lublin geschafft worden.

über den Innenminister Andrija Artuković. Letzterer wurde im Mai 1951 als Inhaber eines Buchladens in Surfside, Los Angeles, entdeckt; er war in die Vereinigten Staaten unter dem Namen Anić eingereist. Daß solche Dinge möglich waren, ist nicht überraschend, wenn man sich vergegenwärtigt, daß selbst Ante Pavelić und Dido Kvaternik, der Sohn Slavko Kvaterniks, der Sicherheitsminister gewesen war, friedlich in Argentinien leben können[29]. Pavelić hielt sich bis Ende 1947 in Österreich und bis Ende 1949 in Italien versteckt. Nachdem er von Mussolini von 1930 bis 1940 unterstützt worden war, genoß er als möglicher Gegenspieler zu Tito neuerlich italienische Gastfreundschaft. 1951 bildete er in Südamerika eine kroatische Schattenregierung.

Als von deutscher Seite die Deportierung der Juden in der italienischen Militärzone II verlangt wurde, gab es italienische diplomatische Opposition und später im Einklang mit seiner Politik, die Italiener gegen die Deutschen auszuspielen, Opposition auch von Pavelić. Das ist eines jener überraschenden Vorkommnisse, durch die die toten Papiermassen der im Wilhelmstraßen-Prozeß 1948/1949 verwendeten Beweisstücke hin und wieder Leben bekamen.

Zur Meisterung der diplomatischen Finessen im Verkehr mit Kroatien hatte Ribbentrop im April 1941 Siegfried Kasche ausersehen, einen grobschlächtigen Parteifanatiker mit buschigen Augenbrauen[30]. Wie seine Gesandtenkollegen auf dem Balkan, Killinger, Jagow, Beckerle und Ludin, war auch Kasche während des Röhmputsches im Juni 1934 nur knapp dem Tod entgangen[31] *. So wie die anderen wurde auch er von dem überehrgeizigen Martin Luther aus der Dunkelheit geholt. Wie sich dieser „alte Kämpfer" in dem Doppelberuf des Polizisten und Diplomaten bewährte, soll im folgenden geschildert werden.

Kasches erster Bericht über Schwierigkeiten mit den Italienern stammt vom 24. Juli 1942. General Roatta, der Befehlshaber der Zone II, hatte erklärt, die Ehre der italienischen Armee würde es nicht erlauben, 4000 bis 5000 Juden, die in Dubrovnik und Mostar Asyl gesucht hatten, zu deportieren. Roatta hatte sogar dem deutschen Generalinspekteur der Organisation Todt verwehrt, über

* Hans Gisevius hat an dem ereignisreichen 30. Juni Kasche als Gruppenführer der SA in Görings Haus auf dem Leipziger Platz gesehen. Er war ein Gefangener, der erschossen werden sollte. Aus irgendeinem Grunde wurde er begnadigt und nach einigen Wochen Aufenthalt in einem Konzentrationslager freigelassen.

Wohnungen von Juden zu verfügen[32]. Auf Grund von Kasches Beschwerde sprach Fürst Otto von Bismarck am 17. August beim Grafen Ciano im italienischen Außenministerium vor. Das einzige Ergebnis war, daß Kasche drei Tage später von seinem italienischen diplomatischen Kollegen Casertano in Agram unterrichtet wurde, daß die Angelegenheit den Wirkungskreis der italienischen Armee überschreite und nur in Rom geregelt werden könne[33]. Als Kasches Vorschlag von Casertano weitergeleitet wurde, versah ihn Mussolini mit den ominösen Worten „keine Einwendung"[34].

In diesem kritischen Augenblick wurden alle weiteren Schritte durch Mussolinis Schwiegersohn und Außenminister Graf Ciano verhindert. Er wies General Roatta an, eine genaue Registrierung der Juden durchzuführen. Alle Juden, die irgendwelche Bindungen in der Zone hatten, die die Italiener zu annektieren beabsichtigten, sollten von der Deportierungsanordnung ausgenommen werden. Die Registrierung dauerte so lange, daß Ribbentrop am 24. September Kasche den Entwurf einer Denkschrift übersandte, die für Hitler bestimmt war und die dieser Mussolini persönlich übergeben sollte. Ribbentrops Vorschlag war, daß zwei deutsche Divisionen und eine SS-Standarte, die in der italienischen Militärzone stationiert würden, bei den Deportationen behilflich sein sollten[35]. Aber Hitler kam damals nicht mit Mussolini zusammen. Er empfing am nächsten Tag Pavelić und war offenbar überzeugt, daß Pavelić in der Lage sein würde, die Juden trotz des italienischen Widerstandes festzunehmen.

Am 14. Oktober berichtete Kasche, daß ihm der Finanzminister Košak mitgeteilt habe, die kroatische Regierung würde nicht nur die Festnahmen durchführen, sondern den Deutschen für jeden deportierten Juden noch 30 Mark zahlen. Aber sechs Tage später erzählte der kroatische Außenminister Lorković Kasche eine ganz andere Geschichte. Die Regierung habe sich an den Grafen Ciano mit dem Vorschlag gewendet, daß die italienische Regierung die Juden übernehmen solle, während dem kroatischen Staat das jüdische Eigentum zufallen sollte, so daß den Juden das sie in Polen erwartende Schicksal erspart bliebe[36]. Kasche drahtete sofort an Ribbentrop, daß die Gesandtschaft hintergangen worden sei und offenbar der Vatikan am Werk gewesen wäre.

Das italienische Außenministerium war nicht bereit, den Vorschlag

von Pavelić anzunehmen. Italien, wurde erwidert, sei nicht Palästina. Fürst Otto von Bismarck wurde darum mitgeteilt, daß Juden mit einer Bindung an die „eingegliederten Gebiete" dort interniert würden und daß man den Rest Pavelić übergeben werde, worauf sich die kroatische Regierung darüber beschwerte, daß sie so um das Vermögen der von den Italienern internierten Juden kommen würde. Die Verwirrung im deutschen Auswärtigen Amt wurde noch erhöht, als Kasche am 10. November erfuhr, daß die italienische Regierung, obwohl sie nach außen hin Pavelićs Angebot abgelehnt hatte, einige Juden nach Italien gebracht hatte, und zwar nach Porto Re in Istrien[37]. Zwei Tage später sah sich Kasche genötigt, mit Eichmann persönlich in Verbindung zu treten. Die Juden, die die Kroaten in Dubrovnik und Mostar für die Deportation nach Auschwitz festgenommen hatten, waren von den Italienern auf Lopud, Korčula (Curzola) und anderen Inseln sowie in Hotels auf dem Festland interniert worden[38].

Aber weder die Internierung auf den Inseln noch in Porto Re war ein genügender Schutz. Fürst Bismarcks Vorschlag D'Ajeta gegenüber am 10. Dezember ging dahin, daß alle internierten Juden nach Triest gebracht werden sollten — wahrscheinlich, weil Triest eine direkte Eisenbahnverbindung mit Auschwitz und Polen besaß. Die italienische Antwort war, daß kein Schiffsraum für die Beförderung der Juden nach Triest verfügbar sei. Die vielfach auf Hörensagen beruhenden Quellen, die Jacques Sabile zitiert, führen das auf einen Einfall Mussolinis zurück[39].

Aber man darf nicht übersehen, um was für einen tragisch-kleinen Teil der Opfer der Endlösung es bei all diesen diplomatischen Auseinandersetzungen auf höchster Ebene ging! In der Militärzone II wurden insgesamt 2662 Juden festgenommen, und 863 von ihnen wurden als italienische Bürger wieder entlassen[40].

In den nächsten Monaten mußte Kasche alle Energie daransetzen, seinen Anteil an Juden für Eichmann zwar nicht von den Italienern, sondern von Pavelić zu erhalten. Ein gewisser SS-Sturmbannführer Helm von der Gestapo wurde als Polizeiattaché nach Agram geschickt, und am 4. März konnte Kasche an Rademacher berichten, daß innerhalb von zehn Tagen die Deportierung von 2000 kroatischen Juden in kleinen Gruppen möglich sein werde[41]. Die Deportierungen hielten bis zum Mai an, in welchem Monat 400 Juden aus Agram verschickt wurden[42]. Aber ebenso wie die

Slowaken und Rumänen hatten auch die Kroaten jetzt die Juden als ein Handelsobjekt entdeckt*. Vom gleichen Monat an gelang es dem „American Joint Distribution Committee", regelmäßige Sendungen von Lebensmitteln und ausländischem Geld an die jüdische Gemeinde in Agram gelangen zu lassen[44], und im Juli erfuhr Kaltenbrunners Dienststelle, daß 800 jüdische Frauen und Kinder, die Pavelić hätte deportieren sollen, sich immer noch in kroatischen Lagern befanden[45].

Pavelić hatte sich inzwischen sehr verändert. Am 27. April, als er Hitler in Klessheim besuchte, hatte er sich bereits den Spitznamen eines „Bürgermeisters von Agram" erworben, weil sein Herrschaftsgebiet sich inzwischen durch die Tätigkeit von Titos Partisanen so verkleinert hatte[46]. Von da an verfolgte er die Reaktionen der westlichen Alliierten sehr wachsam. Im Januar 1944 unterschrieb er die Konventionen des Roten Kreuzes über Zivilinternierte, und im Juli wurde es dem Roten Kreuz gestattet, Juden-Arbeitslager in Jasenovać, Stara-Gradiška und Gredjani zu besichtigen[47]. Es gab immer noch Juden in Agram und anderen Städten; im April beschwerte sich Kasche, daß deutsche Ämter Juden „zu amtlichen und wirtschaftlichen Erledigungen" nach Kroatien geschickt hätten und daß für viele öffentliche Stellungen kein Ersatz für Juden zu finden sei[48]. Kaltenbrunner ordnete eine Untersuchung dieser Sache an, aber erst im Oktober 1944 wurde der Rest der Agramer jüdischen Gemeinde in Internierungslager gebracht. Auch dann mußten die Juden Agram nicht verlassen, und sie erhielten bis zum Ende des Krieges Lebensmittel und andere Sendungen aus dem Ausland. Im Januar 1946 gab es aber offiziell in Agram nur mehr 1647 Juden gegenüber 12315 vor dem Kriege[49].

Das Schicksal der von den Italienern geschützten kroatischen Juden muß auch noch erwähnt werden. Im Juni und Juli 1943, nach Monaten der Registrierung und Einstufung, wurden sie alle — es waren ihrer weniger als 2000 — auf die Insel Arbe (Rab) im Quarnero bei Fiume gebracht. Am 19. August drahtete Augusto Rossi, der Außenminister der Badoglio-Regierung, dem Militärkommandanten in Zone II, daß diese Juden unter allen Umständen

* Von allen nationalen Gruppen in Auschwitz ist über die kroatischen Juden am wenigsten bekannt. Sie werden in der Schilderung von Dr. Ella Lingens-Reiner erwähnt, und die durch einen Geheimsender verbreitete Liste enthält die Namen von 550 Überlebenden[43].

vor der kroatischen Regierung geschützt werden müßten[50]. Drei Wochen später hatte die Militärzone II zu bestehen aufgehört. Die Deutschen hatten die ganze Küste besetzt, die Juden auf der Insel Arbe zerstreuten sich; einigen von ihnen gelang es, auf Fischerbooten nach Bari in Italien zu kommen, aber die meisten gingen in das von den Partisanen besetzte Gebiet. Im Januar 1944 deportierten die Deutschen 400 ältere Menschen, die in Arbe geblieben waren, und weitere Gruppen von älteren Menschen, die in Lika, in dem von Partisanen besetzten Gebiet, in ihre Hände gefallen waren. Die arbeitsfähigen unter ihnen wurden im Lager Banjica als Partisanen erschossen[51].

3. Griechenland

In vielen Beziehungen gleicht die jüdische Tragödie in Griechenland dem, was sich in Jugoslawien abgespielt hat. Im Jahre 1941 gab es wohl nicht viel mehr Juden in Griechenland, als gelegentlich der Volkszählung von 1931 festgestellt worden waren, nämlich 67 200. Nach den offiziellen Zählungen von 1945 hatten wenig mehr als 10 000 den Krieg überlebt[52]. In diesem Falle dürfte es sich— anders als im Falle Jugoslawiens — um wirklich endgültige Zahlen handeln, da die vollständige Zerstörung der großen jüdischen Gemeinde in Saloniki leider außer Zweifel steht.

Wenn man deutscherseits im März 1943 der Ansicht gewesen sein sollte, daß die deutsche Besetzung Griechenland von der Gefahr einer jüdischen Umklammerung rettete, war das schon deshalb irrig, weil die jüdische Gemeinschaft in Griechenland ohnehin in raschem Rückgang begriffen war. Zwei Drittel der griechischen Juden lebten in Saloniki, der einzigen Niederlassung spanischer Juden aus der türkischen Zeit her, die seit der Gründung des griechischen Königreiches sich eines gewissen Wohlstandes erfreut hatte. Aber im 20. Jahrhundert setzte eine rückläufige Bewegung ein. Im Jahre 1900 bildeten die Juden mit 80 000 noch die Hälfte der Bevölkerung der Stadt; am 9. April 1941 dürfte Saloniki 260 000 Einwohner gehabt haben, von denen nur 46 000 Juden waren[53]. Durch Armut und auch durch ein gewisses Ausmaß von Antisemitismus, der sich nach der Vertreibung der türkischen Bevölkerung in den Jahren 1923 und 1924 verstärkt hatte, war ein Teil der Juden zur Auswanderung gezwungen worden. Aber in Saloniki konnten die Nationalsozialisten nicht darauf rechnen,

daß die einheimische Bevölkerung für sie die Arbeit leisten werde. Darum wohl haben sie mit der Durchführung der Endlösung lange gezögert. Sie setzte erst ein Jahr nach dem Abgang der ersten Deportationszüge aus Frankreich und der Slowakei ein.

Abgesehen von der zum Ritual gehörenden Festnahme von jüdischen Würdenträgern und der Verwandlung des Rates der Kultusgemeinde in eine Körperschaft, die wie ein von deutscher Seite bestellter Judenrat aussah, gab es bis Juli 1942 keine besonderen judenfeindlichen Maßnahmen. Aber im Winter 1941/42 hatten die Juden von Saloniki kaum ein besseres Los als ihre Brüder in den Hungerghettos Polens. Die Besetzung hatte Griechenland der Güter beraubt, die es im normalen Warenaustausch zu erhalten pflegte, und im November 1941 war eine Hungersnot bereits in Sicht. Obwohl die britische Regierung im März 1942 nach erfolgter Zusicherung von Feindesseite, daß die Sendung der einheimischen Bevölkerung zugutekommen werde, Weizen nach Athen geschickt hatte, hungerten 20 000 der Juden in Saloniki, und es gab einen Ausbruch von Flecktyphus[54]. Diese Situation hat aber die deutschen Beamten der „Militärverwaltung Ost-Ägäis" nicht davon abhalten können, im Juli Zwangsarbeit für männliche Juden im Alter von 18 bis 45 Jahren anzuordnen. Die Organisation Todt hatte jedoch Schwierigkeiten, unter diesen halbverhungerten Menschen 3000 bis 4000 Leute für Eisenbahnbauten zu finden. Schließlich wurden im Oktober Befreiungsscheine offen verkauft, und Dr. Merten, Kriegsverwaltungsrat in der Militärverwaltung, hob die Arbeitsverpflichtung gegen Zahlung einer der ganzen Gemeinschaft auferlegten Kontribution von 2,5 Millionen Drachmen auf.

Die Durchführung der Endlösung in Saloniki wurde deutscherseits ebenso begonnen wie in Polen, nämlich durch Zerstörung aller Spuren der jüdischen Geschichte, der Archive, Gebetsrollen und schließlich der Grabsteine. Sie wurden am 6. Dezember zugunsten der Metallsammelaktion vom großen Friedhof in Saloniki entfernt[55], als SS-Sturmbannführer Wulff von Eichmanns Dienststelle eine vorläufige Schätzung durchführte. Bald darauf erschien Eichmann zu einem kurzen Besuch und brachte seinen Adjutanten Rolf Günther mit. Die Deportationen wurden von Dieter Wisliceny durchgeführt, der mit Anton Brunner am 6. Februar 1943 aus Wien eintraf[56].

Nun kamen die einleitenden Schritte in rascher Folge: die Anordnung zum Tragen des Judensterns am gleichen Tage und die Schaffung eines Ghettos drei Wochen später — tatsächlich wurden drei Ghettos geschaffen, wobei eines davon, das „Baron-Hirsch-Viertel", in das man Juden aus dem mazedonischen Hinterland schaffte, umfriedet wurde [57]. Es handelte sich um ein Barackenlager, in der Nähe der Eisenbahnstation gelegen, das im Jahre 1903 für die jüdischen Flüchtlinge vor den Pogromen in Mohilew und Kischinew angelegt worden war und später 2000 der ärmsten Bewohner Salonikis als Behausung diente. Während man dort die notwendigen Änderungen durchführte, machten es sich Wisliceny und seine Helfer in zwei Villen aus jüdischem Besitz im Hodos Velissarion bequem, die sie nach eigenem Geschmack so einrichteten, als ob es sich um Bordelle in Port Said gehandelt hätte [58].

Michael Molho berichtet, daß Wisliceny den Eindruck eines kerngesunden und wohlgenährten Genießers machte — ein ganz anderer Wisliceny als der, der im Jahre 1948 beim Prozeß in Preßburg auftrat (siehe S. 439, Fußnote). Aber selbst zu dieser Zeit verstanden die Juden von Saloniki nicht, was seine Anwesenheit für sie bedeutete, obwohl man am 14. März erfuhr, daß 2800 Juden aus der Provinz, die man in das Baron-Hirsch-Ghetto gezwungen hatte, nach Krakau geschickt werden sollten. Ein aus 40 Güterwagen bestehender Zug brachte sie am nächsten Tag fort. Von da an wurde das Baron-Hirsch-Ghetto abwechselnd gefüllt, geleert und wieder gefüllt, und bis zum Ende des Monats hatte man 13 435 Juden in 5 Zügen weggeschafft [59]. Mitte Mai, als man die für die Organisation Todt Verpflichteten deportierte, war der Großteil der Juden Salonikis bereits fort, 42 830 Menschen in 16 Zügen [60].

Der 1500 km weite Weg nach Auschwitz oder der 1800 km weite Weg nach Lublin oder Treblinka nahm sieben bis neun Tage in Anspruch*. Die Deportierten bekamen Lebensmittel für zehn Tage, hauptsächlich Brot, Dörrobst und Oliven. Ein sehr bedeutsames Detail kam in Nürnberg zutage, als Wisliceny erwähnte,

* Nach dem Bericht der im Jahre 1945 vom Gericht in Siedlice abgehaltenen Untersuchungskommission kam ein Transport aus Saloniki am 26. März im Todeslager Treblinka an. Es muß sich um den zweiten Transport gehandelt haben, der das Baron-Hirsch-Ghetto am 17. März verlassen hatte[61].

daß der Proviant und die Güterwagen vom Transportkommando der Wehrmacht zur Verfügung gestellt wurden[62].

Seit Oktober 1942 war Rabbiner Koretz Vorsitzender des Judenrats oder „Judenältester"; da er deutscherseits einige Monate in Wien zurückgehalten worden war, stand er im Verdacht, ein Kollaborateur zu sein. Als er dann am 17. März in einer Rede in der Monasteriotes-Synagoge das neue Leben in Polen in den schönsten Farben schilderte, wurde das so übel aufgenommen, daß er Polizeischutz in Anspruch nehmen mußte. Aber trotz des Mißtrauens Koretz gegenüber gab es kaum einen wirklichen Widerstand gegen die Deportationen. Man nahm an, daß die Deportierten ein besseres Los haben würden als die Zwangsarbeiter, und einige heirateten, um in die Deportationszüge nach dem „Ghetto Krakau" aufgenommen zu werden[63]. Von deutscher Seite wurden natürlich allerhand Tricks gebraucht. Einige Zeugen, die Auschwitz überlebten, behaupteten, daß ihnen Bescheinigungen über Landzuteilung in der Ukraine gezeigt worden waren, die von den Juden aus Saloniki in das Todeslager mitgebracht wurden. Frau Vaillant-Couturier hat schwindelhafte Ansichtskarten eines Ortes namens Waldsee beschrieben, mit deren Hilfe man die Jüdinnen aus Saloniki veranlaßte, ihre Angehörigen dazu zu bringen, ihnen nachzufolgen[64]. Ein anderes Schwindelmanöver wird von Dr. Albert Menasche beschrieben. Dr. Merten versicherte dem Rabbiner Koretz, daß die Deportationen nur eine Sicherheitsmaßnahme seien, um des Kommunismus Verdächtigte aus der Zone der militärischen Operationen zu entfernen; sie würden die Mittelschichten nicht einschließen. So wurden 900 Intellektuelle und Bemittelte im Baron-Hirsch-Ghetto nach dem Abtransport der Todt-Arbeiter festgehalten. Und dann erzählte man ihnen eine ganz andere Geschichte: als privilegierte Juden würde man sie nach dem „freien Ghetto" Theresienstadt bringen. Der Zug, der 820 von ihnen am 1. Juni fortbrachte, ging in Wirklichkeit nach Auschwitz[65].

Die Todt-Arbeiter gingen Mitte Mai weg. Die neutralen Vertreter des Roten Kreuzes, die nach ihnen sahen, versuchten, ihnen Milch an die Züge zu bringen, wurden aber daran gehindert — und noch mehr Hindernisse legte man den Rote-Kreuz-Vertretern in Deutschland in den Weg, die, wie im Falle der im Jahre 1941 nach Mauthausen geschickten niederländischen Juden, versucht hatten, ihren Verbleib festzustellen. Im Endergebnis trug dieser Mißgriff dazu

bei, daß die Welt von diesen Vorgängen zunehmend Kenntnis erhielt, ein Ergebnis, das Eichmanns Dienststelle vielleicht nicht vorausgesehen hatte[66].

Die Überlebenden der Deportationen nach Auschwitz, Treblinka und Lublin kann man an den Fingern einer Hand abzählen. Die Reise allein, die etwa sieben bis zehn Tage dauerte, während der 60 bis 65 Menschen ohne Rücksicht auf Alter, Gesundheit oder Geschlecht in fast unlüftbaren Viehwagen befördert wurden, aus denen sie sich auch nicht für eine Minute entfernen konnten, muß an sich schon viele dahingerafft haben. Überdies befanden sich die meisten der Juden aus Saloniki schon bei Antritt der Reise in schlechtem Gesundheitszustand. Höss, der Kerkermeister von Auschwitz, sagte Wisliceny, daß sie alle in so schlechtem Zustand seien, daß man sie ausrotten müsse[67], wobei er offenbar nicht daran dachte, sie alle gleichzeitig zu vergasen. Es gab immer Selektionen für das Lager Birkenau, in das z. B. mehr als die Hälfte des „Intellektuellen-Transportes" vom 1. Juni aufgenommen worden war. Bei seiner Ankunft fand Dr. Menasche Birkenau voll mit Juden aus Saloniki, die an dem Bau einer neuen Abteilung des Lagers, die als D II bekannt war, arbeiteten[68]. Aber die 4000 griechischen Juden, die man Ende Oktober zur Verstärkung der Juden aus Holland in das Arbeitslager im Warschauer Ghetto geschickt hatte, stammten aus den Transporten, die viel gesündere Menschen enthielten und die von den Bulgaren in Thrazien und Mazedonien zusammengestellt worden waren. Eine andere Gruppe von Deportierten aus Saloniki, die man nicht in die Gaskammer schickte, bestand aus Jüdinnen, welche man den Sterilisierungsexperimenten der Ärzte Clauberg und Horst Schumann im Block 10 des Auschwitzer Hauptlagers vorbehielt (siehe S. 198).

Aber die Juden aus Saloniki brachten Flecktyphus nach Auschwitz, der zu der ärgsten Seuche führte, an der das Lager je gelitten hatte. Birkenau kam im Juni unter Quarantäne, und drei Wochen lang trafen keine Transporte ein[69]. Drei Monate später entschied Höss, daß alle Juden aus Saloniki liquidiert werden müßten, und diejenigen, die die Typhusepidemie überstanden hatten, fielen meistens den großen Selektionen im September und Oktober zum Opfer, die sowohl Kranke als auch Gesunde umfaßten[70]*.

* Die meisten der Transporte vom Juni 1943 wurden nach Sobibor und Lublin geleitet.

Wisliceny versuchte in Nürnberg, seine Schuld an dem tragischen Ende der Juden von Saloniki zu leugnen. Er habe, sagte er, am 10. März 1942 Eichmann unterrichtet, daß in den jüdischen Bezirken von Saloniki Flecktyphus herrsche und viele Fälle von Tuberkulose festgestellt worden seien. Aber Eichmann habe ihm durch Fernschreiben geantwortet, daß die Umsiedlung um jeden Preis vor sich gehen müsse[71]. Es gab auch eine Reihe von Interventionen seitens griechischer Persönlichkeiten. So hat z. B. die Rechtsanwaltskammer von Saloniki einige Tage nach der ersten Deportation dem griechischen Ministerpräsidenten Logothetopoulos eine Petition überreicht, die die Internierung der Juden auf einer griechischen Insel verlangte. Dieser Plan wurde in Athen vom Metropoliten Damaskinos, dem späteren Regenten, unterstützt. Er schlug vor, daß man eine der größeren von den Italienern besetzten Inseln dazu verwenden und zugleich aus dem jüdischen Vermögen einen Fonds zur Erhaltung der Juden schaffen solle. Aber der griechische Gouverneur der von Deutschland besetzten Zone, Simeonides, wollte diese Summen für die Unterstützung der griechischen Flüchtlinge haben, die die Bulgaren aus Thrazien vertrieben hatten. Logothetopoulos war auch mehr für diese Lösung eingenommen. Er erklärte, daß Simeonides ihn nicht ersucht hätte, bei den deutschen Stellen zu intervenieren, und daß das Ghetto in Saloniki für die Flüchtlinge aus Thrazien benötigt werde. Nichtsdestoweniger beschwerte sich Logothetopoulos beim deutschen Gesandten Altenburg, daß Simeonides jüdischen Besitz ohne Befragung der griechischen Regierung beschlagnahmt habe[72].

Rhallis, der Nachfolger von Logothetopoulos, kam im April nach Saloniki, und Rabbiner Koretz bestürmte ihn wieder, sich für die Unterbringung auf einer Insel einzusetzen. Er wurde deshalb von Merten aus seinem Amt entfernt und im Baron-Hirsch-Ghetto interniert. Koretz, der vorher Rabbiner in Berlin-Charlottenburg gewesen war, ist während der Typhusepidemie in Belsen zugrunde gegangen. Seit der Ankunft von Eichmanns Deportationskommission war Merten nicht länger daran interessiert, mit dem Judenrat

Im Juli wurden etwa 2800 Juden von Lublin nach Auschwitz weitergeschickt. Die Epidemie hatte offenkundig die Zahl der Arbeitskräfte in Birkenau so sehr herabgesetzt, daß der zweite Transport fast vollzählig in die Lagerbücher aufgenommen wurde. (Siehe S. 332). Die auf diesen besonderen Fall Bezug nehmenden Dokumente sind in dem Werk „Dokumenty i Materialy" enthalten[70a].

zu einer Einigung zu kommen. Wisliceny führte das darauf zurück, daß Merten ein privates Interesse an den Deportationen besaß. Auf dem Wege über Saloniki bekam die Militärverwaltung die Aufsicht über die Häuser aus jüdischem Besitz, und auf dem Wege über die Sicherheitspolizei setzte sie sich in den Besitz der Geldsummen, die die Deportierten abzuliefern hatten. Wisliceny beziffert die Gesamtsumme mit 280 Millionen Drachmen, was einem Betrag von etwa 11 Millionen DM entspricht[73].

Nachdem sich die Intervention der griechischen Quisling-Regierung als erfolglos erwiesen hatte, konnten die Juden aus Saloniki nur noch die Hilfe Italiens oder neutraler Staaten anrufen. Griechenland südlich von Larissa war von den Italienern besetzt, und dort gab es zumindest einen Schutz gegen Deportierungen. Schon im Oktober 1942 hatte sich Luther bei Ribbentrop beschwert, daß die Vorschriften über Arbeitspflicht, die Merten und Simeonides herausgegeben hatten, die reichen Juden aus Saloniki zur Flucht in das von den Italienern besetzte Gebiet veranlaßt hätten[74]. Am 6. März 1943 beauftragte Kaltenbrunner Luther, dafür zu sorgen, daß die beim italienischen Konsulat registrierten Juden aus Saloniki nicht als voll berechtigte italienische Bürger anerkannt würden, „da die Deportierungen in wenigen Wochen beginnen sollen"[75]. In dieser Sache war weder Luther noch sein Amtsnachfolger von Thadden erfolgreich, und die deutschen Dienststellen waren in der Zeit vor dem Waffenstillstand vom 8. September 1943 niemals in der Lage, Juden mit italienischen Papieren aus den verschiedenen deutschbesetzten Ländern zu deportieren. Dank italienischer Interventionen haben 551 Juden aus Saloniki die erste Deportierungswelle überlebt und erhielten Ende Juni die Bewilligung, nach Athen abzureisen[76]. Darunter befanden sich viele Frauen, die vom italienischen Konsul Castrucci im letzten Augenblick aus dem Baron-Hirsch-Ghetto befreit worden waren. Einer anderen, wahrscheinlich noch größeren Gruppe gelang es, die italienische Demarkationslinie heimlich zu überschreiten*.

* In Plati, wo die italienische Zone begann, erlaubte man Flüchtlingen aus Saloniki, die italienischen Militärzüge nach Athen zu benützen. General Carlo Geloso von der italienischen XI. Armee sagte in einem Memorandum an das italienische Kriegsministerium, daß er beim Beginn der Deportationen von Generaloberst Alexander von Löhr, dem Befehlshaber des „Kommandos Ost-Ägäis", aufgefordert wurde, bei der Beseitigung der Juden aus Griechenland mitzuwirken, daß er aber geantwortet habe, daß er ohne Zustimmung seiner Regierung nichts tun könne. So wie im Falle von Kroatien wurde die Angelegenheit mit dem italienischen Außenministerium auf diplomatischem Wege

Wie immer, rief auch diesmal die Tatsache, daß einige wenige Juden sich vor Mißhandlung und langsamem Tod zu retten vermochten, die Berufsdiplomaten des Berliner Auswärtigen Amtes sofort auf den Plan. Von Thadden teilte den neutralen Regierungen Ende April 1943 mit, daß kürzlich erfolgte Einbürgerungen in Saloniki nicht anerkannt würden[77]; aber es gab eine neutrale Regierung, die man trotzdem mit Vorsicht behandeln mußte. Das Interesse Spaniens an den östlichen sephardischen Juden reichte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zurück, als eine von Schuldbewußtsein genährte Gefühlswelle dazu führte, daß Spanien als erstes Land Flüchtlinge vor den russischen Pogromen bei sich aufnahm. Damals kam es zur Erlassung eines Gesetzes, das Juden im ottomanischen Reich, die Abstammung von Spaniolen nachweisen konnten, die Wiedererlangung der spanischen Bürgerschaft ermöglichte. Darüber hinaus haben Juden spanischen Konsularschutz genossen, auch ohne spanische Staatsbürger zu sein, bis die spanische Regierung sich 1924 bereit erklärte, ihnen die spanische Staatsbürgerschaft zu verleihen. Das alles wurde in recht unklarer Weise und mit viel Verspätung durchgeführt, so daß nur eine kleine Zahl von Juden in früheren türkischen Gebieten spanische Pässe erhielt. Immerhin wurde dieses Privileg von General Franco am 29. Dezember 1948 neu bestätigt[78].

Einer alten Tradition getreu, suchte die spanische Regierung die Probleme des Jahres 1943 durch eine Politik des Hinzögerns zu meistern. Für ihre Schützlinge bestand die Alternative der „Heimkehr" nach Spanien oder der Deportierung nach „dem Osten". Nachdem das deutsche Auswärtige Amt zweimal ein derartiges Angebot an General Franco gemacht hatte, ohne eine Entscheidung von ihm zu erhalten[79], entschied es sich dahin, die 367 von Spanien geschützten Juden in Saloniki als „Austauschjuden" zu behandeln. Sie wurden die ersten Insassen des Austauschlagers Bergen-Belsen, nachdem sie zusammen mit den privilegierten jüdischen Angestellten des Baron-Hirsch-Ghettos und den zwei Vor-

behandelt. Das Außenministerium erkundigte sich nach der Ansicht Gelosos in dieser Frage, und dieser sprach sich ablehnend aus. Löhr, der vielleicht an der Frage der Deportierungen von Juden einen größeren Anteil hatte als irgendein anderer Befehlshaber der Wehrmacht, ist dafür niemals vor Gericht gestellt worden. Er wurde von den Jugoslawen gefangengenommen und am 27. Februar 1947 wegen seiner Mitschuld an der ohne Kriegserklärung erfolgten Bombardierung von Belgrad hingerichtet. Bezüglich der Rolle Gelosos siehe A. Nehama in „In Memoriam" und Jacques Sabile in „Le Monde Juif", Nr. 49, November 1951.

sitzenden des Judenrates, Koretz und Albala, Saloniki am 2. August 1943 verlassen hatten [80] (siehe S. 385 f.).

Es gibt keine bessere Beleuchtung der peinlichen Bemühungen des Auswärtigen Amtes, die Endlösung zu fördern und gleichzeitig zu tarnen, wie die Unterredung, die sich am 22. Dezember 1943 zwischen von Thadden und dem Sekretär der spanischen Botschaft in Berlin, Diaz, abspielte. Diaz erklärte, daß seine Regierung nunmehr bereit sei, alle spanischen Juden aus den besetzten Gebieten in ihrem Lande aufzunehmen. Von Thadden antwortete, es sei dazu bereits zu spät. Die der spanischen Regierung zustehende Alternativmöglichkeit sei im November ungültig geworden, nachdem man sie fünfmal erneuert hatte. Nur die noch nicht nach dem Osten geschickten Juden würde man nach Spanien zurückkehren lassen. Als Grund gab er an, daß die Papiere der Deportierten bei dem letzten Luftangriff auf Berlin verbrannt seien und diese „im Osten" Arbeit so geheimer Natur leisteten, daß man sie nicht dem feindlichen Nachrichtendienst preisgeben könne [81].

Auch jetzt war die spanische Regierung noch nicht bereit, die Juden aus Saloniki, die sich in Bergen-Belsen befanden, aufzunehmen, bot aber als Kompromiß an, daß man sie durch Spanien durchreisen lassen werde. Am 7. Februar 1944 wurden diese 367 Juden vom amerikanischen „Joint Distribution Committee" über Barcelona und Casablanca nach Palästina gebracht * [82].

Am 7. August 1943, fünf Tage nach dem Abtransport der „spanischen" Juden nach Bergen-Belsen, gab es in Saloniki die letzte Deportierung. Ungefähr 1800 in Lumpen gehüllte Flüchtlinge, die teilweise aus Mazedonien stammten, wurden aus dem Baron-Hirsch-Ghetto nach Auschwitz geschafft. Einige Hundert Juden verblieben in Saloniki; sie waren entweder versteckt oder befanden sich im Auffanglager Pavlo Mela [83]. Etwa 2000 hatten ein zeitweiliges Asyl in Athen gefunden. Das dauerte allerdings nur bis zum deutschen Einmarsch am 10. Dezember. Aber Eichmanns Dienststelle und deren getreue Helfer, die örtlichen Befehlshaber der Sicherheitspolizei, zeigten einige Zeit lang keinen Eifer. Am 18. Dezember, als man annahm, daß es in der Stadt noch etwa 8000 Juden gebe, wurde ihre Internierung angeordnet. Nur 1200 meldeten sich jedoch beim Judenrat. Diese Nichtbeachtung von

* Ein weiterer Transport mit 220 Juden aus Bergen-Belsen ging am 29. 6. 1944 in die Schweiz und gelangte von hier ohne Umwege nach Israel.

Befehlen wurde vom deutschen Militärgouverneur als Vorwand für die Beschlagnahme des jüdischen Vermögens benützt[84].

Die Juden aus Athen waren in der großen Stadt so gut verborgen, daß man mit ihnen nicht mehr als zwei Deportierungszüge für Auschwitz füllen konnte*. Einige Hundert wurden nach der ersten Registrierung entdeckt, und es gab einige Hundert in privilegierten Stellungen, die am 2. April 1944 von Athen nach Bergen-Belsen fuhren; die Reise dauerte nicht weniger als 14 Tage. Ein Jahr später, als einige der privilegierten Juden aus Bergen-Belsen evakuiert wurden, um für lebende Skelette Platz zu machen, die die britischen Truppen dann später dort entdeckten, hat man 155 Juden aus Athen in einen wahren Geisterzug gesetzt. Dieser Zug rumpelte über das halbzerstörte Eisenbahnnetz des zerfallenden Dritten Reichs ohne bestimmtes Ziel. Schließlich fielen die im Stich gelassenen Viehwagen zwischen Magdeburg und Stendal den Amerikanern in die Hände[87].

Die Deportierten aus Athen kamen in Auschwitz in besserer Verfassung an als ihre Leidensgenossen aus Saloniki. Die illegale Radiosendung vom 21. August 1944 nannte 1838 griechische Juden als Überlebende von Birkenau[88]. Dazu gehörten 300 von den im April Deportierten, die man für das Sonderkommando ausgewählt hatte, das die Gaskammern und Krematorien bediente. Alle diese Menschen, einige wohlbekannte Mitglieder der Intelligenz von Saloniki eingeschlossen, hatten während der Deportierungen aus Ungarn, Lodz und dem Gebiet von Krakau in der Todesfabrik zu arbeiten und gingen während des Aufstands in den Krematorien im September und Oktober zugrunde (siehe S. 518 f.).

Am 17. August 1944 kam der letzte griechische Transport in Birkenau an. Er umfaßte — und hier ist eine bedeutsame Übereinstimmung in den Schätzungen — die gesamte jüdische Bevölkerung der Insel Rhodos, ungefähr 1200 Menschen[89]. Sie war am 16. September 1943 nach einem mißlungenen britischen Versuch, die Italiener zur Übergabe der Insel zu veranlassen, in deutsche Hände gefallen. Im Juni 1944 hatte Generalleutnant Kleemann, der Befehlshaber der deutschen Truppen auf Rhodos, den Besuch von zwei SS-Leuten, offenbar Beamten in Eichmanns Dienststelle.

* Wisliceny erklärte, daß diese beiden Transporte im Juli 1944 während des Beginns des deutschen Rückzuges aus Griechenland abgingen[85]. Aber Dr. Wolkens Quarantäneliste aus Birkenau weist die Ankunft von 1387 Juden aus Athen am 13. April und die Ankunft von 1869 aus Athen und Korfu am 30. Juni aus[86].

Unmittelbar danach gab er einen Befehl aus, der allen Juden auferlegte, in eine bestimmte Gruppe von Dörfern umzusiedeln, von wo sie dann in ein Barackenlager gebracht wurden. Dann kam der Befehl des „Kommandos Ost-Ägäis", daß sie bis zum 17. Juli die Insel verlassen müßten[90]. Aber erst Anfang August wurden die Juden auf einige alte Barken gebracht. Die deutschen Soldaten nahmen an, daß diese Barken einige Kilometer von Rhodos entfernt zum Sinken gebracht wurden, aber sie kamen doch bis zum griechischen Festland. Dann begannen diese armen Inselbewohner, die, 3000 km von der deutschen Grenze entfernt, ein harmloses Leben geführt hatten, ihre Reise in die schlesische Todesfabrik. Das spielte sich zu einem Zeitpunkt ab, als die deutschen Truppen große Mengen ihrer Vorräte preisgeben mußten, die den griechischen Partisanen in die Hände fielen. Die Verstopfung ihrer Rückzugslinie durch einen Deportationszug war etwas vom Standpunkt des Dritten Reichs aus völlig Sinnloses. Aber gleich einem Zug blinder Raupen unterwarf sich die Wehrmacht der Allgewalt des Führerbefehls, selbst wenn das für sie Schande und Unheil an allen Fronten bedeutete.

4. Bulgarien

Bulgarien nimmt in der Geschichte der Judendeportationen aus den Hitler hörigen Ländern Europas insofern eine Sonderstellung ein, als keine in Bulgarien bodenständigen Juden deportiert wurden, obwohl die bulgarische Regierung, unter schwerem Druck von deutscher Seite, im März 1943 bei der Abschiebung von 11 000 Juden aus den von Bulgarien besetzten griechischen und jugoslawischen Gebieten geholfen hatte. Versuche, aus Vorkriegs-Bulgarien Juden zu deportieren, brachen sich an dem Widerstand der öffentlichen Meinung, und Hitler und Himmler waren hier völlig machtlos.

Im November 1941 hatte der bulgarische Gesandte in Berlin, Popoff, Ribbentrop gelegentlich eines Empfanges vorgeschlagen, die Juden von ganz Europa in die eben im Zuge befindlichen Deportierungen einzuschließen. Aber das war ein rein privater Vorschlag (siehe S. 105 u. 110). Bis zum August 1942 wurden keine Maßnahmen gegen die 28 000 in Bulgarien lebenden Juden getroffen*.

* Rademacher machte vor Gericht geltend, daß Weizsäcker den Vorschlag Popoffs an

Auch dann war es nicht klar, wann und wie der deutsche Druck einsetzte. Aber es ist wahrscheinlich, daß in diesem Monat deutscher Siege in Südrußland dem Ministerpräsidenten Filoff bedeutet wurde, daß die bulgarischen Ansprüche auf griechisches, jugoslawisches und rumänisches Gebiet auf dem Spiele stünden. Daraufhin kündigte die bulgarische Regierung sofort ein Programm an, daß die Schaffung von Ghettos und Arbeitslagern sowie die Einführung des Judensterns vorsah.

Im September drang der deutsche Gesandte Beckerle darauf, daß mit den Deportierungen begonnen werde. Er war, wie üblich, durch die Abteilung „Deutschland" des Auswärtigen Amtes in diesem Sinne beauftragt worden[92]. Beckerle bekam keine unmittelbare Antwort von der bulgarischen Regierung, und am 9. November erfuhr die Abteilung „Deutschland" von Himmlers Nachrichtendienst, daß die Bulgaren nur halbe Maßnahmen getroffen hatten. Nur ein Fünftel der Juden in Sofia trug den Judenstern, und man hatte die Produktion von Judensternen eingestellt. Der Innenminister Gabrowsky hatte nicht nur sehr freundlich mit einer jüdischen Abordnung gesprochen, sondern auch die Presse daran gehindert, die Ernennung eines Kommissars für Judenangelegenheiten zu erwähnen. Überdies gehörte der Kommissar Beleff den Radnitzi, den bulgarischen faschistischen Legionären, an, die in Opposition zur Regierung Filoff standen, während Filoff keineswegs ein ausgesprochener Antisemit war. Er hatte auf Veranlassung des Metropoliten Stefan und des Sekretärs des Königs, Balan, viele Ausnahmebewilligungen erteilt[93].

Auf Grund dieser Berichte entschieden sich Himmler und Ribbentrop, vorsichtig vorzugehen. Die Regierung Filoff war offenkundig an den Juden in den besetzten Gebieten nicht interessiert. Als Theodor Dannecker, der frühere Judenreferent der Gestapo in Paris, im Januar in Sofia eintraf, besaß er nur einen beschränkten Auftrag. Am 22. Februar 1943 kam man überein, daß Dannecker Beleff bei der Festnahme von 20 000 Juden helfen solle. 10 000 sollten in drei nahe der alten jugoslawischen Grenze liegenden

Emil Albrecht von der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes weitergeleitet habe; Albrecht habe Dr. Conrad Roediger, den Referenten für völkerrechtliche Fragen im A. A., beauftragt, ein Rechtsgutachten zu dem Popoffschen Vorschlag zu erstatten. Roediger, der jetzt ein Richter am Bundesverfassungsgericht ist, bestand dann darauf, als Zeuge gerufen zu werden, und behauptete, alles Mögliche getan zu haben, um Popoffs Vorschlag zu sabotieren[91].

Städten — Radomir, Dubnitza und Juma — südlich von Sofia aufgegriffen werden, während man die anderen 10 000 aus Skoplje (Üsküp), Bitolj (Monastir) und Pirot, auf früherem serbischem Boden, holen wollte. Die Juden, die die bulgarische Staatsbürgerschaft besaßen, sollten diese beim Überschreiten der Grenze verlieren [94]. Deportiert wurden aber nur die Juden aus Jugoslawien. Die Juden aus Skoplje wurden in drei Zügen deportiert, die das in Kachanig eingerichtete Durchgangslager zwischen dem 22. und 29. März verließen *, während die Juden aus Pirot, zusammen mit den deutscherseits auf griechischem Gebiet festgenommenen Juden, nach dem bulgarischen Donauhafen Lom Palanka gebracht wurden; von dort schaffte man sie auf der Donau nach Wien und dann weiter nach Polen [96]. Eine für Luther am 3. April gemachte Niederschrift zeigt, daß 7240 Juden aus dem von Bulgarien besetzten jugoslawischen und 4120 aus dem griechischen Gebiet deportiert worden waren.

Diese Menschengruppen, die sich von den Bauern, unter denen sie lebten, kaum unterschieden und die friedlich mit ihrem Nachbarn, einem der tolerantesten Völker Osteuropas, gehaust hatten, mußten ihre stillen, entlegenen Gebirgstäler und Städtchen, die nicht viel mehr als langgezogene Dörfer waren, verlassen. Mit ihren Mützen aus Schaffell und in bunte Tücher gehüllt, bestiegen sie die Viehwagen, erschreckt und ohne zu verstehen, was eigentlich vorging, um nach vielen Tagen ihre Reise auf einer einsamen Nebenstrecke in Ostpolen zu beenden, von wo sie die Peitschen der erbarmungslosen ukrainischen Wachen in die Gaskammern trieben.

Weitere 6000 hätten aus den Städten auf der bulgarischen Seite der Grenze folgen sollen, aber sie wurden niemals deportiert. Was hier vorging, erfahren wir aus den Akten Adolf Beckerles, wieder eines von Luthers Emissären, die Polizisten und Diplomaten

* Die in Siedlice im Jahr 1945 arbeitende Untersuchungskommission stellte fest, daß ein Transport aus Skoplje am 20. März im Durchgangslager Treblinka angekommen war. Es handelte sich wahrscheinlich um den ersten der drei Transporte aus dem Lager Kachanig. Aber Yankiel Wiernik und Samuel Rajzman, die in Nürnberg als Zeugen aussagten, behaupteten beide, daß es eine Anzahl von „bulgarischen" Transporten nach Treblinka im März und April gegeben habe. Man kann jedoch mit Sicherheit sagen, daß nicht alle von den bulgarischen Amtsstellen organisierten Transporte nach Treblinka gebracht wurden, denn die von den Bulgaren aus dem griechischen Gebiet deportierten Juden bildeten den größeren Teil des Arbeitslagers im ehemaligen Warschauer Ghetto im folgenden Oktober [95]. (Siehe Seite 316.)

in einer Person zu sein hatten. Beckerle scheint sich allerdings besser zurechtgefunden zu haben als die meisten anderen[97]. Beckerle zufolge hatte Beleff Anfang März versucht, die Juden von Küstendil, Plovdiv und Varna zusammenzutreiben. Daraufhin war eine vom Vizepräsidenten des bulgarischen Senats geführte Deputation aus Küstendil bei Gabrowsky erschienen. Aber der Minister des Innern war schon „von sehr hoher Stelle" gewarnt worden. Infolgedessen wurden am 10. März alle in Altbulgarien festgenommenen Juden wieder freigelassen[98]. Gewisse bulgarische Abgeordnete hatten den wahren Zweck des Planes entdeckt und waren ihm entgegengetreten. Überdies hatte die bulgarische Regierung trotz der Zusicherung an Beckerle, daß das britische Angebot einer Einreise nach Palästina abgelehnt werden würde (siehe S. 463), in Bukarest um Durchreisevisa für jüdische Kinder nachgesucht und außerdem darum gebeten, daß das Schiff „Oeresund" des schwedischen Roten Kreuzes in Dedeagatsch, dem bulgarischen Hafen am Ägäischen Meer, anlegte[99].

Was das alles bedeutete, wurde klarer, als Hitler am 4. April König Boris empfing. Dieser König, der bald darauf unter höchst verdächtigen Umständen starb, war der erste einer Reihe von immer reservierter werdenden Satellitenherrschern, die in diesem für die mächtige Wehrmacht so verhängnisvollen Monat Hitler auf Schloß Kleßheim aufsuchten. Selbst in der Zeit von Hitlers Triumphen hatte König Boris diese Unterredungen nicht gefürchtet, bei denen er, wie Dr. Paul Schmidt erzählt, Hitler in fließendem Deutsch Belehrungen gab. Bei dieser Gelegenheit hatte der König eine weitere Unterredung mit Ribbentrop, dem er seine Absicht bekanntgab, die 25 000 Juden Altbulgariens in Arbeitslager zu stecken. Ribbentrop bemerkte, daß dies „unannehmbar" sei, ließ sich aber auf keine weitere Diskussion ein[100].

Im April und Mai war die Durchführung des Planes von König Boris durch den Mangel an Lagern und Baracken behindert. Gabrowsky konnte Dannecker bloß die Juden aus der Hauptstadt anbieten, und auch das versuchte der König dadurch zu verhindern, daß er angesichts der drohenden Luftangriffe die vollkommene Evakuierung Sofias durch die Zivilbevölkerung vorschlug — das war zu einem Zeitpunkt, als amerikanische Flugzeuge von Nordafrika aus zum erstenmal die Ölfelder von Ploesti in Rumänien bombardierten[101]. Berlin reagierte darauf am 20. Mai

mit einer Rundfunknachricht, daß die Vertreibung der Juden aus Sofia binnen drei Tagen beginnen würde.

Es handelte sich um mehr als 6000 Juden, aber 2000 von ihnen hatten Freischeine, und 90 v. H. der übrigen fanden sich freiwillig auf der Eisenbahnstation ein, wobei sich Demonstrationen abspielten, die klar bewiesen, wie wenig dieses Bauernvolk von der osteuropäischen Pest des Rassenvorurteils angekränkelt war. Beckerle schreibt in seinem Bericht an das RSHA[102]:

> „Sie sind dabei an die Mentalität des bulgarischen Volkes gebunden, dem die ideologische Aufklärung fehlt, die bei uns vorhanden ist. Mit Armeniern, Griechen und Zigeunern groß geworden, findet der Bulgare an dem Juden keine Nachteile, die besondere Maßnahmen gegen ihn rechtfertigen."

Benadev berichtete, daß die Menschenmenge versuchte, den Juden den Weg zur Eisenbahnstation abzuschneiden[103]. Aber Otto Hoffmann*, der Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Sofia, behauptet, daß dies geschehen sei, weil die Bevölkerung von Sofia geglaubt habe, die Aussiedlung der Juden würde die Alliierten dazu veranlassen, die Stadt zu bombardieren. Hoffmann schreibt auch, daß Beleff nur sehr kurzfristige Maßnahmen getroffen habe; die Juden seien in Schulen untergebracht worden, die man nach den Schulferien wieder brauchen würde, eine Menschenmenge habe vor dem Königspalast zugunsten der Juden demonstriert, und Metropolit Stefan habe den Oberrabbiner von Sofia in seinem eigenen Haus verborgen.

Nach dem Mißerfolg vom 24. Mai wurde Beckerles Haltung nur noch schwankender**. Einerseits stimmte er Hoffmanns Gestapobericht zu, daß das Verhalten des Ministerpräsidenten Filoff in der Judenfrage einwandfrei sei und daß Beleff Dannecker ersucht habe, für den kommenden Monat Deportationen auf dem Flußwege vorzubereiten. Andererseits schreibt er wieder, daß Filoff die Juden in Bulgarien behalten wolle und daß Beleff und die Radnitzi ein Doppelspiel spielten, um die Regierung Filoff zu diskreditieren. Ende Juni wurde auch Hoffmann unsicher. Er schrieb, daß es falsch wäre, einen Druck auf die bulgarische Regierung

* Nicht zu verwechseln mit Karl Hoffmann, der zum gleichen Zeitpunkt Chef der Gestapo in Kopenhagen war, oder SS-Obergruppenführer Otto Hoffmann, einem anderen SD-Mann, der das Rasse- und Siedlungshauptamt leitete.

** Von Beckerle hatte man seit 1944 nichts gehört, bis er im Oktober 1955 aus der Sowjetunion nach Deutschland repatriiert wurde.

auszuüben. Die Deportierung der Juden nach dem Osten müßte als ein Wunsch der bulgarischen Regierung dargestellt werden. Die bulgarische Regierung bedauere jetzt, 20 000 Juden ermöglicht zu haben, sich in der Provinz niederzulassen, was Lebensmittelmangel und steigende Wohnungsmieten zur Folge gehabt habe. Der einzige Trost war, daß der Auftrieb, den der Antisemitismus dadurch erhalten könnte, „den Anstoß für weitere Entwicklungen in unserem Sinne" geben könnte. Aber zwei Monate später wurde dieser Ansicht von Horst Wagner, dem Chef der Abteilung „Inland", widersprochen, die Luthers Abteilung „Deutschland" übernommen hatte. Wagner schrieb, daß die vertriebenen Juden sich die Sympathien der Bauern erworben hätten und sich als eine Gefahr erweisen würden, falls die Alliierten Fallschirmtruppen in Bulgarien absetzen sollten[104]. Wagner berichtete außerdem an Kaltenbrunner, den Chef des RSHA, daß die Lage seit dem Tod von König Boris — man verdächtigte den deutschen Geheimdienst, ihn umgebracht zu haben — nicht klar sei. Tatsächlich bedeutete auch die Regierung des unmündigen Königs Simeon, daß Filoff Regent war und daß keine weiteren Schritte gegen die Juden unternommen wurden, die, nachdem man ihnen den Großteil ihres Vermögens genommen hatte, in die Städte zurückströmten.

Aber die Tragödie der von Beleff und Dannecker deportierten Juden aus den von Bulgarien besetzten jugoslawischen und griechischen Gebieten war vollständig. Aus Treblinka kehrte nicht ein einziger zurück und aus Auschwitz, Lublin und dem Warschauer Arbeitslager nur ganz vereinzelte. Im Oktober 1945 wurde berichtet, daß in den vorübergehend von Bulgarien besetzt gewesenen thrazischen Städten Drama, Cavalla und Xanthia kein einziger Jude mehr vorgefunden wurde[105]*.

Im Frühling 1943 hatten Himmler, Kaltenbrunner, Müller und Eichmann einen konzentrischen und teilweise erfolgreichen Angriff auf die sephardischen Juden Osteuropas unternommen. Wenn er

* Aus diesen drei Gemeinden stammten die meisten der 4210 griechischen Juden, die über Bulgarien und den Donauhafen Lom Palanka deportiert worden waren. Michael Molho hat einen Bericht veröffentlicht, dem zufolge die Bulgaren die Barken mit den Juden niemals den Deutschen übergeben hatten, sondern daß sie mit allen Insassen mitten im Fluß zum Sinken gebracht wurden[106]. Es gab immer Berichte dieser Art, sobald Deportationen auf dem Wasserwege erfolgten, so wie im Falle der Juden aus Rhodos. Da es keine Bestätigung gibt, muß man die Möglichkeit annehmen, daß die Überlebenden dieser Transporte in der Flut der nach Auschwitz und Lublin geschafften griechischen Juden untertauchten.

nicht zu einem vollen Erfolg führte, so ist das darauf zurückzuführen, daß die Niederlagen der Wehrmacht Hitler der Gefolgschaft der Satelliten-Regierungen beraubt hatten. Wie woanders auch, war die Endlösung hier voll von Widersprüchen. Während 90 000 sephardische Juden vom Balkan in den Tod geschickt wurden, gelang es, einige Hundert von ihnen in Amsterdam unter Berufung darauf zu retten, daß sie „keine Berührungspunkte mit Ostjuden" besäßen (siehe S. 338).

Fünfzehntes Kapitel

Die Slowakei und Rumänien

1. Die Slowakei

Über die Slowakei, einen Vasallenstaat von 2 500 000 Einwohnern, die meist Bauern sind, muß in diesem Zusammenhang mehr gesagt werden, als eine nur sechs Jahre währende und höchst zweifelhafte staatliche Selbständigkeit an sich rechtfertigen würde. Hier kam es nämlich zum ersten wirklichen Fehlschlag der „Endlösung", und das zu einer Zeit, als die Juden in den übrigen von der Achse beherrschten Gebieten in einer völlig hoffnungslosen Lage waren. Die Slowakische Republik stand seit ihrer von Hitler erzwungenen Lostrennung von der Tschechoslowakei am 14. März 1939 völlig unter deutscher Schirmherrschaft. Jeder Schritt in die Richtung zur „Endlösung" wurde in der Slowakei genau nachgeahmt, und der allererste Judentransport nach Auschwitz wurde freiwillig von der slowakischen Regierung gestellt. Und dennoch lehnte sich diese Regierung schon im Juli 1942 auf! Die Deportierungen wurden deutscherseits erst im September und Oktober 1944 wiederaufgenommen, und so überlebten 28 000 bis 35 000 slowakische Juden den Krieg *. Das war zwar nur ein kleiner Teil der 136 739 slowakischen Juden, die bei der Volkszählung von 1930 gezählt worden waren, aber zu Kriegsbeginn war diese Zahl schon geringer geworden, erstens als Folge der Abtretung der östlichen und südlichen Slowakei an Ungarn im November 1938 und zweitens durch Auswanderung nach dem Abkommen von München. Man kann annehmen, daß kaum mehr als 89 000 Juden in der Gewalt der

* Eine Analyse dieser Schätzung ist im Anhang I enthalten. Gregory Frumkins statistische Abhandlung[1] nennt eine viel größere Zahl. Unter Berufung auf eine „ziemlich verläßliche Schätzung", die er leider nicht näher bezeichnet, nimmt Frumkin an, daß 67 000 slowakische Juden getötet wurden. Das würde, wenn man die Auswanderung mit in Betracht zieht, zu dem Schluß führen, daß über 60 000 den Krieg überlebt haben.

unter deutschem Einfluß stehenden Regierung Tisos verblieben waren[2].

Es ist nicht leicht, die politische Atmosphäre des neuen Staates zu beschreiben. Eine streng katholische Oberschicht von Grundbesitzern hatte sich von Prag und dem sozialistischen und freidenkerischen Einfluß der Tschechen emanzipiert. Diese traditionsgebundene Gesellschaft hatte — außer dem Antisemitismus — wenig mit dem Nationalsozialismus gemeinsam, und selbst der Antisemitismus war eine verhältnismäßig neue Erscheinung. Zu der Zeit, als die Juden fast die gesamte städtische Bevölkerung bildeten, gab es ihn kaum; auch stellten die Juden nirgends in der Slowakei eine konzentrierte Bevölkerungsmasse dar, denn innerhalb der Grenzen vom März 1939 bildeten sie nur 3,35 v. H. der Bevölkerung. Aus diesem Grunde bestanden innerhalb der Regierung, die am 18. April 1939 die slowakische antijüdische Gesetzgebung erließ, erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Auf der einen Seite war der traditionelle Antisemitismus der klerikalen Politiker, des Präsidenten Mgr. Tiso und des Ministerpräsidenten Dr. Vojtech Tuka. Auf der anderen Seite gab es die aus Deutschland eingeführte und vom Innenminister Schano (Alexander) Mach befürwortete Abart. Mach hielt ein Referat auf Rosenbergs Frankfurter antijüdischer Konferenz vom März und April 1941 und war später bei den Deportierungen die treibende Kraft[3].

Diese Deportationen wurden durch eine nach deutschem Muster aufgebaute Organisation erleichtert — ein „Zentrales Judenamt" und eine „Judenzentrale". Die letztgenannte, „Ustredna Zidov" genannt, war eine der „Reichsvereinigung" vergleichbare Sklavenorganisation. Schon 1940 war diesen Organisationen Dieter Wisliceny als Vertreter von Eichmanns Dienststelle zugeteilt worden. Diese schon mehrmals erwähnte, außerordentlich interessante Persönlichkeit war ursprünglich Eichmanns Vorgesetzter in der Abteilung für religiöse Sekten des SD gewesen; im Jahre 1937 hatte er Eichmann zur Beförderung vorgeschlagen. Er war das einzige Mitglied von Eichmanns Stab, das in Nürnberg als Zeuge erschien[4] — als Belastungszeuge, denn Dieter Wisliceny war nach dem Krieg ebenso bereit, seine Kameraden zu verraten, wie er in den Tagen seiner Machtstellung bereit gewesen war, mit seinen Opfern Geschäfte zu machen. Wisliceny muß eine Menge Geld aus der Arbeit herausgeschlagen haben, die er zu verabscheuen vorgab,

eine Arbeit, zu der es unter anderem gehört hat, 100 000 Juden aus Griechenland und der Slowakei in wohlorganisierter Weise in den Tod zu schicken*.

Im August 1941 zeigte sich der Erfolg der nationalsozialistischen Propaganda in Osteuropa in der Form von Pogromen, die rumänische und ungarische Truppen ausführten. Zur gleichen Zeit wurde der historische jüdische Stadtteil von Preßburg zerstört und dessen Bewohner in überfüllte Vororte oder in Arbeitslager geschickt. Der nächste Schritt bestand darin, daß Schano Mach am 10. September ein aus 270 Paragraphen bestehendes Judenstatut erließ, dessen verheerendste Bestimmung die getauften slowakischen Juden, von denen es 10 000 bis 15 000 gab und die von den Bestimmungen des ersten Gesetzes ausgenommen gewesen waren, den anderen Juden gleichsetzte[6]. In der Wilhelmstraße spitzte man die Ohren. Die deutsche Gesandtschaft in Preßburg rieb vor allem dem so gottesfürchtigen von Weizsäcker unter die Nase, daß ein katholischer Priester — das slowakische Staatsoberhaupt — all das verfügt hatte. Abschriften dieses Briefwechsels wurden selbstverständlich durch Luther an Eichmanns Dienststelle gesandt. Es dauerte auch nicht lange, bis Eichmann sich an seinen Verbindungsmann im Auswärtigen Amt, Franz Rademacher, mit dem Vorschlag wandte, slowakische Juden sollten in künftige Deportierungen miteingeschlossen werden. Rademacher stimmte dem zu, war aber der Meinung, daß diese Angelegenheit „aus Gründen der Courtoisie" durch die Gesandtschaft in Preßburg geregelt werden solle[7].

Der Schritt war verfrüht. Der slowakische Ministerialrat Isidor Koso war eben aus Polen zurückgekehrt, wo man ihm als Beweis nationalsozialistischer Menschlichkeit — es handelte sich um den Herbst 1941! — eine jüdische Stadt mit Selbstverwaltung und jüdischer Polizei gezeigt hatte. Die slowakische Regierung war jedoch

* Wisliceny, gebürtig aus Regulowken in Ostpreußen, war wie die meisten Mitglieder von Eichmanns Stab ein Jurist. Seine eidesstattlichen Versicherungen verraten ein geradezu mustergültiges Erfassen des Wesentlichen und einige davon darüber hinaus auch große Erfahrung und Geschicklichkeit im Abschieben der Verantwortung auf andere. Schilderungen seiner Person von Michael Molho, Rezsö Kastner und Eugene Levai zeigen ihn als einen Mann von Welt und Lebemann. Diesen Eindruck gewinnt man allerdings keineswegs von Lichtbildern aus dem Juli 1948, der Zeit des Prozesses in Preßburg, in dem er zum Tode verurteilt wurde. Hier sehen wir einen Wisliceny im Abstieg, den Typ eines drittrangigen deutschen Gelehrten mit schüchtern fragenden Augen und aufgedunsenen Hängebacken[5].

der Meinung, daß, wenn man die Juden zur Zwangsarbeit verwende, sie für die Slowakei und nicht für Deutschland arbeiten sollten. Man begann daher im November mit dem Bau dreier großer Arbeitslager. Auch diese waren die Ergebnisse einer Reise nach Polen, wo Wisliceny gemeinsam mit Eichmann jüdische Werkstätten in Sosnowiec besichtigt hatte [8].

Später dienten die slowakischen Arbeitslager als Sammellager für Deportierungen, aber es ist nicht klar, wann und auf welche Weise man der slowakischen Regierung diese neue Bestimmung der Lager aufgezwungen hatte. Am 7. März 1942 erließ Mach eine Anordnung, der zufolge alle Juden bis zum Abschluß des Transfers nach dem Osten in ihren Wohnungen zu bleiben hatten [9]. Am 10. März wurden einige Tausend Juden über die Grenze nach Galizien abgeschoben, aber das war bei weitem nicht die von der SS gewünschte Art der Deportierung. Luther erinnerte Ribbentrop fünf Monate später daran, daß es nicht genügend Menschen gewesen wären, um „die Arbeitsanforderungen des Ostens" zu befriedigen, und Himmler sah sich veranlaßt, die Wilhelmstraße zu ersuchen, sie möge 20 000 slowakische Juden anfordern [10]. Mgr. Tiso stimmte dem trotz der Proteste der slowakischen Bischöfe zu.

In Preßburg fand daher am 23. März ein von der Polizei und der faschistischen „Hlinka-Garde"* ausgeführtes, großangelegtes Kesseltreiben gegen die Preßburger Juden statt. Die Opfer wurden in ein Lager in Sered gebracht, von wo der erste Zug nach Auschwitz, dem nur 200 Kilometer oder eine Tagesfahrt entfernten späteren Ausrottungslager, zwei Tage später abging. In den nächsten vier Wochen fuhren weitere zehn Züge nach Auschwitz und vier nach Lublin (Majdanek) mit insgesamt 17 000 einsatzfähigen jüdischen Arbeitern. Außerdem gingen elf „Familientransporte" mit rund 10 000 Personen nach den kleineren Städten des Distrikts

* Die Hlinka-Garde war Mgr. Hlinkas katholischer Volkspartei angeschlossen. Hlinka selbst war in erster Linie ein slowakischer Nationalist, der der Meinung war, Präsident Masaryk habe die Slowaken um die versprochene Selbstverwaltung betrogen. Nichtsdestoweniger konnte er sich bis zu seinem Tode im August 1938 nicht dazu entschließen, mit Henleins Sudetendeutscher Partei gemeinsame Sache zu machen, um die Tschechoslowakische Republik zu Fall zu bringen. Es war undenkbar, daß diese streng katholische Bewegung für immer völlig im nationalsozialistischen Fahrwasser bleiben würde; tatsächlich hörte die Hlinka-Garde auf, bei den Deportierungen eine Rolle zu spielen, nachdem der päpstliche Nuntius die Würdenträger der Kirche zum Widerstand dagegen veranlaßt hatte.

Lublin[11], und zwar nach Lubartow, Izbica, Deblin, Opole und Treblinka. Dr. Steiner zufolge waren nicht weniger als 7000 Kinder darunter; eine allerdings indirekte Bestätigung dafür ist die Beschwerde des deutschen Kreishauptmanns von Lubartow, daß nicht ein einziger der am 17. April eingetroffenen Juden arbeitsfähig sei[12].

Die Mitglieder der slowakischen Regierung hatten — mit Ausnahme von Mach und einigen anderen Extremisten — von allem Anfang an ernste Bedenken. Ministerpräsident Vojtech Tuka war wegen der Deportierung der getauften Juden ebenso besorgt wie wegen der Aussicht, daß der jüdische Besitz statt in slowakische in deutsche Hände fallen könnte[13]. Heydrich, der damals in Prag war, hielt es für angebracht, Tuka einen persönlichen Besuch abzustatten; am 10. April kam er nach Preßburg. Aus Tukas Denkschrift an seine Regierung geht hervor, daß Heydrich die geplante Ausdehnung der Aktion auf die westlichen Länder beschrieb und erklärte, „in diesem Augenblick würde eine halbe Million Juden verschickt". Die slowakischen Juden würden im Distrikt Lublin als „Schutzbefohlene" des Reiches dauernd angesiedelt werden, während diejenigen, die vor der Erlassung des Judenstatuts vom 10. September 1941 getauft worden waren, in einer besonderen Siedlung leben würden[14].

Heydrichs Betrugsmanöver war erfolgreich; Wislicenys Aussage zufolge bat die slowakische Regierung daraufhin, daß es den Familienangehörigen der nach Auschwitz und Majdanek verschickten 17 000 jungen Männer und Frauen gestattet werde, mit ihnen dort vereinigt zu werden[15]. Eichmann lehnte zuerst ab, später jedoch — Anfang Mai — hatte er eine Unterredung mit Tuka und Mach und erklärte sich einverstanden, die Zahl der Familienangehörigen im Lubliner Gebiet auf 35 000 zu erhöhen, einschließlich derer, die schon dort waren. Auf Grund dieser Vereinbarung wurden zwischen dem 15. Mai und 30. Juni 18 000 Juden nach Lukow, Biala-Podlaska, Miedzyrzec, Cholm und anderen Städten geschickt. Dadurch sowie durch eine neue Welle von Deportierungen nach Auschwitz brachte man die Gesamtzahl der Deportierten bis Ende Juni auf 52 000[16].

Was war das Schicksal dieser 52 000 Menschen, von denen die slowakische Repatriierungskommission nach Kriegsende nur 284 am Leben gefunden hat[17]? Es scheint, daß die ersten 17 000, die

nach Auschwitz und Majdanek geschickt wurden, nicht für die Gaskammern bestimmt waren. Höss, der Kerkermeister von Auschwitz, erzählte Wisliceny, daß sie seine besten Arbeiter seien[18]. Aber nur Gefangene in besonders bevorzugter Stellung konnten mehr als drei Monate Birkenau oder Majdanek aushalten, und im Sommer 1944 waren einige Büroarbeiterinnen in den beiden Lagern und eine kleine Zahl von Kapos und Krankenhauspflegern in Birkenau die einzigen Überlebenden der slowakischen Deportationen. Von den Familientransporten waren etwa 25 v. H. für die Arbeitslager in „Lublin-Land" ausgesucht worden. Die übrigen wurden „nutzlose Esser" in den überfüllten Ghettos und Durchgangslagern, von wo sie sehr bald in die Vergasungsstätten von Belzec und Sobibor geschickt wurden. Yankiel Wiernik sah, daß Reste des slowakischen jüdischen Barackenlagers im Dorf Treblinka für den Bau der Gaskammern verwendet wurden; Rudolf Reder bemerkte, daß noch im August 1942 eine geringe Zahl slowakischer Juden im Todeslager Belzec arbeitete[19].

Am 15. Mai, dem Tage, an dem die zweite Deportierungswelle begann, veröffentlichte die slowakische Regierung ein Verfassungsgesetz über die „Aussiedlung der Juden", das zwar die Einziehung des Vermögens der Deportierten festlegte, aber gleichzeitig eine Reihe von Gruppen von der Verschickung ausnahm, darunter alle Juden, die nachweislich vor dem 14. März 1939 getauft worden waren. Diese sollten nicht in einem Reservat in Polen, sondern in Arbeitslagern in der Slowakei untergebracht werden. In diesem streng katholischen Land bedeutete das, daß jeder, der sich zum Christentum bekannte, Schutz verlangen konnte[20]. Am 26. Juni, als das Tempo der Deportierungen nachließ, drahtete der deutsche Gesandte in Preßburg, Ludin, an Weizsäcker, Tuka ersuche um diplomatischen Druck, damit er die verbleibenden 35 000 slowakischen Juden deportieren könne, obwohl „die Judenaussiedlung in weiten Kreisen des slowakischen Volkes sehr unpopulär" sei, welche Einstellung durch die „englische Gegenpropaganda noch verstärkt" werde[21]. Luther hingegen behauptete, Tukas Ansuchen sei Augenauswischerei und die slowakische Regierung habe allen 35 000 Juden eine „Sonderlegitimation" erteilt[22].

Wisliceny schilderte die darauffolgende Entwicklung folgendermaßen[23]: Dr. Tuka bombardierte ihn mit Ansuchen, er möge eine amtliche slowakische Inspektion der Siedlungen in Polen in die

Wege leiten, aber Eichmann erteilte nur ausweichende Antworten. Ende Juli teilte der päpstliche Nuntius Mgr. Tiso mit, daß die Juden im Distrikt Lublin ermordet würden. Im August besuchte Wisliceny Eichmann in Berlin, um dessen Aufmerksamkeit auf den Ernst dieser Beschuldigungen zu lenken. Eichmann erklärte endlich, daß eine Inspektion nicht in Frage komme, da die Juden nicht mehr am Leben seien. Eichmann zeigte Wisliceny dann einen von Hitler im April gezeichneten Geheimbefehl, dem zufolge die gesamte jüdische Rasse nach und nach auszurotten sei. „Gott gebe es, daß unsere Feinde niemals Gelegenheit haben, Gleiches am deutschen Volk auszuführen", rief Wisliceny aus. „Sei nicht sentimental," antwortete Eichmann, „das ist ein Führerbefehl, und der muß durchgeführt werden."

Anfang September, kurz nach Wislicenys Rückkehr nach Preßburg, als die Gesamtzahl der Abgeschobenen 56 000 überschritten hatte, hörten die Deportationen fast gänzlich auf* [24].

Wisliceny war der Meinung, daß dies die Folge der unbefriedigenden Erklärung war, die er mitgebracht hatte [26]. Kann man jedoch wirklich glauben, daß Hitler nicht imstande gewesen sein sollte, diese Regierung von seinen Gnaden unter Druck zu setzen, und daß er bis zum September 1944, als er das Land besetzte, nichts machen konnte? Am 14. Februar erklärte Mach in einer Rundfunkrede über den Preßburger Sender, daß die noch verbliebenen Juden binnen zweier Monate deportiert würden [27], aber nur einige Hundert wurden tatsächlich verschickt. Im Dezember 1943 versprach Mgr. Tiso Himmlers Sonderbeauftragtem, Edmund Veesenmayer, daß die Deportierungen im April wiederaufgenommen würden; es geschah jedoch nichts dergleichen [28].

Eine Erklärung für dieses Rätsel wurde vom Nürnberger Zeugen Dr. Rezsö (Rudolf) Kastner vom Budapester Hilfskomitee, dem „Vaadat Ezra wa Hazalah" (Vaadah), geliefert, dem gleichen Kastner, von dem im Sechzehnten Kapitel noch so viel die Rede sein wird. Dr. Kastner nimmt eine einzigartige Stellung ein, denn

* Ein Bruchstück des Tagesappells vom Birkenauer Männerlager deutet darauf hin, daß die Transporte nach Auschwitz nach dem Eingreifen des Nuntius bei Tiso aufgehört haben. Am 18. Juli wurden 326 slowakische Juden in das Männerlager aufgenommen, am 25. 117 und am 1. August 166, aber nicht ein einziger in den folgenden 18 Tagen. Nach einer Rede Machs im Rundfunk ging ein Transport von 854 slowakischen Juden zu einem unbekannten Zeitpunkt vor dem 31. März 1943 nach Lublin oder Treblinka ab und wurde in Korherrs zweitem Bericht an Himmler erwähnt[25].

als Jude hatte er viele Unterredungen mit Eichmann — und blieb dennoch am Leben. Es ist schade, daß sein außerordentlich interessanter und dabei im Ton bescheidener Bericht nur in wenigen vervielfältigten Ausfertigungen zur Verfügung steht, denn die Rolle, die Kastner gegen Kriegsende spielte, ist ganz außerordentlich. Während dieser Zeit war Kastner in häufiger Verbindung mit Wisliceny und erfuhr von diesem, daß Eichmann bei einer Besprechung in seinem Amte im März 1942 die Pläne für die Gaskammern dargelegt habe. Im Juli, als Mgr. Tiso und Dr. Tuka die Wahrheit erfahren hatten, war Wisliceny tatsächlich nach Berlin gefahren, um die Einstellung der Transporte zu erwirken — allerdings hatte er das gegen gute Bezahlung unternommen [29]. Schon im März waren ihm 55 000 Dollar versprochen worden; während er auf den Rest der Summe wartete, hatte er 3000 Juden verschickt — als Ansporn für das Preßburger Hilfskomitee [30].

Gegen Ende des Jahres 1942 machte — Kastner zufolge — Wisliceny ein weiteres Angebot, diesmal im Namen seiner Vorgesetzten*. Er werde gegen Bezahlung von 2 Millionen Dollar die Einstellung aller Deportierungen — außer in Polen — erwirken. Auf Grund dieses Angebotes — des sogenannten „Europa-Plans" — wurde tatsächlich im Lauf der nächsten drei Monate vom jüdischen Weltkongreß ein Sonderfonds geschaffen; es dauerte jedoch ein ganzes Jahr, bis ein Teil davon transferiert werden konnte (siehe S. 463). Aber solange der Preßburger „Vaadah" Aussichten hatte, das Geld aufzutreiben, waren die Juden vor Deportierungen geschützt, und als im Mai 1944 die Endlösung auf Ungarn ausgedehnt wurde, eröffnete Wisliceny Verhandlungen mit dem Budapester „Vaadah".

Es gibt noch andere Beweise dafür, daß Himmlers Aufmerksamkeit auf den finanziellen Wert der slowakischen Juden gelenkt wurde. Am 24. November 1942 übermittelte ihm der Gestapochef Heinrich Müller einen Vorschlag von Gottlob Berger, die Aufstellung einer SS-Division in Ungarn durch den Verkauf von Auswanderungsbewilligungen an slowakische Juden zu finanzieren [31]. Berger sagte 1948 vor Gericht aus, daß dieser Plan zu spät gekommen

* Es ist möglich, daß Himmler nach der Erklärung der Vereinten Nationen vom 17. Dezember 1942 (siehe Seite 460) ein großangelegtes Geschäft mit dem Leben der Juden in Erwägung zu ziehen begann. In jedem Monat des Jahres 1943 kam ein neuer Austauschvorschlag, und alle diese Pläne wurden ernstlich in Erwägung gezogen. Das Bestehen des Austauschlagers in Bergen-Belsen war das erste Anzeichen dafür.

sei; damit scheint er gemeint zu haben, daß seit dem Fall der Regierung Bardossy die Ungarn slowakische Juden nicht mehr über die Grenze zurückschafften.

Merkwürdigerweise wurde die Slowakei mit ihrer verwickelten, weitmaschigen Sondergesetzgebung für Juden ein jüdischer Zufluchtsort, und zwar nach dem 19. März 1944, als Himmler Ungarn in die Endlösung einbezog. Nach dem 23. August war die Lage wieder umgekehrt. An diesem Tag — ein denkwürdiges Datum, denn damals gaben die Deutschen Paris auf, und Rumänien unterzeichnete einen Waffenstillstand mit den Alliierten — brach in Banska Bystrica (Neusohl) ein Aufstand gegen die unter nationalsozialistischem Einfluß stehende slowakische Regierung aus. Ein großer Teil der slowakischen Armee und einige ehemalige Regierungsmitglieder, unterstützt von englischen und sowjetischen Fallschirmjägern, nahmen daran teil. Die Aufständischen verließen sich auf den Vormarsch der kaum 150 km entfernten Russen. Es vergingen jedoch sieben Monate, ehe die Rote Armee das Innere der Slowakei erreichte, und die deutsche Sicherheitspolizei wurde sehr schnell Herr der Slowakei. Die Unterdrückung des Aufstandes lag von Anfang an in den Händen der SS. Himmlers Vertrauter, Gottlob Berger, traf am 31. August als Heeresbefehlshaber ein und wurde drei Wochen später von einem anderen SS-Führer namens Hermann Höfle abgelöst[32]. Dieser Mann, der 1948 von einem Preßburger Gericht zum Tode verurteilt wurde, gab in Nürnberg eine eidesstattliche Versicherung ab, die die von keiner anderen Quelle bestätigte Behauptung enthielt, daß Himmler selbst kurz nach seiner (Höfles) Ernennung in Preßburg eingetroffen sei und in Höfles, Mgr. Tisos und Ludins Gegenwart auf der restlosen Deportierung der Juden bestanden habe[33] (siehe S. 497).

Die Deportation wurde öffentlich als eine militärische Maßnahme angekündigt. Die arbeitsfähigen Juden, die von der „Umsiedlung" des Jahres 1942 ausgenommen waren und über zwei Jahre in Arbeitslagern verbracht hatten, waren sämtlich während des Aufstandes entflohen. Es scheint, daß die Lager ziemlich lax geleitet wurden. Ein Teil dieser 3000 bis 4000 jungen Leute schloß sich Widerstandsgruppen in den Bergen an[34]. Jude zu sein war daher genügend Grund, verhaftet zu werden. Am 9. Dezember berichtete der Leiter der fünf Sicherheitspolizei-Kommandos in der Slo-

wakei, SS-Standartenführer Witiska, daß 18 937 Personen, darunter 9653 Juden, verhaftet und 8975 in deutsche Konzentrationslager geschickt worden seien. Die übrigen hätten „Sonderbehandlung" erhalten[35].

Nach einer Unterbrechung von zwei Jahren wurde also wieder die Ankunft slowakischer Juden in Auschwitz beobachtet, aber die meisten der 9000 im September und Oktober 1944 Deportierten wurden nach Sachsenhausen, Stutthof, Theresienstadt, Bergen-Belsen und anderen deutschen Lagern geschickt, so daß es nach dem Kriege einen verhältnismäßig großen Teil Überlebender gab. Man hatte jüdischerseits einen verzweifelten Versuch unternommen, diese Wiederaufnahme der Deportationen durch Verhandlungen zwischen dem Preßburger „Vaadah" und Wisliceny, der damals mit Eichmann in Budapest war, zu verhindern. „Vaadah" schlug vor, Geldmittel vom amerikanischen „Joint Distribution Committee" durch die Schweiz zu erhalten; der Mittelsmann für Himmler hätte SS-Standartenführer Kurt Becher sein sollen, ein richtiger Pferdehändler, der schon heikle Verhandlungen dieser Art geführt hatte (siehe S. 493). Becher flog von Preßburg nach Berlin, erfuhr aber dort von Himmler, daß die von Berger und Kaltenbrunner vorgeschobenen „militärischen Gründe" es unbedingt nötig machten, daß die Deportierung der Juden aus der Slowakei zu Ende geführt werde[36]. Am 25. September — also vor Himmlers angeblicher Unterhaltung mit Mgr. Tiso — kehrte Becher nach Preßburg zurück und fand, daß Witiska die Juden dem berüchtigten SS-Sturmbannführer Anton Brunner übergeben hatte, der nach dem Fall von Paris aus Frankreich dorthin versetzt worden war. Die Funktionäre des „Vaadah", die früher die Flucht nach Ungarn organisiert hatten, waren im Lager Sered eingesperrt, und die tapfere Gisi Fleischmann, die die ersten Verhandlungen mit der SS geführt hatte, hatte man in einen Zug nach Auschwitz gesteckt und dort rasch in die Gaskammer gebracht. Brunner hatte all das in größter Eile unternommen, sobald er erfahren hatte, daß Wisliceny unterwegs war[37].

Nach Bechers Mißerfolg und Brunners Triumph kam Georges Dunand vom Internationalen Roten Kreuz aus der Schweiz nach Preßburg, um die deutschen und slowakischen Behörden dazu zu überreden, die Gesetze der Menschlichkeit Aufständischen und Juden gegenüber in Anwendung zu bringen. In seinem schreck-

lichen und niederschmetternden Buch „Ne perdez pas leur trace" beschreibt Dunand seine ersten, aussichtslosen Unterredungen mit Witiska und Brunner und seine Machtlosigkeit gegenüber der hinterlistigen Deportierung der „Austauschjuden" (siehe S. 384 f.) sowie der vielen getauften jüdischen Kinder, die in Klöstern versteckt waren; denn selbstverständlich sorgte der „Held" des Zwischenfalls von Izieux dafür, daß die Kinder nach Auschwitz, und nur dorthin, geschafft wurden. Nichtsdestoweniger war Dunands Mission nicht völlig zwecklos[38].

Am 16. November ordnete Witiska an, daß sich alle überlebenden Juden drei Tage später im Preßburger Rathaus zwecks Überführung in das Lager in Sered zu versammeln hätten, aber nur 50 folgten diesem Befehl[39]. Mindestens 6000 Preßburger Juden waren in Bunkern versteckt. Am 2. Januar übermittelte Dunand Mgr. Tiso ein Ansuchen des unermüdlichen Präsidenten des Roten Kreuzes, Professor Burckhardts, er möge die Deportationen einstellen. Tisos Antwort, auf die Dunand über eine Woche warten mußte, war eine infame Lüge. Tiso erklärte, daß, obwohl seine Regierung gezwungen gewesen wäre, äußerem Druck zu weichen, die slowakischen Juden in der Zeit vor dem Aufstand geschont worden wären[40]. Dem Roten Kreuz gelang es jedoch mit der Unterstützung der Geistlichen in den Dörfern, die Preßburger Juden in ihren Verstecken zu ernähren, und im Februar und März organisierte Dunand mit Kastners Hilfe die Flucht vieler Juden in die Schweiz. Im März endlich bot Witiska selbst seine Hilfe für die Organisierung des Entweichens an, aber im totalen Zusammenbruch des Dritten Reiches konnte nichts mehr organisiert werden. Am 4. April waren die Russen in Preßburg[41].

Für die Ermordung von drei Vierteln der slowakischen Juden wurden einige der Schuldigen bestraft. Anton Brunner wurde von einem Volksgericht in Wien am 21. Mai 1946 zum Tode verurteilt. Wisliceny wurde erst im Juli 1948 nach einem dreimonatigen Prozeß gemeinsam mit dem deutschen Gesandten Hans Ludin und den slowakischen Ministerialräten Koso und Vasek zum Tode verurteilt. Vojtech Tuka wurde im August 1946, Mgr. Tiso im April 1947 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Alexander Mach, der bei den Deportierungen eine so große Rolle gespielt hatte, wurde 1947 zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt.

2. Rumänien übernimmt die Endlösung

Wir kommen jetzt zur Geschichte eines Volkes, dessen Regierung die Deportationen nach Rußland begann, bevor Hitler noch das Signal dazu gegeben hatte, aber schon nach einem Jahr einen weniger unmenschlichen Weg einschlug — nicht etwa aus menschlichen Gefühlen, sondern aus Eifersucht auf die Deutschen. Vor dem zweiten Weltkrieg dürfte Rumänien einen verhältnismäßig stärkeren jüdischen Bevölkerungsanteil gehabt haben als irgendein anderes Land mit Ausnahme Polens. Der niedrigsten Schätzung zufolge gab es 725 000 „Rassejuden" in einer Bevölkerung, die vor den Gebietsabtretungen an Ungarn und die Sowjetunion vom Juli und August 1940 etwa 19 Millionen betrug. Man kann aber auch sagen, daß kein Land seine Juden schlechter behandelt hat. 1878, zu Beginn der rumänischen Eigenstaatlichkeit, wurden den Juden in einer Bestimmung des Berliner Vertrages, die Disraelis Einfluß zugeschrieben wird, die vollen Bürgerrechte zugesichert. Nichtsdestoweniger hatten die rumänischen Juden nie eine bessere Stellung als die von „Schutzbürgern". Ebensowenig wurden den Juden je die im Friedensvertrag vom Dezember 1919 festgelegten Minderheitenrechte in den neuerworbenen rumänischen Gebieten voll gewährt. In den ersten sechs Wochen der Regierung Octavian Goga, im Januar 1938, wurden rund 225000 Juden in den nach dem ersten Weltkrieg zu Rumänien gekommenen Gebieten (Siebenbürgen, Bukowina) ihrer Staatsbürgerschaft beraubt. Dies ist eine teilweise Erklärung für die Deportierungen von 1941 und 1942, von denen verhältnismäßig wenige der Juden auf dem Gebiet Altrumäniens betroffen wurden [42].

Noch bevor Hitler zur Macht kam, hatte Rumänien eine „Grünhemden-Organisation", die vom König gefördert wurde, nämlich Corneliu Codreanus „Eiserne Garde", die seit 1933 fest im Sattel saß [43]. 1938 löste König Carol II. die politischen Parteien auf und rief eine persönliche Diktatur aus. Nachdem er auf Hitlers Befehl im Sommer 1940 Gebiete an Ungarn und Bulgarien abgetreten hatte, stand er allein und ohne Hilfe auch von seiten seiner näheren Umgebung da, die ihn bis dahin unterstützt hatte. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als Marschall Antonescu zum Regierungschef zu ernennen, der ihn dann zur Abdankung zwang. Unter Marschall Ion Antonescu blieb Rumänien zwar auf dem Papier

eine Monarchie, wurde aber in Wahrheit ein von der Eisernen Garde regierter Ein-Parteien-Staat. Im Januar 1941 war Antonescu gezwungen, deutsche Truppen, die im Oktober 1940 nach Rumänien gekommen waren, zu Hilfe zu rufen, um den Putsch von Horia Simas Eiserner Garde zu unterdrücken. Die Kämpfe dauerten eine Woche, und 6000 Menschen wurden getötet. Beide Seiten ermordeten Juden, und Gerüchten zufolge wurden die Leichen in Bukarester jüdischen Fleischerläden ausgestellt[44]. Obwohl Rumänien schon am 23. November 1940 zum Beitritt zur Achse gezwungen worden war, war das verstümmelte und verzweifelte Land erst zu diesem Zeitpunkt dazu bereit, in einen antisowjetischen Kreuzzug an Hitlers Seite einzuwilligen.

Während dreier Jahre eines bürgerkriegsähnlichen Zustands lebten die Juden unter ständigem Druck der Regierung. Die Verordnung vom 21. Januar 1938 über die Aufhebung der Einbürgerungen wurde auf immer weitere Kreise der Juden ausgedehnt. Zum Schluß ließ man nur der seit der Zeit der Türken ansässigen sephardischen Gruppe und den Juden deutscher Herkunft irgendwelche Rechte. Die Juden polnischer Abstammung und die Ostjuden Bessarabiens, der Bukowina und der Moldau waren völlig entrechtet. Das Gesetz vom 9. August 1940 erkannte zum Beispiel nur solche Familien an, die die rumänische Staatsbürgerschaft schon vor Dezember 1918 besessen hatten[45]. Während der nächsten elf Monate standen die Juden Bessarabiens und der Bukowina unter sowjetischer Herrschaft, und die falsche Annahme, sie hätten aus diesem politischen Umschwung Vorteile gezogen, machte sie nun zu „Staatsfeinden". Es ist daher wahrscheinlich, daß Antonescu bereits schon vorher, noch vor dem 22. Juni 1941, beschlossen hatte, die Juden aus den zurückzuerobernden Gebieten zu vertreiben.

Die erste von Rumänien verübte Metzelei — das erste große Massaker von Juden des Krieges — fand jedoch in einem Gebiet statt, das niemals in russischen Händen gewesen war. Die Russen verteidigten die Linie des Pruth — der im Juni 1940 festgelegten Grenze — mit äußerster Verbissenheit. Jassy, die Hauptstadt der Moldau, die etwa 20 Kilometer hinter der rumänischen Front lag, wurde von sowjetischen Fliegern bombardiert und von Fallschirmjägern angegriffen. Diese Kämpfe dauerten vom 22. bis 29. Juni, bis ein blitzartiger deutscher Vorstoß am linken Flügel es den

rumänischen Truppen ermöglichte, den Pruth ohne Widerstand zu überqueren. In der Zwischenzeit hatte das rumänische Heer seine Wut über den russischen Widerstand an den Juden von Jassy ausgelassen. Nach dem schweren Luftangriff vom 24. Juni beschuldigten die Führer der Eisernen Garde die Juden, den russischen Fliegern Signale gegeben zu haben. Daraufhin befahl die Polizei den Juden am 27. Juni, alle Ferngläser, Taschenlampen und photographischen Apparate abzugeben. Am 28. täuschte die Eiserne Garde einen angeblich jüdischen Maschinengewehrangriff auf rumänische Soldaten von der Salchana-Synagoge aus vor. In der folgenden Nacht brach die Eiserne Garde in die Häuser der Juden ein und trieb diese unter dem Vorwand eines Fliegeralarms zusammen. Am frühen Morgen waren alle Juden von Jassy auf dem Platz vor der Präfektur versammelt. Die rumänische Polizei entließ die Frauen und Kinder, die Männer wurden jedoch zwecks Deportierung in den Hof der Präfektur getrieben. Der Befehlshaber der rumänischen Polizei, den die Deutschen beschuldigten, „verjudet" zu sein [46], war allerdings bereit, „Freizettel" zu verkaufen; als die so entlassenen Juden jedoch versuchten, den Hof zu verlassen, wurden sie „auf der Flucht" erschossen. Viele weitere Juden wurden am Nachmittag erschossen, als die Kolonne der zu Deportierenden — darunter hundert Frauen, die sich geweigert hatten, ihre Ehemänner zu verlassen — zum Bahnhof marschierte [47].

Wir haben zwei Berichte über die darauffolgenden Ereignisse — einen sachlichen und nüchternen vom Sekretär der jüdischen Gemeinde von Jassy, Boris Kelpner, und eine etwas phantastische Beschreibung aus der Feder Curzio Malapartes, der damals als Berichterstatter des „Corriere della Sera" beim italienischen Konsul in Jassy wohnte. Die in den beiden Berichten aufgezählten Tatsachen stimmen jedoch überein. Es scheint, daß die Eiserne Garde 5000 Juden in einen einzigen Zug pferchte — je 120 in einen plombierten Viehwagen — und daß der Zug nach dem etwa 500 Kilometer entfernten Bukarest gehen sollte; er wurde aber auf lange Umwege geschickt. Sechs Stunden später, als er kaum 40 Kilometer zurückgelegt hatte, wurde ein Teil abgekoppelt, und man befahl den jüdischen Funktionären von Podul Iloaje (auch Podioara genannt), die Insassen in Empfang zu nehmen. Als man die Wagentüren öffnete, fielen 1200 Leichen und einige wenige noch lebende Menschen heraus. Weitere 800 Leichen wurden in

Tergu Frumos, etwa 70 Kilometer von Jassy, ausgeladen, wo man den Judenrat fragte, ob er „einige jüdische Kommunisten" in Empfang nehmen wolle. Und so ging es volle zwei Tage weiter, bis der Zug den Bahnhof von Roman am Fuße der Karpaten, 150 Kilometer von Jassy, erreichte, wo man in einem Lager Platz für die 1000 Menschen, die noch am Leben waren, gefunden hatte. Kelpner, der sich mit vielen der Überlebenden unterhielt, erfuhr, daß sich die Opfer in der drückenden Hitze entkleidet hätten und daß viele sich an ihrem Gürtel erhängten [48].

Nach amtlichen Angaben wurden 500 Juden in Jassy erschossen, weil sie angeblich dem Feind Signale gegeben und auf Truppen geschossen hatten, aber die meisten Berichte stimmen darin überein, daß die Erschießungen und der Zug mindestens 7000 Opfer gefordert haben. Der rumänische Stadtkommandant Stawrescu gebot den willkürlichen Erschießungen erst am 1. Juli Einhalt, doch vergingen viele Wochen, ehe sich die überlebenden Juden von Jassy aus ihren Kellern hervorwagten *.

In den meisten Städten Bessarabiens und der Bukowina spielten sich Metzeleien ab, wenn auch in kleinerem Maßstab. In Kischinew lebten 80 000 Juden — die Mehrheit der Bevölkerung. Sie bildeten eine der größten jüdischen Gemeinden Osteuropas, die durch das große russische Pogrom des Jahres 1903 berühmt wurde. Als Ohlendorfs Kommandos Anfang Juli in die Stadt kamen, konnten sie nur 4000 Juden finden, von denen 551 unter dem gleichen Vorwand wie in Jassy hingerichtet wurden. Später begannen die Juden zurückzukehren oder aus ihren Verstecken zu kommen, und am 2. August berichtete Ohlendorf, daß ein Ghetto für 9000 jüdische Arbeiter und ihre Familien gegründet worden sei [50]. Genau drei Jahre später wurde dieses Ghetto von der Roten Armee befreit, nachdem es die fast vollständige Evakuierung der bessarabischen Juden überstanden hatte [51].

In der von Juden dichtbesiedelten Bukowina nahm das Gemetzel vom Juli und August 1941 ein noch größeres Ausmaß an. Ohlendorf sagte, seine Leute hätten 3106 Personen hingerichtet. Czernowitz, das eine jüdische Bevölkerung von 58 000 Seelen hatte,

* Die Moldau war als ein Teil Alt-Rumäniens nur teilweise von den folgenden Deportationen nach Transnistrien betroffen. Daher wuchs die jüdische Bevölkerung von Jassy, die von ihrer normalen Zahl von 35 000 nach dem Blutbad auf 28 000 zusammengeschrumpft war, bis zum Sommer 1942 wieder auf 32 000 an. Dies war die Folge

wurde am 6. Juli genommen, und Kommando 10 b begann sofort, den Rumänen durch Anlegen von Listen „jüdischer Kommunisten"[52] zu helfen — aber die Rumänen brauchten nicht viel Hilfe. Am 8. und 9. Juli erschoß das Kommando 100 ausgewählte Personen, aber rumänischerseits wurden in den Vorstädten 400 umgebracht, was Ohlendorf empörte, da diese Morde nicht „ordnungsgemäß" gewesen wären[53] (siehe S. 94 u. 227). Überlebende nannten jedoch viel höhere Zahlen. Da die Juden den Davidstern tragen mußten, war es für die Studenten der Czernowitzer Universität, von der aus Professor Alexianu — nun Gouverneur von Transnistrien — während Gogas kurzer Regierungszeit 1938 Pogrome geleitet hatte, nicht schwer, ihre Opfer zu finden[54].

In den kleineren Städten der Bukowina, besonders in Radautz und Czudin, wurden die Juden noch vor Ankunft der Deutschen von ukrainischen Banden aus dem von den Russen besetzten Teil Galiziens ermordet[55], ein Umstand, der es Antonescu ermöglichte, im Namen von „Ruhe und Ordnung" zwei Konzentrationslager für die Juden der Bukowina zu schaffen. Aus diesen beiden Lagern, Edinet und Sekureni, und aus dem Ghetto von Sutschawa wurden am 12. August 12 000 Juden zum Brückenkopf am Dnjestr bei Mohilew-Podolsk getrieben; das war der Anfang der Deportierung jedes einzelnen jenseits des Pruth lebenden Juden. Aber das neubesetzte ukrainische Gebiet jenseits des Dnjestr war noch unter deutscher Militärverwaltung, und in der zweiten Hälfte des August wurden 27 500 Juden zurückgeschickt. Die Rumänen brachten sie in improvisierten Lagern unter. Am 30. August vereinbarte der deutsche mit dem rumänischen Stab in einer Besprechung in Tighina, daß das Gebiet zwischen dem Dnjestr und dem Bug rumänische Zivilverwaltung erhalten solle. Antonescu stand nun das gesamte Gebiet links des Dnjestr, das an Rumänien angegliedert und „Transnistrien" genannt wurde, als Ablagerungsstätte für Juden zur Verfügung (siehe S. 270 ff.).

Die Bukowina und Bessarabien hatten 1930 277 949 jüdische Einwohner und im August 1940 schätzungsweise 300 000, aber vor der Rückeroberung dieser Gebiete durch Rumänien war die Anzahl der Juden zuerst durch Deportierungen ins Innere Rußlands und

der gegen die Juden gerichteten Vorschriften, welche sie aus den Landstädten vertrieben. In Jassy gab es kein umfriedetes Ghetto, aber die Juden wurden gezwungen, im ärmsten Teil der Stadt zu leben[49].

dann durch Massenflucht sehr zusammengeschrumpft*. Die Anzahl der Geflohenen war sicher größer als die der Todesfälle, die hauptsächlich auf Erschöpfung und Hunger während der Deportierungsmärsche und auf die Typhusepidemie während des ersten Ansiedlungsversuches zurückzuführen waren. Zwischen den ersten Deportationen im August und ihrer Wiederaufnahme im Oktober hatte die rumänische Regierung jedoch Zeit, ihre Pläne auszuarbeiten. Sie ist daher für die Mischung von Roheit, Unfähigkeit und Bestechlichkeit, die die rumänische Führung kennzeichnete, voll verantwortlich.

Disziplin scheint es überhaupt nicht gegeben zu haben, und bei jeder Unterbrechung des Marsches wurden die Opfer ausgeraubt. Sie mußten neben den Leichen ihrer Vorgänger übernachten, die wegen ihrer Habseligkeiten ermordet worden waren. Selbst am Ende der Transporte waren viele der sogenannten Sammelpunkte einfach Lichtungen im Wald ohne irgendein Obdach[57], denn man hatte nicht die Absicht, die Juden in Transnistrien zu lassen. Am 18. Oktober, eine Woche vor Beginn der Deportierungen, erklärte Antonescu die Angliederung dieses Gebiets an Rumänien. Trotz der Vereinbarung von Tighina hoffte Antonescu, die Juden über den Bug schicken zu können, wo Hitler, der seine Bewunderung für Antonescus Initiative zum Ausdruck gebracht hatte, ihm voraussichtlich die Arbeit abnehmen und die rumänischen Juden erledigen würde (siehe S. 94 u. 409). So geht aus einem Bericht von Heydrichs Polizeiattaché bei der Bukarester Gesandtschaft, Richter, hervor, daß man am 17. Oktober annahm, Antonescu plane, 110 000 Juden „in zwei Wäldern jenseits des Bugs" anzusammeln, und daß der Zweck dieser Aktion „die Liquidierung der Juden" sei[58].

Richter verhinderte vorerst die Ausführung dieses Plans, und die Juden blieben zwischen Dnjestr und Bug, hauptsächlich in den Lagern Pechora, Tulczin, Balta, Berschad und Trostyane. Nach und nach wurden sie aussortiert. Alle, die der Zusammenarbeit mit den Russen beschuldigt wurden, darunter die meisten Ärzte in Kran-

* Kurz vor den Deportierungen, Anfang September 1941, veranstaltete das Heer eine Zählung aller Juden in Bessarabien (aber nicht in der Bukowina) einschließlich der in Lagern untergebrachten. Sie ergab eine Gesamtanzahl von 126 434 Juden. Diese Zahl — vorausgesetzt, daß sie verläßlich ist — deutet darauf hin, daß über 100 000 Juden Bessarabien verlassen hatten. Die meisten Schätzungen der Ausrottung der rumänischen Juden ziehen das nicht in Betracht[56]. (Siehe Anhang I.)

kenhäusern, wurden für einige Zeit in Straflager geschickt[59]. Die übrigen durften sich in den Städten niederlassen, vor allem in Tulczin, Golta, Jampol, Mohilew-Podolsk, Ribniza und Tiraspol. Sie trugen dazu bei, die schon übervölkerten jüdischen Gemeinden noch zu verstärken.

Über Czernowitz, von wo zwischen dem 12. Oktober und 2. November 30 000 Juden deportiert wurden, sind wir einigermaßen unterrichtet. Zuerst wurde die gesamte jüdische Bevölkerung — Schätzungen zufolge waren 50 000 in der Stadt geblieben — nach nur zwölfstündiger Warnung in das armseligste Stadtviertel umgesiedelt[60]. Am nächsten Tag begannen die Deportierungen. Es gab keine Selektion, sondern es ging straßenweise. Die Juden durften einen Rucksack mitnehmen und ihr Geld behalten, das ihnen allerdings zu einem Kurs in Rubel gewechselt wurde, der einer Beschlagnahme gleichkam. Am 23. begann sich die willkürliche Art der Deportierungen dadurch zu ändern, daß der Bürgermeister von Czernowitz, Traianu Popovicz, in guter rumänischer Tradition Freizettel zu verkaufen anfing. Auf diese Weise erhielten 16 000 Juden Aufenthaltsbewilligungen, und weitere 4000 lebten in Verstecken. Später durften die ausgenommenen Juden in ihre ausgeplünderten Wohnungen zurückkehren, wo sie den Winter in äußerster Not verbrachten.

Es scheint, daß im Oktober und November etwa 100 000 Juden die Bukowina und Bessarabien verließen, keine jedoch im Dezember und Januar. Für diese Tatsache hat der Oberrabbiner von Bukarest, Saffran, eine bemerkenswerte Erklärung geliefert[61]. Am 16. Dezember löste Antonescu den Verband rumänisch-jüdischer Kultusgemeinden auf und ersetzte ihn durch eine unter Aufsicht der Regierung stehende „Zentrale" nach deutschem Muster. Alle Anzeichen deuteten daher darauf hin, daß die Deportierungen auf Altrumänien ausgedehnt würden. Der Oberrabbiner entschloß sich deshalb, einen verzweifelten persönlichen Appell an den orthodoxen Patriarchen Nikodemus zu richten. Der Patriarch sah sich veranlaßt, an die Königin-Mutter Helene und den jungen König Michael mit dem Ersuchen um eine gleichzeitige Einladung für sich und den deutschen Gesandten Manfred von Killinger in das Königsschloß heranzutreten. Killinger war ehemals als Korvettenkapitän Kommandant eines Torpedobootes und Anfang der zwanziger Jahre Freikorpskämpfer; als hoher SA-Führer und per-

sönlicher Freund Röhms hätte er bei der Liquidierung der Röhmgruppe um ein Haar sein Leben verloren. Er war der erste der von Luther im April 1941 Ribbentrop vorgeschlagenen Rauhbeine, die die würdigen und zurückhaltenden Diplomaten der alten Schule ersetzen sollten. Killinger zeigte sich dieses Vertrauens würdig und benahm sich in Bukarest, Ulrich von Hassell zufolge, „wie ein brutaler, ungebildeter, oberflächlicher Feldwebel" [62]. Von Killinger war nicht der Mann, sich von Königinnen und Patriarchen einschüchtern zu lassen, und das Abendessen, zu dem er plangemäß ins Schloß eingeladen wurde, machte keinen sonderlichen Eindruck auf ihn; aber in anderen Kreisen hatte das Eingreifen der Königsfamilie eine gewisse Wirkung. Königin Helene übermittelte Oberrabbiner Saffrans Bitten dem päpstlichen Nuntius Mgr. Andrea Cassulo; dieser wandte sich an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Mihai Antonescu (kein Verwandter des Marschalls), der den Kommissar für jüdische Angelegenheiten Lecca anwies, Arzneien in die transnistrischen Städte zu senden.

Oberrabbiner Saffrans Bericht zufolge wurde die Auffassung des königlichen Hofes dem Gouverneur der Bukowina, Corneliu Kolotescu, vom Metropoliten von Czernowitz, Tit Samadrea, mitgeteilt, der von den Greueln der Oktoberdeportationen entsetzt war — obwohl Samadrea selbst eine Zeitlang Anhänger von Professor Cuzas radikal-antisemitischer Partei gewesen war [63]. Tatsächlich fanden bis Juli 1942 keine Deportierungen aus Czernowitz mehr statt. Darüber hinaus gab es gewisse Erleichterungen für die Juden in Transnistrien. Der Gouverneur, Professor Alexianu, gestattete der Nationalbank, 25 Millionen Lei, die von den Juden Rumäniens gesammelt worden waren, nach Tiraspol zu überweisen. Dies war eine dringende Notwendigkeit, da kaum 30 000 von den Deportierten ihren Lebensunterhalt erwerben konnten. Private Geldüberweisungen wurden auch gestattet, aber sie wurden in deutscher Militärwährung zu einem Zehntel ihres wirklichen Wertes ausgezahlt. Auf diese Weise blieb bis zur Rückeroberung des Gebietes durch die Rote Armee Wohltätigkeit zugunsten der Deportierten eine recht ertragreiche Einkommensquelle für rumänische Beamte [64].

Diese Interventionen bewogen Marschall Antonescu jedoch nur dazu, sich noch mehr anzustrengen, die Juden in Gebiete außerhalb rumänischer Aufsicht zu schicken. Infolgedessen gingen die

Deportierungen im Februar 1942 direkt über den Bug. Alfred Rosenberg teilte in seiner Eigenschaft als Minister für die Ostgebiete Luther am 11. Februar mit, daß Antonescu 10 000 Juden bei Wosnoschensk über den Fluß geschickt habe und daß weitere 60 000 unterwegs seien. Luther ersuchte Ribbentrop durch von Weizsäcker, diese „wilden Judenabschiebungen" zu unterbinden, da Rosenberg wegen der Gefahr von Typhus Einwände erhoben habe. Typhus könne auftreten, wenn die Rumänen die Kleidung toter Juden verkauften [65].

Am 13. März fand eine Besprechung zwischen Eichmann, Wetzel aus Rosenbergs Ministerium — dem Verfasser des Briefes über die Gaskammern (siehe S. 144 f. u. 226) — und Rademacher statt. Sie beschlossen, fürs erste an Antonescu nur eine Warnung zu senden. Die Deportierungen über den Bug wurden nichtsdestoweniger fortgesetzt, und am 14. April [66] teilte Eichmann Rademacher mit, er behalte sich das Recht vor, Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Die Deportierungen hörten anscheinend vor dem 12. Mai auf. Rademacher erhielt nun von Rosenbergs Ministerium zwei Berichte über Eichmanns „Sicherheitsmaßnahmen". Am 16. Mai erfuhr er, daß 28 000 Juden in die volksdeutschen Siedlungen in Transnistrien zurückgeschickt worden seien, „wo sie liquidiert wurden". Der von Otto Bräutigam unterzeichnete Bericht vom 23. Mai sagte lediglich, daß ein großer Teil der Juden Transnistriens gestorben sei und daß andere nach Odessa transportiert worden seien. Zahl und Schicksal der Februar bis Mai 1942 über den Bug deportierten Juden sind daher nicht klar [67].

Wir wissen mehr über den dritten und letzten Versuch, die Juden der Bukowina und Bessarabiens den Deutschen in der Ukraine zuzuschieben. Am 28. Juni 1942 beschloß der Gouverneur der Bukowina, Kolotescu, plötzlich, alle Juden, die vom Czernowitzer Bürgermeister Traianu Popovicz Freizettel erhalten hatten, zu deportieren. Daraufhin wurden 4530 Juden nach Tulczin, einem der überfülltesten transnistrischen Ghettos, geschleppt [68]. Unter ihnen waren einige Mitglieder des Czernowitzer Judenrats und Insassen von Krankenhäusern und Irrenanstalten. Die letztgenannten wurden einfach auf dem Lande freigelassen, damit die Deutschen sie einfangen und erschießen konnten, wie es im letzten Jahr in diesem Gebiet üblich gewesen war. Aus Tulczin wurde eine Anzahl als Teil der Massentransporte von 14 000 Juden über den Bug de-

portiert. Bis zum Spätherbst wurden sie deutscherseits in Lagern in der südlichen Ukraine in der Nähe der Städte der Provinz Uman, die die Einsatzgruppen im September 1941 so gründlich von Juden geräumt hatten, festgehalten. Nachher verschwindet jede Spur der letzten aus Rumänien deportierten Juden* [69].

Antonescus wiederholte Versuche, die Juden über den Bug abzuschieben, spornten Himmler dazu an, rumänische Juden aus einem Gebiet deportieren zu lassen, das bisher verschont geblieben war. Es handelt sich um jenen Teil Siebenbürgens, der nach dem Wiener Schiedsspruch vom September 1940 bei Rumänien verblieben war, ein Gebiet, auf dessen Schicksal die Rumänen besonders empfindlich reagierten. Es ist möglich, daß das in diesem kritischen Zeitpunkt ausgesprochene Verlangen des Auswärtigen Amtes nach mehr Juden der entscheidende Faktor war, der Antonescu zur Aufgabe der ganzen Deportierungspolitik veranlaßt hat.

Schon am 11. Juni 1942 hatte Eichmann seinem Stab vertraulich mitgeteilt, daß die rumänischen Juden nach Auschwitz geschickt würden [72]; am 17. August schrieb Luther an Ribbentrop, daß Mihai Antonescu eine Vereinbarung mit dem Marschall getroffen habe, auf Grund deren deutsche Stellen sofort Juden aus Arad, Temeschvar und Turda deportieren sollten. Zwei Tage später erfuhr Ribbentrop von Luther, daß Himmler beabsichtige, vom 10. September an die rumänischen Juden nach der Lubliner Gegend zu deportieren [73]. „Der arbeitsfähige Teil wird arbeitseinsatzmäßig eingesetzt, der Rest der **Sonderbehandlung** unterzogen."

Das war ein weiteres dieser nackten Mord verzeichnenden Schriftstücke, die Weizsäckers Zeichen tragen und von denen er behauptet hat, er habe grundsätzlich „nur als Briefträger in allen diesen scheußlichen Angelegenheiten" gehandelt [74]. Eine Abschrift ging an Mihai Antonescu, der sie offenbar guthieß und an den Polizeiattaché der deutschen Gesandtschaft in Bukarest, Richter, weiterleitete. Am 20. September teilte Luther Eichmann mit, daß der Generalsekretär des rumänischen Außenministeriums, Davi-

* Die niedrigste Schätzung der Zahl der 1941 und 1942 aus der Bukowina und Bessarabien deportierten Juden beläuft sich auf 140 000 [70]. Im Dezember 1943, vor dem Besuch von Charles Kolb vom Schweizer Roten Kreuz in Transnistrien, erklärte Mihai Antonescu, daß es dort noch 78 000 Juden gebe. Kolb fand jedoch nur 54 300 [71]. Einige waren vielleicht schon in ihre Heimat zurückgekehrt, aber die Schätzungen von überlebenden rumänischen Juden deuten darauf hin, daß 60 000 umgekommen sind. (Siehe Anhang I.)

descu, seine Zustimmung erteilt habe und daß der Kommissar für jüdische Angelegenheiten, Lecca, auf dem Wege nach Berlin sei, um die wirtschaftlichen Einzelheiten des Deportationsplans zu besprechen.

Offenbar war Himmlers Vorschlag der rumänischen Regierung durch Luthers „Deutschland"-Abteilung unter Umgehung des Gesandten von Killinger unterbreitet worden, der sich außerdem noch mit der Anwesenheit des in der Gesandtschaft eingesetzten Gestapospions Richter abfinden mußte. Am 27. August erhielt Luther ein Telegramm, in dem sich Killingers angestaute Wut Luft machte[75]:

> „Ich bitte, wenn derart wichtige Persönlichkeiten wie Herr Ministerialdirektor Lecca nach Berlin kommen, dieselben nicht in einer Form abzuspeisen, daß das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Rumänien getrübt werden könnte. Bemerken möchte ich noch, daß alle Schreiben an den SS-Obersturmbannführer Eichmann über das Auswärtige Amt gegangen sind, so daß das Auswärtige Amt Kenntnis von den Vorgängen hatte. Daß natürlich Herr Eichmann es nicht für notwendig gefunden hat, mit dem Auswärtigen Amt Verbindung aufzunehmen, ist mir in keiner Weise verwunderlich, da mir ja die Methoden der Herren der SS zur Genüge bekannt sind. Im übrigen möchte ich bemerken, daß alle Dinge, die ich an Abteilung Deutschland berichte, in kürzester Zeit beim SD landen."

Erklärungen und Anschuldigungen wurden ausgetauscht, bis am 12. September die Abteilung Deutschland III, die diesen Sturm entfesselt hatte, von der Bukarester Gesandtschaft erfuhr, Killinger wünsche zu diesem Zeitpunkt nicht, die Angelegenheit weiterzuverfolgen *.

Während die SS und die SA miteinander stritten, änderte Marschall Antonescu seine Pläne, nicht etwa, weil Lecca in Berlin beleidigt worden wäre, sondern weil er von allem Anfang an über

* Am 25. August 1942 hatte Luther auf Grund von Killingers Beschwerde einen strengen Verweis erhalten. Es wurde ihm verboten, weitere selbständige Schritte in der Frage der Deportierung von ungarischen, bulgarischen und kroatischen Juden in der italienisch besetzten Zone zu unternehmen. Es wurde ihm weiter mitgeteilt, daß „der Herr Reichsaußenminister bittet, in Zukunft vor der Aufnahme von Verhandlungen mit fremden Regierungen, die in den Geschäftsbereich Ihrer Abteilung fallen, ihm die betreffende Angelegenheit vorzutragen oder vorzulegen und seine Genehmigung abzuwarten"[76].

die jüngsten deutschen Einmischungsversuche entrüstet war. Am 12. Dezember berichtete von Killinger, Antonescu habe den Deportierungsplan aufgegeben und sei jetzt für jüdische Auswanderung nach Palästina[77].

Hier wird wieder eine Lücke durch Oberrabbiner Saffrans Bericht ausgefüllt. Er hatte Mitte August von einer siebenbürgischen jüdischen Delegation erfahren, daß die Pläne für von deutschen Stellen geleitete Deportierungen fertiggestellt seien, und er hatte vergeblich versucht, den siebenbürgischen Metropoliten Mgr. Balan in Hermannstadt zu erreichen. Später hatte er eine Unterredung mit Balan in General Vatoianus Haus in Bukarest. Balan legte dem Rabbiner gegenüber eine korrekte und kühle Haltung an den Tag, wandte sich aber nichtsdestoweniger an die Antonescus. Es ist wahrscheinlich, daß Mihai Antonescu Richter hinters Licht geführt hat, denn er empfing nicht nur Balan, sondern auch Mgr. Cassulo, der Tiraspol besucht hatte, den Schweizer und den schwedischen Gesandten und Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes[78]. Er ordnete sogar eine Untersuchung des Gemetzels an, das deutsche Einheiten unter den über den Bug in die Städte der Provinz Uman deportierten Juden angerichtet hatten*.

3. Rumänien verwirft die Endlösung

Im Herbst 1942 gab es noch über 70 000 Juden zwischen dem Dnjestr und dem Bug in einer Ecke der großen ukrainischen Steppe, die nun Hitlers „Lebensraum" bildete und auf der sonst jede Spur jüdischen Lebens ausgelöscht worden war. Diese Juden lebten auf den Verbindungslinien zur deutschen Ostfront. Aus diesem Grunde konnte Endsieg oder endgültige Niederlage nur

* Die Rolle, die Vertreter des Roten Kreuzes gespielt haben, um die Ausdehnung der Deportationsmaßnahmen gegen die Juden der Vasallenstaaten der Achse zu verhindern und vielen Metzeleien und Katastrophen während des endgültigen Zusammenbruchs des Reichs vorzubeugen, ist nie voll gewürdigt worden. Der Grund liegt in der Politik der Zurückhaltung und Anonymität, die das Komitee des Internationalen Roten Kreuzes seit dem Krieg verfolgt. Der Verfasser dieses Buches, der hier seine Dankbarkeit für Material aus einigen Veröffentlichungen des Komitees des Internationalen Roten Kreuzes Ausdruck geben möchte, kann nicht umhin, diese Geheimhaltung von Namen der Verfasser gewissser Berichte zutiefst zu bedauern. Die drei dicken Bände des Berichtes über die Tätigkeit des Internationalen Komitees im zweiten Weltkrieg scheinen jedesmal in die von der Zensur der Kriegszeit verlangte unbestimmte, lakonische Sprache zu verfallen, wenn von der den Juden geleisteten Hilfe die Rede ist. Nur Georges Dunand und Graf Bernadotte haben dieses Schweigen gebrochen und ihre persönlichen Erinnerungen veröffentlicht.

eines bedeuten: Ausrottung. Es gab nur einen sehr unsicheren und problematischen Weg der Flucht zum Hafen Konstanza am Schwarzen Meer, aber von dort waren es nur 250 Kilometer bis zu neutralen Gewässern, in denen kein deutsches Schiff das Recht hatte, andere Schiffe zu durchsuchen.

Der erste Versuch endete tragisch. Am 16. Dezember 1941 blieb der erbärmliche kleine Dampfer „Struma" von 180 Tonnen vor Konstantinopel stecken. Er war auf dem Weg von Konstanza nach Haifa und hatte 769 jüdische Flüchtlinge, darunter 70 Kinder, an Bord. Niemand hatte eine Einwanderungsbewilligung für Palästina. Infolgedessen weigerten sich die englischen Behörden, ein „Navicert" (eine Erlaubnis für neutrale Schiffe, unbehelligt auf hoher See zu fahren) auszustellen, und die türkischen Stellen erteilten keine Landungsbewilligung. Die hilflose „Struma" lag zehn Wochen lang im Bosporus, und ihre Passagiere wurden von der jüdischen Gemeinde von Konstantinopel ernährt. Am 24. Februar 1942 wurde die „Struma" von den Türken im Schlepptau in die See gezogen, wo sie zehn Kilometer vom Land sank. Nur zwei Menschen schwammen ans Land und konnten sich so retten. Nach diesem Zwischenfall gab es Anfragen im britischen Unterhaus, aber die Regierung bestand darauf, daß an der im Weißbuch des Jahres 1939 festgelegten Palästinapolitik festgehalten werden müsse.

Ein Jahr der Massaker in Osteuropa hat diese Politik nicht geändert. Am 17. Dezember 1942, nach dem Verlesen der Erklärung der Vereinten Nationen, daß die Schuldigen am Rassenmord bestraft würden, stand das Unterhaus in Schweigen. Als aber ein Abgeordneter vorschlug, die Alliierten sollten sofort allen, die in Gefahr sind, Zuflucht gewähren, gebrauchte der damalige Außenminister Eden eine ganz andere Sprache. „Gewisse Sicherheitsmaßnahmen müssen erwogen werden", und es gebe „riesige geographische Schwierigkeiten". Es war dann leicht für den Freiherrn von Stumm von Ribbentrops Abteilung für die Auslandspresse, dieser zu erzählen, die feierliche Erklärung der Vereinten Nationen sei ein Greuelmärchen, das das Weihnachtsgeschäft jüdischer Warenhäuser in London und New York fördern solle[79]. Die offenkundig ausweichende Haltung des britischen Außenamtes wurde von den Vereinigten Staaten durch direkte Obstruktion von Seiten des unter Cordell Hulls Leitung stehenden State Departe-

ment noch übertroffen. So hat im Januar 1943, als Dr. Stephen Wise vom Jüdischen Kongreß Amerikas bei einer Massenkundgebung am New Yorker Madison Square viele neue Einzelheiten über die Massaker in Polen und Rumänien bekanntgab, der amerikanische Gesandte in Bern, Leland Harrison, einen Verweis erhalten, weil er den Weiterbestand der diplomatischen Post in einem neutralen Land durch Übermittlung von Informationen an Privatpersonen gefährdet habe[80].

Die Erfolgsaussichten schienen daher nicht sehr gut, als der Jüdische Weltkongreß sich im März mit dem Ersuchen an das State Departement wandte, man möge die Überweisung einer Summe auf ein deutsches Sperrkonto in der Schweiz gestatten, die angeblich genügen würde, um die Flucht von 70 000 französischen und rumänischen Juden von der SS zu erkaufen. Am Ende wurde ein kleiner Teil dieser Summe als Lösegeld für einige ungarische Juden verwendet (siehe S. 493 ff. u. 503), aber der ursprüngliche Plan endete mit einem völligen Mißerfolg. Der ehemalige amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau hat die Hauptschuld an dieser Verzögerung — nicht ganz zu Recht — der übertriebenen Vorsicht der britischen Regierung zugeschoben. Aber die Anklagevertreter in Nürnberg entdeckten später Schriftstücke, aus denen klar hervorgeht, daß das Haupthindernis Ribbentrop und das Berliner Auswärtige Amt waren, die den Plan aus Eifersucht auf die SS untergruben[81]. Marschall Antonescu wußte am 12. Dezember 1942 vom Plan des Jüdischen Weltkongresses. Er wies die „Zentrale" der rumänischen Juden an, 75 000 Juden zu finden, die Anträge auf Erteilung von Sichtvermerken für Palästina stellen wollten. Killinger erfuhr von Lecca, daß der Marschall „zwei Fliegen mit einem Schlag treffen und sich einer großen Anzahl Juden auf bequeme Weise entledigen wolle"[82].

Während der nächsten Monate beobachtete die Wilhelmstraße den dünnen Strom von Juden, denen man gestattete, mit Hilfe der „Jewish Agency" von Konstantinopel nach Palästina zu gelangen. Am 11. März 1943 hörte Rademacher, daß 72 jüdische Kinder aus Ungarn und Rumänien im Auffanglager Atlit erwartet würden und daß weitere 150 und vielleicht sogar 500 nachfolgen werden. „Tue, was Du kannst, um das zu verhindern", schrieb er an Killinger[83], und der Herr Gesandte hat zweifellos danach gehandelt.

Ende Mai hatte Killinger jedoch viel ernstere Dinge zu berichten. Antonescu hatte behauptet, daß Hitler versprochen habe, 70 000 jüdische Kinder aus Rumänien nach Palästina gehen zu lassen; die Ähnlichkeit dieser Ziffer mit der des Jüdischen Weltkongresses ist bemerkenswert. Hitler habe dieses Zugeständnis während eines Besuches Antonescus in seinem Feldquartier am 12. und 13. April gemacht, währenddessen die beiden die Frage besprachen, wie Rumänien den Krieg weiterführen könne. Rumänien hatte einen großen Teil seines Heeres bei Stalingrad verloren, und es war notwendig, Antonescu zu bestechen. Er war schon mit dem Schweizer Roten Kreuz in Verbindung getreten, um den nötigen Schiffsraum zu beschaffen[84]*.

Von Thadden, der „Judensachbearbeiter" in der Abteilung „Inland II", der eben Martin Luthers Funktionen übernommen hatte, da dieser ins Konzentrationslager Sachsenhausen geschickt worden war, hörte Ende Mai von einem zweiten Vorschlag. Die britische Regierung hatte durch den Schweizer Gesandten in Berlin angeboten, 5000 Juden aus Polen, Lettland und Litauen, darunter 85 v. H. Kinder**, als Einwanderer nach Palästina zuzulassen. Eichmann bestand darauf, daß sie gegen 20 000 Deutsche in militärfähigem Alter ausgetauscht würden, und der Rechtsberater des Auswärtigen Amtes, Dr. Emil Albrecht, sandte an die Abteilung „Inland II" bis ins einzelne ausgearbeitete Anweisungen, wie diese Deutschen auszusuchen seien. Albrecht schrieb, daß dies Teil eines Planes sei, 30 000 bis 50 000 Kinder „damit der ihnen angeblich drohenden Vernichtung zu entziehen". Obwohl die bulgarische Regierung ihre Mitarbeit zugesagt habe, sei es sicher, daß sie Schwierigkeiten technischer Art machen würde

* Wir werden nie erfahren, ob Hitler tatsächlich Antonescu dieses Versprechen gegeben hat. Dr. Paul Schmidt schreibt, daß Antonescu während seines Besuches den Abschluß eines Sonderfriedens mit den westlichen Alliierten befürwortet habe. Es ist möglich, daß Hitler einige Zugeständnisse gemacht hat, um Antonescu bei der Stange zu halten. Obwohl Hitler von der Vorstellung der Macht des jüdischen internationalen Finanzkapitals besessen war, ging seine Abneigung doch nicht so weit, daß er jüdische „Finanzkapitalisten" daran hinderte, ihr Leben zu erkaufen. Der Fall der 70 000 Kinder aus dem „Reservoir des Ostjudentums" lag allerdings anders, denn sie würden ja vermutlich am Leben bleiben und sich fortpflanzen.

** Zu einem bestimmten Zeitpunkt hat Himmler dieses Angebot ernstlich in Erwägung gezogen. Ende August wurden die 1500 Kinder des Bialystoker Ghettos in ein Lager in Kreta bei Theresienstadt gebracht. Man glaubte, daß sie tatsächlich in die Schweiz geschickt würden, aber Anfang Oktober verschwanden sie zusammen mit ihren Begleitern — fast sicher nach Auschwitz[85].

(siehe S. 433). Albrecht verwendete das Wort **angeblich,** obgleich er Eichmanns Anweisung an die Abteilung „Inland II" kennen mußte:

> „Dies muß schnell durchgeführt werden, denn die Zeit ist nicht mehr fern, wenn infolge unserer Judenmaßnahmen die Auswanderung von 5000 Kindern aus den Ostgebieten technisch nicht zu bewerkstelligen sein wird[86]."

Das englische Angebot wurde von verschiedenen Fachleuten des Auswärtigen Amtes zerpflückt und hin und her beraten, bis der Schweizer Gesandte am 2. Mai 1944 neuerlich betonte[87], daß es noch immer offen sei. Da änderte von Thadden seine Haltung und verlangte, daß die Kinder nicht nach Palästina, sondern nach England gehen sollen, um dort dem Antisemitismus Nahrung zu geben; außerdem müsse es sehr schnell gehen, denn Eichmann habe ihm gesagt, der einzige Ort, wo es noch 5000 jüdische Kinder gebe, sei das Lodzer Ghetto, „doch werde auch dieses in Kürze nach Himmlers Weisungen liquidiert werden". (Siehe S. 340.)

Sowohl die von Präsident Roosevelt unterstützte Hilfsbereitschaft des Jüdischen Weltkongresses als auch Antonescus Habgier scheiterten an diesem Irrgarten der Obstruktion. Um das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß zu zitieren[88]:

> „Alle vom Außenamt unternommenen Schritte, alle seine Ratschläge hatten das Ziel, die Bemühungen angesehener neutraler und feindlicher Länder zunichte zu machen, die die Kindlein zu sich kommen lassen wollten; das Werk der guten Samariter sollte vereitelt, ihr Angebot in nationalsozialistische Propaganda verdreht werden."

Nebenbei sei bemerkt, daß sowohl Albrecht wie von Thadden auf freiem Fuß sind. Sie wurden nie vor Gericht gestellt...*

Später, als 1943 die deutschen Armeen über die südukrainische Steppe zurückfluteten, gingen die beiden Antonescus ernstlich daran, sich die Gunst der Alliierten zu erkaufen. Anfang Dezember, als die Russen den Bug erreicht hatten, hatte Mihai Antonescu eine Unterredung mit dem Vertreter des Schweizer Roten

* Gegen von Thadden wurde im Mai 1952 Anklage vor dem Kölner Landgericht erhoben, aber das Verfahren hat bisher (März 1956) noch nicht begonnen. Albrecht erwarb sich dadurch Straflosigkeit, daß er seine Fachkenntnisse in den Dienst der Anklagevertretung im Wilhelmstraßen-Prozeß stellte. Er wurde 1949 aus der Internierung entlassen.

Kreuzes, Charles Kolb, und teilte ihm mit, daß die Deutschen nicht mehr in der Lage seien, ihren Plan, „die Juden in das Azowsche Gebiet zu transferieren", auszuführen. Die rumänische Regierung werde daher alle in Transnistrien noch überlebenden Juden zurückbringen.

In der Zeit vom 11. bis zum 23. Dezember besuchte Kolb in Begleitung einer rumänischen Regierungsdelegation Transnistrien. Die Lage hatte sich so sehr verändert, daß nach Kolbs Rückkehr 1800 jüdische Waisenkinder in Jassy ankamen und sein Bericht in Bukarest veröffentlicht wurde. Kolbs wichtigste Empfehlung war, daß die ständigen Unterschlagungen der jüdischen Unterstützungsgelder aufhören und daß Waren anstatt Geld zur Unterstützung der Juden gesandt werden sollten [89].

Der Bericht traf im richtigen Augenblick ein, denn Geld begann nun aus dem Ausland zu kommen. Am 22. Januar vereinfachte Präsident Roosevelt solche Überweisungen dadurch, daß er den „War Refugee Board", die Kommission für Kriegsflüchtlinge, schuf. Der Rücktransport aus Transnistrien wurde vom Jüdischen Weltkongreß und der Bukarester jüdischen Gemeinde finanziert. Der russische Vormarsch war jedoch zu schnell. Vom 15. März bis 15. April besetzte die Rote Armee das ganze Gebiet und eroberte sogar einen Brückenkopf in Bessarabien. Nur 14 000 Juden konnten zurückgeführt werden [90].

Kolbs Bericht, daß es in Transnistrien 7000 Waisen gebe, erinnerte Mihai Antonescu an den gewinnversprechenden Palästina-Plan, dessen Durchführung vom deutschen Auswärtigen Amt durchkreuzt worden war. Im April 1944 bot Marschall Antonescu dem Roten Kreuz die Schiffe „Transylvania" und „Bessarabia" zum Kauf an, die dann unter Schweizer Flagge die Kinder nach Palästina bringen sollten. Die kriegführenden Staaten, sagt der Bericht des Internationalen Roten Kreuzes, „verweigerten das nötige freie Geleit" [91]; es war jedoch möglich, täglich einen kleinen Dampfer von Konstanza nach Konstantinopel mit einer Anzahl von Einwanderern unter der im „Weißbuch" für Palästina festgelegten Quote zu senden. Eine Gruppe von 204 Juden verließ Czernowitz am 21. März, neun Tage vor dem Einmarsch der Roten Armee. Sie machten der „Jewish Agency" [92] gegenüber eine Anzahl interessanter Aussagen über das Leben in Czernowitz.

Diese Gemeinde von 15 000 Juden überlebte nicht nur an einem

wichtigen Punkt der deutschen Verbindungslinien, sondern auch an einem Ort, der nur 35 Kilometer von Galizien und dem grauenhaften Massaker der polnischen Juden entfernt war. Im Juli 1942 fanden 270 galizische Juden, die vor der Liquidierung des Sniatyner Ghettos geflohen waren, Zuflucht in Czernowitz [93]. Das Los der Czernowitzer Juden verbesserte sich jedoch erst im Oktober 1943, als Kolotescus Nachfolger General Dragalina den Judenstern abschaffte. Er gründete auch zwei Gemeindeküchen, die 3000 in tiefstem Elend lebende Juden ernährten; es war jedoch ein Wunder, daß unter den bestehenden Gesetzen und Verordnungen nicht die gesamte Gemeinde völlig verelendet war. Die Juden durften die Stadt nicht verlassen, sie durften nur zwischen 10 und 13 Uhr auf die Straßen, und in diesen Stunden setzten die Kaufleute die Preise ihrer Waren herauf. Sie mußten daher den doppelten Preis für Brot bezahlen, sie durften keine öffentlichen Verkehrsmittel benützen, und außer dem Beruf des Arztes stand ihnen nur Handarbeit offen. Zu all dem wurde der Gemeinde noch kurz vor der Ankunft der Russen eine Kontribution auferlegt [94].

Als die Rote Armee sich näherte, fürchteten die Juden, die Deutschen würden sie entweder an Ort und Stelle umbringen oder aber in deutsche Konzentrationslager verschleppen. Von Killinger zeigte äußerste Wachsamkeit, denn es lag ihm daran, die jüdischen Gemeinden zu hindern, aufs Land zu fliehen. Und dennoch geschah keines der gefürchteten Dinge, als die deutsche Armee auf ihrem Rückzug am 30. März 1944 durch Czernowitz kam. Es herrschte offenbar Mangel an Polizei und anderen Einheiten, die solche Aufgaben sonst erfüllten, denn die litauische und ukrainische Miliz war nicht mehr verläßlich.

Die Lage der rumänischen Juden wurde im August 1944 viel gefährlicher. Seit Fürst Stirbeys Reise nach Kairo am 13. März war es klar, daß Rumänien in dem Augenblick zusammenbrechen würde, in dem die Russen den Dnjestr überquerten — und das Beispiel Ungarns hatte soeben gezeigt, was den 400 000 Juden bevorstehen konnte, wenn eine Vasallenregierung daran dachte, sich zu ergeben. Tatsächlich war am Tag, an dem Rumänien die Waffen streckte — am 23. August —, Eichmann schon in Budapest eingetroffen, um die Juden der Grenzstädte Arad und Temeschvar, die er im September 1942 hatte deportieren wollen, zu erledigen [95].

Eichmann war sich der Zwecklosigkeit seiner Reise bewußt. Sein Freund Wisliceny berichtete, Eichmann hätte nach Bukarest fahren sollen. Schellenbergs Verbindungsmann in Budapest, Willi Höttl, sagte er, er erwarte nicht, lebend von seiner rumänischen Mission zurückzukehren[96]. Eichmann war jedoch nicht der Mann, sein Leben für die Sache des Rassenfanatismus aufs Spiel zu setzen, und wenige Tage später war er wieder im Hotel Majestic. Die Lage wäre anders gewesen, wäre von dem Bach-Zelewski mit seiner Sonderpanzerabteilung in Bukarest angekommen, so wie er am 15. Oktober in Budapest auftauchte; aber zu jener Zeit kämpfte er in Warschau gegen die Aufständischen. Die Deutschen wurden in Bukarest am 23. August so völlig überrumpelt, daß es Freiherrn von Killinger nicht gelang, rechtzeitig das Weite zu suchen. Mit seiner Sekretärin Fräulein Petersen verbarrikadierte er sich bis zum 2. September in der Gesandtschaft; dann, unmittelbar bevor die rumänischen Kommunisten in das Gesandtschaftsgebäude eindrangen, begingen die beiden gemeinsam Selbstmord[97]*.

Die Gefahr eines Massakers der rumänischen Juden war also abgewendet, für die an Ungarn abgetretenen siebenbürgischen Gebiete war es jedoch zu spät. Vier Fünftel der jüdischen Bevölkerung — zu Kriegsausbruch hatten hier 149 000 Juden gelebt — waren bis Ende Juni nach Auschwitz geschickt worden. Was die Bukowina und Bessarabien betrifft, waren mit der Ausnahme von wenigen Tausenden alle Juden entweder bei den Deportierungen nach Transnistrien getötet worden oder in der Sowjetunion verschwunden. Lediglich die Juden des Regat oder Altrumäniens waren unversehrt geblieben. Bukarest und Budapest waren jetzt die einzigen Städte westlich von Moskau mit einer jüdischen Bevölkerung von über 100 000[98]. Allerdings besaßen die Juden von Bukarest wie die von Czernowitz nur das, was sie verstecken konnten. Noch im November 1945 mußte das „American Joint Distribution Committee" die halbe Bevölkerung ernähren[99]. Selbst heute, nachdem die jüdische Bevölkerung Rumäniens durch Auswanderung nach Israel von 400 000 auf 260 000 zusammengeschrumpft ist, ist der durch den Krieg verursachte Schaden noch nicht wiedergutgemacht.

* Höttl war der Meinung, daß Killingers Stellung stark genug war, König Michael und den königlichen Hof zu bluffen, so wie es Rahn später mit Admiral Horthy tat.

Sechzehntes Kapitel

Ungarn

1. Vor der deutschen Intervention

Wir haben im Falle der Slowakei gesehen, wie eine Regierung, die sich gegen nationalsozialistischen Druck zur Wehr setzte und die Endlösung verworfen hatte, gezwungen war, sie in dem Augenblick wieder aufzunehmen, als das Land am Vorabend der Kapitulation vor dem Feinde von deutschen Truppen besetzt wurde. Der Fall Ungarns ist noch weit dramatischer, da nicht einmal die deutschfreundliche Regierung Bardossy vorgab, Hitlers Pläne in der Judenfrage zu akzeptieren. Trotzdem waren es die ungarischen Juden, die mehr als zwei Jahre später die Opfer des energischsten und methodischsten Deportations- und Massakerprogramms des Krieges wurden. 46 Tage lang funktionierte die gut geölte, mechanisierte Schlächterei ohne Unterbrechung.

Die Regierung László Bardossy, die im Jahre 1941 Ungarn zuerst in den Krieg mit den westlichen Alliierten und dann mit der Sowjetunion verwickelte, hatte nur im Sinne, die im Jahre 1918 verlorenen Gebiete zurückzugewinnen. In diesen Gebieten, die man der Slowakei, Rumänien und Jugoslawien abgenommen hatte, lebten etwa 300 000 Juden*. In Übereinstimmung mit der Haltung der Regierung Antonescu in Rumänien lehnte es die Regierung Bardossy ab, diese Juden als ungarische Bürger anzuerkennen, und schob sie in vom deutschen Heer besetzte Gebiete ab, sobald Berlin die Absicht bekanntgegeben hatte, Juden nach Rußland zu deportieren. Von den 102 000 Juden, die in der früheren tschechoslowakischen Provinz Karpatorußland gelebt hatten, wurden

* Gelegentlich der Wannsee-Besprechung erwähnte Heydrich die Zahl von 742 800 Juden für Groß-Ungarn, während Luther im Gespräch mit Sztojay im Januar 1943 von einer Zahl von 1 000 000 sprach[1]. In Wirklichkeit lag die Zahl etwa zwischen 680 000 und 720 000. Aber diese Zahl war zur Zeit der Wannsee-Konferenz infolge der Deportierung von 35 000 Juden aus der Batschka und aus Rumänien bereits vermindert.

17—22 000, die früher polnische oder russische Bürger gewesen waren, als staatenlos erklärt. Ihre Deportierung wurde durch eine polizeiliche Verfügung am 2. August angeordnet[2]. Bald darauf begannen unter ungarischer Militäreskorte die Märsche nach Kamenetz-Podolsk, das jenseits des Dnjestr in dem Ungarn am nächsten gelegenen Gebietsstreifen der Sowjetunion lag.

Wenn das auch vielleicht nicht die Absicht der ungarischen Regierung war, hat sie doch damit den Weg zum ersten großen Massaker, das mehr als 10 000 Menschen in Mitleidenschaft zog, geebnet. Als das deutsche Oberkommando behauptete, daß diese Masse von Elendsgestalten die deutschen Verbindungslinien gefährde, lehnten es die ungarischen Amtsstellen ab, die Juden zurückzunehmen. Die Angelegenheit wurde dann bei einer Zivilverwaltungskonferenz besprochen, die am 25. August im Hauptquartier des Generalquartiermeisters Wagner in Winniza abgehalten wurde. Hier erklärte SS-Gruppenführer Franz Jäckeln — später der Leiter des Mordprogramms in den baltischen Staaten —, daß er bereit sei, die Liquidierung von 11 000 Juden bis 1. September durchzuführen[3]. Dies war offenbar die Zahl der verbleibenden Juden, nachdem die Ungarn die arbeitsfähigen für den Arbeitsdienst in Ostgalizien abgesondert hatten. Einige Berichte bestätigen, daß das Massaker, wie vorgesehen, am Ufer des Dnjestr, einige Kilometer von der Stadt entfernt, stattfand[4].

Der Bericht eines jüdischen Kraftwagenfahrers, der in der ungarischen Armee diente, behauptet, daß die ungarischen Truppen den deutschen Polizeieinheiten geholfen hätten[5], und obwohl dies nicht bestätigt ist, besteht kein Zweifel darüber, daß ungarische Truppen an einem späteren Massaker mitwirkten. In Novisad (Neusatz oder Ujvidek) in der Batschka wurden die nach den Deportierungen ins Belgrader Ghetto im August des Vorjahres (s. S. 407) zurückgebliebenen Juden entweder auf den serbischen Friedhof oder an das Ufer der Donau gebracht, wo zwischen 700 und 1500 im Zuge einer Aktion erschossen wurden, die sich eng an das Vorgehen der deutschen Sicherheitspolizei anlehnte. Es ist richtig, daß der Reichsverweser Admiral Horthy das Massaker einstellen ließ und daß die verantwortlichen Offiziere vor Gericht gestellt wurden, aber sie wurden innerhalb eines Jahres freigelassen und erst nach dem Krieg zum Tode verurteilt[6].

Diese Mordtaten waren nicht der Ausdruck einer offiziellen Regie-

rungspolitik. Gleich anderen Satellitenregierungen, erblickte die Regierung Bardossy in dem deutschen Deportierungsplan eine Gelegenheit, sich der Juden zu entledigen, die in den neuerworbenen Gebieten lebten; es war jedoch nicht beabsichtigt, die unbestritten ungarischen Juden zu behelligen. Heydrich[7], den Martin Luther über diese Sachlage unterrichtet hatte, sprach auf der Wannsee-Konferenz davon, der ungarischen Regierung einen Fachmann für Judenangelegenheiten aufzuzwingen, aber Vorschläge des Auswärtigen Amtes für diese Konferenz (siehe S. 95 u. 110) beschränkten sich auf die Deportierung der von den Ungarn den Deutschen bereits übergebenen Juden nach dem Osten[8].

Unter der Regierung Kallay, die der Regierung Bardossy im März 1942 folgte, gab es keine weiteren Pogrome oder Deportationen. Aber es war den Juden im allgemeinen verwehrt, ihren Beruf auszuüben, und sie konnten zum Arbeitsdienst an der Ostfront als eine Strafmaßnahme geschickt werden. Den Juden in „Trianon-Ungarn", also dem Gebiet, das zwischen den zwei Weltkriegen unbestritten ungarisch gewesen war, wurde etwas mehr Entgegenkommen gezeigt. Hier konnten Juden aus Österreich, der Slowakei und Polen nach dem März 1942 Zuflucht finden, und obwohl die Behörden sie weder willkommen hießen, noch irgendwie unterstützten, hat man sie im allgemeinen nicht den Deutschen ausgeliefert. Ihnen kam zugute, daß die Ungarn eifersüchtig über ihre Souveränitätsrechte wachten. Diese Eifersucht, die auch zur Geltung kam, als Ungarn bereits ein so gut wie besetztes Land war, ist in der folgenden Episode beleuchtet.

Als im Sommer 1942 einige ungarische Juden, die in Frankreich lebten, gezwungen wurden, den Judenstern zu tragen, protestierte der ungarische Gesandte in Berlin (und spätere Ministerpräsident) Dome Sztojay bei Martin Luther; er ließ sich aber von weiteren Einwendungen abbringen, als man ihm mitteilte, daß die italienischen Juden auch den Stern zu tragen hätten. Am 5. Oktober erhob jedoch Sztojay die zusätzliche Forderung, daß die ungarische Regierung in Fällen von Vermögenseinziehungen die Treuhänderschaft für das Vermögen ihrer Juden erhalten müsse. Er beschrieb dann Kallays Haltung zur Frage der Deportierung:

> „Der Ministerpräsident ist besonders an der Frage interessiert, ob den Juden nach ihrer Evakuierung im Osten eine weitere Existenz ermöglicht würde. Es gingen manche Gerüchte in die-

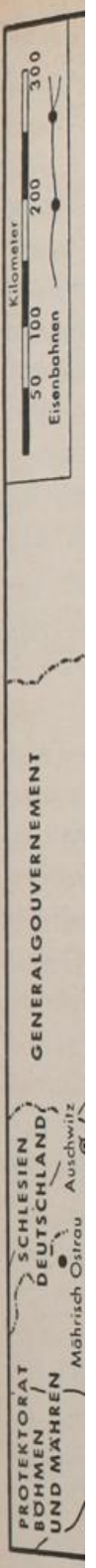
ser Beziehung um, die er natürlich persönlich nicht glaube ... Ministerpräsident Kallay wolle sich nicht den Vorwurf machen lassen, die ungarischen Juden und ihre Existenz dem Elend oder noch Schlimmerem überantwortet zu haben[9]."

Luther versicherte Sztojay, daß die ungarischen Juden zuerst beim Straßenbau beschäftigt würden und später in ein jüdisches Reservat kommen sollten. Sztojay, der Luther gesagt hatte, daß er sich „direkt als einen Vorkämpfer des Antisemitismus bezeichnen könne", habe „unsere Anregungen außerordentlich begrüßt". Nichtsdestoweniger unterließ er es, nach einem Besuch bei Kallay wieder mit Luther Fühlung zu nehmen, und am 20. Oktober berichtete Weizsäcker Ribbentrop, daß er gegen die Art und Weise, wie Ungarn das Judenproblem behandle, protestiert habe[10]. Am 5. Dezember lehnte Kallay das Berliner Verlangen nach koordinierten Maßnahmen, z. B. Tragen des Judensterns und Deportierung nach Polen, ab.

Wenn wir uns erinnern, daß die slowakische Regierung sich sechs Monate lang vergeblich bemüht hatte, die Bewilligung zur Entsendung eines Inspekteurs in das „Judenreservat" in Polen zu erhalten, und daß diese Dinge Kallay sicher nicht verborgen geblieben waren, ist es nicht überraschend, daß Sztojay am 14. Dezember den Auftrag erhielt, Luthers Vorschlag für das Judenreservat abzulehnen[11]. Er verlangte im Gegenteil noch eine Verlängerung der Frist, innerhalb der ungarische Juden aus deutsch besetzten Gebieten repatriiert werden konnten. Am 16. Januar 1943 nahm sich Luther Sztojay vor, nachdem dieser das ungarische Judenkommissariat aufgelöst hatte.

„Es erfülle uns mit sehr großer Sorge, daß ein uns befreundetes Land mitten in Europa allein etwa eine Million Juden beherberge. Wir könnten dieser Gefahr auf die Dauer nicht untätig zusehen[12]."

Aber gegen einen rebellischen Satellitenstaat Schritte zu ergreifen, erwies sich im folgenden Monat, im Monat der Katastrophe von Stalingrad, als unmöglich. Am 17. April besuchte Horthy Hitler auf Schloß Kleßheim, um die Bedingungen zu besprechen, unter denen Ungarn im Krieg ausharren könnte. Als Horthy Vorwürfe wegen seiner Judenpolitik gemacht wurden, erwiderte er, daß er, nachdem die Juden fast aller Lebensmöglichkeit beraubt worden seien, „sie doch nicht erschlagen könne". Darauf erwiderte Ribbentrop,



Groß-Ungarn, die seit 1938–1944 angegliederten Gebiete und deren jüdische Einwohner

daß sie entweder vernichtet oder in Konzentrationslager gebracht werden müßten. Hitler hielt dann einen längeren Monolog, der in den Aufzeichnungen seines Dolmetschers Dr. Paul Otto Schmidt niedergelegt ist[13]*:

„... Mit diesen Zuständen hat man in Polen gründlich aufgeräumt. Wenn die Juden dort nicht arbeiten wollten, würden sie erschossen. Wenn sie nicht arbeiten könnten, müßten sie verkommen. Sie wären wie Tuberkelbazillen zu behandeln, an denen sich ein gesunder Körper anstecken könne. Das wäre nicht grausam, wenn man bedenkt, daß sogar unschuldige Naturgeschöpfe, wie Hasen und Rehe, getötet werden müßten, damit kein Schaden entstehe. Weshalb sollte man die Bestien, die uns den Bolschewismus bringen wollen, mehr schonen? Völker, die sich der Juden nicht erwehrten, verkämen. Eins der berühmtesten Beispiele sei das Absinken des einst so stolzen Volkes der Perser, die jetzt als Armenier ein klägliches Dasein führten."

Diese unzweifelhaft glaubwürdigen Aufzeichnungen enthalten Hitlers einziges schriftlich festgehaltenes Geständnis der Massaker in Polen. Es ist um so überraschender, als es dem Oberhaupt eines souveränen Staates von unsicherer Loyalität gegenüber gemacht wurde. So wie immer überschätzte Hitler hier den Antisemitismus der ungarischen Staatsmänner. Zwei Tage später schrieb Gottlob Berger an Himmler, daß in ungarischen Regierungskreisen die „wohlbegründete Befürchtung" bestehe, daß „der Beitritt zu diesem Bund mit dem Zwang zu einer Entjudung verbunden werden sollte"[14]. Sogar Dome Sztojay vergaß, als er einen Bericht über das Treffen in Kleßheim aus Berlin absandte, daß er „direkt ein Vorkämpfer des Antisemitismus" war, und schlug eine Lösung vor, die „die Möglichkeit einer Intervention von dritter Seite ausschloß"[15].

* In Nürnberg bestätigte Dr. Paul Otto Schmidt nicht nur, die Aufzeichnung selbst geschrieben zu haben, sondern wiederholte auch seine persönlichen Erinnerungen an dieses Zusammentreffen, so z. B. die Tatsache, daß nach Horthys Bemerkung: „Ich kann sie doch nicht erschlagen", eine Pause eintrat, bevor sich Ribbentrop einmengte. Ich kann daher nicht verstehen, warum Schmidt in seinem Buch „Statist auf diplomatischer Bühne" (S. 552/3) die Dinge so darstellt, daß Horthy, obwohl Hitler ihn (Schmidt) besonders aufgefordert hatte, anwesend zu sein („Der Horthy dreht mir sonst hinterher das Wort im Mund herum"), darauf bestanden habe, daß Schmidt den Raum verließ, so daß er feststellte, er wisse über die Unterhaltungen mit Horthy nichts Genaues, da er nicht zu dolmetschen hatte.

Edmund Veesenmayer, später Reichsbevollmächtigter in Ungarn, drückte sich noch pessimistischer aus, als er an Himmler schrieb, daß der einzige Punkt, in dem Horthy klar auf seiten des Reiches stehe, sein Haß gegen den Bolschewismus sei, während Kallay alle Maßnahmen gegen die Juden als ein an den Ungarn begangenes Verbrechen betrachte. Er schrieb auch, daß die ungarische Regierung jüdische Flüchtlinge in der Annahme beherberge, daß das Land so vor alliierten Luftangriffen geschützt sein werde[16].

Derartige Berichte von Veesenmayer und anderen SS-Agenten, die Ungarn als ein Judenparadies schilderten, stellen die Dinge falsch dar; in Wirklichkeit befanden sich die Juden in Ungarn in einer sehr schlechten Lage. Es war keine Rede davon, daß die jüdische Bevölkerung in Ungarn, wie Ribbentrop und Luther behaupteten, auf eine Million angeschwollen war, und die Zahl der Flüchtlinge betrug höchstens 16 000[17]. Die Flüchtlinge und etwa 200 000 bodenständige Juden lebten in äußerst dürftigen Verhältnissen und waren auf Unterstützungen vom „American Joint Distribution Committee" und von anderen Organisationen angewiesen[18].

Aber Veesenmayer war bei der Beschreibung der Haltung der Regierung Kallay gegenüber den Flüchtlingen nicht weit von der Wirklichkeit entfernt. Je kriegsmüder die Regierung wurde, um so mehr sah sie in der Ermöglichung einer internationalen Hilfe für die Juden eine Brücke für Verhandlungen mit den Alliierten. Das bezog sich hauptsächlich auf die Verbindungen des Budapester Zionistischen Hilfskomitees, des „Vaadat Ezra wa Hazalah" — kurz Vaadah (Komitee) —, in der Schweiz und in Konstantinopel. Später hat auch Himmler diese Brücke benützt[19].

Am 19. August 1943 sprach Kallay im Rundfunk über die Notwendigkeit des Friedens für Ungarn. Das Land war damals kaum mehr am Kriege beteiligt. Der einzige Druck, den Deutschland auf diesen merkwürdigen „neutralen" Staat ausüben konnte, war die Furcht der ungarischen Machthaber vor dem Bolschewismus. Paradoxerweise konnte Berlin Budapest erst wieder diktieren, als sich die deutschen Armeen auf dem Rückzug befanden. Am 16. März 1944 erpreßte Hitler von Horthy die Zusage, die Regierung Kallay zu entlassen; drei Wochen später erreichten die ersten russischen Patrouillen den Fuß der Jablonica, den historischen Karpatenpaß, der in die ungarische Tiefebene führt.

2. Die Deportierungen

Gelegentlich seines zweiten Besuches auf Schloß Kleßheim wurde Horthy 24 Stunden gefangengehalten und hatte so genug Zeit, um sich Hitlers ultimative Forderungen zu überlegen*. Hitler teilte ihm mit, daß die Regierung Kallay mit den Engländern in Verbindung stehe. Die Flugplätze um die Hauptstadt Budapest würden daher von deutschen Truppen besetzt werden. Horthy selbst würde von einem Reichsbevollmächtigten Aufträge entgegenzunehmen haben, und überdies werde es in Ungarn deutsche Sicherheitspolizei unter einem Höheren SS- und Polizeiführer geben. Der Auftrag, den Hitler SS-Gruppenführer Winkelmann erteilte, der für dieses Amt ausersehen wurde, war eindeutig. Er hatte „für die mit deutschen Kräften in Ungarn durchzuführenden Aufgaben der SS und Polizei, insbesondere für die polizeilichen Aufgaben auf dem Gebiete der Judenfrage" vorzusorgen [21].

In Nürnberg erklärte Edmund Veesenmayer**, der ehemalige Reichsbevollmächtigte, daß Winkelmann und dessen Chef Kaltenbrunner bereits alles fest in der Hand gehabt hätten, als er am 23. März 1944 in der Gesandtschaft in Budapest ankam [24]. Aber die Behauptung Veesenmayers, daß Winkelmann ihm nicht unterstand, ist in bezug auf die Deportierungen ohne Bedeutung, da diese von Eichmann, der sich im Hotel Majestic niedergelassen hatte, persönlich geleitet wurden. Veesenmayer und Winkelmann

* Dr. Paul Schmidt hat Hitlers Vorkehrungen zur Festhaltung Horthys beschrieben. Ein Fliegerangriff, einschließlich Vernebelung des Schlosses, wurde fingiert, die Telephonverbindung mit Budapest wurde „schwer getroffen" usw. Erforderlichenfalls wäre Horthy als Gefangener nach Budapest zurückgebracht worden. In Schmidts Darstellung ließ Horthy Festigkeit vermissen; Schmidt scheint der Meinung zu sein, daß Horthy durch entschiedenes Auftreten Hitler an die Wand gespielt hätte [20].

** Veesenmayer, ein SS-Standartenführer in der allgemeinen SS, war für diese Aufgabe besonders geeignet. Als Beamter des „Büros Keppler", Himmlers Verbindungsstelle zum Wirtschaftsministerium, war er in einem Sturmzentrum des nationalsozialistischen Expansionismus nach dem anderen tätig gewesen. 1943 hatte ihn Himmler ausgeschickt, um die slowakische sowie die ungarische Regierung zu veranlassen, die Judendeportationen wieder aufzunehmen. In der Zwischenzeit hatte Veesenmayer, obwohl er ein Beamter Himmlers war, im Auswärtigen Amt die Stellung eines „Bevollmächtigten für Irland" [22]. Kaltenbrunner nannte ihn im folgenden September in einem Brief an Ribbentrop abfällig einen „Stimmungsmenschen", bei dem sich eine tiefe Depression bemerkbar mache, die dazu führte, „daß er sich . . . mit ernsten Absichten trug, gemeinsam mit seiner Frau aus dem Leben zu scheiden" [23]. Obwohl er dem Massenmord die höchste diplomatische Sanktion gegeben hatte, wurden diese Umstände Veesenmayer schließlich zugute geschrieben, und am 31. Januar 1951 wurde die über ihn in Nürnberg verhängte Strafe von 20 Jahren Gefängnis auf 10 Jahre herabgesetzt. Ein Jahr später wurde er freigelassen.

spielten einfach die Rolle passiver Ja-Sager, als Himmlers Aufträge für die Verschickung der Juden ausgeführt wurden. Man hatte an Horthy die Erpressung verübt, daß er, wenn er schon nicht aktiv am Krieg teilnehme — was angesichts des russischen Vormarsches ohnehin wertlos gewesen wäre —, wenigstens 700 000 Juden aus dem Land entfernen lasse, bevor es Kriegsschauplatz wurde. Eichmanns Gehilfe Dieter Wisliceny hat ausgesagt, daß die für Ungarn bestimmte Einsatzgruppe der Polizei schon Anfang März mit fast allen Beamten von Eichmanns Dienststelle versammelt war — bezeichnenderweise im Lager Mauthausen [25].

Die Versetzung des ganzen Personals der geheimsten aller Geheimabteilungen für diesen Zweck zeigt die ungeheure Bedeutung, die die Zerstörung des ungarischen Judentums in Hitlers Plänen hatte.

Zum erstenmal seit seiner Bestellung zum Großinquisitor des europäischen Judentums hatte Eichmann nach seiner Ankunft in Budapest im März sozusagen mit offenen Karten zu arbeiten, da er mit dem ungarischen Ministerium des Innern in enger und ständiger Zusammenarbeit stehen mußte. Darum wird er in seiner Personalakte am 5. September 1944 mit dem — ihm sachlich gar nicht zustehenden — Titel „Bds. Ungarn" oder Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Ungarn belegt [26]. Hier sehen wir einen ganz anderen Eichmann am Werk als den vorsichtigen und schlauen Bürokraten, als den ihn Wisliceny beschrieben hatte: einen zynischen Trunkenbold und korrupten SS-Satrapen, der in aller Öffentlichkeit zusammen mit seiner eleganten Mätresse und seinen Reitpferden auftrat (siehe S. 30).

Am 20. März versammelte SS-Sturmbannführer Krumey von Eichmanns Wiener Amtsstelle die leitenden Funktionäre der Budapester jüdischen Gemeinde. Sie erfaßten so gut, worum es ging, daß sie gleich ihre Familien und ihr Gepäck mitbrachten. Nichtsdestoweniger wurde ihnen zugesichert, daß ihnen nichts geschehen und daß man auch die in der vorhergehenden Nacht am Budapester Hauptbahnhof verhafteten Juden freilassen würde. Am nächsten Tag, als Krumey und Wisliceny einen neuen „Judenrat" bestellten, an dessen Spitze Samuel Stern stand, ein allseits geachteter Mann, sprach alles dafür, daß man den Versprechungen der „Judensachbearbeiter" der Gestapo glauben würde, daß „alles so wie bisher weitergehen wird" [27].

Den wahren Stand der Dinge erfuhren die ausersehenen Opfer nicht von der Gestapo, sondern von der ungarischen Regierung. Der neuernannte Ministerpräsident Sztojay teilte seiner Regierung mit, daß Kaltenbrunner auf der Einrichtung von Ghettos in den wichtigsten ungarischen Städten und der Einführung des Judensterns bestehe. Horthy hatte Sztojay daraufhin gesagt, man solle ihm solche Verordnungen nicht zur Unterschrift vorlegen[28]. Kaltenbrunner verließ Budapest am 26. März, nachdem er noch drei Ernennungen durchgesetzt hatte, die nichts Gutes für die Juden verhießen. Zwei „Pfeilkreuzler" oder ungarische Nationalsozialisten, László Baky und László Endre, übernahmen die Leitung eines „Judenkommissariats" beim Innenministerium, und Major Ferenczy, der gleichfalls Pfeilkreuzler war, wurde Verbindungsmann zwischen dem SD und der ungarischen Gendarmerie.

Am 31. März hatte der Judenrat seine erste Unterredung mit Eichmann im Hotel Majestic. „Sie wissen nicht, wer ich bin? Ich bin ein Bluthund", erklärte Eichmann bei dieser Gelegenheit[29]. Andere Ohrenzeugen hatten den Eindruck, daß sich Eichmann weit vorsichtiger ausdrückte; insbesondere soll er darauf hingewiesen haben, daß er nirgends den Anstoß zu Hinrichtungen gegeben habe, außer wenn Juden mit Widerstandsbewegungen zusammenarbeiteten. Nachdem er den Mitgliedern des Judenrats die Versicherung gegeben hatte, daß sie ruhig in ihren Betten schlafen könnten, äußerte er den Wunsch, das Jüdische Museum und die Bibliothek zu sehen, Dinge, die ihn seit 1934 interessiert hätten (siehe S. 29).

In Wirklichkeit war sich Eichmann damals seiner Stellung nicht sicher. Einerseits schenkte Himmler Vorschlägen, die ihm von jüdischen Organisationen gemacht worden waren, Gehör — andererseits versuchte der ungarische Innenminister Jaross, Zeit zu gewinnen. Am 7. April gab Jaross die ersten Anordnungen für die massenweise Festnahme von Juden aus, ließ sie aber nur in den Gebieten durchführen, die verhältnismäßig wenig ungarische Bevölkerung hatten. Vor Gericht erklärte er nach dem Krieg, daß er angenommen habe, Horthy hätte gegen die Deportierung von „kommunistischen und galizischen Juden" nichts einzuwenden[30]. Diesem Grundsatz folgten die Razzien, die sich am 15. und 16. April in Ungvar (Uzhorod) und Munkacz in Karpatorußland und in Nagy-Kanizsa, in der Nähe der kroatischen Grenze, ab-

spielten, durchweg in Gegenden, die Teil der Kampfzone geworden waren.

Es dauerte einige Zeit, bevor die Regierung Sztojay mehr Energie aufbrachte. Am 15. April war Veesenmayer der Ansicht, man könne höchstens erwarten, daß man alle drei oder vier Tage etwa 5000 deportierbare Juden auftreiben werde. Zwei Tage später rechnete er damit, daß er im April 50 000 Juden für Arbeit im Reich zur Verfügung haben würde und im Mai weitere 50 000. Sztojay war immer noch der Meinung, daß er 100 000 bis 150 000 für Arbeiten im Lande werde zurückbehalten können[31]. Aber es gab einen Weg zur Durchkreuzung seiner Pläne. Baky, Endre und Ferenczy, die ihre Aufträge direkt von Eichmanns Kommando erhielten, brachten die gefangengenommenen Juden in so unzulänglicher Weise unter, daß sie eine untragbare Last für die Zivilverwaltung wurden — das war Heydrichs klassische Methode, in der Eichmann geschult worden war. Dr. Rezsö Kastner hat erzählt, daß ihm Wisliceny am 5. April die warnenden Worte sagte, Deportation könnte angeordnet werden, „wenn man das ungarischerseits — noch dazu über unseren Kopf hinweg — unmittelbar in Berlin fordern würde“[32].

Es ist unwahrscheinlich, daß Horthy den Auftrag zur Abschiebung der in Karpatorußland festgenommenen Juden nach Deutschland gab, da er ja, wie wir gesehen haben, Wert darauf gelegt hat, mit der ganzen Sache nichts zu tun zu haben. Laut Wisliceny kam Ferenczy schon am 20. April zu Eichmann in dessen Büro und bestürmte ihn, die Juden dem Innenministerium wegzunehmen; Wisliceny sagte, daß die deutschen Verkehrsbeamten im Nebenzimmer auf Eichmann warteten und daß Rolf Günther sofort dem Konzentrationslagerinspekteur Glücks drahtete, in Auschwitz alles für die Aufnahme bereitzumachen[33].

Ferenczy stellte die Sache nach dem Krieg (Januar 1946) vor Gericht so dar, daß Endre Eichmann und Wisliceny in der Zeit zwischen dem 24. und 28. April auf einer Inspektionsreise nach Kaschau, Ungvar, Munkacz und Marmaros-Sigeth begleitet habe. An jedem dieser Orte hatte man je 15 000 bis 25 000 Juden unter den fürchterlichsten Bedingungen in Ziegeleien zusammengepfercht. Wisliceny schlug vor, sie ins Landesinnere zu bringen, aber Endre wendete ein, daß für sie dort nirgends Platz sei. Eichmann habe ihn dann dazu überredet, sie lieber nach Deutschland

schaffen zu lassen. Eichmann schob in einer Unterredung mit dem Judenrat später alle Schuld auf Endre, „der die Juden mit Paprika fressen wolle" [34].

Als Veesenmayer am 24. April an Ribbentrop über das Ergebnis der Razzia berichtete, schrieb er, daß vom 15. Mai an täglich tausend Juden nach Auschwitz geschafft werden würden [35]. Vom Verbleiben irgendwelcher Juden in Ungarn enthält sein Bericht nichts, außer daß er davon spricht, daß man mit den „50 000 Arbeitsjuden aus dem Raum um Budapest", die Sztojay Berlin versprochen hatte, etwas warten wolle. Diese Juden hatte Horthy offenbar im Sinn, als er am 28. April dem protestantischen Bischof Ravasz sagte, daß die nach Deutschland geschafften jüdischen Arbeitskompanien die Stellung, die sie in Ungarn hatten, beibehalten würden [36]. Aber am Tage vorher hatte Kaltenbrunner Veesenmayer dahin unterrichtet, daß die von Horthy in bezug auf die Budapester Juden gestellten Bedingungen unannehmbar seien. „Ein offener Arbeitseinsatz" in Betrieben des Reiches würde „die bereits abgeschlossene Entjudung des Reichsgebietes illusorisch machen". Die Budapester Juden müßten daher in Arbeitslagern untergebracht werden, deren Verwaltung Himmler unterstehe [37].

Am 5. Mai, als die Zahl der Festgenommenen 200 000 erreicht hatte, berichtete Veesenmayer über eine in Wien abgehaltene „Fahrplankonferenz", bei der die Vertreter der Reichsbahn der Sicherheitspolizei die Bereitstellung von Zügen zusagten, die den täglichen Transport von 12 000 Juden in vier Zügen nach Deutschland ermöglichen würden [38]. Das war viermal so viel, wie man am 24. April im Sinne gehabt hatte — eine Andeutung dafür, daß die Selektion für die Arbeit nunmehr in Deutschland vor sich gehen würde.

Wahrscheinlich hat Hitler bald nach seiner erfolgreichen Erpressung an Horthy am 16. März Himmler entsprechende Aufträge gegeben. Man kann das schon daraus schließen, daß er am 9. April zu Feldmarschall Milch, dem Generalinspekteur der deutschen Luftwaffe, äußerte, daß Himmler 100 000 ungarische Juden für den Bau von unterirdischen Flugzeugfabriken zu finden habe [39]. An sich war das angesichts der konzentrierten alliierten Bombenangriffe auf deutsche Flugzeugfabriken, die am 19. Februar eingesetzt hatten, eine ganz plausible Absicht, aber wie

wir noch sehen werden, wurde der „Jägerplan", wie vorher das Buna-Projekt von 1943, nur zur Tarnung eines Judenmassakers benützt. Um 100 000 „Jäger-Arbeiter" zu finden, mußte man 400 000 ungarische Juden zur „Aussortierung" nach Birkenau schleppen!

Berichte von Auschwitzer Überlebenden besagen, daß dort schon im April Vorbereitungen für die Aufnahme der ungarischen Juden getroffen wurden. Gleichzeitig erhielt der „Vaadah" in Budapest aus Preßburg die Nachricht, die Krematorien in Auschwitz würden ausgebessert und renoviert. Die SS-Wachen in Auschwitz sollen damals geäußert haben, daß sie „bald feine ungarische Salami essen" würden. Die jüdischen Vertreter in Budapest, die die Verhandlungen mit Eichmann zu führen hatten, waren denn auch niemals im Zweifel über den Bestimmungsort der Deportationszüge[40].

Ein Transport war in Auschwitz schon am 28. April eingetroffen, 17 Tage vor der Hauptaktion. Die Opfer waren etwa tausend Budapester Juden, die seit dem 19. März unter den verschiedenartigsten Vorwänden in der Kistarcsa-Kaserne festgehalten worden waren. Im Falle dieser „politischen" Deportierten kam es offenbar zu keiner Selektion für die Gaskammern[41]. Bis Ende Juni gab es in Budapest kaum Massenrazzien, und wenn man von der Verpflichtung zum Tragen des Judensterns absieht, war das Leben für die meisten Budapester Juden damals kaum ärger als unter Bardossy oder Kallay, obwohl die Lage der Juden in den Grenzgebieten an den Karpaten täglich verzweifelter wurde.

Am 15. Mai, als die Hauptdeportationen einsetzten, berichtete Baky, daß 320 000 Juden in Lagern und Ghettos östlich der Theiß konzentriert seien[42]. In Munkacz, wo man 30 000 Juden in einem Lager und einigen der schlechtesten Straßen der Stadt zusammengetrieben hatte, war bereits eine Typhusepidemie ausgebrochen. In den siebenbürgischen Städten Klausenburg und Nagy Varad (Großwardein) war es kaum viel besser. Die ersten Deportationszüge waren deshalb zum Bersten voll; von Thadden konnte berichten, daß man innerhalb von 9 Tagen 116 000 Juden „zur Verladung gebracht" habe. Täglich gingen vier Züge, deren jeder 45 Viehwagen führte, ab. Es wurden 80 und mehr Personen in einen Viehwagen gepfercht[43]. Eichmann sagte Dr. Kastner, daß

die „Verladung" von 90 Personen in einen Wagen einfach darauf zurückzuführen sei, daß die karpatorussischen Juden viele Kinder hätten, die wenig Platz beanspruchten; „auch wären die Juden in diesem Landesteil wenig anspruchsvoll" [44].

Auf diese Weise wurden bis zum 30. Juni 380 000 Juden deportiert. In Karpatorußland, das jetzt zur Sowjetukraine gehört, in der Ostslowakei, die wieder Bestandteil der Tschechoslowakei ist, und in den wieder an Rumänien abgetretenen Bezirken Siebenbürgens blieb nur ein Viertel oder ein Fünftel der jüdischen Bevölkerung am Leben. Nicht viel anders war es in „Trianon-Ungarn" östlich der Theiß. Die Razzien wurden von ungarischer Gendarmerie allein durchgeführt, die auch in obszönster Weise Leibesvisitationen bei Frauen vornahm, um versteckten Schmuck zu finden; darüber hat sich der Bischof von Szeged bei Horthy beschwert [45]*. Sztojay hat nachher behauptet, daß er niemals solche Aufträge an Jaross und Baky gegeben habe und daß General Faragho eine scharfe Rüge erhielt, weil er die Unabhängigkeit der ungarischen Gendarmerie geopfert hatte. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß es Ungarn waren, die diese schändlichen Dinge auf dem Gewissen haben und daß die Juden, die zu überleben vermochten, dies meist nur der Bestechlichkeit der ungarischen Organe danken [47].

Eichmanns Gehilfen Wisliceny, Krumey, Nowak und Hünsche hatten keine deutsche Polizei zur Hand, als sie mit ihrem Mordhandwerk begannen. Willi Höttl, der in enger Verbindung mit Eichmann während dessen Wirksamkeit in Budapest stand, berichtet weiter, daß auch nur sehr wenig ungarische Gendarmen zur Verfügung standen. Das Zusammentreiben der Juden für die einzelnen Transporte blieb so weitgehend Sache der Judenräte [43].

Es ist fast unglaublich, daß die jüdischen Gemeinden in Karpato-

* Die Suche nach Schmuck spielte sich im Anfang allerdings recht oberflächlich ab. Der deutsche Gesandte in der Slowakei, Ludin, beschwerte sich bei von Thadden, daß drei Zugladungen mit Deportierten, die die slowakische Grenze am 24. Mai überschritten, auf der Bahnstation Kysak einige Stunden lang aufgehalten worden seien; inzwischen hätten die als Wachmannschaft mitfahrenden deutschen Soldaten den Juden den von diesen versteckten Schmuck abgenommen und den Erlös dazu benutzt, um sich in der Bahnhofswirtschaft einen Rausch anzutrinken. Als die Züge ihre Fahrt fortsetzten, hätten die Juden die Wertgegenstände, die sie bis dahin zu verbergen vermochten, auf die Strecke geworfen. Von Thadden befahl Hezinger, dem Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes zum Kommando Eichmann, eine Erhebung durchzuführen, und teilte dann Ludin am 6. Juni mit, daß die slowakische Beschwerde unbegründet sein müsse, da in Ungarn Leibesvisitationen vorgeschrieben seien [46]. (Siehe auch Fußnote Seite 138.)

rußland, in deren Nähe sich die galizischen Massaker der Jahre 1942 und 1943 abgespielt hatten, noch 1944 genau so fatalistisch und in ihr Schicksal ergeben waren wie vorher die galizischen Juden. Die Deportationszüge überschritten bei Preschov (Eperies) die slowakische Grenze und rumpelten dann auf menschenverlassenen Nebenlinien durch waldreiche Karpatentäler Auschwitz zu. Flucht aus dem Zug kann nicht allzu schwer gewesen sein, aber nur wenige Fluchtversuche wurden unternommen*.

Die Zählung, die in den Transporten im Augenblick ihrer Auslieferung an die SS gemacht wurde, deutet auf eine Gesamtzahl von 381 600 bis zum 30. Juni deportierter Juden. Diese Zahl erscheint verläßlicher [49] als die weithin schwankenden Angaben der ungarischen Gendarmerie: 615 378 von Endre „festgestellte" Deportierte zum 21. Juni und 434 351 von Ferenczy zum 8. Juli „gezählte" [50]. Abgesehen von jenen 9000 westlich der Theiß beheimateten Juden, die man nach Österreich schaffte, und den wenigen Tausenden, die direkt nach Stutthof oder anderen deutschen Konzentrationslagern gegangen sein mögen, wurde die große Masse nach Auschwitz deportiert. Inzwischen eingetretene Grenzverschiebungen erschweren eine verläßliche Schätzung der Zahl der Überlebenden. Soweit die Opfer als „vermißt" geführt werden, ist es unmöglich festzustellen, wie viele von ihnen in der Gaskammer den Tod gefunden haben. Aber eine Bemerkung in von Thaddens Denkschrift vom 26. Mai, daß „etwa ein Drittel der abtransportierten Juden arbeitseinsatzfähig" sei, ist nach dieser Richtung recht aufschlußreich [51].

Am gleichen Tag — dem 26. Mai — fand eine Besprechung zwischen SS-Obergruppenführer Heinz Kammler und dem Rüstungsminister Albert Speer statt, bei der von der Ankunft der für die Projekte „Dorsch" und „Jäger" bestimmten ungarischen Juden die Rede war [52]:

Speer: „Was ist mit den ungarischen Juden?"

* Man muß hier vielleicht in Betracht ziehen, daß schon die Judengesetzgebung der Regierungen Bardossy und Kallay das Leben in den überfüllten jüdischen Gemeinden der ungarischen Landstädte zur Qual gemacht hat und daß die meisten der Deportierten durch Jahre unterernährt gewesen waren. Christopher Burney sagt in seiner erschütternden Schilderung „The Dungeon Democracy" („Die Demokratie des Kerkers"), daß die physische Widerstandskraft der ungarischen Juden in Buchenwald selbst im Vergleich mit der der Juden aus Polen und den baltischen Staaten niedrig war. „Auch moralisch scheinen sie dem nationalsozialistischen Prozeß der Entmenschlichung mehr verfallen gewesen zu sein als die anderen" (Burney, Seite 67).

Kammler: „Die sind im Laufen. Ende des Monats kommen die ersten Transporte für die oberirdischen Bunkerwerke."

Speer fand das so enttäuschend, daß er gleich vorschlug, mit Hilfe einer Sonderaktion 90 000 Ostarbeiter in „Schutzhaft" zu nehmen. Schließlich machte Fritz Schmelter, ein Ministerialdirektor des Rüstungsministeriums, folgende Bemerkung:

„Dazu darf ich folgendes sagen: Bisher sind zwei Transporte angekommen, die in das SS-Lager Auschwitz gekommen sind. Angeboten wurden für die Jägerbauten nur Kinder, Frauen und Greise, mit denen sehr wenig anzufangen ist. Wenn nicht die nächsten Transporte Männer im arbeitsfähigen Alter bringen, dürfte die ganze Sache nicht sehr erfolgreich werden."

Kammler hielt es für unwahrscheinlich, daß man 100 000 Juden aus Ungarn bekommen könne. Er wußte wohl, daß Pohl eben an Himmler berichtet hatte, die Hälfte jener ungarischen Juden, die die Selektion in Auschwitz überlebt hatten, seien weiblichen Geschlechts, und daß Pohl sie, da keine für Frauen geeignete Arbeit da war, einfach für von der Organisation Todt durchzuführende anstrengende Bauarbeiten zugeteilt hatte, die normalerweise Männern vorbehalten waren. Himmler war der Ansicht — und Pohl glaubte, daß er das ernst meinte —, die Frauen würden die Arbeit bei einer gesunden Ernährung mit „Rohkostgemüse" leisten können. „Vergessen Sie ja nicht die Einfuhr von Knoblauch in ausreichender Menge aus Ungarn[53]." Die Frauen fanden also keine Verwendung für den „Jägerplan", sondern wurden nach Polen und Ostpreußen geschickt, wo sie unter den grauenhaftesten Verhältnissen Panzerfallen bauen mußten[54].

Feldmarschall Milch bestätigte, daß es unmöglich war, die Juden aus Ungarn in größerem Umfang im Rahmen des „Jägerplans" zu beschäftigen. Ein Bericht vom 27. Juni zeigt, daß man 12 000 Jüdinnen aus Ungarn angefordert hatte und daß die SS sie zu diesem Zeitpunkt erst in Gruppen von je 500 abzuliefern begann[55]. Diese Frauen wurden offenbar den Kruppwerken in Westdeutschland zugeteilt.

Alfried Krupp von Bohlen und Halbach erfreute sich besonderer Privilegien in bezug auf Arbeitskräfte aus Konzentrationslagern. Als 1943 die Firma Friedrich Krupp A.G. uneingeschränkt in seine Hände kam, baute er bereits Fabriken in den Lagern Auschwitz

und Wustergiersdorf. Im Juli des Jahres gestattete man ihm, Juden aus Auschwitz für die Arbeit im Berthawerk nach Essen zu bringen — eine bemerkenswerte Ausnahme von der am 26. November 1942 erlassenen Vorschrift, die alle von Juden zu leistende Arbeit auf Auschwitz und Lublin beschränkte. Die ungarischen Jüdinnen wurden dem Elmagwerk in Essen, den Südwerken in Nürnberg und einer Anzahl von Kruppschen Betrieben zugeteilt. In Essen waren 520 von ihnen in einem Keller unter Verhältnissen untergebracht, die nach der Beschreibung, die der Werkarzt Wilhelm Jäger in der Verhandlung in Nürnberg gab, kaum besser gewesen sind als in einem polnischen Todeslager[56]. Es ist dem Gericht auch nicht gelungen, etwas über das Los der 1500 ungarischen Jüdinnen festzustellen, die im März 1945 von Essen nach Bochum evakuiert worden waren*.

Die männlichen Juden wurden, soweit möglich, bei der Aushebung des Grundes für sechs riesenhafte, unterirdische Hangars beschäftigt — das war der sogenannte „Dorschplan". Fritz Schmelter, der im Prozeß Milch als Zeuge gehört wurde[57], gab an, es wären trotz Milchs anderslautender Darstellung doch hunderttausend gewesen, für deren Bewachung man zehntausend Soldaten von der Ostfront hätte abziehen müssen. Im gleichen Sinne äußerte sich Himmler im folgenden Dezember dem ungarischen Minister des Innern Gabor Vajna gegenüber gelegentlich eines Besuches in Budapest. Die ungarischen Juden, sagte Himmler, hätten eine Ausweitung des „Jägerplans" für den Bau von Jagdflugzeugen um 40 v. H. möglich gemacht[58].

Es gab tatsächlich 1944 ungarische Juden in Mühldorf, Kauffering, Schwarzheide und anderen Flugzeugfabriken, aber diese völlig verhungerten und geschwächten Überlebenden der Karpatenghettos klappten unter den unmenschlichen Arbeitsverhältnissen

* Obwohl Alfried Krupp zu zwölf Jahren Gefängnis mit Wirkung vom 11. April 1945 verurteilt worden war, wurde er bereits am 4. Februar 1951 zusammen mit allen seinen Mitangeklagten auf freien Fuß gesetzt. Der damalige amerikanische Hohe Kommissar McCloy begründete das seinerzeit damit, daß er im Einvernehmen mit seinem britischen und französischen Kollegen das Ausmaß der abgebüßten Strafen den über andere deutsche Industrielle, die Sklavenarbeiter verwendet hatten, verhängten Strafen anpassen wollte. Aus dem gleichen Grund wurde die Einziehung des Kruppschen Vermögens aufgehoben, und dieses nur den Beschränkungen des Kontrollratsgesetzes über die Neuorganisation der Ruhr-Kohlen- und Stahlindustrie unterworfen. Es dauerte weitere 18 Monate, ehe die alliierten Entflechtungsfachleute die Natur dieser Beschränkungen bekanntgaben. Krupp durfte nicht länger ein Konzernkönig sein, aber sein auf 450 bis 600 Millionen DM geschätztes Vermögen wurde ihm unvermindert zurückgegeben.

dieser unterirdischen Höllen einfach zusammen. Eine Gruppe von ihnen wurde, wie Christopher Burney berichtet, nach Buchenwald zurückgebracht und von dort nach Auschwitz zur Vergasung geschickt. Die meisten von ihnen wurden aber von Lager zu Lager gestoßen, um im April 1945 entweder in der Hölle von Belsen oder im „Kleinen Lager" in Buchenwald ein grauenhaftes Ende zu finden*.

Einiges ist über das Schicksal jener bekannt, die nicht über Birkenau hinausgelangten. Die vorliegenden Angaben enthalten allerdings eine Reihe von Widersprüchen. Im Februar löste SS-Sturmbannführer Richard Bär den verhältnismäßig „milden" Arthur Liebehenschel als Befehlshaber des Lagers Auschwitz ab. Im April erfuhr Dr. Lingens-Reiner vom „Lagerältesten" Heinrich Schuster, daß die ungarische Aktion in Vorbereitung war. Für den Lagerleiter von Birkenau, SS-Hauptsturmführer Hartjenstein, einen Österreicher, war das offenkundig zuviel[60]. Er wurde am 15. Mai mit dem Kommandanten von Natzweiler, Josef Kramer, der berüchtigten „Bestie von Belsen", ausgetauscht — Kramer bereitete die Anwesenheit bei Selektionen weiter keine seelischen Beschwerden**. Aber das Unternehmen war in so riesenhaften Ausmaßen geplant, daß diese Änderungen nicht genügten. Ende Juni kehrte Höss aus Oranienburg als „Platzkommandant" zurück. Obwohl er in den nächsten vier Monaten in Auschwitz stationiert war, fuhr er von dort immer wieder nach Budapest, um alle Einzelheiten mit Eichmann zu besprechen. Das Programm der Deportierungen aus Ungarn hatte den Decknamen „Aktion Höss".

Noch eine andere bedeutsame Änderung trat im April 1944 ein: eine Zweiglinie der Bahn wurde in den Raum zwischen den durch Stacheldraht voneinander abgeschlossenen Lagern für Männer und Frauen geführt. Das machte das Ausladen der Züge in einer Entfernung von etwa 200 Metern von den Krematorien möglich. Von der Schneiderei im Frauenlager konnte man alles genau ver-

* Oberstleutnant Yeo-Thomas von der britischen Luftwaffe, der vom November 1944 bis April 1945 im Lager Rehmsdorf, einem Nebenlager von Buchenwald, arbeitete, nennt es ein „Judenausrottungslager", obwohl es nach außenhin dazu bestimmt war, jüdische Arbeitskräfte für den „Jägerplan" bereitzustellen[59].

** Hartjenstein wurde am 5. Juni 1946 in Wuppertal zum Tode verurteilt. Der gegen ihn von den Franzosen geführte zweite Prozeß in Metz bestätigte dieses Urteil, aber erst 8 Jahre später — am 2. Juli 1954.

folgen, was zur Selektion gehörte, das „Mädchenorchester"*, die zur Täuschung der Ankömmlinge angelegten Blumenbeete und die Arbeitsgruppe älterer Frauen, die die Säuglinge zu entkleiden hatten [61] (siehe S. 122 u. 168). Die beiden jüdischen Sonderkommandos, die die Gaskammern zu bedienen hatten, wurden von 224 Mann — so viele waren am 11. Mai im Lagerverzeichnis geführt — auf mindestens 860 Mann verstärkt [62]. Das „Kanada-Kommando", das die Beute zu sichten hatte, wurde gleichfalls verstärkt, und fast das ganze ehemalige Dorf Birkenau wurde als zusätzliches Warenlager eingerichtet [63]. Nichtsdestoweniger konnte der ganze Apparat einen täglichen Zuwachs von 12 000 bis 14 000 Personen, wie er in der Zeit zwischen dem 15. und 24. Mai die Regel war, nicht bewältigen.

Nach der Aussage von Höss und den Feststellungen der polnischen Untersuchungskommission konnten die vier neuen Krematorien täglich 12 000 Leichen verbrennen, aber das scheint wenig glaubwürdig [64]. Höss hat auch erklärt, daß die Gaskammern nur an einem einzigen Tag (offenbar nicht vor dem Juli 1944) mehr als 10 000 Opfer zu bewältigen hatten [65]. Bis dahin hatte man die volle Leistungsfähigkeit aller vier Krematorien noch gar nicht untersucht. Als man es tat, war man mit ihr nicht zufrieden (siehe S. 167). Es erwies sich als unmöglich, den üblichen Anteil von zwei Dritteln oder drei Vierteln eines zahlenmäßig so riesigen Zuwachses zu vergasen. Infolgedessen war zuerst Birkenau mit aus Ungarn verschleppten Juden überfüllt, die man nicht ins Lagerverzeichnis aufnahm, sondern auf die Überführung in andere Lager warten ließ. Sie füllten die neue Abteilung für Frauen C II oder „Mexiko", die halbfertige Männerabteilung B III und Teile des alten Lagers, in dem die Ungarn bald die Zweidrittelmehrheit hatten. Dr. Nyiszli zufolge hat es in „Mexiko" allein gewöhnlich 50 000 Jüdinnen aus Ungarn gegeben [66].

Nach und nach, als die große Masse der Neuankömmlinge wieder zusammenschmolz, begannen die Gaskammern ihre „nor-

* Der „Totentanz", der in der Erzählung so vieler Überlebender von Auschwitz die Ankömmlinge am Platz der Selektion begrüßte, mag eine wesentlich prosaischere Erklärung haben. Dr. Ella Lingens-Reiner berichtet, daß das „Mädchenorchester" von der bekannten Wiener Musikerin Alma Rosé geschaffen wurde, die im Winter 1943 im Frauenlager Birkenau starb. Zum Zeitpunkt der Deportierungen aus Ungarn pflegte das Orchester auf der Wiese vor der Krankenabteilung des Frauenlagers an zwei Nachmittagen der Woche Unterhaltungsmusik zu spielen. Oft sah Dr. Lingens-Reiner, wie die Deportierten, als der Zug langsam einfuhr, der Musik lauschten [60a].

male" Tagesquote zu fordern. Große zusätzliche Verbrennungsgruben im Anschluß an die Krematoriumsgebäude wurden ausgehoben. Das „Weiße Haus", eines der beiden ursprünglich in Betrieb genommenen Krematorien oder „Kleinen Häuser" aus der Zeit von 1942, wurde neu instand gesetzt; dort wurden jene, die man nachher zur Erschießung zu einem neuen Hinrichtungsplatz im Wald führte, zunächst einmal aller ihrer verbliebenen Habseligkeiten beraubt[67]. Auf diese Weise gelang es, die Zahl der Morde noch über eine Tagesquote von 6000 zu steigern, aber es erwies sich als sehr schwer, die Verbrennungen im Freien irgendwie zu tarnen, da die Flammen und der Rauch vom ganzen Lager durch Wochen gesehen werden konnten. Ein eben ankommender ungarischer Transport sah einmal eine Wagenladung mit halbverbrannten Leichen[68]. Die Machthaber im Lager waren durch diese Dinge recht beunruhigt. Am 16. Juni besprachen Höss, Maurer und Oswald Pohl die Möglichkeiten für die Erbauung von drei weiteren Krematorien. In der Zwischenzeit wollte man die aus Baumstämmen bestehende Tarnwand rund um die Gaskammern auf die doppelte Stärke bringen[69]. Aufnahmen, die ein Lagerinsasse machte und die die Leichengruben mit dem Sonderkommando an der Arbeit zeigen, sind erhalten geblieben[70].

Nach der Schätzung von Höss wurden im Sommer 1944 400 000 Juden aus Ungarn vergast, doch scheint diese Zahl viel zu hoch gegriffen zu sein. Man kann aber annehmen, daß innerhalb einer Zeitspanne von nicht mehr als 46 Tagen, als die Todesfabrik auf vollen Touren lief, 250 000 Menschen entweder vergast oder erschossen wurden. Manchmal drangen Nachrichten aus Auschwitz in die Außenwelt. So wurde am 19. März ein Kurier der polnischen Sozialisten (PPS) in Ungarn verhaftet; man fand bei ihm Berichte aus dem Lager Auschwitz. Am 7. April gelang den zwei slowakischen Verfassern des vom „War Refugee Board" herausgegebenen Berichtes die Flucht aus Birkenau nach Preßburg[71]. Aber nur langsam sickerten die Nachrichten über die Vernichtung des ungarischen Judentums durch, und erst Anfang Juli, als mehr oder weniger alles vorüber war, konnte die alliierte und neutrale Presse über die Massenvergasungen berichten. Wäre das früher der Fall gewesen, hätten vielleicht 200 000 oder noch mehr Juden Ungarn nicht verlassen müssen.

3. Das Ende der Deportationen nach Auschwitz

Die Deportierung ungarischer Juden nach Auschwitz fand ein jähes Ende, bevor viel mehr als die Hälfte des Programms abgewickelt werden konnte. Zum Teil war das darauf zurückzuführen, daß Horthy nun, bedroht von den Alliierten und unter dem Druck sowohl von seiten neutraler Staaten als auch von seiten seines eigenen Klerus, energischer auftrat. Teilweise war das auch die Auswirkung des unterirdischen Kampfes, den Himmler gegen Hitler und Kaltenbrunner im Zuge eines Versuches führte, die Juden, die zu töten man ihm befohlen hatte, einfach zu verschachern.

Der ungarische Widerstand versteifte sich in dem Augenblick, als Westungarn und Budapest von Deportationen bedroht wurden. Es war immer wieder die alte, tieftraurige Geschichte. Die „galizischen Juden", die in einer fremden Umgebung ihr Eigenleben führten, jiddisch sprachen und sich selbst instinktiv in Ghettos zurückzogen — für die hatte niemand etwas übrig. Sie waren nichts als ein Ballast, den man leichten Herzens opferte, um sich dadurch in Berlin lieb Kind zu machen. Aber selbst ungarische Bewunderer Hitlers begannen zu zögern, sobald es daran ging, „magyarisierte" Juden den Nationalsozialisten zum Opfer darzubringen. Eichmann hatte jedoch niemals die Absicht, sich mit den ihm von Horthy und Sztojay angebotenen 50 000 Juden aus der Gegend von Budapest zufriedenzugeben. Als von Thadden am 26. Mai über seine Reise nach Budapest Bericht erstattete, schrieb er, daß die ganze jüdische Bevölkerung innerhalb eines Monats auf eine Donauinsel oberhalb Budapests gebracht werden würde[72], obwohl der Judenrat damals immer noch den Versicherungen glaubte, daß man nur die „Ostjuden" aus Ungarn abzuschieben beabsichtige. Von Thadden war mit der schleppenden Behandlung der Angelegenheit nicht zufrieden. Am Tage der alliierten Invasion des Kontinents, am 6. Juni 1944, sprach er sich dahin aus, daß es im Falle einer großangelegten Invasion besser wäre, die Frage der Budapester Juden „schlagartig" zu regeln, solange die alliierte Presse keinen Raum hatte, den sie ihr hätte widmen können[73]*.

* Von Thadden war nicht der einzige, der sich darüber den Kopf zerbrach, wie sich die Invasion auf die Endlösung auswirken würde. Er hatte namens des Auswärtigen

Die Wilhelmstraße mag Bedenken gehabt haben, aber das ungarische Ministerium des Innern erhielt auf dem Umweg über Veesenmayer und Winkelmann immer noch Aufträge von Eichmanns Kommando. So wurde am 15. Juni angeordnet, daß alle Budapester Juden in 2681 besonders bezeichnete Häuser umziehen müßten — der vierzehnte Teil des Gesamtwohnraumes von Budapest für ein Fünftel der Bevölkerung. Die „Judenhäuser" bildeten kein zusammenhängendes Ghetto, da der Stadtrat sich durch Sendungen des britischen Rundfunks überzeugen ließ, daß eine solche Regelung zur Bombardierung bestimmter Bezirke der Stadt führen würde[75]. Den nächsten Schritt bildete eine Reihe von Verfügungen und Straßenverboten, die dazu bestimmt waren, die Juden auf ihre neuen Behausungen zu beschränken. Das machte den Weg für die ersten Razzien frei, die in den ersten Julitagen in den Vororten westlich der Donau einsetzten und zur Internierung von 17 500 Juden in den Budakalcz-Kasernen führten. Aber nach all diesen Vorbereitungen ging am 8. Juli ein einziger Deportationszug nach Auschwitz ab. Etwas Unerwartetes hatte sich zugetragen. Mit der Begründung, daß Baky versucht habe, den Reichsverweser zu stürzen, entwaffnete General Lakatos an diesem Tage die ungarische Gendarmerie, und Baky und Endre hielten es für geboten, der Entscheidung Horthys, durch die sie auf unbefristeten Urlaub geschickt wurden, keinen Widerstand entgegenzusetzen[76].

Auf diese Weise hatte sich der passive und senile Horthy doch zu einem Eingreifen entschlossen, was wohl vor allem auf die Initiative des päpstlichen Nuntius, Mgr. Angelo Rotta, zurückzuführen war, der Sztojay am ersten Tag der Deportationen darauf

Amtes einem phantastischen Projekt Rosenbergs Unterstützung geliehen, das auf die Einberufung eines antijüdischen Kongresses nach Krakau hinauslief. Vertreter der Achsenländer und ihrer Vasallen sollten dort im historischen Wawel-Schloß einen feierlichen Eid leisten, alle Juden aus Europa zu entfernen. Am 12. Juni schrieb Martin Bormann aus dem Führerhauptquartier an Rosenberg:

> „Gestern habe ich Ihr Schreiben vom 7. d. M. dem Führer übergeben, der mich beauftragt hat, Ihnen mitzuteilen, daß alles dafür spricht, daß der Kongreß in diesen Tagen, da sich das Schicksal der Nation entscheidet, unbemerkt bleibt. Der Führer wünscht daher, daß ich Sie ersuche, von der Einberufung des Kongresses bis zur Herausgabe neuer Weisungen abzusehen."

Nichtsdestoweniger ließ Rosenberg am 28. Juni Einladungen zum Kongreß verschicken, der für den 5. September einberufen wurde. Der Engländer John Amery und der Mufti von Jerusalem waren als Gäste gemeldet. Das Projekt wurde erst einen Monat später endgültig aufgegeben[74].

aufmerksam gemacht hatte, daß die ganze Welt genau wissen würde, was sie zu bedeuten hätten. Am 25. Juni übergab Rotta Horthy einen Brief, der trotz aller vorsichtigen Formulierungen doch so etwas wie einen Protest des Papstes darstellte. Das hat offenbar auf Horthy mehr Eindruck gemacht als die Vorstellungen der ungarischen Bischöfe, die weniger gegen die Deportierungen selbst als gegen die sie begleitenden Grausamkeiten protestierten. So war der Hirtenbrief des Fürsterzbischofs Seredi eine recht langatmige Angelegenheit, die sich hütete, die Deportationen beim richtigen Namen zu nennen. Erst hielt man die Veröffentlichung des Hirtenbriefes zurück, und am 8. Juli wurde er auf Grund der Zusicherung, daß es zu keinen weiteren Deportationen aus Budapest kommen werde, überhaupt widerrufen[77]. Diese Tatsache spricht ebenso wie Eugene Levais gesammeltes Material dafür, daß die Bischöfe höchstens dazu bereit waren, ihren Einfluß von der Kanzel herab geltend zu machen, falls es sich um „magyarisierte" Juden handelte, von denen viele getauft waren. Man darf auch nicht übersehen, daß die uneingeschränkte Mitwirkung der Gendarmerie bei der Aussiedlung der Juden niemals möglich gewesen wäre, wenn die Kirche in der Vergangenheit den Antisemitismus klar und deutlich abgelehnt hätte.

Seit den Vorgängen in Kleßheim im März, als Horthy praktisch 24 Stunden lang in Haft war, ließ er eine Regierung schalten und walten, die man ihm aufgezwungen hatte. Der von ihr erlassenen Gesetzgebung verweigerte er die Unterschrift in der Annahme, dadurch deren Gewicht in den Augen der Öffentlichkeit untergraben zu können. Schon Mitte Juni hatte er dem General Lakatos, dessen defaitistische Anwandlungen zu einer deutschen Forderung geführt hatten, ihm den Befehl über die Erste Armee abzunehmen, den Posten des Ministerpräsidenten angeboten[78]. Lakatos schien es, als ob der Augenblick dazu noch nicht reif sei, aber am 21. Juni kritisierten sogar die Mitglieder der Regierung Sztojay einen Bericht über die Deportationen, den Endre unterbreitet hatte. Zusammen mit der Botschaft des Papstes gab das Horthy den Mut, in einer am 26. Juni abgehaltenen Regierungssitzung General Faragho anzugreifen und die Abberufung Bakys und Endres zu verlangen[79].

Die Botschaft des Papstes war der Ausgangspunkt eines weltweiten Appells an das Gewissen des Reichsverwesers. Am 26. Juni

ließ der amerikanische Staatssekretär Cordell Hull durch die Schweizer Gesandtschaft eine Note zustellen, in der Repressalien gegen die für die Deportierungen Verantwortlichen angedroht wurden[80]. Sztojay versandte unmittelbar darauf ein Rundschreiben an alle Gesandtschaften, in dem behauptet wurde, die Deportationen würden sich durch nichts von dem normalen Arbeitsdienst unterscheiden, den Fremdarbeiter im Reich leisteten. Angesichts der durch die amerikanische Note geschaffenen Lage drohte Jaross in der Kabinettssitzung am nächsten Tage zunächst mit dem Rücktritt und stimmte dann zu, daß getaufte Juden nicht in die Deportationen einbezogen werden sollten. Das wurde zwar an Mgr. Rotta, offenbar aber nicht an Veesenmayer weitergegeben[81].

Der Note Cordell Hulls folgten die konkreten Vorschläge des Königs von Schweden, die den ungarischen Juden zur Auswanderung verhelfen sollten (siehe S. 500). Diese Vorschläge wurden durch Raoul Wallenberg, einen ungeheuer mutigen und hilfsbereiten jungen Mann, überbracht, der seinen guten Willen mit einem bisher unaufgeklärt gebliebenen Martyrium bezahlen sollte. Das Anerbieten König Gustavs V. wurde am 5. Juli durch einen persönlichen Appell unterstützt, den Professor Karl Burckhardt, Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, an Horthy ergehen ließ:

> „Die zu unserer Kenntnis gebrachten Dinge scheinen uns in so vollkommenem Widerspruch zu den Kavaliers-Traditionen des großen ungarischen Volkes zu stehen, daß es uns schwerfällt, auch nur einem Bruchteil der Informationen Glauben zu schenken, die wir erhalten. Im Namen des Internationalen Roten Kreuzes wage ich es, Eure Hoheit zu bitten, Instruktionen zu erteilen, die es uns ermöglichen, diesen Gerüchten und Anklagen entgegenzutreten[82]."

Horthy beantwortete diesen Appell zunächst nicht, aber zwei Tage später berichteten Anthony Eden und der Informationsminister Brendan Bracken dem britischen Unterhaus, daß „700 000 bis eine Million ungarischer Juden" ausgerottet würden. Diese Mitteilung folgte der verspäteten Freigabe von bisher von der Zensur unterdrückten Nachrichten durch die Schweizer Regierung auf dem Fuß. Es heißt, daß Horthy auch einen solchen Bericht in einer Schweizer Zeitung las, die ihm sein Sohn gegeben hatte[83].

Am 14. Juli wiederholte Hull schließlich seine Drohung mit Repressalien im Rundfunk[84].

Unter dem Eindruck dieser Kundgebungen entschloß sich Horthy schließlich doch zu einer Antwort an Professor Burckhardt. Sie ging aber erst am 14. August ab und war in erstaunlich unverbindliche Wendungen gekleidet[85]:

> „Es ist leider nicht in unserer Macht, unmenschlichen Handlungen vorzubeugen, die niemand mehr als mein Volk verurteilt, das sich durch edles Denken und Fühlen auszeichnet. Ich habe die ungarische Regierung aufgefordert, die Regelung der Judenfrage in die Hand zu nehmen. Es steht zu hoffen, daß diese Lösung keinen Anlaß zu ernsten Komplikationen geben wird."

Die Zweideutigkeit dieser Antwort ist leicht erklärt. Obwohl Horthy sich Anfang Juli bewegen ließ, gegen den Führerbefehl zu protestieren, hat er doch nicht einmal nach Lakatos' Handstreich vom 8. Juli gewagt, Berlin auch noch durch die Entfernung von Sztojay und Jaross aus ihren Ämtern herauszufordern. Budapest wurde immer noch von der Einsatzgruppe der Polizei terrorisiert. Eichmann hatte 150 Mann in den Kasernen in Czepel und Kistarcsa bereit und brachte sie am 14. zum Einsatz, als es galt, 1450 Juden aus dem Lager Kistarcsa zum Zug nach Auschwitz zu bringen. Horthy war in diesem Falle erfreulicherweise in der Lage, auf dem Wege über Jaross Weisungen zu erlassen, daß der Zug in Hatvan aufgehalten werden solle. Zwei von Eichmann organisierte Transporte schlüpften aber trotzdem am 19., bzw. 24. Juli durch und gelangten bis Birkenau, wo sie die Zahl der Opfer um weitere zwei- bis dreitausend vermehrten[86]. Sztojay geriet dadurch in eine schwierige Lage, da er dem Nuntius Mgr. Rotta und dem Fürsterzbischof Seredi am 8. verbindlich erklärt hatte, die Transporte aus Budapest seien abgesagt worden[87].

In dieser Situation fand es Ribbentrop geboten, seinen Einfluß zur Geltung zu bringen. Er gab Weisungen an Veesenmayer, Horthy zu sagen, er „möge sich nicht von irgendwelchen lächerlichen jüdisch-amerikanischen Drohungen, die uns bekannt seien, einschüchtern lassen". Hitlers „äußerstes Befremden" sei Horthy zur Kenntnis zu bringen, zusammen mit der Drohung, daß der Reichsbevollmächtigte „bei jedem Abweichen von dem im März beschrittenen Weg" sofort abberufen werden würde. Auf jeden

Fall würden demnächst zwei weitere Panzerdivisionen nach Ungarn verlegt werden[88].

Veesenmayer drahtete zurück: „Instruktion am 17. Juli um 17 Uhr ausgeführt." Die Regierung Sztojay blieb im Amt, und Horthy wagte es erst am 29. August, Lakatos zum Ministerpräsidenten zu ernennen, eine Woche nach der Kapitulation Rumäniens, als sowjetische Divisionen nach Siebenbürgen strömten. Nach Sztojays Entlassung denunzierte Kaltenbrunner Veesenmayer bei Ribbentrop, daß dieser, „als er den Führerbefehl erhielt, die Einsetzung einer unbedingt deutschfreundlichen Regierung durchzusetzen, sich aus seiner inneren Haltung heraus zu keinem kraftvollen Schritt entschließen" konnte[89].

Für sein Versagen hätte Veesenmayer an sich eine sehr gute Entschuldigung gehabt. In den letzten sechs Wochen von Sztojays Amtsdauer haben nicht nur ungarische Politiker versucht, mit den Alliierten ins Gespräch zu kommen, sondern die SS selbst. Alle die Proteste der Außenwelt hatten statt des erwarteten Erfolgs bei Himmler die Überzeugung reifen lassen, daß man die Gefühle der Menschlichkeit in zwölfter Stunde in den Dienst der deutschen Kriegsmaschinerie stellen könne. Die Verwirklichung dieses Wunschtraums sollte auf deutscher Seite dem Kommando Eichmanns zufallen, das seit seiner Ankunft in Ungarn mit dem Leben der Juden Schacher trieb.

4. Schachergeschäfte um Menschenleben

Es begann am 19. März, als gelegentlich des Einmarsches deutscher Truppen in Ungarn Ferencz Chorin und Baron Moritz Kornfeld, Hauptaktionäre der großen „Manfred-Weiß-Werke", in einem Kloster versteckt gefunden wurden. Man schleppte sie als Geiseln nach Wien, wo sie die Möglichkeit hatten, über die Auswanderung von 45 Mitgliedern der eigenen Familien und der Familien anderer Hauptaktionäre Verhandlungen zu führen. Dafür bekam das Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt der SS (WVHA) über den Kopf der ungarischen Regierung hinweg einen auf 25 Jahre geltenden Vertrag, der ihm alle Betriebe des Manfred-Weiß-Konzerns in die Hand spielte. Wie verlautete, war das eine Eingebung von Herbert Göring, dem Bruder des Reichsmarschalls[90]. „Ich werde jetzt bei Jaross für diese Schweinerei herhalten müssen"[91], beschwerte sich Eichmann bei Dr. Kastner. Es

war tatsächlich schwerer, sich vor den eifersüchtigen Augen der ungarischen Regierung jüdisches Eigentum anzueignen, als es sich aus anderen Ländern zu holen — selbst aus Feindesland. Die Vertreter der Budapester Juden wandten sich an den immer zu allem bereiten Wisliceny, über dessen Transaktionen mit dem Vaadah in Preßburg hier schon berichtet wurde (siehe S. 443, 473 u. 479). Am 5. April kam es in der Wohnung eines gewissen Wenninger, eines Beamten des Geheimdienstes in Admiral Canaris' „Ausland-Abwehr", zu einer Unterredung zwischen Wisliceny einerseits und Joel Brand sowie Dr. Rezsö Kastner andererseits. Wisliceny erklärte, daß es nur einen Sinn habe, über die Freigabe von mindestens 100 000 Juden zu verhandeln, und verlangte die Niederlegung einer Kaution in der Höhe von 2 Millionen Dollar. Ein Teil dieses Betrages wurde aufgebracht und abgeliefert, aber nun begannen die Vertreter von Eichmanns Kommando plötzlich eine ganz andere Sprache zu führen und gaben zu, zu solchen Verhandlungen gar nicht ermächtigt zu sein[92]. Der Vaadah verlor einen ganzen Monat damit, Wisliceny und Krumey zu suchen, die in den Karpaten „an der Arbeit" waren. Schließlich lud Eichmann Joel Brand am 5. Mai vor und machte ihm einen erstaunlichen Vorschlag. Brand sollte nach Konstantinopel fahren, um den Alliierten den Antrag zu unterbreiten, die ungarischen Juden zu übernehmen und dafür Lastkraftwagen zu liefern*. Eine Woche lang sollten die ungarischen Juden „in Erwartung" in Deutschland am Leben gelassen werden[93].

Diese verrückte Mission verließ tatsächlich Wien am 19. Mai — in den Verbrennungsgruben in Birkenau brannten die Leichen damals lichterloh bei Tag und Nacht. Brand wurde von SS-Standartenführer Kurt Becher begleitet, dem „Chef des Wirtschaftsstabs der Waffen-SS, Budapest". Dieser Mann, der eine Reihe von höchst wertvollen eidesstattlichen Versicherungen unterzeichnet hat, die in Nürnberg eine Rolle spielten, hat nicht nur daran mitgewirkt, Himmler dazu zu überreden, mit den überlebenden Juden Schachergeschäfte zu beginnen. Er hat auch seinen Anteil daran, daß der Führerbefehl widerrufen und die

* „Ich bin bereit, Ihnen eine Million Juden zu verkaufen. Wen wollen Sie retten, Kinder, Frauen, alte Leute, wen? Sprechen Sie. Fahren Sie in die Schweiz, in die Türkei, nach Spanien, wohin immer Sie wollen. Aber bringen Sie mir Waren! Ich will Lastkraftwagen. Ich verkaufe Ihnen eine Million Juden für 10 000 Lastkraftwagen, tausend Tonnen Kaffee und etwas Seife." (Aussage Joel Brands in Tel Aviv, 1. April 1954)

Insassen der Konzentrationslager bei Kriegsende vor der Ermordung durch die SS gerettet wurden. Becher, von dem im folgenden noch wiederholt die Rede sein wird, besaß schon Erfahrung im Erwerben jüdischen Eigentums für die SS. Als Angestellter einer Hamburger Weizenhandelsfirma wurde er im Sommer 1942 im Alter von 33 Jahren Haupteinkäufer für Pferde, die für die Personalabteilung der SS bestimmt waren, die SS-Gruppenführer Fegelein, dem Schwager Eva Brauns, unterstand. Es war Becher, der die Verhandlungen um die Übernahme der berühmten Zuchtfarm Schlenderhan mit Freiherrn von Oppenheim führte, dem er dafür die Auswanderung ermöglichte[94]. Es war Becher, der die Verhandlungen wegen der Übernahme des Manfred-Weiß-Konzerns führte und in der Verkleidung eines Pferdeeinkäufers der Waffen-SS die Verhandlungen zwischen Eichmann und Joel Brand verfolgte, um über deren Fortschreiten an Himmler berichten zu können. Kastner glaubt, daß Becher als Schützling Schellenbergs direkten Zutritt zu Himmler erwirkte — damals hatte Himmler gerade begonnen, an Schellenbergs bizarrem Einfall, die Alliierten würden Friedensvorschläge von Himmler entgegennehmen, Gefallen zu finden.

Becher hat sich zwar als Zeuge in Nürnberg — wohl nicht ganz ohne Grund — dessen gebrüstet, daß ihm die amerikanische Zeitschrift „Time" das Verdienst an der Rettung von 200 000 Juden zuschreibe[95]. Nichtsdestoweniger hat die Tatsache, daß Becher, ein SS-Standartenführer aus dem obersten Stab der SS, Brand begleitete, diese Mission um alle Erfolgsaussichten gebracht. Brand reiste ziellos im Nahen Osten umher. Er versuchte, in Konstantinopel Verbindung mit dem amerikanischen „War Refugee Board" und in Ankara Verbindung mit der britischen Botschaft aufzunehmen. Schließlich wollte er nach Palästina fahren, um die Sache der „Jewish Agency" vorzutragen, wurde aber an der türkisch-syrischen Grenze vom britischen Geheimdienst verhaftet und ein halbes Jahr lang in einer Villa in der Nähe von Kairo interniert. Immerhin wurde es ihm ermöglicht, mit Moshe Shertok von der Jewish Agency (dem gegenwärtigen israelitischen Außenminister Sharett) zusammenzukommen, der seine Vorschläge nach London weiterleitete*. Sie wurden natürlich zurück-

* Brand wurde auch von Lord Moyne empfangen, der damals britischer Staatsminister für den Mittleren Osten war und im November 1944 von zionistischen Extremisten er-

gewiesen, aber aus Propagandagründen am 18. Juli der Presse zur Veröffentlichung bekanntgegeben, als es hieß, daß Himmler die Verschiffung von 10 000 Lastkraftwagen nach Saloniki „zur Verwendung ausschließlich in Ungarn" verlangt habe[96].

Obwohl Veesenmayer auch nach dieser Veröffentlichung noch behauptete, die Verhandlungen gingen immer noch erfolgverheißend weiter und die Engländer hätten die Geschichte nur, um die Russen zu täuschen, an die Öffentlichkeit gebracht[97], hatte Eichmann die ganze Angelegenheit schon am 9. Juni abgeschrieben, als er Kastner sagte, er werde, falls binnen drei Tagen keine Antwort da sei, „die Mühlen in Auschwitz arbeiten" lassen. Kastner wußte sehr wohl, daß sie seit dem 15. Mai bereits arbeiteten. Nichtsdestoweniger legte er einen neuen Vorschlag vor: 100 000 Juden sollten gegen Bezahlung von 5 Millionen Schweizer Franken freigegeben werden. 5 Tage später teilte ihm Eichmann Himmlers Bedingungen mit. 30 000 arbeitsfähige Juden aus Westungarn, das man bisher in Ruhe gelassen hatte, würde man in Straßhof, einem niederösterreichischen Arbeitslager, „auf Eis legen". Als Gegenleistung wurden 200 Dollar je Kopf zuzüglich der Unterhaltskosten verlangt[98]. Krumey hatte den Plan entworfen und Becher ihn zu Himmler gebracht. Es wurde aber nur so viel Geld aufgebracht, um 9000 Juden „auf Eis zu legen"; sie stammten meistens aus Städten westlich der Theiß, wie Szeged, Debreczin, Keczkemet, Györ (Raab) und Komorn*. Diese 9000 Juden hatten sich mit ihrem Geld kaum ein Privileg erkauft, denn Eichmann belustigte sich, wie Kastner erzählt, damit, die Züge nach Auschwitz mit denen nach Straßhof auszutauschen[99]. Es gibt da auch einen recht bezeichnenden Brief, den Kaltenbrunner am 30. Juni seinem Freund Karl Blaschke, dem von Schirach eingesetzten Wiener Bürgermeister**, geschrieben hat. Nur 3600 der ersten 12 000 Neuankömmlinge in Straßhof dürften, schrieb Kaltenbrunner, arbeitsfähig sein. Aber was sollte mit dem Rest geschehen?

„Die nicht arbeitsfähigen Frauen und Kinder dieser Juden, die sämtlich für eine Sonderaktion bereit gehalten und deshalb

mordet wurde. Brand zufolge sagte ihm Moyne: „Was soll ich mit einer Million Juden anfangen? Wo soll ich sie hinschaffen[95a]?"

* Die Zahl von 9000 stammt von Wisliceny (eidesstattliche Versicherung C). Kastner gibt 18 000, Levai 15 000 Menschen an.

** Blaschke wurde auf Grund eines Urteils des Wiener Volksgerichtes 1945 hingerichtet.

eines Tages wieder abgezogen werden, müssen auch tagsüber in dem bewachten Lager verbleiben[100]."

Es ist nicht uninteressant, daß Kaltenbrunner in dem Brief weiter sagt, die Einzelheiten seien mit Krumey von Eichmanns Sondereinsatzkommando zu besprechen, der sich gerade in Wien aufhalte — es war der gleiche Krumey, von dem angeblich der Plan zur Rettung der Juden stammte.

Ein Transport von 1684 Juden, der am 29. Juni angeblich nach Straßhof abgehen sollte, hatte ein weniger unklares Geschick. Er tauchte 9 Tage später im „Austauschlager" Bergen-Belsen auf. Die Insassen stammten meistens aus Klausenburg und anderen siebenbürgischen Städten, und man hatte sie im letzten Augenblick als Träger von Einreisebewilligungen für Palästina aus dem Zug nach Auschwitz herausgeholt. In Budapest hatte man sie dann in bewachten Häusern in der Kolumbus-Straße untergebracht, wo man sie zwang, nicht nur auf ihr ganzes Vermögen zu „verzichten", sondern auch noch je Kopf tausend Dollar aufzubringen. Da die ungarische Regierung ebenso eifersüchtig wie ihre deutschen Rivalen über den Profit aus den Himmlerschen Schachergeschäften wachte, mußte Eichmann alles das sowohl vor Kaltenbrunners „Ausland-Abwehr" als auch vor Baky und Endre verbergen. Er erfand daher eine phantastische Geschichte von einer gefährlichen zionistischen Verschwörung, um die Internierung deportationsreifer siebenbürgischer Juden in Budapest irgendwie zu begründen[101].

Das Schicksal dieser 1684 Juden bekam nun für die 250 000 Juden, die es noch in Ungarn gab, eine ganz besondere Bedeutung. Sobald diese Gruppe einmal in einem alliierten oder neutralen Land Aufnahme gefunden hatte, wäre eine Wiederaufnahme der Deportationen kaum noch in Frage gekommen. Aber Anfang August brachte Becher den Unterhändlern in Budapest den Bericht, daß Himmler bedingungslos entschlossen sei, keinen einzigen Juden in Europa zu belassen. Außerhalb Europas, so deutete er an, würde man vielleicht den Juden von Bergen-Belsen die Ansiedlung in kleinen Gruppen in neutralen Ländern gestatten[102]. Die politische Entwicklung in Ungarn war allerdings schon so weit gediehen, daß Himmler sich zu Konzessionen bequemen mußte. Die Züge nach Auschwitz konnten einfach nicht mehr gefüllt werden, und nachdem Jaross aus der Regierung entfernt worden war,

verweigerte das ungarische Innenministerium die Zustimmung zur Deportierung von 8000 jüdischen Zwangsarbeitern aus Budapest. In dieser Situation erfuhr der Vaadah Mitte August von Wisliceny, daß Himmler daran denke, die überlebenden ungarischen Juden auf eine „Brücke zwischen Ungarn und Deutschland" zu schaffen [103] — eine gemilderte Form der Massendeportierung, von der man glaubte, die Ungarn würden ihr eher zustimmen.

Becher scheint Himmler überredet zu haben, die Aktion Brand durch Vermittlung von Saly Meyer, der das „Joint Distribution Comittee" in der Schweiz vertrat, wieder aufzunehmen. Am 21. August wurde darum als erster Fühler ein Transport von 318 Juden aus Bergen-Belsen in Basel über die Schweizer Grenze gebracht — alle ohne Papiere [104]. Gleichzeitig verhandelte Kurt Becher mit drei SS-Leuten und Dr. Kastner, der ihm als Geisel diente, mit Saly Meyer in St. Margarethen an der österreichisch-schweizerischen Grenze. Becher bot Einstellung der Deportierungen und der **Vergasungen** an, bestand aber darauf, daß das weitere Schicksal der Juden von der Lieferung von Waren abhänge. Meyer hatte kein Mandat, über solche Lieferungen zu verhandeln, und die Besprechung verlief daher ergebnislos.

Am 1. September gab es eine weitere Zusammenkunft mit dem gleichen negativen Ergebnis. Am 28. September bot Meyer dann 15 Millionen Schweizer Franken an. Kastner machte den Vorschlag, daß die Gegenseite dafür die Aktion gegen die Juden in der Slowakei sowie die Deportierung der Budapester Juden einstellen solle; dem Rest der Juden in Bergen-Belsen wäre gleichzeitig die Ausreise in die Schweiz zu ermöglichen [105]. Aber jetzt drahtete Becher aus Berlin, wo er wegen der slowakischen Juden mit Himmler direkt verhandelte (siehe S. 446), daß letzterer nicht interessiert sei. Damit war das Schicksal der slowakischen Juden besiegelt — und das in einem Augenblick, als Finnland, Rumänien und Bulgarien kapitulierten! Die Alliierten standen an der deutschen Grenze, aber Hitler, der wie ein gefangenes Tier raste, ließ die Feuer in den Krematorien weiterbrennen ...

Die Wiederaufnahme der Aktion Brand hatte Eichmann mehr Arbeit mit Deportationsvorbereitungen bereitet als je zuvor. Ein Bericht über die „Iststärke" in deutschen Konzentrationslagern vom 1. August zeigt, daß man damals 90 000 Juden aus Ungarn erwartete [106]. Am nächsten Tage, als Himmler Eichmann zu sich

bestellte, wurde die Ziegelei in Békásmegyer wieder zur Aufnahme von Juden aus Budapest bereitgestellt. Man nahm an, daß die Razzien am 27. beginnen würden[107], doch am 21. legte das wieder von Mgr. Angelo Rotta geführte diplomatische Corps einen entschiedenen Protest bei Horthy ein. Horthy wagte immer noch nicht, Berlin kategorisch „Nein" zu sagen, aber Veesenmayer kam, vielleicht weil er selbst recht pessimistisch war, vielleicht, weil Himmler in seinem Kampf mit Hitler und Kaltenbrunner Zeit gewinnen wollte, mit dem neuen Innenminister Reményi-Schneller zu einer Einigung. Am 25. wurde beschlossen, daß das Ministerium des Innern wieder die Gewalt über die in Arbeitslagern befindlichen Juden übernehmen werde[108]. Am nächsten Tag verließ die Einsatzgruppe Ungarn, wenn auch nicht für immer. Eichmann verschwand am 23. im Zustand tiefer Depression. Er wandte sich wahrscheinlich nach Rumänien (siehe S. 466 f.), wo die Lage bereits so zugespitzt war, daß eine deutsche Intervention überhaupt nicht mehr in Frage kam, am wenigsten in der Eichmann gemäßen Form von Judendeportationen.

Am 29. August entschloß sich Horthy endlich zur Entlassung Sztojays und zur Berufung von General Lakatos als Regierungschef. Der Reichsverweser sicherte sofort dem Präsidenten des Judenrates Samuel Stern zu, daß es keine Deportierungen aus Budapest und keine allgemeine Konzentrierung in Arbeitslagern geben werde[109]. Am 22. September ging die Waffenstillstandsmission unter Führung von General Faragho nach Moskau ab. Am 9. Oktober wurden Molotows Waffenstillstandsbedingungen angenommen, und die Sowjetarmee blieb an einer vereinbarten Linie stehen, die bei Keczkemet, ungefähr 75 Kilometer von Budapest, verlief. Die Bedrohung des Lebens der ungarischen Juden schien vorüber zu sein wie in Rumänien — aber Berlin hatte immer noch eine Karte auszuspielen.

5. Die letzten Deportierungen und der Fall von Budapest

Die Vorgänge in Ungarn Mitte Oktober 1944 waren sicher dramatisch, aber das Überraschungselement ging ihnen ab, da auf deutscher Seite gut bekannt war, daß Horthy die Kapitulation vor den Sowjettruppen ankündigen würde; dem Reichsverweser wieder war es bewußt, daß er in deutschen Händen war. Schon am 7. September hatte General Lakatos beschlossen, fünf deutsche

Divisionen anzufordern; er rechnete damit, daß er sie nicht erhalten und damit einen plausiblen Vorwand für eine Kapitulation haben würde. Aber vier von den verlangten fünf Divisionen kamen und hielten nicht Siebenbürgen besetzt, wo die Front schon zerfallen war, sondern das Gebiet westlich der Theiß und die Umgebung von Budapest[110]. Trotzdem war es für die deutsche Strategie eine Lebensfrage, sich Horthys zu bemächtigen und dessen Zustimmung — die Zustimmung eines Reichsverwesers für eine nicht bestehende Monarchie — für die Einsetzung einer prodeutschen Regierung zu erhalten. Eine solche Regierung konnte sich nur auf eine einzige Gruppe stützen, auf die weder beliebten noch über einen nennenswerten Anhang verfügenden „Nyilas" oder „Pfeilkreuzler".

Auf drei Wegen versuchte man Horthy unter Druck zu setzen. Kaum hatte er an einem Sonntagmorgen die Kapitulation im Rundfunk verkündet, als Veesenmayer mit Rahn, dem Reichsbevollmächtigten in Mussolinis Faschistenrepublik, bei ihm erschien. Horthy wurde mitgeteilt, daß sein Sohn Miklós (Nikolaus) sich als Geisel in Händen der Gestapo befinde. Man hatte ihn in eine Falle gelockt, indem man ihm ein Zusammentreffen mit einem angeblichen Agenten Titos versprach, der aber niemand anders war als Himmlers Fachmann für Entführungen, Otto Skorzeny; Horthy junior wurde von Skorzeny zusammen mit zwei angeblichen russischen Agenten in einen Teppich eingerollt und weggeschafft. Horthy wurde von den zwei sogenannten Diplomaten weiter mitgeteilt, daß sich von dem Bach-Zelewski, der Sieger über die Warschauer Ghettorevolte, mit seinen 42 Tigerpanzern* auf dem Weg zur Budapester Burg befinde. Veesenmayer und Rahn wären überdies inzwischen schon mit Major Szálasi, dem Führer der Pfeilkreuzler, übereingekommen, daß dieser eine

* Skorzeny, der jetzt in Spanien lebt, hat in einem Interview mit einer englischen Zeitung geprahlt, daß er nicht nur Horthy junior entführt, sondern auch den Angriff auf die Burg geleitet habe, der eine Million deutscher Leben gerettet hätte. Aber selbst wenn Horthy die ungarischen Generäle zur Kapitulation vor der deutschen Armee hätte überreden können, wären die vier deutschen Divisionen sicher nach Österreich entkommen. Die deutsche Gegenoffensive, die die Sowjetarmee zeitweise von Budapest abdrängte, war strategisch verfehlt und eine nutzlose Vergeudung von Menschenleben. Skorzeny befand sich mit Ribbentrop, Himmler, Keitel und Jodl in Hitlers Hauptquartier, als der Plan mit dem Handstreich in Budapest ausgeheckt wurde. Sicherlich wurde damals auch über die Wiederaufnahme der Deportierungen ungarischer Juden gesprochen, aber diesbezüglich ist der Prahler Skorzeny die Diskretion in Person[111].

neue, aus Mitgliedern seiner Partei zusammengesetzte Nationalversammlung nach Estergom (Gran) einberufen werde. Rahn zeigte dann unvermittelt wieder ein gewisses Entgegenkommen, indem er Horthy eine Frist von 24 Stunden zur Beantwortung des Ultimatums einräumte, und bot sich sogar an, die Wehrmacht zum Rückzug aus Ungarn zu überreden [112]. Schließlich war Horthy bereit, Szálasi zum Ministerpräsidenten zu ernennen, vorausgesetzt, daß man ihm seinen Sohn zurückgebe. Horthy und Lakatos wurden dann in einem Auto zur Internierung nach Deutschland geschafft.

Am 2. November, bevor sich die ungarischen Ereignisse auf dem Schlachtfeld auswirken konnten, errangen die Russen vorübergehend eine Position in den Vorstädten von Pest, was eine kleine Anzahl von Juden aus unmittelbarer Gefahr rettete. Etwa 200 000 blieben aber in Budapest oder westlich der Donau im Machtbereich der deutschen Armeen und der Pfeilkreuzler. Überdies hatte Gabor Vajna, der Innenminister Szálasis, geschworen, die Deportationen ausnahmslos und ohne Rücksicht auf ausländische Interventionen durchzuführen [113]. Die Aktion stand jetzt unter Leitung Ferenczys; Hünsche vom Kommando Eichmann kam Ende des Monats nach Budapest zurück. Selbst Ende Juni hatte die Lage für die Juden nicht so hoffnungslos ausgesehen wie jetzt — aber es bestand doch ein wesentlicher Unterschied. Die Regierung Szálasi war die schwächste, die man sich vorstellen konnte. Die Deutschen verachteten Szálasi und seine Regierung, die das Ausland nicht anerkannte. Im Lande selbst genoß sie nicht die geringste Achtung und war nicht einmal in der Lage, auf die „Grünhemden", die Knüppelgarde der Pfeilkreuzlerpartei, Einfluß auszuüben. Infolgedessen waren die Worte der Regierung weit ärger als ihre Taten.

Schon am 26. April hatte die Schweizer Gesandtschaft einen Plan offiziell unterstützt, der den Juden bei der Auswanderung nach Palästina helfen sollte. Nach der Intervention des Königs von Schweden bei Horthy wurde die Ausführung des Plans vom Roten Kreuz übernommen, das am 18. Juli in Genf die Erklärung abgab, von deutscher Seite seien 40 000 Ausreisebewilligungen zugesagt worden. Veesenmayer beeilte sich, Ribbentrop zu beruhigen, daß es sich nur um 7000 Fälle handle. Die Judenevakuierung werde von Eichmann „möglichst schlagartig und so beschleunigt" durch-

geführt werden, „daß für Auswanderung in Betracht kommende Juden bereits vor Erledigung der Formalitäten abtransportiert sind". In Wirklichkeit hatte Veesenmayer die Sache mit dem Höheren SS- und Polizeiführer Winkelmann ernstlich verhandelt, aber Eichmann, der sah, daß hier in Himmlers Geheimverhandlungen eingegriffen werden könnte, entschied, daß es sich bei den Juden „ausnahmslos um biologisch wertvolles Material" handle, dessen Einwanderung in Palästina „äußerst unerwünscht" sei[114].

Immerhin konnten unter der kurzlebigen Regierung Lakatos die Konsulate der Schweiz, Schwedens, Spaniens und Portugals Personen, die sich zur Auswanderung meldeten, registrieren und sie so unter ihren Schutz nehmen. Nach der rumänischen Kapitulation war der Weg nach Palästina nicht mehr offen, aber Cordell Hull hatte namens der amerikanischen Regierung allen neutralen Ländern, die zur Aufnahme von Auswanderern bereit waren, Hilfe zugesagt. Inzwischen erkannte Horthy dem Internationalen Roten Kreuz, das die den Juden zugewiesenen Häuser in Obhut nahm, Exterritorialität zu[115].

Als Horthy nach Deutschland geschafft wurde, gab es in Ungarn 15 000 „Schutzpaßinhaber", deren Bescheinigungen Gabor Vajna zu annullieren drohte. Schließlich mußte er aber davon absehen, weil Veesenmayer Szálasi davon in Kenntnis gesetzt hatte, daß die deutsche Regierung die von der Regierung Sztojay bewilligten 8400 Befreiungen von der Deportation anzuerkennen gedenke. Berlin wollte so die neue ungarische Regierung vor Angriffen in der Auslandspresse schützen[116]. Aber als die Schweizer Regierung Eisenbahnzüge anbot, verschanzte sich Veesenmayer hinter einer Anordnung der Sicherheitspolizei, die Eisenbahnverkehr durch das Reichsgebiet untersagte[117]. Auch später fand Veesenmayer immer neue Vorwände, um die Abreise der unter dem Schutze der Schweiz stehenden Juden zu hintertreiben, bis die Sache dadurch gegenstandslos wurde, daß die Sowjettruppen Budapest vom Westen abschnitten. Das Projekt scheiterte einfach daran, daß man versäumt hatte, der SS, ohne deren Zustimmung eine Ausreise der Juden nicht in Frage kam, deren Eigentum anzubieten.

Immerhin hat die Schweizer Aktion Tausende Juden davor bewahrt, in den Strudel der chaotischen Deportationen zu geraten,

denn die Regierung Szálasi wagte es niemals, die Zustimmung zur Auswanderung in aller Form zurückzuziehen, nicht einmal, als das deutsche Eingreifen die Ausführung des Plans ohnehin illusorisch machte. Da man aber in der Verwirrung zwischen echten und gefälschten „Schutzpässen" nicht mehr zu unterscheiden vermochte, stieg die Zahl der geschützten Juden von 15 000 auf 33 000; sie wohnten alle in den vom Roten Kreuz verwalteten Häusern[118].

Als sowjetische Truppen am 2. November in die Budapester Vorstädte eindrangen, zog man die jüdischen Arbeitsabteilungen westlich der Donau als Sicherheitsmaßnahme zurück. Diesem unschuldig aussehenden Manöver folgte am 8. die unterschiedslose Austreibung der Budapester Juden, die ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht zum Marsch in das 180 Kilometer entfernte und nunmehr weithin berüchtigte Auffanglager Straßhof in Niederösterreich gezwungen wurden. Damit setzte die letzte Massendeportierung von Juden in Hitlers Europa ein; dieses traurige Kapitel spiegelt deutlich den nunmehr offenen Kampf zwischen Himmler, Schellenberg und Becher einerseits und Kaltenbrunner, Müller und Eichmann andererseits wider.

Drei Tage vor dem Marschbefehl hatte Becher in Zürich eine Unterredung mit Roswell Maclelland vom amerikanischen „War Refugee Board", von dem er erfuhr, daß Cordell Hull die Überweisung des Gegenwerts von 5 der vom „Joint Distribution Committee" aufgebrachten 20 Millionen Schweizer Franken in die Schweiz bewilligt hatte. Becher gab daraufhin Saly Meyer die Zusicherung, daß Männer unter 16 und über 50 Jahren nicht aus Budapest deportiert würden, daß die jüdischen Insassen der Konzentrationslager unter den Schutz des Völkerrechts gestellt werden würden und daß man, obwohl alle waffenfähigen Juden Budapest verlassen müßten, die individuelle Auswahl dem Roten Kreuz überlassen werde[119].

Alle diese Zusagen wurden schnöde gebrochen. Man schleppte Männer bis zu einem Alter von 60 Jahren sowie 15 000 Frauen nach Straßhof, obwohl die Hälfte der nach Straßhof gejagten Zivilisten „Schutzpaßinhaber" waren. Wisliceny sagte Kastner, daß während des siebentägigen Marsches von Budapest nach Straßhof 1200 Menschen, darunter achtzigjährige Frauen, umgekommen seien[120], und daß Eichmann die Deportierung kleiner

Kinder erst eingestellt habe, nachdem Becher zu Himmler geflogen war, um dort zu protestieren. Becher gelang es offenbar nicht, Himmler zu überreden, daß er die Deportierungen untersage, aber Himmler stimmte schließlich zu, SS-Obergruppenführer Hans Jüttner vom Führungsamt der SS zusammen mit Rudolf Höss, der damals Stellvertreter des Generalinspekteurs der Konzentrationslager war, nach Ungarn zu entsenden. Sie hatten den Auftrag, den Marsch zu überwachen und über ihre Wahrnehmungen zu berichten. Viele Jahre später hat Jüttner in Nürnberg seine Eindrücke geschildert[121]:

> „Etwa zwei Drittel auf dem Weg nach Budapest sahen wir Kolonnen jüdischer Frauen, die bis zu 60 Jahre alt waren und von Honvedwachen begleitet wurden. Viele konnten nicht mehr mit und blieben auf der Straße im Zwischenraum zwischen den Kolonnen liegen. Winkelmann sagte mir, er sei in der Sache machtlos und wäre dankbar, wenn ich etwas unternehmen könnte. Man sagte mir, daß Eichmann der Verantwortliche sei. Ich war mir dessen bewußt, daß ich mir Unannehmlichkeiten zuziehen könnte, wenn ich ihn kommen ließe, aber da er nicht in Budapest war, sprach ich mit einem SS-Sturmbannführer, dessen Namen ich vergessen habe und dem ich meine Meinung sagte. Er sagte, daß er mir nicht unterstehe, und ich drohte ihm, Himmler zu unterrichten, damit dieses zum Himmel schreiende Übel in Ordnung gebracht werde. Drei Tage später schickte ich einen kräftigen Bericht an Himmler — offenkundig ohne jedes Ergebnis."

Leider kam Jüttners Bericht gleichzeitig mit der Nachricht an Himmler, daß Cordell Hulls Amtsnachfolger Stettinius die Zustimmung zur Überweisung des Gegenwerts von 5 Millionen Schweizer Franken in die Schweiz widerrufen habe. Himmler verschob daraufhin eine Entscheidung darüber, ob das Deportierungsprogramm aufgegeben werden solle, bis zum Eintreffen einer Mitteilung von Saly Meyer[122]. Das erklärt, wieso es Eichmann möglich war, am 23. November im Vollgenuß seiner Macht und wütend „über gewisse Herren, die nicht zu beurteilen vermögen, ob Leute, die 7 oder 8 Tage auf der Straße waren, als arbeitsfähig betrachtet werden sollen oder nicht", nach Budapest zurückzukehren. Nur 38 000 jüdische Arbeiter seien statt der von Szálasi versprochenen 70 000 für den „Südostwall" zur Verfügung

gestellt worden. Nichtsdestoweniger würde er aufhören, die Inhaber gefälschter „Schutzpässe" unter ständigem Druck zu halten, wenn sich 20 000 Juden freiwillig zur Arbeit melden wollten. Wisliceny, der eine große Zahl Kranker nach Budapest hatte zurückschaffen lassen, werde er vor ein Standgericht bringen [123].

Am 29. November verlangte der Befehlshaber der deutschen Sicherheitspolizei in Budapest, Geschke, weitere 17 000 jüdische Arbeiter. Sie durften bis zur österreichischen Grenze die Bahn benutzen [124], aber Eichmann drohte jetzt, alle Juden aus Budapest zu deportieren, falls die 20 Millionen Franken nicht ausgehändigt würden. Becher mußte daher zu einem Trick greifen. Er drahtete Eichmann aus der Schweiz, daß die ersten 5 Millionen hinterlegt worden seien, daß die Alliierten aber auf der Freigabe der restlichen 1368 Juden aus Bergen-Belsen bestünden. Der Effekt blieb nicht aus. Am 6. Dezember kam ein Zug mit 1368 Juden, unter denen sich die Familienangehörigen Dr. Kastners befanden, in Bregenz an [125].

Obwohl Himmler seine 5 Millionen Franken erst im Februar erhielt, gab es keine Deportierungen mehr. Raoul Wallenberg, der Sonderbeauftragte des Königs von Schweden, berichtete am 8. Dezember, daß 40 000 Menschen deportiert worden waren, davon nur 15 000 als Mitglieder von Arbeitsformationen [126]*. Weitere 15 000 verdanken ihre Rettung den Vertretern neutraler Mächte, dem Roten Kreuz und dem Nuntius. Sie waren nach Budapest zurückgekommen, was Eichmann nicht verhindern konnte, da er nur wenig deutsches Wachpersonal zur Verfügung hatte und auf die ungarische Miliz angewiesen war, die die Dinge nicht sehr genau nahm.

Vor dem 28. Dezember, dem Tage, an dem sich der russische Ring um Budapest schloß, unternahmen Kaltenbrunner und Eichmann einen weiteren Versuch, Himmlers Absichten zu durchkreuzen. Einige Zeit vor dem 15. Dezember wurde Vajna von Kaltenbrunner empfangen, der ihm mitteilte, Züge zur Wiederaufnahme der Deportierungen würden zur Verfügung stehen. Volle vierzehn Tage lang lag dann Eichmann Vajna dauernd in den Ohren. Eichmann sei, erzählte Vajna, immer unverschämt aufgetreten und habe

* Während Eichmann eine Zahl von 38 000 und Wallenberg eine von 40 000 nannte, sprach Wisliceny als Zeuge im Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg von 30 000 Deportierten, die meistens weiblichen Geschlechts gewesen seien [126a].

darauf gepocht, daß die deutsche Macht und besonders Kaltenbrunner hinter ihm stünden. Aber seine Drohungen, die Kinder und die Alten zu verschleppen, konnte man jetzt auf die leichte Schulter nehmen, ohne die „unangenehmen Folgen" zu riskieren, mit deren Andeutung kurz vorher SS-Generale noch Himmlers nächste Umgebung in Schach gehalten hatten [127].

Von den 30 000 bis 40 000 nach Österreich verschleppten ungarischen Juden ist ein großer Teil nicht zurückgekehrt. Wisliceny sagte, daß sie nach dem Marsch vollständig erschöpft und abgezehrt gewesen wären. Ihn selbst habe man im Januar 1945 strafweise in eine andere Abteilung der Gestapo versetzt, weil er in den ärgsten Fällen die Rückkehr nach Budapest veranlaßt hätte [128].

Zwei Drittel der Juden, die bis Straßhof gelangten — meistens Frauen —, wurden sofort auf die deutschen Konzentrationslager aufgeteilt. Frau Vaillant-Couturier hat in Nürnberg das nächste Kapitel beschrieben, soweit es sich in Ravensbrück abspielte [129]:

> „Es war in den Blocks kein Platz mehr. Die Häftlinge schliefen schon zu viert in einem Bett. Es wurde dann mitten im Lager ein großes Zelt errichtet. In dieses Zelt wurde Stroh gelegt, und die ungarischen Häftlinge wurden in dieses Zelt geführt. Sie befanden sich in einem fürchterlichen Zustand. Sehr viele hatten erfrorene Füße, da sie aus Budapest evakuiert wurden und einen großen Teil der Reise zu Fuß im Schnee zurückzulegen hatten. Eine große Anzahl starb unterwegs ... Als ich ... eines Tages an dem Zelt vorbeiging, als es gerade saubergemacht wurde, sah ich einen großen dampfenden Misthaufen; plötzlich wurde es mir klar, daß es menschlicher Mist war, da viele unter diesen armen Frauen nicht mehr die Kraft hatten, sich zu den Latrinen fortzubewegen ..."

Nicht besser erging es den 10 000 ungarischen Juden, die an der österreichischen Grenze den „Südostwall" zu bauen hatten, der Wien vor dem Vordringen der Russen schützen sollte. Gleich den ungarischen Jüdinnen, die in Ostpreußen und Polen den „Ostwall" zu errichten gezwungen wurden, waren sie „abgeschrieben", und die Arbeitsbedingungen waren dementsprechend. Als Georges Dunand im März nach Wien kam, fand er im Jüdischen Krankenhaus infolge des Zustroms von Invaliden vom Südostwall Verhältnisse vor, die denen in Belsen entsprachen [130].

Ende des Monats hatte Becher versucht, Himmler zu überreden, die überlebenden Juden einfach den Russen in die Hände fallen zu lassen, aber Himmler war in diesem Augenblick in Schwierigkeiten, da Hitler inzwischen von der Freigabe der Juden aus Bergen-Belsen erfahren hatte. Er entschied daher, daß die Juden nach Mauthausen zu marschieren hätten (siehe S. 525). Baldur von Schirach erinnerte sich in Nürnberg, daß Himmler ihm auferlegt habe, sie gut zu behandeln. „Das ist mein bestes Kapital[131]." Kastner sah etwa 3000 junge jüdische Arbeiter aus den Steinbrüchen auf dem Fußmarsch durch Wien — es handelte sich wahrscheinlich um die einzigen Überlebenden[132].

Das Schicksal der Juden, die während der Belagerung durch die Sowjettruppen zwischen dem 28. Dezember und dem 17. Januar in Budapest verblieben waren, muß noch kurz beschrieben werden. Wenn man die Juden, die untertauchten, sowie die Deportierten in Abzug bringt, gab es immer noch über 95 000 Juden in der Stadt. 63 000 von ihnen, die keinerlei schützende Papiere besaßen, wurden nach dem 29. November in ein geschlossenes Ghetto umgesiedelt, das aus nur 162 Wohnhäusern bestand[133]. Nichtsdestoweniger versuchte Vajna einen Monat später, auch noch die Kinder aus den Waisenhäusern in diesen grauenhaften Bienenstock des Elends zu schaffen. Mit Unterstützung des Nuntius und des diplomatischen Corps gelang es dem Roten Kreuz, ihm hier in den Arm zu fallen. Den Bemühungen Raoul Wallenbergs war es ferner zu danken, daß Vajnas Versuch, Anfang Januar auch noch die Juden aus den „geschützten" Häusern dorthin zu verpflanzen, mißlang. Die Einwohner des Ghettos hatten damals buchstäblich von einer einzigen Wassersuppe am Tag gelebt, aber die Bewohner der „geschützten" Häuser waren in mancher Beziehung noch ärger daran, weil die Plünderer aus den Reihen der Pfeilkreuzler die Einwohner dieser Häuser für reich hielten[134].

Die Russen drangen am 16. und 17. Januar in Pest ein, in Buda aber erst vier Wochen später. Dem Hunger und den Bombardierungen während der Belagerung gesellten sich dann noch die Schrecken der Anarchie zu, die sich am ärgsten an jenen auswirkten, die immer als Sündenböcke herhalten mußten. Tausende verloren so ihr Leben. Einige Tage vor dem Beginn der Belagerung zeigte sich Eichmann kurz und versuchte, den Judenrat zu finden,

in der Absicht, dessen Mitglieder zu verhaften. Das gelang ihm zwar nicht[135], aber auch während der Belagerung blieben noch genug SS-Leute in der Stadt und trieben ihr Mordhandwerk. Die beiden tatkräftigsten Mitglieder des Judenrates, Otto Komoly und Janos Gabor, wurden noch im letzten Augenblick hingerichtet, ja geradezu am Vorabend des Falles von Pest wurde noch zwischen dem deutschen SD und den Pfeilkreuzlern ein Plan zur Liquidierung des Ghettos ausgeheckt. Eugene Levai behauptet, daß die Ausführung dieser Absicht von General Schmidthuber von der Panzerdivision Feldherrnhalle verhindert worden sei[136].

Mit der erfolgten Kapitulation gingen die Leiden der Budapester Juden keineswegs zu Ende. Die Beamtenschaft der ausländischen Gesandtschaften und die Vertreter des Roten Kreuzes, die den Juden so viel geholfen hatten, erhielten von dem sowjetischen Oberbefehlshaber Marschall Malinowski die Weisung, das Land zu verlassen. Auch die vom „Joint Distribution Committee" überwiesenen Gelder konnten nicht mehr zu Unterstützungszwecken verwandt werden[137]. Aus diesem Grund begab sich Wallenberg am 17. Januar mit zwei russischen Offizieren zu Verhandlungen ins Hauptquartier Malinowskis in Hegyeshalom. Drei Tage später kam er in sein Büro zurück und sagte, daß er sich in sowjetische Schutzhaft begeben müsse. Das wurde vom Moskauer Außenministerium bestätigt. Wallenberg ist seit diesem Tag verschwunden. Deportierte, die 1954 aus der Sowjetunion heimkehrten, behaupteten, ihm in Sibirien begegnet zu sein*.

Die Verfolger der ungarischen Juden hatten unter der von den Kommunisten beherrschten Nachkriegsregierung mehr für ihre politischen Handlungen als für ihre gemeinen Verbrechen zu büßen. Vier Ministerpräsidenten — Imredy, Bardossy, Sztojay und Szálasi — wurden ebenso wie fast alle Mitglieder der Regierung Szálasi, Gabor Vajna eingeschlossen, entweder erschossen oder aufgehängt. Unter den 122 Hingerichteten befanden sich auch die Judenverfolger Jaross, Baky, Endre und Ferenczy. Die meisten von ihnen standen Anfang 1946 vor Gericht, nachdem sie von den Amerikanern reichlich spät aus Deutschland ausge-

* Dem schwedischen Außenministerium wurde nach einigen Monaten mitgeteilt, daß Wallenberg „unter russischem Schutze gesund" sei. Noch 1946 versprach Stalin dem schwedischen Gesandten eine gründliche Untersuchung. Trotz der vorangegangenen Beteuerungen behauptete die Moskauer „Neue Zeit" 1948 aber, Wallenberg müsse entweder von fliehenden SS-Leuten oder Pfeilkreuzlern getötet worden sein[138].

liefert worden waren. Die Auslieferung des früheren Reichsverwesers Horthy wurde nicht verlangt[139], und er lebt heute (1956) als 87jähriger auf freiem Fuße in Estoril in Portugal. In seinen Lebenserinnerungen[140] behauptet Horthy, den Juden soweit geholfen zu haben, wie in seinen Kräften stand, aber es gibt vielleicht keine andere Einzelperson in der Geschichte, die so viele Menschenleben durch bloße Schwäche und Entschlußunfähigkeit geopfert hat.

Siebzehntes Kapitel

Das Judentum im Zusammenbruch des Dritten Reiches

1. Das Ende von Auschwitz

Die deutschen Versuche im Juli 1944, die Juden aus Budapest zu deportieren, brachten nicht den gewünschten Erfolg. Gleichzeitig wurde auch den Massenmorden an ungarischen Juden in Auschwitz ein Ende gesetzt. Obwohl dies hauptsächlich auf die reichlich verspätete Revolte des Reichsverwesers Horthy und gewisser Mitglieder der Regierung Sztojay zurückzuführen war, mögen Einwände von deutscher Seite auch ihre Rolle gespielt haben. Das Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt der SS wußte, daß trotz der gründlichen Selektion in Birkenau die deutschen Konzentrationslager bald zum Bersten voll sein würden. Dies wurde Anfang April oder noch früher unvermeidlich, als Hitler entschied, daß die neuen unterirdischen Flugzeugwerke des „Jägerplans" mit Juden aus Ungarn besetzt werden sollten. Dies war eine Entscheidung von größter Tragweite, denn sie hob den Erlaß vom 5. Oktober 1942, welcher alle Juden aus dem Netz der deutschen Konzentrationslager beseitigt und sie auf Auschwitz oder Lublin beschränkt hatte, vollkommen auf. Die ungarischen Juden wurden nicht nur von der Selektionsstelle auf dem Nebengeleise in Auschwitz weitergeschickt, ohne in den Lagerverzeichnissen von Auschwitz überhaupt registriert zu werden; es begann auch eine Verschiebung von Juden aus dem Lager selbst nach Deutschland; so ging z. B. das Personal des Krankenreviers am 15. Mai nach Wustergiersdorf ab, um die erste ausgewählte Gruppe von Juden aus Ungarn zu begleiten. Die „Philips"-Gruppe von Radioröhrenarbeitern ging am 6. Juli nach Reichenbach ab, und die Überlebenden des Theresienstädter Familienlagers (siehe S. 192) wurden am 3. Juli nach Schwarzheide und Ravensbrück geschickt. Sogar die Zigeuner, die während der letzten drei Jahre kaum weniger

erbarmungslos als die Juden ausgerottet worden waren, wurden nun für würdig befunden, für das Reich zu arbeiten. Am 1. August wurden die letzten Insassen des Zigeunerlagers in Birkenau nach Buchenwald und Ravensbrück verschickt[1].

Diese Zigeuner waren während der „Umsiedlung" der Juden im Januar 1942 aus dem Bialystoker Gebiet nach Birkenau gebracht worden. Nach einer drastischen Verminderung ihrer Zahl verblieben 4500 von ihnen dort, zahlreiche Kinder miteingeschlossen, die 18 Monate lang in Frieden gelassen wurden. Nicht einmal die Männer, die dessen fähig waren, leisteten irgendeine Arbeit, und Nebe, der Leiter der Kriminalpolizei, empfahl, diese „asozialen Mischlinge" als menschliche Versuchskaninchen zu verwenden (siehe S. 212). Einige dieser Zigeuner spielten in der Birkenauer Zigeunerkapelle. Als die endgültige Selektion für Buchenwald und Ravensbrück gemacht wurde, hielt man es für notwendig, 2000 der älteren Zigeuner sowie die Kinder gleichfalls in die Gaskammern zu schicken. Bis zum letzten Augenblick ahnten die Zigeuner nicht, welches Schicksal man ihnen bereitet hatte, obwohl Tausende von ihnen in Rußland und Polen erschossen oder vergast worden waren. Es scheint, daß sie während ihres Aufenthaltes in Birkenau oft ihrer Zustimmung zu den gegen die Juden ergriffenen Maßnahmen Ausdruck gaben[2].

Das gewaltige Anschwellen der Zahl der Insassen deutscher Konzentrationslager wurde Anfang Juli 1944 durch den Abbruch der Deportierungen aus Ungarn aufgehalten. Doch die Entscheidung, die Hitler im April hinsichtlich der ungarischen Juden getroffen hatte, wurde nun auf die Juden aus Polen ausgedehnt, einem Lande, das militärisch nicht mehr gehalten werden konnte. In diesem Monat erreichte nämlich die Rote Armee die Weichsel, und Zehntausende von Juden aus polnischen und russischen Arbeitslagern wurden nunmehr den nach Deutschland abgeschobenen ungarischen Juden beigegeben. In Stutthof bei Elbing zum Beispiel, wo 70 v. H. der Insassen ungarische Juden waren, kamen noch mehr Juden aus den in aller Eile evakuierten Arbeitslagern in Estland und Lettland sowie Jüdinnen aus dem Ghetto von Kowno (siehe S. 327) an. Auf ähnliche Art wurden die Juden aus Kowno und dem Arbeitslager im Warschauer Ghetto nach Dachau und jene aus dem Distrikt Radom teilweise nach Auschwitz, teilweise nach Buchenwald verschickt, wo es bereits 5500 ungari-

sche Juden gab[3]. Das berüchtigte „Kleine Lager" wurde nun wieder in Benutzung genommen.

Beabsichtigt war aber eine weit größere Verschiebung. Am 2. August nahm die Verwaltung der Konzentrationslager in Oranienburg an, daß die Anzahl von 524 286 Insassen aller Lager auf mehr als das Doppelte steigen würde. Weitere 90 000 Juden wurden aus Ungarn erwartet, 400 000 aufrührerische Polen aus Warschau, 60 000 Juden aus dem Ghetto in Lodz, 17 000 aus den Kriegsgefangenenlagern überführte polnische Offiziere und 15 000 Mitglieder der französischen Widerstandsbewegung[4]. Infolge von Pohls Einwendungen mußten diese Pläne geändert werden. Weniger als ein Viertel der Juden aus Lodz und Budapest und nur ein Siebentel der nichtjüdischen Polen wurden nach Deutschland gebracht. Dessenungeachtet muß die Insassenzahl in den Konzentrationslagern in diesem Winter 600 000 überschritten haben, und das war offenkundig nicht die obere Grenze, denn zu dieser Zeit bedrohte die sowjetische Offensive Oberschlesien und das Gebiet von Tschenstochau, wo weitere 100 000 Juden in Arbeitslagern lebten. Das waren meistens Juden, die die Selektion in Birkenau überlebt hatten. Typhus- und andere Epidemien wären ausgebrochen, wenn man sie auf die westdeutschen Lager aufgeteilt hätte. Hätte man sie in Deutschland mit anderen ausländischen Zwangsarbeitern zusammen arbeiten lassen, würden diese — und damit die Alliierten — erfahren haben, was die Endlösung wirklich bedeutete. Aus dem gleichen Grund konnte Himmler nicht hoffen, sie ins Ausland zu verschachern, wie er es mit privilegierten ungarischen Juden getan hatte. Man durfte auch nicht zulassen, daß sie in russische Hände fielen; wir haben ja bereits gesehen, welche unmißverständlichen Befehle Kaltenbrunner während der Evakuierung der polnischen Lager ausgegeben hatte (siehe S. 338).

Alles deutete darauf hin, daß die verbleibenden Juden in Polen und Schlesien einfach ausgerottet werden würden, und das scheint man auch in Auschwitz angenommen zu haben, wo die Juden keine Ahnung davon haben konnten, daß die Gemütsruhe des Erzverfolgers unter ernsten Zweifeln litt und daß Himmler selbst zu einer Zeit, da die Schornsteine der Krematorien die größten Rauchwolken ausstießen, mit dem Gedanken umging, die Gaskammern zu zerstören. Denn es war am 24. Juli, auf dem Höhe-

punkt einer neuen Vernichtungsperiode in Auschwitz, daß die russischen Entdeckungen im Lubliner Konzentrationslager die alliierte Presse füllten. Die deutschen Aufseher hatten zwar versucht, die Insassen zu evakuieren — es befanden sich unter ihnen keine Juden mehr —, aber ein polnisches Widerstandskomitee brachte die letzten 6000 zusammen, die das Lager besetzten und es der Roten Armee übergaben — mit den deutschen Kapos, die sie gefangengenommen hatten[5]. Es gelang ihnen auch, sechs kleine Zellen, die als Gaskammern bezeichnet wurden, das eindrucksvolle Lagerkrematorium mit seinen fünf Öfen und mit geschmackvoll im Vordergrund ausgestellten menschlichen Gebeinen, 535 Trommeln mit Zyklon-B-Gas und einige Stahlretorten mit kohlensaurem Gas für die Besichtigung durch alliierte Presseberichterstatter zu erhalten. Im November folgte dann ein Massenprozeß, in dessen Verlauf unter anderem der deutsche Rapportführer und der Krematoriumsdirektor zum Tode verurteilt wurden[6].

Es ist bemerkenswert, wie viele Deutsche in gehobenen Stellungen bezeugten, daß sie von der Wahrheit der Geschichten über die Gaskammern erst dann überzeugt waren, als sie von den alliierten Enthüllungen über Lublin oder Majdanek — übrigens niemals ein Vernichtungslager im wahren Sinn des Wortes — hörten oder lasen. Die Enthüllungen kamen überdies vier Tage nach dem Attentat auf Hitler, als Himmler zu glauben begann, daß er die für Verhandlungen mit den Alliierten geeignete Persönlichkeit sein könnte. Denn von diesem Augenblick an begann Himmler jene Art von Ruf aufzubauen, zu dem er sich zur Zeit seiner Gespräche mit dem Grafen Bernadotte und Dr. Norbert Masur berechtigt wähnte.

In Auschwitz wurde aber Himmlers Bußfertigkeit kaum bemerkt, es sei denn, daß es in diesem Mittelpunkt von Widersprüchen damals mehr Widersprüche als je zuvor gab. Einerseits gingen die Selektionen und Vergasungen bis Ende Oktober weiter, weil es auf den alten, ausgefahrenen Geleisen der deutschen Bürokratie ganz einfach keine andere Methode zur Beseitigung unproduktiver menschlicher Körper gab. Andererseits wurde Mord jetzt gelegentlich bestraft, und Kranke hatten einige Aussicht, geheilt zu werden. Außerdem stieg die Zahl der Arbeitskommandos. Bis zum Herbst 1944 entstanden wenigstens 50 Nebenlager,

Die wichtigsten Konzentrationslager zu Kriegsende

Pfeile zeigen die ungefähre Stellung der alliierten Stoßtruppen am 10. April 1945; weder Belsen noch Buchenwald waren damals befreit

einschließlich fünf Gruben und fünf Hochöfen, die über Schlesien und die Randgebiete der Tschechoslowakei verstreut waren[7]. Diese Lager sowie die zwei Werke für synthetisches Benzin und Gummi waren als „Auschwitz III" bekannt, ein Betrieb, der von 15 000 Arbeitern am 15. April 1944 auf 25 000 am 21. August und mehr als 40 000 im Oktober anwuchs, als der Rückzug begann. Die Gesamtstärke von Auschwitz — Juden und Nichtjuden — stieg von 55 000 am 21. August auf 90 000 oder mehr[8]* und fiel am Vorabend der Evakuierung im Januar 1945 auf 64 000.

Der Wert der 40 000 Juden in den ausgebildeten Rüstungskommandos, für deren Gesundheit besser Sorge getragen worden war als für die Insassen in den Hauptlagern, gab den Ausschlag, denn Himmler entschied, sie nicht auszurotten, wie die Lubliner Kommandos am 3. November 1943 (siehe S. 336) ausgerottet worden waren. Abgesehen davon waren die treibenden Persönlichkeiten, die Hitlers Sinn mit der Endlösung beschäftigt hielten, entweder nicht mehr vorhanden oder in dieser Richtung weniger aktiv. Heydrich war tot, Goebbels seit dem 25. Juli als Reichsbevollmächtigter für den totalen Krieg voll beschäftigt, Kaltenbrunner, obwohl genau so grausam wie Himmler, versuchte gleich Himmler seine ersten Schritte auf dem trügerischen Boden des Verhandlungsfriedens. Unter diesen Umständen konnte sich Himmler von seinen ökonomischen Instinkten offener und mit weniger Furcht vor Denunzierung bei Hitler treiben lassen — wenngleich nicht immer.

Die Selektionen für die Auschwitzer Gaskammern endeten im Oktober 1944, doch ihr Schicksal war schon im Herbst 1943 zweifelhaft geworden, als Georg Konrad Morgen (siehe S. 138) hingeschickt wurde, um den Goldschmuggel, dessen Spuren nach dem Lager führten, zu untersuchen. Morgen fand, daß das Gold von der Selektion für die Gaskammern stammte. Er glaubte, daß das ganze offizielle System des Massenmords in den Gaskammern ans Tageslicht kommen müßte, falls er eine Anklage gegen

* Im Widerspruch zu dieser ununterbrochenen Ausdehnung und der statischen Natur des alten Lagers Auschwitz I zeigte die Belegung von Birkenau oder Auschwitz II unter der Einwirkung der Deportationszüge die wildesten Schwankungen: 36 000 Männer und Frauen am 5. April, 31 000 am 11. Mai, bloße 19 200 am 21. August und wiederum 30 000 am 18. Oktober. Für die Zeit zwischen dem 11. Mai und dem 21. August fehlen Aufzeichnungen, doch ist es wahrscheinlich, daß die Belegung während der Deportationen aus Ungarn auf 60 000 bis 70 000 anstieg (siehe Seite 486).

gewisse einzelne Mörder im Lager erhob. Morgen verhaftete daher Ernst Grabner, den politischen Referenten im Auschwitzer Hauptlager und berüchtigtsten unter den SS-Henkern. Danach stieß Morgen auf Schwierigkeiten, doch scheint er mit seinem angeblichen Plan weiter gekommen zu sein, als erwartet werden konnte. Es mußte Himmler bekannt sein, daß die Entsendung eines Mannes wie Morgen, dessen Aufgabe die Aufdeckung von Verbrechen war, nach Auschwitz auf den Widerstand von Kaltenbrunner, Nebe und Müller stoßen würde. Es wäre interessant zu wissen, was Himmlers Motiv war. Grabner wurde erst im Juli oder August 1944 unter Anklage gestellt, und der Prozeß wurde später fallengelassen. Dieser manische Sadist erlebte seinen Prozeß erst vor einem Volksgericht in Wien im April 1946[9].

Das Reichssicherheitshauptamt war nichtsdestoweniger durch Morgens Reise nach Auschwitz in seinen Grundfesten erschüttert. Am 1. November 1943 wurde Grabner seiner Stelle enthoben, und der Pflichtenkreis von Höss wurde mit dem von Arthur Liebehenschel, dem Leiter der Gruppe D I in Pohls Dienststelle, ausgetauscht[10]. Obwohl Liebehenschel nur bis zum Februar in Auschwitz blieb, führte er doch viele Reformen ein, darunter ein dreiteiliges Verwaltungssystem für die große Gruppe von Lagern. Er setzte den willkürlichen Hinrichtungen ein Ende, bestrafte manche der mörderischen Kapos und Blockführer und überprüfte alle Disziplinarstrafen persönlich. Die Selektionen in Birkenau waren außerhalb seines Machtbereiches, doch ist es unwahrscheinlich, daß mehr als 3 oder 4 Transporte während Liebehenschels Dienstzeit das Lager erreichten. Im ganzen besetzten Europa verlangsamte sich das Tempo der Deportationen, und wenn im folgenden Monat nicht Hitlers Handstreich in Ungarn gekommen wäre, würde Auschwitz schon damals aufgehört haben, ein Vernichtungszentrum zu sein[11].

Während Liebehenschels Zeit ereignete sich in Auschwitz ein Zwischenfall mit weitreichenden Folgen. Am 26. Januar 1944 ging eine Gruppe von 212 jüdischen Zeichnern, Graveuren und Buchdruckern, Überlebende der holländischen und deutschen Deportierungen, in das Konzentrationslager Sachsenhausen ab, wo sie in einer geheimen Abteilung gehalten wurden, deren Leiter SS-Sturmbannführer Bernhard Krüger, Chef des „Amtes VI, Fa" des RSHA, war. Diese Abteilung hatte seit 1940 britische Banknoten

gefälscht, doch erst von dem Augenblick an, da die Werkstätte in Sachsenhausen den vollen Betrieb aufnahm, sah sich die britische Regierung den verwickelten Problemen einer wirklich hervorragenden Fälschung von Fünfpfundnoten gegenüber.

Dieses seltsame Nebenprodukt der Endlösung überlebte den Krieg, denn im April 1945 wurde der „Einsatz Bernhard" in eine unterirdische Fabrik in Redl-Zipf in Österreich verlegt. Zum Schluß wurde Krüger angewiesen, seine 140 überlebenden Banknotenfälscher hinzurichten. Sie wurden in ein Arbeitslager in Ebensee gebracht, ein Kommando des Konzentrationslagers Mauthausen. Krüger hielt sich nicht an seine Befehle und flüchtete mit dem von ihm angehäuften Vermögen in die Schweiz. Er ist seitdem nicht entdeckt worden. Als Ebensee Anfang Mai befreit wurde, entkamen die Fälscher, gut ausgestattet mit zahlreichen ihrer Meisterwerke. Ungefähr 40 von ihnen kam man später auf die Spur, darunter Krügers Buchhalter, dem seinerzeitigen Internierten Oskar Skala, der genaue Auskünfte gab. Die Banknoten von Sachsenhausen tauchen immer noch hie und da in der ganzen Welt auf, doch die echten Fünfpfundnoten enthalten jetzt einen Metallfaden [12]. Vor einiger Zeit gab es Gerüchte, daß die Überlebenden des „Einsatzes Bernhard" in Rußland am Werke seien.

Am 18. Juli 1944 gab die britische Zensur den Bericht über die Mission Joel Brands frei (siehe S. 493), und die Welt erfuhr, daß Himmler versucht hatte, die übriggebliebenen Juden Ungarns zu verschachern. Von diesem Augenblick an konnte die Abschaffung der Gaskammerselektionen jederzeit erwartet werden. Tatsächlich wurde sie um mehr als drei Monate aufgehalten.

Dr. Kastner berichtet, daß Kurt Becher am 1. August 1944 in seinen Verhandlungen mit Saly Meyer zum erstenmal das Angebot machte, „mit den Vergasungen aufzuhören" [13]. Etwas war davon sogar im Lager bekannt. Die Internierten unter den Angestellten im Büro glaubten, daß am 2. September eine entsprechende Weisung gegeben werde, weil das Propagandaministerium eine internationale Delegation durch das Lager führen wollte, um die alliierten Anschuldigungen über Lublin zu widerlegen [14]. Dazu kam es zwar nicht, aber später im September wurde einer Mission des Internationalen Roten Kreuzes die Bewilligung zu einer Unterredung mit Bär, dem Nachfolger Liebehenschels, in dessen Büro gegeben. „Von dem Lager selbst (Auschwitz I) sahen wir nur

sechs oder acht Baracken aus rotem Backstein[15]." Aber der Kommission konnte weder die bleiche, aschige Gesichtsfarbe der Mitglieder des Arbeitskommandos, die sie auf den schlesischen Straßen traf, noch die Frage des Sprechers im Lager für britische Kriegsgefangene in Monowitz entgehen, „ob wir etwas von den hochmodernen Schauerbädern wüßten, wo die Internierten in Gruppen vergast wurden". Es hatte den Anschein, daß der Sprecher versucht hatte, durch englische Soldaten, die mit Internierten zusammengearbeitet hatten, Informationen zu bekommen, daß aber die letzteren nicht bereit gewesen waren, etwas zu sagen.

Nach dem Besuch des Roten Kreuzes wurden die Verhältnisse in Auschwitz und sogar in Birkenau wieder besser, wo die Aussicht, zu überleben, einst nach Wochen berechnet worden war. Für jene, die nach einer Arbeitswoche von 70 bis 80 Stunden noch nicht vollkommen gebrochen waren, gab es sogar am Sonntag Fußballspiele, Konzerte und Filmvorführungen. Die Selektionen waren jetzt als „Kinobesuche" bekannt, da die grünen Kannen mit Zyklon B im Kino aufgehoben wurden[16]. Dieser Schatten drohte fast bis zum letzten Augenblick.

Am 28. November berichtete Becher Dr. Kastner triumphierend, daß er bei Himmler „auf allen Linien gesiegt" habe. „Die Vergasungen in Auschwitz sollten unverzüglich aufhören und die Gaskammern demontiert werden. Juden, die im Reiche arbeiteten, sollten in Zukunft gleiche Lebensmittelrationen wie ‚Ostarbeiter' erhalten. Wo es an jüdischen Krankenhäusern fehlen sollte, bestehe kein Einwand, kranke Juden mit Ariern zusammenzulegen[17]." Becher zufolge hatte Himmler aber den Führerbefehl schon viel früher widerrufen. „Etwa zwischen Mitte September und Mitte Oktober 1944" hatte Becher Himmler überredet, einen Befehl in zwei Ausfertigungen an Pohl und Kaltenbrunner zu senden, in welchem sie dafür persönlich verantwortlich gemacht wurden, wenn untergeordnete Dienststellen es unterließen, der Vernichtung der Juden ein Ende zu bereiten[18]. Die Mitteilung, welche am 26. November an Becher geschickt wurde, war daher nur eine Bestätigung der Weisung, die an Müller und Eichmann gesandt worden war und die sie unbeachtet gelassen hatten — denn im Oktober wurden in Birkenau ausgedehnte Selektionen von Juden aus Theresienstadt, Italien und dem Gebiet von Krakau vorgenommen. Abgesehen davon erklärt Dr. Nyiszli — obwohl

es nicht möglich ist, Selektionen nach dem 30. Oktober nachzuweisen (siehe S. 194) —, daß der Befehl die Krematorien erst am 17. November erreichte[19].

Für eine Gruppe von Internierten in Birkenau waren die Gerüchte über die Beendigung der Vergasungen keine gute Nachricht. Die Sonderkommandos, die besonders robusten Juden, die in den Krematorien arbeiteten, wußten, daß das ihren Tod bedeutete. Erfahrungen in Treblinka und Sobibor hatten die Deutschen gelehrt, daß dies der wahrscheinlichste Augenblick für eine Rebellion der Sklaven war. Eine Meuterei gab es schon am 17. Dezember 1942, in den Tagen der kleinen Gaskammern in Birkenau. Das aus 200 slowakischen Juden bestehende Sonderkommando hatte einen Anteil an der Beute erworben, und es wurde beschlossen, sie zu töten, damit sie sich nicht durch Bestechung den Weg in die Freiheit erkaufen könnten. Offenbar sickerte die Kenntnis des Bevorstehenden bis zu den Opfern durch[20]. Späterhin wurde das Kommando jedesmal nach einigen Monaten ausgerottet und durch ein neues ersetzt. Im August 1944 wurde es um 170 Mann reduziert, die nach Auschwitz I geschickt und heimlich hingerichtet wurden. Der Rest, meist Juden von den Deportationen aus Athen und Korfu, mußte in der Einzäunung der Krematorien leben[21].

In Auschwitz I bestand aber ein geheimes Komitee unter der Leitung des späteren polnischen Ministerpräsidenten Jozef Cyrankiewicz, das nicht nur das Sonderkommando über das Schicksal der 170 unterrichtete, sondern auch einige automatische Pistolen und Handgranaten ins Lager schmuggelte. Diese letzteren wurden von Frauen in den Kruppschen Union-Werken, die sich innerhalb der Lagereinzäunung befanden, hergestellt. Am 21. September gab das Komitee an das Sonderkommando die Nachricht weiter, es möge sich für eine Selektion bereit halten. Unglücklicherweise war der Mann, der die Revolte hätte führen sollen, ein jüdischer Offizier der griechischen Armee, während eines Fluchtversuches getötet worden, so daß die Pläne schlecht koordiniert waren und zur Kenntnis eines Denunzianten gelangten. So kam es, daß die 150 bis 200 Mann vom Krematorium IV festgenommen und vergast wurden[22].

Das Geheimkomitee entwickelte nun einen kühnen Plan für die drei anderen Krematorien. Die polnische Widerstandsbewegung sollte Waffen in einen jüdischen Deportationszug schmuggeln.

Fatalerweise ging der Zug früher als geplant und ohne Waffen nach Birkenau ab. Infolgedessen mußten die Männer im Krematorium III, die sich verraten sahen, am 6. Oktober ihre Todesfabrik in Brand setzen, um ihre Genossen im Krematorium I, die Waffen besaßen, zu warnen; das Feuer wurde jedoch nicht rechtzeitig bemerkt. Als die Leute vom Krematorium III versuchten, einen Weg durch den Drahtverhau zu hacken, wurden sie von Scharführer Moll, dem Genickschußfachmann des Lagers, und seinen SS-Wachen niedergeschossen. Einigen gelang es, ungefähr 6 Kilometer weit zu fliehen, bevor sie wieder festgenommen wurden. Nichtsdestoweniger brannte Krematorium III vor den Augen des ganzen Lagers vollständig aus[23]. Ein Mann überlebte alles das, Charles Bendel aus Paris, ein Arzt, der als solcher im Lager gearbeitet hatte. Er versuchte durch Einnehmen von Gift Selbstmord zu begehen, wurde aber wie durch ein Wunder von mitinternierten Ärzten wieder zum Bewußtsein gebracht und im Spital verborgen. So blieb Dr. Bendel am Leben und konnte seine grauenhafte Geschichte im Jahre 1945 während des Lüneburger Prozesses gegen die Belsener Wachen und Kapos erzählen[24].

Das letzte Gemetzel gab es spät im November, als die Überlebenden des Sonderkommandos aus den übriggebliebenen Krematorien, die bereits niedergerissen wurden, weggeschafft und auf geheimnisvolle Weise in den Wäldern aus dem Wege geräumt wurden. Man hielt sich eben bis zum letzten Augenblick an Heydrichs Legende von den Pharaonengräbern, aber Dr. Nyiszli aus Großwardein, der Arzt und Pathologe im Krematorium I war, fand zu seiner Überraschung, daß er immer noch am Leben war. Mußfeld, der Massenmörder von Majdanek, verbrachte jetzt mit seinen Wachen die Zeit damit, sich zu betrinken und Dr. Nyiszli zu erzählen, daß er bald getötet werden würde und daß dann die Reihe an sie selbst kommen würde. Nicht einmal jetzt weiß Dr. Nyiszli, ob er es war, der zuletzt gelacht hat[25].

Die Evakuierung der Auschwitzer Lager wartete nicht auf den russischen Vormarsch. Sie wurde über drei oder vier Monate ausgedehnt. Birkenau, überfüllt wie immer, kam zuerst an die Reihe. Es ist möglich, daß ein Teil des Frauenlagers schon im September nach Ravensbrück verlegt wurde. Die kranken Frauen wurden im November und Dezember in drei Gruppen nach Bergen-Belsen geschickt, das damals offiziell ein Erholungslager war[26]. Die Ab-

teilung D II des Männerlagers wurde Ende Oktober im Zuge der Massenüberführung von körperlich tauglichen Juden in die deutschen Rüstungsfabriken nach Dachau evakuiert. 2096 Juden aus Auschwitz wurden in Dachau registriert, 1023 in Buchenwald, 2045 in Flossenbürg, 494 in Mauthausen, 2592 in Sachsenhausen und einige Hundert in Stutthof[27].

Im Anfang wurden nur wenige Frauen nach Belsen geschickt. Erst als Ende Januar ein großer Evakuierungstransport aus Birkenau eintraf, mußte Kramer ein neues Frauenlager eröffnen, aus dem sich später das berüchtigte Lager I entwickelte. Kramer selbst, der während der Massenmordzeit von 1944 Kommandant von Birkenau war, traf am 1. Dezember in Belsen ein, um die Leitung zu übernehmen. Josef Kramer, der in den Anfängen von Auschwitz im Jahre 1940 dort die Funktion von Höss'Adjutanten innegehabt hatte, war nicht ganz das Halbtier, als das ihn die alliierte Presse darstellte. Er war jedoch ein stumpfer, beschränkter Rohling, der aus dem sogenannten privilegierten Lager Bergen-Belsen bald ein zweites Birkenau machte[28].

In der Gruppe der Auschwitzer Lager waren am 18. Januar 1945 immer noch wenigstens 64 000 Menschen, als in Hörweite der russischen Geschütze die allgemeine Evakuierung angeordnet wurde. Die Verhältnisse, unter denen Transporte möglich waren, hatten sich inzwischen wesentlich verschlechtert. Die Internierten fuhren quer durch Deutschland in ihren Gefängnisschlafanzügen — im tiefsten Winter in offenen Güterwagen. Manche, die nach einem Aufenthalt in Gleiwitz und Wloclawek nach Flossenbürg und Greiffenberg geschickt wurden, legten den ganzen Weg zu Fuß zurück, wozu sie einen vollen Monat brauchten.

Ein Großteil dieser Völkerwanderung konnte durch eine Überprüfung der Registrierungsnummern in den Lagern verfolgt werden[29]. Auf diese Weise wurden 18 886 Auschwitzer Internierte in Buchenwald festgestellt, 1879 in Dachau, 8860 in Dora, 8865 in Mauthausen, 4782 in Ravensbrück und 2907 in Sachsenhausen. Die Ziffer, die den stärksten Eindruck hinterläßt, ist die aus Buchenwald und seinen Außenkommandos. Der größere Teil hatte keine Arbeit zu leisten, sondern wurde einfach im „Kleinen Lager" gelassen, von dessen Insassen niemals wirklich erwartet wurde, daß sie am Leben bleiben würden und wo es keine Einrichtungen gab, die auch nur eine nackte Existenz ermöglichten.

Das „Kleine Lager" wurde sogar mehr überfüllt als nach den Massenverhaftungen des November 1938 (siehe S. 17), mit dem Ergebnis, daß in den letzten drei Monaten der Existenz von Buchenwald 13 066 Todesfälle verzeichnet wurden, mehr als in den Jahren 1942/43 zusammengenommen[30]. Zwar gab es eine Flecktyphusepidemie, doch die meisten der Toten waren einfach „Muselmänner", wie man die in eine Decke gehüllten wandernden Gerippe in der Lagersprache nannte. Die Reise von Auschwitz, zuerst zu Fuß durch den Schnee — mit den Revolvern der SS im Rücken — und dann im offenen Wagen, Tag um Tag ohne Ende, frierend und ohne Nahrung, genügte schon, um jemanden zum „Muselmann" zu machen. Hier ist die Beschreibung, die Dr. Georg Straka, Dozent der Phonetik an der Straßburger Universität, ein gebürtiger Tscheche, von den Menschen gibt, die im Winter 1944 von Auschwitz ankamen[31]:

> „Getrieben von Hieben, begannen sie manchmal plötzlich vorwärtszugehen wie eine Herde Vieh, einer den anderen stoßend. Es war unmöglich, ihren Namen aus ihnen herauszubekommen. Das freundlichste Wort hatte nicht die Kraft, sie zum Sprechen zu bewegen. Ein langer, starrer, ausdrucksloser Blick war alles. Wenn sie den Versuch machten zu antworten, konnten ihre Zungen den Gaumen nicht erreichen, um einen Ton hervorzubringen. Man wurde nur ihres vergifteten Atems gewahr, der aus Eingeweiden zu kommen schien, die sich schon in einem Zustand der Zersetzung befanden. So sahen die Transporte im Winter 1944/45 aus, in dem Winter, in welchem der Tod die ungeheure Zahl von 13 000 Internierten in den letzten drei Monaten vor unserer Befreiung forderte."

Doch schon vor der Evakuierung hat es viele Insassen von Auschwitz gegeben, die Muselmänner geworden waren und nicht durch Schneegestöber getrieben oder in offene Güterwagen gepreßt werden konnten. Ebensowenig war es möglich, sie auf der Stelle zu liquidieren, da es keine Gaskammern mehr gab; die Einrichtung war erst nach dem Lager Groß-Rosen, 220 Kilometer westlich — manche Optimisten glaubten, sie hätten Zeit, sie dort zu benutzen —, gesandt worden, von wo sie später spurlos verschwand*. Am 18. Januar wurden daher die Kranken in den Kran-

* Nach Bruce Marshalls Darstellung der Erfahrungen von Oberstleutnant F. F. E. Yeo-

kenrevieren der drei Hauptlager mit einigen Helfern und Vorräten zurückgelassen, um auf die Russen zu warten[33]. Warum dies geschah, ist unaufgeklärt, denn Himmler hätte nach der Majdanek-Affäre damit nicht einverstanden sein können, und Kaltenbrunner, der durch die Auschwitzer „Politische Abteilung" erfahren haben mußte, was vorging, wäre vor nichts zurückgeschreckt, um es zu verhindern. Jemand muß hier seine eigene Initiative geltend gemacht haben — so etwas war sogar in Hitlers Reich möglich.

Die Rote Armee kam erst am 26. Januar an. Sie fand 2819 Invaliden in den drei Lagern und unterließ nichts, um sie wieder gesund zu pflegen. Eine sowjetische Kommission erschien später, und am 12. Mai wurden die Ergebnisse ihrer Erhebungen der Welt bekanntgegeben[34]:

> „Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Kapazität der Krematorien teilweise nicht erschöpft war, hat die technische Sachverständigenkommission festgestellt, daß während der Dauer des Bestehens des Auschwitzer Lagers die deutschen Henker nicht weniger als 4 Millionen Bürger aus UdSSR, Polen, Frankreich, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Holland, Belgien und anderen Ländern umgebracht haben."

Die Welt ist gegen derartige „Schätzungen" mißtrauisch geworden, und die runde Ziffer von 4 Millionen kann einer ernsten Nachprüfung nicht standhalten. Unglückseligerweise hat die sowjetische Arithmetik die nackte und unleugbare Tatsache verschleiert, daß **nicht viel weniger als eine Million Menschen in Auschwitz, seinen Gaskammern und Lagern umkamen.** Das Vorhandensein zu vieler unberechenbarer Faktoren macht es wohl unmöglich, die Zahl der Auschwitzer Opfer genauer abzuschätzen. Die Zahl der Eintragungen ins Lagerverzeichnis ist nur ein Anhaltspunkt für die Zahl der Juden, die dorthin gebracht wurden, weil mehr als 100 000 von den 363 000 bekannten Registrierungen nichtjüdische Internierte aus Polen, Rußland und Deutschland betreffen. Außerdem waren im Jahre 1944 sehr große

Thomas, der Anfang Januar 1945 in eine Zweigstelle von Buchenwald, das Fabriklager Rehmsdorf, geschickt worden war, wurden damals Juden immer noch aus dem Krankenrevier geholt, um nach dem Osten zur Ausrottung geschickt zu werden. Dies kann nicht mehr in Auschwitz vor sich gegangen sein, doch ist es möglich, daß das Lager Groß-Rosen immer noch für diesen Zweck benutzt wurde [32].

Gruppen von Juden im Lager, die dort auf die Überführung nach anderen Lagern warteten. Man hatte sich gar nicht die Mühe genommen, sie zu registrieren, aber sie waren lange genug dort, um einer Epidemie zum Opfer zu fallen. Obwohl nach den Listen bis zum 18. Januar 1945, dem Tag der endgültigen Evakuierung, nicht mehr als 300 000 Lagerinsassen ihren Tod gefunden hatten, war die wirkliche Zahl zweifellos weit höher.

Was die Gesamtzahl der Juden, die zu dem Selektionsplatz Auschwitz gebracht wurden, betrifft, ist es möglich, sie für die westlichen und mitteleuropäischen Länder sowie für den Balkan ziemlich genau abzuschätzen; das gilt aber nicht für Polen. Es gibt keinen richtigen Anhaltspunkt für den Prozentsatz der Vergasten. Dieser war vor dem August 1942 und wiederum nach dem August 1944 niedrig, doch in der Zwischenzeit mag er einmal auf 50 gesunken und dann wieder bis auf 100 emporgeschnellt sein. Die nachstehende Liste berücksichtigt eine Anzahl von Transporten aus Frankreich und Griechenland, die nach Majdanek geschickt wurden, 34 000 holländische Juden, die nach Sobibor gingen, sowie verschiedene Transporte nach Theresienstadt, Belsen und Ravensbrück:

Belgien	22 600	
Kroatien	4 500	
Frankreich	55 000	
Großdeutsches Reich (einschließlich Konzentrationslager und Protektorat, nur direkte Transporte)	20 000	(ungewiß)
Großdeutsches Reich und Protektorat (via Theresienstadt)	41 500	
Griechenland	50 000	
Niederlande	62 000	
Ungarn (Grenzen während des Krieges)	380 000	
Italien	5 000	
Luxemburg	2 000	
Norwegen	700	
Polen und baltische Staaten	180 000	(ungewiß)
Slowakei (Grenzen von 1939)	20 000	
	843 300	

Von dieser Riesenzahl sind heute nur wenige am Leben, und mindestens 770 000 müssen in den Lagern von Auschwitz vor der

Evakuierung im Januar 1945 zugrunde gegangen sein. In den Gaskammern von Auschwitz starben etwa 550 000 bis 600 000 sofort nach ihrer Ankunft, aber auch von den mindestens 300 000, die erst nach ihrer Einlieferung in eines der Lager starben, müssen viele den Tod in der Gaskammer gefunden haben.

2. Die Intervention des Roten Kreuzes

Während der folgenden zwei Monate blieb Deutschland zwischen Rhein und Oder invasionsfrei; auf diesem Gebiet gab es ein Netz von einem Dutzend Konzentrationslagern und mehr als hundert dazugehörigen Nebenlagern. In ihnen wurden ungefähr 200 000 Juden [35] und 500 000 nichtjüdische politische Gefangene festgehalten, welche unter Verhältnissen lebten, die im besten Fall nicht mehr erträglich und im schlimmsten Fall solche von Beinhäusern von lebenden Toten waren. Ihre Zukunft hing in der Luft zwischen dem Willen eines Hitler, der sie gern mit sich und allen anderen Deutschen zusammen sterben gesehen hätte, den Intrigen eines Himmler, dessen Hoffnung es war, sie als Preis für seine eigene Rettung lebend an die Alliierten zu verschachern, und dem Wüten eines Kaltenbrunner, der fanatisch genug war, um diesen Plan der Vereitelung für wert zu halten. Wenn man versucht, der Verwirrung und den Widersprüchen in diesem Geschehen zu folgen, muß man sich stets des Konfliktes dieser drei Willen bewußt bleiben. Dies erklärt den verhältnismäßigen Mißerfolg der Rote-Kreuz-Missionen und die ungeheuerlich hohe Anzahl der Toten. Wenigstens 80 000 Insassen der Konzentrationslager — die Hälfte davon allein in Belsen — starben in den letzten drei Monaten des Krieges. So sahen die Truppen der westlichen Verbündeten mit ihren eigenen Augen das, was in ihren Ländern vielfach bis dahin als Gerüchte, entstellte Zeugenaussagen oder bewußte Propaganda betrachtet wurde.

Ende Januar 1945, während die Züge mit offenen Güterwagen ihre Fracht an miteinander vermischten Lebenden und erfrorenen Toten von Schlesien nach Westdeutschland schleppten, trat Professor Karl Burckhardt, der Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, mit dem Berliner Auswärtigen Amt in Verbindung. Es wurde ihm gesagt, daß Hilfe in Kraftwagen für die Lager erlaubt werden würde, vorausgesetzt, daß diese vom Roten Kreuz bereitgestellt und von verläßlichen Kriegsgefangenen gelenkt wer-

den würden. Am 2. Februar wurden dann zwei Delegierte des Schweizer Roten Kreuzes in das Allerheiligste, die Inspektion der Konzentrationslager in Oranienburg, zugelassen, wo sie Dr. Lolling, den Chef des Lagergesundheitsdienstes sowie Höss und Berndorf, die Stellvertreter des Generalinspekteurs Glücks, aufsuchten. Der erstgenannte jedoch war mit seinen kalten, verglasten Augen bar jeder Hilfsbereitschaft. Himmler allein, sagte er, könnte die Anordnungen für den Besuch der Lager geben. Eine Aussprache mit den Wortführern der Internierten sei aber ganz unmöglich. Angesichts des Bombenschadens auf den deutschen Bahnen könnten sie nicht nach Oranienburg gebracht werden [36].

Himmler blieb unzugänglich — und dann ereignete sich eine Katastrophe. Am 6. Februar trafen weitere 1100 ungarische Juden aus Bergen-Belsen in der Schweiz ein. Das war das Zeichen dafür, daß Himmler schließlich doch — durch den Schweizer Präsidenten Jean-Marie Musy — seine fünf Millionen Franken erhalten hatte. Wie Becher sagt, wies Himmler das Geld großzügig dem Schweizer Rote-Kreuz-Plan zu, aber der Bericht wurde in den Schweizer Zeitungen veröffentlicht und kam zu Hitlers Kenntnis. Becher beschuldigt überraschenderweise Walter Schellenberg — welchen Himmler sicherlich in dieser Angelegenheit benützt hatte —, Hitler diese Berichte gezeigt zu haben. Himmler mußte eine Szene über sich ergehen lassen, die so fürchterlich war, daß er alles widerrief. Becher berichtet, daß er Pfister, den damaligen Kommandanten von Buchenwald, beauftragte, „keinen Lagerinsassen in der südlichen Hälfte von Deutschland lebend in Feindeshände fallen zu lassen" [37].

Trotzdem trat das Schwedische Rote Kreuz von neuem an Himmler heran, und da der Versuch wohlweislich außerordentlich begrenzte Ziele verfolgte, brachte er wichtige Ergebnisse. Graf Folke Bernadotte, ein Neffe des damaligen Königs von Schweden und Vizepräsident des Schwedischen Roten Kreuzes, erreichte am 17. Februar durch Vermittlung Schellenbergs eine Unterredung mit Himmler. Bernadotte ersuchte nur um die Entlassung der dänischen und norwegischen Gefangenen, aber im Verlaufe der Unterhaltung erfuhr er, daß die ganze Masse der im Reich internierten Juden unter gewissen Umständen den Alliierten übergeben würde. Trotzdem war während der nächsten zwei Wochen kein Zeichen davon zu sehen, daß wenigstens Bernadottes be-

scheidener Vorschlag an die Inspektion der Konzentrationslager weitergeleitet worden wäre. Statt dessen erhielt Graf Bernadotte durch Schellenberg eine Mitteilung, daß Kaltenbrunner jeden Zutritt zu den Lagern verhindern würde; dies wurde ihm von Kaltenbrunner selbst am 5. März bestätigt. „Ich habe nicht die Absicht, Sie in der Angelegenheit, die Sie vorgetragen haben, zu unterstützen[38]."

Nach der Sabotage der schwedischen Verhandlungen benützte Kaltenbrunner jetzt Himmlers Abwesenheit, die Verhandlungen mit den Schweizer Stellen in der Absicht wieder aufzunehmen, daraus für sich Gewinn zu schlagen. (Himmler kommandierte vom 23. Januar bis zum 4. März 1945 die „Heeresgruppe Weichsel", war aber häufig nicht in seinem Hauptquartier.) Er empfing Professor Burckhardt am 12. und informierte ihn, daß je ein Vertreter des Roten Kreuzes in jedem Lager seinen Sitz aufschlagen könne, um die Hilfe zu verteilen; die französischen und belgischen Internierten würden gegen Deutsche ausgetauscht werden. Was die Juden betraf, wurde Professor Burckhardt versichert, daß die Kinder, die alten Leute und die gesamte Gemeinschaft von Theresienstadt in ihre Heimat zurückgeschickt werden würden[39].

Obwohl sich die Unterhändler dessen wahrscheinlich nicht bewußt waren, war das Chaos in den Konzentrationslagern jetzt zu groß, um die Durchführung von mehr als einem kleinen Teil des Projekts möglich zu machen. Am 1. März hatte Kramer von Belsen an Glücks geschrieben, daß 42 000 Menschen im Lager wären, von welchen 250—300 täglich von Flecktyphus hinweggerafft würden[40*]. Eine Woche später benützte Eichmann diese Epidemien wieder als einen Vorwand, um die Evakuierung der 7500 überlebenden „Austauschjuden" von Belsen nach Theresienstadt und Landsberg zu verbieten[42]. Am 19., als die Belegschaft von Belsen die Zahl von 60 000 überschritten hatte, kam Oswald Pohl mit Lolling und Höss, der den angeblich kranken Glücks vertrat, im Lager an. Sie brachten Kramer einen Befehl Himmlers, daß „nicht einer mehr von den Juden" getötet werden dürfe und die Sterblichkeitsziffer um jeden Preis herabgedrückt werden müsse[43]. Höss, der seine neue Rolle anfangs schwierig finden

* Brigadegeneral Glyn-Hughes stellte fest, daß die Typhusepidemie in Belsen am 5. Februar in einem Transport von „Ungarn" ausbrach. Es ist nicht klar, ob diese ungarischen Juden aus anderen deutschen Konzentrationslagern oder vom „Südostwall" kamen[41].

mußte, sagte seinem alten Adjutanten Kramer, daß nicht einmal er mit all seiner Erfahrung je derartiges gesehen hätte. „Zehntausende Leichen lagen überall herum", äußerte er sich später in Nürnberg. Das hinderte aber Himmler nicht daran, zwei Tage später durch Felix Kersten Dr. Hillel Storch vom Jüdischen Weltkongreß wissen zu lassen, daß er „Vorkehrungen" gegen den Ausbruch einer Typhusepidemie in Bergen-Belsen getroffen habe[44].

Am 23. März teilte der Gestapochef Müller Professor Burckhardt mit, daß Belsen aufgegeben werden würde und daß alle in Deutschland befindlichen Juden an einen einzigen Ort gebracht werden würden, wo Hilfsmittel aus dem Ausland sie erreichen könnten. Doch nicht einmal jetzt war es einem einzigen Vertreter des Roten Kreuzes gelungen, eines der Konzentrationslager zu betreten. Müller erklärte, daß dies auf den Mangel an Zensoren zurückzuführen wäre, die anwesend sein müßten. Die Delegation war alles andere als beeindruckt, als Müller das Angebot machte, in den nächsten Tagen einen Delegierten nach Theresienstadt zuzulassen, „um der lügenhaften feindlichen Propaganda ein Ende zu bereiten"[45].

Eine Woche später gelang es dem Grafen Bernadotte, in das Lager Neuengamme in einem Vorort von Hamburg einzudringen; dies war aber mehr eine Art von persönlicher Gefälligkeit, da Himmler am 3. April sein erstes Ersuchen an Bernadotte um Vermittlung einer Aussprache zwischen ihm und General Eisenhower gerichtet hatte[46]. Den Schweizer Delegierten wurde kein derartiges Entgegenkommen bewiesen. Am 3. April wurde ihnen erlaubt, mit den Wortführern der Lager zu sprechen, doch wäre das in Anwesenheit des gesamten Mördergeneralstabs in Oranienburg vor sich gegangen, wo die armen Teufel kaum gewagt hätten, den Mund aufzumachen. Es fiel auf, daß Höss in bezug auf Buchenwald besonders zurückhaltend war — von wo die Amerikaner damals nur 60 Kilometer entfernt waren —, und das mit gutem Grunde[47]. Zwischen dem 3. und 10. April wurde Buchenwald einer gewaltigen und völlig chaotischen Evakuierung unterzogen. Von den 48 000 Menschen, die jetzt in das Hauptlager gezwängt waren, wurden 28 285 in Zügen nach Süddeutschland, insbesondere den Lagern Ohrdruf, Dachau, Flossenbürg und Leitmeritz, gebracht. Die Hälfte der Deportierten waren Juden, die im

„Kleinen Lager" gelebt hatten und in keiner Weise von dem berüchtigten „Lagerkomitee" geschützt worden waren.Von diesen wurden 4500 in einen Zug nach Dachau geschafft, der dort erst viele Tage später mit 1500 Toten eintraf, nachdem er auf der Suche nach einem nicht bombardierten Geleise in der Tschechoslowakei umhergeirrt war. Die Passagiere waren nur mit Lebensmitteln für einen Tag versehen worden[48]*.

In Nürnberg gab Schellenberg folgende Darstellung der Vorgänge: Himmler hatte eine für Eisenhower bestimmte Botschaft an den Schweizer Bundespräsidenten Musy geschickt, der zufolge Buchenwald intakt übergeben werden würde. Als jedoch Musys Sohn in Buchenwald eintraf, fand er die Evakuierung in vollem Gange. Er beschwerte sich bei Schellenberg, der mit Himmler telephonierte, worauf die Evakuierung am gleichen Tage eingestellt wurde. Müller sagte Schellenberg, daß Kaltenbrunner die Anordnungen über Himmlers Kopf hinweg erteilt hätte; und in diesem Falle wenigstens bestätigte Becher die Aussagen Schellenbergs[50]. Man sollte dieser Darstellung trotzdem mit starken Vorbehalten begegnen. Der letzte Transport von Evakuierten verließ Buchenwald am 9., und Himmlers Intervention erfolgte offenbar am 10., als sich die SS-Wachen selbst schon für den Abgang vorbereiteten. Zwischen dem 11. und dem 13. war das Lager in den Händen des „illegalen Komitees", welches selbst die Wachtürme bemannte. Man ist sicherlich zu dem Verdacht berechtigt, daß die SS einfach nicht mehr imstande war, mehr Leute zu evakuieren, und die Erinnerung an Lublin taucht in diesem Zusammenhang auf[51].

Der von Hungersnot getriebene Ausbruch aus Buchenwald bei der Ankunft der Amerikaner, die Wagenladungen von unbeerdigten Leichen im „Kleinen Lager" und Frau Kochs Lampenschirm aus Menschenhaut wurden von dem, was die britischen Truppen in Belsen fanden, bei weitem übertroffen. Heute besteht die Gefahr,

* Das „illegale Komitee" in Buchenwald hatte Waffen zur Verfügung, aber nicht genug, um gegen 3000 SS-Wachen kämpfen zu können. Es entschied sich daher, das Leben derjenigen zu opfern, die seiner Ansicht nach den geringsten Wert hatten. Christopher Burney gibt offen zu, daß die am 2. April von der SS angeforderten 6000 Juden keines Kampfes für wert gehalten wurden. Als es sich am 6. April darum handelte, 8000 Leute für Transporte nach Theresienstadt aufzutreiben, jätete das Komitee diejenigen aus — Juden oder Nichtjuden —, die es als „Kretins" betrachtete. Das ist keine Sache, die sich in für Knaben geschriebenen Abenteuerbüchern zu ereignen pflegt, aber es gehört zum Charakter des SS-Staates, und Burney verdient Lob für seine Offenheit.[49]

daß diese unaussprechliche Tragödie nach und nach als nichts anderes als ein Zusammentreffen von Zufällen betrachtet werden wird. Und doch kann es das bewußte Werk eines einzigen Mannes gewesen sein! So wie Theresienstadt, wurde Belsen „politisch" von „IVA 4b" verwaltet — Eichmanns Dienststelle, in der SS-Hauptsturmführer Mös alle Angelegenheiten, die sich auf „Austauschjuden" bezogen, führte. Am 1. März berichtete Kramer an den Generalinspekteur Glücks, daß Mös diese Juden nicht wegschaffen würde, um mehr Raum im „Musterlager" zu schaffen[52], weil die Typhusepidemie jeden Transport unmöglich machte. Doch zu jener Zeit war das „Musterlager" gar nicht im Bereich der Typhusepidemie. War das Eichmanns Hand? Am 6. April versprach Eichmann M. Paul Dunand vom Roten Kreuz, ihm Belsen zu zeigen, damit er sehen könne, wie die Behörden die Typhusepidemie bekämpften. Als aber Dunand nach Berlin kam, war Eichmann schon geflohen[53]. Wie kam es, daß trotz Pohls Besuch in Belsen am 19. März und seines Berichtes an Himmler drei Wochen lang weitere Transporte nach Belsen strömten*? Ist es nicht mehr als wahrscheinlich, daß dies die letzte Grimasse des Mannes war, der „lachend in die Grube springen würde", weil „das Gefühl, daß er fünf Millionen Menschen auf dem Gewissen hätte, für ihn außerordentlich befriedigend wäre"? (Siehe S. 31.)

Es war wieder einmal Kurt Becher, jetzt von Himmler zum Sonderkommissar für die Konzentrationslager ernannt, der nach Eichmann aufzuräumen hatte. Am 10. April verließ er Eichmanns Büro in der Kurfürstenstraße, um nach Bergen-Belsen zu gehen; Dr. Kastner, mit einer SS-Uniform verkleidet, begleitete ihn. Nachdem er Kramer aufgesucht hatte, telephonierte Becher an Himmler und überredete ihn, das Lager, so wie es war, zu übergeben. Oberführer Harries, der die zumeist aus Ungarn bestehenden Verbände der Waffen-SS in der benachbarten Panzerschule kommandierte, wollte zuerst nicht kapitulieren[54], doch am 12. wurde ein Waffenstillstand vereinbart; der britische Kommandant gewährte den Lagerwachen 8 Tage Gnadenfrist, um einen Kordon um das Typhusgebiet zu ziehen. Keine britische Abteilung betrat das Lager vor dem 15., als die Front Belsen weit hinter sich gelassen hatte.

* Nachforschungen des Holländischen Roten Kreuzes zeigten, daß — im Vergleich zu nur drei Transporten nach Belsen im Januar 1945 — zehn im Februar und acht im März ankamen, sowie zwei weitere in den ersten Apriltagen (Auschwitz, Deel VI, Haag 1952).

Belsen bestand aus Lager Nr. 2, dem ursprünglichen Musterlager für privilegierte Juden, welches ordentlich geplant war und einige gute, dauerhafte Gebäude besaß, und aus Lager Nr. 1, das in einiger Entfernung lag. Letzteres war ein Barackenlager, das ursprünglich für russische Kriegsgefangene benützt worden war, aber durch Baracken, die während der Evakuierungen im Winter 1944 aus dem Judenlager in Plaszow in Polen geholt worden waren, erweitert wurde[55]. Bis zum letzten Augenblick versuchte man, die Flut der Neuankömmlinge vom Lager Nr. 2 fernzuhalten. So kam es, daß es keinen Typhus und nur Ansätze zu einer Hungersnot in dieser Abteilung gab, obwohl zum Schluß 15 133 Menschen in einem Lager lebten, das nur zur Aufnahme von 7000 bestimmt war.

Ganz anders war es im Lager Nr. 1, dem „Häftlingslager". In diesem Rechteck, nur ungefähr 1600×360 m groß, fanden die britischen Truppen 28 000 Frauen, 12 000 Männer und 13 000 unbeerdigte Leichen. Weitere 13 000 starben binnen weniger Tage nach der Befreiung. Es ist absolut unmöglich, zu errechnen, wie groß die Zahl derjenigen ist, die seit Anfang Februar — als der Typhus ausbrach — begraben worden waren; es ist jedoch einwandfrei festgestellt, daß 40 000 Menschen, zum größten Teil polnische und ungarische Juden, in dieser verseuchten Einzäunung, von der jeder Fetzen und jedes Stückchen Holz verbrannt werden mußte, ums Leben kamen.

Es gibt in diesem Zusammenhang aber eine Sache, die ganz unverständlich ist. Drei Kilometer entfernt, in den Vorratsräumen der Panzertruppenschule, lagerten fast 800 Tonnen Lebensmittel[56], und die dortige Bäckerei konnte 60 000 Laib Brot täglich herstellen. Als Kramers zivile Lieferquellen abgeschnitten wurden, hatte ihm die Wehrmacht bloße 10 000 Laib wöchentlich zukommen lassen. Kramer hatte seiner eigenen Aussage zufolge gar nicht versucht, mehr zu erhalten. Das hätte bedeutet, „Sonderanforderungen" zu stellen[57]! Der Mann, der gewöhnt war, im Birkenauer Krankenrevier und in den Gaskammern Menschen zu Tausenden sterben zu sehen, war nicht gewöhnt, einen Schritt zu machen, ohne ein Formblatt auszufüllen.

Höss, der damals oberster Inspekteur der Konzentrationslager war, sah die Zustände in Belsen am 19. März und gab ein Jahr später die folgende Erklärung[58]:

„Später . . . standen fast keinerlei Baumaterialien mehr zur Verfügung. Des weiteren wurden immer wieder und sehr einschneidend die Lebensmittelrationen für die Häftlinge von den Landeswirtschaftsämtern erheblich gekürzt. So trat dann der Zustand ein, daß immer mehr Häftlinge nicht mehr genug widerstandsfähig waren, den nun allmählich entstehenden Seuchen Widerstand zu leisten.

Der Hauptgrund, weswegen die Häftlinge später am Ende des Krieges so schlecht instand waren und so viele Tausende krank und abgemagert in den Lagern vorgefunden wurden, liegt darin, daß der Reichsführer bei jeder Gelegenheit und immer wieder sein Ziel vor Augen führte . . . und erklärte . . ., daß jeder Häftling unbedingt bis zum Äußersten seiner Kräfte in den Rüstungsbetrieb eingeschaltet werden müßte. Es war nicht so, daß man darauf ausging, möglichst viele Tote zu haben oder Häftlinge zu vernichten, sondern dem Reichsführer kam es immer wieder darauf an, möglichst jede Hand für die Rüstung einsetzen zu können."

Diese Erklärung und die Begründung, die für sie gegeben wurde, sollen den Eindruck hervorrufen, daß 600 000—700 000 Menschen in einem Lager nach dem anderen zusammengepfercht wurden, weil die ernstliche Absicht bestand, sie Kriegsmaterial erzeugen zu lassen. Doch Oswald Pohls stolzeste Prahlerei war es, daß 230 000 Konzentrationslagerinsassen — kaum mehr als ein Drittel der Gesamtzahl in den letzten Kriegsmonaten — auf diese Art beschäftigt wurden [59]. Das System der zwecklosen Vergeudung von Menschen und Material in den Konzentrationslagern hat sich bis zum letzten Augenblick nicht geändert.

Nachdem die erste Welle des Abscheues nach den Enthüllungen von Belsen vorübergegangen war, zeigten manche englische Kreise eine Neigung, eine „wirtschaftliche" Erklärung, wie die von dem Massenmörder Höss vorgebrachte, zu finden. Diese Lüge sollte für immer aus der Welt geschafft werden. Weder waren die letzten tragischen Tage von Belsen unvermeidlich, noch war die Tragödie in Himmlers SS-Staat etwas Neues. Was die britische Armee im Lager Nr. 1 sah, hätte jederzeit während der letzten zwei Jahre im Block 25 des Frauenlagers in Birkenau gesehen werden können, wo die zur Vernichtung verdammten kranken Frauen Tag für Tag auf den Lastwagen warteten, der sie zur Gas-

kammer schaffen sollte. Die nüchternsten aller Zeugen, wie zum Beispiel die österreichische Ärztin Dr. Lingens-Reiner, stimmen in der Art, wie sie ihre Qualen beschreiben, überein; sie berichten von lebenden Frauen, die ohne Lebensmittel und Kleidung auf dem Haufen der bereits gestorbenen liegengelassen wurden und dann bettelten, vergast zu werden. Diese Szene — und wie oft muß sie sich in den Todeslagern Treblinka, Belzec und Sobibor in der Zeit der häufigen Transporte wiederholt haben! — war nicht die Frucht des Sadismus von einzelnen, sondern das folgerichtige Ergebnis der Wirkung endloser Reden und Aufsätze, die menschliche Wesen mit Bazillen und Ungeziefer verglichen.

Himmler war vielleicht aufrichtig, als er Dr. Hillel Storch wissen ließ, er habe Maßnahmen gegen den Typhus in Belsen getroffen, doch diese Maßnahmen wurden Männern wie Pohl und Höss überlassen, die er jahrelang gelehrt hatte, ihre Gefangenen zu Tode zu schinden oder sie auf andere Weise loszuwerden. Was für eine Art von Hilfe erwartete Himmler von ihnen? Während der Typhus in Belsen wütete, lungerten 1500 von Himmlers ungarischen SS-Leuten unbeschäftigt in der benachbarten Panzerschule herum. Als die Briten die Sache in die Hand nahmen, wurde die Epidemie in zwei Wochen durch sanitäre Maßnahmen von 360 Mann bewältigt[60].

Es erscheint noch unfaßbarer, daß die privilegierten Kapos unter den Insassen dieses Golgatha ihre Peitschen und Gummiknüppel immer noch arbeiten ließen, als die Briten ankamen und daß die SS-Wachen, besonders die Ungarn, ihre Gewehre benützten, wenn sie Gefangene auch nur verdächtigten, eine Kartoffel aufgelesen zu haben. Brigadegeneral Glyn-Hughes, Stellvertreter des Direktors des Gesundheitsdienstes der britischen Zweiten Armee, sah selbst, wie Menschen verwundet und getötet wurden, und mußte deshalb Befehle an Kramer geben[61]; man muß jedoch, wenn man verstehen will, was in den letzten zehn Tagen in Belsen vorging, die Aussage von Harold Osmond Le Druillenec lesen, einem Lehrer von der Kanalinsel Jersey, welcher mit seiner ganzen Familie deportiert worden war, weil er einem entsprungenen Kriegsgefangenen Obdach gegeben hatte[62]:

> „Ich kann nicht gut erklären, was ich fühlte, als ich zum erstenmal eine der Gruben sah, welche schon viele Leichen enthielten und als ich die Leiche, die ich trug, auf jene, die

schon dort waren, werfen mußte. Während ich Leichen schleppte, bemerkte ich häufig sonderbare Wunden auf der Rückseite der Schenkel von vielen dieser Toten. Anfangs dachte ich einfach, daß dies Wunden von aus unmittelbarer Nähe abgegebenen Schüssen waren, als ich aber einige weitere sah, fragte ich einen Freund, und er sagte mir, daß viele Gefangene Stücke aus diesen Körpern schnitten, um sie zu essen. Als ich das nächste Mal in die Leichenhalle ging, sah ich tatsächlich einen Gefangenen ein Messer ziehen, ein Stück aus dem Bein eines toten Körpers schneiden und es schnell in den Mund stecken, zitternd, daß er dabei gesehen werden könnte. Ich überlassse es Ihrer Phantasie, sich vorzustellen, in welche Verfassung die Gefangenen gebracht werden mußten, damit Männer es wagten, diese Stückchen aus schwarzen Leichen zu essen."

Später gab es einen Prozeß um Belsen, aber nicht gegen die wirklich Schuldigen. Vierundvierzig Personen wurden schließlich unter Anklage gestellt und zwischen September und November 1945 von einem britischen militärischen Gerichtshof in Lüneburg abgeurteilt. Drei, einschließlich Kramer, waren Offiziere; von den anderen waren die meisten SS-Wachen und Unteroffiziere beider Geschlechter, und der Rest waren Kapos, die aus der Mitte der Gefangenen ausgesucht worden waren. Obwohl acht, außer den drei Offizieren, zum Tode verurteilt wurden, wurden nicht weniger als neunzehn freigesprochen.

Dieser erste Kriegsverbrecherprozeß wurde von allen Seiten kritisiert. Die Freisprüche gaben der antibritischen Propaganda in den Ländern, die von Sowjetrußland befreit worden waren, Auftrieb. Die Urteile, die unter Verhältnissen ganz anderer Art, als britisches Recht es sonst gewöhnt ist, gefällt wurden, riefen ernste Zweifel in englischen juristischen Kreisen hervor. Die Opfer von Belsen konnten sich in der Stunde ihrer Befreiung nicht vorstellen, daß es kein System von menschlicher Gerechtigkeit gab, das solchen ungeheuerlichen Massenverbrechen angepaßt war und daß es vielleicht nie eines geben wird.

Am 22. Dezember 1951 wurden fünf von den weiblichen Aufsehern und Kapos von Belsen, die Strafen von zehn Jahren für ihren Anteil an der Mißhandlung und Folterung der Halbtoten und der lebenden Gerippe unter ihrer Aufsicht erhalten hatten, aus dem

Gefängnis in Werl plötzlich entlassen. Diese Maßnahme folgte einer ähnlichen Weihnachtsamnestie, welche die Amerikaner im Landsberger Gefängnis gewährt hatten. Sollte die Freigabe dieser finsteren und unerwünschten Harpyien in dieser Stunde der hohen Politik die deutsche öffentliche Meinung besänftigen, und wenn es so war, welchen Teil der deutschen öffentlichen Meinung?

3. Himmler bricht sein Wort

Eine gewisse Voraussicht auf seiten der Alliierten hätte vielleicht die Veröffentlichung der Berichte über die Entdeckungen in Buchenwald und Belsen aufgehalten, denn es war klar, daß die nationalsozialistischen Machthaber zögern würden, ehe sie weitere Gruppen von Internierten in Feindeshand fallen ließen. Die Rettung der Skandinavier, welche dem Grafen Bernadotte versprochen worden war, wurde bis nach dem Zusammentreffen von Himmler und Dr. Masur am 19. April aufgehalten. Sogar dann hielt Himmler nicht sein Versprechen, obwohl er sich verpflichtet hatte, kein weiteres Lager zu evakuieren. Laut Höss' Aussage in Nürnberg wurde Himmler durch einen Führerbefehl gehindert. Als er hörte, daß die Insassen von Buchenwald ausgebrochen seien und die Stadt Weimar geplündert hätten, entschied Hitler, daß keine marschfähigen Häftlinge in den Lagern zurückgelassen werden dürften[63]. Diese Erklärung wurde offenbar von Himmler selbst nicht bestätigt, denn Dr. Masur gegenüber unterließ er es, Hitler oder Kaltenbrunner zu beschuldigen:

> „Es war meine Absicht, die Lager unverteidigt zu übergeben, wie ich es versprochen hatte. Ich hatte Bergen-Belsen und Buchenwald übergeben lassen, aber keinen Dank dafür geerntet. In Bergen-Belsen hat man einen Wachtposten gefesselt und ihn zusammen mit einigen gerade gestorbenen Gefangenen photographiert. Und diese Bilder wurden dann in der ganzen Welt veröffentlicht. Auch Buchenwald ließ ich unverteidigt übergeben. Von den heranrückenden amerikanischen Panzerwagen wurde jedoch plötzlich geschossen, das Krankenhaus fing Feuer, und die verkohlten Leichen wurden photographiert . . . Aber die Veröffentlichungen über die Konzentrationslager als Hetze gegen uns ermutigt mich nicht, meine Politik der Übergabe der Lager ohne Verteidigung fortzusetzen. Deshalb habe ich vor einigen Tagen ein Lager

in Sachsen, als die amerikanischen Panzerspitzen sich näherten, ausräumen lassen. Warum sollte ich anders handeln[64]?"

Dr. Masur mußte Himmler jetzt erklären, daß die alliierte Presse nicht zum Stillschweigen gezwungen werden konnte, um ihn für seine „Zugeständnisse" zu belohnen. In einem demokratischen Lande kann auch die Regierung die Presse nicht daran hindern, unerwünschte Nachrichten zu veröffentlichen. Trotzdem ließ es sich Himmler nicht ausreden, daß die Macht des Weltjudentums groß genug sei, um die Presse jederzeit zum Stillschweigen bringen zu können. Das Groteske der Situation erkennt man erst voll, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Himmler sich damals von einem Abendessen, das am Vorabend von Hitlers Geburtstag im Bunker der Reichskanzlei gegeben wurde, wegstehlen mußte, um auf ein Landgut zu fahren, das (dem ihn behandelnden) Medizinalrat Felix Kersten gehörte — um dort mit einem Juden zusammenzukommen, der den Jüdischen Weltkongreß vertrat!

In Nürnberg wurde die weit ernstere Anschuldigung erhoben, daß Kaltenbrunner — Himmlers Weisungen von Anfang Februar folgend — befohlen hatte, die Insassen der südlichen Lager Dachau, Mauthausen und Theresienstadt, die nicht mehr evakuiert werden konnten, samt und sonders zu liquidieren. Die verfügbaren Quellen deuten darauf hin, daß es sich um Pläne vereinzelter ziviler oder SS-Amtsträger handelte, die schließlich vom RSHA nicht bestätigt wurden. So scheint der Plan, Dachau zu zerstören, eine Eingebung Paul Gieslers, des Gauleiters von München und Oberbayern, eines Sohnes von Hitlers bevorzugtem Architekten, gewesen zu sein — nebenbei gesagt, des Mannes, der in Hitlers Testament zum Nachfolger Himmlers als Minister des Innern bestimmt wurde. Dieser Ehrenmann — einer jener, von denen man glaubt, daß sie Selbstmord begangen haben — wollte die jüdischen Häftlinge der Lager Landsberg und Mühldorf durch die deutsche Luftwaffe vernichten lassen. Auch Dachau sollte liquidiert werden*, wurde aber am 24. April den Amerikanern nach einer teilweisen Evakuierung übergeben.

Diese Widersprüche sind im Falle von Theresienstadt besonders merkwürdig. Dies war das erste Konzentrationslager, welches

* Gieslers Gaustabsamtsleiter Bertus Gerdes unterschrieb jedoch in Nürnberg eine eidesstattliche Versicherung, der zufolge er zahlreiche von Kaltenbrunner gezeichnete Zuschriften betreffend den Plan, Dachau zu bombardieren — der als „Operation Wolke A-1" bekannt war —, erhalten hatte. Der Höhere SS- und Polizeiführer Karl Freiherr von

Himmler als Eintrittskarte für die Gesellschaft anständiger Menschen zu benutzen bereit war, und am 6. April zeigte Eichmann selbst, in Begleitung von SS-Standartenführer Weinmann, einem früheren Einsatzgruppenführer in Rußland, das „Musterghetto" dem Vertreter des Schweizer Roten Kreuzes Paul Dunand. Es war eine sehr steife Angelegenheit, und am Abend gab SS-Obergruppenführer Karl Hermann Frank, der deutsche Staatsminister für Böhmen und Mähren, einen Empfang für die Delegation auf dem Prager Hradschin. Genauso wie wir Himmler und Kaltenbrunner bemüht sahen, sich von der besten Seite zu zeigen, können wir nun Eichmann beobachten, wie er Dunand in eine Ecke des großen Saales zieht und — seine seltsamen Augen glitzern — auf ihn einspricht, um ihn zu überzeugen, daß die Juden in Theresienstadt besser daran seien als viele Deutsche. Eichmann sagte dann etwas, was zwei Wochen später Himmler fast wortwörtlich Dr. Masur gegenüber wiederholte. Himmler, sagte er, „hatte gewollt, daß die Juden durch Ausübung einer fast vollkommenen Autonomie das Gefühl einer rassischen Gemeinschaft erwerben sollten". Später sollten sie in irgendeine Gegend transportiert werden, wo sie abgeschieden von der deutschen Bevölkerung leben könnten. Eichmann fügte hinzu, daß er nicht mit allen den menschlicheren Maßnahmen, die Himmler für die Juden einzuführen gedachte, einverstanden sei, aber „en tant que bon soldat" gehorche er blind jedem Befehle Himmlers[66].

„En tant que bon soldat", es war an dem gleichen Morgen, daß Eichmann den Rabbiner Leo Baeck, den früheren Präsidenten der „Reichsvereinigung", lebend in Theresienstadt antraf (siehe S. 180). „Herr Baeck, Sie leben immer noch? Ich dachte, Sie wären tot." Und als Eichmann diesen Fehler in seinen Listen überprüft hatte, sagte er in seiner herzlichen Art: „Ich verstehe jetzt. Ein Mann, der sich als tot eintragen läßt, lebt länger[67]."

Eichmann hatte Dunand versprochen, daß nicht ein einziger Jude aus Theresienstadt deportiert werden würde, doch am 12. April erfuhr Dunand, daß die SS die Listen, die in der Magdeburger Kaserne im Ghetto verwahrt waren, vernichtet hatte, und dies betrachtete er als Anzeichen, daß eine Massenhinrichtung in der

Eberstein wußte ebenfalls von „Operation Wolke A-1", betrachtete sie jedoch als Geslers Einfall. Er erhielt jedenfalls ohne Schwierigkeit von Himmler die Weisung, Dachau den Amerikanern zu übergeben[65].

letzten Minute beabsichtigt sein könnte*. Er fuhr daher nach Berlin, um von Heinrich Müller eine Zusicherung zu bekommen[69]. Daraufhin kam Becher, der neue Kommissar, mit Dr. Kastner und Eichmanns Gehilfen Hünsche am 16. nach Theresienstadt. Sie hatten das Glück, in einem Reich, dessen zusammengepreßte Grenzen jetzt die Form von Hanteln angenommen hatten, noch eine Verkehrslinie zu finden; sie hatten auch das Glück, festzustellen, daß im „Musterghetto" nichts fehlgegangen war. Am 15. hatte man das Abkommen mit Graf Bernadotte erfüllt und die überlebenden 423 dänischen Juden nach Hause geschickt[70].

Becher fuhr weiter nach Mauthausen, und Dr. Kastner konnte in die Schweiz entkommen. Zum Schluß, und zwar zwischen dem 2. Mai und der Ankunft der Russen am 12. Mai, durfte Dunand die Flagge des Roten Kreuzes über Theresienstadt hissen[71], doch das Ghetto war der Gefahr der Evakuierung und sogar Liquidierung nur entgangen, um durch Überfüllung in neue, große Gefahr zu geraten. Seit dem 20. April waren nicht weniger als 12 863 Menschen, meistens Juden, aus Buchenwald, Dachau, Ohrdruf, Rehmsdorf und anderen Lagern dorthin evakuiert worden. Wie viele auf dem Weg umkamen, ist unbekannt**. Dunand rettete zum Beispiel drei Zugladungen, die wochenlang auf der zerstörten Reichsbahn umhergeirrt waren, doch nur 1980 von den 3000 Passagieren, ein Fünftel davon Kinder, blieben am Leben[73].

Die Neuankömmlinge, meistens Juden aus Ungarn, Polen und anderen osteuropäischen Ländern, mußten wegen der Typhusgefahr von den 21 000 Lagerinsassen isoliert werden. Unglücklicherweise wurden nur zwei Kasernenblöcke durch einen Drahtverhau als Isolierungslager abgegrenzt, und die Folge war, daß diese Leute die Überzeugung gewannen, daß die bevorzugten,

* Nach den eidesstattlichen Aussagen von Wisliceny und Dr. Kastner hatte Eichmann schon im Februar die Liquidierung von Theresienstadt vorgeschlagen. Kurt Gersteins Darstellung, daß er von Hans Günther gefragt wurde, wieviel Zyklon B notwendig wäre, um die ganze Belegschaft im offenen Burggraben der Festung zu vergasen, scheint sich auf ein Datum im Jahre 1944 zu beziehen[68].

** Das vielleicht letzte SS-Blutbad ereignete sich Ende April 1945 auf dem Bahnhof in Marienbad, als ein Zug, der ursprünglich 2775 Insassen des Rehmsdorfer Lagers, einer Zweigstelle von Buchenwald, enthalten hatte, bombardiert wurde. Ungefähr 1000 Passagiere, nichtjüdische politische Gefangene und Juden, flüchteten in die Wälder, wurden aber zur Station zurückgebracht und durch Genickschuß ermordet. Viele andere wurden während des Marsches von Marienbad nach Theresienstadt erschossen, und nur ungefähr 500 kamen schließlich an[72]. Die Flucht von Oberstleutnant F. F. E. Yeo-Thomas aus diesem Zug ist von Bruce Marshall in „The White Rabbit" (London 1952) beschrieben worden.

getauften und aus Mischehen kommenden Juden aus der Tschechoslowakei und dem Reich ihre eigenen Rassenunterschiede machten. Das war der Eindruck, den Meyer Levin hatte, der als Kriegsberichterstatter beide Lager gesehen hatte und den Theresienstädter Isolierungsblock nicht besser als das „Kleine Lager" in Buchenwald beurteilte [74].

Wir kommen nun zum Fall Mauthausen, wo der erste Rote-Kreuz-Delegierte am 23. April zugelassen wurde. Mit seiner durch jüdische Deportierte vom „Südostwall" vermehrten Belegschaft war dies immer noch das Schreckenslager par excellence, geleitet von dem Lagerschreck Ziereis mit dem Kindergesicht, der seit 1939 eine Tyrannenherrschaft über sein Königreich ausgeübt hatte. Der Delegierte konnte noch die Arbeitskommandos mit ihren Toten ins Lager zurückkehren und die Schornsteine des Krematoriums Tag und Nacht rauchen sehen. Dies waren seine eigenen Worte: „Quelque chose de mysterieux et d'horrible planait sur tout." Die 134 französischen Internierten wurden jedoch auf sein Ansuchen freigegeben [75].

Der zweite Delegierte — wie sehr ist die Anonymität dieser Rote-Kreuz-Berichte zu bedauern*! — mußte mehrere Tage in St. Georgen verbringen, bevor er sich einen Weg ins Lager erzwingen und einen SS-Untersturmführer überreden konnte, ein Zimmer mit ihm zu teilen. Von diesem Mann erfuhr er von Ziereis' Plan, die Insassen in der unterirdischen Flugzeugfabrik in Gusen zu versammeln und dort in die Luft zu sprengen. Ziereis wurde schließlich davon abgebracht und verließ den Ort ruhig, nachdem er den Schlüssel zu seinem Prachthaus in den Händen des Delegierten zurückgelassen hatte. Am 8. Mai, als Pattons Truppen das Lager betraten, wurde Ziereis innerhalb des Lagers gefunden und durch einen Bauchschuß verwundet. Das Geständnis, das er vor seinem Tode machte und das von einem Lagerinsassen in Anwesenheit eines amerikanischen Offiziers, der nicht Deutsch verstand, niedergeschrieben wurde, ist nicht sehr verläßlich. Es bezeichnete Kaltenbrunner als den Urheber des Gusen-Plans [76]. Außerdem sagte Becher aus, daß Ziereis ihm am 27. April gesagt hätte, er hätte Befehl, wenigstens 1000 Internierte täglich zu töten [77]. Kaltenbrunner vergalt dies mit der Aussage seines eige-

* F. von Gagern zufolge („Der Retter von Mauthausen", Wien 1950) war der Name dieses Delegierten Haeflinger.

nen „Bürowerkzeugs" Willi Höttl, daß er Ziereis befohlen hätte, Mauthausen den Amerikanern so zu übergeben, wie es stand[78].
Diese Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen führen nicht allzu weit. Wichtiger ist, daß Theresienstadt, Dachau und Mauthausen, die in dem Teil des Reiches lagen, welcher nach dem 25. April von Berlin abgeschnitten war, unangetastet übergeben wurden, während Ravensbrück, Oranienburg und Sachsenhausen, die in der Berliner Zone lagen, zum Großteil evakuiert wurden. Dieser Umstand untergräbt sicherlich die Himmler-Kaltenbrunner-Legende, wie sie von Schellenberg und Becher aufgebaut wurde. Himmler hatte zu große Angst vor Hitler — sogar als dieser brüllend im Reichskanzlei-Bunker raste — und auch zu große Angst, daß die Russen eine neue Belsen-Sensation schaffen könnten, um sein Wort an das Rote Kreuz und den Jüdischen Weltkongreß zu halten. Höss, der während dieser letzten Tage Generalinspekteur für die Lager war, sagte aus, daß sogar, als er und Müller protestierten, Himmler auf der Evakuierung von Sachsenhausen bestand, obwohl man keine Möglichkeit hatte, die Insassen anderswo unterzubringen — es sei denn in den Wäldern[79].
Am 20. versuchte ein Vertreter der Mission Prof. Burckhardts, Müller mit der Aussicht in Versuchung zu bringen, daß die Alliierten es ihm zugute halten würden, wenn er — unter Aufsicht des Roten Kreuzes — Sachsenhausen, Oranienburg und Ravensbrück entsprechend dem Burckhardt-Kaltenbrunner-Abkommen den Russen übergeben würde. Müller widersprach mit dem Hinweis, daß kein Delegierter des Roten Kreuzes Oranienburg rechtzeitig erreichen könnte, da die Russen nur 10 Kilometer entfernt seien[80].
Ein Delegierter begab sich trotzdem am folgenden Morgen hin, erfuhr jedoch nach stundenlangem Warten in Höss' Kanzlei außerhalb des Lagers, daß die Internierten in die Richtung nach Wittstock, ungefähr 90 Kilometer nordwestlich, getrieben worden waren. Es war nicht zu spät für die Lastkraftwagen des schwedischen Roten Kreuzes, die der Kolonne einige Nahrungsmittel brachten und die Kranken zu den alliierten Linien schafften.
Höss war inzwischen nach Ravensbrück, 45 Kilometer weiter nördlich, gegangen, und hier war offensichtlich eine Teufelei beabsichtigt. Doch der Delegierte, der am 23. ankam, erfuhr, daß Höss einen Autounfall gehabt hatte — sehr zur rechten Zeit, denn am gleichen Tage drangen die Russen in Ost-Berlin ein. Höss wurde

erst am 12. März 1946 wiedergefunden, als er in der Verkleidung eines landwirtschaftlichen Arbeiters namens Franz Lange in Schleswig verhaftet wurde. An Stelle von Höss sprach der Delegierte mit dem berüchtigten Suhren, dem Kommandanten von Ravensbrück, von dem er erfuhr, daß es sich insgesamt um 17 000 Frauen handle. Nach dem letzten Versprechen, das Graf Bernadotte von Himmler erhalten hatte[81], wären die 1500 Kranken unter dem Schutz des Roten Kreuzes an Ort und Stelle geblieben; die Skandinavier sollten in Kraftwagen des Schwedischen Roten Kreuzes weggeschafft und der Rest mit der Eisenbahn nach Malchow evakuiert werden. Die Ostjüdinnen aber, das heißt meistens polnische und ungarische Jüdinnen, würden die 60 Kilometer zu Fuß zurücklegen[82].

Im letzten Augenblick erhielten die schwedischen Lastkraftwagen Erlaubnis, 7000 polnische Jüdinnen nach Flensburg zu bringen. Es scheint, daß Karl Gebhardt, der Direktor der Anstalt in Hohenlychen, den Himmler an die Spitze des Deutschen Roten Kreuzes gestellt hatte, dies möglich machen konnte, nachdem Dr. Grawitz, der „Reichsarzt SS", Selbstmord begangen hatte[83].

Nun begannen drei vollkommen sinnlose Märsche von hungernden Männern und Frauen in die Richtung des letzten Zipfels des schrumpfenden Reiches, wo die Gefangenenwärter Sicherheit vor den Russen zu finden glaubten. Die Geschichte von Suhrens Autofahrt mit Odette Churchill, die ihm als Geisel diente, ist nach dem Krieg in der ganzen Welt bekanntgeworden. Weniger bekannt ist seine Bemerkung zu dem Rote-Kreuz-Delegierten, der dem Kommandanten von Sachsenhausen, Kaindl, Vorwürfe wegen der Leichen machte, die überall liegen blieben, wohin ihn der Marsch geführt hatte: „Bei mir passiert nichts."

Es scheint, daß Höss am 24., knapp vor Toresschluß, Weisungen gab, daß Frauen, die zurückblieben, nicht erschossen werden sollten. Die Versuchung muß groß gewesen sein. Einer der Aufseher während des Oranienburger Marsches glaubte, den Kranken durch Erschießen einen Dienst zu erweisen. Ein anderer konnte nur mit Mühe davon abgehalten werden, neun Männer, die unter einer Decke lagen, aus der Welt zu schaffen. „Ich kann sie nicht nur so im Graben liegen lassen." Als die Helfer des Roten Kreuzes die Nachzügler auflasen, baten diese, wie sie es gewöhnt waren, flehentlich darum, nicht getötet zu werden. Gewohnheit stirbt im

SS-Staate langsam . . . Vielleicht die denkwürdigste Szene in dieser deutschen Bilderreihe bot sich jedoch am 28., als die Frau eines SS-Offiziers von Ravensbrück in einem Wagen gesehen wurde, der von sechs weiblichen Skeletten gezogen wurde. Sie litt an einer Magenverstimmung, nachdem sie zu viele Rosinen gegessen hatte*[84].

4. Götterdämmerung

Am 30. April, als die letzten Opfer der Endlösung noch in den Straßengräben von Mecklenburg im Todeskrampf lagen, war Hitler tot, und die Russen hatten fast ganz Berlin in ihren Händen. Um 4 Uhr am Nachmittag zuvor hatte Hitlers Sekretärin Frau Junge auf ihrer Schreibmaschine die letzten Worte von Hitlers politischem Testament getippt — und damit das endgültige und grauenhafteste Eingeständnis seiner Niederlage[85]:

> „Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und deren Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassengesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum."

Der „Weltvergifter" hat Hitler überlebt, und die Rassengesetze hatten ihr Ziel nicht erreicht. Der Krieg hatte nicht — wie Hitler am 30. Januar 1939 vorausgesagt hatte — „die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" gebracht (siehe S. 26). Der Tod von vier bis fünf Millionen Juden hatte nicht einmal vor Hitler selbst die Realität seiner Niederlage verborgen, und wenn er noch drei Jahre länger gelebt hätte, hätte er erfahren, daß er das ermöglicht hatte, was ihm am stärksten gegen den Strich ging: einen unabhängigen jüdischen Staat.

* Aussagen während des von den Russen abgehaltenen Sachsenhausen-Prozesses weisen darauf hin, daß Himmler befohlen hatte, die Insassen von Sachsenhausen, Oranienburg und Ravensbrück von Lübeck nach Norwegen einzuschiffen — wie es tatsächlich im Falle der Überlebenden von Neuengamme getan wurde. Trotz des angeblichen Widerspruches von Höss wurden am 20. und 21. April die 650 Überlebenden von Sachsenhausen, die man für marschunfähig hielt, in die Richtung nach Lübeck fortgetrieben. Zwischen dem 26. und 29. wurden sie im Belower Wald aufgehalten, wo das Schwedische Rote Kreuz einige Hundert Invaliden retten und den Mord an den anderen verhindern konnte, indem es der Gruppe folgte, die am 3. Mai die Linien der Verbündeten erreichte. (Niederländisches Rotes Kreuz: „Etude sur le sort des prisonniers du Kl. Hertogenbosch 1952".) Ungefähr hundert starben auf dem Marsche, die meisten, weil sie von der SS als Nachzügler erschossen wurden. Der größere Teil von Sachsenhausen, einschließlich aller Juden, war jedoch an andere Orte evakuiert worden, besonders nach Bergen-Belsen.

Eines bleibt jetzt übrig: zu verfolgen, welches Schicksal einige der Baumeister der Endlösung inmitten der zusammenkrachenden Trümmer des Tausendjährigen Reiches erwartete. Der erste von ihnen, bis zum letzten Atemzuge die Karikatur eines Mannes, ist der „Reichsführer" und zweite Mann im Staat, Heinrich Himmler. Am Morgen des 28. April veröffentlichte die englische Presse eine Reuter-Meldung aus San Francisco, wonach Himmler durch Vermittlung des Grafen Bernadotte den westlichen Verbündeten die bedingungslose Übergabe angeboten hatte. Das Angebot war tatsächlich am 24. April im Keller des schwedischen Konsulats in Lübeck gemacht worden[86]. Die Enthüllung war für Himmler deshalb besonders unglückselig, weil sie seine unvorsichtigen Reden ans Tageslicht brachte. Es wurde von ihm behauptet, daß er gesagt hätte, Hitler läge infolge einer Gehirnblutung im Sterben, und der Widerstand Deutschlands würde seinen Tod nicht um 48 Stunden überdauern.

Hitler hatte bereits beschlossen, seinem Leben ein Ende zu setzen, als der Bericht in den Bunker gebracht wurde. Er strich daher unverzüglich Himmler aus der Liste seiner Nachfolger, genauso wie er es fünf Tage zuvor mit Göring getan hatte. Bevor er aber sein Testament machte, gab Hitler dem neuen Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Ritter von Greim, Befehl, Himmler zu verhaften und hinzurichten[87]. Von all dem war Himmler nichts bekannt; in der Zuversicht, daß nur er Hitlers Nachfolger sein könne, hatte er eben sein Hauptquartier nach Plön in Schleswig verlegt, wo Großadmiral Dönitz ihm seine Unterstützung versprochen hatte.

Am 30. erfuhr Dönitz, daß der nun tote Hitler ihn zum Reichspräsidenten und Oberbefehlshaber der Wehrmacht ernannt hatte — mit einer Regierungsliste, die Himmler ausschloß. Dönitz verlegte daraufhin sein Hauptquartier nach Flensburg, von wo aus er binnen zwei Tagen Friedensverhandlungen begann. Himmler selbst war immer noch von einem Stab von 150 Mitgliedern der SS-Verwaltungsdienste umgeben, darunter berüchtigten Polizeigenerälen, die nicht ins Versteck gegangen waren, weil sie sich merkwürdigerweise nicht dessen bewußt waren, daß sie als Verbrecher gesucht wurden. Otto Ohlendorf war dort, der die Massenmorde in Podolien und auf der Krim organisiert hatte, Maximilian von Herff, der an der Vernichtung des Warschauer Ghettos mitbeteiligt war, Udo von Woyrsch, der die ersten Polizei-Einsatzgrup-

pen bei der Invasion von Polen geführt hatte, und Prützmann, der im Jahre 1942 Himmler mit unglaublichen Listen von ukrainischen und weißrussischen Juden, die zu Hunderttausenden niedergemacht wurden, ergötzt hatte[88].

Inmitten dieser greulichen Gespenster hielt Himmler allen Anschein von Macht aufrecht — mit Stabsbesprechungen, Tagesbefehlen und amtlichen Berichten. Am 6. Mai enthob ihn Dönitz dann in aller Form seiner Ämter, und die Gespenster verschwanden lautlos von der Bühne[89]. Am 23. Mai schließlich, zwei Wochen nach der Kapitulation des Reiches, wurde die ganze Regierung Dönitz von den Alliierten verhaftet, und ein schäbiger, 44 Jahre alter SS-Mann ohne Rang, mit einem Verband über einem Auge, rannte blindlings in einen Kontrollposten auf der Lüneburger Heide, nicht weiter als ein paar hundert Meter vom Hauptquartier der britischen Zweiten Armee entfernt.

Während der üblichen Untersuchung wurde Himmler schnell erkannt, doch die Soldaten, denen das gelungen war, konnten es nicht verhindern, daß des Reichsführers Zähne die Blausäurekapsel zerbissen, die in seinem Munde verborgen war. Es scheint, daß eines von Himmlers Gespenstern ein edleres Ende für ihn in Aussicht gehabt hatte. Am 9. Mai hatte Ohlendorf, der frühere Leiter der Massenausrottungen, Himmler gebeten, sich als Gefangener in die Hände der Alliierten zu begeben, damit er die Rolle der SS erklären und verteidigen könnte[90]; Himmler jedoch entschied, daß nicht er die Person sein sollte, der diese Ehre zufallen würde.

Die Totenmaske, die auf der Lüneburger Heide abgenommen wurde und die wie ein grinsender, mittelalterlicher Wasserspeier aussieht, gab all jenen Genugtuung, die das Bild eines unbeugsamen, hartherzigen Mörders von Millionen von Juden und unterworfenen Völkern suchten. Spätere Einschätzungen haben ein weniger übereinstimmendes Bild ergeben. War Himmler der kleinliche Sparmeister, wie ihn Oswald Pohl beschrieben hat, der freundliche Irrsinnige und Berufsinvalide in Felix Kerstens Darstellung, das bedeutungslose Werkzeug, als das ihn Willi Höttl hinstellt, oder der wiedergeborene Dschingis-Khan, als den sich Himmler selbst in seiner Posener Rede im Oktober 1943 schilderte? War Himmler eine einfachere Natur, ein beispielhafter und unbeirrbarer Gefolgsmann, der zusammenbrach, als das Band, das ihn

hielt, zerstört wurde — wie Trevor-Roper ihn sah? Man muß annehmen, daß Himmler keiner dieser Personen gleichkam, doch ein wenig von jeder von ihnen gehabt haben mag. In Graf Cianos Augen war er „der einzige Mann, der wirklich den Puls des deutschen Volkes fühlte"[91] — und dies könnte sowohl die Beliebtheit als auch die Lächerlichkeit des körperlich nicht anziehenden „Reichsheini" erklären. Denn Himmler war so durch und durch deutsch und Mittelklasse, daß er all die Fehler und die Vorzüge eines Deutschen aus der Mittelklasse in sich vereinigte. Weit mehr als Hitler verkörperte er den Durchschnittsmann, von dem immer noch angenommen wird, daß er der Herrscher dieses unglückseligen Jahrhunderts sei. Himmler konnte daher weder lügen noch seiner Einbildungskraft freien Lauf lassen, ohne sich lächerlich zu machen. Selbst fähig, die meisten Dinge, die er glauben wollte, zu glauben, erwartete er nicht, daß sie die Leichtgläubigkeit anderer auf die Probe stellen könnten — und dies ist eine Schwäche, an welcher die Deutschen vielleicht mehr leiden als andere Völker. Hier — als Beispiel — ist die Art, in welcher Himmler Dr. Masur auseinandersetzte, warum man Krematorien und Ghettos gebraucht hatte:

> „Dann brachte uns der Krieg in Berührung mit den proletarisierten jüdischen Massen des Ostens, und dadurch entstanden ganz neue Probleme. Wir konnten einen solchen Feind nicht in unserem Rücken dulden. Die jüdischen Massen waren durch schwere Seuchen infiziert, besonders Flecktyphus herrschte. Ich selbst habe Tausende von meinen besten SS-Leuten durch diese Epidemien verloren. Und die Juden halfen den Partisanen."

Auf Masurs Frage: „Wie konnten die Juden den Partisanen helfen, wenn die Deutschen sie in großen Ghettos konzentriert hatten?", antwortete Himmler:

> „Sie leiteten Nachrichten an die Partisanen weiter. Außerdem schossen sie auf unsere Truppen im Ghetto. Um den Seuchen ein Ende zu bereiten, waren wir gezwungen, die Leichen einer nicht festzustellenden Anzahl von Menschen, die der Krankheit erlegen waren, zu verbrennen. Wir mußten daher die Krematorien bauen, und deshalb wird für uns die Henkersschlinge vorbereitet[92]."

Mehr im Dunkeln liegen die letzten Abenteuer Ernst Kaltenbrun-

ners, der im letzten Amtsjahr des „Reichsführers SS" dessen Rivale war. War nicht dieser wollüstige und reizbare Österreicher mit dem Narbengesicht, dessen Geschäft Mord, dessen Leidenschaft aber Geheimdiplomatie war, eine geheimnisvollere Person als Himmler? Kaltenbrunner scheint Berlin am 19. April verlassen und sein Lager in Innsbruck in Tirol aufgeschlagen zu haben. Er behauptete, er hätte einen Vertreter Prof. Burckhardts treffen sollen und beabsichtigt, auf seinem Wege die Insassen von Theresienstadt zu befreien — alles das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß er von Berlin geschickt worden war, um den Sicherheitsdienst im Süden zu übernehmen, wo, wie zu jener Zeit immer noch beabsichtigt war, der letzte Widerstand geleistet werden sollte[93]. Nach Willi Höttls Darstellung wollte Kaltenbrunner Allan Dulles in Zürich treffen, um dem unnützen Blutvergießen ein Ende zu setzen[94]. Wie immer dem sei, Kaltenbrunner blieb in Tirol und verlegte nach Hitlers Tod sein Hauptquartier nach Alt-Aussee in einem einsamen Tale des Salzkammergutes. Er scheint eine wirre Vorstellung gehabt zu haben, daß er mit den Briten ein Geschäft abschließen könnte, wenn er ihnen verraten würde, daß Kunstschätze und andere große Werte in einem Salzbergwerk verborgen waren[95].

In Alt-Aussee war Kaltenbrunner in der unangenehmen Nachbarschaft von SS-Standartenführer Blobel, dem Fachmann für Exhumierungen[96], und der meisten Mitglieder des Eichmann-Kommandos, die sich von Prag nach hier durchgeschlagen hatten. Diese kompromittierenden Gefährten wies er alle von sich. Eichmann wurde zum letzten Mal von Wisliceny am 5. Mai gesehen, als er sich anschickte, mit seinen Leuten „den Maquis zu folgen". Wisliceny zufolge hatte Eichmann diesen Plan mit Blobel schon im September besprochen und ihm die Berge im Süden seiner Jugendheimat Linz beschrieben, die er so gut zu kennen behauptete[97]. Ob das Salzkammergut Eichmann und ein halbes Dutzend seiner immer noch spurlos verschwundenen Gehilfen für immer verbergen kann, muß sehr bezweifelt werden. Es konnte Kaltenbrunner nicht verbergen, der einige Tage später mit seinem Adjutanten Schneider von einer amerikanischen Patrouille ganz nahe bei Alt-Aussee aufgelesen wurde, nachdem ihr Aufenthaltsort von Schneiders Frau verraten worden war. In einem „Mai 1953" datierten Nachwort zu der englischen Übersetzung seines Buches behauptet

der geschwätzige Willi Höttl, er wisse von einigen späteren Abenteuern Eichmanns, welcher, wie er sagt, Alt-Aussee in Gesellschaft des Führers der rumänischen „Eisernen Garde", Horia Simas, verließ. Einige Wochen später sei Eichmann von einer amerikanischen Patrouille aufgelesen und als SS-Untersturmführer Otto Eckmann interniert worden. Nachdem Wisliceny im November 1945 in Nürnberg gegen ihn ausgesagt hatte, sei dieser aus dem Lager geflüchtet und seither nie wieder aufgefunden worden. Wie gewöhnlich unterläßt Höttl jede Quellenangabe. Angesichts seiner ganzen Vergangenheit kann man ihm keine Glaubwürdigkeit zubilligen.

Als der Krieg zu Ende ging, wußten die Untersuchungsgruppen der Alliierten nur wenig von den Einzelheiten und Methoden des Endlösungs-Programms. Müller, Pohl, Eichmann und Globocnik waren bloße Namen, mit welchen man nicht viel anfangen konnte. Und gerade weil der erste Alarm so laut war, vermochten die Schuldigen sich zu verbergen. Deshalb konnten — abgesehen von Höss, der bis zum März 1946 verborgen war — Oswald Pohl und sein Gehilfe Gerhard Maurer, der die Aufzeichnungen über die Auschwitzer Selektionen führte, erst im Frühjahr 1947 gefunden werden. Diese Männer verschafften sich falsche Ausweispapiere und konnten eine lange Zeit dadurch der Aufmerksamkeit entgehen, daß sie als Hilfsarbeiter Beschäftigung fanden. Diese Methode ist unzweifelhaft besser als die Flucht in die Berge, obwohl sie weniger romantisch ist. Was diese betrifft, waren die Karawanken, südlich von Klagenfurt, die beliebteste unter diesen vermeintlichen Zufluchtsstätten. Noch einige Wochen nach der Kapitulation trieben sich dort bewaffnete Banden jeder Art von Achsen-Kollaborateuren herum, doch schließlich gaben sie auf, als britische Patrouillen erschienen. Es war eine von diesen, die Anfang Juni Odilo Globocnik entdeckte, der jedoch den gleichen Ausweg aus der Situation fand wie sein Meister Himmler (siehe S. 405).

Das Schicksal Heinrich Müllers, des Leiters der Gestapo, ist Gegenstand der allermerkwürdigsten Spekulationen. Am 28. April war er in Hitlers Bunker, wo er General Fegelein[98], Eva Brauns Schwager, den Hitler hinrichten ließ, vernahm. Willi Höttl zufolge verließ Müller den Bunker in Begleitung eines gewissen Kriminalrates Scholz, den er verwendet hatte, um gefälschte Berichte auf von russischen Spionen erbeuteten Kurzwellensendern zu senden.

Man glaubte, daß Müller diese Sender seit Monaten dazu benützt hatte, gute Verbindungen in Moskau herzustellen. Hartnäckige Gerüchte sagen heute, daß er für die Russen tätig sei. Das Seltsame an dieser rücksichtslosesten unter allen SS-Persönlichkeiten ist der Umstand, daß er erst im Jahre 1939 ein Nationalsozialist wurde. Er war ein Berufsbeamter in der bayrischen Staatspolizei gewesen und hatte Heydrichs Aufmerksamkeit durch sein Studium des russischen Polizeisystems erregt[99].

Nach dem 8. Mai 1945 ähnelte das ganze System der nationalsozialistischen Herrschaft einem Gewirr von verkohlten, geschwärzten, durchnäßten und übelriechenden verbrannten Sparren, unter welchen Verfolger und Verfolgte, nicht mehr deutlich voneinander unterscheidbar, wimmelten. In dieser Riesenhorde von Ausländern, die aus Kriegsgefangenen, Insassen der Konzentrationslager, Freiwilligen und Zwangsarbeitern sowie Flüchtlingen bestand, war ein allen gemeinsamer Trieb, aus diesem offenbar zur Vernichtung verurteilten Hause zu fliehen; doch nicht alle konnten diesem Trieb folgen. Da waren diejenigen, die zurückblieben, weil es für sie keinen Platz gab, wohin sie gehen konnten, und unter diesen war eine Gruppe, die Monate und sogar Jahre blieb, in manchen Fällen in den gleichen Lagern, in welchen sie Sklaven gewesen und wo ihre Familien gestorben waren. Dies waren die Überlebenden der Endlösung aus Polen und den baltischen Staaten und in einem geringeren Ausmaß aus Ungarn und Rumänien. Noch im April 1946 befanden sich nach der Schätzung des Anglo-Amerikanischen Komitees für die europäischen Juden und Palästina 87 000 von ihnen auf dem Gebiete des ehemaligen Großdeutschen Reiches[100].

Für sie hatten die Waffenstillstandsabkommen von Reims und Karlshorst nicht die Türe zu einem neuen Leben geöffnet. Es ist wahr, sie starben nicht mehr an Hunger und Typhus, und sie wurden auch nicht mehr ins Krematorium geschickt, wenn ihre Nase zufällig nicht gefiel. Doch sie waren ohne Angehörige, ohne Mittel, ohne Land. Sie lebten unter den Besiegten, welche die Rasse — wie es sie vierzehn Jahre lang gelehrt worden war — für jedes Mißgeschick verantwortlich machten, das sie befallen hatte. Als jüdische Heimatvertriebene wurden sie außerdem verwünscht,

weil sie Vorzugsrationen erhielten und weil sie Schmuggel und Schwarzhandel betrieben, woran sie sich hatten gewöhnen müssen, um in den Ghettos am Leben bleiben zu können.

Für die jüdischen Vertriebenen war die Lehre der Jahre 1945—48 die gleiche, die vor den Überlebenden des Warschauer Ghettos im Jahre 1943 stand. Es war nicht länger möglich, der Zukunft mit der uralten Resignation des Ostens entgegenzusehen. Nur wenn Entbehrungen und Zugehörigkeitsgefühl als Mittel zu einem neuen Zweck benützt wurden, konnte das Leben ertragen werden. In den Prüfungen einer neuerschaffenen Nation, und nicht in den technisch vollendetsten Einrichtungen von Birkenau liegt die Endlösung des jüdischen Problems.

Epilog

Die Leichenschau ist vorbei, aber es ist nicht die Aufgabe dessen, der sie durchgeführt hat, die Schuldigen zu finden oder ein Urteil über sie zu fällen. Trotzdem wird der Leser, der die Geduld hatte, auch nur einem Bruchteil dieses düsteren Berichtes zu folgen, sich Dutzende Fragen gestellt haben, und einige davon müssen besprochen werden, auch wenn sie nicht beantwortet werden können.

Wieviel wußte der einfache Mann in Deutschland, und bis zu welchem Grade fühlte er, daß dies auch seine Angelegenheit war? Wie war es möglich, daß so viele Hunderte und sogar Tausende schwerarbeitender Beamter aller Dienststufen täglich in ihren Kanzleien den nicht mißzuverstehenden Schriftwechsel über den Rassenmord vorbereiteten, abschrieben oder weiterleiteten? Und wie ist es möglich gewesen, da wir doch sahen, daß jedes Ministerium mit allen andern Ministerien ständig im Kampf lag und daß Hitler niemals wirklich wußte, was dort eigentlich vorging — ebensowenig wie Tolstois Generäle während der Schlacht von Borodino —, daß nicht ein einziger der rechtschaffenen Männer, die ihre Sprüchlein in Nürnberg aufsagten, einen einzigen aktiven Protest wagte? Wie kam es, daß nichts anderes als der pathologische Haß von Hitler und einigen wenigen seiner Spießgesellen diese große Maschinerie mehr als drei Jahre lang in Bewegung hielt?

Andere werden noch gewichtigere Fragen über die Zukunft stellen. Sind die Deutschen das einzige Volk in der Welt, das fähig ist, das Rad der Geschichte zu den Uranfängen der Menschheit zurückzudrehen? Ist es nicht im Gegenteil das Zeitalter als Ganzes, das sich in diese Richtung bewegt? Ist die Beseitigung von auserlesenen Opfern etwas, das geradezu in der Natur des über-

mächtigen modernen „demokratischen" Staates verborgen liegt? Kann es wieder geschehen, und kann es in andern Ländern geschehen? Es mag lange dauern, bevor wir die Antwort auf diese Fragen kennen, die wie ein roter Faden durch dieses „Postmortem" über die Endlösung laufen.

Es ist schwer, zu glauben, daß es in Deutschland oder im deutschbesetzten Teil Europas einen Menschen gab, der im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte war und während der letzten zwei Jahre des Krieges nicht wußte, daß die meisten Juden verschwunden waren, oder der nicht irgendwo gehört hätte, daß sie erschossen oder vergast worden sind. Ebensowenig nehme ich an, daß es einen Menschen gab, der nicht einen Freund hatte, der jemanden kannte, der ein Massaker gesehen hatte. Mehr als hundert Millionen Menschen müssen von diesen Dingen gewußt und über sie im Flüsterton mit andern gesprochen haben, und doch konnten sie nicht den paar Tausenden das Leben sauer machen, die sie ausführten. Das darf jedoch niemanden überraschen. Hundert Millionen Menschen können vor der Geheimpolizei genauso in Angst leben wie ein einzelner Mann.

Verhältnisse in einem Polizeistaat dürfen nicht mit den Maßstäben eines Rechtsstaates gemessen werden — aber selbst England hat während des Krieges einige Elemente eines Polizeistaates entwickelt. Der Innenminister konnte tatsächlich Personen, deren politische Tätigkeit Verdacht erregte, ohne Anklage oder das Urteil eines Gerichtes in Haft festhalten, und es lag auch in seinem Machtbereich, Zeitungen zu verbieten. Trotz alledem: als ein einzelner Soldat infolge von Mißhandlungen in einem Militärgefängnis starb, konnte niemand die Sonntagsblätter daran hindern, diese Sensation in die Welt zu schreien. Es ist klar, daß die Macht, die die britische Regierung während des Krieges besaß, von der des Reichssicherheitshauptamtes himmelweit entfernt war. Was wäre geschehen, wenn etwa die Presse erfahren hätte, daß Hunderttausende von Menschen, die auf der Isle of Man interniert worden waren, ihr Leben verloren hätten?

„Ignoramus", die Entschuldigung, welche die Kriegsverbrecher und die mitbeschuldigten Zeugen in Nürnberg vorbrachten, hatte das Ergebnis, daß ein Schleier über eine sehr klare Tatsache gezogen wurde. In einem Polizeistaat, ob nun nach dem deutschen oder dem russischen Muster, besteht nie ein Zweifel daran, daß

es Konzentrationslager gibt. Im Gegenteil, sie werden zu einem Bestandteil des täglichen Lebens eines jeden Menschen — aber niemand zeigt Neugierde. Und dieses Fehlen von Neugierde erstreckt sich auf manche der mächtigsten Männer im Staate, die so unbekannt bleiben, weil niemand etwas von ihnen wissen will. Nach außen hin bietet jetzt die Polizei ein sehr anziehendes Bild. An die Stelle der komischen Helme und litzenbedeckten Jacken von Dorfmusikanten sind polierte Stiefel, weiße Hemdkragen, schicke Kappen, viel zu viele Motorräder und viel zu viele Polizeigeneräle getreten. All dies bleibt jedoch unerreichbar und unpersönlich. In all den sieben Jahren seiner Polizeidiktatur wußte die ausländische Presse nichts von Heydrich. Sie entdeckte ihn erst, als er Protektor von Böhmen und Mähren wurde. In der Zeit der Menschenopfer, die sein Prunkbegräbnis im Juni 1942 begleiteten, hatte wahrscheinlich nicht einmal die deutsche Öffentlichkeit eine Vorstellung davon, welche Sorte von Mensch aus ihrer Mitte gerissen worden war. Und nach dem Kriege glaubte der Nürnberger Gerichtshof, daß der verachtungswerte Streicher eine bedeutende und symbolische Figur war, die vor den Augen der ganzen Welt abgeurteilt werden sollte, während nach Müller und Eichmann nicht einmal Ausschau gehalten worden war.

Die Atmosphäre der Anonymität ist das Schrecklichste dabei. Sie tötet das Vermögen, vernünftig zu denken und anständig zu handeln, und setzt Furcht an seine Stelle. Es ist wahrscheinlich, daß kein Volk jemals in solcher Angst gelebt hat wie das deutsche Volk während des Krieges. Und je höher der Deutsche stieg, desto größer wurde seine Angst, bis wir schließlich den Fall Heinrich Himmler vor uns haben, der fast durch Zufall zum Haupt des Polizeistaates gemacht wurde und den Hitler gerade deshalb beibehielt, weil er ein von Angst verfolgter Mann war, der denunziert und eingeschüchtert werden konnte. Die kennzeichnende Entschuldigung der Nürnberger Angeklagten zeigt trotz ihrer inneren Unaufrichtigkeit, welche Geistesverfassung unter ihnen herrschte. Einer nach dem andern sagte aus, daß er seinen Posten nicht aufgeben oder sich an einen andern Posten versetzen lassen konnte. Wenn er den Versuch gemacht hätte, wäre er in ein Konzentrationslager geschickt oder erschossen worden. Zum Schluß erreichen wir den Gipfel des Widersinns in der Geschichte, die Steengracht von Moyland in Nürnberg vorbrachte. Er erzählte, wie Walter

Hewel, Ribbentrops persönlicher Verbindungsoffizier zu Hitler, einen anderen Standpunkt als Goebbels eingenommen hatte. „Wenn Goebbels Hitler von meinen Ansichten erzählt hätte", sagte Hewel Steengracht, „hätte Hitler nur auf einen Knopf gedrückt, Rattenhuber, das Haupt seines persönlichen Sicherheitsdienstes, gerufen und mich abführen und erschießen lassen."

Doch vor der Verschwörung gegen Hitler im Juli 1944 war nicht einmal ein einziger der unbedeutendsten Beamten aus der Kriegszeit abgeführt und erschossen worden — weder von Rattenhuber noch einem andern der Henker des Kalifen —, und der einzige Staatssekretär, der seinen Weg in ein Konzentrationslager fand, war Martin Luther. Auch dieser wurde nicht durch die SS abserviert, sondern trotz der Unterstützung, die er von ihr erhielt, da er in ihren Diensten Verrat an seinem Vorgesetzten Ribbentrop geplant hatte. Und was Hewel und Rattenhuber betrifft: diese beiden waren an Hitlers muffigem Hofe bis zum letzten Augenblick und wurden von den Russen im gleichen Berliner Keller gefangen.

Konnte man von diesen Männern erwarten, daß sie für die Menschenrechte eintreten würden? Wahrscheinlich waren sie nicht grausamer oder gewissenloser als das ganze deutsche Volk oder, genau genommen, die menschliche Rasse überhaupt; sie schwebten aber in größerer Angst und wußten noch weniger, wie sie sich aus der Schlinge ziehen sollten. Grausamkeit und Sinnlosigkeit waren der Grund, auf dem das System, das ihnen Amt und Würden gebracht hatte, aufgebaut war, und beiden mußten sie ihre Opfer bringen. Nachdem sie einige Jahre an ihren Tischen gesessen hatten, mußten sie eine eigene Sprache voll sinnloser Phrasen erfinden — von „biologisch wertvollem Menschenmaterial", „minderwertigem Blut", „asozialen und arbeitsunwürdigen Typen" und so weiter —, um ihre Taten vor sich selbst zu verbergen.

Ebensowenig wie der Bomberpilot sieht der Bürokrat sein Opfer. Es ist möglich, daß Eichmann niemals eine einzige der Millionen jüdischer Leichen sah, von welchen er so prahlerisch sprach und daß Himmler nach dem Erlebnis, das er in Minsk hatte und das von dem Bach-Zelewski beschrieben hat (siehe S. 234), nie wieder eine Hinrichtung sehen wollte. Der durchschnittliche Deutsche konnte mehr sehen. Besonders gegen Ende des Krieges muß es schwer gewesen sein, jeden Anblick der Leiden zu vermeiden,

welchen die in den letzten Rest des Reiches strömenden Opfer der Konzentrationslager ausgesetzt waren. Die Gipfel menschlichen Leidens standen da vor aller Augen. Trotzdem hat Professor Marc Klein beschrieben, wie im Februar 1945 Massen von Deutschen auf den Bahnhöfen mit vollkommener Gleichgültigkeit zusahen, als der Zug von Groß-Rosen nach Buchenwald durchfuhr, eine lange Prozession von offenen Güterwagen, in jedem Hunderte lebender Skelette in verschlissenen Gefängnisschlafanzügen, geduckt vor den Gewehren und Gummiknüppeln der SS und der Kapos. Genauso sagte ein norwegischer Zeuge, Hans Capellen, daß die Dachauer Häftlinge, die in München den Schutt abräumten, von der Menge verflucht und beschimpft wurden: „Es ist eure Schuld, daß wir bombardiert werden" (Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Band VI, S. 319, Nürnberg 1947).

Es ist falsch, anzunehmen, daß solche Zwischenfälle etwas besonders Unnatürliches darstellen. Je näher das Elend von Mitmenschen, desto weniger wird es wahrscheinlich anerkannt. Menschen, die geprügelt werden, ausgehungert und überarbeitet sind und frieren, bieten keinen erfreulichen Anblick. Ob sie nun schuldig oder unschuldig sind, es sind schlotternde und finster blickende Gestalten, und sie werden einander einer Kartoffel wegen erschlagen. Der ehrenhafte Bürger, der sie sah, dachte sich wahrscheinlich, wie weise Hitler gewesen wäre, als er solche Verbrecher und Untermenschen einsperrte. Der Durchschnittsdeutsche sollte nicht dafür verurteilt werden, daß er dieses System unterstützte (denn je mehr er bombardiert und im Felde geschlagen wurde, desto mehr mußte er es unterstützen), sondern dafür, daß er von Anfang an auf die törichten Versprechungen der Urheber des Systems gehört hatte.

Der Deutsche von 1933 war eine Art Karikatur der europäischen Zivilisation, die um so leichtfertiger, habgieriger und unkritischer wurde, je mehr materieller Fortschritt die alten Werte untergrub. Der Deutsche von 1933 nahm die Bestechungen und die Bedingungen an, doch alles, was er erhielt, war der „Kanonen-statt-Butter"-Staat. Als dies zum Kriege führte, erwartete er immer noch, daß die Rechnung beglichen werden würde. Er glaubte immer noch, daß die kapitalistischen Mächte von billigen Nahrungsmitteln lebten, die sie durch die Ausbeutung der Eingeborenen in zurückgebliebenen Erdteilen erhielten, während das arme Deutschland ein-

gekreist und blockiert war. So kam es, daß die gefährlichen Männer, die keinen Gedanken zu Ende denken, wirklich glaubten, daß sie die Einschränkungen, die der Krieg mit sich brachte, gutmachen könnten, indem sie die Besiegten ausplünderten und versklavten und indem sie einen Teil von ihnen ermordeten, so daß es schließlich die Toten von Auschwitz waren, von welchen die Perücken, Augengläser und falschen Zähne kamen, die man heute vom Wohlfahrtsstaat erwartet.

Das Verhalten des durchschnittlichen Deutschen in der Vergangenheit bietet keinen Grund für die Annahme, daß solche Dinge sich nicht wieder ereignen können oder daß es in der gegenwärtigen Politik der Westmächte gegenüber Deutschland nichts gibt, was einem neuen Diktat-Märchen, einem neuen Kreuzzug von Rache und Rassenhaß Nahrung geben könnte. Und doch, in einem Zeitalter, das jede moralische und wirtschaftliche Überzeugung in lächerlichen Unsinn verwandelt sah, glauben wir immer noch an die Macht der Vernunft, als ob es die Französische Revolution niemals gegeben hätte.

Die Stimmung von Nürnberg ist verflogen. Männer, deren Verhalten oft weit schlimmer war als das der meisten, die schuldig befunden und gehängt wurden, sind am Leben und in Freiheit; andere wurden nach und nach aus dem Gefängnis entlassen — in der unklaren Vorstellung, daß damit etwas gewonnen werden könnte. Das Reuegefühl, das einst unter den deutschen Führern in Mode war, ist weniger und weniger zu sehen und wird noch weniger zu merken sein, wenn Deutschland wieder geeinigt und aufgerüstet ist. Der Prozeß Remer hat eine neue Art von Helden und Patrioten enthüllt, jene nämlich, die Hitlers Reich mit Begeisterung dienten, aber nachweisen können, daß sie Mitglieder der Verschwörung waren, die Hitler eine Minute vor zwölf beseitigen wollte.

Und die möglichen Opfer? Auf dem Gebiete, das die Deutschen in früheren Kriegen erreichten, gibt es immer noch fast eine Million Juden, und einige weitere Millionen leben in dem tiefen Hinterland der Sowjetunion, im Nahen Osten und in Nordafrika. Die nächsten Opfer des Rassedünkels müssen aber nicht die Juden sein. Unter den Rassenproblemen, von welchen sich das Dritte Reich umgeben glaubte, war es offenbar nur das jüdische, das eine Endlösung erforderte; es gab jedoch immer auch solche, die eine

Endlösung für die Slawen befürworteten. Himmlers „Reichskommissariat zur Festigung des deutschen Volkstums" war voll von ihnen. Die meisten sind heute am Leben, obwohl in untergeordneten Beschäftigungen, doch ihr Blick ist auf hohe Ziele gerichtet. Denn es sind nicht nur ein Danziger Korridor und ein Sudetenland, die ein Dorn im Fleische des neuen Nationalismus sein werden, sondern es ist auch ein Viertel des Gebietes des Altreichs, das jetzt von sieben Millionen Polen bewohnt ist.

Dies ist leider ein Buch mit vielen Belegen und wenigen Folgerungen; ein Buch von Tatsachen, aus welchen vorläufig nur wenige Schlüsse gezogen werden können. Doch soweit diese Tatsachen in eine feste Ordnung gebracht werden können, bieten sie Analogien, die für die Gegenwart von Nutzen sein könnten. Denn in der Welt von Polizeistaaten, in welcher wir leben, läßt keiner von ihnen seine Amtskorrespondenz herumliegen. Hier aber war ein Polizeistaat, der Hunderte von Tonnen Urkunden und Tausende von Zeugen zurückließ.

Hiob wünschte in seinem Elend, sein Widersacher möge ein Buch schreiben, und sein Gebet wurde erhört, denn es gibt in Wahrheit nichts, das dieser Widersacher nicht zu Papier gebracht hätte. Ich habe fast volle vier Jahre unter diesen Urkunden verbracht und habe ihre Gesellschaft nicht nur düster oder niederdrückend gefunden. Denn auf vielen Seiten huscht und glimmt etwas, ohne das jede Regierung eine Hölle auf Erden wäre — menschliche Fehlbarkeit. Eichmann kann seine Totenzüge nicht füllen, Minister der Satelliten-Regierungen weigern sich, Briefe zu beantworten, dieser oder jener macht einen Rechenfehler oder kann den Mund nicht halten. Und so wurde das ungeheure Unglück ein wenig verringert. Wieviel schlimmer wäre es gewesen, wenn die Franzosen nicht unbeständig, die Italiener nicht nachlässig, die Ungarn nicht eifersüchtig, die Rumänen nicht bestechlich und die Deutschen selbst nicht solche Sklaven des Protokolls gewesen wären! Es kann sein, daß mörderisches Rassegefühl unausrottbar in der Natur von Ameisen und Menschen liegt; der Roboterstaat jedoch, der ihm vollen Ausdruck geben würde, kann und wird niemals von Bestand sein.

Seit die A
Novembe
mit 5 700
den meis
Opfer an
mir jedoc
deren Be
geschloss
ist nicht u
gen besc
glaube je
des Buch
Jüdischer
wenige v
holung d
sonders
Geschich
Meiner M
sich die
kann ein
gung de
holung s
umgebro
immer n
schichte.
Morde
innewoh
drückt:
rung de
Im April
ausschuf
Analyse
5 700 000
wende
als Ausg
sogar üb

Anhang I

Statistische Zusammenfassung der Endlösung

Seit die Anklageschrift im Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher im November 1945 die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus mit 5 700 000 angegeben hat, ist die runde Ziffer von 6 Millionen von den meisten an dieser Frage Interessierten als vermutliche Zahl der Opfer angenommen worden. Während ich dieses Buch schrieb, hat sich mir jedoch die Schlußfolgerung aufgedrängt, daß die wahre Zahl, bei deren Bestimmung Fehlerquellen bis zu einer halben Million nicht ausgeschlossen werden können, wahrscheinlich wesentlich niedriger ist. Es ist nicht unmöglich, daß man mich wegen der nachfolgenden Schätzungen beschuldigen wird, die Leiden der Verfolgten zu verkleinern. Ich glaube jedoch, daß mein guter Wille in dieser Hinsicht durch den Inhalt des Buches bewiesen ist. Die in Nürnberg angegebene Zahl wurde vom Jüdischen Weltkongreß zu einer Zeit zur Verfügung gestellt, als noch wenige verläßliche Unterlagen vorhanden waren. Die ständige Wiederholung dieser Ziffer hat schon antisemitischen Kreisen in Europa und besonders in Deutschland den Vorwand geliefert, die ganze grauenhafte Geschichte und die Lehren daraus als unglaubwürdig hinzustellen. Meiner Meinung nach wird niemandes Schuld dadurch verringert, daß sich die Schätzung von 6 Millionen als zu hoch erweist; ebensowenig kann eine genaue Ziffer, sollte sie jemals erhältlich sein, die Berechtigung des jüdischen Verlangens nach Sicherungen gegen eine Wiederholung solcher Geschehnisse abschwächen. Ob 6 Millionen Menschen umgebracht wurden oder 5 Millionen oder weniger: es handelt sich hier immer noch um den konsequentesten Rassenmord der Menschheitsgeschichte. Es sei noch hinzugefügt, daß, wenn einmal die Tatsache dieser Morde bewiesen ist, zusätzlichen Millionen kein besonderer Zauber innewohnt. Der deutsche Schriftsteller Walter Dirks hat es so ausgedrückt: „Es ist schimpflich, daß es Deutsche gibt, die in einer Verkleinerung der Zahl von 6 auf 2 Millionen eine Entlastung sehen [1]."

Im April 1946 veröffentlichte der „Anglo-Amerikanische Untersuchungsausschuß für Fragen des europäischen Judentums und Palästinas" eine Analyse der in der Nürnberger Anklageschrift enthaltenen Zahl von 5 700 000 — genauer: 5 721 800 — vermißten europäischen Juden[2]. Ich verwende dieses in die kleinsten Einzelheiten gehende Zahlenmaterial nur als Ausgangspunkt. Manche dieser Angaben erscheinen mir zuverlässig, sogar übervorsichtig, andere nachweislich irrig. Zuerst möchte ich jedoch

betonen, daß die Anklagevertretung in Nürnberg keineswegs dessen sicher war, daß alle Juden tatsächlich umgekommen sind. Die von Sydney Alderman am 20. November verlesene Anklageschrift enthielt folgende Stelle:

> „Von den 9 600 000 Juden, die in Gebieten Europas unter Naziherrschaft lebten, sind nach vorsichtiger Schätzung 5 700 000 verschwunden, von denen die meisten von den Nazi-Verschwörern vorsätzlich ums Leben gebracht worden sind[3]."

Als Richter Jackson jedoch am nächsten Tag seine Rede zur Begründung der Anklage hielt, sagte er:

> „5,7 Millionen Juden werden in den Ländern, in denen sie früher lebten, vermißt. Über 4,5 Millionen dieser lassen sich weder durch normale Sterblichkeit oder Auswanderung erklären, noch sind sie unter den Verschleppten[4]."

Die höhere meiner beiden Schätzungen ist etwas größer als Jacksons Mindestzahl, aber wesentlich geringer als die in so weiten Kreisen für richtig gehaltene Ziffer von 6 Millionen. Der Unterschied von 1 500 000 kann auf die nur auf Mutmaßungen begründeten Schätzungen der Verluste in Gebieten, die jetzt zur Sowjetunion gehören, zurückgeführt werden und auf die Rumänien betreffenden Angaben, die in Widerspruch zu den bekannten Tatsachen stehen.

Ich habe einen großen Teil meines Beweismaterials aus den vom Sicherheitsdienst oder SD (im allgemeinen Gestapo genannt) für Heydrich und Himmler zusammengestellten Zahlen geschöpft. Diese „Buchführung" bildete das grausige Beweismaterial der späteren Nürnberger Prozesse. Es sei hier bemerkt, daß in diesen Berichten enthaltene Ungenauigkeiten im allgemeinen auf Übertreibungen zurückzuführen sind. Sie mögen nur von beschränktem Wert sein, aber sie sind sicher besser als Schätzungen, die auf angeblichen Vorkriegs- und Nachkriegsbevölkerungsziffern beruhen, wobei diese dadurch errechnet wurden, daß man einfach die zu beweisende Zahl von jenen abzog.

Schon vor dem Krieg gab es sehr verschiedene Schätzungen der jüdischen Bevölkerung Rußlands, Polens, Ungarns, Rumäniens und der Balkanländer, obwohl in vielen dieser Staaten besondere Personenstandsregister für Juden bestanden. Selbst in Westeuropa, wo Statistiken wesentlich verläßlicher sind, sind die Schätzungen der jüdischen Bevölkerung weder übereinstimmender noch genauer. Seit dem Krieg haben nur wenige europäische Regierungen Volkszählungen durchgeführt und ins einzelne gehende Ergebnisse veröffentlicht. Besonders im Fall der Sowjetunion, in der die größte Gruppe von Juden Zuflucht fand, haben wir gegenwärtig keine amtlichen Angaben, auf Grund derer wir die Zahl der Überlebenden errechnen könnten. Im April 1946 nahm der Anglo-Amerikanische Palästinaausschuß die Zahl von 2 665 000 für richtig an. Im Januar 1947 nannte das „American Jewish Joint Distribution Committee" eine Ziffer von 2 255 000. Solomon Schwarz entschied sich für 1 850 000 für das wesentlich vergrößerte Gebiet der Sowjetunion der Nachkriegszeit. Das New Yorker „Institute of Jewish Affairs" errechnete 1950 sogar nur 1 600 000[5]. Es besteht also ein Un-

terschied von über einer Million zwischen der höchsten und der niedrigsten Schätzung — jedoch keine dieser Schätzungen scheint realistisch zu sein. Es ist nämlich sehr gut möglich, daß die Zahl der nichtrussischen Juden, die sich ins Innere der Sowjetunion retteten, größer ist als die Zahl der russischen Juden, die in deutsche Hände fielen; in diesem Fall wäre die Zahl der überlebenden Juden in der Sowjetunion größer als die jüdische Bevölkerung der Sowjetunion im Jahre 1939 — rund drei Millionen.

Für diese umstrittenen Ziffern gibt es eine Quelle von nicht zu unterschätzendem Wert — den „Korherr-Bericht" [6], der Himmler im März 1943 unterbreitet wurde. Wenn immer die in diesem Bericht enthaltenen Zahlenangaben überprüfbar sind, stimmen sie; man darf daher annehmen, daß auch die nicht nachprüfbaren Zahlen richtig sind, zum Beispiel im wichtigen Fall Polen. Dr. Korherr war ein Versicherungsmathematiker, den Himmler beschäftigte. 1943 hatte er eine Zusammenstellung der vom RSHA geführten Umsiedlungslisten zu machen. Korherr zeichnete seinen Bericht als „Inspektor für Statistik beim Reichsführer SS", aber er war kein SS-Mitglied. Himmler hatte 1940 seine Dienste vom Ministerium des Innern angefordert, um die oft zweifelhaften Zahlenangaben zu überprüfen, die ihm von seinen Ressortleitern unterbreitet worden waren. Insofern ist Korherrs Bericht vollkommen objektiv und stützt sich vielfach auf statistische Arbeiten aus der Zeit vor 1933 sowie auf Angaben aus jüdischen Quellen. Nur in dem Kapitel „Evakuierung der Juden" und den folgenden Kapiteln, die sich mit Konzentrationslagern und Ghettos befassen, ist ein anderer Ton zu entdecken. Dr. Korherr führt das auf die Tatsache zurück, daß diese Kapitel ihm vom RSHA „fix und fertig" geliefert wurden.

Nichtsdestoweniger gab es in den Angaben des RSHA viele Dinge, die einem gewissenhaften Statistiker hätten zu denken geben müssen. Dr. Korherr versuchte herauszufinden, was die Worte „einschließlich Sonderbehandlung" bedeuteten, und es wurde ihm gesagt, sie bezögen sich auf Juden, die man in die Gegend von Lublin und die russischen Grenzbezirke geschickt hätte, die nicht mehr als Teil Europas gälten. Fast die gleichen Worte hatten die Beamten Globocniks einige Monate vorher gebraucht (siehe S. 283), um den Vertretern von Generalgouverneur Frank auseinanderzusetzen, was in dem Vernichtungslager Belzec vorgegangen war. Das Wort „Sonderbehandlung" war offenbar versehentlich einem Außenseiter bekanntgegeben worden, wie wir gleich aus Himmlers Reaktion darauf sehen werden.

Der erste Bericht Korherrs umfaßt 16 hektographierte Seiten und trägt die Überschrift: „Die Endlösung der europäischen Judenfrage". Eine Zusammenzählung der verschiedenen in diesem Schriftstück enthaltenen Zahlen ergibt außer Rußland und Serbien eine Gesamtzahl von 1 873 549 Juden — deportiert, ausgewandert oder der „Sonderbehandlung" unterzogen. Korherr schloß folgendermaßen: „Insgesamt dürfte das europäische Judentum seit 1933, also im ersten Jahrzehnt der nationalsozialistischen Machtentfaltung, bald die Hälfte seines Bestandes verloren haben. Davon ist wieder nur etwa die Hälfte, also ein Viertel des

europäischen Gesamtbestandes vor 1933, den anderen Erdteilen zugeflossen."

Am 10. April schrieb Himmler Korherr durch Brandt, die Worte „einschließlich Sonderbehandlung" auf Seite 9 sollten durch „Transportierung von Juden aus den Ostprovinzen nach dem russischen Osten" ersetzt werden. Zur gleichen Zeit schrieb Himmler Kaltenbrunner:

> „Ich halte diesen Bericht als allenfalsiges Material für spätere Zeiten, und zwar zu Tarnungszwecken, für recht gut. Im Augenblick darf er weder veröffentlicht noch weitergegeben werden . . . In den kurzen Monatsmeldungen der Sicherheitspolizei will ich lediglich mitgeteilt bekommen, was monatlich abgefahren worden ist und was zu diesem Zeitpunkt an Juden übrigblieb."

In der Zwischenzeit hatte Kaltenbrunner Korherr angewiesen, eine gekürzte Fassung von sechseinhalb Seiten auszuarbeiten, die Hitler vorgelegt werden sollte. Korherr sandte diese Brandt am 19. April, und mit pedantischer Genauigkeit fügte er die ihm vom RSHA beigestellten Zahlen für Transporte aus Frankreich, Holland, Belgien, Norwegen, der Slowakei, Griechenland und Bulgarien während der ersten drei Monate des Jahres hinzu.

> „Altreich und Ostmark hatten bis zum Kriege weit über die Hälfte ihres — zivilisierten und sterilen — Judenbestandes bereits abgegeben, vor allem durch Auswanderung, während im Osten der Zusammenbruch der für die Zukunft gefährlichen fruchtbaren Judenmassen überwiegend erst im Kriege und besonders seit den Evakuierungsmaßnahmen von 1942 deutlich wird."

Seit dem 17. Mai 1939, erklärte Korherr, seien 2 500 000 aus dem Reich und aus Polen abgegangen. „Der Bestand der Juden im alten Reichsgebiet (ohne Ostgebiete) nähert sich seinem Ende*."

Deutschland („Altreich")

Im Juni 1933, kurz nach Hitlers Machtergreifung, wurde eine Zählung der „Volljuden" in Deutschland vorgenommen; sie ergab 499 682. Bis zu Kriegsausbruch hatte sich diese Zahl, der „Reichsvereinigung" zufolge, durch Auswanderung auf 215 000 verringert — eine etwas zweifelhafte Ziffer, die uns als Ausgangspunkt dienen muß[7]. Eine zweite Zählung der „Reichsvereinigung" vom 1. Oktober 1941 ergab eine Gesamtzahl von 163 696 angemeldeten Juden — ein Verlust von über 50 000 Seelen, von denen nur 8000 den Deportierungen zuzuschreiben sind. Es steht dahin, wie viele der übrigen 43 000 sich durch freiwillige Auswanderung retteten. Dr. Korherr bemerkte, daß selbst im Jahr der großen Deportationen, 1942, 7659 natürliche Todesfälle unter den Juden

* Dr. Richard Korherr wurde im April 1946 aus der Internierung entlassen und im Zusammenhang mit der Endlösung niemals angeklagt. In einem an den Verfasser im August 1955 gerichteten Schreiben sagte er, er hätte die Bedeutung der Zahlen, die er zusammenzustellen hatte, niemals verstanden. Der Sinn von Himmlers Anordnung, das Wort „Sonderbehandlung" durch „Transportierung nach dem russischen Osten" zu ersetzen, scheint ihm überhaupt nicht aufgegangen zu sein.

des Altreiches zu verzeichnen waren[8], und schloß daraus, daß die Sterblichkeit unter den Juden des Altreiches 8,5 v. H. sei, also sechs- bis siebenmal so hoch wie für das gesamte Europa. Auf Grund dieser Sterblichkeitsziffern muß man annehmen, daß seit September 1939 etwa 30 000 Juden gestorben und nur 13 000 freiwillig ausgewandert sind (siehe S. 33 f.). Diese 30 000 Todesfälle müssen meines Erachtens direkt auf die Endlösung zurückgeführt werden, und für den Augenblick ist die Grundlage unserer Berechnung daher 215 000 weniger 13 000 = 202 000. Korherr schätzte am 1. April 1943, daß gegen 120 000 Juden aus dem Altreich deportiert worden waren und daß 31 910 neben einer großen Anzahl übrigblieben, „die als unauffindbar abgeschrieben werden müssen". Diese Zahl deutet darauf hin, daß es zu Kriegsausbruch weit weniger als 215 000 Juden im Altreich gegeben hat, denn der Unterschied beträgt über 20 000. Dr. Korherr berichtete, daß 16 668 Juden in Mischehen lebten. Ein Teil von diesen wurde nach Theresienstadt gebracht, von wo die meisten nach Kriegsende zurückkehrten. Das „Anglo-Amerikanische Komitee" schätzt die Zahl der deutsch-jüdischen Überlebenden einschließlich der Juden, die illegal in Deutschland geblieben waren, auf 20 000. Wenn man die Zahl von 22 000 annimmt und den Unterschied zwischen den beiden Ziffern Korherrs in Rechnung zieht, kommt man zu dem Schluß, daß 160 000 bis 180 000 Juden umgekommen sind.

Die Schätzung eines sorgfältigen Statistikers, die wesentlich niedriger liegt, muß hier auch noch erwähnt werden. Dr. Bruno Blau vertritt die Ansicht, daß nur 123 000 Juden aus dem Altreich umgebracht wurden. Er geht von der Ziffer der „Reichsvereinigung" von 1941 von 164 000 aus und macht folgende Abzüge: 19 000 Überlebende, die auf freiem Fuß geblieben waren, 8200, die aus Theresienstadt und anderen Lagern zurückgekehrt sind, und 13 800 natürliche Todesfälle. Meiner Meinung nach muß ein Großteil der letztgenannten und ein noch größerer Teil der durch Not vor dem Oktober 1941 herbeigeführten Todesfälle der Endlösung zugeschrieben werden[9].

Österreich

Zur Zeit des Anschlusses im März 1938 betrug die jüdische Bevölkerung Österreichs 185 246. Ein Bericht vom Amt des Gauleiters vom Dezember 1939 enthält die Schätzung von 70 000 Juden[10], die fast ausschließlich in Wien lebten. Diese Ziffer ist sicherlich zu hoch, da 4000 bereits nach Nisko in Polen deportiert worden waren (siehe S. 50). Das „Anglo-Amerikanische Komitee" zieht die Zahl 60 000 als Ausgangspunkt vor. Dr. Korherr schätzte, daß bis zum Ende des Jahres 1942 47 555 Juden aus Österreich deportiert worden waren und daß 8102 im Lande verblieben. Wenn man 7000 „natürliche" Todesfälle (die Hälfte der von Korherr geschätzten 14 509 Todesfälle seit März 1938) sowie 4000 seit Kriegsausbruch freiwillig Ausgewanderte dazuzählt, erreicht man die Zahl von 66 600 Juden am 1. September 1939. Am 24. Oktober 1947 gab es 8552 in Österreich geborene Juden in Wien sowie einige Hundert in Linz und anderen Städten. Wenn man die freiwilligen Auswanderer

abzieht, kommt man zu einer Verlustziffer von 58 000. Vielleicht muß man jedoch einen Teil von Korherrs „natürlichen Todesfällen" auf Kosten der Endlösung verbuchen[11]. Die österreichischen Kultusgemeinden nehmen eine Zahl von 60 000 ermordeten österreichischen Juden an[12].

Die Tschechoslowakei

Die Volkszählung von 1930 ergab eine jüdische Bevölkerung von 356 830 in der Republik. Davon lebten 117 551 in Böhmen und Mähren, 136 737 in der Slowakei und 102 542 in Karpatorußland. Die ersten beiden Gruppen verringerten sich Jahr für Jahr, während die dritte einen starken Zuwachs verzeichnete. Nach dem Münchener Abkommen setzte vor allem aus Böhmen und Mähren eine starke Auswanderung ein, und das „Anglo-Amerikanische Komitee" schätzt, daß die jüdische Bevölkerung auf dem Gebiet der früheren Tschechoslowakischen Republik zu Kriegsbeginn 315 000 betrug, davon 90 000 im Protektorat. (Korherrs Ziffer ist 92 000.)

Nehmen wir die Protektoratsziffern zuerst. Dr. Korherr zufolge waren Ende 1942 69 779 Juden umgesiedelt worden, von denen allerdings über 50 000 **zuerst** nur nach Theresienstadt innerhalb des Protektorats verschickt worden waren. Es gab noch 15 530 Juden auf freiem Fuß, und fast 7000 waren durch natürliche Sterblichkeit sowie durch freiwillige Auswanderung während des Krieges verschwunden. Im Gegensatz zu den 15 530 Überlebenden des Jahres 1943 sollen 1946 32 000 Juden in dem Gebiete des ehemaligen Protektorats gelebt haben[13]; diese Zahl schloß jedoch 15 000 Juden, die infolge von Mischehen und anderen bevorzugten Stellungen am Leben geblieben waren, 8000 Überlebende aus Theresienstadt, 6000 bis 8000 karpatorussische Juden und einige Tausend zurückgekehrte Soldaten und Emigranten ein. Es ist daher nicht leicht, zu einer verläßlichen Schätzung der unter deutscher Herrschaft umgebrachten Juden zu kommen. Ich meine, daß man 15 000 + 8000 von 90 000 ebenso wie weitere 4000 Auswanderer seit Kriegsbeginn abzuziehen hat. Das ergibt einen Verlust von 63 000 Juden, von denen fast die Hälfte in Auschwitz umgebracht worden ist. Diese Zahl ist nicht viel niedriger als Korherrs Schätzung für Umsiedlungen aus einer Zeit, als die Umsiedlungsaktionen so gut wie abgeschlossen waren.

Die 135 000 Juden der Slowakei hatten verhältnismäßig geringere Verluste durch Auswanderung, da sich die 40 000 Juden in den im November 1938 an Ungarn abgetretenen Gebieten für sicher hielten. Von den 95 000 Juden des neuen slowakischen Staates wanderten jedoch etwa 5000 vor Beginn der Deportierungen freiwillig aus (siehe S. 437). Andererseits wurden laut Korherrs Liste 1942 56 691 Juden deportiert, Wisliceny schätzte ihre Zahl jedoch nur auf 52 000. 1944 gab es weitere 9000 Deportierungen und eine ziemliche Anzahl von Hinrichtungen. Wir haben keine Unterlagen für die in der an Ungarn abgetretenen Ostslowakei lebenden 40 000 Juden, aber E. Levai[14] ist der Meinung, daß 65 000 Juden oder 20 v. H. den Krieg in den „verlorenen Gebieten" Ungarns überlebt haben. Auf dieser Grundlage scheint die Schätzung

des „Anglo-Amerikanischen Komitees" auf 30 000 Überlebende in der ganzen Slowakei viel zu niedrig.
Dr. Friedrich Steiner aus Preßburg schätzte in einem Vortrag in Paris 1947, daß, während nur 284 der 1942 deportierten 52 000 Juden zurückkamen, die Mehrzahl der 1944 aus dem slowakischen Staat Deportierten überlebte, abgesehen von einem Teil der ostslowakischen Juden, von denen seiner Schätzung zufolge die Ungarn 1944 nur 30 000 (von einer Gesamtzahl von 46 000) deportierten [15]. Auf dieser Grundlage wäre die Zahl der in der ganzen Slowakei überlebenden Juden sogar 50 000. Ich würde diese Ziffer als die Höchstzahl und 40 000 als die Mindestzahl annehmen und daher die Zahl der Umgekommenen auf 85 000 bis 95 000 schätzen. Gregory Frumkins Schätzung, daß 67 000 umgebracht wurden, würde eine viel höhere Zahl Überlebender voraussetzen, etwa 60 000 [16].
Die Zahl der Juden in Karpatorußland wurde 1941 durch Deportierungen von 102 000 auf 17 000 bis 20 000 vermindert. Die übrigen wurden nach Podolien und Ostgalizien verschickt, und es ist möglich, daß nicht einer von ihnen mit dem Leben davonkam (siehe S. 467). Ein Teil der Zurückgebliebenen wurde nach Auschwitz deportiert. Nach Angaben des „Anglo-Amerikanischen Komitees" wählten 6000 bis 8000 der Überlebenden die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft und wanderten nach der Besetzung des Gebietes durch die Sowjetunion nach Böhmen aus. Auf der Grundlage von E. Levais Ziffern für Großungarn, laut denen 20 v. H. am Leben blieben, sollte es etwa 17 000 karpatorussische Juden geben, von denen die meisten wohl in ihrer Heimat geblieben sind. Das ergibt eine Gesamtzahl von 85 000 Umgekommenen. Wenn man diese etwas verwickelten Berechnungen zugrunde legt, kommt man zum Ergebnis, daß etwa 233 000 bis 243 000 der Juden der Tschechoslowakei (innerhalb der Grenzen vor München) umgebracht worden sind.

Frankreich

Die vom „Anglo-Amerikanischen Komitee" im April 1946 verwendeten Zahlen geben den Verlust von 140 000 Juden an und beruhen auf der Schätzung, daß 180 000 der 320 000 Juden am Leben geblieben sind. Das „American Joint Distribution Committee" schätzte andererseits im Januar 1947, daß 195 000 von 300 000 den Krieg überlebten, während das „Institute of Jewish Affairs" (New York) 1950 die jüdische Bevölkerung auf 225 000 schätzte [17]. Diese Endziffern sind reine Mutmaßungen. Die Zahl von 320 000 mag im September 1939 gestimmt haben, sie trägt aber nicht der Auswanderung während des Zusammenbruchs Frankreichs und nach ihm Rechnung. Dem SD gelang es überdies nie, den Aufenthalt auch nur von 300 000 Juden ausfindig zu machen.
Dr. Georges Wellers schrieb 1952 [18], daß die Hälfte der aus Frankreich Deportierten, nämlich 110 000, Juden waren. Diese Zahl steht in einem merkwürdigen Widerspruch zu dem 1946 veröffentlichten Ergebnis von Dr. Wellers' eigenen Forschungen, die auf den Drancy-Listen beruhten. Diesen zufolge wurden 68 000 Juden zwischen der großen Razzia am

19. Juli 1942 und der Befreiung deportiert, im ganzen also unter 75 000, wenn man die nicht sehr zahlreichen Deportationen in der vorhergegangenen Zeit mitrechnet[19].
Die Listen der Gestapo deuten auf noch niedrigere Ziffern hin. Eine genaue Angabe vom 27. März 1943 spricht von 49 902 und eine ungefähre Schätzung vom 21. Juli 1943 von 52 000 Deportierten. Aus einer dritten Liste in Röthkes Akten geht hervor, daß weitere 16 Züge Frankreich vor dem 1. Juli 1944 verließen; es ist jedoch bekannt, daß einige davon nur „halbe Transporte" mit weniger als je 500 Personen waren. Diese Züge und vielleicht noch der eine oder der andere Transport während des deutschen Rückzugs aus Frankreich hatten sicherlich weniger als die 17 000 jüdischen Insassen, die Dr. Wellers für die letzten zwölf Monate der Besetzung Frankreichs annimmt[20]. Außerdem sollen nach dem Krieg 2800 Juden aus Deutschland nach Frankreich zurückgekehrt sein. Ich nehme daher an, daß die wahre Zahl — einschließlich einiger Hundert von der Gestapo verübter Morde — zwischen 60 000 und 65 000 liegt.

Belgien

Die vom „Anglo-Amerikanischen Komitee" angegebenen Zahlen sind nicht überzeugend. Die jüdische Bevölkerung Belgiens im Jahre 1939 wird auf 90 000 geschätzt, die Zahl der Überlebenden auf 33 000, darunter 8000 Flüchtlinge. Das ist also ein Verlust von 57 000. Aber die belgischen Regierungslisten sprechen von nur 25 437 aus Malines nach Auschwitz Deportierten, von denen 1276 zurückkehrten (s. S. 388 u. 390). Dazu kommen noch einige Tausend polnische Juden, die Anfang 1942 aus Antwerpen in das Lodzer Ghetto „repatriiert" wurden. Als die deutschen Behörden 1941 die Listen der Juden anlegten, konnten sie nicht mehr als 42 000 finden. Man hat angenommen, daß die übrigen 48 000 nach Frankreich geflohen sind, wo sie später als staatenlose Juden aufgegriffen und deportiert wurden. Wenn dem so ist, können sie nicht zu den belgischen Verlusten gerechnet werden, da sie ja schon auf den französischen Deportationslisten in Erscheinung getreten sind. Es ist jedoch höchst wahrscheinlich, daß die Mehrzahl der fehlenden 48 000 sich einfach der Registrierung entzogen hat — ein Umstand, der es ebenso unmöglich macht, ihren Aufenthalt nach dem Krieg ausfindig zu machen.
Wenn man die Deportierungen sowohl nach Auschwitz wie nach Lodz in Betracht zieht, kommt man zu dem Schluß, daß die Zahl der Opfer zwischen 25 000 und 28 000 liegt, aber die einzige bestimmte Zahl ist die für die Deportationen aus Malines, nämlich 24 161.

Luxemburg

Laut Angabe des „Anglo-Amerikanischen Komitees" haben 500 der 3500 Juden Luxemburgs den Krieg überlebt — eine überzeugende Ziffer. Luxemburg wurde in das Reich eingegliedert, und 512 Juden wurden im Zuge der allgemeinen Deportierungen aus dem Reich im Oktober und November 1941 nach Lodz verschickt. Ein anderer Transport traf im

März 1943 in Treblinka ein (siehe S. 158). Wahrscheinlich gingen weitere Transporte nach Auschwitz.

Skandinavien

Unter Benutzung der ihm vom RSHA gegebenen Ziffern schätzte Dr. Korherr die beiden Deportationen aus Norwegen auf 690, etwas weniger als die von der norwegischen Regierung angegebene Zahl (siehe S. 398 f.). Von den aus Dänemark Deportierten starben 70 auf dem Wege nach Theresienstadt oder in Theresienstadt, aber diese Zahl ist zu gering, um die Gesamtziffer zu beeinflussen, und wurde ausgelassen.

Holland

Im Falle von Holland hat das Niederländische Rote Kreuz die Verlustlisten einer sehr sorgfältigen Überprüfung unterzogen, mit dem Ergebnis, daß die ursprüngliche Schätzung von 115 000 Vermißten[21] abgeändert wurde. Die Schätzung vom Mai 1949 lautet[22]: 6000 zurückgekehrt und 104 000 vermißt. Diese Zahlen stimmen ziemlich genau mit den Listen des Lagers Westerbork und den Berichten des SD überein. Es ist zu bezweifeln, ob weitere Überprüfungen möglich sein werden, und die Zahl von 104 000 Toten ist wohl die genaueste in diesem Überblick.

Italien

Die vom „Anglo-Amerikanischen Komitee" verwendeten Zahlen zeigen im April 1946 einen Verlust der bodenständigen jüdischen Bevölkerung von 20 000. Die vom stellvertretenden Präsidenten der Vereinigung italienisch-jüdischer Gemeinden im folgenden September angegebenen und vom Präsidenten des „Suchkomitees für deportierte Juden", Max Adolf Vitale, auf der Pariser Historiker-Konferenz zu Ende des Jahres zitierten Zahlen geben die Verluste mit 22 000 an. Es ist jedoch offenkundig, daß zumindest 60 v. H. dieser Verluste auf Auswanderung zurückzuführen sind, denn die Gesamtsumme der vermißten bodenständigen Juden und Flüchtlinge beträgt nach beiden Quellen[23] 10 271 weniger 605, die nach dem Krieg zurückgekehrt sind. Dies ist jedoch noch keineswegs die Endzahl. Aus einer Erklärung vom 10. September 1946 geht hervor, daß nur in 1126 Fällen „eine sichere Todesnachricht" vorliege und daß 2304 Personen nach ihrer Deportierung Nachricht gegeben hätten. Daß die Mehrzahl von ihnen zugrunde gegangen war, war zu dieser Zeit nur eine Annahme.

Die Zusammensetzung der Ziffer von 10 271 ist etwas merkwürdig. Etwa 4500 verließen Fossoli di Carpi und Bozen-Gries in bekannten Transporten nach Auschwitz; von weiteren 600 wissen wir, daß sie nach Mauthausen verschickt wurden, aber weitere 5000 sollen von anderen Sammelpunkten als Rom, Fossoli und Bozen aus nach Deutschland und Polen (vermutlich Auschwitz und Mauthausen) deportiert worden sein, und von diesen gibt es vermutlich keine Transportlisten. Darüber hinaus waren nur 272 der 605 Juden, die nach dem Krieg nach Italien zurückkehrten, italienischen Ursprungs, und 146 waren die Überlebenden der 1200 Juden von Rhodos, die im September 1944 nach Auschwitz deportiert wor-

den waren. Diese Juden waren italienische Staatsbürger, aber es ist nicht klar, ob die Deportierungen aus Rhodos in der Gesamtzahl der Vermißten enthalten sind. Wenn man all das in Rechnung zieht, kommt man zu dem Schluß, daß die Zahl der Opfer unter den aus Italien Deportierten zwischen 8500 und 9500 liegen dürfte.

Jugoslawien

Die jugoslawische Volkszählung des Jahres 1931 ergab eine jüdische Bevölkerung von 68 405. Das „Anglo-Amerikanische Komitee" scheint anzunehmen, daß ihre Zahl sich in den nächsten zehn Jahren um 7000 vermehrt hat; man sollte jedoch die Möglichkeit, daß sie unverändert geblieben ist oder durch Auswanderung sogar verringert wurde, nicht außer acht lassen. Die Volkszählung von 1946 ergab eine jüdische Bevölkerung von nur 10 446[24]. Zwei Umstände müssen jedoch hier in Betracht gezogen werden: erstens die Zahl derer, die nach Italien geflohen waren, besonders aus Bosnien; zweitens die Zahl derer, die, nachdem sie sich jahrelang als Nichtjuden ausgegeben hatten, es vorzogen, nach dem Krieg in dieser Rolle fortzufahren. Ich würde es daher für richtig halten, die scheinbaren Verluste von 58 000 nur als Höchstziffer anzunehmen, da sie etwas höher als die neuesten Schätzungen ist. Das „Office of Jewish Information" in New York nimmt eine Gesamtzahl von 55 000 und Gregory Frumkin sogar nur 50 000 an[25].

Griechenland

Den Ziffern des „Anglo-Amerikanischen Komitees" zufolge haben 10 000 der 75 000 griechischen Juden den Krieg überlebt. Die Zahl der Überlebenden (5000 in Athen, 2000 in Saloniki, die übrigen hauptsächlich in Thrazien und auf den Inseln) ist wahrscheinlich richtig. Die Vorkriegsziffer scheint etwas zweifelhaft, da die jüdische Bevölkerung Griechenlands seit Beginn des Jahrhunderts ständig abgenommen hat und die Verluste durch Auswanderung seit 1931 vermutlich ebensowenig wettgemacht wurden wie in früheren Jahrzehnten. Auf der Pariser Konferenz der Geschichtskommissionen im Jahre 1947 schätzte Asscher Moissis die Zahl der deportierten griechischen Juden auf 60 000. Diese Zahl ist nur um ein Geringes größer als die amtlichen Angaben für Judentransporte. Es ist daher anzunehmen, daß man die beste Schätzung erhält, wenn man die Zahl der Überlebenden — 10 000 — von der in der Volkszählung von 1931 erhaltenen Ziffer von 67 200 abzieht[26].

Rumänien

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Schätzungen für Rumänien sind sehr groß. Das „Anglo-Amerikanische Komitee" beziffert die jüdische Bevölkerung im Jahre 1939 mit 850 000 und die Überlebenden mit 335 000 plus 40 000 bis 45 000 in dem der Sowjetunion eingegliederten Bessarabien — also ein Verlust von 470 000. Matatias Carp hingegen schätzt die Gesamtverluste auf 400 000, aber selbst diese Zahl scheint auf Grund des vorhandenen Materials noch zu hoch zu sein[27].

Was die Zahl für 1939 betrifft, muß hier bemerkt werden, daß es seit 1930 keine Volkszählung gegeben hat. Von der Volkszählung des Jahres 1930 gibt es drei verschiedene Ziffern, die alle vorgeben, bis auf die letzte Stelle genau zu sein, nämlich 725 318[28], 756 930[29] und 778 094[30]. Es gibt sogar noch eine vierte, angeblich amtliche Ziffer. Auf Grund des Gesetzes vom 21. Januar 1938 mußten alle Juden Rumäniens ihre Staatsbürgerschaft nachweisen. Es wurde berechnet, daß 617 396 dieser Aufforderung nachkamen, daß 44 848 ihre Anmeldepflicht nicht erfüllten und daß weitere 30 000 von dem Gesetz nicht betroffen waren. Die Summe von rund 692 000[31] ist eine nicht weniger wahrscheinliche Ziffer als die oben genannten.

Was die Zahlen für 1945 betrifft, so muß man vom Bevölkerungsverlust die Zahl derer abziehen, die von den Russen 1940 und 1941 aus der Bukowina und Bessarabien deportiert wurden, sowie derer, die bei der Wiederbesetzung dieser Provinzen durch die Rumänen ins Innere der Sowjetunion flohen. Eine von der Armee im August und September 1941 in Bessarabien durchgeführte Zählung deutet darauf hin, daß es sich hier um bis zu 120 000 Menschen handelt (siehe S. 453, Fußnote). Es gibt hier offenkundigerweise zu viele Unstimmigkeiten, als daß man durch Vergleichen von Vorkriegs- und Nachkriegsschätzungen zu einem Ergebnis kommen könnte. Eine verläßlichere Methode ist es, die Ereignisse der Kriegszeit, soweit Unterlagen dafür vorhanden sind, zu untersuchen. Es gab zwei Ausrottungswellen: erstens die Deportierungen über Dnjestr und Bug zwischen August 1941 und Juli 1942 und zweitens die von den Ungarn im nördlichen Siebenbürgen im Mai und Juni 1944 ausgeführten Deportationen. Durch die ersten Deportierungen verringerte sich die jüdische Bevölkerung Bessarabiens von 126 434 auf 17 081[32]; außerdem wurden 35 000 aus Czernowitz deportiert. Levais Schätzung, daß 140 000 Juden deportiert wurden, ist meines Erachtens annehmbar[33]. Eine Zählung vom März 1943 ergab, daß damals 72 412 Juden jenseits des Dnjestr noch am Leben waren. Charles Kolb vom Schweizer Roten Kreuz konnte zwar im folgenden Dezember nur 54 300 Juden finden, aber der Unterschied ist vielleicht auf Rückwanderung zurückzuführen (siehe S. 457, Fußnote, und 464). Es ist daher anzunehmen, daß etwa 70 000 der 140 000 Deportierten umkamen; dazu kommen noch 12 000, die im Sommer 1941 unter Anleitung der Einsatzgruppen ermordet wurden.

Im nördlichen Siebenbürgen, das im August 1940 an Ungarn abgetreten wurde, lebten laut einer ungarischen Zählung 148 649, laut einer rumänischen 151 125 Juden[34]. Levai, der sich eingehend mit den ungarischen Deportierungen des Jahres 1944 beschäftigt hat, erklärt, daß nur 6000 Juden in ihrer Heimat bleiben durften, daß aber nach dem Krieg etwa 20 000 aus Deutschland zurückkehrten[35]. Einigen Tausenden ist es sicher gelungen, nach Altrumänien zu entfliehen. Man kann die Ziffer von 120 000 Opfern in Nordsiebenbürgen wenigstens als Höchstzahl annehmen. Die Gesamtverluste der rumänischen Juden liegen daher, wenn man die etwas zweifelhafte Lage derer, die nach Rußland und Sibirien entflohen sind, außer acht läßt, zwischen 200 000 und 220 000.

Ungarn

Die Ungarn betreffenden Tatsachen sind weniger strittig als im Falle der anderen osteuropäischen Länder, und die Schätzung des Komitees, daß im April 1946 220 000 der 400 000 Juden von „Trianon-Ungarn" (Ungarn innerhalb der Grenzen der Zeit vor München) am Leben waren, dürfte zu hoch gegriffen sein. In dieser Zahl waren 15 000 Juden, die aus Rußland repatriiert werden sollten, sowie 5000 Flüchtlinge in Deutschland, Österreich und Italien enthalten. M. E. Namenyi schätzte jedoch im Dezember 1945 die Zahl der Überlebenden auf 190 000, darunter 144 000 in Budapest — das heißt etwas über 40 000 weniger, als vor dem Krieg in der Hauptstadt gelebt hatten[36]. Namenyi ist der Meinung, daß nicht weniger als 60 000 der in Ungarn überlebenden Juden von der Deportation nach Deutschland zurückgekehrt waren. Diese Ziffer scheint zu hoch gegriffen zu sein. Meiner Meinung nach sollte die vom „Anglo-Amerikanischen Komitee" genannte Zahl von 180 000 Opfern in Ungarn als untere und 200 000 als obere Ziffer verwendet werden.

Polen

Es wurde allgemein angenommen, daß 3 Millionen polnische Juden zugrunde gegangen sind — eine Annahme, die einige im Dritten Kapitel besprochene Umstände außer acht läßt. Da es keine Möglichkeit gibt herauszufinden, wie viele von ihnen sich für das Verbleiben in der Sowjetunion entschieden haben — außer den 157 400, die 1946 nach Polen zurückkehrten —, wird man wahrscheinlich niemals die Opfer der Juden Polens auch nur mit einer Genauigkeit bis auf eine Viertelmillion bestimmen können.

Die Berechnungen des „Anglo-Amerikanischen Komitees" gehen von einer jüdischen Vorkriegsbevölkerung von 3 351 000 aus. Diese Zahl ist nicht einer Volkszählung entnommen, sondern beruht auf einer angeblich amtlichen Schätzung. Die letzte Volkszählung vom 9. Dezember 1931 ergab eine Gesamtzahl von 2 732 600 Juden (der „Rasse" nach) — 622 000 mehr als zehn Jahre vorher[37]. Vorausgesetzt, daß die gleiche hohe Geburtenziffer beibehalten wurde, ist die Zahl von 3 250 000 für September 1939 glaubwürdig, aber es ist anzunehmen, daß hierbei der Auswanderung nicht genügend Rechnung getragen wird. Dieser mutmaßlichen Ziffer stehen 240 489 Ende Juni 1946 (als die Frist für die Rückkehr aus der Sowjetunion ablief) gemeldete jüdische Überlebende in Polen gegenüber[38]. Dazu kommen die in vielen Ländern — von Schweden bis Italien und Rumänien — verstreut lebenden Flüchtlinge, deren Zahl das Komitee im April 1946 auf 110 000 schätzte.

Zu diesen 350 000 Überlebenden muß man noch die mutmaßliche Ziffer derer rechnen, die in der Sowjetunion geblieben sind, entweder in ihrer alten, nun zur Sowjetunion gehörigen Heimat oder in Sibirien, dem Wolga-Ural-Gebiet und Biro-Bidschan. Ob sie heute noch am Leben sind oder nicht, es muß sich um eine sehr große Zahl gehandelt haben, die das Innere der Sowjetunion entweder durch Flucht oder durch Depor-

tierung erreicht hat, sicherlich ein Mehrfaches der 157 420, die sich 1945 und 1946 entschlossen, in das neue Polen zurückzukehren. Schätzungen der polnischen Regierung zufolge[39] betrug die Zahl der freiwilligen Auswanderer aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Gebieten 1939 bis 1941 etwa 300 000, eine Zahl, die mit Dr. Korherrs Bericht in Einklang steht (siehe S. 56 f.). Dazu kommen die Flüchtlinge und Deportierten aus den sowjetisch besetzten Gebieten, einschließlich der Massenflucht nach der Invasion im Juni 1941. In Ostgalizien blieb der zahlenmäßig starken jüdischen Bevölkerung nicht genügend Zeit zur Flucht. Im Winter 1941 entdeckte SS-Brigadeführer und Polizeigeneral Katzmann 450 000 der ursprünglichen jüdischen Bevölkerung von 573 000 Seelen[40]. Dies traf jedoch nicht auf das ehemals polnische Weißrußland mit seinen riesigen Zufluchtsgebieten zu. Vor dem Krieg wurde die jüdische Bevölkerung des polnischen Weißrußland auf 486 000, die des sowjetischen Weißrußland auf 375 000 geschätzt, aber die deutschen Behörden fanden von dieser Gesamtzahl von 861 000 im Jahre 1941 nur 172 000 Juden im „Kommissariat Weißruthenien". Selbst die deutschen Berichte über riesige Ausrottungsaktionen in den Städten des ehemaligen polnischen Weißrußland in den Jahren 1941, 1942 und 1943 enthalten eine Gesamtzahl von unter 130 000.

Das bedeutet natürlich nicht, daß vier Fünftel der weißrussischen Juden entkamen oder daß die Metzeleien im polnischen Teil auf 130 000 beschränkt waren. Zweifellos gelang es vielen, sich durch wiederholte Flucht in kleine Dörfer oder in Lager in den Wäldern der Meldepflicht zu entziehen. Der von der Gestapo angegebenen Zahl von 130 000 in Polnisch-Weißrußland umgebrachten Juden muß man noch den Großteil der Flüchtlinge zuzählen, deren Schicksal es war, an Hunger und Not zugrunde zu gehen oder von antisemitischen Banden, deren „Jagdbeute" in den Gestapoberichten keine Erwähnung findet, umgebracht zu werden. Die Zahl jener, die den Krieg als Partisanen mit der Waffe in der Hand oder durch Überschreiten der russischen Linien überlebten, konnte nur ganz klein sein. Man muß wahrscheinlich noch volle 100 000 zu den amtlich gemeldeten Totenziffern hinzufügen.

Es kann daher angenommen werden, daß 250 000 Juden aus (dem früher polnischen) Weißrußland und 120 000 aus Ostgalizien entkamen. Dazu kommt noch eine nennenswerte Verringerung der jüdischen Bevölkerung der ehemaligen polnischen Provinz Wilna vor dem Einmarsch der deutschen Truppen im Jahre 1941 (siehe S. 240 f.). Es handelt sich zumindest um 30 000. Wenn man alle diese Quellen in Betracht zieht, kommt man zu dem Schluß, daß rund 700 000 Juden aus Vorkriegspolen nach Rußland entflohen sind.

Daraus darf man jedoch nicht die Schlußfolgerung ziehen, daß zur Zeit der Repatriierung des Jahres 1946 700 000 Juden aus Vorkriegspolen in der Sowjetunion am Leben waren. Ein Teil von ihnen muß während des Vormarsches der deutschen Armeen durch Rußland in deutsche Hände gefallen sein. Eine noch größere Zahl ging im Laufe der Flucht und Deportierung zugrunde. Im südlichen Sibirien war die Sterblichkeit

der Polen, Litauer, Rumänen und Juden sehr groß, aber es ist zweifelhaft, ob man diese Verluste auf Rechnung der Endlösung schreiben kann. Von dieser unbekannten Größe abgesehen, komme ich zu dem Schluß, daß die Zahl der im alten Polen zugrunde gegangenen Juden zwischen 2 350 000 und 2 600 000 liegt.

Die Sowjetunion

(Einschließlich der baltischen Staaten, aber ausschließlich der früher zu Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei gehörigen und jetzt in die Sowjetunion eingegliederten Gebiete.)

Die erstaunliche Unterschiedlichkeit der Schätzungen der in der Nachkriegs-Sowjetunion überlebenden Juden wurde schon erwähnt. Auch die Schätzungen der Metzeleien, die die Anklagevertretung im Einsatzgruppenprozeß vorbrachte, weichen stark voneinander ab. Die Einsatzgruppenberichte selbst sind zu unübersichtlich und enden zu früh, als daß man aus ihnen einen einigermaßen verläßlichen Schluß ziehen könnte. Aber es hat zumindest einen Versuch gegeben, deutscherseits eine allgemeine Bestandsaufnahme vorzunehmen: Dr. Korherr schrieb am 23. März 1943 in seinem Bericht an Himmler, daß in Rußland und den früheren baltischen Staaten 633 300 Juden „umgesiedelt" worden seien. Da diese Ziffer die Juden, die in Ghettos oder Arbeitslager verschickt worden waren, ausschloß, bedeuteten die Zahlen des RSHA offenkundigerweise, daß sie getötet worden sind.

Korherr hatte diese Ziffer vom RSHA; sie war vermutlich Einsatzgruppen- und anderen Polizeiberichten entnommen und enthält daher wahrscheinlich Übertreibungen. In Ermangelung anderer Angaben muß sie uns als Grundlage dienen, doch man muß die Zahl derer, die bis Ende 1942 in ehemals polnischen Gebieten, in Weißrußland und der Provinz Wilna getötet worden waren, in Abzug bringen — etwa 150 000. Dagegen muß man die auf sowjetischem Gebiet und in den baltischen Staaten 1943 und 1944 auf dem Rückzug von Stalingrad bis zur polnischen Grenze Ermordeten dazuzählen. Ein ziemlich großer Teil der jüdischen Bevölkerung überlebte sogar diesen Zeitabschnitt, aber es handelt sich vor allem um nicht gemeldete Personen, die sich in den betreffenden Gebieten illegal aufhielten. Die Juden, die bestimmt in deutsche Hände fielen, lebten hauptsächlich in den Ghettos von Riga, Minsk und Kowno und in Arbeitslagern vor allem in Estland, dem Gebiet um Riga und dem dem Reich eingegliederten Teil Litauens. Es handelt sich hier um etwa 100 000 Menschen, und nur sehr wenige von ihnen überlebten den Krieg. Auf Grund dieser Berechnung ergibt sich eine Gesamtzahl von etwa 580 000 Opfern, aber hier, wie im ehemals polnischen Weißrußland, gab es unter der flüchtigen jüdischen Bevölkerung eine sehr große Sterblichkeit, die sich der Kenntnis der Gestapo entzog. Diese Sterblichkeit dürfte die Gesamtzahl der Opfer auf dem Gebiet der Vorkriegs-Sowjetunion und der baltischen Staaten auf 700 000 bis 750 000 bringen; meines Erachtens sollten diese Zahlen anstatt der im Bericht des „Anglo-Amerikanischen Komitees" enthaltenen Ziffer von 1 050 000 verwendet werden.

Josef Schechtmann schätzte Ende 1943 — also vor der Entdeckung der Einsatzgruppenberichte und bevor die Anklagevertretung in Nürnberg von 1 Million und sogar 2 Millionen gesprochen hatte —, daß zwischen 650 000 und 850 000 Juden in deutsche Hände gefallen seien. Diese Ziffern, die auf den vorhandenen sowjetischen Berichten begründet waren, erscheinen innerhalb ihrer großen Spanne erstaunlich zutreffend[41]. Heutzutage betrachten jedoch weite Kreise solche Zahlen als sowjetische Propaganda, die beweisen soll, daß die Behörden der Mehrzahl der Juden das Leben gerettet haben. Solomon Schwarz vertritt die Auffassung, daß die Politik der Sowjetregierung während des Krieges ein einigermaßen getarnter Antisemitismus war und daß man die Flucht der Juden auf jede nur mögliche Art behindert habe. Er meint, daß von der gesamten jüdischen Bevölkerung der vergrößerten Sowjetunion des Juni 1941, das heißt also von fast 5 Millionen, nur 1 850 000 den Krieg überlebt haben und daß nicht weniger als 4 Millionen in Rußland und den besetzten Gebieten in deutsche Hände gefallen sind, von denen nur 1 000 000 mit dem Leben davonkamen[42].

Schwarz kommt mit Hilfe einer völlig willkürlichen Methode zu diesem Ergebnis und schenkt den deutschen Polizeiberichten keinerlei Beachtung. Er verwirft die amtlichen Berichte über die Metzeleien in Kiew, Dnjepropetrowsk, Charkow und anderen Städten mit großer jüdischer Bevölkerung, die darauf hindeuten, daß zumindest ein Drittel entkam, und behauptet, daß nur ein Fünftel der jüdischen Bevölkerung Weißrußlands, ein Drittel in der Ukraine (wo 1 500 000 Juden gelebt hatten) und die Hälfte in der russischen Republik entflohen sind. Schwarz lehnt auch die in der Moskauer jiddischen Zeitung „Ainikeit" veröffentlichten Schätzungen der jüdischen Nachkriegsbevölkerung ab. Da sich Schwarz jedoch manchmal nicht scheut, „Ainikeit" als verläßliche Quelle zu zitieren, ist es vielleicht nützlich, einige der in dieser Zeitung veröffentlichten Zahlen wiederzugeben. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß sie aus einer jüdischen Quelle stammen und daß sie ein — wenn auch schwaches — Licht auf die heutige Lage der überwältigenden Mehrheit der überlebenden Juden Europas werfen[43].

Kiew (August 1946)	100 000
Odessa (April 1946)	80 000
Dnjepropetrowsk (Juni 1946)	50 000
Winniza (September 1946)	14 000
Schitomir (März 1946)	6 000

Diese Zahlen wurden zu einer Zeit veröffentlicht, als die große Rückwanderung aus dem Inneren des Landes erst begonnen hatte.

Schlußfolgerung

Eine Analyse der Art dieser Vernichtung würde ergeben, daß über ein Drittel der verschwundenen Juden Europas nicht durch direkte Ermordung, sondern an Überarbeitung, Seuchen, Hunger und Elend zugrunde gegangen ist. Dieser Anteil ist jedoch in den einzelnen Ländern verschieden. In Deutschland, Österreich und im westlichen Teil der Tschechoslowakei beträgt er vielleicht bis zu 80 v. H., während er in

Rußland infolge der Natur der dort getroffenen Massenausrottungsmaßnahmen sehr niedrig ist. Was die Deportierten aus den westlichen Ländern und Griechenland und einen Großteil der aus Ungarn Verschleppten betrifft, war der Anteil derer, die nicht eines gewalttätigen Todes starben, von der Selektion in Auschwitz abhängig und lag wahrscheinlich um 25 v. H. In Rumänien wird der Anteil derer, die langsam zugrunde gingen, durch das eigenartige Schicksal der nach Transnistrien Deportierten auf fast 50 v. H. gebracht. In Polen, wo Hunger und Seuchen noch vor Beginn der Ausrottungsmaßnahmen sehr viele Menschen hingerafft haben, beträgt der Anteil wahrscheinlich über ein Drittel.

Außer den Vergasungen in Auschwitz und den polnischen Vernichtungslagern müssen über 1 Million Juden von den Hinrichtungskommandos erschossen oder während der Razzien in den Ghettos umgebracht worden sein. Auschwitz hat wahrscheinlich trotz seiner ungeheuren symbolischen Bedeutung weniger als ein Fünftel der Opfer gefordert (siehe S. 523).

Schätzungen über den zahlenmäßigen Umfang der Ausrottungen

	Mindest-zahl	Höchst-zahl	Schätzungen des Anglo-Amerikan. Komitees, April 1946
Deutschland (Grenzen von 1937)	160 000	180 000	195 000
Österreich	58 000	60 000	53 000
Tschechoslowakei (Grenzen von 1937)	233 000	243 000	255 000
Dänemark	(weniger als 100)		1 500 (meist Flüchtlinge in Schweden)
Frankreich	60 000	65 000	140 000
Belgien	25 000	28 000	57 000
Holland	104 000	104 000	120 000
Luxemburg	3 000	3 000	3 000
Norwegen	700	700	1 000
Italien	8 500	9 500	20 000
Jugoslawien	55 000	58 000	64 000
Griechenland	57 000	60 000	64 000
Bulgarien (Vorkriegsgrenzen)	—	—	5 000
Rumänien (Vorkriegsgrenzen)	200 000*	220 000*	530 000
Ungarn (Grenzen vor Erstem Wiener Schiedsspruch)	180 000	200 000	200 000
Polen (Vorkriegsgrenzen)	2 350 000*	2 600 000*	3 271 000
Sowjetunion (Vorkriegsgrenzen plus baltische Staaten)	700 000*	750 000*	1 050 000
			6 029 500
		Abzüglich DPs	308 000
	4 194 200*	4 851 200*	5 721 500

* Verläßliche Zahlenangaben liegen in diesem Fall nicht vor. Es handelt sich also nur um annähernde Schätzungen.

Anhang II

Das Schicksal einiger der für die Endlösung Verantwortlichen

Die nachstehende Liste ist dazu angetan, höchst beunruhigende Betrachtungen auszulösen. Zunächst einmal zeigt es sich, daß eine unverhältnismäßig große Anzahl von Menschen trotz ihrer notorischen Tätigkeit in der Lage war, unterzutauchen und zehn Jahre lang unentdeckt zu bleiben. Von 32 der 208 in der Liste angeführten Personen wurde keine Spur gefunden, während weitere 17, deren Aufenthalt bekannt ist, bisher (März 1956) nicht vor Gericht gestellt wurden. Unter jenen, die spurlos verschwunden sind, befinden sich Heinrich Müller und Adolf Eichmann, die beiden größten Massenmörder nach Himmler.
Der Zufall hat überreichlich dazu beigetragen, daß sie unentdeckt blieben. Mit jenen, die durch das vereinfachte Verfahren, das bis November 1947 eingehalten wurde, an diejenigen Staaten ausgeliefert wurden, die jetzt als „Länder hinter dem Eisernen Vorhang" betrachtet werden, wurde im allgemeinen kurzer Prozeß gemacht. Während die polnische Regierung in die Länge gezogene und auf Publikumswirkung abgestellte Prozesse bevorzugte, haben die Russen z. B. in Riga am 3. Februar 1946 eine ganze Gruppe von Generälen am Morgen vor Gericht gestellt und am Nachmittag hingerichtet. Ganz anders war das Schicksal jener, die nach der Auflösung der Kommission der Vereinten Nationen für Kriegsverbrechen im Jahre 1948 der Rechtsprechung deutscher Gerichte übergeben wurden. Namen wie die von Horst Wagner, Eberhard von Thadden, Georg Leibbrandt*, Otto Bräutigam* und Ernst Wetzel kommen ziemlich häufig in diesem Buch vor, das die Einzelheiten des Massenmordes darstellt. Aber nicht einer von ihnen ist in Haft. Einer ihrer weniger glücklichen Kollegen, Franz Rademacher (siehe S. 413), stand im Februar und März 1952 vor Gericht, als sein Verteidiger den glücklichen Einfall hatte, einige seiner Mitarbeiter als Zeugen zu laden, die gleich Rademacher Akten unterschrieben hatten, die mit der Massendeportierung der Juden „nach dem Osten" in Verbindung standen. Einige dieser Herren hatten inzwischen in Bonn in der Koblenzer Straße, der Nachfolgerin der Wilhelmstraße, im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik festen Fuß gefaßt. Dementsprechend ging das Urteil über Rademacher davon aus, daß er in den meisten Fällen nur ein Postbote gewesen sei — wie Freiherr von Weizsäcker seine eigene Rolle beschrieben hatte. In zwei Fällen kam das Gericht zu der Ansicht, daß Rademacher

* Georg Leibbrandt und Otto Bräutigam siehe Fußnote S. 580.

persönlich Druck ausgeübt habe, und dafür wurde er zu drei Jahren und fünf Monaten Gefängnis verurteilt — ein Urteil, dessen Vollstreckung er sich unter Preisgabe der hinterlegten Kaution durch die Flucht entzog. Die Milde der Justiz gegenüber Kriegsverbrechern beschränkte sich nicht auf jene, die vor deutsche Gerichte gestellt wurden. Auch einem großen Teil der von britischen oder amerikanischen Gerichten zu Gefängnisstrafen verurteilten Angeklagten wurde bei guter Führung ein Strafnachlaß in Höhe von einem Drittel oder sogar der Hälfte der Haft gewährt. Strafnachlaß als Folge eines gefügigen Benehmens in der Haft wurde ohne Rücksicht auf die Natur des Verbrechens gewährt. Man muß sich nur den Fall der Aufseherinnen von Ravensbrück in Erinnerung rufen, die von einem britischen Gericht in Hamburg im Februar 1947 verurteilt wurden. Margarete Mewes, die zu einer Strafe von zehn Jahren verurteilt worden war, wurde Weihnachten 1951 aus Werl entlassen, Alfrede Mönneke und Ilse Vettermann, die zehn bzw. zwölf Jahre erhalten hatten, am 14. Juni 1952. Margarete Mewes hatte die Unverfrorenheit, sich dessen zu rühmen, daß man ihr ein hübsches, kleines Zimmer im Hause des Gefängnisdirektors zugewiesen und ihr erlaubt habe auszugehen, um ihre Einkäufe zu besorgen — eine Geschichte, die offiziell dementiert werden mußte. Fünf der Aufseherinnen aus Belsen, die in Lüneburg am 15. November 1945 Gefängnisstrafen von zehn Jahren erhielten, wurden kaum sechs Jahre später aus Werl entlassen. Liest man ihre Aussagen in Lüneburg, sieht man, wie diese Frauen die Funktion eines Gefängnisses im SS-Staat auslegten.

Die Bestimmungen über den Strafnachlaß beziehen sich auch auf die Zeit, die der oder die Betreffende in der Internierung oder im Kriegsgefangenenlager verbracht hat. In manchen Fällen wurde eine Festhaltung vor dem Prozeß einer Gefängnisstrafe von sechs Jahren gleichgesetzt, abgesehen von dem Recht auf Strafnachlaß, und der Angeklagte wurde nach angeblicher Verbüßung seiner Strafe mit allen Privilegien, die die Haager Konventionen einem kriegsgefangenen Offizier gewähren, freigelassen. Die deutsche Strafprozeßordnung sieht auch eine Beurlaubung aus dem Gefängnis vor, und diese Vergünstigung wurde den Insassen von Werl und Landsberg mit langen Gefängnisstrafen, einschließlich den Feldmarschällen Manstein und Kesselring und dem SS-General Kurt Meyer, zuerkannt. Ihnen ist inzwischen auch diese Beschränkung erlassen worden: sie sind auf freiem Fuß.

Einige Urteile, die von den deutschen Spruchkammern gefällt wurden, müssen als geradezu grotesk angesehen werden. Der Begriff „Arbeitslager" kann als Zwangsarbeit verstanden werden, die der Schuldige auf Grund einer gerichtlichen Anordnung an seinem Wohnort ableisten kann — oder auch nicht; ein Ausweg, den man in Fällen von älteren SS-Polizeigenerälen und anderen anzuwenden für gut befand, die sich in Nürnberg den Alliierten als Zeugen zur Verfügung stellten.

Auch das Schicksal der zum Tode Verurteilten war nicht einheitlich. Im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher (1945/46) wurden 11 der 21 Angeklagten zum Tode verurteilt, und die Urteile wurden 14 Tage später vollstreckt. Aber die 7 Angeklagten, die am 27. August

1947 im Ärzteprozeß zum Tode verurteilt wurden, sind dank der Verzögerungstaktik ihrer Anwälte erst im Juni 1948 hingerichtet worden. Innerhalb dieser zehn Monate gab es jedoch unter dem Einfluß der Veröffentlichungen über das amerikanische Gericht in Dachau eine deutliche Schwenkung in der öffentlichen Meinung, die sich jetzt gegen die als rachsüchtig bezeichneten Urteile wandte. Das Dachauer Gericht, das im Dezember 1947 aufgelöst wurde, hatte über 1500 deutsche Angeklagte zu richten, von denen 420 zum Tode verurteilt wurden. Im Herbst 1947 wurde seine Rechtsprechung von einer Untersuchungskommission überprüft, die unter Leitung des Richters Gordon Simpson vom Obersten Gericht des Staates Texas stand. Die Kommission empfahl die Begnadigung von 29 zum Tode verurteilten Angeklagten und gab der Meinung Ausdruck, daß man Aussagen sowohl von Angeklagten als auch von Zeugen auf höchst fragwürdige Weise erlangt habe.

Am 3. November 1947, als diese Angelegenheit im Mittelpunkt der Erörterung stand, wurde der sogenannte Konzentrationslager-Prozeß in Nürnberg abgeschlossen. Nur 4 der 15 Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, und nur einer von ihnen, Oswald Pohl, wurde hingerichtet, und zwar erst am 8. Juni 1951, als sich gezeigt hatte, daß das Gewicht der ihm zur Last gelegten Taten eine Begnadigung ausschloß. Weitere neun Nürnberger Prozesse folgten diesem Fall, aber nur in einem von ihnen, dem Prozeß der Einsatzgruppen, der im April 1948 abgeschlossen wurde, gab es Todesurteile. Die Anklage lautete auf offenen und unverhüllten Massenmord, und 14 der 21 Angeklagten wurden zum Tode verurteilt. Aber nur 4 wurden tatsächlich hingerichtet. Einer der vierzehn, die die rote Jacke der zum Tode Verurteilten trugen, ist bereits auf freiem Fuß. Die Befehlshaber der Einsatzgruppen, Ohlendorf, Braune, Naumann und Blobel, wurden am 8. Juni 1951 im Gefängnis von Landsberg gehängt. Am gleichen Tage endeten Oswald Pohl, Schallmair, der Kommandant des Lagers Mühldorf, und Hans Schmidt, der Adjutant von Buchenwald, am Galgen. Es waren die letzten Todesurteile, die auf Anordnung der Westmächte vollstreckt wurden.

Während der drei bis dreieinhalb Jahre, die diese Leute auf die Vollstreckung des über sie verhängten Urteiles zu warten hatten, war genügend Zeit, um gemeinen Mördern die Aura des Patriotismus und Märtyrertums zu verleihen. Als die Bundesregierung im Juli 1952 eine gerichtliche Entscheidung gegen Remers Sozialistische Reichspartei (SRP) anstrebte, führte die Anklage aus, daß die Partei die Landsberger „Rotjacken" als die „sieben großen Deutschen" verehre und sie in eine Reihe mit den Toten der zwei Weltkriege stelle.

Dann gab es Todesurteile, die zwar nicht in Gefängnisstrafen umgewandelt, aber trotzdem nicht vollstreckt wurden. So wurden SS-Obergruppenführer Kurt Oberg, der Höhere SS- und Polizeiführer, und SS-Standartenführer Helmuth Knochen, der Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Nordfrankreich und Belgien, im Jahre 1946 von britischen Gerichten zum Tode verurteilt, aber sie wurden nach Paris überführt, wo sie sich gegen weitere Anklagen verantworten sollten. Die Verhandlung gegen sie fand in Paris erst im Juli 1954 statt, als ihre Namen

längst vergessen waren. Oberg und Knochen wurden neuerlich zum Tode verurteilt, die Urteile wurden aber bisher (März 1956) weder vollstreckt, noch wurden die beiden begnadigt. SS-Obergruppenführer Eduard Strauch, der Massenmörder aus dem Ghetto von Minsk, wurde zwar in Nürnberg zum Tode verurteilt, aber dann nach Brüssel gebracht, um sich wegen brutaler Ausschreitungen während der Ardennenoffensive im Dezember 1944 zu verantworten. Er starb 1955 in einem Krankenhaus in Brüssel.

In vielen Fällen ist der Zeitfaktor den Kriegsverbrechern zugute gekommen, denn die öffentliche Meinung sträubt sich gegen Anklagen, die mit jahrelanger Verspätung erhoben werden. Im Dezember 1950 verschickte die britische Regierung eine Note, in der sie erklärte, daß sie sich auch in ganz eindeutigen Fällen nicht mehr zur Auslieferung von Kriegsverbrechern aus der britischen Zone in Deutschland verpflichtet fühle. Die Begründung dafür lautete, daß die ursprüngliche Abmachung von der Annahme ausgegangen sei, daß die Regierungen der Vereinten Nationen die Prozesse gegen die Kriegsverbrecher rasch abschließen würden. Dieser Schritt hatte eine einigermaßen unerwartete Wirkung. Die Russen lieferten sofort fünf deutsche Generäle an die Tschechoslowakei aus, die alle am 25. August 1951 in Prag hingerichtet wurden.

Die letzte Auslieferung aus der britischen Zone erfolgte am 29. Oktober 1950, und der deutsche Aufschrei, der diesem Fall gefolgt war — damals handelte es sich um den SS-Sturmbannführer Willi von Haas, der das Krakauer Ghetto liquidiert hatte —, scheint die britische Note veranlaßt zu haben. Am 14. November 1950 wurde von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten im Bundestag eine Interpellation eingebracht, die die Beendigung aller Auslieferungsverfahren durch die Alliierten verlangte. Als der Abgeordnete, der die Interpellation begründete, anführte, daß die Regierung von Württemberg-Baden ihre Mitwirkung bei Verhaftungen verweigert habe, gab es anhaltenden Beifall, der sich noch steigerte, als der Redner fortfuhr: „Wer nach Polen ausgeliefert wird, tritt den Marsch zum Galgen an."

Solche Verallgemeinerungen werden gern geglaubt, aber sie müssen nicht unbedingt richtig sein. Am 15. November 1947 hatte das polnische Justizministerium bekanntgegeben, daß von 296 deutschen Kriegsverbrechern, die vor Gericht gestellt wurden, 48 freigesprochen worden waren. 1602 Deutsche waren bis dahin an die polnischen Behörden ausgeliefert worden. Es scheint, daß das polnische Justizministerium sich in dieser Sache nicht sehr beeilt hat, und selbst dort, wo Frank und Globocnik ihre Verbrechen begingen, hat sich das politische Klima inzwischen gründlich geändert. Weder Willi von Haas noch Erich Koch, der frühere Gauleiter von Ostpreußen und Bialystok, der im Februar 1950 an Polen ausgeliefert worden war, wurde bisher vor Gericht gestellt. Selbst Jürgen Stroop, der den Aufstand im Warschauer Ghetto blutig niedergeschlagen hatte, wurde erst im September 1951 gehängt. In Frankreich wurden die Gestapomörder offenkundig mit weniger Eifer verfolgt als ihre wirklichen oder angeblichen französischen Kollabora-

teure. Ende 1951 wurde während der Verhandlung gegen einen obskuren Denunzianten bekannt, daß man überhaupt keinen Versuch gemacht hatte, den SS-Sturmbannführer Barbie von der Gestapo in Lyon, den Helden der Expedition gegen das Kinderheim in Izieux (siehe Seite 370), vor Gericht zu stellen. Die Zahl der von französischen Gerichten zum Tode verurteilten Kriegsverbrecher liegt bestimmt unter 100. Aber der französische Justizminister erklärte am 11. April 1952, daß seit der Befreiung 10 519 Franzosen hingerichtet worden seien; davon waren nur 846 von ordentlichen Gerichten verurteilt worden. Damals, 7½ Jahre nach der Befreiung, saßen immer noch 2400 Kollaborateure im Gefängnis. Aber im Gefängnis für deutsche Kriegsverbrecher in Wittlich, in der französischen Zone Deutschlands, waren nur mehr 185 Häftlinge übriggeblieben, und 18 von ihnen wurden zur Feier des 14. Juli im gleichen Jahr freigelassen.

Ende 1951 befanden sich insgesamt 855 deutsche Kriegsverbrecher in den drei alliierten Gefängnissen Landsberg, Werl und Wittlich. Die letzten verfügbaren Zahlen (Juli 1955) für die drei Gefängnisse lauten: Landsberg 43, Werl 27 und Wittlich 18 Häftlinge; insgesamt 88. Im Dezember 1951 forderte das Bulletin des Informationsamtes der Bundesregierung eine Wiederaufnahme der Verfahren gegen alle Häftlinge in Werl, wobei das Wort „Kriegsverbrecher" in Anführungszeichen gesetzt wurde. Selbst wenn man von der Ansicht ausgeht, daß Dr. Adenauer und seine Regierungskollegen nicht anders handeln können, ergibt sich die folgende groteske und beunruhigende Situation: wenn irgendeiner von den Hauptkriegsverbrechern sich außerhalb Deutschlands verbergen sollte, ist die Bundesregierung in Bonn die einzige, die heute seine Auslieferung verlangen kann. Nahezu überall in der Welt wären Eichmann, der Mann, der sich rühmte, 5 000 000 Menschen auf dem Gewissen zu haben, und Heinrich Müller, der sich mit diesem Verbrechen mit mehr Recht brüsten könnte, heute in der Lage, aus der Verborgenheit hervorzutreten, ohne irgend etwas befürchten zu müssen.

(Die Namen der Hauptbeteiligten sind in Großbuchstaben gedruckt.)

ABETZ, Otto. 1940—44 Botschafter bei der Regierung Pétain. Vom Militärgericht in Paris am 22. Juli 1949 zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Freigelassen im April 1954.

Albrecht, Emil. Chef der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes bis 1945. Wurde nicht angeklagt. Vom Ankläger im Wilhelmstraßen-Prozeß zur Mitarbeit herangezogen.

ANTIGNAC, Hauptmann Joseph. Chef der „Antijüdischen Polizei" der Vichy-Regierung. In Paris am 9. Juli 1949 zum Tode verurteilt. Zu lebenslänglichem Kerker begnadigt.

ANTONESCU, Marschall Ion, Ministerpräsident von Rumänien, und

ANTONESCU, Mihai, Stellvertretender Ministerpräsident. In Bukarest am 18. September 1944 verhaftet. Am 1. Juni 1946 auf Grund eines Urteils des Bukarester Volksgerichtes hingerichtet.

ARAJS, Major Viktor. Chef der lettischen „Perkonkrust"-Gruppe in Riga. Arbeitete an der Vorbereitung der Massenmorde des Jahres 1941 mit. Im Juli 1949 in der britischen Zone in Deutschland festgenommen, aber später aus der Haft entflohen.

BAAB, Heinrich. Kriminalsekretär der Gestapo in Frankfurt. Vom Frankfurter Schwurgericht im März 1950 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Bach-Zelewski, Generalleutnant Erich von dem. Höherer SS- und Polizeiführer in Rußland. Von der Münchener Hauptspruchkammer am 31. März 1951 zu 10 Jahren Arbeitslager und Vermögenseinziehung verurteilt. Lebte im Oktober 1952 unter nominellem Hausarrest in Laffenau, Franken.

BAKY, László. Kommissar für jüdische Angelegenheiten im ungarischen Ministerium des Innern. Auf Grund eines Urteils des Budapester Volksgerichtes im Januar 1946 hingerichtet.

Bene, Otto. Generalkonsul. Vertreter des A. A. beim Zivilkommissar für die Niederlande. Führte genaue Aufzeichnungen über die Deportierungen von Juden aus den Niederlanden (1942/43). Nicht angeklagt.

Benzler, Felix. 1941 Gesandter bei der serbischen Marionettenregierung Nedić. Verlangte totale Deportation der Belgrader Juden. Wurde nicht angeklagt.

BERGER, SS-General Gottlob. Chef des Hauptamtes der SS und Himmlers persönlicher Vertreter im Ostministerium Rosenbergs. Von einem amerikanischen Gericht in Nürnberg im April 1949 zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Strafe am 31. Januar 1951 auf 10 Jahre herabgesetzt. Ein Jahr später auf freien Fuß gesetzt.

BEST, Karl Werner. Reichsbevollmächtigter in Dänemark und Leiter der Judendeportationen im Oktober 1943. 1946 in Kopenhagen zum Tode verurteilt. Am 20. Juli 1949 zu 12 Jahren Gefängnis begnadigt. Am 29. August 1951 auf freien Fuß gesetzt.

BIEBOW, Hans. 1940—44 Ghettoverwalter in Lodz. Am 24. April 1947 in Lodz hingerichtet.

BLANKENBERG, Werner. Amtschef in der Kanzlei des Führers. Nachfolger Bracks in der Leitung der Euthanasie-Aktion. Stellte 1942/43 Mannschaften für die polnischen Todeslager zur Verfügung. Absolut unauffindbar.

BLOBEL, SS-Standartenführer Paul. Befehlshaber des Sonderkommandos 4a in Rußland. Organisierte das Massaker in Kiew. 1942—44 Leiter der Exhumierungsaktion. Im April 1948 in Nürnberg zum Tode verurteilt, aber erst am 8. Juni 1951 in Landsberg hingerichtet.

BÖHME, General Franz. Verantwortlich für die Erschießung jüdischer Geiseln in Serbien im Oktober 1941. Verübte im Juni 1947, bevor er vor Gericht gestellt werden konnte, im Nürnberger Gefängnis Selbstmord.

BOEPPLE, Dr. Ernst. Staatssekretär in der Regierung des Generalgouvernements in Krakau. Arbeitete mit Globocnik bei der „Umsiedlung" der polnischen Ghettos zusammen. Im Februar 1950 in Krakau zum Tode verurteilt.

BORMANN, Martin. Chef der Parteikanzlei und Privatsekretär Hitlers. Vom Nürnberger Internationalen Militärgerichtshof am 30. September 1946 in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Man nimmt an, daß er beim Verlassen von Hitlers Bunker in Berlin am 30. April 1945 von einer russischen Granate getötet worden ist.

BOTMANN, SS-Hauptsturmführer. 1942—44 Befehlshaber des Todeslagers Chelmno. Nicht auffindbar.

BOUHLER, Philipp. Chef der Kanzlei des Führers und Leiter der Euthanasie-Aktion. Hat am 10. Mai 1945 in Görings Haus in Fischhausen bei Zell am See Selbstmord begangen.

Bousquet, René. Polizeiminister der Regierung Pétain. In die große Pariser Judenrazzia vom Juli 1942 verwickelt. Im Juni 1949 zum Verlust der Bürgerrechte auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt.

BRACK, Viktor. Oberdienstleiter in der Kanzlei des Führers. Leitete die Aufstellung von Gaskammern in Polen. Im Ärzteprozeß zum Tode verurteilt und am 2. Juni 1948 in Landsberg hingerichtet.

BRANDT, SS-Hauptsturmführer. 1942/43 Umsiedlungskommissar in Warschau. Wurde angeblich im Sommer 1947 in Österreich verhaftet.

BRANDT, Dr. Rudolf. SS-Obergruppenführer und persönlicher Referent Himmlers. Im Ärzteprozeß zum Tode verurteilt, aber auch verantwortlich für viele andere, von Himmler im Zusammenhang mit der Endlösung ergangene Befehle. Am 2. Juni 1948 in Landsberg hingerichtet.

Brauchitsch, Generalfeldmarschall Walther von. Hätte zusammen mit Rundstedt vor ein britisches Militärgericht gestellt werden sollen, wurde aber krankheits- und altershalber entlassen. Ist 1948 gestorben. Es konnte niemals festgestellt werden, ob ihm Hitlers Befehl zur Judenausrottung auf der der Invasion der Sowjetunion vorangegangenen Besprechung mitgeteilt worden war.

BRÄUTIGAM, Otto*. Verbindungsbeamter von Rosenbergs Ostministerium zum Oberkommando der Wehrmacht. Vom Landgericht Nürnberg wegen behaupteter Teilnahme an der Ausrottung der russischen Juden im Januar 1950 in Untersuchung gezogen. Bis jetzt nicht vor Gericht gestellt.

* In einem Urteil des Landgerichtes Nürnberg-Fürth, II. Strafkammer, vom 10. 8. 1950 (A. Z.: 72 Ks. 3/50) ist in dem Strafverfahren gegen
1. Dr. Leibbrandt
2. Dr. Bräutigam
folgender Beschluß erlassen worden:
1. Die Anordnung der Hauptverhandlung ist abgelehnt.
2. Die Angeschuldigten werden außer Verfolgung gesetzt.
3. Die Verfahrenskosten trägt die Staatskasse.
In der Begründung erklärt das Landgericht Nürnberg-Fürth u. a. folgendes:
„Zusammengefaßt ergibt sich, daß die bisherigen Ermittlungen keinen Beweis dafür erbracht haben, daß die Angeschuldigten zur Ausrottung der Juden in den besetzten Ostgebieten durch Rat oder Tat wissentlich Beihilfe geleistet oder als Amtsvorgesetzte strafbare Handlungen ihrer Untergebenen wissentlich geduldet haben und daß der Angeschuldigte Leibbrandt daneben den Tatbestand des Abs. 2 § 357 STGB verwirklicht habe." (Anm. d. Verl.)

BRUNNER, SS-Sturmbannführer Anton Alois. Eichmanns erfolgreichster Fachmann für Judendeportationen. War in Wien, Berlin, Saloniki, Paris und Preßburg tätig. Auf Grund eines Todesurteils des Volksgerichts in Wien am 10. Mai 1946 hingerichtet.

Buch, Major Walter. Vorsitzender des Parteigerichtes. Empfahl die Begnadigung der Mörder vom 9. November 1938. Beging vor Eröffnung des Prozesses gegen ihn in einem alliierten Internierungslager 1949 Selbstmord.

BÜHLER, Josef. Staatssekretär in Generalgouverneur Franks Regierung in Krakau. Drängte bei der Wannsee-Besprechung auf die Ausrottung der polnischen Juden. Am 20. Juli 1948 in Warschau zum Tode verurteilt.

BÜRCKEL, Josef. Gauleiter von Wien und später von Saarland-Lothringen. Verantwortlich für die Deportation von Juden aus diesen Gebieten (1939/40). Beging im September 1944 Selbstmord.

Clauberg, Professor Dr. Führte Sterilisierungsexperimente im Hauptlager Auschwitz durch (1942—44). Kehrte im Oktober 1955 aus der Sowjetunion nach Deutschland zurück.

Conti, Leonardo. Staatssekretär für Gesundheitswesen im Ministerium des Innern. Seine Teilnahme an der Einrichtung von Gaskammern nicht bewiesen. Beging im Oktober 1945 im Nürnberger Gefängnis Selbstmord.

Cukurs, Herbert. Vertreter von Arajs (siehe diesen) während der Massaker in Riga. Soll im Jahre 1949 Inhaber eines Vergnügungsbootes in Rio de Janeiro gewesen sein.

DALUEGE, SS-Hauptsturmführer Kurt. Chef der Ordnungspolizei. Unterschrieb im Oktober 1941 den Befehl zur Deportierung der Juden aus dem Reich. Am 20. Oktober 1946 in Prag hingerichtet.

DANNECKER, SS-Hauptsturmführer Theodor. Leiter der Judendeportationen aus Frankreich (1942), Bulgarien (1943) und Italien (1944). Ist spurlos verschwunden.

D'ARQUIER de Pellepoix. Nachfolger Vallats als Kommissar für die Judenfrage der Regierung Pétain. 1947 zum Tode verurteilt.

Dering, Dr. Wladislaw. Von der sowjetischen Untersuchungskommission als Mitarbeiter von Dr. Schumann bei dessen Experimenten in Auschwitz bezeichnet. In England 1947 verhaftet, aber aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen. Leitet gegenwärtig ein Krankenhaus in Britisch-Somaliland.

EICHMANN, SS-Obersturmbannführer Karl Adolf. 1940—45 Leiter der Judenabteilung der Gestapo. Wurde zuletzt am 3. Mai 1945 in Alt-Aussee gesehen. W. Höttl zufolge soll Eichmann im November 1945 aus einem amerikanischen Internierungslager geflohen sein.

ENDRE, László. Kommissar für Judenfragen im ungarischen Ministerium des Innern. Auf Grund eines Urteils des Budapester Volksgerichts im Januar 1946 hingerichtet.

ENTRESS, SS-Hauptsturmführer Dr. Ferdinand. Volksdeutscher Arzt aus Polen, der an der Ausrottung der Kranken in Auschwitz mitwirkte. Am 22. November 1947 in Krakau zum Tode verurteilt.

Falkenhausen, General Alexander von. Am 7. März 1951 in Brüssel zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt, aber wenige Wochen darauf freigelassen.

FERENCZY, Major László. Leiter des Verbindungsdienstes zwischen Eichmann und der ungarischen Miliz. Im Januar 1946 vom Budapester Volksgericht zum Tode verurteilt.

FISCHER, Dr. Ludwig. Landkommissar für Warschau. Am 8. März 1947 in Warschau wegen seiner Mitwirkung an der Liquidierung des Warschauer Ghettos hingerichtet.

Förster, Albrecht. Gauleiter von Danzig-Westpreußen. Am 29. April 1948 in Danzig zum Tode verurteilt. Die gegen ihn erhobene Anklage bezog sich auch auf die Deportation von Juden. Wurde möglicherweise begnadigt.

FRANK, Hans. 1939—45 Generalgouverneur von Polen. Im Nürnberger Gefängnis am 16. Oktober 1946 hingerichtet.

Frank, Karl Hermann. Deutscher Staatsminister und Stellvertretender Reichsprotektor in Böhmen und Mähren. In Prag am 22. Mai 1946 hingerichtet.

Freisler, Roland. Vorsitzender des Volksgerichtshofes. Durch eine alliierte Bombe in Berlin im Oktober 1944 getötet.

FRIEDL, SS-Sturmbannführer Gustav. Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Bialystok. Leitete im September 1943 die Liquidierung des Ghettos in Bialystok. Unter dieser Anklage im Januar 1950 in Bialystok zum Tode verurteilt und hingerichtet.

FUCHS, SS-Obersturmbannführer. 1941/42 Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Belgrad. Am 22. November 1946 in Belgrad zum Tode verurteilt.

FÜNTEN, SS-Hauptsturmführer Ferdinand Aus der. Leitete die Abteilung Amsterdam von Eichmanns Dienststelle und führte die Deportierungen der Jahre 1942—44 durch. Im Haag am 27. Dezember 1949 zum Tode verurteilt; im Oktober 1952 zu lebenslänglichem Kerker begnadigt.

Funk, Walter. Reichswirtschaftsminister. In Nürnberg am 1. Oktober 1946 zu lebenslänglichem Kerker verurteilt.

Ganzenmüller, Theodor. Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium. Stellte die Züge für die Deportierungen aus Warschau ins Todeslager Treblinka zur Verfügung. Wurde nicht angeklagt.

GERSTEIN, SS-Obersturmführer Kurt. Leiter der Abteilung für Desinfektionsgase des SS-Gesundheitsamtes. Hat die Bereitstellung von Zyklon B-Gas für die Todeslager eingestanden. Die Berichte über seinen Selbstmord im Pariser Gefängnis Fresnes im Juli 1945 scheinen nicht voll bestätigt.

GIESLER, Paul. Seit 1943 Gauleiter von München und Oberbayern. Hat die Ausrottung der Juden in Dachau zu Kriegsende geplant. Hat am 3. Mai 1945 bei Berchtesgaden Selbstmord begangen.

GLOBOCNIK, SS-Obergruppenführer und Generalleutnant der Polizei Odilo. Höherer SS- und Polizeiführer in Lublin bzw. Triest. Leitete 1942/43 das Massaker „Einsatz Reinhard". Widerspruchsvolle Angaben über sein Schicksal: a) von Partisanen in Istrien im Mai 1944 ge-

tötet; b) Selbstmord durch Gift in den Karawanken im Juni 1945, um der Festnahme durch eine britische Patrouille zu entgehen.

GLÜCKS, SS-Obergruppenführer Richard. Chef des Amtes D des SS-Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamtes. Generalinspekteur der Konzentrationslager. Verschwand während der Verhandlungen mit dem Roten Kreuz im April 1945 und ist nicht wieder aufgetaucht.

GOEBBELS, Dr. Josef. Propagandaminister und seit Juli 1944 Bevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz. Leitete als Gauleiter von Berlin die wichtigsten Deportationsaktionen und war Hitlers wichtigster Helfer bei der Vorbereitung der Endlösung. Verübte mit seiner Familie am 1. Mai 1945 in Hitlers Bunker Selbstmord.

GÖRING, Hermann. Reichsmarschall, Preußischer Ministerpräsident, Bevollmächtigter für den Vierjahresplan und Reichsluftfahrtminister. Verübte in seiner Zelle im Nürnberger Gefängnis am 16. Oktober 1946 Selbstmord.

GÖTH, SS-Hauptsturmführer Amon Leopold. Leitete 1943 die Liquidierung der Ghettos in Krakau und Tarnow. 1943/44 Befehlshaber des Judenlagers Plaszow. In Krakau am 5. September 1946 zum Tode verurteilt.

GRABNER, SS-Obersturmführer Ernst. Kriminalsekretär. Bis November 1943 Leiter der politischen Abteilung der Gestapo im Hauptlager Auschwitz. Vom Volksgericht in Wien im Mai 1946 zum Tode verurteilt.

GREISER, Arthur. Gauleiter von Wartheland und Lodz. An den Liquidierungen im Todeslager Chelmno beteiligt. Schlug die Liquidierung tuberkulöser Polen sowie von Juden vor. Am 20. Juli 1946 in Posen zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Grundherr, Geheimrat Werner von. Referent des Auswärtigen Amtes für Skandinavien. War damit beschäftigt, während der Deportationen der Juden aus Norwegen und Dänemark Interventionen der schwedischen Regierung abzuwehren. 1951/52 Botschafter der Bundesrepublik in Athen.

GÜNTHER, SS-Sturmbannführer Rolf, und

GÜNTHER, SS-Hauptsturmführer Hans. Eichmanns Stellvertreter und Vertreter in Prag. Beide offenkundig noch unentdeckt auf freiem Fuß, obwohl behauptet wird, daß Hans Günther am 10. Mai 1945 in Prag getötet wurde.

HAAS, SS-Sturmbannführer Willi von. Leitete als Globocniks Umsiedlungskommissar am 13. März 1943 die Liquidierung des Krakauer Ghettos. Im November 1950 aus der britischen Zone Deutschlands an Polen ausgeliefert. Soweit bekannt, bisher nicht vor Gericht gestellt.

HAHN, SS-Obersturmbannführer. Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Warschau. Leitete die Deportierungen während des Ghettoaufstandes. Nicht auffindbar.

Hannecken, Generalleutnant Hermann von. Militärbefehlshaber in Dänemark. Im August 1951 aus dem Gefängnis in Kopenhagen entlassen.

HARSTER, SS-Brigadeführer Hermann. Befehlshaber der Sicherheitspolizei in den Niederlanden bis 1943, dann in Rom. Im Juni 1947 im Haag zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt. 1953 freigelassen.

HARTJENSTEIN, SS-Hauptsturmführer Fritz. Kommandant in Birkenau und Natzweiler. Von einem britischen Gericht in Wuppertal am 5. Juni 1946 zum Tode verurteilt. Am 2. Juli 1954 in Metz neuerdings zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde bisher nicht vollstreckt.

Heinburg, Kurt. Chef der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes für den Balkan. Hat eingestanden, an der Herausgabe von Befehlen für die Ausrottung der serbischen Juden mitbeteiligt gewesen zu sein. Im Mai 1952 aus dem Auswärtigen Amt in Bonn entfernt.

Herff, SS-Obergruppenführer Maximilian von. Höherer SS- und Polizeiführer bei der Heeresgruppe Mitte in Rußland. Am 6. Februar 1948 in Minsk hingerichtet.

HEYDRICH, Reinhard. Chef der Sicherheitspolizei und des SD. Stellvertretender Reichsprotektor in Böhmen und Mähren. Starb an den Folgen eines Attentats am 5. Juni 1942. Da angenommen wird, daß er im aktiven Dienst gefallen ist, wurde seiner Witwe 1953 eine Pension zuerkannt.

Hildebrandt, SS-Obergruppenführer Richard, und Hoffmann, SS-Obergruppenführer Otto. Folgten einander in der Leitung des Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes (RUSHA). Am 10. März 1948 wegen ihrer Verantwortung für Deportationsmaßnahmen zu je 25 Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 21. Januar 1951 wurde Hoffmanns Strafe auf 15 Jahre herabgesetzt. Hildebrandt wurde Anfang 1955 aus der Haft entlassen.

HIMMLER, Heinrich. Reichsführer SS. Chef der deutschen Polizei, Reichsminister des Innern und Generalbevollmächtigter für die Reichsverwaltung. Beging am 23. Mai 1945 nach der Festnahme durch einen britischen Posten in der Lüneburger Heide Selbstmord.

HITLER, Adolf. Führer und Reichskanzler. Beging am 30. April 1945 im Bunker der Reichskanzlei Selbstmord.

HÖFLE, SS-Hauptsturmführer Hans. Adjutant Globocniks und Umsiedlungskommissar für das Warschauer Ghetto. Entwich aus einem Internierungslager in Österreich im Jahre 1947 vor der Auslieferung an Polen.

HÖFLE, SS-Obergruppenführer Hermann. Höherer SS- und Polizeiführer in der Slowakei nach dem slowakischen Aufstand im August 1944. Im Juli 1948 in Preßburg zum Tode verurteilt.

HÖSS, SS-Obersturmführer Rudolf Franz. Kommandant in Auschwitz und später Stellvertreter von Glücks als Inspekteur der Konzentrationslager. Am 29. März 1947 in Warschau zum Tode verurteilt. Einige Tage später im Lager Auschwitz hingerichtet.

HORTHY, Admiral Niklos von Nagybania. Reichsverweser von Ungarn. Auslieferung von den Vereinigten Staaten 1946 abgelehnt. Lebt jetzt (März 1956) 87jährig in Lissabon (Estoril).

Hoven, SS-Hauptsturmführer Waldemar. Lagerarzt im Konzentrationslager Buchenwald. Am 20. August 1947 in Nürnberg zum Tode verurteilt. Im Juni 1948 hingerichtet.

HÜNSCHE, SS-Hauptsturmführer. Beamter in Eichmanns Dienststelle. 1944 in Ungarn tätig. Zuletzt am 3. Mai 1945 in Alt-Aussee gesehen.

JÄCKELN, SS-Obergruppenführer Franz. Höherer SS- und Polizeiführer Heeresgruppe Nord. Am 3. Februar 1946 von einem sowjetischen Gericht in Riga zum Tode verurteilt und am Nachmittag des gleichen Tages im Ghetto hingerichtet.

JAROSS, Andor. Bis 1938 Mitglied des tschechoslowakischen Parlaments. Während des Krieges ungarischer Innenminister. Hinrichtung durch den Strang auf Grund eines Urteils des Budapester Volksgerichtes im Januar 1946.

JÜTTNER, SS-Obergruppenführer Hans. Chef des Führungshauptamtes der SS und einer von Himmlers Adjutanten. Denazifiziert und auf freiem Fuße.

KALTENBRUNNER, SS-Brigadeführer Ernst. Chef der Sicherheitspolizei und des SD als Nachfolger Heydrichs. Am 16. Oktober 1946 im Nürnberger Gefängnis hingerichtet.

KAMMLER, SS-Obergruppenführer Heinz. Chef des Amtes C (Bauabteilung) der SS und später auch der Wehrmacht. Angeblich als Befehlshaber einer Division in der Schlacht um Berlin im April 1945 getötet worden. Bestätigung der Nachricht steht aus.

KAPPLER, SS-Obergruppenführer Hubert. Organisierte als Befehlshaber der Sicherheitspolizei die Deportierung der Juden aus Rom nach Auschwitz. 1947 in Rom zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Bestätigung der Strafe durch das Berufungsgericht im November 1952.

Kasche, Siegfried. Gesandter in Kroatien. Im Juni 1947 in Agram zum Tode verurteilt.

KATZMANN, SS-Gruppenführer Fritz. Höherer SS- und Polizeiführer im Kommissariat Lemberg. Hat das Massaker von mehr als 400 000 Juden in Ostgalizien organisiert. Ist entkommen und soll sich im Sommer 1952 in Ägypten aufgehalten haben.

KILLINGER, Manfred von. 1941—44 Gesandter in Bukarest. Beging am 3. September 1944 im Gesandtschaftsgebäude Selbstmord.

KNOCHEN, SS-Standartenführer Helmuth. Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Nordfrankreich-Belgien. In der britischen Zone Deutschlands zum Tode verurteilt, aber am 10. Oktober 1946 für einen weiteren Prozeß an Frankreich ausgeliefert. Nach wiederholter Vertagung fand der Prozeß im Oktober 1954 in Paris statt und endete am 9. Oktober mit der Verurteilung Knochens zum Tode. Das Urteil wurde bisher nicht vollstreckt.

KOCH, Erich. Gauleiter von Ostpreußen. Generalkommissar von Bialystok und der Ukraine. An den Massakern von Kiew im September 1941 beteiligt. Aus der britischen Zone Deutschlands 1950 an Polen ausgeliefert. Soweit bis jetzt (März 1956) bekannt, ist Koch im Warschauer Mokotow-Gefängnis und wurde noch nicht vor Gericht gestellt.

KONRAD, SS-Hauptsturmführer Franz. Wegen seines Anteils an der Liquidierung des Warschauer Ghettos zum Tode verurteilt und in Warschau am 8. September 1951 hingerichtet.

KORSEMANN, SS-Obergruppenführer. Höherer SS- und Polizei-

führer Rowno (November 1941) und Krim-Kaukasus (1942/43). Wurde angeblich in Rußland hingerichtet.

KRAMER, SS-Hauptsturmführer Josef. Kommandant der Lager Birkenau und Bergen-Belsen. Von einem britischen Gericht in Lüneburg am 17. November 1945 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Krebsbach, SS-Hauptsturmführer. Lagerarzt in Kaiserswald. Führte die Selektionen zur Liquidierung des Lagers im Juli 1944 durch. In Dachau im Mauthausen-Prozeß am 27. Mai 1947 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

KREMER, SS-Hauptsturmführer Professor Hans Hermann. Führte die Selektionen im Krematorium Birkenau (September/Oktober 1942) durch. Am 22. November 1947 in Krakau zum Tode verurteilt.

KRÜGER, SS-Obergruppenführer Friedrich. Höherer SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement. Beging am 9. Mai 1945 in Libau Selbstmord.

KRUMEY, SS-Sturmbannführer. Vertreter Eichmanns in Wien und Ungarn. Soll in Italien gefangengenommen worden sein. Keine weiteren Informationen verfügbar.

KUBE, Gauleiter Wilhelm. Juli 1941 bis September 1943 Generalkommissar von Weißrußland. Von einer weißrussischen Hausangestellten am 22. September 1943 getötet.

KUTSCHERA, SS-Sturmbannführer Fritz. Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Serbien (1941), Mogilew (1942/43) und Warschau (1943 bis 1944). Ende Januar 1944 von polnischen Widerstandskämpfern getötet.

LAGES, SS-Sturmbannführer Willi. Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Amsterdam. Leitete die Deportationen von Juden. Im Haag im Juni 1949 zum Tode verurteilt, im Oktober 1952 zu lebenslänglichem Kerker begnadigt.

Lammers, Hans. Chef der Reichskanzlei. Im April 1949 in Nürnberg zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, hauptsächlich wegen seiner Mitwirkung bei der Herausgabe judenfeindlicher Vorschriften. Herabsetzung der Strafe auf 10 Jahre am 31. Januar 1951. Am 16. Dezember 1951 aus dem Gefängnis Landsberg entlassen.

LANGE, SS-Sturmbannführer Fritz. 1941/42 Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Lettland. Organisierte die Massaker in Riga und nahm an der Wannsee-Besprechung teil. Soll im Juli 1949 der deutschen Gerichtsbarkeit in der britischen Zone zur Aburteilung übergeben worden sein, ist aber später aus der Haft geflüchtet.

LAVAL, Pierre Philippe. Französischer Ministerpräsident von April 1942 bis September 1944. Wurde im Pariser Fresnes-Gefängnis am 15. Oktober 1945 hingerichtet.

Leibbrandt, Georg*. Leiter der politischen Abteilung in Rosenbergs Ministerium. Wurde im Mai 1949 aus der alliierten Internierung entlassen und vom Landgericht Nürnberg im Januar 1950 wegen Teilnahme an der Durchführung der Endlösung angeklagt. Die Verhandlung hat noch nicht stattgefunden.

* Siehe Anmerkung S. 580.

LIEBEHENSCHEL, Arthur. Abteilungsleiter in der Inspektion der Konzentrationslager und Kommandant in Auschwitz (November 1943 bis Mai 1944). Am 22. November 1947 in Krakau zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Linden, Dr. Herbert. Ministerialrat in der Abteilung Gesundheitswesen des Reichsministeriums des Innern. Beging gegen Kriegsende Selbstmord. Seine Rolle bei der Schaffung der Todeslager in Polen wurde nicht klargestellt.

Lindow, SS-Standartenführer. Gestapobeamter. Hatte die Berichte der Einsatzgruppen zu bearbeiten und die Befehle zur Hinrichtung gefangengenommener politischer Kommissare auszugeben. Wurde während des Baab-Prozesses im März 1950 auf Veranlassung des Frankfurter Schwurgerichtes verhaftet. Bisher hat die Verhandlung gegen ihn nicht stattgefunden.

Löhr, General der Luftwaffe Alexander von. Chef des Kommandos Ost-Ägäis. Wirkte bei den Deportationen von Juden aus Griechenland mit. Am 27. Februar 1947 in Belgrad zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Lösener, Bernhard. Judenreferent im Ministerium des Innern bis Ende 1941. 1949 aus der alliierten Internierung entlassen und daraufhin denazifiziert.

LOHSE, Hinrich. Reichskommissar für die besetzten Ostgebiete. Im Januar 1948 in Bielefeld zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Krankheitshalber 1951 aus der Haft entlassen.

Ludin, Hans Elard. Gesandter in der Slowakei. Im Juli 1948 in Preßburg zum Tode verurteilt.

LUTHER, Martin. Mai 1940 bis April 1943 Chef der Abteilung „Deutschland" des Auswärtigen Amtes. Wurde dann im politischen Bunker im Lager Sachsenhausen gefangengehalten, wo ihn Major Payne-Best im Jahre 1944 gesehen hat. Wurde bei Kriegsende entlassen und starb bald nach der Kapitulation in einem Berliner Krankenhaus.

MACH, Alexander. Innenminister der Slowakei. 1947 in Preßburg zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt.

MANSTEIN, Generalfeldmarschall Erich von. Am 19. Dezember 1949 von einem britischen Gericht in Hamburg zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Im August 1952 aus Gesundheitsgründen freigelassen.

MENGELE, SS-Untersturmführer. Hat die Selektionen für die Gaskammern im Lager Auschwitz durchgeführt. Wurde nicht gefunden.

MEYER, Alfred. Gauleiter von Nord-Westfalen. Staatssekretär im Ministerium für die besetzten Ostgebiete und Stellvertreter Rosenbergs. Hat im Mai 1945 Selbstmord begangen.

Milch, Generalfeldmarschall Erhard. Stabschef der Luftwaffe. Wegen Bereitstellung menschlicher Versuchskaninchen und Zwangsarbeiter — meistens Juden — für die unterirdischen Flugzeugfabriken im November 1947 in Nürnberg zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Strafe im Januar 1951 auf 15 Jahre herabgesetzt. Am 4. September 1954 aus der Haft entlassen.

Mildner, SS-Standartenführer Dr. Rudolf. Chef der Gestapo in Ober-

schlesien und Dänemark. Belastungszeuge in Nürnberg. 1949 entlassen und offenkundig seither nicht vor Gericht gestellt.

MRUGOWSKY, SS-Brigadeführer Dr. Joachim. Leiter des SS-Gesundheitsamtes. Am 27. August 1947 in Nürnberg zum Tode verurteilt, aber erst am 2. Juni 1948 hingerichtet. Seine sehr wichtige Rolle bei den Vergasungen in Auschwitz wurde nicht vollkommen klargestellt.

MÜLLER, SS-Obergruppenführer Heinrich. Chef des „Amtes IV" des RSHA (Gestapo). Verschwand am 29. April 1945 aus Hitlers Bunker. Seither sind viele Gerüchte über ihn im Umlauf.

MÜRER, SS-Obergruppenführer. Ghettokommissar in Wilna. Wurde angeblich im Sommer 1947 in Österreich verhaftet. Möglicherweise an Rußland ausgeliefert.

MUSSFELD, SS-Untersturmführer. Führte das Massaker von Majdanek vom 3. November 1943 durch und leitete 1944 das Krematorium II in Auschwitz. Nicht auffindbar.

NAUMANN, SS-Brigadeführer Erich. Befehlshaber der Einsatzgruppe B in Rußland von November 1941 bis 1943, dann Befehlshaber der Sicherheitspolizei in den Niederlanden. Am 8. April 1948 in Nürnberg zum Tode verurteilt. Einer der sieben „Rotjacken", die am 8. Juni 1951 im Gefängnis Landsberg hingerichtet wurden.

NEBE, SS-Gruppenführer Arthur. Leiter der Kriminalpolizei. Bis November 1941 Befehlshaber der Einsatzgruppe B in Rußland. Soll im März 1945 wegen Teilnahme an der Juliverschwörung hingerichtet worden sein, doch liegt dafür keine einwandfreie Bestätigung vor.

NOWAK, SS-Hauptsturmführer. Eichmanns Transportreferent und Verbindungsmann zum Reichsverkehrsministerium. Nicht auffindbar.

OBERG, SS-Obergruppenführer Kurt. Höherer SS- und Polizeiführer in Nordfrankreich und Belgien. Von einem britischen Gericht in Deutschland zum Tode verurteilt, aber am 10. Oktober 1946 an Frankreich ausgeliefert. Nach wiederholter Verschiebung des Prozesses am 9. Oktober 1954 in Paris zum Tode verurteilt. Urteil bisher nicht vollstreckt.

OHLENDORF, SS-Gruppenführer Otto. Befehlshaber der Einsatzgruppe D. Im April 1948 in Nürnberg zum Tode verurteilt und am 8. Juni 1951 im Gefängnis Landsberg hingerichtet.

PAVELIĆ, Ante. 1941—45 „Poglavnik" oder „Führer" des Staates Kroatien. Lebt angeblich seit 1949 in Argentinien.

Pétain, Philippe. Französischer Marschall und Staatsoberhaupt von 1940—44. 1945 zum Tode verurteilt und zu lebenslänglichem Kerker begnadigt. Ist im Juli 1951 im Alter von 95 Jahren in einer Art Internierung auf der Ile d'Yeu gestorben.

PETERS, Gerhard. Direktor der Firma DEGESCH. Lieferte Zyklon B-Gas an das SS-Gesundheitsamt. Von der Frankfurter Spruchkammer am 23. März 1949 zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Wiederaufnahmeverfahren vom Schwurgericht Frankfurt am 27. Mai 1955 wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

POHL, SS-Obergruppenführer Oswald. Chef des SS-Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamtes (WVHA). Am 3. November 1947 in Nürnberg zum Tode verurteilt, aber erst am 8. Juni 1951 hingerichtet.

Pokorny, SS-Obersturmbannführer Dr. Adolf. Mitarbeiter des Amtes des Kommissars für die Festigung des deutschen Volkstums. Verfasser eines Sterilisierungsvorschlags. In Nürnberg am 27. August 1947 freigesprochen.

PRÜTZMANN, SS-Obergruppenführer Hans. Oktober 1941 bis September 1943 Höherer SS- und Polizeiführer bei der Heeresgruppe Süd, Kiew. Hat im Mai 1945 in Lüneburg Selbstmord begangen.

PÜTZ, SS-Sturmbannführer. 1942/43 Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Rowno und Leiter des zweiten Massakers in Rowno. Nicht auffindbar.

RADEMACHER, Franz. Mai 1940 bis April 1943 Leiter der Abteilung „Deutschland III" des Auswärtigen Amtes unter Martin Luther. Vom Nürnberger Schwurgericht am 17. März 1952 wegen Teilhaberschaft an den Hinrichtungen im Belgrader Ghetto und den Deportationen von Juden aus Belgien zu 3 Jahren 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Ließ die erlegte Kaution im Stich und entfloh vor der Berufungsverhandlung im September 1952 nach Argentinien. Anderen Berichten zufolge soll er sich in Deutschland aufhalten.

RASCH, SS-Brigadeführer Otto. Befehlshaber der Einsatzgruppe C im russischen Feldzug (Massaker in Kiew). Im Einsatzgruppen-Prozeß am 5. Februar 1948 als verhandlungsunfähig erklärt.

RASCHER, SS-Sturmbannführer Dr. Sigmund. Leiter der ärztlichen Experimente der Luftwaffe. Brüstete sich Major Payne-Best gegenüber damit, die Gaskammern erfunden zu haben. Wurde auf Befehl Himmlers im Februar 1945 im Lager Reichenau hingerichtet.

RAUTER, SS-Obergruppenführer Hans Albin. Höherer SS- und Polizeiführer in den Niederlanden. Am 3. April 1948 von einem Sondergericht im Haag zum Tode verurteilt und im November darauf hingerichtet.

Reeder, General Eggert. 1940—44 Chef der Zivilverwaltung der Wehrmacht in Belgien. Am 9. März 1951 von einem Gericht in Brüssel, hauptsächlich wegen der Deportierung von Juden, zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt, aber drei Wochen später nach fast sechsjähriger Haft freigelassen.

REICHENAU, Generalfeldmarschall Walter von. Befehlshaber der Sechsten Armee und der Heeresgruppe Süd. In Judenmassaker in Kiew und anderen ukrainischen Städten mitverwickelt. Am 17. Januar 1942 an einer geheimnisvollen Vergiftung gestorben.

RIBBENTROP, Joachim von. Reichsaußenminister. In Hamburg am 14. Juni 1945 festgenommen und am 16. Oktober 1946 in Nürnberg hingerichtet.

RÖTHKE, SS-Hauptsturmführer Heinz. Chef der Pariser Dienststelle von Eichmanns Amt seit Juli 1942. Wurde nicht gefunden.

ROSENBERG, Alfred. 1941—45 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. In Nürnberg am 16. Oktober 1946 hingerichtet.

Rübe, SS-Scharführer Adolf. Kriminalsekretär der Gestapo in Minsk. Am 16. Dezember 1949 vom Schwurgericht Karlsruhe zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

RUNDSTEDT, Feldmarschall Gerd von. Sollte wegen seines Befehls vom 21. Juni 1942, kriegsgefangene britische Kommandotruppen der Gestapo zu übergeben, vor ein britisches Gericht gestellt werden. Im Sommer 1949 wurde diese Absicht wegen Rundstedts Gesundheitszustand aufgegeben. Ist 1953 gestorben. Seine Mitwirkung an der Ausrottung von Juden im Gebiet der Heeresgruppe Süd von Juli—Dezember 1941 wurde nicht geklärt.

SALMUTH, Generalleutnant Hans von. In Nürnberg am 28. Oktober 1948 wegen seiner Mitwirkung an den Judenmassakern in Kolyma/Transnistrien zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Am 31. Januar 1951 wurde die Strafe auf 12 Jahre herabgesetzt. Wurde am 23. Juli 1953 aus der Haft entlassen.

SANDBERGER, SS-Standartenführer Martin. Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Estland und Norditalien. Mitwirkung am Judenmassaker in Pskow als Befehlshaber eines Einsatzkommandos. Am 8. April 1948 zum Tode verurteilt, am 31. Januar 1951 zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Sauckel, Fritz. 1942—45 Reichsbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz. Mitwirkung am Mißbrauch jüdischer Insassen von Konzentrationslagern. Am 16. Oktober 1946 in Nürnberg hingerichtet.

SCHÄFER, SS-Brigadeführer Emanuel. Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Belgrad und Triest. Konnte seine Identität bis April 1951 verhüllen, als er von einer Spruchkammer als Angehöriger der Gestapo zu 21 Monaten Arbeitslager verurteilt wurde. Der Vergasung von 6000 Juden im Lager Semlin beschuldigt und am 22. Juni 1953 vom Schwurgericht Köln zu 6½ Jahren Gefängnis verurteilt. Strafe am 9. Juli 1954 auf 6 Jahre 9 Monate erhöht.

SCHELLENBERG, SS-Gruppenführer Walter. Von der Anklage, an den Judenmorden der Einsatzgruppen teilgehabt zu haben, freigesprochen, aber der Teilnahme an der Ermordung russischer Kriegsgefangener schuldig erkannt und in Nürnberg im April 1949 zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Dezember 1950 freigelassen. Im Sommer 1952 in Italien gestorben.

Schirach, Baldur von. Gauleiter von Wien. An der Deportierung von Juden von Oktober 1941 bis März 1942 und zu Beginn des Jahres 1943 mitbeteiligt. Am 1. Oktober 1946 in Nürnberg zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

Schlegelberger, Dr. Franz. April 1941 bis September 1942 Geschäftsführender Reichsminister für Justiz. Hat an den Sterilisierungsvorschlägen mitgearbeitet. Am 4. Dezember 1947 in Nürnberg zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Am 4. Februar 1951 als unheilbar krank auf Ehrenwort entlassen.

SCHÖNGARTH, SS-Brigadeführer Karl. 1941—44 Befehlshaber der Sicherheitspolizei in der Provinz Krakau, dann bis Kriegsende in Holland. Am 11. Februar 1946 vom britischen Militärgericht in Enschede zum Tode verurteilt und hingerichtet.

SCHUBERT, SS-Hauptsturmführer Heinz. Adjutant Ohlendorfs. Organisierte die Massaker in Simferopol. In Nürnberg im April 1948

zum Tode verurteilt, im Sommer 1951 zu 10 Jahren Zuchthaus begnadigt. Im Januar 1952 freigelassen.

SCHULZ, SS-Brigadeführer Erwin. Juni—September 1941 Chef des Kommandos 5 der Einsatzgruppe C. Im April 1946 in Nürnberg zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Strafe am 31. Januar 1951 auf 15 Jahre ermäßigt. 1954 auf freien Fuß gesetzt.

SCHUMANN, SS-Sturmbannführer Professor Horst. Führte 1942—44 an jüdischen Frauen in Ravensbrück und Auschwitz Sterilisierungsexperimente durch. Wurde nicht gefunden.

SCHWARZ, SS-Hauptsturmführer Albert. Arbeitseinsatzführer in Auschwitz. Führte Aufzeichnungen über die Selektionen für die Gaskammern. Am 22. November 1947 in Krakau zum Tode verurteilt.

Schwerin von Krosigk, Graf Lutz. Reichsfinanzminister. Im April 1949 in Nürnberg zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Am 4. Februar 1951 freigelassen. 1952 gestorben.

SEIBERT, SS-Standartenführer Walter. Stellvertreter Ohlendorfs. Im April 1948 in Nürnberg zum Tode verurteilt. Im Januar 1951 zu 15 Jahren Gefängnis begnadigt. Im Jahre 1955 freigelassen.

SEIDL, SS-Hauptsturmführer Siegfried. Angehöriger von Eichmanns Kommando. Befehlshaber in Theresienstadt, Straßhof und Bergen-Belsen. Am 4. Oktober 1946 vom Volksgericht in Wien zum Tode verurteilt und hingerichtet.

SEYSS-INQUART, Arthur. 1940—45 Reichskommissar für die Niederlande. Am 16. Oktober 1946 in Nürnberg hingerichtet.

SIX, SS-Standartenführer Professor Franz. Kurze Zeit in den Einsatzgruppen mit der Eruierung politischer Kommissare unter den russischen Kriegsgefangenen beschäftigt. Schlug die Abhaltung des für 1944 vorgesehenen internationalen antijüdischen Kongresses vor. Im April 1948 zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Strafe im Januar 1951 auf 10 Jahre herabgesetzt. Am 30. September 1952 freigelassen.

SOMMER, SS-Hauptsturmführer Karl. Stellvertretender Leiter von D II, des Amtes für Zuteilung von Arbeitskräften für die Konzentrationslager. Führte Aufzeichnungen über die Selektionen in Auschwitz. Am 3. November 1947 in Nürnberg zum Tode verurteilt, am 31. Januar 1951 zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

SPORRENBERG, SS-Brigadeführer Jakob. Hat als Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Lublin von August 1943 bis Juli 1944 das Massaker in Majdanek geleitet. Am 22. September 1950 in Warschau zum Tode verurteilt.

SPRENGER, Jakob. Gauleiter von Hessen-Nassau. Terrorisierte auf eigene Faust in den Jahren 1943/44 die von der Deportierung ausgenommenen Juden. Hat bei Kriegsende Selbstmord begangen.

STÄNGE, SS-Hauptsturmführer. Kommandant des Todeslagers Treblinka. Diente vom November 1943 an in Dalmatien. Spurlos verschwunden.

STAHLECKER, SS-Brigadeführer Franz. Befehlshaber der Einsatzgruppe A im Baltikum und in Weißrußland. Wurde im März 1942 von estnischen Partisanen in Krasnowardeisk getötet.

Steengracht von Moyland, Adolf. Weizsäckers Nachfolger als Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Mitschuldig an den Deportierungen aus Dänemark und Norwegen. Im April 1949 in Nürnberg zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt, im Februar 1950 freigelasssen.

STRAUCH, SS-Obergruppenführer Eduard. 1942/43 Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Weißrußland. Im April 1948 in Nürnberg zum Tode verurteilt, aber zur Durchführung eines zweiten Prozesses wegen seiner Tätigkeit als Polizeibefehlshaber während der Gegenoffensive in den Ardennen an Belgien ausgeliefert. Am 19. Juli 1952 zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Am 16. September 1955 in einem Krankenhaus in Brüssel gestorben.

Streckenbach, SS-Obergruppenführer. 1939—41 Inspektor der Sicherheitspolizei in Polen und später Leiter vom Amt I (Personalabteilung) des RSHA. Spielte eine unaufgeklärt gebliebene Rolle bei der Organisierung der Einsatzgruppen. Als Kriegsgefangener in der Sowjetunion zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Bis März 1956 nicht zurückgekehrt.

STREICHER, Julius. Herausgeber des „Stürmer" und Gauleiter von Franken. Wurde am 16. Oktober 1946 in Nürnberg hingerichtet.

STROOP, SS-Brigadeführer und Generalleutnant der Polizei Jürgen. Hat von April bis Mai 1943 das Warschauer Ghetto liquidiert. Später Höherer SS-und Polizeiführer in Griechenland. Am 22. März 1947 von einem amerikanischen Gericht in Dachau wegen der Erschießung von Geiseln in Griechenland zum Tode verurteilt. 1948 an Polen ausgeliefert. In einem zweiten Prozeß in Warschau neuerlich zum Tode verurteilt und am 8. September 1951 hingerichtet.

STUCKART, Wilhelm. Staatssekretär im Reichsministerium des Innern. Autor der Nürnberger Gesetze und der Durchführungsverordnungen dazu. Im April 1949 zu einer durch die Untersuchungshaft verbüßten Gefängnisstrafe verurteilt und sofort freigelassen. 1952 in Hannover gestorben.

Stülpnagel, Heinrich von. 1942—44 Militärbefehlshaber in Frankreich. Unterstützte ursprünglich die Deportierungen von Juden aus Frankreich, leistete ihnen aber später Widerstand. Nach einem erfolglosen Selbstmordversuch in Verdun im August 1944 im Zusammenhang mit der Juliverschwörung hingerichtet.

SZÁLASI, Major Andor. Führer der „Pfeilkreuzler"-Bewegung und von Oktober 1944 bis Februar 1945 ungarischer Ministerpräsident. 1946 in Budapest zum Tode verurteilt und hingerichtet.

SZTOJAY, Döme. März—August 1944 ungarischer Ministerpräsident. Im Januar 1946 in Budapest zum Tode verurteilt und hingerichtet.

TESCH, Bruno. Miteigentümer der Firma Tesch und Stabenow. Wegen der Lieferung von „Zyklon B"-Gas nach Auschwitz im März 1946 von einem britischen Gericht in Hamburg zum Tode verurteilt und hingerichtet.

THADDEN, Eberhard von. Seit Mai 1943 „Judenreferent" in der Abteilung „Inland II" des Auswärtigen Amtes. 1949 aus der Internierung durch die Alliierten freigelassen, aber im Dezember 1950 vom Nürnberger Schwurgericht unter Anklage gestellt. In der britischen Zone ver-

steckt aufgefunden, verhaftet und vom Kölner Gericht neuerlich angeklagt.

THIERACK, Otto. 1942—45 Reichsjustizminister. Beging im Oktober 1946 in einem Internierungslager Selbstmord, als er erfuhr, daß er in Nürnberg vor Gericht gestellt werden sollte.

THILO, SS-Hauptsturmführer Dr. Leitete zusammen mit Mengele 1942—44 die Selektionen für die Gaskammern in Auschwitz. Wurde nicht gefunden.

THOMAS, SS-Obergruppenführer Max. Juli 1940 bis September 1941 Höherer SS- und Polizeiführer in Frankreich-Belgien, dann in der Ukraine. Soll 1944 getötet worden sein.

TISO, Monsignore Jozef. 1939—45 Präsident der slowakischen Republik. Wurde am 18. April 1947 in Preßburg hingerichtet.

TÖBBENS, Walter. War mit der Aufbringung von Arbeitskräften im Warschauer Ghetto und in der Provinz Lublin beschäftigt. Entkam am 22. November 1946 aus einem Zug vor der Auslieferung an Polen. Wurde vom Schwurgericht Bremen im Mai 1949 in Abwesenheit zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt, aber bisher nicht aufgefunden.

TUKA, Dr. Vojtech. 1939—44 Ministerpräsident der Slowakei. Wurde im August 1946 in Preßburg hingerichtet.

TURNER, SS-Standartenführer Harald. Leiter der Militärverwaltung in Serbien. Hat an den Massakern im Belgrader Ghetto mitgewirkt. Am 9. März 1947 in Belgrad zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Vajna, Gabor. Ungarischer Minister des Innern von Oktober 1944 bis Februar 1945. Im Januar 1946 in Budapest hingerichtet.

Vallat, Xavier. Kommissar der Regierung Pétain für Judenfragen März 1941 bis März 1942. An den Deportationen unbeteiligt. Im Dezember 1947 zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt, im Dezember 1949 freigelassen.

VEESENMAYER, Edmund. März bis November 1944 Reichsbevollmächtigter für Ungarn. Im April 1949 in Nürnberg zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, im Januar 1951 Erlaß der Hälfte der Strafe, ein Jahr später freigelassen.

Wächter, Freiherr Gustav von. Landkommissar der Provinz Krakau. Soll als Mönch am 10. September 1949 in einem Kloster in Rom gestorben sein.

WAGNER, Generalleutnant Eduard. Generalquartiermeister der Wehrmacht. Seine Zusammenarbeit mit Himmlers Polizei in Rußland wurde nicht bewiesen. Hat nach dem 20. Juli 1944 Selbstmord begangen.

WAGNER, Horst. 1943—45 Amtsleiter der Abteilung „Inland" des Auswärtigen Amtes. Nachfolger Martin Luthers. Wurde nicht vor Gericht gestellt.

WAGNER, Robert. Gauleiter von Elsaß-Baden. 1946 von einem französischen Militärgericht in Straßburg zum Tode verurteilt, unter anderem auch wegen Mitschuld an der Deportierung von Juden im Oktober 1940.

WEINMANN, SS-Standartenführer. 1943—45 Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Böhmen. Vorher Leiter eines Ausrottungskommandos in Rußland. Wurde nicht gefunden.

WEISS, SS-Hauptsturmführer Martin. Kriminalsekretär der Gestapo in Wilna. Im Februar 1950 vom Schwurgericht Würzburg zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Weizsäcker, Ernst Freiherr von. Staatssekretär im Auswärtigen Amt bis April 1943. Im April 1949 in Nürnberg zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt. Strafumwandlung auf 5 Jahre gefolgt von Haftentlassung am 15. Oktober 1950 nach Abbüßung von nicht einmal 3 Jahren. Am 6. August 1951 in Lindau gestorben.

WETZEL, Dr. Ernst. Leiter des Rassenpolitischen Amtes der Partei. 1941 in Rosenbergs Ministerium versetzt. Verfasser des berühmten Gaskammerbriefes an Lohse. Wurde nicht gefunden.

WIRTH, SS-Sturmbannführer Christian. Kriminalkommissar. 1942/43 Leiter der Todeslagerorganisation in Polen, dann unter Globocniks Kommando in Dalmatien. Der Bericht über seine angebliche Tötung durch Partisanen in Istrien im Mai 1944 bedarf der Überprüfung.

WISLICENY, Dieter. SS-Hauptsturmführer. Vertreter Eichmanns in der Slowakei. Im Juli 1948 in Preßburg zum Tode verurteilt.

WITISKA, SS-Obersturmbannführer. Seit August 1944 Befehlshaber der Sicherheitspolizei in der Slowakei, von wo er 9000 Juden deportierte. Wurde nicht gefunden.

Wöhler, Generalmajor Otto. 1941 Stabschef Mansteins auf der Krim. An Ohlendorfs Judenmassakern beteiligt. Am 8. Oktober 1948 zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Herbst 1950 freigelassen.

Woermann, Ernst. Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt bis 1945. Im April 1949 in Nürnberg zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Februar 1950 freigelassen.

WOLFF, SS-Obergruppenführer Karl. Stellvertreter Himmlers und Verbindungsmann zu Hitler. Im Zusammenhang mit der Endlösung nicht unter Anklage gestellt, aber 1946 von einem deutschen Gericht wegen seiner Teilnahme an den Unterdruckversuchen in Dachau zu 4 Jahren Arbeitslager verurteilt. Im August 1949 freigelassen.

ZÖPF, SS-Hauptsturmführer. Leiter von Eichmanns Dienststelle in Den Haag. Wurde nicht gefunden.

ZÖRNER. 1939—44 Landkommissar im Distrikt Lublin. Soll in Polen hingerichtet worden sein.

Zeittafel der Endlösung

Die Endlösung	Gleichzeitige politische und militärische Ereignisse
1938	**1938**
	29. September. Münchner Abkommen.
28. Oktober. Erster Deportierungsbefehl betrifft polnische Juden im Reich. 9. November. vom Raths Tod. Kristallnacht. 12. November. Görings Besprechung über Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden.	
1939	**1939**
24. Januar. Göring entsendet Heydrich ins Zentralamt für jüdische Auswanderung.	
	15. März. Böhmen und Mähren besetzt.
18. April. Der slowakische Marionettenstaat erläßt antijüdische Gesetze. 4. Juli. Die deutschen Juden werden der Reichsvereinigung unterstellt. 26. Juli. Eichmann übernimmt die Leitung der Prager Stelle des Auswanderungsamtes.	
	21. August. Moskauer Nichtangriffspakt. 1. September. Angriff auf Polen. 3. September. **Großbritannien und Frankreich erklären Krieg an Deutschland.** 17. September. Sowjetische Besetzung Ostpolens.
1.—21. September. SS und Wehrmacht organisieren zahlreiche Pogrome in Polen.	
21. September. Heydrichs Pläne für Ghettos in Polen.	
	27. September. Warschau genommen.
6. Oktober. Hitler verkündet Umsiedlungspolitik für Polen und Isolierung der Juden.	
	8. Oktober. Evakuierung der Volksdeutschen aus Litauen beginnt.

Die Endlösung

12. Oktober. Erste Deportierung von Juden aus Wien und Böhmen nach Nisko in Polen.
25. Oktober. Vertreibung der Juden aus Jaroslaw über den San in sowjetisches Gebiet.
28. Oktober. Der Judenstern in Wloclawek eingeführt.
8. November. Hans Frank zum Generalgouverneur ernannt.
15. November. Deutsche Behörden müssen vertriebene Juden aus Sowjetgebiet zurücknehmen.
23. November. Judenstern im ganzen Generalgouvernement.

Gleichzeitige politische und militärische Ereignisse

8. November. Attentat auf Hitler in München.

30. November. Sowjetunion greift Finnland an.

Osteuropa

1940

30. Januar. Heydrichs Besprechung über Umsiedlung von Juden und Volksdeutschen.
12. Februar. Göring gegen Wiederaufnahme der Judenverschickung ins Generalgouvernement außer aus Lodz.

23. März. Göring ordnet Einstellung der Deportierungen an.
29. März. Auswärtiges Amt dementiert Gerüchte über bevorstehende Deportierung der Berliner Juden.

14. April. Frank erklärt, Krakau müsse judenfrei gemacht werden.
30. April. Das erste umfriedete und bewachte Ghetto in Lodz eingerichtet.

Westeuropa

1940

10. Mai. Luther ins Referat „Deutschland" des Außenamtes ernannt.

20. Juni. Hitler erwähnt Madagaskar Mussolini gegenüber.

Gleichzeitige Kriegsereignisse

1940

22. Januar. Radio Vatikan greift deutsches Verhalten in Polen an.

12. März. Sowjetisch-Finnischer Frieden.

9. April. Deutsche Invasion Dänemarks und Norwegens.

10. Mai. **Deutsche Invasion Westeuropas.**
15. Mai. Holland kapituliert.
28. Mai. Evakuierung aus Dünkirchen.
10. Juni. Italien im Krieg.

Osteuropa	Westeuropa	Gleichzeitige Kriegsereignisse
		21. Juni. **Frankreich unterschreibt Waffenstillstand.**
		28. Juni. Rumänien tritt Bessarabien und Bukowina an Sowjetunion ab.
	2. Juli. Rundschreiben von Luthers Referat über Deportierungen nach Madagaskar.	
12. Juli. Frank sagt, er habe Hitler überredet, die Judendeportierungen in das Generalgouvernement zu beenden.		
		19. Juli. Hitlers Rede im Reichstag bietet England Frieden an.
9. August. Rumänien entzieht Juden aus sowjetisch besetzten Gebieten die Bürgerrechte.		
	15. August. Eichmanns Madagaskarplan.	
	19. August. Abetz schlägt die Deportierung staatenloser Juden nach Vichy-Frankreich vor.	
		15. September. Ion Antonescu wird Diktator von Rumänien.
	4. Oktober. Vichys „Statut des Juifs" beraubt jüdische Flüchtlinge ihrer bürgerlichen Rechte.	
		7. Oktober. Deutsche Truppen in Rumänien.
16. Oktober. Befehl zur Gründung des Warschauer Ghettos erlassen.		
		28. Oktober. Italien greift Griechenland an.
15. November. Warschauer Ghetto hermetisch abgeschlossen.		
1941	**1941**	**1941**
11. Januar. Frank erreicht Aufschub von Himmlers Deportationsplan.		
22./23. Januar. Aufstand der Eisernen Garde in Rumänien. Erstes Judengemetzel des Krieges.		
	31. Januar. Erster Versuch, einen „Judenrat" in Frankreich zu gründen.	
		17. Februar. Rumänien tritt in den Krieg ein.

Osteuropa	Westeuropa	Gleichzeitige Kriegsereignisse
Februar—April. 72 000 Juden ins Warschauer Ghetto deportiert.	22./23. Februar. 400 jüdische Geiseln aus Amsterdam deportiert.	
		1. März. Bulgarien im Krieg.
		2. März. Hitler erläutert seine Pläne für die Besetzung der Sowjetunion.
	4. März. Bau der Bunafabrik in Auschwitz genehmigt.	
30. März. Hitlers „Führerbefehl"-Besprechung. Möglichkeit der Ausrottung der Juden erwähnt.	30. März. Vichy-Regierung ernennt „Commissaire aux Questions Juives".	Ende März. Britische Truppen in Griechenland.
		6. April. Deutscher Einfall in Jugoslawien und Griechenland.
		10. April. Unabhängigkeit Kroatiens erklärt.
		24. April. Bulgarien besetzt Thrazien.
	14. Mai. Deutsche verhaften 3600 eingebürgerte Pariser Juden.	
		15. Mai. Pétain verspricht Zusammenarbeit mit Deutschland in einer Rundfunkrede
Ende Mai. Bildung der Einsatzgruppen in Pretzsch in Sachsen.		
		22. Juni. **Angriff auf die Sowjetunion.**
25. Juni. Pogrom in Jassy (Rumänien).		
28. Juni. Von Deutschen angestiftetes Pogrom in Kowno (Litauen).		
2. Juli. „Unternehmung Petljura"-Pogrom in Lemberg.		
8. Juli. Judenstern muß in den baltischen Staaten getragen werden.		
21. Juli. Himmler plant Konzentrationslager in Majdanek.		21. Juli. Ganz Bessarabien von Rumänien zurückerobert.
	31. Juli. Göring beauftragt Heydrich, die völlige Evakuierung der europäischen Juden durchzuführen.	
2. August. Austreibung der staatenlosen Juden aus Karpatorußland angeordnet.		
		14. August. Smolensk von deutschen Truppen besetzt.

Osteuropa	Westeuropa	Gleichzeitige Kriegsereignisse
15. August. Ungarn deportiert Juden aus der Batschka nach Serbien.	Mitte August. Slowakische Regierung löst das Preßburger Ghetto auf.	
18. August. Rumänen versuchen, Juden über den Dnjestr abzuschieben.		
	Ende August. Hitler verspricht Goebbels, daß die Berliner Juden nach Osten deportiert werden.	
1. September. Massaker der von den Ungarn vertriebenen Juden bei Kamenetz-Podolsk.		
	15. September. Slowakei übernimmt Nürnberger Gesetze. Judenstern muß im ganzen Reich getragen werden.	
19. September. Liquidierung des Ghettos von Schitomir, Ukraine.		19. September. Kiew besetzt.
23. September. Versuchsvergasungen in Auschwitz.		
		27. September. Heydrich wird Reichsprotektor von Böhmen und Mähren.
28./29. September Massaker von 34 000 Juden in Kiew.		
	2. Oktober. Pariser Synagogen in Gestapo-Geheimaktion gesprengt.	
	4. Oktober. Heydrichs Besprechung über die kommenden Deportierungen aus dem Reich.	
12./13. Oktober. Massaker in Dnjepropetrowsk.		12. Oktober. Teilweise Evakuierung Moskaus.
19. Oktober. Auswärtiges Amt unterstützt Massaker im Belgrader Ghetto.		
	20. Oktober. Erste Deportierungen aus dem Reich angeordnet. (Nach Lodz.)	
28. Oktober. Wetzels Brief schlägt Vergasungslager in Riga und Minsk vor.		
Ende Oktober. Metzeleien in Riga, Wilna, Kowno und Dwinsk (Dünaburg).		
	4. November. Deportierungen nach Lodz abgeschlossen.	
6. November. 15 000 Menschen in Rowno umgebracht.		

Osteuropa	Westeuropa	Gleichzeitige Kriegsereignisse
	Erste Hälfte November. Die ersten Juden aus dem Reich treffen in Riga, Minsk und Kowno ein. 27. November. Ribbentrop greift Vorschlag auf, die Deportierungen auf alle europäischen Juden auszudehnen.	
Ende November. Erstes Blutbad in Rostow.		Ende November. Gefährdung Moskaus vorüber.
	5. Dezember. Stülpnagel schlägt die Deportierung von 1000 Pariser Juden vor, die am 12. verhaftet werden.	
		7. Dezember. **Japan greift die Alliierten und USA an.**
8. Dezember. Blutbad von Riga beendet (27 000 Opfer).		
		11. Dezember. **Deutschland erklärt Krieg an USA.** 19. Dezember. Brauchitsch als Befehlshaber in Rußland entlassen.
22. Dezember. Blutbad von Wilna beendet (32 000). 30. Dezember. Blutbad von Simferopol (Krim) beendet (10 000). Ende Dezember. Ständiges Vergasungslager in Chelmno bei Posen.		
1942	**1942**	**1942**
		6. Januar. Molotows erste Note über deutsche Verbrechen in der UdSSR.
15. Januar. „Umsiedlungsaktion" in Lodz beginnt.		15. Januar. Die Alliierten versichern, daß Kriegsverbrecher bestraft werden.
	20. Januar. Heydrich gibt auf der Wannsee-Besprechung Ausrottungspläne zu.	
		26. Januar. Die ersten amerikanischen Truppen überqueren den atlantischen Ozean.
31. Januar. Stahlecker berichtet, daß 229 052 Juden in den baltischen Staaten getötet worden sind. Februar/März. Ausrottung von 14 000 Charkower Juden in der Traktorenfabrik Nr. 9.	Ende Januar. Die ersten Deportierungen nach Theresienstadt. 3. Februar. Oswald Pohl Leiter der Konzentrationslager.	

Osteuropa	Westeuropa	Gleichzeitige Kriegsereignisse
		15. Februar. Fall von Singapur.
		15. März. Hitler verspricht, Rußland im Sommer vernichtend zu schlagen.
16. März. Todeslager Belzec errichtet. Die Massaker des „Einsatz Reinhard" beginnen in Mielec, Polen.		
	20. März. Weizsäcker bestätigt die Zustimmung des Außenamtes zur Deportierung von 6000 Pariser Juden nach Auschwitz.	
17.—21. März. Großteil des Lubliner Ghettos umgesiedelt.		
	28. März. Die ersten slowakischen Juden im Lager Birkenau, Auschwitz.	
	28. März. Der erste Zug Paris–Auschwitz.	
	2. April. Sauckels totaler Arbeitseinsatz durchkreuzt Auschwitz-Programm.	
April—Juli. Umsiedlung auf ganz Polen ausgedehnt.	April—Juni. Juden aus dem Großdeutschen Reich in die polnischen Todeslager verschickt.	26. April. Reichstag bestätigt Hitlers Aufhebung der Rechtsordnung.
		13. Mai. Russischer Versuch, Charkow zurückzuerobern, schlägt fehl.
15. Mai — 30. Juni. „Familientransporte" aus der Slowakei in den Distrikt Lublin.		
		31. Mai. Erster großer Luftangriff auf Deutschland. (Köln.)
	1. Juni. Judenstern muß in Frankreich und Holland getragen werden.	
		5. Juni. Heydrichs Tod.
		10. Juni. Von Bock eröffnet die Offensive an der Don-Front.
	15. Juni. Eichmann erklärt, daß militärische Gründe die Deportierungen aus dem Reich verhindern.	
18. Juni. Fahrzeugbeanspruchung durch Offensive in Rußland bedroht Umsiedlungsprogramm des „Einsatz Reinhard".		
		22. Juni. Laval verhandelt über die Rückkehr der französ. Kriegsgefangenen.
	23. Juni. Erste Selektion für die Gaskammern in Auschwitz. (Paris.)	

Osteuropa	Westeuropa	Gleichzeitige Kriegsereignisse
Juli. Metzeleien auf Minsk, Lida, Slonim und Rowno ausgedehnt.		
		1. Juli. Deutsche Armeen erreichen El Alamein in Ägypten und den Don in Rußland.
	16. Juli. Die große Razzia in Paris. Erster Deportationszug aus Holland.	
22. Juli. Warschauer Umsiedlung beginnt. (Bis 3. Oktober 310 000 umgesiedelt.)		
	4. August. Erster Deportationszug Belgien–Auschwitz.	
10.—22. August. 40 000 Juden aus Lemberg umgesiedelt.		
		Mitte August. Deutsche Truppen erreichen den Nordkaukasus.
		19. August. Angriff auf Dieppe.
	26.—28. August. 7000 staatenlose Juden im unbesetzten Frankreich verhaftet.	
August/September Deportierungen aus Agram nach Auschwitz.	August/September. Zahlreiche aus Theresienstadt deportierte Juden in der Nähe von Minsk vergast.	
9. September. Das „östlichste" Massaker von Juden in Kislowodsk, Kaukasus.		
16. September. „Umsiedlung" in Lodz beendet.		16. September. Deutsche Armee erreicht Stalingrad.
		30. September. Hitler wiederholt die Voraussage der Vernichtung des Weltjudentums.
3. Oktober. „Umsiedlung" in Warschau beendet.		
	4. Oktober. Alle Juden in Konzentrationslagern gehen nach Auschwitz.	
		7. Oktober. Inter-Alliierte Kommission für Kriegsverbrechen gegründet.
	14. Oktober. Juden in Holland so gut wie vogelfrei.	
	18. Oktober. Justizministerium überträgt Verantwortung für Juden und Ostbürger im Reich an die Gestapo.	

Osteuropa	Westeuropa	Gleichzeitige Kriegsereignisse
28. Oktober. Erster Teil von „Einsatz Reinhard" beendet. Über 50 Ghettos in Polen gesetzlich anerkannt. 29. Oktober. 16 000 Juden in Pinsk umgebracht.		
		7. November. **Alliierte Landung in Nordafrika.** 11. November. Vichy-Frankreich von Deutschen, Nizza von Italienern besetzt.
18. November. Lemberger Ghetto wird auf dem Papier ein Arbeitslager.		
		22. November. Beginn der russischen Gegenoffensive.
	25. November. Deportierung aus Bergen (Norwegen) nach Auschwitz. 26. November. Jüdische Arbeiter in Rüstungsfabriken im Reich sollen durch Polen ersetzt werden.	
		17. Dezember. Die Alliierten erklären feierlich, daß die Judenausrottung gesühnt werden wird.
	Dezember/Januar. Italienische Bemühungen, die Juden in ihrem Sektor Frankreichs zu schützen.	
1943	**1943**	**1943**
		14. Januar. „Bedingungslose Kapitulation" in Casablanca vereinbart.
18. Januar. Erster Widerstand im Warschauer Ghetto.		
	20.—26. Januar. Deportationen Theresienstadt–Auschwitz.	
		28. Januar. Sauckel ordnet allgemeine Arbeitsmobilisierung an. 2. Februar. **Sechste deutsche Armee ergibt sich bei Stalingrad.**
5.—12. Februar. Erste Umsiedlung in Bialystok.		
		15. Februar. Russen erobern Charkow zurück.
	27. Februar. Jüdische Rüstungsarbeiter aus Berlin nach Auschwitz verschickt.	

Osteuropa	Westeuropa	Gleichzeitige Kriegsereignisse
	März. Transporte aus Holland gehen ins Todeslager Sobibor, aus Wien, Luxemburg, Prag und Mazedonien nach Treblinka.	
März—Mai. Zweite Umsiedlung aus Kroatien. 13. März. Krakauer Ghetto liquidiert. 15. März. Deportierungen aus Saloniki und Thrazien beginnen.	13. März. Das erste der neuen Krematorien in Auschwitz eröffnet.	
		16. März. Russen verlieren Charkow wieder.
22.—29. März. Bulgaren helfen bei Deportierungen aus Thrazien und Mazedonien.		
		16. April. Hitler gibt Admiral Horthy gegenüber die Ausrottung zu.
19. April — 16. Mai. Liquidierung des Warschauer Ghettos.		
	27. April. Totale Umsiedlung der Amsterdamer Juden als undurchführbar aufgegeben.	
		Ende April. Martin Luthers Sturz. Goebbels veröffentlicht Katyn-Enthüllungen. 9. Mai. **Deutsche Armee in Tunis kapituliert.**
	19. Mai. Berlin „judenfrei" erklärt.	
24. Mai. Bulgarische Regierung zerstreut die Juden von Sofia entgegen deutschen Befehlen. 11. Juni. Himmler ordnet die Liquidierung aller polnischen Ghettos an; Erlaß am 21. auf Rußland ausgedehnt. 21.—27. Juni. Liquidierung des Lemberger Ghettos.		
		5.—15. Juli. Deutsche Offensive in Rußland schlägt fehl. 9. Juli. **Alliierte Landung auf Sizilien.** 25. Juli. Mussolini verhaftet. Ende Juli. Russische Partisaneneinheit unter Kowpak dringt bis in die Karpaten vor — 800 km hinter der Front.
4.—12. August. Deportierungen aus Sosnowiec-Bedzyn nach Auschwitz.		

Osteuropa	Westeuropa	Gleichzeitige Kriegsereignisse
August. Exhumierungsaktion in Kiew und den Todeslagern nach Vormarsch der Russen.		
		5. August. Schweden verweigert Deutschland Durchfahrt. Aufruhr in dänischen Werften.
	14. August. Laval weigert sich, an den Judendeportierungen aus Frankreich teilzunehmen.	
		17. August. Kallay spricht sich für Frieden aus.
19.—27. August. Liquidierung des Ghettos Bialystok.		
	24. August. Himmler wird Reichsminister des Innern.	
		8. September. Alliierte veröffentlichen italienische Waffenstillstandsbedingungen. Rom und Norditalien am 10. in deutscher Gewalt.
	11. September. Beginn der deutschen Razzia auf Juden in Nizza.	
11.—14. September. Liquidierung der Ghettos von Minsk und Lida.	11.—18. September. „Familientransporte" aus Theresienstadt nach Auschwitz.	
23. September. Liquidierung des Wilnaer Ghettos. September—November. Völlige Liquidierung aller weißrussischen Ghettos nach dem Fall von Smolensk.		
		25. September. Russen erobern Smolensk zurück.
	1. Oktober. Deutsche Deportierung der Juden Dänemarks im großen und ganzen umgangen.	
		13. Oktober. Italien erklärt Krieg an Deutschland.
14. Oktober. Himmlers Rede in Posen gibt Ausrottungsprogramm zu.		
	18. Oktober. Erste Deportation Rom–Auschwitz.	
		20. Oktober. Moskauer Außenministerkonferenz (Hull, Eden, Molotow) verkündet „Entschlossenheit, Kriegsverbrecher zu bestrafen".

Osteuropa	Westeuropa	Gleichzeitige Kriegsereignisse
	1. November. Höss aus Auschwitz entfernt. Lange Pause im Ausrottungsprogramm, mit Ausnahme einiger Züge aus Holland.	
3. November. Liquidierung des Rigaer Ghettos. Ermordung der im Konzentrationslager Lublin verbliebenen Juden.		
		6. November. Russen erobern Kiew zurück.
11.—23. Dezember. Vertreter des Schweizer Roten Kreuzes besuchen von Rumänien nach der Südukraine deportierte Juden.		
		15.—19. Dezember. Erster Prozeß gegen deutsche Kriegsverbrecher in Charkow.
1944	**1944**	**1944**
		6. Januar. Rote Armee dringt in das ehemals polnische Weißrußland ein. Jüdische Partisanen an den Kämpfen beteiligt. 26. Januar. Russen veröffentlichen Bericht über Katyn.
14. Februar. Himmler ordnet an, das Lodzer Ghetto zu verkleinern.		
		15. März. Rote Armee überquert den Bug.
	18. März. Horthy stimmt deutscher Polizeiaufsicht in Ungarn und der Deportierung der Juden zu.	
		28. März. Rote Armee dringt in Galizien ein.
März/April. Die Juden in Transnistrien, Bessarabien und der Bukowina in russischen Händen.	3. April. Besprechung von „Judenreferenten" in Krummhübel.	
		10. April. Bukowina, Bessarabien und Odessa zurückerobert.
14. April. Erster Transport Athen–Auschwitz.		
	15. Mai bis 27. Juni. 380 000 Juden aus Großungarn deportiert, hauptsächlich nach Auschwitz, wo mindestens 250 000 vergast wurden.	

Osteuropa	Westeuropa	Gleichzeitige Kriegsereignisse
		4. Juni. Alliierte in Rom. 6. Juni. **Invasion Westeuropas.** 23. Juni. Russische Offensive beginnt. Eroberung von Minsk am 3. Juli, Wilna am 8. Juli, Lemberg am 27. Juli; an den Toren von Warschau am 31. Juli. 20. Juli. **Attentat auf Hitler.**
	6. Juli. Unter alliiertem Druck stellt Horthy die Deportationen zeitweilig ein.	
24. Juli. Russen befreien Konzentrationslager Lublin. Das jüdische Lager im Warschauer Ghetto evakuiert. 25. Juli. Kownoer Ghetto evakuiert. 6. August. Lager Kaiserswald (Riga) evakuiert. 27 000 Juden aus Lagern östlich der Weichsel nach Deutschland transportiert.		
23. August. Eichmann versucht, die Deportierung der Juden aus Rumänien zu organisieren, da Rumänien kapituliert. 5. September. Lodzer Ghetto evakuiert.	23. August. Lager Drancy (Paris) befreit.	23. August. Rumänien kapituliert. Paris befreit. 5. September. Schweden verweigert Kriegsverbrechern Asyl. 11. September. Britische Truppen erreichen Holland. 13. September. Russen erreichen slowakische Grenze. 14. September. **Amerikanische Truppen an der deutschen Grenze.**
23. September. Blutbad im Lager Kluga, Estland, nach Revals Einnahme durch die Russen. Wiederaufnahme der Deportierungen aus der Slowakei nach dem Aufstand von Banska Bystrica.	September. Juden aus holländischen Lagern nach Deutschland transportiert. Deportierungen Theresienstadt — Auschwitz. Letzter Transport Frankreich — Auschwitz. Rotes Kreuz besucht Leitung des Lagers Auschwitz.	
		15. Oktober. Horthy von den Deutschen verhaftet, nachdem er die Kapitulation bekanntgegeben hat.
Ende Oktober. Die Überlebenden des Krakauer Konzentrationslagers (Plaszow) nach Auschwitz transportiert.	Ende Oktober. Letzte Selektion für die Gaskammern in Auschwitz.	

Osteuropa	Westeuropa	Gleichzeitige Kriegsereignisse
November. Prozeß gegen den Stab des Lagers Majdanek in Lublin.		3. November. Russen erobern zwei Drittel Ungarns und erreichen Budapest. 5. November. Britische Truppen in Saloniki. 7. November. Russen am Plattensee.
	8. November bis 8. Dezember. Etwa 35 000 Budapester Juden in die Gegend von Wien und in deutsche Konzentrationslager deportiert. 26. November. Himmler ordnet die Zerstörung der Auschwitzer Krematorien an. 6. Dezember. Ungarische Juden aus Belsen treffen in Bregenz ein.	
		16. Dezember. Rundstedt eröffnet die letzte deutsche Offensive in den Ardennen. 28. Dezember. Budapest belagert.
1945	**1945**	**1945**
16. Januar. Russen befreien 800 Juden in Tschenstochau und 870 in Lodz.		11. Januar. Russen erobern Warschau; am 18. Krakau und erreichen die Oder am 22. Januar.
	17. Januar. Über 80 000 Juden in Budapest von den Russen befreit. 26. Januar. Russen befreien 2819 kranke Überlebende in Auschwitz. 2. Februar. Vertreter des Roten Kreuzes beraten mit SS über Hilfe für Konzentrationslager.	
		4. Februar. **Krim-Konferenz.** 14. Februar. Ganz Budapest in russischen Händen.
März. Polen, die Slowakei und Ungarn von Deutschen geräumt.		
		5. März. Amerikanische Truppen erobern Köln und überqueren am 7. den Rhein bei Remagen.
	12. März. Kaltenbrunner empfängt Prof. Burckhardt.	
		23. März. Britische Truppen überqueren den Rhein bei Wesel.

Westeuropa

6.—10. April. 15 000 Juden aus dem „Kleinen Lager" in Buchenwald evakuiert.

15. April. Britische Armee findet etwa 40 000 Lebende und 13 000 Tote in Belsen (hauptsächlich Juden); etwa 30 000 waren gestorben.

23. April. Mauthausen dem Roten Kreuz zugänglich gemacht.
23. April — 4. Mai. Häftlinge aus Sachsenhausen, Oranienburg und Ravensbrück zu Fuß nach Schleswig evakuiert. Letzte Massaker von der SS-Wachmannschaft verübt.

2. Mai. Das Rote Kreuz übernimmt Theresienstadt.

3. Mai. Eichmanns Kommando zum letzten Mal in Alt-Aussee im Salzkammergut gesehen.

10. Mai. Theresienstadt befreit.

Gleichzeitige Kriegsereignisse

11. April. Amerikanische Truppen an der Elbe.
15. April. Russen besetzen Wien.

20. April. Amerikanische Truppen in Nürnberg.
23. April. Die Russen in den Vororten von Berlin.

24. April. Himmlers Friedensangebot durch Graf Bernadotte übermittelt.
30. April. **Hitlers Selbstmord im Bunker der Reichskanzlei.**
2. Mai. **Berlin ergibt sich den Russen.**

7. Mai. **General Jodl unterzeichnet die bedingungslose Kapitulation in Eisenhowers Hauptquartier.**

23. Mai. Himmler nimmt Gift bei seiner Verhaftung.
14. Juni. Ribbentrop in Hamburg verhaftet.

Bibliographie

Das zur Vorbereitung dieses Buches verwendete Material zerfällt in die folgenden Gruppen:

1. Dokumente und Beweisstücke aus den Nürnberger Prozessen.
2. Von jüdischen und anderen Untersuchungskommissionen gesammelte Beweisstücke zur Verwendung in diesen und anderen Prozessen.
3. Historische und statistische Berichte.
4. Memoirenwerke von Nichtjuden, die die mit der Ausrottung der Juden in Zusammenhang stehenden Vorgänge erhellen.
5. Berichte von Überlebenden.

Bei der Wertung und Auswertung dieses Materials und insbesondere der letztgenannten Gruppe von Berichten ist eine gewisse Zurückhaltung geboten. So wurden zum Beispiel die die polnischen Todeslager betreffenden Beweise nach dem Krieg entweder von der polnischen staatlichen Untersuchungskommission oder von der Zentralkommission für polnisch-jüdische Geschichte zusammengetragen. Die körperlich widerstandsfähigen Überlebenden, die man vernommen hatte, waren in den seltensten Fällen Menschen mit höherer Bildung. Außerdem sind die Ostjuden von Natur aus Meister der Rhetorik, die sich gerne einer blumigen Ausdrucksweise bedienen. Wenn ein Zeuge erzählte, daß die aus dem Westen herangeschleppten Opfer in „Wagon-lit"-Wagen in den Todeslagern anlangten, wollte er offenbar zum Ausdruck bringen, daß Personenwagen an Stelle der sonst üblichen Viehwagen verwendet worden waren. Manchmal klafft eine weite Lücke zwischen der erlaubten Phantasie und den Grenzen der Glaubwürdigkeit, so z. B., wenn eine Gruppe von Lebensmittelschmugglern in einem Ghetto aus außerordentlich großen Männern bestehend beschrieben wird, die Taschen der ganzen Länge ihrer Körper entlang besaßen. Leser, die an sich weit davon entfernt sind, irgendwelche antisemitische Vorurteile zu haben, die aber die Einzelheiten von Mordtaten in so gigantischen Ausmaßen als zu kraß empfinden, als daß man sie glauben könnte, mögen dazu neigen, *Credat Judaeus Apella* auszurufen und alle diese Schilderungen ins Reich der Fabel zu verweisen. Die Zeugen, werden sie vielleicht sagen, sind Orientalen, die ziffernmäßige Angaben nur zur Ausschmückung ihrer Erzählungen verwenden

und deren Namen allein schon — Sunschein und Zylberdukaten, Rothbalsam und Salamander — Ausgeburten der Phantasie sind.
Aber die fürchterlichsten Schrecken, die diese einfachen Menschen beschrieben haben, werden immer und immer wieder durch Berichte, Befehle und andere Äußerungen deutscher Amtsstellen bestätigt. So wird es nach und nach möglich, Zugaben der Phantasie auszuscheiden. Aus mehreren Berichten über die gleiche Begebenheit kann man dann den höchsten gemeinsamen Nenner an unanfechtbarem Tatsachenmaterial herausschälen. Dabei darf man nicht übersehen, daß Schilderungen aus dem Munde der Opfer der oft zweideutigen Sprache der deutschen Bürokratie manchmal die Klarheit einhauchen, die ihr selber abgeht. Sie bilden daher eine unumgängliche Ergänzung.

1. Die Nürnberger Prozesse

Hinweise auf die Verhandlungen des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg — des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher in den Jahren 1945/1946 — sind mit IMT bezeichnet. Bände- und Seitenzahlen beziehen sich auf die Nürnberger deutsche Ausgabe des Werkes „Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher" (42 Bände). Die zitierten Beweisstücke sind meist durch die Buchstaben PS (sowie eine Zahl) bezeichnet, es kommen aber auch Dokumente vor, die unter den Buchstaben L, EC, R, M, RF und USSR geführt werden. Die zitierten Dokumente — abgesehen von jenen, die mit RF oder USSR bezeichnet sind — finden sich meistens auch, zumindest teilweise, in den Bänden XXV bis XLII der obenerwähnten (amerikanischen) Veröffentlichung.
Viele, in der zweiundvierzigbändigen Ausgabe nicht enthaltene, aber in diesem Buch herangezogene Beweisstücke finden sich in englischer Übersetzung in dem elfbändigen dokumentarischen Werk *Nazi Conspiracy and Aggression, Washington*, State Department, 1946—48. Leider wurde in der zweiundvierzigbändigen Veröffentlichung nur ein kleiner Bruchteil der von Frankreich (RF) oder der Sowjetunion (USSR) in Nürnberg vorgelegten Beweisstücke mitgedruckt. Die für den französischen Ankläger in Nürnberg zusammengestellten Dokumente sind aber in französischer Sprache in den Veröffentlichungen des *Centre de Documentation Juive Contemporaine* enthalten, wobei sich in manchen Fällen auch der deutsche Urtext in Faksimile vorfindet.
Viele Hinweise in diesem Buch beziehen sich aber auf die zwölf späteren, vor einem ausschließlich amerikanischen Militärgericht in Nürnberg abgehaltenen Prozesse. In der amtlichen Veröffentlichung *Trials of War Criminals before the Nuremberg Military Tribunals* (Kriegsverbrecherprozesse vor den Nürnberger Militärgerichten), Washington, Government Printing Office, 1951/52, finden sich wenigstens Auszüge aus den dort gemachten Aussagen und verwendeten Beweisstücken. In den außerordentlich umfangreichen Bänden dieser Veröffentlichung, deren Verwendungsfähigkeit leider beschränkt ist, ist aber weniger als ein Zehntel des ganzen Materials enthalten. In der Mehrzahl der Fälle können die im Buch zitierten Beweisstücke aus diesen Prozessen nur aus

Photokopien studiert werden, die in verschiedenen Bibliotheken, wie z. B. im „Institut für Zeitgeschichte" in München, hinterlegt sind. Soweit das betreffende Beweisstück ganz oder teilweise, entweder in *Trials of War Criminals* oder anderswo, gedruckt vorliegt, ist das in den Quellennachweisen (S. 624—677) angegeben, wobei immer besonders angeführt wird, wenn in einer nichtdeutschen Veröffentlichung der deutsche Urtext enthalten ist.

Soweit kein gedrucktes Protokoll vorliegt, muß bei den mündlich gemachten Aussagen auf die im Gericht verteilte vervielfältigte Niederschrift hingewiesen werden. Die einzelnen Beweisstücke erscheinen unter der Ordnungszahl, die sie während des gerichtlichen Verfahrens gehabt haben; ihr gehen die Buchstaben NO oder NG, NI oder NOKW voraus. Die einzelnen Verfahren werden durchgehend als „Prozeß . . ." bezeichnet. Es handelt sich um die folgenden (die römische Zahl in Klammern deutet auf den einschlägigen Band der Veröffentlichung *Trials of War Criminals* hin):

Prozeß	I:	Karl Brandt und Genossen „Ärzteprozeß"	(I–II)
Prozeß	II:	Erhard Milch „Prozeß Milch"	(II)
Prozeß	III:	Altstötter und Genossen „Juristenprozeß"	(III)
Prozeß	IV:	Oswald Pohl und Genossen „Konzentrationslager-Prozeß"	(V–VI)
Prozeß	V:	Friedrich Flick und Genossen „Prozeß Flick"	(VI)
Prozeß	VI:	Karl Krauch und Genossen „I. G.-Farben-Prozeß"	(VII–VIII)
Prozeß	VII:	Wilhelm List und Genossen „Geiselprozeß"	(XI)
Prozeß	VIII:	Ulrich Greifelt und Genossen „RUSHA-Prozeß"	(IV–V)
Prozeß	IX:	Otto Ohlendorf und Genossen „Einsatzgruppen-Prozeß"	(IX)
Prozeß	X:	Alfried Krupp und Genossen „Prozeß Krupp"	(IX)
Prozeß	XI:	Ernst von Weizsäcker und Genossen „Wilhelmstraßen-Prozeß"	(XII–XIV)
Prozeß	XII:	Wilhelm von Leeb und Genossen „Oberkommando-Prozeß"	(X–XI)

Gute Zusammenfassungen des Verlaufs der zwölf Verfahren finden sich in der viel kürzeren Serie *Law Reports of Trials of War Criminals, Selected by the United Nations War Crimes Commission* (Von der Kriegsverbrechenkommission der Vereinten Nationen ausgesuchte und vorbereitete juristische Berichte über Kriegsverbrecherprozesse), London 1947 bis 1949, 14 Bände. Prozeß II wird in Band VII, Prozeß III in Band VI, Prozeß VI in Band X, Prozeß VII in Band VIII, Prozeß VIII in Band XIII, Prozeß X in Band X und Prozeß XII in Band XII besprochen. Der deutsche Wortlaut des Urteils im Prozeß XI, in dem viele in diesem Buch verwendete Beweisstücke zitiert werden, ist in der Veröffentlichung *Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß,* Schwäbisch-Gmünd 1950, enthalten.

Auszüge aus den mit den Anfangsbuchstaben NO, NG, NI und NOKW

bezeichneten Beweisstücken sind auch in den folgenden Büchern abgedruckt:

Bayle, François, *Croix Gammée contre Caducée* (Hakenkreuz gegen Äskulapstab), Neustadt in der Pfalz 1950. (Enthält auf mehr als 1500 Seiten Auszüge aus dem „Ärzteprozeß" mit wertvollem Material, das sich in den Bänden I und II der *Trials of War Criminals* nicht vorfindet.)

Alexander Mitscherlich und Friedrich Mielke, *Wissenschaft ohne Menschlichkeit*, Heidelberg 1949. (Behandelt den „Ärzteprozeß" und ist 1949 in New York auch englisch erschienen.)

Le Monde Juif (Die jüdische Welt), Mitteilungsblatt des *Centre de Documentation Juive Contemporaine* in Paris, 1946—52. In mehr als 60 Ausgaben dieser Monatsschrift sind viele der in den späteren Nürnberger Verfahren vorgelegten Beweisstücke mit entsprechenden Kommentaren von Léon Poliakov, Jacques Sabile, Jules Billig, Michal Mazor usw. veröffentlicht worden — sie stellen neben den *Trials of War Criminals* die umfangreichste Quelle dar.

La Persécution des Juifs en France et dans les autres Pays de l'Ouest, présentée par la France à Nuremberg (Die Verfolgung der Juden in Frankreich und den anderen westlichen Ländern — von Frankreich in Nürnberg vorgelegtes Material), herausgegeben von Henri Monneray, Paris 1947, Centre de Documentation Juive Contemporaine. (Enthält vornehmlich die von Frankreich dem Internationalen Militärgericht vorgelegten und mit RF bezeichneten Beweisstücke.)

La Persécution des Juifs dans les Pays de l'Est (Die Verfolgung der Juden in den Ostländern), Paris 1949, ebenda. (Behandelt hauptsächlich die Prozesse III, IV, IX und XI.)

Rousset, Henri, *Le Pitre ne rit pas* (Der Hanswurst lacht nicht), Paris 1950, CDJC. (Enthält hauptsächlich Beweisstücke, die den Charakter Himmlers beleuchten.)

Poliakov, Léon, *Bréviaire de la Haine* (Brevier des Hasses), Paris 1951.

Viele RF-Beweisstücke, die für das Internationale Militärgericht vorbereitet waren, wurden dort niemals vorgelegt und erhielten daher keine Ordnungszahlen. Einige von ihnen bilden die Grundlage zweier weiterer vom CDJC veröffentlichter Arbeiten:

L. Poliakov, *L'Etoile Jaune* (Der Gelbe Stern), Paris 1949. *La Condition des Juifs en France sous l'occupation italienne* (Die Lebensbedingungen der Juden im italienisch besetzten Frankreich), Paris 1950.

2. Andere Prozesse

Eine offizielle Veröffentlichung über die von britischen Gerichten in Wuppertal, Hamburg und Lüneburg sowie die von amerikanischen Gerichten in Dachau im Rahmen des „Londoner Statuts" vom 8. August 1945 durchgeführten Verfahren gibt es nicht. Privater Initiative entspringt die englische Serie *War Crimes Trials;* einer ihrer Bände *The Belsen Trial* gibt den in Lüneburg 1945 abgehaltenen Prozeß wieder und ist für unsere Betrachtungen außerordentlich wichtig. Das gilt in weit geringerem Maße von den Bänden *The Natzweiler Trial* (Wuppertal) und *The Hada-*

mar Trial (Dachau). Im folgenden bezeichnet die römische Zahl den Band der Sammlung *Law Reports of Trials of War Criminals*, der eine zusammenfassende Darstellung der hier erwähnten Prozesse enthält:

Tesch und Stabenow (Prozeß Zyklon B), Hamburg, Juni 1946	I
Belsen-Prozeß, Lüneburg, September–November 1945	II
Rudolf Franz Höss, Krakau, März 1947	VII
Amon Göth, Krakau, August/September 1946	VII
Arthur Greiser, Posen, Juni/Juli 1946	XII
Josef Bühler, Warschau, Juni/Juli 1948	XIV
Hans Albin Rauter, Haag, April 1948	XIV
Dachauer Konzentrationslager-Prozeß, Dezember 1945	XI

Das letzte der von britischer Seite geführten Verfahren war der Prozeß des Feldmarschalls von Manstein (Hamburg, August–Dezember 1949). Manches darüber findet sich in den Büchern von R. T. Paget *Manstein, His Campaigns and Trial* (Manstein, seine Feldzüge und sein Prozeß), London 1951, und Paul Leverkühn, *Verteidigung Manstein*, Hamburg 1952.

Nach diesem sehr umstrittenen Prozeß spielten sich die meisten der übrigen Kriegsverbrecherprozesse vor polnischen oder deutschen Gerichten ab. Über letztere wurde in der deutschen Presse ziemlich ausführlich berichtet, und dem Verfasser standen überdies noch die Anklageschriften in den Fällen Rademacher und Schäfer sowie eine kurze Zusammenfassung des Falles Többens zur Verfügung. Die Protokolle dieser und anderer Verhandlungen, die auf die Endlösung ein Licht werfen, liegen aber bisher nicht gedruckt vor und dürften auch in Zukunft nicht in Druck erscheinen. Eine Ausnahme bildet der Prozeß gegen den Beamten der Gestapo in Frankfurt Heinrich Baab im März 1950, über den Miss K. Boyle im *New Yorker* vom 9. September 1950 („The People with Names", Die Menschen mit Namen) einen ausgezeichneten Bericht veröffentlicht hat, der später auch in ihr Buch *The Smoking Mountain* (Der rauchende Berg), London 1952, Eingang fand.

Was die unter dem Gesichtspunkt der Endlösung sehr wichtigen holländischen Prozesse gegen SS-Gruppenführer Hans Albin Rauter und SS-Hauptsturmführer Aus der Fünten betrifft, war der Verfasser seinerzeit auf das vom Gericht ausgegebene Material und das Mitteilungsblatt des Amsterdamer Instituts für Kriegsdokumentation *Nederland in Oorlogstijd* (Die Niederlande im Krieg) vom März 1951 angewiesen, das eine sehr gute Zusammenfassung des Prozesses Rauter mit einigen in Faksimile wiedergegebenen Beweisstücken enthält. Inzwischen ist die ausgezeichnete Publikation *Het Proces Rauter* (Der Prozeß Rauter), Haag 1952, in Druck erschienen, in der die Aussagen des Angeklagten deutsch wiedergegeben sind; sie konnte für die vorliegende deutsche Ausgabe herangezogen werden.

Einiges von dem in den polnischen Prozessen verwendeten Material ist von der Zentralkommission für polnisch-jüdische Geschichte gesammelt und von ihr im deutschen Urtext in der ausgezeichneten dreibändigen Sammlung *Dokumenty i Materialy*, Lodz 1946, veröffentlicht worden (Herausgeber: Nachman Blumental, Michal Borwicz, Filip Friedman,

Josef Kermisz und Josef Wulf). Die drei Bände enthalten auch wertvolle Berichte von jüdischen Überlebenden (in polnischer Sprache). Weitere dokumentarische Belege finden sich in dem Buch von Nachman Blumental *Slowa Niewinne* (Unschuldige Worte), Krakau 1947. Ein großer Teil der Ergebnisse der Untersuchungen über Auschwitz und die Vernichtungslager wurde von der polnischen Kommission für die Untersuchung von Kriegsverbrechen englisch veröffentlicht:

German Crimes in Poland (Deutsche Verbrechen in Polen), zwei Bände, Warschau 1946/47.

Polish Charges against Germain War Criminals (Polnische Anklagen gegen deutsche Kriegsverbrecher), Warschau 1948.

3. Historische und statistische Berichte

Einige der im folgenden genannten Bücher sind in der Gestalt einer — vielleicht vorzeitig begonnenen — Geschichtsschreibung abgefaßt. Für den Forscher am ergiebigsten sind sie dort, wo sie im Zusammenhang mit dem Problem der Hilfeleistung, der Wiedergutmachung und der Existenzgründung gesammeltes Zahlenmaterial enthalten. Aber auch Werke, die mit wenig Abstand von den Geschehnissen geschrieben wurden und nicht frei von Tendenzen der Kriegspropaganda sind, enthalten oft wertvolles Beweismaterial.

American Federation of Polish Jews: *The Black Book of Polish Jewry* (Das Schwarzbuch des polnischen Judentums), New York 1943. (Trotz des frühen Erscheinungsdatums ist dieses Sammelwerk vor allem wegen der dort zusammengetragenen Zitate aus der Presse von Wert.)

Anglo-American Committee of Inquiry: *Report on the Problems of European Jewry and Palestine* (Bericht über die Probleme des europäischen Judentums und Palästinas), London 1946. (Enthält in Einzelheiten gehende Angaben zu der vom Jüdischen Weltkongreß behaupteten und viel erörterten Ziffer von 5,7 Millionen jüdischer Opfer.)

Belgisches Justizministerium, Kommission für Kriegsverbrechen: *La Persécution antisemitique en Belgique* (Die Judenverfolgung in Belgien), Lüttich 1947.

The Jewish Black Book Committee: *The Black Book. The Nazi Crime against the Jewish People* (Das Schwarzbuch. Das Naziverbrechen gegen das jüdische Volk), New York 1946. (Enthält Auszüge aus — anderweitig nicht erhältlichen — Berichten der sowjetischen Untersuchungskommission.)

Bloom, Solomon F., *Dictator of the Lodz Ghetto, Commentary*, New York, Februar 1949.

Conference des Commissions Historiques et des Centres de Documentation Juifs: *Les Juifs en Europe*, 1939—45 (Die Juden in Europa), Paris 1947.

Documents sur l'activité de la Croix Rouge en faveur des civils-détenus dans les camps de concentration en Allemagne (Dokumente über die Tätigkeit des Roten Kreuzes zugunsten der Zivilhäftlinge in den Konzentrationslagern in Deutschland), Serie II, Genf 1946. Siehe Bemerkung dazu auf S. 459, Fußnote.

Dunand, Georges, *Ne perdez pas leur Trace!* (Verliert ihre Spur nicht!), Neuchâtel 1950 (Geschichte der Mission des Roten Kreuzes in der Slowakei, 1944/45).

Du Prel, Max Freiherr von, *Das deutsche Generalgouvernement Polen*, Würzburg 1940 (erste Auflage) und 1942 (zweite Auflage unter dem Titel „Das Generalgouvernement"; ein Handbuch „für den Gebrauch der im Generalgouvernement eingesetzten Deutschen", das von Franks Beamten zusammengetragene Angaben über die Lage der Juden enthält).

Dvorjetski, Marc, *Ghetto à l'Est* (Ghetto im Osten), Paris 1950 (Übersetzung eines 1948 zuerst in New York jiddisch erschienenen Buches, das eine gut dokumentierte Geschichte des Wilnaer Ghettos für die Jahre 1941—44 darstellt).

Friedman, Dr. Filip, *This was Oswiecim* (Das war Auschwitz), aus dem Jiddischen übersetzt von Joseph Leftwich, London 1946. (Eine Geschichte von Auschwitz mit einigen wichtigen Zeugenaussagen, herausgegeben von dem früheren Leiter der polnisch-jüdischen historischen Kommission.)

Frumkin, Dr. Gregory, *Population Changes in Europe since 1939* (Änderungen in der Bevölkerungszusammensetzung Europas seit 1939), New York 1951.

Herzberg, Abel J., *Kroniek der Jodenvervolging* (Chronik der Judenverfolgung), Haag 1951 (Geschichte des holländischen Judentums. Enthält eine wertvolle Beschreibung des Lagers Bergen-Belsen).

Institute of Jewish Affairs, *Hitler's Ten Year War on the Jews.* (Hitlers zehnjähriger Krieg gegen die Juden), New York 1943. (Enthält wichtige Beiträge von Joseph Schechtmann, Boris Shub und anderen über die Lage der Juden zur Zeit der deutschen Eroberungen.) *Jews in Nazi Europe* (Juden in Nazi-Europa. Für die interamerikanische jüdische Konferenz vorbereitetes Zahlenmaterial), Baltimore 1941 (vervielfältigt).

International Tracing Service, *Catalogue of Camps and Prisons* (Internationaler Suchdienst, Liste der Lager und Gefängnisse), Arolsen 1949, Nachtrag 1951. (Enthält wichtige Informationen besonders über die polnischen Arbeitslager.)

Kastner, Dr. Rezsö, *Der Bericht des jüdischen Rettungskomitees aus Budapest*, 1942/43 (Vaadat Ezra wa Hazaala), Genf 1946 (siehe Bemerkungen auf S. 443).

Kulischer, Eugene M., *The Displacement of Population in Europe* (Die Entwurzelung von Bevölkerungsgruppen in Europa), Internationales Arbeitsamt, Montreal 1943. (Enthält wichtige Angaben über Himmlers Umsiedlungsaktionen.)

Lederer, Zdenek, *Ghetto Theresienstadt*, London 1953. (Enthält genaue Informationen über Transporte nach Auschwitz, Polen und Rußland.)

Levai, Eugene (Herausgeber Lawrence P. Davies), *The Black Book on the Martyrdom of Hungarian Jewry* (Das Schwarzbuch des Martyriums der ungarischen Juden), Zürich 1948.

Melezin, Abraham, *Demographic Processes among the Jewish Population of Poland, 1935—45* (Demographische Entwicklungen bei der jüdischen Bevölkerung Polens), Lodz 1948 (englisch und polnisch).

Molho, Rabbiner Michael (Herausgeber), *In Memoriam, Hommage aux Victimes juives des Nazis en Grèce* (Zum ehrenvollen Gedenken der jüdischen Naziopfer in Griechenland), Saloniki 1948.

Niederländisches Rotes Kreuz, Auschwitz Deel (Teil) I, *Het Dodenboek van Auschwitz* (Das Totenbuch von Auschwitz), Haag 1947; Deel II, *De Deportationstransporten 28. Augustus — 12. Dezember 1942*, Haag 1943; Deel VI, *De Afvoertransporten vit Auschwitz en Omgeving naar het Noorden en het Westen em de grote Evacuatietransporten* (Die Rücktransporte aus Auschwitz und Umgebung nach dem Norden und Westen im Zuge der großen Evakuierung), Haag 1952; *Sobibor*, Haag 1947; *Etude sur le sort des prisonniers, évacués de Kl. Herzogensbosch* (Studie über das Schicksal der aus dem Lager Hertogenbosch evakuierten Häftlinge), Haag 1952. Zwei weitere Berichte sollen noch veröffentlicht werden.

Poliakov, Léon, *Bréviaire de la Haine*, Paris 1951. (Der erste Versuch einer zusammenfassenden Darstellung der Endlösung.)

Schwarz, Solomon M., *The Jews in the Soviet Union* (Die Juden in der Sowjetunion), Syracuse 1951. (Siehe die Bemerkungen zu diesem Werk im Anhang I.)

Steiner, Frederic, *The Tragedy of Slovak Jewry* (Die Tragödie des slowakischen Judentums), Preßburg 1949 (englisch und slowakisch, enthält meist photographisches Material).

Starr, Joshua und Shapiro, Leon, *Recent Population Data* (Neuere Bevölkerungszahlen), *Jewish Social Studies*, New York, Januar, April und Juni 1949. (Enthält Abhandlungen über die Zahl der jüdischen Überlebenden in Deutschland, Polen, auf dem Balkan usw.)

Szajkowski, Zosa (Szako Friedman), *The Organisation of UGIF in Nazi-occupied France* (Die Organisation der *Union Générale Israélite Française* im nazibesetzten Frankreich), *Jewish Social Studies*, New York, Juli 1947.

Tenenbaum, Josef, *In Search of a Lost People* (Auf der Suche nach einem untergegangenen Volk), New York 1949; *Underground, the Story of a People* (Im Versteck, die Geschichte eines Volkes), New York 1952 (behandelt Polen und Rußland).

Trevor-Roper, H. R., *Hitlers letzte Tage*, Zürich 1948.

Weinreich, Max, *Hitler's Professors*, New York, YIVO, 1946 (enthält lange Auszüge — manche in der Ursprache — aus 70 die Judenfrage betreffenden und von Szako Friedman, einem Angestellten des Yivo-Instituts, in den Ruinen des Rosenbergschen Ministeriums gefundenen Aktenstücken. Einige von ihnen wurden in Nürnberg als Beweisstücke vorgelegt).

Wielek, H., *De Oorlog die Hitler won* (Der Krieg, den Hitler gewonnen hat), Amsterdam 1947.

Wischnitzer, Mark, *To Dwell in Safety* (Um in Sicherheit zu leben), Philadelphia 1948. (Eine Studie der Massendeportierungen während des Krieges und nachher.)

4. Erinnerungen von Deutschen und Nichtdeutschen, die Licht auf die Endlösung werfen

Bach-Zelewski, Erich von dem, *Leben eines SS-Generals* (eine Reihe von für das Nürnberger Internationale Militärgericht vorbereiteten, aber dort nicht vorgelegten eidesstattlichen Versicherungen, die im *Aufbau*, New York, Nr. 34—36, 1946, veröffentlicht wurden).

Bernadotte, Graf Folke, *The Curtain Falls* (Der Vorhang fällt), New York 1945.

Blättler, Franz, *Warschau 1942, Tatsachenbericht eines Motorfahrers*, Zürich 1945.

Gilbert, Dr. G. M., *Nuremberg Diary* (Nürnberger Tagebuch), New York 1947 (Betrachtungen eines Gerichtspsychiaters über einige der Nürnberger Angeklagten und Zeugen, Rudolf Höss eingeschlossen).

Gisevius, Hans Bernd, *Bis zum bittern Ende*, Zürich 1954.

Goebbels-Tagebücher, Zürich 1948.

Guérin, Dr. J., *Rawa Ruska, Camp de Représailles (Stalag 325)*, Marseille 1945.

Hagen, Walter (Willi Höttl), *Die geheime Front*, Linz-Wien 1950 (Memoiren eines Vertrauten Kaltenbrunners und Beamten der Ausland-Abwehr. Geschwätzig, aber sehr zurückhaltend, wo sich Zurückhaltung empfiehlt).

Vom anderen Deutschland, Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938—1944 von Ulrich von Hassell, Zürich 1946. (Enthält viele Hinweise auf die Ausrottung der Juden.)

Kersten, Felix, *Totenkopf und Treue*, Hamburg 1952 (Erinnerungen eines finnischen Medizinalrates, der Himmler behandelt hat. Zuerst holländisch und dann englisch erschienen).

Kienast, E., *Der Großdeutsche Reichstag*, Berlin 1943 (enthält einige Hundert Kurzbiographien und Photographien in Paßformat, darunter auch von Leuten wie Philipp Bouhler und Odilo Globocnik, die im allgemeinen das Licht der Öffentlichkeit gescheut haben).

Kleist, Peter, *Zwischen Hitler und Stalin*, Bonn 1950. (Bericht eines Rosenbergs Ministerium zugeteilten ursprünglichen Beamten des Auswärtigen Amtes u. a. über die „Reichskommissare" in Rußland.)

Malaparte, Curzio, *Kaputt*, New York 1946.

Masur, Norbert, *En Jood Talar med Himmler* (Ein Jude spricht mit Himmler), Stockholm 1946. (Bericht über die dramatische Unterredung eines Vertreters des Jüdischen Weltkongresses mit Himmler im April 1945.)

Morgenthau, Henry jr., *The Morgenthau Diaries, VI, Colliers Magazine, November 1947*. (Die Geschichte eines Planes zur Rettung von 70 000 Juden.)

Payne-Best, Hauptmann S., *The Venlo Incident*, London 1950. (Persönliche Erinnerungen eines englischen Offiziers an Himmler, Heydrich, Müller, Schellenberg, Martin Luther und Sigmund Rascher.)

Picker, Dr. Henry, *Hitlers Tischgespräche*, Bonn 1951. (Stenographische Aufzeichnung einiger auf die Endlösung bezugnehmender Äuße-

rungen Hitlers. Eine ausführlichere Fassung des Buches ist in der Bearbeitung von H. R. Trevor-Roper 1953 englisch erschienen.)

Schlabrendorff, Fabian von, *Offiziere gegen Hitler, Zürich 1946.* (Behandelt u. a. das Massaker von Borrisow.)

Weizsäcker, Freiherr Ernst von, *Erinnerungen,* München 1950.

5. Berichte von Überlebenden

Eine Anzahl von Büchern von Juden, die die Haft im Konzentrationslager überlebt haben, wurde in diese Liste nicht aufgenommen, ohne daß damit ihr literarischer oder sonstiger Wert in Frage gestellt werden soll. Sie werfen aber kein neues Licht auf die Dinge, die in diesem Buche unter Benutzung anderer Quellen behandelt wurden. Einige der zitierten Autoren, z. B. Christopher Burney, Zenon Rozanski und Eugen Kogon, sind keine Juden, waren aber in der außerordentlichen Lage, die Endlösung aus der Nähe beobachten zu können. Nicht alle der zitierten Werke sind gleichmäßig verläßlich. Aber einzelne Bücher, die mit hervorhebenswerter Objektivität geschrieben sind, wurden im folgenden mit einem Stern versehen.

A. Die Sowjetunion

Mit Ausnahme von einigen von der Untersuchungskommission gesammelten Aussagen bezieht sich das in westliche Sprachen übersetzte Material meistens auf die baltischen Staaten und das im Jahre 1939 in die Sowjetunion einverleibte frühere polnische Gebiet.

The Black Book, New York 1946. (Siehe insbesondere Berichte über Minsk.)

* Dvorjetski, Marc. *Ghetto à l'Est,* Paris 1950 (Wilna).

* Gringauz, Samuel. *The Ghetto as an Experiment of Jewish Social Organisation* (Das Ghetto, ein Experiment jüdischer Sozialorganisation), *Jewish Social Studies,* New York, Januar 1949 (Beschreibung des Ghettos von Kowno von einem früheren Richter aus Memel).

Kaufmann, Max. *Churb'n Lettland; die Vernichtung der Juden Lettlands.* München 1947. (Das Ghetto von Riga und die Konzentrationslager Kaiserswald und Stutthof.)

People's Verdict, The (Der Spruch des Volkes). (Protokolle der Gerichtsverhandlungen in Krasnodar, Juli 1943, und Charkow, Dezember 1943), London 1944.

Schwarz, Solomon M. *The Jews of the Soviet Union.* Syracuse 1951.

Tenenbaum, Josef. *In Search of a Lost People,* New York 1949. — *Underground, the Story of a People.* 1952.

* Wolff, Jeanette. *Sadismus oder Wahnsinn, Erlebnisse in den deutschen Konzentrationslagern im Osten.* Greiz 1946. (Das Ghetto von Riga.)

B. Polen

Die Mehrzahl der in Jiddisch — besonders in Buenos Aires und New York — veröffentlichten Werke wurde nicht in die Liste aufgenommen, da sie dem Verfasser sprachlich nicht zugänglich sind. Von der verhältnismäßig kurzen Liste, die hier folgt, scheint, abgesehen von gewissen

individuellen Berichten, die Sammlung von Berichten von Überlebenden, die Rabbiner Silberschein in Genf und Rabbiner Guttmann in Jerusalem veröffentlicht haben, die wertvollste zu sein.

Berg, Mary. *Warsaw Ghetto. A Diary* (Warschauer Ghetto. Ein Tagebuch). Übersetzt von Norbert Guttermann, New York 1945. (Obwohl die Verfasserin erst 15 Jahre alt war, als sie Warschau verließ, ist diese Zeugin objektiver als die meisten, aber sie sah die Dinge von einem verhältnismäßig geschützten Beobachtungsposten aus.)

Beth-Ammi, Marian. *Le Droit à la Patrie* (Das Recht auf das Vaterland). Témoignages traduits du Yiddisch, Paris 1946.

The Black Book. American Jewish Black Book Committee, New York, 1946. (Zahlreiche Berichte über Warschau, Lemberg, Bialystock, Bochnia usw.)

The Black Book of Polish Jewry. New York 1943. (Ausführliche Berichte von Kurieren der polnischen Exilregierung sowie von überlebenden Flüchtlingen.)

Bloom, Salomon F. *Dictator of the Lodz Ghetto,* erschienen in *Commentary,* New York, Februar 1949.

Blumental, Nachman. *Slowa Niewinne,* Krakau 1947. (Deutsche Dokumente und Berichte von Überlebenden in polnischer Sprache.)

* *Dokumenty i Materialy,* veröffentlicht von der Zentralkommission für polnisch-jüdische Geschichte, Lodz 1946 (Dokumente in deutscher Sprache). Bd. I, Obozy (Konzentrationslager); Bd. II, Akcje i Wysiedlenia (Aussiedlungsaktionen); Bd. III, Ghetto Lodzkie. (Die Bände I und II enthalten auch Berichte von Überlebenden in polnischer Sprache.)

German Crimes in Poland. Herausgegeben in englischer Sprache von der polnischen Kommission für Kriegsverbrechen, Warschau, zwei Bände, 1946/47. (Berichte von Überlebenden über die Vernichtungslager.)

Guttmann, Rabbiner T. (Herausgeber). *Dokumentenwerk.* Jerusalem 1945. Bd. 1. 62 Briefe über die Siedlung in Nisko; * Bd. 2, Massaker in Bochnia-Jasienica, Bericht von Israel Weitz.

Goldstein, Bernhard. *Die Sterne sind Zeugen.* Frankfurt 1950.

Hersey, John. *The Wall* (Die Mauer). New York 1951. (Obwohl in Form eines Romans geschrieben, ist dieses Werk eine sehr verläßliche Zusammenstellung einer großen Zahl von Berichten Überlebender aus dem Warschauer Ghetto.)

* Hershkovitch, Bendet. *The Ghetto in Litzmannstadt (Lodz). Yivo Annual of Jewish Social Science,* New York, Bd. V. 1950.

* Littner, Jakob. *Aufzeichnungen aus einem Erdloch,* München 1948. (Die Erlebnisse eines Briefmarkenhändlers aus München im Ghetto von Zbaraz, Galizien.)

* Mazor, Michal. *La cité engloutie* (Die versunkene Stadt). Paris 1955. (Ein von einem früheren Angestellten des ‚Inter-aid'-Hilfskomitees, dem es im Jahre 1942 gelang, aus einem Todeszug zu entkommen, mit bemerkenswerter Mäßigung geschriebener Bericht über die ökonomischen Schwierigkeiten des Warschauer Ghettos.)

Muszkat, Dr. Marian. *Polish Charges against German War Criminals.*

Warschau 1948. (Aussagen vor staatlichen Untersuchungskommissionen, hauptsächlich über die Vernichtungslager.)

Informationsbüro des Niederländischen Roten Kreuzes. *Sobibor*, Haag 1946. (Holländische Überlebende aus den Vernichtungslagern.)

Silberschein, Rabbiner A. (Herausgeber). *Die Judenausrottungen in Polen*. Vervielfältigte Berichte. Genf 1944—46.

1. Folge. Berichte aus Hrubieszow, Sanok, Radom, Drohobycz.
*2. Folge. Das Martyrium des Warschauer Ghettos.
3. Folge. Die Vernichtungslager. (Siehe Auschwitz.)
4. Folge. Der Aufstand in Warschau.
5. Folge. Berichte aus Lwow, Sniatyn, Sandomierz, *Kossow.

Tenenbaum, Josef. *In Search of a Lost People*. New York 1949. *Underground, the Story of a People*. New York 1952. (Eine Anzahl von ausgewählten Erzählungen. Die Auswahl ist nicht sehr charakteristisch.)

Wiernik, Yankiel. *A Year in Treblinka* (Ein Jahr in Treblinka). New York, 1945.

* Zweig, Arnold. *Fahrt zum Acheron*. Potsdam 1951. (Die Erlebnisse von Frau Hilde Huppert aus Teschen im Ghetto von Rzeszow und an anderen Orten.)

C. Rumänien

The Black Book. New York 1946. (Einige Aussagen vor der Untersuchungskommission in den staatlichen Gerichtsverhandlungen.)

Carp, Matatias. Bericht (welcher die Erlebnisse des Oberrabbiners Saffran einschließt), veröffentlicht in *Les Juifs en Europe*, Paris 1947.

Guttmann, Rabbi T. *Dokumentenwerk über die jüdische Geschichte in der Zeit des Nazismus*. Bd. I. Jerusalem 1945. (Wichtige Berichte aus Jassy und Czernowitz.)

D. Auschwitz

Dies ist keine vollständige Liste der über Auschwitz erschienenen Werke; es werden bloß jene Veröffentlichungen angeführt, die im vorliegenden Buch erwähnt sind.

Baum, Bruno. *Widerstand in Auschwitz*. Potsdam 1951.

* *Dokumenty i Materialy*, Lodz 1946. Bd. I. Obozy (Konzentrationslager). (Zahlreiche Dokumente und Berichte über Auschwitz.)

Friedman, Filip. *This was Oswiecim*. London 1946. (In diesem Werk ist die von Dr. Otto Wolken, dem Lagerschreiber der Quarantäne-Abteilung in Birkenau, aufbewahrte Originalliste über die Selektionen und Vergasungen in der Zeit von Oktober 1943 bis Oktober 1944 abgedruckt.)

* *German Crimes in Poland*. Warschau 1946. Bd. I.

Jules Hofstein, Marc Klein, Robert Levy. Siehe *Témoignages Strasbourgeois*. (Straßburger Zeugenaussagen.)

Levi, Primo. *Se questo è un uomo* (Wenn das ein Mensch ist). Turin 1947. (Der Autor wurde im Februar 1944 aus Norditalien nach Auschwitz III deportiert.)

* Lingens-Reiner, Dr. Ella. *Prisoners of Fear* (Gefangene der Furcht). Einleitung von Arturo Barea, London 1948.

* Nyiszli, Dr. Miklos. *Le SS-Obersturmführer Docteur Mengele*, abgedruckt in *Les Temps Modernes*, Paris, April/Mai 1951. Das ist nicht eine Charakterstudie Mengeles, sondern ein einzigartiger Bericht aus der Feder eines Mannes, der fünf Monate in einem Krematorium von Auschwitz überlebt hat. Der Autor wurde im Mai 1944 aus Großwardein oder Oradea Mare in Rumänien deportiert.)

Menasche, Dr. Albert. *Birkenau, Auschwitz II*. New York 1947.

Philips, Raymond (Herausgeber). *The Belsen Trial*. London 1949.

* Rozanski, Zenon. *Mützen ab. Eine Reportage aus der Strafkompanie des KZ Auschwitz*. Hannover 1948. (Einer der bemerkenswertesten Berichte über das Leben in Auschwitz, der bis 1941 zurückgeht.)

* Spritzer, Jenny. *Ich war Nr. 10 291. Tatsachenbericht einer Schreiberin der politischen Abteilung aus dem Konzentrationslager Auschwitz*. Zürich 1947.

* Témoignages Strasbourgeois. *De l'université aux camps de concentration* (Von der Universität ins Konzentrationslager). Paris 1947. (Gesammelte Berichte von deportierten Professoren und Dozenten der Universität Straßburg, einschließlich der Berichte über die Erfahrungen, die die Professoren Marc Klein, Robert Levy, Jules Hofstein und Robert Waitz in Auschwitz machten.)

Vaillant-Couturier, Mme. Aussage in IMT, Band VI, S. 227–257. (Birkenauer ‚Frauenlager', 1943/44.)

Waitz, Robert. Siehe Témoignages Strasbourgeois.

* War Refugee Board. *German Extermination Camps, Auschwitz and Birkenau* (Deutsche Vernichtungslager, Auschwitz und Birkenau). Vervielfältigt, Washington, Office of the President, November 1944. Vier Berichte von polnischen und slowakischen Internierten, die entkamen. Das wichtigste dieser Dokumente ist der Bericht des anonymen jüdischen Doktors aus der Slowakei, der im April 1944 nach Ungarn flüchtete. Es gibt eine gedruckte französische Ausgabe in *‚Camps de Concentration'* (Service d'information des Crimes de Guérre, Paris 1945. — Informationsdienst über Kriegsverbrechen). Die vollkommene Ausgabe existiert nur vervielfältigt in *‚Judenausrottung in Polen'* von Silberschein, Genf 1944, III. Teil. Der Autor, der die Registratur in einer der Krankenabteilungen von Birkenau führte, war bemerkenswert genau in seiner Beschreibung. Er überreichte seinen Bericht dem Schweizer Roten Kreuz schon im Juni 1944, wodurch er besonderen Wert erlangte. (Siehe S. 486.)

Wellers, Dr. Georges. *De Drancy à Auschwitz* (Von Drancy nach Auschwitz). Paris 1946. (Ausführlicher Bericht über die Deportationen aus Frankreich.)

Zywulska, Kristina. *I Came Back* (Ich kam zurück). New York 1948.

E. Theresienstadt

Adler, H. G. *Theresienstadt 1941—1945, Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft*. Tübingen 1956.

Baeck, Rabbiner Leo. Im Sammelwerk *‚We Survived'* (Wir überlebten). Herausgegeben von Eric H. Böhm, Yale 1949.

* Jacobson, Jacob. *Terezin, the Daily Life 1943–45* (Das tägliche Leben in Theresienstadt). Jewish Central Information Office, London, März 1946. Bericht Nr. 6. (Vervielfältigt.)

* Lederer, Zdenek, *Ghetto Theresienstadt*, London 1953.

* Mannheimer, Max. *From Theresienstadt to Auschwitz*. Jewish Central Information Office, London, Juli 1945. Bericht Nr. 3.

F. Deutsche Konzentrationslager am Ende des Krieges

Burney, Christopher. *The Dungeon Democracy* (Die Demokratie des Gefängnisses). London 1946.

* Committee of the International Red Cross. *Dokuments sur l'activité de la Croix Rouge en faveur des civils-détenus etc.* (Dokumente über die Tätigkeit des Roten Kreuzes zugunsten der Zivilhäftlinge usw.). Serie II, Genf 1946.

Herzberg, Abel. *Kroniek der Jodenvervolging*. Haag 1951. (Bergen-Belsen.)

Kautsky, Benedikt. *Teufel und Verdammte*. Zürich 1946.

Kogon, Eugen. *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*. Frankfurt 1947. In englischer Übersetzung erschienen unter dem Titel *The Theory and Practice of Hell* (Theorie und Praxis der Hölle). London 1951.

Marshall, Bruce. *The White Rabbit* (Das weiße Kaninchen). (Die Geschichte des Oberstleutnants F. F. E. Yeo-Thomas.) London 1952.

Philips, Raymond. *The Belsen Trial*. London 1949.

Rousset, David. *L'Univers Concentrationnaire*. Paris 1946.

* *Témoignages Strasbourgeois*. De l'Université aux Camps de Concentration. Paris 1947.

Quellenverzeichnis

Erstes Kapitel

1 Walter Hagen (Willi Höttl), *Die geheime Front*, Wien-Linz 1950.

2 Daß Goebbels zu Hitler in jüdischen Angelegenheiten direkten Zutritt hatte, geht aus den *Goebbels-Tagebüchern* (Herausgeber Louis Lochner, Zürich 1948, S. 262/263) hervor. Ein Beleg für die Rolle, die Bormann spielte, findet sich in *Hitlers Tischgesprächen* (Herausgeber Dr. Henry Picker, Bonn 1951, S. 313, Fußnote).

3 Reichsgesetzblatt (RGBl) I, S. 1146/1147, 1935.

4 RGBl I, S. 372, 1943.

5 *Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß*, Schwäbisch-Gmünd 1950, S. 167.

6 *Schwarzes Korps*, 24. November 1938.

7 RGBl I, S. 1342, 1938.

8 *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, 1918—1945, Serie D (1937— 1945), Band V, Baden-Baden 1953, S. 755, Fußnote.

9 Prozeß XI, NG-2174, eidesstattliche Versicherung (Affidavit) Albrecht.

10 Jakob Littner, *Aufzeichnungen aus einem Erdloch*, München 1948, S. 18.

11 *Jews of Nazi Europe*, Baltimore 1941 (vervielfältigt), Ger. 4. *The Black Book, The Nazi Crime against the Jewish People* (Schwarzbuch, Das Naziverbrechen gegen das jüdische Volk), New York, 1946, S. 120. (Im folgenden zitiert als *The Black Book, 1946.*) Eugen Kulischer, *The Displacement of Population in Europe* (Entwurzelung von Bevölkerungsgruppen in Europa), Montreal 1943, S. 97.

12 Mark Wischnitzer, *To Dwell in Safety* (Um in Sicherheit zu leben), New York 1948, S. 196.

13 *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, 1918—1945, Serie D (1937—1945), Band V, Baden-Baden 1953, Nr. 897.

14 *The Black Book* (1946), S. 128.

15 *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof* (im folgenden: IMT), Nürnberg 1948, Band XXXII, S. 245, PS-3358.

16 IMT IX, S. 312 (Aussage Göring), Walter Buchs Bericht in PS-3063, IMT XXXII, S. 20 ff.

17 IMT XIII, S. 131 (Aussage Funk).
18 IMT IX, S. 313 (Aussage Göring).
19 Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe, *Zwischen Krone und Kerker*, Wiesbaden 1952, S. 257.
20 *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, 1918—1945, Serie D (1937—1945), Band IV, Baden-Baden 1951, Nr. 269.
21 Hans Bernd Gisevius, *Bis zum bittern Ende*, Zürich 1954, S. 367.
22 Ulrich von Hassell, *Vom anderen Deutschland*, Zürich 1946, S. 31.
23 Walter Hagen, *Die geheime Front*, S. 20.
24 IMT XXXI, S. 516-9, PS-3051.
25 IMT, PS-274 (ungedruckt).
26 IMT XX, S. 151 (Aussage Werner Best).
27 IMT IX, S. 577 (Aussage Göring).
28 IMT XXXII, S. 1/2, PS-3058, Eugen Kogon, *Der SS-Staat*, Frankfurt 1947, S. 215.
29 IMT XXXII, S. 20 ff, PS-3063.
30 IMT XXVIII, S. 499—540, PS-1816 (unvollständiges Protokoll der Besprechung im Luftfahrtministerium).
31 IMT IX, S. 597 (Aussage Göring).
32 Prozeß XI, NG-3565.
33 RGBl I, S. 1579—81, S. 1676, 1938.
34 Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden vom 30. April 1939, RGBl I, S. 864, 1939.
35 IMT IX, S. 21 (Aussage Bodenschatz).
36 *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, 1918—1945, Serie D (1937—1945), Bd. V, Baden-Baden 1953, Nr. 645.
37 Prozeß XI, NG-1522/23.
38 Hjalmar Schacht, *Abrechnung mit Hitler*, Hamburg 1948, S. 24.
39 Prozeß XI, NG-1522/23.
40 Prozeß XI, NO-4586 (eidesstattliche Versicherung Wohltat).
41 IMT XXII, S. 442 (Schlußrede Schacht).
42 IMT XXVI, S. 267, PS-710.
43 *Völkischer Beobachter*, 8. Februar 1939.
44 *Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte*, Bd. V, Berlin 1953, S. 8.
45 Am 30. Januar 1942 (Heldengedenktag); 30. September 1942; 24. Februar 1943; 21. März 1943 und 9. November 1943.
46 *Jews in Nazi Europe* (Juden in Nazi-Europa), New York 1941, Cz. 2 (vervielfältigt). *Hitler's Ten Year War on the Jews* (Hitlers zehnjähriger Krieg gegen die Juden), New York 1943, S. 55.
47 *Hitler's Ten Year War ...*, S. 53; *The Black Book* (1946), S. 153; *Jews in Nazi Europe*, Cz. 5.
48 Mitteilung von Dr. Emil Kafka an das Jewish Information Centre, London 1945.
49 *Hitler's Ten Year War ...*, S. 55.
50 *The Black Book* (1946), S. 137.
51 *Jews of Nazi Europe*, Baltimore 1941.
52 Alfred J. Fischer, *Zionist Review*, London, Oktober 1946.

53 Jüdische Telegraphen-Agentur, Wien, 17. Oktober 1948.
54 Die folgenden Einzelheiten sind den im SS-Hauptamt gefundenen und in Nürnberg unter NO-2259 geführten Personalakten Eichmanns entnommen. Eine vollständige Photokopie befindet sich im *Centre de Documentation Juive Contemporaine* in Paris zusammen mit Lichtbildern, die Eichmann zeigen (leider nur in der Größe eines Paßbildes).
55 Rezsö Kastner, *Bericht des Jüdischen Rettungskomitees aus Budapest* (vervielfältigt), Genf 1945. Eugene Levai, *Black Book on the Martyrdom of Hungarian Jewry* (Schwarzbuch des Martyriums des ungarischen Judentums), Zürich 1948 (ungarische Originalausgabe Budapest 1946).
56 Léon Poliakov, *Adolf Eichmann ou le rève de Caligula* (Adolf Eichmann oder Caligulas Traum), *Le Monde Juif*, Juni 1949, Poliakov, *Bréviaire de la Haine* (Brevier des Hasses), Paris 1951.
57 Prozeß IV, NO-2259.
58 Poliakov (siehe oben).
59 Prozeß IV, NO-2259.
60 IMT IV, S. 412 (Aussage Wisliceny) und Affidavit C (Wisliceny), abgedruckt in *Nazi Conspiracy and Aggression*, Washington 1946, Band VIII, S. 587—596.
61 Poliakov in *Le Monde Juif*, Juni 1949, und IMT IV, S. 400 (Aussage Wisliceny).
62 RGBl I, S. 1097, 1939.
63 Erlaß des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung (*Hamburger Fremdenblatt*, 4. März 1939), abgedruckt in *The Black Book* (1946), S. 506.
64 Prozeß XI, NG-4934. *(Siehe auch S. 92 dieses Buches.)*
65 Mark Wischnitzer, *To Dwell in Safety*, 1948.
66 Bruno Blau, *Jewish Social Studies*, New York, April 1950. Selbst in den fünf Monaten von Mai 1941 an, als die Ausreisemöglichkeit über Rußland wegfiel, ist die jüdische Bevölkerung des Altreichs um 6276 zurückgegangen. (Siehe S. 561.)
67 Prozeß IV, NO-5194.
68 Prozeß XI, NG-3973.
69 *Goebbels-Tagebücher*, S. 80/81, 151/152. Prozeß XI, NG-971 (Bericht Dierwege).
70 Ebenda, S. 200.
71 Louis Frey, *Surrender on Demand* (Übergabe auf Verlangen), zitiert in *Le Monde Juif*, November 1948.

Zweites Kapitel

1 R. T. Paget, K. C., M. P., *Manstein, His Campaigns and Trial*, London 1951, S. 20, 128 und 133.
2 *German Crimes in Poland* (Deutsche Verbrechen in Polen). Herausgegeben von der polnischen Regierung. Warschau 1946, Band I, S. 137—45.
3 IMT XX, S. 419 und XXXV, S. 93.

4 Ulrich von Hassell, *Vom anderen Deutschland*, Zürich 1946, S. 92 und 112.
5 IMT XX, S. 372 (Aussage Robert Brill).
6 Prozeß Manstein, *The Times, The Daily Telegraph*, 4. November 1949.
7 IMT II, S. 492/3 (Aussage General Erwin Lahousen).
8 Fabian von Schlabrendorff, *Offiziere gegen Hitler*, Zürich 1946, S. 34/35.
9 R. T. Paget (siehe oben), S. 18, 90.
10 IMT II, S. 494 (Lahousen).
11 IMT, PS-3363 (ungedruckt). Die Authentizität des Dokumentes wurde im Prozeß IX erörtert.
12 *Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart*, Band V, S. 139, Berlin 1953.
13 Erlaß Hitlers, PS-686, IMT XXVI, S. 255—57.
14 Felix Kersten, *Totenkopf und Treue*, Hamburg 1952, *Himmlers Posener Rede* vom 9. Oktober 1943, IMT XXIX, S. 110—173 (PS-1919).
15 IMT, PS-660 (ungedruckt), Prozeß VIII, NO-1880, in Übersetzung abgedruckt in *Law Reports of Trials of War Criminals* (Juristische Berichte über Kriegsverbrecherprozesse), XIII, S. 7, London 1948.
16 Prozeß VIII, NG-2325 (Auszug in französischer Übersetzung in Billig, *L'Allemagne et le Genocide*, Paris 1950, S. 36/37).
17 *Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, 1939 bis 1941*, Tübingen 1949, S. 125/6.
18 Eugene Kulischer, *Displacement of Population in Europe* (Entwurzelung von Bevölkerungsgruppen in Europa), Montreal 1943 (Internationale Arbeitsorganisation), S. 47.
19 RGBl I, S. 2042.
20 Kulischer (siehe oben), S. 52.
21 Himmler an alle Gauleiter und Gruppenführer des RKFDV, Prozeß VIII, NO-4059.
22 IMT III, S. 650 und XXVI, S. 206 ff. (PS-661).
23 Aussage Hans Frank (IMT XII, S. 19).
24 G. M. Gilbert, *Nuremberg Diary* (Nürnberger Tagebuch), New York 1947, S. 156.
25 IMT XII, S. 15.
26 IMT XII, S. 33.
27 *Goebbels-Tagebücher*, Zürich 1948, S. 257.
28 Aussage Hans Frank, IMT XII, S. 12.
29 *Archiv für Wanderungswesen und Auslandskunde*, 1942 (zitiert bei Kulischer, S. 22).
30 Zitiert im Urteil im Prozeß VIII, S. 96 der (englischen) Niederschrift.
31 *Dokumenty i Materialy*, Lodz 1946, Band I, S. 222—231.
32 Prozeß IV, NO-1257, abgedruckt in *La Persécution des Juifs dans les Pays de l'Est* (Die Verfolgung der Juden in den Oststaaten), Paris 1949, S. 163—66.

33 Urteil im Prozeß VIII, S. 82.
34 Protokoll der unter Görings Vorsitz in Karinhall abgehaltenen Besprechung, IMT III, S. 648, EC-305.
35 Von Polen erbeuteter Bericht des „Einsatzkommandos Bromberg", veröffentlicht in *German Crimes in Poland*, I, S. 143.
36 *Black Book of Polish Jewry* (Schwarzbuch des polnischen Judentums), 1943, S. 73. (Im folgenden zitiert als *Black Book*, 1943.)
37 *German Crimes in Poland*, I, S. 130. Du Prel, *Das Deutsche Generalgouvernement Polen*, erste Auflage, Würzburg 1940, S. 101. Abraham Melezin, *Demographic Processes among the Jewish Population of Poland* (Demographische Entwicklungen innerhalb der jüdischen Bevölkerung Polens), Warschau 1947 (Statistiken des Judenrats).
38 Prozeß VIII, NO-5322 (Protokoll der RUSHA-Besprechung unter Heydrichs Vorsitz vom 30. Januar 1940).
39 Kulischer (siehe oben), S. 47.
40 Mitteilung von Dr. Emil Kafka an das Londoner „Jewish Information Centre" (1945).
41 IMT XVI, S. 115/116, und XXXII, S. 256, PS-3398.
42 Von Rabbiner T. Guttmann veröffentlichter Brief in: *Dokumentenwerk über die jüdische Geschichte in der Zeit des Nazismus*, Jerusalem 1943, Band I, S. 67.
43 Du Prel, *Das Generalgouvernement*, zweite Auflage, Würzburg 1942, S. 314.
44 Urteil des Hamburger Schwurgerichts I im Veit-Harlan-Prozeß vom 15. Juli 1950.
45 *Les Juifs en Europe 1939—1945*, Paris 1947, S. 192 (Beitrag von Wilhelm Krell mit Zahlenmaterial der Wiener Kultusgemeinde), *Black Book*, 1946, S. 133.
46 *Law Reports of Trials of War Criminals*, XIII, S. 20 (der RUSHA-Prozeß) und NO-3011.
47 *Hitler's Ten Year War on the Jews*, New York 1943.
48 *Law Reports ...*, XIII, S. 20, Prozeß VIII, NO-5322. *Trials of War Criminals* (Kriegsverbrecherprozesse), Band IV, S. 855 (Heydrichs RUSHA-Besprechung vom 30. Januar 1940).
49 IMT III, S. 648, EC-305 (Görings Karinhall-Besprechung).
50 Prozeß VIII, NO-3031, Du Prel (siehe oben), zweite Auflage, S. 323. (Bezüglich Globocniks Anteil siehe Prozeß VIII, NO-5875, *Trials of War Criminals*, IV, S. 865.)
51 Prozeß XI, NG-1530, und Prozeß VIII, NG-5322 (*Trials ...*, IV, S. 855).
52 Ulrich von Hassell (siehe oben), S. 137.
53 Prozeß XI, NO-2480.
54 Protokoll der Besprechung vom 1. April 1940, veröffentlicht in *Dokumenty i Materialy*, III, S. 167.
55 Prozeß XI, NG-3175.
56 *Dokumenty i Materialy*, III, S. 167.
57 Ebenda, S. 168.

58 Eintragung in Franks Tagebuch, 12. Juli 1940, IMT XXIX, S. 404, PS-2233.
59 IMT XIV, S. 467 (Aussage Baldur von Schirach).
60 IMT XIV, S. 560/61, und IMT XXXIX, S. 425-9, USSR 172.
61 IMT XXIX, S. 176, PS-1950, und XXIX, PS-2233 (Tagebuch Frank).
62 IMT, EC-344, veröffentlicht in: L. Poliakov, Bréviaire de la Haine, Paris 1951, S. 461, sowie IMT XXIX, PS-2233 (Tagebuch Frank).
63 Melezin (siehe oben).
64 *Gazeta Zydowska* (Jüdische Zeitung), zitiert in *Jews in Nazi Europe*, 1941, Pol. 15 (vervielfältigt).
65 Frank-Tagebuch, IMT XXIX, PS-2233.
66 *Dokumenty i Materialy*, II, S. 6.
67 Du Prel (siehe oben), 1942, S. 322.
68 Prozeß Manstein, *The Times*, 30. August 1949.
69 Silberschein, *Die Judenausrottung in Polen*, Genf 1944, Serie 1, S. 6 (vervielfältigt).
70 *Nazi-Soviet Relations*, Washington 1948, S. 128. (In der deutschen Ausgabe des Buches: Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, Tübingen 1949, nicht enthalten.)
71 Tagebuch Franks, PS-2233 (IMT XXIX).
72 Silberschein (siehe oben).
73 Ulrich von Hassell (siehe oben), S. 117.
74 *Jews in Nazi Europe*, Pol. 10. *German Crimes in Poland, I.*, S. 127.
75 Prozeß IV, NO-5194 (Korherrs Bericht an Himmler, 23. März 1942).
76 *The Wiener Library Bulletin*, London, September 1947.

Drittes Kapitel

1 *Hitler's Ten Year War . . .*, S. 132.
2 Mitteilung des Londoner „Jewish Information Centre". Analoge Verordnung für das Reich: Prozeß XI, NG-1143.
3 Ulrich von Hassell, *Vom anderen Deutschland*, Zürich 1946, S. 209, 289 und 314.
4 L. Poliakov, *L'Etoile Jaune* (Der gelbe Stern), Paris 1949. *Dokumenty i Materialy*, III, S. 22/23.
5 Anordnung vom 10. Mai 1940, *Dokumenty i Materialy*, III, S. 83.
6 Dvorjetski, *Ghetto à l'Est* (Ghetto im Osten), Paris 1950, S. 128.
7 *Black Book of Polish Jewry* (1943), S. 206—10.
8 Mary Berg, *Warsaw Ghetto, A Diary* (Das Warschauer Ghetto. Ein Tagebuch), New York 1945, S. 29.
9 Franks Tagebuch (IMT, PS-2233), zitiert in *German Crimes in Poland*, Bd. II (rückübersetzt).
10 Aufzeichnungen von Dr. Israel Rothbalsam (zitiert in L. Poliakov, *Bréviaire de la Haine*, Paris 1951, S. 112).
11 Du Prel, *Das Generalgouvernement*, 1942, S. 349.
12 *Dokumenty i Materialy*, III, S. 75.
13 Zitiert bei Max Weinreich, *Hitler's Professors*, New York 1947, S. 107—110.
14 Franks Tagebuch, IMT XXIX, PS-2233.

15 *Dokumenty i Materialy*, III, S. 74 und 83.
16 Ebenda, III, S. 95, 176.
17 Nachman Blumental, *Slowa Niewinne* (Unschuldige Worte), Warschau 1947, S. 99 (Zitat aus dem Archiv der Ghettoverwaltung).
18 *Dokumenty i Materialy*, III, S. 219.
19 Ebenda, III, S. 178.
20 Kulischer, *Displacement of Population in Europe*, Montreal 1943, S. 52.
21 *Black Book of Polish Jewry* (1943), S. 38.
22 A. Silberschein, *Die Judenausrottung in Polen*, Genf 1944, IV, S. 8.
23 Ebenda, IV, S. 5 (Bericht eines Flüchtlings in der Schweiz). Mary Berg (siehe oben), S. 82.
24 Silberschein, IV, S. 15 (Zitat aus der Warschauer Gazeta Zydowska).
25 Ebenda, IV, S. 11.
26 Melezin, *Demographic Processes Among the Jewish Population of Poland.*
27 IMT XXVI, S. 628 ff, PS-1061, Bericht des SS-Brigadeführers Jürgen Stroop an den Höheren SS- und Polizeiführer in Krakau: „Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr!"
28 Bericht der Organisationen TOZ-OSE, veröffentlicht im *Black Book of Polish Jewry* (1943).
29 M. Mazor, *La Cité Engloutie* (Die versunkene Stadt), Paris 1955, S. 23.
30 Du Prel (siehe oben), S. 349.
31 Mazor (siehe oben), S. 49.
32 Curzio Malaparte, *Kaputt*, New York 1946, Kapitel V.
33 Zitiert in *Le Monde Juif*, Nr. 27, Januar 1950.
34 *Black Book of Polish Jewry* (1943), S. 50.
35 Laut *Gazeta Zydowska*, zitiert in *Jews of Nazi Europe*, Pol. 21. *Dokumenty i Materialy*, III, 177—79, 184, 190—92.
36 *Dokumenty i Materialy*, III, S. 197.
37 Mary Berg (siehe oben), S. 152.
38 Franks Tagebuch, IMT XXIX, PS-2233 (zitiert in *German Crimes in Poland*, II).
39 Ebenda.
40 Mary Berg (siehe oben), S. 110.
41 Silberschein (siehe oben), IV, S. 16.
42 Ebenda, II, S. 7, IV, S. 49.
43 Franz Blättler, *Warschau 1942. Tatsachenbericht eines Motorfahrers*, Zürich 1945, S. 20.
44 Silberschein (siehe oben), IV, S. 49. Mary Berg (siehe oben).
45 Silberschein, IV, S. 8.
46 *Black Book of Polish Jewry* (1943), S. 86.
47 Silberschein (siehe oben), I, S. 59 und 84.
48 *Black Book of Polish Jewry* (1943), S. 103.
49 Salomon Bloom. *Dictator of the Lodz Ghetto, Commentary*, New York, Februar 1949, S. 110—122.
50 *Black Book of Polish Jewry* (1943), S. 67.

51 Bloom (siehe oben), S. 116. Josef Tenenbaum, *In Search of a Lost People*, New York 1949, S. 106.
52 Voller Wortlaut in *Dokumenty i Materialy*, III, S. 264.
53 Mazor (siehe oben), S. 149.
54 Dvorjetski (siehe oben).
55 Samuel Gringauz in *Jewish Social Studies*, New York, January 1949. Prozeß IX, NO-2262 (Beschwerde von SS-Obergruppenführer Strauch an SS-Obergruppenführer von dem Bach-Zelewski über Reichskommissar Kube).
56 Mary Berg (siehe oben), S. 40. *The Black Book* (1946). (Enthält Zitat aus dem „Völkischen Beobachter".)
57 Dvorjetski (siehe oben), S. 109—111.
58 Prozeß I (Aussage von Hielscher, veröffentlicht in *Trials of War Criminals*, II, S. 40).
59 Dvorjetski (siehe oben), S. 156.
60 *The Wiener Library Bulletin*, Januar 1950.
61 Dvorjetski (siehe oben), S. 131.
62 *Dokumenty i Materialy*, II, S. 4—7.
63 Dvorjetski (siehe oben), S. 130.
64 *Dokumenty i Materialy*, III, S. 178, 190.
65 Ebenda, III, S. 199.
66 Du Prel (siehe oben), S. 65.
67 *The Black Book* (1946), S. 206—10.
68 Ebenda, S. 321. *The Black Book* (1946), S. 194. *Jews of Nazi Europe*, Pol. 25.
69 Ebenda, Pol. 23.
70 Prozeß IV, NO-1811.
71 *Jews of Nazi Europe*, Pol. 25.
72 Prozeß IV, NO-3031.
73 Urteilsbegründung des Vorsitzenden des Bremer Schwurgerichts (Niederschrift im *Centre de Documentation Juive Contemporaine* in Paris).

Viertes Kapitel

1 Prozeß XI, NG-2586 (Wannsee-Protokoll, siehe nächstes Kapitel).
2 Prozeß XI, NG-1838, Affidavit Otto Abetz.
3 Prozeß XI, NG-4893.
4 Prozeß XI, Aussage Steengracht. Ferner Dokumentenband Nr. 1, 5/6, und Nr. II b, 45/46.
5 Peter Kleist, *Zwischen Hitler und Stalin*, Bonn 1950, S. 12.
6 Ernst von Weizsäcker, *Erinnerungen*, München 1950, S. 339. Im gleichen Sinne hat Weizsäcker im Wilhelmstraßen-Prozeß ausgesagt (S. 8213—16 des deutschen Protokolls).
7 IMT X, S. 256.
8 *Die Neue Zeitung*, 6. Februar 1952.
9 Anklage gegen Rademacher, Landgericht Nürnberg-Fürth, 19. Januar 1950.
10 Prozeß XI, NG-4895.

11 Prozeß XI, NG-1838.
12 Prozeß XI, NG-4933.
13 Prozeß XI, NG-4934.
14 Eugene Hevesi in *Contemporary Jewish Review*, August 1941. Mark Wischnitzer, *To Dwell in Safety*, S. 206.
15 *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, 1918—1945*, Serie D Band IV, Nr. 372, S. 420/21.
16 Prozeß XI, NG-2596 b.
17 Prozeß XI, NG-2886-J.
18 Aussage von Dieter Wisliceny im Preßburger Prozeß, teilweise enthalten in: L. Poliakov, *Bréviaire de la Haine*, S. 53, sowie *Le Monde Juif*, Juni 1949.
19 Prozeß XI, NG-2586-J.
20 Max Weinreich, *Hitler's Professors*, S. 98/99.
21 Paul Schmidt, *Statist auf diplomatischer Bühne*, Bonn 1949, S. 485.
22 Prozeß XI, NG-2586-J (Luthers Bericht für Ribbentrop, 19. August 1942).
23 Prozeß XI, NG-1838.
24 IMT XV, S. 560/1, Aussage Baldur von Schirach.
25 Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche*, Bonn 1951, S. 118 und 311.
26 Felix Kersten, *Totenkopf und Treue*, S. 201.
27 Prozeß I, NO-426 (Affidavit Viktor Brack, englische Übersetzung in: *Trials of War Criminals*, Washington 1950, I, S. 842).
28 Rademacher an Bielefeld und Schmieden, Prozeß XI, NG-3933 (französische Übersetzung in *Le Monde Juif*, Mai 1949).
29 IMT X, S. 593.
30 IMT VII, S. 39, RF-1207.
31 Weinreich (siehe oben), S. 100, 106—13, 116—18.
32 IMT X, S. 595, Aussage Keitel.
33 IMT VII, S. 889.
34 IMT XX, S. 639 und 647, Aussage Brauchitsch, Prozeß XII, NOKW 3140 (Tagebuch Halder). Englischer Auszug in *Law Reports of Trials of War Criminals*, XII, S. 23, London 1949.
35 Helmuth Greiner, *Die deutsche Wehrmachtsführung*, 1939—1943. Wiesbaden 1952.
36 Prozeß IX, Aussage Ohlendorf.
37 Prozeß XII, NOKW 3140 (Tagebuch Halder).
38 IMT IV, S. 351 und 377, Aussage Ohlendorf.
39 IMT XX, S. 646, Aussage Brauchitsch.
40 Aussage Ohlendorf vor dem IMT (Band IV).
41 Prozeß IX, Aussage Erwin Schulz. NO-4145, Affidavit Blome.
42 Prozeß IX, Aussage Otto Rasch.
43 Prozeß XI, NG-4934.
44 IMT XXVI, S. 267, PS-710.
45 IMT IX, S. 576/7, Aussage Göring.
46 Bruchstück aus Goebbels' Tagebuch, das erst nach der Veröffentlichung der anderen Teile aufgefunden wurde. In Verwahrung des amerikanischen Staatsdepartements (rückübersetzt).

47 *Dokumenty i Materialy*, III, S. 197.
48 Prozeß VIII, NG-1020.
49 *Goebbels' Tagebuch* (siehe 46).
50 Prozeß VIII, NG-839.
51 IMT XXXVII, S. 490, L-61.
52 *Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß*, Schwäbisch-Gmünd 1950, S. 168.
53 Prozeß XI, NG-2499.
54 Prozeß XI, NG-4905, *Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß*, S. 168.
55 Prozeß XI, NG-4905.
56 IMT, PS-3914 (ungedruckt).
57 *Dokumenty i Materialy*, III, S. 203 (Schutzpolizeibericht, Lodz, 13. November 1941).
58 Ebenda.
59 Prozeß XI, NG-2421 (Photographien von Gestapo-Akten, Hessen-Mainfranken).
60 W. Krell in *Les Juifs en Europe, 1939—1945*, Paris 1947. *Jüdisches Nachrichtenblatt*, zitiert in *Jews of Nazi Europe*, Ger 3/4.
61 Mitteilung von Dr. H. Tuch, Berlin.
62 Ella Lingens-Reiner, *Prisoners of Fear*, London 1948, S. 119.
63 *Jews of Nazi Europe*, Ger 15/16.
64 Ulrich von Hassell, *Vom anderen Deutschland*, S. 236.
65 Prozeß XI, NG-4447.
66 *Dokumenty i Materialy*, III, S. 201.
67 IMT XII, S. 141, Aussage Josef Bühler.
68 Sol Bloom, *Dictator of the Lodz Ghetto, Commentary*, Februar 1949.
69 *Hitler's Ten Year War . . .*, S. 30.
70 Prozeß IV, NO-5194, Bericht Korherrs an Himmler.
71 Zdenek Lederer, *Ghetto Theresienstadt*, London 1953, S. 206.
72 Rabbiner Leo Baeck im Sammelwerk *We Survived* (Wir überlebten), Yale 1949, S. 290.
73 IMT XXXIII, S. 534, PS-3921.
74 Prozeß I, NO-365 (siehe Sechstes Kapitel, S. 144 f.).
75 IMT XXXII, S. 435/36, PS-3663.
76 IMT II, S. 517, PS-3047, Tagebuch Lahousen (ungedruckt).
77 IMT XXX, S. 72—80, PS-2273 (Stahlecker an Heydrich). Max Kaufmann, *Churbn Lettland*, München 1947, S. 26.
78 Jeanette Wolff, *Sadismus oder Wahnsinn*, Greiz 1946, S. 126.
79 Prozeß IX, NO-3257. Max Kaufmann (siehe oben). Prozeß IX, NO-5548 (Affidavit Karl Winter, teilweise veröffentlicht in *Le Monde Juif*, Nr. 50, Dezember 1951).
80 Prozeß IV, NO-4072 (erbeutete Gestapo-Akte). Kaufmann (siehe oben). Mitteilung von Dr. H. Tuch, Berlin-Dahlem, mit Gestapo-berichten an den Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg.
81 IMT VII, S. 626.
82 *The Black Book* (1946), S. 324 (Aussage vor der sowjetischen Untersuchungskommission).

83 IMT XXXII, S. 280 ff., PS-3428, sowie PS-3665 (letzteres ungedruckt). In Rosenbergs Ministerium gefundene Beweisstücke.
84 Lederer (siehe oben), S. 60.
85 Mitteilung von Dr. Tuch.

Fünftes Kapitel

1 Prozeß XI, NG-2586-J (Denkschrift Luthers für Ribbentrop).
2 Prozeß XI, NG-4766-c.
3 Prozeß XI, NG-2586-F.
4 Prozeß XI, NG-2586-J.
5 Prozeß XI, NG-2586-G (veröffentlicht unter dem Titel *Das Wannsee-Protokoll zur Endlösung der Judenfrage und einige Fragen an die, die es angeht,* Düsseldorf 1952).
6 Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß, S. 166. NG-1949-a.
7 IMT XXIX, S. 503, PS-2233, Tagebuch Franks, und IMT III, S. 599/600.
8 Prozeß XI, NG-2586-J.
9 Prozeß XI, NG-2586-G.
10 Walter Hagen (Willi Höttl), *Die geheime Front,* Linz-Wien 1950, S. 24.
11 *The Wiener Library Bulletin,* Januar 1951 (zitiert die in der YIVO-Bibliothek in New York befindlichen Originalakten des RSHA).
12 Prozeß VI (I. G. Farben), NI-500.
13 Prozeß IV, Aussage Pohl. Abschrift (vervielfältigt), S. 1798 (engl.).
14 Prozeß IV. Abschrift, S. 8080.
15 Prozeß IV. Abschrift, S. 1280.
16 Prozeß IV. Abschrift, S. 8080.
17 Prozeß IV, NO-385.
18 IMT XI, S. 420, Aussage Höss.
19 IMT XI, S. 460, D-749 (a), Affidavit Rudolf Höss (ungedruckt).
20 Prozeß VI, NI-11.984 (Affidavit Perry Broad).
21 IMT, PS-034 (ungedruckt).
22 Affidavit Kramer in: *The Belsen Trial* (Der Prozeß von Belsen), London 1949, S. 732.
23 Zenon Rozanski, *Mützen ab,* Eine Reportage aus der Strafkompanie des KZ Auschwitz, Hannover 1948, S. 37.
24 Kristina Zywulska, *I came back* (Ich kam zurück), New York 1949, S. 179.
25 G. M. Gilbert, *Nuremberg Diary,* New York 1948, S. 269. L. Poliakov, *Bréviaire de la Haine,* Paris 1951, S. 226.
26 IMT, SS-67, Affidavit Morgen (ungedruckt).
27 Prozeß IV, NO-2124 (rückübersetzt).
28 *The Belsen Trial,* S. 183.
29 Prozeß IV, NG-2587. *Black Book of Polish Jewry* (1943), S. 87.
30 *Urteil im I. G. Farben-Prozeß,* Offenbach 1949, S. 124 und 134.
31 IMT, D-749 (a), Affidavit Höss (ungedruckt).
32 Bericht des *War Refugee Board* über Auschwitz-Birkenau, Washington, Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten, 1944 (vervielfältigt).

33 *Urteil im I. G. Farben-Prozeß*, S. 125.
34 Bericht des *War Refugee Board* (siehe oben).
35 Ella Lingens-Reiner, *Prisoners of Fear*, London 1948, S. 69/70.
36 IMT XI, S. 449, Aussage Rudolf Höss.
37 IMT XI, S. 253 und 283, ferner PS-2376 (IMT XXX, S. 290) und KR (Kaltenbrunner) 1, XI, S. 252—54.
38 Prozeß IV, NO-2125, Affidavit Schwarz.
39 *Trials of War Criminals*, V, S. 676 ff.
40 Prozeß IV, Aussage Pohl. Abschrift, S. 1273.
41 *Auschwitz, Deel II*, Niederländisches Rotes Kreuz, Haag 1948.
42 Filip Friedman, *This was Oswiecim*, London 1946, S. 24/25.
43 Brief vom 24. April 1946 (Abschrift im Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Amsterdam).
44 Ebenda. Ferner Friedman (siehe oben).
45 Prozeß Rademacher, *Das Freie Wort*, 1. März 1952.
46 Lingens-Reiner (siehe oben), S. 74.
47 IMT IV, 296 und XXVI, S. 259, PS-701.
48 Filip Friedman (siehe oben).
49 IMT V, S. 247.
50 *German Crimes in Poland*, I, S. 61/2.
51 Bericht des *War Refugee Board* (siehe oben). *Urteil im I. G. Farben-Prozeß*, S. 126. *Auschwitz, Deel II.*
52 Rozanski (siehe oben), S. 53, und WRB-Bericht.
53 *Het Dodenboek van Auschwitz, Auschwitz, Deel I.* Niederländisches Rotes Kreuz. Haag, 1947.
54 Rozanski, S. 79.
55 WRB-Bericht, S. 10, 16 und 18. Lingens-Reiner, S. 67.
56 Prozeß IV, NO-3408 (S. 1927/1928 des deutschen Protokolls).
57 Dr. Albert Menasche, *Birkenau (Auschwitz II)*, New York 1947, S. 84.
58 Dr. Miklos Nyiszli in *Les Temps Modernes*, Mai 1951, S. 1858, Dr. Ada Bimko in *The Belsen Trial*, London 1949, S. 67.
59 *The Belsen Trial*, S. 73.
60 *Dokumenty i Materialy*, I, S. 74.
61 Ebenda, I, S. 100–105.
62 Dr. M. Nyiszli in *Les Temps Modernes*, April 1951.
63 Jeanette Wolff, *Sadismus oder Wahnsinn*, Greiz 1946.
64 Primo Levi, *Se questo è un uomo* (Wenn das ein Mensch ist ...), Turin 1947. Yankiel Wiernik, *A Year in Treblinka* (Ein Jahr in Treblinka), New York 1947.
65 IMT XX, S. 533, Aussage Morgen, PS-2172, Anlage II (ungedruckt).
66 Bruno Baum, *Widerstand in Auschwitz*, Potsdam 1949.
67 WRB-Bericht (siehe oben), S. 25.
68 *Abendpost*, Frankfurt, 17. April 1953.
69 Marc Dvorjetski, *Ghetto à l'Est*, Paris 1950, S. 288.
70 *Het Dodenbook van Auschwitz* (siehe oben).

Sechstes Kapitel

1 Adolf Hitler, *Mein Kampf*, München 1936, S. 772.
2 IMT XX, S. 553 ff.
3 IMT XX, S. 533 ff., Affidavit Morgen, SS-65.
4 Kogon, *Der SS-Staat*, S. 360.
5 IMT XX, S. 560.
6 IMT XX, S. 534.
7 Verhandlung gegen Josef Hirtreiter, *Frankfurter Rundschau*, 11. November 1950.
8 IMT, Affidavit Morgen, SS-67 (ungedruckt).
9 Aussage Karl Brandt in Prozeß I, abgedruckt in: Alexander Mitscherlich und Fred Mielke, *Wissenschaft ohne Menschlichkeit*, Heidelberg 1949, S. 176.
10 Prozeß IX, NO-3143 und NO-3160.
11 IMT XXVI, S. 169, PS-630.
12 Kienast, *Der Großdeutsche Reichstag*, November 1943, S. 168 u. 449.
13 Dr. Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche*, Bonn 1951, S. 418.
14 IMT XI, S. 72, Prozeß I. Abschrift, S. 7658 (engl.).
15 Aussage Karl Gebhardts im Prozeß I, abgedruckt (französisch) in François Bayle, *Croix Gammée contre Caducée*, Neustadt 1950, *Daily Express*, 23. August 1952.
16 Prozeß I, NO-426 (Affidavit Viktor Brack), abgedruckt (englisch) in *Trials of War Criminals*, I, S. 842.
17 Prozeß I, Aussage Viktor Brack. Abschrift, S. 1879 (engl.).
18 Prozeß I, Affidavit Viktor Brack, NO-426, *Trials of War Criminals*, I, S. 810.
19 Verhandlung gegen Josef Hirtreiter (siehe oben).
20 Prozeß I, Aussage Brack, *Trials ...*, I, S. 876—89.
21 Prozeß I, NO-365, abgedruckt (englisch) in: *Trials ...*, I, S. 870 u. 888.
22 Brief an den Verfasser (mit Photographien) von Joseph Zigman, Informationsabteilung im Amt des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten.
23 Prozeß I, NO-844, abgedruckt in: Mitscherlich-Mielke (siehe oben), S. 190.
24 Prozeß I, NO-470, eidesstattliche Erklärung Pauline Kneissler, Mitscherlich-Mielke, S. 180.
25 *The Times*, 3. Juli 1945.
26 Prozeß I, NO-846 (Mitscherlich, S. 192), IMT XXVI, S. 166/167, PS-615.
27 Prozeß I, NO-238 (Mitscherlich, S. 194).
28 Prozeß I, NO-2635 (protokollarische Einvernahme Dr. Meneckes vor dem Landgericht Frankfurt), weiterhin Einvernahme Karl Brandts (Mitscherlich, S. 198).
29 Prozeß I, NO-018 (Bayle, S. 758).
30 Ebenda, S. 843.

31 *The Hadamar Trial*, London 1948, S. 20.
32 Prozeß I (*Trials . . .*, I, S. 810).
33 Prozeß I, NO-2634 (Auszug aus dem Urteil des Landgerichts Frankfurt).
34 Prozeß I, NO-429, Affidavit Waldemar Hoven (*Trials . . .*, I, S. 847).
35 Prozeß I, NO-907 und NO-3060 (Mitscherlich, S. 210).
36 Prozeß I (Mitscherlich, S. 207).
37 Prozeß I, NO-2799, Affidavit Dr. Muthig (Mitscherlich, S. 210).
38 Prozeß I, Protokoll S. 1740 (Mitscherlich, S. 211).
39 *Konzentrationslager Dachau*. Geschildert von Dachauer Häftlingen. Wien 1946, S. 39.
40 IMT XXIX, S. 174, PS-1933. Prozeß I, NO-1007 (Mitscherlich, S. 212).
41 Prozeß I, Affidavit Morgen (Dokument Karl Brandt 20, Mitscherlich, S. 213).
42 IMT XX, S. 541.
43 Prozeß I, NO-907.
44 Prozeß I, NO-205 (übersetzt in *Trials of War Criminals*, I, S. 721).
45 Prozeß Sobibor, *Frankfurter Rundschau*, 22. August 1950.
46 *Frankfurter Rundschau*, 11. November 1950. *German Crimes in Poland*, I, S. 105.
47 Prozeß I, NO-426 (übersetzt in: *Trials . . .*, I, S. 842).
48 Prozeß I, Protokoll S. 7163 (Mitscherlich, S. 214/15).
49 Prozeß Sobibor, *Frankfurter Rundschau*, 26. August 1950.
50 Prozeß I, NO-365 (siehe S. 144 f. dieses Buches).
51 Prozeß I, NO-470 und NO-3010, Affidavit Dr. Gorgass (*Trials . . .*, I, S. 803).
52 Prozeß I, NO-246 (Mitscherlich, S. 223/4).
53 *German Crimes in Poland*, I, S. 109—118. Marian Muszkat, *Polish Charges against German War Criminals* (Polnische Anklagen gegen deutsche Kriegsverbrecher), Warschau 1948, S. 206—212.
54 Walter Hagen (Willi Höttl), *Die geheime Front*, S. 38.
55 Prozeß IX, NO-3197, Affidavit Paul Blobel.
56 Prozeß IV, NO-4467 (Höss' Bericht über die Reise) sowie NO-4498-b, letzteres eine eidesstattliche Erklärung von Höss, die bei der Verhandlung in Krakau 1947 verlesen wurde und Aufschluß über Einzelheiten des Berichtes gibt.
57 Prozeß IX, NO-3824, Affidavit Blobel (abgedruckt in: *Trials . . .*, S. 212).
58 IMT XXX, S. 1—15, PS-2605, Affidavit Rezsö Kastner.
59 Prozeß IV, NO-4467 und NO-4498-a (Protokoll der Verhandlung in Krakau). Muszkat (siehe oben), S. 208 (Aussage Michal Podchlebnik).
60 Prozeß IV, NO-519 und NO-534.
61 IMT XXVI, S. 103—110, PS-501.
62 *Dokumenty i Materialy*, III, S. 279.
63 *Black Book of Polish Jewry* (1943), S. 135—38.
64 Prozeß Sobibor, *Frankfurter Rundschau*, 24. August 1950.
65 IMT VI, S. 327, Aussage Paul Roser.

66 Prozeß IV, Einvernahme Karl Wolff, *Trials of War Criminals*, V, S. 279.
67 Josef Tenenbaum, *In Search of a Lost People*, S. 123. Aussage Léon Weliczer.
68 Silberschein, *Die Judenverfolgung in Polen*, Genf 1944, V, S. 22.
69 Dr. J. Guérin, *Rawa Ruska, Camp de Repressailes*, Marseille 1945.
70 Muszkat (siehe oben), S. 229. *Dokumenty i Materialy*, I, S. 221—4. Rudolf Reder, *Belzec*, Krakau 1945 (in polnischer Sprache).
71 IMT XXVII, S. 341/42, PS-1553. *Trials of War Criminals*, I, S. 865 (beide gedruckten Fassungen unvollständig).
72 *Frankfurter Rundschau*, 2. März 1951.
73 IMT, D-749-a, Affidavit Rudolf Höss (ungedruckt).
74 IMT, XXXII, S. 153 ff., PS-3311 (Anklage der polnischen Regierung gegen Hans Frank).
75 Wiernik, *Year in Treblinka*. Muszkat (siehe oben), S. 192.
76 Lederer, *Ghetto Theresienstadt*, London 1953, S. 212.
77 Kogon, *Der SS-Staat*, S. 223/4.
78 IMT XXVI, S. 628 ff., PS-1061 (von SS-Brigadeführer Jürgen Stroop angegebene Ziffern).
79 Wiernik (siehe oben).
80 Ebenda, und *Dokumenty i Materialy*, I, S. 183.
81 IMT XIV, S. 646.
82 IMT VIII, S. 357 ff. (Aussage Rajzman).
83 *Témoignages Strasbourgeois*, Paris 1947, S. 497.
84 Poliakov, *Bréviaire de la Haine*, S. 225 (Aussage Rothbalsam).
85 *Sobibor*, Niederländisches Rotes Kreuz, Februar 1947.
86 Prozeß IV, NO-482.
87 Prozeß Sobibor, *Frankfurter Rundschau*, 22. August 1950.
88 Prozeß Hirtreiter, *Frankfurter Rundschau*, 11. November 1950.
89 Dr. Miklos Nyiszli in *Les Temps Modernes*, April 1951, S. 1885.
90 Samuel Gringauz in *Jewish Social Studies*, New York, Juli 1947.
91 *Goebbels-Tagebücher*, S. 454.
92 Wiernik (siehe oben), S. 28. IMT VII, S. 651 (Aussage Gerhard Adametz).
93 Lederer, *Ghetto Theresienstadt*, S. 222.
94 Wiernik (siehe oben). *Dokumenty i Materialy*, I, S. 281—90, IMT VIII, S. 357 ff. (Aussage Samuel Rajzman).
95 *German Crimes in Poland*, I, S. 96.
96 Josef Tenenbaum (siehe oben), S. 286, *Sobibor* (Niederländisches Rotes Kreuz). *German Crimes in Poland*, I, S. 374 (Erhebungen Ilja Ehrenburgs).
97 IMT XX, S. 549.
98 IMT, D-749—a, Affidavit Rudolf Höss. Filip Friedman, *This was Oswiecim*, London 1946, S. 16.
99 Zenon Rozanski, *Mützen ab*, S. 43.
100 Prozeß IV, NO-4344 (*Trials ...*, V, S. 362—64).
101 IMT XXVII, S. 381—3, und Prozeß I, Aussage Karl Wolff (französisch in Bayle, *Croix Gammée contre Caducée*, S. 358-9), IMT

(Aussage Eberstein), XX, S. 331 sowie IMT XXVII, S. 381, PS-1602.
102 Kapitän Payne-Best, *The Venlo Incident*, London 1950, S. 186, 227.
103 Prozeß IV, NI-034, Affidavit Rudolf Höss.
104 *Law Reports of Trials of War Criminals*, London 1946, I, S. 28.
105 IMT VI, S. 370, 400 und 467, XXVII, S. 341/2, PS-1553.
106 Prozeß IV, NO-2360 und NO-2362.
107 *Law Reports of Trials* ..., I, S. 28.
108 Ebenda, X, S. 24. Prozeß VI, NI-1211, Affidavit Dr. Peters, Frankfurt, August 1947.
109 *Frankfurter Rundschau*, 29. April 1950. *Neue Zeitung*, 22. und 29. März 1949.
110 Dr. Miklos Nyiszli in *Les Temps Modernes*, April 1951, S. 1865.
111 Kapitän Payne-Best (siehe oben), S. 186. Unveröffentlichte Erklärung von Höss für Dr. G. M. Gilbert (Rijksinstituut voor Oorlogsdokumentatie, Amsterdam).
112 Prozeß IV (Aussage Pohl). Abschrift, S. 1590 (engl.).
113 Prozeß IV, NO-4472 (Bischoff an Wirtz, 30. März 1942).
114 Prozeß IV. Abschrift, S. 1281 (engl.).
115 *German Crimes in Poland*, I, S. 32.
116 Prozeß IV, NO-4473 (*Trials* ..., V, S. 619).
117 Prozeß IV, NO-4466 (*Trials* ..., V, S. 624).
118 *German Crimes in Poland*, I, S. 88. Nyiszli (siehe oben), S. 1665. IMT, D-749-a, Affidavit Rudolf Höss (ungedruckt).
119 *The Belsen Trial*, S. 68.
120 *German Crimes in Poland*, I, S. 89.
121 *The Belsen Trial*, S. 68.
122 Nyiszli (siehe oben), S. 1665.
123 Ebenda, und Filip Friedman, *This was Oswiecim*, S. 54.
124 Dr. Ada Bimko in: *The Belsen Trial*, S. 68.
125 Ebenda, S. 132/133.
126 IMT, PS-1553 (siehe Fußnote 115).
127 *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, München, 1. Jahrgang, Heft 2 (April 1953), S. 185 ff. Siehe auch den Aufsatz von Andreas Donath, Kurt Gerstein, *Frankfurter Hefte*, August 1955, S. 568 ff.
128 *Frankfurter Rundschau*, 29. April 1950.
129 Ebenda.
130 Prozeß I. Französischer Text einiger Schriftstücke in: Bayle, *Croix Gammée contre Caducée*, Rascher an Himmler, 8. Oktober 1942, (S. 361), Sievers an Karl Brandt, September 1943 (S. 90), Pfannenstiel an Kurt Blome, 18. November 1943 (S. 129), NO-290, *Trials of War Criminals*, I, S. 213.
131 *Vierteljahrshefte* (siehe oben), S. 187.
132 Mitteilung von Baron von Otter an das *Centre de Documentation Juive Contemporaine*, 10. November 1949.

Siebentes Kapitel

1 Bruno Blau, *Jewish Population in Nazi Germany* (Die jüdische Bevölkerung in Nazi-Deutschland), *Jewish Social Studies*, New York 1950, S. 172.
2 Prozeß IV, NO-5193 (Statistischer Bericht Dr. Korherrs für Himmler).
3 *Goebbels-Tagebücher*, Zürich 1948, S. 143.
4 *Dokumenty i Materialy*, Lodz 1946, II, S. 49 und 194.
5 Ebenda, I, S. 224.
6 Wilhelm Krell in *The Black Book, 1946*, S. 132, und *Les Juifs in Europe* (Die Juden in Europa), Paris 1949, S. 192 (Konferenz der jüdischen historischen Kommissionen).
7 *Dokumenty i Materialy*, II, S. 33.
8 Ebenda, II, S. 194.
9 NO-4072 (Gestapo-Akten). International Tracing Service (Internationaler Suchdienst), Arolsen 1949 (Liste der Lager und Gefängnisse).
10 Ein die für Majdanek im Dezember 1941 bestimmten Juden betreffender Briefwechsel ist in *Dokumenty i Materialy*, I, S. 129—137, abgedruckt, die Namensliste der Uhrenbesitzer ebenda, S. 154—57.
11 Prozeß XI, NG-183. IMT, RF-1217, abgedruckt (französisch) in *La Persécution des Juifs en France* (Die Verfolgung der Juden in Frankreich), Paris 1947, S. 126/7.
12 Mitteilung von Dr. H. Tuch, Berlin-Dahlem.
13 Prozeß III (Richter) in: *Law Reports of Trials of War Criminals*, London 1947, VI, S. 11/12.
14 IMT IV, S. 54.
15 Ulrich von Hassell, *Vom anderen Deutschland*, S. 273. Aussagen von Hans Frank, IMT XII, Prozeß III (*Law Reports . . .*, VI, S. 7).
16 IMT V, S. 497. PS-687 (ungedruckt).
17 Prozeß XI, KG-417.
18 Felix Kersten, *Memoirs*, New York 1947, S. 234 (Unterhaltung vom 19. April 1945, in der deutschen Ausgabe des Buches nicht enthalten). Folke Bernadotte, *The Curtain Falls*, S. 43.
19 Prozeß III, NG-558 (Thierack an Bormann).
20 IMT IV, S. 66.
21 IMT XXVI, S. 701 ff, PS-1063 (d). Prozeß IV, NO-1523 (*Trials . . .*, V, S. 373).
22 IMT, PS-2171, Anhang II (ungedruckt). Kogon, *Der SS-Staat*, S. 163/4.
23 *Dokumenty i Materialy*, I, S. 53.
24 Prozeß IV, NO-5194 (Korherr an Himmler, 23. März 1943).
25 Christopher Burney, *The Dungeon Democracy*, London 1945, S. 63. Kogon (siehe oben), S. 220.
26 IMT XXXVII, S. 489 ff, L-61, XV, S. 52 (Aussage Fritz Sauckel).
27 Georges Wellers, *De Drancy à Auschwitz* (Von Drancy nach Auschwitz), S. 110.
28 Mitteilung früherer Mitglieder der *Reichsvereinigung* an die Wiener Library, London 1945.

29 Rabbiner Leo Baeck in dem Sammelwerk *We survived* (Wir überlebten), Yale 1949, S. 288.
30 Mitteilung von H. Tuch, Berlin-Dahlem.
31 Siehe unter 28.
32 *Goebbels-Tagebücher*, S. 238 und 251/52.
33 Ebenda, S. 267.
34 Mitteilung von Dr. Jacob Jacobson an die Wiener Library, 1945.
35 Prozeß IV (Aussage Oswald Pohl).
36 *Goebbels-Tagebücher*, S. 305.
37 *Dokumenty i Materialy*, I, S. 108—110, 117.
38 Prozeß X (Direktoren von Krupp), NIK-6565, *Trials . . .*, Washington 1951, IX, S. 719.
39 *Sobibor*, Niederländisches Rotes Kreuz, Haag 1947.
40 IMT VIII, S. 357 ff, Aussage Samuel Rajzman. *Dokumenty i Materialy*, I, S. 187. Yankiel Wiernik, *A Year in Treblinka*, New York 1945.
41 Polnische Kommission für Kriegsverbrechen, *German Crimes in Poland*, Warschau 1946, I, S. 104. IMT VIII.
42 Prozeß IV, NO-5193 (Korherr-Bericht).
43 Prozeß XI, NG-2652—E.
44 IMT XIX, S. 566, PS-1919.
45 Bruno Blau in *Jewish Social Studies*, New York 1949, S. 172.
46 IMT XXXIII, S. 530/31, PS-3886.
47 Rezsö Kastner, *Bericht des jüdischen Rettungskomitees aus Budapest*, Genf 1946, S. 9 (vervielfältigt).
48 *Frankfurter Rundschau*, 7. März 1950.
49 Ebenda, 10. März 1950.
50 Kastner (siehe oben), S. 154.
51 Filip Friedman, *This was Oswiecim*, S. 24.
52 Georges Dunand (siehe oben), S. 203.
53 Prozeß XI, NG-2586. Ulrich von Hassell (siehe oben), S. 236.
54 Zdenek Lederer, *Ghetto Theresienstadt*, London 1953, S. 13.
55 Bericht Jacobson (siehe oben).
56 Prozeß IV, NO-5194 (Korherr-Bericht).
57 Ebenda.
58 Bericht über den Fall Baab: Kaye Boyle, *The People with Names* (Die Menschen mit Namen), *The New Yorker*, 9. September 1950, S. 50.
59 Prozeß XI, NG-4583, Denkschrift des Reichsfinanzministeriums vom 14. Dezember 1942, gezeichnet von Ministerialrat Maedel, veröffentlicht in *Le Monde Juif*, Nr. 51.
60 Eidesstattliche Versicherungen Eberhard von Thaddens im Prozeß XI: NG-2007 (11. April 1947) und NG-2512 (18. Juni 1947).
61 Norbert Masur, *En Jud Talar med Himmler* (Ein Jude spricht mit Himmler), Stockholm 1945 (deutscher Text vom Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt).
62 Bericht Jacobson (siehe oben) und offizielle Veröffentlichung der tschechoslowakischen Regierung *Theresienstadt* (1946).

63 Bericht Jacobson.
64 Max Mannheimer, Beamter des Amsterdamer „Joodse Raad", Bericht an die Wiener Library, 1945.
65 Bericht Jacobson.
66 IMT XXVII, S. 252/3, PS-1472.
67 Beweisstücke aus den Archiven von Auschwitz, die im Prozeß Höss Verwendung fanden, *Dokumenty i Materialy*, I, S. 116.
68 Prozeß IV, NO-5193 (Korherr-Bericht).
69 Rabbiner Leo Baeck in dem Sammelwerk *We Survived*, Yale 1949, S. 293.
70 Prozeß IV, NO-2007 und NO-2512.
71 Zdenek Lederer (siehe oben), S. 92.
72 IMT XXXVII, S. 433, L-22. Abgedruckt bei: Silberschein, *Judenausrottung in Polen*, IV. (Fall Hirsch und Familientransport auf S. 19.) Siehe auch Lederer, *Ghetto Theresienstadt*, S. 227.
73 *Dokumenty i Materialy*, I, S. 105.
74 IMT, PS-2377, Affidavit Mildner (ungedruckt).
75 Bericht des *War Refugee Board*. Silberschein (siehe oben), IV, S. 37. Professor Marc Klein in *Témoignages Strasbourgeois*, S. 432.
76 Rabbiner Leo Baeck (siehe oben), S. 294.
77 Bericht Jacobson, S. 15.
78 IMT X, S. 165 (Aussage Steengracht von Moyland).
79 Jacques Sabile in *Le Monde Juif*, November 1949.
80 *Documents sur l'activité du CIRC en faveur des detenus civils, etc.*, Genf, Juni 1946, S. 100.
81 Bericht Max Mannheimer (siehe oben).
82 Miklos Nyiszli in *Les Temps Modernes*, April 1951, S. 1881.
83 *Auschwitz, Deel VI, Niederländisches Rotes Kreuz*, Haag 1952.
84 Bericht Jacobson (siehe oben).
85 Dr. Otto Wolken, Lagerschreiber, zitiert in: Filip Friedman, *This was Oswiecim*, S. 23, Lederer (siehe oben), S. 242.
86 *Report of Activities of CIRC in Second World War* (Bericht über die Tätigkeit des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes im zweiten Weltkrieg), Genf 1947, II, S. 648.
87 Prozeß XI, NG-2586—J und NO-2419 (Affidavit Gottfried Boley).
88 Prozeß XI, NG-2586—J.
89 Prozeß XI, NO-2419.
90 Prozeß XI, NG-4848 (Definition des Judenbegriffs in den besetzten Ostgebieten im Sinne des Führererlasses vom 17. Juli 1941).
91 *Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß*, S. 113.
92 *Frankfurter Hefte*, März 1952, S. 164.
93 Prozeß XI, NG-2586—J.
94 IMT XX, S. 296/7 (Aussage Schlegelberger).
95 Prozeß I, NO-203 und NO-205 (Mitscherlich-Mielke, *Wissenschaft ohne Menschlichkeit*, Heidelberg 1949, S. 233 ff).
96 Prozeß I, NO-035. IMT, SS-035 (Affidavit Dr. Pokorny, XXXVIII, S. 222/3). IMT XX, S. 599/600.
97 Photokopie in: Bayle, *Croix Gammée contre Caducée*, S. 670.

98 Prozeß I, NO-819 (Mitscherlich-Mielke, S. 235). Eugen Kogon, *Theory and Practice of Hell* (Die Theorie und Praxis der Hölle), London 1950, S. 159 (in der deutschen Ausgabe von Kogons Buch nicht enthalten).
99 François Bayle (siehe oben), S. 705 (Aussage Dr. Dora Klein). *Daily Telegraph*, 23. Februar 1951. Eine irrige Darstellung findet sich bei Josef Tenenbaum, *In Search of a Lost People*, New York, S. 292, sowie *Underground, the Story of a People*, New York 1952.
100 Prozeß I, NO-819.
101 Prozeß XI, NG-2598—M.
102 Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche*, Bonn 1951, S. 313.
103 Prozeß XI, PS-2645, Affidavit Gottfried Boley, abgedruckt in *La Persécution des Juifs dans les Pays de l'Est* (Die Verfolgung der Juden in den Ostländern), Paris 1949, S. 93/94.
104 Bruno Blau, *Jewish Population in Germany, Jewish Social Studies*, New York 1950, S. 172.
105 Gestapo-Akte *Abbau der rückstellenden Gruppen* (sogenannte Slottke-Mappe, gegenwärtig im Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Amsterdam).
106 Urteil in Sachen Aus der Fünten, Haag, 27. Dezember 1949, S. 55 (Rijksinstituut).
107 Slottke-Mappe. Besprechung Seyss-Inquart—Rauter.
108 *Het Proces Rauter* (Der Prozeß Rauter), Haag 1952, S. 33.

Achtes Kapitel

1 Prozeß IX, Aussage Ohlendorf, abgedruckt in *Trials of War Criminals*, IV, S. 272/3.
2 Ebenda, S. 386.
3 IMT IV, S. 344/5.
4 IMT XIII, S. 147/8.
5 Prozeß IX. Abschrift (vervielflt.), S. 555—8 (engl.).
6 H. R. Trevor-Roper, *Hitlers letzte Tage*, Zürich 1948, S. 156.
7 Felix Kersten, *Totenkopf und Treue*, 1952, S. 247.
8 Prozeß IX, Aussage Ohlendorf, *Trials . . .*, IV, S. 242 und 510.
9 Prozeß IX. Abschrift, S. 473, 477.
10 IMT XXII, S. 575—582 und 583—589.
11 Prozeß IX. Abschrift, S. 312 f.
12 Prozeß IX, NO-2830.
13 Prozeß IX. Abschrift, S. 313.
14 Fabian von Schlabrendorff, *Offiziere gegen Hitler*, Zürich 1946, S. 49. Prozeß IX, NO-4327, Affidavit Kurt Lindow.
15 Affidavit von dem Bach-Zelewski (in Nürnberg nicht vorgelegt), auszugsweise abgedruckt in *Aufbau*, New York, Nr. 34/1946.
16 Die Photographien wurden dem Verfasser von Mr. Joseph Zigman, Informationsabteilung im Amt des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten, freundlicherweise zur Verfügung gestellt.
17 IMT XII, S. 383/4 (Aussage Gisevius).

18 Prozeß I, NO-179, Mitscherlich-Mielke, *Wissenschaft ohne Menschlichkeit*, S. 71.
19 Eugen Kogon, *The Theory and Practice of Hell*, London 1950, S. 144.
20 IMT XX, S. 558.
21 Hans Bernd von Gisevius, *To the bitter End*, London 1946, S. 579 (in der deutschen Ausgabe des Buches nicht enthalten).
22 IMT XXXVIII, S. 1—24, L-185 (RSHA-Liste, Januar 1939). Ulrich von Hassell, *Vom anderen Deutschland*, S. 206.
23 Prozeß IX (Aussage Ohlendorf), S. 649 des deutschen Protokolls.
24 Trevor-Roper (siehe oben), S. 35 (Zitat aus dem erbeuteten Tagebuch von Schwerin-Krosigk).
25 Prozeß XI, NG-4943, veröffentlicht in *Le Monde Juif*, Nr. 52, Februar 1952.
26 Graf Folke Bernadotte, *The Curtain Falls* (Der Vorhang fällt), New York 1945, S. 105 und 117.
27 *Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß*, S. 179.
28 Prozeß IX. Abschrift, S. 891.
29 *Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß*, S. 114.
30 Prozeß IX, NO-3197, Affidavit Blobel.
31 Prozeß IX, NO-4546, Affidavit Franz Six.
32 Prozeß IX und XI, NO-5884 (Gottlob Berger an Rudi Brandt in Sachen Jost, 4. Mai 1944).
33 Prozeß IX, NO-3644.
34 Prozeß IX, Aussage Eduard Strauch. Abschrift, S. 5244.
35 Prozeß IX, Aussage Diels, abgedruckt in *Le Monde Juif*, Nr. 52, Februar 1952.
36 IMT XX, S. 643 und 683.
37 IMT VIII, S. 328, USSR-119 (a).
38 IMT IV, S. 373 (Aussage Ohlendorf).
39 Prozeß XII, NOKW-2079, *Trials of War Criminals*, X, S. 1243.
40 Prozeß IX, NO-3257. IMT, PS-197 (ungedruckt).
41 Max Kaufmann, *Churbn Lettland, Die Vernichtung der Juden Lettlands*, München 1947, S. 67.
42 IMT IV, S. 534 (Aussage von dem Bach-Zelewski).
43 *Aufbau*, New York 1946, Nr. 36 (Affidavit von dem Bach-Zelewski).
44 IMT XI, S. 392, und XXXIII, S. 201, PS-3841, Affidavit Stroop.
45 IMT IV, S. 524, Affidavit SS-Brigadeführer Ernst Rhode.
46 Prozeß XII, NOKW-2150, Tagebuch der 10. Infanteriedivision.
47 IMT IV, S. 523/4.
48 IMT XXXVII, S. 670 ff, L-180 (Stahlecker an Heydrich).
49 IMT, PS-3047 (Sönicken an Lahousen, abgedruckt in *Nazi Conspiracy and Aggression*, V, S. 772—776).
50 Schlabrendorff, *Offiziere gegen Hitler*, S. 51.
51 IMT IV, S. 520 (Aussage Panzergeneral Hans Röttiger).
52 IMT XXXV, S. 81 ff, D-411.
53 *Law Reports of Trials of War Criminals*, XII, S. 53. Prozeß XII, NOKW-3411, abgedruckt in *Trials of War Criminals*, X, S. 1214.
54 IMT XX, S. 698—701, PS-4064 (Tagesbefehl, 11. Armee).

55 *Aufbau*, 1946, Nr. 36.
56 Paul Leverkühn, *Verteidigung Manstein*, Hamburg 1950, S. 12.
57 *The Times*, 15. Dezember 1949 (Manstein-Prozeß). Prozeß XII, NOKW-2523, in *Trials . . .*, X, S. 1236.
58 IMT IV, S. 384 (Aussage Ohlendorf).
59 *Law Reports . . .*, XII, S. 55. NOKW-650, 568, 579 und 2963. *Trials . . .*, X, S. 1215—20.
60 IMT XX, S. 674 (Aussage Manstein).
61 IMT IV, S. 350 (Aussage Ohlendorf).
62 IMT XX, S. 673. Prozeß IX, Aussage Ohlendorf (*Trials . . .*, IV, S. 294).
63 Prozeß IX, NO-3403 (Tätigkeitsbericht Nr. 119, 20. Oktober 1941, *Trials . . .*, IV, S. 424).
64 Günther Blumentritt, *Manstein, the Soldier and the Man* (Manstein, der Soldat und der Mensch), London 1952, S. 115.
65 Prozeß XII, NOKW-541.
66 Prozeß XII, NOKW-2523 (*Le Monde Juif*, Februar 1952).
67 IMT, PS-1682 (ungedruckt).
68 *The People's Verdict* (Der Spruch des Volkes), London 1945, S. 90.
69 IMT IV, S. 288/9, und XXX, S. 598/9, PS-2542 (Affidavit Kurt Lindow).
70 Prozeß IX, NO-4327 (*Trials . . .*, IV, S. 99).
71 Kaye Boyle, *The People with Names*, *New Yorker*, 9. Septemb. 1950.
72 IMT XXXVII, S. 670 ff., L-180 (Bericht der Einsatzgruppe A, 15. Oktober 1941).
73 Prozeß IX, NO-2651.
74 Prozeß IX (Aussage Ohlendorf). Abschrift, S. 724 (engl.).
75 IMT XXX, S. 72—80, PS-2273 (Bericht der Einsatzgruppe A, 31. Januar 1942, von der Roten Armee in Riga erbeutet. Siehe auch IMT VIII, S. 285, USSR-357—a).
76 IMT, PS-702 (ungedruckt).
77 Peter Kleist, *Zwischen Hitler und Stalin*, Bonn 1950, S. 166.
78 IMT XXVII, S. 19—24, PS-1138.
79 Georg Thomas, *Gedanken und Ereignisse*, *Schweizer Monatshefte*, Dezember 1945, S. 537—58.
80 Prozeß IX, NO-2947 (9. August 1941) und NO-2652 (1.—15. August 1941).
81 Samuel Gringauz in *Jewish Social Studies*, New York, Januar 1949.
82 Prozeß XI, NO-4848.
83 Eugen Kogon, *Der SS-Staat*, S. 228/9.
84 IMT VII, S. 588, USSR-2.
85 IMT VIII, S. 590, USSR-297.
86 Dr. F. Steiner, *The Tragedy of Slovak Jewry* (Die Tragödie des slowakischen Judentums), Preßburg 1949, S. 112/3.
87 IMT XXXI, S. 446—448, PS-2992.
88 Prozeß IX (Aussage Blobel), S. 1723 des deutschen Protokolls.
89 Marian Beth-Ammi, *Le Droit à la Patrie* (Das Recht auf das Vaterland), Paris 1946, S. 106—110).
90 Prozeß IX, Aussage Ohlendorf (*Trials . . .*, IV, S. 249). Ferner S. 533 des deutschen Protokolls.

91 Prozeß IX, NO-3055 (Affidavit Schubert).
92 Prozeß IX, NO-2653.
93 *Aufbau*, New York, 1946, Nr. 34.
94 IMT IV, S. 356 und 367/8 (Aussage Ohlendorf).
95 Prozeß IX, NO-5530 und NO-5538, eidesstattliche Versicherungen Metzner.
96 Josef Tenenbaum, *Underground, the Story of a People*, New York 1952, S. 370.
97 *Memoirs of Felix Kersten*, New York 1947, S. 154 (in der deutschen Ausgabe des Buches nicht enthalten).
98 Prozeß IX, NG-3143.

Neuntes Kapitel

1 IMT XXXVII, S. 670 ff, L-180 vom 31. Januar 1942, Bericht der Einsatzgruppe A vom 15. Oktober 1941 (Nr. 23 der 40 versendeten Ausfertigungen, von Stahlecker unterschrieben).
2 Kulischer, *The Displacement of Population in Europe*, S. 63.
3 Joseph Schechtmann in *Hitler's Ten Year War on the Jews*, S. 173 bis 177.
4 Max Kaufmann, *Churbn Lettland, Die Vernichtung der Juden Lettlands*, S. 41.
5 Schechtmann (siehe oben), S. 169.
6 IMT, L-180 (siehe oben).
7 *Law Report of Trials of War Criminals*, XII, S. 31 (Prozeß Oberkommando, Zusammenfassung des Beweismaterials gegen von Küchler).
8 IMT XXX, S. 72—80, PS-2273 (zweiter Bericht Stahleckers für die Zeit vom 16. Oktober 1941 bis 31. Januar 1942. Undatiert und beginnt auf S. 56).
9 Prozeß IX, NO-2934 (Tätigkeitsbericht Nr. 19, 11. Juli 1941).
10 IMT, L-180 (siehe oben).
11 Ebenda, *Anlage A, Gesamtpersonalbestand der Einsatzgruppe A.*
12 Prozeß IX, NO-2655 (Ereignismeldung Nr. 5, 30. September 1941).
13 Peter Kleist, *Zwischen Hitler und Stalin*, S. 159.
14 Marc Dvorjetski, *Ghetto à l'Est*, Paris 1949, S. 25. Aussage von Abraham Susskever, IMT VIII, S. 333—340.
15 Dvorjetski (siehe oben), S. 46.
16 Ebenda, S. 38.
17 Ebenda, S. 62—79.
18 Prozeß XII, NOKW-1686 (*Trials of War Criminals*, X, S. 832).
19 Joseph Schechtmann (siehe oben), S. 191. IMT XIV, S. 237, Affidavit Marine-Verwaltungsinspektor Walter Kurt Dietmann.
20 *Nürnberger Nachrichten*, 4. Februar 1950.
21 IMT XXI, S. 183, und XXVI, S. 97—99, D-968.
22 IMT, PS-2273 (siehe oben) und Kaufmann (siehe oben), S. 280.
23 IMT, L-180 (siehe oben).
24 Prozeß IX (Aussage Eduard Strauch).
25 Affidavit von dem Bach-Zelewski, *Aufbau*, New York 1946, Nr. 36.
26 Vom Komitee der baltischen Überlebenden in London zur Ver-

fügung gestellte Information (9. Juli 1949), Kogon, *Der SS-Staat*, S. 228.

27 Kaufmann (siehe oben), S. 103.
28 Prozeß IX, NO-3405 (Ereignismeldung Nr. 9).
29 Prozeß IX, NO-3259.
30 Kaufmann (siehe oben), S. 111/12.
31 Ebenda, S. 116.
32 IMT, PS-2273 (siehe oben), Stahlecker an Heydrich.
33 IMT XI, S. 606 (Aussage Rosenberg) und XXVII, S. 270, PS-1517.
34 IMT XI, S. 609, und XXXII, S. 435/6, PS-3663.
35 Anklage gegen Leibbrandt und Bräutigam (Mitteilung des Staatsanwalts Paul Dohmann, Landgericht Nürnberg-Fürth, an das Centre de Documentation Juive Contemporaine, Paris, 18. Januar 1950).
36 IMT X, S. 611, und XXXII, S. 437, PS-3666.
37 *Frankfurter Rundschau*, 27. März 1952.
38 IMT, PS-3664 (ungedruckt).
39 *Aufbau*, New York 1946, Nr. 35 (Affidavit von dem Bach-Zelewski).
40 Dvorjetski (siehe oben), S. 107.
41 Ebenda, S. 108.
42 IMT, PS-2273 (siehe oben).
43 IMT XXXIII, S. 287 ff., PS-3876.
44 Prozeß IX, Aussage Naumann. Abschrift, S. 860 (engl.).
45 Solomon M. Schwarz, *Jews in the Soviet Union*, S. 310.
46 Hugh Seton-Watson, *Eastern Europe between the Wars, 1918—1941* (Osteuropa zwischen den Kriegen, 1918—1941), London 1945, S. 329. Schwarz (siehe oben), S. 322—26.
47 Joseph Schechtmann in *Hitler's Ten Year War on the Jews*, S. 190.
48 IMT VII, S. 513.
49 *Aufbau*, New York 1946, Nr. 36 (von dem Bach-Zelewski).
50 IMT, PS-2273 (siehe oben).
51 *Le Monde Juif*, April 1949.
52 *Goebbels-Tagebücher*, S. 113.
53 IMT, PS-3743 (ungedruckt).
54 Josef Tenenbaum, *Underground, the Story of a People*, und Schwarz (siehe oben), S. 322—25.
55 *American-Jewish Yearbook* (Amerikanisch-Jüdisch. Jahrbuch), 1938.
56 Prozeß XII, NOKW-3140 (Tagebuch General Halders, Eintragung vom 12. November 1941), abgedruckt in *Trials . . .*, X, S. 1196.
57 Prozeß IX, NO-2651 (Ereignismeldung Nr. 1, 31. Juli 1941).
58 Prozeß IX, NO-2655 (Ereignismeldung Nr. 5, 30. September 1941).
59 Aussage des Zeugen J. S. Machiz vor der sowjetischen Untersuchungskommission in Minsk, 1944 (ein außerordentlich wertvoller Bericht, der auszugsweise abgedruckt ist in: *The Black Book . . .*, New York 1946, S. 453—464).
60 IMT, PS-2273 (siehe oben).
61 NO-2262 (Kubes Besuch im Ghetto wurde später in einem sehr ausführlichen Bericht geschildert, den Strauch am 25. Juli 1943 an von dem Bach-Zelewski sandte. Er ist Teil der umfangreichen Kube-

Mappe, die in den Ruinen des Rosenbergschen Ministeriums in Berlin gefunden wurde. Über Kubes Entlassung sind widersprechende Berichte veröffentlicht worden. Die hier gegebene Schilderung wird durch ein von Hess unterzeichnetes Rundschreiben bestätigt, von dem sich eine Ausfertigung im Pariser CDJC befindet).

62 IMT XXXII, S. 437, PS-3666 (aus der Kube-Mappe. Im Faksimile veröffentlicht in Weinreich, *Hitler's Professors*, S. 153/54).
63 NO-2262 (Strauch an von dem Bach-Zelewski).
64 Prozeß IX, NO-3241 (Tätigkeitsbericht Nr. 128).
65 Prozeß IX, Aussage Strauch. Abschrift, S. 5264 (engl.).
66 PS-3428 (zitiert in IMT XII, S. 613), Prozeß IX. Abschrift, S. 142.
67 IMT XXXII, S. 280, PS-3428 (Kube an Lohse, 31. Juli 1942, aus der Kube-Mappe). *The Black Book* ... (1946), S. 453—464 (der dort abgedruckte Bericht eines Überlebenden stimmt weitgehend mit den Angaben im Brief überein).
68 Prozeß IX, Kreuzverhör Strauch. Abschrift, S. 5267 (engl.).
69 IMT XXXIX, S. 385 ff., USSR-170, Auszug in IMT, VIII, S. 58.
70 Prozeß IX, NO-511 (Bericht über Bandenbekämpfung Nr. 5 vom 20. Dezember 1942).
71 USSR-119-a, zitiert in IMT VIII, S. 328/29. Andere Auszüge in *The Black Book* ... (1946), S. 349—52, und David Rousset, *Le Pitre ne rit pas*, Paris 1947.
72 PS-3428 (aus der Kube-Mappe).
73 *„Lösung der Judenfrage in Galizien"*, gebundene Ausfertigung des Berichtes von SS-Gruppenführer Dr. Fritz Katzmann an den Höheren SS- und Polizeiführer Krüger im Generalgouvernement, 30. Juni 1943. IMT XXXVII, S. 391—431, L-18.
74 Solomon M. Schwarz (siehe oben), S. 237.
75 Schechtmann in *Hitler's Ten Year War* ..., New York 1943.
76 Prozeß IX, NO-2651 (siehe oben), Tenenbaum, *In Search of a Lost People*, S. 115. Dr. A. Silberschein, *L'extermination des Juifs en Pologne* (Judenausrottung in Polen), Band 8, S. 8, Genf 1945 (vervielfältigt).
77 Prozeß IX, NO-2651.
78 Silberschein (siehe oben), S. 8.
79 Tenenbaum (siehe oben), S. 115.
80 Prozeß IX, NO-2651.
81 Tenenbaum, ebenda.
82 Prozeß IX, NO-2651.
83 Prozeß IX, Aussage Erwin Schulz.
84 Zenon Rozanski, *Mützen ab*, S. 19.
85 Prozeß IX, Aussage Blobel.
86 Prozeß IX, Affidavit Otto Rasch.
87 Prozeß IX, NO-2653 (Ereignismeldung Nr. 8, 31. August 1941).
88 Prozesse XI und XII, NO-5301, Affidavit Erwin Bingel.
89 Prozeß IX, NO-2665 (Ereignismeldung Nr. 5, 30. September 1941) und NO-3149 (Tätigkeitsbericht Nr. 88, 9. September 1941).

90 Prozeß IX, Aussage Blobel. Abschrift, S. 1547—51 (engl.).
91 Prozeß IX, NO-3140 (Tätigkeitsbericht Nr. 106, 7. Oktober 1941, abgedruckt in *Trials* . . ., IV, S. 147).
92 IMT II, S. 147, R-102 (Ereignismeldung Nr. 6, 31. Oktober 1941).
93 IMT XV, S. 362 und 457 (Aussage Generaloberst Alfred Jodl).
94 Prozeß IX, Aussage Blobel. Abschrift, S. 1571 (engl.).
95 Prozeß IX, R-102 und NO-3140.
96 *The Black Book* . . . (1946), S. 360.
97 Ebenda, und IMT VII, S. 594 (Aussage Michael Tanklevski).
98 Prozeß IX, NO-3159 (Tätigkeitsbericht Nr. 128, 3. November 1941).
99 *The Black Book* . . . (1946), S. 363.
100 Schechtmann in *Hitler's Ten Year War*, S. 195.
101 R-102 (siehe oben, zitiert in IMT XX, S. 696). Prozeß XII, NOKW-3147, abgedruckt in *Le Monde Juif*, Nr. 56, Juni 1952.
102 Prozeß IX, Kreuzverhör Albert Hartel und NO-5384 (Affidavit Hartel). Abschrift, S. 2898—2900 (engl.).
103 Prozeß IX, Aussage Blobel. Abschrift, S. 1618 (engl.).
104 Prozeß IX, NO-3197 (Affidavit Blobel).
105 *New York Times*, 22. Oktober 1944 (zitiert in *The Black Book* . . ., 1946, S. 360). IMT VII, S. 612. Urteil im Prozeß IX.
106 IMT, PS-3259 (Bericht an General Thomas).
107 *The Black Book* . . . (1946), S. 362.
108 Prozeß IX, NO-2832 (Tätigkeitsbericht Nr. 135, 19. November 1941, abgedruckt in *Trials* . . ., IV, S. 180. *The Black Book*, 1946, S. 355).
109 Bericht von Majer Neuman aus Volove, von Frl. Helga Melchior, Stockholm, freundlicherweise zur Verfügung gestellt.
110 Prozeß IX, NO-3153 (Tätigkeitsbericht Nr. 108, 10. Oktober 1941).
110a Solomon M. Schwarz (siehe oben), S. 197.
111 Prozeß IX, NO-2832 (Tätigkeitsbericht Nr. 135, 19. November 1941, abgedruckt in *Trials* . . ., IV, S. 180).
112 *Aufbau*, New York 1946, Nr. 36 (von dem Bach-Zelewski).
113 Prozeß IX, NO-2827 (Tätigkeitsbericht Nr. 156, 6. Januar 1942). Bevölkerungszahlen können gefunden werden in: *American-Jewish Year Book*, 1931, sowie Joseph Schechtmann in *Hitler's Ten Year War*, S. 185.
114 Prozeß IX, NO-2827 (Tätigkeitsbericht Nr. 143, 8. Dezember 1941, abgedruckt in *Trials* . . ., IV, S. 185). Das zweite Massaker von Rowno ist im Affidavit Gräbe beschrieben (IMT XXXI, S. 442—4, PS-2992). Angaben von Überlebenden, die sich mit den Berichten der Einsatzgruppe decken, finden sich in *German Crimes in Poland*, I, S. 151, und *The Black Book* . . . (1946), S. 113.
115 Siehe *Jüdisches Lexikon*, unter Charkow.
116 Bericht über den Prozeß von Charkow in *The People's Verdict*, London 1945, S. 122, und *The Black Book* . . . (1946), S. 368.
117 *The People's Verdict*, S. 89.
118 Ebenda, S. 100.
119 *The Black Book* . . . (1946), S. 360.
120 Schwarz (siehe oben), S. 231.

121 IMT VII, S. 617.
122 IMT III, S. 628—30, PS-2357.
123 IMT XXXI, S. 494, PS-3012 (Bericht der Sondergruppe 4 a).
124 Schechtmann in *Hitler's Ten Year War* ..., S. 202.
125 Prozeß IX, NO-3403 (Tätigkeitsbericht Nr. 125, 26. Oktober 1941).
126 Prozeß XII, NOKW-629, abgedruckt in *Trials* ..., X, S. 1237.
127 *Hitler's Ten Year War* ..., S. 202.
128 Einige aus dem Moskauer Blatt *Ainikeit* stammende Informationen über den Prozeß von Charkow sind enthalten in *The Black Book* ... (1946), S. 303.
129 IMT und Prozeß IX, R-102 (Ereignismeldung Nr. 6, Oktober 1941, siehe oben).
130 Prozeß IX, NO-3148 (Tätigkeitsbericht Nr. 95, 15. September 1941).
131 Prozeß IX, Aussage Ohlendorf. Abschrift, S. 526 (engl.).
132 Prozeß XII, NOKW-1677 und 1678.
133 IMT, PS-3843.
134 Prozeß IX, NO-2834 (Tätigkeitsbericht Nr. 150, 2. Januar 1942).
135 Prozeß IX, Urteil. Abschrift, S. 6775 (engl.).
136 Prozeß XII, NOKW-2281 (Bericht des Platzkommandanten in Jankoi).
137 Prozeß IX, NO-3339 (Tätigkeitsbericht Nr. 170, 18. Februar 1942. NO-2662, 11. März 1942).
138 Prozeß IX, NO-6842 (Bericht über die Tätigkeit des SD im Osten).
139 Paul Leverkühn, *Verteidigung Manstein*, Hamburg 1950, S. 35.
140 Prozeß XII, NOKW-1698 und 1690.
141 Prozeß IX, Aussage Ohlendorf. Abschrift, S. 517 f. (engl.).
142 IMT, PS-3843.
143 IMT VIII, S. 330.
144 Schwarz (siehe oben), S. 339.
145 IMT XXVI, S. 103—5, PS-501 (Becker an Rauff, Kiew, 16. Mai 1942).
146 IMT IV, S. 355 (Aussage Ohlendorf).

Zehntes Kapitel

1 Prozeß IV, NO-5194 (Korherr-Bericht an Rudi Brandt, 23. März 1943); „Die Lösung der europäischen Judenfrage"; von Himmler paraphiert (ungedruckt).
2 Prozeß VIII, NO-5875 (Müller an Hoffmann, *Trials of War Criminals*, IV, S. 864).
3 IMT XII, S. 148.
4 Eugen Kogon, *Der SS-Staat*, S. 226, sowie *Neue Volkszeitung*, New York, 27. April 1943.
5 IMT XVII, S. 110.
6 IMT XVI, S. 137.
7 IMT XVI, S. 115/6 (Aussage Seyss-Inquart).
8 IMT XVI, S. 154 (Aussage Friedrich Rainer).
9 Prozeß IV, NO-470 (*Trials* ..., I, S. 803).
10 IMT, PS-2233 (Tagebuch Frank), *German Crimes in Poland*, II (1946).
11 IMT III, S. 600.

12 Nachman Blumental, *Slowa Niewinne*, Warschau 1947. IMT XII, S. 80 (Aussage Buehler).
13 Marian Beth-Ammi, *Le Droit à la Patrie*, Paris 1947, S. 147.
14 Mary Berg, *Warsaw Ghetto*, New York 1945, S. 135. Rumkowski, der „Judenälteste" aus Lodz, wurde am 27. Februar 1942 in Warschau gesehen.
15 *German Crimes in Poland*, I, S. 109. Marian Muszkat, *Polish Charges against German War Criminals*, Warschau 1948, S. 204.
16 Prozeß I, NO-246, abgedruckt in *Trials ...*, I, S. 776.
17 Abraham Melezin, *Demographic Processes among the Jewish Population of Poland*, Lodz 1947.
18 Josef Tenenbaum, *In Search of a Lost People*, S. 106. Sol Bloom, *Dictator of the Lodz Ghetto*, *Commentary*, New York, Februar 1949, S. 111—22.
19 *Dokumenty i Materialy*, Lodz 1946, III, S. 203.
20 Ebenda, III, S. 243—45 (Biebow an Fuchs).
21 Blumental (siehe oben), S. 150. *Dokumenty i Materialy*, III, S. 245 bis 247 (Biebow an Ventski).
22 Muszkat (siehe oben), S. 206.
23 Dr. Josef Kermisz in *Dokumenty i Materialy*, II, S. XVII.
24 Tenenbaum (siehe oben), S. 106, Sol Bloom (siehe oben).
25 Prozeß I, abgedruckt in *Trials ...*, II, S. 40 (Aussage Dr. Friedrich Hilscher).
26 *Friede über Israel*, München, Nr. 3, Juli 1951.
27 Muszkat (siehe oben), S. 208.
28 *Dokumenty i Materialy*, I, S. 229—231.
29 Ebenda, II, S. 74—81.
30 Ebenda, III, S. 228—31.
31 Ebenda, III, S. 238.
32 Prozeß IV (Aussage Oswald Pohl), S. 1939 des deutschen Protokolls.
33 *Goebbels-Tagebücher*, S. 142/43.
34 *Dokumenty i Materialy*, I, S. 220, Bericht Dr. Fohls (Krakau).
35 Ebenda, II, S. 10—14.
36 Ebenda, II, S. 12.
37 Ebenda, II, S. 32/33. Photographie von Richard Türk in Kienast, *Der Großdeutsche Reichstag*, Berlin 1943.
38 *Dokumenty i Materialy*, II, S. 39.
39 Du Prel, *Das Generalgouvernement*, 1942, S. 315.
40 Muszkat (siehe oben), S. 184. Mariam Bath Ammi (siehe oben), S. 12.
41 Blumental (siehe oben), S. 86.
42 *German Crimes in Poland*, I, S. 153.
43 IMT XX, S. 419/20 (Aussage Israel Eisenberg).
44 Pressekonferenz von Vizepremier Mikolajczyk in London, zitiert in *The Black Book* (1943), S. 96. *German Crimes in Poland*, II, S. 94.
45 *The Black Book* (1943), S. 136.
46 Muszkat (siehe oben), S. 227.
47 Mary Berg, *Warsaw Ghetto*, New York 1945, S. 140/41.
48 Tenenbaum (siehe oben), S. 118.

49 IMT III, S. 592 ff und XXXVII, S. 391 ff. L-18 (Katzmanns Bericht „Lösung der Judenfrage in Galizien").
50 Ebenda.
51 *The Black Book* (1943), S. 197. Silberschein, *Judenausrottung in Polen*, Band 5, Genf 1944.
52 *German Crimes in Poland*, II, S. 95.
53 *Dokumenty i Materialy*, II, S. XVI, XXVII und 116. Der hölzerne Adler befindet sich im städtischen Museum in Rzeszow.
54 Ebenda, II, S. 53—55.
55 Arnold Zweig, *Fahrt zum Acheron*, Potsdam 1951 (Bericht von Hilde Huppert).
56 Prozeß I, NO-205 (Brack an Himmler. Veröffentlicht in *Trials . . .*, I, S. 721).
57 IMT XXVI, S. 408—410, PS-910 (die Rede ist in der Note der polnischen Auslandsregierung an die Alliierten erwähnt, *The Black Book of Polish Jewry*, 1943, S. 120).
58 Prozeß VIII, NO-4464 (abgedruckt bei Poliakov, *Bréviaire de la Haine*).
59 IMT, PS-2233, Tagebuch Frank, in *German Crimes in Poland*, II.
60 Prozeß IV, Aussage Karl Wolff, abgedruckt in *Trials . . .*, V, S. 777 (S. 2184/5 des deutschen Protokolls).
61 *Trials of War Criminals*, V, S. 779 und 782.
62 Bayle, *Croix Gammée contre Caducée*, S. 21. *Das Freie Wort*, Düsseldorf, 3. Februar 1952.
63 Michal Mazor, *La Cité Engloutie*, Paris 1955, S. 125.
64 Mary Berg, *Warsaw Ghetto*, New York 1935, S. 95.
65 Ebenda S. 159, Silberschein (siehe oben), Band IV, S. 10.
66 IMT XI, S. 389 und 392 sowie XXXIII, S. 199, PS-3841.
67 Mary Berg (siehe oben), S. 139 und 163.
68 Note der polnischen Auslandsregierung in *The Black Book of Polish Jewry* (1943), S. 120.
69 *Tagesspiegel*, 20. Juli 1951; *Die Welt*, 26. Juli 1951.
70 Berichte des damaligen polnischen Botschafters in London, Graf Raczynski, und der Mitglieder des polnischen Nationalrats, Zygielbojm und Schwarzbart, wiedergegeben in *The Black Book . . .* (1943). .
71 Mazor (siehe oben), S. 128. Affidavit Graebe, IMT XXXI, S. 442—44, PS-2992.
72 Tenenbaum (siehe oben), S. 33.
73 Silberschein (siehe oben), Band IV, S. 19.
74 Mazor (siehe oben), S. 128.
75 Silberschein (siehe oben), Band IV, S. 28.
76 Ebenda, S. 15.
77 Ebenda, S. 21, Mary Berg, S. 174.
78 Bericht von Ignazy Schwarzbart in *The Black Book . . .* (1943), S. 119.
79 Silberschein (siehe oben), IV, S. 8.
80 Veröffentlicht in *Wiadomosci Polskie*, London, 7. Dezember 1943. Deutsch bei Silberschein (siehe oben), IV, S. 24.

81 Picker, *Hitlers Tischreden*, Bonn 1951, S. 311.
82 Siehe die Zahlenangaben Stroops in IMT XXVI, S. 628 ff, PS-1061.
83 Michal Mazor (siehe oben), S. 166 ff.
84 *The Black Book* (1946), S. 129.
85 Ebenda, S. 130—33.
86 Silberschein, IV, S. 33. Mary Berg (siehe oben) S. 183 und 188. Tenenbaum, S. 33.
87 Blumental in *Dokumenty i Materialy*, I, S. 8.
88 Tenenbaum, *In Search of a Lost People*, S. 39, und *Underground, the Story of a People*, S. 91/92 (die beiden Darstellungen weichen voneinander ab), Mary Berg, S. 196.
89 IMT, PS-2233, Tagebuch Frank, zitiert in *Le Monde Juif*, Dezember 1950.
90 IMT, PS-2233, zitiert in *German Crimes in Poland*, II (1946).
91 *Dokumenty i Materialy*, II, Einführung.
92 IMT VI, S. 240, Aussage Paul Roser.
93 Zitiert in Max Weinreich, *Hitler's Professors*, New York 1946, S. 168 (Urtext vom New Yorker YIVO-Institut freundlicherweise zur Verfügung gestellt).
94 *Dokumenty i Materialy*, II, S. XXXIV—XXXVI (Kermisz).
95 Tenenbaum, *In Search . . .*, S. 118. *The Black Book* (1946), S. 434 (Aussage von Israel Herz). Silberschein (siehe oben), V, S. 17.
96 Prozeß IV, NO-1611 (*Trials . . .*, V, S. 616).
97 Prozeß XII, NOKW-134.
98 Der Befehl für Lemberg ist im Bericht Katzmanns enthalten (IMT III, S. 596 ff. sowie XXXVII, S. 991 ff., L-18).
99 Beide Anordnungen in *The Black Book of Polish Jewry* (1943), S. 138—40.
100 *Dokumenty i Materialy*, I, S. 280—290.
101 Arnold Zweig, *Fahrt zum Acheron*, Potsdam 1951, S. 59—61.
102 Prozeß IV, NO-5194 (Korherr-Bericht, 23. März 1943).
103 Dr. J. Guérin, *Rawa Ruska, Camp de Représailles*, Marseille 1945, S. 178.
104 *Dokumenty i Materialy*, II, Einführung (Kermisz).
105 Guérin (siehe oben), S. 155/56.
106 Silberschein (siehe oben), V, S. 40—44.
107 *The Black Book of Polish Jewry* (1943), S. 87. *Dokumenty i Materialy*, I, S. 47 (Bericht von Mila Hornik). Rabbiner T. Guttmann, *Dokumentenwerk*, II, S. 47—65 (Bericht von Dov Weitz).
108 Jakob Littner, *Aufzeichnungen aus einem Erdloch*. München 1948.
109 Prozeß IV, NO-1257 (Himmler an Pohl und Krüger, 15. Januar 1943).
110 IMT XX, S. 350, und XXXIV, S. 58 ff., PS-4024.

Elftes Kapitel

1 Silberschein, *Judenausrottung in Polen*, IV, S. 48.
2 Tenenbaum, *In Search af a Lost People*, S. 88/89.
3 IMT XXXVII, S. 391 ff, L-18 (Bericht Katzmann).
4 Prozeß IV, NO-1882 (Himmler an Krüger und Pohl).

5 IMT XXVI, S. 628 ff., PS-1061. Silberschein (siehe oben), IV, S. 57.
6 Begründung der Anklage gegen Többens, unterzeichnet von Assessor Schneider von der Bremer Spruchkammer, 1. Juni 1949 (im *Centre de Documentation Juive Contemporaine* in Paris).
7 Tenenbaum (siehe oben), S. 40. *The Black Book of Polish Jewry* (1943), S. 148. Silberschein (siehe oben), IV, S. 67.
8 Michal Mazor (*La Cité Engloutie*, S. 130) gibt die offiziellen deutschen Endziffern der Deportationen bis Ende Januar 1943 wieder.
9 Prozeß IV, NO-2514.
10 Prozeß IV, NO-2494.
11 Prozeß IV, NO-1265.
12 *Law Reports of Trials of War Criminals*, London 1948, VII, Trial of Amon Göth.
13 Tenenbaum (siehe oben), S. 41. Mary Berg, *Warsaw Ghetto*, S. 229, Silberschein (siehe oben), IV, S. 58. *The Black Book ...* (1943), S. 158.
14 Von da ab folgt die Darstellung des Aufstandes im Warschauer Ghetto dem Bericht Jürgen Stroops (IMT XXVI, S. 628 ff., PS-1061), soweit nichts anderes angeführt ist.
15 *Goebbels-Tagebücher*, S. 313 und 318.
16 Die Photographien wurden am 14. Dezember 1945 dem Nürnberger Gericht gezeigt (IMT III, S. 622/3). Einige finden sich in dem von David Knout herausgegebenen Buch *La Bataille du Ghetto de Varsovie* (Die Schlacht im Warschauer Ghetto), Paris 1946, sowie in *German Crimes in Poland*, II.
17 G. M. Gilbert, *Nuremberg Diary*, S. 69.
18 IMT XV, S. 365, Aussage Jodl.
19 Prozeß IV, NO-2608, IMT XXI, S. 188, PS-1475.
20 Faksimile in *Bleter far Geszichte*, August-Oktober 1948, veröffentlicht vom Polnisch-jüdischen historischen Institut.
21 Bericht Stroop (PS-1061).
22 Marc Dvorjetski, *Ghetto à l'Est*, Paris 1950, S. 157, Tenenbaum (siehe oben), S. 100.
23 Siehe besonders den Bericht im jiddischen Blatt *Ainikeit* (Moskau), abgedruckt in *The Black Book ...* (1946), S. 436—444.
24 Krüger an Frank (Tagebuch Frank), IMT, PS-2233. Veesenmayer an von Thadden, 25. Juli 1944, in Prozeß XI, NO-1806.
25 Tenenbaum (siehe oben), S. 51.
26 IMT XXXIII, S. 199/200, PS-3841.
27 Tenenbaum (siehe oben), S. 73.
28 Tagebuch Frank, IMT, PS-2233.
29 Prozeß IV, NO-519 (Pohl an Himmler, 9. Februar 1944).
30 Prozeß IV, NO-2496 (Himmler an Glücks und Kaltenbrunner, 11. Juni 1943).
31 Prozeß IV, NO-2516.
32 Prozeß IV, NO-2515.
33 R. Stern in *Die Oorlog die Hitler won*, Amsterdam 1947, S. 381.
34 *Auschwitz, Deel VI*, Niederländisches Rotes Kreuz, 1952, S. 123/4.
35 *Jewish Social Studies*, New York, April 1948.

36 Prozeß IV, NO-2403, abgedruckt (französisch) in *La Persécution des Juifs dans les Pays de l'Est*, Paris 1948, S. 118.
37 *Dokumenty i Materialy*, II, Einführung (Kermisz).
38 IMT XXIX, S. 608, PS-2233 (Tagebuch Frank).
39 IMT XXXVII, S. 391 ff, L-18 (Bericht Katzmann), *The Black Book* (1946), S. 445.
40 Mary Berg (siehe oben), S. 85.
41 Prozeß I, Aussagen von Haas und Hoven, abgedruckt in Bayle, *Croix Gammée contre Caducée*, S. 132/33, 182 und 258.
42 *The Black Book* (1946), S. 307—10. Tenenbaum (siehe oben), S. 123. IMT VIII, Verhandlung vom 19. Februar 1946.
43 Tenenbaum, *Underground, the Story of a People*, S. 421.
44 Solomon M. Schwarz, *Jews in the Soviet Union*, S. 334.
45 Tenenbaum, *In Search . . .*, S. 120. *Underground . . .*, S. 434.
46 *The Belsen Trial* (Herausgeber: R. Philips), London 1948, S. 66.
47 *Dokumenty i Materialy*, II, S. 61—72 (Sammlung von Berichten der Schutzpolizei). Tenenbaum, *Underground . . .*, S. 378—381.
48 Marc Dvorjetski (siehe oben), S. 218.
48a Jenny Spritzer, *Ich war Nr. 10 291*, S. 78.
49 Prozeß III, NG-2660.
50 *German Crimes in Poland*, I, S. 150.
51 *The Black Book* (1946), S. 346—48 (Aussagen vor der sowjetischen Untersuchungskommission in Grodno).
52 IMT VI, S. 366, R-91, *German Crimes in Poland*, I, S. 157. Bericht des *War Refugee Board* über Auschwitz, November 1944, S. 13 (vervielfältigt).
53 *Dokumenty i Materialy*, II, Einführung (Kermisz). Tenenbaum, *In Search . . .*, S. 95.
54 Prozeß IV, NO-2187 (Globocnik an Rudi Brandt).
55 Tenenbaum, *In Search . . .*, S. 100.
56 *German Crimes in Poland*, I, S. 102.
57 Prozeß IV, NO-2187 (Bericht des SS-Obersturmbannführers Horn, 13. März 1944). *Dokumenty i Materialy*, II, Einführung, S. LXIII. Zdenek Lederer, *Ghetto Theresienstadt*, S. 95.
58 Prozeß XI, NO-3304 (Anklage gegen Gottlob Berger).
59 Prozeß XI, NO-1809 (Anklage Gottlob Berger).
60 Prozeß IX, NO-3020.
61 IMT III, S. 627, und Prozeß IX, NO-4317.
62 Prozeß IV, NO-2262 (Strauch an von dem Bach-Zelewski).
63 Prozeß IV, NO-1247 (Kaltenbrunner an Himmler).
64 Prozeß XI, NO-4315.
65 *The Black Book* (1946), S. 464.
66 Lederer (siehe oben), S. 207/8.
67 Schwarz, *Jews in the Soviet Union*, S. 323.
68 *Aufbau*, New York 1946, Nr. 36 (von dem Bach-Zelewski).
69 Dvorjetski (siehe oben), S. 245—251.
70 Ebenda, S. 254—56. Aussage des Nürnberger Zeugen Abraham Susskever in *The Black Book* (1946), S. 445—7.

71 Picker, *Hitlers Tischgespräche*, Bonn 1951, S. 118.
72 Dvorjetski (siehe oben), S. 210.
73 Ebenda, S. 292.
74 Ebenda, S. 298—300.
75 Max Kaufmann, *Churbn Lettland*, München 1948, S. 141. Jeanette Wolff, *Sadismus oder Wahnsinn*, Greiz 1947, S. 11.
76 Kaufmann, S. 196—210. Wolff, S. 31.
77 Wolff, S. 28—32. Herman Voosen, Bericht an das Jewish Information Centre, London 1945.
78 Filip Friedman, *This was Oswiecim*, London 1948.
79 S. Gringauz in *Jewish Social Studies*, New York, Januar 1949.
80 Jeanette Wolff (siehe oben), S. 29.
81 Prozeß IV, NO-3040 (Aufzeichnungen über eine Besprechung im Amt Rosenbergs, 5. Juli 1944).
82 *New York Times*, zitiert in *The Black Book* (1946), IMT VII, S. 623, USSR-39.
83 Kaufmann (siehe oben), S. 357. Voosen (siehe oben). *History of the United Nations War Crimes Commission* (Geschichte der Kommission der Vereinten Nationen für Kriegsverbrechen), London 1948, Appendix V, S. 535.
84 Prozeß IV, NO-3031 (Denkschrift Himmlers, 21. Juni 1941).
85 Prozeß IV (Aussage Josef Vogt), abgedruckt in *Trials of War Criminals*, V, Washington 1950, S. 789.
86 Prozeß IV, NO-606 und NO-1257.
87 IMT XX, S. 345 ff. und XXXIV, S. 110 ff., PS-4045, Prozeß IV, NO-724.
88 Prozeß IV, NO-062.
89 Prozeß IV, NO-1270.
90 Prozeß IV, Aussage Pohl. Abschrift, S. 1340 (engl.).
91 Prozeß IV, NO-485.
92 *Dokumenty i Materialy*, I, S. 138—41.
93 *The Black Book* (1946), S. 381—90.
94 Prozeß IV, Aussage Oswald Pohl. Abschrift, S. 1320 (engl.).
95 IMT XII, S. 146. Verteidigungsdokument Frank Nr. 8, IMT XL, S. 113—118.
96 Prozeß IV, NO-059 (Globocnik an Himmler, Triest, 9. Dezember 1943).
97 IMT XXXIV, S. 58/59, PS-4024 (Globocnik an Himmler, Triest, 4. November 1943).
98 *Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß*, S. 114.
99 Prozeß IV, Aussage Oswald Pohl, S. 1805 des deutschen Protokolls.
100 Prozeß IV, NO-2187.
101 Die angegebene Zahl stammt aus dem Bericht des *War Refugee Board* über Auschwitz, der sich wieder auf die Angaben der aus Majdanek nach Auschwitz geschickten weiblichen Bürokräfte stützt. Sie ist beträchtlich niedriger als die Schätzungen der meisten anderen Überlebenden. Die Darstellung Morgens ist abgedruckt in *Nazi Conspiracy and Aggression*, Supplement B, S. 1309 in Form eines mit Kaltenbrunner aufgenommenen Protokolls.

102 Sam Welles in *Time*, 14. Juli 1947.
103 Prozeß IV, NO-57 (Globocnik an Himmler, Triest, 5. Januar 1944).
104 Prozeß IV, NO-2187, abgedruckt in *Trials . . .*, V, S. 536.
105 Prozeß IV, NO-063, abgedruckt in *Trials . . .*, V, S. 714.
106 Prozeß IV, NO-1036, *Trials . . .*, V, S. 545—48.
107 *Catalogue of Camps and Prisons*, British Control Commission, Arolsen 1949.
108 *Dokumenty i Materialy*, I, S. 36.
109 *Law Reports of Trials of War Criminals*, London 1948, VIII. *Dokumenty i Materialy*, I, S. 45—50.
110 IMT XXXVII, S. 487, L-53 (Ausfertigung für den Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Tomaszow, 21. Juli 1944).
111 Kastner, *Bericht . . .*, Genf 1946, S. 148.
112 Filip Friedman (siehe oben), London 1948.
113 IMT XX, S. 421.
114 *Dokumenty i Materialy*, I, S. 45—51.
115 IMT XX, S. 349, und XXXIV, S. 58/9, PS-4024.
116 Prozeß IV, NO-519, teilweise veröffentlicht in *La Persécution des Juifs dans les pays de l'Est*, S. 120—123.
117 Ebenda.
118 *Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß*, S. 104.
119 Prozeß IV, NO-519 (siehe 117 und 118).
120 Ebenda.
121 Abraham Melezin, *Demographic Processes among the Jewish Population of Poland*, Lodz 1946 (Zahlen des Judenrats von Lodz).
122 *Dokumenty i Materialy*, III, S. 267.
123 Melezin (siehe oben) und *German Crimes in Poland*, I, S. 157.
124 Bendet Hershkovitch, *The Ghetto in Litzmannstadt, Yivo Annual of Jewish Social Science*, New York 1950, S. 121.
125 Aussage Dr. Ada Bimko in *The Belsen Trial*, London 1950.
126 Dr. Albert Menasche, *Birkenau (Auschwitz II)*, New York 1947.
127 Miklos Nyiszli in *Les Temps Modernes*, April 1951.
128 Kristina Zywulska, *I Came Back*, New York 1950.
129 IMT XXVII, S. 46, PS-1166 (SS-Sturmbannführer Burger vom WVHA, Liste der Kleidungsstücke).
130 Filip Friedman (siehe oben), London 1948.
131 Starr und Shapiro in *Jewish Social Studies*, New York, April 1946. 14 152 lebten in Lodz (Tenenbaum, *Underground . . .*, S. 182).
132 *History of the United Nations War Crimes Commission*, London 1948, Appendix V, S. 536.

Zwölftes Kapitel

1 *The Organisation of UGIF in Nazi-controlled France*, Zosa Szajkowski in *Jewish Social Studies*, New York, Juli 1947.
2 Ebenda. Georges Wellers, *De Drancy à Auschwitz*, Paris 1946, S. 106.
3 Prozeß XI, NG-4895 (Konferenzbericht von Ernst Achenbach für Abetz).

4 IMT XXXII, S. 432, PS-3614, II (Konferenzbericht von Mahnke für Werner Best).
5 Prozeß XI, NG-4895.
6 Prozeß XI, NG-2442 und NG-2432 (Abetz an Ribbentrop).
7 IMT VII, S. 40 ff., RF-1207 (Bericht von Dannecker an Knochen ‚Die Judenfrage in Frankreich und ihre Behandlung').
8 Die Schilderung folgt hier einigen von der französischen Anklage für Nürnberg vorbereiteten, aber dort nicht vorgelegten Beweisstücken, die später unter Nr. 65—78 in dem Werk *La Persécution des Juifs en France et dans les autres pays de l'Ouest*, Paris 1947, S. 342 ff., veröffentlicht wurden.
9 Prozeß XI, NG-3571 (Stülpnagel an Wagner).
10 IMT, RF-1211. Abgedruckt in *La Persécution des Juifs en France* . . ., S. 178.
11 Knochen an Heydrich, 18. Dezember 1941. *(Le Monde Juif*, Nr. 14, Dezember 1948.)
12 Georges Wellers in *Le Monde Juif*, Nr. 15, Januar 1949.
13 Bericht des *War Refugee Board* über Auschwitz, November 1944 (vervielfältigt). Ausführlicher in: Rabbiner S. Silberschein, *Judenausrottung in Polen*, III, Zürich 1944 (vervielfältigt).
14 IMT XXXVIII, S. 746, RF-1216, Dannecker an Knochen, 10. März 1942, Faksimile in *Persécution des Juifs en France*.
15 Prozeß XI, NG-4594-C. Faksimile mit Weizsäckers handschriftlicher Bemerkung in *Le Monde Juif*, September 1947.
16 Prozeß XI, NG-1838, Affidavit Otto Abetz.
17 Rademachers Aufzeichnung, Prozeß XI, NG-3358 (siehe S. 95 u. 408 dieses Buches). Siehe ferner Weizsäckers Aussage im Wilhelmstraßen-Prozeß.
18 Weizsäcker, *Erinnerungen*, München 1950, S. 338. Aussage Weizsäcker im Prozeß XI.
19 *Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß*, S. 89 und 94.
20 Weizsäcker, *Erinnerungen*, S. 338.
21 In Röthkes Aktenmappen gefundenes handschriftliches Verzeichnis. Original im Pariser CDJC (XXVI-C, 254).
22 *War Refugee Board*, Bericht über Auschwitz.
23 Wellers, *De Drancy à Auschwitz*, S. 34.
24 Ebenda und IMT XXXVIII, S. 746, RF-1216, Dokument 13 (Best an Stülpnagel), abgedruckt in *Persécution des Juifs en France* . . ., S. 124/5.
25 *War Refugee Board*, Bericht über Auschwitz.
26 Léon Poliakov, *L'étoile jaune* (Der gelbe Stern), Paris 1949, S. 22—24.
27 IMT, RF-1207 (Bericht Danneckers vom 1. Juli 1942, veröffentlicht in *La Persécution des Juifs en France* . . ., S. 84 ff.)
28 Poliakov (siehe oben), S. 30.
29 Knochen an Lischka, bei Poliakov (siehe oben), S. 35.
30 Ebenda, S. 40.
31 Ebenda, S. 64.
32 Ebenda, S. 52.

33 IMT, RF-1217, veröffentlicht in *La Persécution des Juifs en France*, S. 126.
34 Prozeß XI, NG-183.
35 IMT XXXIX, S. 2—4, RF-1221.
36 IMT, RF-1219, veröffentlicht in *Le Monde Juif*, Juli 1949.
37 IMT VII, S. 49, RF-1220.
38 *La Persécution des Juifs en France*, Dokument 16, S. 141/42.
39 RF-1223, faksimiliert in *La Persécution ...*
40 RF-1222, abgedruckt (französisch) in *La Persécution ...*, S. 362.
41 RF-1222.
42 RF-1225, abgedruckt in *La Persécution ...*, S. 141.
43 RF-1226, ebenda, S. 131.
44 Ebenda, Dokument 23, S. 162.
45 Ebenda, Dokument 19, S. 148 ff.
46 Georges Wellers in *Le Monde Juif*, Nr. 22, August/September 1949.
47 *La Persécution ...*, Dokument 19, S. 150.
48 RF-1233, ebenda, S. 197.
49 Wellers, *De Drancy à Auschwitz*, S. 58.
50 Wellers in *Le Monde Juif*, Nr. 22, August/September 1949.
51 Handschriftliches Verzeichnis aus Röthkes Akten (siehe 21).
52 *Auschwitz, Deel II*, Niederländisches Rotes Kreuz, Haag 1948.
53 *La Persécution ...*, Dokument 22, S. 155.
54 IMT VII, S. 51, RF-1226.
55 IMT VII, S. 52/53, RF-1234, und RF-1227, abgedruckt in La Persécution ..., S. 192.
56 Handschriftliches Verzeichnis aus Röthkes Akten (siehe 21).
57 Faksimile in *La Persécution ...*
58 Léon Poliakov, *Bréviaire de la Haine*, S. 203.
59 Undatierte Aufzeichnung, übersetzt bei Poliakov, *Bréviaire ...*, S. 203—6, Fußnote.
60 Prozeß XI, NG-2586-J, Denkschrift Martin Luthers für Ribbentrop, 19. August 1942.
61 Prozeß XI, NG-2268. Léon Poliakov, *La Condition des Juifs en France sous l'occupation italienne* (Die Lebensbedingungen der Juden in Frankreich unter der italienischen Besetzung), Paris 1946, S. 23 und 62.
62 Ebenda, S. 54.
63 Ebenda, S. 63, und Prozeß XI, NG-4890 (Abetz an Röthke).
64 Poliakov, *La Condition des Juifs ...*, S. 73.
65 Ebenda, S. 77 (Faksimile auf S. 153).
66 IMT, D-734 (Aufzeichnung einer Besprechung zwischen dem Reichsaußenminister und dem Duce, 25. Februar 1943).
67 RF-1230, abgedruckt in *La Persécution ...*, S. 194.
68 Poliakov, *La Condition des Juifs ...*, S. 78, Prozeß XI, NG-2242.
69 Prozeß XI, NG-2242 (Bericht Mackensens an Ribbentrop).
69a Poliakov, *La Condition des Juifs ...*, *Document* 28 XII/3 (Bericht von SS-Obersturmführer Moritz aus Marseille an Röthke, 26. Mai 1943), S. 98 (Faksimile S. 159/60).

70 Ebenda, S. 108—14.
71 Ebenda, *Documents 37—42*, S. 126—135.
72 Ebenda, *Document 42*.
73 Ebenda, Einführung S. 38—40.
74 Prozeß XI, NG-4964.
75 Handschriftliches Verzeichnis aus Röthkes Akten (siehe 21).
76 *Document CDJC*, I, S. 54, teilweise abgedruckt in Poliakov, *La Condition des Juifs ...*, *Document 34*, S. 115.
77 Wellers, *De Drancy à Auschwitz*, S. 49.
78 Prozeß XI, NG-4956.
79 RF-1230, abgedruckt in *La Persécution ...*, S. 194—7. Handschriftliches Verzeichnis aus Röthkes Akten (siehe 21).
80 Poliakov, *La Condition des Juifs ...*, S. 115.
81 Wellers, *De Drancy à Auschwitz*, S. 100.
82 Ebenda, S. 106.
83 IMT VII, S. 53/4, RF-1235.
84 Prozeß IV, NO-1411 (Knochen an Brunner).
85 Wellers, *De Drancy à Auschwitz*, S. 121.
86 Friedman, *This was Oswiecim*, S. 23 (von Dr. Otto Wolken aus St. Pölten, Lagerschreiber im Lager B II a, aufbewahrte Liste).
87 Wellers, *De Drancy à Auschwitz*, S. 108, sowie handschriftliches Verzeichnis aus Röthkes Akten (siehe 21).

Dreizehntes Kapitel

1 *Auschwitz, Deel I*, Niederländisches Rotes Kreuz, Haag 1947.
2 IMT XXVII, S. 502 ff., PS-1726 (Bericht der niederländischen Repatrierungskommission).
3 *Auschwitz, Deel III*, Niederländisches Rotes Kreuz, Haag 1953.
4 *Le Monde Juif*, Nr. 29, März 1950 (Zitat aus *Nederland in Oorlogstijd*), und Wielek, *De Oorlog die Hitler won*, Amsterdam 1947, S. 30—35.
5 *Nederland in Oorlogstijd*, März 1950.
6 Ebenda, Rauter an Christiansen.
7 Prozeß XI, NG-2285, abgedruckt in *Le Monde Juif*, Nr. 29, März 1950.
8 Prozeß XI, NG-2805 (Mohr an Woermann), ebenda.
9 Prozeß XI, NG-2710 (Denkschrift Albrecht), ebenda.
10 Prozeß XI, NG-3709 (Luther an Albrecht, 4. November 1941).
11 Wochenbericht des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD in den Niederlanden, abgedruckt in *Nederland in Oorlogstijd*, März 1950.
12 Eugen Kogon, *Der SS-Staat*, S. 157.
13 *Het Proces Rauter*, Haag 1952, S. 36 und 47.
14 Protokoll des Prozesses Aus der Fünten (Haag, 13. März 1949) im Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Amsterdam.
15 Prozeß XI, NG-183.
16 Prozeß XI, NG-2333 (Albrecht an Rademacher).

17 *Auschwitz, Deel II, De Deportatietransporten 15. Juli—24. Augustus 1942.* Niederländisches Rotes Kreuz, Haag 1948.
18 Ebenda.
19 Prozeß XI, NG-2631 (Bericht des Gesandten Bene, 13. August 1942).
20 Prozeß IV, NO-3408 (Tagebuch Kremer; S. 1928 des deutschen Protokolls).
21 *Auschwitz, Deel II.*
22 Rauter an Wimmer, 10. September 1942. *Het Proces Rauter,* S. 27.
23 Prozeß IV, NO-1339, Rauter an Himmler, 24. September 1942. *Het* Proces Rauter, S. 29/30.
24 *Abbau der rückstellenden Gruppen,* Slottke-Mappe, S. 37. (Im Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie.)
25 *Het Proces Rauter,* S. 29/30.
26 Slottke-Mappe, S. 37—45.
27 Prozeß XI, NG-2631 (Bene an Woermann).
28 *Het Proces Rauter,* S. 27.
29 Ebenda.
30 Urteil des Haager Gerichtes vom 27. Dezember 1949, S. 17—25.
31 *Het Proces Rauter,* S. 43.
32 Zöpf an Harster (Faksimile im Rijksinstituut). Slottke-Mappe, S. 111.
33 *Het Proces Rauter,* S. 32. Slottke-Mappe, S. 112 und 114.
34 Prozeß XI, NG-2631 (Bene an Woermann, 25. Juni 1943).
35 *Sobibor.* Niederländisches Rotes Kreuz, Haag 1947. Wielek (siehe oben).
36 Slottke-Mappe, S. 8—39.
37 Zöpf an Schöngarth, 15. Juni 1944, Slottke-Mappe, S. 176—86.
38 Slottke-Mappe, S. 45.
39 Prozeß XI, NG-2586-O.
40 Prozeß XI, NG-2652-A.
41 Prozeß XI, NG-2652-G.
42 Protokoll über eine Unterredung zwischen Rauter und Zöpf, XIII/2, 24. Juni 1943 (Slottke-Mappe, S. 127).
43 Affidavit Eberhard von Thadden, veröffentlicht in *Le Monde Juif,* Nr. 17, März 1949.
44 Der Name Bergen-Belsen findet sich auf dem Verteiler einer von Glücks am 27. April 1943 ausgegebenen Anordnung. Siehe IMT IV, S. 224, PS-1933.
45 *Auschwitz, Deel II,* Haag 1949. Slottke-Mappe, S. 144. Michael Molho, *In Memoriam,* S. 96/7. Abel Herzberg, *Kroniek der Jodenvervolging,* Haag 1951, S. 228.
46 Herzberg (siehe oben), S. 220—28.
47 IMT, D-749-b (Affidavit Rudolf Höss, ungedruckt). *Auschwitz, Deel VI,* Haag 1952.
48 Slottke-Mappe, S. 169.
48a Urteil im Prozeß Aus der Fünten, S. 17—25 des Prozeßprotokolls (ungedruckt). Filip Friedman, *This was Oswiecim,* London 1946 (zitiert Angaben Dr. Wolkens).
49 *Het Proces Rauter,* S. 33.

50 Slottke-Mappe, S. 169.
51 *La Persécution des Juifs en France . . .*, Paris 1947, S. 206. Prozeß XI, NG-2380, Bericht des Militärgouverneurs von Belgien und Nordfrankreich Nr. 10 vom 19. November 1940.
52 Poliakov, *L'étoile jaune*, Paris 1949, S. 24.
53 *Black Book of Polish Jewry* (1943), S. 319. *The Black Book*, New York (1946), S. 144 (Ziffernangaben unverläßlich).
54 Prozeß XI, NG-183.
55 Prozeß XI, NG-5219.
56 Bericht des *War Refugee Board* über Auschwitz, 1944, S. 18.
57 *Les crimes de guerre, commis sous l'occupation de la Belgique, Persécution anti-semitique* (Die während der Besetzung Belgiens begangenen Kriegsverbrechen. Antisemitische Verfolgungen), Lüttich 1947, S. 28.
58 Ebenda, S. 36. IMT, GB-75 (Bericht der belgischen Regierung). *La Persécution des Juifs en France . . .*, S. 223.
59 *La Résistance juife en Belgique* (Der jüdische Widerstand in Belgien), *Le Monde Juif*, Nr. 19, April 1947.
60 Ebenda, und *Les crimes de guerre . . .*, Lüttich 1947, S. 34.
61 *The Times*, 10. März 1951.
62 Prozeß XI, NG-3931.
63 Poliakov, *L'étoile jaune*, S. 70.
64 Prozeß XI, NG-4275.
65 Prozeß XI, NG-5121 (veröffentlicht in *Le Monde Juif*, Nr. 24, Oktober 1949).
66 Prozeß XI, NG-5121, ebenda.
67 Prozeß XI, NG-4807 (Sonnenleitner an Wagner).
68 Prozeß XI, NG-3923.
69 IMT XX, S. 154, Aussage Best.
70 Prozeß XI, NG-5208 (*Le Monde Juif*, Nr. 24, Oktober 1949).
71 IMT XI, S. 284, Affidavit Kaltenbrunner.
72 IMT XX, S. 183 (Aussage Karl-Heinz Hoffmann). Jacques Sabile in *Le Monde Juif*, Nr. 25, November 1949. Material über den Prozeß Best von der dänischen Botschaft in London freundlicherweise zur Verfügung gestellt.
73 Prozeß XI, NG-5208, und *Le Monde Juif*, Oktober 1949.
74 und 75 Beweisstücke vom Prozeß Best (siehe 73).
76 Prozeß XI, NG-3923, und Prozeß XII, NOKW-356.
77 Prozeß XI, NG-5206 (Affidavit von Hannecken) und Jacques Sabile in *Le Monde Juif*, Nr. 25, November 1949.
78 IMT XV, S. 364 und 539 (Aussage Alfred Jodl).
79 Beweisstück vom Prozeß Best (siehe 73).
80 IMT XV, S. 539 und XXXV, S. 157/8, D-547. Prozeß XI, NG-3907.
81 Nella Rost (Stockholm) in *Les Juifs en Europe, 1939—1945*, Paris 1947.
82 Aage Bertelsen, *Oktober '43*, London 1955.
83 Prozeß XI, NG-3921. Prozeß XII, NOKW-355.
84 Prozeß Werner Best (siehe 73).

85 Prozeß XI, NG-4093. Veröffentlicht von Jacques Sabile in *Le Monde Juif*, Nr. 26, Dezember 1949.
86 *The Times*, 30. August 1951.
87 Zahlenangaben über Deportationen nach Korherrs Bericht an Himmler, NO-5194, ferner *Les Juifs en Europe, 1939—1945* (Nella Rost).
88 Prozeß XI, NG-5217 (*Le Monde Juif*, Nr. 27, Januar 1950).
89 Prozeß XI, NG-2461 (ebenda).
90 Prozeß XI, NG-5217 (ebenda).
91 Prozeß XI, NG-5027 und NG-5088 (*Le Monde Juif*, Nr. 20, Juni 1949).
92 Prozeß XI, NG-5027.
93 Prozeß XI, Dokument Weizsäcker Nr. 241 (Affidavit Gerhard Gumpert).
94 Prozeß XI, NG-5027 (*Le Monde Juif*, Nr. 20, Juni 1949).
95 Prozeß XI, Dokument Weizsäcker Nr. 241.
96 *Le Monde Juif*, Nr. 20, Juni 1949, und 34, Dezember 1950.
97 Aussage Rudolf Rahn vor dem Schwurgericht München, *The Times*, 17. Februar 1950.
98 Filip Friedman, *This was Oswiecim*, S. 24.
99 *Law Reports of Trials of War Criminals* (Kesselring, Mackensen, Mälzer), VIII, London 1949.
100 Mündliche Mitteilung von Dr. Gaddo Glass, Mitglied des Ausschusses der Jüdischen Gemeinde in Triest.
101 *Catalogue of Camps and Prisons*. International Tracing Service, Arolsen 1949.
102 Mitteilung des Vizepräsidenten der Union der italienischen jüdischen Gemeinden an die Wiener-Library, 10. September 1946.
103 Primo Levi, *Se questo é un uomo*, Turin 1947.
104 Filip Friedman (siehe oben, S. 25), *Catalogue of Camps and Prisons* (siehe oben).
105 Max Adolf Vitale in *Les Juifs en Europe, 1939—1945*.
106 *Relazione del Comitato della Communita al Consiglio* (Bericht des Gemeindeausschusses an die Regierung), Triest, 23. Juni 1946 (von Dr. Glass freundlicherweise zur Verfügung gestellt).
107 *History of the United Nations War Crimes Commission*, London 1948, Appendix V, S. 523.

Vierzehntes Kapitel

1 Starr und Shapiro in *Jewish Social Studies*, New York, April 1946.
2 Max Weinreich, *Hitler's Professors*, New York 1946, S. 116—19.
3 *The Black Book* (1946), S. 158. Eugene Levai, *Black Book on the Martyrdom of Hungarian Jewry*, Zürich 1948, S. 39.
4 Prozeß XI, NG-3354. Die folgende Darstellung stützt sich auf den unter dieser Zahl in Nürnberg geführten Briefwechsel.
5 Ulrich von Hassell, *Vom anderen Deutschland*, S. 237.
6 *Law Reports of Trials of War Criminals*, VIII, S. 39 (Prozeß VII, Der Geiselprozeß), London 1948.

7 Prozeß XI, NG-2586—G.
8 *The Black Book* (1946), S. 158. IMT XXXIX, S. 273 ff, USSR-36.
9 *Report of Activities of CIRC in Second World War* (Bericht über die Tätigkeit des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes im zweiten Weltkrieg), Band II, S. 251, Genf 1948.
10 *Kölnische Rundschau*, 9. Oktober 1952.
11 IMT, PS-510, Schäfer an Widderhausen im Amt II D, 3a, des RSHA (ungedruckt).
12 *Kölnische Rundschau*, 10. Oktober 1952.
13 Prozeß XI, NG-2570, Affidavit Kurt Heinburg.
14 Boris Shub in *Hitler's Ten Year War on the Jews*, New York 1943.
15 Major S. Payne-Best, *The Venlo Incident*, London 1950, S. 126.
16 *History of the United Nations War Crimes Commission*, London 1948, Appendix V.
17 Mitteilung des Landgerichts Nürnberg-Fürth an das *Centre de Documentation Juive Contemporaine* in Paris, Januar 1950.
18 *Kölnische Rundschau*, 10. Juli 1954.
19 *Nürnberger Nachrichten*, 8. Februar 1952. *The Times*, 18. März 1952.
20 *The Ciano Diaries* (Cianos Tagebücher), London 1947, S. 336.
21 Walter Hagen (Willi Höttl), *Die geheime Front*, Wien-Linz 1950.
22 *Hitler's Ten Year War . . .*, S. 105.
23 Ulrich von Hassell (siehe oben), S. 230. IMT XVI, S. 128/9 (Aussage Glaise-Horstenau).
24 *Supplementary List of Camps and Prisons* (Ergänzungsliste der Lager und Gefängnisse). International Tracing Service, Arolsen 1951.
25 *Hitler's Ten Year War . . .*, S. 106.
26 *The Black Book* (1946), S. 158.
27 Prozeß XI, NG-182, Rademacher an Weizsäcker.
28 IMT IV, S. 411. Prozeß XI, NO-5094 (Korherr-Bericht). Wisliceny, Affidavit C, Appendix 2, abgedruckt in *Nazi Conspiracy and Aggression*, Band VIII, S. 609—619, Washington 1947.
29 *Aufbau*, New York, 18. Mai 1951. Walter Hagen (siehe oben).
30 Photographie und Lebensbeschreibung in *Der Großdeutsche Reichstag*, Berlin 1943.
31 Hans Bernd Gisevius, *Bis zum bittern Ende*, Zürich 1954, S. 134.
32 Prozeß XI, NG-2560, abgedruckt in *La Persécution des Juifs dans les Pays de l'Est*, S. 241.
33 Prozeß XI, NG-2368.
34 Prozeß XI, NG-2346, abgedruckt in *Le Monde Juif*, August/September 1951.
35 Prozeß XI, NG-3165.
36 Prozeß XI, NG-2367 (*Le Monde Juif*, Oktober 1951).
37 Prozeß XI, NG-3457.
38 Prozeß XI, NG-2345.
39 Jacques Sabile in *Le Monde Juif*, Oktober 1951.
40 Ebenda.
41 Prozeß XI, NG-2348.

42 *Hitler's Ten Year War . . .*, S. 105.
43 *Dokumenty i Materialy*, I, S. 120.
44 *Report of Activities of CIRC in Second World War*, I, S. 647.
45 Prozeß XI, NG-2413.
46 Dr. Paul Schmidt, *Statist auf diplomatischer Bühne*, S. 552.
47 *Report of Activities of CIRC . . .*, III, S. 76, Genf 1950.
48 Prozeß XI, NG-2349, Helm an das RSHA.
49 Starr und Shapiro in *Jewish Social Studies*, New York, April 1946.
50 Jacques Sabile in *Le Monde Juif*, Oktober 1951.
51 Mitteilungen eines Überlebenden (Theodor Herzl, New York).
52 *Report of Anglo-American Committee on the Problems of European Jewry and Palestine*, London 1946.
53 *Rabbiner Michael Molho, In Memoriam, Hommage aux Victimes juives en Grèce* (Zur Ehrung des Andenkens der jüdischen Naziopfer in Griechenland), Saloniki 1948, S. 1.
54 Ebenda, S. 40 und 48. *Report of Activities of CIRC . . .*, III, S. 524.
55 Joshua Starr in *Jewish Social Studies*, Januar 1950.
56 IMT IV, S. 403 (Aussage Dieter Wisliceny).
57 Molho (siehe oben), S. 61. IMT, Affidavit C (Wisliceny, *Nazi Conspiracy and Aggression*, Band VIII, S. 609—619) sowie CDJC, Paris, LXXXVII, S. 65.
58 Molho, S. 80.
59 Prozeß IV, NO-5193 (zweiter statistischer Bericht Korherrs).
60 Molho, S. 94 (zitiert Statistiken des Judenrats).
61 *German Crimes in Poland*, I, S. 104.
62 IMT IV, S. 405.
63 Molho, S. 87.
64 *German Crimes in Poland*, I, S. 41. IMT VI, S. 244 (Aussage Vaillant-Couturier).
65 Molho, S. 94. Dr. Albert Menasche, *Birkenau*, New York, 1947, S. 13 bis 15.
66 *Report of Activities of CIRC . . .*, I, S. 645, und III, S. 524.
67 IMT, Affidavit C (Wisliceny, siehe oben).
68 Dr. Albert Menasche (siehe oben).
69 Bericht des *War Refugee Board* über Auschwitz, Washington 1944.
70 Eine Anzahl von Schriftstücken, aus denen hervorgeht, daß die Kranken in Quarantäne kamen oder leichtere Arbeit erhielten, ist enthalten in *Dokumenty i Materialy*, I, S. 113/4 und 139—41.
70a Siehe besonders Menasche, *Birkenau*, S. 60, und IMT VI, S. 244 (Aussage Vaillant-Couturier).
71 IMT IV, S. 402 (Aussage Wisliceny).
72 Die Darstellung stützt sich auf den Beitrag von Levy Tazartes in *In Memoriam*, Saloniki 1948.
73 IMT IV, S. 405.
74 Prozeß XI, NG-4960.
75 Prozeß XI, NG-4957.
76 Molho, *In Memoriam . . .*, S. 94.
77 Prozeß XI, NG-4958.

78 *The Wiener Library Bulletin*, London, September-November 1949.
79 Prozeß XI, NG-2586—0 und NG-2652—f.
80 Molho (siehe oben), S. 96.
81 Prozeß XI, NG-5262.
82 Molho, S. 95.
83 Molho, S. 100.
84 Prozeß XII, NOKW-1754.
85 IMT, Affidavit C (Wisliceny, siehe oben).
86 Filip Friedman, *This was Oswiecim*, London 1946, S. 25.
87 Molho, S. 97. Abel Herzberg, *Kroniek der Jodenvervolging*, Amsterdam 1951, S. 220—38.
88 *Dokumenty i Materialy*, I, S. 120.
89 Otto Wolken in Friedman, *This was Oswiecim*, S. 25, und Prozeß XII, NOKW-1715 (Affidavit Erwin Lenz).
90 Prozeß XII, NOKW-1801/02.
91 *Frankfurter Rundschau*, 8. Februar 1952; *Nürnberger Nachrichten*, 22. Februar 1952.
92 Prozeß XI, NG-2582 (abgedruckt in *La Persécution des Juifs dans les Pays de l'Est*, Paris 1949, S. 249/50).
93 Prozeß XI, NG-5351 (*Le Monde Juif*, April 1950).
94 Prozeß XI, NG-2582—B (ebenda).
95 *German Crimes in Poland*, I, S. 104. Wiernik, *A Year in Treblinka*, S. 30, und *Dokumenty i Materialy*, I, S. 187.
96 Chaim Benadev in *Les Juifs en Europe, 1939—45*, Paris 1947, S. 124.
97 Prozeß XI, NG-4180.
98 Prozeß XI, NG-4144 (*Le Monde Juif*, April 1950).
99 Ebenda.
100 Prozeß XI, NG-062 (*Le Monde Juif*, April 1950).
101 Prozeß XI, NG-2357 (*La Persécution des Juifs dans les Pays de l'Est*, S. 251 ff.; Hoffmann an RSHA).
102 Ebenda.
103 Ebenda und Benadev in *Les Juifs en Europe*.
104 Prozeß XI, NG-2753 (*La Persécution ... Pays de l'Est*, S. 257) und NG-3302 (*Le Monde Juif*, April 1950).
105 Starr und Shapiro in *Jewish Social Studies*, New York, April 1946.
106 Molho (siehe oben), S. 101/2.

Fünfzehntes Kapitel

1 Gregory Frumkin, *Population Changes in Europe since 1939* (Änderungen in der Bevölkerungszusammensetzung Europas), New York 1951.
2 Die Zahlenangaben sind meist entnommen: *Hitler's Ten Year War on the Jews*, New York 1943. *Les Juifs en Europe, 1939—45*, Paris 1947, S. 217 (Beitrag von Dr. F. Steiner). *The Black Book*, New York 1946, S. 137.
3 Max Weinreich, *Hitler's Professors*, S. 117.
4 *Les Juifs en Europe*, S. 217. *Hitler's Ten Year War ...*, S. 62.
5 Photographie in dem Werk von Dr. Friedrich Steiner, *The Tragedy*

of *Slovak Jewry* (Die Tragödie des slowakischen Judentums, slowakisch und englisch), Preßburg 1949, S. 50.
6 *Hitler's Ten Year War . . .*, S. 62.
7 Prozeß XI, NG-4409 (Endroes an Weizsäcker) und NG-2586-J (Denkschrift Rademacher).
8 IMT, Affidavit C (Wisliceny).
9 *The Black Book* (1946), S. 138.
10 Prozeß XI, NG-2586-J (Luther an Ribbentrop).
11 Faksimile der deutschen Anweisungen für freie Fahrt bei Steiner, *The Tragedy of Slovak Jewry*.
12 *Dokumenty i Materialy*, II, S. 47—50, Steiner in *Les Juifs en Europe, 1939—45*, S. 219.
13 Prozeß XI, NG-4404, Ludin an Luther, 18. April 1942.
14 Steiner (siehe oben), S. 6.
15 IMT IV, S. 396 (Aussage Wisliceny).
16 Boris Shub in *Hitler's Ten Year War . . .*, S. 66.
17 Steiner in *Les Juifs en Europe, 1939—1945*, S. 219.
18 IMT IV, S. 402 (Aussage Wisliceny).
19 Yankiel Wiernik, *A Year in Treblinka*. Rudolf Reder in *Dokumenty i Materialy*, I. S. 221—224.
20 Boris Shub in *Hitler's Ten Year War . . .*, S. 64.
21 Prozeß XI, NG-4407 (Ludin an Weizsäcker).
22 Prozeß XI, NG-2586-J (Luther an Ribbentrop, 17. August 1942).
23 IMT IV, S. 398.
24 Prozeß IV, NO-5193 (Bericht Korherr).
25 *Auschwitz, Deel* II, Niederländisches Rotes Kreuz, Haag 1948.
26 IMT IV, S. 402.
27 *The Black Book*, 1946, S. 140.
28 Prozeß XI, NG-2867, NG-4749 und NG-1823—24 (Anklage gegen Veesenmayer).
29 Affidavit Rezsö Kastner, IMT XXXI, S. 1—15, PS-2605.
30 Kastner, *Bericht des Jüdischen Rettungskomitees aus Budapest*, Genf 1946 (Einleitung).
31 Prozeß XI, NG-2550 (Müller an Brandt).
32 Prozeß XI, NG-5921.
33 Prozeß XI, NG-2866 (Affidavit Höfle).
34 *Report of Activities of CIRC in Second World War*, Genf 1948, I, S. 645.
35 Faksimile bei Steiner, *The Tragedy of Slovak Jewry*.
36 Kastner, *Bericht . . .*, S. 97, und Prozeß XI, NG-4824.
37 Kastner, *Bericht . . .*, und Georges Dunand, *Ne perdez pas leur trace!*, Neuchâtel 1950, S. 79.
38 Dunand (siehe oben), S. 110 und 148.
39 Dunand, S. 110, *Report of Activities of CIRC . . .*, I, S. 645—7.
40 Ebenda.
41 Dunand, S. 212.
42 *Jews of Nazi Europe*, Sektion Ru 3, Baltimore, November 1941. (Vervielfältigter Bericht des Jüdischen Weltkongresses.)

43 Hugh Seton-Watson, *Eastern Europe between the Wars* (Osteuropa zwischen den Kriegen 1918—1941), London 1944, S. 207.
44 *Hitler's Ten Year War . . .*, S. 88.
45 Ebenda.
46 Matatias Carp, *Cartea Negra*, Bukarest 1947, Band II, besprochen von Joshua Starr in *Jewish Social Studies*, New York, Januar 1950.
47 Boris Kelpner in *Dokumentenwerk über die Jüdische Geschichte in der Zeit des Nazismus*, herausgegeben von Rabbiner T. Guttmann, Jerusalem 1945, Band II, S. 40/41.
48 Kelpner (siehe oben), S. 41. Curzio Malaparte, *Kaputt*, New York 1946.
49 Starr und Shapiro in *Jewish Social Studies*, New York, April 1946.
50 Prozeß IX, NO-2952 und NO-4858.
51 Starr und Shapiro (siehe 49).
52 Prozeß IX, NO-2653 (Tätigkeitsbericht der Einsatzgruppen, 31. August 1941).
53 Prozeß IX, Aussage Ohlendorf.
54 *Hitler's Ten Year War . . .*, S. 85.
55 Manfred Reifers Bericht in *Dokumentenwerk* . . . (Herausgeber Guttmann), Jerusalem 1945, II, S. 19.
56 Starr und Shapiro (siehe 49).
57 Siehe besonders die Aussage von Meyer Sternberg vor der jüdisch-antifaschistischen Kommission in der Sowjetunion, *The Black Book* (1946), S. 306.
58 Prozeß XI und IMT XXXII, S. 183, PS-3319.
59 Bericht von Hermann Scherf aus Czernowitz in *Dokumentenwerk . . .*, II, S. 22 ff.
60 Ebenda, S. 32.
61 Matatias Carp in *Les Juifs en Europe, 1939—1945*, S. 199—207 (Zitat aus Bericht des Oberrabbiners Saffran).
62 Ulrich von Hassell, *Vom anderen Deutschland*, S. 234.
63 *Les Juifs en Europe, 1939—1945*, S. 199—207.
64 *Dokumentenwerk . . .*, II, S. 25.
65 Prozeß XI, NG-3990 und NG-4817.
66 Prozeß XI, NG-4817.
67 Prozeß XI, NG-4817.
68 und 69 *Dokumentenwerk . . .*, II, S. 26.
70 Eugene Levai, *Black Book of Hungarian Jewry*, S. 68.
71 *Report of Activities of CIRC . . .*, I, S. 654.
72 IMT, RF-1217, abgedruckt in *La Persécution des Juifs en France et dans les autres Pays de l'Ouest*, Paris 1947, S. 126.
73 Prozeß XI, NG-3358 und NG-3559.
74 Prozeß XI, Aussage Weizsäcker. S. 8656 des deutschen Protokolls.
75 Prozeß XI, NG-2195.
76 Prozeß XI, NG-2586, Mappe Ia.
77 Prozeß XI, NG-3986.
78 Matatias Carp in *Les Juifs en Europe, 1939—1945.*
79 *The Times*, 18. Dezember 1942.

80 *The Morgenthau Diaries*, by Henry Morgenthau, Junior, in *Collier's Magazine*, November 1947.
81 Ebenda.
82 Prozeß XI, NG-3986 (Richter an Killinger).
83 Prozeß XI, NG-178 und NG-2184.
84 Prozeß XI, NG-3987. *Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß*, S. 102.
85 Lederer, *Ghetto Theresienstadt*, S. 97 und 228.
86 *Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß*, S. 102.
87 Ebenda, S. 104, Prozeß XI, NG-1794.
88 *Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß*, S. 104.
89 *Report of Activities of the CICR . . .*, I, 653. *Dokumentenwerk . . .*, II, S. 30.
90 *Report of Activities of the CICR . . .*, III, S. 522 (Genf 1950).
91 Ebenda, I, S. 654.
92 *Dokumentenwerk . . .*, II, S. 28.
93 Silberschein, *Judenausrottung in Polen*, Zürich 1945, V, S. 30.
94 *Dokumentenwerk . . .*, II, S. 28.
95 Prozeß XI, NO-2817, Affidavit Rezsö Kastner.
96 IMT III, S. 635, PS-2738, Affidavit Willi Höttl.
97 Walter Hagen (Willi Höttl), *Die geheime Front*, S. 307.
98 Starr und Shapiro (siehe 49).
99 *Report of Anglo-American Committee on Problems of European Jewry and Palestine*, London 1946, S. 54.

Sechzehntes Kapitel

1 Prozeß XI, NG-2586.
2 IMT XXXI, S. 1—15, PS-2605 (Affidavit Kastner).
3 IMT, PS-197, abgedruckt in *Nazi Conspiracy and Aggression*, Band III, Washington 1946, S. 211.
4 *Hitler's Ten Year War on the Jews*, S. 68. *The Black Book* (1946), S. 154.
5 Bericht von Majer Neuman aus Volove; von Frl. Helga Melchior, Stockholm, freundlicherweise zur Verfügung gestellt.
6 IMT XXXI, S. 1—15, PS-2605 (Affidavit Kastner). Kastner, *Bericht des Jüdischen Rettungskomitees . . .*, Genf 1946 (Einführung). Eugene Levai, *The Black Book on the Martyrdom of Hungarian Jewry*, Zürich 1948, S. 25/26.
7 Prozeß XI, NG-4667.
8 Prozeß XI, NG-2586.
9 Prozeß XI, NG-1800 und NG-1856, abgedruckt in *La Persécution des Juifs dans les Pays de l'Est*, S. 228.
10 Prozeß XI, NG-1800.
11 Levai, *The Black Book . . . Hungarian Jewry*, S. 29.
12 Prozeß XI, NG-1798.
13 IMT IX, S. 681/2, X, S. 155 und XXXV, S. 426 ff., D-736.
14 *Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß*, S. 416.
15 Levai (siehe oben), S. 33—36 (Wiedergabe von Sztojays Bericht).
16 Prozeß XI, NG-2192 (Veesenmayer an Himmler, 19. Mai 1943).

17 Kastner, *Bericht . . .*, S. 6 (nimmt Bezug auf den Bericht des Rettungskomitees vom 22. November 1943).
18 Levai (siehe oben), S. 36.
19 Eine sehr wichtige Aufzeichnung über diese Verbindungen findet sich bei Kastner, *Bericht . . .*, S. 91—96.
20 Paul Schmidt, *Statist auf diplomatischer Bühne*, S. 576/7.
21 Prozeß XI, NG-2947.
22 Prozeß XI, Dokumentenbuch, Veesenmayer, V b, Dokument Nr. 207.
23 Ebenda, Dokument Nr. 213.
24 Ebenda, Dokument Nr. 211.
25 IMT IV, S. 407 (Aussage Wisliceny).
26 Prozeß IV, NO-2259 (Personalakte Eichmann).
27 Levai (siehe oben), S. 80—83.
28 Ebenda, S. 89.
29 Ebenda, S. 108, 86/7.
30 Ebenda, S. 113.
31 Prozeß XI, NG-2191 und NG-1815.
32 Kastner, *Bericht . . .*, S. 24.
33 IMT, Affidavit C (Wisliceny), *Nazi Conspiracy and Aggression*, Washington 1947, Band VIII, S. 609—619.
34 Levai (siehe oben), S. 134.
35 Prozeß XI, NG-2233.
36 Levai, S. 117.
37 Prozeß XI, NG-2196.
38 Prozeß XI, NG-2262.
39 IMT, R-134 (ungedruckt).
40 Kastner, *Bericht . . .*, S. 30. IMT XXXI, S. 1—15, PS-2605 (Affidavit Kastner).
41 Levai, S. 254. Bericht des *War Refugee Board* über Auschwitz, S. 33.
42 Levai, S. 138.
43 Prozeß XI, NG-2190.
44 Kastner, *Bericht . . .*, S. 39.
45 Levai, S. 150.
46 Prozeß XI, NG-5569, teilweise abgedruckt in *Le Monde Juif*, Nr. 51, Januar 1952.
47 Levai, S. 146.
48 Walter Hagen (Willi Höttl), *Die geheime Front*, S. 39.
49 Prozeß XI, NG-2263.
50 Levai, S. 238. Kastner, *Bericht . . .*, S. 65.
51 Prozeß XI, NG-2190.
52 Prozeß II, NOKW-336 (*Trials of War Criminals*, II, S. 555).
53 Prozeß IV, NO-030.
54 Siehe besonders Jeanette Wolff, *Sadismus oder Wahnsinn*, Greiz 1946.
55 Prozeß II, NOKW-359 (*Trials . . .*, II, S. 558).
56 *Law Reports of Trials of War Criminals*, London 1949, X, S. 100 bis 102.

57 Prozeß II (Milch), Aussage Fritz Schmelter, *Trials . . .*, II, S. 582.
58 Prozeß XI, NO-1874 (Affidavit Gabor Vajna).
59 Bruce Marshall, *The White Rabbit* (Das weiße Kaninchen), London 1952, S. 231 ff.
60 Ella Lingens-Reiner, *Prisoners of Fear*, London 1948, S. 71.
60a Ebenda, S. 72.
61 IMT VI, S. 240/41 (Aussage Vaillant-Couturier). Filip Friedman, *This was Oswiecim*, London 1946, S. 53.
62 *Dokumenty i Materialy*, III, S. 103—5. Miklos Nyiszli in *Les Temps Modernes*, April 1951, S. 1661.
63 Kristina Zywulska, *I Came Back*, New York 1950, S. 110.
64 IMT XXXIII, S. 275 ff., PS-3868 (Affidavit Rudolf Höss). *German Crimes in Poland*, I, S. 88.
65 IMT, D-749-a (Affidavit Rudolf Höss, ungedruckt).
66 Nyiszli in *Les Temps Modernes*, April 1951.
67 Ebenda, und Zywulska (siehe oben), S. 163.
68 Zywulska, S. 190.
69 Prozeß IV, NO-2359.
70 *German Crimes in Poland*, I, S. 88.
71 Prozeß XI, NG-2061. Levai (siehe oben), S. 227.
72 Prozeß XI, NG-2190.
73 *Le Monde Juif*, Februar 1950.
74 Max Weinreich, *Hitler's Professors*, S. 223—233. IMT XXVIII, S. 51—55, PS-1752. IMT XXXII, S. 159 ff., PS-3319 (rückübersetzt).
75 Levai, S. 184.
76 Ebenda, S. 250.
77 Ebenda, S. 197.
78 Prozeß XI, NG-1848 (Affidavit Lakatos).
79 Levai, S. 235 und 243.
80 Ebenda, S. 229.
81 Ebenda, S. 201 und 244.
82 *Documents sur l'activité du CICR . . .*, 1946, S. 60. *Report of the CICR on its Activities in the Second World War*, Genf 1948, I, S. 648.
83 Levai, S. 230.
84 *The Times*, 8. und 15. Juli 1944.
85 *Documents sur l'activité du CICR . . .*
86 Levai, S. 255—7.
87 Ebenda, S. 213.
88 Prozeß XI, NG-2739 (Ribbentrop an Veesenmayer, vom Sonderzug Westfalen).
89 Prozeß XI, Dokumentenbuch, Veesenmayer, V b, Dokument Nr. 213.
90 Levai, S. 290. IMT XI, S. 372 (Aussage Kaltenbrunner).
91 Kastner, *Bericht . . .*, S. 41.
92 Ebenda, S. 24—8.
93 Levai, S. 266. Kastner, *Bericht . . .*, S. 33—37.
94 Prozeß IV, Dokumentenbuch August Frank, Affidavit Becher, S. 19 ff. (abgedruckt in *Trials . . .*, Washington 1951, V, S. 682).

95 Ebenda, S. 684.
95a Aussage Joel Brand in Tel-Aviv, 1. April 1954, *Jewish Observer*, London, 9. April 1954.
96 *The Times*, 18. Juli 1944.
97 Prozeß XI, NG-2379.
98 Kastner, *Bericht . . .*, S. 47/48.
99 Ebenda, S. 55.
100 IMT XI, S. 381/82, und XXXIII, S. 168, PS-3803.
101 Kastner, *Bericht . . .*, S. 61—63.
102 Ebenda, S. 76.
103 Ebenda, S. 79 und 87.
104 Prozeß XI, NG-2994, Wagner an Veesenmayer.
105 Kastner, *Bericht . . .*, S. 98.
106 IMT IV, S. 224, und XXVII, S. 46—49, PS-1166.
107 Levai, S. 314.
108 Ebenda, S. 321.
109 Ebenda, S. 325.
110 Levai, S. 326. Prozeß XI, NG-1848 (Affidavit Lakatos).
111 Interview mit Charles Foley, *Daily Express*, London, 17. April 1952. *Geheimkommando Skorzeny*, Hamburg 1950, S. 230. Paul Schmidt, *Statist auf diplomatischer Bühne*, Bonn 1949, S. 577. Levai (siehe oben), S. 336.
112 Prozeß XI, Dokumentenbuch Veesenmayer V c, Dokument Nr. 133 (Affidavit Rudolf Rahn).
113 Levai, S. 352.
114 Ebenda, S. 278, Prozeß XI, NG-1806.
115 *Report of Activities, CICR . . .*, I, S. 649—50.
116 Prozeß XI, NG-3157.
117 Kastner, *Bericht . . .*, S. 125.
118 Ebenda, S. 117/18. Levai (siehe oben), S. 381.
119 Kastner, *Bericht . . .*, S. 115.
120 Ebenda, S. 149.
121 Prozeß XI, NG-5218 (Affidavit Jüttner, rückübersetzt).
122 Kastner, *Bericht . . .*, S. 127.
123 Ebenda, S. 128.
124 Ebenda, S. 148.
125 Ebenda, S. 132.
126 Levai, S. 381.
126a IMT IV, S. 410 (Aussage Wisliceny).
127 Prozeß XI, NG-1874 (Affidavit Gabor Vajna).
128 IMT IV, S. 410 (Aussage Wisliceny).
129 IMT VI, S. 248 (Aussage Vaillant-Couturier).
130 Georges Dunand, *Ne perdez pas leur Trace!*, S. 203.
131 IMT XIV, S. 484 (Aussage Baldur von Schirach).
132 Kastner, *Bericht . . .*, S. 171.
133 Levai, S. 375.
134 Ebenda, S. 378. *Report of Activities, CICR*, I, S. 652.
135 Levai, S. 392.

136 Ebenda, S. 411.
137 *Report of Activities, CICR . . .*, I, S. 653.
138 *Le Monde Juif*, Januar 1950.
139 Levai, S. 475.
140 Nikolaus von Horthy, *Ein Leben für Ungarn*, Bonn 1953.

Siebzehntes Kapitel

1 Einzelheiten darüber siehe in *Auschwitz, Deel VI, Die Afvoertransporten etc.*, Niederländisches Rotes Kreuz, Haag 1952 (vervielfältigt).
2 Jenny Spritzer, *Ich war Nr. 10 291*, S. 77. Kristina Zywulska, *I came back*, S. 193.
3 IMT, PS-2171, abgedruckt in *Nazi Conspiracy and Aggression*, Band IV, S. 800—835, Washington 1946. Bericht der Abteilung für psychologische Kriegführung: Buchenwald. Eugen Kogon, *Der SS-Staat*, S. 221.
4 IMT IV, S. 224, PS-1166 (Bericht von SS-Sturmbannführer Burger vom Amt D des WHVA).
5 Kogon (siehe oben), S. 347.
6 IMT VII, S. 649, USSR-29 (Bericht der russisch-polnischen Majdanek-Kommission). Weitere Einzelheiten in *The Black Book* (1946), S. 381 bis 390.
7 Siehe *Supplementary List of Camps and Prisons* (Zusätzliche Liste der Lager und Gefängnisse), International Tracing Service, Arolsen 1951.
8 Ziffern für den 5. April 1944 aus NO-021 (Pohl an Himmler), abgedruckt in *Trials of War Criminals*, Washington 1951, Bd. V., S. 384/5. Für den 11. Mai: *Dokumenty i Materialy*, I., S. 100—105. Für den 21. August: ebenda, S. 120. Für den 18. Oktober: ebenda, S. 118.
9 Aussage von Konrad Georg Morgen, IMT XX, S. 550 und 554/5.
10 *German Crimes in Poland*, I, S. 79. Aussage Höss, IMT XI, S. 548.
11 Jenny Spritzer (siehe oben), S. 96. *Dokumenty i Materialy*, I, S. 77.
12 *Auschwitz, Deel VI*, S. 14. Prozeß XI, NG-5508. Major George McNally, *The Great Nazi Counterfeit Plot, Readers Digest*, Juni 1952.
13 Kastner, *Bericht des jüdischen Rettungskomitees . . .*, Genf 1946, S. 91.
14 Filip Friedman, *This was Oswiecim*, S. 77. Jenny Spritzer (siehe oben), S. 77.
15 *Documents sur l'activité du CIRC en faveur des detenus civils* etc. Genf 1946, S. 91.
16 Kristina Zywulska (siehe oben), S. 232. Prozeß IV, in *Trials of War Criminals*, V, (Aussage Bielsky), S. 650—54.
17 Kastner, *Bericht . . . .*, S. 132.
18 IMT XI, S. 370, und Affidavit Becher (IMT XXXIII, S. 68—70, PS-3762).

19 Miklos Nyiszli in *Les Temps Modernes*, Paris Mai 1951, S. 1885.
20 *War Refugee Board Report on Auschwitz and Birkenau*, 1944 (vervielfältigt), S. 13.
21 Albert Menasche, *Birkenau*, New York 1947, S. 91. Bruno Baum, *Widerstand in Auschwitz*, Potsdam 1949, S. 20.
22 Ebenda und Filip Friedman (siehe oben), S. 76. George Wellers in *Le Monde Juif*, April 1949.
23 Wellers (siehe oben). *The Belsen Trial*, London 1949, S. 133 und 180.
24 Robert Levy in *Témoignages Strasbourgeois*, Paris 1947, S. 464.
25 Miklos Nyiszli (siehe oben) S. 1885.
26 Kristina Zywulska (siehe oben), S. 209.
27 Menasche (siehe oben), S. 102. *Auschwitz, Deel VI.*
28 *The Belsen Trial*, S. 160—65, 732.
29 *Auschwitz, Deel VI.*
30 Kogon, *The Theory and Practice of Hell*, London 1950, S. 142, 168 und 223 (in der deutschen Ausgabe des Buches *Der SS-Staat* nicht enthalten).
31 *Témoignages Strasbourgeois*, S. 90.
32 Bruce Marshall, *The White Rabbit*, London 1952, S. 223.
33 *Témoignages usw.*, S. 499. *German Crimes in Poland*, I, S. 70.
34 IMT VII, S. 647.
35 Kastner *(Bericht/ ...*, S. 161) zitiert Dieter Wislicenys Schätzung von 250 000 für Anfang Februar 1945.
36 *Documents sur s'activité du CIRC ...*, S. 22/23 und 94.
37 Prozeß XI, NG-2675 (Affidavit Kurt Becher).
38 Graf Bernadotte, *The Curtain Falls*, New York 1945, S. 43—47, 65/66.
39 *Documents ... CIRC ...*, S. 22/23.
40 *The Belsen Trial*, S. 166.
41 Ebenda, S. 33.
42 Kastner, *Bericht ...*, S. 164.
43 IMT, D-749-a, Affidavit Rudolf Höss (ungedruckt).
44 Himmler an Felix Kersten, Faksimile in Kerstens Buch *Totenkopf und Treue*, S. 358/59.
45 *Documents ... CIRC ...*, S. 97.
46 Bernadotte (siehe oben), S. 81 und 87.
47 *Documents ... CIRC ...*, S. 98.
48 Kogon, *Der SS-Staat*, S. 351 ff.
49 Christopher Burney, *The Dungeon Democracy*, London 1946, S. 74 bis 80.
50 Prozeß XI, NG-2675 (Affidavit Kurt Becher).
51 Kogon (siehe oben), S. 357.
52 *The Belsen Trial*, S. 166.
53 *Documents ... CIRC ...*, S. 99.
54 Kastner, *Bericht ...*, S. 176.
55 H. Wielek, *De Oorlog die Hitler won*, Amsterdam 1947, S. 410.
56 *The Belsen Trial*, S. 53.

57 Ebenda, S. 446.
58 IMT XI, S. 446.
59 Prozeß IV, Aussage Oswald Pohl.
60 *The Belsen Trial*, S. 40.
61 Ebenda, S. 34.
62 Ebenda, S. 61.
63 IMT, D-749-a, Affidavit Höss (ungedruckt).
64 Norbert Masur, *En Jood talar med Himmler* (Ein Jude spricht mit Himmler), Stockholm 1946 (deutsche Übersetzung vom Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt).
65 IMT III, S. 399 f. (Aussage Gerdes). IMT XI, S. 31 (Kaltenbrunners Antwort). IMT XX, S. 336 (Aussage Eberstein).
66 *Documents ... CIRC ...*, S. 99.
67 Leo Baeck in *We survived*, Yale 1949, S. 296.
68 *Documents ... CIRC ...*, S. 100. Wisliceny (Affidavit C). Kastner, *Bericht ...*, S. 161. IMT XXVII, S. 341—47, PS-1553 (Affidavit Gerstein).
69 *Documents ... CIRC ...*, S. 100.
70 Kastner, *Bericht ...*, S. 179.
71 *Documents ... CIRC ...*, S. 130.
72 Aussagen der holländischen Internierten Peter Langhorst und Baron von Lamsweerd, IMT XX, S. 503.
73 *Documents ... CIRC ...*, S. 132/3.
74 Meyer Levin, *In Search* (Auf der Suche), London 1951, S. 271.
75 *Documents ... CIRC ...*, S. 134.
76 IMT XI, S. 366 und XXXIII, S. 280 ff., PS-3870.
77 IMT XI, S. 320 und XXXIII, S. 68—70, PS-3762.
78 IMT XI, S. 290.
79 IMT XI, S. 450, Aussage Höss.
80 *Documents ... CIRC ...*, S. 102.
81 Ebenda.
82 Ebenda, S. 112.
83 Aussage Gebhardt im Prozeß I, abgedruckt in François Bayle, *Croix Gammée contre Caducée*, S. 224.
84 *Documents ... CIRC ...*, S. 126.
85 Trevor-Roper, *Hitlers letzte Tage*, Zürich 1948, S. 167 (Photokopie).
86 Bernadotte (siehe oben), S. 113—8.
87 Trevor-Roper (siehe oben), S. 159.
88 Prozeß IX, NO-1128 (Prützmann an Himmler). IMT, PS-3046, Tagebuch Lahousen, abgedruckt in *Nazi Conspiracy and Aggression*, V, S. 776—778, Washington 1946.
89 Trevor-Roper (siehe oben), S. 210.
90 Prozeß IX, Aussage Ohlendorf.
91 *Ciano's Diary* (Tagebuch Cianos), 1939—43, London 1947, S. 472.
92 Norbert Masur (siehe oben).
93 IMT XI, S. 319, Aussage Kaltenbrunner.
94 IMT XI, S. 289, Affidavit Höttl.

95 Beverley Baxter (Bericht aus Alt-Aussee), *Sunday Express*, London, 9. September 1951.
96 Prozeß XI, NO-3197 (Affidavit Paul Blobel).
97 Affidavit Wisliceny im Preßburger Prozeß (1948), zitiert von L. Poliakov in *Le rêve de Caligula*, *Le Monde Juif*, Juni 1949.
98 Trevor-Roper (siehe oben), S. 158.
99 Walter Hagen (Willi Höttl), *Die geheime Front*, Wien—Linz 1950, S. 73.
100 *Report of Anglo-American Committee of Inquiry regarding the Problems of European Jewry and Palestine* (Bericht des anglo-amerikanischen Untersuchungsausschusses für die Fragen des europäischen Judentums und Palästinas), London 1946, S. 58/59.

Anhang I

1 *Frankfurter Hefte*, März 1952.
2 *Report of Anglo-American Committee of Inquiry regarding the Problems of European Jewry and Palestine*, London 1946.
3 IMT II, S. 47.
4 IMT II, S. 140.
5 Die Schätzungen des Instituts sind in den *Frankfurter Heften*, März 1952 (S. 161—163), in den Einzelheiten wiedergegeben, die des Joint Distribution Committee in *The Jewish Chronicle* (London), 17. März 1947.
6 Prozeß IV, NO-5193, 5194, 5195, 5196 (ungedruckt).
7 Bruno Blau in *Jewish Social Studies*, New York, April 1950.
8 Prozeß IV, NO-5194.
9 *The Wiener Library Bulletin*, VI, 3/4, August 1952, S. 25.
10 IMT, PS-1949, abgedruckt in *Nazi Conspiracy and Aggression*, Bd. IV, Washington 1946, S. 586 ff.
11 Wilhelm Krell in *Les Juifs en Europe, 1939—1945*, Paris 1947, S. 190.
12 *Arbeiter-Zeitung*, Wien, 1. Februar 1945.
13 Bruno Blau in *Jewish Social Studies*, April 1950.
14 Eugene Levai, *Black Book on the Martyrdom of Hungarian Jewry*, Zürich 1948, S. 434.
15 *Les Juifs en Europa, 1939—1945*, S. 220.
16 Gregory Frumkin, *Population Changes in Europe since 1939*, New York 1951, S. 50.
17 *The Jewish Chronicle*, 17. März 1947. *Frankfurter Hefte*, März 1952.
18 *Le Monde Juif*, Paris, März 1952.
19 Georges Wellers, *De Drancy à Auschwitz*, Paris 1946, S. 45 u. 108.
20 Originaldokumente im *Centre de Documentation Juive Contemporaine* in Paris, Nr. I, 54, und Nr. XXVI, 73.
21 IMT XXVII, S. 502 ff, PS-1726 (Bericht der niederländischen Regierung).
22 *Bulletin van het Central Bureau voor Statistiek*, Mai 1949.
23 *Les Juifs en Europe, 1939—1945*, S. 45.

24 Joshua Starr und Leon Shapiro in *Jewish Social Studies*, New York, April 1946.
25 Frumkin (siehe oben), S. 155.
26 *Les Juifs en Europe, 1939—1945*, S. 48 und 52.
27 Ebenda, S. 207.
28 *The Statesman's Year Book*, London 1944.
29 *Hitler's Ten Year War on the Jews*, New York 1943, S. 78.
30 *Statistisches Handbuch der Europäischen Nationalitäten*, 1939. S. 228.
31 *Hitler's Ten Year War* . . . . , S. 83.
32 Starr und Shapiro in *Jewish Social Studies*, April 1946.
33 Levai (siehe oben), S. 59 ff.
34 Starr und Shapiro (siehe oben).
35 Levai, S. 59 ff.
36 E. Namenyi in *Le Monde Juif*, Juli 1950.
37 Hugh Seton-Watson, *Eastern Europe between the Wars* (Osteuropa in der Zwischenkriegszeit), London 1945, S. 430.
38 *The Wiener Library Bulletin*, September 1947.
39 *German Crimes in Poland*, Warschau 1946, I, S. 126.
40 IMT XXXVII, S. 391 ff, L-18 (Katzmanns Bericht „Die Lösung der Judenfrage in Galizien").
41 *Hitler's Ten Year War* . . . . , New York 1943, S. 187.
42 Solomon M. Schwarz, *The Jews in the Soviet Union*, Syracuse (USA), 1951, S. 220.
43 Ebenda, S. 229/230.

Register der Personennamen

Abel 41, 42
Abetz, Otto 35, 81, 82, 84, 85, 87, 344, 346, 347, 350, 351, 353, 354, 356, 357, 364, 578
Abromeit, Franz 415
Abshagen, Karl 38
Adenauer, Konrad 578
Albala 428
Albrecht, Emil 105, 377, 431, 462, 463, 578
Alderman, Sydney 558
Alexander, König von Jugoslawien 414
Alexianu 452, 455
Aloschin, M. 262
Altenburg 425
Alvensleben, Udo von 223
Ambrosio, Vittorio 365, 366
Amery, John 488
Anielewicz, Mordechai 311
Antignac, Joseph 364, 578
Antonescu, Ion 94, 269, 270, 448, 449, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 461, 462, 463, 464, 467, 578
Antonescu, Mihai 455, 457, 459, 463, 464, 578
Arajs, Viktor 245, 579, 581
Artuković, Andrija 416
Auerbach, Philip 133
Auerswald 67, 78, 291

Baab, Heinrich 184, 226, 579
Bach-Zelewski, Erich von dem 144, 210, 219, 234, 235, 245, 247, 266, 275, 324, 325, 333, 411, 466, 499, 552, 579
Badoglio 367, 403
Baeck, Leo 101, 179, 190, 536
Bär, Richard 484, 516
Baky, Lászlo 476, 477, 479, 480, 488, 489, 496, 507, 579
Balan 431
Balan 459
Barbie 370, 578
Bardossy, Lászlo 94, 407, 445, 467, 469, 479, 481, 507
Bargen, Werner von 389
Bastianini 365, 366
Bauch 308
Bauer, André 359
Bayle, François 7
Bearsted, Lord 23
Becher, Kurt 446, 493, 494, 495, 496, 497, 502, 503, 504, 506, 516, 517, 525, 528, 529, 537, 538, 539
Becker 155, 273
Beckerle, Adolf 416, 431, 432, 433, 434
Bednarz 280
Beker, Basia 233
Beleff 431, 433, 434, 435
Benadev, Chaim 434
Bendel, Charles 167, 168, 519
Bene, Otto 378, 379, 381, 384, 389, 579
Benzler, Felix 407, 408, 409, 410, 411, 412, 579

Berg, Mary 67, 69, 290, 291, 318
Berger, Gottlob 196, 323, 325, 395, 444, 445, 446, 472, 579
Bergson, Henri 355
Bernadotte, Graf Folke 6, 176, 214, 459, 512, 525, 526, 527, 534, 537, 540, 542
Berndorf 525
Bertelsen, Aage 396
Best, Karl Werner 9, 11, 17, 82, 346, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 579
Bieberstein, Ernst 215
Bieberstein 72
Biebow, Hans 64, 68, 72, 279, 340, 341, 342, 343, 579
Bimko, Ada 167, 320
Bischoff 167
Bismarck, Fürst Otto von 417, 418
Blättler, Franz 70
Blankenberg, Werner 139, 143, 146, 198, 579
Blaschke, Karl 495
Blaskowitz, Johannes von 38, 50
Blau, Bruno 561
Blobel, Paul, 152, 153, 154, 160, 163, 215, 233, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 266, 269, 279, 545, 576, 579
Blome, Kurt 170
Blome, Walter 91
Blum, Léon 362
Blumentritt, Günther 224
Bock, Fedor von 39, 90, 102, 221, 225
Bodenschatz, Karl von 21
Bodt, De 391
Böhme, Franz 409, 412, 413, 579
Boepple, Ernst 579
Boley, Gottfried 195, 199, 200
Bonnet, Georges 34, 35, 86
Boris III., König von Bulgarien 433, 435
Bormann, Martin 7, 119, 142, 177, 199, 294, 336, 488, 580
Botmann 153, 154, 155, 159, 279, 280, 341, 580
Bouhler, Philipp 88, 141, 142, 143, 144, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 166, 172, 580
Bousquet, René 356, 357, 358, 362, 366, 369, 580
Brack, Viktor 88, 92, 142, 143, 144, 145, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 197, 198, 287, 579, 580
Bracken, Brendan 490
Brämer 102, 247
Bräutigam, Otto 246, 456, 574, 580
Brand, Joel 493, 494, 495, 497, 516
Brandt, Karl 140, 141, 143, 147, 148
Brandt, Rudolf (Rudi) 341, 560, 580
Brandt 580
Brauchitsch, Walther von 37, 38, 39, 91, 217, 580
Brauchitsch, (Frau) von 82
Braun, Eva 336, 494, 546
Braune 576
Brilling, B. 52
Brinon, de 350, 353, 354, 355
Broad, Perry 116
Brunner, Anton Alois 179, 346, 367, 369, 370, 421, 446, 447, 581
Buch, Walter 13, 252, 581
Buchmayer, Konrad 319
Bühler, Josef 43, 106, 109, 277, 288, 581
Bürckel, Josef 49, 85, 86, 276, 581
Burckhardt, Karl 447, 490, 491, 524, 526, 527, 539, 545
Burger, Anton 187
Burney, Christopher 178, 481, 484, 528

Canaris, Wilhelm 38, 39, 102, 207, 221, 263, 493
Capellen, Hans 553
Carol II., König von Rumänien 448
Carp, Matatias 566
Casertano 417
Cassulo, Andrea 455, 459
Castrucci 426
Chaigneau 367
Chamberlain, Neville 9, 14
Chorin, Ferencz 492

Christensen 269
Christian IX., König von Dänemark 392
Churchill, Odette 540
Ciano, Graf Galeazzo 147, 364, 417, 544
Clair 129
Clauberg, Karl 198, 424, 581
Codreanu, Corneliu 448
Colette 355
Conti, Leonardo 140, 142, 143, 144, 581
Cukurs, Herbert 581
Cuza 455
Cyrankiewicz, Jozef 518
Czerniakow, Adam 71, 291, 292

D'Ajeta 364, 365, 418
Daladier 9
Daluege, Kurt 97, 101, 102, 110, 364, 581
Damaskinos 425
Dannecker, Theodor 86, 87, 346, 347, 350, 351, 352, 353, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 402, 431, 433, 434, 435, 581
Darlan 346, 363
Darnand 369
D'Arquier de Pellepoix 353, 355, 356, 357, 358, 359, 361, 362, 364, 366, 369, 581
Davidescu 457
Deloncle, Eugene 348
Dering, Wladislaw 198, 581
Diaz 428
Dieckhoff, Hans 83
Diels, Rudolf 217
Dierwege, Wolfgang 34
Dirlewanger, Oskar 237
Dirks, Walter 557
Dirksen, Herbert von 14
Disraeli, Benjamin 448
Dönitz, Karl 542, 543
Dollfuß, Engelbert 275
Donati, Angelo 366, 367
Doyen 85
Dragalina 270, 465
Duckwitz, Georg 394, 395
Dulles, Allan 545
Dunand, Georges 179, 185, 446, 447, 459, 505
Dunand, Paul 193, 194, 529, 536, 537
Du Prel, Max Freiherr von 50, 67, 76
Dvorjetski, Marc 136, 321

Eberhardt, 262
Eberstein, Karl Freiherr von 535
Ebner, Gregor 184
Eckmann, Otto (siehe Eichmann)
Eden, Anthony 460, 490
Edelstein, Jakob 185, 188
Ehaus, Heinz 286
Eichmann, Karl Adolf 26, 27, 28, 29, 30, 31, 51, 83, 85, 86, 87, 92, 95, 98, 99, 102, 107, 114, 115, 122, 124, 125, 126, 145, 152, 153, 154, 162, 170, 172, 175, 179, 183, 184, 185, 187, 190, 193, 195, 198, 199, 200, 278, 288, 312, 338, 339, 340, 344, 346, 350, 351, 353, 355, 356, 357, 358, 360, 361, 362, 365, 366, 367, 368, 369, 376, 377, 381, 385, 388, 389, 394, 397, 403, 404, 408, 409, 413, 415, 418, 421, 424, 425, 428, 429, 435, 438, 439, 440, 441, 443, 444, 446, 456, 457, 458, 462, 463, 465, 466, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 484, 487, 488, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 500, 501, 502, 503, 504, 506, 517, 526, 529, 536, 537, 545, 546, 551, 552, 555, 574, 578, 581, 582, 583, 585, 586, 588, 589, 591, 594
Eisenhower, Dwight D. 223, 367, 527, 528
Eicke, Theodor 119
Elisabeth, Königinmutter von Belgien 390

Elkes 328
Endre, László 476, 477, 478, 481, 488, 489, 496, 507, 581
Engelmann, von 396
Entress, Ferdinand 129, 130, 166, 581
Epstein 194
Ernst 37
Errer, Wilhelm 236, 237
Eyer 318

Faber-Castell, Graf 217
Falkenhausen, Alexander von 388, 389, 391, 582
Faragho 480, 489, 498
Faulhaber, Michael von 146
Fegelein, Hermann 336, 494, 546
Feldhandler, Leon 161
Fendler, Lothar 215
Ferenczy, László 476, 477, 481, 500, 507, 582
Filoff, Bogdan 431, 434, 435
Fischböck, Hans 18, 23
Fischer, Ludwig 582
Fleischmann, Gisi 446
Förster, Albrecht 582
Franco, Francisco 427
Frank, Anne 378
Frank, Hans 40, 42, 43, 44, 45, 52, 53, 54, 55, 56, 58, 60, 62, 64, 68, 69, 76, 101, 106, 109, 174, 176, 259, 275, 277, 278, 282, 283, 298, 300, 301, 309, 315, 317, 559, 577, 581, 582
Frank, Josip 414
Frank, Karl Hermann 536, 582
Frauendorfer, Max 60
Freisler, Roland 35, 197, 582
Fretter 307, 308
Freud, Sigmund 182
Frick, Wilhelm 16, 24, 85, 86, 142
Friediger 192
Friedl, Gustav 582
Friedländer 194
Friedman, Filip 130, 162, 163, 291
Fritsch 118, 259
Frumkin, Gregory 437, 563, 566
Fuchs, Bernhard 319
Fuchs 278
Fuchs 411, 412, 413, 582
Fünten, Ferdinand Aus der, 200, 376, 380, 381, 388, 582
Furstenburg 294
Funk, Walter 13, 18, 206, 582

Gabor, Janos 507
Gabrowsky 431, 433
Gagern, F. von 538
Galewski 160
Gancwajch, Abraham 71
Ganzenmüller, Theodor 288, 295, 298, 582
Gazun 270
Gebhardt, Karl 6, 7, 143, 540
Gedob 288
Geloso, Carlo 426, 427
Genns, Jakob 73, 74, 244, 325, 326
Gerdes, Bertus 535
Gerstein, Kurt 144, 156, 163, 164, 169, 170, 171, 298, 332, 537, 582
Gerteis 288
Geschke 504
Gewecke 328
Giesler, Paul 535, 536, 582
Gilbert, G. M. 119, 125, 310
Gisevius, Hans Bernd 14, 209, 210, 212, 416
Glaise-Horstenau, Edmund 414
Globocnik, Odilo 43, 44, 49, 51, 77, 78, 79, 112, 139, 140, 151, 152, 159, 169, 170, 172, 275, 276, 277, 278, 282, 283, 284, 286, 287, 288, 291, 299, 305, 307, 308, 313, 322, 323, 330, 331, 332, 333, 334, 336, 337, 339, 405, 546, 559, 577, 579, 582, 583, 594
Glücks, Richard 112, 113, 114, 116, 123, 124, 125, 164, 181, 281, 317, 333, 362, 477, 525, 526, 529, 583, 584
Glyn-Hughes 526, 532
Goebbels, Josef 7, 13, 14, 16, 18, 19, 34, 35, 44, 88, 94, 96, 106,

111, 160, 174, 176, 179, 180, 181, 250, 282, 284, 298, 310, 514, 552, 583
Göcke 315
Göring, Herbert 492
Göring, Hermann 5, 7, 13, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 27, 28, 51, 52, 53, 86, 87, 92, 93, 95, 105, 109, 115, 120, 141, 142, 219, 252, 254, 416, 542, 580, 583
Göth, Amon 338
Göth, Amon Leopold 138, 309, 338, 583
Goga, Octavian 448, 452
Gomerski, Hubert 151
Gorgass 152, 277
Gottberg 254
Grabner, Ernst 116, 117 138, 515, 583
Gräbe, Hermann 231, 233, 266
Grawitz 197, 540
Greim, Ritter von 542
Greiner, Helmuth 90
Greiser, Arthur 48, 52, 53, 153, 278, 339, 340, 341, 583
Gringauz, Samuel 73, 160, 328
Grünspan (siehe Grynszpan)
Grundherr, Werner von 398, 583
Grynszpan, Herschel 12, 13, 34, 35
Günther, Hans 27, 170, 185, 187, 537, 583
Günther, Rolf 171, 200 394, 421, 477, 583
Guérin, Louis 156, 302, 303
Gürtner, Franz 146
Gumpert, Gerhard 400
Gustav V., König von Schweden 490, 500, 504
Gustloff, Wilhelm 12

Haas 318
Haas, Willi von 309, 577, 583
Hacha, Emil 26
Haeflinger 538
Haeften, Hans von 82, 409
Hagen 355, 365
Hagen, Walter (siehe Höttl, Willi)
Hahn 291, 313, 583
Halder, Franz 39, 91, 251
Hannecken, Hermann von 393, 394, 395, 396, 397, 583
Harlan, Veit 50
Harries 529
Harrison, Leland 461
Harster, Hermann 200, 201, 376, 381, 584
Hartel, Albert 263, 264
Hartjenstein, Fritz 484, 584
Hassell, Ulrich von 14, 38, 56, 60, 82, 100, 228, 409, 455
Hegener, von 143
Heinburg, Kurt 412, 584
Heinisch, Georg 225, 268
Helene, Königinmutter von Rumänien 454, 455
Heller 76
Helm 418
Heningsen, Juel 192
Henlein, Konrad 440
Henriques 395
Herff, Maximilian von 335, 542, 584
Hess, Rudolf 140
Hevelmann 143
Hewel, Walter 552
Heyde 148, 149, 150
Heydrich, Bruno 15
Heydrich, Reinhard 5, 6, 7, 10, 11, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 30, 32, 34, 36, 39, 40, 44, 51, 52, 54, 55, 60, 71, 77, 80, 81, 82, 84, 85, 86, 87, 89, 91, 92, 93, 95, 96, 97, 101, 102, 103, 104, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 150, 153, 173, 183, 185, 187, 194, 195, 196, 197, 207, 208, 209, 212, 213, 214, 217, 218, 226, 227, 228, 240, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 254, 256, 264, 267, 272, 273, 276, 277, 278, 284, 287, 326, 337, 343, 344, 346, 347, 348, 349, 350, 352, 354, 391, 392, 406, 409, 410, 411, 441, 453, 467, 469,

477, 514, 519, 547, 551, 558, 584, 585,
Hezinger, Adolf 480
Hielscher, Friedrich 74
Hildebrandt, Richard 335, 584
Hilgard, Eduard 18, 19
Himmler, Heinrich 5, 6, 7, 14, 15, 16, 17, 30, 34, 38, 41, 42, 44, 46, 49, 50, 51, 52, 53, 57, 78, 79, 82, 87, 88, 90, 91, 92, 93, 99, 101, 104, 105, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 120, 121, 123, 125, 126, 134, 137, 139, 142, 143, 144, 147, 149, 150, 151, 152, 153, 159, 160, 161, 163, 165, 170, 171, 175, 176, 177, 178, 180, 183 186, 187, 188, 193, 195, 196, 197, 198, 200, 201, 206, 210, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 222, 226, 228, 230, 231, 234, 235, 236, 243, 250, 252, 253, 254, 255, 257, 271, 273, 275, 276, 277, 278, 279, 287, 288, 289, 296, 299, 300, 302, 304, 305, 306, 307, 308, 310, 312, 313, 315, 317, 319, 322, 323, 324, 325, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 339, 340, 341, 346, 347, 349, 353, 364, 366, 373, 374, 376, 379, 380, 384, 385, 386, 387, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 399, 400, 405, 406, 415, 430, 431, 440, 443, 444, 445, 446, 457, 458, 462, 463, 472, 473, 474, 475, 476, 478, 482, 483, 487, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 511, 512, 514, 515, 516, 517, 522, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 531, 532, 534, 535, 536, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 551, 552, 555, 558, 559, 560, 570, 574, 579, 580, 584, 585, 589, 593, 594
Himmler, Margarethe 143
Hingst 242, 247
Hirsch, Freddi 190
Hirtreiter, Josef 151, 157, 159
Hitler, Adolf 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 14, 16, 20, 23, 24, 25, 26, 33, 34, 36, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 53, 57, 68, 80, 82, 86, 87, 88, 89, 90, 93, 94, 106, 111, 114, 119, 123, 126, 137, 140, 141, 142, 146, 147, 148, 154, 165, 170, 175, 176, 180, 183, 185, 191, 197, 199, 201, 210, 213, 214, 216, 220, 221, 225, 239, 246, 255, 259, 260, 262, 274, 275, 288, 289, 294, 310, 336, 344, 350, 352, 363, 369, 396, 401, 402, 404, 417, 419, 430, 431, 433, 435, 436, 437, 443, 448, 449, 453, 459, 462, 467, 470, 472, 473, 474, 475, 478, 487, 491, 497, 498, 499, 502, 506, 509, 510, 512, 514, 515, 522, 524, 525, 534, 535, 539, 541, 542, 544, 545, 546, 549, 551, 552, 553, 554, 560, 580, 583, 584, 588, 594
Hlinka, Andrej 440
Höfle, Hans 283, 291, 292, 293, 294, 295, 313, 584
Höfle, Hermann 445, 584
Höhn 207
Höss, Rudolf Franz 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 125, 126, 128, 131, 149, 153, 154, 155, 157, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 181, 189, 279, 332, 361, 386, 424, 442, 484, 485, 486, 503, 515, 520, 525, 526, 527, 530, 531, 532, 534, 539, 540, 541, 546, 584
Hössler, Franz 132
Höttl, Willi (Walter Hagen) 6, 28, 110, 153, 215, 414, 466, 480, 539, 543, 545, 546, 581
Hoffmann, Karl 395, 434
Hoffmann, Otto 107, 584
Hoffmann, Otto 434
Horn, Josef 337

Hornik, Mila 339
Horowitz 72
Horthy, Niklos von Nagybania 466, 468, 470, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 480, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 498, 499, 500, 501, 508, 509, 584
Horthy, jr. 499
Hoth 222
Hoven, Waldemar 138, 148, 318, 584
Hudal 400
Hünsche 480, 500, 537, 585
Hull, Cordell 460, 490, 491, 501, 502, 503
Huppert, Hilde 286, 301
Husseini, Haji Amin 29

Imredy 507

Jackson, Robert 93, 558
Jäckeln, Franz 95, 208, 216, 219, 243, 245, 247, 251, 260, 261, 262, 265, 468, 585
Jäger, Wilhelm 483
Jäger 216, 245
Jagow 416
Jahn 308
Jaross, Andor 476, 480, 490, 491, 492, 496, 507, 585
Jodl, Alfred 262, 310, 396, 499
Jong, Louis De 374
Josef, Hermann 135
Jost, Heinz 216
Jüttner, Hans 503, 585
Junge (Frau) 541

Kafka 27
Kaganowitsch, Mosche 251, 325
Kaindl 540
Kaleske, Karl 291
Kallay, Nicholas 469, 470, 473, 474, 479, 481
Kallmeyer 144, 145, 163, 383
Kalow, Walter 119
Kaltenbrunner, Ernst 30, 31, 32, 49, 86, 104, 123, 139, 178, 196, 199, 207, 212, 213, 215, 276, 281, 291, 315, 317, 324, 325, 333, 336, 341, 384, 394, 414, 419, 426, 435, 446, 474, 476, 478, 487, 492, 495, 496, 498, 502, 504, 505, 511, 514, 515, 517, 522, 524, 526, 528, 534, 535, 536, 538, 539, 544, 545, 560, 585
Kammler, Heinz 166, 167, 315, 316, 481, 482, 585
Kappler, Hubert 400, 402, 585
Kasche, Siegfried 416, 417, 418, 419, 585
Kastner, Rezsö (Rudolf) 29, 30, 154, 338, 439, 443, 444, 447, 477, 479, 492, 493, 494, 495, 497, 502, 504, 506, 516, 517, 529, 537
Katzmann, Fritz 285, 318, 319, 569, 585
Kaufmann, Max 103, 327
Keitel, Wilhelm 39, 56, 89, 90, 91, 243, 347, 348, 349, 395, 396, 499
Kelpner, Boris 450, 451
Keppler, Georg 237, 238
Kermisz, Josef 279, 287, 298, 299, 323
Kern, Erich 273
Kersten, Felix 6, 7, 41, 88, 143, 176, 206, 237, 527, 535, 543
Kesselring, Albert 289, 402, 404, 575
Kieper 260, 261
Killinger, Manfred Freiherr von 416, 454, 455, 458, 459, 461, 462, 465, 466, 585
Klein, Alfons 148
Klein, Marc 553
Kleemann 429
Kleist, von 216
Kleist, Peter 228
Klier 152
Klimaitis 241
Klingenfuß, Karl 413
Klingelhöffer, Wladimir 215
Kluge, Günther von 221

Kneissler, Pauline 146
Knobloch 209, 225, 226, 262
Knochen, Helmuth 347, 348, 349, 353, 354, 357, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 369, 370, 389, 576, 577, 585
Koch, Erich 15, 53, 209, 263, 321, 577, 585
Koch (Frau) 15
Koch 138, 148
Koch, Ilse 147, 528
Kogon, Eugen 17, 138, 157, 178, 210, 230, 375
Kohn 76
Kolb, Charles 457, 464, 567
Kolotescu, Corneliu 455, 456, 465
Komoly, Otto 507
Kon, Stanislaw 157
Konrad, Franz 291, 295, 297, 315, 585
Koot, Hendrik 373
Korczak, Janusz 293
Koretz 423, 425, 428
Korherr, Richard 34, 57, 101, 126, 173, 175, 183, 186, 248, 257, 274, 302, 399, 415, 443, 559, 560, 561, 562, 565, 569, 570
Kornfeld, Baron Moritz von 492
Korsemann 266, 585
Košak 417
Koso, Isidor 439, 447
Kosterlitz 164
Kovacz, Alajos 407
Kovpak, Sidor 319, 320
Kramer, Josef 116, 484, 520, 526, 527, 529, 530, 532, 533, 586
Kramer (Frau) 119
Krebsbach 329, 586
Kremer, Hans Hermann 129, 130, 131, 378, 586
Krüger, Bernhard 30, 515, 516
Krüger, Friedrich 43, 44, 55, 76, 284, 285, 287, 288, 294, 299, 300, 307, 308, 309, 312, 313, 314, 315, 316, 333, 336, 586
Krumey 475, 480, 493, 495, 496, 586
Krupp von Bohlen und Halbach, Alfried 482, 483
Kube, Wilhelm 104, 236, 252, 253, 254, 255, 323, 324, 325, 586
Küchler, Georg von 220, 222, 241
Kutschera, Fritz 586
Kvaternik, Dido 416
Kvaternik, Slavko 414, 416

Lages, Willi 379, 388, 586
Lahousen, Erwin 39, 102
Lakatos 488, 489, 491, 492, 498, 500, 501
Lammers, Hans 52, 53, 142, 146, 194, 195, 196, 586
Landsberger 72
Lange, Franz (siehe Rudolf Franz Höss)
Lange, Fritz 107, 245, 246, 586
Langhauser 38
Lasch, Karl 176
Lautz 78, 79, 312
Laval, Pierre 356, 357, 362, 363, 364, 368, 369, 371, 586
Lawrence, W. H. 262, 329
Lecca 455, 458, 461
Lederer, Zdenek 51, 185, 186, 194, 323, 403
Le Druillenec, Harold Osmond 532
Leeb, Wilhelm von 90, 241
Leffer 78
Leguay 356, 360, 361
Leibbrandt, Georg 96, 196, 255, 574, 580, 586
Leichert 160
Lejkin 73, 294, 297
Lepecki 86
Levai, Eugene 439, 489, 495, 507, 562, 563, 567
Levi, Primo 133, 403, 404
Levin, Ezekiel 258
Levin, Meyer 538
Levy, Robert 158
Lichtenbaum 72, 309
Lichtenberg, Bernhard 100
Liebehenschel, Arthur 164, 189, 484, 515, 516, 587
Linden, Herbert 142, 143, 179, 587
Lindow, Kurt 225, 226, 587

Lingens-Reiner, Ella 99, 122, 126, 127, 129, 419, 484, 485, 532
Liptzy 160
Lischka 346
Littner, Jakob 304
Löhr, Alexander von 426, 427, 587
Lörner 281
Lösener, Bernhard 107, 230, 587
Loewenstein, Karl 104
Logothetopoulos 425
Lohse, Hinrich 102, 144, 145, 227, 228, 242, 243, 246, 247, 252, 253, 254, 384, 587, 594
Lolling 525, 526
Lorencević 414
Lorković 417
Lospinoso 365, 366, 367
Ludin, Hans Elard 416, 442, 445, 447, 480, 587
Lukazskiewicz 182
Luther, Martin 82, 83, 84, 85, 86, 87, 89, 105, 106, 109, 190, 213, 351, 375, 378, 379, 384, 389, 397, 407, 408, 409, 410, 412, 416, 426, 432, 435, 439, 440, 442, 455, 456, 457, 458, 462, 467, 469, 470, 473, 552, 587, 589, 593

Mach, Alexander (Schano) 438, 439, 440, 441, 443, 447, 587
Mackensen, von 402
Mackensen, Graf von 364, 365
Maclelland, Roswell 502
Madaus 197
Mälzer 402
Malaparte, Curzio 68, 450
Malinowski 507
Manstein, Erich von 38, 39, 56, 217, 222, 223, 224, 271, 575, 587, 594
Marazzani 365
Marder 68, 76
Marschall, Georg 266
Marshall, Bruce 521, 537
Masaryk 440
Masur, Norbert 187, 512, 534, 535, 536, 544
Maurer, Gerhard 123, 124, 125, 126, 131, 189, 486, 546
Maxwell-Fyffe, Sir David (Viscount Kilmuir) 139
Maziel 270
Mazor, Michal 67, 73, 295
McCloy, John 483
Melezin, Abraham 279
Melmer 331
Menasche, Albert 291, 423, 424
Mengele 132, 193, 587
Mennecke, Fritz 147, 148, 150
Merten, Alfred 423, 425, 426
Metzner, Alfred 235, 236, 237
Mewes, Margarete 575
Meyer, Alfred 323, 324, 587
Meyer, Kurt 575
Meyer, Saly 497, 502, 503, 516
Michael II., König von Rumänien 454, 466
Milch, Erhard 289, 478, 482, 483, 587
Mildner, Rudolf 123, 191, 192, 394, 587
Mittelstedt, Kurt 138
Mönneke, Alfrede 575
Moennikes 232
Mös 529
Moissis, Asscher 566
Molho, Michael 422, 435, 439
Moll 519
Molotow, Wyatscheslaw M. 36, 267, 498
Moltke, von 10
Mopurgo 405
Morgen, Georg Konrad 119, 134, 137, 138, 139, 144, 150, 159, 162, 210, 336, 514, 515
Morgenthau, Henry 461
Mosse-Noack, Eva 196
Moyne, Lord 494, 495
Mrugowsky, Joachim 163, 170, 588
Muck 236
Müller, Heinrich 16, 32, 107, 115, 123, 124, 188, 191, 193, 210, 215, 264, 273, 322, 360, 361, 364, 365, 366, 369, 376, 392, 435, 444, 502, 515, 517, 527,

528, 537, 539, 546, 547, 551, 574, 578, 588
Mürer 588
Mussert 90
Mußfeld 159, 165, 335, 519, 588
Mussolini, Benito 87, 365, 366, 367, 399, 400, 402, 404, 416, 417, 418, 499
Musy, Jean-Marie 525, 528

Namenyi, M. E. 568
Naumann, Erich 201, 209, 216, 248, 576, 588
Nebe, Arthur 91, 144, 209, 210, 212, 216, 219, 221, 234, 235, 248, 510, 515, 588
Nebig, Max 375
Nedić, Milan 407, 579
Nehama, A. 427
Neubauer 159
Neuman, Majer 265
Neumann, Ernst 93, 109
Neumann 309
Neurath, Konstantin Freiherr von 110
Niemöller, Martin 170
Nikodemus, Patriarch von Rumänien 454
Nitsche 148, 150
Nowak 288, 351, 385, 480, 588
Nyiszli, Miklos 159, 165, 167, 168, 193, 342, 485, 517, 519

Oberg, Kurt 219, 349, 354, 356, 360, 362, 369, 576, 577, 588
Ohlendorf, Otto 91, 155, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 212, 213, 214, 217, 222, 223, 227, 234, 235, 270, 271, 272, 273, 451, 452, 542, 543, 576, 588, 590, 591, 594
Olajski, Lasarc 329
Olbricht 369
Oppenheim, Freiherr von 494
Oster 209
Otter, Baron von 171

Paget, R. T. 37, 222
Palitsch 117, 162
Patton 538
Paulus, Friedrich 38, 259
Pavelić, Ante 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 588
Payne-Best 163, 165, 348, 412, 587, 589
Pell 24
Pétain, Henri Philippe 85, 344, 345, 346, 347, 350, 353, 354, 356, 357, 358, 359, 362, 578, 580, 581, 588, 593
Peters, Gerhard 164, 165, 169, 170, 588
Petersen 466
Pfannenstiel 170, 171
Philipp 289
Pholien, M. 391
Picker, Henry 88, 111, 199, 294
Pieczerski, Saszka 161
Pister 525
Pius XII. 401, 489
Pohl, Oswald 46, 112, 113, 123, 159, 165, 178, 180, 187, 197, 281, 289, 308, 315, 323, 330, 331, 333, 334, 335, 337, 341, 482, 486, 511, 515, 517, 526, 529, 531, 532, 543, 546, 576, 588
Pokorny, Adolf 197, 589
Poliakov, Léon 29, 31, 355, 358, 363, 401
Popoff 105, 430, 431
Popovicz, Traianu 454, 456
Postumus 374
Potemkin, M. 57
Prüfer 167
Prützmann, Hans 255, 543, 589
Pütz 266, 589

Quisling, Vidkun 90, 399

Rademacher, Franz 83, 84, 86, 89, 95, 106, 109, 110, 195, 351, 356,

376, 384, 389, 392, 397, 398, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 415, 418, 430, 439, 456, 461, 564, 589
Radetzky, Voldemar 215
Radziwill, Prinz Christoph 336
Raeder, Erich 15
Rahm, Karl 187
Rahn, Rudolf 356, 362, 401, 466, 499, 500
Rainer, Friedrich 276, 405
Rajzman, Samuel 158, 182, 323, 432
Rasch, Otto 91, 208, 209, 216, 260, 262, 349, 589
Rascher, Sigmund 143, 163, 165, 170, 289, 589
Rascher (Frau) 163
Rath, Ernst vom 12, 13, 14, 16, 17, 35
Rattenhuber, Johann 552
Rauter, Hans Albin 200, 201, 219, 373, 374, 376, 379, 380, 381, 385, 387, 388, 589
Ravasz 478
Reder, Rudolf 156, 157, 170, 174, 442
Reeder, Eggert 389, 390, 391, 589
Reemtsma, Philip 84
Reichenau, Walter von 38, 222, 259 260, 262, 289
Reinecke, Hermann 214
Reményi-Schneller 498
Remer, Otto 554, 576
Renthe-Fink, Cecil von 392
Rhallis 425
Ribbentrop, Joachim von 14, 22, 35, 36, 39, 42, 81, 82, 83, 85, 86, 87, 95, 105, 106, 226, 258, 259, 346, 352, 365, 385, 392, 393, 394, 395, 396, 398, 399, 400, 407, 408, 409, 413, 416, 417, 426, 430, 431, 433, 440, 455, 456, 457, 460, 461, 470, 472, 473, 474, 478, 491, 492, 499, 500, 552, 589
Ribière 364, 367
Richert 399
Richter 453, 457, 458, 459
Riefenstahl, Leni 38
Ringelblum, Emanuel 68
Ritter 400
Roatta 416, 417
Roediger, Conrad 377, 431
Röhm, Ernst 5, 7, 14, 21, 455
Rössler 231, 260
Röthke, Heinz 356, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 564, 589
Roey, van 390
Rola-Zymierski 306
Roosevelt, Franklin D. 463, 464
Roques, Karl von 228, 259
Rosé, Alma 485
Rosenberg, Alfred 25, 63, 87, 90, 96, 101, 144, 196, 216, 217, 225, 227, 230, 235, 237, 246, 249, 252, 254, 255, 323, 324, 347, 407, 438, 456, 488, 579, 580, 586, 587, 589, 594
Rosenblatt 74, 280
Roser, Paul 298
Rossi, Augusto 419
Rostig, Helmer 395
Rothmund, Heinrich 9
Rotta, Angelo 488, 489, 490, 491, 498
Rozanski, Zenon 117, 162, 259, 351
Rublee, George 22, 23, 24
Rübe, Adolf 589
Rumkowski, Mordechai Chaim 72, 73, 74, 280, 342
Rundstedt, Gerd von 39, 91, 224, 231, 260, 580, 590

Sabile, Jacques 192, 418, 427
Saffran, Alexander 454, 455, 459
Salmuth, Hans von 223, 224, 590
Samadrea, Tit 455
Sammern-Frankenegg, Ferdinand von 305, 308, 309
Sandberger, Martin 402, 590
Sapieha, Jan Prinz 298
Sauckel, Fritz 178, 355, 590
Scavenius 393, 395

Schacht, Hjalmar 10, 23, 24
Schäfer, Emanuel 411, 413, 590
Schallmair 576
Schaumburg-Lippe, Prinz 14, 120
Schechtmann, Josef 257, 571
Schedler 280
Schellenberg, Walter 91, 92, 206, 210, 212, 213, 214, 215, 355, 366, 466, 494, 502, 525, 526, 528, 539, 590
Schellin 330
Schierwind 231, 260
Schindler 307, 315, 333, 336
Schirach, Baldur von 53, 88, 158, 183, 495, 506, 590
Schlabrendorff, Fabian von 39, 209, 221
Schlageter, Leo 120
Schlegelberger, Franz 176, 194, 197, 590
Schleier 344
Schmelter, Fritz 482, 483
Schmidt, Günther 335
Schmidt, Hans 576
Schmidt, Paul Otto 106
Schmidt, Paul Otto 87, 433, 462, 472, 474
Schmidt, Wilhelm 187
Schmidthuber 507
Schmidt-Ott, Friedrich 3
Schmitt, Günther 14
Schneider 545
Schobert, Ritter von 206, 223
Schöngarth, Karl 107, 338, 590
Scholz 546
Schubert, Franz 234
Schubert, Heinz 234, 271, 590
Schulenburg, Graf von 57
Schultz 314, 333
Schulz, Erwin 91, 215, 216, 258, 591 591
Schumann, Horst 198, 424, 581, 591
Schumberg 11
Schuschnigg, Kurt Edler von 275, 276, 373
Schuster, Heinrich 484
Schwarz, Albert 123, 124, 125, 181, 189, 591
Schwarz, Solomon 250, 251, 257, 265, 320, 558, 571
Schwerin von Krosigk, Graf Lutz 18, 19, 213, 331, 591
Sczeptinski 258
Seabury, Paul 82
Seibert, Walter 591
Seidl, Siegfried 187, 591
Seifert 342
Seraphim, Peter Heinz 63, 264, 268
Seredi 489, 491
Seyss-Inquart, Arthur 200, 276, 373, 374, 378, 380, 405, 591
Shawcross, Sir Hartley 231
Shertok, Moshe 494
Sikorski 306
Sima, Horia 449, 546
Simeon, König von Bulgarien 435
Simeonides 425, 426
Simon 183
Simpson, Gordon 576
Six, Franz 216, 369, 591
Skala, Oskar 516
Skorzeny, Otto 499
Slottke (Frl.) 383, 384, 388
Sommer, Karl 123, 181, 182, 591
Sommer 348, 349
Speer, Albert 481, 482
Spoleto, Herzog Aimone von 414
Sporrenberg, Jakob 184, 591
Spritzer, Jenny 321, 361
Stänge 159, 591
Stahel 400
Stahlecker, Franz 103, 212, 213, 216, 217, 221, 226, 227, 240, 241, 242, 244, 245, 246, 248, 252, 253, 321, 591
Stalin, Josef W. 259, 507
Stawrescu 451
Steengracht von Moyland, Adolf 82, 192, 395, 397, 398, 551, 552, 592
Stefan 431, 434
Steiner, Friedrich 231, 441, 563
Stephens 348
Stern, Samuel 475, 498
Stettinius 503
Stirbey, Fürst 465

Stolyarewitsch 252
Storch, Hillel 527, 532
Straka, Georg 521
Strauch, Eduard 215, 245, 253, 254, 324, 577, 592
Streckenbach, Bruno 91, 592
Streicher, Julius 551, 592
Stroop, Jürgen 220, 290, 294, 295, 307, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 381, 577, 592
Stuckart, Wilhelm 8, 18, 97, 107, 194, 195, 592
Stülpnagel, Heinrich von 349, 350, 354, 355, 357, 369, 592
Stülpnagel, Otto von 85, 346, 347, 348, 349, 350
Stumm, Freiherr von 460
Suhr 187
Suhren, Fritz 540
Svenningsen 394
Szálasi, Andor 499, 500, 501, 502, 503, 507, 592
Szerynski 73, 294
Szmerling 294
Sztojay, Dome 467, 469, 470, 472, 476, 477, 478, 480, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 498, 501, 507, 509, 592

Tenenbaum, Josef 236, 306, 320
Tenenbaum-Tamarov, Mordechai 311, 322, 323
Terboven 399
Tesch, Bruno 164, 592
Thadden, Eberhard von 183, 190, 213, 340, 368, 384, 397, 426, 427, 428, 462, 463, 479, 480, 481, 487, 574, 592
Thierack, Otto 35, 127, 131, 176, 177, 183, 593
Thilo 130, 193, 593
Thomas, Georg 228, 264, 268
Thomas, Max 263, 264, 348, 349, 593
Tiso, Jozef 438, 440, 443, 444, 445, 446, 447, 593
Tito, Josip 139, 416, 419, 499
Többens, Walter 78, 79, 295, 307, 308, 309, 312, 314, 331, 333, 337, 342, 343, 593
Tolstoi, Alexej 272
Tolstoi, Leo 549
Tomalla 159
Trestorianu 270
Trevor-Roper, H. E. 544
Trotzki, Leo 385
Tuch, H. 99, 111
Türk, Richard 283
Tuka, Vojtech 438, 441, 442, 444, 447, 593
Turner, Harald 410, 412, 413, 593

Uebelhöer 76
Ulmer 163

Vaillant-Couturier 127, 131, 423, 505
Vajna, Gabor 483, 500, 501, 504, 506, 507, 593
Vallat, Xavier 347, 353, 581, 593
Vasek 447
Vatoianu 459
Veesenmayer, Edmund 443, 473, 474, 477, 478, 488, 490, 491, 492, 495, 498, 499, 500, 501, 593
Veltjens 383
Ventski 76
Vercelling 364, 366
Vettermann, Ilse 575
Vitale, Max Adolf 401, 404, 565
Vorberg 143

Wächter, Karl Gustav 60, 276, 300, 593
Wagner, Adolf 86
Wagner, Eduard 25, 91, 92, 95, 214, 299, 348, 349, 468, 593
Wagner, Gerhard 140, 141
Wagner, Horst 397, 435, 574, 593
Wagner, Josef 86
Wagner, Robert 85, 86, 593
Wajnapel, David 339

Wallenberg, Raoul 490, 504, 506, 507
Warszawski, Sawek 157
Weinbacher, Karl 163, 164
Weinhaus, Nat 252
Weinmann 35, 536, 593
Weiss, Martin 244, 594
Weizsäcker, Ernst von 22, 23, 51, 56, 82, 89, 105, 106, 109, 192, 194, 226, 351, 352, 395, 399, 400, 401, 409, 411, 413, 430, 439, 442, 456, 457, 470, 574, 592, 594
Welczek, Graf Johannes von 12
Wellers, Georges 179, 356, 360, 369, 370, 371, 563, 564
Wenninger 493
Werner 200
Wetzel, Ernst 41, 42, 144, 145, 152, 226, 456, 574, 594
Wielikowski 309
Wiernik, Yankiel 133, 157, 158, 160, 291, 323, 432, 442
Wilhelm II., Exkaiser von Deutschland 3
Windecker 384
Winkelmann 474, 488, 501, 503
Winterton, Lord 23
Wippern 330
Wirth, Christian 138, 139, 143, 144, 146, 150, 151, 152, 153, 158, 159, 161, 162, 163, 169, 170, 171, 172, 277, 594
Wise, Stephen 461
Wisliceny, Dieter 28, 31, 87, 154, 288, 338, 357, 415, 421, 422, 424, 425, 426, 429, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 446, 447, 466, 475, 477, 480, 493, 495, 497, 502, 504, 505, 537, 545, 546, 562, 594
Witiska 446, 447, 594
Wittenberg, Itzig 325, 326
Wheeler-Bennet 212
Wöhler, Otto 223, 224, 225, 594
Woermann, Ernst 18, 20, 89, 351, 594
Wohltat, Helmuth 24, 52
Wolff, Jeanette 103, 133, 327
Wolff, Karl 82, 126, 288, 289, 594
Wolken, Otto 125, 184, 194, 327, 339, 342, 371, 387, 401, 403, 429
Woyrsch, Udo von 542
Wulff 421
Wurm, Theophil 146

Yeo-Thomas, F. F. E. 484, 521, 537

Zamosc, Graf von 51
Zeitschel 344
Zenner 254
Ziereis 538, 539
Zinkteller, Roman 129
Zöpf 200, 201, 376, 381, 382, 383, 385, 387, 388, 594
Zörner 52, 277, 286, 594
Zucker 188, 193
Zweig, Arnold 286
Zywulska, Kristina 118, 342

Register der Ortsnamen

Aarhus 396
Agram 407, 415, 418, 419
Algier 357
Alt-Aussee 31, 545, 546
Amsterdam 80, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 381, 382, 383, 387, 388, 436
Ananiew 270
Angers 357
Ankara 494
Antwerpen 101, 388, 389, 390, 564
Arad 457, 465
Arbe 419, 420
Artemowsk 268
Athen 425, 426, 428, 429, 518, 566
Atlit 461
Auschwitz (siehe auch Birkenau) 11, 46, 53, 72, 85, 108, 110, 112, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 138, 139, 144, 147, 149, 157, 158, 162, 163, 164, 166, 167, 173, 175, 178, 180, 181, 182, 184, 186, 188, 189, 190, 191, 194, 198, 201, 210, 215, 259, 291, 309, 316, 320, 321, 322, 323, 327, 332, 336, 339, 342, 350, 351, 352, 353, 355, 360, 363, 368, 369, 370, 371, 376, 377, 378, 380, 381, 382, 384, 386, 387, 389, 390, 397, 399, 401, 403, 404, 405, 415, 419, 422, 423, 424, 425, 428, 429, 435, 437, 440, 441, 442, 443, 446, 447, 457, 462, 466, 478, 479, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 491, 495, 496, 509, 510, 511, 512, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 562, 563, 564, 565, 572

Baktschiserai 272
Balta 453
Banjica 420
Banska Bystrica 445
Baranowicze 219, 236, 249, 255
Baveno 402
Beaume la Rolande 84, 359
Bedzin (siehe Sosnowiec-Bedzin)
Békásmegyer 498
Belgrad 95, 110, 267, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413
Belsen (siehe Bergen-Belsen)
Belzec 54, 139, 155, 156, 157, 170, 173, 174, 274, 281, 283, 284, 285, 286, 288, 298, 299, 442
Belzyce 54
Benschen 11
Berditschew 256, 259, 261
Berg 398
Bergen 399
Bergen-Belsen 130, 291, 342, 385, 386, 387, 390, 427, 428, 429, 444, 446, 484, 496, 497, 504, 506, 519, 520, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 541, 575
Berlin 25, 32, 33, 93, 96, 98, 99, 100, 102, 103, 104, 107, 111,

114, 124, 174, 175, 176, 179, 180, 181, 184, 188, 200, 252, 322
Bernburg 148, 149
Berschad 453
Biala-Podlaska 441
Bialystok 59, 73, 188, 291, 317, 321, 322, 323, 332, 336, 462, 577
Bielitz 121, 286
Bikernieki 245, 327
Birkenau (Auschwitz II) 99, 117, 118, 121, 124, 125, 126, 128, 129, 131, 132, 135, 137, 149, 154, 165, 166, 190, 192, 193, 194, 286, 342, 351, 361, 378, 380, 403, 404, 424, 425, 429, 441, 479, 484, 485, 486, 491, 493, 510, 514, 515, 517, 518, 519, 520, 531
Bitolj 407, 432
Blahowstina 254
Blechhammer 380
Blizyn 323, 337, 339
Bobruisk 249, 250
Bochnia 303, 304
Bochum 483
Bordeaux 357, 361
Borislaw 337
Borissow 102, 221, 250
Bozen 565
Brandenburg 139, 144, 153, 165
Bregenz 504
Bremen 104
Breslau 33, 176, 179, 182
Bromberg 48
Brünn 49, 104, 111, 186, 252
Brüssel 388
Buchenwald 17, 132, 135, 138, 139, 148, 150, 157, 178, 210, 316, 318, 375, 481, 484, 510, 520, 521, 576
Budapest 183, 466, 474, 475, 476, 478, 479, 487, 488, 491, 493, 496, 497, 498, 499, 500, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 509, 511, 568
Bukarest 464, 466
Casablanca 33
Cattaro 415
Cavalla 435
Châlons 357
Charkow 183, 229, 256, 267, 268, 571
Chełm 56, 57
Chelmno 46, 101, 139, 152, 153, 154, 161, 264, 274, 278, 279, 280, 281, 341
Cherson 256, 265, 271
Chodel 54
Cholm 286, 441
Ciechanow 53, 322
Compiègne 350
Cosel 122, 380
Curzola (siehe Korčula)
Czepel 491
Czernowitz 451, 452, 454, 455, 456, 464, 465, 466, 567
Czudin 452

Dabrowa-Gornicza 121, 286
Dachau 27, 149, 178, 316, 328, 510, 520, 527, 528, 535, 536, 537, 539, 576
Danzig 42
Debica 286, 339
Deblin 441
Debreczin 495
Den Haag 200
Dnjepropetrowsk 219, 256, 265, 571
Dora 520
Dorohucza 319
Dortmund 103
Drama 435
Drancy 84, 121, 350, 352, 353, 359, 360, 361, 363, 367, 368, 369, 370, 371
Drohobycz 257, 258, 337
Dubnitza 432
Dubno 231, 299
Dubrovnik 415, 416, 418
Dünaburg 242, 244

Düsseldorf 98, 103, 174
Dwinsk (siehe Dünaburg)

Ebensee 516
Edinet 452
Eichberg 147, 151
Eindhoven 387
Essen 482
Essentuki 227

Ferramonte-Tarsia 415
Fiume 404
Flensburg 540, 542
Flossenbürg 520, 527
Fossoli di Carpi 403, 404, 565
Frankfurt/M. 98, 174, 183, 184

Glebokie 218
Glowno 502
Golta 454
Gorlowka 273
Grafeneck 146, 147
Graudenz 48
Gredjani 419
Greiffenberg 520
Grenoble 365
Gries 404, 565
Grodno 248, 321, 322
Groß-Rosen 149, 163, 178, 521, 522
Großwardein (siehe Nagy Varad)

Hadamar 143, 146, 148, 151, 152, 170
Haifa 460
Hamburg 98, 103, 104, 252, 278
Hannover 217
Hartheim 149
Hertogenbosch (siehe Vught)
Himmlerstadt (siehe Zamosc)
Hof 147
Hooghelen 377
Hrubieszow 56, 57, 286

Isère 366
Izbica 174, 283, 441
Izieux 370, 447, 578

Jaisk 46
Jampol 454
Jankoi 271
Janow 319
Janow-Lubielski 286
Janowitschi 140
Janowska 285, 299
Jaroslaw 56, 57
Jasinovać 415, 419
Jasinowka 322
Jassy 258, 449, 450, 451, 452, 464
Juma 432

Kaiserswald 133, 327, 328, 329
Kalinindorf 265
Kalisch 48
Kamenetz-Podolsk 95, 219, 268, 468
Kaschanig 432
Kaschau 477
Kassel 174
Katyn 160
Kaufbeuren 146
Kauffering 483
Kazimierz 55
Keczkemet 495
Keilbasin 322
Kielce 48, 61, 337
Kiew 80, 155, 196, 209, 222, 233, 256, 261, 262, 263, 264, 269, 571
Kischinew 451
Kislowodsk 272
Kistarcsa 491
Kivioeli 329
Klausenburg 479, 496
Klessheim 419, 433, 470, 472, 474, 489
Kloga 329
Kobe 33
Kobryn 249
Kodyma 223

Köln 98, 103
Königsberg 173, 248
Königs Wusterhausen 342
Kolomea 72, 299
Komorn 495
Konstantinopel 460, 461, 464, 493, 494
Konstanza 460, 464
Kopenhagen 393, 394, 395
Korčula 418
Korfu 429, 518
Korosten 259, 261
Kostopol 233, 266
Kowno 73, 102, 103, 104, 126, 160, 226, 228, 229, 240, 241, 242, 244, 247, 252, 258, 317, 326, 328, 510, 570
Krakau 40, 44, 48, 54, 60, 61, 66, 68, 72, 75, 78, 121, 286, 288, 298, 299, 300, 309, 337, 339, 422, 423, 517, 577
Kreta 462
Kriwoi Rog 101, 265, 284
Küstendil 433
Kursk 268
Kutno 316
Kysak 480

Laborgrad 415
Lachoisk 238
Laibach (siehe Ljubljana)
Lancut 57
Landsberg 535
Larissa 426
Leitmeritz 527
Lemberg 72, 256, 257, 258, 259, 285, 298, 299, 300, 317, 318, 319, 320, 337, 338
Leningrad 212, 272
Lentvaris 242
Les Milles 85, 358
Libau 242, 243, 246
Licino 402
Lida 250, 254, 255, 323
Lidice 111
Lieben 111
Lika 420
Linz 561
Lipowo 277
Litzmannstadt (siehe Lodz)
Ljubljana 415
Lodz 46, 48, 52, 53, 59, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 68, 69, 72, 73, 74, 76, 77, 80, 94, 95, 96, 97, 98, 100, 101, 126, 131, 145, 152, 173, 278, 279, 280, 281, 300, 317, 323, 331, 337, 339, 340, 341, 342, 389, 463, 511, 564
Lom Palanka 432, 435
Lomza 321
London 23, 24, 70, 291
Lopud 418
Lubartow 54, 286, 441
Lublin 48, 49, 50, 51, 52, 54, 55, 61, 77, 78, 127, 131, 139, 151, 152, 170, 174, 175, 178, 277, 279, 282, 283, 284, 285, 286, 288, 299, 300, 308, 309, 316, 323, 330, 331, 335, 337, 415, 422, 424, 425, 435, 440, 441, 443, 483, 509, 512
Lübeck 542
Lukow 441
Luxemburg 98, 158, 182
Lyon 365, 367, 371

Mährisch-Ostrau 49, 51
Majdanek (KZ Lublin) 78, 162, 174, 277, 284, 294, 295, 316, 322, 323, 330, 331, 332, 335, 336, 352, 441, 442, 512, 523
Makow 322
Malchow 540
Malines 355, 389, 390, 391, 564
Malkinia 293
Maly Trostinec 186, 325
Marienbad 537
Mariupol 273
Marmaros-Sigeth 477
Marseille 308, 357, 366, 367
Mauthausen 178, 375, 377, 404, 423, 475, 506, 516, 520, 535, 537, 538, 539, 565
Megève 366, 367

Melitopol 271
Memel 248
Merkelsgrün 27
Miczajewice 251
Miedzyrzec 441
Mielec 282, 283
Mineralnye Wody 272
Minsk 73, 80, 101, 102, 104, 141, 144, 145, 152, 186, 210, 229, 234, 235, 242, 247, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 273, 294, 311, 316, 317, 323, 324, 325, 570, 577
Mitrovica 410, 411
Mlava 322
Mogilew 219, 250
Mohilew-Podolsk 452, 454
Monastir (siehe Bitolj)
Monowitz 120, 130, 517
Monte Carlo 358
Moskau 209
Mostar 415, 416, 418
Mühldorf 483, 535, 576
München 9, 10, 13
Munkacz 476, 477, 479

Nagy-Kanizsa 476
Nagy Varad 479
Neudachs 120
Neuengamme 527, 541
Neusatz (siehe Novisad)
Neusohl (siehe Banska Bystrica)
Nikolajew 271
Nisko 49, 50, 51, 561
Nizza 366, 367
Novisad 468
Nowogrodek 236, 325
Nowo Ukrainka 260
Nowo Zlatopolje 265
Nürnberg 103, 174

Odense 393
Oderberg 49
Odessa 80, 269, 270, 456, 571
Ohrdruf 527, 537
Opole Wlodawa 174, 441
Oradour-sur-Glane 238
Oranienburg 525, 527, 539, 541
Oslo 398

Pabianice 278, 280
Pag 415
Pallanza 402
Panenske Brezany 111
Paneriai 242, 244, 326
Paris 12, 81, 86, 179, 347, 349, 350, 351, 356, 357, 358, 359, 360, 370
Pavlo Mela 428
Pearl Harbour 70
Pechora 453
Piaski 52, 174, 283, 286
Piaski-Gora 299
Pinsk 218, 249, 255, 284, 299
Piotrkow 299, 337
Pirot 407, 432
Pithiviers 84, 359, 361
Plaszow 138, 309, 319, 337, 339, 530
Plati 426
Plön 542
Plovdiv 433
Podul Iloaje 450
Poltawa 266
Poniatowo 307, 312, 331, 337
Porto Re 418
Posen 42, 48, 280, 281, 334, 336
Potsdam 174
Prag 26, 27, 28, 98, 101, 111, 182, 185, 252
Preschov 481
Preßburg 183, 439, 440, 445, 446, 447
Pretzsch 208
Prokocim 309
Przemysl 57, 286, 288, 299, 317
Pustkowa 339

Rab (siehe Arbe)
Radautz 452
Radogocz 280
Radom 61, 176, 288, 293, 300, 337, 339, 510

Radomir 432
Radomysl 261
Ragusa (siehe Dubrovnik)
Ravensbrück 178, 192, 198, 342, 387, 505, 509, 510, 519, 520, 523, 539, 540, 541, 575
Rawa-Ruska 298, 302
Redl-Zipf 516
Rehmsdorf 484, 537
Reichenbach 509
Reichshof (siehe Rzeszow)
Rembartov 157
Reval 196, 329
Rhodos 429, 430, 565, 566
Ribniza 454
Riga 101, 102, 103, 104, 107, 145, 152, 175, 186, 216, 219, 229, 230, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 252, 317, 327, 328, 570, 574
Rivesaltes 85, 358
Rom 336, 400, 401, 402, 404, 565
Roman 451
Rossitten 220
Rostow 268
Rotterdam 374
Rouen 357
Rowno 266, 292
Rozwadow 301
Rumbuli 245
Rzeszow 286, 299, 301, 302

Sachsenhausen 82, 178, 192, 342, 376, 387, 446, 515, 516, 520, 539, 541
Salas-Pils 103
Saloniki 383, 385, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 566
Sandomierz 303
Sarajewo 407, 414, 415
Savoie 366
Schabatz 408
Schanghai 33
Schirowitz 236
Schitomir 231, 233, 256, 259, 260, 261, 571
Schneidemühl 52
Schwarzheide 192, 483, 509
Sekureni 452
Semlin (siehe auch Zemun) 152, 267, 409
Sered 440, 446, 447
Simferopol 222, 223, 234, 271, 272
Skalat 319, 320
Skarzysko-Kamienna 337
Skoplje 407, 432
Slonim 235, 236, 249, 251, 254, 255
Smolensk 196, 216, 221, 249, 273
Sniatyn 465
Sobibor 139, 151, 152, 156, 159, 160, 161, 182, 285, 288, 295, 332, 378, 382, 383, 424, 442, 523
Sofia 431, 433, 434
Sokal 56, 259
Sonnenstein 151
Sosnowiec (-Bedzin) 120, 121, 286, 317, 320, 321
Spala 300
Split 415
Stalindorf 265
Stalino 273
Stalowa Wola 301
Starachowice 337
Stara-Gradiška 419
Stettin 34, 48, 51, 52
Straßhof 495, 502, 505
Stresa 402
Stryi 299, 302
Stuttgart 103
Stutthof 133, 328, 446, 481, 510, 520
Sušak 415
Sutschawa 452
Suwalki 248
Szebnie 309
Szeged 495

Taganrog 272
Tarnopol 257
Tarnow 61, 286, 299, 317, 337
Tasmaidan 267
Temeschvar 457, 465
Tergu Frumos 451
Teschen 49

Theresienstadt 103, 104, 108, 124, 132, 157, 171, 173, 174, 175, 180, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 196, 199, 254, 291, 322, 323, 336, 382, 386, 387, 397, 423, 446, 517, 523, 526, 527, 528, 529, 535, 536, 537, 538, 539, 561, 562, 565
Thorn 48
Tiraspol 454
Tirlemont 391
Tomaszow-Lubelski 284, 337
Trawniki 174, 283, 284, 291, 294, 295, 307, 309
Treblinka 67, 114, 115, 133, 139, 151, 154, 157, 158, 160, 161, 162, 171, 182, 186, 278, 285, 288, 289, 293, 294, 295, 296, 303, 309, 322, 323, 422, 424, 432, 441, 442, 443, 565
Triest 404, 405, 415, 418
Tripolis 403
Trostyane 453
Tschenstochau 48, 288, 299, 337, 511
Tschernigow 266
Tulczin 453, 454, 456
Turda 457

Üsküp (siehe Skoplje)
Uman 224, 256, 261, 457, 459
Ungvar 476, 477
Uzhorod (siehe Ungvar)

Vaivara 326
Varna 433
Vence 366
Verona 402
Visé 391
Vught 200, 381, 387

Wannsee (Berlin-) 105, 106, 107, 109, 110, 112, 114, 115, 173, 185
Warschau 48, 54, 61, 62, 63, 64, 65, 67, 68, 69, 70, 71, 73, 77, 78, 79, 80, 157, 158, 284, 285, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 299, 300, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 336, 339, 424, 432, 435, 510, 511, 577
Weimar 534
Westerbork 200, 355, 377, 378, 379, 380, 382, 385, 387, 565
Wien 48, 49, 50, 53, 88, 98, 99, 103, 104, 158, 174, 175, 182, 183, 184, 185, 252, 505, 506, 561
Wilna 61, 73, 74, 75, 226, 240, 242, 243, 244, 247, 252, 317, 325, 326, 569, 570
Winniza 229, 256, 259, 261, 571
Wisznice 55, 75
Witebsk 249, 250
Wloclawek 60, 76
Woronesch 268
Wosnoschensk 456
Würzburg 98
Wustergiersdorf 483, 509

Xanthia 435

Zadar 415
Zagreb (siehe Agram)
Zamosc 44, 51, 174, 177, 178, 179, 284
Zarcze 49
Zbaraz 304
Zborow 257
Zemum (siehe auch Semlin) 410, 411, 412
Zichenau (siehe Ciechanow)
Zloczow 257
Zolotaya Gorka 244

115, 173,

63, 64, 65,
73, 77, 78,
, 285, 287,
292, 293,
299, 300,
308, 309,
314, 315,
432, 435,

, 378, 379,
55
8, 99, 103,
182, 183,
506, 561
, 240, 242,
317, 325,

61, 571

178, 179,

mlin) 410,

ow)

DAS DRITTE REICH UND DIE JUDEN

Herausgegeben von Léon Poliakov und Josef Wulf

Zweite durchgesehene Auflage

Aus den Dokumenten der geheimen Staats-Archive des „Dritten Reiches" wurde dieses Werk zusammengestellt. Damit treten die Untaten dieses Regimes aus dem Halbdunkel der mündlichen Berichte in das helle Licht einer historischen Darstellung.

„Das Buch ‚Das Dritte Reich und die Juden' gehört in alle Bibliotheken. Es gehört vor allem in die Hände der Lehrer und Erzieher, nicht zuletzt auf die Pulte unserer Abgeordneten und Politiker."

Bayerischer Rundfunk

„Dieses Buch zu lesen ist schmerzhaft aber heilsam, wenn es unseren Willen stärkt, dem alten Ungeist, wo er sich auch regt, entschlossen die Stirn zu bieten und ohne Wenn und Aber dagegen aufzutreten, wo es notwendig ist."

D. Dr. Eugen Gerstenmaier, Präsident des Deutschen Bundestages

„Das Buch gibt die Handhabe zur Analyse eines Phänomens, das Bundespräsident Theodor Heuss den ‚Durchbruch des biologischen Naturalismus der Halbbildung' nannte, mit der Konsequenz eines ‚Mordens als schier automatischem Vorgang'."

Der Tagesspiegel, Berlin

400 Seiten und 72 Seiten Faksimiles und Bilder,
Format 17,2 × 23 cm, Ganzleinen 39,50 DM

arani VERLAGS-GMBH · BERLIN-GRUNEWALD

Im gleichen Verlag erschienen

STUDIEN ZUR EUROPÄISCHEN GESCHICHTE
AUS DEM FRIEDRICH-MEINECKE-INSTITUT
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN · BAND I

Gilbert Ziebura

Die deutsche Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs von 1911 – 1914

224 Seiten, engl. brosch. DM 16,—

Veritas · Iustitia · Libertas

Festschrift
zur 200-Jahrfeier der Columbia University New York
überreicht von der Freien Universität
und der Deutschen Hochschule für Politik Berlin

348 Seiten, Ganzl. DM 27,—

M. und E. E. Müller

„. . . stürmt die Festung Wissenschaft!"

Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945

416 Seiten, 48 Bildseiten, Ganzl. DM 7,30

SCHRIFTENREIHE DER DEUTSCHEN
HOCHSCHULE FÜR POLITIK BERLIN

Paul Tillich

Die Philosophie der Macht

36 Seiten, brosch. DM 1,50

Otto-Heinrich von der Gablentz

Kants politische Philosophie

24 Seiten, brosch. DM 1,50

In Vorbereitung

Hermann Ehlers †
Das Problem des Führers und des Funktionärs
Walther Hofer
Westliches und östliches Geschichtsdenken
Hans Reif **Politik und Moral**
Franz Böhm **Revolution und Widerstand**

Colloquium Verlag · Berlin-Dahlem

G · GOEDECKER

GERALD REITLINGER





Endlösung

HITLERS VERSUCH DER AUSROTTUNG DER JUDEN EUROPAS 1939-1945